

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

Nr. 46

Berlin, 7. Januar 1949

DIE VORLIEGENDE NUMMER DER "INTERNATIONALEN ARBEITSMITTEILUNGEN" BRINGT AUSSCHLIESSLICH AUSZUGE VON DEM VERLAUF DER 1948 ER TAGUNG DES BUNDES INDUSTRIELLER ORGANISATIONEN (CIO) DIE AM 22. NOVEMBER 1948 IN PORTLAND, OREGON, ERÖFFNET WURDE. WEGEN RAUMMANGEL HABEN WIR UNS DARAUf BESCHRÄNKT, DIE RESOLUTION DES CIO FÜR AUSSENPOLITIK UND AUSSCHNITTE AUS DER DISKUSSION WILHELMPIER ZU BRINGEN,

* * * * *

Die aussenpolitische Resolution des CIO.

Die Resolution 4 der X. Tagung des CIO gibt die Auffassungen und Ansichten der Organisation ueber die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Laendern und zu den Problemen der Arbeiter in der ganzen Welt wieder. Die Resolution und die Diskussion darueber bilden den Gegenstand des Tagungsverlaufs vom 22. November.

Die internationale Lage bleibt weiter kritisch und bildet fuer unser ganzes Volk den Gegenstand ernstester Besorgnis. Der CIO teilt den aufrichtigen Wunsch aller Amerikaner nach Schaffung eines dauerhaften Friedens. Unser Land hat auf den Isolationismus verzichtet und ist sich ueber seine Verantwortung in bezug auf die Vorgaenge in der Welt klar. Der CIO glaubt, dass ein gesundes, fortschrittliches Amerika in der Lage ist, den Voelkern der Erde dabei zu helfen, ihren Lebensstandard zu verbessern und den Horizont ihrer politischen Freiheiten auszuweiten. Unsere Aussenpolitik muss in steigendem Masse dem bei der letzten Wahl zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes entsprechen. Waehrend sie einerseits nach Befriedung strebt und diese widerspiegelt, sollte der Einfluss der Bankiers, Monopolisten und Militaristen herabgemindert und die Bedeutung und der Einfluss der Arbeiterschaft und der liberalen demokratischen Krafte gesteigert werden. In dem Masse, wie wir fuer eine Aussenpolitik eintreten, die nach Weltfrieden und Wohlstand strebt, fuehlt sich der CIO dazu berufen, die Ueberzeugungen und Ansichten seiner Mitglieder in bezug auf die wichtigen Fragen

von Weltbedeutung, denen wir heute gegenueberstehen, darzulegen.

"1. Die Vereinten Nationen:- Nach wie vor geben wir den Organisationen der Vereinten Nationen, zu deren Gruendung wir beigetragen haben, unsere Unterstuetzung. Wir verurteilen den Missbrauch des Vetorechts seitens der Sowjetunion, der den Sicherheitsrat daran hinderte, seine edlen und erhabenen Ziele, zu deren Verwirklichung er eingesetzt wurde, zu erreichen. Wir bedauern gleichermassen, dass die Vereinten Nationen mehr als eine Tribuene fuer eine masslose Propaganda benutzt wurde statt einer Einrichtung zur friedlichen und unparteiischen Loesung der Weltprobleme. Alle Anstrengungen muessen gemacht werden, um das Gefuege der Vereinten Nationen als eine Macht fuer den Weltfrieden, fuer die Freiheit und die Sicherheit zu staerken.

"2. Das Europaeische Wiederaufbau-Programm: Nach wie vor unterstuetzen wir das Europaeische Wiederaufbau-Programm als Instrument des Friedens und des Wohlstandes fuer die Voelker Europas und der Welt. Wir sind der Meinung, dass die grossen schoepferischen und produktiven Faehigkeiten unseres Landes dazu benutzt werden sollten, dem durch den Krieg verwuesteten Europa Nahrung, Kleidung und die Mittel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfuegung zu stellen.

"Die freie demokratische Arbeiterschaft und andere Organisationen in Europa haben das ERP begruesst und haben mit ihren eigenen Regierungen und der amerikanischen Arbeiterbewegung zusammen am Werk des Verwaltungsausschusses fuer das ERP mitgearbeitet. Wir unterstuetzen und billigen die Taetigkeit der Funktionaere und Mitglieder des CIO in bezug auf ihre Zusammenarbeit im Rahmen des ECA (Verwaltungsausschuss fuer das ERP). Die Beteiligung der amerikanischen Arbeiterschaft am ECA auf jedem Gebiet der Verwaltung ist die beste Garantie fuer die Europaeische Arbeiterschaft, dass die Interessen der Mitglieder und die Unabhaengigkeit der Europaeischen Voelker gewahrt bleiben. Wir dringen darauf, dass die Arbeiterschaft in steigendem Masse sowohl an der Politik wie auch an der Verwaltungsarbeit innerhalb des Programms beteiligt wird unter vollster Anerkennung der wichtigen Rolle, die ihr dabei zufällt, den Erfolg des Programms zu sichern.

"Wir verurteilen den organisierten Kampf und Widerstand seitens der Sowjetunion und ihrer Satelliten gegen das ERP und die Art und Weise wie das wirtschaftliche Elend Europas fuer politische Zwecke ausgeschlachtet und dazu benutzt wird, um ein Chaos zu schaffen und Verwirrung zu stiften. Einen der Wege zum Frieden bildet die Aufgabe dieser kurzsichtigen und unvernuenftigen Opposition. Wir dringen darauf, dass der Kongress auch weiterhin die notwendigen Mittel bewilligt, um die Ziele des ERP zu erreichen.

"3. Fuer freie Gewerkschaften in Japan und Deutschland:- Wir erhoffen den baldigen Abschluss von Friedensvertraegen mit Deutschland und Japan und anderen fruheren Feindstaaten, die von frei gewählten demokratischen Regierungen gefuehrt werden und sich von dem Einfluss und den Einrichtungen des Faschismus, des totalitaeren Staatsgedan-

kens, des Militarismus und der Kartelle) freigemacht haben. Letzteres kann aber nur erreicht werden, wenn die freien Gewerkschaften hinreichend unterstuetzt werden, um sie in die Lage zu versetzen, die ihnen zukommende wichtige Rolle in einer liberalen, demokratischen Gesellschaft zu spielen.

"Die Gesundheit und der Wiederaufbau Europas verlangt eine Ausfuellung des Vakuums, das durch die Zerstoorung Deutschlands entstanden ist. Eine falsche Neutralitaet seitens unserer Militaerregierung gegenueber den Noeten und Problemen der deutschen Gewerkschaften sollte man zugunsten einer offenen und vollkommenen Hilfe fallen lassen, und das Entnazifizierungsprogramm sollte solange fortgesetzt werden, bis der Geist des Nazismus ausgerottet ist. Dies wird Sicherheiten bieten gegen ein Wiederaufleben des Militarismus, der Aggression und einer wirtschaftlichen Bedrohung der Nachbarn Deutschlands. Den Gewerkschaften muss ihr Eigentum zurueckgegeben werden, ferner muessen ihnen die technischen Mittel zur Arbeit zur Verfuegung gestellt werden, wie Papier, Zeitungen, Transportmittel und Buerobedarf. Die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften auf Beteiligung am deutschen Wirtschaftsleben durch ein System von Gemischten Kommissionen, die sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzen, sind ein hoechst ermutigendes Anzeichen fuer das Anwachsen des demokratischen Geistes in Deutschland und sollten daher angespornt werden.

"Die Zerstoorung des Militarismus und der Kartelle in Japan muss ein Anwachsen der freien Gewerkschaften und Kollektivvertragswesens im Gefolge haben. Das Recht auf Streik und auf andere gewerkschaftliche Taetigkeit im Rahmen des Gesetzes muss geschuetzt werden. Eine Politik der Repressalien gegenueber den Gewerkschaften und die Verhinderung des Kollektivvertragswesens in Japan hemmen noch die demokratische Entwicklung. Wir verlangen die Staerkung des zivilen Einflusses und insbesondere des Einflusses der Gewerkschaften in unserer Besatzungspolitik in Japan. Wir verurteilen die Hinrichtung von Gewerkschaftsfunktionaeren in Griechenland und in anderen Laendern, die lediglich im Rahmen des Gesetzes gewerkschaftlich taetig waren.

"4. Die Anerkennung Spaniens:- Nach wie vor billigen wir die Politik des CIO, der sich der Anerkennung und Unterstuetzung des faschistischen Franco-Spanien seitens unserer Regierung widersetzt.

"5. Die Sowjetblockade Berlins:- Wir verurteilen aufs schmerfste die Auffassung, dass ein neuer Weltkrieg unvermeidlich ist. Wir bestaetigen nach wie vor die tiefe Friedensliebe des amerikanischen Volkes und weisen den Vorwurf der Kriegstreiberei, den die Sowjetunion ungerechterweise gegen uns erhebt, als absurd und unbegrundet zurueck. Wir sind sicher dass der Wille des Volkes in jedem Lande, wenn er frei zum Ausdruck kommt schnellstens jeder Kriegspropaganda seitens einer Minderheit ein Ende setzen wuerde. Die Berlin von den Sowjets auferlegte Blockade bildet eine Gefahr fuer den Bestand des Friedens. Wir verurteilen die Anwendung militaerischer Macht, um eine Wirtschaftspolitik zu erzwingen, wodurch 2 1/2 Millionen Menschen, Maennern, Frauen und Kindern Heilmittel, Nahrung, Kleidung und Brennmaterial entzogen wird. Wir begruessen und schaeetzen den Mut und die Standhaftigkeit der Maenner und Frauen, die an der Luftbruecke mitarbeiten, die den Erfolg dieser hartherzigen und gefuehlloser

Aktion zunichte gemacht hat. Eine Lösung der augenblicklichen Krise in Berlin konnte gefunden werden, wenn man auf die Anwendung des politischen und wirtschaftlichen Drucks verzichten würde, und die vier Mächte ihre Verhandlungen frei von wirtschaftlichen und militärischen Drohungen wieder aufnehmen könnten.

- "6. Abrüstung.- Wir appellieren an die Vereinten Nationen, sie mögen in ihren Bemühungen fortfahren, um eine wirkliche Abrüstung herbeizuführen, einschliesslich einer internationalen Kontrolle der Atomenergie mit der Vollmacht zur Prüfung. Die Vereinigten Staaten können nicht abrüsten, es sei denn, alle gegenwertigen militärischen Einrichtungen werden offen bekanntgegeben und die Abrüstung wird auf einer unparteiischen, gerechten und universalen Grundlage vorgenommen.
- "7. Freie Selbstregierung.- Ein dauerhafter Friede verlangt, dass die Völker ueberall - einschliesslich der wirtschaftlich darniederliegenden und der Kolonialgebiete - frei von militärischem, politischem und wirtschaftlichem Druck in ihren Rechten auf Selbstbestimmung und Selbstregierung geschuetzt werden.
- "8. Die Politik der guten Nachbarschaft.- Der CIO haelt unabweichend an einer Politik der guten Nachbarschaft gegenüber den Völkern der ganzen Welt fest. Wir vertreten die klare, unverkennbare Wahrheit, dass Friede und Wohlstand von einander nicht zu trennen sind. Wir uebernehmen die Verantwortung, von uns aus alles zu tun, um zu gewährleisten, dass die Beteiligung Amerikas an den Fragen von Weltinteresse darauf abzielt, den Gedanken der Demokratie zu verbreiten und ueberall der menschlichen Würde und Freiheit Anerkennung zu verschaffen."

Befuerwortende Rede zur aussenpolitischen Resolution des CIO

Nach Einbringung obiger Resolution begruesste der Vorsitzende (Walter Reuther, Praesident des Verbandes der Vereinigten Automobil-Arbeiter) den Vorsitzenden des Ausschusses fuer Aussenpolitik, Van A. Bittner. Er eroeffnete seine Ansprache damit, dass er erklarte, es sei das Ziel des Ausschusses gewesen, der Resolution einen klaren und allumfassenden Charakter zu geben, Dann fasste er die Hauptpunkte zusammen. Er wies darauf hin, dass jetzt die Zeit gekommen sei eine offene und deutliche Sprache zu gebrauchen, wie z.B. in bezug auf den kommunistischen Vorwurf, der CIO mache sich der Kriegstreiberei schuldig. "Die Tage in Amerika sind vorbei, in denen die Sowjets irgend welche Hilfe bzw. Unterstuetzung vom CIO erwarten koennen."

"Wir haben eine Menge ueber Russland und die Sowjets gehoert. Wir koennen auch eine Menge Russen, diese aber leben alle in den Vereinigten Staaten, Sie kamen zu uns herueber, weil sie in Russland kein Auskommen hatten. Ich glaube das trifft auf die meisten Russen zu, die in unserem Lande leben. Ich habe es neulich schon in unserem Exekutivausschuss erklart: alle diese Leute, die Bekehrte geworden sind und fuer die grossen Dinge, die in Russland vor sich gehen Propaganda machen, all diese, von denen ich gehoert habe, kommen entsetzt und haenderingend zum CIO und sagen: 'Um Gottes willen, behaltet uns hier in den Vereinigten Staaten!', wenn man zu verstehen gibt, dass einer von ihnen nach

Russland deportiert werden soll..... Wie ein Kommunist, der Angst hat nach Russland zu gehen, den Wunsch haben kann, russische Verhaeltnisse bei uns einzufuehren, geht ueber meinen Horizont....

"Als Amerikaner bekomme ich es langsam satt, und es macht mich krank, mit anh hoeren zu muessen, wie diese Kommunisten immer nur die Vereinigten Staaten von Amerika verurteilen, waehrend sie aber nie ein Wort der Verurteilung fuer Russland finden. Wir fuerchten uns keineswegs, in dieser Resolution das zu verurteilen, was wir als Maengel in der Politik unseres Aussenministeriums und unserer Regierung in Bezug auf ihre Beziehungen zum Ausland ansehen. Wir schildern ganz offen die Dinge, an die wir glauben...So also, meine Freunde, spricht der Bericht des Resolutionskomitees fuer sich selbst...."Wir sind Amerikaner. Wir glauben an unsere Regierung und wir glauben an unser Land. So wie wir es Russland und den Sowjets gegenueber waehrend des Krieges zum Ausdruck gebracht haben so sagen wir heute: "Wir werden es nicht zulassen, dass Russland einem Kandidaten fuer die Praesidentschaft der Vereinigten Staaten eine Niederlage zufuegt..". Nun, das haben wir am 2. November gezeigt, und das sollte, weiss Gott, eine Lektion fuer diese verdammten kommunistischen Dummkoeopfe sein, die hier in den Vereinigten Staaten Russland in den Himmel heben.... Wenn das keine Lektion fuer sie ist, dann werden sie es nie begreifen..."

"Es handelt sich hier um eine amerikanische Resolution, es ist eine gewerkschaftliche Resolution, meine Freunde, es ist eine Resolution, wie sie sein soll, Wir vertreten all das, was in dieser Resolution gesagt ist, und daher wollen wir es hier noch einmal aussprechen: es soll eine Ankuendigung an die Sowjets sein, dass sie den CIO nicht dazu benutzen koennen, um ihre Propaganda in den Vereinigten Staaten von Amerika zu verbreiten. Wir wollen sie eben nicht haben, und je fruher sich Russland darauf klar wird und um so eher sich alle Maenner und Frauen hier in Amerika dies vergegenwaertigen, um so besser wird es um uns und um die Welt stehen.

"Wir wollen also mit unmissverstaendlichen Worten erklaren, dass der CIO eine amerikanische Organisation ist. Wir wollen allen Diktatoren, den Sowjets und allen ihren Satelliten gegenueber erklaren, dass wir hier in Amerika zu unserem Lande und zu unserer Regierung stehen...."

Oppositionelle Rede wegen die aussenpolitische Resolution des CIO.

Der Vorsitzende der Tagung begruesste danach Joseph P. Selly, den Praesidenten des Verbandes der Angestellten des Nachrichten- und Verkehrswesens, eine der dem CIO angeschlossenen Verbaende, von dem behauptet wird, dass er kommunistisch beeinflusst ist. Selly begann seine Rede, indem er darauf hinwies, dass "er sich gegen die Resolution wenden wuerde." Manche der anwesenden Delegierten murrten. Selly antwortete: "Und ich wuerde denen von Ihnen, die da murren, dankbar sein, wenn sie mir die Hoeflichkeit erwiesen, meine Integritat und Aufrichtigkeit zu respektieren, wie ich die der Majoritaet respektiere."

Der Vorsitzende der Tagung machte die Zwischenbemerkung: "Der Vorsitz er- sucht Sie, waehrend der Diskussionen nicht zu demonstrieren. Sie werden dazu

Gelogenheit haben, sobald die Abstimmung vor sich geht... Wir wollen jedem das Recht zubilligen, das zu sagen, was er will..."

Nachstehend Sellys Rede lt. Bericht:-

"Im vergangenen Jahr war ich auf der Tagung in Boston als Delegierter und stimmte wie jeder andere Delegierte fuer die Annahme einer aussenpolitischer Resolution, die den Wiederaufbau der verwuesteten Laender Europas und Asiens forderte, sowie Nahrung fuer die Hungrigen und Kleidung fuer die Nackten, wie auch Unterkunft fuer die Armen. Als ich fuer diese Resolution stimmte, stimmte ich aber nicht fuer den Marshall-Plan in der Form, wie er in der Zeit, die auf die Tagung in Boston folgte, entwickelt und in die Tat umgesetzt wurde. Jawohl, und ich entsinne mich, dass die Resolution, die auf der Tagung in Boston gefasst wurde, nicht ausdruecklich die Unterstuetzung eines Marshall-Plans forderte, Sie stellte eine Reihe von Prinzipien auf, von denen sich der CIO in bezug auf die Unterstuetzung einer Aussenpolitik leiten lassen wollte.

"Nun, meiner Meinung nach - und ich habe diesen Punkt im Resolutionskomitee nachdruecklichst, allerdings erfolglos vertreten, und ich mache ihn auch hier, hoffentlich mit Erfolg, nachdruecklichst geltend - meiner Meinung nach weicht die Resolution der Majoritaet bedenklich von der gesunden, vernuenftigen traditionellen Politik des CIO ab, die den Zweck verfolgt, eine internationale Zusammenarbeit im Interesse des Friedens zu foerdern. Ich bin der Meinung, dass der wesentliche Inhalt der Resolution - wenn es auch nicht besonders zum Ausdruck kommt - darin besteht, dass man den Militaristen, der Generalitaet, den Bankiers, die die Wirtschaft dieses Landes kontrollieren und seine Aussenpolitik leiten, freie Hand laesst.

"Meiner Meinung nach ignoriert die Resolution der Majoritaet die Tatsache, dass das Vertrauen, das jetzt zur Unterstuetzung der Taktiken des "Kalten Krieges" vor sich geht, und das nicht nur all das, was wir in unserem Inlandprogramm fordern, gefeohrdet, sondern auch die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes dieses Landes, das Wohnungsprogramm, die Beendigung der Inflation und der Preiskontrolle - und meiner Meinung nach koennen Sie nicht das eine tun und gleichzeitig eine Politik des "Kalten Krieges" fuer ein Vertrauen fordern zum wirtschaftlichen Schutz der gesamten Bevoelkerung dieses Landes - unweigerlich zum Kriege fuehrt. Sie koennen das nicht tun und gleichzeitig das Programm zur Erhoehung des Lebensstandards.... und eine Ausweitung der Demokratie in diesem Lande verwirklichen.

"Ich habe der Mehrheit des Resolutionskomitees, allerdings ohne Erfolg, dringend eine Erklaerung empfohlen, die meines Erachtens mit der Resolution, die in Boston angenommen wurde, durchaus vereinbar ist und ausserdem durchaus vereinbar ist mit den Interessen des amerikanischen Volkes und der amerikanischen Regierung, wenn wir uns vorstellen, dass diese mit den Interessen des amerikanischen Volkes identisch sind, Gestatten Sie mir, diese Erklaerung zu verlesen, die ich der Majoritaet so dringend empfohlen habe."

Wie man feststellen wird, hat Mr. Selly beim Verlesen der Erklaerung Bemerkungen mit eingeflochten.

"Die Aussenpolitik unserer Regierung ist fuer die Arbeiterschaft von primaeerer Bedeutung, weil von ihr das Ergebnis der Bestrebungen des Volkes nach Frieden abhaengt, wie auch die Moeglichkeit einer gedeihlichen Inlandwirtschaft, die nicht nur fuer die Vereinigten Staaten, sondern auch fuer andere Laender einen hoeheren Lebensstandard gestattet, Friede und Wohlstand sind von einander nicht zu trennen.

"Eine Politik des "Waltens Fruehjahr" bedeutet erhoechte Lasten fuer Ruestungsausgaben, Inflation, die Drohung des Einfrierens der Lohne, Kontrolle des arbeitenden Menschenmaterials, eine drohende arbeiterfeindliche Gesetzgebung sowie Massnahmen, die die buergerlichen Freiheiten beschneiden, und schliesslich die Katastrophe des Krieges.

"Der einzige Kurs, der der Sache des Friedens dienlich ist und sie foerdert und die Lage des arbeitenden Volkes verbessert, ist eine Politik, die auf dem Programm des Praesidenten Roosevelt, einem Programm der internationalen Zusammenarbeit und des ehrlichen, aufrichtigen Kompromisses, beruht, und Ablehnung der Unterstuetzung, reaktionaeerer Regierungen. Die Politik Roosevelts bewachte sich in unseren Beziehungen zur Sowjetunion waehrend der kritischen Zeit des Krieges und muss jetzt zum Wohle unserer Familien und des einfachen Volkes in der ganzen Welt fortgefuehrt werden."

Wir sind der Ansicht, dass auf dieser Tagung die vor kurzem ausgesprochene Bognadigung von Ilse Koch, der Bestie von Buchenwald, sowie anderer Fuehrender nazistischer Kriegsvorbereiter verurteilt werden sollte, und wir protestieren dagegen, dass unsere Vertreter in Deutschland die deutsche Industrie den nazistischen Industriellen und Trustherren zurueckgeben, und dass die Gelder des ERP dazu benutzt werden, um die deutsche Kriegsindustrie und die Kartelle wiederaufzubauen.

"In Ubereinstimmung mit unserer traditionellen CIO-Politik bekampfen wir jede Massnahme unserer Regierung, den faschistischen Franco-Spanien Hilfe und Unterstuetzung zukommen zu lassen.

"Ich freue mich darueber, feststellen zu koennen, dass die Resolution der Majoritaet diesen Punkt enthaelt. Er wurde auf der letzten Sitzung des Ausschusses mit aufgenommen. Ich bin fuer manche Dinge dankbar. Es sind da noch verschiedene andere Punkte, auf die ich noch zu sprechen komme, die von der Majoritaet angenommen wurden und urspruenglich in ihrem Bericht nicht enthalten waren.

Wir erheben Einspruch gegen die Verschiffung amerikanischer Truppen, sowie gegen die Lieferung von Geldmitteln und Munition an das reaktionaeere und korrupte Chiang-Kai-Shek-Regime in China, das sich offen gegen das chinesische Volk stellt.

Wir verlangen die Freilassung aller Arbeitshaeflinge in Griechenland, sowie Einstellung der Hinrichtung von Arbeiterfuehrern und rufen unsere Regierung auf, jede Unterstuetzung der royalistischen Regierung Griechenlands einzustellen. Die Vereinten Nationen sollen Schritte unternehmen, die geeignet sind, den Buergerkrieg in Griechenland friedlich beizulegen.

"Das die Erfahrungen eines Jahres gezeigt haben, dass das ERP, entgegen den

von CIO zum Ausdruck gebracht und vom amerikanischen Volke verfolgten Zielen, den europaischen Wiederaufbau behindert, die Lage der europaischen Arbeiterschaft verschlechtert hat, und ausserdem eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen mit sich gefuehrt hat, schlagen wir vor, dass die Frage der wirtschaftlichen Hilfe jetzt den Vereinten Nationen unterbreitet werden soll, damit von diesen ein Plan ausgearbeitet und in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

"Ich moechte besonders hervorheben, dass wir es ernstlich in Frage stellen, ob eine Hilfeleistung fuer die hungernden Voelker Europas und eine Wiederherstellung ihrer Wirtschaft und ihres zerstoerten Lebens nicht doch besser durch die Vereinten Nationen geschehen koennte.

"Einerseits sind wir gegen die Resolution der Mehrheit, wir sind fuer eine Staerkung der Vereinten Nationen, und ich bin der Meinung, dass es ein gutes Zeichen fuer unsere Aufrichtigkeit in diesem Sinne, ein gutes Zeichen fuer unsere Absicht, eine Staerkung der Vereinten Nationen zu garantieren, waere, wenn die Frage des Wiederaufbaus den Vereinten Nationen uebertragen wuerde.

"Wir bekaempfen nach wie vor die Dienstpflicht im Frieden und die allgemeine militaerische Ausbildung.

"Ich wiederhole hier lediglich das, was jahrelang die Politik des CIO ausmachte, einschliesslich der letzten Tagung, Ich stelle nachdruecklich fest, dass dies eine Unterlassung von grosser Bedeutung ist, und dass in der Resolution der Majoritaet diese Fragen nicht beruehrt wurden.

"Wir sollten an alle Nationen den Aufruf ergoehen lassen, einen Plan fuer vollkommene Abruestung und fuer ein entsprechendes Recht der Untersuchung seitens der Vereinten Nationen anzunehmen.

"Und schliesslich glauben wir, dass dies den Grundstein fuer eine wirkliche Politik des Friedens bildet, etwas, das die Sehnsucht der breiten Masse in der ganzen Welt ausmacht, wir unterstuetzen alle Bemuehungen, die dazu dienen, ein friedliches Kompromiss herbeizufuehren - und ich meine hiermit ein Kompromiss, in dem beide Seiten die Gebenden sein muessen - zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion als Hauptfaktor fuer den Frieden, und wir beguenstigen direkte Verhandlungen zwischen den Laendern, wie es Praesident Truman in der Vinson-Mission versucht hat, die durch die Intervention der Generalitaet und der Bankiers des Aussenministeriums vereitelt wurde.

"Aus diesem Grunde erhebe ich Einspruch gegen die Resolution der Majoritaet.

Ansprache zu Gunsten der aussenpolitischen Resolution des CIO

Darauf bat James Carey, der Sekretar und Schatzmeister des CIO, um das Wort, das ihm erteilt wurde. Er sprach sich ohne Einschraenkung fuer die Resolution aus. Seiner Meinung nach sei die Resolution nicht, wie der Delegierte Solly behauptet hatte, eine Verkehrung der Haltung des CIO in bezug auf die Aussenpolitik, wie fruher erwahnt. Er erinnerte die Versammlung daran, dass Solly im Jahre 1942 die Haltung des CIO bezueglich einer internationalen Arbeitsorganisation, an der alle amerikanischen Gewerkschaften teilhaben wuerden, unterstuetzt hatte.

"Er (Selly) beteiligte sich auch an Deklarationen auf anderen Tagungen, wo wir uns gleichfalls an die Arbeiterschaft wandten und sie aufforderten, ihre Stimme geltend zu machen bei der Bestimmung der Politik unserer Regierung, die darauf abzielte, Friedensbedingungen zu schaffen. Im Jahre 1944 erklärten wir, dass wenn die Arbeiterschaft eine Stimme haben soll in den geschichtlichen Entscheidungen, die jetzt und auch in Zukunft beim Abschluss von Friedensschlüssen getroffen werden, diese Stimme von einer Einigkeit und Einheit getragen sein muss durch eine positive aktive Allianz der arbeitenden Bevölkerung der Erde.

"Und wir nahmen (im Jahre 1944) folgende Resolution an: 'Der CIO unterstützt das Projekt der Schaffung einer neuen einzigen und mächtigen internationalen Arbeiter-Koerperschaft, die die Gewerkschaften der freien Laender umfassen soll auf der Basis der Gleichberechtigung, von der niemand ausgeschlossen und in der niemand eine zweitrangige Stellung einnehmen soll, die fähig ist, die Interessen des kleinen Mannes zu verteidigen'...

"In London traf eine grossere Delegation des CIO mit Vertretern der sowjetischen Gewerkschaften, der englischen Gewerkschaften und aller anderen Gewerkschaftsbuende der ganzen Welt zusammen, mit Ausnahme der AFL. Auf dieser Tagung kamen also die Delegierten alle zusammen, und alle Schwierigkeiten und Probleme, denen sich die Arbeiter gegenuebersetzen, um den Kriegsbestrebungen ein Ende zu bereiten, wurden ernstlich erwogen.... Es ist dem Kollegen Selly bekannt, dass bei jedem Ausschuss auf dieser Konferenz einer der Vertreter des CIO den Vorsitz hatte...Ich nehme an, er versteht manche der Verpflichtungen, die er durch seine Vertreter den Arbeitern Europas und alle anderen Laender gegenueber eingegangen ist. Dieselben Verpflichtungen uebernahmen aber auch die Vertreter der sowjetischen Gewerkschaften und aller anderen Arbeiterorganisationen...

"Die entsprechenden Berichte wurden den verschiedenen Gewerkschaftsbuenden uebermittelt und wurden gebilligt, und dann kamen wir im Oktober 1945 wiederum zusammen und bekräftigten diese Erklärungen. Wir erklärten:-

"Unsere Weltkonferenz, die den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, denen sich alle Nationen gegenuebersetzen, wenn der Krieg gewonnen ist, Rechnung traegt, hat Massnahmen in Betracht gezogen, die ergriffen werden muessen, um eine Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit abzuwenden, durch die der Weltfrieden wiederum gefaehrdet werden wuerde. Die Konferenz hat daher ein konstruktives Programm fuer eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Welt angenommen, um die industrielle Entwicklung der unentwickelten Laender zu sichern, und um die materiellen Hilfsquellen jeder Nation zusammen mit einer wirksamen Organisation der menschlichen Arbeitskraft voll auszunutzen, wodurch die wirtschaftliche Produktion auf Hochstleistung gebracht und eine Vollbeschaeftigung und ansteigende Lebensstandards in allen Laendern moeglich gemacht werden....

"Der Weltkongress begruesst die Bemuehungen seitens der demokratischen Regierungen zwecks Wiederaufbaus der Industrie und der Landwirtschaft, wie auch eine Neuplanung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Dadurch wurde ein unerlaesslicher und wertvoller Beitrag zum Wiederaufbau des internationalen Lebens geleistet ... (der Kongress hat beschlossen)..., die Hilfsleistungen zu unterstützen, die diesen Laendern zuteil werden soll auf Grund der technischen und finanziellen Hilfsmittel der fortgeschrittenen Laender in Form von langfristigen Krediten und mit anderen Mitteln, ohne jedoch zuzulassen, dass sich

letztere in die internen Angelegenheiten der notleidenden Laender einmischen oder ohne dass sie sich dem Einfluss der internationalen Trusts und Kartelle ausliefern.'

"Als er diese Resolutionen unterstuetzte, sagte der Generalsekretar des Weltgewerkschaftsbundes auf der Pariser Konvention:

"Der Weltgewerkschaftsbund (WFTU) erklart hierdurch oeffentlich, dass es sein oberstes Ziel sei, den Krieg zu bekampfen, wie auch die Ursachen des Krieges und fuer einen festen und dauerhaften Frieden zu arbeiten, indem er eine moeglichst ausgedehnte internationale Zusammenarbeit auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet unterstuetzt, sowie alle Massnahmen zur industriellen Entwicklung und vollen Ausnutzung der Reserven und Hilfsquellen der unentwickelten Laender, sowie auch die Ergriffung aller anderen Massnahmen, die geeignet sind, den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand der Arbeiter zu foerdern".

Carey zitierte dann Erklarungen verschiedener Arbeiterdelegierten auf der Pariser Konvention, die fuer die obige Stellungnahme sprachen, Unter denjenigen, die sich dafuer aussprachen, befand sich auch Terasow, der im Namen der sowjetischen Gewerkschaften sprach. Dann wandte er sich zu einer Erklarung Sollys, der zufolge die CIO-Tagung in Boston im Jahre 1947 den Marshall-Plan nicht unterstuetzt haette. Obwohl in der aussenpolitischen Resolution vom Jahre 1947 nichts ueber den Marshall-Plan gesagt war (da der Plan damals noch keine Gesetzeskraft erlangt hatte), erklarte Carey, dass die Delegierten wohl an den Marshall-Plan gedacht haetten, als sie fuer den Gedanken einer Hilfsaktion fuer die fremden Laender stimmten.

Carey berichtete dann, wie im Jahre 1947 gewisse Gruppen innerhalb des WFTU es fertig gebracht hatten, zu verhindern, dass der Marshall-Plan in irgendwelchen Versammlungen des WFTU diskutiert wurde. Er erzählte dann, wie er versucht hatte, diesen Punkt zur Diskussion zu stellen. Dann kam der 5. Oktober 1947, da das KOMINFORM gebildet wurde, das eine Erklarung abgab, dem die sowjetischen Gewerkschaften beistimmten, in dem eine Aenderung im WFTU gefordert wurde.

"Am gleichen Tage wurden die Richtlinien festgelegt, wonach der WFTU von einer allumfassenden Organisation einschliesslich der kommunistischen, sozialistischen, christlichen und neutralen Arbeiterorganisationen wie unserer eigenen in eine Einrichtung der kommunistischen Front umgewandelt werden sollte. Dann begann eine Kampagne, um die Gewerkschaften in jedem Lande Europas aufzuspalten und sie zu veranlassen, die Bemuehungen des amerikanischen Volkes und anderer Laender zu sabotieren, die darauf abzielten, dieselben abkommen zu erfuehlen, die nach Beratung mit den sowjetischen Gewerkschaftsfuehrern angenommen worden waren.

"Es war notwendig, diesen sowjetischen Gewerkschaftsfuehrern gegenueber vordem in diesem Jahre in Moskau zu erklaren, dass wir ihre Bemuehungen, auch weiterhin den Wiederaufbau der europaeischen Laender zu sabotieren, nicht mitmachen koennten. Wir wuerden die Anwendung ihrer reaktionaeren Politik, Nutzen aus dem Elend und dem Hunger des arbeitenden Volkes zu ziehen, nicht mitmachen."

Carey schloss seine Ansprache damit, dass er davon sprach, wie die Gewerkschaften der Marshall-Plan-Laender spaeter eine zeitweilige Organisation freier

Gewerkschaften aufbauen, deren Ziel es ist, das ERP zu unterstützen...

Ansprache zu unsten der aussenpolitischen Resolution des CIO

Danach stellte der Vorsitzende der Tagung Harry Martin vor, den Praesidenten des Zeitungsverbandes, der jetzt beim ECA in Paris taetig ist. Martin legte dar, dass er gerade von einem Besuch in den osteuropaeischen Laendern zurueckgekehrt sei.

"Am letzten Donnerstag hatte ich hinter dem "Eisernen Vorhang", in der Stadt Budapest, und auch schon fruher und spaeter in der "bohe Garau" in Prag ein klein wenig Gelegenheit, eine Probe von der neuen Lebensweise im neuen Europa zu bekommen, das die Sowjetunion jetzt aufzubauen bemueht ist, und ich bin hier, um Ihnen zu sagen, dass eine Probe von diesen sogenannten "Volksdemokratien" mir mehr als reichte...

Als Praesident des Amerikanischen Zeitungsverbandes war es meine Pflicht, den Sitzungen des Exekutivrates der Internationalen Journalisten-Organisation in Budapest beizuwohnen. Ich blieb in diesen Sitzungen gerade solange, wie mein schmerzlicher amerikanischer Magen den widerlichen Erguss an Hass, an totalitaetischer Propaganda und Verleumdung gegen die demokratische Lebensweise, wie wir sie in den freien Laendern der Welt kennen, vertragen konnte. Als die Zeit kam, dass meine Anwesenheit weiter keinen Zweck hatte, ging ich lieber als den guten Namen meiner grossen Gewerkschaft...selbst im negativem Sinne - fuer so eine vorletzende und empoeerende Schaustellung herzugeben....

Nach einigen einleitenden Bemerkungen ueber seine Ernennung zum Mitglied des Pariser Bueros des ECA wie ueber sein Vertrauen auf die Ziele und Moeglichkeiten des ERP, sagte Martin:

"Ich muss Ihnen schon sagen, dass ich hoechst erstaunt bin, wenn ich fuehrende Persoenlichkeiten des CIO - so esse Fuhrer der Minderheit - hoere, wenn sie hier vor Ihnen stehen und behaupten, dass die Lebensbedingungen der Arbeiter in Europa auf Grund des Marshall-Plans heute schlechter sind als dies fruher der Fall war. Ich kann Ihnen nur als jemand, der im Bilde ist in aller Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sagen, dass jemand, der da behauptet, dass sich der Marshall-Plan fuer die europaeischen Arbeiter zum Schaden anstatt zum Vorteil ausgewirkt hat, entweder ein Dummkopf, ein Luesner oder ein Verracker an seinem Lande und an seiner Gewerkschaftsbewegung ist. Dank der amerikanischen Hilfe und Ermutigung faengt Europa an, wieder aufzuleben, und es besteht auch jeder Grund zur Annahme, dass das Vierjahres-Programm schliesslich doch von Erfolg gekroent sein wird, wenn es im richtigen und fortschrittlichen Sinne fortgefuehrt wird. Wir gewinnen die Schlecht in Europa, und mit Wir meine ich die freiheitsliebenden, friedfertigen Voelker der Erde - und mit Schlecht meine ich den Kampf um jedermanns Anrecht auf ein anstaendiges Leben, auf persoenliche Sicherheit, individuelle Freiheit und auf einen grossen Anteil an den Guetern des Lebens.

"Ueberall in Europa zeigen sich Anzeichen fuer einen Niederkampfbrieg und eine Gesundung...Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen, ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, dass der Marshall-Plan jetzt anfaengt, sich zu dem Unternehmen zu entwickeln, wie Sie es und auch ich in Europa erwarten. Allerdings sieht nun nicht alles so rosig aus. Die Kraefte des Kommunismus haben

sich die Aufgabe gestellt, das ERP zu Fall zu bringen. In ganz Europa, besonders aber in Italien und Frankreich, fuehren die getreuen Anhaenger des Kroml einen unbarmherzigen Kampf gegen das ERP. Durch Anwendung jeder Art von Verratererei und Sabotage bemuehen sie sich, die Uhr Europas zurueckzustellen, das System staatlicher Kontrolle, die unter Hitler bluchte, wieder einzufuehren und den ungluecklichen Voelkern des Kontinents eine Art von linksgerichteten Faschismus aufzuzwingen, der bis ins kleinste hinein ebenso so verrottet und zersetzend fuer die Freiheit ist wie der, den die Nazis verbrecherisch einfuehrten...

"Ich stehe hier, um Ihnen und all meinen Kollegen vom CIO fuer die loyale Unterstuetzung zu danken, die sie dem Wiederaufbauprogramm von Anfang an haben zuteil werden lassen. Der CIO muss und wird diese Unterstuetzung fortsetzen, dessen bin ich sicher, der CIO sollte und wird auch in steigendem Masse Anteil nehmen an den Angelegenheiten der arbeitenden Voelker der Welt. Der CIO muss und wird auch den freien Gewerkschaften in Europa, die verzweifelt darum haempfen, angesichts ungeheurer Schwierigkeiten wieder aufzuholen, Unterstuetzung zuteil werden lassen....

"Genau das ist es, was die Resolution fordert. Sie verurteilt die Bemuehungen der Sowjetunion, Chaos und Verwirrung zu stiften. Sie fordert staendige Hilfe fuer Europa und eine staendige Beteiligung der Arbeiterschaft am Hilfsprogramm auf allen Gebieten... Ich meine, wir wollen diese Resolution einstimmig annehmen. Wir wollen es hier der Welt gegenueber ohne jeden Rueckhalt aussprechen: In diesem Kampfe um Frieden und Wohlstand tritt der CIO fuer die arbeitenden Voelker der Welt ein."

Oppositionelle Rede gegen die aussenpolitische Resolution des CIO

Es wurde nun ein Antrag auf Abstimmung ueber die Resolution gestellt. Der Delegierte Feinglass protestierte dagegen, dass die Debatte geschlossen werden sollte. Er forderte die Moeglichkeit, gegen die Resolution sprechen zu koennen. Es wurde abgestimmt, und das Wort wurde ihm erteilt. Er erhob dann den Vorwurf, dass die Gelder des ERP dazu benutzt wuerden, um die deutschen Kartelle im Ruhrgebiet wieder ins Leben zu rufen und dass die Verwaltung des ERP sich in den Haenden der amerikanischen Bankiers befaende. Er kuendigte an, dass die Verwaltung dieser zum Aufbau bestimmten Gelder in einer Weise benutzt werden, die zu einem neuen Krieg fuehrt, dass das Geld fuer den Marshall-Plan in gewissen Laendern dazu verwendet wuerde, um einen Krieg hervorzurufen. Er schloss seine Ausfuehrungen mit den Worten: "Nur wenn Sie einige dieser Fragen beantworten, werde ich mich Ihnen anschliessen und diese Resolution unterstuetzen."

Der Vorsitzende Reuther unterstuetzt die aussenpolitische Resolution des CIO

Walter Reuther, der Praesident des Verbandes der Vereinigten Automobil-Arbeiter Amerikas, der als Vorsitzender der Tagung fungierte, sprach dann in seiner Eigenschaft als Mitglied des Resolutions-Ausschusses. Er erklarte, dass der CIO die Militaristen und Faschisten genau so bekaempfe wie die Kommunisten und fuegte hinzu:-

"Wir bekaempfen die Kartelle in Deutschland und wir bekaempfen jede Militaerregierung der Vereinigten Staaten, die jede Form von Nazismus haetschelt..."

So heisst es in unserer Resolution. Wir werden irgendwelche Bestrebungen bekampfen, die darauf ausgehen, diejenigen Leute wieder an die wirtschaftliche und schliessliche an die politische Macht zu bringen, die mit Hitler zusammenarbeiteten, und die sich daher all der Verbrechen schuldig gemacht haben, deren Hitler schuldig wurde... Wir sind heute gegen Hitlerismus und Nazismus und waren auch schon dagegen zu der Zeit, als Joe Stalin mit Hitler liebäugelte. Wir bekampfen die Konzentrationslager... Wir sind auch gegen die Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion, wo man Sie in Ketten legt, wenn Sie eine andere Meinung vertreten.

"Ich habe mein Wissen nicht aus Buchern geschöpft. Ich habe 9 Monate unter Hitler gelebt und habe mit den deutschen Gewerkschaften zusammengearbeitet und ihnen dabei geholfen, eine Untergrundbewegung aufzubauen. Ich habe 13 Monate lang in ganz Europa Verbindungen unterhalten und dabei geholfen, etwas zusammenzufügen, das Ähnlichkeit mit einer Widerstandsbewegung hatte. Und was geschah! Viele von denen, mit denen ich zusammenarbeitete, wurden verraten, als der Hitler-Stalin-Pakt zustandekam, weil sie mit den Kommunisten dabei zusammengearbeitet hatten, um die Untergrundbewegung zu schaffen, und als die Nazis und die Kommunisten zusammengingen, tauschten und verrieten sie (die Kommunisten) diese Arbeiter ... Warum sprechen Sie denn nicht einmal ueber so etwas, wenn Sie sich so rechtschaffen und bieder hinstellen und fuer solche wunderbaren Prinzipien eine Lanze brechen!...."

"Die ganz einfachen und grundlegenden Tatsachen sind folgende: Wir sind davon ueberzeugt, dass Freiheit und Demokratie und Sicherheit und menschliche Wuerde in der Welt von einander untrennbar sind, dass Sie nicht eine Welt haben koennen, die zur Haelfte frei und zur Haelfte versklavt ist, und wenn wir nicht kampfend und wenn wir nicht unsere Hilfsmittel dazu verwenden, um jedermann in der Welt die Freiheit zu sichern, dann wird auch unsere Freiheit hier in den Vereinigten Staaten nicht sicher sein. Aus diesem Grunde treten wir fuer den Marshall-Plan ein... Der Marshall-Plan ist die letzte und einzige Hoffnung des freien Mannes in der Welt..."

Zusammenfassende Erklarung des Praesidenten des CIO Philip Murray

In seiner Eigenschaft als Delegierter und Praesident des Verbandes der Vereinigten Stahlarbeiter hat Philip Murray um das Wort und gab seine Erwiderng auf den Widerstand der Kommunistischen Minderheit gegen die aussenpolitische Resolution des CIO.

"Ich bin der Meinung, dass die Diskussion, die hier von den Mitgliedern der Minderheit des Ausschusses so uebereilt gefuehrt wurde...., einen Teil des "Kalten Krieges" bildet. Er wird in jedem demokratischen Lande der Welt von beinahe immer denselben Leuten gefuehrt. Einige Delegierte, die Gelegenheit genommen haben, ueber diese Frage heute nachmittag zu diskutieren haben gesagt, dass sie die Gedanken Roosevelts in bezug auf die internationalen Beziehungen und die Aussenpolitik vertreten. Ich kannte unseren verstorbenen Freund, den Praesidenten der Vereinigten Staaten, Mr. Roosevelt ebenso gut wie jedermann hier im Saal... Zu verschiedenen Gelegenheiten, da ich Fragen der Aussenpolitik mit ihm zu besprechen hatte, brachte er oft und wiederholt seine Opposition gegen jede Form von Diktatur zum Ausdruck, ganz gleich, aus welchem Lande sie stammen moechte...."

"Ein paar von den Burschen, die heute nachmittag hier das Wort ergriffen haben, um gegen die Resolution zu sprechen, waren in ihren Reden auf den

Tagungen des CIO vor 1941 ziemlich laut. Das war in den Tagen des Hitler-Stalin Pakts, in den Tagen, da Hitler und Stalin uebereingekommen waren, Polen zu vergewaltigen und diese Nation zu entweihen, in den Tagen, da ein Austausch von Kriegsmaterial vor sich ging und Russland Deutschland in seinem Kampf gegen die Demokration unterstuetzte....

"Es mag vielleicht nicht verzeihlich sein, die Delegiertenversammlung daran zu erinnern, dass mehrere von diesen Burschen, die heute gegen den Bericht des Ausschusses opponieren, damals sehr ruehrig waren in ihrer Opposition gegen Amerika, gegen die Regierung der Vereinigten Staaten, die den Demokration der Welt Hilfe zuteil werden liess...Sie weichen niemals von der Parteilinie ab. Sie haben den Praesidenten Roosevelt verurteilt und haben ihn als Kriegshetzer, einen Kriegshetzer der Wall Street hingestellt...als das Volk und die Regierung hier in diesem Lande den Englaendern und ihren Verbuendeten in ihrem Kampf gegen den Hitlerismus und Nazismus helfen wollte.

"Erst Juni 1941 aenderten die Burschen ihre Taktik...Da wurde ploetzlich der Krieg, den sie einen imperialistischen Krieg nannten, zu einem Krieg der Demokration gegen den Hitlerismus...Da bestanden absolut freundschaftliche Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und der Kommunistischen Partei und den Vereinigten Staaten und dem gesamten Volke. Als aber der Krieg zu Ende war und die Vereinigten Staaten sich beschleunigt daran machten, selbst abzuruecken, da fing in Europa der Aggressionskrieg, die militaerische Aggression an, was kein Ende nahm und weitergehen wuerde, bis der Kommunismus und die Sowjetregierung den grossten Teil Europas ueberrannt haetten....

"Ihre Prinzipien aendern sich nie...Sie geben keine Entschuldigung fuer das Verhalten Russlands an, demzufolge lt. den besten vorliegenden Schaeztungen sich jetzt einige 4 oder 5 Millionen Menschen in Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern befinden. Sie werden feststellen, dass sie auch kein Wort der Anklage oder einer milden Kritik Russlands bzw. der sowjetischen kommunistischen Politik ueber ihre Lippen bringen. Ich fordere sie auf, es hier zu tun auf dieser Tagung. Sie gefallen sich lediglich darin, nur ihre eigene Regierung und die Politik ihrer eigenen Regierung allgemein zu tadeln und zu kritisieren...

"Wenn einmal der Tag kommen wird, da diese Apostel des Sowjetismus hier auf einer CIO-Tagung stehen und sich mit den freimuetig Denkenden auf dieser Tagung zu einer allgemeinen Kritik des Verhaltens der Sowjetregierung zusammenfinden, erst dann werden dazu uebergehen, sie als freimuetig Denkende zu akzeptieren und als freie Maenner, die nicht sklavisch der Parteilinie folgen.

"Sie machen einen Riesenlaerm um den Gebrauch der Atombombe. Weiss Gott, wohl keiner wuenscht, dass noch einmal eine Atombombe in einem neuen Konflikt angewandt wird. Keiner will einen Konflikt. Aberwaehrend sie einerseits diese Art Propaganda gegen die Vereinigten Staaten von Amerika anwenden, lassen sie vor jedem Delegierten auf dieser Tagung ihre ideologischen Bomben platzen. Das bildet einen Teil ihres "Kalten Krieges". Dies geschieht vorsaeztlich und ist so berechnet....Sie kommen aber nicht weit damit. Und je frueher sie anfangen, sich darueber klar zu werden, desto besser wird es auch fuer sie und die Organisationen werden, die zu fuehren sie den Vorzug haben.

- 14 -

Manpower Division

OMCUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

Nr. 47

Berlin, 14. Januar 1949

Die Aussichten fuer den neuen Weltgewerkschaftsbund

Der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) hatte angedeutet, dass er kein Interesse mehr am Weltgewerkschaftsbund (WFTU) habe, es sei denn, dass diese Organisation ihre Taetigkeit fuer ein Jahr einstellen wuerde. Dies kann man als gleichbedeutend ansehen mit einer Loesung der Beziehungen. Berichte vom amerikanischen Gewerkschaftsbund CIO lassen den Schluss zu, dass der CIO vielleicht seinen Austritt aus dem WFTU erklaert. Da der TUC und der CIO die Hauptstuetzen fuer den WFTU waren, kann man annehmen, dass der WFTU zu einer Vereinigung von Gewerkschaften kommunistischer Staaten wird, also, ganz offen zu dem, was er in den vergangenen Monaten heimlich zu sein versuchte, naemlich eine Propaganda-Agentur fuer die Sowjetunion. Es wird erwartet, dass der Austritt des TUC und des CIO zum Signal fuer die anderen freien Gewerkschaften der Marshall-Plan-Laender wird, den WFTU zu verlassen.

Unter dem 31. Dezember kommt jetzt aus Paris die Nachricht, dass die AFL einen neuen Weltgewerkschaftsbund plant, in dem sie in Gemeinschaft mit dem CIO zusammengehen wuerde. Die AFL hat immer heftige Kritik an der Politik des WFTU geuebt.

"Die AFL verbreitet in Westeuropa einen Vorschlag, dem zufolge die nichtkommunistischen Gewerkschaften zusammenkommen und die Bildung einer neuen Internationalen Organisation gegen den WFTU beraten sollen. Irving Brown, der Vertreter der AFL fuer Europa, sagte gestern, dass seine Organisation davon ueberzeugt sei, dass es nur eine Frage der Zeit sei, wann der von den Sowjets beherrschte WFTU auseinanderfaellt. Daher wuerde die AFL, die sich niemals dem WFTU angeschlossen hatte, die Fuehrung bei der gewerkschaftlichen Umorganisation uebernehmen.....

"Mr. Brown hob hervor, dass die AFL keineswegs versuche, jemand ihre eigenen Anschauungen aufzudraengen, sondern lediglich diesen Vorschlag als Verhandlungsbasis ansehe. Dessenungeachtet brachte er deutlich zum Ausdruck,

dass die AFL die Meinung vertrete, dass die Exekutivorgane des WFTU von den Kommunisten fuer Propagandazwecke missbraucht worden seien. Die beste Garantie gegen solchen Missbrauch, fuhr er fort, sei eine gebietsmaessige Umgruppierung der nichtkommunistischen Gewerkschaften. Der internationale Rat, der die sich ueber die ganze Welt erstreckende Taetigkeit ueberwachen wuerde, wuerde eine Verbindungsstelle und keine Exekutivkoerperschaft sein.

"Der Vertreter der AFL fuegte hinzu, dass bereits Organisationen bestehen, mit denen man einen regionalen Aufbau durchfuehren koennte. Die wichtigsten davon sind: der Interamerikanische Gewerkschaftsbund, der gewerkschaftliche Beirat der 16 Marshall-Plan-Laender zuzueglich Westdeutschland und Triest, die Internationalen Handelssekretariate, die sich aus 15 Vereinigungen ausserhalb des WFTU zusammensetzen und die Gewerkschaften Afrikas und des Fernen Ostens."

"New York Herlas Tribune" Paris, 1. Januar 1948

Der Wohltaeigkeitsfonds der amerikanischen Musiker

Der Amerikanische Musiker-Verband (AFM), der der AFL angeschlossen ist, hat jahrelang mit den Firmen, die Schallplatten herstellen, im Streit gelegen, weil er eine Abgabe von allen hergestellten und verkauften Schallplatten verlangte. Inzwischen ist ueber ein Jahr lang keine Schallplatte mehr von Instrumentalmusik aufgenommen worden. Jetzt hat man endlich eine Loesung gefunden. Der AFM wird von jeder hergestellten Schallplatte, je nach der Art, 1 - 2 ¢ erhalten, und die Abgaben werden rueckwirkend vom 20. September 1943 gezahlt werden. Die Hauptpunkte in dem jetzt getroffenen Abkommen, das bis zum 31. Dezember 1953 laeuft, sind folgende:-

1. Von den Schallplattenfirmen wird ein Treuhandfonds gebildet, der von den Abgaben finanziert wird, die fuer jede verkaufte Schallplatte zu entrichten sind. Die Abgaben werden jaehrlich etwa 2 Millionen Dollar betragen.
2. Es wird ein unparteiischer Treuhaender fuer den Fonds ernannt. Seine Ausgaben aus dem Fonds werden dazu dienen, stellungslosen Musikern Arbeit zu verschaffen, wobei diese Konzerte kostenlos vom Publikum in Anspruch genommen werden koennen.
3. Die Hilfsmittel des Fonds werden nach einer Kopfquote an die oertlichen Zweigstellen des AFM verteilt werden. Dem unparteiischen Treuhaender faellt die Verantwortung zu, ueber Ort und Stelle der stattfindenden kostenlosen Konzerte zu entscheiden, wie ueber die Bedingungen, unter denen diese gegeben werden. Der Vorzug bei den Konzerten wird vaterlaendischen, wohltaeigen und erzieherischen Organisationen gegeben.
4. Die stellungslosen Musiker, die bei solchen Konzerten beteiligt sind, koennen Mitglied des Musikerverbandes sein oder auch nicht.

"Overseas American News Service" 16. Dezember 1948

Die Hillman-Stiftung verteilt insgesamt \$30.000

Die Sidney-Hillman-Stiftung wurde mit einem Fonds in Höhe von einer Million Dollar errichtet, der dazu bestimmt ist, die Erziehung, Bildung und Forschung auf dem Gebiete des Arbeitswesens zu fördern, und hat vor kurzem die ersten Zuwendungen gemacht. Die Zuwendungen erstrecken sich auf \$11.000 für 4 Universitäten für Forschungsarbeiten, \$10.000 für eine Vorlesungsreihe von Harold J. Laski, Grossbritannien, über das Arbeitswesen in den Vereinigten Staaten; eine Anzahl Beträge wurde an Einzelpersonen für Forschungsarbeiten gezahlt. Es ist dies das erste Mal, dass in den Vereinigten Staaten eine Stiftung für solche Zwecke errichtet wurde. Die Stiftung ist dem Gedenken des verstorbenen Sidney Hillman gewidmet, der früher Vorsitzender des Verbandes der Vereinigten Bekleidungsarbeiter (CIO) war und im Jahre 1946 verstarb.

"The CIO News" 22. November 1948

Grosse Aufgaben für gewerkschaftliche Forschungsabteilung

Welchen Nutzen kann wohl eine Forschungsabteilung für eine Gewerkschaft haben. Soweit der CIO in Frage kommt, so ist seine Abteilung für Forschung und Bildung dafür verantwortlich, dass Informationsmaterial hereinkommt, das sich für die Gewerkschaften als nützlich erweist, ein Material, das die Gewerkschaften bei ihren Verhandlungen über Lohnerhöhungen benutzen können. Bei diesen Verhandlungen müssen die Gewerkschaften über Tatsachenmaterial verfügen, und so ist es die Aufgabe der Forschungswirtschaftler, Informationsmaterial zusammenzutragen über Produktionskosten, feste Kosten, Verluste, Zinsen, Transport - gezahlte Dividenden etc. Diese Abteilung ist aber auch für die Förderung der Bildung und Erziehung verantwortlich. Sie hält Konferenzen über Führerausbildung ab, veröffentlicht Druckschriften und verschafft sich Informationen für die Mitglieder. Anscheinend haben die amerikanischen Gewerkschaften die Feststellung gemacht, dass sich Forschung und Ausbildung bezahlt macht, da die meisten der grösseren Gewerkschaften solche Abteilungen eingerichtet haben.

"The CIO News" 22. November 1948

Das Stachanow-System in Rumänien

Die "Informations Roumaines", die von der rumänischen Gesandtschaft in Paris herausgegeben werden, veröffentlichen am 17. Oktober folgende Nachricht:

"In dem sozialistischen Wettbewerb, der anlässlich des 31. Jahrestages der Sozialistischen Revolution begann, an dem die rumänischen Arbeiter mit die erste Stelle einnehmen, haben letztere bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Eine Belegschaft aus 3 Mann hat in Lonea einen neuen Rekord im Kohleschuerfen ohne Anwendung von Explosivstoffen aufgestellt; sie hat das Plansoll um 933% ueberschritten."

Wie man sieht, weiss man im Lande Anna Paukers die Feste nach guter stalinistischer Tradition zu feiern; durch Verschaerfung des Arbeitstempes.

Das haben aber sicher diejenigen, die vor 31 Jahren die Revolution wirklich machten, nicht vorhergesehen.

Aus "Documentation Syndicale" (Paris) 22. Oktober 1948

Konzentrationslager in der Tschechoslowakei

Folgende Saetze, die keines Kommentars beduerfen, sind einem Artikel entnommen, der am 4. Oktober mit der Ueberschrift "Der juengste Erfolg in der Tschechoslowakei" in dem Schweizer Sozialistenblatt "Der Bund" erschien:-

Die Kommunisten in der Tschechoslowakei wissen, dass sie den anderen Laendern gegenueber, die sich hinter dem "Eisernen Vorhang" befinden, noch viel "aufzuholen" haben. Die juengste kommunistische Massnahme besteht darin, vom "ganzen Volk" durch "spontane" Aktion eine Ausmerzung der "Feinde des Staates und der Untergrundelemente" fordern zu lassen. Dieser Wunsch nach einer Reinigungsaktion wird in der Presse, im Radio usw. verbreitet. Es handelt sich hier wie anderwo darum, alle diejenigen in den Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern unterzubringen, die in Worten oder mit der Tat gegen den volksdemokratischen Staat suendigen, alle die Kritikaster und diejenigen, die nicht fuer die neue "sozialistische Ordnung" begeistert Hurra schreien.

Die kommunistischen Aktionskomitees haben vor kurzem eine Bewegung organisiert, der zufolge Petitionen an den Ratspraesidenten Zapotocky gerichtet werden. Diese Bewegung ist gekennzeichnet durch Tausende von Adressen und Resolutionen, die von Vereinigungen der "Arbeiterwelt" stammen. Bei dieser Gelegenheit bekunden sie "den Unwillen", den sie ueber die Tatsache empfinden, dass die "Reaktionaeere" Versuche unternehmen, um einen Umsturz in der Tschechoslowakei herbeizufuehren oder um die Entwicklung zu "einem besseren Leben im Rahmen der sozialistischen Ordnung" zu hemmen.

"Die Resolutionen enden schematisch mit einer Phrase, in der stets mit einigen Varianten beteuert wird, dass das Volk bereit ist, den Arbeitsertrag zu steigern, dass man aber alle diejenigen in die Zwangsarbeitslager schicken soll, die sich dem Willen des Volkes entgegenstellen.

"Die Presse veroeffentlicht u.a. einen Brief des Personals der Tesla-Fabriken in Prag-Strasnice, in dem es heisst: "Wir fordern, dass die Provokateure, die Agitatoren und die Untergrundelemente in die Arbeitslager geschickt werden - und mit ihnen die Faulenzer, die die Moral in den Betrieben untergraben! "

"Diese Aktion ist gut auf ein Ziel abgestimmt. Es kann uebrigens in einer Volksdemokratie nicht anders sein.

"Ist es noch noetig, zu erwaechnen, dass diese Aktion nicht ergebnislos verlaufen ist. Diese Ergebnisse sind gleichermassen abgestimmt: Die Zeitungen, z.b. das Organ der Tschechischen Schriftsteller "Lidove Noviny" berichten schon von positiven Resultaten - wie gesagt, so getan: Es sind bereits in Kladno, Pardubice und in Karlsbad Konzentrationslager eingerichtet worden."

"Documentation Syndicale" (Paris) 22. Oktober 1948

Ansichten eines Amerikaners ueber die Fuehrerschaft der deutschen Gewerkschaften

Am 15. November hielt Edwin F. Beal, der fruehere Berater der Amerikanischen Militaerregierung in Stuttgart fuer Arbeitseinsatzfragen, eine Ansprache im Radio, in der er seine Beobachtungen in bezug auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung schilderte. Mr. Beal brachte zum Ausdruck, dass er nicht mehr als oeffent-

licher Beamter; sondern als Privatmann sprache, der stark an der Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland interessiert sei. Er aeusserte die Meinung, dass in vieler Hinsicht die Gewerkschaften heute mehr geeint seien als im Jahre 1933, andererseits bedauerte er aber gewisse Tendenzen, die eine Rueckkehr zu den Auffassungen und der Denkweise von 1933 erkennen lassen, sowie "Tendenzen zur Uneinigkeit, Spaltung, wie auch ein verhaengnisvolles Zoegern und eine Abneigung dagegen, die Kraefte der Arbeiterschaft in den Kaempfen einzusetzen, die sie manchmal notwendigerweise auszufechten hat."

"Zum grossen Teil ist der Grund hierfuer in der Tatsache zu suchen, dass es nur sehr wenig junge fuehrende Kraefte gibt. Es fehlt eine Generation einflussreicher Gewerkschaftsfuehrer, die Generation, die gerade um 1933 herum den Grad der Reife erreicht hatte. Hitler unterdrueckte sie zusammen mit anderen, oder sie wurden zusammen mit anderen in den Kaempfen des Hitlerkrieges getoetet. Die deutsche Arbeiterbewegung musste auf aeltere Maenner zurueckgreifen, naemlich auf diewenigen Fuehrer aus der Zeit vor 1933, die es fertig gebracht hatten, am Leben zu bleiben. Ein Fuehrer kann alt sein und doch gut, aber manche von ihnen haben sich seit 1933 doch nicht gewandelt. Ich kenne z.B. einen, der viele Jahre im Konzentrationslager war. In alldiesen Jahren gelang es Hitler nicht, die Gesinnung dieses alten Gewerkschaftsfuehrers zu aendern - jedoch koennen es andere heute auch nicht. Ich glaube bestimmt, er denkt, dass wir einen falschen Kalender haben, und dass es noch 15 Jahre bis 1948 dauern wird. Gluecklicherweise ist er nicht typisch fuer das Gewerkschaftswesen, ungluecklicherweise ist er aber auch nicht der einzige.

"Ich glaube, keiner ist sich ueber diesen Mangel mehr im Klaren als die meisten der alten Fuehrer selbst. Sie sehnen sich danach, abzutreten und ihre Sorgen und ihre Muehe auf kraeftigere Schultern zu legen. Dennoch sind sie dazu nicht in der Lage, weil eben niemand anders da ist. Diese Verhaeltnisse findet man nur in Deutschland. In Belgien oder Frankreich liegen die Dinge nicht so. Die alten Fuehrer waren dort nicht allzu lange fort, waehrend die illegale Bewegung gegen die Nazibesetzung junge Fuehrer anwarb und bei ihrer Schulung Hilfe leistete. Es liegt jetzt bei der deutschen Arbeiterbewegung, irgendwelche Massnahmen zu improvisieren, um neue Fuehrer zu schulen und zwar schleunigst. Das ist eine schwere Aufgabe, eine Aufgabe mit der man sich vorher nicht zu befassen brauchte...Keiner kann es der deutschen Arbeiterbewegung jetzt sagen, wie es gemacht wird, aber ich hoffe, Amerika kann es und wird auch dabei helfen....

"Die deutsche Arbeiterschaft wird in Amerika Unterstuetzung und Rueckhalt bei ihren Gewerkschaftskollegen finden, die sich den gleichen Problemen gegenuebersehen und die die gleichen Noete haben. Wenn die deutschen Arbeiter fuer demokratische Rechte, fuer Rede- und Versammlungsfreiheit, fuer das Streikrecht und fuer das Recht kaempfen, Gesetze gegen Missbrauch durchzubringen, wie dafuer dass die Preise herabgesetzt werden, wenn sie die Hilfsmittel der Gesellschaft gerecht gebrauchen und verteilen, wenn also die deutschen Arbeiter dafuer kaempfen....dann werden sie auch Freunde finden, ganz gleich, gegen wen sie kaempfen. Sie werden Freunde finden, gber sie muessen so handeln, dass sie sie gewinnen..."

Rundfunksendung der Militaerregierung Wuerttemberg-Baden, Stuttgart, 15. November 1948

Beschaeftigungsstand in den wichtigen englischen Industriezweigen

Manche englischen Industriezweige haben Schwierigkeiten, genuegend Arbeitskraefte zu bekommen. Anderen Industrien wieder geht es besser, wie aus dem Britischen Wirtschafts-Ueberblick fuer 1948 hervorgeht. Aus nachstehender Tabelle gehen die Zunahmen und Abnahmen im Laufe des Jahres 1948 hervor, wobei die Zahlen fuer den 31. Dezember 1948 Schaetzungen darstellen:

Industriezweig	Beschaeftigung Ende 1947	Beschaeftigung Ende 1948	Zunahme o. Abnahme (geschaetzt)
Kohlenbergbau (Arbeitskraefte insgesamt) (beschaeftigt laut Buch)	758,000 (718,000)	790,000 (750,000)	+ 32,000 + 32,000
Anderer Bergbau u. Steinbruch	73,000	75,000	+ 2,000
Oeffentliche Einrichtungen	270,000	280,000	+ 10,000
Transportwesen u. Schiffahrt	1,438,000	1,460,000	+ 22,000
Landwirtschaft	1,055,000	1,110,000	+ 55,000
Bauwesen und Maschinenbau	1,364,000	1,200,000	-- 164,000
Fischerei	35,000	37,000	+ 2,000
Fabrikation:			
Baumaterialien	590,000	575,000	-- 15,000
Metall und Maschinen	2,876,000	2,900,000	+ 24,000
Textilien	652,000	760,000	+ 108,000
Bekleidung	831,000	800,000	-- 31,000
Lebensmittel, Getraenke, Tabak	623,000	600,000	-- 23,000
Chemikalien	336,000	335,000	-- 1,000
Andere Fabrikationen	1,343,000	1,355,000	+ 12,000
Vertrieb	2,351,000	2,320,000	-- 31,000
Dienstleistungen fuer Ver- braucher	2,120,000	2,123,000	+ 3,000
Oeffentliche Dienste:			
Landeszivilverwaltung	692,000	715,000	+ 23,000
Andere Dienste in der Landesregierung	375,000	360,000	-- 15,000
Oertliche Regierung	1,105,000	1,075,000	-- 30,000

Hinter diesen Zahlen verbergen sich viele interessante Betrachtungen ueber das Ausmass, in dem die englische Arbeiterschaft wirksam eingesetzt ist. So ist z.B. die Anzahl der Kohlenarbeiter sehr gross, wenn man die Tonnenzahl an gefoerderteter Kohle in Betracht zieht. Dasselbe gilt auch fuer die Bauarbeiter. Die englischen Wirtschaftler studieren jetzt diese Zahlen mit grosser Sorge, und die Gewerkschaften sind ebenfalls daran interessiert, weil Grossbritannien entschlossen ist, die Arbeiterschaft im Jahre 1949 wirksamer einzusetzen als im Jahre 1948.

"International Labour Review" November 1948.

Festes Programm des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC)

Der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) hat sich entschlossen, seinen ganzen Einfluss aufzubieten, um das Produktionsprogramm der Regierung zu foerdern. Am 18. November haben die Exekutivorgane der Gewerkschaften des TUC eine Konferenz abgehalten, um die Mittel und Wege zu studieren, die geeignet sind, eine maximale Leistungsfahigkeit in der Industrieproduktion zu sichern.

"Die industriellen Unternehmen schwanken zwischen grosser Leistungsfahigkeit und Erfolglosigkeit, wobei die ueberwiegende Mehrzahl von ihnen weder sehr gut noch sehr schlecht ist. Der allgemeine Durchschnitt muss gehoben werden. Es gibt wenig Betriebe, in denen durch sorgfaeltige Disposition, Planung und erspriessliche Beratung mit den Arbeitern und Arbeiterinnen im Betrieb nicht bessere Erfolge erzielen koennten. Wir gehen von der Erkenntnis und dem Wissen aus, dass eine Erfolglosigkeit, die durch fehlerhafte Planung, mangelhaften Produktionsfluss und andere Ursachen hervorgerufen wurde, bei den beteiligten Arbeitern den Gedanken an eine willkuerliche Vereitelung bzw. Hemmung wachwerden laesst, zumal sie wissen, was fuer eine lebenswichtige Rolle die Produktivitaet notwendigerweise dabei spielt, dass das Land selbst seinen lebenswichtigen Bedarf durch Einfuhr beschaffen kann.

"Der typische Gewerkschaftler will an seiner Arbeit interessiert und stolz auf sie sein, und er hat auch seine ziemlich scharfsinnigen Gedanken darueber, was seinen Bestrebungen helfen koennte... Die Fragen des Einsatzes der Arbeitskraefte, der technischen Ausbildung, der Schulung, und ob es wirklich einschraenkende Praktiken gibt, die in der Industrie angewendet werden, sind ebenfalls von Wichtigkeit. Aber vor all unseren Gedanken muss das Problem stehen, welches die beste Art und Weise ist, den Mann am Arbeitsplatz ueber den breit angelegten nationalen Plan, ueber die Gewerkschaftspolitik, und ueber die Rolle auf dem Laufenden zu halten, die er persoendlich bei der riesigen Aufgabe, der wir gegenueberstehen, spielen kann.

"Nur dadurch, dass wir Waren exportieren, koennen wir unseren Verbindlichkeiten nachkommen und der Aufgabe gerecht werden, die unser Vierjahresplan umfasst, der darauf abzielt, dass wir uns als Nation bis 1952 selbst erhalten, in welchem Jahre die amerikanische Hilfe aufhoeren wird. Es ist ein dornenvoller Weg... und er wird noch dornenvoller durch die Hindernisse, die uns von Leuten in den Weg gelegt werden, die irrgelitet sind infolge einer politischen Propaganda, die bewusst darauf abzielt, in die Frage der Produktivitaet Verwirrung zu bringen, um das Europaeische Wiederaufbau-Programm und die Marshall*Hilfe zu sabotieren.

"Was die Produktivitaet und das ERP betrifft, so weiss die Gewerkschaftsbewegung genau, wo sie steht. Ueber diese beiden Punkte gab es auf der TUC-Tagung im September keine Meinungsverschiedenheiten. Dennoch versucht die kommunistische Partei, die Beschluesse des TUC zu unterminieren... Die kommunistische Partei besitzt weder Verantwortungsgefuehl noch Moral. Sie empfindet keine Scham vor ihren eigenen politischen Purzelbaeumen, weil sie eben glaubt, dass der Zweck die Mittel heiligt. Wenn noetig, versucht sie, dieses Ziel durch Spaltung zu erreichen. Sie glaubt an die Diktatur. Sie glaubt nicht an eine Herrschaft der Majoritaet. Unsere Bewegung hat die Verantwortung fuer 8 Millionen Mitglieder und deren Angehoerige. Sie fusst auf der Gemeinschaft freier Maenner. Sie glaubt an die Demokratie, die sie zwei Jahrhunderte

lang geuebt hat...Den kommunistischen Taktiken, die Gewerkschaftsbewegung fuer ihre eigenen Zwecke und Ziele zu missbrauchen und herabzuwuerdigen, muss schon in den Werkstaetten, in der Zweiggewerkschaft und bei anderen Zusammenkuenften entgegengearbeitet werden.

"Der Generalrat wurde schon mit einer Warnung eroeffnet...und dieser wird eine Enthuellung der kommunistischen Taktiken folgen, so dass jeder richtige Gewerkschaftler in der Lage ist, zurueckzuschlagen und zu zeigen, wie stark denn eigentlich die Kommunistische Partei in der englischen Gewerkschaftsbewegung ist. Es handelt sich hier nicht um eine Ketzer- oder Hexenjagd, wie die Kommunisten in ihren Protesten behaupten. Keiner erhebt ein lauterer Geschrei als die kommunistische Partei, wenn irgendjemand es anzuzweifeln wagt, dass sie nicht die Quelle aller Weisheit, Wahrheit und Redlichkeit ist. Angesichts der Schritte, die der Generalrat bereits unternommen hat, war man sich ja auch schon im voraus darueber klar, dass sie ihr altes Geschrei erheben wuerde."

"Labour" Dezember 1948

Die Lage in Finnland

Bei der Beurteilung der finnischen Verhaeltnisse soll darauf hingewiesen werden, dass waehrend des Krieges unserem Lande das Schicksal der osteuropaeischen Laender erspart geblieben ist, denn unser Land wurde nicht besetzt; wir hatten den Siegern gegenueber aber Verpflichtungen nachzukommen.

Die Kriegsschulden, die wir zahlen sollen, belasten unsere Wirtschaft, aber wir haben keine Besatzungskosten. Trotz aller Schwierigkeiten ist die Lage Finnlands sichtlich besser als die der uebrigen Nachbarstaaten Sowjetrusslands.

Trotz der schweren Verluste ist die wirtschaftliche Lage ziemlich guenstig, was groesstenteils den nachfolgenden Faktoren zu verdanken ist;

1. Sowjetrussland hat unsere Kriegsschulden herabgesetzt;
2. Die guenstige Lage auf dem Weltmarkt inbezug auf Holz- und Papierwaren, wodurch die Zufuhr sehr zugenommen hat.

Auch die von den Westmaechten erhaltenen Kredite haben zu dieser guenstigen Entwicklung mitgeworht.

Bei der Reichstagswahl im Sommer hat die von den Kommunisten gebildete "volksdemokratische Front" einen Verlust erlitten; sie haben in allen Positionen den Rueckzug antreten muessen.

Die Minderheitsregierung der Sozialdemokraten hat es nicht gerade leicht. Der Angriff der Kommunisten auf die sozialdemokratische Regierung verknuepft sich mit der auslaendischen Politik, und sie haben versucht, Unruhe und Verwirrung zu stiften. Infolgedessen ist aber der groesste Teil unseres Volkes jetzt erwacht und unterstuetzt die Minderheitsregierung.

Die Kommunisten verwenden die Provokation als Kampfmethode inbezug auf die auslaendische Politik; was ihre innere Politik betrifft, so ist voriges Jahr der politische Streik zugunsten des Innenministers Leino misslungen.

Es besteht ein grosser Unterschied zwischen den Akkord und Zeitloehnen, und die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer ist schwach. Die Kommunisten versuchen ihren Zweck durch eine ausserordentlich luegenhafte Propaganda, welche sich insbesondere gegen die sozialdemokratischen Fuehrer innerhalb der Gewerkschaftsbewegung richtet, zu erreichen.

Sie haben fuer ihre Propaganda syndikalistische Kampfmethoden ergriffen. Ohne Genehmigung des Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaften haben sie in verschiedenen Teilen des Landes wilde Streiks veranlasst.

Das Bestreben der Kommunisten die wirtschaftliche Lage des Landes zu stoeren, macht sich am deutlichsten dadurch bemerkbar, dass sie—obwohl die Produktion um 7-8% im Vergleich zu den Vorkriegsjahren zugenommen hat — den Vorschlag eingereicht haben, die Loehne der Arbeiter um 20-30% zu erhoehen.

Die Sozialdemokraten haben darauf hingewiesen, dass es fuer die Arbeitnehmer von groesster Wichtigkeit waere, wenn die Preise und die Steuern herabgesetzt wuerden. Die Regierung hat den Vorschlag gemacht, naechstes Jahr die Steuern um 50% herabzusetzen. Zu gleicher Zeit sind die Sozialdemokraten der Meinung, dass es notwendig sei, eine derartige Verbesserung der Loehne der schlechtentlohten Arbeiter vorzunehmen, dass diese Lohnerhoehung die wirtschaftliche Lage nicht gefaehrden werde.

Von besonderer Bedeutung ist diese Politik inbezug auf die Exportindustrie, da die Exportpreise viel zu hoch liegen.

Im Augenblick, da wir diesen Artikel schreiben, ist die politische Krise noch nicht ueberwunden. Jedenfalls koennen wir feststellen, dass sich die Taetigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter intensiver geworden ist.

Die kommunistischen Provokationen wurden entlarvt, und die sozialdemokratischen Arbeiter haben dem Aufruf der FFC Folge geleistet.

Es laesst sich schwer vorhersagen, wie lange sich die Kommunisten gegen die Polizei und die Ordnung widersetzen werden.

Die Ausfuermoeglichkeiten sind noch nicht gerade guenstig, aber die Herbst-ernte ist ausserordentlich reich gewesen.

Wir haben z.B. eine so grosse Kartoffelernte gehabt, dass die Preise stark gesunken sind. Der Nahrungsmittelvorrat hat in jeder Hinsicht zugenommen, und die Preise werden fortwaehrend herabgesetzt. Dadurch verliert die Propaganda und das elende Auftreten der Kommunisten an Bedeutung.

Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, sehen wir der Zukunft hoffnungsvoll entgegen und unsere finnische Energie bietet eine Garantie dafuer, dass sich unsere wirtschaftliche Lage heben wird.

Unser Volk wurzelt in einer Demokratie, die wahrscheinlich eine Hemmung fuer das kommunistische Streben nach einer Diktatur bilden wird.

Bis jetzt haben wir uns besser als die uebrigen Randstaaten bewahrt und hoffen, dass unser Land trotz seiner gefaehrlichen Lage seine Selbststaendigkeit und Freiheit unter den uebrigen Laendern Europas aufrechterhalten wird.

Auszug aus einem Artikel der "Mitteilungen des Internationalen Bundes Privat-angestellter" (Amsterdam)

Das Angestelltenwesen in der Tschechoslowakei

Von befreundeter Seite wird uns geschrieben:

"Es hat sich die Umbildung auf Industrieorganisationen durchgreifend vollzogen. Hier und da kommt es zu kleinen Stoerungen, aber da unterdessen die sozialpolitische Gesetzgebung der Umbildung angepasst wird, wird auch dies behoben werden. Seit 1. Oktober ist die Sozialversicherung in Kraft. Sie erfasst alle Zweige von Versicherungen, Kranken- Unfall- Invaliditaetsversicherung usw. und dehnt sich auf alle arbeitenden Menschen, einschliesslich der selbstaendigen

Gewerbetreibenden und Landwirte aus.

Die Renten werden wesentlich erhoehet, und es wird eine Rente fuer bisher nicht Versicherungspflichtige eingefuehrt.

Es ist u.a. auch ein Arbeitsgesetz in Vorbereitung, durch das auch unser Handelsgesetz wegfaellt. Im Grossen und Ganzen kann gesagt werden, dass, was die sozialpolitischen Gesetze anbelangt, eine Nivellierung nicht erfolgt ist und dass im Gegenteil alle Vorteile, die bisher fuer Privatangestellte galten, beibehalten und auf alle andern Arbeitenden ausgedehnt wurden.

Die URO (Gewerkschaftszentrale) ist enorm gross und buerokratisch geworden. Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhaeltnisse ist durchgreifend, aber ebensogross ist die Verantwortung.

Was die Kategorie der Geschaeftsreisenden betrifft, laesst sich bemerken, dass diese Kategorie der Privatangestellten in der Tschechoslowakei nahezu ausgestorben ist. Es begann in der Industrie, die groesstenteils verstaatlicht wurde, es folgte darauf der Textilgrosshandel und der Lebensmittelgrosshandel. Die Juengeren sind in den Verteilungsstellen untergebracht, die Aelteren sind insoweit sie nicht versichert waren, brotlos geworden.

Diejenigen, welche versichert waren und jetzt eine Rente beziehen, sind die Mitglieder der ehemaligen Union der Geschaeftsreisenden; sie beziehen heute rund Kcs.2000.- Pension, waehrend die Rente fuer nicht Versicherte bloss Kcs. 700/- betraegt.

Auch der Angestellten-Grosshandel wurde zum Teil betroffen. Die neuen Distributionsformen werden nicht alle uebernehmen koennen, und dies bedeutet also Umschulung fuer andere Berufe.

Es kommen viele Angestellte des Kleinhandels hinzu, der zwar noch nicht betroffen wurde, in welchem aber durch eine Steuerpolitik der Regierung groessere Betriebe mit einer groesseren Zahl von Angestellten verhaeltnismaessig hoch besteuert werden, wodurch sich die Tendenz bemerkbar macht, dass sich der Kleinhandel, soweit es geht, der Angestellten entledigt.

Die Frage der Vergenossenschaftlichung des Kleinhandels steht vor der Tuer und wird mit allen Mitteln betrieben. Unter diesen Umstaenden ist die Arbeit des "Svaz zamestnancu v distribuci" fuerwahr nicht leicht und die Verantwortung schwer. Trotzdem oder deswegen muss aber festgestellt werden, dass die Angestellten dieser Kategorie fast zu 100% organisiert sind."

"Aus Mitteilungen des Internationalen Bundes der Privatangestellten"(Amsterdam)

Berufsausbildung in Canada

Das Berufsausbildungsprogramm der kanadischen Regierung, das vor kurzem ueberprueft worden ist, wird nach folgenden 5 Richtlinien durchgefuehrt werden:-

1. Ausbildung der Jugendlichen, die hauptsaechlich in den Schulen vorgenommen wird. Sie umfasst eine finanzielle Unterstuetzung fuer Krankenpflegerinnen, die in der Ausbildung begriffen sind, sowie fuer andere Berufsschuler.
2. Unterstuetzung fuer Berufsschulen, die in einem Programm besteht, den oertlichen Schulen dabei zu helfen, Ausruestungsmaterial und Lehrkraefte zu beschaffen, sowie Lehrplaene fuer die Berufsschulung auszuarbeiten.

3. Lehrlingsschulung in bezug auf die Ausbildung fuer Facharbeiter in besonderen Handwerksfaechern (keine Arbeiter an Fabrikationsmaschinen). Die Regierung hilft dabei, die Normen fuer die Schulung aufzustellen und unterstuetzt die Arbeitgeber und Gewerkschaften bei der Entwicklung der Ausbildungsprogramme.
4. Meister- und Vorarbeiter-Ausbildung, ein Programm, das den Zweck hat, die Arbeitgeber bei der Schlung von Vorarbeitern und anderem Aufsichtspersonal zu unterstuetzen.
5. Umschulung von Arbeitskraefte, die aus ihrer Beschaeftigung entlassen wurden; diese erstreckt sich auf Arbeiter, deren Facharbeit ueberholt ist, und auf solche, die auf Grund ihres Gesundheitszustandes oder ihres Alters zu anderen Arbeitsarten ueberwechseln muessen.

"International Labour Review" November 1948.

Beschaeftigung und Wohnungswesen in Schweden

Der Staatliche Ausschuss fuer Arbeit hat im Laufe des Monats Mai 1948 eine Uebersicht ueber unbesetzte Arbeitsstellen ausgearbeitet. Es stellte sich heraus, dass in gewissen Gebieten ein Arbeitermangel besteht. Die Arbeitsplaetze sollen ausgefuellt werden, waehrend wiederum Arbeiter in anderen Gegenden nicht dorthin ziehen koennen, wo Arbeit angeboten wird, weil dort Wohnungsnot herrscht. In manchen Gegenden kann die Nachfrage nach Wohnungen nur zu etwa 20% befriedigt werden. Der Grund fuer den Mangel an Wohnraum, bzw. dafuer, dass ihm nicht gesteuert wird, ist in dem Mangel an Bauarbeitern und Baumaterialien zu suchen. Im August 1948 waren 215,000 Arbeiter im Baufach taetig, von denen 83,900 ungelernte Arbeiter waren. Man zaehlte 50,000 Tischler, 21,200 Maurer und 42,500 andere Handwerker.

"International Labour Review" November 1948.

Ein oeffentliches Handbuch fuer Gewerkschaften

In diesem Artikel ist von einem Gedanken bzw. einem Plan die Rede, der vielleicht auch fuer die deutschen Gewerkschaften von Interesse sein mag. Es handelt sich um eine Methode, der zufolge die Exekutive der Gewerkschaft stets Informationsmaterial ueber Arbeiterangelegenheiten in Bereitschaft hat. Das Amerikanische Arbeitsministerium bereitet ein Handbuch vor, das den Gewerkschaften geliefert werden soll. Es handelt sich um ein 220 Seiten starkes Buch mit losen Blaettern, das man auf dem Laufenden halten kann, indem man immerwieder neue Seiten einfuegt, sobald Informationsmaterial hinzukommt. Das Buch enthaelt statistische Angaben nach dem juengsten Stande auf folgenden Gebieten: Beschaeftigung, Arbeitsplatzwechsel, Lohn Tabellen, Verdienste, Arbeitsstunden und Lohnsaetze, Preise und Lebenshaltungskosten, Produktivitaet und Einheitskosten, Industrielle Beziehungen, Betriebsunfaelle,

Bau- und Konstruktionsstatistiken, Wohnungswesen und Mieten, Sozialversicherung, Verbraucher-Konsumvereine, Produktion, Einkommen und Ausgaben. Der moderne Gewerkschaftsfuehrer muss auf diesen verschiedenen Gebieten auf dem Laufenden sein. Sein Handbuch ist fuer ihn ein Nachschlagwerk, das er jederzeit befragen kann.

"State Department Newsletter" 14. Dezember 1948.

Amerikanische Gewerkschaft eroeffnet Kleidergeschaef

Der Bezirk 64 des Internationalen Maschinisten-Verbandes, einer unabhaengigen Gewerkschaft, hat jetzt sein eigenes Bekleidungs-geschaef in Providence, Rhode Island, eroeffnet. Es haben jedoch nur gewerkschaftlich organisierte Maschinisten und ihre Familien oder Mitglieder der AFL-Gewerkschaften das Recht, daran teilzuhaben. Der Maschinistenverband war frueher der AFL angeschlossen, und es ist durchaus moeglich, dass er ihr wieder beitriff. Das Bekleidungs-geschaef wird 25 Angestellte haben, die alle Mitglied einer AFL-Gewerkschaft sind. Das Geschaef ist aus dem Grunde eroeffnet worden, um den Mitgliedern die hohen Kosten zu ersparen, die sie fuer Konfektionskleidung zahlen muessen.

Amerikanisches Arbeitsministerium "Weekly Labor News Digest" 1. Dezember 1948

- 12 -

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

Nr. 48/49

Berlin, 28. Januar 1949

DIE MEISTEN ARTIKEL DIESER DOFFELNUMMER BEZIEHEN SICH
AUF DEN VERWALTUNGS-AUSSCHUSS FUER DAS ERP UND AUF DAS
EUROPAEISCHE WIEDERAUFBAUPROGRAMM IM ALLGEMEINEN,

Einzelne Punkte aus der Ansprache Praesident Trumans an den Kongress

Anlaesslich der Eroeffnung des 81. Kongresses verlas Praesident Truman seine "Botschaft ueber die Lage in den Vereinigten Staaten". Seine Ansichten ueber die Innenpolitik der Regierung sind hier wiedergegeben, weil sie zu der amerikanischen Aussenpolitik in wichtigen Beziehungen stehen. Die Ansichten des Praesidenten ueber die Aussenpolitik werden diesem Auszug folgen.

1. Die Probleme des amerikanischen Volkes im Lande selbst

"Das amerikanische Volk ist sich darueber klar, dass Armut ebenso verheerend und ebenso unnoetig ist wie eine Krankheit, die man verhueten kann. Wir haben uns mit unseren gesamten Hilfsmitteln dafuer eingesetzt, einander in den Noeten und Kaempfen des individuellen Lebens zu helfen. Wir sind der Meinung, dass kein ungerechtes Vorurteil oder irgend ein kuenstlicher Unterschied irgend einen Amerikaner von einer Ausbildung, von einem Leben in Gesundheit oder von einem Beruf ausschliessen soll, den auszufuellen er in der Lage ist.

"Um eine Gesellschaft dieser Art heranzubilden, bedarf es der besten Bemuehungen jedes einzelnen Buergers in jeder Sphaere seines Lebens, es erlegt aber auch der Regierung eine stets wachsende Verantwortung auf. Die Regierung muss mit der Industrie, der Arbeiterschaft und den Bauern zusammenarbeiten, um die Wirtschaft auf vollen Touren laufen zu lassen. Die Regierung muss darauf sehen, dass jeder Amerikaner die Chance hat, seine gerechten Anteile an unserem wachsenden Reichtum zu bekommen. Diese Verantwortlichkeiten gehen Hand in Hand.

"Wir koennen keinen Wohlstand beibehalten, wenn wir nicht eine gerechte Verteilung und einen weitverbreiteten Verbrauch der Erzeugnisse unserer Fabriken und Bauernhoefe schaffen. Unsere Regierung hat es uebernommen, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

"Wir haben riesige Summen an oeffentlichen Geldern in Landstrassen, Wasserkraftwerkprojektion, Bodenerhaltung und Urbarmachung angelegt. Wir haben ein System der Sozialversicherung geschaffen. Wir haben Gesetze erlassen, die die Rechte und die Wohlfahrt unseres arbeitenden Volkes und das Einkommen

unserer Bauern schuetzen. Diese Bundespolitik hat sich mehr als reichlich bezahlt gemacht. Sie hat die materiellen Grundlagen unserer demokratischen Ideale gefestigt. Ohne sie waere unser jetziger Wohlstand nicht moeglich gewesen.

"Durch diese Politik gestaerkt, hat unser System des privaten Unternehmens neue Hoehepunkte in der Produktion erreicht. Seit dem Rekordjahr 1929 ist unsere landwirtschaftliche Produktion, waehrend sich die Bevoelkerung nur um 20% erhoehrte, um 45% und unsere Industrieproduktion um 75% gestiegen. Wir fertigen viel mehr Waren und schaffen mehr Wohlstand pro Arbeiter als dies jemals zuvor der Fall war.

"Dieser Fortschritt hat die klaeglichen Propheten - bei uns wie auch im Ausland - verwirrt, die den Zerfall des amerikanischen Kapitalismus vorausgesagt hatten. Das amerikanische Volk, das seine eigenen Wege geht und auf seine eigenen Kraefte vertraut, hat den groessten Wohlstand geschaffen, den die Welt je gesehen hat. Wie gross unser Fortschritt auch gewesen ist, wir haben noch einen weiten Weg zu gehen. Wenn wir uns im Lande umsehen, dann treten viele Maengel bei uns krass hervor.

"Wir leiden immer noch an enorm hohen Preisen. Unsere Produktion ist immer noch nicht gross genug, um die Nachfrage zufriedenzustellen.

"Unsere Minimalloehne sind bei weitem zu niedrig. Die kleinen Unternehmen verlieren vor den wachsenden Monopolen an Boden. Unsere Bauern stehen noch vor einer unsicheren Zukunft und zuviele von ihnen ermangeln noch der Segnungen unserer modernen Zivilisation.

"Manche unserer natuerlichen Hilfsmittel werden noch vergeudet. Es mangelt uns augenblicklich an elektrischem Strom, obwohl wir in reichlichem Masse die Mittel zur Verfuegung haben, Kraftstrom zu entwickeln.

"5 Millionen Familien leben noch in Elendsvierteln und Loechern. 3 Millionen Familien teilen ihre Wohnung mit anderen. Der Gesundheitszustand bleibt weit hinter dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaft zurueck. Eine richtige und angemessene aertzliche Behandlung ist so teuer, dass sie sich der groesste Teil unserer Buerger nicht leisten kann.

"Unsere Schulen sind in manchen Gegenden absolut unzuellaenglich. Unsere demokratischen Ideale werden oft durch Vorurteil und Unduldsamkeit durchkreuzt.

"Jeder einzelne dieser Maengel bietet auch eine Gelegenheit - eine Gelegenheit fuer den Kongress und den Praesidenten - zum Besten des Volkes zu arbeiten....."

2. Trumans Erklaerung zur Aussenpolitik

"Unsere einheimischen Programme bilden die Grundlage fuer unsere Aussenpolitik. In bezug auf die Fuehrerschaft sieht die Welt heute auf uns, weil wir innerhalb unserer Grenzen in so grossem Masse die Segnungen der Demokratie verwirklicht haben, nach denen sich die meisten Voelker der Welt so sehnen.

"Wir haben eine Aussenpolitik verfolgt, die den aeusseren Ausdruck des demokratischen Glaubens darstellt, zu dem wir uns bekennen. Wir tun, was wir koennen, um die freien Staaten und freien Voelker in der ganzen Welt zu ermutigen, den Leidenden und Betruebten in fremden Laendern Hilfe zu bringen und die demokratischen Staaten gegen Bedrueckung zu staerken.

"Der Angelpunkt unserer Aussenpolitik ist der Friede. Wir unterstuetzen eine Weltorganisation, um Frieden zu halten und eine Weltwirtschaftspolitik um fuer die Menschheit Wohlstand zu schaffen. Unser Leitmotiv ist das Prinzip der internationalen Zusammenarbeit. Fuer diesen Gedanken haben wir einen nationalen Beitrag geleistet, der so bedeutend ist wie nur irgend etwas in der

Geschichte. Wir haben uns verpflichtet, hierfuer mit unseren Hilfsmitteln und mit unserer Ehre einzutreten....

"Es sollte nun jetzt allen Nationen klar geworden sein, dass wir nicht danach streben, den Status quo zu verewigen. Wir haben nicht die Absicht, die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit bestehen zu lassen. Wir begruessen die konstruktiven Bestrebungen mancher Nationen mit dem Ziel, bessere Lebensbedingungen fuer ihre Voelker zu schaffen. Im Europaeischen Wiederaufbau-Programm, in unserer gutnachbarlichen Politik und in den Vereinten Nationen haben wir damit begonnen, diese nationalen Mauern einzureissen, die das wirtschaftliche Wachstum und den sozialen Fortschritt der Voelker der Erde hemmen.

"Wir haben den Glauben, dass, wenn wir entschlossen an diesem Kurs festhalten, das Prinzip der internationalen Zusammenarbeit schliesslich doch denjenigen Nationen Beifall abnoetigen wird, die jetzt den Versuch machen, es zu schwaechen oder zu untergraben bzw. zu zerstoeren. Wir stehen am Anfang einer Aera, die entweder zu einem grossartigen Erfolg oder zu einer schrecklichen Katastrophe fuer uns selbst und die gesamte Menschheit fuehren kann.

"Die Staerke unserer Nation muss weiterhin im Interesse Aller anstatt im Interesse von einigen Privilegierten gebracht werden. Sie muss weiterhin selbstlos im Kampf um den Weltfrieden und fuer eine Verbesserung der Menschheit in der ganzen Welt eingesetzt werden. Das ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

"Es ist keine leichte Aufgabe. Sie bringt viele Schwierigkeiten mit sich und wird von selbstsuechtigen Interessen stark bekaempft werden. Ich vertraue auf die Mitarbeit der Bauern, der Arbeiterschaft und der Geschaeftswelt. Jede Schicht unserer Bevoelkerung und jeder Einzelne hat das Recht, von seiner Regierung eine aufrichtige, gerechte und unparteiliche Handlungsweise zu erwarten....."

"Botschaft des Praesidenten ueber die Lage in den Vereinigten Staaten". 5. Januar 1949

Das Interesse Amerikas an einem Vereinten Europa

John Foster Dulles, der amerikanische Delegierte bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, hielt am 18. Dezember im Amerikanischen Klub in Paris eine Rede. Er sprach ueber das Interesse des Durchschnittsamerikaners an einem vereinten demokratischen Europa. Mit geringen Auslassungen ist seine Rede untenstehend wiedergegeben,-

"Als Thema meiner Ansprache habe ich mir die Frage der Einheit Europas gewaehlt. Ich habe dieses Thema gewaehlt, weil es sehr aktuell ist, weil ich aber auch in Europa auf ziemlich viel Missverstaendnisse in bezug auf die Haltung des amerikanischen Volkes gestossen bin. In meiner Rede kommt nicht die offizielle amerikanischenStellungnahme zum Ausdruck, sondern vielmehr, wie ich es verstehe und auffasse, die der interessierten Buerger der Vereinigten Staaten."

Die amerikanische Zivilisation wurzelt in Europa

"Dieses Interesse ist sehr stark. Es handelt sich nicht um ein ausschliessliches Interesse, denn wir haben panamerikanische und auch andere Bindungen. Wir nehmen aber an Europa ein besonderes Interesse. Das ist hauptsaechlich darauf zurueckzufuehren, dass der groesste Teil der amerikanischen Bevoelkerung aus Europa kommt. Unsere Vorfahren waren zum grossen Teil englischer, irischer, deutscher, italienischer, juedischer, polnischer, franzoesischer oder anderer

Nationalitaet, die in Europa wurzelte, ehe sie in Amerika Fuss fasste. Es besteht somit eine Blutsverwandtschaft. Zudem haben die Amerikaner das Gefuehl, dass sie ein Teil dessen sind, was im allgemeinen westliche Zivilisation genannt wird. Diese ist ganz eindeutig ein europaeisches Produkt. Es spiegelt die christliche Auffassung von der Natur des Menschen wider. Das Individuum wird als die hoechstentwickelte Einheit der irdischen Werte angesehen, und es wird die Anschauung vertreten, dass zusammenwirkende Koerperschaften so wie sie z.B. der Staat ist, Mittel dazu sind, dem Individuum groessere Moeglichkeiten zu bieten, dass sie aber nicht Zweck an sich sind, zu dessen Ruhm und Macht das Individuum geopfert und beeinflusst werden sollte. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, die zu einer individuellen Verschiedenheit und zu einem individuellen Experimentieren ermutigt. Wir haben unsere eigenen Einrichtungen und unser eigenes Experimentieren geschaffen und geformt und haben lange mit Europa den Reichtum geteilt, den eine solche Gesellschaft bietet. Unsere Identifizierung mit Europa ist tatsaechlich so eng und stark geworden, dass in vielen Teilen der Welt, besonders in Asien und Afrika, diejenigen die aus den Vereinigten Staaten kommen, allgemein "Europaer" genannt werden.

Amerika hat ein festbegrundetes Interesse an der Demokratie

Waehrend so unser Volk und unsere Denk- und Handlungsweise eine Art von Ueberschuss Europas darstellen, ist da amerikanische Volk aber auch der Meinung, etwas an Werten in Europa angelegt zu haben. In den letzten 30 Jahren haben wir dreimal grosse Anstrengungen gemacht, um den Voelkern Europas dabei zu helfen, ihre freien Einrichtungen beizubehalten. Im Jahre 1917, als es den Anschein hatte, dass Europa der militaristischen Herrschaft des deutschen Kaisers zum Opfer fallen wuerde, beteiligten wir uns an den Auseinandersetzungen und halfen durch grossen Einsatz von Menschenmaterial und wirtschaftlichen Hilfsmitteln, diese despotische Bedrohung abzuwenden. Und wieder - im Jahre 1941 -, als ein grosser Teil Europas von den Armeen Nazideutschlands ueberrannt worden war, machten die Vereinigten Staaten wieder mit und spielten wiederum eine gewichtige Rolle in der Abwendung dieser neuen Bedrohung durch den Despotismus. Und jetzt wieder haben wir riesenhafte wirtschaftliche Anstrengungen gemacht, um Europa zu Hilfe zu kommen, und wir bauen wieder unsere militaerische Staerke auf, um ein Gegengewicht zu bilden gegen die Macht, die Westeuropa umgibt, so dass das Gebiet, das der Krieg fast in einem Machtvakuum liess, besser durch einheimische Kraefte als durch eine auslaendische Macht ausgefuellt wird.

Diese drei Anstrengungen haben uns allerdings etwas gekostet. Es gibt kein Dorf in den Vereinigten Staaten, in dem nicht eine Ehrentafel existiert, in der die Namen seiner jungen Maenner aufgefuehrt sind, die kaempfernd in Westeuropa starben. Unsere Staatsschulden sind von 3 Milliarden im Jahre 1917 auf 270 Milliarden im Jahre 1946 angewachsen, und dies ist nur ein Teil der wirtschaftlichen Kosten dieser drei Anstrengungen, und die dritte ist noch dazu noch nicht abgeschlossen. So kommt es, dass das amerikanische Volk auf Grund seiner Blutsverwandtschaft und der gemeinsamen Kultur ein tiefes Interesse an Europa nimmt und der Meinung ist, dass die frueher und jetzt gebrachten Opfer ihnen als Freunde das Recht gibt, dieses Interesse zum Ausdruck zu bringen. Sie sehen das nicht als Einmischung an.

Amerika wuenscht ein starkes und freies Europa

Was will Amerika. Manche behaupten, unser Interesse an Europa stelle weiter nichts als den Wunsch dar, Westeuropa als Militaerstuetzpunkt zu benutzen, von

dem aus die Weltherrschaft verwirklicht werden soll. Diese Behauptung wurde in den Debatten der Vereinten Nationen hier in Paris aufgestellt und wird staendig von gewissen Elementen der europaeischen Presse und im Rundfunk wiederholt. Ich glaube aber, dass es nur wenige gibt, die das glauben, selbst, wenn diese Behauptung so oft wiederholt wird. Ich zweifle aber daran, dass es von vielen geglaubt wird. Die meisten Menschen, die in Westeuropa leben, haben mit ihren eigenen Augen gesehen, wie die amerikanischen Truppen gekommen und auch wieder abgezogen sind. Sie haben diesen Truppen zugejubelt, als die kamen und jubelten ihnen auch zu, als sie nach dem Siege wieder abzogen. Das war....(Text ist hier verstuemmet), obwohl hier manche jetzt wuenschen, unsere Truppen waeren nicht so schnell und so vollstaendig wieder abgezogen. Aber alle mit Ausnahme einiger Weniger wissen, dass, wenn die Vereinigten Staaten den Wunsch gehabt haetten, Europa als Militaerbasis zu benutzen, wir dazu nach Beendigung des Ersten Weltkrieges Gelegenheit gehabt haetten und jetzt wieder nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Sie wissen das, weil sie gesehen haben, dass die amerikanische Nation durch diese Gelegenheiten nicht einmal in Versuchung gebracht wurde.

"Es wird auch von manchen Leuten behauptet, dass die Vereinigten Staaten in erster Linie deshalb an Europa so interessiert sind, weil wir Gebiete finden muessen, wo wir unsere ueberschuessigen Waren loswerden koennen, auch das ist absurd.

"In Wirklichkeit verfolgen die amerikanischen Hoffnungen in bezug auf Europa gerade und genau das Gegenteil von dem, was uns unfreundliche Kreise zur Last legen wollen. Wir wollen, dass Europa politisch so stark ist, dass weder die Vereinigten Staaten noch irgend eine andere Macht je in der Lage sein wird, Europa zu einem Zwecke zu gebrauchen, der der freien Entwicklung Europas selbst entgegensteht. Wir wollen, dass Europa wirtschaftlich so stark ist, dass es aus eigener Kraft in Wohlstand lebt und nicht auf wirtschaftliche Zuwendungen von anderer Seite her angewiesen ist. Wir wollen, dass Europa in genuegendem Masse geeint ist, damit wir praktisch mit ihm arbeiten koennen. Wir wollen, dass Europa so viel moralische und intellektuelle Dynamik beweist, dass es weiterhin im Sinne der Tradition der Magna Charta und der Erklaerung ueber die Menschenrechte ueberall Maenner hervorbringt, die in der Lage sind, irgendwelche Fesseln abzustreifen, die geeignet sind, ihre Selbstentwicklung zu hindern. Wir wollen ein Europa, das faehig ist, eine neue industrielle Umwaelzung hervorzurufen, die weiterhin die Produktivitaet der menschlichen Arbeit vermehrt. Wir wollen ein Europa, das wieder grosse Leistungen auf dem Gebiete der Literatur, Musik, Kunst und solche religioesen Bewegungen hervorbringt, wie sie in der Vergangenheit die Welt inspiriert und bereichert haben.

Die Gefahren einer Uneinigkeit Europas

"Das sind unsere Hoffnungen. Wir haben aber auch Befuerchtungen. Wir befuerchten, dass ein uneiniges Europa nie unsere Hoffnungen wird verwirklichen koennen. Die Amerikaner sind der Ansicht, dass die Geschichte Europas, und insbesondere die Geschichte der letzten 30 Jahre, die sie aus der Naehel kennen, gezeigt hat, dass die Uneinigkeit Europas eine Schwaeche ist, die ehrgeizige Despoten staendig auszubeuten versuchen werden, und dass, obwohl diese Versuche bisher vereitelt worden sind, die Kosten hierfuer so hoch waren, dass von jetzt ab selbst die Vereinigten Staaten nicht ohne ernste Risiken Schutz vor dieser Gefahr gewaehren koennen. In den Vereinigten Staaten greift die Ansicht immer mehr um sich, dass dieser dritte Versuch, den wir jetzt machen, die europaeische Einheit zur Folge haben sollte, die das Volk genuegend dafuer staerkt, um spaeter sich selber in Freiheit zu erhalten.

"Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass 10 der 30 getrennten Nationen Europas eine nach der anderen einem fremden Despotismus zum Opfer faellt. Die uebrigen verhehlen keineswegs ihre Furcht, dass ihnen ein gleiches Geschick zuteil wird. Dieser aengstliche Rest in Westeuropa besteht aber aus etwa 260 Millionen Menschen. Es sind dies Menschen, die sowohl menschliche Qualitaeten wie auch natuerliche Hilfsmittel besitzen, die sie in die Lage versetzen, eines der grossen Machtgebiete der Welt zu sein. Zahlenmaessig sind sie sowohl der Sowjetunion wie auch den Vereinigten Staaten ueberlegen. Sie sind fuer dieses moderne industrielle Zeitalter hervorragend vorgebildet und geeignet. Allerdings sind sie in Sprache und Rasse verschieden, und es bestehen kriegerische Traditionen zwischen ihnen. Sie sind sich jedoch in Kultur und ihren Einrichtungen hinreichend gleich, so dass sie der uebrigen Welt gegenueber eins zu sein scheinen, da sie die sogenannte westliche oder christliche Zivilisation darstellen. Wenn sie zu uns in die Vereinigten Staaten kommen, dann gliedern sie sich politisch ohne Schwierigkeit in die dortigen Kreise als Einheit ein. Hier in Europa haben die Gewerkschaften und die Geschaeftsleute die Moeglichkeit gefunden, kameradschaftlich zusammenzuarbeiten, ausgenommen da, wo es die Politik verhinderte. Die natuerlichen Hilfsquellen Europas sind gross, und Afrika liegt nahe, wo riesige natuerliche Hilfsmittel existieren, die durch Zusammenarbeit mit den eingeborenen Voelkern ausgenutzt werden koennten. Kurzum, alle diejenigen, die heute in Europa von Furcht beherrscht werden, liegen zahlenmaessig, wie auch in bezug auf Qualitaeten, Einrichtungen, Hilfsmittel und Nachbarschaft so, dass es laecherlich ist, wenn sie Furcht haben. Sie sollten sich zu einer unangreifbaren Zitadelle der Freiheit und des Wohlstandes zusammenschliessen. Nur Uneinigkeit kann sie schwaechen.

Die Aussichten fuer eine Einigung Europas

"Was das amerikanische Volk sehen will, ist eine Einheit, die sie stark macht. Dies ist offenbar auch das Bild, das die Fuehrer und das Volk Europas vor Augen haben. Wir haben die grossartigen Erklaerungen von Attlee, Bevin, Churchill, Auriol, Schuman, Spaak, De Gasperi und erst vor ein paar Tagen eine vom Papst Pius XII. gelesen. Soweit ich weiss, hat sich tatsaechlich jeder bedeutende politische oder religioese Fuehrer in Westeuropa in der Oeffentlichkeit wie auch im Privatleben fuer die Erreichung einer erweiterten politischen und wirtschaftlichen Einheit ausgesprochen, um den sich wiederholenden Bemuehungen ehrgeiziger Herrscher, Westeuropa unter ihre despotische und fremdartige Herrschaft zu zwingen, ein Ende zu bereiten. Es hat daher fuer die Amerikaner den Anschein, dass ihre eigenen Interessen und ihre Anteilnahme an Europa sich mit denen der Voelker Europas und ihrer politischen Fuehrer decken.

"Wir sind uns natuerlich darueber klar, dass der Gedanke einer Einheit Europas nichts Neues ist, dass es schon viele Bestrebungen in dieser Hinsicht gegeben hat, die aber alle gescheitert sind. Es scheint uns aber, dass ebensoviel Geduld Europa auf friedlichem Wege zu einen, aufgebracht werden muesste wie Ausdauer vorhanden ist, Europa durch Eroberungen zu einen. Es scheint uns auch, dass jetzt die Fuehrer fuer eine friedliche Einigung eigentlich Erfolg haben muessten, denn die Ereignisse der letzten 30 Jahre haben eine Lehre erteilt, die jetzt ihre praktischen Folgen zeitigen sollte.

Das Interesse Amerikas an Europa ist konstruktiver Natur

Diese Ereignisse sind wenigstens fuer das Amerikanische Volk eine Lehre gewesen. Die Lehre, die wir daraus gezogen haben, ist, glaube ich, die dass, waehrend einmal die Vereinigten Staaten die Verbindungen zu einem starken, kraeftigen und beitragsleistenden Partner in Freiheit immer enger gestalten sollten, wir unser Schicksal nicht unbegrenzt an das Schicksal eines Westeuropas knuepfen sollten, das darauf besteht, eine Uneinigkeit beizubehalten, die immer wieder zu einem Kriege herausfordert. Die Vereinten Nationen sind noch kein Ersatz fuer gebietliche und kollektive Bestrebungen, die die Charta billigt und foeelert.

"Im Allgemeinen sind die Amerikaner willens, sich an einem grossen Bestreben zu beteiligen, naemlich mitzuhelfen, der Uneinigkeit Westeuropas ein Ende zu bereiten und an Stelle der Schwaeche die Staerke der Einheit zu setzen. Das ist es, was viele Amerikaner zu tun glauben, wenn sie zum Europaeischen Wiederaufbau-Programm beitragen und wenn sie die Beteiligung an irgend einem Atlantikpakt zu einer kollektiven Verteidigung in Betracht ziehen. Aber sie sind der Meinung, dass diese Bemuehung in hinreichendem Masse konstruktiv und schoepferisch sein muesste, so dass es der letzte dieser Versuche ist, den man von uns verlangt. Wir meinen, dass dies nicht der Fall waere, wenn diese Bemuehungen lediglich nach der Struktur der Vorkriegszeit geplant sind, die sich sowohl fuer diejenigen, die in ihr leben, wie auch fuer deren Freunde als gefahrvoll erwiesen haben.

"Die Struktur Europas in der Vorkriegszeit ist ein Gebilde, das wiederholt in Flammen aufgegangen ist. Die Verluste an Menschen und Material waren enorm und sind nicht wieder gutzumachen. Nach jeder Feuersbrunst in der Vergangenheit ist dieser Aufbau wieder ebenso dauerhaft und fest vollzogen worden. Wir sind der Meinung, dass die Regierungskunst und Politik doch etwas besseres leisten kann als dazu ueberzugehen, eine solche Dummheit zu wiederholen.

"Die Amerikaner erinnern sich der Verhaeltnisse und Bedingungen, unter denen ihre eigene Einheit geplant und verwirklicht wurde. Unsere 13 unabhaengigen souveraeenen Staaten waren von den despotischen Regenten der damaligen grossen Weltreiche England, Frankreich und Spanien bedroht. Die Buerger unserer Staaten erkannten damals genau, dass sie getrennt schwach und fuer sich allein dem Anprall ausgesetzt waren.

"Es laesst sich garnicht vermeiden, dass die Bevoelkerung der Vereinigten Staaten jetzt daran zurueckdenkt, da sie Westeuropa beim Wiederaufbau haelft. Es erscheint uns, dass ein Wiederaufbau nicht von Dauer sein kann, wenn er lediglich die Struktur getrennter souveraeener Staaten, wie sie in der Vorkriegszeit bestand, wieder ins Leben ruft.

Die Bedeutung der Einheit Europas fuer Deutschland

"Manchen erscheint es auch, dass das deutsche Problem nicht zufriedenstellend geloest werden kann, es sei denn im Rahmen irgend einer westeuropaeischen Einheit. In Deutschland - und in diesem Zusammenhang kann man nur von einem Westdeutschland sprechen - leben etwa 45 Millionen Menschen, die in einem beaengstigenden Masse auf engstem Raum zusammengepresst sind. Diese Menschen, die fleissiger Natur sind, und die ueber bedeutende Hilfsmittel und Industriebetriebe verfuegen, haben grosse Moeglichkeiten, die sich zum Guten und zum Boesen auswirken koennen. Man koennte ihnen eine grosse friedliche

Chance als kleine Minderheit - sagen wir 20% - Westeuropas geben. Aber als eine der verschiedenen unabhängigen Nationen Europas haben die Deutschen, die strategisch im Herzen Europas ansässig sind, eine verführerische Gelegenheit sich wieder zu einer beherrschenden Stellung emporzuarbeiten. Kein Vertrag, der heute zum Abschluss kommt, sollte als zuverlässiger Schutz gegen dieses zukünftige Risiko angesehen werden.

"Ein vereintes Westeuropa wird auch als Basis fuer die Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zwischen den oestlichen und westlichen Gebieten des europaeischen Kontinents benoetigt. Es liegt im Interesse von ganz Europa, dass die augenblickliche Schranke faellt. Man bemueht sich jetzt ernstlich, Westeuropa zum Osten herueberzuziehen und dem Westen zu entfremden. Wenn dies Erfolg haette, waere es sowohl fuer den Osten wie auch fuer den Westen eine ungesunde Loesung, ob aber der Westen als Gegengewicht eine hinzureichende Anziehungskraft ausueben kann, die gute Arbeitsbeziehungen auf dem Kontinent in seiner Gesamtheit wiederherstellen kann, haengt am meisten davon ab, ob die Voelker Westeuropas sowohl die Faehigkeit an den Tag legen, die menschliche Freiheit zu bewahren, als auch die Faehigkeit, eine politische und wirtschaftliche Staerke und einen sozialen Wohlstand zu entwickeln.

Amerika verfolgt keine diktatorischen Ziele in Europa

"Das amerikanische Volk will unverkennbar in vorsichtigen Grenzen seiner Hilfsquellen dabei helfen, eine schoepferische Arbeit zu leisten. Es hat aber auch seine eigenen Gedanken darueber und wuerde wahrscheinlich unguenstige Schluesse ziehen, wenn verschiedene Nationen Westeuropas es vorziehen, eine Un- cinigkeit beizubehalten, die, wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen nur aufrechterhalten werden kann mit einer dauernd wiederkehrenden Hilfe seitens der Vereinigten Staaten, wenn sich ueberhaupt beibehalten werden kann. Es gibt einen Punkt, bei dem Hilfsaktionen aufhoeren, nuetzlichen Zwecken zu dienen.

"Es besteht jedoch kein Grund, verzagt zu sein. Ich habe waehrend der letzten 12 Monate 4 davon in Europa verbracht und habe den deutlichen Eindruck, dass bei der Bildung einer Einheit in Europa, die sich zum Nutzen seiner Be- voelkerung auswirkt, wirklich Fortschritte erzielt wurden.

Der Grad des Fortschritts steht vielleicht nicht im Verhaeltnis einerseits zu der Gefahr und andererseits zu der verfuegbaren Hilfe, wenigstens scheinen aber die Bestrebungen in dieser Hinsicht endgueltig fortzuschreiten.

"Ich kann Ihnen die Versicherung geben, dass das amerikanische Volk fuer Europa weder ein besonderes Schema noch irgend einen Fahrplan bereit hat, den es Europa aufzwingen will. Es weiss ganz genau, dass irgend ein System, das in Frage kommt, ein System sein muss, das sich Europa selbst auserwaehlt hat. Es ist wahrscheinlich sogar ganz etwas anderes als die Amerikaner selbst ausar- beiten wuerden. Es koennte sich z.B. mehr nach funktionsmaessigen Richtlinien entwickeln. Der Grad des Fortschritts, den wir verwirklichen, haengt von Er- eignissen ab, die man nicht vorhersagen kann. Das Wesentliche ist, dass sich ein konkreter und ein anhaltender Fortschritt auf dem Wege ergibt, der klar und deutlich durch Vernunft und Erfahrung gekennzeichnet ist. Wenn sich Europa frei und aus eigenem Willen dafuer entscheidet, diesen Weg gehen zu wollen, dann will auch das amerikanische Volk das Vorrecht haben, sich als hilfreicher Kamerad zu erweisen, wenn dieser Weg Schwierigkeiten mit sich bringt. Es will seinen Bei- trag dabei leisten die wirtschaftlichen Probleme zu loesen, die sich immer

zeigen, wenn man einer groesseren Einheit zustrebt. Es will die Furcht bannen, dass die Bestrebungen nach der Einheit einen bewaffneten Angriff ausloesen koennten. Das amerikanische Volk sieht aber am Ende dieses Weges ein Europa, das nicht mehr abhaengig ist, sondern stark und frei in sich selbst und das zur Staerkung und Inspiration der Welt beitraegt."

"Amerikanisches Aussenministerium", (Radio Bulletin
19. Dezember 1948.)

"Der Marshall-Plan ist die einzige und letzte Hoffnung
des freien Mannes"

Das sind die Worte Walter Reuthers, des Praesidenten des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas, die er am 23. November auf der Landestagung des CIO in Portland, Oregon, sprach.

"Der Marshall-Plan ist die letzte und einzige Hoffnung des freien Mannes in der Welt. Wenn wir ihn verwirklichen, wenn wir den demokratischen Voelkern Europas die Chance zum Wachstum und die Chance, wieder frei atmen zu koennen, geben, dann besteht auch die Moeglichkeit, dass wir einen neuen Krieg vermeiden. Wenn aber der "Eiserne Vorhang" die Moeglichkeit hat, naeher und naeher an den Englischen Kanal heranzuruecken, bis er schliesslich ganz Europa hat, wie es jetzt in China dank der Dummheit vieler Leute dort in diesem Lande der Fall zu sein scheint, dann wird die Freiheit an die Wand gedruickt. Wir wollen aber nicht, dass das geschieht.

"Wir haben nichts gegen das Sowjetvolk. Ich hatte die Gelegenheit und das grosse Erlebnis, mit russischen Arbeitern zusammenzuarbeiten. Sie sind genau so wie Sie und ich. Sie wuerden sich den Arm ausreissen, wenn sie auf dieser Seite des "Eisernen Vorhangs" sein koennten. Sie teilen dieselben Hoffnungen, dieselben Bestrebungen, die wir auch teilen, ausgenommen dass sie nicht die Gelegenheit haben, die Dinge zu bekommen, fuer die wir hier kaempfen, weil es in Russland keine freien Gewerkschaften gibt.

"Ich gehoerte einer russischen Gewerkschaft an, weil ich eintreten musste, als ich dahin ging. Ich bin beigetreten, weil ich sehen wollte, wie sie arbeiten. In jeder Abteilung, in jeder Fabrik in der Sowjetunion gibt es einen Gewerkschaftssekretaer und einen politischen Sekretaer, der von der kommunistischen Partei ernannt wird. Solange der Gewerkschaftssekretaer ueber eine Beschleunigte Erfuellung des II. und III. Fuenfjahresplans sprach, sassen die Kollegen der Gewerkschaft auf dem hohen Pferd und hatten Macht.....Ich habe das nicht etwa aus Buechern, ich bin selber dagewesen.....

"Diese Resolution (die das europaeische Hilfsprogramm unterstuetzt) ist lediglich eine Geste, den Voelkern der Welt zu helfen, die Hilfe brauchen, so dass wir und sie zusammen den gemeinsamen Kampf fuehren koennen in dem Versuch, die Freiheit und Sicherheit in der Welt zu etwas Bestaendigem und Dauerhaftem zu machen."

"Aus dem Verlauf der 1948er Tagung des CIO"

Das internationale Programm des AFL

Folgender Artikel von William Green, dem Praesidenten der AFL stellt eine Erklaerung darueber die Ansichten seiner Organisation in bezug auf die amerikanische Aussenpolitik, wie sie auf der 67. Jahresversammlung, die am 15. November in Cincinnati, Ohio, zum Ausdruck gebracht wurden.

"Der "Kalte Krieg", den die Kommunisten gegen die Wirtschaft der Laender in Schluesselstellung in der ganzen Welt fuehren, ist von einer so grossen Bedeutung

fuer unsere Lebensweise, dass dieser Frage im Verlauf unserer Tagung mit der Vorrang gegeben wurde. Dieser Krieg stuetzt sich in bedeutendem Masse auf charakteristische kommunistische Organisationen von Buergern der Fuenften Kolonne. Diese Organisationen haben den Auftrag, Kommunisten in fuehrende Stellungen bei der Regierung, in der Politik, bei der Polizei, bei den Gerichten, im Transportwesen und bei bedeutenden Gewerkschaften zu bringen mit der Absicht, soviel Verwirrung zu stiften, dass die Nation zu Gewaltmitteln greift, die Kommunisten die Macht an sich reissen und die Befehle Moskaus ausfuehren.

"Das geschieht in Frankreich, wo die Sowjets den kuerzlichen Bergarbeiterstreik finanzierten, um einen wirtschaftlichen Wiederaufbau gemaess dem ECA zu verhindern. Das ECA verfolgt den Zweck, die europaeischen Nationen wieder soweit aufzubauen, dass sie selbstaendig sind und sich selbst regieren koennen, so dass sie in der Lage sind, sich mit anderen Laendern zwecks Abwehr der kommunistischen Beherrschung zusammenzutun.

"Die organisierte Arbeiterschaft ist fuer einen Erfolg der Arbeit des ECA von enorm wichtiger Bedeutung, fuer das unsere Demokratie Milliardenwerte unseres Wohlstandes ausgibt. Durch Vereitelung oder Verzoegerung dieser Bemuehungen hofft der Kreml, unsere Wirtschaft zugrundzurichten. Um aber die kommunistische Propaganda zunichte zu machen und um einen Erfolg des ECA zu sichern, haben wir unsere Gewerkschaftsvertreter in Europa, die dabei helfen sollen, die dortigen freien Gewerkschaften zu staerken. Die Gewerkschaften sind auch in der Verwaltung des ECA vertreten.

"Um die Arbeit unserer Regierung in internationalen Angelegenheiten wirksamer zu gestalten, draengen wir auf eine offizielle Vertretung der Gewerkschaften bei den Einrichtungen der Vereinten Nationen, die eine Politik bestimmen, die unsere Wohlfahrt angeht, wie auch auf eine Vertretung unserer Delegation bei den Sitzungen der Generalversammlung. Wir empfehlen ebenfalls eine Revision der Charta der Vereinten Nationen. Daruber hinaus sollte auch die Erfahrung der Gewerkschaften bei dieser ausserordentlich wichtigen internationalen Frage in der Politik des Aussenministeriums eine Rolle spielen bei nachdruecklicher Entfernung der Kommunisten aus dem Ministerium.

"Wir sehen in diesem "Kalten Krieg" eine erneute asiatische Invasion Europas durch rueckstaendige Barbaren, die weiter keinen Fortschritt aufzuweisen haben als Herrschaft durch Eroberung und Gewalt. Wir empfehlen Defensivbuendnisse unter den demokratischen Laendern der westlichen Zivilisation. Wir hoffen, unsere gewerkschaftliche Hilfe im kommenden Jahr auch auf Asien und Afrika ausdehnen zu koennen und wollen auch weiterhin mit den Arbeitern Lateinamerikas durch den Interamerikanischen Gewerkschaftsbund zusammenarbeiten."

"American Federationist" Dezember 1948

Die Arbeit der Organisation fuer die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC)

Es handelt sich hier um eine Organisation fuer internationale Zusammenarbeit, die in der Geschichte nicht ihresgleichen hat, denn hier arbeiten die Vertreter von 19 Regierungen an der Planung und Entwicklung von Programmen zusammen. Am 16. Oktober 1948, 6 Monate nach Gruendung der Organisation fuer die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC), unterbreitete die Organisation dem Verwaltungsausschuss fuer das Europaeische Wiederaufbau-Programm (ECA) ihr erstes Programm. Der Bericht stellt fuer das Finanzjahr, das mit dem 30. Juni 1949

endet, ein Programm fuer den Wiederaufbau Europas dar unter Zuweisung von \$4.875 Millionen fuer Hilfeleistung der Vereinigten Staaten und fuer verschiedene Zwecke der Zusammenarbeit zwischen den OEEC-Laendern.

Im Vorwort zu dem Bericht an den ECA haben die Mitglieder der OEEC folgende allgemeine Erklarungen ueber ihre Taetigkeit abgegeben:-

"Die Regierungen und Behoerden, die gemeinsam als Mitglieder des OEEC wirken, sind der Auffassung, dass in Durchfuehrung der Programme fuer 1948-1949 ein neuer Fortschritt im Sinne einer ehrlichen, wirklichen und staendigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erzielt wurde. Es waren die Bemuehungen und Anstrengungen der Regierungen und Beamten in den verschiedenen Hauptstaedten, die harmonische Zusammenarbeit der Delegierten, der Sachverstaendigen und des Sekretariats in Paris wie auch die freundschaftliche Hilfeleistung des ECA und der Missionen, die diesen Fortschritt ermoeeglicht haben.

"In der OEEC besteht fuer ihre Mitglieder ein Hilfsmittel, das - einmalig und beispiellos in seiner Reichweite und seiner Stetigkeit in bezug auf die Arbeit - es ihnen ermoeeglicht, international und in gemeinsamer Taetigkeit die praktischen Probleme der europaeischen Wirtschaft anzupacken. Die staendigen Delegationen und das Sekretariat in Paris arbeiten die ganze Zeit ueber an der gemeinsamen Aufgabe. Andere nationale Sachverstaendige...kommen haeufig, um ihre Hilfe zur Verfuegung zu stellen. Die Delegierten sind von ihren Regierungen ermachtigt, Verhandlungen von groesster wirtschaftliche Bedeutung fuer ihr Land zu fuehren. Wenn Fragen der hohen Politik entschieden werden sollen, dann versammeln sich die von ihren Regierungen bevollmaechtigten Minister der Mitgliedstaaten im Rat.

"Der Bericht ueber das Programm 1948-1949, der auf diese Weise von der OEEC ausgearbeitet wurde, ist zweifellos unvollkommen. Unzweifelhaft gibt es auch noch Taetigkeitsgebiete, auf denen die Mitgliedstaaten die frueher erzielten Erfolge verbessern wollen. Ausserdem sind die Aufgaben, denen die OEEC gegenuebersteht, groesser als die, die hinter ihr liegen. Die Mitglieder sind aber der Ansicht, dass der Bericht die gemeinsamen und loyalen Bestrebungen zum Ausdruck bringt, die dieses Unternehmen von Anfang an inspiriert haben. Sie sind der Meinung, dass es lebt, dass es praktisch arbeitet und auch neuartig ist. Sie werden dadurch ermutigt, dass dieses Wagnis in bezug auf die Zusammenarbeit in seiner Einmuetigkeit und Freundschaftlichkeit schon so weit gediehen ist, und dass eine Phase der Zusammenarbeit, die gestern noch ein Experiment war, heute bereits zur Gewohnheit und zu einer fest umrissenen Idee geworden ist.

"Es ist das wachsende Gefuehl der Vollendung, das der Gewissheit entspringt, dass der Wohlstand jedes einzelnen Landes am besten durch den richtigen und wirksamsten Einsatz der Talente und Hilfsmittel aller erreicht werden kann, dieses Gefuehl ist es, das die Mitglieder der OEEC ermutigt und anfeuert, wenn sie auf die Schwierigkeiten und Ungewissheiten der heutigen Zeit stossen. In dem Masse, wie ein Fortschritt zur engeren Zusammenarbeit und ein wachsender Wohlstand erzielt wird, ist es ein grosser Ansporn fuer die Mitglieder zu wissen, dass sie den guten Willen und die Unterstuetzung des Volkes des Vereinigten Staaten hinter sich haben, Die ersten Schritte auf dem gemeinsamen Wege zu Friede und Wohlstand sind bereits getan. Dieses Programm wird vorgelegt in dem festen Glauben, dass das, was bereits getan wurde, von Dauer ist, und dass sich noch groessere Erfolge zeigen werden."

"Programm der OEEC fuer 1948-1949"

Die amerikanischen Seeleute wollen ERP-Lieferungen befoerdern.

Paul C. Hoffman, der Leiter des Verwaltungsausschusses fuer das Europaeische Wiederaufbau-Programm (ECA) kuendigte zu Anfang Dezember an, dass die grossen Schiffsladungen an ECA-Waren auf auslaendischen Schiffen befoerdert wuerden, es sei denn, "es stueden ab 1. Januar amerikanische Schiffe zu konkurrenzfaehigen Preisen zur Verfuegung". Hoffman hatte diese Erklaerung in einem Brief an den Vorsitzenden des "Ueberwachungs" Ausschusses des Kongresses gemacht, der fuer eine rationelle Leitung des ECA verantwortlich ist. Obwohl nach dem Gesetz 50% der Ladungen auf amerikanischen Schiffen befoerdert werden sollen, erklarte Hoffman, dass die Differenz bei den Preisen der amerikanischen und der auslaendischen Schiffe sich bei manchen Guetern bis auf \$4.50 pro Tonne belaeuft. Hoffman ist der Meinung, dass die wirtschaftlichen Erfordernisse des Gesetzes vor der Bestimmung, dass die Haelfte der ECA-Lieferungen auf amerikanischen Fahrzeugen transportiert wird, den Vorrang haben.

Gegen diese Entscheidung haben die amerikanischen Verschiffungsgesellschaften wie auch die Seemannsverbaende Hoffman gegenueber scharf protestiert, dem vorgeworfen wird, dass er "auf Kosten der Arbeit der Seeleute hinter vorteilhaften Geschaefte her ist". Joseph Curran, der Vorsitzende des Landesverbandes der Seeleute (CIO) nannte Hoffmans Entscheidung "in kleinen Dingen sparsam, in grossen aber verschwenderisch". Curran fuegte hinzu, dass die Abtretung des Geschaefte an auslaendische Schiffe den Erfolg haette, dass "die amerikanische Handelsmarine noch mehr geschaedigt wuerde". Die Verschiffungsgesellschaften in den Vereinigten Staaten haben sich gaeussert, dass die ihre Preise nicht senken koennten.

Die amerikanischen Seeleute haben sich den Vorzug erworben, dass sie die hoechstbezahlten in der Welt sind. Sie sagen, dass ihre Lebensverhaeltnisse auf den Schiffen die besten der Welt sind. Die amerikanischen Schiffe muessen die hoechsten Preise berechnen, um fahren zu koennen. Vor kurzem haben AFL-Seeleute an der Pazifikkueste Loehnerhoehungen erreicht, wodurch sich der Lohn der gewoehnlichen Seeleute von \$212.50 auf \$237.50 pro Monat erhoehrt. Dazu kommt noch, dass die meisten Seeleute auf jeder Reise durch Ueberstunden fast noch einmal soviel verdienen. Auf der Fahrt erhalten die Seeleute Verpflegung, Unterkunft und aertzliche Hilfe. Die monatlichen Einkuenfte der amerikanischen Seeleute sind heute nahezu um das dreifache hoeher als vor 10 Jahren. Es ist daher verstaendlich, warum die amerikanischen Seemannsverbaende so sehr darauf bedacht sind, dass die Seeleute anderer Laender hoeherer Loehne und bessere Lebensbedingungen bekommen sollen.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 8. und 15. Dezember 1948

Einige halbe Wahrheiten ueber den Marshall-Plan

"Vor kurzem erst haben vier Mann, die aus der Mitgliederschaft des Internationalen Verbandes der Lager- und Speicherarbeiter (ILWU) ausgewaehlt wurden, der dem CIO angeschlossen ist und angeblich von den Kommunisten kontrolliert wird, eine dreimonatige Reise angetreten, die sie durch die meisten Laender Europas fuehren wird, um "nach Tatsachen zu forschen", u.a. nach Tatsachen ueber den Marshall-Plan.

"Nach den Zeitungsberichten des Auslandes zu urteilen sind sie in eine Falle gegangen. Sie haben Unwahrheiten fuer Tatsachen hingenommen. In einem Interview

mit Zeitungsvertretern in der Sowjetunion geben sie einen Ueberblick ueber ihre Kritik am Marshall-Plan. Sie sagten z.B. die franzoesischen Arbeiter beklagten sich darueber, dass Frankreich "gezwungen sei, amerikanische Kohle zum Preise von \$24 pro Tonne zu kaufen", waehrend dieselbe Kohle frueher nur \$10 gekostet haette.

"Was ist nun aber richtig. Der Preis der amerikanischen Kohle in Frankreich betraegt durchschnittlich \$20 Pro Tonne, wovon die Haelfte Transportkosten sind. Die englische Kohle, die nach Frankreich geliefert wird, kostet etwas mehr als \$19 pro Tonne, polnische Kohle \$21. Es besteht absolut kein "Zwang", amerikanische Kohle zu kaufen, das Gegenteil entspricht der Wahrheit. In jedem Monat kauft Frankreich in dem Masse, wie die Inlandproduktion steigt, weniger amerikanische Kohle. Im Laufe eines Jahres sanken die Kohlenkaeufer in Amerika von 1.500.000 Tonnen pro Monat auf etwa 400.000 Tonnen. Die Kohleneinfuhr aus Amerika sinkt weiter ab.

"Die Vertreter des ILWU erklaeerten, dass "Amerika gemaess dem Marshall-Plan grosse Mengen Waren nach Frankreich exportiert, die die franzoesische Industrie selbst herzustellen pflegte"....Eine Pruefung der Waren, die nach Frankreich gehen, bewaest, dass dies nicht der Fall ist mit Ausnahme, von Maschinen und Maschinenwerkzeugen. Diese werden auf Ersuchen der franzoesischen Regierung geliefert, weil die eigene Maschinenindustrie nicht in der Lage ist, allen Anforderungen in Bezug auf normalen Ersatz, auf Modernisierung und Ausruestung gerecht zu werden.

"Die herumreisenden Delegierten des ILWU erwaehten auch den Widerstand der italienischen Arbeiter gegen den Marshall*Plan. Sie behaupteten, dass man den Leuten in Italien aus den Geldern des ECA Kaugummi und Zigaretten liefere.... Es wurde aber nach dem Marshall-Plan nicht eine Zigarette oder ein einziger Streifen Kaugummi nach Italien geliefert. Sie behaupteten, Amerika sende keine Maschinen nach Italien...Ab 15. Oktober wurde der Betrag von 12 Millionen Dollar fuer Maschinen bereitgestellt. Das gesamte Jahresprogramm fuer Italien umfasst 130 Millionen Dollar fuer Maschinen und Ausruestung, wovon 2/3 aus einer ECA-Anleihe finanziert werden.

"Die ILWU-Delegierten berichteten ferner, dass die italienischen Arbeiter der Meinung seien, dass die 2½ Millionen Arbeitslosen in Italien "das Ergebnis der Politik Ihrer Regierung und des Marshall-Plans seien". Es gibt keine Zuverlaessige Statistik ueber den Stand der Beschaeftigungslosigkeit in Italien. Selbst wenn man jedoch die Tatsache zugibt, dass die Beschaeftigungslosigkeit in Italien ein ernstes Problem darstellt, dann gibt sie aber immer noch keine Erklaerung dafuer, warum gerade der Marshall-Plan dafuer verantwortlich sein soll. Das bleibt unserer Phantasie ueberlassen. Die Arbeitslosigkeit war in Italien schon lange ein akutes Problem, als es noch gar keinen Marshall-Plan gab, ohne die ECA -Gelder wuerde die Arbeitslosigkeit in Italien nach inoffiziellen Schaetzungen in Zukunft bis auf 5 Millionen Menschen ansteigen.

"Es ist tatsaechlich eine Tragodie, dass solche falschen Auffassungen ueber die Durchfuehrung des Europaeischen Wiederaufbau-Programms kritiklos von denjenigen geaussert werden, die sich selbst als Wahrheitssucher hinstellen. Es ist klar, dass man sich niemals ein vernuenftiges Urteil ueber den Marshall-Plan nur nach dem Hoerensagen bilden kann. Die amerikanische und europaeische Arbeiterschaft ist dafuer verantwortlich, Informationen ueber das Europaeische Wiederaufbau-Programm zu geben, doch muessen diese Informationen auf Tatsachen beruhen und nicht auf Unwahrheiten."

"Trans-Atlantic", "ECA Labor News Letter"November 48

Kohleneinfuhr und -Produktion in Frankreich

Die Angaben ueber die Kohleneinfuhr nach Frankreich in vorstehendem Artikel rechtfertigen die Veroeffentlichung einer Tabelle, aus der die tatsaechlichen Kohlenimporte und die Kohlenproduktion in Frankreich hervorgehen. Die Auswirkungen des kuerzlichen Kohlenstreiks in den Monaten Oktober und November sind daraus leicht zu ersehen.

Monatsdurchschnitt in 1000 metrischen Tonnen	Durchschn. Nov		1948					
	1938	1947	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<u>Produktion:</u>								
Frankreich - - - - -	3964	2616	4079	4015	3629	3930	508	2664
Saargebiet - - - - -	1199	—	1071	1150	1111	1061	1116	1117
<u>Einfuhr:</u>								
Deutschland - - - - -	439	171	347	492	548	483	393	443
Grossbritannien - - - - -	539	—	125	77	—	—	51	88
Belgien u. Luxemburg - - -	392	70	85	58	59	42	45	90
Vereinigte Staaten - - - -	—	1084	966	1005	1022	749	505	463
Polen - - - - -	131	46	224	185	160	205	191	107
Marokko - - - - -	3	11	4	5	5	6	3	5
Andere Laender - - - - -	206	12	21	26	23	15	15	27
Gesamteinfuhr - -	1710	1394	1772	1848	1817	1500	1203	1223
Zuteilung aus dem Saargebiet	132	103	206	249	302	248	270	252

New York Herald Tribune (Paris), 11 Januar 1949

Buergerausschuesse bekaempfen kommunistisches Arbeitsprogramm in Italien

Wie in Frankreich, so werden auch in Italien die von den Kommunisten kontrollierten Gewerkschaften durch ein organisiertes Streikprogramm dazu benutzt, um die Plaene der Regierung in bezug auf einen wirtschaftlichen Wiederaufbau in Zusammenarbeit mit dem Marshall-Plan zu durchkreuzen. Der von den Kommunisten gefuehrte Italienische Gewerkschaftsbund (CGIL), der nach Angaben seiner Gegner 3 Millionen, wie seine Anhaenger aber behaupten, $6\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder hat, ist in ein systematisches Streikprogramm mit eingegliedert worden, um die Produktion zu unterbrechen. Viele dieser Aktionen richten sich zugegebenermassen gegen die Regierung.

Die Organisation der Katholischen Aktion in Italien hat seit mehr als einem Jahr eine oppositionelle Bewegung aufgebaut, die mit etwa 24.000 Buergerausschuesen arbeitet. Die Anzahl der Ausschuesse ist staendig im Wachsen begriffen. Durch diese Ausschuesse wird eine Wochenschrift "Im Interesse der Arbeiterschaft" gratis an alle Gewerkschaftler in allen Teilen Italiens verteilt. Obwohl man von ihnen verlangt, dass die unpolitisch sein sollen, bringen es die Buergerausschuesse fertig, ihre antikommunistische Propaganda im Namen der Wohlfahrt der buergerlichen Gemeinden fortzufuehren.

Die Organisation der Katholischen Aktion wendet jetzt ihre ganze Aufmerksamkeit einem Programm zu, das das Wiederaufbauprogramm der Regierung und die Werbung von Mitgliedern fuer die neue antikommunistische Gewerkschaftsorganisation unterstuetzt. Das Ziel besteht darin, alle Nichtkommunisten aus dem CGIL zu sich herueberzuziehen. Nach Berichten aus Italien haben diese Bemuehungen einen unerwarteten Erfolg gehabt. Der beste Beweis fuer den Erfolg der Buergerausschuessebewegung ergibt sich aus der Tatsache, dass die in steigendem Masse von der kommu-

nistischen Gruppe innerhalb des CGIL scharf angegriffen wird. Solche Terrortaktiken haben insofern einigen Erfolg gehabt, als viele Gewerkschaftler sich von den Versammlungen der Buergerausschuesse fernhalten.

"New York Herald Tribune" (Paris) 12. Januar 1949

Eine Demokratie kann nicht imperialistisch sein

Professor J.B. Condliffe, ein Wirtschaftler an der Universitaet Kaliforniens, schrieb vor kurzem ueber seine Einstellung zu den Moeglichkeiten und Schwierigkeiten, denen das Europaeische Wiederaufbau-Programm gegenuebersteht. Er ist z.B. der Meinung, dass ein groesserer Wert der Aufgabe beigemessen werden muss, Deutschland wieder seinen Platz im Welthandel zurueckzugeben. Er glaubt auch, dass die erschuetterte europaeische Industrie technische Hilfe von den neuen Laendern ebenso noetig hat wie amerikanische Dollars. Vor allem sieht er das ECA (Verwaltungsausschuss fuer das ERP) fuer die Nationen als eine Moeglichkeit zur Zusammenarbeit an. Er weist die kommunistischen Beschuldigungen in bezug auf Imperialismus zurueck; nur ein totalitaeres Land kann in unserer modernen Zeit imperialistisch sein.

"Die kommunistische Propaganda, derzufolge Amerikas Beharren auf einer wirksamen wirtschaftlichen Reorganisation Wirtschafts imperialismus bedeutet, sollte die Vereinigten Staaten nicht davon abhalten, die Politik zu verfolgen, die sich auf die Dauer im Interesse der europaeischen Laender wie auch in ihrem eigenen Interesse auswirkt.

"Die amerikanischen Interessen haben keine Chance, die europaeische Wirtschaftstaetigkeit zu beherrschen, selbst wenn sie es wollten. Man kann den politisch denkenden und wirtschaftlich erfahrenen Voelkern Europas darin vertrauen, dass sie bei irgend-welchen Handelsgeschaeften sich selber zurechtfinden. Wir wollen ihnen auch nicht sagen, welche Industrien verstaatlicht werden sollen und welche nicht, welche Steuerpolitik sie einschlagen sollen oder auf welche Weise sie ihre Produktivitaet verteilen sollen. Wenn sie aber beim Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Taetigkeit unsere Hilfe suchen, dann haben wir das Recht und auch die Pflicht, in gemeinsamen Verhandlungen mit ihnen die wirksamsten Massnahmen auszuarbeiten, wie wir ihnen helfen koennen."

"The Survey Graphic" Dezember 1948.

Gedankenaustausch ueber den Europaeischen Wiederaufbau

Auf einem Essen in Paris im vergangenen Herbst gab Aussenminister George Marshall vor einer Gruppe von Gewerkschaftsfuehrern aus den 16 Marshall-Plan-Laendern folgende Erklaerung ab:-

"Ohne gut organisierte Gewerkschaften koennen Sie keine Produktion erwarten. Wofuer wir kaempfen, ist nicht der Friede schlechthin, sondern eine Art Frieden, in dem es dem einzelnen Menschen oder einer Gewerkschaft freisteht, sich an einer Versammlung zu beteiligen, so wie es jedem passt und zu sagen, was jeder will. Weiter weg von einem Polizeistaate geht es kaum....Ihr freies Leben haengt von diesen Freiheiten ab."

Auf diesem selben Essen sagte Evaert Kupers vom Hollaendischen Gewerkschaftsbund, Vorsitzender der Gewerkschaftsorganisation des ERP:
"Was wir brauchen, ist eine engere Zusammenarbeit zwischen allen westlichen Nationen Europas, einen freieren Handel, freizueigere Zahlungen. Eines der Ziele des Europaeischen Wiederaufbau-Programms besteht in der Gruendung der Vereinigten Staaten Europas."

"Trans-Atlantic" ECA Labor News Letter, November 1948

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

Nr. 50

Berlin, 4 Februar 1949

Das Jahr der Entschliessung fuer die englischen Gewerkschaften

Nachstehende Saetze sind der Neujahrsbotschaft des Generalsekretars des Britischen Gewerkschaftsverbandes, Vincent Tewson, an die englische Arbeiterschaft entnommen. Nachdem er besonders auf die grossen Entscheidungen hingewiesen hatte, die die Gewerkschaften Englands im Jahre 1948 getroffen hatten, bezeichnete er 1949 als ein Jahr der Entschliessung, der festen Entschlossenheit und der schweren Arbeit.

"Im Weissbuch, in dem der langfristige Plan niedergelegt ist, und in der Erklärung, die Sir Stafford Cripps ueber seine Veroeffentlichung abgab, ist die Grosse unserer Aufgabe gut umrissen. Unsere Bestrebungen muessen jetzt darauf gerichtet sein, unsere Industrieerzeugung um ein Drittel des Vorkriegsstandes zu erhoehen. Es waere toericht anzunehmen, dass dies eine leichte Aufgabe ist, aber dennoch kann sie erfuehlt werden. Die Regierungserklärung enthaelt beruhigende Anzeichen dafuer, dass die britische Industrie nicht nur ueber enorme Kraefte zur Erholung verfuegt, sondern dass sie ihre Hilfsmittel wirksam zum Einsatz bringt, um das gewuenschte Ziel zu erreichen. Was wir aber bisher erreicht haben, stellt nicht mehr dar als einen Beweis fuer die Faehigkeiten unseres Landes, einen Plan fuer eine Aktion zu erfuehlen, die fuer das Jahr festgesetzt wurde, das jetzt seinen Anfang nimmt...

"Fuer dieses Jahr wird erwartet, dass die Kohlenfoerderung fuer 1949-1950 um 12 Millionen Normaltonnen auf 230 Millionen gebracht wird, und im Laufe dieses Jahres wird das langfristige Programm fuer den Wiederaufbau der Gruben vorangetrieben werden. In diesem Jahre muessen Massnahmen ergriffen werden, um die Kapazitaet der Oelraffinerie zu erhoehen mit dem Ziel, bis 1950 die Gewinnung von Rohoel in den Raffinerien des Vereinigten Koenigreichs bis auf ueber 8 Millionen Tonnen Rohoel zu erhoehen. In diesem Jahr muss auch die Hochofen-Kapazitaet fuer Roheisen zur Stahlproduktion um $\frac{1}{2}$ Million Tonnen erhoehrt werden und die Jahresproduktion von Stahlbarren und Guss wie auch von Roheisen ist so berechnet, dass sich eine Produktion von $50\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen im Jahr ergibt, so dass schaeztungsweise 11.3 Millionen Tonnen Stahl fuer den Inlandverbrauch und fuer Exportfertigungsgut zur Verfuegung stehen. Entsprechende Erhoehungen in der Produktion der Maschinenindustrien von lebenswichtiger Bedeutung bilden einen Teil des Plans fuer 1949-1950...Dies trifft auch auf die chemische Industrie, auf Textilien, Elektrizitaet, Verschiffung und andere Industriezweige zu.....

"Anfang Neujahr (Mitte Januar) werden die ersten Industriekonferenzen ueber die Produktivitaet vom Generalrat des Gewerkschaftsbundes in Erfuellung des Auftrages lt. der letzten Konferenz der Gewerkschaftsexekutiven einberufen werden. Andere werden in schneller Folge einberufen werden. Die konkreten Aufgaben unseres Produktionsprogramms gehen jetzt auf die einzelnen Industrien und auf die Gruppen der uns angeschlossenen Gewerkschaften innerhalb der Industrien ueber. Von allgemeinen Prinzipien kommen wir von Industrie zu Industrie zur praktischen Anwendung.

"Die Entschlossenheit unserer Gewerkschaftsbewegung, diese Aufgaben zu beschleunigen, darf nicht angezweifelt werden. Denn von der erfolgreichen Erfuellung haengt in Zukunft das Glueck des Volkes ab, in dessen Namen wir sprechen - des einfachen Mannes, seiner Frau und seiner Familie. Wir werden in dem Masse Erfolg haben, wie wir das wirtschaftliche Leben unserer Nation wiederaufbauen und unseren Beitrag zur Stabilisierung Europas und der Welt leisten.

"Bei dieser grossen begeisternden und gebieterischen Aufgabe sollten alle Maenner und Frauen mit gutem Willen stolz darauf sein, mit dieser Entschliessung zum Neuen Jahre, die das ganze Jahr hindurch Gueltigkeit haben soll, mitarbeiten zu koennen."

"Labour" Januar 1949.

Der Schluessel zur sowjetischen Aussenpolitik

Der Inhalt des folgenden Leitartikels aus der New York Times vom 16. Dezember hat in der Presse der demokratischen Laender bedeutendes Aufsehen erregt. Dieses Interesse ist bezeichnend.

"Die Fuehrer Sowjetrusslands haben ganz offen ihre Plaene, ihre Ziele und ihre Strategie in ihren eigenen Buechern niedergelegt, die jetzt in der kommunistischen Welt als Bibeln angesehen werden. Sie waren gezwungen, dies zu tun, weil sie, wie der Autor des Buches "Mein Kampf", eine Bewegung aufbauten, die zu ihrer eigenen Orientierung fundamentale Lehrsaetze brauchte. Diese Doktrinen legen ueberall - abgesehen von irgendwelchen oder allen taktischen Winkelzuegen - die Gedanken, die Haltung, Erwaegungen oder Bemerkungen der Verehrer des Kommunismus fest. Sie bestimmen die Ziele und Politik des Kommunismus und sind so stark zu einem Teil der ganzen kommunistischen Bewegung geworden, dass selbst seine Fuehrer zu ihren Gefangenen wurden.

"Weil nun diese Doktrinen mit einem Hokuspokus marxistischer Dialektik umgeben sind, wurden sie bis jetzt verhaeltnismaessig wenig von der Oeffentlichkeit des Westens beachtet. Jetzt aber, da sie anfangen, von verhaengnisvoller Bedeutung fuer den Westen zu werden, werden sie von den Regierungen, Kongress-Ausschuessen und auch durch Privatstudien einer schaeferen Pruefung unterworfen. Eine solche Studie wurde im Januarheft (1949) der Zeitschrift "Foreign Affairs" (Auswaertige Angelegenheiten) von einem Verfasser veroeffentlicht, der sich selbst mit "Historicus" unterschreibt. Der Artikel kann insofern Glaubwuerdigkeit fuer sich in Anspruch nehmen, als er auf Stalins eigenen Aufsaetzen fusst, und weil er taeglich von der Sowjetpolitik bestaetigt wird, fuer die er den Schluessel liefert.

"Der Hauptpunkt dieser Doktrinen besteht darin, dass der Kommunismus die Welle der Zukunft ist, der dazu bestimmt ist, ein dekadentes und zum Untergang verurteiltes kapitalistisches System (das soll heissen: demokratisches) zu ersetzen. Das letztere ist auf Grund seiner Widersprueche dem Untergang geweiht, die

einen Klassenkampf zwischen dem Proletariat und den Kapitalisten einerseits und unvermeidbare Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten andererseits hervorrufen. Um aber den Triumph des Kommunismus zu beschleunigen, muessen die Kommunisten ueberall, wo dies moeglich ist, Revolutionen anzetteln, und sie koennen dies am besten unmittelbar im Anschluss an eine Desorganisation, die durch Krieg verursacht wurde. Sie duerfen dies aber nicht dadurch tun, dass sie versuchen, - ausgenommen fuer taktische Zwecke - die Differenzen durch Kompromisse zu loesen oder Abkommen zu treffen, wie dies in den Demokratien der Fall ist, sondern sie muessen jede Differenz oder jeden Widerstreit der Interessen ausnutzen, selbst jede Reformbewegung, um den Boden fuer die Revolution vorzubereiten. Bei dieser Aufgabe muessen sie jeden Kniff und jede Luege gebrauchen unter Ausserachtlassung der ueblichen moralischen Normen, die fuer die Kommunisten keineswegs auf irgendwelchen ewigen Wahrheiten fussen, sondern lediglich die Reflexe der wirtschaftlichen Verhaeltnisse der kapitalistischen Gesellschaft sind.

"Aber der Hoehepunkt dieser Doktrinen besteht darin, dass, bevor der Triumph des Kommunismus ein vollstaendiger wird, es unvermeidlich ist, dass es zu einer letzten Entscheidungsschlacht kommt zwischen der kapitalistischen Welt, die von den Vereinigten Staaten und der kommunistischen Welt, die von der Sowjetunion gefuehrt wird. Fuer diese endgueltige Auseinandersetzung muss sich die Sowjetunion nicht nur selbst vorbereiten, sondern auch ihren fuehrenden Einfluss ausdehnen, waehrend sie gleichzeitig fuer diesen Zweck Material und jede technische Hilfe von den kapitalistischen Staaten in Anspruch nimmt. Diese Vorbereitungen koennen sich vielleicht noch 15 bis 20 Jahre hinziehen, und waehrend dieser Zeit wird die Sowjetunion versuchen, einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Fuer die Vereinigten Staaten besteht aber der einzige Weg, dieser letzten Kraftprobe aus dem Wege zu gehen, darin, dass sie sich angesichts einer wachsenden "sozialistischen" Einkreisung ergeben.

"Diese Doktrinen malen der Welt offenbar ein trostloses und schreckliches Zukunftsbild. Wenn es ueberhaupt einen Lichtstrahl gibt, dann ist es die Tatsache, dass Stalin selbst zugibt, dass sogar die kommunistische Weltrevolution Schwankungen unterworfen ist und dass, wenn die kapitalistische Welt von sich aus stabilisiert werden kann, der endgueltige Abstieg vielleicht hinausgezogert werden muesste.

"Es ist daher die Aufgabe der kapitalistischen und demokratischen Welt, sich nicht nur zu stabilisieren, sondern sich selbst moralisch und militaerisch so zu staerken, dass es nicht nur die Sowjetischen Fuehrer entmutigt, einen Krieg zu fuehren, sondern auch ihre Doktrinen aufzugeben, indem sie eine bessere und gluecklichere Welt schaffen, fuer alle Menschen, die an der Freiheit haengen."

"American Overseas News Service" 18. Dezember 48

Misserfolg der Kommunisten in einem Streik in Italien

Nach einer Depesche vom 21. Dezember aus Rom an die "New York Times", erwies sich der von den Kommunisten inspirierte Streik der Arbeiter im Staatsdienst in Italien als ein Fehlschlag, obwohl die Kommunisten das Gegenteil behaupten. Der von den Kommunisten gefuehrte Italienische Gewerkschaftsbund hatte fuer den 20. Dezember zu einem 24-Stunden Streik aufgerufen mit dem Ziel, jeden oeffentlichen Verkehr und das oeffentliche Nachrichtenwesen zu unterbinden. In Sizilien und auf Sardinien merkten sehr wenig Leute von diesem Streik. In Sueditalien wurden die Einrichtungen des oeffentlichen Dienstes kaum in Mitleidenschaft gezogen. In den Ministerien in Rom wurde mit wenigen Ausnahmen weitergearbeitet. Am staerksten

erwies sich die Einstellung der Arbeit im Arbeitsministerium, dort blieben 22% des Personals der Arbeit fern. In Mittelitalien war der Streik zu 50% erfolgreich, der Verkehr war aber nicht unterbrochen.

Nur in den Staedten im Norden Italiens blieb eine betraechtliche Zahl Arbeiter der oeffentlichen Betriebe der Arbeit fern, aber selbst in Mailand ging der Telefon- und Telegrafverkehr weiter, und die Arbeiter kehrten bereits einige Stunden vor der festgesetzten Beendigung des Streiks an ihre Arbeitsplaetze zurueck. Waehrend des ganzen Streiktages hatten die Kommunisten Tagesberichte herausgegeben, in diesen erklaerten sie, dass die oeffentlichen Einrichtungen vollstaendig ihre Arbeit eingestellt haetten. Die Auswirkungen waren fuer die Kommunisten nachteilig, da so wenig Leute ernstliche Schwierigkeiten hatten.

"American Overseas News Service" 22. Dezember 1948

Die auslaendischen Arbeiter in Grossbritannien

Gegen Ende 1948 befanden sich ungefaehr 164.000 Fremdarbeiter in Grossbritannien. Diese rekrutieren sich aus verschiedenen Nationen einschliesslich 80.000 Polen. Die groessten Gruppen davon sind in den 3 hauptsaechlichsten Industriezweigen beschaeftigt. In der Landwirtschaft arbeiten etwa 37.000 Polen. Annaehernd 11.000 Auslaender arbeiten in der Textilindustrie, von der behauptet wird, dass sie noch weitere 30.000 Arbeiter benoetigt. In der Kohlenindustrie sind nahezu 11.000 Fremdarbeiter verschiedener Nationalitaet beschaeftigt. Wahrscheinlich werden keine weiteren Auslaender in der Kohlenindustrie beschaeftigt werden, weil die englischen Bergarbeiter stark gegen ihre Beschaeftigung protestieren.

Bis zu einem gewissen Grade sind Auslaender in verschiedenen anderen Industriezweigen Grossbritanniens beschaeftigt worden, doch hat es den Anschein, dass viele von ihnen auf Schwierigkeiten gestossen sind. Nach einem hier zusammengestellten Bericht sind die Klagen ueber die Fremdarbeiter zum Teil auf Vorurteile, Missverstaendnisse und aehnliche Schwierigkeiten zurueckzufuehren, die immer entstehen, wenn eine Gruppe von Leuten aus einem gaenzlich verschiedenen Milieu ploetzlich in bereits bestehende, festgefuegte Gemeinschaften versetzt werden.

Trotz der Tatsache, dass vor kurzem 77 Ukrainer als "unerwuenscht" von Grossbritannien in ihre Heimat zurueckgeschickt wurden, wird den meisten dieser europaeischen freiwilligen Arbeiter ein gutes Betragen nachgesagt.

"The New Statesman and Nation" 8. Januar 1949

Verhandlung zwischen Gewerkschaft und Arbeitnehmern in Grossbritannien.

Am ersten Sonnabend im Januar inszenierten die Omnibuschauffeure einen inoffiziellen 24-Stunden-Streik. Die Regierung drohte mit Massenentlassungen und Lohnausfall, wenn die Chauffeure ihre Drohung, inoffiziell am 3. Januar zu streiken, in die Tat umsetzen wuerden, und zwar am 2. Sonnabend des Monats. Nachstehend die Meinung einer liberalen Zeitung ueber die Massnahme der Regierung:

"Es ist schwer, einzusehen, welche anderen Massnahmen die Behoerden im Falle eines inoffiziellen Streiks in einem von der Oeffentlichkeit kontrollierten Unternehmen haetten ergreifen sollen. Man kann zweifellos verschiedener Ansicht darueber sein, ob der Verdienst des Londoner Autobuspersonals ausreichend ist oder nicht. Die Tatsache bleibt aber bestehen, dass sich die Streikenden dadurch, dass sie die Arbeit niederlegten, ohne alle Moeglichkeiten einer Beilegung der Streit-

frage durch Anrufung eines Schiedsgerichts erschöpft zu haben, ins Unrecht gesetzt haben. Es ist keine Frage, dass etwa der Arbeiterschaft in den verstaatlichten Betrieben das Recht versagt sein soll, in den Streik zu treten, aber auch nicht darüber, dass der Regierung etwa das Recht zusteht, damit zu beginnen, einen Sklavenstaat zu errichten.

"Es geht hier einfach darum, ob die Arbeiter in einem Unternehmen, das von der Allgemeinheit, der es dient, kontrolliert wird, berechtigt sind, ein in Kraft befindliches Abkommen nicht anzuerkennen, um durch direkte Aktionen eine Forderung zu erzwingen, ueber das zu urteilen das zustaeendige Schiedsgericht keine Moeglichkeit hat. Auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben; und obwohl die Streikenden anfuehren moegen, dass das Schiedsgerichtsverfahren weniger verlockend wird durch die Tatsache, dass von jedem Gericht verlangt wird, auf die allgemeinen Richtlinien der Regierung ueber die Stabilisierung der Lohne und Einkommen zu achten, so teilen wir doch Mr. Isaacs (des Arbeitsministers) Ansicht, dass die Londoner Autobuschauffeure in erster Linie einmal verpflichtet waren, die Streikdrohung fallen zu lassen und sich an das Schiedsgericht zu wenden.

"Gluecklicherweise entschieden sich die Delegierten (der Gewerkschaft) am Mittwoch mit einer 2:1 Mehrheit dafuer, die Anrufung eines Schiedsgerichts zu empfehlen, wie auch eine Fortsetzung der normalen Sonnabend-Arbeit bis zur gerichtlichen Entscheidung....."

"The New Statesman and Nation" 8. Januar 1949

Auch Gewerkschaften haben Schwierigkeiten mit ihren Arbeitern

Der Landesverband der Seeleute (NMU), der dem CIO angeschlossen ist, machte vor kurzem noch aus anderen Gruenden als wegen seines erfolgreichen Kampfes gegen die Kommunisten von sich reden. Dies geschah, als der NMU erklarte, er koenne es sich nicht leisten, die Lohnsaetze zu zahlen, die seine Bueroarbeiter gefordert hatten, die Mitglied des Verbandes der Buero- und Amtsarbeiter sind, der ebenfalls dem CIO angehoert. Obwohl die Frage durch ein Kollektivverfahren geregelt wird, hat sie doch die Presse dazu veranlasst, die Angelegenheit zu kommentieren. So bemerkte z.B. die "New York Herald Tribune", dass solche Erfahrungen, die die Gewerkschaften jetzt machen, dazu geeignet sind, dass man den Schwierigkeiten, mit denen die Arbeitgeber zu kaempfen haben, ein groesseres Verstaendnis entgegenbringt.

Aussenministerium, "News Letter", 28. Dezember 1948

Steigende Arbeiterinnenziffer bei den verheirateten Frauen Amerikas

Es hat den Anschein, als wenn die Frauen in den Vereinigten Staaten der amerikanischen Tradition untreu werden, derzufolge eine junge Frau, wenn sie sich verheiratete, ihre Stellung als Lohnempfaengerin mit der einer Hausfrau vertauschte. Die Anzahl der in Amerika berufstaetigen verheirateten Frauen ist groesser als die der ledigen Frauen, wie die statistische Abteilung fuer Volkszaehlung im Handelsministerium bekanntgibt. Dies offenbart eine bezeichnende Umkehrung der Vorkriegstendenz und auch einen Wandel im amerikanischen Familienleben.

Die steigende Zahl der Eheschliessungen waehrend und seit Beendigung des Krieges und das gleichzeitige Absinken des Altersniveaus fuer Eheschliessungen hat einen wirtschaftlichen Druck ausgeloeost, der geeignet ist, die traditionelle Ablehnung gegen die Beschaeftigung verheirateter Frauen zu unterminieren. Ein weiterer Faktor ist das staendige Ansteigen des amerikanischen Lebensstandards

und der Wunsch der Arbeiter, die Vorteile zu geniessen, die durch die fortschreitende Wissenschaft und die moderne Produktion moeglich gemacht wurden. Die jungen Maenner und Frauen von heute scheinen also doch nicht die albernen Jitterbug-Taenzer zu sein, wie sie zuweilen in den Hollywood-Filmen dargestellt werden. Es hat den Anschein, als wenn sie die ernste Absicht haben, sich eine wirtschaftlich sichere Existenz fuer sich selber und fuer ihre Kinder aufzubauen.

Aussenministerium "News Letter" 24. Dezember 1948

Die franzoesischen Arbeitgeber und die Betriebsausschuesse

Nach der Landestagung der Mitglieder der Betriebsausschuesse, die im April 1948 vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT) einberufen wurde, hat der Landesausschuss der franzoesischen Arbeitgeber nochmals seine Ansichten in bezug auf die gesamte Frage der Betriebsausschuesse und den Geist dargelegt, in dem seiner Meinung nach die betreffende Gesetzgebung anzuwenden sei.

"Nachdem der Ausschuss daran erinnert hatte, dass in der Einleitung zur Vorschrift vom 22. Februar besonders auf ein erspriessliches Zusammenwirken aller Faktoren in der Produktion hingewiesen sei, was fuer die Betriebsausschuesse als Institution charakteristisch sein sollte, weist der Landesausschuss nachdruecklich darauf hin, dass "die Zusammenarbeit, die im Unternehmen zwischen der Betriebsleitung und dem Personal bestehen sollte, nur durch ehrliche und staendige Bemuehungen auf Seiten aller Mitglieder des Ausschusses innerhalb der wirtschaftlichen und sozialen Einheit, die vom Unternehmen gebildet wird, erreicht werden kann." Dann fuehrt der Ausschuss aus, dass die Richtlinien, die der CGT fuer die Arbeiter-Mitglieder der Betriebsausschuesse erlassen hatte, lediglich alle nur auf "Kampf und nicht auf Zusammenarbeit" abzielten; er warnte die Arbeitgeber vor irgendwelchen Versuchen, die neue Einrichtung ihren eigentlichen Zwecken zu entfremden, er ist der Meinung, dass "jedes Eingreifen in die Arbeit der Ausschuesse von aussen her, insbesondere seitens der Gewerkschaft, nur die Taetigkeit der Ausschuesse hemmt und die Erreichung ihrer Ziele verhindert" und bittet seine Mitglieder, sich mit allen Mitteln dem Eindringen politischer Meinungen und Instruktionen in die Arbeit der Betriebsausschuesse zu widersetzen, die sie nur von ihrem Ziel entfernen und eine Einrichtung, die fuer eine bessere Verstaendigung fuer alle gedacht ist, zu einem Naehboden der Provokation und des Kampfes zu machen."

Wenn man obige Ausfuehrungen liest, muss man sich vor Augen halten, dass der CGT von den Kommunisten beherrscht wird, und dass die Kommunisten in Frankreich entschlossen sind, ihre erklaeerten Ziele, den wirtschaftlichen Aufbau zu hemmen, zu verwirklichen.

Auszug aus dem "International Labor Review" November 1948

Amerikanische Gewerkschaft bekaempft rassische Diskriminierung

Die Vereinigung der Schlafwagenkontrolleure (AFL), deren Mitglieder zum groessten Teil Neger sind, hat am 27. November an das Amerikanische Volk appelliert, ihr dabei zu helfen, die Diskriminierung auf den Landeseisenbahnen abzuschaffen und fuer die Beschaeftigung von Negern als Bremser, Heizer, Lokomotivfuehrer und Maschinisten einzutreten. Der Appell wurde veroeffentlicht im Namen des Provisorischen Ausschusses fuer die Organisierung farbiger Lokomotivheizer. Dieser Ausschuss wurde vor 6 Jahren ins Leben gerufen, um sich des Falles von 21 farbigen Lokomotivheizern anzunehmen, die in bezug auf Befoerderung und Arbeitssicherheit von der Vereinigung der Lokomotivheizer und Maschinisten bei den hauptsaechlich-

sten Eisenbahnlilien des Suedens unterschiedlich behandelt worden waren. Der Verband der Eisenbahningenieure und Heizer in den Suedstaaten hat sich den seit langem von gewissen anderen Gewerkschaften unterstuetzten Standpunkt zu eigen gemacht, die Neger auszuschliessen. Die meisten der vor kurzem gegruehdeten Gewerkschaften in den Suedstaaten machen schon keine Unterschiede mehr, und bei den aelteren Gewerkschaften vollzieht sich allmaehlich ein Umschwung in dieser Hinsicht.

Amerikanisches Arbeitsministerium "Weekly Labor News Digest" 1 Dezember 48

Weitere Massnahmen zum "Grossreinemachen" beim CIO

Nachdem der CIO alle moeglichen anderen Massnahmen - allerdings ohne Erfolg - ergriffen hatte, hat er sich jetzt endgueltig entschlossen, die kommunistischen "Nester" in seinen Bezirksbueros auszuheben. Der Bezirksrat des CIO in der Gegend, die die Stadt Detroit umfasst, war in der Lage, sich der Kommunisten durch eine frontale Angriffsbewegung, die von den rechtsstehenden Gewerkschaften des betreffenden Gebietes gefuehrt wurde, zu entledigen. Trotz ihrer parlamentarischen Tricks, Kampf gegen die Delegierten etc. wurden die Kommunisten ueberstimmt. Am 29. November meisterte die Landeszentralstelle des CIO in New York City die Lage derart, dass sie die Lizenz des Bezirks-Rates widerrufen und fuer Gross-New York einen neuen Rat ernannte, der von den Kommunisten gefuehrte Rat war gezwungen, das Aktenmaterial herauszugeben, und die Gelder wurden abgehoben.

Es steht den linksgerichteten CIO-Gewerkschaften im New Yorker Bezirk frei, weiter zu dem fuer ungesetzlich erklarten Rat zu halten, wenn sie wollen, doch wird man an alle CIO-Gewerkschaften des Bezirks mit der Aufforderung herantreten, sich dem neuen Rat anzuschliessen, indem man sie aber auch darauf hinweist, dass der neue Rat unter demokratischer Kontrolle stehen wird. Hier ist also den kommunistischen Arbeiterfuehnern Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob sie den CIO aufspalten wollen. Sie muessen jetzt zwischen einer Niederlage oder der Errichtung ihrer eigenen Arbeiterbewegung waehlen.

Amerikanisches Arbeitsministerium "Weekly Labor News Digest" 1. Dezember 1948

Unbillige Haussuchungen und Verhaftungen (Beschlagnahmen)

In manchen Teilen Deutschlands scheint in dieser Zeit das Problem der Haussuchung und Beschlagnahme durch die Polizei ohne entsprechende Vollmacht seitens eines Gerichts in betraechtlichem Masse Beachtung zu finden. Die verfassungsmaessig garantierte Sicherheit vor unberechtigten Polizeirazzien hat keinen Wert, wenn nicht ein Gesetz besteht, das die Vorschriften der Verfassung stuetzt. Die Gesetze muessen dann von einer starken oeffentlichen Meinung gestuetzt werden. Diese Frage ist aber auch ein gewerkschaftliches Problem. Folgender Artikel ist einer amerikanischen Broschuere mit dem Titel "Unsere verfassungsmaessigen und buergerlichen Freiheiten: ein amerikanisches Erbe", entnommen.

"Wenn auch die beiden eben besprochenen Freiheiten ziemlich veraltet erscheinen, so kann keine Frage ueber die fuer die heutige Zeit praktische Bedeutung der buergerlichen Freiheit bestehen, wie sie in Zusatz bzw. Anhang IV zur Verfassung unter Schutz gestellt ist, der wie folgt lautet:

"Das Recht des Volkes auf Sicherheit in bezug auf Person, Haus, Papiere und Gegenstaende, vor unberechtigten Haussuchungen und Verhaftungen (Beschlagnahmen) darf nicht verletzt werden, und es duerfen keine Vollziehungsbefehle ausgestellt werden, es sei denn, es liegt ein mutmasslicher bzw. berechtigter Grund hierfuer vor, der durch einen Eid oder eine eidesstattliche Erklaerung erhaertet ist, und insbesondere Ort und Stelle der Durchsuchung wie auch die Personen oder Gegenstaende beschreibt, die verhaftet bzw.

beschlagnahmt werden sollten."

Das gemeine englische Recht erklarte, dass "jedermann Herr in seinem eigenen Hause sei" (my house is my castle). Der Schutz vor einem willkuerlichen Eindringen seitens der Beamten des Koenigs auf der Suche nach Beweismaterial fuer Schleichhandel oder Impoerungen war von groesster Bedeutung fuer die Erreichung der buergerlichen Freiheit in England. Der Unwille des Volkes kannte daher keine Grenzen, als die englische Regierung diese traditionelle Freiheit verletzte, indem sie die Steuerbeamten, die mit "Beschlagnahmebefehlen" (fuer unverzollte Waren) oder "allgemeinen Vollziehungsbefehlen" versehen waren, ermachtigte, in die Haeuser der verdachtigten Buerger in den Kolonien einzudringen und diese zu durchsuchen. Die Erinnerung an diesen Eingriff in ihre Rechte veranlasste die Urheber der Freiheitsurkunde (Bill of Rights vom Jahre 1689), "unberechtigte Haussuchungen und Verhaftungen (Beschlagnahmen) zu verbieten und genau den Charakter des Vollziehungsbefehls zu umreißen, was noetig war, um die Durchsuchung zu begruenden.

"Im allgemeinen wird solch ein Befehl benoetigt, bevor die Beamten "Personen, Haeuser, Papiere und Gegenstaende" durchsuchen. Wenn sie lediglich Verdacht haben oder hoffen, Beweismaterial fuer ein Verbrechen zu finden, duerfen sie noch nicht in das Haus des Betreffenden eindringen. Es gibt jedoch Faelle, in denen ein solcher Befehl nicht noetig ist. Eine Person, die gesetzmaessig verhaftet worden ist, darf ohne einen solchen Befehl durchsucht werden. Man darf ohne Vollziehungsbefehl in ein Haus eindringen, um einen Verbrecher zu verhaften, von dem man weiss, dass er sich darin aufhaelt. Es wird auch kein Befehl benoetigt, um ein Boot, ein Automobil oder ein anderes Fahrzeug zu durchsuchen, wenn man berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass es fuer verbrecherische Zwecke gebraucht wird. Der Buerger ist ferner durch die Bestimmung geschuetzt, derzufolge im Vollziehungsbefehl genau Ort und Stelle der Durchsuchung bzw. die zu durchsuchenden Personen oder Gegenstaende genannt sein muessen. Ein Vollziehungsbefehl darf nur ausgestellt werden, wenn "berechtigte Gruende" vorliegen, nicht etwa nur auf Grund von Verdacht oder Vermutungen. Er muss durch einen Eid oder eine eidesstattliche Erklaerung des Anklaegers erhaertet sein. Diese letztere Bestimmung soll dazu dienen, zu verhindern, dass Vollziehungsbefehle nur auf Grund von unverantwortlicher Rederei oder Boeswilligkeit ausgestellt wird.

"Robert E. Cushman, Our Constitutional Freedoms"

Opposition gegen die Bildung von Landarbeiter-Gewerkschaften

Ein Unterausschuss des Ausschusses fuer Arbeitsfragen im Repraesentanten-hause hat am 8. Dezember einen Bericht veroeffentlicht, in dem vorgeschlagen wird, den Arbeitergewerkschaften nicht zu gestatten Landarbeiter zu organisieren. In diesem Bericht heisst es u.a.:

Wenn man weiterhin eine Organisierungskampagne fuer Landarbeiter zulaesst, dann besteht die ernste Gefahr, dass die Arbeiterorganisationen in allernaechster Zeit die Existenz von Tausenden von selbstaendigen Farmern zerstoeren...Waehrend einerseits der Kongress den Unterschied zwischen Industrie- und Landarbeit anerkannt und versucht hat, die Farmer vor der Organisierungsbewegung der Arbeiterfuehrer und der unmoeglichen Belastung durch die 40-Stunden-Woche durch die Einfuehrung einer Strafe des anderthalbfachen Betrages fuer Ueberstunden zu schuetzen, ist ihr Ausschuss der Meinung, dass es absolut notwendig sei, dass der Kongress einmal den Begriff "landwirtschaftlicher Arbeiter" genau umreisst, um dem Ausschuss fuer Arbeitsbeziehungen dabei zu helfen, die Absichten des Kongresses durchzufuehren."

Es ist anzunehmen, dass unter dem jetzt tagenden Kongress auf diese Empfehlung hin nichts unternommen wird; der Vorschlag rueckt aber eine brennende Frage in den Vordergrund. Die Arbeiter auf den Farmen arbeiten viele Stunden und erhalten im Vergleich zu den Arbeitern in der Stadt nur geringe Loehne. Es besteht Anlass zur Sorge, wenn die Organisation der Landarbeiter nicht die Loehne und die Preise fuer Farmerzeugnisse erhoehrt. Das Problem beruehrt im Augenblick hauptsaechlich die grossen Farmen, auf denen Arbeiter in grosser Anzahl unter Bedingungen beschaeftigt sind, die viel weniger zufriedenstellend sind als die der Industriearbeiter.

"Amerikanisches Arbeitsministerium"

"Weekly Labor News Digest" 15. Dez 48

Amerikanische Transportarbeiter setzen linksstehende Funktionaere ab.

"In einer Bewegung, die einer Linkskontrolle, die ununterbrochen 14 Jahre lang dauerte, ein Ende bereitete, haben die Delegierten bei der Tagung des Transportarbeiter-Verbandes (TWU), der dem CIO angeschlossen ist, Michael J. Quill am 7. Dezember wieder zum Vorsitzenden gewaehlt und alle linksstehenden Mitglieder des Internationalen Exekutivausschusses des Verbandes abgesetzt.

"Der ungestueme Vorsitzende, der als der "rote Mike" bekannt war, bis er im vergangenen Maerz mit dem linken Fluegel brach, hatte sich zum unbestrittenen Fuehrer des Verbandes gemacht. Die drei Maenner, die mit ihm am Aufbau des Verbandes eng zusammengearbeitet haben - Austin Hogan, der Vizepraesident des Exekutivausschusses, John Santo, der Internationale Leiter der Organisation und Douglas L. MacMahon, Sekretaer und Schatzmeister, verloren ihren Posten infolge der von Quill eingeleiteten Saeuberungsaktion. Auch 5 der 6 Vizepraesidenten des Verbandes und 11 der 17 Mitglieder des Exekutivausschusses wurden abgesetzt.

"Keiner der Uebriggebliebenen hat etwas mit den Linksgerichteten zu tun. Die Posten, die Hogan (der auch Praesident der New Yorker Ortsgewerkschaft No. 100 ist) und Santo (dessen Ausweisung als unerwuenschter Auslaender jetzt von der Bundesregierung betrieben wird) frueher innehatten, wurden abgeschafft. Alle anderen Posten wurden von den Anhaengern Quills besetzt. MacMahon, der ueberzeugter und eingefleischter Kommunist ist, trat nicht einmal fuer die Wiederwahl als Kandidat auf. Quill schlug Hogan in der Wahl zum Praesidenten bei der namentlichen Abstimmung mit 473 zu 186 Stimmen...

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 15. Dezember 1948

Kritik ueber das Buch eines Gewerkschaftlers

Nachstehender Artikel ist eine Buchbesprechung, die der offiziellen Veroeffentlichung des Britischen Gewerkschaftsbundes entnommen ist. Das Buch wurde von Fred Copeman geschrieben und betitelt sich "Warum ich abtruennig wurde" (Reason for Revolt) (Herausgegeben von der Brandford Press Ltd. - Preis 8s 6d)

"Die Arbeiter koennen keinen Nutzen aus einer Philosophie ziehen die jede Guete, die dem menschlichen Herzen entspringt, ausschliesst". In dieser autobiographischen Studie eines Kommunisten, der Katholik wurde, haette man erwartet, bittere Vorwuerfe zu finden; statt dessen schreibt Fred Copeman mehr in Sorge als veraergert von seiner Enttaeuschung ueber die kommunistische Partei. Das Betragen Georgi Dimitroffs nach seiner Uebernahme des Postens eines Premierministers Bulgariens ueberzeugten ihn davon, dass der Kommunismus, als er auf die Probe gestellt wurde, verabsaeumt oder verfehlt hatte zu zeigen, dass er ein Herz habe

"Copeman hat ein seltsames und buntes Leben gefuehrt. Es begann in einem Arbeitshaus in Suffolk. Er legte in der Watts Marineausbildungsschule, die den Dr. Bernardo-Heimen angeschlossen ist, eine Pruefung ab. Von diesen Heimen, die

eine freiwillige Organisation sind; spricht er mit grosser Achtung. Eine Zeit lang blieb er bei der Marine und nahm dann im Jahre 1931 an dem Aufstand in Invergordon teil. Als Mitglied des Streikkomitees wurde er mit den uebrigen Mitgliedern des Komitees entlassen.

"Die kommunistische Partei hatte diejenigen, die eine fuehrende Rolle gespielt hatten, beobachtet und war nun schnell dabei, diese Leute zu sich herueberzuziehen. Er nahm an den Hungermaerschen der Arbeitslosen aktiv Anteil und ging dann nach Spanien, um dort in den Reihen der Internationalen Brigade zu kaempfen. Er konnte sich zwar nicht an die Purzelbaeume der kommunistischen Partei zu jener Zeit gewoehnen, doch lehnte er es immer noch ab, zu glauben, dass alle ihre Anhaenger Unrecht haben sollten.

"Bei seiner Rueckkehr aus Spanien veranlassten ihn seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Exekutivkomitee der Partei, um eine Reise nach Moskau nachzusehen, um seinen schwindenden Enthusiasmus wieder zu beleben. In Moskau stellte er fest, dass manche Russen ein weit besseres Leben fuehrten als die anderen, dass das Bedaux-System (Ein Akkord-Praemienlohnsystem, wobei die Arbeitsleistung in Einheiten von Minuten, sogenannten "B's" gemessen wird (60 B's machen ein Arbeitspensum pro Stunde aus) und Praemien fuer ueber den Durchschnittssatz geleistete B's bezahlt werden)

obwohl es hier einen anderen Namen (Stachanow-System) hatte, allgemein in der Industrie galt, dass kein Ausschuss irgendwelcher Art im Traum daran denken konnte, seine Mitglieder zu waehlen, bevor nicht Stalin zum Ehrenmitglied ernannt worden war, am meisten aber wurde er durch die sorgfaeltig ausgearbeiteten Vorsichtsmassnahmen abgestossen, die verhindern sollten, dass die Mitglieder nichts ueber den Versammlungsort der Komintern erfahren, zu dem sie hingefahren wurden. Sein Besuch in der Sowjetunion machte ihn tatsaechlich etwas zynisch.

"In der zweiten Haelfte des Jahres 1939 hielt er Vorlesungen ueber Luftbombardements, wobei er sich auf seine Erfahrungen in Spanien stuetzte, und 1941 wurde er vom Ministerium zur Sicherung der Heimat berufen, die Leitung der neuen tiefen Luftschutzraeume in London zu uebernehmen.

"Das fuer die Gewerkschaftler vielleicht interessanteste und bezeichnendste Kapitel in seinem Buche befasst sich mit seiner Mitgliedschaft beim Exekutiv Ausschuss des Konstrukteur- und Maschinenbauer-Verbandes, in den er zu Anfang des Krieges gewaehlt wurde. Er beschreibt im einzelnen die kommunistische Aktivitaet und hebt besonders hervor, dass Parteintrigen innerhalb der Gewerkschaften eine kostspielige Sache sei, nicht nur fuer das Land und die Bewegung, sondern vor allem fuer die Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, wo diese Intrigen gesponnen werden." H. Th.

"Labour" Dezember 1948

Der CIO leitet organisierten Propagandafeldzug gegen die Kommunisten ein.

Auf der Jahresversammlung des CIO in Portland wurde der Entschluss gefasst, ein Organisationsprogramm auf breiter Basis ins Leben zu rufen. Es ist klar, dass das Bestehen einer kommunistischen Fuehrerschaft in gewissen Gewerkschaften dazu gedient hat, das Anwachsen solcher Organisationen wie des Verbandes der Angestellten des Einzel- und Grosshandels und der Warenhaeuser zu verzoegern, der in den juengst vergangenen Monaten in eine Reihe von Streiks und Gerichtsprozessen in bezug auf die kommunistische Frage verwickelt war. Jetzt hat sich der CIO entschlossen, auf diesem Gebiete eine neue Gewerkschaft ins Leben zu rufen und hat diese Aufgabe dem Verband der Vereinigten Bekleidungsarbeiter, einer der staerksten CIO-Organisationen in New York, uebertragen. Der neue

Verband wuerde unter dem Schutz dieses Bekleidungsarbeiter-Verbandes stehen.

Dies ist bereits der zweite Schritt, den der CIO unternommen hat. Der erste richtete sich gegen den Verband der Arbeiter fuer landwirtschaftliche Ausruestung und im Metallgewerbe, von dem behauptet wird, dass er von den Kommunisten gefuehrt wird. Diese Organisation, die in manchen Industriezweigen mit dem antikommunistischen Verband der Automobilarbeiter Amerikas im Wettbewerb steht, ist angewiesen worden, ihren Zusammenschluss mit den Automobilarbeitern zu vollziehen. Dadurch wird eine Anzahl kommunistischer Gewerkschaftsfuehrer ausgeschaltet, es sei denn, sie entschliessen sich, mit ihrer Gewerkschaft aus dem CIO auszutreten.

Der dritte Schritt, der noch nicht unternommen wurde, besteht in einem Plan des CIO, einen neuen Verband fuer die Bueroarbeiter in der Regierung zu gruenden, um gewisse Kreise von Angestellten des Staatsdienstes zu erfassen, die nicht von dem dem CIO angehoerenden Verband der Vereinigten Staatsangestellten erfasst werden, von dem ebenfalls behauptet wird, er werde von Kommunisten gefuehrt. Man erwartet, dass der neue Verband schnell wachsen wird, und dass ihm viele Ortsverbaende beitreten werden, die mit der Fuehrerschaft des Verbandes der Vereinigten Staatsangestellten unzufrieden sind.

Diese drei Beispiele zeigen die Schwierigkeiten, die sich ergaben, wenn man auf demokratische Weise die Kontrolle ueber eine Gewerkschaft zurueckgewinnen will, wenn einmal die Kommunisten in ihrer Mitte die absolute Kontrolle in den Haenden haben.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 15. Dez 48

Amerikanische Flugzeug-Piloten gruenden einen Verband

Anfang Dezember uebergab die AFL dem Internationalen Verband der Luftfahrt Ingenieure eine Lizenz. Die Lizenz wurde von den Praesidenten von 4 Ortsverbaenden von Luftfahrtingenieuren entgegengenommen, die die bedeutenden Fluglinien vertreten. Der Verband hat etwa 1000 Mitglieder; dies entspricht 97 % aller Luftfahrtingenieure der privaten Fluglinien in den Vereinigten Staaten.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 15. Dez 48

"Knabenstaedte" werden in Italien gegrueudet

Ein Plan, heimatlosen Knaben zu helfen, wie er in den Vereinigten Staaten von Monsignore Edward J. Flannagan, der in Berlin anlaesslich seines kuerzlichen Besuchs in Deutschland verstarb, ins Leben gerufen wurde, ist jetzt von Italien aufgegriffen worden. Die "Knabenstadt", die vor mehr als 20 Jahren von Pater Flannagan gegrueudet wurde, ist ueberall beruehmt geworden. Viele ihrer ehemaligen Absolventen sind bereits erfolgreiche Maenner im amerikanischen Leben geworden. Die Jungen in der "Knabenstadt" haben ihre eigene demokratische Verwaltung mit Gerichten und leiten die Wirtschaft dieser Einrichtung.

Derselbe Gedanke zur Gruendung einer solchen "Stadt" wurde im Jahre 1944 von einem Priester in Italien in die Wirklichkeit umgesetzt. In Santa Marinella, 40 Meilen noerdlich von Rom, wurde eine Hauptstelle gegrueudet. Das Experiment mit heimatlosen Strassenjungen ist jetzt auf 5 kleine Stellen oder "Staedte" ausgedehnt worden, die zu einer "Republik" zusammengefasst wurden. Sie werden nach der demokratischen Theorie geleitet, dass den Jungen die Verantwortung fuer die Leitung und die Verwaltung uebertragen wird, Die Jungen arbeiten gegen Lohnzahlung und verwenden die Loehne, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Oder man gibt ihnen die Erlaubnis, sich eine Arbeitsstelle in den nahegelegenen Orten zu suchen, sie behalten trotzdem ihr "Buergerrecht" in der "Stadt" bei. Sie ist ihre Heimat und "ihr Land", bis sie eine Pruefung abgelegt haben, um Buerger im Leben und

in der Wirtschaft der Nation zu werden.

Es werden jetzt 7 andere "Staedte" in Italien errichtet; das Anfangskapital hierfuer kommt von amerikanischen Organisationen. Jede dieser Stellen wird etwa 300 Knaben unterbringen. Die Gelder stammen von verschiedenen amerikanischen Werbefeldzuegen und bewegen sich zwischen \$100.000 und \$1.000.000.-- So wird z.B. die "Knabenstadt New York" in Palermo von einer New Yorker Ortsgruppe des Verbandes der Vereinigten Bekleidungsarbeiter Amerikas finanziert. Eine dieser "Staedte" in Pozzuoli wird von einer New Yorker Ortsgruppe der Internationalen Damenbekleidungs-Arbeiter finanziert. Fuer eine andere wieder haben die Buerger der Stadt Vineland, New Jersey, einen Werbefeldzug zur Aufbringung von \$150.000 unternommen. Zum groessten Teil werden die amerikanischen Spenden von der katholischen Fuehrerschaft gesammelt; viele der Spender sind Amerikaner italienischer Abkunft.

"Overseas American News Service" 11. Januar 1949

Betrieblicher Arbeitsfriede braucht nicht
immer erkaempft zu werden.

Der Landesverband fuer Planung (NPA) hat bei Industriefirmen, in denen gute Arbeitsbeziehungen herrschen, eine Reihe von Untersuchungen und Studien angestellt. Vor kurzem hat nun der NPA einen Bericht ueber einen solchen Industriezweig veroeffentlicht. Zwischen der chemischen Fabrik Dewey and Almy und dem Internationalen Verband der chemischen Arbeiter (AFL) besteht seit 9 Jahren ein Arbeitsfriede. Die Produktion der Firma hat sich staendig vergroessert, und die Gewerkschaft hat immer mit der Geschaeftsleitung zusammengearbeitet. Fuenf Gruende fuer gute Arbeitsbeziehungen waren etwa die gleichen wie die, die der NPA bereits in frueheren Untersuchungen genannt hatte:

1. Zu der Zeit, als die Gewerkschaft aufgebaut wurde, leistete der Arbeitgeber keinen Widerstand dagegen. Die Gewerkschaft brauchte ihrer Anerkennung wegen nicht zu streiken, die bitteren Nachwirkungen solcher Streiks sind somit niemals aufgetreten.
2. Die Haltung der Direktion bei der Zulassung der Gewerkschaft war richtunggebend fuer die Einstellung der Leiter in gehobener Position bis herunter zum Meister. Die Firma war bestrebt, sich der Gewerkschaft bei der fachlichen Ausbildung und der Entwicklung der Faehigkeit der Arbeiter zu bedienen.
3. Der freie Gedankenaustausch zwischen den Arbeitern und der Firma ist innerhalb aller Abteilungen und Dienststellen sowohl der Geschaeftsleitung als auch der Gewerkschaft ermoeeglicht worden. Es war nicht noetig, irgendwelche Vorschriften darueber festzulegen, dass die Geschaeftsleitung mit der Gewerkschaft zu Beratungen zusammenkommt.
4. Weder der Arbeitgeber noch seine Vertreter haben sich jemals in die Angelegenheiten der Gewerkschaft gemischt. Die Gewerkschaft hat sich frei entwickeln koennen. Sie hat sich auch nicht um die Verpflichtungen der Geschaeftsleitung gekuemmert, hat aber immer mit der Geschaeftsleitung zusammengearbeitet, wenn es sich um Dinge von gemeinsamem Interesse handelte.
5. Argwohn oder Misstrauen zwischen der Gewerkschaft und der Geschaeftsleitung gab es nicht. Diese Tatsache wird darauf zurueckgefuehrt, dass jeder der beiden Partner die Rechte des anderen anerkennt und respektiert.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 15. Dezember 48

Die Beschaffenheit guter Arbeitsbeziehungen

Folgende Saetze sind einer Rede entnommen, die John W. Gibson, der stellvertretende Arbeitsminister, am 14. Dezember in New York vor einer Zuhorerschaft hielt, die sich aus Geschaeftsleuten zusammensetzte. Als Thema hatte er die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewaehlt.

"Es ist unlogisch, anzunehmen, dass, weil es Streiks gibt, die Verhaeltnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei uns total ungesund seien. Ein unlogisches Denken dieser Art erzeugt unlogische Ergebnisse. Das Taft-Hartley-Gesetz ist ein Beispiel fuer diese Art unlogischen Denkens.

"Ich bin der Meinung, dass die Wandlung in der Ansicht des amerikanischen Volkes ueber das Taft-Hartley-Gesetz, als ihm diese Frage mit all ihrem verwickelten Beiwerk vorgelegt wurde, ein gutes Zeichen ist fuer die zukuenftigen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

"Meiner Ansicht nach bildet in 75% aller Faelle, in denen sich Reibungen ergeben, die Persoenlichkeit derjenigen, die Unternehmer und Arbeiterschaft vertreten, das groesste Hindernis. Ich denke da z.B. an einen netten jungen Mann, der in einem College die Arbeitsbeziehungen in der Industrie studiert hatte. Eine seiner ersten Stellungen erhielt er in einer kleinen Firma und als Leiter der Abteilung fuer Arbeitsbeziehungen fuehrte er die Verhandlungen fuer die Geschaeftsleitung. Da er ein Streber war, war er der Ansicht, dass er in seiner Stellung ein vollkommener Versager sein wuerde, wenn er nicht die besten Bedingungen fuer seinen Arbeitgeber herausholen wuerde. Er verlor den Blick fuer die menschlichen Beduerfnisse, die damit im Zusammenhang standen.

"Nachdem er mehrere Niederlagen erlitten und seine Firma in mehrere Streiks verwickelt hatte, kam er zu mir und fragte mich, was er falsch gemacht haette. Ich sagte ihm, dass ich der Meinung sei, dass er die Technik des Ausgleichens lernen und der Tatsache mehr Rechnung tragen muesse, dass es bei seinen Verhandlungen um das Wohlergehen von Menschen ginge. Heute leistet er eine sehr gute Verhandlungsarbeit fuer seinen Arbeitgeber und hat auf dem Gebiete der Arbeitsbeziehungen ganz annehmbare Erfolge zu verzeichnen. Seine Haltung ist durch eine gewisse Wendigkeit gekennzeichnet.

"Solche Fehler, wie sie dieser junge Mann machte, ehe er aus seiner muhevollen Arbeit Lehren zog, beschraenken sich nicht allein auf den Arbeitgeber am Verhandlungstisch. Auch die Vertreter der Gewerkschaften muessen die Technik des Ausgleichens lernen. Sie duerfen niemals die menschlichen Beduerfnisse in dieser Situation aus dem Gesicht verlieren.

"Ich habe gesehen, wie gewerkschaftliche Unterhaendler den Versuch unternommen haben, das Kollektivvertragsverfahren als Werkzeug zu benutzen, um ihre politischen Plaene dabei zu verfolgen. Welche Politik sie auch immer vertreten moegen: der Verhandlungstisch ist nicht die gegebene Stelle dafuer. Auch der bornierte "Angeber" oder der "Meckerer", der zu den Verhandlungen geht, um zu versuchen, den Arbeitgeber mattzusetzen, hat dort nichts zu suchen. Gluecklicherweise stellen diese Charaktere fuer das Kollektivvertragsverfahren im amerikanischen Gewerkschaftswesen nur eine verschwindende, unendlich kleine Minderheit dar."

Amerikanisches Arbeit sministerium

"News Release" 14. Dezember 1948

Britische Gewerkschaftler berichten ueber ihren Besuch in Deutschland

James Bowman und Robert Willis, Vertreter des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) haben vor kurzem eine Reise durch Deutschland unternommen, um die Lage und

Verhaeltnisse der Gewerkschaften in der Britischen und Amerikanischen Zone zu studieren. Nachstehend eine Zusammenfassung der wesentlichsten Punkte ihres Berichts an den Generalrat des TUC:

"Zum Verkauf ausgestellte Waren, die vordem nicht vorhanden waren, ausbombte Gegenden, aus denen die Truemmer bis zum Erdboden gruendlich weggeraemt waren, neue Einrichtungsgegenstaende auf dem Wege zu den Kunden, Berge von neuen Mauersteinen, Zementsaecke, Stahlschienen, alles das und noch viel mehr Anzeichen fuer ein neues Aufleben, das sich jetzt in Deutschland entwickelt, konnte die Delegation des Britischen TUC feststellen. "Die Vorteile der Waehrungsreform machten sich ueberall bemerkbar" meinten Mr. Bowman und Mr. Willis, die den Wandel im wirtschaftlichen Leben Deutschlands aus eigener Erfahrung auf Grund ihrer fruerehen Besuche waehrend der letzten 12 Monate feststellen konnten.

"3 Grosse Probleme: Aber die deutschen Arbeiter versuchen, noch die tiefe Kluft zwischen den ihnen gezahlten Loehnen und den geforderten Preisen zu ueberbruecken. Ihre Gewerkschaften, die vielmehr auf Preissenkungen als auf Loehnerhoehungen hinarbeiten, massen hierfuer den Aufhebungen der Kontrollmassnahmen die Schuld bei. Sie gaben der Befuerchtung Ausdruck, dass die Aufhebung der Kontrolle, ueber die sie nicht befragt wurden, den Sturz der neuen Mark nach sich ziehen und die Bemuehungen der Arbeiter in Westdeutschland, die Produktion zu steigern, zunichte machen wuerde. Wie aus den letzten fuer 1948 vorliegenden Ziffern hervorgeht, hatten sie bereits die Produktion um 30 bis 40% gegenueber dem vergangenen Jahr erhoehrt.

"Wie Gewaehrmaenner des DGB an fuehrten, wird der Kampf um die Stabilisierung weiterhin dadurch erschwert, dass die Arbeitgeber in ausgedehntem Masse Steuerhinterziehungen begehen. Trotz der viel hoeheren Erzeugung in der Industrie seien nach ihrer Behauptung die Steuereinnahmen nur um 4% gestiegen. Die Britische Delegation hat auch festgestellt, dass die Demontage der Fabriken und Werke den Funktionaeren und Mitgliedern der deutschen Gewerkschaften noch Kopfschmerzen macht. Obwohl die Gewerkschaftler vollkommen von der Notwendigkeit ueberzeugt sind, dass die Ruestungsindustrie zerstoert und fuer den durch die nazistische Kriegsmaschine in Europaangerichteten Schaden Reparationen gezahlt werden muesse, haben sie jetzt den Verdacht, dass man sich bei der Demontage von internationalen und sogar internen Erwaegungen leiten lasse. Mr. Bowman und Mr. Willis hatten mit den Funktionaeren des DGB langwierige Diskussionen ueber diese komplizierte und delikate Frage, um, wenn moeglich, ueber die gesamte Lage einen Ueberblick zu gewinnen.

ANWACHSEN DER GEWERKSCHAFTEN: Trotz all ihrer Schwierigkeiten haben die Gewerkschaften in der Britischen Zone bemerkenswerte Erfolge beim Wiederaufbau ihrer Organisationen zu verzeichnen. Waehrend sie bis Mitte 1947 ueber 850.000 Mitglieder zaehlten, hat sich die Zahl ihrer Mitglieder bis Oktober 1948 auf 2.656.000 erhoehrt. Sie hoffen, dass es ihnen gelingen wird, bis Ende des Jahres die Rekordzahl von 2.900.000 Mitgliedern zu erreichen. Im Ganzen genommen, haben sich die Handarbeiter den Industriearbeitern gegenueber zu 50% mehr organisiert. Die Bergarbeiter fuehren mit 90%. Relativ niedrig ist der Prozentsatz bei den Kopfarbeitern und den Behoerdenangestellten, und nur 1 von 9 Arbeitern in der Landwirtschaft schloss sich seiner Gewerkschaft an. Auf diesem Gebiete spaelt die Tatsache eine Rolle, dass viele der 900.000 Arbeiter auf dem Lande auf Bauernwirtschaften beschaeftigt sind, die sich im Familienbesitz befinden, weshalb hier die Werbetaetigkeit der Gewerkschaften beschraenkt ist.

"Gebaeude und Banken": Den Gewerkschaften in der Britischen Zone wird immer noch die Rueckgabe ihres von den Nazis beschlagnahmten Eigentums verweigert, obwohl die Freigabe bereits im Prinzip im April 1947 genehmigt wurde. Im auffallenden Gegensatz zu der Erfahrung, die die Gewerkschaften in der Amerikanischen Zone gemacht haben, die bereits alle ihre noch existierenden Gebaeude, die ihnen in der Vornazizeit ge-

gehoerten zurueckerhielten, steht die Tatsache, dass die im April 1947 gefaellte Entscheidung noch nicht verwirklicht wurde.

"Andererseits haben die amerikanischen Behoerden angeordnet, dass die Gelder der Bank der Deutschen Arbeit - die die Nazi-Arbeitsfront nach der Beschlagnahme der Arbeiterbank der deutschen Gewerkschaften errichtet hatte - liquidiert und den oertlichen Behoerden uebergeben werden sollen, wobei Einzelkonten auf Privatbanken ueberwiesen werden. "Das sie befuerchteten, dass diese Massnahme fuer das uebrige Deutschland beispielgebend sein koennte, haben die Gewerkschaften bei den Gouverneuren der Bizone scharfen Protest eingelegt, und die britische Delegation vergewisserte sich, dass eine weitere Liquidierung der bei der Bank deponierten Gelder aufgeschoben werden wuerde, bis ihr Bericht ueber diese Frage dem Generalrat des TUC vorgelegen haette.

"Die wirkliche Kernfrage:" Wenn alle diese Probleme bereinigt sind, dann bleibt jedoch immer noch eine Frage von grosser Bedeutung zu beantworten: Welche Stellung nehmen die Gewerkschaften im wirtschaftlichen und industriellen Leben der Bizone ein. Der DGB, der das Recht fordert, in gebuehrendem Masse zu den Besprechungen der vielen wichtigen wirtschaftlichen Probleme seiner Zone hinzugezogen zu werden, bestreitet, dass es regulaere und verfassungsmaessige Moeglichkeiten gibt, denen zufolge er die Meinung des arbeitenden Volkes der deutschen Regierung und den Besatzungsbehoerden gegenueber vertreten koennte.

"Die Gewerkschaften behaupten, dass sie viel zu haeufig erst dann befragt werden, wenn bereits Entscheidungen ueber das Wohl ihrer Mitglieder gefaellt worden sind anstatt vorher. Ein solcher Mangel an Ruecksichtnahme auf die Meinung der Arbeiter ist ihrer Ansicht nach nicht nur ein Hindernis in sich, sondern bietet auch ein Beispiel dem viele Arbeitgeber-Organisationen nur zu eifrig folgen.

Eine geeinte Bewegung: Was aber an der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland in der Nachkriegszeit besonders bedeutungsvoll ist, ist die Tatsache, dass sie ein geschlossener Machtfaktor und - im Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften aus der Zeit vor der Machtuebernahme Hitlers in bezug auf politische oder religioese Fragen nicht aufgespalten ist.

"Viele der von den beiden Vertretern des TUC im Bericht erwahnten Probleme wurden vom Generalrat auf der Dezember-Sitzung fuer so dringend angesehen, dass er seinen Internationalen Ausschuss ermachtigte, den ganzen Bericht im Einzelnen zu pruefen und hinsichtlich der dringenderen Punkte Massnahmen zu treffen, ohne erst den Generalrat zu befragen."

"Labour" Januar 1949.

80 deutsche Sachverstaendige auf dem Gebiete des Arbeitswesens besuchen die Vereinigten Staaten

In der Zeit von heute bis zum 30. Juni werden 80 deutsche Sachverstaendige auf dem Gebiete des Arbeitswesens unter Mitwirkung und auf Veranlassung der Manpower Div. der Amerikanischen Militaerregierung auf je 60 Tage die Vereinigten Staaten besuchen. Unter ihnen befinden sich Gewerkschaftsfunktionaere und Beamte deutscher oeffentlicher Einrichtungen auf dem Gebiete des Arbeitswesens. Sie werden die amerikanische Gewerkschaftsorganisation, die Methoden des Kollektivvertragsverfahrens, die Arbeiterbildung und die Industrielehrgaenge, die Regelung der Arbeitsbeziehungen durch Schlichtungsverfahren und Schiedskommern wie auch das Funktionieren der oeffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiete des Arbeitswesens studieren. Jedem der Teilnehmer wird es freigestellt sein, seine Beobachtungen auf ein Interessengebiet zu beschaenken und nur gerade das zu studieren, was ihn selbst fuer seine Arbeit in Deutschland am meisten interessiert.

Die Reise dieser deutschen Experten wird in Washington ihren Anfang nehmen, wo sie eine Zeitlang mit den Bundeseinrichtungen Bekanntschaft machen werden, die sich mit den Arbeitsbeziehungen, der Arbeiterinformation, der Sozialversicherung und anderen Zweigen des oeffentlichen Dienstes beschaefigen. Sie werden sich mit verschiedenen Gewerkschaften bekannt machen und als Gaeste des Amerikanischen Arbeitsministeriums

und der amerikanischen Gewerkschaften verschiedene Staedte besuchen. Sie werden Fabriken besichtigen, mit Ortsgewerkschaftsgruppen und mit Arbeitern in ihren Wohnungen zusammentreffen.

Damit auch die anderen deutschen Arbeiter aus den Besuchen der Experten in Amerika etwas Nutzen ziehen, wird jeder von ihnen aufgefordert, nach seiner Rueckkehr einen Bericht zu schreiben, Diesen Bericht ueber seine Beobachtungen und Eindruecke, die er auf seiner Reise durch die Vereinigten Staaten gesammelt hat, wird dann der Sachverstaendige seiner Gewerkschaft, oder, wenn es sich um einen Angestellten des oeffentlichen Dienstes handelt, seiner Abteilung uebergeben.

"Mehr Wissen durch Berufsschule:"

Dies ist der Titel einer Broschuere, die gerade von der "Briefschule" Frankfurt a.M. Wilhelm Leuschner-Strasse 69-77, eingegangen ist. Sie traegt die Unterschrift: Hans Mugrauer. Es handelt sich hier um etwas, was jeden deutschen Arbeiter interessieren sollte, der die Absicht hat, sich weiterzubilden. Nach dem Planentwurf kann der Arbeiter allein studieren oder er kann sich einer Studiengruppe von 5 bis 15 Personen anschliessen, die von einem "Zirkelleiter" beaufsichtigt wird. Das Programm wie auch einige der Kurse lehnen sich etwas an das System an, dass in Schweden eingefuehrt ist.

Einige der Kurse, die jetzt oder bald belegt werden koennen, sind: Gewerkschaftskunde, das Genossenschaftswesen, Einfuehrung in die Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft Grundfragen der Psychologie, die freie Rede, Englisch fuer Anfaenger, Grundkurs: Rechnen(technisch). Die Kurse sind systematisch nach Lektionen aufgebaut, die dem Studenten in bestimmter Reihenfolge zugehen. Seine Antworten schickt er durch die Post ein. Seine Pruefungen werden ihm mit Anmerkungen und Noten versehen zurueckgesandt.

Es gibt manche, die diese Lehrmethode nicht billigen, jedoch absolvieren in verschiedenen Laendern sogar Universitaetsstudenten ihre Kurse durch Korrespondenz. Das ist praktische Ausbildung. Auf diese Weise haben die meisten von uns den groessten Teil ihrer Ausbildung genossen, eben durch Lesen und Studium, wenn sie allein sind, jedoch besteht der Vorteil bei diesen Kursen darin, dass sie systematisch aufgebaut sind.

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

Nr. 51

Berlin, 11 Februar 1949

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Folgender Artikel, der stark gekuerzt ist, wurde von 2 deutschen Wirtschaftlern, Dr. Walter Eucken und Dr. Fritz W. Meyer, verfasst. Dr. Eucken war frueher Lektor an der Universitaet Berlin und spaeter Wirtschaftsprofessor an der Universitaet Tuebingen; 1927 wurde er Wirtschaftsprofessor an der Universitaet Freiburg. Seine bedeutendste Veroeffentlichung sind die "Grundlagen der Nationaloekonomie" (5.Ausgabe, 1947) Dr. Meyer ist Lektor fuer Wirtschaft an der Universitaet Bonn. Frueher hatte er eine aehnliche Stellung an der Universitaet Kiel inne. Seit 1935 war er Mitglied des Instituts fuer Weltwirtschaft in Kiel. Mit Rudolf Heberle zusammen schrieb er "Die Grossstaedte im Strome der Binnenwanderung" (1937) und "Der Ausgleich der Zahlungsbilanz" (1938).

Es ist bedauerlich, dass wegen des wenigen zur Verfuegung stehenden Raums nicht der ganze Artikel veroeffentlicht werden kann. Der Leser sollte daran denken, dass, obwohl der Artikel in der November-Ausgabe der "Annalen der Amerikanischen Akademie fuer Politik und Sozialwissenschaft" erschienen ist, er vor ungefaehr 3 Monaten vorbereitet werden musste. Ihm sind die Verhaeltnisse in Deutschland im Juli und August zugrundegelegt.

"Nach Beendigung des Krieges verlor Deutschland etwa 25% des Gebietes das es im Jahre 1937 besass. Die verlorengegangenen Gebiete sind Ostpreussen, Schlesien, Westpreussen, 2/3 des Gebiets von Pommern und im Westen das kleine, wirtschaftlich aber sehr wichtige Saargebiet. Mit Ausnahme des letzteren sind dies alles Gebiete, die frueher einen grossen Ueberschuss an landwirtschaftlichen Produkten auszuweisen hatten. Man kann mit Recht annehmen, dass Deutschland mit diesen Gebieten nahezu 20% seiner produktiven Kapazitaet von 1936 verloren hat.

Die Bevoelkerung und das Arbeitspotential

Die Bevoelkerung der verlorenen Gebiete musste von dem uebriggebliebenen Deutschland aufgenommen werden. Allerdings kamen von den etwa 15 Millionen Einwohnern, die vor dem Kriege in den Gebieten oestlich der Oder-Neisse-Linie gelebt hatten, nur 7 Millionen als Fluechtlinge und Ausgewiesene an. Ueber das Schicksal eines wesentlichen Teils der "restlichen" 8 Millionen wenigstens ist nichts bekanntgeworden.... Die umgesiedelte Bevoelkerung bestand fast gaenzlich aus Frauen, Kindern und alten Leuten. Darueber hinaus aber musste das restliche Deutschland auch noch 3 Millionen Menschen aufnehmen, die die Tschechoslowakei und andere Laender verlassen mussten.

Rumpfdeutschland - also das Gebiet der Besatzungszonen und Berlin - hatte vor dem Kriege eine Bevoelkerung von nahezu 60 Millionen Menschen, d.h. eine Bevoelkerungsdichte von 163 Menschen auf den Quadratkilometer. Die Verluste Deutschlands waehrend

des Krieges an Soldaten und Zivilbevoelkerung werden auf 4.5 Millionen Menschen geschaezt. Im Gegensatz zu diesem Menschenverlust hatte Deutschland seit 1939 einen Bevoelkerungszuwachs von 13 Millionen als Ergebnis eines Geburtenueberschusses gegenueber den Todesfaellen und durch den Zustrom an Fluechtlingen, Ausgewiesenen und Umgesiedelten, die in Deutschland verblieben sind. So belaeuft sich die Anzahl der Bevoelkerung im heutigen Deutschland auf nahezu 70 Millionen. Wenn man annimmt, dass rund 196 Personen auf den Quadratkilometer kommen, so weist Deutschland heute dieselbe Bevoelkerungsdichte auf wie Grossbritannien und Nordirland.

Die eben angefuehrten Zahlen koennten zu der Annahme verleiten, dass das in Deutschland existierende Arbeitspotential in erkennbarem Masse durch diese groesste Bevoelkerungsumsiedlung der modernen Geschichte, unter Welch traurigen Umstaenden sie auch immer vor sich gegangen sein mag, gestaerkt wurde. Die Lage ist jedoch viel komplizierter. Auf Grund der deutschen Vorkriegs- und der heutigen westeuropaeischen Normen hat das Arbeitspotential trotz der offensichtlichen Bevoelkerungszunahme abgenommen.

Produktionsveraenderungen waehrend des Krieges

In der Zeit zwischen 1933 und den ersten Kriegsjahren wurden die Produktionsmoeglichkeiten ungeheuer ausgeweitet. Diese Ausweitung war jedoch keine allgemeine. Einerseits wurden kreditpolitische Massnahmen, die Lenkung des Menschenmaterials, das Verbot der Investierung und die Beschraenkung der Einfuhr notwendiger Rohmaterialien mit ins Spiel gebracht, um die Industrien fuer Verbrauchsgueter und damit den Verbrauch selbst niederzuhalten. Andererseits absorbierten die Industriezweige fuer die wichtigsten Warengruppen und die Ruestungsindustrie den gesamten Zuwachs an produktiver Kapazitaet, den man durch Zwangssparen und zentral gelenkte Wirtschaftsplanung gewonnen hatte.

Die Intensitaet, mit der diese Umstellung in der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands auf die Produktion von "Kanonen statt Butter" durchgefuehrt wurde, kann man am besten aus der Tatsache ersehen, dass in den Jahren von 1933 bis 1939 sogar die Landwirtschaft einen Abgang von 1.5 Millionen Arbeitern zu verzeichnen hatte. Das war der Fall trotz der Propaganda fuer die Nahrungsmittelerzeugung und der Versuche, eine wirtschaftliche Autarkie zu schaffen. Der Abgang der 1.5 Millionen Arbeiter bedeutete nicht etwa, dass hier ein Ueberschuss an Arbeitskraefte aufgesogen wurde, sondern, dass der Landwirtschaft dadurch ein tatsaechlicher Verlust an Arbeitern erwachsen war. Man kann es als eine bittere Ironie des Schicksals ansehen, dass die Bombardierung Deutschlands waehrend der Kriegszeit den schon in der Entwicklung zurueckgebliebenen Industriebetrieben fuer Verbraucherwaren einen viel groesseren Schaden zufuegten als der Ruestungsindustrie. Die Ruestungswerke wurden zum grossen Teil nach 1933 errichtet und zwar wurden hierfuer solche Gebiete ausgesucht, in denen sie vor Luftangriffen sicher waren. Dagegen wurde die Verbraucherwarenindustrie dort belassen, wo sie sich schon vorher befand, also meist in den Staedten.

Die Industriepolitik der Alliierten

Nach Beendigung des Krieges wurden die Industrierwerke, die von den Bomben und anderen Auswirkungen des Krieges verschont geblieben waren, als Reparationen gefordert. Im Maerz 1946 veroeffentlichten die Alliierten einen Plan fuer die Reparationen und fuer die Nachkriegsorganisation der deutschen Wirtschaft. Nach diesem Plan wurden die Industriezweige bestimmt, die vollkommen demontiert werden sollten, und die Produktionsgrenzen fuer die uebrigen festgelegt, und zwar in einem gewissen Verhaeltnis zu den Produktionswerten des Jahres 1936. Der Plan setzt diese Grenzen fuer den Kohlenbergbau und fuer die Fabriken fuer die wichtigsten Warengruppen auf Werte zwischen 15 und 40% fest. Fuer die verarbeitende Industrie wurde die Grenze auf 60 bis 78% festgesetzt. Einige Industriezweige (Bauunternehmen, Moebel- und Fahrradfabriken) sollten davon unberuehrt bleiben.....

In der Ostzone ging die Sowjetunion ihre eigenen Wege, indem sie nach eigenem Ermessen die Fabriken - teilweise einschliesslich der Arbeiter - verlegte und die Ver-

kehrsmittel demontierte. Die meisten der verbleibenden wertvollen Betriebe wurden in Sowjet-Aktiengesellschaften umgewandelt. Dies bedeutet, dass man sie an ihrer alten Stelle belassen hat, und dass nur das Eigentumsrecht auf die Sowjetunion uebergangen ist..... Die Folge davon ist natuerlich, dass die Industrie der Ostzone fuer alle praktischen Zwecke vollkommen sozialisiert wurde. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft hat man noch frueher damit begonnen, den Weg zur Kollektivisierung zu beschreiten, indem man alles Land ueber 50 ha enteignete und aufteilte. Das gegenwaertige Industriepotential in der Ostzone schwankt schaezungsweise zwischen 1/3 und 2/5 der Kapazitaet von 1936....Von der Erzeugung, die man mit diesem verbleibenden Potential erreichen kann, geht mindestens 1/3, wahrscheinlich aber mehr als die Haelfte, nach der Sowjetunion.

Das Produktionspotential in der Bizone

Nachdem das Scheitern jeglicher einheitlichen Zusammenarbeit der Alliierten in bezug auf Reparationen und Wirtschaftsplanung offenbar geworden war, wurde fuer die Amerikanische und Britische Zone ein revidierter Plan aufgestellt. Diesem Plan zufolge wurde die zukuenftige Produktion im allgemeinen auf den Stand von 1936 festgelegt. Abgesehen von der Erhoehung des zulaessigen Produktionsvolumens von 67 auf 100% des Standes von 1936, brachte dieser Plan in erster Linie eine Erleichterung durch eine bessere Zumessung der Quoten fuer die verschiedenen Industriezweige. Nicht alle Demontagen, die in diesem revidierten Plan vorgesehen waren, sind bis jetzt vorgenommen worden, und man hofft in Deutschland, dass dies in Anbetracht der letzten Entwicklungen auch nicht mehr der Fall sein wird.

Man darf nun aber nicht glauben, dass das Produktionspotential der Industrie in der Bizone wirklich dem Stande von 1936 naehkommt, selbst wenn weitere Reduzierungen nicht erzwungen werden. Die Maschinen sind, besonders in den Industriebetrieben fuer Verbraucherwaren, veraltet. Diese Tatsache wird ganz besonders dadurch augenfaellig, dass die modernsten Einrichtungen demontiert worden sind, findet aber nicht ihren Niederschlag in den Angaben, die in bezug auf die Ausstosskapazitaet gemacht werden. Die Fortschaffung einzelner Maschinen und Werkeinrichtungen im Zuge der Reparationspolitik hat die Kapazitaet des Werks in vielen Faellen in groesserem Masse beeintraehtigt als dies der Produktionskapazitaet dieser Maschinen und Werkeinrichtungen als solche entsprechen wuerde. Die Produktionskapazitaet ist weiter gesunken, weil Kriegsschaeden, Demontage und die Aufspaltung Deutschlands in verschiedene wirtschaftlich von einander getrennte Gebiete die gesamte organische Einheitlichkeit der verschiedenen Zweige der deutschen Industrie zerstoert haben.....

Wenn keine Hindernisse fuer den Aussenhandel bestehen wuerden, dann waere eine Koordinierung im Rahmen der deutschen Wirtschaft selbst nicht notwendig. Worauf es dann ankaeme, waere nur ein auf einander abgestimmter Aufbau der Weltwirtschaft. Von diesem Idealzustand haben wir uns jedoch sehr weit entfernt. Die Betrachtung der Auswirkungen der Demontage und der Mangel einer Koordinierung innerhalb der deutschen Industrie laesst lediglich eine Schaezung der Produktionskapazitaet der Industrie in der Bizone zu, derzufolge sich nicht mehr als 75 bis 80% des Standes von 1936 ergeben. Die Landwirtschaft in diesem Gebiet hat ihre Erzeugung niemals auf einen Stand bringen koennen, der hoeher lag als der von 1936. Daher muss man den Verlust an Produktionskapazitaet durch die Verschlechterung des Bodens von diesem Stand absetzen. Diese ist sicher bedeutend; mengenmaessige Schaezungen liegen jedoch nicht vor....

Niedriger Produktionsstand

Die bisher angefuehrten Tatsachen geben jedoch nur den ersten Anhaltspunkt zum Verstaendnis der Ursachen der Stagnation in der deutschen Wirtschaft. Im Augenblick ist der existierende Umfang in Landesertraegen bei vollem Einsatz nur halb so gross wie die Kapazitaet des quantitativ reduzierten und qualitativ zerstoerten Betriebsmaterials. Es ist daher einleuchtend, dass die Produktivitaet der Arbeiterschaft sehr klein sein muss, und so ist es auch in der Tat der Fall. Dies zeigt sich auch in denjenigen In-

dustriezweigen, die nicht mit solchen Schwierigkeiten wie Rohstoff- oder Maschinenmangel zu kaempfen haben.....

Beobachter, die keine sehr guenstige Meinung haben, schliessen einfach daraus, dass die Deutschen nicht arbeiten wollen, dass sie sich nicht genug anstrengen, oder wenigstens, dass sie nicht tuechtig genug arbeiten. Aufmerksamere Statistiker, die in Deutschland und im Auslande die Verhaeltnisse studieren, gehen einen Schritt weiter und erklaren diese Erscheinung mit Unterernaehrung, Mangel an Bekleidung und im allgemeinen mit den bestehenden erbaermlichen Lebensverhaeltnissen. Sie weisen darauf hin, dass es diese Verhaeltnisse sind, die es dem groessten Teil der deutschen Bevoelkerung unmoeglich machen, irgend eine intensive koerperliche oder geistige Arbeit zu leisten. Sie fuegen hinzu, dass in manchen Industriezweigen Rohmaterialien wie auch Maschinerie nicht in genuegendem Masse vorhanden sind. Schliesslich verweisen sie auch noch auf den "Schwarzen Markt" und den "Grauen Markt" mit ihren zersetzenden Auswirkungen auf das wirtschaftliche Unternehmen und die Moral.

Diese einfachen und anscheinend so ueberzeugenden Erklaerungen herrschen tatsaechlich ueberall vor. Sie spiegeln die Meinung der Besatzungsbehoerden wie auch der Mehrzahl der Wirtschaftspolitiker in den deutschen Regierungstellen wider. Sie bildeten die Grundlage und Richtlinie fuer alle wichtigen wirtschaftlichen Massnahmen seit 1945 bis zur Formulierung des Wirtschaftsplans der Bizone fuer 1947- 1948. Trotzdem diese Meinung in den politischen Kreisen vorherrscht und trotzdem sie in ihrer offenbaren Klarheit und Einfachheit auf die Bevoelkerung Eindruck macht, stellt sie doch nur eine gefaehrliche Halbheit dar.....

Vergeudete Arbeitskraft

Die Deutschen von 1948 arbeiten keineswegs weniger als in den Jahren vor dem Kriege oder weniger als irgend ein Volk der anderen Laender Europas. Vermutlich arbeiten sie sogar noch mehr und noch laenger. Die ueberwiegende Mehrheit der Stadtbevoelkerung, d.h. viele Millionen von Menschen sind einfach gezwungen, eine Mehrarbeit zu leisten, die vor dem Kriege nicht notwendig war, wenn sie nicht verhungern und vollends vor die Hunde gehen wollen. In schmutzigen, ueberfuellten und unbeleuchteten Zuegen fahren sie in die laendlichen Gegenden in der Umgebung ihrer Stadt oder sogar noch weiter hinaus in Gebiete, die hundert Kilometer entfernt sind, um sich bei den Bauern gegen einen Teil ihrer Stadtrationen, ihres Naturallohns, wenn sie solchen erhalten, oder einfach gegen anderen Besitz, der ihnen noch verblieben ist, etwas Lebensmittel einzutauschen. Sie sammeln Bucheckern in den Waeldern, gehen Aehren lesen oder Kartoffeln nachernten. In ihrer Freizeit oder waehrend ihres Urlaubs stechen sie Torf, sammeln Holz im Walde, bebauen ein kleines Laubengrundstueck oder suchen Kaninchenfutter.....

All diese Arbeiten, die hier noch keineswegs vollstaendig aufgezaehlt sind, nehmen taeglich extra mehrere Stunden in Anspruch. Diese Extraarbeit muss aber geleistet werden. Nur diejenigen bleiben davon verschont, die noch genuegend Gegenstaende in ihrem Besitz haben, um ihre normale Lebensfuehrung durch mehr oder weniger staendige Tauschgeschaefte aufrechterhalten zu koennen, oder die, die auf betruegerische Weise Rohmaterialien zurueckhalten, die sie eigentlich in der Produktion verwenden sollten, diejenigen, die ihre Zuflucht zu Schiebungen und Bestechungen nehmen, die sich mit Schwarzmarktgeschaeften im grossen Stil abgeben und auch solche, die Pakete von ihren Verwandten aus Amerika bekommen.....

Selbst unter den bestehenden Verhaeltnissen wuerde es vernuenftiger sein, die so zusammengebrachten Lebensmittel in einem halben Gueterwagen zur Stadt zu bringen als sie durch Waggon, die mit Menschen ueberfuellt sind, dort hinbringen zu lassen, und zwar auf Kosten der viele Male noetiger gebrauchten Eisenbahnen und auf Kosten von mehreren Tausend Arbeitsstunden, fuer die Menschen, die sie bekommen.....

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist diese Extraarbeit eine sinnlose Verschwendung. Von dem Standpunkt des einzelnen Deutschen aus gesehen ist sie jedoch ausserordentlich wichtig, weil sie ihn vor dem endgueltigen Elend und haeufig vor dem Hungertode rettet. Aus diesem Grunde ist diese Extraarbeit fuer ihn von groeserer Wichtigkeit als seine regulaere Arbeit. Da die Deutschen auf die Erhaltung ihrer koerperlichen Kraft grosse Ruecksicht nehmen muessen, ist es fuer Millionen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, sich in den Laeden und in den Bueros nicht zu ueberstuerzen und so gemaechlich wie moeglich zu arbeiten, um ihre Kräfte fuer den Kampf um die Existenz ausserhalb ihrer regulaeren Arbeit zu schonen. Heute wird ein bedeutender Teil der Arbeitskraft des deutschen Volkes auf diese Weise von der Taetigkeit abgelenkt, in der es wertvolle und dringend benoetigte Waren erzeugen und Leistungen vollbringen koennte.....

Ein sehr bedeutender Teil, wann nicht sogar der groesste, des Unterschieds zwischen der produktiven Kapazitaet und dem wirklichen Ausstoss in Deutschland findet seine Erklaerung in der Vergeudung der Arbeitskraft. Auch die Taetigkeit einer riesigen Zahl von Beamten und Angestellten bei den Regierungen bzw. Verwaltungsstellen, die in einer Planwirtschaft benoetigt werden, stellt eine Vergeudung dar.....

Bezahlung in Ware

Im Bergbau, z.B. und seit kurzem auch in zahlreichen anderen Industriezweigen wurde eine Bezahlung in Ware eingefuehrt. In diese Kategorie gehoert auch ein Devisenbonus, bei dem man fuer Einfuhrzwecke ueber 10% des Devisenbetrages, der durch den Verkauf exportierter Waren erzielt wurde, frei verfuegen kann. Je 5% von diesem Bonus gehen an den Unternehmer und seine Leute. Erreicht wurde hierdurch aber nur, dass die Zahl der Angestellten in diesen Industriezweigen stieg, wodurch in anderen wiederum ein Arbeitermangel eintrat. Die erwartete Besserung in der Produktivitaet ist nicht eingetreten.

Anteilige Bezahlung in Ware hat ueberdies den Umsatz auf dem Schwarzen Markt und auf dem Gebiete des Tauschhandels erhoehrt. Hierdurch ist die Lage des Normalverbrauchers verschlimmert worden, der nicht den Vorteil genieisst, fuer seine Arbeit Bezahlung in Ware zu erhalten, weil seine Rationen und Zuteilungen gesenkt werden mussten, um dieses zum Fehlschlag verurteilte Praemienlohn-System durchfuehren zu koennen. Schliesslich haben diese Zahlungen in Ware alle bestehenden Unterschiede in den Lohn- und Gehaltsgruppen vollkommen durcheinander gebracht.....

Die Errechnung des Einkommens in Waren zu Schwarzmarktpreisen ist vollkommen gerechtfertigt, weil ja der Normalverbraucher auch Schwarzmarktpreise bezahlen muss, wenn er Waren kaufen will, an denen Mangel herrscht.

Demoralisierung

Unter solchen Umstaenden kann von einer Angleichung des Einkommens bei den Lohn- und Gehaltsempfaengern keine Rede sein. Als Ergebnis einer Lohnpolitik, die sich unter den verschiedensten Formen von Zahlungen in Waren verbirgt, ist eine vollkommen neue soziale Klassenstruktur entstanden. Das neue Proletariat setzt sich aus denjenigen zusammen, die mehr oder weniger Normalverbraucher sind. Es umfasst Angehoerige aller frueheren Einkommensschichten. Es rekrutiert sich meistens aus unorganisierten Gruppen, die zu schwach sind, um der Diskriminierung Widerstand leisten zu koennen, oder aus Gruppen, die dafuer bekannt sind, dass sie nicht streiken oder keinen Druck auf die Regierung ausueben.

In den hoeheren Einkommensschichten sind es die Arbeiter, die hoehere Bezahlungen in Ware erhalten und die Geschaeftsleute, die Steuerhinterziehungen begehen und die Vorschriften ausser Acht lassen, zahlreiche Landwirte und schliesslich die Haendler auf dem "Schwarzen Markt" und dem "Grauen Markt". Das Einkommen des Einzelnen steht kaum im Verhaeltnis zu seiner wirklichen Arbeitsleistung oder seiner

Tuechtigkeit. Es haengt vielmehr vom unerwarteten Gluecksumstand, vom Zufall und von der Bereitwilligkeit ab, das Gesetz zu umgehen.

Es ist daher nicht zu verwundern, dass unter solchen Umstaenden die Moral der Angestellten sinkt. Wenn der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft ueberhaupt nicht noch schlimmer geworden ist, dann ist dies nur auf den Umstand zurueckzufuehren, dass es immer noch eine erstaunlich grosse Anzahl Leute gibt, die unverzagt und unter den schwierigsten Umstaenden ihrer Arbeit wie frueher nachgehen. Ihre Zahl nimmt jedoch zusehends ab.....

Muehe am falschen Platz und fehlgeleitete Materialien

Der Unterschied zwischen der vorherrschenden, jedoch unhaltbaren Meinung, der zufolge die koerperliche Erschoepfung als Hauptursache fuer den niedrigen Produktionsstand in Westdeutschland angesehen wird, und der Ansicht, die hier vertreten wird, die den falschen Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft als Kernpunkt dieser Frage bezeichnet, ist vielleicht spitzfindig. Trotzdem ist er von einer ungeheuren praktischen Bedeutung. Man muss sich einmal vor Augen fuehren, dass, wenn es nicht an Arbeitskraft mangelt, sondern diese nur falsch gelenkt wird, man sie wieder in wirtschaftlich nuetzliche Kanaele leiten koennte; man koennte die Vergeudung wieder gutmachen und die Zerruetzung des Lohngefueges wieder korrigieren, Es waere somit moeglich, die wirtschaftliche Lage Deutschlands von innen heraus zu bessern.

Man muss sich natuerlich fragen, was fuer einen Zweck es haben soll, wenn man Produktionsmoeglichkeiten hat, die noch einen erhoekten Ausstoss und eine Umleitung der Arbeitskraft zulassen, wenn gleichzeitig die mechanische Kraft und die Transportmoeglichkeiten unzuellaenglich bleiben. Was kann man wohl erhoffen, wenn Kohle, Schrott und Bauholz fuer den erzwungenen Export vorgesehen sind und gleichzeitig die Vorschriften der Alliierten es unmoeglich machen, diese Rohmaterialien, die die Fabrikanten so dringend bencetigen, einzufuehren. Im Augenblick kommen auf Grund des bestehenden Imports Waren nach Deutschland, die im Auslande gerade erhaeltlich sind oder solche, die die deutschen Planstellen auf Grund von reichlich erkuenstelten Kalkulationen angefordert haben. Wenn man der Ein- und Ausfuhr nicht freien Lauf laesst, dann koennte der bestehende Mangel an Rohmaterialien und mechanischer Kraft fuer eine Produktionserhoehung hinderlicher sein als der Mangel an Arbeitskraeften und der niedrige Stand der Produktivitaet des Arbeiters.....

Anscheinend ist aber genuegend Rohmaterial fuer vollkommen nutzlose Erzeugnisse vorhanden, die den deutschen Markt ueberschwemmen. Es gibt wohl Kohle und Eisen fuer die Herstellung von Aschbechern, Leuchtern, Lampen usw. aber nicht fuer die Anfertigung von Bratpfannen, Eimern, Kuechengerueten und Messerschmiedewaren. Fuer eine Flut von zwecklosen Broschueren ist genuegend Papier da, aber nicht fuer Schulbuecher oder fuer eine neue Goethe-Ausgabe. Keramiken und Porzellanwaren werden in unglaublichen Mengen auf den Markt geworfen, aber Teller und Tassen werden nicht hergestellt. In der Naeh von Koeln haben die Bauern ganze Felder mit Tulpen bepflanzt in der Stadt aber sterben die Menschen vor Hunger. Leder ist ganz besonders knapp, aber die Haeute und Felle von Tieren, die schwarzgeschlachtet worden sind, verfaulen in der Erde, wo man sie vergraben hat. Holzbretter sind so selten, dass immer nur eine von drei verstorbenen Personen in Deutschland in einem Sarg begraben werden kann, Edelhoelzer aber werden verfeuert...

Gegenwaertig besteht eine beachtliche Menge von dem Wenigen, was angefertigt wird, nur aus zwecklosem Kram, der weiter nichts ist als vergeudetes Rohmaterial das zur Steigerung eines unbedingt notwendigen Ausstosses haette verwendet werden koennen. Und schliesslich werden ja viele Waren hergestellt, aber nicht verkauft. Im Zuge der deutschen Flucht aus dem Gelde werden diese Waren gehortet. Wo aus

technischen oder anderen Gruenden eine Hortung nicht durchfuehrbar ist, nimmt die Flucht aus dem Gelde andere Formen an. Der Fabrikant fertigt weniger Waren an, um seine Maschinen zu schonen, und der Bauer bestellt weniger Land, um nicht den Boden zu erschöpfen oder auszusaugen.....

Wozu nun all diese Vergeudung bei der schrecklichen Not. Warum nur dieses vollkommene Chaos in Produktion und Verteilung. Welchen Weg gibt es, um den Wiederaufbauprozess in Westdeutschland anlaufen zu lassen und eine bedeutungsvolle, produktive und eine brauchbare wirtschaftlich Ordnung wiederherzustellen.

Fehlerhaftes Preisgefuege

Die wichtigste Ursache fuer die bestehenden Verhaeltnisse ist das vorherrschende Preisgefuege. Die Preise sind einfach sinnlos. Die von der Verwaltung bewirtschafteten Preise sind praktisch ausnahmslos die verhaeltnismaessig niedrigsten fuer diejenigen Waren, an denen am meisten Mangel herrscht. Die Lebensmittelpreise und die Mieten sind immer noch meist dieselben wie vor 10 oder 15 Jahren. Je weniger wichtig jedoch die Waren oder Leistungen sind, desto hoeher liegen die Preise.....

Die Preise bieten fuer den Fabrikanten von Mangelwaren keineswegs einen Anreiz dafuer, soviel wie moeglich davon zu liefern und auf den Markt zu bringen. Der Bauer hat natuerlicherweise keinen Grund, sein Land intensiv zu bestellen und seinen Eigenverbrauch zu beschraenken, um viel Erzeugnisse auf den Markt zu bringen. Die Preise bieten auch keinen Anreiz fuer den Haeuserbau oder fuer die vielen Reparaturarbeiten, die an den noch stehenden Haeusern vorgenommen werden muessen; sie machen nicht einmal die Hauswirte geneigt, sich mit seinen Raeumlichkeiten einzuschraenken, um aus den Mieten Nutzen zu ziehen. Falsche Preise, die nicht das Spiegelbild wirklichen Mangels darstellen, sind in erster Linie der Grund fuer eine unangemessene Verwertung der produktiven Kapazitaet - der ueberhandnehmenden Vergeudung in Deutschland.

Die Schaeden der Planwirtschaft

Fuer die Bekaempfung der Auswirkungen dieser falschen Preisverhaeltnisse ist in Deutschland eine grosse Anzahl von Beamten und Polizeikraefte mit den entsprechenden notwendigen Vollmachten eingesetzt worden. Dieser Apparat soll die Fabrikanten zwingen, genuegende Mengen Waren liefern und zu festgesetzten Preisen zu verkaufen, an denen Mangel besteht oder von denen die Beamten glauben, dass sie Mangelware sind. Produktion und Handel werden zentral verwaltet. Dieser Kontrollapparat, eine richtige Armee von Beamten soll auch die Verbraucher durch Rationierung zwingen, die Nachfrage nach Mangelwaren zu beschraenken und nicht falsche Schluesse aus der scheinbaren Billigkeit dieser Waren zu ziehen.

Die Erfahrung zeigt, dass ein Erfolg in beiden Richtungen gering ist. Das Wasser fliesst nicht den Berg hinauf. Die Duldung der Tauschgeschaefte und Lohnzahlungen in Waren ist ein stillschweigendes Eingestaendnis dafuer, dass wirtschaftliche Erfolge, die von wirklichkeitsfremden Preisen stammen, nicht durch Regierungsverordnungen korrigiert werden koennen - und schon garnicht von Beamten, die zum grossen Teil von der Korruption angesteckt sind. Das ganze Experiment hat nicht nur das gesamte Lohn - und Einkommens-Gefuege in Deutschland zerruettet, sondern es hatte auch eine ungeheure Vergeudung zur Folge.....

Die festgesetzten Rationen zwingen den Verbraucher nicht nur, seine Zuflucht zur Selbsthilfe zu nehmen, weil sie mengenmaessig zu gering sind; sie lassen auch den individuellen Bedarf ausser Acht. Was wird wohl ein Nichtraucher mit Zigaretten anfangen. Was soll wohl der Bergmann mit Rosinen und Kaffee anfangen, wenn er keine Kartoffeln hat. Die schematische Behandlung der Einzelperson seitens einer zentral verwalteten Wirtschaft zwingt ihn zum Tausch oder zur Selbsterzeugung, wenn er innerhalb der Grenzen der Moeglichkeit seinen Bedarf vollkommen decken will. Das aber

erfordert wiederum einen bedeutenden Aufwand an Arbeitskraefte und Transportmoeglichkeiten, die so einer wirtschaftlicheren Verwendung entzogen werden, was somit eine weitere Form von Vergeudung darstellt.

In dieser deutschen Wirtschaft mit einer eingedaemten Inflation, mit ueberreichen Vorrataen an Geld und daher mit einer uebermaessigen Nachfrage nach Waren findet praktisch jede Warenart, die ueberhaupt bis auf den Markt kommt, ihren Kaeufer. Der Unternehmer wie auch die Planstellen der Regierung brauchen sich keine Gedanken darum zu machen, ob ihre Taetigkeit zu einer maximalen Deckung des Bedarfs fuehrt. Selbst wenn es ihnen wirklich damit Ernst waere, dieses Ziel zu erreichen, dann koennten sie es nicht, weil sie keinen richtigen Preisindex haben, an den sie sich halten koennen.....Natuerlich gibt es viele Vorschriften und Strafen fuer ihre Uebertretung. Aber nur eine Art Strafe existiert nicht - der geldliche Verlust, der in einer preisgebundenen Wirtschaft das staerkste Motiv fuer die Hoechstleistung darstellt.

Ein richtiger Masstab fehlt

Deutschland ermangelt auch eines vernuenftigen Masstabes fuer wirtschaftliche Kalkulationen. Diesem Mangel liegen tatsaechlich alle bestehenden Ursachen fuer die Vergeudung zugrunde. Es waren nicht allein der Krieg und seine Nachwirkungen, die dieses Chaos in der deutschen Wirtschaft hervorriefen. Natuerlich wurde dadurch eine moegliche Produktion verringert, wodurch der Lebensstandard unter den Vorkriegsstand sank.....Solange dieser Zustand existiert, ist ein wesentlicher Fortschritt unmoeglich, und alle Hilfe aus dem Ausland wird sozusagen in ein leckes Fass geschuettet, aus dem der groesste Teil des Inhalts wieder herausfließt, ohne viel Gutes zu stiften.

Das erste und wichtigste Erfordernis fuer einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist die Einfuehrung eines Masstabes fuer das wirtschaftliche Rechnen. Dies erfordert wiederum die Erfuellung zweier in Wechselbeziehung zu einander stehender Aufgaben: 1. Die Schaffung eines Rechnungsmasstabes, auf den sich jeder - das heisst, auch die Besatzungsbehoerden - verlassen kann und aus dem klar und deutlich der bestehende Mangel und die entsprechenden wirtschaftlichen Massnahmen hervorgehen. 2. die gesetzliche Verankerung von Massnahmen, wonach jeder - auch die Regierung bzw. Verwaltung - die Anhaltspunkte fuer sein Handeln aus diesem Masstab ersehen kann.

Wenn dieser Artikel erscheint, dann werden wahrscheinlich die Waehrungs- und Steuerreformen fuer Westdeutschland, die geplant wurden, um diese beiden Aufgaben zu erfuellen, bereits zur Wirklichkeit geworden sein. Zu der Zeit jetzt, da dieser Artikel geschrieben wird, sind Einzelheiten jedoch noch nicht bekannt geworden....

Es machen sich Tendenzen stark bemerkbar, den Ueberschuss an Kaufkraft zu verringern und die Steuern zu senken, um den Unternehmern und Angestellten einen Anreiz zu bieten, ihre Anstrengungen zu erhoehen. Es bestehen jedoch auch Tendenzen, gleichzeitig wesentliche Teile des Systems der Preisregulierung und der zentralisierten Verwaltung der Wirtschaft beizubehalten. Dies aber wuerde gleichbedeutend sein mit einem Anfang ohne Ziel, mit einer Reise in das Unbekannte. Wenn ein bedeutender Teil der Preise auf einem festen Stand bleibt, dann wuerde die Wechselwirkung der falschen Orientierung der produktiven Kraefte, die Bildung eines neuen Heldueberhanges, die Erscheinung des Schwarzen Marktes und die Notwendigkeit des Tauschens erneut ihren Anfang nehmen.....

Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft

Natuerlich genuegt die Schaffung eines funktionierenden Preissystems allein noch nicht, die deutsche Wirtschaft wieder auf normale Wege zu fuehren, wenn das Land vom Aussenhandel abgeschnitten bleibt. Deutschland kann nur leben, wenn es seine Industrieerzeugnisse gegen die Erzeugnisse der Industrien anderer Laender austauschen kann - wenn es einerseits Rohmaterialien, Halbfabrikate und Nahrungs-

mittel einfuehrt und andererseits Fertigwaren exportieren kann. Durch einen freien Aussenhandel kann solch ein kommerzieller Austausch wiederhergestellt werden. Das Preissystem Deutschlands sollte dem Preissystem anderer Laender angegliedert und ein Gleichgewicht wiederhergestellt werden.

In diesem Lichte gesehen bildet die wirtschaftliche Frage in Deutschland nur einen Teil der viel wichtigeren Frage eines Wiederaufbaus der Weltwirtschaft.

"The Annals of the American Academy of
Political and Social Science" Nov 48

Die Beamten der Manpower Division der Militaerregierung erhalten zahlreiche Anfragen, die die Politik und die Praktiken der amerikanischen Gewerkschaften zum Gegenstand haben.

Die am haeufigsten gestellten Fragen sind nun dem CIO und der AFL zur Beantwortung vorgelegt worden. Nachstehende Antworten stellen die offizielle Meinung dieser beiden Organisationen dar:

1. Struktur und Selbstverwaltung

F. Gehoeren die Gewerkschaftsmitglieder in erster Linie einer zentral geleiteten Organisation an oder einer solchen, die jeweils fuer einen besonderen Industriezweig fuer ein besonderen Gewerbe oder Handwerk in Frage kommt.

A.

AFL Einzelmitglieder gehoeren direkt einer Ortsgewerkschaft oder einer internationalen * Gewerkschaft an, die sich auf einen Industriezweig, ein Gewerbe oder besonderes Handwerk erstreckt. In der AFL koennen manche Arbeiter nach Erledigung des Aufnahmeverfahrens einer Bundes-Ortsgewerkschaft angehooeren, die direkt dem Exekutivrat der AFL angegliedert ist und von ihm kontrolliert wird. Nach einer gewissen Zeit koennen die Mitglieder der Bundes-Ortsgewerkschaft an die zustaeendige Ortsgewerkschaft einer neugebildeten internationalen Gewerkschaft oder einer bereits bestehenden angeschlossenen internationalen Organisation ueberwiesen werden.

Mit Ausnahme der oben erwaehten Bundes-Ortsgewerkschaften gehoert kein einzelner Arbeiter direkt der Landeszentralstelle der AFL an, wird aber durch seine internationale Gewerkschaft vertreten, die die Koerperschaft darstellt, die direkt der AFL angezweigt ist.

CIO Die Gewerkschaftsmitglieder gehoeren in erster Linie einer Organisation fuer einen besonderen Industriezweig oder ein solches Gewerbe an und nicht direkt einer zentral geleiteten Dachorganisation. In gewissen Faellen koennen sie waehrend der Zeit des Organisationsprozesses bei einer Firma oder eines Gebiets eine Sektion der Dachorganisation angehooeren, werden aber spaeter ihrer zustaeendigen Gewerkschaft zugewiesen.

(*) Anmerkung: In der Bezeichnung "International Union" bedeutet der Begriff "international", dass der betreffenden Gewerkschaft auch in Canada Mitglieder angeschlossen sind.

F. Zahlen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Beitraege an eine Dachorganisation oder an die Gewerkschaft des betreffenden Industriezweiges, Handwerks oder Gewerbes.

A. AFL Im allgemeinen zahlen die Mitglieder der Gewerkschaften ihre Beitraege an die Ortsgewerkschaft, der sie direkt angehoren oder in manchen Faellen an die internationale Gewerkschaft, von der die Ortsgewerkschaft einen Teil bildet. Einzelne Mitglieder zahlen nie direkt an die Zentralstelle der AFL. Die Einkuenfte der AFL stammen im Grunde aus den pro Kopf festgesetzten Beitraegen und anderen Abgaben, die der AFL von den ihr angegliederten Koerperschaften gezahlt werden.

CIO Die Gewerkschaftsmitglieder zahlen ihre Beitraege an ihre Gewerkschaft, die fuer den betreffenden Industriezweig, das Gewerbe oder Handwerk zustaendig ist und nicht direkt an die Dachorganisation.

F. Wenn die Gewerkschaften einen Bund oder Rat gruenden, geben sie dann ihre Unabhaengigkeit als Organisation auf und werden lediglich betriebliche Zweigstellen der zu einem Bunde zusammengeschlossenen Koerperschaft oder behalten sie ihre Selbstverwaltung bei und uebertragen dem Bund diejenigen Funktionen, die sie fuer gemeinsame Schritte seitens des Bundes fuer wuensenswert halten.

A. AFL In manchen Faellen werden sich die Ortsgewerkschaften des gleichen internationalen Verbandes zusammenschliessen, um ihre Macht fuer Kollektivverhandlungen zu staerken. In solchen Faellen verhandelt der gemischte Ausschuss oder Rat, der gebildet wird, ueber den Kollektivvertrag fuer seine Mitgliedsgruppen. Jede Ortsgewerkschaft uebertraegt dem gemischten Ausschuss die Vollmacht, als ihr Vertreter bei den Kollektivverhandlungen zu fungieren, behaelt jedoch ihre Selbstaeendigkeit in bezug auf ihre internen Angelegenheiten bei.

CIO Wenn fuer ein besonderes geographisches Gebiet ein Bund oder ein Rat gebildet wird, dann geben die Gewerkschaftsorganisationen ihre Unabhaengigkeit nicht auf, um nur betriebliche Zweigstellen der zu einem Bunde zusammengeschlossenen Koerperschaft zu werden. Sie behalten ihre Selbstaeendigkeit bei und uebertragen dem Bund oder Rat die Funktionen, die sie fuer eine gemeinsame Aktion fuer wuensenswert halten.

In anderen Faellen, in denen sich die Ortsgewerkschaften oder die internationalen Gewerkschaften aus anderen Gruenden als des Kollektivvertragsabschlusses wegen zusammengetan hatten, behaelt jede Gewerkschaft ihre Selbstaeendigkeit.

F. Basiert ein Bund oder ein Rat auf der Vertretung, die ihm von den ihm angehorenden Gewerkschaften des entsprechenden Industriezweiges, Gewerbes oder Handwerks uebertragen wurde oder auf einer Vertretung, die sich lediglich auf ein geographisches Gebiet erstreckt ohne Ruecksicht auf Industriezweig, Gewerbe oder Handwerk.

A. AFL Die Raete sind in ihren Organisationen wie folgt abgestuft:

CIO Buende oder Raete basieren auf der Vertretung, die ihnen von den Gewerk-

1. Innerhalb einer internationalen Gewerkschaft

Mehrere Ortsgewerkschaften in einem bestimmten Bezirk, die einen Teil derselben internationalen Gewerkschaft bilden, koennen sich zum Zwecke des Abschlusses von Kollektivvertraegen und fuer andere Zwecke zusammmentun. Abgesehen von der Mitgliedschaft in diesen Ortsverbaenden behaelt darueber hinaus jede einzelne Ortsgewerkschaft direkt ihre Mitgliedschaft in der Internationalen Gewerkschaft bei, von der sie einen Teil bildet und von der sie ihre Konzession (charter) erhalten hat.

2. Innerhalb des Industriezweiges

Mehrere internationale Gewerkschaften koennen sich zu einer Sektion der AFL zusammenschliessen (Baugewerbe, Metallgewerbe, Seemannsgewerbe etc) Eine Sektion besteht aus internationalen Gewerkschaften, die fuer verschiedene Sektoren eines allgemeinen industriellen Gebiets zustaendig sind. So besteht z.B. die Sektion Metallgewerbe der AFL aus verschiedenen internationalen Gewerkschaften, deren Mitglieder in den verschiedenen Metallgewerbebezweigen beschaeftigt sind. Waehrend jede Sektion die allgemeinen Richtlinien festlegt, behaelt jede einzelne internationale Gewerkschaft einer Sektion ihre absolute Selbstaendigkeit bei und fuehrt ihre eigenen Kollektivverhandlungen durch und regelt auch selbst ihre internen Angelegenheiten.

3. Innerhalb eines Gebiets

Ortsgewerkschaften, die verschiedene Gewerbebezüge vertreten und verschiedenen nationalen Gewerkschaften angeschlossen sind, koennen sich zu zentralen Arbeitergewerkschaften zusammenschliessen, die gewoehnlich ihrem Charakter nach sich ueber die ganze Stadt erstrecken, oder zu Buenden, die ihrem Charakter nach ueber einen ganzen Staat verteilt sind. Eine jede solcher geographischen Organisationen entspricht fuer ihre Gebiet einer AFL fuer sich im kleinen. Die Mitgliedschaft erfasst nicht Einzelmitglieder, sondern Ortsgewerkschaften, die Arbeiter zahlen irgendwelche Beitraege nicht direkt

schaften in den betreffenden Industriezweigen und nicht gebietlich uebertragen wurde.

an die zentrale Arbeitergewerkschaft oder den Gewerkschaftsbund eines Staates. Diese Ortsverbindungen führen keine Kollektivverhandlungen mit den Arbeitgebern, sondern bilden die Organe, durch die die Ortsgewerkschaften ihre Einstellung den politischen und anderen Dingen gegenüber zum Ausdruck bringen.

F. Von wem werden Vereinbarungen bei Kollektivverhandlungen seitens der Gewerkschaften getroffen. Von den Ortsgewerkschaften, von den Landesgewerkschaften oder von beiden. Verhandeln die Buende oder die Raete der Gewerkschaften ueber solche Vereinbarungen.

A. AFL Abkommen ueber Kollektivvertraege werden von vielen Stellen oder Kompetenzen getroffen. Solche Abkommen koennen nur fuer ein Handwerk in einem bestimmten Gebiet, fuer ein Gewerbe in einem Gebiet, fuer einen Industriezweig in einem Gebiet, fuer alle Arbeiter in einem Industriezweig des Landesverbandes oder fuer eine Kombination dieser Gruppen getroffen werden. Ortsgewerkschaften, die derselben Internationalen Gewerkschaft angeschlosssen sind, schliessen sich zusammen, um oertliche gemischte Ausschuesse oder Räte zu bilden, und fuehren haeufig fuer andere Ortsgewerkschaften, Verhandlungen mit Arbeitgebern. Die anders gearteten oertlichen Organisationen, die zentralen Arbeitergewerkschaften, die sich ueber die ganze Stadt und die Buende, die sich ueber den Staat erstrecken, verhandeln nicht mit den Arbeitgebern ueber Bedingungen und Vertraege.

CIO Kollektivvertragsabkommen werden sowohl von Ortsgewerkschaften wie auch von Landesverbaenden abgeschlossen. Das Ziel besteht fuer unsere Gewerkschaften darin, wenn moeglich ein Kollektiv-Vertragsabkommen zu erreichen, das sich auf den ganzen Industriezweig erstreckt. Der Bund oder Rat, der fuer ein bestimmtes Gebiet gebildet wurde, verhandelt nicht ueber Kollektivvertragsabkommen.

2. Religion und Politik

F. Gehoeren Arbeiter verschiedenen Glaubens denselben Gewerkschaften an oder verteilen sie sich auf die Organisationen, die auf ihren verschiedenen religioesen Bindungen basieren.

A. AFL In der AFL gehoeren die Arbeiter verschiedener religioesen Bekenntnisse alle zu denselben Gewerkschaften. Es gibt keine Gewerkschaften,

CIO Im CIO gehoeren die Arbeiter verschiedener Konfession denselben Gewerkschaften an und verteilen sich nicht auf Organisationen, die auf diesem Unter-

Landes- oder Ortsgewerkschaften, die auf religiösen Bindungen basieren. schied basieren.

F. Gehören Arbeiter verschiedener politischer Anschauungen denselben Gewerkschaften an oder verteilen sie sich auf Organisationen, die auf ihren von einander abweichenden politischen Bindungen basieren.

A. AFL In der AFL gehören die Arbeiter verschiedener politischer Ueberzeugungen und Vereinigungen zu denselben Gewerkschaften. Es gibt keine Gewerkschaften, weder Landes- noch Ortsgewerkschaften, die auf gemeinsamen politischen Bindungen basieren.

CIO Die Arbeiter mit verschiedenen politischen Ueberzeugungen gehören denselben Gewerkschaften an und verteilen sich auch nicht diesen Unterschieden entsprechend.

F. Sind Sie damit einverstanden oder missbilligen Sie es, wenn eine politische Partei versucht, Gewerkschaften zu beherrschen, und sie fuer ihre Parteizwecke auszunutzen.

A. AFL Die AFL widersetzt sich energisch jedem Versuch seitens irgend einer politischen Partei oder Organisation, die Gewerkschaften zu beherrschen und sie oder ihre Mitglieder fuer irgendwelche Zwecke zu gebrauchen.

CIO Wir im CIO missbilligen die Versuche jeder politischen Partei, die Arbeiter fuer ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen.

F. Sind Sie damit einverstanden oder missbilligen Sie es, wenn eine politische Partei in Werkstaetten und Fabriken Fuss fasst und diese fuer ihre organisatorischen Zwecke als Grundlage benutzt.

A. AFL Die AFL missbilligt die Gruendung politischer Organisationen in den Anlagen der Fabrik in jeder Form. In den Vereinigten Staaten stellen wir fest, dass die Grundeinheit der politischen Parteien ihrem Charakter nach im allgemeinen nichtindustrieller Natur ist. Waehrend einerseits eine politische Partei zu besonderen Gelegenheiten und aus besonderen Beduerfnissen heraus vielleicht zeitweilig fuer eine Gruppe von Menschen mit gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen politische Organisationen bildet, sind jedoch die staendigen politischen Einheiten ihrer Natur nach mehr geographischer als wirtschaftlicher Natur.

CIO Ueber diese Frage bin ich mir nicht ganz im Klaren; im allgemeinen missbilligt es der CIO, wenn eine politische Partei ihre Organisation in Werkstaetten und Fabriken bringt und diese fuer ihre organisatorischen Zwecke benutzt. Der CIO verfuegt ueber seine eigenen politischen Einrichtungen, die bestrebt sind, sich die Unterstuetzung der Arbeiter fuer die Erreichung der politischen und gesetzgeberischen Ziele, die er fuer nuetzlich haelt, zu sichern.

Truman antwortet auf die Beschuldigung, dass Amerika nach der Weltherrschaft strebt.

In ihren Reden behaupten die Kommunisten staendig, der Marshall-Plan sei der Kern des amerikanischen Imperialismus. In diesem Zusammenhang erscheint es daher angebracht, zu dieser Frage einige Saetze aus der Antrittsrede des Praesidenten Truman zu zitieren:

"Imperialismus und Ausbeutung fuer fremden Profit haben in unseren Plaenen keinen Platz. Was uns vor Augen steht, ist ein Aufbauprogramm auf der Grundlage demokratischer Fairness.

"Aller Staaten der Welt, einschliesslich unseres eigenen Landes, werden aus einem konstruktiven Programm zur besseren Ausnutzung der natuerlichen und menschlichen Hilfsquellen der Welt grossen Nutzen ziehen, und wie die Erfahrung lehrt, waechst unser Aussenhandel mit dem industriellen und wirtschaftlichen Gedeihen des Auslandes.

"Produktionssteigerung ist der Schluessel zu Wohlstand und Frieden. Der Schluessel zu einer groesseren Produktion aber ist eine ausgedehntere und energischere Auswertung moderner wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften.

"Nur durch eine Unterstuetzung der weniger vom Glueck gesegneten Glieder der menschlichen Gesellschaft bei ihren Bemuehungen, sich selbst zu helfen, kann die Menschheit das anstaendige und befriedigende Leben fuehren, das ein Recht aller Menschen ist.

"Die Demokratie allein kann den Voelkern der Welt die Kraft zu siegesgewissem Handeln geben, nicht nur gegen ihre menschlichen Bedruecker, sondern auch gegen ihre uralten Feinde: Hunger, Elend und Verzweiflung.

"In Verfolgung dieser vier Hauptgesichtspunkte hoffen wir, zur Schaffung von Verhaeltnissen beitragen zu koennen, die schliesslich zu persoenlicher Freiheit und zum Glueck der ganzen Menschheit fuehren werden. Um unsere Ziele der Verwirklichung naeher zu bringen, ist es natuerlich erforderlich, dass wir uns in diesem Lande weiterhin wirtschaftlichen Wohlstandes erfreuen und uns stark erhalten. Langsam, aber unbeirrt schaffen wir jedoch auf diesem Wege eine Welt internationaler Sicherheit und wachsenden Wohlstandes.

"Wir haben alle diejenigen zur Seite, die frei von Furch leben wollen, und auch alle, die heute in der Furcht vor ihrer eigenen Regierung leben.

"Wir haben alle zur Seite, die sich nach Befreiung von den Luegen der Propaganda sehen und Wahrheit und Aufrichtigkeit erstreben.

"Wir haben alle zur Seite, die fuer Selbstregierung und ein Mitbestimmungsrecht bei der Entscheidung ihre eigenen Angelegenheiten eintreten.

"Wir haben alle zur Seite, die sich nach wirtschaftlicher Sicherheit sehnen, nach jener wirtschaftlichen Sicherheit und dem Wohlstand, dessen sich Menschen in freien Gemeinschaften erfreuen koennen.

"Wir haben alle zur Seite, die Redefreiheit, Religionsfreiheit und die Freiheit erstreben, ihr eigenes Leben in den Dienst eines positiven Zieles zu stellen

"Unsere Verbündeten sind die Millionen, die nach Rechtschaffenheit duersten.

"In absehbarer Zeit, wenn unsere Festigkeit klarer zu Tage tritt, und wenn mehr und mehr Nationen die Segnungen der Demokratie kennenlernen und an dem wachsenden Wohlstand Anteil haben, dann glaube ich, werden jene Staaten, die heute noch unsere Gegner sind, ihre Irrtuemer aufgeben und sich mit den freien Nationen der Welt zu einer gerechten Regelung aller internationalen Streitfaelle zusammenfinden."

"Der Lauf der Weltgeschichte hat unserer amerikanischen Demokratie neuen Einfluss und neue Aufgaben gebracht, die unseren Mut, unser Pflichtbewusstsein und unsere Auffassung der Freiheit auf die Probe stellen werden.

"Doch ich erkläre vor allen Menschen: was wir in Freiheit erreicht haben, werden wir in noch groesserer Freiheit uebertreffen.

"In festem Vertrauen auf den Allmaechtigen werden wir voranschreiten in eine Welt, in der die Freiheit der Menschen gewaehrleistet ist. Diesem Ziel werden wir unsere Kraft, unsere Hilfsquellen und unsere Entschlossenheit weihen.

"Mit Gottes Hilfe wird die Zukunft der Menschheit in einer Welt des Rechts, der Harmonie und des Friedens gesichert sein.

Antrittsrede des Praesidenten Truman vom 20. Jan 49 vor dem amerikanischen Kongress

Die Betriebsraete in Oesterreich

Nachstehend einige Auszuege aus Berichten ueber die Betriebsraete in Oesterreich, die in der "Documentation Française" erschienen und vom "Bulletin Hebdomadaire Réservé aux Militants Syndicalistes Libres," abgedruckt wurden. Die Betriebsraete in Oesterreich bildeten eine Waffe der Gewerkschaftsbewegung. Sie wurden vom Dollfuss-Regime fuer ungesetzlich erklart. Im August 1945 begann ihr Wiederaufstieg. Das Betriebsraetegesetz von 1947, das im folgenden aufgefuehrt ist, erstreckt sich auf alle Firmen, die wenigstens 20 Arbeiter haben. Betriebe mit wenigstens 5 Arbeitern waehlen "Vertrauensmaenner". Land- oder Forstarbeiter sowie Verwaltungsangestellte werden von diesem Gesetz nicht betroffen.

"Das erste oesterreichische Betriebsraetegesetz geht auf das Jahr 1919 zurueck. Dank diesem Gesetz wurde zum ersten Mal auf gesetzlicher Basis die Zusammenarbeit in einem Unternehmen zwischen dem Arbeitgeber und den gewaehlten Vertretern der Arbeiter erweitert. Obwohl sie von den Gewerkschaften unterschieden waren, sollten die Betriebsraete eng mit ihnen zusammenarbeiten. Diese Klausel war mit im Gesetz verankert worden, um den Befuerchtungen zu begegnen, die vor allem von den Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht worden waren, dass sich ein gewisser Egidismus in den Werkstaetten breit machen koennte, der geeignet waere, die Berufsorganisationen zu schwaechen. Tatsaechlich bestand jedoch keine Rivalitaet zwischen den Betriebsraeten und den Gewerkschaften. Im Gegenteil, die Vertrauensmaenner der Gewerkschaften wurden im allgemeinen auf Grund ihrer Erfahrungen zu Mitgliedern der Betriebsraete gewaehlt. Jedoch wurde die Stellung der Betriebsraete durch die Wirtschaftskrisen geschwaecht, die in Oesterreich bald eng aufeinanderfolgten und durch einen Vorstoss der konservativen Parteien....

"Ein neues Gesetz vom 28. März 1947 sieht fuer jeden Privatbetrieb die Bildung eines Betriebsrates vor, der von den Arbeitern und Angestellten fuer 2 Jahre gewaehlt wird und dem folgende Pflichten auferlegt sind:-

1. Die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und praktischen Interessen des Personals des Unternehmens zu schuetzen und zu foerdern, und zwar durch folgende Massnahmen: Ueberwachung der Durchfuehrung der Kollektivvertraege durch gemeinsames Entwurf der Arbeitsbestimmungen,

Ueberwachung der Einstellungen und Entlassungen (in manchen Faellen hat der entlassene Arbeiter das Recht, durch den Betriebsrat Beschwerde zu erheben.),
Pruefung der Durchfuehrung gesetzlicher Bestimmungen zur Verhuetung von Unfaellen und Berufskrankheiten, indem ein Arbeitsinspektor die Raeume ueberprueft und zwar in Anwesenheit des Betriebsrates,

Kontrolle der Kasse fuer Schutzmassnahmen und der Unterstuetzungsgelder oder Beteiligung an ihrer Verwaltung, wenn der Arbeitgeber die Verantwortung dafuer traegt.

2. Die Errichtung eines Fonds aus Beitragsgeldern, die von den Loehnen abgezogen werden, um die Kosten fuer die Geschaeftsfuehrung des Betriebsrates zu decken oder fuer Sparmassnahmen.

3. Mitarbeit in der Leitung und Geschaeftsfuehrung des Betriebs, wenn er mehr als 20 Lohnempfaenger beschaeftigt.

"Diese Bestimmung, die ausserordentlich wichtig ist, gab Anlass zu den hitzigsten Debatten. Sie gibt dem Lohnempfaenger durch seine Vertreter das Recht, ueber die Interessen des Betriebes als solchen hinaus die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zu beruecksichtigen und Massnahmen in Betracht zu ziehen, die geeignet sind, Menge und Qualitaet der Produktion zu erhoehen.

"In grossen Geschaeftsunternehmen (Banken, Versicherungsgesellschaften, Bergwerken usw.) geht das Mitbestimmungsrecht sogar noch weiter. Der Leiter des Unternehmens ist verpflichtet, einen Bericht abzugeben ueber die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, ueber die Produktion, Auftraege, Absaetzgebiete und die Massnahmen, die fuer die Verbesserung der Fabrikationsverfahren und den glatten Geschaeftsverlauf geplant sind".

Bulletin Hebdomadaire Réserve aux Militants Syndicalistes Libres"

10 Dezember 1948

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.

OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

Nr. 52

Berlin, 18 Februar 1949

Die Spaltung im Weltgewerkschaftsbund

Bis jetzt sind in diesem Informationsblatt keine Artikel ueber die Spaltung im Weltgewerkschaftsbund (WFTU) erschienen, die gegen Mitte Januar in Paris vollzogen wurde. Hierueber haben die Zeitungen berichtet. Die Spaltung hat nicht ueberrascht; die meisten demokratischen Gewerkschaftler haben sie auch erwartet. Nun wollen die Ueberbleibsel des WFTU ihre Arbeit fortsetzen und betrachten sich als die Vertretung von 70 Millionen Arbeitern. Der WFTU wird auch weiterhin vom Arbeitswesen und fuer die Arbeiterschaft sprechen, wird aber Politik treiben.

Es ist noch nicht sicher, was fuer eine Organisation die demokratischen Gewerkschaften gruenden werden, oder wann sie gebildet wird. Nach amerikanischen Berichten zu urteilen, werden die drei grossen Organisationen der amerikanischen Arbeiterbewegung, der CIO, die AFL und die Eisenbahner-Verbaende der neuen Organisation beitreten. Die AFL wird sich nicht fernhalten, wie sie es beim WFTU getan hatte. Der CIO und die AFL muessen sich jedoch darueber einigen, ob sie der neuen Organisation als gleichgestellte Verbaende beitreten. Es hat den Anschein, als wenn die AFL als der aeltere und etwas groessere Verband die Forderung stellen wird, als fuehrende amerikanische Gewerkschaftsorganisation anerkannt zu werden. Es ist aber auch nicht wahrscheinlich, dass der CIO sich mit einer zweitrangigen Stellung zufriedengeben wird. Die Loesung dieser Frage kann vielleicht noch viele Monate dauern.

Es muss aber auch noch etwas anderes in Betracht gezogen werden. Wird nun der im Verfall begriffene WFTU sich bemuehen, in denjenigen demokratischen Laendern, die sich der neuen Weltorganisation anschliessen, getrennte von den Kommunisten beherrschte Verbaende zu gruenden. In den Vereinigten Staaten wuerde eine solche Organisation nur klein aber immer noch gross genug sein, um viel Getoese zu machen und Delegierte in den WFTU zu schicken, die alle amerikanischen Arbeiter "vertreten".

Wenn dieser Artikel dem Leser vorliegt, wird der Exekutivausschuss des Rumpf-WFTU wohl bereits eine ausserordentliche Sitzung in Paris abgeschlossen haben, mit der noch vor Ende Januar zu rechnen ist. Es ist anzunehmen, dass dieser Zusammenkunft eine Flut von Beifallstelegrammen von kommunistischen Gewerkschaftsgruppen aus der ganzen Welt zugehen werden. Vor Mitte Februar wird man wohl irgend eine formelle Erklaerung ueber die zukuenftige Politik, die man einschlagen will, als Beschluss dieser Rumpf-Konklave erwarten koennen.

Die organisierte Arbeiterschaft kann die Kluft ueberbruecken

Einer der wichtigsten Sprecher auf der 10. Jahresversammlung des CIO, die im November in Portland, Oregon, stattfand, war William O Douglas; Beigeordneter Richter

im Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Einige Höhepunkte in seiner Ansprache an die amerikanische Arbeiterschaft sind fuer die Arbeiter ueberall von Interesse.

"Die Demokratien der Welt sehen erwartungsvoll auf die Arbeiterschaft, damit diese den Mittelweg offen haelt," sagte Douglas, "Sie wissen, dass es heutzutage in der Welt keine staerkere Zitadelle der Demokratie gibt als die Gewerkschaftshaeuser." Der Arbeiterschaft rechnete Douglas die wichtigste "politische Erfindung" des 19. Jahrhunderts, "das Gemeinwesen der menschlichen Wohlfahrt" hoch an, in dem die Philosophen fuer das Volk arbeiten. Der Richter Douglas fuehrte aus, dass die Arbeiterschaft "die erste Koerperschaft sei, die ganz besonders deutlich die wirtschaftliche Unsicherheit des neuen Industriezeitalters empfindet."

Er fuegte hinzu, dass das Denken der Arbeiterschaft nicht bei den Problemen innerhalb des Landes allein Halt machen kann. "Die Arbeiterschaft ist ganz besonders dazu befahigt, die Kluft zu ueberbruecken, die zwischen Europa und den Vereinigten Staaten im Wachsen war." Er erklarte, dass die Gewerkschaften diese entscheidende Stellung einnehmen koennen, weil "ein neues Europa geboren wird.....neue Fuehrer an die Macht gekommen sind" und auch neue Parteien. Diese neuen Parteien deren Grundlage die Arbeiterschaft bildet, haben wohl verschiedene Namen, aber sie treten fuer dieselbe Art liberaler Demokratie ein." "Es ist eine Tatsache, dass aus dem nazistischen Schmelztiegel des Todes in jedem Lande Westeuropas eine starke, wachsame und mit politischem Denken begabte Arbeiterpartei hervorgegangen ist."

"Die amerikanische Arbeiterschaft bringt gute Empfehlungsschreiben fuer diese neuen europaeischen Fuehrer mit, sagte Douglas. "Tore, die fuer alle anderen fest verschlossen sind, koennten sich vielleicht auf ihr Anklopfen hin oeffnen.....Botschaften der Amerikanischen Arbeiterschaft lassen hoffen, dass sie schnelle Aufnahme finden. Die amerikanische Arbeiterschaft, fuegte er hinzu, ist in hohem Masse befahigt, als Gesandte dieses Landes bei den europaeischen Nationen zu wirken.

"Der konventionelle Diplomat wird in diesen Tagen der Umwaelzung elend Schiffbruch erleiden, es sei denn, er bringt dem Aufstieg der Arbeiterregierungen der Welt Verstaendnis entgegen und kann die Faktoren ermessen, die sie geschaffen und erhalten haben. Nur diejenigen, die in diese Kraefte Einsicht haben, die im Herzen wie in Gedanken Verstaendnis fuer den Kampf der Arbeiterschaft in der ganzen Welt aufbringen, sind geeignet, das richtig und wahrheitsgemaess darzulegen, was sie gesehen haben...."

Der uebrigen Welt wie auch diesem Lande hier "kann die amerikanische Arbeiterschaft zeigen, auf welche Weise ein Gemeinwesen der menschlichen Wohlfahrt in der Wirtschaft, als Ganzes gesehen, Gesundung und Stabilitaet schafft", sagte Douglas. Er fuegte noch hinzu, dass die Arbeiterschaft auf die Vorteile einer industriellen Gerechtigkeit, einer politischen Unabhaengigkeit oder eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts auf einer wohlgeordneten und ruhigen Grundlage verweisen kann.

"Die Kommunisten sind in bezug auf die Geschichte falsch beraten, wenn sie den Klassenkampf zur Hauptfrage dieses Zeitalters machen. Diese Streitfrage ist delikater und erheischt mehr. Die Streitfrage geht darum, wie man ein modernes Industrieunternehmen zum Vorteil aller reibungslos und produktiv arbeiten lassen kann....Die amerikanische Arbeiterschaft kann zur Verschmelzung der verschiedenen demokratischen Gruppen in der Welt zu einem harmonischen Ganzen enorm viel beitragen. Die amerikanische Arbeiterschaft kann die klassenbewussten Gruppen ueber den Unsinn des Klassenkampfes belehren. Die amerikanische Arbeiterschaft kann den Glauben und das Vertrauen auf die amerikanische Methode verbreiten, die eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung irgend einer Gruppe aufbaut."

"The CIO News" 29. November 1948

Franzoesische Kommunisten zitieren AFL-Vertreter

Auf der AFL-Tagung in Cincinnati hielt Irving Brown, der europaeische Vertreter dieser Organisation, eine Rede, in deren Verlauf er den Verfall des Weltgewerkschaftsbundes (WFTU) eroerterte.

Er sprach darueber, wie diese Organisation von den Russen als Propagandainstrument benutzt wurde, bis sie ihre Zweckdienlichkeit verloren hatte. Er fuegte dann hinzu, dass der Zerfall des WFTU hauptsaechlich auf die Opposition der AFL gegen ihn zurueckzufuehren sei. Schliesslich sagte er: "Der WFTU ist ein Leichnam, der nur noch nicht begraben ist. Wir wollen hoffen, dass das bald der Fall sein wird."

Die kommunistische Zeitung "Humanité" hat die Rede Browns aber nicht so wiedergegeben. Das Blatt schrieb am 18. November, dass Brown "der Organisator mit den Dollars...., der die Gewerkschaftsbewegung korrumpiert," von seinen "Force Ouvriere-Lakaien" gesagt haette, dass ihre Gewerkschaften "beinahe Leichname seien". Er fuegte jedoch hinzu, 'dass sie mit unserer Hilfe und der Hilfe Amerikas wieder zum Leben erweckt werden koennen'".

"Weekly Bulletin for Militant Free Trade
Unionists (Paris)" 13. November 1948

Norwegische Arbeiterfuehrer besuchen die Vereinigten Staaten

Sieben Gewerkschaftsfuehrer aus Norwegen verliessen am 23. Dezember Oslo, um auf Kosten des Marshall-Plans die Produktionsmethoden in den amerikanischen Industrien zu studieren. Ausser den Arbeiterfuehrern befinden sich noch 3 prominente norwegische Industrielle bei dieser Gruppe. Die Reisegruppe wird die industriellen Einrichtungen in New York, Detroit und im Tennessee-Tal besichtigen.

"European Information Service" ECA.

Ein Ungar erklaert, was Arbeiterdiktatur bedeutet

Matyas Rakosi, der Vizepraesident Ungarns und Fuehrer der Kommunistischen Partei Ungarns enthuellete vor kurzem in seiner Eigenschaft als wirkliches Oberhaupt der Regierung in einer Rede die raue Wahrheit ueber die "Volksdemokratie". Es ist dies eine "Diktatur des Proletariats ohne die Sowjetform". Er stellte folgende Frage: "Was bedeutet es, wenn in einer demokratischen Republik die Arbeiterklasse die Macht in ihre Haende nimmt. Ist das auch eine Diktatur. Darauf kannes nur eine Antwort geben: ja, unbedingt.

"Die Diktatur des Proletariats, 'sagte Stalin vor 25 Jahren', ist genau dasselbe wie jede andere Art von Diktatur, ein Mittel, um den Widerstand des Klassenfeindes zu unterdruecken. Der proletarische Staat ist ein Apparat zur Unterdrueckung der Bourgeoisie. Die Volksdemokratien, und unter ihnen die Volksdemokratie des ungarischen Volkes, sind in der Lage, eine proletarische Diktatur zu errichten ohne die Sowjetform, weil sie sich selbst auf die grosse Sowjetunion stuetzen koennen.

"Die Feinde des Volkes flohen zum groessten Teil nach Westen und diejenigen, die hiergeblieben sind, hielten sich von einem offenen Aufstand fern, weil sie schwach sind, und weil die Sowjetarmee hier ist. Aus diesem Grunde konnte ein volksdemokratischer Staat unter verhaeltnismaessig friedlichen Verhaeltnissen und ohne einen blutigen Buergerkrieg die Funktionen einer proletarischen Diktatur ausueben."

"New York Times" 23. Januar 1949.

Amerikanische Sachverstaendige bezeichnen Baumethoden als rueckstaendig

Die Abteilung fuer Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen hat vor kurzem eine 74-seitige Schrift veroeffentlicht, die sich mit dem Bauproblem in den

hauptsaechlichsten Industrielaendern befasst. In einem Abschnitt dieses Berichts ist die Rede von den Arbeitsmethoden der Baumeister in den meisten Laendern. Es wird mit den anderen Industriezweigen ein Vergleich gezogen. In 16 Europaeischen Laendern besteht ein Mangel an 14 Millionen Wohnungen. In dem Bericht wird zum Ausdruck gebracht, dass man mit den heutigen Baumethoden diesem Mangel nie wird begegnen koennen, weil diese sich bei manchen Handwerksberufen jahrelang nicht geaendert haben und jedem Aenderungsvorschlag heute Widerstand entgegengesetzt wird. In vielen Laendern, wie in den Vereinigten Staaten, bekommt man fuer einen Dollar, der fuer Haeuserbau ausgegeben wird, nicht soviel wie fuer einen Dollar, der in Automobilen, Kuehlschraenken, Radioapparaten, Waschmaschinen und andere Industrieerzeugnisse angelegt wird."

In dem Bericht wird der Vorschlag gemacht, man solle beim Haeuserbau mehr an industrielle als an jahrhundertalte manuelle Baumethoden denken.

"New York Times" 23. Januar 1949.

Franzoesische Gewerkschaften wuerdigen den Marshall-Plan

Die "Force Ouvrière", das Wochenblatt der nichtkommunistischen Gewerkschaft "Confédération Générale du Travail"- Force Ouvrière", beantwortete vor einiger Zeit die Angriffe der Kommunisten auf das Europaeische Wiederaufbau-Programm. In einem Artikel mit der Ueberschrift "Die Wahrheit ueber den Marshall-Plan" schreibt die Zeitung u.a.:

"Viele Arbeiter in der Welt fragen sich, warum die Vereinigten Staaten in bezug auf einen Teil Europas so grossherzig und freigebig geworden sind, und ganz besonders in bezug auf Frankreich. Es ist schwer, fuer eine solche grosszuegige Geste eine Erklaerung zu finden, und es wird behauptet, dass die Amerikaner nur die Ware loswerden wollen, die sie sonst nicht verkaufen koennen. Dies entspricht jedoch nicht der Wahrheit.

"Nach dem augenblicklichen Stande der Weltproduktion gibt es keine Erzeugnisse, die nicht verkaeufllich waeren. Ausserdem werden die Waren, die man uns seit Inkrafttreten des Marshall-Plans kostenlos liefert, von den amerikanischen Steuerzahlern bezahlt. Dadurch, dass die Amerikaner den Marshall-Plan angenommen haben, glaubten sie, dass es in ihrem Interesse waere, eine politische Krise zu vermeiden, die sich aus einem Zusammenbruch der europaeischen Wirtschaft ergeben haette. Die verschiedenen kommunistischen Parteien erheben oft den Vorwurf, dass der Marshall-Plan ein Instrument des Krieges sei, das gegen sie, oder, um es genaener zu sagen, gegen Sowjetrussland gerichtet sei.

"Er ist aber nichts weiter als eine Waffe des Krieges gegen das Elend. Nur diejenigen, die darauf hoffen, dass dieses Elend der UdSSR hilft, leugnen das ab. Das wird auch durch ihre Massnahmen und ihre Agitation bewiesen. Es besteht daher kein Grund, warum die Arbeiter nicht an diesem Plan mitarbeiten sollen, was in ihrem eigenen Interesse waere. Es ist sicher, dass weder das politische Regime Frankreichs noch seine Abhaengigkeit in Gefahr ist....."

"European Information Service" ECA 17. Dez. 48

Arbeiterfuehrer des ERP kommen in der Schweiz zusammen

Am 22. Januar kamen Gewerkschaftler aus 12 Marshall-Plan Laendern in Bern, Schweiz, zu einer Konferenz zusammen, um Besprechungen ueber die Beteiligung der Arbeiterschaft am Europaeischen Wiederaufbau-Programm zu fuehren. Obwohl es nicht auf der Tagesordnung stand, bildete das wichtigste Diskussionsthema den Vorschlag zur Bildung einer neuen Weltgewerkschaftsorganisation. Die Teilnehmer ernannten Walter Schevenels (Belgien) zum staendigen Leiter der Beratungsstelle beim ECA,

die in Paris von den nichtkommunistischen Verbaenden unterhalten wird. Aus den Berichten geht hervor, dass die deutschen Gewerkschaftler, die anwesend waren, darueber Klage fuehrten, dass die organisierte Arbeiterschaft in der amerikanischen Zone Deutschlands "im Prinzip von der Beteiligung an der Wiederaufbauplanung durch die Amerikanische Militaerregierung ausgeschlossen wuerde."

"New York Times" 23. Januar 1949

Die AFL erhebt Einspruch gegen die Ernennung von Schevenels

Am 22. Januar wurde auf der Konferenz der nichtkommunistischen Gewerkschaftler aus den Marshall-Plan Laendern in Bern Walter Schevenels (Belgien) zum Vertreter dieser Gruppe beim ECA in Paris ernannt. Der Delegierte der AFL erhob zugleich mit den Delegierten der Christlichen Gewerkschaften aus der Schweiz, aus Italien und Frankreich Einspruch gegen die Ernennung. Es liegen jetzt Nachrichten aus Washington vor, denen zufolge die Exekutive der AFL in bezug auf diesen Einspruch gegen Schevenels fest auf ihrem Standpunkt beharrt, Die AFL wird sich weigern, sich in irgend einer Weiser"an der Arbeit des Gewerkschaftsbeirats der am Europaeischen Wiederaufbauprogramm interessierten Nationen zu beteiligen, wenn Walter Schevenels als Sekretaeer eingesetzt wird."

Schevenels war 2. Sekretaeer des Weltgewerkschaftsbundes (WFTU), wollte aber von seinem Posten zuruecktreten, um sein neues Amt anzutreten. Jahrelang war er Generalsekretaeer des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der im Jahre 1945 durch den WFTU ersetzt wurde. Die AFL macht Schevenels, den sie "politisch unzuverlaessig" nennt, den Vorwurf, er haette von den Bueros des WFTU in Paris aus Telegramme an die Gewerkschaften verschiedener Laender gesandt mit der Aufforderung den von den franzoesischen Kommunisten gefuehrten Kohlenarbeiterstreik zu unterstuetzen.

"New York Times" 25. Januar 1949

Sind die Differenzen zwischen Jugoslawien und dem Kominform echt?

Ein amerikanischer Aufsatz in der "New York Times" macht eine Anzahl anzueglicher Bemerkungen zu dem Zwist zwischen dem Kominform und der Kommunistengruppe Jugoslawiens. Der Artikel folgert, dass dieser Zwist ein verabredeter Trick sei, um Russland etwas von der Last beim Aufbau der Laender des "Eisernen Vorhanges" abzunehmen. Russland muss seine Entwicklung beschleunigen, doch brauchen diese Laender mehr als Russland jetzt liefern kann. Jugoslawien ist zeitweilig aus der "Familie" ausgestossen worden und zu einem Verstossenen gestempelt worden in der Annahme, dass ihm die Westmaechte zu Hilfe kommen werden.

Wenn dies ein Trick sein sollte und der Trick seinen Zweck erfuehlt, dann wird Jugoslawien, wie der Verfasser meint, die Grosszuegigkeit der Westmaechte geniessen und von ihnen die Industrieerzeugnisse erhalten, die Russland augenblicklich nicht liefern kann. "Dann wird der Prozess der "Feindseligkeit", nachdem er seinen Zweck erfuehlt hat, von Jugoslawien abgestoppt. Und wenn es dann vom Westen alles bekommen hat, was es braucht, dann wird sich Jugoslawien mit genau demselben Theater wieder anfreunden, wie es ausgestossen wurde."

"New York Times" 22. Januar 1949

Der Praesident Amerikas ist ein vielbeschaeftigter Mann

Der Praesident der Vereinigten Staaten sowie der Vizepraesident sind die einzigen Regierungsbeamten, die vom ganzen Volke gewaehlt werden. Die Senatoren und Mitglieder des Kongresses werden in ihren entsprechenden Staaten oder Bezirken vom Volke gewaehlt und vertreten lediglich ihre Bezirke oder Staaten. Der Praesident aber vertritt das ganze Volk.

Das bedeutet, dass jeder Mann, jede Frau oder jedes Kind in den Vereinigten Staaten an den Praesidenten schreiben, ihm ein Telegramm schicken, ihn sogar anrufen oder ihm Pakete schicken kann. Das bringt natuerlich eine Menge Arbeit mit sich.

Der Praesident muss ein grosses Personal haben, um die Zuschriften aus dem Volke alle bearbeiten zu koennen. Nur gelegentlich bekommt er einmal persoendlich eine Zuschrift in die Haende. Alles Uebrige geht an die verschiedenen Bueros und Dienststellen zwecks Beantwortung "im Auftrage des Praesidenten". Im Laufe des Jahres 1948 hat der Praesident 562.000 Briefe, 770.000 Postkarten und 255.000 Pakete, Plaene, Vorschlaege, Programme und Telegramme erhalten.

"Amerikadienst" 12. Januar 1949

Fortbildungsprogramm fuer Arbeitgeber in Grossbritannien

Der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) hat den Vorschlag gemacht, mit der Britischen Industrie an der Einrichtung eines neuen College fuer das Studium der Probleme der Arbeitgeber in der Industrie und des buergerlichen Lebens zusammenzuarbeiten.

"Die Ziele des College bestehen darin, die Prinzipien und Techniken der Organisation und der Fuehrerschaft im buergerlichen Leben zu untersuchen und zu erklaren. Durch wechselweise Beeinflussung des Denkens der jungen Verwaltungsleute versucht das College, denjenigen ein besseres Verstaendnis zu vermitteln, die mit verschiedenen Taetigkeitsgebieten betraut sind, mit anderen Worten, mit Hilfe von Diskussionen, Vorlesungen und einer Zusammenfassung von Gedankengebieten den Gesichtskreis zu weiten.....

"Anerkannte Autoritaeten auf verschiedenen Gebieten werden fuer das ganze College Vorlesungen halten...Spezialkraefte, die Gastlektoren am Kollege waren. Der groesste Teil der Arbeit wird jedoch in den Klassen oder "Konsortien" ("syndicates") wie sie genannt werden, geleistet. Neun Mitglieder, die alle auf einem verschiedenen Gebiet erfahren sind, bilden ein "Konsortium", das seinen Vorsitzenden und seinen Sekretaer waehlt, wobei die geschaeftsfuehrende Lehrkraft den Vorsitz fuehrt und nur leitet, wenn es sich als notwendig erweist.

"Jedes Konsortium bleibt das ganze Pensum ueber bestehen, das folgende Themen umfasst: Organisation und Verwaltung, Beziehungen zu Lieferanten, Verbrauchern, zur organisierten Arbeiterschaft, zur Regierung und zur Oeffentlichkeit, Planung, technologische Entwicklungen und Handel mit Uebersee. Abgesehen vom Studium dieser Hauptgebiete werden auch Konsortien gebildet, die sich mit anderen, diesen aber verwandten Gebieten befassen. Fuer diese besonderen Frage werden die Konsortien umgruppiert, so dass jeder Student waehrend seiner Studienzeit im College mindestens 3 verschiedenen Gruppen angehoert.

"Unterweisung und Ideen werden aber nicht allein durch Lesen, Vorlesungen und Diskussionen vermittelt. Wenn persoentliche Probleme untersucht werden, dann sucht der Vorsitzende und der Sekretaer des Konsortium fuer einen halben Tag ein Industrieunternehmen auf und befragt den Leiter der Personalabteilung. Wenn die Stadtverwaltung den Gegenstand des Themas bildet, dann suchen sie den Buergermeister und den Stadtarchivar von Reading (wo das College gelegen ist) oder irgend einer anderen Stadt auf. Jedes Mitglied des Konsortiums fungiert dann als Vorsitzender eines Stadtverwaltungsausschusses (Finanzen, Erziehung, Gesundheitswesen usw.) und setzt sich dann mit einem richtigen Vorsitzenden in Verbindung, um seinen Bericht auszuarbeiten. Sobald das Konsortium seinen Bericht ueber einen Gegenstand abgeschlossen hat, wird er dem Rektor zugeleitet, der ihm eingehend mit den beamteten Personen des Konsortiums bespricht.

"Die bis in die Einzelheiten gehende Untersuchung der modernen Industrie- und Verwaltungsprobleme stellt offenbar in Anbetracht der Nichtbeteiligung der Gewerkschaften etwas Unzulaengliches dar. Die Gewerkschaften sind ein viel zu wichtiger Faktor, als dass man sie herbei ausschaltet, und es werden durch besondere Vorlesungen und durch Literatur alle Anstrengungen gemacht, diesen Uebelstand zu beheben.

Wenn nur ein Gewerkschaftler in jedem Konsortium saesse, dann wuerden nicht nur 7 Gewerkschaftler ihren Gesichtskreis in bezug auf ihre Ansichten ueber die Betriebsleitung in der Industrie ausweiten, sondern auch 35 Exekutivbeamte wuerden viel mehr ueber das Gewerkschaftswesen wissen. Es wuerde sich somit ein doppelter Gewinn fuer das Gewerkschaftswesen ergeben.....

"Labour" Januar 1949

Ein eigenartiges Arbeiterproblem in Japan.

Es ist ein alter Brauch in Japan, das Recht des Arbeiters auf seinen Arbeitsplatz anzuerkennen, ebenso, dass die Arbeiter im Verhaeltnis zu ihrer Beschaeftigungszeit in der Firma, gemessen an den Jahren, Anrecht im Unternehmen haben. Wenn es sich fuer eine Firma als notwendig erweist, einen Arbeiter wegen Arbeitsmangel zu entlassen, muss sie ihm ein Entlassungsgeld zahlen, und zwar einen Monatslohn fuer jedes Jahr, das er beschaeftigt war zusaetzlich eines weiteren Monatslohns. Wenn also ein Arbeiter, der bei einer Firma 10 Jahre gearbeitet hat, entlassen wird, muss ihm die Firma fuer 11 Monate eine Abkehrsumme zahlen.

Dieser Umstand ist zu einem ernstlichen Industrieproblem geworden. Seit Beendigung des Krieges waren viele Firmen in Japan nicht in der Lage, alle ihre Arbeiter voll zu beschaeftigen. Hierfuer lagen viele Gruende vor: Mangel an Brennmateriale, an Kraftstrom, Rohmaterialien, defekte Ausruestungen. Die Arbeiter wurden in grosser Zahl weiter in den Lohnlisten gefuehrt, obwohl sie nicht produzierten. Die Gesellschaften hatten nie genug Geld, um die ueberschuessigen Arbeitskraefte zu entlassen und die gesetzlich vorgeschriebenen Abkehergelder zu zahlen. Jetzt ist vielen Firmen das Geld knapp geworden, so dass sie allen ihren Arbeitern nicht mehr den Tageslohn zahlen koennen. Manche Firmen wuerden sich Geld borgen, um ihre Betriebsausgaben decken zu koennen, jedoch sind solche Anleihen von den Besatzungsmachten verboten worden. Nach den Bestimmungen der Militaerregierung ist es den Firmen gestattet, nur dann fuer ihren Betrieb und fuer die Entwicklung desselben Gelder aufzunehmen, wenn sie nachweisen koennen, dass sie in ihre Lohnlisten keinen Ueberschuss an feiernden Arbeitern haben.

Die von den Besatzungsmachten vorgeschriebene Einschraenkung hat viele Industriezweige dazu angeregt, ihre Geschaefsmethoden zu verbessern. Die durchgefuehrte Industriereform ist etwas, was viele fuehrende japanische Persoenlichkeiten in der Regierung, in der Industrie und in der Arbeiterschaft schaeetzen, doch zoenern sie immer nofh, sich fuer einen Wandel einzusetzen.

"New York Times" 23. Januar 1949

Das Schicksal der Arbeiterfuehrer im neuen Polen

Der Herausgeber des franzoesischen Bulletins der Freien Gewerkschaften hat vor kurzem in einer Ausgabe ueber die Verhoere berichtet, die in Polen stattgefunden haben. Nachstehend einige Beispiele fuer das, was verschiedenen demokratischen Gewerkschaftsfuehrern passiert ist. Manche Namen sind vielleicht den deutschen Gewerkschaftlern bekannt.

"Im Jahre 1947 wurden die hauptsaechlichsten aktiven Arbeiter von der Politischen Sicherheitspolizei verhaftet, unter ihnen Anton Zdanowski, der von 1918 bis 1939 Sekretaeer der Polnischen CCL war, Kasimir Pusak, Generalsekretaer der Sozialistenpartei seit 1921, J. Dzialewski, langjaehriger Sekretaeer des Warschauer sozialistischen "Foederalisten", Thaddeaus Szturm, einer der standhaftesten aktiven Sozialisten, Frau Jeannine Pajdak, Viktor Krawczyk und Felix Misioroski, aktive Gewerkschaftler.

"6 Monate Verhoer kosteten Anton Zdanowski das Leben.... In bewusstlosem Zustande wurde er seiner Familie zurueckgegeben, ohne jemals wieder das Bewusstsein zurueck-

zuerlangen. Er schrie nur immer: 'Nein ich weiss nichts, ich will nichts sagen!' Frau Pajdak zog den Tod der kommunistischen Justiz vor und stuerzte sich aus einem Fenster des Gebaues der Sicherheitspolizei, nachdem sie ein paar Wochen lang "befragt" worden war.

"Nach 18monatiger Vorbereitung hat jetzt das Verhoer der 6 aktiven Arbeiter vor einem kommunistischen Militaergericht in Warschau stattgefunden. Wir wollen hier nur von den Gewerkschaftlern sprechen; es sind zwei: Viktor Krawczyk und Felix Misiorowski.

"Viktor Krawczyk, ein Textilarbeiter, 46 Jahre alt, war jahrelang aktiv in der Gewerkschaft der Textilbranche in Tschenstochau taetig gewesen, bei der er vor dem Kriege den Posten eines Sekretaers bekleidete. Er hatte viel Einfluss auf seine Kameraden. In der polnischen Widerstandsbewegung war er besonders aktiv, er organisierte die Arbeiter seines Bezirks, fuehrte die militaerischen Einheiten der Arbeiter waehrend der Besetzung. Als er von der Gestapo verhaftet und gefoltert wurde, kam kein Wort ueber seine Lippen. Nachdem er zwei Jahre lang von den Deutschen gefangen gehalten worden war, nahm er seine Arbeit in der Gewerkschaft sofort wieder auf, als die Befreiung kam.

"Vor Gericht hatte er keine Schuld zugegeben. Andererseits bestritt er auch nicht gewissen Aktionen, die ihm in der Anklage zur Last gelegt worden waren, weigerte sich jedoch zuzugeben, dass solche Handlungen mit Verbrechen auf dieselbe Stufe gestellt werden. Jawohl, er war mit seinen Kameraden in der Untergrundbewegung zusammengekommen zu dem Zweck, im guenstigen Moment eine bewaffnete Aktion gegen die Besetzung einzuleiten. Das waren die Handlungen, deren man ihn bezichtigte, und auch andere, besonders die Tatsache, dass er der sozialistischen Organisation angehört hatte, die in Wirklichkeit die Fortfuehrung der Sozialistischen Partei Polens war, und der die Stalinregierung im Jahre 1945 ihre Anerkennung versagt hatte.

"Viktor Krawczyk, der sich in den 25 Jahren seines kaempferischen gewerkschaftlichen Lebens als ein energischer und aufopferungsbereiter Mensch gezeigt hatte, blieb die ganze Zeit ueber waehrend des heimtueckischen Verhoers seitens des Staatsanwalts mutig und standhaft. Heute wurde er zu 9 Jahren Gefaengnis verurteilt. Da inzwischen eine Amnestie erlassen wurde, betraegt seine Gefaengnisstrafe nur noch 4 $\frac{1}{2}$ Jahr Gefaengnis.

"Felix Misiorowski vom Transportarbeiter-Verband war besonders zur Zeit der Besetzung durch Hitler sehr aktiv. Er war auch ein kaempferischer Sozialist, getreu seiner demokratischen Einstellung, was in der "Volksdemokratie" als Verbrechen betrachtet wird. Er wurde deshalb schon im November 1946 verhaftet. Zwei Jahre Gefaengnis bis zu seiner Vernehmung haben diesen Kaempfer zerbrochen. F. Misiorowski, der mutig 6 Jahre Kampf in der Untergrundbewegung, alle Haerten des Krieges und alle Gefahren des Widerstandes ertragen hatte, wurde durch die Folterungen der Sicherheitspolizei vernichtet. Er gestand alles, was man vom ihm verlangte...Misiorowski, der zu 5 Jahren Gefaengnis verurteilt worden war, wurde auf Grund der Amnestie freigelassen, ist aber immer noch 5 Jahre lang seiner buergerlichen Ehrenrechte beraubt..."

"Wochenblatt der Aktiven Gewerkschafter"

Paris, den 26. November 1948

Walter P. Reuther, der Vizepraesident des CIO

Walter P. Reuther ist neben Philip Murray, dem Praesidenten des CIO, einer der bedeutendsten und einflussreichsten amerikanischen Gewerkschaftsfuehrer. Reuther, der frueher Sozialist war, tritt heute fuer einen modifizierten Kapitalismus ein und betont nachdruecklich seine anti-kommunistische Einstellung.

Wenn er auch den Kommunismus ablehnt, so ist Reuther dennoch kein Reaktionaer. In seinen Ansichten ueber Gewerkschaftspolitik kommen noch immer sozialistische Gedankengaenge zum Ausdruck, was auch sein Eintreten fuer ein Mitbestimmungsrecht der

Arbeiter in der Betriebsfuehrung und Planung beweist. Dieses Mitbestimmungsrecht, erklart Reuther, soll durch Betriebsraete erreicht werden, in denen Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter zusammenarbeiten. Nach Reuthers Meinung muessten die Loehne erhoehrt und woechentlich garantiert, die Renten heraufgesetzt und die Sozialversicherung ausgedehnt werden. Obwohl er den Zusammenschluss von Arbeitern und Bauern in einer Arbeiterpartei anstrebt, wird er jedem Versuch der Kommunisten, eine dritte Partei aufzubauen, entgentreten.

Von seiner Fuehrung erhofft man sich eine Verringerung der Streiks, und diese Hoffnung ist nicht unbegrundet, denn als Reuther Vizepraesident der UAW war und die Arbeiter bei General Motors vertrat, war das Verhaeltnis zwischen Belegschaft und Direktion weitaus besser als in den anderen Grossbetrieben der Automobilindustrie.

Reuther wurde am 1. September 1907 in Wheeling, West Virginia, geboren und ging mit 17 Jahren bei der Wheeling Steel Co. als Werkzeugmacher und Stempelschneider in die Lehre. Nach dreijaehrigem Studium an der Wayne Universitaet arbeitete er von 1927 bis 1932 in Detroit bei der Briggs Manufacturing Co., der General Motors Co. und als Vorarbeiter bei der Ford Motor Co.. Waehrend der naechsten 3 Jahre fuhr er mit dem Fahrrad durch Europa und den Nahen Osten, wo er Auto- und Maschinenfabriken besichtigte. 1935 kehrte er nach den Vereinigten Staaten zurueck, um die Arbeiter der Automobilindustrie zu organisieren, gruendete die Ortsgruppe 174 der Vereinigten Automobilarbeitergemeinschaft (U.A.W.) und wurde spaeter deren Leiter. 1939 wurde er zum Vorsitzenden der U.A. W. Abteilung bei General Motors gewaehlt, nachdem er vorher Vorstand der U.A.W.-Facharbeiterabteilung gewesen war. Seit 1942 war er Vizepraesident der U.A.W. und Vizepraesident der Internationalen Gewerkschaft der Arbeiter der Automobil-, Flugzeug- und landwirtschaftlichen Maschinenindustrie. 1946 wurde er Praesident der U.A.W. und Vizepraesident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes CIO.

Mit seiner Frau May Wolf, die er 1936 heiratete und seiner Tochter lebt Reuther jetzt in seinem Heim in Detroit.

"Amerika Dienst" 22. Januar 1949

Die Bausarbeiterloehne in Amerika

Das amerikanische Arbeitsministerium kuendigte am 25. Januar an, dass der durchschnittliche Grundlohn fuer organisierte Arbeiter im Baugewerbe in Amerika \$2.16 pro Stunde betraegt. Durch Ueberstunden und Extraloehne wird dieser durchschnittliche Stundenverdienst jedoch noch viel hoeher. Der woechentliche Bruttoverdienst aller organisierten und nicht organisierten Arbeiter im privaten Baugewerbe hat sich seit 1939 um 129% erhoehrt. Die gewerkschaftlichen Lohntabellensaetze sind um 10% im Laufe des Jahres 1948 gestiegen; die groesste Steigerung war im ersten Halbjahr zu verzeichnen. Die Zahlen beruhen auf einer Pruefung der Lohnsaetze, die bei 7 Gewerbezweigen in 85 Staedten vorgenommen wurde. Auf anderen Gebieten als im Baugewerbe stiegen die Grundlohn-Saetze der organisierten Arbeiter seit Juni 1939 um 62%, waehrend der Lebenshaltungsindex der Regierung um 75% stieg.

"Overseas American News Service" 27. Januar 1949

Eine weitere amerikanische Ortsgewerkschaft setzt Kommunisten ab.

Der Verband der Vereinigten Elektro-, Radio- und Maschinen-Arbeiter von Amerika (UE), der dem CIO angeschlossen ist, steht in dem Ruf, die groesste amerikanische Gewerkschaft zu sein, die von den Kommunisten beherrscht wird. Auf Grund dieser Tatsache sind verschiedene Ortsgewerkschaften des UE aus der Mutterorganisation ausgetreten, um sich zeitweilig anderen CIO-Gewerkschaften, wie z.B. der Gewerkschaft der Vereinigten Automobil-Arbeiter, anzuschliessen.

Jetzt kommt die Nachricht, dass die UE-Ortsgewerkschaft im Gebiet von Pittsburgh, die 16.000 Mitglieder zaehlt, bei einer kuerzlichen Wahl ihre linksstehenden Funktionaere ausbootete. Es handelt sich hierbei um eine Schluesselgewerkschaft

innerhalb der Organisation und der Verlust der Kontrolle ueber sie bedeutete einen schweren Schlag fuer den Kommunismus in der amerikanischen Arbeiterbewegung.

In den Arbeiterkreisen ist man der Ansicht, dass andere Ortsgruppen des UE aehnliche Schritte unternehmen werden, Obwohl Berichten zufolge mehr als 90% der UE-Funktionaere entweder Kommunisten sind oder unter kommunistischem Einfluss stehen, macht die Anzahl der kommunistischen Mitglieder im UE jetzt insgesamt noch nicht einmal 10% aus.

"Overseas American News Service" 21. Januar 49

Streikziffern fuer 1948 in Amerika

Das Amerikanische Arbeitsministerium hat unlaengst Zahlenmaterial ueber die Streiks, die 1948 und 1947 in der amerikanischen Industrie stattfanden.

	<u>1947</u>	<u>1948</u>
Streiks (Arbeitseinstellungen) - -	3,693	3,300
Arbeiter, die vom Streik betroffen wurden - - - - -	2,170,000	2,000,000 (1)
Verlust an Arbeitstagen auf Grund der Streiks - - - - -	34,600,000	34,000,000 (1)
Streiks, an denen 10.000 Arbeiter und mehr beteiligt waren - - - -	20	15
(1) Die endgueltigen Ziffern werden spaeter veroeffentlicht.		

Die Gesamtzahl an Streiks ist gering, wenn man die Tatsache damit vergleicht, dass die amerikanischen Gewerkschaften in jedem Jahr nahezu 100.000 Vertraege mit den Arbeitgebern abschliessen.

"Radio Bulletin des Aussenministeriums" 15. Januar 1949

Das Stachanowsystem in Russland

In den westlichen Demokratien bekaempfen die Kommunisten mit aeusserster Schaerfe jeden Plan, die Produktion durch besondere Schulungs- und Leistungsmethoden zu heben. Dieselbe ablehnende Haltung nehmen sie dem Akkordlohnsystem gegenueber ein. Sie bezeichnen die Akkordarbeit als eine Form der Sklaverei. Die beiden genannten kapitalistischen Methoden sind jetzt zu einem russischen Leistungssystem zusammengefasst worden, das als Stachanowsystem bekannt, und als eine Stufe zum industriellen Fortschritt verherrlicht wird. Wir zitieren folgende Saetze:-

"Ihr Korrespondent besuchte diese Woche die Dynamo-Werke in Moskau, ein groesseres Elektromaschinenwerk, das seinen Plan fuer 1948 bereits am 7. November erfuehlt hat, und berichtete am anderen Tage ueber die Errungenschaften des Produktionsstandes, der fuer das letzte Jahr des Fuenfjahresplans festgelegt worden war.

"Im ganzen Dynamo-Werk ist auch nicht ein einziger Arbeiter, der nicht zu irgend einer Zeit an einem technischen Kursus teilgenommen haette. In diesem Jahre haben nahezu 40% der alten und alle neueingetretenen Arbeiter solche Kurse besucht. In der Fabrik besteht tatsaechlich eine besondere Abteilung, die von einem Ingenieur geleitet wird, der die Arbeiten ihrer zahlreichen Schulungskurse und Stachanow-Schulen wie auch die individuelle Ausbildung der Arbeiter ueberwacht. In diesem Jahre hat die Fabrik ihr Schulungsprogramm bedeutend ueberschritten, was hauptsaechlich auf den allgemeinen Eifer der Arbeiter zurueckzufuehren ist, ihr technisches Wissen zu vervollkommen.....

"Die Stachanow-Schulen bestehen aus kleinen Gruppen von Arbeitern, die am Arbeitsplatz unter der Leitung derjenigen Arbeitskraefte studieren, die die besten Produktionsleistungen aufzuweisen haben. Die Instruktoeren treffen Abkommen mit der technischen Schulungsabteilung der Fabrik, den Kursusteilnehmern innerhalb einer ausbedungenen Zeit die Feinheiten und Kniffe ihrer Beschaeftigung beizubringen. Wenn sie den

Kursus absolviert haben, legen die Teilnehmer eine Pruefung ab und uebernehmen entsprechend ihrer Faehigkeiten eine Arbeit, die ein groesseres Geschick erfordert. Die Stachanow-Arbeiter, die als Instruktoeren fungieren, erhalten neben ihrem ueblichen Lohn eine zusaetzliche Verguetung. Diese Lehrmethode wurde in Moskau eingefuehrt und hat sich auf das ganze Land ausgedehnt.

"Augenblicklich studieren Hunderte von Arbeitern einzeln und in Schulungskursen die letzten Errungenschaften auf dem Gebiete des Schnellfraesens von Metallen und andere verbesserte Arbeitsprozesse, die die Produktivitaet der Arbeiter erhoecht. Waehrend der vergangenen 6 Monate hat sich die durchschnittliche Produktivitaet im Dynamo-Werk pro Arbeiter um 14.5% erhoecht, waehrend, die Durchschnittsloehne um 10% gestiegen sind."

In dem Artikel werden Faelle von Arbeitern angefuehrt, die sich an den Schulungskursen beteiligen, um mehr produzieren zu koennen und dadurch mehr bei der Akkordarbeit zu verdienen. Die in diesem Zusammenhang benannten Arbeiter waren die juengeren, nicht die aelteren Arbeiter.

"Moscow News" 28. Dezember 1948

Die kommunistische Partei Italiens wacht von selbst auf.

In einer Veroeffentlichung vom 9. Januar beklagt sich die kommunistische Partei Italiens darueber, dass es unter ihren 2.200.000 Mitgliedern zuviele Opportunisten, Unehrlische, Feiglingen und sogar antikommunistische Polizeispitzel und zu wenig von der Doktrin durchdrungene Mitglieder gaebe. Als Grund hierfuer gibt die Erklaerung an, dass zuwenig nominelle Kommunisten die Parteizeitungen lesen. Die Lage wird als "unertraeglich" bezeichnet. Es muesse in dieser Hinsicht etwas geschehen.

Die Partei hat nun einen Propagandafeldzug eingeleitet, der Haus um Haus erfasst. Man will alle Kommunisten aufsuchen und sie fragen ob sie sich mit der Parteiliteratur befassen und wenn nicht, warum sie es nicht tun. Die Parteizeitungen sollen in den Strassen und bei allen oeffentlichen Versammlungen verkauft werden, um so einen "Graber des Hasses" zwischen der Bevoelkerung und den Veroeffentlichungen der "Bourgeoisie" auszuheben.

Das ist aber noch nicht alles. Die Kommunistische Partei befasst sich aber auch damit, die Kunst in Italien zu saeuern. Dem kommunistischen Kulturmagazin "Rinascita" ("Wiedergeburt) zufolge ist vieles in der kommunistischen Kunst formlos, albern, laepisch, bloede, gruelich, haesslich und missgestaltet. Die kommunistischen Kuenstler fuehlten sich durch diese Kritik verletzt, doch haben gute Parteimitglieder unter ihnen versprochen, sich zu bessern. Sie wollen nicht, dass die Arbeiter hinfort wie "rechteckige Gegenstaende mit hoelzernen Schenkeln" aussehen sollen.

"New York Herald Tribune" (Paris) 16. Jan 1949

"American Overseas News Service" 13. Jan 1949

Russische Wirtschaftler suchen nach einer Antwort

"Die fuehrenden Wirtschaftler in der Sowjetunion beschaeftigen sich in einer Reihe Konferenzen mit einem Thema von gewichtiger Bedeutung....naemlich eine fuer Stalin und das Politbuero annehmbare Erklaerung dafuer zu finden, wie es kommt, dass die Vereinigten Staaten auch waeterhin wirtschaftlichen Wohlstand aufzuweisen haben, waehrend sie dochnach der Marx-Lenin-Stalin-Theorie bereits auf dem Tiefstand einer katastrophalen Depression angekommen sein muessten....Eine Anzahl sowjetischer Wirtschaftler hat den Versuch unternommen, tatsaechlich zu erklaren, warum die Depression noch nicht planmaessig eingetreten sei. Der angesehenste unter ihnen war Eugen

Varga, der einfach geradeweg behauptete, dass sich unser Zusammenbruch noch um 10 Jahre verzögern würde, weil wir uns nicht in unseren Massnahmen an die orthodoxen "kapitalistischen" Richtlinien hielten....Professor Varga und andere gleich ihm wurden der Ketzerei fuer schuldig befunden und aus ihren hohen Stellungen entfernt...Die uebriggebliebenen Wirtschaftler wurden zusammengerufen, und es wurde ihnen aufgegeben, eine Erklaerung zu finden, die mit der kommunistischen Dialektik im Einklang steht....es war ihnen aber nicht moeglich, dieser Aufforderung gerecht zu werden...Jetzt sind vom Kreml Befehle ergangen, denen zufolge die Konferenz vergrössert werden soll, indem man die gesamte Sowjetische Akademie der Wissenschaften mit hinzuzieht, damit diese der Abteilung des Instituts fuer Wirtschaft, die versagt hat, hilft.

"Washington Evening Star" 12. Januar 1949

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.

OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 1

Berlin, 25 Februar 1949

MIT DIESER AUSGABE BEGINNT DER ZWEITE JAHRGANG DER ARBEITSMITTEILUNGEN. DER INHALT IST INZWISCHEN VON ETWA 3000 WORTEN IN DER WOCHE AUF NAHEZU 7000 GESTIEGEN. DER ZWECK DIESER BULLETINS BESTAND DARIN, DEN DEUTSCHEN GWERKSCHAFTEN DAS INFORMATIONSMATERIAL UEBER GWERKSCHAFTSWESEN UND ARBEITSANGELEGENHEITEN AUS DEM AUSLANDE ZUKOMMEN ZU LASSEN, WOFUER ANDERE QUELLEN NICHT VERFUEGBAR WAREN. WIR MOECHTEN UNSERE LESER BITTEN, UNS BEKANNT ZU GEBEN, OB DIESE ART VON NACHRICHTENDIENST AUF DEM GEBIETE DES ARBEITSWESENS DEN BEDUERFNISSEN ENTSPRICHT UND WUERDEN AUCH VORSCHLAEGE WIE AUCH KRITIK SEHR BEGRUESSEN.

Marshallplan und Welthandel

Folgende Saetze sind einem Artikel von Thomas C. Blaisdell, dem stellvertretenden Staatssekretaer im Amerikanischen Handelsministerium, entnommen. Blaisdell ist ein bekannter Wirtschaftler und eine anerkannte Autoritaet auf dem Gebiete des Welthandels.

"Der Marshallplan ist mehr als ein Versuch, Europa wirtschaftlich wieder aufzubauen. Es ist zugleich ein Teil des Versuches der Vereinigten Staaten, ihren Beitrag zu den fuer einen bluehenden Welthandel unerlaesslichen Voraussetzungen zu schaffen. Das eine Ziel des Marshallplanes, naemlich der Wiederaufbau Europas, widerspricht diesem wichtigen amerikanischen Grundgedanken in keiner Weise, denn Westeuropa war stets am Welthandel sehr stark beteiligt und wird diese Stellung auch in Zukunft wieder einnehmen. Die Vereinigten Staaten wollen ueberall in der Welt Gueteraustausch und Kapitaleexport wieder in Gang bringen und den Welthandel von dem komplizierten und schwerfaelligen Netz von Einschraenkungen befreien, das ihn waehrend der Kriegs- und Nachkriegszeit immer staerker behinderte.

Bevor Europa nicht wieder als ein Zentrum des Welthandels gelten kann, muessen die Amerikaner damit rechnen, dass ihre Handelsbilanz auch weiterhin so unausgeglichen bleibt wie in den letzten Jahren, in denen die Vereinigten Staaten weit mehr exportierten als einfuehrten. Die Dollarknappheit hat bereits zu einer Schrumpfung des amerikanischen Handelsvolumens gefuehrt.....

Gleichzeitig mit dem Absinken der Ausfuehren gingen die Zahlen fuer die Importe in die Hoehe. Aus diesen Anzeichen kann wohl auf einen allmaehlichen Ausgleich zwischen amerikanischen Exporten und Importen geschlossen werden.....

Der Marshallplan stellt den Versuch dar, der durch kriegsbedingte Stoerungen des internationalen Wirtschaftskreislaufes verursachten Dollarknappheit Herr zu werden. Europa erhaelt von uns Dollarkredite im Rahmen des Marshallplanes und gewinnt dadurch Zeit, um sich wieder in seine Stellung als Grossproduzent von Ausfuhrguetern hinein-

zuarbeiten und wieder ein Zentrum des Welthandels und der internationalen Wirtschaftsentwicklung zu werden.

Einige unserer auslaendischen Kritiker haben erklart, dass der Marshallplan nur dazu dient, unseren Export anzukurbeln und das Ausland mit Waren zu ueberschwemmen, die wir nicht gebrauchen koennen. Diesen Anwuerfen laesst sich mit verschiedenen Argumenten begegnen, und ich moechte davon nur eines herausgreifen: wenn wir ein Interesse daran haetten, unsere ueberfluessigen Waren im Ausland abzusetzen, wuerden wir zweifellos keine Dollars zur Verfuegung stellen, um Gueter zu liefern, die auch bei uns verhaeltnismaessig knapp sind.....

Wir haben den Marshallplan so elastisch gestaltet, dass ein Teil unserer Dollars auf Ankaeufe in aussereuropaeischen Laendern verwendet werden kann. Europa kann somit Marshallplandollars nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in andere Laender geben und damit ergibt sich gleichzeitig die Moeglichkeit, Kapital fuer die Entwicklung aussereuropaeischer Laender zur Verfuegung zu stellen. Europa konnte nach dieser Methode zunaechst Einkaeufe in den Laendern der westlichen Hemisphaere taetigen. Dieses System wird jetzt auch in anderen Teilen der Welt angewendet werden koennen....

Der Marshallplan ist nicht die einzige Kapitalquelle, die fuer den europaeischen Wiederaufbau eingesetzt wird. Auch die Weltbank stellt Dollars zur Verfuegung und trieb im September 1948 die Entwicklung um ein gutes Stueck voran, als sie eine Anleihe von 8 100 000 Dollar garantierte, die zehn amerikanische Privatbanken der Regierung der Niederlande zum Ankauf neuer Schiffe gewaehrten. Dieser Schritt ist deshalb bedeutsam, weil die Weltbank damit den privaten Investitionsstrom amerikanischer Dollars nach dem Ausland Rueckhalt verleiht. Gelingt es Europa innerhalb der naechsten vier Jahre, seine Produktionskapazitaet wieder herzustellen und von neuem ein Welthandelszentrum zu werden, dann duerften auch die Dollars zuversichtlicher amerikanischer Investanten wieder nach Europa fliessen.....

Wir Amerikaner muessen uns bei unserer Beschaeftigung mit den Nationalen Prinzipien der europaeischen Voelker vor allem vor einem hueten: wir duerfen nicht darauf bestehen, dass Europa unser System nachahmt. Wir erwarten den Aufbau eines gesunden europaeischen Wirtschaftssystems, das ein hohes Mass an Freiheit sichert....

Europa muss selbst die richtige Loesung fuer das Problem finden, wie diese Freiheit garantiert und eine gesicherte Wirtschaftsstruktur geschaffen werden kann. Wir sind vor allen Dingen darum bemueht, ein Europa wiederaufzubauen, das in eigenem Interesse, und indirekt damit auch in unserem, jene Freiheiten schuetzen will, die in unserer "bill of rights" und in dem Grundsatz der "Freiheit von Furcht und Not" ausgedrueckt wird.

Ich will mit diesen Darlegungen zeigen, dass der Marshallplan nicht nur ein besseres Unterstuetzungswerk ist. Das Stadium der Hilfsmassnahmen ist ueberwunden, und wir schaffen jetzt die Grundlagen fuer einen wirklichen Wiederaufbau. Unser Ziel ist ein Europa, das seinen Platz in der produzierenden und handelstreibenden Welt wieder einnehmen kann und sich sein Brot durch seine geistigen und manuellen Leistungen verdient.

"Amerika Dienst" 28. Januar 1949

Verteilungsquoten des ECA-Fonds fuer 1949-1950

"Der Hauptanteil des Betrages in Hoehe von \$4.280.000.000 den der Verwaltungsausschuss fuer das ERP (ECA) vom Kongress gefordert hat, um im Laufe des am 1. Juli beginnenden Rechnungsjahrs das Europaeische Wiederaufbau-Programm durchfuehren zu koennen wuerde auf Grossbritannien, Frankreich, Westdeutschland und Italien entfallen.

Ausser dem Betrage von \$4.280.000.000 hat der ECA \$1.150.000.000 fuer die Durchfuehrung der Arbeiten fuer die Zeit vom 4. April bis 30. Juni 1949 gefordert, sowie eine weitere Summe von \$150.000.000 fuer die Ermaechtigung fuer langfristige Projekte, die ueber den 30. Juni 1950 hinausgehen, also insgesamt \$5.580.000.000.

Der Betrag von \$4.280.000.000, der lt. Vorschlag auf die 16 Laender und die 3

besetzten Gebiete verteilt werden soll, setzt sich im Vergleich zu den "Mindestsaetzen" wie sie von den unterstuetzten Laendern gefordert wurden, wie folgt zusammen:

VORSCHLAEGE DES ECA-PROGRAMMS FUER DAS RECHNUNGSJAHR 1949/50
(in Millionen Dollar)

	Von den Laendern erbeten	Vom ECA vorgeschla- gen
Oesterreich - - - - -	217.0	197.0
Belgien-Luxemburg und Belgische Ueberseegebiete - - - - -	250.0	200.0
Daenemark - - - - -	110.0	109.0
Triest - - - - -	12.8	12.0
Frankreich und Ueberseegebiete - - - - -	890.0	875.0
Deutschland:		
Bizone - - - - -	372.4	404.0
Franzoesische Zone - - - - -	100.0	115.0
Griechenland - - - - -	198.1	170.0
Island - - - - -	10.0	7.0
Holland und Ueberseegebiete - - - - -	507.0	355.0
Irland - - - - -	75.4	64.0
Italien - - - - -	610.1	555.0
Norwegen - - - - -	131.8	105.0
Portugal - - - - -	100.6	10.0
Schweden - - - - -	70.7	54.0
Tuerkei - - - - -	94.2	30.0
Vereinigtes Koenigreich - - - - -	<u>940.0</u>	<u>940.0</u>
 Insgesamt (gefordert und vorgeschlagen) - - - - -	 4,690.1	 4,202.00
 Dollarkosten fuer strategisches Material - - - - -	 	 32.0
Ozeanfracht fuer Liebesgabenpakete - - - - -		15.0
Technische Hilfe - - - - -		15.0
Verwaltungskosten - - - - -		17.5
Vertraulicher Fonds - - - - -		<u>0.5</u>
 Gesamtfonds, den der ECA vom Kongress forderte: - - - - -		 <u>4,280.0</u>

c) abzueglich \$2.000.000 um den gesamten vom ECA verlangten Betrag auf \$4.200.000.000 abzurunden.

"New York Times" 10. Februar 1949.

Warum die amerikanischen Gewerkschaften das Taft-Hartley-Gesetz bekaempfen

Ueber das Taft-Hartley-Gesetz, das von den amerikanischen Gewerkschaften und auch von Praesident Truman bei den kuerzlichen Praesidentenwahlen so angegriffen wurde, ist schon viel geschrieben worden. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass der neue Kongress das Taft-Hartley-Gesetz durch irgend eine andere Arbeitergesetzgebung ersetzen wird. In einer kuerzlichen Nummer der New York Times gab Arthur J. Goldberg, der Hauptberater des CIO die Ansichten dieser grossen Arbeiterorganisation ueber die Arbeitsgesetzgebung bekannt:-

"Da sich jetzt die Debatte ueber das neue Bundesarbeitsgesetz entwickelt, koennen wir es uns nicht erlauben, gewisse grundlegende Tatsachen und Prinzipien ausser Acht zu lassen, auf denen ein gesundes Arbeitsgesetz fussen muss:-

- "1. Die Arbeiterorganisationen in Amerika arbeiten noch in einer stark feindlichen Atmosphaere..... Die wohlorganisierte Arbeiterbewegung in New York kann fuer das uebrige Land nicht als typisch angesehen werden. Die Organisierung im Lande - als Ganzes gesehen - ist durch das Taft-Hartley-Gesetz ausserordentlich erschwert worden. Etwa nur $\frac{1}{4}$ von insgesamt 60 Millionen Menschen der arbeitenden Bevoelkerung sind organisiert. Dieser Prozentsatz schneidet sehr schlecht ab im Vergleich zu 48,2% in Grossbritannien, 35% in Italien, 36,8% fuer Frankreich, 33,4% fuer Norwegen, 36,6% fuer Schweden und 31% fuer Daenemark. Im Jahre 1947, dem letzten Jahr der Gueltigkeit des Wagner Gesetzes (das teilweise durch das schaeferere Taft-Hartley-Gesetz abgeloeset wurde) berichtete der Ausschuss fuer Arbeitsfragen ueber mehr Faelle von Klagen ueber Zwang, Behinderung und Einmischung seitens des Personals als jemals zu einer Zeit in der Geschichte dieses Gesetzes.
- "2. Wir muessen den Schutz der Kollektivverhandlung und der Selbstorganisation zu einem grundlegenden und unzweideutigen Ziel der Bundes-Arbeitspolitik machen. Wir koennen nicht, wie es der 80. Kongress beim Taft-Hartley-Gesetz tat, vorgeben, das oeffentliche Interesse an der Selbstorganisation und dem Kollektivverfahren zu schuetzen und gleichzeitig behaupten, dass der Arbeitgeber ein Interesse daran hat, von der Selbstorganisation und dem Kollektivverfahren frei zu sein was das Gesetz ja hueten und schuetzen muss.
- "3. Wir muessen bei der Gesetzgebung vielmehr von dem bildlichen und typischen Verstoess ausgehen anstatt vom Einzelfall. Es hat sich eine gefaehrliche Tendenz entwickelt, Gesetze zu erlassen, die besondere Faelle unreissen. Das war es auch was fuer eine so unglueckliche Gesetzgebung wie die verwirrende und unwirksame Einschraenkung in bezug auf den Unterstuetzungsfonds verantwortlich war, die lediglich in dem Gesetz verankert war, um den Bergwerksdirektoren in einem Streitfall mit dem Verband der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas zu helfen. Demzufolge wurde auch im Taft-Hartley-Gesetz eine allgemeine Verwerfung aller Boykotts aufgenommen ohne Ruecksicht auf die Umstaende, unter denen diese Durchgefuehrt wurden.
- "4. Ein gesundes Arbeitsgesetz darf niemals von der Voraussetzung abweichen, dass das Kollektivverfahren am besten gedeiht, wenn die Regierung so wenig wie moeglich eingreift. Man sollte nicht zulassen, dass das Bundesstatut, das fuer die Beziehungen in der Industrie massgebend ist, in dem Masse degeneriert wie das Taft-Hartley-Gesetz, und zwar so, dass es, wie der Senator Douglas aus Illinois es einmal treffend bezeichnete, zu einem "industriellen Emily Post-Waelzer" (*) wird. Die Taft-Hartley-Tendenz...bedeutet eine Diktatur der Regierung. Sie bedeutet auch, dass die Handhabung des Statuts in eine starre und unrealistische Zwangsjacke gepresst wird anstatt der Handhabung nach freiem Ermessen fuer ein gewisses Lavieren Spielraum zu geben.
- "5. Es ist hoechst gefaehrlich, die Arbeitsgesetzgebung, wie es beim Taft-Hartley-Gesetz der Fall ist, Punkt fuer Punkt im einzelnen zu betrachten und eine Untersuchung daraufhin durchzufuehren, ob jede einzelne Bestimmung fuer sich allein anfechtbar ist. Kein Gesetz kann in einem Vakuum wirksam sein, und dies trifft in ganz besonderem Masse auf das Arbeitsgesetz zu. Es ist daher irrefuehrend, wenn man einzeln fuer sich Faelle untersucht wie z.B. Gesuche von Arbeitgebern

(*) Emily Post verfasste ein Buch ueber die gesellschaftlichen Umgangsformen, das in Amerika das klassische Werk auf diesem Gebiete geworden ist.

auf Abhaltung von Wahlen, das Recht der Arbeitnehmer, bei Betriebswahlen Wahl-agitation zu treiben, das Recht der Streikbrecher, aber nicht der Streikenden, zu wahlen, und das Recht auf Streik gegen eine anerkannte Gewerkschaft. Alle diese Bestimmungen muessen als ergaenzende Teile einer einzigen streikbreche-rischen Technik angesehen werden' die einem gewerkschaftsfeindlichen Arbeitge-ber lt. dem Statut zu Gebote steht.

"6. Das Recht auf Streik ist fuer die freie Gesellschaft von grundlegender Bedeu-tung. Alle diejenigen, die so nachdruecklich darauf bestehen, dass von allen Produktionsunterbrechungen, die in unserer Wirtschaft vorkommen, nur Streiks fuer die Bundesgesetzgebung oder fuer ein Verbot herausgegriffen werden soll-ten, koennen sich logischerweise der Kette von Folgen, die sich aus ihren Vor-aussetzungen ableiten, nicht entziehen, denn das Verbot des Streikrechts ist ein langer Schritt vorwaerts auf dem Wege, der zum Totalitarismus und zur vollstaendigen Schematisierung der Wirtschaft fuehrt.

"Es scheint mir, als ob das Taft-Hartley-Gesetz diese Ueberlegungen vollkommen ausser Acht gelassen hat und dass das Wagner-Gesetz das mit gewissen Abaenderungen in die Vorlage des Thomasgesetzes, die jetzt dem Kongress vorliegt, mit einbezogen wurde, ihnen die ihnen zukommende Bedeutung beimisst." (**)

(**) Dieser Gesetzentwurf hat - wie es im Kongress ueblich ist - seinen Namen von dem Vorsitzenden des Planenden Ausschusses, Senator Elbert Thomas, eine international bekannte Authoritaet auf dem Gebiete des Arbeitswesens, ist Vorsitzender des Se-natsausschusses fuer Arbeits- und Unterrichtsfragen.

"The New York Times" 11. Februar 1949

Die Ziele guter Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Ein Ausschuss, der sich aus Gewerkschaftlern und Industriellen zusammensetzt, hat unter der Leitung einer privaten Gruendung, des "Twenty Century Fund", seine Taetig-keit aufgenommen und hat die wesentlichen Punkte, die den Gegenstand guter Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bilden, untersucht. Der Ausschuss hat in seinem Bericht folgende Ziele der Arbeiterschaft aufgefuehrt:-

"Das Gefuehl der Sicherheit, sowohl in der Arbeit wie auch in der Gemeinschaft. Der organisierte Arbeiter sieht die Gewerkschaft in erster Linie als seinen Schutz an.

"Eine Gelegenheit zum Vorwaertskommen, eine guenstige und gerechte Chance zur Be-foerderung und allgemeine bessere Stellung des Arbeiters.

"Eine menschlichere Behandlung, einschliesslich der Befragung des Arbeiters ueber Dinge, die fuer die Wohlfahrt der Arbeiterschaft von lebenswichtiger Bedeutung sind.

"Das Gefuehl der Wuerde am Arbeitsplatz, das Gefuehl auf seiten des Arbeiters, dass er eine nuetzliche, produktive Arbeit leistet.

Folgendes sind die Ziele der Arbeitgeber:

"Gute Beziehungen zum Personal, seine Loyalitaet zu gewinnen und es in bezug auf die Arbeitsverhaeltnisse zufriedenzustellen.

"Freizuegigkeit in der Leitung, ohne Einmischung der Gewerkschaften oder des Per-sonals.

"Geschäftsmaessige Beziehungen (Verhaeltnisse) und mehr Verantwortungsgefuehl seitens des Personals und der Gewerkschaften, so dass das Unternehmen die Ge-waehr hat, dass die Vertraege und Abkommen mit den Gewerkschaften durchgefuehrt werden.

Der Bericht wurde einstimmig vom Ausschuss unterzeichnet, der sich wie folgt zusammensetzt: William H. Davis, Vorsitzender (frueher Vorsitzender des Landesausschusses fuer Arbeitsfragen im Kriege) James A. Brownlow von der AFL, William L. Cherney vom "Collier's Weekly", Howard Coonley, American Standards Company, Herbert W. Payne, vom Verband der Textilarbeiter Amerikas (CIO), Prof. Sumner H. Slichter, Harvard University, und Prof. Edwin E. Witte von der Universitaet Wisconsin.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 26. Januar 1949

Deutsche Veroeffentlichungen ueber Arbeitsprobleme

In Dortmund besteht eine Organisation zum Studium sozialer und wirtschaftlicher Probleme, die fuer die Gewerkschaften von Interesse sind. Dr. Otto Neuloh und mehrere Kollegen haben in Dortmund Rheinlanddamm 201, eine Sozialforschungsstelle eingerichtet. Diese Organisation, die sehr von den Gewerkschaften unterstuetzt wird, ist der Universitaet Muenster angeschlossen. Nachstehend die Titel einiger Studien, die vor kurzem von dieser Gruppe von Wissenschaftlern, die mit sehr wenigem viel schaffen, veroeffentlicht wurden.

Es handelt sich um 6 Broschueren, die alle im Jahre 1947 gedruckt wurden und unter der Bezeichnung "Dortmunder Schriften zur Sozialforschung" erschienen sind:

1. Loehne und Lebenshaltungskosten, von Dr. Marga Rohlfing. Eine Studie ueber die verschiedenen Klassen von Arbeiterfamilien in bezug auf Einkommen und Lebenshaltungskosten.
2. Sozialaufbau und Gebietliche Wirtschaftsplanung, von Dr. Karl Schiller, Direktor des Instituts fuer Aussenhandel und Ueberseewirtschaft der Universitaet Hamburg.
3. Marktpaltung und Kernplanung in der Volkswirtschaft von Dr. Wilhelm Kromphardt, Professor der Volkswirtschaftslehre, Technische Hochschule, Hannover.
4. Ernaehrung, Gesundheit, Leistung, Teil I: "Ernaehrungslage und Gesundheitszustand" schrieb Obermedizinalrat Dr. Oliver, Teil II: "Die Auswirkungen der Mangelernaehrung" von Dr. med. Otto Graf. Dies ist eine Studie ueber den Lebensmittelmangel der Arbeiter.
5. Gegenwartsfragen des Deutschen Arbeitsrechts von Assessor Helmut Duvernell (unter besonderer Beruecksichtigung der Englischen Zone)
6. Wirtschaftliche Vernunft und Wirtschaftliche Weisheit, von Prof. Bernhard Pfister, Leiter des Instituts fuer Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik an der Universitaet Hamburg.

Abgesehen von obigen Broschueren hat die Sozialforschungsstelle die ersten vier Buecher der Studienreihe fuer 1948 veroeffentlicht. Diese werden unter der Bezeichnung "Sozialforschung und Praxis" gedruckt.

1. Der Ausgleich von Kriegslasten vom Standpunkt der Sozialgerechtigkeit, von Dr. Herbert Guersch.
2. Das Recht des Bergmann, von Dr. Gerhard Boldt, Rechtsanwalt in Dortmund und Lehrbeauftragter an der Universitaet Muenster. Dieses Buch beruecksichtigt insbesondere das Ruhrgebiet.
3. Der Aufbau des Rhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung Dr. Wilhelm Brepohl. Es handelt sich hier um eine Studie zur Zu- und Abwanderung verschiedener Volkskreise waehrend des 19. und 20. Jahrhunderts.

Eine Anzahl anderer Spezialstudien wird jetzt veroeffentlicht oder wird in Kuerze erscheinen. Fuer alle, die daran interessiert sind, wiederholen wir hier die Adresse: Dr. Otto Neuloh, Sozialforschungsstelle, Dortmund, Rheinlanddamm 201.

Die Kommunisten und die Britischen Gewerkschaften

Am 27. Oktober 1948 veroeffentlichte der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) eine "Warnung an Gewerkschaftler" vor den Bemuehungen der Kommunisten, den Bestrebungen der Gewerkschaften, das Programm der Regierung fuer den Nachkriegs-Wiederaufbau zu unterstuetzen, Widerstand zu leisten. Am 24. November 1948, veroeffentlichte der Generalrat des TUC eine zweite Erklaerung zu demselben Thema. Einige Saetze aus der zweiten Erklaerung sind nachstehend zitiert. Die Erklaerung vom 24. November legt klar, dass:

"die Gewerkschaftsbewegung es niemals einer Minderheit innerhalb der Bewegung verwehrt hat, zu versuchen, die Politik einer Aenderung zu unterziehen, dass es aber vollkommen den Begriffen unserer Bewegung zuwiderlaeuft, bzw. ihrer Ueberlieferung entgegensteht und sich fuer ihr Prestige verhaengnisvoll auswirkt, wenn sie zulaesst dass ihre von demokratischen Prinzipien bestimmte Politik auf das Geheiss eines ausserhalb der Bewegung stehenden Systems untergraben wird."

Die kommunistische Partei wird nicht nur als ein System bezeichnet, das ausserhalb der Arbeiterbewegung operiert, sondern als eine Partei, die in ihrer Arbeit von Einrichtungen kontrolliert wird, die weder britisch noch demokratisch sind. Es ist eine Organisation, die die Gewerkschaftsbewegung ausnutzt.

Die Erklaerung macht darauf aufmerksam, dass die Britische Kommunistische Partei noch bis August 1947 eifrig alle Bemuehungen unterstuetzte, die englische Produktion zu erhoehen, um den Lebensstandard in England zu heben. Damals brachte die Partei Plaene in Vorschlag, das Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu beschleunigen. Ausserdem standen die englischen Kommunisten im August 1947 dem Gedanken einer Hilfe von Amerika guenstig gegenueber.

Ploetzliche Ursaenderung der Kommunisten

Dann wurde im September 1947 das Kominform gegruendet. Nun aenderte sich der Kurs der Kommunistischen Partei Grossbritanniens, Produktivitaet war fuer die Satellitenstaaten Sowjetrusslands noch notwendig, aber eine groessere Produktivitaet in Frankreich, Italien und besonders in Grossbritannien wuerde den Wiederaufbau Westeuropas mit Hilfe Amerikas beschleunigen. Jetzt schwenkte die Kommunistische Partei Grossbritanniens um und der "Kurs" vom August 1947 war weiter nichts als eine ueberholte Taktik.

Man muss sich daran erinnern, dass die Haupttaktiken, wie sie uebereinstimmend vom Generalrat in bezug auf die Produktivitaet, das Europaeische Wiederaufbauprogramm, Löhne, Preise und Gewinne wie auf den Weltgewerkschaftsbund empfohlen wurden nicht nur von der ueberwaeltigenden Mehrheit in Margate gebilligt worden waren, sondern dass auch der Gewerkschaftsbund nachdruecklich und mit ueberwaeltigender Mehrheit seine Missbilligung zum Ausdruck gebracht hatte ueber die Versuche einiger politisch Inspirierter Delegierten, die Taktik zum Scheitern zu bringen, von der offenbar die Gewerkschaftsbewegung allgemein innerlich ueberzeugt war.

Nun haette man annehmen koennen, dass die entschiedene Billigung der Politik des Generalrats bei Fragen, die fuer die Gesundheit der Nation von so lebenswichtiger Bedeutung sind, jetzt auch von der Minderheit akzeptiert werden wuerde. Jedoch unmittelbar nach der Konferenz gab die Kommunistische Partei Grossbritanniens massgebliche Erklaerungen ab, in denen sie nicht nur den Ansichten der Minderheit Beifall zollte, sondern mit grossen Wortschwall zum Ausdruck brachte, dass die Mehrheit nicht die Ansichten der Gewerkschaftler vertrete und dass trotz der ueber diese Fragen stattgefundenen Diskussionen und trotz der gefassten Beschluesse jetzt noch klarer zum Ausdruck kommen wuerde, dass die Kommunistische Partei Schritte unternehmen wolle, hinter dem Ruecken des Gewerkschaftsbundes zu arbeiten und Unzufriedenheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern zu saeen.

Kurz, die Kommunisten haben erklart, dass sie nicht nur ihren Anhaengern empfehlen werden, die auf der Konferenz demokratisch gefassten Beschluesse abzulehnen, sondern dass die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die Absicht haben, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um diese Politik zu unterminieren und durch umstuerzlerische Taktiken innerhalb der verschiedenen dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften Unzufriedenheit unter den loyalen Mitgliedern zu stiften....

"Verbrecherischer Betrug"

Kurz, alle Delegierten auf der Konferenz, die ihre Stimme fuer die Empfehlungen des Generalrates abgaben, werden faelschlich als Maenner gebrandmarkt, die ihre gewerkschaftlichen Prinzipien beiseitegeworfen haetten. Darueber hinaus muessten Schritte von der "Opposition" - die, wie zugegeben wird, von den Kommunisten gefuehrt wird - unternommen werden, um die Beschluesse und Richtlinien von Margate zu verwerfen.

Mr. Palme Dutt, der Generalsekretaer der kommunistischen Partei, hat einen Kommentar zu der Konferenz von Margate abgegeben. Er behauptete, dass die ueberwaeltigende Mehrheit der Delegierten sich fuer die "Unverletzlichkeit der Profite, den Verzicht auf Lohnforderungen, Zusammenarbeit mit der Herrenklasse, fuer den Krieg gegen die aktiven Gewerkschaftler, Zerschlagung der internationalen Einigkeit und die Abhaengigkeit vom amerikanischen Koloss des Grossunternehmertums" ausgesprochen habe. Er brachte ganz eindeutig seine Ansicht darueber zum Ausdruck, dass die Mehrzahl der Delegierten "treulose, verraeterische Vernichter" seien und dass sie "eine panische Furcht" vor der "wachsenden Staerke und Aktivitaet der Opposition der werktuetigen Klasse" gezeigt haetten.

Der Generalsekretaer der Kommunistischen Partei erklarte auch dass die Beschluesse der Margate-Konferenz steigendes Elend und wachsende Armut fuer Millionen des arbeitenden Volkes Englands zur Folge haben wuerden, "wenn man nicht energisch dagegen ankaempfe". Weiter erklarte er, dass die Darlegung der wirtschaftlichen Lage seitens des Generalrates des TUC "ein verbrecherischer Betrug an der Bewegung" sei.....

Die Kommunistische Partei steht daher jetzt wieder in schaeerfster Opposition zu der demokratisch formulierten Politik der Gewerkschaftsbewegung, wie sie auf zwei Konferenzen der Exekutiven und auf dem Kongress selbst beschlossen wurde.

Jahrelang hat sich die kommunistische Partei staendig in die inneren Angelegenheiten der angeschlossenen Gewerkschaften eingemischt, und diese verschworenerische Arbeit hat zugenommen. Ihre Anmassung bzw. Vermessenheit, die Politik ausserhalb des Apparats der Gewerkschaftsbewegung zu formen mit der Absicht, diese Politik in die normalen Kanale zu leiten, ist ebenfalls immer kuehner geworden.

Die Bewegung muss auf dem Laufenden gehalten werden.

Der Generalrat sieht es fuer notwendig an, dass die Gewerkschaftler in der gesamten Industrie ueber das Bestehen des Apparates voellig unterrichtet sind, mit dem die Kommunistische Partei versucht, die Politik und die Arbeit ihrer Gewerkschaften zu lenken. Der Generalrat schlaegt vor, Material darueber zu veroeffentlichen, das weitere Informationen ueber das Funktionieren dieser Maschinerie und ueber die schlimmen Folgen der kommunistischen Einmischung in die gewerkschaftlichen Angelegenheiten bekanntgibt.

Es ist z.B. bekannt, dass es Industrieausschuesse gibt, die von der Kommunistischen Partei aufgestellt wurden und in vielen Industrie- und Gewerbebezuegen bestehen, z.B. bei den Eisenbahnen, im Transportwesen, in der Schifffahrt, in den Baumwollspinnereien, im Bergbau, usw. usw. Die Mitglieder dieser Ausschuesse bestehen aus Delegierten, die aus den Gewerbe- und Industriezweigen stammen, in denen sie eine Funktion haben. Aus diesen industriellen Unterausschuessen sichert sich die Kommunistische Partei das Informationsmaterial, wonach die Funktionaere der Kommunistischen Partei, die keine Bindung zu dem betreffenden Industriezweig haben,

ihre Industriepolitik und Taktiken entwerfen und ausarbeiten, die als Grundlage fuer Belehrung und Propaganda, die innerhalb der Gewerkschaften gelenkt werden, dient.

Der Generalrat haelt es fuer notwendig, die angeschlossenen Gewerkschaften aufzufordern, Untersuchungen darueber anzustellen, in welchem Masse diese Einmischung in ihren besonderen Gewerben und Industrien bereits vorgeschritten ist.

Die Gewerkschaften muessen ernstlich in Erwaegung ziehen ob es mit den Verpflichtungen, die sich aus der Loyalitaet der Politik der Gewerkschaft und der Bewegung als Ganzes gegenueber ergeben, vereinbar ist, wenn ein Mitglied diesen industriellen Unterausschuessen oder in den Landesausschuessen der Kommunistischen Partei eine Funktion ausuebt, gleichzeitig aber auch das Amt eines Exekutivfunktionaers oder eines Delegierten in der Gewerkschaft innehat.

Ein falsches Bild fuer das Ausland

Darueber hinaus ist der Generalrat der Meinung, dass eine Politik nicht fortgefuehrt werden darf, durch die die Haltung des Britischen Gewerkschaftswesens im Auslande durch Abgesandte von Gewerkschaftsbuenden oder von Mitgliedern von Gewerkschaften, die - vielleicht persoendlich - zu Konferenzen oder Demonstrationen im Ausland eingeladen wurden, in falschem Licht dargestellt wird. Im Laufe von 2 Jahren haben sich Vorfaelle dieser Art ereignet mit dem Erfolg, dass die Arbeiter in anderen Laendern einen ganz falschen Eindruck von der Britischen Gewerkschaftsbewegung erhielten. Von jetzt ab wird der Generalrat alle moeglichen Massnahmen ergreifen, um die Behauptungen solcher Personen zurueckzuweisen, die vorgeben, im Namen der Britischen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen.

Bei den Gewerkschaftsraeten

Ausserdem ist der Generalrat ueber die Kommunistische Aktivitaet innerhalb gewisser Gewerkschaftsraete ernstlich besorgt, die die Meinung aufkommen laesst, dass manche davon als Werkzeuge fuer die direkte oder indirekte Foerderung der kommunistischen Politik angesehen werden.

In gewissen Gegenden hat die Taetigkeit der zerstoerenden Elemente, die fuer die Kommunistische Partei und die ihr untergeordneten Organisationen arbeiten, die Arbeit der Gewerkschaftsraete schwieriger gestaltet, und die Delegierten in gewissen Gebieten der Gewerkschaftsraete bleiben den Versammlungen fern, weil sie es ablehnen sich dauernd mit endlosen Diskussionen zu befassen, die jeder praktischen Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete im Wege stehen.

Es ist bekannt, dass manche Gruppen sich unlaengst aus gewissen Gewerkschaftsraeten zurueckgezogen haben, weil sie von den kommunistischen Delegierten fuer ihre Zwecke benuetzt wurden.

Als es im Jahre 1943 den Gewerkschaftsraeten wieder gestattet war, Delegierte von Gewerkschaftsgruppen aufzunehmen, die Mitglieder kommunistischer oder faschistischer Organisationen waren, war dies als Experiment gedacht, denn der Generalrat brachte der Gewerkschaftsbewegung gegenueber klar zum Ausdruck, dass im Falle einer erneuten Entwicklung von zersetzender Taetigkeit seitens der kommunistischen und faschistischen Organisationen der Generalrat als eine dem Gewerkschaftsbund gegenueber verantwortliche Koerperschaft jede ihm geeignet erscheinende Massnahme ergreifen wuerde, um die Gewerkschaftsraete vor der Zersetzung oder anderen Aktionen zu schuetzen, die dem allgemeinen Interesse der Bewegung schaedlich sind.

Bei der Pruefung und Untersuchung der Bemuehungen der Kommunistischen Partei, Abneigung und Unzufriedenheit innerhalb der Bewegung zu stiften, beabsichtigt der Generalrat, sein besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit zu lenken, die Gewerkschaftsraete zu schuetzen, deren Funktion nicht darin besteht, Politik zu treiben, sondern die Politik des Bundes zu foerdern. Mittlerweile koennen die Gewerkschaftsraete und die ihnen angeschlossenen Gruppen dabei helfen, die Lage in ihrem Bezirk

zu pruefen und die Bestrebungen zu bekaempfen, die Gewerkschaftsraete als Werkzeug fuer die Propagierung von Massnahmen, die sich gegen die demokratische Struktur und Apparatur unserer Bewegung richten, zu benutzen.

Beistand wird zugesagt

Der Generalrat ist entschlossen, trotz des Rauchschleiers der Falschheit und Herabsetzung gegenueber dem Rat selbst, den Mitgliedern der Gewerkschaftsexekutiven und den Delegierten beim Bund den Kampf auszutragen. Er beauftragt daher den Ausschuss fuer Allgemeine Planung und den Internationalen Ausschuss, als gemischte Koerperschaft zu wirken, um staendig einen Ueberblick ueber alles zu haben, was mit diesem Kampf zusammenhaengt und dem Generalrat Vorschlaege zu unterbreiten, die als informatorische und richtunggebende Grundlage fuer die Gewerkschaften, fuer die Gewerkschaftsraete und die einzelnen Mitglieder dienen sollen, um ein Einsickern und eine Einmischung in die Gewerkschaftspolitik von Kraefte ausserhalb der Bewegung und selbst ausserhalb dieser Kuesten zu bekaempfen.

"Flugschrift des TUC".

Persoenliche Ansichten eines amerikanischen Beamten ueber die deutschen Gewerkschaften

Bevor er Deutschland verliess, hielt Edwin F. Beal, der Berater der Amerikanischen Militaerregierung fuer Arbeitseinsatzfragen, am 15. November von Stuttgart aus eine Ansprache ueber den Rundfunk. Mr. Beal sagte, dass er als Privatmann spraeche und nicht als oeffentlicher Beamter.

"Obwohl ich das uebliche Leben eines Mitgliedes der Besatzungsmacht fuehrte, da so fernstehend ist von dem taeglichen Leben des durchschnittlichen deutschen Buerger und Arbeiters, habe ich doch manches vom alltaeglichen Leben und Treiben in Deutschland gesehen, wie auch von der Taetigkeit des deutschen Arbeiters in seinen Arbeiterorganisationen, in den Fabriken, in seinem Heim. Zwar habe ich nicht so viel gesehen wie ich es gewuenscht haette, aber immerhin noch genug, um gewisse Aehnlichkeiten und Kontraste zwischen den Angelegenheiten der arbeitenden Klasse und denen der Gewerkschaften in Deutschland und in meinem eigenen Lande festzustellen. Ich moechte sagen, dass mehr Aehnlichkeit besteht als Unterschied, wenn ich alle meine Eindruecke mit einigen Worten wiedergeben muesste.....

"Das fiel mir schon auf, als ich das erste Mal in offizieller Eigenschaft einer deutschen Gewerkschaftsversammlung beiwohnte. Es war dieselbe Art von kahlem unfreundlichem Raum, wie ihn die Arbeiter in meinem Lande fuer ihre Versammlungen zu mieten gewohnt sind. Die Mitglieder stroemten herein, plaudernd, scherzend und lachend. Ich hoerte dasselbe undeutliche und verwirredne Stimmengemurmel, das man, abgesehen von dem Unterschied in der Sprache, auch bei den amerikanischen Versammlungen hoert. Die Versammlung wurde eroeffnet und die Arbeit begann. Ich stellte fest, dass der Vorsitzende die Versammlung zur Ordnung rief, indem er eine Glocke betaetigte statt mit einem Hammer auf den Tisch zu schlagen, wie wir es in den Vereinigten Staaten tun. In dem Masse wie die Arbeiter begannen, um das Wort zu bitten, wurde mir alles mehr und mehr vertraut.

"Ich stellte fest, dass diese deutschen Arbeiter ueber Probleme sprachen, die ich auch die Arbeiter in Amerika hatte diskutieren hoeren, und ziemlich auf die gleiche Weise. Sie versuchten, durchzusetzen, dass ihre Frauen und Kinder genug zu essen, Kleidung, Unterkunft, Sicherheit und Freiheit und Frieden fuer die Zukunft haetten. In ihrer Art, die Dinge zu sagen, waren manche hochtrabend, manche sprachen mit schriller Stimme, andere wieder geziert, ernst, einige sprachen ernsthaft, manch wieder unbeholfen. Dennoch herrschte allgemein eine Atmosphaere des Ernstes und der Aufrichtigkeit, die ich anerkennen musste und in der ich mich heimisch fuehlte. Abgesehen von allen persoenlichen Unzulaenglichkeiten herrschte aber ein Ton und ein

Geist, der bewies, dass ein demokratischer Fortschritt existiert; es waren einfache Leute, die Probleme anpackten, die fuer ihr taegliches Leben von Wichtigkeit waren. Ich verliess die Versammlung mit einem Gefuehl der Hoffnung und des Vertrauens..... auf die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Dieses Vertrauen ist gewachsen und hat sich vertieft.

"Rundfunksendung der Militaerregierung Wuerttemberg-Baden"
Stuttgart, 15. November 1948.

Der sowjetische Standpunkt ueber Gewerkschaften und Politik

Aus franzoesischer Quelle liegt uns eine Erklaerung vor, die am 16. November 48 in der "Prawda", dem offiziellen Sowjetorgan, erschien. Es handelt sich um einen Kommentar des Genossen Kusnjevow, dem Leiter der Staatlichen Gewerkschaften in Russland, zu der Einrichtung von Gewerkschaftsraeten in den Republiken und Bezirken. Wie er sagte, werden diesen Raeten die folgenden Funktionen obliegen:-

"Um die politischen Pflichten, wie es verlangt wird, richtig und gut zu erfuel-
len, ist es, wie Stalin gesagt hat, notwendig,

- "1. unsere gewerkschaftliche Taetigkeit zu verbessern, damit sie den politischen Erfordernissen der Partei gerecht wird,
- "2. die Arbeit der gewerkschaftlichen Fuehrerschaft auf die gleiche Stufe zu bringen wie die der politischen Fuehrerschaft,
- "3. die volle Durchfuehrung der politischen Direktiven und Parteibeschluesse durch die gewerkschaftliche Fuehrerschaft.

"Die Partei der Bolschewiki beobachtet aufmerksam von Tag zu Tag die Konsolidierung der Gewerkschaften.

"Die Gewerkschaftsraete muessen regelmaessig die Agenten der Gewerkschaften, die in den Staedten und Doerfern taetig sind, zusammenrufen, um die Erfahrungen auf gewerkschaftlichem Gebiete zu besprechen und um die Beschluesse und Direktiven, die von der Partei, der Regierung und vom Zentralrat der Gewerkschaften ergangen sind, zu erlaeutern."

Diese Forderung ist klar; die Gewerkschaften sind in erster Linie der kommunistischen Partei ihre Loyalitaet schuldig. Auch ist die Forderung fest und entschlossen. Es kann keine Frage darueber geben, ob die Gewerkschaften ihren Mitgliedern gegenueber eine Verantwortung tragen. Sie muessen Werkzeuge der Regierung und der Partei sein, die ja beide identisch sind.

"Bulletin Hebdomadaire Réservé aux Militants
Syndicalistes Libres" 19. November 1948

Die Auffassung der Sowjets vom Gesetz und den Menschenrechten

Unlaengst wies Charles E. Bohlen, der Berater des Amerikanischen Aussenministeriums, in einer Rede vor der New Yorker Anwaltsvereinigung auf einige grundlegende Unterschiede zwischen der kommunistischen und der demokratischen Gesellschaft hin.

"In unserer demokratischen Gesellschaft besteht die Funktion des Staates darin, die menschlichen Rechte und grundlegenden Freiheiten zu wahren und zu foerdern. Der Staat existiert zum Wohle des Menschen und nicht der Mensch zum Wohle des Staates. Jeder einzelne Mensch muss in seiner Lebensfuehrung soviel Freiheit haben, wie dies mit den Rechten der Anderen vereinbar ist. Das sind die wesentlichen Bestrebungen und Ziele unserer Gesetze. Die Freiheit und Wuerde des einzelnen Menschen kann nur unter einem Gesetzssystem erreicht werden, das die Rechte des einzelnen Menschen schuetzt.

"Dieser moralische Begriff, der hinter unseren Gesetzen steht, traegt zur Annehmbarkeit des Prinzips bei, dass in internationalen Dingen statt Gewalt und Anarchie die Vorschriften des Gesetzes herrschen sollten.

"Die sowjetische Auffassung vom Gesetz vertritt vollkommen entgegengesetzte An-

sichten. Die Sowjets verneinen nachdruecklichst, dass ihm ein moralischer Begriff innewohnt und bezeichnen den Glauben daran, dass es so etwas wie Ehrlichkeit und Gerechtigkeit gibt, als Heuchelei der Bourgeoisie. Fuer sie ist das Gesetz lediglich ein Werkzeug des Staates und nicht zum Schutze des einzelnen Menschen. Keine geringere Autoritaet als Wischinskij, dessen Buch "Das Gesetz im Sowjetstaat" vor kurzem in diesem Lande (Amerika) veroeffentlicht wurde, laesst keinen Zweifel hierueber aufkommen. Er behauptet, dass die "gesetzlichen Beziehungen (und folglich das Gesetz selbst) in den materiellen Lebensbedingungen wurzeln, und dass das Gesetz lediglich den Willen der herrschenden Klasse darstellt, der zum Gesetz erhoben wurde..."

"Ueber das Thema Sowjetjustiz ist er nicht weniger offenherzig: 'Die Aufgabe der Justiz in der UdSSR besteht darin, eine genaue und unbedingte Erfuellung der Sowjetgesetze seitens aller Institutionen, Organisationen, Beamten und Buerger der UdSSR zu sichern. Dies erreicht der Gerichtshof dadurch, dass er erbarmungslos alle Kraefte im Volke - in welcher Form sie auch immer ihre verbrecherischen Angriffe gegen den Sozialismus bekunden moegen - vernichtet... In unserem Staate kann es natuerlich fuer die Feinde des Sozialismus keinen Platz geben fuer eine Freiheit der Rede, der Presse usw. Jede Art von Versuch ihrerseits, diese den Werktaetigen gewaehrten Freiheiten zum Schaden des Staates - d.h. zum Schaden der Werktaetigen - zu benutzen, muss als konterrevolutionaeres Verbrechen bezeichnet werden....'"

"State Department Radio Bulletin " 29. Januar 49

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 2

Berlin, 4 März 1949

Die Rolle der amerikanischen Arbeiterführer

Professor C. Wright Mills, ein Soziologe an der Columbia-Universität und bekannte Autorität auf dem Gebiete der Arbeiterprobleme, hat ein bedeutendes Buch geschrieben mit dem Titel: "Neue Männer an der Macht". Die neuen Männer sind die Arbeiterführer, und er denkt hierbei an die amerikanischen Arbeiterführer, an die, die im Laufe der vergangenen 10 Jahre in Erscheinung getreten sind. Nachstehend einige seiner Beobachtungen, die der Einleitung entnommen sind:

Neue Bewegungen und neue Führer

"Während die älteren Wortführer immer noch zu Helden gestempelt werden, sind neue Männer in Amerika dabei, Macht anzusammeln. Innerhalb dieses Landes sind die Arbeiterführer heute die strategischen Akteure; sie führen die einzigen Organisationen, die in der Lage sind, Bestrebungen, die zu Krieg und Untergang führen, Einhalt zu gebieten.

"Vor 25 Jahren war die Bewegung, die sie führten, uneinheitlich und zerstreut, das Land jedoch, in dem sie die Führung hatten, war sicher und voller Hoffnung und die Welt war der Überzeugung, dass sie für den Gedanken der Demokratie gesichert war. Jetzt, Mitte des 20. Jahrhunderts, umfasst ihre Bewegung ein Drittel des amerikanischen Volkes, die Macht in der Welt ist zur Hälfte amerikanisch, und doch ist die Demokratie überall gefährdet und im Rückzug begriffen.

"Der Schlüssel zu dem, was sich in der Welt ereignen wird, liegt darin, was die Vereinigten Staaten tun bzw. zu tun unterlassen. Aber was der Arbeiterführer tut bzw. zu tun unterlässt, könnte der Schlüssel zu dem sein, was sich in den Vereinigten Staaten ereignet.

Der neue Arbeiterführer kommt aus der Gewerkschaft

"Wenn man die Frage stellt, was der Arbeiterführer eigentlich darstellt, muss man gleichzeitig fragen, was für eine Organisation er leitet und welcher Art das Land ist, in dem er sie führt.

Er ist kein privater Bürger, er ist ein sozialer Akteur und seine Aktionen werden durch den Charakter seiner Gewerkschaft bestimmt. Der Arbeiterführer ist das Produkt einer Gewerkschaft und das stimmt, wenn man sich fragt, ob er seine Gewerkschaft allein für sich aufgebaut hat und sie jetzt als seinen privaten Besitz behandelt oder ob er später zu ihr stieß und sich immer noch als Fremder in ihr fühlt.

"Die Arbeitergewerkschaft ist eine Armee, der Arbeiterführer ist ein Oberster Befehlshaber. Die Gewerkschaft ist ein demokratisches Parlament, der Führer ist ein parlamentarischer Redner. Die Gewerkschaft ist eine politische Maschine, der Führer ist ein politischer "Meister". Die Gewerkschaft ist ein Geschäftsunternehmen, das die Arbeiterschaft beliefert, der Arbeiterführer ist ein Unternehmer, ein Lieferant

fuer die Arbeiterschaft. Die Arbeitergewerkschaft ist ein Regulierinstrument fuer den industriellen Unwillen des arbeitenden Menschen, die Arbeiterfuehrer sind bezahlte Techniker fuer die Regelung dieses Unwillens, der die Arbeitenden durch Niedergang, Kriege und Zeiten des Aufschwungs und der Hausse in der amerikanischen Gesellschaft in eine Institution einsteuert.

Er ist ein Befehlshaber fuer die Arbeitenden

"Der Arbeiterfuehrer ist so etwas wie ein General aus fruerehen Zeiten: Er rekrutiert und befehligt eine Armee. Es gibt aber viele Arten von Armeen. Die Gewerkschaft aehneln mehr einer lose zusammenhaengenden Guerilla-Formation, die von einem Kriegsherren gefuehrt wird als einer modern bewaffneten Streitmacht, die von Bureaukraten gefuehrt wird, die besonders fuer die geschickte Anwendung mechanischer Kraft gedrillt sind. Dennoch besteht wie in jeder Armee auch in jeder Gewerkschaft eine Hierarchie und es herrscht Disziplin. Generale koennen nicht Generale ohne Sergeanten sein und koennen auch nicht eine Armee formieren, wenn nicht die Disziplin jeden einzelnen Mann an den anderen und an eine Masse von Soldaten bindet. In diesem Sinne sind Gewerkschaften Armeen mit der besten oder auch der schlechtesten Disziplin, wie man sie heutzutage ueberall findet....

"Aber weder Armeen noch Gewerkschaften befinden sich dauernd im Kriegszustand noch staendig im Stadium des Kampfes. Es gibt da Vertraege, Waffenstillstand und diplomatische Beziehungen mit dem Feinde. Dennoch ist die Gewerkschaft zu allen Zeiten fuer die Moeglichkeit eines industriellen Kampfes organisiert und vorbereitet. Sie hat ihre Spione und ihre militaerischen Geheimnisse, und bis zu einem gewissen Grade kann sie tatsaechlich ihre Soldaten fuer den Dienst an der Front einberufen.

"In einem Hauptpunkt aber unterscheidet sich die amerikanische Gewerkschaft sehr von der amerikanischen Armee: sie waehlt ihre eigenen Generale und Sergeanten, manchmal alle 1-2 Jahre oder manchmal mitten im Ablauf eines gefaehrlichen Kampfes. Sie ist eine Armee, die in wirklichkeit mit Stimmzetteln waehlt... Daher ist die Arbeitergewerkschaft nicht nur eine Armee, sondern auch ein Parlament, und deshalb ist der Arbeiterfuehrer nicht nur ein General oder ein Sergeant, sondern auch ein parlamentarischer Fuehrer.....

Der Arbeiterfuehrer ist auch ein Kaufmann.

"Der Arbeiterfuehrer organisiert und verkauft Lohnarbeiter an den Meistbietenden zu den bestmoeglichen Bedingen. Er ist ein Makler fuer die Arbeiterschaft. Er akzeptiert die allgemeinen Arbeitsbedingungen unter dem Kapitalismus und dann feilscht und handelt er als vertragsschliessender Agent innerhalb dieses Systems um Loehne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen fuer die Mitglieder seiner Gewerkschaft. Der Arbeiterfuehrer ist der Unternehmer des Arbeiters, und zwar in einer Weise, die manchmal der des Leiters einer AG gegenueber dem Aktionaer gleichkommt. In der Geschaefswelt gibt es almodische und auch modern denkende Leiter, und das trifft auch auf die Welt der Arbeiterschaft zu.

"Eine Arbeitergewerkschaft ist eine Verbindung, die ein Hindernis bildet fuer den unfreien Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmaerkte sind selten frei, weil auf ihnen die einzige Art von Vertrag, den der einzelne Arbeiter gewoehnlich schliessen kann, die ist, die die Rechtsanwaelte als "Not-Kontrakt" bezeichnen. Das Machtverhaeltnis zwischen dem einzelnen Angestellten und dem einzelnen Arbeitgeber ist zu ungleich, um ein freies Verhandeln zu gewaehrleisten. Eine Arbeitergewerkschaft ist eine Verbindung, die die Schaffung eines freien Arbeitsmarktes durch Angleichung der Macht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erhofft.

"Das Gewerkschaftswesen" sagt einer unserer fuehrenden Arbeiterfuehrer, "braucht den Kapitalismus wie der Fisch das Wasser." Wenn wir unter dem Begriff "Gewerkschaftswesen" die Gewerkschaften verstehen, wie wir sie kennen, dann hat er vollkommen recht. Gewerkschaften und Privatbesitz sind jetzt Teile des gleichen Systems. Bevor es Privatbesitz gab, gab es keine Arbeitergewerkschaften, und so

bald der Staat die Funktionen eines Unternehmers uebernimmt, dann besteht auch immer die Moeglichkeit, dass er die Funktionen, die jetzt von den Arbeiterfuhrern ausgeuebt werden, antastet, an sich reisst und schliesslich abschafft."

Diese Einleitung, die noch andere interessante Bemerkungen enthaelt, ist der Anfang eines Berichts von Professor Mills ueber seine Studien ueber 500 amerikanische Arbeiterfuhrer. Das Ergebnis seiner Studien sind obige Betrachtungen und die Schluesse, die er zog.

C. Wright Mills: "Neue Maenner an der Macht"

Polnische Arbeiterschaft angeblich unter scharfer Kontrolle

Einem Bulletin, das von der freien Arbeiterschaft in Frankreich herausgegeben wird, entnehmen wir einen Bericht ueber die Lage der Arbeiterschaft in Polen. Wir zitieren hier nur die Saetze, die sich auf die polnischen Bestrebungen beziehen, gewaltsam die russische Spielart des industriellen "Antreibertums", des Stachanow-Systems, einzufuehren. Die polnischen Arbeiter, die dieses System akzeptieren oder durch schwere Arbeit ihr Einverständnis hierzu bekunden, werden in leitende Stellungen gebracht. Das sind dann die "Ja-Sager" die Stachanowleute.

"Alle Stachanowleute werden von der Polizei kontrolliert und bestaetigt. Sobald sie zum Schichtfuhrer ernannt worden sind, muessen sie von ihren Arbeitskollegen besondere Anstrengungen fordern, was dann die Form eines kollektiven Wettbewerbs annimmt. Die Stachanowleute werden als eine Art Arbeiterelite angesehen, und der Staat, die Partei und die Gewerkschaft laesst ihnen kleine Aufmerksamkeiten zukommen, naetuerlich unter der Bedingung, dass sie die Produktion der ihnen anvertrauten Schichten vorantreiben.

"Die arbeitenden Massen sind absolut machtlos, um dieser schamlosen Ausbeutung Widerstand entgegenzusetzen zu koennen. Ein Netz von Zutraegern, die geschickt ueber die Werkstaetten, Bueros, Werke und sogar ueber die Haeuser verteilt werden, die "Personaldienststellen" und die Polizeitruppe, die 500.000 Mann stark und nach sowjetischem Muster organisiert ist, machen jede Neigung zum Streik unmoeglich. Auf jeden Fall wird ein Streiken von den Kommunisten von vornherein schon als Sabotage hingestellt und entsprechend bestraft.

"Die kommunistische Regierung fuerchtet jedoch die Arbeiter. Ihre Fluesterpropaganda, ihre Unzufriedenheit mit den Vorschriften in bezug auf das Stachanowsystem, die von der unlaengst geschaffenen Wettbewerbs-Kommission veroeffentlicht wurden, setzen sie in Furcht. Die polnischen Arbeiter haben viel Gruende, unzufrieden zu sein. Abgesehen davon, dass keine Redefreiheit und ueberhaupt keine gewerkschaftliche Freiheit besteht, ist ihre materielle Lage weit davon entfernt, sich zu bessern. Die Loehne sind praktisch blockiert. Es kommt noch hinzu, dass die Regierung gerade jetzt die Sach- oder Naturalleistungen abgeschafft hat und sie laecherlich niedrig angesetzt hat, was wiederum die Kaufkraft der arbeitenden Klassen verringert.

"In den neuen Arbeitsabstufungen ist mit Bedacht ein starkes Missverhaeltnis in bezug auf die Loehne festgelegt worden. In Warschauer Elektrizitaetswerken gibt es z.B. 21 verschiedene Kategorien von Lohnempfaengern. Die Konsolidierung dieser Missverhaeltnisse und die Schaffung neuer Vorrechte verschaeerft die Feindseligkeit gegen das Regime. Dazu kommt noch, dass bei jeder Gelegenheit (Streiks in Frankreich Errichtung eines Volkshauses fuer die neue Vereinigte Sozialistische und Kommunistische Partei usw...) den Arbeitern von den Kommunisten "freiwillige" Beitraege von ihrem Arbeitslohn abgezogen werden. Diese zusaetzlichen Beitraege verringern in hohem Masse die Einkuenfte der Arbeiter.....

Um den Ernst der Unzufriedenheit des Volkes begreifen zu koennen, darf man nicht vergessen, dass die polnischen Arbeiter vor dem Kriege im Kampf eine fuehrende Rolle spielten. Damals war das Regime reaktionaeer und beguenstigte die kapitalistische

Ausbeutung, aber es stand den Arbeitern frei, sich in ihren Gewerkschaften zu organisieren, ihre Rechte mit allen Mitteln zu verteidigen, wozu auch der Streik gehörte. Sie besaßen eine gewerkschaftliche Freiheit und widersetzten sich gewaltsam dem reaktionären Regime, das vergeblich versuchte, sie zu unterdrücken. Heute aber stellen sie fest, dass ihnen die 'Volksdemokratie' nur eine erzwungene "freiwillige" Arbeit, kollektiven Wettbewerb, die Abschaffung der gewerkschaftlichen Freiheit und des Streikrechts, Zutraegerie im Betrieb und die Unterwerfung des Einzelnen zum Wohle des totalitären Staates gebracht hat, denn trotz aller Schlagworte der Sowjetpropaganda sind dies die einzigen "Siege" fuer die arbeitende Klasse wo auch immer die Stalinisten die Herren werden."

Bulletin Hebdomadaire Réservé aux Militants
Syndicalistes Libres" Paris, 31. Dezember 1948

Vorschlaege fuer einen alleuropaeischen Arbeitsmarkt

Hierbei scheint es sich um eine der guenstigsten Auswirkungen zu handeln, die sich auf der Beteiligung von Arbeiterfuhrern an den internationalen Beziehungen ergeben haben. Das Internationale Amt fuer Arbeitsangelegenheiten (ILO) der Vereinten Nationen schlug im vergangenen Jahre in San Francisco vor, eine Konferenz einzuberufen um ueber den Einsatz von Arbeitern ausserhalb der nationalen Grenzen zu beraten. Jetzt hat die Organisation fuer die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC), die die Marshallplan-Laender vertritt, das ILO gebeten, einen Plan auszuarbeiten, demzufolge Inspektoren ausgebildet werden sollen, die sich mit den Problemen des internationalen Austausches von Arbeitskraefte befassen. Alle europaeischen Laender sind dringend ersucht worden, Sachverstaendige zu den Studienkursen zu entsenden, die das ILO moeglicherweise in Genf abhalten will.

Clinton S. Golden, der Berater in Arbeitsfragen beim ECA aeusserte sich zu diesem Plan: "Wenn dieser Beschluss von den Marshallplan-Laendern gebilligt wird, dann sind die traditionellen nationalen Schranken in einem kritischen und entscheidenden Abschnitt des wirtschaftlichen Lebens Westeuropas gefallen. Dieser Akt ist vielversprechend fuer die Einheit und ist ein weiterer Schritt zur Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa."

Man wird sich noch mit vielen Problemen befassen muessen, bevor man daran denken kann, den Plan fuer eine Ueberfuhrung der Arbeiter von einem Land in das andere in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Probleme muessten von den Experten untersucht werden, die sich an dem Unterweiskursus des ILO beteiligen. Danach muessten die verschiedenen Laender gesetzliche Vorschriften erlassen, damit die Schranken fallen, die jetzt den Arbeiter daran hindern, von einem Land in das andere zu gehen, um Arbeit zu bekommen. Es wird sich fuer die Arbeiter die Notwendigkeit ergeben, Geld von einem Lande in das andere zu ueberweisen, Es muessen Wege gefunden werden, um die Sicherheitsmassnahmen auf die Arbeiter auszudehnen, die aus anderen Laender kommen, so dass ihre Gesundheit geschuetzt wird und sie eine angemessene Entschaedigung erhalten, wenn sie krank werden oder einen Unfall erleiden, waehrend sie sich in dem fremden Lande befinden.

Diejenigen Kreise, die diesen Plan fuer eine internationale freizuegige Umgruppierung der Arbeitskraefte beguenstigen, sind der Meinung, dass es den Arbeitern in Europa genau so freistehen sollte, von einem Lande zum anderen zu fahren, wie ihnen dies in ihrem eigenen Lande von Stadt zu Stadt moeglich ist.

"Amerikanisches Arbeitsministerium"

"Labor Information" Januar 1949

Ansichten Russlands ueber den Marshall-Plan

In diesem Bulletin sind bereits viele Artikel ueber das Europaeische Wiederaufbau-Programm erschienen. Diese Berichte aeusserten sich im allgemeinen im guenstigen

Sinne hierzu. Aber die Russen bringen auch weiterhin unguenstige Berichte. In einem Artikel, den V. Linetzkij unlaengst in der Zeitschrift "Moscow News" veroeffentlicht hat, lesen wir, dass "Frankreich fast vollstaendig seine Warenkaeuft in Belgien eingestellt hat", dass "sich die norwegische Regierung entschlossen hat, fuer den Schiffsbau im Auslande keine Lizenzen mehr auszustellen", dass diese und noch andere Umstaende eingetreten sind, weil "der Marshall-Plan den europaeischen Handel gelahmt hat."

Hierfuer macht der Artikel W. Averell Harriman, den Direktor des europaeischen Verwaltungsausschusses fuer das ERP, verantwortlich. Es wird behauptet, dass die Bemerkungen Harrimans nicht ein "Gefuehl der Zusammenarbeit", sondern "unvereinbare Widersprueche im Lager der Marshallplan-Laender zur Folge gehabt hat". Nachstehend die Bruende hierfuer:

"Unter dem Vorwand, den "Geist der Zusammenarbeit" unter den Marshallplan-Laendern zu staerken, mischt sich der Verwaltungsausschuss (ECA) in immer steigendem Masse in die inneren Angelegenheiten der westeuropaeischen Staaten.

"Der Marshall-Plan hat die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas in der Nachkriegszeit gelahmt. Das amerikanische Kapital hat, indem es dem alten imperialistischen Prinzip "divide et impera" (teile und herrsche) folgt, die Widersprueche und Unvereinbarkeiten zwischen den kapitalistischen Staaten Europas angefacht. Und jetzt bestehen die amerikanischen Monopolisten auf groesserer "Zusammenarbeit" und auf einem sich immer steigernden Druck auf Westeuropa, indem sie ihre eigene Institution dazu benutzen.

"In dem Masse, wie die Zeit voranschreitet, wird die Strategie und die Taktik der amerikanischen Monopolisten immer offensichtlicher. Sie versuchen, den Marshallplan dazu zu benutzen, um sich die westeuropaeischen Laender zu unterwerfen. Die Verwirklichung dieses Plans offenbart seinen raeuberischen Charakter in immer steigendem Masse und stoest unvermeidlich mit den Antagonismen zusammen, die unter den Laendern, die daran beteiligt sind, herrschen."

Amerika wird der Vorwurf gemacht, dass es in Westeuropa eine Spaltung hervorrufen wird. Es wird angedeutet, dass ohne einen solchen Plan in Westeuropa mehr Aussichten fuer eine Einheit bestehen wuerden. Will Russland denn eine solche Einheit. Wir wissen, was die Kommunisten in Frankreich und England tun, um solch ein vereintes Westeuropa zu verhindern und warum sie den Marshall-Plan fuerchten.

Der oben angefuehrte Artikel erschien in den:

"Moscow News" vom 13. Januar 1949

Marshallplan-Laender schicken Experten nach den USA

Verschiedene Marshallplan-Laender sind eingeladen worden, Arbeiterfuehrer und Vertreter der Arbeitgeberschaft nach den Vereinigten Staaten zu entsenden, damit sie die Produktionsmethoden studieren. Dies isttanscheinend eine teilweise Antwort auf den vorhergehenden Artikel, der in den "Moscow News" erschienen ist. Unlaengst berichtete das amerikanische Arbeitsministerium ueber den Besuch einer Delegation von 7 Gewerkschaftsfuehrern auf Norwegen. Diese Gewerkschaften waren interessiert, etwas ueber die Art und Weise zu erfahren, wie die Arbeitsmethoden in der amerikanischen Industrie sind und die Lebensweise des amerikanischen Arbeiters zu beobachten. Nachstehend ein weiterer Bericht des Arbeitsministeriums, der eine britische Delegation betrifft.

"Etwa 200 bis 300 englische Arbeiter und Arbeitgebervertreter werden Kuerze die Vereinigten Staaten besuchen, um die amerikanischen Produktionsmethoden zu studieren. Die Rundreisen werden durchgefuehrt als eines der Ergebnisse der ersten Zusammenkunft des Anglo-Amerikanischen Produktionsausschusses. Der Ausschuss, der sich aus Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft Englands und der Vereinigten Staaten zusammensetzt hat sich dafuer ausgesprochen, dass sich unter den Delegierten die hier die Werke besichtigen wollen, solche jeder Stellung aus kleinen und grossen Werken

der verschiedensten Industriezweige vertreten sein sollen.

Der Produktions-Ausschuss, der auf Veranlassung des ECA gebildet wurde, hat sich jetzt in Komitees aufgeteilt, um die Studien besonderer Probleme fortzusetzen. Die Komitees sind jetzt gebildet worden, um Massnahmen zu treffen fuer Werksbesichtigungen und Austausch von Produktionstechniken, fuer die Instandhaltung der Produktionsstaette und der Kraftanlage, fuer Spezialisierung in der Produktion und wirtschaftliche Information. Der Ausschuss wird in voller Zusammensetzung wieder zu Anfang des Jahres in den Vereinigten Staaten zusammentreffen.

"Der Ausschuss setzte sich dafuer ein, dass in England die vorhandenen Hilfsmittel voll ausgenutzt wuerden. Er wies darauf hin, dass der ECA die Hauptentscheidungen treffen muesse, die auf dem Ersuchen seitens der Britischen Regierung beruhen, und zwar in bezug auf Anforderungen von Stahl, Werkzeugen, Maschinen, und anderen benoetigten Materialien, und auch darueber, dass der Instandhaltung, dem Bau und der Mechanisierung bei der Planung in erster Linie der Vorzug gegeben werden sollte."

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Labor Information" Januar 1949

Die Vorarbeiter in den russischen Fabriken haben eine schwere Zeit

Lt. einem Bericht in der Zeitschrift "Foreman Facts", einem Organ des Instituts fuer Arbeitsbeziehungen in New York, hat der Vorarbeiter in einer russischen Fabrik durchaus keinen angenehmen Posten, Viele Vorarbeiter werden nicht deshalb ausgewaehlt, weil sie in Dingen der Arbeit Tuechtigkeit und Geschicklichkeit an den Tag gelegt haben, sondern weil sie schnell gearbeitet haben und in der Lage waren, viel zu produzieren. Wenn sie erst einmal Vorarbeiter geworden sind, dann stellen sie fest, dass sie den grossten Teil ihrer Zeit damit verbringen muessen, um Berichte abzugeben und Formulare auszufuellen. Ausserdem hat selten ein Vorarbeiter irgendwelche Autoritaet, seine Arbeiter bei der Disziplin zu halten. Auch ist der Vorarbeiter keineswegs der Leiter der ihm unterstellten Arbeiter, da der Inspektor berechtigt ist, Anordnungen zu geben, ohne sich mit dem Vorarbeiter vorher besprechen zu muessen. Dennoch kann aber der russische Vorarbeiter bestraft werden, wenn seine Abteilung oder Arbeitsgruppe nicht produziert. Er kann sogar schlechter Arbeit wegen oder wegen Materialverschwendung ins Gefaengnis geworfen werden. Aus dem Bericht geht hervor, dass es in den russischen Fabriken an Sicherungsmassnahmen mangelt. Die Unfallziffern in der Sowjetindustrie sind hoch, d.h. nahezu 4 Millionen Unfaelle im Jahr.

"The Management Review" Dezember 1948

Die Britische Eisen- und Stahl-Gesellschaft

Gemaess dem Britischen Plan fuer die Verstaatlichung der Eisen- und Stahl-Industrie per 1. Mai 1950 werden bis auf etwa 5% alle Eisen- und Stahlwerke des Landes oeffentlicher Besitz werden. Alle Firmen, die lt. dem Durchschnitt fuer 1946 und 1947 50.000 Tonnen oder mehr Eisenerz im Jahr verarbeiten, sollen verstaatlicht werden. Alle Werke mit 20.000 Tonnen oder mehr Eisen oder Stahl sollen auch von der neuen im oeffentlichen Besitz befindlichen Eisen- und Stahl-Gesellschaft uebernommen werden. Die Gesellschaft wird von einem Direktorium geleitet, dass sich aus 4 bis 10 Mitglieder zusammensetzt, die vom Minister fuer Versorgung ernannt werden. Die Firmen, die Motorfahrzeuge herstellen sollen von dieser Massnahme ausgeschlossen sein.

Die Eisen- und Stahl-Gesellschaft wird etwa 107 Gesellschaften mit ihren Zweigunternehmen in ihren Besitz ueberfuehren. Die Uebernahme geschieht durch Ankauf der Aktien der betreffenden Unternehmen. Der Wert der Aktien wird zu dem Wert festgesetzt, wie er in der Zeit vom 1. bis 25 Oktober 1948 an der Boerse notiert war oder

zu dem Wert, den sie 6 Monate vor den Wahlen im Jahre 1945 repräsentierten, je nachdem, welcher Wert höher liegt. Die verstaatlichten Firmen werden unter ihrem jetzigen Namen weitergeführt und auch von derselben Leitung. Es wird unter ihnen auch weiterhin das Prinzip des Wettbewerbs herrschen, obwohl sie in bezug auf Planung der Leitung der Eisen- und Stahl-Gesellschaft unterstehen.

Folgende Tabelle enthält Zahlenmaterial über Produktion und Verbrauch an Stahl im Vereinigten Königreich, unlangst und für 1939.

	(Tausend Tonnen)		
	1939	1947	1948
Inlandproduktion in Barren und Guss - - -	-13,221	12,725	14,500
Nettoeinfuhren, Barren und Halbfer-			
tigfabrikate - - - - -	939	358	340
Für Fertigfabrikation im Vereinigten			
Königreich verfügbare Barren - - - - -	14,160	13,083	14,840
Gegenwert an Fertigwaren - - - - -	10,620	9,341	10,700
Einfuhr von Fertigfabrikaten - - - - -	441	74	230
Ausfuhr von Fertigfabrikaten - - - - -	1,175	1,279	1,330
<u>Inlandverbrauch an Fertigfabrikaten - - -</u>	<u>9,936</u>	<u>8,136</u>	<u>9,600</u>

"Labor and Industry in Britain" Dezember
1948

Automobilarbeiter fordern Pensionen.

Pensionen in Höhe von \$100 pro Monat forderte Walter P. Reuther, der Präsident des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter (CIO) für Automobilarbeiter, die sich zur Ruhe gesetzt haben. Dieser Vorschlag wurde anlässlich einer Schulungskonferenz dieser Gewerkschaft am 20. Januar eingebracht. Die Gewerkschaft hatte bereits in ihrem Abkommen mit den Kaiser-Frazer-Automobilwerken zum Ausdruck gebracht, dass sie bei den Kollektivvertragsverhandlungen 1949 besonders die Sozialversicherung im Auge habe. Sie hat bereits eine Lohnskala aufgestellt, der zufolge die Löhne erhöht oder herabgesetzt werden sollen, je nachdem sich der Lebenshaltungszustand ändert.

Ein Weg, wie dieser Pensionsplan finanziert werden soll, ist von Reuther noch nicht genannt worden, man nimmt aber an, dass sich die Arbeiter an den Kosten nicht beteiligen werden. Nach Schätzungen dürften sich die Ausgaben im ersten Jahr allein für Unterstützungen ohne Berücksichtigung der Verwaltungskosten auf mehr als 100 Millionen Dollar belaufen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der vorgeschlagene Pensionsplan in den bevorstehenden Verhandlungen mit der Ford-Motor-Company eine Rolle spielen wird. Die Fordgesellschaft soll das "erste Ziel" im Jahre 1949 sein. Thomas Thompson, der Vorsitzende der Ortsgewerkschaft 600 der Fordwerke hat darum ersucht, dass die Gewerkschaft den Pensionsplan auf einer Basis aufstellen möge, die sich auf die gesamte Industrie erstreckt, anstatt darüber mit jeder Firma einzeln zu verhandeln. Soch ein Plan, der sich über die gesamte Industrie erstreckt, sagte Thompson, würde weitreichend genug sein, um für lange Zeit in Zeiten der Depressionen zu funktionieren und würde "die ganze Frage in einer einzigen Verhandlung erledigen. Dadurch würden die Unterhändler der Ortsgewerkschaft wie auch der Gesellschaften in die Lage versetzt werden, ihre ganze Zeit der Lösung von Problemen, zuzuwenden, die sich Tag für Tag aus den Beziehungen im Werk ergeben."

Bis jetzt wurden die meisten Verträge, die die Automobilarbeiter abgeschlossen haben, mit jeder Firma einzeln ausgehandelt. Man muss nun abwarten, ob die Gewerkschaft es schaffen wird, Verhandlungen mit allen größeren Werken der Automobilin-

industrie einzuleiten. Die Gewerkschaft hat auch Mitglieder in verwandten Industriezweigen, wie im Flugzeugbau und der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 26. Jan 49

Die AFL fordert Reinigung der in Canada angeschlossenen Gewerkschaften von Kommunisten.

Die American Federation of Labor (AFL) hat jetzt den ihr in Canada angeschlossenen Gewerkschaften gegenueber eine feste Haltung eingenommen. Einige der canadischen Gewerkschaften sollen angeblich von den Kommunisten beherrscht sein, obwohl sie der AFL angeschlossenen sind, die stark antikommunistisch eingestellt ist. Jetzt hat sich der Exekutivrat der AFL an den ihm angeschlossenen Canadischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbund (CTLC) gewandt und ihn aufgerufen, sich vor der Gefahr des Kommunismus fuer das freie Gewerkschaftswesen zu hueten.

"Wir koennen und wollen auch nicht einen Kompromiss mit den Kommunisten schliessen, deren vornehmstes Ziel darin besteht, Bewegungen, wie es unsere sind, in den Vereinigten Staaten und Canada zu zerstoeren. Wir glauben und vertrauen darauf, dass die Funktionaere des CTLC in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern unserer internationalen Gewerkschaften in Canada einen Weg finden werden,....um diesen wirklich wuensenswerten Bestrebungen gemeinsam zum Fortschritt zu verhelfen.

"Falls dies nicht gelingen sollte, dann wuerden sich innerhalb der canadischen Gewerkschaften chaotische Verhaeltnisse ergeben. Wir wiederholen aber, dass wir keine Loesung unserer schwierigen Lage akzeptieren wollen oder koennen, die in irgend einer Weise einen Kompromiss mit den Kommunisten darstellt.

"Die Kommunisten in der canadischen Arbeiterbewegung sind nicht sehr zahlreich aber diese paar Leute haben sich bis an die Spitze emporgearbeitet und beherrschen also auf diese Weise den CTLC, eine der beiden Koerperschaften auf dem Gebiete des Arbeitswesens in Canada. Unlaengst war die Seeleute-Gewerkschaft Canadas, die von den Kommunisten gefuehrt wird, in etwas verwickelt, was man als ungesetzlichen Streik bezeichnete. Diese Gewerkschaft wurde von anderen Mitglied-Gewerkschaften des CTLC bekaempft. Die Zentralstelle des CTLC schloss eine Eisenbahner-Gewerkschaft aus, die die streikenden Seeleute angegriffen hatte. Als die Stammorganisation, die AFL in den Vereinigten Staaten, gegen diesen Ausschuss protestierte, wurde die Eisenbahnergewerkschaft vom CTLC wieder aufgenommen. Zu dieser Aktion hat jetzt die AFL ihrer canadischen Zweigorganisation gegenueber folgende Erklaerung abgegeben:-

"Waehrend nun einerseits der Ausschluss aufgehoben wurde, draengen wir andererseits darauf, dass alles, was sich darauf bezieht, aus den Akten und Aufzeichnungen des CTLC entfernt wird, und dass satzungsmassige Schutzmassnahmen erlassen werden, um einer Wiederholung solcher undemokratischen Handlungen zuvorzukommen. Wir draengen nachdruecklich darauf, dass der CTLC seine Satzungen so abaendert, dass die internationalen Gewerkschaften der AFL bei den Konferenzen des CTLC Stimmrecht haben, und zwar gemaess der Hoehe der Kopfquote, die diese Organisationen bezahlen."

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass, um die Konferenzen kontrollieren zu koennen, die Kommunisten den Trick anwenden, viele kleine Gewerkschaften ins Leben zu rufen und es so einzurichten, dass diese dann einen unverhaeltnismaessig grossen Einfluss bei der Wahl haben. Es wird behauptet, dass die nichtkommunistischen AFL-Gewerkschaften in Canada mehr als 60% der Beitraege zur Unterhaltung der Zentralstelle zahlen. Solch eine Aenderung der Wahlmethoden bei den Konferenzen wuerde den nichtkommunistischen Gewerkschaften ihre Macht wiedergeben. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass die paar Kommunisten, die jetzt an der Macht sind, irgend einen Wandel hinnehmen werden, der ihre Ausschaltung zur Folge haben wuerde. Wenn sie sich weigern, die geforderten Schritte zu unternehmen, dann bleibt abzuwarten, ob die AFL nicht Massnahmen einleitet, um einen neuen Gewerkschaftsbund in Canada ins Leben zu rufen.

"The New York Times" 9. Februar 1949

Gewerkschaftsvertrag betont soziale Sicherheit

Die Bedingungen des vor kurzem zwischen der Kaiser-Frazer Automobil-Gesellschaft und dem Verband der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas (UAW) - der dem CIO angeschlossen ist - abgeschlossenen Vertrages erstreckt sich auf 12.500 Arbeiter in den Werken dieses Unternehmens in Detroit. Die sich aus dem neuen Abkommen fuer die Arbeiter ergebenden Vorteile sehen eine geringe Lohnerhoehung vor, konzentrieren sich jedoch hauptsaechlich auf andere Vorteile, was auf eine neue Tendenz beim Abschluss von Kollektivvertraegen hindeutet.

Jeder Arbeiter bei den Kaiser-Frazer-Werken bekommt eine Lebensversicherungspolice ueber \$2.000 und hat im Krankheitsfalle oder bei Unfaellen Anrecht auf Krankenhaus - und aertzliche Behandlung. Dieses Versicherungsprogramm wird vollkommen von der Firma finanziert, und zwar dadurch, dass fuer jede von den Arbeitern geleistete Arbeitsstunde 5 ¢ in einen Fonds eingezahlt werden. Die 800 Gehaltsempfaenger, die nicht Mitglied des Verbandes sind, fallen ebenfalls unter diesen Unterstuetzungsplan. Der UAW hat darauf hingewiesen, dass er versuchen wird, mit anderen Automobilfabrikanten aehnliche Abkommen abzuschliessen.

"American Overseas News Service" 4. Februar 1949

Die AFL will eine Arbeiterzeitung herausgeben

Obwohl in den Vereinigten Staaten bereits viele Gewerkschaftsblaetter und Zeitschriften erscheinen, gibt es nur wenige Gewerkschaftszeitungen. Vor kurzem hat sich nun die AFL entschlossen, eine Zeitung als Organ ihrer Liga fuer Politische Schulung herauszugeben. Die Zeitschrift wird in kleinem Rahmen aufgezoogen werden und wird nicht an einzelne Interessenten abgegeben, sondern packweise an die Gewerkschaftsgruppen verteilt. Das neue Unternehmen wird damit beginnen, mehr Nachdruck auf politische und gesetzgeberische Nachrichten zu legen. Die Liga fuer Politische Schulung steht unter der Leitung von Joseph Keenan, der bereits vielen deutschen Gewerkschaften bekannt ist. Er war frueher zu der Zeit Mitglied der Manpower Division bei der Amerikanischen Militaerregierung, als sich der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften in den Jahren 1945/46 vollzog.

"American Overseas News Service" 2. Februar 1949

Zusammenarbeit von Dienststellen der Vereinten Nationen zur Loesung des Ernaehrungsproblems

Die Internationale Organisation fuer Arbeitsfragen und die Organisation fuer Ernaehrung und Landwirtschaft (Dienststellen der Vereinten Nationen) wollen sich in diesem Jahre bemuehen, das Problem des Landarbeitermangels, der in der ganzen Welt herrscht, zu loesen. Sie wollen versuchen, viele Arbeiter zu ermutigen, wieder zu ihrer landwirtschaftlichen Beschaeftigung, die sie aufgegeben hatten, zurueckzukehren. Es sollen auch Plaene ausgearbeitet werden, die dazu dienen sollen, Landarbeiter aus den Gebieten herauszuziehen, wo bereits genuegend Arbeitskraefte vorhanden sind, um sie dort einzusetzen, wo ein Landarbeitermangel herrscht.

"American Overseas News Service" 28. Januar 1949

Druckerstreik in Argentinien.

In Argentinien wird behauptet, dass die obersten Gewerkschaftsfuehrer begeisterte Anhaenger des Peron-Regimes sind. Zwischen den Mitgliedern des Druckerverbandes in Buenos Aires und den Verbandsfuehrern bestehen jedoch scharfe Meinungsverschiedenheiten; erstere sind aus Protest gegen die Herrschaft, die die Regierung ueber die Gewerkschaften ausuebt, in Streik getreten. Der Streik wurde jedoch fuer ungesetzlich erklaert, und das bedeutet, dass die Streikenden entlassen werden koennen, es hat aber den Anschein, als wenn sie nicht entlassen worden sind. Nach den letzten

Berichten versuchen die Verleger, eine friedliche Loesung herbeizufuehren. Warum sind nun die Drucker nicht festgenommen worden, weil sie das Gesetz verletzt haben. Die Antwort auf diese Frage ist anscheinend darin zu suchen, dass in Argentinien ein Mangel an tuechtigen Druckern herrscht. Ihre Gewerkschaft ist eine der aeltesten und staerksten des Landes.

"The New York Times" 9. Februar 1949

Kollektivverhandlungen ohne Arbeitseinstellungen.

Streiks lassen die Oeffentlichkeit aufhorchen; sie gehen fuer die Zeitungen Schlagzeilen ab. Von den Beziehungen jedoch, die zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern im besten Einvernehmen bestehen, macht man kein Aufhebens, und nimmt keine Kenntnis.

Nach vorsichtigen Schaetzungen betraegt die Zahl der von den Gewerkschaften jaehrlich unterzeichneten, Abkommen zwischen Arbeitern und Unternehmern ueber 100.000. Diese Vertraege wirken sich unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen von ungefaehr 15 Millionen amerikanischer Lohnempfaenger aus. Mittelbar beeinflussen die durchgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen auch die Gehaelter und damit das Wohlergehen von Millionen weiterer Arbeiter, die aus dem einen oder anderen Grund nicht ausdruecklich unter die Bestimmungen der abgeschlossenen Abkommen fallen.

Nur in wenigen Faellen, wenn sowohl unmittelbare Verhandlungen als auch Vermittlungen von dritter Seite erfolglos blieben, kommt es vielleicht zu einer Arbeitseinstellung.

Das Amt fuer Arbeitsstatistik im amerikanischen Arbeitsministerium trifft jetzt Vorbereitungen, um seine Streikstatistik durch Statistiken ueber den "Arbeitsfrieden" zu ergaenzen. Im Rahmen des neuen Vorhabens soll erstmalig versucht werden, Einzelheiten ueber die Zahl der allmonatlich unterzeichneten Vertraege und der davon betroffenen Arbeiter wie auch darueber, ob die Abkommen ohne Arbeitseinstellung erzielt werden konnten, zu sammeln. Die Gewerkschaften werden ersucht, dem Amt fuer Arbeitsstatistik allmonatlich Unterlagen dafuer zur Verfuegung zu stellen. Zu diesem Zweck wurde eine einfache Postkarte entworfen, die sofort nach der Unterzeichnung eines Vertrages von einem Gewerkschaftsfunktionaer ausgefuellt und aufgegeben werden kann. Einige Gewerkschaften fuehren bereits laufend vollstaendige Aufzeichnungen ueber die in ihrer Zentralstelle abgeschlossenen Abkommen und beabsichtigen, die regelmaessig von den Lokalsektionen eintreffenden Berichte zusammengefasst an das Amt fuer Arbeitsstatistik weiterzuleiten.

"Amerika Dienst" 1. Februar 1949

Revolutionierung des Kohlenbergbaus.

Eine neue Kohlenfoerdermaschine

In den Vereinigten Staaten wurde eine neue Kohlenfoerdermaschine erfunden, deren ungeheure Bedeutung fuer die kuenftige Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft nur schwer abgeschaezt werden kann.

Das neue Geraet, wird voraussichtlich die Zahl der amerikanischen Bergarbeiter von einer halben Million auf 25 000 Mann verringern, waehrend gleichzeitig die Kraftstoff-Ausgaben der Industrie durch eine Erhoehung der derzeitigen Tagesfoederum um das 20-fache nur noch die Haelfte betragen werden.

Die etwa 8 m lange Foerdermaschine, die eine entfernte Aehnlichkeit mit einem Panzerkampfwagen hat, wird den Abbau ausserordentlich beschleunigen, da sie die bisher getrennten Vorgaenge des Saegens, Bohrens, Sprengens und Verladens zu einem einzigen Arbeitsgang zusammenfasst.

Das Geraet wird zur Zeit in den Kohlenruben von Colorado, Zentral-Pennsylvanien und Illinois verwendet, hat sich bisher in Steinkohlenruben sehr bewaehrt

und wird voraussichtlich auch bei Anthrazitvorkommen mit gleichem Erfolg eingesetzt werden koennen.

Die Joy Maschinenbau-Gesellschaft in Pittsburgh hat fuer die neue Maschine bisher 300 Auftraege erhalten, 25 Stueck haben das Werk bereits vor kurzem verlassen. Bis September 1949 will die Gesellschaft weitere 150 Maschinen herstellen und bis zu diesem Zeitpunkt eine Monatsproduktion von 50 Foerdermaschinen erreichen.

Die in der "United Mine Workers" (Vereinigte Bergarbeitergewerkschaft) zusammengeschlossenen amerikanischen Bergarbeiter begruessen die Einfuehrung dieses neuen Foederautomaten. Schon als die Serien-Produktion des neuen Foedergeraetes erst anlief, erklarte ihr Vorsitzender, John L. Lewis, dass die Mechanisierung nicht nur des Bergbaus, sondern auch aller anderen gleichgearteten Industrien eine absolute Notwendigkeit sei.

"Die Arbeiter der "United Mine Workers" haben bereits vor drei oder vier Jahrzehnten erkannt, dass groessere Produktion -mehr Tonnen Kohle pro Mann und pro Tag neue Werte schafft und somit den Lebensstandard des Bergarbeiters hebt" erklarte Lewis vor kurzem in einem Interview fuer den "United States News and World Report".

"Amerika Dienst" 12. Januar 1949

Nicht alle Aerzte tragen Scheuklappen

Dr. Channing Frothingham ist ein amerikanischer Arzt, der sich nicht den Standpunkt zu eigen macht, wie ihn die Amerikanische Aerzte Vereinigung (AMA) in ihrem organisierten Kampf gegen den Vorschlag zur Errichtung eines Nationalen Gesundheitsdienstes in den Vereinigten Staaten vertritt. Die AMA versucht, einen Fonds in Hoehe von $3\frac{1}{2}$ Millionen Dollar zur Aufklaerung der Oeffentlichkeit zu bilden, d.h. sie will eine Kampagne gegen den Gedanken eines oeffentlichen Heilwesens einleiten. Aber nicht alle Aerzte haben dieses Programm guenstig aufgenommen. In einer Reihe von Staaten haben sich die aertzlichen Gesellschaften geweigert, sich an dem Plan der Landesorganisation, \$ 25 bei jedem Arzt in den Vereinigten Staaten zu erheben, zu beteiligen.

Da die Meinungen der amerikanischen Doktoren geteilt sind, hat die AMA beschlossen, den Betrag des Kampffonds von $3\frac{1}{2}$ auf 2 Millionen Dollar herabzusetzen. Hierzu schreibt Dr. Frothingham:-

"Viele Doktoren haben die Tatsache uebel aufgenommen, dass der Beschluss, eine Dollarmillionen-Kampagne, die sich ueber das ganze Land erstreckt, gegen die Landes-Krankenversicherung einzuleiten, gefasst wurde ohne dem Aerztestand darueber ausfuehrlich zu befragen. Sie bedauern die heimliche und uebereilte Art und Weise, wie diese Abgabe vorangetrieben wurde, um die groesste politische Kriegskasse in der Geschichte des "Lobby" -Verfahrens (Beeinflussung) zu schaffen.

"Viele von uns sind der Meinung, dass die AMA sich eines Vertrauensbruchs gegenueber den ihr angeschlossenen Doktoren, der Berufsethik und auch dem amerikanischen Volke gegenueber schuldig gemacht hat."

"Die Funktionaere der AMA haben sich behaerlich geweigert, mit der AFL und anderen Arbeiter-, Geschaefts-, Landwirtschafts- und Verbraucher-Organisationen an einem realen Programm zusammenzuarbeiten, um eine angemessene aertzliche Behandlung fuer alle Buerger zu ermoeglichen. Es ist mir persoendlich bekannt, dass die Aerzte in steigendem Masse die Obstruktionspolitik der AMA ablehnen, sie draengen auf eine konstruktive Annäherung an die Probleme der Finanzierung aertzlicher Behandlung und eines besseren Einsatzes der Aerzte, Krankenhaeuser und aertzlichen Einrichtungen.

"Den besten Beweis fuer die Tatsache, dass nicht alle Aerzte AMA-Scheuklappen tragen, liefert eine vor kurzem vorgenommene Aerzteabstimmung, ueber die die Zeitschrift "Medical Economics" berichtet. Als ihnen die Frage vorgelegt wurde, ob sie sich zur Verfuegung stellen wuerden, wenn die Landes-Krankenversicherung zum Gesetz erhoben wuerde, sprachen sich 4 Aerzte von 10 dafuer aus, dass sie entweder in die-

ser Hinsicht vorurteilslos seien oder bereit waeren, mitzumachen, - trotz einer Gegenpropaganda der AMA, die 25 Jahre lang gefuehrt wurde.

"Es handelt sich hierbei um eine Frage, die jedes AFL Mitglied und seine Familie richtig verstehen muss. Jeder Arbeiter hat das grosste Interesse daran. Es handelt sich hier um eine Sache der Volksgesundheit gegenueber einer Sonderaktion der Amerikanischen Aerzte-Vereinigung. Ich bin der Ansicht, dass sich in diesem Kampf das Gros der amerikanischen Aerzte dem Gros der AFL und anderer Gruppen anschliessen wird, die aufrichtig an der oeffentlichen Wohlfahrt interessiert sind.

"American Federationist" Januar 1949

Die Rolle der Regierung im System des Freien Unternehmens

Der nachstehende Artikel wurde von Professor Cyril Zebot, einem Wirtschaftler an der Universitaet Duquesne geschrieben. Er ist der Verfasser mehrerer Buecher ueber Vergleiche verschiedener Wirtschaftssysteme. Der Artikel stellt einen Brief dar, der an die "New York Times" als Antwort auf einen Zeitungsbericht in der Zeitschrift "Times" gerichtet war.

"Die "Times" brachte einen Bericht ueber die Rede, die Praesident Truman vor dem Landesplanungsausschuss gehalten hatte. Es wurde dem Praesidenten darin nachgesagt, er haette sich im Gegensatz zur gelenkten Wirtschaft fuer die Planwirtschaft ausgesprochen. Der "Times"-Bericht gab folgenden Kommentar: "Als er diesen Unterschied machte, deutete er an, dass er eine gelenkte Wirtschaft als totalitaer und eine Planwirtschaft als demokratisch ansehe."

Bis zu einem gewissen Grade mangelt es an Verstaendnis fuer die Bedeutung einer geplanten, kontrollierten oder einer geregelten Wirtschaft. Es ist bekannt, dass wir uns seit einiger Zeit von der urspruenglichen Wirtschaftsform des freien Unternehmens entfernt haben. Wie weit dies zutrifft und welchem Ziel wir zustreben---das ist, allgemein genommen, nicht bekannt. Die Oeffentlichkeit kennt wohl bis zu einem gewissen Grade die verschiedenen Massnahmen der Wirtschaftspolitik, die durchgefuehrt wurden oder noch geplant werden. Es hat aber keine umfassende Vorstellung davon, was all diese Aenderungen und Reformen bedeuten.

"Steuern wir augenblicklich auf eine Planwirtschaft hin?" Dieser Ausdruck bezeichnet offenbar eine Erzeugung, einen Austausch, einen Verbrauch nach einem vorher festgelegten Plan. Aber der Ausdruck "Planwirtschaft", der verhaeltnismaessig juengeren Datums ist, bedeutet eine Planung seitens der Regierung fuer die Wirtschaft als Ganzes. In technischem Sinne ist dieser Ausdruck eine andere Bezeichnung fuer eine kollektivistische, sozialistische oder kommunistische Wirtschaft. In einer solchen Wirtschaftsform ist es die Regierung, die alle Produktions- und Verteilungsmittel besitzt und steuert.

"Das amerikanische Volk wuenscht eine solche Art von Planwirtschaft nicht. Aber zum grossen Teil ist die Tatsache, dass die Regierung in der nationalen Wirtschaft ihre gesetzmaessigen Funktionen nicht ausuebte, fuer die traditionellen Unzulaenglichkeiten, Maengel und falschen Anordnungen, fuer die Verschwendung nationaler Hilfsquellen, fuer das Anwachsen ungerechtfertigter monopolistischer Praktiken, die von der Groesse der Produktionsbetriebe, wie sie durch die technologischen Beduerfnisse gerechtfertigt sind, weit entfernt sind, wie auch fuer die periodischen Schwankungen zwischen Depression und Wohlstand verantwortlich. Nur angemessene und geeignete Massnahmen seitens der Regierung haetten diese Entwicklungen hemmen koennen.

"Die Vereinigten Staaten sind vom "Square Deal" Theodore Roosevelts zum "New Deal" Franklin Roosevelts uebergegangen. Jetzt sind wir dabei, uns mit dem "Fair Deal" des Praesidenten Truman zu befassen. In all diesen Reformperioden ergab sich immer weitere wirtschaftliche Massnahmen seitens der Landesregierung. Jetzt aber wird das Problem nicht durch die Frage geloest, ob die Regierung ausserhalb unseres Wirtschaftslebens steht, sondern vielmehr dadurch, bis zu welchem Grade die Regierung

daran beteiligt sein sollte.

"Jede intelligente Handlung erfordert ein Planen. Jedes Programm der Regierung muss ebenfalls geplant werden. Wenn Praesident Truman dies meinte, als er den Begriff "geplante Wirtschaft" gebrauchte, dann hatte er Recht. Allerdings kann ein Planender nur auf den Gebieten wirken, von denen er etwas versteht und die er beherrscht. Auf die Wirtschaft angewendet, beantwortet dieses Prinzip die Frage warum ein Plan der Regierung nicht den oeffentlichen Markt ersetzen kann.

"Die einzelnen Produzenten und Verbraucher, die sich selbst ueberlassen waren, waren nicht faehig, Schwankungen im Geschaeftsleben auszuschalten, weil sie nicht das noetige Wissen oder die notwendige Macht besaessen, diesem Uebel zu steuern. Andererseits kann die Regierung nicht den Markt als Gradmesser fuer die Beduerfnisse des Volkes und als bestimmenden Faktor fuer wirtschaftliche Werte, Mengen und Qualitaeten ersetzen.

"Welches ist der gesetzmaessige Aktionsbereich der Regierung in unserer modernen Wirtschaft"?

- (1) Die natuerliche Funktion der Regierung besteht darin, angemessene und hinreichende Vorschriften fuer einen gesunden Wettbewerb unter den einzelnen Menschen, den Unternehmen und den sozialen Gruppen festzulegen.
- (2) Die Aufgabe der Regierung besteht darin, ein gesundes Geld zu schaffen, und zwar ohne Inflation und Deflation.
- (3) Nur die Regierung kann und muss groesseren Schwankungen durch eine intelligente Steuerpolitik im Hinblick auf die Aufrechterhaltung einer Vollbeschaeftigung Einhalt gebieten. Danach sollte die Regierung, wenn sich die Nation keinem Notstand gegenuebersieht, weiter vorsichtig in steigendem Masse ihre wirtschaftliche Rolle spielen."

Professor Zebot schloss seine Ausfuehrungen, indem er sagte, die von der Regierung durchgefuehrte Taetigkeit sollte durch die sozialen Beduerfnisse bestimmt sein. Seine Ansicht geht dahin, dass die Regierung sich nicht im Interesse des Volkes mit Dingen befassen sollte, die das Volk selbst durch private Unternehmen durchzufuehren imstande ist. Die Regierung hat aber die Verpflichtung, einzugreifen, wenn die Aufgabe fuer ein Privatunternehmen zu gross ist, oder wenn die Privatindustrie zu kostspielig wird oder zu verschwenderisch arbeitet. Auf Grund der sozialen Erfordernisse muss sich das Volk darueber klar werden und entscheiden, welche Arbeiten es die Regierung durchfuehren lassen will. Eine Regierung kann bei der Planung fuer die nationale Wirtschaft mithelfen, und das erfordert vielleicht, dass irgendwelche Vorschriften fuer das Privatunternehmen erlassen werden. Bis zu welchem Grade jedoch die Regierung planen soll und inwieweit Vorschriften von ihr erlassen werden, das muss vom Volke bestimmt werden.

"The New York Times" 13. Februar 1949

Grossbritannien hat ein staendiges Gesundheitsprogramm

In den Vereinigten Staaten fordern die Gewerkschaften, dass die Regierung ein Krankenversicherungs-Programm aufstellt, und sie verweisen dabei auf das Gesundheitsprogramm der Englaender. Die Aerztevereinigungen und andere besondere Interessentengruppen behaupten, dass das englische Programm ein Fehlschlag sei und aufgegeben werden wird. Der Chefkorrespondent der "New York Times" hat einen Bericht ueber das britische Programm nach den ersten 6 Monaten seines Bestehens geschrieben. Dieser Bericht, der nachstehend aufgefuehrt ist, hat in der amerikanischen Arbeiterpresse weitgehend Verbreitung gefunden.

"Das groesste Experiment, das jemals von einer demokratischen Regierung unternommen wurde - der Landesgesundheitsdienst von "der Wiege zur Bahre" - besteht jetzt 6 Monate. Diese Zeit ist noch zu kurz, um schon ein Urteil darueber abgeben zu koennen, ob es ein Erfolg oder ein Fehlschlag war, aber nicht zu kurz, um sein

junges Dasein zu beschreiben und zu werten. Es schreit noch vor Schmerzen und Pein, aber alles in allem kannes doch immerhin schon als gesundes, lebhaftes Kind bezeichnet werden.....

"Dieses alte Land hat haeufig ein Talent fuer neue Ideen an den Tag gelegt, und es war natuerlich, dass eine sozialistische Regierung entschlossen war, dass ein Plan, der dazu bestimmt war, 95% der Bevoelkerung Nutzen und Vorteile zu bringen, auch gut sein muesste. Jetzt bekommen sie sozusagen alles. Doktoren und Dentisten, Spezialisten und Krankenhaeuser, Muetterheime und Kinderwohlfahrt, Heimbetreuung, Brillen, Gebisse, Perruecken, Instrumente fuer Schwerhoerige, kuenstliche Gliedmassen und andere notwendige Materialien, ebenso Drogen, Medizin, alles das steht einem auf Verlangen zur Verfuegung. Man kann ein Baby bekommen, sich ein Bein brechen, Zahnschmerzen haben und den Verstand verlieren, und alles das wuerde einem nicht einen Pfennig an direkten Auslagen kosten....

"Die meisten Englaender gehoeren heute dem "Nationalversicherungs"-Plan an und jede so versicherte Person zahlt sh 11/4d (etwas mehr als \$1) pro Woche durch Ankauf von besonderen Marken, die es auf den Postaeimern gibt. Von diesem Betrag fliessen 8½d (weniger als 15¢) an den Nationalen Gesundheitsdienst, der Rest wird fuer Alters- und Witwen-Pensionen, fuer Erwerbslosen-, Krankheits- und Invaliden-Fuersorge verwendet....Die Arbeitgeber steuern einen kleinen Betrag zu diesem Plan bei, 5/6 des Gesamtbetrages kommen jedoch aus dem Staatshaushalt. In Zeiten der Flaute wird ein Teil durch hoehere Einkommensteuer gedeckt....

"Von der geschaeetzten Zahl von 21.000 praktischen Aerzten in England und Wales haben sich mehr als 18.000 freiwillig bereit erklaert, sich dem Plan anzuschliessen. (Anmerkung: Bevor der Plan verwirklicht wurde, hatten sich etwa 80% der Doktoren fuer eine Nichtbeteiligung ausgesprochen). Es gibt hier ungefaehr 10.000 Dentisten, von denen 8.700 beigetreten sind. Von den 14.000 Chemists (wie die Drogisten und Apotheker hier genannt werden) sind im Prinzip alle im Gesundheitsdienst.

"Am eindruckvollsten von allem sind wohl die Zahlen der Patienten. Die Bevoelkerung von England und Wales zaehlt nahezu 43 Millionen Menschen. Davon haben sich ueber 40 Millionen bei den Doktoren einschreiben lassen; die uebrigen sind hauptsaechlich Leute, die gut dastehen und aeltere Personen, die sich weiter gegen Honorar von ihren Hausaerzten behandeln lassen. Nach diesen Zahlen zu urteilen, findet die englische Oeffentlichkeit an diesem neuen Plan Gefallen. Die Nachfragen aller Art sind schon so gross, dass Mr. Bevan (der Gesundheitsminister) die dringende Bitte an die Oeffentlichkeit richtete, die Dinge nicht zu ueberstuerzen.

"Es wird zugegeben, dass die durchschnittliche Verguetung fuer die Aerzte angemessen ist; sie wurde allerdings auch von einem Ausschuss festgesetzt, der sich je zur Haelfte aus Aerzten und Laien zusammensetzt....Es werden aber noch Jahre vergehen, ehe es genug Dentisten, Krankenschwestern, Krankenbesucher, gemuegend Krankenhaeuser und Betten, und vor allem, bevor die Gesundheitsstaetten, die in Zukunft die wirkliche Grundlage fuer diese Einrichtung bilden, erbaut worden werden. Der Erfolg des gesamten Gesundheitsunternehmens haengt in Wirklichkeit von diesen Staetten ab, in denen die Doktoren, Spezialisten, Krankenschwestern und das Verwaltungspersonal zusammenarbeiten, wo sie teure Ausruestungen und Laboratorien benutzen und ihre Patienten mit groesster Schnelligkeit und Wirksamkeit behandeln.

"Inzwischen, wenn der Nationale Gesundheitsdienst reibungslos und glatt 10 Jahre lang arbeitet, wird er zu einem grossen Erfolg geworden sein. Man wird ihn auch nicht wieder abbauen koennen, selbst, wenn die Konservativen bei den naechsten allgemeinen Wahlen siegen sollten, zum Teil, weil man etwas, das existiert nicht wieder ungeschehen machen kann, und dann auch, weil jeder das Ideal bewillkommnet, das der neuen Einrichtung innewohnt. Die Kritiker dieses Systems haben keine triftigen Gruende,

die sie vorbringen koennten, und das ist auch der Grund, warum sich schliesslich die Britische Aerztevereinigung entschied, an dem Plan mitzuarbeiten."

"New York Times Magazine" 9. Januar 1949
von den "CIO News" uebernommen, 24. Januar 49

Auch die Frauen haben eine gewerkschaftliche Aufgabe

Die amerikanischen Gewerkschaften haben gesehen, dass Frauen in der Gewerkschaftsarbeit nuetzlich sein koennen, und zwar nicht nur die arbeitenden Frauen, die Mitglieder der Gewerkschaft sind, sondern auch die Frauen der Gewerkschaftsmitglieder. Der CIO hat nun eine Vereinigung weiblicher Hilfsgruppen gegruendet. In allen CIO Gewerkschaften bestehen solche Hilfsgruppen. Ihre Organisation traegt nationalen Charakter und erstreckt sich somit auf das ganze Land. Sie berufen ihre eigenen Sitzungen ein und haben ihre eigenen Arbeitsprogramme. Bei den kuerzlichen Praesidentschaftswahlen haben die Frauen des CIO eine sehr aktive Rolle gespielt.

"Frau CIO" wird sich mehr und mehr ueber die Tatsache klar, dass die politische Aktivitaet 365 Tage im Jahre anhalten muss. Im Gedanken daran sind Sonderlehrgaenge an vielen Orten eingerichtet worden, um unseren Mitgliedern ihre Verantwortung als Frauen, die im Leben stehen, vor Augen zu fuehren. Das Ergebnis ist durchaus ermutigend. Das Programm wird nun fortgesetzt und noch ausgedehnt werden. Es ist erfreulich, festzustellen, dass sich in steigendem Masse die Arbeiterschulen des CIO um die Mitarbeit der Frauen bemuehen und in manchen Faellen Kurse ueber die Probleme dieser Hilfsgruppen und ueber spezielle Arbeitsphasen fuer die Frauen in den Gemeinden durchgefuehrt haben."

"Frau CIO" hat sich waehrend des vergangenen Jahres aktiv an Konferenzen in vielen Gemeinden mit den Frauen anderer Organisationen beteiligt, um eine Kampagne gegen die steigenden Preise durchzufuehren. Diese Konferenzen hatten einen weitgehenden Einfluss auf die Entscheidung bei der letzten Wahl. Die Frauen des CIO hielten auch in vielen Staedten oeffentliche Versammlungen ab, auf denen es um das Taft-Hartley-Gesetz ging, das Gesetz von 1947, das von den Gewerkschaften so heftig bekaempft wird. Zweifellos wird dieses Gesetz bald aufgehoben. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Frauen-Hilfsgruppen der Arbeiterbewegung.

"Bericht des CIO fuer das Jahr 1948"

16 Millionen amerikanische Frauen sind Lohnempfaenger

Am 30. Januar berichtete das Arbeitsministerium, dass 16.323.000 amerikanische Frauen, d.h. 29.8% aller Frauen in arbeitsfaehigem Alter Lohnempfaenger sind. Der durchschnittliche Jahresverdienst der Frauen, die voll gearbeitet haben, belaeuft sich auf \$ 1.661, waehrend der Verdienst fuer Maenner bei voller Arbeitszeit \$ 2.588 betraegt.

Unter Beruecksichtigung der Berufszweige verrichten 90% Frauen Hausarbeiten, nahezu 60% von ihnen sind mit Bueroarbeiten beschaeftigt, etwa 40% sind in Berufen, im Verkauf und bei Dienstleistungen taetig (andere als Hausdienste), waehrend 30% aller Betriebsarbeiter in den Fabriken Frauen sind. Abgesehen von der Hausarbeit findet man die groesste Anzahl weiblicher Arbeiter im Unterrichts-, Aerzte- und Gesundheitsdienst.

Nach Altersgruppen eingeteilt, waren 39% aller weiblichen Angestellten im Jahre

1947 20 bis 34 Jahre alt, 38% waren 35 bis 54 Jahre alt. Von diesen angestellten Frauen waren 38% ledig, 46% waren verheiratet, waehrend 16% verwitwet oder geschieden waren.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 2. Februar 1949

Canadische AFL-Gewerkschaftler duerfen nicht in die USA

3 Funktionaeren der canadischen Sektion des Verbandes der Internationalen Chemiewerker, der der AFL angeschlossen ist, wurde die Einreise in die Vereinigten Staaten verwehrt; offenbar steht dies im Zusammenhang mit Gewerkschaftsangelegenheiten. Gruende hierfuer wurden nicht angegeben; es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass diese Massnahme nach den gesetzlichen Bestimmungen getroffen worden sei, denen zufolge einer Person die Einreise verwehrt werden kann, "deren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten als nachteilig fuer die Interessen des Landes angesehen wird."

"New York Times" 26. Januar 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 3

Berlin, 11. März 1949

Informationen ueber die russische Sklavensarbeit gefordert.

Der Wirtschafts- und Sozial-Ausschuss der Vereinten Nationen hat den Vereinten Nationen eine Resolution unterbreitet, in der darum ersucht wird, die Beschuldigungen zu pruefen, denen zufolge lt. Angaben gewisser freier Gewerkschaften 14 Millionen Menschen in Russland in einer Art Sklaverei gehalten werden. Obwohl dieser Vorschlag in der Presse behandelt wurde, werden hier noch einige Einzelheiten von besonderem Interesse angefuehrt.

Der Vorschlag ging von der AFL aus und wurde dem Wirtschafts- und Sozial-Ausschuss von Toni Sender, einer fruheren aktiven Gewerkschaftlerin in Deutschland, und Willard Thorpe, einem amerikanischen Vertreter, eingebracht. Frl. Sender, die bei der AFL arbeitet, sagte, wenn die Anschuldigungen falsch sein sollten, dann muessen die Russen eine Untersuchung eigentlich begruessen.

Thorpe, der jetzt Staatssekretaer im Aussenministerium ist, erklarte, "Trotz des dichten Schleiers des Geheimnisses, der von der Sowjetregierung beibehalten wird, ist dennoch aus sowjetischen Quellen wie auch aus einer immer mehr sich steigernden Anzahl anderer Quellen genuegend Beweismaterial der Weltaufmerksamkeit zugaenglich geworden, um die Notwendigkeit darzulegen, das Scheinwerferlicht der Untersuchung auf diese Angelegenheit zu lenken." Thorpe zaehlte dann einzelne Beweise aus Sowjetquellen wie auch solche aus anderen Quellen auf.

"Aehnliche Beschuldigungen sind auch gegen andere Laender erhoben worden. Ich beziehe mich dabei auf die osteuropaeischen Laender, die mehr oder weniger nach russischem Vorbild ein kommunistisches Regime haben. Z.B. halten sich Berichte ueber Zwangsarbeiten in den Uranbergwerken im Deutsch-Tschechoslowakischen Grenzgebiet zu hartnaeckig, als dass man sie ignorieren koennte. Die Schablone ist dieselbe wie in der UdSSR, nur eben in kleinerem Masstabe entsprechend der Grosse der Laender.

"Wo immer auch kommunistische Regierungssysteme auftauchen, bringen sie eine Rueckkehr zu den Praktiken der Sklavensarbeit mit sich, die denen aehnlich sind, die in denselben Laendern vor 100 Jahren abgeschafft wurden.." Der sowjetische Vertreter beim Wirtschafts- und Sozial-Ausschuss bezeichnete diese Erklaeung als eine Schmaechung seines Landes und behauptete, sie sei ein Teil des politischen Komplotts, das darauf abzielt, die Sowjetunion in Misskredit zu bringen. Er griff dann die Arbeiterpolitik der kapitalistischen Laender an und meinte, dass die Arbeiter in der Sowjetunion im wahrsten Sinne des Wortes frei seien.

(Presseberichten zufolge weigert sich Russland eine Untersuchung irgendeiner Art anzunehmen.)

"State Department Radio Bulletin" 15. Februar 1949

Veraenderungen in den Familieneinkuenften in Amerika

Nachstehende Tabellen sind dem Wirtschaftsbericht Praesident Trumans fuer 1948 entnommen. Aus der ersten Tabelle geht hervor, wie sich die Familieneinkuenfte einschliesslich derjenigen der Familien, die nur aus einer Person bestehen, ueber die Jahre 1935-1936, 1941 und 1947 verteilen. Auch die gesamten Einkuenfte des Landes sind genannt.

Prozentsatz an geldlichen Einkuenften jeder 5. Familie der Nation

Familieneinheit, abgestuft innerhalb des niedrigsten und des hoechsten Einkommens	Prozentsatz des gesamten geldlichen Einkommens		
	1935-1936	1941	1947
Einkuenfte des Landes in Milliarden Dollars	77.3 (1)	100.5	231.6
Niedrigstes Einkommen jeder 5. Familie	4.0	3.5	4.0
Zweithoechstes " " " "	8.7	9.1	9.8
Dritthoechstes " " " "	13.6	15.3	15.4
Vierthoechstes " " " "	20.5	22.5	22.6
Hoechstes " " " "	53.2	49.6	48.2
Gesamtes Familieneinkommen	100.0	100.0	100.0

(1) Nationale Einkuenfte 1935: 72.2 Milliarden, 1936: 82.5 Milliarden

Wie sich das nationale Einkommen fuer 1941 und 1947 vor und nach der Besteuerung aufteilte, ergibt sich aus der naechsten Tabelle. Im Jahre 1941 wurde das gesamte Nationale Einkommen um 5% durch die Steuern reduziert, 1947 aber ermaessigten sich die Einkuenfte um durchschnittlich 10% fuer alle Familien.

Prozentsatz an geldlichen Einkuenften jeder 5. Familie der Nation, vor und nach der Besteuerung, abgestuft nach der Groesse des Einkommens, 1941 und 1947

Familieneinheit, abgestuft innerhalb des niedrigsten und des hoechsten Einkommens	Prozentsatz des gesamten geldlichen Einkommens			
	1941		1947	
	Vor	Nach	Vor	Nach
	der Besteuerung			
Niedrigstes Einkommen jeder 5. Familie	3.5	3.7	4.0	4.3
Zweithoechstes - - - - -	9.1	9.5	9.8	10.4
Dritthoechstes - - - - -	15.3	15.9	15.4	16.2
Vierthoechstes - - - - -	22.5	23.2	22.6	22.8
Hoechstes - - - - -	49.6	47.7	48.2	46.3
Gesamtes Familieneinkommen - -	100.0	100.0	100.0	100.0

Aus obiger Tabelle ist ersichtlich, dass die Steuern einigen Einfluss auf die Verteilung aller Einkuenfte hatten, die naechste Tabelle zeigt die Einkuenfte nach der Besteuerung im Vergleich zu den verschiedenen Einkommensgruppen. Man muss dabei in Betracht ziehen, dass die Einkuenfte sowohl fuer 1941 wie fuer 1947 nach der Kaufkraft des Dollars im Jahre 1947 angesetzt wurden.

Durchschnittliches geldliches Einkommen jeder 5. Familie des Landes nach der Besteuerung, abgestuft nach der Grosse des Einkommens

Familieneinheit, abgestuft innerhalb des niedrigsten und des Hoechsten Einkommens	Geldliches Einkommen nach der Besteuerung (Dollarwert 1947)		Prozentsatz der Veraenderungen 1941 bis 1947	
	1941	1947	1941	1947
	Niedrigstes Einkommen jd. 5. Familie - -	\$ 562	\$ 796	41.6
Zweithoechstes - - - - -	1,444	1,933	33.9	
Dritthoechstes - - - - -	2,421	2,992	23.6	
Vierthoechstes - - - - -	3,523	4,226	20.0	
Hoechstes - - - - -	7,245	8,574	18.3	

Aus der letzten Tabelle geht hervor, dass in der Zeit zwischen 1941 und 1947 die Kaufkraft bei den Gruppen mit den niedrigeren Einkuenften verhaeltnismaessig schneller stieg. Die Saetze fuer die niedrigeren Gruppen haben sich auf Grund der Lohnveraenderungen im Jahre 1948 noch mehr erhoeht, es wird jedoch noch einige Monate dauern, ehe die Zahlen vorliegen.

Der Wirtschaftsbericht des Praesidenten, 7. Januar 49

Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Amerika bildet kein Problem

Trotz der beträchtlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten im Januar steigt die Beschaeftigung im ganzen Lande weiterhin leicht an, erklarte Maurice J. Tobin, der Arbeitsminister, und der Grad der Geschwindigkeit im Ansteigen der Arbeitslosigkeit hat nachgelassen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit nach der Weihnachtssaison immer ansteigt, und dass dies auf die Drosselung im Bauwesen zurueckzufuehren ist. In diesem Jahre war die Abnahme der Beschaeftigungsziffer groesser. Im Januar 1949 standen insgesamt 57.400.000 Menschen in Arbeit im Vergleich zu 57.100.000 im Januar 1948. Im Januar 1948 belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 2.100.000 im Vergleich zu 2.700.000 im Januar 1949. Im Februar 1948 waren 2.600.000 Menschen arbeitslos. In einer Presseerklaerung sagte Minister Tobin:-

"Waehrend einerseits der augenblickliche Stand der Beschaeftigungslosigkeit eine sorgfaeltige Pruefung und Beobachtung bedingt, ist die Lage andererseits keineswegs beunruhigend...Augenblicklich ist es nicht moeglich, festzustellen, in welchem Masse die laufende Arbeitslosigkeit auf die Rueckkehr zur saisonbedingten Taetigkeit der Vorkriegszeit einschliesslich der Inventuraufnahme zurueckzufuehren ist und bis zu welchem Grade die juengste Unsicherheit im Geschaeftsleben und die Rueckkehr der Kaeufermaerkte in vielen Industriezweigen fuer Verbraucherwaren da fuer verantwortlich ist.

"Es ist jedoch klar, dass Entlassungen in denjenigen Industriezweigen, die typisch dafuer sind, dass sie gegen Jahresende Einschränkungen vornehmen, in diesem Jahre groesser waren als zu irgend einer Zeit seit 1940. Es ist auch einleuchtend, dass gewisse Industriezweige, wie Textilien- und Leder-Ausstattungen, Holz-Moebel- und manche Maschinen-Industrien als Ergebnis der Veraenderungen ihrer Marktlage eine Abnahme an Beschaeftigungslosigkeit zu verzeichnen hatten."

Obwohl 700.000 Menschen im Januar arbeitslos wurden, besteht doch kein Grund zur Annahme, dass diese Entlassungen einen Rueckgang in den Geschaeften ankuendigen, erklarte Dr. Edwin G. Nourse, der Leiter des Ausschusses der Wirtschaftsberater Praesident Trumans.

"State Department Radio Bulletin" 4. Februar 49

Die amerikanische Politik der Sozialisierung

Die Politik der Amerikanischen Militaerrregierung in bezug auf die Sozialisierung wurde in dieser Woche in einem Brief dargelegt, den ein Beamter aus der naecheren Umgebung Praesident Trumans an Norman Thomas, den Sozialistenfuehrer, geschrieben hatte. Dieser Brief war die Antwort auf einen Protest seitens Thomas gegen die Schritte der Militaerregierung, die zusammen mit den Englaendern ein Gesetz 75 erlassen hatte vorbehaltlich weiterer Schritte der deutschen Regierung in Hessen in der Sozialisierung der Bergwerke und Stahlwerke. Generalmajor Harry H. Vaughan, der militaerische Adjutant des Praesidenten, sagte, dass die Politik auf 3 grundlegenden Punkten basiere:

- "1. Es wuerde keine Sozialisierung ohne eine schnelle und angemessene Abfindung der frueheren Besitzer geben.
- "2. Die Militaerregierung ueberlaesst die Frage der Sozialisierung im Gegensatz zum Privatunternehmen den Deutschen, und wird sich in jedem einzelnen Falle an ihre Entscheidungen halten.
- "3. In Faellen, in denen die Bedeutung eines Unternehmens ueber die Grenzen des Landes hinausgeht, muss der Beschluss zur Sozialisierung des Betriebes von einer Gruppe gefasst werden, die das gesamte deutsche Volk repraesentiert, das von dieser Massnahme betroffen wird."

Bei Verkuendung des Gesetzes No. 75 aeusserten sich die amerikanischen und britischen Dienststellen dahingehend, dass die Frage, ob Kohlen-, Eisen- und Stahl-Industrien in Deutschland sozialisiert werden sollten, dem Votum der neuen deutschen Zentralregierung fuer die Westzonen Deutschlands ueberlassen bleiben sollte, schrieb ferner General Vaughan.

"Overseas American News Services" 17. Februar 1949

Die gewerkschaftliche Lage in Japan

Nach einem zweiwoechigen Studium des Kommunismus in Japan und der allgemeinen Lage der Industrie und der Arbeiterschaft gab der Stellvertretende Arbeitsminister John W. Gibson anlaesslich einer Pressekonferenz folgenden Bericht ab:—

1. Der Kommunismus nimmt in Japan zu, aber die Gewerkschaften machen keine wirklichen Anstrengungen, um dies bekanntzugeben. Er fuegte hinzu, dass die Amerikanische Militaerregierung in Japan keineswegs "unnoetig beunruhigt" sei.
2. Das Stabilisierungsprogramm fuer Japans wirtschaftliche Erholung wird von den Gewerkschaften, von den Arbeitgebern wie auch von der Regierung aufrichtig unterstuetzt. Moderne Technik und moderne Ausruestungen fuer die Kohlenbergwerke werden benoetigt.
3. Die japanischen Arbeiterverbaende sind wohl als Gliederung frei, aber in ihrer Taetigkeit durch Zwangsvergleiche und durch die Tatsache gehemmt, dass den Angestellten der Regierung (Post, Eisenbahn ebenfalls) das Recht, in den Streik zu treten oder Kollektivvertraege abzuschliessen, versagt ist.

Gibson berichtete, dass die japanischen Gewerkschaften etwa 6 Millionen Mitglieder haetten. In der Arbeiterbewegung entwickelt sich das System der Kollektivverhandlungen nur langsam und hat noch einen langen Weg vor sich. Freie Gewerkschaften, fuegte er hinzu, seien sowohl fuer die Regierung als auch fuer die Privatunternehmer etwas Neues. Rat und Hilfe von aussen wird noch lange notwendig sein, bis eine freie Gewerkschaftsbewegung endgueltig in Japan verwirklicht ist. Gibson sagte:—

"Einer der schwaechesten Punkte in der japanischen Industrie ist der Mangel an Kohle, sowie der Mangel an modernen Produktionsmethoden. Der Mangel an Kraftstrom schafft Engpaesse. Die japanischen Industriegewerkschaften haben mich ganz besonders gebeten, bei meiner Pressekonferenz darauf hinzuweisen, dass sie das Stabilisierungs-

programm voll und ganz unterstuetzen. Sie alle sind willens, daran mitzuarbeiten..."

"Overseas American News Service" 18. Februar 1949.

Wird die Wissenschaft der Freiheit oder der Tyrannei dienen.

Die moderne Wissenschaft kann im Interesse der Freiheit und Wuerde angewendet werden oder dazu dienen, die Menschen zu Sklaven zu machen. Es haengt davon ab, ob sich das Ruestzeug der Wissenschaft in den Haenden demokratisch denkender Menschen oder von solchen befinden, die nach despotischer Macht streben.

Diese Saetze bildeten den wesentlichen Inhalt einer Rede, die David E. Lilienthal, der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission, unlaengst gehalten hat. Er sagte, "dass die Technologie, die zum Wohle des Menschen angewandt wird, nicht nur materiellen Wohlstand bringen, sondern auch das freiheitliche Denken des Menschen foerdern kann.

"Die Maschine und die Technologie selbst sind weder gut noch boese. Sie sind gut, wenn sie der Mensch zum Guten anwendet und sie sind boese, wenn er sie fuer boese Zwecke verwendet.

"Die Maschine kann natuerlich so angewendet werden, dass sie den Menschen degradiert und versklavt. Sie kann dazu verwendet werden, das Land zu erschoepfen und mit ihm die Wuerde derjenigen, die auf diesem Boden leben, sie kann die Luft vergiften, kann Fluesse verunreinigen, die Waelder verwuesten und dadurch Maenner, Frauen und Kinder zur geistigen Degradierung grosser Armut verurteilen. Sie kann aber auch die Tore zum Vorteil und Nutzen des Menschen weiter oeffnen, sie kann... dazu benutzt werden Schmutz, Unrat, Stauungen und Krankheiten zu beseitigen, um den Boden zu kraeftigen, um die Waelder zu erhalten, um die Umgebung des Menschen menschlich zu gestalten.....

Wir muessen nun unsere Wahl treffen. Wir koennen uns nun bewusst und vorsaeztlich dafuer entscheiden, ob die Maschine oder der Mensch an erster Stelle stehen soll. Diese Entscheidung wird aber nicht zu einer einzigen Gelegenheit vorgenommen, die als Schauspiel und dramatisch ablaeuft, Wir werden von Entscheidung zu Entscheidung schreiten, von Streitfrage zu Streitfrage. Sie und ich und wir alle werden fuer den Rest unserer Tage inmitten dieses Kampfes stehen."

"State Department Radio Bulletin", 7. Februar 1949

Schwedische Arbeiterfuehrer besuchen die Vereinigten Staaten

Der Verwaltungsausschuss fuer das ERP (ECA) gab am 11. Februar bekannt, dass im Maerz 12 schwedische Gewerkschaftler in den Vereinigten Staaten eintreffen wuerden, um dort einen Monat zu verbringen und die Arbeitsbedingungen in den Vereinigten Staaten zu studieren.

Waehrend ihres Besuches, der auf Einladung der Abteilung fuer Technische Hilfeplanung des ECA erfolgt, wird die Gruppe in den Staedten, die sie besucht, auch mit Fuehrern der amerikanischen Arbeiterbewegung, mit Beamten der amerikanischen Regierung wie auch mit Arbeitern zusammentreffen.

Fuehrer der Delegation ist Axel Strand vom Schwedischen Gewerkschaftsbund, zu den Mitgliedern der Gruppe zaehlen ferner: Karl Lindell, der Schatzmeister des Fabrikarbeiter-Verbandes, Ewald Johansson, der Vorsitzende des Verbandes der Arbeiter im Bergbau, Arne Geijer, Holgar Olsson und Erik Ostrand vom Metallarbeiterverband, J.V. Kunblad und Birger Ohquist vom Papierarbeiter-Verband, sowie Ragner Helgesson und Sture Lindblad vom Transportarbeiter-Verband.

Die schwedische Gruppe ist bereits die vierte aus einem Marshallplan-Land, die die Vereinigten Staaten besucht, um die Industrieproduktion zu studieren. Die erste Gruppe bestand aus norwegischen Gewerkschaftlern, die im Januar eine drei-

woechigen Tour unternahm, die zweite ist eine daenische Delegation, die in dieser Woche eintraf, und die dritte wird die erste von einer Reihe britischer Delegationen aus der Industrie sein, die gegen Ende Februar eintreffen wird.

"Overseas American News Service" 12. Februar 1949

Senator Vandenberg ueber die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten

Folgende Erklarung ist einer Rede des Senators Arthur H. Vandenberg, des Fuehrers einer Minderheit im amerikanischen Senatsausschuss fuer Auswaertige Angelegenheiten, entnommen, die er in Detroit hielt. Das Hauptthema seiner Ansprache gipfelte darin, dass die beiden grossen politischen Parteien in der Beibehaltung des bisherigen Kurses in der Aussenpolitik zusammengehen wuerden, obwohl sie bei internen Fragen vielleicht verschiedener Meinung sein moegen. Sowohl Republikaner wie auch Demokraten wollen zusammenarbeiten, um Frieden zu bringen.

"Dieser "Kalte Krieg" keennte in 20 Minuten vorbei sein, wenn Russland in Worten und Werken gutens Willens waere. Wir wollen nichts von Russland als das Recht fuer die unabhaengigen Nationen, innerhalb ihrer eigenen Gebiete nach ihrem eigenen Freien Willen "leben und leben zulassen". Wir bieten Freundschaft auf einer doppelwegigen Strasse. Wir wollen peinlichst genau jede Verpflichtung einhalten, die wir mit der Atlantic Charta und den Vereinten Nationen gegeneinander eingegangen sind. Wir wollen uns an einer allgemeinen Abruestung - einschliesslich der Atom-bombe - beteiligen, wobei eine zuverlaessige Bestrafung bei Treulosigkeit und Vertrauensbruch vorgesehen ist.

"Nur Taten geben ein zuverlaessiges Bild. Bis zu dem herrlichen Tage, da jeder bereitwillig Frieden zu schliessen gewillt ist, werden wir auf die Sicherheit unseres Landes bedacht sein und unser Pulver trocken halten. Wir werden die kollektive Sicherheit und Gerechtigkeit durch die Einrichtung der Vereinten Nationen unterstuetzen. Wir werden uns mit anderen gleichgesinnten Nationen durch regionale Sicherheitsabkommen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen, jedoch ausserhalb des Sowjetischen Vetos, zusammenschliessen. Wir werden unnachsichtlich gegen jeden umstuerzlerischen kommunistischen Verrat vorgehen."

"State Department Radio Bulletin" 11. Februar 1949

Kontrolliertes Unterrichtswesen in den kommunistischen Laendern

Alle diejenigen, die an ein freies Gewerkschaftswesen glauben, sind gewoehnlich auch Verfechter des freien Unterrichts. Es sollte aber die deutschen Gewerkschaftler nicht ueberraschen, einen Artikel wie den folgenden in einer offiziellen Publikation des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) zu finden:

"Die kommunistischen Regierungen Osteuropas bemuehen sich energisch, eine juengere Generation heranzuziehen, die von der kommunistischen Idee durchdrungen ist. Die von den verschiedenen kommunistischen Regierungen erlassenen Verordnungen illustrieren den Prozess, der jetzt hinter dem "Eisernen Vorhang" mit beschleunigter Eile vorangetrieben wird.

"An den Schulen und Universitaeten in Ungarn, der Tschechoslowakei, Polens und Rumaeniens werden jetzt fuer die Lehrkraefte Sommer-Lehrgaenge in den Grundprinzipien des Kommunismus abgehalten. Der polnische Unterrichtsminister hat unaengst darauf hingewiesen, dass die Lehrer ihre ideologische und politische Aktivitaet steigern muessten.

"Tschechoslowakei: Einen Schritt vorwaerts zur Kommunisierung des Unterrichtswesens in der Tschechoslowakei bedeutete die Bildung von Aktionskomitees innerhalb des Lehrerberufs an den hauptsaechlichsten Universitaeten und im Nationalverband der Studenten. Diese Ausschuesse stellten Listen von allen Personen auf, die Geg-

ner des kommunistischen Regimes sind, was zur Entlassung von 17 Mitgliedern des Lehrkoerpers der Karls-Universitaet und zur Ernennung neuer Professoren seitens des Unterrichtsministeriums fuehrte, ohne dass die Universitaet ueberhaupt vorher befragt wurde.

"Um eine Umarbeitung der Geschichte vom kommunistischen Standpunkt aus zu erleichtern, ordnete die tschechoslowakische Regierung die Vernichtung aller Exemplare der Memoiren des verstorbenen Praesidenten Benesch und Winston Churchills an.

Polen: In Polen sind aehnliche Entlassungen an der Universitaet Posen und auch anderswo vorgenommen worden, und der Universitaet wird jetzt durch das Unterrichtsministerium der Lehrkoerper aufgezwungen. Die Professoren und Studenten, die sich dem widersetzen, sind ins Gefaengnis geworfen worden.

Bulgarien: Bei der ersten Reinigungsaktion in Bulgarien wurden 500 Studenten von den Hochschulen relegiert. Alle unabhaengigen Schulen sind auf Anordnung der Regierung geschlossen worden. Die Rektoren, Direktoren, Erzieher und Vorsteher innerhalb des bulgarischen Unterrichtssystems sind jetzt unter den aktiven Mitgliedern der kommunistischen Organisation ausgewaehlt worden.

Russland: Eine Ueberpruefung und Umorganisation der wissenschaftlichen Lehr- und Forschungstaetigkeit in allen Zweigen der Biologischen Forschung in der Sowjetunion war die Folge von Anschuldigungen des Akademikers T.D. Lysenko, dass sich ideologische Ketzerei und abweichende Anschauungen unter seinen Kollegen ausgebreitet hatten, die nicht glauben, dass die Lehren Mendels, Morgans und anderer fuehrenden Biologen der westlichen Welt durch Lysenkos Theorien ueber die Vererbung und die Erbllichkeit charakteristischer Merkmale in Misskredit gebracht worden sind. Als Ergebnis dieser Polemik sind fuehrende Wissenschaftler in der Sowjetunion von ihren Posten entlassen worden, weil sie angeblich "reaktionaere idealistische Anschauungen" vertreten.

"Diese Reinigungsaktion ist auf die Heilkunde, Physik, auf die Philosophie, die Sozialwissenschaften, ja, sogar auf die historische und literarische Kritik ausgedehnt worden."

"Labour" Februar 1949

Der Wert der Forschung fuer den Arbeiter

In unserem Blatt ist bereits ueber das wachsende Interesse der amerikanischen Gewerkschaften an der Forschung berichtet worden. Nachstehender Artikel ist dem offiziellen Organ des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) entnommen.

"Im Allgemeinen wollen die Gewerkschaftler an dem Nutzen, der durch verbesserte Methoden und Arbeitsprozesse geschaffen wird, teilhaben, insbesondere koennen sie die Ideen und Stellungnahmen der Arbeiter in bezug auf irgendwelche neuen wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen zum Ausdruck bringen.

Forschung macht sich bezahlt

"Heutzutage sind diese Entwicklungen im Steigen begriffen, da 39 verschiedene Vereinigungen den Versuch unternehmen, wissenschaftliche und technologische Probleme auf einem immer groesser werdenden Gebiet zu loesen. Jede Vereinigung steht in engster Verbindung zu dem betreffenden Industriezweig, sie bestimmt ihre eigene Richtung in der Forschung, und ihre Ergebnisse sind Eigentum ihrer Mitglieder. Der Mitgliedsbeitrag, der oft niedriger ist als die Jahresbezüge eines Bueroburschen bei manchen kleineren Firmen, macht sich bereits jetzt immer wieder bezahlt. Es ist nicht uebertrieben, wenn man sagt, dass unter Beruecksichtigung der geringen Kosten der Vorteil oder Gewinn fuer die einzelne Firma, fuer die Industrie und den

Staat hoch gewesen ist.

"Ein kurzer Ueberblick ueber einige Arbeiten, die von den Vereinigungen, an denen die Gewerkschaften beteiligt sind, durchgefuehrt wurden, gibt eine klarere Vorstellung von ihrem Wert.

Neue Techniken

"In dem bekannten Shirley Institut in Manchester mit seinen 50 Laboratorien wird praktisch auf jedem Gebiet der Baumwoll-Textilien-Manufaktur eine ausgedehnte Forschungsarbeit unterhalten. Die Leiter des Instituts machen alle Anstrengungen, um neue Techniken bei den Baumwollfirmen einzufuehren und zeigen eine be-
gruessenswerte Bereitwilligkeit, alle Ideen einer Pruefung zu unterziehen, die die Firmen selbst dem Institut einreichen.

Eine weitere Angelegenheit, die die Forschungsvereinigung fuer Stiefel- und Schuhfabrikation aus den Vorkriegstagen wieder aufgenommen hat, verfolgt den Zweck, den richtigen Arbeitsschuh herauszubringen. Die Vereinigung vertritt die Ansicht, dass, wenn dies in der Kriegszeit fuer Soldaten und Flieger moeglich war, es ebenso auch im Frieden fuer Kellnerinnen, Verkaeuerinnen, und Gepaecktraeger durchfuehrbar sein muesste. Fuer diejenigen, die eine gehende Beschaeftigung haben, wuerden solche Entdeckungen viel von den Beschwerden beseitigen, die sich aus schlecht zugeschnittenen Schuhen und Stiefeln ergeben und die zweifellos Stimmung und Gesundheitszustand beeinflussen.

"Solche Faelle von Projekten und Nutzenwendungen koennten beliebig erweitert werden, wer aber daran interessiert ist, wird einen sehr nuetzlichen Ueberblick ueber die modernen technischen Entwicklungen in einer unlaengst von der Regierung veroeffentlichten Broschuere "Die Forschung in der Industrie" finden.

("Research in Industry" heisst diese Broschuere, die zum Preise von 1/8d portofrei vom Publications Department, TUC, Smith Square, London SW 1 bezogen werden kann. Bei genuegend grosser Nachfrage wuerde die Manpower Division, OMCUS, versuchen, eine Uebersetzung zu besorgen)

Darin pruefen und ueberwachen 18 Mitarbeiter die Taetigkeit ihrer Vereinigungen und Sir Edward Appleton, der allen Gewerkschaftlern bekannt ist, entwirft und plant die Ziele der Abteilung fuer Wissenschaftliche und Industrielle Forschung (DSIR), deren Sekretaer er ist.

"Seine Aufgabe besteht darin, die Verbindung zwischen der von privater Seite her unterstuetzten Forschung in der Industrie und der von der Regierung gefoerderten durch Vermittlung der DSIR, die bereits im Jahre 1916 ihre Arbeit aufnahm, herzustellen.

Man findet immer eine Loesung

"Die DSIR fuehrt aber nicht allein ihre eigenen Forschungen auf Gebieten, die weit abseits liegen, wie z.B. Rundfunk und Bauwesen, durch, sondern sammelt auch durch ihre Nachrichtenstelle ausgedehntes Informationsmaterial aus jeder verfuegbaren Quelle. Auf diese Weise ist es moeglich, jemand, der sich mit einem Problem beschaeftigt, an diejenige Stelle zu verweisen, bei der er mit groesster Wahrscheinlichkeit die benoetigte Auskunft erhalten kann.

"Durch seinen Beratenden Ausschuss, der sich aus hervorragenden Wissenschaftlern, fuehrenden Gewerkschaftlern und Industriellen zusammensetzt und der Oberleitung des Praesidenten des Geheimen Staatsrates untersteht, bemueht sich die DSIR in jeder Hinsicht, mit allen Beduerfnissen und Problemen der britischen Industrie Fuehlung zu behalten. Sie legt Wert darauf, die Oeffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass ihre Zentralstelle von jedem in Anspruch genommen werden kann, der mit der Industrie zu tun hat.

"Aber bei dem Fortschritt in der Forschung ergeben sich oft genug Probleme eigener Art, die von den Prinzipien, nach denen die britische Industrie aufgebaut

ist, herruehren. Dies bewahrheitet sich insbesondere beim Radar-System, erklart Sir Robert Watson-Watt, der selbst Gewerkschaftler und Mitglied des Wissenschaftlichen Beratenden Ausschusses des TUC ist, in dem abschliessenden Artikel der Veroeffentlichung.

Einsatz des Radar-Systems

"In der Kriegszeit wurde die Radarforschung zentral geplant, auf ein bestimmtes Ziel abgestellt und vom Staate entsprechend finanziert. Mit dem Eintreten friedlicher Verhaeltnisse loeste sich dieses System natuerlich auf und die einzelnen Firmen auf den verschiedenen industriellen Gebieten gingen in bezug auf die Entwicklung ihre eigenen Wege. Es soll nun damit nicht gesagt werden, dass ihre Bemuehungen fruchtlos verliefen, aber die Zeit ist nun wohl gekommen, um sich darueber klar zu werden, dass der Geist und der Sinn der Unabhaengigkeit ueber den Punkt hinausgegangen ist, da er dem Interesse des Einzelnen wie auch dem des Staates am besten dienen kann.

"Sir Robert ist der Ansicht, dass "ein groesseres Mass an Zusammenarbeit in der Industrie selbst der Sache des Inlandsmarktes und den Forderungen des Exports ohne eine wirkliche Schaedigung oder Benachteiligung der Konkurrenzlage in der Industrie des Landes dienen koennte." Was nun den Beitrag, den das Radarsystem zu den wirtschaftlich lebenswichtigen Verbindungen dieses Landes zu leisten imstande ist, anbetrifft, so enthalten die Gedanken Sir Roberts eine Botschaft die allgemein Anwendung finden koennte.

Zusammenarbeit ist die Quintessenz der Forschung

"Die Forschung muss so weit wie moeglich zu allen Erwaegungen in Beziehung stehen, die die Industrie angehen. Von diesen Erwaegungen nehmen die Beduerfnisse des Landes die erste Stelle ein. Grosszuegige und produktive Zusammenarbeit muss zwischen der Regierung und den einzelnen Industriezweigen wie auch zwischen denen herrschen, die sich in gemeinsame Gebiete teilen. Womoeglich muessen auch die Gewerkschaftler den vollen Bestrebungen jene einzigartige Unterstuetzung zuteil werden lassen, ohne die jede neue Idee wahrscheinlich zu einem Versager wird — das drueckt die Ansichten und das Interesse des Arbeiters aus, der ja schliesslich in der Fabrik und an der Arbeitsbank die Arbeit zu leisten hat."

"Labour" Februar 1949

Gesundheitsminister draengt auf Schaffung einer Abteilung fuer Sozialfuersorge

Der Gesundheitsminister Rajkumari Amrit Kaur machte den Vorschlag es sollte sowohl in Zentralindien wie auch in den Provinzen eine getrennte Abteilung fuer Sozialfuersorge geschaffen werden, als sie auf der Zweiten Allindischen Konferenz fuer Sozialarbeit in Madras eine Rede hielt. Auf der Konferenz waren mehr als 500 Delegierte und Beobachter anwesend.

Bei der Abgabe des ersten Jahresberichts fuehrte der Generalsekretaer aus, dass die Entsendung einer Delegation zur Vierten Internationalen Konferenz fuer Sozialarbeit, die in Atlantic City getagt hatte, eines der wichtigsten Ereignisse des Jahres gewesen sei. Der Vorschlag, fuer die Laender des Fernen Ostens in Indien ein Seminar fuer Sozialfuersorge zu gruenden, wurde fuer spaeter im Jahre 1949 verschoben.

Die Konferenz empfahl, die Sozialfuersorger sollten die Foerderung der Dorfindustrie als eine ihrer vornehmsten Pflichten ansehen und brachten auch in Vorschlag, dass die Regierungsstellen fuer Entwicklung und Fortschritt zusammenarbeiten und den Bemuehungen der Privatinstitute finanziell und funktionell in dieser Hinsicht Hilfe zukommen lassen sollten.

Indische Krankenhaus-Vereinigung

In Bombay wurde von indischen Aerzten unter der Bezeichnung "Indische Kran-

kenhaus-Vereinigung" eine neue Organisation gegruendet, deren Praesidium Dr. M.D. Gilder, der Gesundheitsminister von Bombay, innehat.

Die Hauptziele der Vereinigung bestehen darin, durch die Entwicklung des Krankenhauswesens die Fuersorge zu foerdern und Mindestsaetze fuer die Krankenhausbehandlung festzulegen. Die Vereinigung wird nach denselben Grundsuetzen arbeiten wie die amerikanische Krankenhaus-Vereinigung.

Neben der Angleichung der Plaene, Probleme, Taetigkeit und der Beduerfnisse aller Krankenhaeuser wird sie auch die Berufsausbildung und die wissenschaftliche Forschung foerdern.

Eine Abteilung fuer Sozialmedizin

Die Regierung von Madras hat beschlossen, in der Hochschule fuer Medizin in Madras eine Abteilung fuer "Sozialmedizin" ins Leben zu rufen und hat Dr. R. Ratnaswamy zum Professor fuer Sozialmedizin ernannt. Ihm wurde die Aufgabe zuteil, auf diesem Gebiete einen Plan auszuarbeiten.

Dieser Zweig der aertzlichen Ausbildung wurde vom Bhole-Ausschuss befuerwortet. Der Lehrplan fuer die Studenten umfasst u.a. das Studium der wirtschaftlichen Verhaeltnisse, der sozialen Gewohnheiten und der Umgebungsverhaeltnisse des Volkes in ihren Beziehungen zur Gesundheits- und aertzlichen Hilfe, zu den Mitteln, die Krankheiten im Stadium ihrer Entstehung zu bekaempfen und Nachdruck auf die Anwendung vorbeugender Medikamente zu legen.

"India News" 3. Februar 1949

Die Vorsitzende des Allindischen Frauenkongresses ueber die Rolle der Frauen

Das zukuenftige Programm der Allindischen Frauen-Konferenz wurde von Mrs. Urmila Mehta, einer bekannten Kongress-Mitarbeiterin, in ihrer Ansprache als Praesidentin auf der 21. Sitzung der Konferenz, die am 26. Januar in Gwalior ihren Anfang nahm, dargelegt.

Sie empfahl, die Allindische Frauen-Konferenz sollte die Organisation von Beratungsstellen fuer werdende Muetter in die Wege leiten. "In diesen Stellen," sagte sie, "wird es uns moeglich sein, unseren Schwestern die richtigen Wege zur Erziehung ihrer Kinder, die spaeter der Stolz unseres Landes sein werden, aufzuzeigen."

"Ich habe den Eindruck, dass wir die Organisation einer Art Bewegung, wie sie in China unter der Bezeichnung "Bewegung des Neuen Lebens" besteht, bitter noetig haben, die sich in jeder Hinsicht mit unserem sozialen Leben befasst und ihm einen neuen Sinn und ein neues Ziel gibt", sagte sie.

Sie empfahl ferner, die Allindische Frauen-Konferenz moege unverzueglich ein Programm fuer konstruktive Arbeit entwerfen, dem zufolge alle Mitglieder verpflichtet sein sollten, sich fuer eine bestimmte festgelegte Zeit der Sozialarbeit zu widmen.

"India News" 3. Februar 1949

Die Weltfoerderung an Kohle und Stahl

Fuer den Zeitabschnitt von 12 Monaten, der am 30. September endete, betrug die Weltfoerderung an Kohle 1.520.000.000 Normaltonnen, d.h. 10% hoeher als im Jahre 1937 und 3% mehr als 1947. Diese Zahl enthaelt nicht die Foerderung in der Sowjetunion. Die durchschnittliche Monatsproduktion an Rohstahl in der Welt waehrend der ersten 9 Monate des Jahres 1948 war um 10% hoeher als fuer den gleichen Zeitraum im Jahre 1947. Die 11 hauptsaechlichen stahlerzeugenden Nationen (mit Ausnahme der Sowjetunion) produzierten 45 Millionen Tonnen; 60% davon entfielen auf die Vereinigten Staaten.

"New York Times" 20. Februar 1949

Wir helfen anderen, um uns selbst zu helfen!

Ohne den Marshall-Plan wuerde sich Grossbritannien vielleicht heute in einer Lage befinden, in der es $1\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitslose, keine Baumwollartikel in den Laeden, nur $\frac{1}{4}$ der augenblicklichen Tabakmenge, nur $\frac{2}{3}$ der jetzigen Menge an Zucker, Speck, Kaese, weniger Schuhe, weniger Benzin, weniger Filme, Zeitungen und Buecher geben wuerde.

So ungefaehr wuerde unsere Lage aussehen, wie es die Broschuere "Wir muessen zusammengehen", ein neuer und volkstuemlicher Rechenschaftsbericht ueber das Europaeeische Wiederaufbau-Programm (ERP), hinstellt, wie ihn jeder klar verstanden haben muss.

Diese Broschuere unter der Bezeichnung "Getting on together" ist portofrei vom Publications Department, TUC, Smith Square, London SW 1 zum Preise von 4d erhaeltlich.

Sie wurde fuer die Regierung von der Wirtschaftlichen Informationsstelle und dem Zentral-Informationsbuero zusammengestellt. Auf 16 Seiten Text mit Karten und Bildmaterial bringt sie einen kurzen Ueberblick ueber die Geschichte des ERP, einen Bericht ueber den Verwaltungsapparat, Bemerkungen ueber die beteiligten Laender, ueber die europaeische Zusammenarbeit und ueber die Geschichte der Hilfe Amerikas.

Unter der Ueberschrift "Was wir bekommen und was wir geben" wird eine Darstellung des Beitrags Grossbritanniens zum Wiederaufbau Europas gegeben. Eine der Bedingungen der Marshall-Hilfe bestand darin, dass die betroffenen Laender Europas sich einander helfen sollten, und an dieser Bedingung haelt Grossbritannien unbedingt fest.

Wir sind das groesste Industrieland Westeuropas und der wichtigste Eckpfeiler fuer die Wiedergesundung Europas (heisst es in der Broschuere), und wir helfen den anderen 18 Nationen, indem wir sie mit Oel, Kohle, Maschinen, Fahrzeugen, Chemikalien und Textilien beliefern.

So exportierten wir z.B. im Laufe des ersten und zweiten Vierteljahres 1948 durchschnittlich 500 landwirtschaftliche Traktoren (im zweiten Vierteljahr waren es durchschnittlich 547 im Monat). Im Jahre 1938 waren es nur durchschnittlich 190 pro Monat.

Wir haben 1948 $6\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Kohle nach Westeuropa geliefert, das waren 500.000 Tonnen mehr, als wir urspruenglich liefern wollten. Es wird angenommen, dass unsere Kohlenexporte nach Westeuropa bis zum Jahre 1951 insgesamt 29 Millionen Tonnen ausmachen werden im Vergleich zu 27 Millionen Tonnen im Jahre 1938.

Die Bedeutung des Oels

Oel ist mit der bedeutendste Beitrag. Die von den Englaendern kontrollierten Petroleumgesellschaften liefern fast ebenso viel Oel nach Europa wie die amerikanischen Gesellschaften.

Die Ausmasse der Anstrengungen Englands werden an Hand der graphischen Darstellungen geschildert, die eine ermutigende Sprache sprechen. Im Jahre 1948 war die Industrieproduktion um ein Fuenftel groesser als 1938. Sie koennte zwar noch weiter erhoehrt werden, aber nur durch eine steigende Leistung des einzelnen Arbeiters, da nahezu alle verfuegbaren Arbeitskraefte schon vollbeschaeftigt sind.

Im Jahre 1947/48 lag der Ertrag der Landwirtschaft Grossbritanniens um ein Viertel hoeher als vor dem Kriege. Das Ziel ist, den Ertrag bis 1951/52 auf 50% ueber dem Vorkriegsstand zu steigern, was eine starke Erhoehung in der Produktion von Weizen, Kartoffeln, tierischen Futtermitteln, Zucker, Eiern, Milch, Rind- und Kalbfleisch gegenueber den Vorkriegsziffern bedeutet, obwohl wir aber noch weniger Schafe und Schweine haben werden.

Der Umfang unserer Ausfuhr ist im Laufe der vergangenen 18 Monate staendig angestiegen; 1948 haben wir mehr Waren exportiert als 1938.

Ein neues Experiment

"Es liegt an uns" - so lautet die aufmunternde Ueberschrift eines Kapitels, in dem es heisst, "Das ERP ist ein neues Experiment auf dem Gebiete der Internationalen Zusammenarbeit. Nach dem jetzigen Stande zu urteilen, koennen wir noch nicht genau sagen, wie es sich in den naechsten vier Jahren weiterentwickeln wird.

Wir wissen aber genau, dass es uns den richtigen Weg weisst und dass es ohne das ERP keine Hoffnung mehr gaebe, unsere Lebensbedingungen in der Zeit, die unmittelbar vor uns liegt, zu verbessern.

"Aus diesem Grunde verdient es aus vollem Herzen unsere Unterstuetzung, auch wenn es zu Zeiten erforderlich ist, dass wir unsere eigenen Einrichtungen, Abkommen usw. aendern muessen, um anderen Laendern gerecht zu werden, und wir auf manches verzichten, was wir brauchen, weil es anderswo noch dringender benoetigt wird.

"Dadurch, dass wir den anderen 18 helfen, helfen wir ihnen in Wirklichkeit dabei, uns Hilfe zu bringen. Ja noch mehr, wir vereinigen uns mit den Vereinigten Staaten in einem gewaltigen Kampf gegen Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit, in einem Kampf, von dessen Ausgang die Chancen fuer den Frieden oder den Krieg abhaengen."

"Labour" Februar 1949.

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 4

Berlin, 18. März 1949

Die Stellung der Gewerkschaften im ERP

Irving Brown, der Vertreter der AFL in Europa, hat einen ausführlichen Bericht über die Bedeutung des Marshall-Plans verfasst. Dieser Bericht, der in der offiziellen Monatsschrift der AFL erschien, ist zu lang, um hier vollständig wiedergegeben zu werden. Der hier veröffentlichte Auszug beschränkt sich daher nur auf die Absätze des Artikels, die die Rolle der Arbeiterschaft im Europäischen Wiederaufbau-Programm behandeln.

"Was hat wohl Amerika - seine Regierung und sein Volk - dazu veranlasst, sich mit diesem gewaltigen Programm zu befassen.

"Es wäre irreführend, wenn man behauptete, dass der amerikanische Wohlstand von grossen Exporten und von den Märkten im Ausland abhängt. Der internationale Handel ist nur zu einem kleinen Prozentsatz an der amerikanischen Produktion und dem Gesamteinkommen Amerikas beteiligt. Zu einer Zeit, da die Preisinflation das wichtigste wirtschaftliche Problem darstellt, würde ein Exportprogramm die Lage nicht erleichtern, sondern erschweren. Die Hauptsorge der Vereinigten Staaten besteht darin, zu verhindern, dass sich wirtschaftliches Chaos und Unbeständigkeit zu einem Faktor der Zerstörung für die Unabhängigkeit und die demokratische Grundlage der europäischen Staaten entwickeln...

"Die amerikanischen Gewerkschaften haben bei der Formulierung der amerikanischen Vorschläge zum ERP eine sehr aktive Rolle gespielt. Ein grosser Teil der dynamischen Kraft, die hinter dem Marshall-Plan steht, ging von den amerikanischen Gewerkschaftlern aus. Die Arbeiterschaft trat gemeinsam mit den liberalsten Elementen der amerikanischen Gesellschaft nicht nur für eine Unterstützung dieser Hilfe für Europa ein, sondern kämpfte auch dafür, dass eine Garantie dafür gegeben ist, dass sich das ERP nicht in die Souveränität der europäischen Nationen einmischt.

Wer ist gegen den Marshall-Plan und wer finanziert ihn

"Die angeblichen Reaktionäre und Isolationisten Amerikas waren gegen den Marshall-Plan und stimmten gegen eine Hilfe für Europa seitens der amerikanischen Regierung. Die letzteren Gruppen, die sich lediglich von ihrem Eigennutz leiten lassen, wiesen darauf hin, dass Amerika nicht von den europäischen Märkten abhängt, und dass die Anlage von Geldern in Europa sehr unvorteilhaft sei. Sie drängten auf eine Verwendung dieser Gelder innerhalb der kontinentalen Grenzen Nord- und Südamerikas, ein Vorschlag, der - vom streng nichthumanitären, selbstsüchtigen wirtschaftlichen Standpunkt aus - durchaus vertretbar erscheint. Andererseits bildet das amerikanische Hilfsprogramm in Europa entgegen der von den Sowjets inspirierten Propaganda den Ausdruck des Denkens und der Aktivität der fortschritt-

lichsten Teile der amerikanischen Gesellschaft.

"Die grosse Masse der amerikanischen Arbeiter bezahlt mit dem Schweiss ihrer Arbeit die Hilfe ihrer Mitmenschen in Europa, nicht ein einziger Pfennig kommt von Privatbanken. Ausserdem wird das amerikanische Volk immer die Kontrolle darueber haben, wie das Geld verwendet wird, um Europa bei seinem Wiederaufbau zu helfen. Die beste Garantie dafuer wird die Macht der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in der Heimat wie auch im Ausland sein.

Der Beitrag der Arbeiterschaft zur Durchfuehrung des Programms.

"Amerikanische Gewerkschaftler sind ernannt worden, um sowohl in den amerikanischen wie auch den europaeischen Dienststellen des Verwaltungsausschusses fuer das ERP leitende Posten zu uebernehmen. Diese Vertreter der Arbeiterschaft, die selbst aus den Reihen der Arbeiter kommen, stehen in vorderster Front, um eine Gewaehr dafuer zu bieten, dass sich das ~~Europaeische~~ Wiederaufbau-Programm zum Wohle der Massen des Volkes auswirkt.

"Es hat sich fuer die europaeischen Gewerkschaften als notwendig und aeusserst dringend erwiesen, in hoeherem Masse bei den Plaenen unmittelbar eine Rolle zu spielen, die von den Marshallplan-Laendern formuliert werden, die jetzt mit Hilfe der Organisation fuer die Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) durchgefuehrt werden. Um die Interessen der Arbeiter zu wahren, die die Last des Produktionsprogramms zu tragen haben, und um eine Garantie dafuer zu haben, dass das ERP nicht zu einer "kapitalistischen Intrigue" wird, um mit den Worten des KOMINFORM zu reden, ist es erforderlich, dass sich die Gewerkschaftsbewegungen an der bewunderungswuerdigen Hilfsaktion fuer die arbeitende Bevoelkerung beteiligen und sich um sie sammeln, um eine wirtschaftliche und demokratische Stabilitaet in Westeuropa zu wahren. Das bedeutet aber auch, dass die Gedanken der Arbeiterschaft ueber die eigenen nationalen Grenzen hinausgehen muessen, und dass sie sich fuer die endgueltige Verwirklichung der westlichen Wirtschaftsunion einsetzen. Um dies zu erreichen, ist folgendes notwendig:

"1. Beteiligung der nationalen Gewerkschaften: Die Arbeiterschaft muss in hinreichendem Masse in der Verwaltung des ERP vertreten sein - sowohl in Amerika wie auch in Europa. Damit muss auch eine direkte Beteiligung der europaeischen Arbeiterschaft auf international koordinierter Basis an der OEEC verbunden sein.

"2. Internationale Verbindungsstelle fuer Gewerkschaftssekretariate: Die internationalen Gewerkschaftssekretariate in den entsprechenden Industriezweigen sollten zusammen mit den nationalen Gewerkschaftszentralstellen eine staendige Verbindungsorganisation ins Leben rufen, die sich mit den Interessen der Arbeiterschaft am ERP befasst, bei den zustaendigen Stellen Vorschlaege einreicht und die Arbeiter darueber aufklaert, was es mit dem gesamten Projekt auf sich hat.

"3. Die Arbeiterschaft muss die Taetigkeit des ERP ueberwachen: Zusammen mit dem Internationalen Amt fuer Arbeit (ILO) und den Dreierausschuessen muss die Arbeiterschaft am funktionieren und an der Belebung des ERP beteiligt sein, indem sie sich dazu aeussert, ob Produktionsziele erreichbar sind, ob fuer die Erfuellung von Aufgaben Arbeitskraefte verfuegbar sind oder nicht, ob Unterkunft und Verpflegung in ausreichendem Masse vorhanden ist, um Produktionserhoehungen durchzufuehren, die gefordert werden, was zur Modernisierung der Ausruestungen gehoert und welche neuen Formen wirtschaftlicher Organisation erforderlich sein moegen, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

"4. Die Einstellung der Arbeiterschaft muss ehrlich sein: Die Arbeiterklasse muss bei diesen grandiosen Produktionsbestrebungen der aufrichtigen und begeisterten Unterstuetzung aller Arbeiter sicher sein, die aber zum Scheitern verurteilt sind, wenn die europaeische Arbeiterschaft nicht zu begeisterter Hilfeleistung angespornt wird.

"5. Groesstmoeeglicher Einsatz aller Hilfsquellen: Die Arbeiterschaft muss

bereit sein, den ERP-Laendern bei ihren Bestrebungen "einen hohen Beschaeftigungsstand und einen Hoechsteinsatz aller verfuegbaren Hilfsquellen der europaeischen Laender aufrechtzuerhalten," zu helfen.

"6. Die Arbeitsnormen muessen einen hohen Stand einnehmen: Die Arbeiterschaft muss Kollektivverhandlungen, gewerkschaftliche Normen und Abkommen, Sozialgesetzgebung schuetzen, sie muss sich mit Schulungs- und Umschulungs-Programmen befassen und vor allem die Prinzipien der freien Arbeit wahren und aufrechterhalten.

"Bis zu welchem Grade das Wiederaufbauprogramm ein Voelkerprojekt wird, haengt von der Arbeiterschaft ab. Bis zu welchem Grade das ERP erfolgreich sein oder versagen wird, haengt in Anbetracht der Groesse und Wichtigkeit der Produktionsaufgaben, die vor uns liegen, von der Arbeiterschaft ab. Erfolg oder Fehlschlag bedeuten entweder den Fortbestand oder das Ende eines demokratischen Westeuropas, in dem eine freie Gewerkschaftsbewegung durchaus existieren kann.

"Die Hilfe der Gewerkschaften ist von entscheidender Bedeutung. Diejenigen, die Westeuropa zerstoeren wollen, fangen jetzt an zu versuchen, die Gewerkschaften gegen das ERP aufzuhetzen. Aber diejenigen von uns, die die Demokratie und das freie Gewerkschaftswesen retten wollen, muessen dem ERP zum Erfolg verhelfen und dafuer sorgen, dass es ein Werkzeug dazu wird, den Wohlstand der Massen Europas zu heben und nicht bloss ein Werkzeug, um jahrhundertalte Formen der Ausbeutung beizubehalten. Die endgueltige Entscheidung liegt bei den Arbeitern und bei ihren Vertretern in den Gewerkschaften.

Die Arbeit der ERP-Gewerkschaften

"Die Internationale Gewerkschaftskonferenz vom Maerz 1948 fuer das Europaeische Wiederaufbau-Programm bildete den ersten Schritt vorwaerts zu einer Sammlung der Hilfe fuer den Marshall-Plan durch die Arbeiter und den Anfang zu einer direkten Beteiligung der europaeischen Gewerkschaftsbewegung an den Beratungen und an der Verwaltungsarbeit des ERP. 28 Gewerkschaftsorganisationen aus 13 Marshallplan-Laendern waren durch 50 Delegierte und Beobachter vertreten. Man schaezt, dass nahezu 40 Millionen Arbeiter Westeuropas und Amerikas auf dieser Konferenz vertreten waren.

"Die hauptsaechlichsten Erklaerungen der europaeischen Gewerkschaftsdelegierten enthuelten den Ernst der wirtschaftlichen Lage ihrer Laender und die Notwendigkeit einer amerikanischen Hilfe. Die Gewerkschaftsdelegierten gaben folgende Berichte ab:

"1. Wirtschaftskrise: Europa braucht ganz dringend eine Marshall-Plan-Hilfe. Wenn keine Hilfe von aussen her kaeme, wuerde der Lebensstandard der Arbeiter auf ein Minimum von 25% sinken, und in manchen Laendern wuerde ein wirtschaftlicher und politischer Zusammenbruch unvermeidlich werden.

"2. Die Hilfe der amerikanischen Arbeiterschaft wird begruesst: Die vereinten Anstrengungen der amerikanischen Arbeiterschaft im Rahmen des ERP wurden nicht nur bewillkommet, sondern auch als beste Garantie fuer eine Hilfe ohne politische Bindungen warm begruesst. Die harmonische Zusammenarbeit der Vertreter der AFL und des CIO auf der Konferenz wurde fast von jedem Sprecher hervorgehoben und bildete sofort einen der hervorragendsten Momente in der Entwicklung der Konferenz.

"3. Beteiligung der Arbeiterschaft: Die Arbeiterschaft sollte an den Beratungen und der Verwaltungsarbeit des ERP beteiligt sein, nicht nur vom Standpunkt der entsprechenden nationalen Regierungen, aus, sondern auch als geeinter Machtfaktor bei der Arbeit der Wirtschaftsorganisation der 16 Nationen.

Die Beschluesse der ERP-Gewerkschaften

"Die Beschluesse, die auf dieser Konferenz gefasst wurden, hatten die Bildung eines Beratenden Gewerkschaftsausschusses fuer das ERP zur Folge. Die Konferenz nahm einstimmig eine Erklaerung an, die ein Fanfaensignal fuer die Arbeiter Europas war und aufs neue die demokratische und freie Grundlage herausstellte, auf der

das ERP geplant bzw. entworfen und angewendet wird. Die Erklaerung umfasste und hob die folgenden Punkte hervor:

- "1. Ein Erfolg des ERP bedingt gewerkschaftliche Zusammenarbeit.
- "2. Ohne amerikanische Hilfe ist die europaeische Krise unueberwindlich.
- "3. Die europaeischen Gewerkschaftler stellen mit Befriedigung fest, dass keine politischen Bedingungen an die amerikanische Hilfe geknuepft sind, und dass eine Nichteinmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen gesichert ist.
- "4. Eine Unterstuetzung der Aufgaben und Massnahmen in der Produktion ist vom nationalen wie vom internationalen Standpunkt aus notwendig.
- "5. Die Konferenz verzeichnet ihre hohe Anerkennung fuer die von der amerikanischen Arbeiterschaft in vollkommener Einmuetigkeit ergriffene Initiative in der Formulierung des Europaeischen Wiederaufbau-Programms.

"Dieser Ausschuss hatte urspruenglich seine Zentralstelle in London, und der Generalsekretaeer des Britischen Gewerkschaftsbundes leitete das Sekretariat des gesamten Ausschusses. Ein kleines Sekretariat wird jetzt in Paris errichtet, um die direkten Verbindungen mit der OEEC aufrechtzuerhalten.

Die Gewerkschaften und die OEEC

"Seit der Abhaltung der ersten Konferenz haben bereits Sitzungen des Beratenden Gewerkschaftsausschusses stattgefunden. Es wurden vorbereitende Massnahmen ergriffen, um die Wege fuer eine ausgedehntere Beteiligung der europaeischen Arbeiterschaft an der OEEC zu ebnen.

"Der Vertreter der AFL als Mitglied des Beratenden Gewerkschaftsausschusses fuer das ERP bestand als erster darauf, dass folgende Richtlinien fuer die Arbeiterschaft im derzeitigen ERP-Apparat gelten sollen:

"1. Ideen und Massnahmen, die zu einer endgueltigen Wirtschaftsunion in Westeuropa fuehren, sollen unterstuetzt werden.

"2. Der Beratende Ausschuss fuer das ERP sollte als der formelle Beratende Gewerkschaftsausschuss bei der OEEC angenommen und befragt werden.

"3. Europaeische Gewerkschaftler sollen mit leitenden Verwaltungsposten in der OEEC betraut werden.

"4. Eine angemessene Vertretung und Beteiligung in den verschiedenen Schluesselindustrie-Ausschuessen der Abteilungen der OEEC (wie Stahl, Metalle, Kohle, Transportwesen usw.) sollte verwirklicht werden. Die internationalen Gewerkschaftssekretariate koennten logischerweise fuer diese Arbeiten als die geeigneten Mittlerstellen dienen.

Die Ansichten fuer die Arbeiterschaft der Welt

"Die im letzten Juli in London abgehaltene Konferenz des Gewerkschaftsausschusses des ERP traf ein Abkommen, dem zufolge von den beteiligten Gewerkschaftsorganisationen Beitragsgebuehren in Aussicht genommen sind, und ergriff auch noch andere Massnahmen, die einen Schritt vorwaerts zur Bildung einer internationalen Organisation bildet, die befaehtigt ist, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter Europas zu verteidigen und zu foerdern, waehrend sie andererseits den Versuchen des KOMINFORM und des Weltgewerkschaftsbundes, den Wiederaufbau zu sabotieren, Widerstand entgegensetzt.

"Eine solche Organisation ist geeignet, einen enormen Beitrag zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wiederbelebung und Einigung Europas und schliesslich der ganzen Welt zu leisten. Das amerikanische Volk in seiner Gesamtheit sieht diesem Ziel entgegen und erblickt darin einen Teil seiner Bestrebungen wie auch den Zweck des Marshall-Plans. Ohne dabei an seinen persoenlichen Vorteil zu denken und ohne Herrschgelueste hat ganz Amerika das Gefuehl, das sein Geschick mit dem eines demokratischen Europa eng verknuepft ist.

"Die hierfuer aufgewendeten Geldsummen bedeuten nur einen geringen Preis, der fuer

die Aufrechterhaltung unseres gemeinsamen Erbes an Freiheit und Demokratie zu zahlen ist. Diese Begriffe sollten unser Ziel sein - nichts mehr und auch nichts weniger! "

"American Federationist" Januar 1949

Die Meinung eines Beamten fuer Arbeitsbeziehungen des ECA

Boris Shishkin, der fruere Direktor der Forschungsabteilung der AFL und jetzige Leiter der Abteilung fuer Arbeitswesen beim Wirtschaftsausschuss fuer das ERP (ECA) besuchte vor kurzem den Ausschuss fuer Auswaertige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses. Shishkin, der im Pariser Buero des ECA taetig ist, sprach ueber die Wirkung des Wiederaufbauprogramms auf die Arbeiter in Europa. Er erklarte, dass die europaeische Arbeiterschaft wegen der greifbaren Erfolge des Europaeischen Wiederaufbau-Programms voller Hoffnung sei.

Shishkin erklarte ferner, dass die aktive Teilnahme der amerikanischen Gewerkschaftsfuehrer an den Aufbauprogrammen auf die Europaer grossen Eindruck gemacht haetten und dass sie fuer den Beitrag, den die amerikanische Arbeiterschaft - die groesste steuerzahlende Klasse - leistet, volles Verstaendnis aufbringen. Neue und engere Zusammenarbeit zwischen den internationalen Arbeitersekretariaten (Transportarbeiter, Textilarbeiter, Bergleute) sei ein weiterer ermutigender Beweis fuer die Bemuehungen der Arbeiterschaft, Europas Wirtschaft wieder zu beleben.

Eines der wichtigsten Probleme fuer die europaeischen Nationen besteht, wie Shishkin feststellte, darin, dass zwischen Angebot und Nachfrage bei Arbeitskraeften Ausgleich geschaffen wird. Die richtige Beschaeftigung fuer die Arbeiter, insbesondere fuer die Facharbeiter, zu finden, sei eine der Hauptsorgen des ECA. Mit dieser Frage befassten sich jedoch die ERP-Nationen selbst durch ihre Organisation fuer die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC). Trotz aller Fortschritte in den Bemuehungen, die passende Arbeit fuer alle zu finden, bleibt immer noch das Problem des Bevoelkerungsueberschusses, bemerkte Shishkin, das aber auf dem Kontinent nicht geloest werden kann. Man braucht Aufnahmegebiete fuer die Durchfuehrung gross angelegter Auswanderungen.

Mehrere Gewahrsmanner beim Ausschuss traten dafuer ein, dass keine Abstriche bei dem geforderten Zuteilungsbetrage von 5.580 Millionen Dollar vorgenommen wuerden und waren der Meinung, dass solche Abstriche nur den Fortschritt des Wiederaufbaus beeintraechtigen koennten.

"State Department Radio Bulletin" 21 Februar 1949

Norwegische Gewerkschaften berichten ueber Russland

Vor kurzem besuchte eine Delegation norwegischer Gewerkschaftsfuehrer auf Einladung der Sowjetregierung Russland. Aus privaten Quellen war es moeglich, einen Bericht ueber die Beobachtungen und Eindruecke der Delegation zu bekommen. Obwohl die Bewegungsfreiheit der Norweger beschraenkt war, war es ihnen doch moeglich, vieles zu sehen und zu hoeren. Folgendes entnehmen wir dem Bericht:-

"Die durchschnittliche Familie kann kaum vom Einkommen des Mannes leben. Die Frauen werden in einem Ausmasse auf die Arbeitsmaerkte getrieben, wie es bei uns ganz ungewoehnlich ist. Viele von ihnen sind als ungelernete Bauarbeiterinnen in Strassenbautrupps taetig. Der gewoehnliche Lohn ist kaum hinreichend, um die Dinge zu kaufen, die fuer den Lebansunterhalt am noetwendigsten sind.

"Die Lebensmittelversorgung ist jetzt so gross, dass der groesste Teil der Bevoelkerung zweifellos ihre notwendige Nahrung an gewoehnlichen Lebensmitteln erhaelt, wie z.B. Brot, Kartoffeln und Gemuese. Aber die Preise fuer Fleisch und Fleischerzeugnisse, fuer Butter, Fisch, Konserven usw. sind im Verhaeltnis zu den Loehnen so hoch, dass es nur einigen Wenigen moeglich ist, solche Lebensmittel

zusätzlich zu ihren taeglichen Mahlzeiten zu kaufen.

"Fuer Kleidung und Schuhe bleibt nur wenig, denn solche Waren sind ganz besonders teuer. Das beweist auch ueberall deutlich die aeuessere Erscheinung und Aufmachung der Bevoelkerung. Sie scheinen in guter Verfassung zu sein, sind aber schaebig gekleidet, und ihr Schuhwerk ist dementsprechend sehr aermlich. Das groesste Problem fuer den Lebensstandard sind wahrscheinlich die Wohnungsverhaelt-nisse. Ueberall kann man eine Menge ueberfuellter, alter, halbzerfallener Haeuser und solche, die schlecht instandgesetzt wurden, sehen, und das nicht etwa nur in Gegenden, die durch Kriegsweinigwirkungen verwuestet wurden.

"Die Delegation versuchte, eine Vergleichsnorm zu dem gewoehnlichen Lebens-haltungsindex 100 zu finden, und so wurde der russische Lebensstandard auf nicht hoeher als 60 geschaezt.

"Die Absonderung in bezug auf die Aussenwelt ist sehr straff und wird streng-stens erzwungen. Jeder auslaendische Einfluss auf Kunst und Wissenschaft wird ver-mieden. Es werden Versuche unternommen, darzulegen, dass fuer die groessten Fort-schritte auf verschiedenen Gebieten den Russen die Ehre zukommt und dass z.B. nicht Edison, sondern ein Russe die erste elektrische Gluehlampe erfand. Die Re-gierungsbehoerden beobachten mit grossem Misstrauen eine Zusammenkunft mit Aus-laendern. Anfang 1948 wurde ein Gesetz rechtskraeftig, das den Russen untersagt, Auslaender in ihrer Wohnung zu empfangen oder Auslaender in deren Wohnung zu be-suchen.

"Die Russen, mit denen wir in den Gewerkschaften, Fabriksleitungen und Insti-tuten zusammenkamen, waren sehr stolz auf die Rolle, die die Sowjetunion waehrend des Krieges gespielt hat und auf die Erfolge, die sie bei ihrer Wiederaufbautae-tigkeit zu verzeichnen haben. Wir zweifeln nicht daran, dass sie vor allem an einer friedlichen Entwicklung interessiert sind und in dem festen Glauben leben, dass sie in ein paar Jahren alle Schwierigkeiten ueberwunden haben, es sei denn, dass ein Krieg dazwischen kaeme.

"Es waren alles ausnahmslos einfache und sympathische Menschen, die in gros-sen Masse dazu beitragen, den Glauben zu festigen, dass, wenn nichts Unvorherge-sehenes eintritt, es der Sowjetunion allmaehlich moeglich sein wird, zu einer gluecklicheren Phase der Entwicklung zu kommen als zu der, in der sich das Land im Augenblick befindet."

"Overseas American News Service" 22. Februar 1949

New York hat einen Plan fuer den Arbeitsfrieden

Gewisse fuehrende Buerger von New York City sind mit dem dringenden Ersuchen an die Bundesregierung herangetreten, die in ihrer Stadt entwickelten Methoden zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten anzunehmen. Bei dem Plan handelt es sich um ein Verfahren, das mit Erfolg bzw. annehmbarem Erfolg in anderen Gegenden der Vereinigten Staaten ausprobiert wurde. Wenn zwischen einer Gewerkschaft und Arbeit-gebern Streitigkeiten entstehen, dann ernennt der Buergermeister einen Ausschuss der sich aus Arbeitgebern und Gewerkschaftlern der betreffenden Industrie zusammen-setzt. Wenn der Ausschuss aus 3 Gewerkschaftlern und 3 Arbeitgebern besteht, dann werden noch 3 neutrale Personen dem Ausschuss beigeordnet. Das Verfahren ist das alsbekannte, wobei der Ausschuss sich damit beschaeftigt, ueber die Streitfragen zu diskutieren, bis eine Regelung getroffen wird. Nach diesem Verfahren konnten schon eine Anzahl schwieriger Faelle in New York beigelegt werden."

"New York Times" 23. Februar 1949

Viele New Yorker Frauen bevorzugen Nachtarbeit

Das Arbeitsministerium des Staates New York hat unlaengst bei einer Auswahl von Frauen, die Nachtarbeit verrichten, Umfragen gehalten. Vor dem Kriege war

eine solche Beschaeftigung in New York nicht gestattet. Das Verbot wurde jedoch in den Notzeiten gelockert, und nach dem Kriege wurde das Gesetz wieder in Kraft gesetzt, jedoch wurde der Zeitraum fuer die Nachtarbeit auf die Zeit von 11 Uhr bis Mitternacht ausgedehnt.

Das Ministerium befragte 347 Frauen, die des Nachts arbeiteten. Die meisten von ihnen berichteten, dass sie es aus den Gruenden vorzoeegen, Nachts zu arbeiten, wie sie eine Frau vorbrachte "Es wuerde sich fuer mich nicht lohnen, am Tage zu arbeiten und mir ein Maedchen zu nehmen, das auf die Kinder achtgibt. Aber so ist mein Mann um 3 Uhr 30 zuhause und alles klappt wunderbar." Nachstehend einige Gruende, die von den Frauen angefuehrt wurden, die es vorziehen, nachts in der Fabrik zu arbeiten:

<u>Gruende fuer die Nachtarbeit</u>	<u>Anzahl der Arbeiterinnen</u>
Betreuung der Kinder - - - - -	101
Fuer die Hausarbeit praktischer - - - - -	138
Um die Stellung zu behalten - - - - -	103
Finanzielle Vorteile - - - - -	13
Betreuung kranker oder alter Angehoeriger - - - - -	11
Ausruhen am Tage oder persoenliche Dinge - - - - -	29
Morgens laenger schlafen - - - - -	17
Tagesschicht faengt zu frueh an - - - - -	11
Andere Gruende - - - - -	46
	469

Die Zahl der Gruende (469) ist groesser als die Zahl der befragten Frauen, (347) weil manche von ihnen mehr als einen Grund dafuer angaben, warum sie Nachtarbeit vorziehen. Aus Obigem geht hervor, dass die meisten Gruende haeusliche Verhaeltnisse und Familienangelegenheiten betrafen. Als man die Frauen ueber die Auswirkungen der Nachtarbeit auf die Gesundheit befragte, gaben 9% der Frauen an, dass diese Beschaeftigungsart gesundheitsschaedlicher als Tagesarbeit sei; sie klagten ueber Ermuedung und Ueberanstrengung der Augen. Alle diese Frauen waren in Fabriken beschaeftigt, die besondere Schichten fuer Frauen eingefuehrt hatten.

Amerikanisches Arbeitsministerium,
 "Monthly Labor Review" Januar 1949

Britische Ziele und Erfolge auf dem Gebiete
 der Arbeitseinsatzlenkung

Im Verlaufe des Jahres 1948 hatte sich das englische Arbeitsministerium gewisse Ziele in bezug auf die Verteilung der Arbeitskraefte gesteckt. Nur wenige dieser Ziele wurden erreicht, und zwar hauptsaechlich deswegen, weil die Britische Regierung nur ungerne zu Zwangsmitteln greifen will und es vorzieht, dass es den Arbeitern freigestellt sein soll, sich ihre Arbeit bzw. ihren Arbeitsplatz selbst auszusuchen.

Das Ziel, das erreicht werden sollte, waren 1.110.000 Landarbeiter und es wurde auch beinahe im September erreicht, als die Zahl der Landarbeiter auf 1.110.000 anstieg. Nachstehend sind die Ziele und Ergebnisse in anderen Industriezweigen aufgefuehrt:

	<u>Ziel</u>	<u>Ergebnis</u>
Kohlenbergbau (lt. Buch erfasste Art)	750,000	726,000
Baumwollindustrie - - - - -	325,000	287,000
Wollwaren-Industrie - - - - -	200,000	186,000
Andere Textilien - - - - -	235,000	207,000

Es war geplant, die Anzahl der Arbeiter im Bau- und Maschinenbaugewerbe von 1.364.000 auf etwa 1.210.000 herabzusetzen, aber die Verringerung war nur unbedeutend, naemlich weniger als 10.000 Arbeiter in diesen Gewerbebezweigen. Die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn man Arbeiter dazu veranlassen will, von einem Industriezweig zu einem anderen ueberzuwechseln, ist darauf zurueckzufuehren, dass es sich in vielen Faellen um aeltere Arbeiter handelt, die sich schwer an die neuen Arbeitsformen gewoehnen koennen. In anderen Faellen wuerde die Ueberfuehrung eines Arbeiters von einem Industriezweig zu einem anderen seinen Umzug von einer Stadt in die andere bedingen. Hier spielt natuerlich auch wieder das Problem der Unterbringung eine Rolle. Die Arbeiter sehen es nur ungern, wenn man den Umzug ihrer Familie verlangt, wenn sie aber bereit sind, umzuziehen, dann ist es nicht immer moeglich, Unterkunft fuer sie zu finden.

Aus diesen Tatsachen geht aber immer noch nicht hervor, dass der Plan der Regierung gescheitert ist. Es ergibt sich lediglich dass manche der Ziele, die sich die Regierung gesteckt hat, nicht "realistisch" sind. Jetzt ist man dabei, die Ziele anders zu gestalten. Die Arbeiter wechseln von Industriezweigen, in denen weniger Leute gebraucht werden, zu denjenigen ueber, in denen mehr Personal gebraucht wird, doch ist die Zahl derjenigen die ueberwechseln, niedriger als in der Planung vorgesehen.

"The Manchester Guardian Weekly" 17. Februar 1949

Die Wohnungsfrage ist ein brennendes Problem in Frankreich

Bertrand de Jouvenel, ein hervorragender franzoesischer Schriftsteller, der sich mit Wirtschaftsproblemen befasst, hat vor kurzem eine Schrift mit dem Titel "Nichts frei!" (No Vacancies) verfasst, in der er den akuten Wohnungsmangel in seinem Lande behandelt. Danach sind in den letzten 12 Jahren in Frankreich keine neuen Haeuser gebaut worden. In Paris sind z.B. 89% alle Wohngebäude ueber 34 Jahre alt, waehrend 57% der Haeuser 68 Jahre und noch laenger stehen.

Aus de Jouvenels Uebersicht ueber die Wohnungsverhaeltnisse in Paris geht hervor, dass 20% der Wohnungen kein fliessendes Wasser haben, 54% haben keine privaten Toiletten, 76% der Wohnungen haben keine Zentralheizung und in 82% aller Wohnungen befinden sich weder Bade- noch Brause-Anlagen. Der Mangel an solchen Einrichtungen ist auf die niedrigen Mieten zurueckzufuehren, die entsprechend dem Mietskontrollgesetz gezahlt werden. Die Besitzer von Wohnhaeusern koennen es sich nicht leisten, Verbesserungen vorzunehmen.

In Paris kann z.B. eine sechskoepfige Familie Raeume zum Preise von etwa 2\$ im Monat mieten (das entspricht dem Preise fuer 11 Paekchen der billigsten Zigaretten-sorten). Familien des Mittelstandes zahlen bis zu \$3 im Monat, und Raeume fuer die oberen Schichten kosten bis zu \$10 Miete im Monat. Wenn eine Familie aber Wohnung sucht, dann stellt sie fest, dass keine leerstehenden Wohnungen vorhanden sind.

Wer Wohnung sucht, verfolgt genau die Zeitungen, um zu erfahren, wo Todesfaelle eingetreten sind und ueber Leute berichtet wird, die im Begriff sind, Paris zu verlassen. Dem Gesetz nach koennen sie sich um die Wohnung bemuehen, die leer wird, aber es sind hunderte von Anwaertern da, die in der gleichen Lage sind. "Die ungesetzliche Methode ist immer noch die sicherste - ein Abkommen mit dem Erben (der verstorbenen Person) dem zufolge einige der Ihnen gehoerenden Moebelstuecke sofort nach dem Ableben des Mieters in die Wohnung getragen werden. Wenn sie erst einmal drin sind, dann sind sie Herr im Hause.

"Wenn man sich eine Wohnung kaufen will, muss man zwischen \$500 und \$1.500 pro Zimmer anlegen. Lohnempfaenger muessen die Hoffnung, einen Hausstand zu gruenden, aufgeben; sie muessen entweder bei ihren Familien weiter wohnen bleiben oder in miserablen Hotels wohnen."

"The Reader's Digest" Februar 1949

Werden die argentinischen Arbeiter fuer Perón kaempfen?

Praesident Juan D. Perón, den viele als den Diktator Argentiniens bezeichnen, ist von einigen seiner politischen Kritiker angegriffen worden. Vor kurzem verteidigte er sich selbst in einer Ansprache an die Eisenbahner-Gewerkschaft. Er sagte, dass er sich an die Arbeiter wenden wuerde, um seine Sache zu verteidigen. Er erkaerte ferner: "Wir werden kaempfen, wenn es sein muss, und zwar bis zum letzten Atemzug und mit der gewaltigsten Entschlossenheit."

Perón sagte aber nicht, dass dieser Beschluss, zu kaempfen, von den Arbeitern gefasst werden wuerde. Er sagte: "Wir wollen eine klare Sprache gebrauchen und entschlossen handeln. Ich werde mich bald darueber aeussern, was wir tun muessen. Bis dieser Augenblick eintritt, werden die Arbeiter von ihrem Heim zur Arbeit und von der Arbeit wieder nachhause gehen. Ich werde mit der Starterflagge das Signal geben, sobald das Rennen beginnt, und dann werden wir mit groesster Geschwindigkeit losjagen."

Dann erkaerte Praesident Perón, dass er in kommenden Reden seine Gegner genau bezeichnen wuerde. Manche von ihnen, sagte er, sind politische, andere wieder wirtschaftliche Gegner, und unter ihnen befinden sich die Vertreter des auslaendischen Kapitals, die dritte Gruppe seiner Gegner aber setzt sich aus Pseudo-Ideologen, aus Kommunisten und Sozialisten zusammen. Hinsichtlich der letzteren, die er Maskentraeger nannte, sagte er: Nehmt Eure Baerte ab' Ihr seid erkannt." Auf derselben Versammlung hielt auch die Frau Peróns eine Rede. Die fuehrende Frau Argentiniens, die die Armeefuehrer aus dem oeffentlichen Leben zu verdraengen suchen, erkaerte, dass sie "im Namen der Frauen meines Landes" spraeche."

Ein Kommunist ist gegen ein starkes Deutschland

Gerhart Eisler, der vom amerikanischen Bundes-Untersuchungs-Ausschuss als Kommunist Nr. 1 der Vereinigten Staaten hingestellt wird, hielt unlaengst in New York vor einer Gruppe Studenten der Columbia-Universitaet eine Rede. Die Studentengruppe bezeichnet sich selber als Marxistische Gesellschaft. Neben anderen Themen, ueber die Eisler sprach, beruehrte er auch die deutsche Wirtschaft. Er sagte, "Die Geschichte lehrt uns, dass ein starkes Deutschland fuer eine friedliche und demokratische Welt nicht notwendig ist." Als frueherer Deutscher, der aber noch kein amerikanischer Buerger ist, wartet Eisler noch die endgueltige Revision seines Falles ab, d.h. ob er seiner kommunistischen Taetigkeit wegen wieder nach Deutschland abgeschoben werden soll.

"Overseas American News Service" 28. Februar 1949

Gewerkschaften und Politik in den Vereinigten Staaten

A.H. Raskin, der Arbeiterkorrespondent fuer die "New York Times" der vor kurzem fuer eine britische Zeitschrift schrieb, gab der Ansicht Ausdruck, dass es den amerikanischen Gewerkschaften an einer politischen Philosophie fehle. Darueber hinaus besteht die Auffassung, dass die kuerzlichen Wahlen jeder der grossen Arbeiterorganisationen ein so starkes Gefuehl der inneren Staerke verliehen haetten, dass die Moeglichkeit eines Zusammenschlusses sobald als nicht gegeben erscheint.

"Augenblicklich bestehen keine Aussichten dafuer, dass sich Friedensverhandlungen ziemlich ernsthaften Charakters zwischen der AFL und dem CIO anbahnen, ganz abgesehen von der Moeglichkeit eines Zusammenschlusses. Beide Gruppen haben das Gefuehl, dass der Ausgang der Wahlen jede unmittelbare Bedrohung der Rechte der Arbeiterschaft beseitigt hat. Sie sehen im naechsten Jahr relativ geringen Schwierigkeiten mit den Arbeitgebern entgegen und erwarten ein "Zeitalter der freundlichen Stimmung" in ihren Beziehungen zum Kongress und zum Praesidenten.

Unter diesen Umständen ist es kaum möglich, dass eine der beiden Gruppen irgend etwas unternehmen wird, um den "status quo" in ihren wechselseitigen Beziehungen zu ändern.

Die organisierte Arbeiterschaft und die Landwirte

Nachdem er darauf hingewiesen hatte, wie sich die amerikanische Arbeiterbewegung in rechts und linksstehende Führer und Gruppen, sowie in Gruppen ohne jedes politische Interesse aufteilt, schliesst Raskin, dass aus der Arbeiterschaft kein unabhängiger politischer Machtfaktor werden kann, ohne dass ein Bündnis mit den Landwirten und der Mittelklasse geschlossen wird. "Versuche, die zu dem Zweck unternommen wurden, die Landwirte und Arbeiter in Organisationen mit gemeinsamen Zielen zu bringen, sind bemerkenswerterweise in den Vereinigten Staaten erfolglos geblieben. Dieselben Verhältnisse sind in bezug auf die Arbeiterschaft und ungebundene Gruppen von Büroangestellten und Facharbeitern, sowie Ladeninhabern aufgetreten. Es besteht wenig Grund zu der Annahme, dass man sich ernstlich bemühen wird, die Bande zwischen der Arbeiterschaft und einer der beiden Gruppen in nächster Zeit enger zu knüpfen.

Die Amerikanischen Gewerkschaften haben kein Ziel

Es fehlt auch für die Zukunft der Arbeiterschaft, Amerikas und für die Zukunft der Welt jedes Ziel auf lange Sicht. Die Philosophie der amerikanischen Arbeiterschaft ist fast ausschliesslich eine Philosophie, die lediglich materiell und auf den Lebensunterhalt wie auch auf die Erfordernisse und die Befürchtungen des Augenblicks ausgerichtet ist. Man schenkt der Entscheidung darüber, wohin der Weg der Arbeiterschaft geht und warum, wenig Beachtung. Noch viel weniger achtet man darauf, wohin die Arbeiterschaft gehen sollte und wie sie an ihr Ziel gelangt. Das erklärt die Unentschlossenheit in den Ansichten der amerikanischen Arbeiterschaft über die wirtschaftliche Planung und die Verstaatlichung.

"In ihrem Stolzgefühl, den höchsten Lebensstandard der Welt zu besitzen, machen sich die amerikanischen Arbeiter darüber Gedanken, wie sie den Wohlstand des Systems aufrechterhalten können, von dem sie ihren eigenen Wohlstand herleiten. Sie sind sich darüber klar, dass die Hinnahme interner Kontrollen und die Ausdehnung der Bemühungen, den Lebensstandard in der Welt durch den Marshallplan zu erhöhen, notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Es besteht aber keine Übereinstimmung - und man macht sich verhältnismässig wenig Gedanken - über die Besonderheiten eines Programms, einen Schutzwall für die amerikanische Wirtschaft zu schaffen und ihren Nutzen grosszügiger auszuweiten."

Raskin schliesst mit der Bemerkung, dass die amerikanische Arbeiterschaft jedoch ihre entschlossene Forderung auf eine liberale Regierung in Washington bekundet hat. Ausserdem hat die amerikanische Arbeiterschaft in bezug auf einen anderen Punkt ihre Entscheidung getroffen: sie hat den Kommunismus abgelehnt. Schliesslich hat die Arbeiterschaft eine Regierung gefordert, die ihm dient, und die nicht diktiert."

"The Nineteenth Century" Dezember 1948.

Streikende Gewerkschaft wurde aufgefordert, Gewaltmassnahmen einzustellen

Dem Verband der Vereinigten Möbelarbeiter (CIO) wurde in seinem Streik gegen die Möbelfabrikanten in Salem, Indiana, der Vorwurf gemacht, dass den Firmenangestellten und nichtstreikenden Arbeitern gegenüber Gewalt angewendet worden sei. Nachdem der Fall untersucht worden war, forderte der Landesausschuss für Arbeitsbeziehungen die Gewerkschaft auf, sich solcher Handlungen zu enthalten, wie sie im folgenden aufgeführt sind:-

"Streikposten durften keine Stoecke bei sich tragen, Aufstapeln von Steinen zum Gebrauch fuer die Streikposten, Versperrung der Fabrikeingaenge durch Eisenbahnschwellen, Automobile, hochgestellte Rinnstein-Platten und das Ausstreuen von Reissnaegeln, Gewaltsandrohungen gegen Nichtstreikende durch den Lautsprecher, Einschuechterungen Nichtstreikender, die das Werk zu betreten versuchen, die Aufstellung von Streikposten in der Weise, dass die Arbeitswilligen keine Eisenbahnenwagen abladen koennen, Massenueberfaelle auf Arbeitswillige, das Umstuerzen von Autos der Arbeitswilligen und Einzelueberfaelle auf sie, Behinderung des Meisters und Vorarbeiters am Betreten des Werks durch Gewalt und Einschuechterung, sowie Versuche, das Auto des Vorarbeiters umzuwerfen und es zu beschaedigen."

Die Anordnung des Ausschusses erging gegen die leitenden Funktionaere des Moebelarbeiter-Verbandes. Die Streitfrage, um die es ging, wurde in einem Leitartikel der "New York Times" behandelt:

'Das Ziel des Streiks ging dahin, die Anerkennung zu erzwingen. Die Gesellschaft hatte sich geweigert, mit der Gewerkschaft in Verhandlungen zu treten, bis diese vom Landesausschuss fuer Arbeitsbeziehungen anerkannt wird. Das konnte aber nicht geschehen, da sich ihre Funktionaere geweigert hatten, die nichtkommunistische Erklaerung abzugeben. Als nun der Fall eintrat, dass viele von den 400 Beschaeftigten des Werks die Arbeit wieder aufnehmen wollten, schritten die Gewerkschaften (d.h. die Stammgewerkschaft und die Ortsgruppen) zu Handlungen, die nach Meinung des Landesausschusses dem Taft-Hartley-Gesetz entsprechend als unfaire Methoden angesehen werden muessen."

Nach diesem Gesetz geniessen Gewerkschaften, deren Funktionaere nicht die nichtkommunistische Erklaerung abgeben, keinerlei Rechte, wie sie in diesem Gesetz vorgesehen sind. Eine Gewerkschaft, die sich an das Gesetz haelt, haette das Recht fuer sich in Anspruch nehmen koennen, dass eine Wahl stattfindet, aber dem Gesetz nach kann sich ein Arbeitgeber weigern, mit einer Gewerkschaft zu verhandeln, deren Funktionaere nicht einen Eid darueber ablegen, dass sie keine Kommunisten sind.

"The New York Times" 25.u.28. Februar 1949

Lohnkuerzungen fuer die Automobilarbeiter nach dem neuen Lohnabkommen

Im naechsten Monat werden den 270.000 Automobilarbeitern, die bei General Motors beschaeftigt sind, pro Stunde 2¢ abgezogen. Das ergibt sich aus dem Abkommen zwischen dem Verband der Vereinigten Automobilarbeiter (CIO) und der Gesellschaft, in dem vorgesehen ist, dass eine Aenderung des Lohnsatzes von 1¢ pro Stunde erfolgt, sobald sich der Lebenshaltungsindex, wie er jeweils vom Amerikanischen Arbeitsministerium veroeffentlicht wird, um 1.14 Punkte aendert, also 1¢ pro 1.14 Punkte.

Als sich die Gesellschaft und der Verband ueber das Abkommen im Mai 1948 einigten, erhielten die Arbeiter eine Lohnerhoehung von 11¢ pro Stunde, wovon 8¢ eine "Lebenshaltungskosten-Er hoehung" darstellen. Im Juli legte die Firma 3¢ pro Stunde zu. Damals stand der Lebenshaltungsindex auf 173.7. Vom Juli bis Dezember hatte sich der Index wieder soweit geaendert, dass auch eine Lohnaenderung gerechtfertigt erschien. Aber fuer den 15. Januar war der Index auf 170.9 gefallen, was ausreichte, um eine Lohnsenkung von 2¢ pro Stunde zu fordern.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Gewerkschaft gedenkt, sich an den Vertrag zu halten, der bis 1950 Gueltigkeit hat. Die Frage ist nur, ob man sich dann bemuehen wird, aehnliche Abkommen mit anderen Automobilwerken abzuschliessen."

"The New York Times" 25. Februar 1949

Fehlschlagen eines kommunistischen Streiks in Rom

"Die Kommunisten riefen heute (19. Februar) zu einem 24-Stunden-Streik auf, den sie gestern fuer das Buchdruckergewerbe festgesetzt hatten. Gegen Mitternacht des gestrigen Tages hatten sich aber trotz des Streikbefehls sovieler Arbeiter zur Arbeit eingefunden, dass die "Arbeitskammer" es fuer das beste hielt, aus der Not eine Tugend zu machen und ihre Mitglieder anwies, die Arbeit wiederaufzunehmen, und zwar auf Grund der Tatsache, dass sie bereits ihre "herrliche Solidaritaet" unter Beweis gestellt haetten. Alle Zeitungen erschienen wie gewoehnlich.

"New York Times" 20. Februar 1949

Versammlungen beim Grossunternehmertum in den Vereinigten Staaten

Die Bedeutung privater Gruppen in der amerikanischen Gesellschaft wird durch die Tatsache beleuchtet, dass im Jahre 1948 mehr als 20.000 staatliche und Landes-Versammlungen abgehalten wurden. Es handelte sich dabei um Versammlungen, die mit 50 oder mehr Delegierten beschickt wurden bis zu mehr als 25.000 Menschen. Der Hauptversammlungsort war Chicago mit 1.056 Versammlungen, die von 882.000 Menschen besucht wurden. In der groessten Stadt der Vereinigten Staaten, New York, fanden 650 grosse Versammlungen statt. Solche Versammlungen bedeuten immer ein gutes Geschaefte fuer die Geschaefte, fuer die Hotels, und die Theater-Versammlungsbesucher geben im allgemeinen durchschnittlich mehr als \$100 pro Person aus. Der Gesamtumsatz an Geschaeften, der den verschiedenen Staedten im Jahre 1948 durch die Versammlungen zugute kam, betrug ueber 200 Millionen Dollar.

"New York Times" 23. Februar 1949

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 5

Berlin, 25. März 1949

Die Tageszeitung der Britischen Gewerkschaften

Seit dem Jahre 1922 haben die Britischen Gewerkschaften eine Zeitung, "The Daily Herald". Dieses Organ ist jetzt eines der führenden Blätter in England, doch bis 1928 war es noch ein Blatt, das schwer zu kämpfen hatte, und jedes Jahr mussten die Gewerkschaften Gelder zuschicken, um es vor dem Eingehen zu bewahren. Die Zeitung war nicht konkurrenzfähig, weil sie nicht viel Personal und auch kein Geld zur Verfügung hatte, um Nachrichtenmaterial aus der ganzen Welt zusammenzutragen. Im Jahre 1928 ergriff der Gewerkschaftsbund TUC eine ungewöhnliche Massnahme. Er ging eine Teilhaberschaft mit einem Handelspressen-Unternehmen ein. Der "Daily Herald" wurde das Eigentum von zwei Teilhabern, Kapital und Arbeiterschaft, wobei dem TUC 49% und der Odhams Press Ltd. 51% der Aktien gehörten.

"Bestand nun aber nicht das Risiko, dass sich dieser Schritt bei eventuellen zukünftigen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die von der Zeitung verfolgte Politik zu Ungunsten der Bewegung auswirken würde. Die Gewissheit über diese Frage wurde bald offenbar. Eine genaue Prüfung des Vertragsentwurfs durch Ernest Bevin und Walter Citrine bot die Gewähr dafür, dass der neu herauskommende "Herald" stets ehrlich und wahrheitsgemäss die Auffassungen der Bewegung (der Arbeiterschaft) widerspiegeln würde.

"In den Artikeln der Genossenschaft war eine Klausel verankert, die ausdrücklich besagte, dass die Politik der Zeitung die der Labour Party und die Wirtschaftspolitik die der TUC zum Ausdruck bringen würde. Vier Direktoren sollten vom TUC..und vier vom Odhams-Unternehmen ernannt werden, wozu noch ein weiterer Vertreter von Odhams als Vorsitzender kam. Den TUC-Vertretern sollte jedoch das Stimmrecht zustehen, wenn die Haltung des "Herald" in bezug auf irgendwelche politischen oder industriellen Dinge bestimmt werden sollte."

Dieses Abkommen war im Jahre 1929 getroffen worden. Die erste Ausgabe der als Gemeinschaftseigentum geführten "Herald" erschien am 15. März 1930 als ein 10 seitiges Blatt, dessen Umfang innerhalb einer Woche auf 20 Seiten stieg.

Diese Zeitung, deren Auflage selten die Zahl von 400.000 überstieg, im allgemeinen aber immerhin 250.000 betrug, erreichte innerhalb eines Jahres eine Auflageziffer von 1 Million, die bis 1933 auf täglich 2 Millionen Exemplare anstieg.

"Man musste nun daraus schliessen, dass der TUC damit ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht hat. Die Beanspruchung der Gewerkschaftsgelder hatte nun ein

Ende genommen....Das Geld nimmt aber jetzt andere Wege. Was aber viel wichtiger ist, ist die Tatsache, dass die Handvoll Leser sich in eine riesige Anzahl verwandelt hat, die 6 Tage lang in der Woche einen massgebenden Bericht ueber die Ereignisse in Politik und Industrie bekommen. In den Leitartikelspalten und in den Artikeln, die von Spezialverfassern beige-steuert werden, laesst man den Angelegenheiten Gerechtigkeit widerfahren, zu denen die Gewerkschaften und die Labour Party den Stoff geben....

Die Geschichte des "Herald": Diese Zeitung erschien zum ersten Mal am 15. Januar 1911 in einer vierseitigen Auflage und wurde von Druerkern herausgegeben, die sich im Streik befanden. Dies ging bis zum 28. April. Auf Grund von Sammlungen bei den Gewerkschaften erschien der "Daily Herald" im April 1912, der sich aber nicht als erfolgreich erwies. Vom September 1914 bis zum Maerz 1919 erschien das Blatt woechentlich unter der Bezeichnung "The Herald". Im September 1922 uebernahm der TUC die Zeitung als offizielles Organ der englischen Arbeiterschaft unter der Bezeichnung "The Daily Herald".

"Labour" Februar 1949

Die in das kommunistische Netz gehen....

Benjamin Gitlow hat erst vor ganz kurzer Zeit ein Buch mit dem Titel "The Whole of their Lives" veroeffentlicht, das die Geschichte des Kommunismus in Amerika und eine genaue Beschreibung der Persoenlichkeit der augenblicklichen Fuehrer des Kommunismus darstellt. Gitlow kennt alle diese Fuehrer sehr gut. Fruerer war er einmal selbst einer von ihnen, doch hat er sich von ihrem Zersetzungsprogramm abgewendet. Die Einfuehrung zu diesem Buch schrieb Max Eastman, der ebenfalls ein guter Kenner der Materie ist. Wir zitieren hier Eastman wie folgt:

"Ich kenne Ben Gitlow nunmehr 35 Jahre. Er ist fuer mich eine heroische Persoenlichkeit, nicht nur fuer mich, sondern auch fuer andere, die ganz genau wissen was er erlebt hat. Eine solche moralische Kraft, wie er sie an den Tag legt, haben wir heutzutage bitter noetig.

"Unsere Zivilisation ist in Gefahr, weil soviele eifrige und kritiklose Gemueter, die, anstatt zur Lauterkeit und Tugend erzogen zu werden, und geblindet vom Ideal des Kommunismus, dazu geschult werden, im Dienste ihres Ideals auf alle moralischen Begriffe zu verzichten. Diejenigen, die sich dem Kommunismus verschreiben, muessen nicht nur Wahrheit, Mitleid, Gerechtigkeit und persoenliche Ehre ueber Bord werfen, sondern muessen sich auch einer widerlichen Disziplin im Luegen im Verbrechen, in der Grausamkeit und in der Selbsterniedrigung unterwerfen. Sie muessen sich "leninistische" Maximen wie die folgenden zu eigen machen:

"Wir glauben nicht an aeusserliche Prinzipien der Moral....die kommunistische Moral ist identisch mit dem Kampf, die Diktatur des Proletariats zu staerken...

"Wir muessen bereit sein, Betrug, Tauschung, Gesetzuebertretung, anzuwenden mit der Wahrheit zurueckzuhalten und sie zu verbergen."

"Wir koennen und muessen...in einer Sprache schreiben, die unter den Massen Hass, Umschwung, Hohn und Verachtung und dgl. verursacht und die gegen diejenigen gerichtet ist, die entgegengesetzter Meinung sind."

"Diese Doktrin der Unsittlichkeit aus Prinzip, die von Marx erfunden, von Lenin in den Brennpunkt gerueckt und von Stalin ins Grenzenlose durchgefuehrt wird, spielt die Hauptrolle bei der Zersetzung unserer griechisch-christlichen Zivilisation. Viele von denen, die in dem hochherzigen Gedanken an eine Empoerung gegen kleinere Uebelstaende fuer den Kommunismus eintreten, gelangen schliesslich zu einem Punkt, da sie sich ueber diese Dinge klar werden und mit Schrecken die Folgen

zu begreifen beginnen. Zu diesem Zeitpunkt sind sie aber bereits verloren und sind festgenagelt. Ihre ganze Lebensweise, ihr taegliches Brot und ihre taeglichen Begriffe von der Achtung haengen davon ab, ob sie fest bleiben, es er-mangelt ihnen an Charakterfestigkeit, an Geistesklarheit, an Selbstvertrauen, einfach an dem blossen Mut, sich zurueckzuziehen und ein Renegat zu werden."

Aus "The Whole of their Lives".

Was wird aus dem amerikanischen Sozialismus.

Daniel Bell, der fruehere Chefredakteur der sozialistischen Zeitschrift "New Leader" und derzeitiger Professor fuer Sozialwissenschaft an der Universitaet Chicago, bereitet ein Werk ueber die Geschichte des amerikanischen Sozialismus vor. Er zieht den Schluss, dass die Sozialistische Partei Amerikas im Absterben ist. Mit Bedauern bemerkt er, dass der Sozialismus in den Vereinigten Staaten niemals so etwas wie eine Gewerkschaftsbewegung geworden ist. Vielleicht liegt dies auch daran, dass die amerikanischen Arbeiter niemals die zwingende Notwendigkeit fuer parteipolitische Bindungen in ihren Gewerkschaften eingesehen haetten. Zu diesem Thema zitieren wir hier Saetze aus einem Artikel, den Professor Bell unlaengst geschrieben hat.

Warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten

Nachdem er die Frage gestellt hat, warum die Sozialisten bei den kuerzlichen Praesidentschaftswahlen so wenig Stimmen erhielten, erinnert uns Bell daran, dass diese Frage schon vordem des oeffteren gestellt wurde. So schrieb einmal Werner Sombart ein Buch mit dem Titel: "Warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten."

Sombart hob in seinem Buch 3 grundlegende Betrachtungen darueber, warum eine sozialistische Bewegung bis jetzt in den Vereinigten Staaten nicht Fuss fassen konnte, hervor.

- "1. Die offene Grenze des Landes und die Moeglichkeit, seinem Los durch Abwandern nach dem Westen zu entgehen;
- "2. Die Gelegenheit zum sozialen Aufstieg durch persoenliche Bemuehungen;
- "3. Der steigende Lebensstandard des Landes.

"Dennoch verschwand im ersten Viertel dieses Jahrhunderts der erste Faktor, und die beiden anderen wurden ernstlich in Frage gestellt. Als vor zwanzig Jahren Selig Perlman in seinem Buch "Theorie der Arbeiterbewegung" den Versuch unternahm, die Frage hinsichtlich des Mangels an Klassenbewusstsein unter den amerikanischen Arbeitern zu beantworten, fuehrte er ebenfalls 3 Faktoren an, die bis zu einem gewissen Grade die Sombartsche These in einer anderen Form wiedergeben;

- "1. Das Fehlen einer "fest ansaessigen bzw. in geordneten Verhaeltnissen lebenden" (settled) Klasse von Lohnempfaengern. In diesem Zusammenhang hat das Wort "settled" hier zweierlei Bedeutung, naemlich raeumlich und sozial, d.h. die Arbeiter wechselten den Ort in beträchtlicher Masse, ohne Fuss zu fassen; gleichzeitig war eine Klassenbeweglichkeit (von der Armut zum Wohlstand) gegeben.
- "2. Das freie Privileg der Abstimmung. In anderen Laendern, wo die Arbeiterschaft sich politisch organisiert hatte, hatte man den Arbeitern das Stimmrecht verweigert, wodurch ein greifbarer Beweis fuer ein Klassenproblem gegeben war. In den Vereinigten Staaten dagegen war die Richtung nicht politisch und sozial, sondern wirtschaftlich, und sie war

nicht so starr wie dort.

- "3. Einwanderung: Wellen neuer Einwanderer koennten die Entwicklung der Gewerkschaften zurueckwerfen, indem sie den Arbeitsmarkt ausweiten, und zudem eine unorganisierbarerere Gruppe schaffen wuerden. Gleichzeitig schuf die Existenz solcher in sich verschiedenen ethnologischen, religiösen und sprachlichen Gruppen eine heterogene arbeitende Klasse und errichtete Schranken gegen ihre kulturelle Vereinigung.

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten ermangelte
des Politischen

"Diesen Erlaeuterungen haben die hauptsaechlichen Historiker der amerikanischen Politik eine dritte hinzugefuegt. Unter Beruecksichtigung des Durcheinander an partikularistischen und wirtschaftlichen Interessen in den Vereinigten Staaten haben sie darauf hingewiesen, dass eine ideologische Partei ein zu geringer vermittelnder Faktor dazu waere, um sich einander bekaempfende Interessengruppen zu einigen und ihnen zu dienen.

"Diese Antworten dienen noch immer als Rahmen fuer entsprechende Hinweise... Waehrend aber eine Entscheidung ohne Bezugnahme auf die allgemeinen Verhaeltnisse und den Zusammenhang nicht getroffen werden kann, erhebt sich, nuechtern und praktisch gesehen, die Frage: Warum gelang es der Sozialistischen Partei nicht, ihre Umgebung zu verstehen, und warum passte sie sich nicht entsprechend an. Wenn das Ergebnis in der Natur der Sozialistischen Partei und ihrer duesteren, unklaren Selbstbildnisse als eine soziale Bewegung liegt, dann wuerde ich als passende Beurteilung vorschlagen, dass die Sozialistische Partei keine politische Partei gewesen ist... Denn fast waehrend der gesamten Zeit ihrer Geschichte und ihres Bestehens hat die Sozialistische Partei das Dilemma, dem es auch noch heute gegenuebersteht niemals loesen koennen, naemlich ob sie eine politische Partei oder eine ethische Bewegung ist."

"Modern Review" Januar 1949

Englische Bergleute berichten ueber polnische Arbeiterversammlung

"Zwei englische Bergleute, die im vergangenen November als Delegierte an der Polnischen Bergarbeiter-Konferenz teilnahmen, haben jetzt ueber das, was sie in Polen gesehen und gehoert haben, dem Nationalverband der Bergarbeiter Bericht erstattet. Es handelte sich dabei um W. Crews, den Vizepraesidenten aus dem Bezirk Suedwales, und Harold Lockett, dem Vertreter der Bergarbeiter aus North Staffordshire.

"Wir waren Mitdelegierte' sagten Crews and Lockett," zusammen mit Russen, Rumaenen, Bulgaren, Ungarn, Tschechen und Mitgliedern der Griechischen und Spanischen Widerstandsbewegungen.

"Die Eroeffnungsreden wurden am Sonnabend gehalten. Am naechsten Morgen entschuldigte sich der Vorsitzende wegen des kurzen Berichts in der Presse, worueber dann Erklaerungen abgegeben wurden....."Wir moechten in diesem Zusammenhang erwehnen, dass, waehrend man dem russischen Delegierten in der Presse eine ganze Spalte gewidmet hatte, die englische Rede mit nur 3 Zeilen abgetan wurde.

Viele Resolutionen wurden eingebracht

"Am naechsten Tage hielt der Sekretaeer der Polnischen Bergarbeiter-Organisation eine lange Rede, in der er die Westmaechte verurteilte". Crews antwortete damit, dass er auf den Fortschritt Englands unter der Labour-Regierung hinwies, und besonders auf die Verbesserung in der Lebenshaltung der Bergleute. Die beiden englischen Delegierten berichteten, dass man ihnen mitgeteilt haette, dass der Konferenz 111 Resolutionen vorgelegt worden seien.

"Diese Resolutionen wurden erst der Resolutionskommission vorgelegt, die waehrend der Konferenz Dauersitzungen abhielt. Der Vorsitzende dieser Kommission berichtete dann ueber die Empfehlungen hierzu; viele Vorschlaege wurden als unnoetig abgelehnt, manche wurden behandelt, andere wieder sind angenommen worden. Der Bericht und die Empfehlungen der Kommission wurden in 1½ Stunde erledigt.

Wie die Wahlen vor sich gingen

"Die Wahl des Exekutivrates bildete den Hoehepunkt der Konferenz; 200 Namen waren fuer 45 Posten in Vorschlag gebracht worden. Diese wurden wieder einer Nominierungskommission vorgelegt. Der Vorsitzende der Kommission meldete der Konferenz die 45 Mitglieder, die die Exekutive bilden sollten, Der Bericht wurde von der Konferenz angenommen. Es wurde nur eine Abstimmung vorgenommen.

"Die Britischen Delegierten erklarten, dass die Punkte, die entweder von der Rednertribuene oder von der Versammlung zur Sprache gebracht wurden, hauptsaechlich politischer Natur waren"und wir schaezten, dass 80% der Diskussions-themen, die waehrend der 3 Tage behandelt wurden, alles andere waren als ausgesprochene Bergwerksangelegenheiten. Fuer jemand, der bisher noch keiner Konferenz auf dem Festland beigewohnt hat, sind viele Kuensteleien und Gebraeuche irrefuehrend und befremdend. Es hatte den Anschein, als wenn es da eine besondere Gruppe von Beifallsrufern gab mit einem besonderen Schlagwortgeschrei, und alle paar Minuten waehrend der Sitzungen wurden wir mit ihrem Geschrei bedacht, besonders aber, wenn Stalin und die Sowjetunion genannt wurden. Wir hoffen, dass die Konferenzen der englischen Bergleute niemals in aehnlicher Weise verlaufen wie die polnische Konferenz.

Enttaeuschung der Britischen Delegierten

"Crews und Lockett fuehlen sich verpflichtet, zu erwaehnen, dass sie mit ihrem Dolmetscher nicht zufrieden waren. "Wir standen unter dem Eindruck, dass man uns nicht ein richtiges Bild von dem vermittelte, was vor sich ging, auch waren wir nicht zufrieden, insofern als wir unter dem Eindruck standen, dass bei der Unterhaltung mit den Delegierten unsere Aeusserungen nicht richtig uebersetzt wurden. Am Abend unserer Abreise uebergaben wir unserem Dolmetscher 26 Fragen, um uns ueber Dinge zu informieren, die hauptsaechlich den Bergbau betrafen. Der Praesident und der Sekretaer der Gewerkschaft teilten uns mit, dass ihnen die Fragen zugegangen seien, und versprachen, uns die Antworten zukommen zu lassen. Wir muessen zu unserem Bedauern sagen, dass wir diese bis heute noch nicht erhalten haben.

Bemerkungen ueber Polen

"Ueber die Verhaeltnisse in Polen aeusserten sich Mr. Crews und Lockett wie folgt: "Die Wohn- und gesundheitlichen Verhaeltnisse sind sehr schlecht, es werden aber Anstrengungen gemacht, sie zu verbessern. Die Rationierung ist vor kurzem aufgehoben worden, das bedeutet aber noch nicht, dass von allem genug vorhanden ist. Es gibt zwei fleischlose Tage in der Woche, Fett ist knapp und Milch gibt es wirklich selten. Das Rationierungssystem in diesem Lande scheint viel gerechter zu sein besonders in bezug auf die Arbeiter.

"Als die beiden eine Grube besichtigten, wurde ihnen in der Grubenkantine ein Essen vorgesetzt. Obwohl das Essen gut war, lag die Mahlzeit doch noch unter der englischen Norm. Hinsichtlich der Loehne wurde ihnen gesagt, dass ein Bergmann, der in der Grube schafft, in der Woche £ 4-3s-4d (etwa \$18) verdient, andere Arbeiter werden zu niedrigeren Saetzen bezahlt. Wenn die "Norm" ueberschritten wird, sind Leistungspraemien, billigere Lebensmittel und billigere Kleidung vorgesehen. Es besteht der Achsturentag und die Sechstageswoche. Die Entlueftung ist schlecht und die Beleuchtung armselig.

"Die Freundlichkeit der Polen und aller anderen, mit denen wir zusammentrafen wird anerkannt, doch schlagen die Delegierten vor, dass angesichts des Fehlens jeder Berichterstattung in Polen ueber Grossbritannien, eine Delegation der Organisation polnischer Bergleute eingeladen werden sollte, zu uns herueber zu kommen und sich die Verhaeltnisse hier selbst anzusehen."

"The Daily Herald" 17. Februar 1949

Ergebnisse des Englischen Gesundheitsprogramms

In der Kritik am Nationalen Gesundheitsdienst Englands, der jetzt im ersten Jahr besteht, werden Klagen ueber die Kosten laut. Es ist eine Tatsache, dass die Bevoelkerung jetzt mehr und auch eine bessere aertzliche Behandlung bekommt als je zuvor. Die Erfolge werden durch Zahlen wie die folgenden offenbar, die unlaengst veroeffentlicht wurden:-

"Sterblichkeitsziffer: Im Jahre 1948 betrug die allgemeine Sterblichkeitsziffer 10.8 pro 1000 der Bevoelkerung. Das war die niedrigste Ziffer, die wir jemals in unserer Geschichte zu verzeichnen hatten und bedeutete eine Verbesserung gegenueber 1947 mit 12 pro 1000.

"Die Totgeburten-Ziffer: Auch hier wurde 1948 die niedrigste Rekordzahl fuer das Land aufgestellt, naemlich 23.1 pro 1000. Die niedrigste Zahl von frueher war 24.1 fuer 1947."

"Die Sterblichkeitsziffer fuer Kinder: (Anzahl von Todesfaellen bei Kindern unter 1 Jahr pro 1000 geborener Kinder) Dies ist der wichtigste Einzelindex im gesamten Gesundheitswesen des Staates. Im Jahre 1948 erreichten wir fuer alle Zeiten einen Rekord mit der Ziffer 34 pro 1.000 Lebendgeburten. Es ist dies das erste Mal, dass unsere Jahresziffer unter 40 sank.

"Sterblichkeit bei der Geburt: Vor dem Kriege starben von je 1000 Frauen 3 im Kindbett. Die letzte verfuegbare Ziffer ist die fuer 1947, die sich auf 1.01 belaeuft. Dies ist wiederum die niedrigste Ziffer, die jemals erreicht wurde. Das bedeutet, dass es vor dem Kriege genau dreimal so gefaehrlich war, ein Kind zur Welt zu bringen, wie es heute der Fall ist. Es bedeutet auch, dass pro Jahr 1.600 Muetter am Leben erhalten werden."

"The Daily Herald" 17. Februar 1949

Die Labour Party bezeichnet die Politik der Konservativen als planlos.

Die Wahlen in South Hammersmith, einem Londoner Vorort, waren Gegenstand eines scharfen Kampfes zwischen der Britischen Labour-Partei und den Konservativen. Die Konservativen hatten mit einem Sieg gerechnet, und Winston Churchill und andere Fuehrer dieser Gruppe hatten in diesem Bezirk Reden gehalten. Die Labour Party aber trug den Sieg davon. Premierminister Attlee sandte eine Botschaft an den Kandidaten der Labour Party, einen jungen Professor namens Tom Williams. Attlee sagt darin:-

"Grossbritannien befindet sich auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen Stabilitaet. Es sind nicht nur viele Verwuestungen des Krieges wieder behoben, sondern auch lange vernachlaessigte Uebelstaende behoben worden; es wurde fuer die soziale Ordnung ein neues und gerechteres Fundament gelegt. Viel von diesen Erfolgen ist der Selbstdisziplin und der schwere Arbeit des Volkes zuzuschreiben, doch haette dies alles nicht ohne die Fuehrung seitens der Regierung bewerkstelligt werden koennen.

"Die Maenner und Frauen der aelteren Generation, die sich noch der Unsicherheit, der Massenarbeitslosigkeit und armseligen Sozialeinrichtungen der Vorkriegs-

zeit erinnern, werden sich wohl ueber den Kontrast zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart im Klaren sein. Zum ersten Mal in unserer Geschichte haben wir eine Regierung, die den Willen und auch die Macht hat, das wirtschaftliche Leben des Landes im Interesse aller zu formen.

"Zum ersten Mal sind die sozialen Einrichtungen der Erziehung, des Gesundheitswesens und der Versicherung in einer Weise gehandhabt worden, dass sie allen zugute kommen, und nicht nur einer bestimmten Klasse. Die Durchfuehrung eines seitens der Regierung erwogenen Programms steht im Gegensatz zu der Zusammenhanglosigkeit und Inkonsequenz der Opposition, wie dies durch den vollstaendigen Mangel einer Alternativpolitik zu Tage tritt. Sie wagen es nicht, eine Rueckkehr zur Vergangenheit vorzuschlagen. Sie haben fuer die Zukunft keine Plaene parat."

"The Daily Herald" 18. Februar 1949

Die Indische Regierung gebietet kommunistischer Sabotage Einhalt

"Drastische Regierungsmassnahmen haben eine kommunistische Sabotageaktion, die sich ueber ganz Indien erstreckte, bei der Eisenbahn und anderen Verkehrsmitteln, abgewehrt. 500 Raedelsfuehrer, die den Plan gefasst hatten, waehrend eines Streiks, der auf den 9. Maerz angesetzt war, Kraftwerke, Werkstaetten, Stellwerkkabinen und Bruecken anzugreifen, wurden zum Wochenende (19. zum 20. Febr.) verhaftet.

"Darunter befinden sich 72 Kommunisten von den Eisenbahnen, die Bombay, Baroda, Zentralindien und die grosse Indische Halbinsel verbinden. Ein hoher Beamter des Innenministeriums hat sich heute abend geaussert, dass der Regierung "endgueltiges Informationsmaterial darueber vorlaege, dass die Kommunisten den Streik zu einer ausgedehnten Sabotage-Aktion machen wollten". Er fuegte hinzu, dass man geheime Rundschreiben entdeckt haette, aus denen im einzelnen die Absichten der Kommunisten hervorgehen, mit Explosivstoffen gegen lebenswichtige Einrichtungen vorzugehen, und dass diese Rundschreiben zu dieser Aktion gefuehrt haetten. Manche Post- und Telegrafearbeiter, die ebenfalls die Absicht hatten, am 9. Maerz zu streiken, sind ebenfalls verhaftet worden.

"Bewaffnete Polizei bewacht alle wichtigen Punkte, ebenso die Schienenstraenge sowie die Pumpstationen und die Kraftwerke. In Hyderabad ist ein besonderes Gefaengnis hierfuer eingerichtet worden, alle Versammlungen sind verboten, ebenso das Hissen von roten Fahnen. Im Westen Bengalens hat die Regierung die kommunistische Zeitung "People's Age" verboten, und die Polizei beschlagnahmte Flugblaetter.

Die hauptsaechlich betroffenen Gebiete sind Calcutta, Bombay, Ahmedabad, Madras, Lucknow, Benares und Trichinopoly. Durch die heute (21. Februar) und am Sonnabend (19. Februar) vorgenommenen Verhaftungen erhoehrte sich die Zahl der inhaftierten Kommunisten auf 1.600. Der letzte grosse Kehraus fand vor 11 Monaten statt....Es wird erwartet, dass die Indische Regierung ein Gesetz erlaesst, wonach Streiks in oeffentlichen Betrieben "als ungesetzlich erklart werden, wenn sie fuer Parteizwecke gefuehrt werden."

"The Daily Herald" 21. Februar 1949

Auch ein Erfolg eines kommunistisch gelenkten Streiks in Indien

"Die staendige Unruhe unter der Arbeiterschaft in ganz Indien, mit der die Verschaeerfung der Streitfaelle durch die Kommunisten Hand in Hand geht, schafft

Tendenzen, die geeignet sind, bedeutsame Auswirkungen auf die Zukunft der indischen Arbeiterbewegung, auf den Kommunismus und auf die Politik im allgemeinen hervortreten zu lassen.

"Eine bedeutsame Massnahme, verursacht durch die Ankuendigung eines Eisenbahn-, Post- und Telegrafestreiks, sowie eines Streiks in der Zuckerindustrie und in den Docks, der fuer den 9. Maerz fuer das ganze Land angesetzt war, wurde gestern vom Indischen Parlament (am 24. Februar in New Delhi) in Form eines Gesetzes ergriffen, derzufolge Streiks in den lebenswichtigen oeffentlichen Einrichtungen fuer gesetzwidrig erklart wurden. Dieses Gesetz...wird wahrscheinlich in der naechsten Woche angenommen werden, und es besteht kein Zweifel darueber, dass die darin enthaltenen Bestimmungen in bezug auf die Verhaftung illegaler Streikender und ihre Verurteilung zu Geldstrafen im Schnellverfahren durchgesetzt werden. Das Gesetz wird als eine Notmassnahme bezeichnet und soll nur bis zum 31. Maerz 1950 in Kraft bleiben.

"Als naechstes Ergebnis der augenblicklichen Lage muss das offensichtliche Erstarken der sozialistischen Gewerkschaften erwaeht werden, die zusammen mit den Gewerkschaften, die dem von der Regierung gefoerderten Indischen Landesgewerkschaftsbund angehoren, die Majoritaet der Arbeiter in den grossen Industriezweigen repraesentieren. Unter dem Druck der Regierung wurden Streiks, die fuer den naechsten Monat angesetzt waren, von den Sozialisten abgeblasen, die Kommunisten jedoch, die etwa 30% der organisierten Arbeiterschaft oder ungefaehr 500.000 Angestellte in den betroffenen Industriezweigen repraesentieren, gaben bekannt, dass sie entschlossen seien, allein in den Streik zu treten.

"Als Erfolg dieser Massnahme wurden im ganzen Lande die kommunistischen Arbeiterfuehrer verhaftet, von denen sich etwa 1.000 in Gewahrsam befinden, und heute wurde das Antistreik-Gesetz eingefuehrt. Inzwischen scheint in der kommunistischen Partei eine innere Umwaelzung vor sich zu gehen. Eine Anzahl prominenter Parteimitglieder, einschliesslich des frueheren Generalsekretaers P.C. Joshi, sind ausgestossen worden. Es wird behauptet, dass die Entwicklung eine "Saeuberung" von Elementen der "Bourgeoisie" in der Partei darstellt".

"The New York Times" 26. Februar 1949

Anmerkung: Fuer das Transportgewerbe und die oeffentlichen Verkehrsbetriebe hatten die Kommunisten fuer den 9. Maerz einen Sabotagestreik angesetzt, der sich ueber ganz Indien erstrecken sollte. In Calcutta war ebenfalls zu einem Streik aufgerufen worden jedoch erwies sich dieser wie jener als ein Fehlschlag.

Die Bedeutung des vernuenftigen Denkens bei Arbeitsstreitigkeiten

Einige Tage lang wurde New York City von einem Streik der Arbeiter der oeffentlichen Betriebe in der Elektrizitaetsversorgung bedroht. Der Streik kam jedoch nicht zustande. Unter der Fuehrung von oeffentlichen Schiedsmaennern blieben die Vertreter der Gewerkschaft und der Gesellschaft in der Verhandlung, bis ein Abkommen erzielt wurde. Dieses Abkommen wurde von einer New Yorker Tageszeitung in einem Artikel begruesset.

"Die Beilegung des drohenden Streiks gegen die Consolidated Edison Company bewies offensichtlich eine Ruecksichtnahme beider Parteien auf einen dritten Faktor, der von diesem Streit in Mitleidenschaft gezogen war, naemlich die Oeffentlichkeit. Wir sind der Meinung, dass sowohl die Gesellschaft wie auch die Gewerkschaft, der Verband der Arbeiter der oeffentlichen Betriebe von Amerika (CIO), da fuer auf den Dank und die Achtung des Staates Anspruch haben, dass sie einen Kompromiss im Geiste des fair play geschlossen haben. Es handelte sich hier um eine Art von

Streik, der nicht stattfinden darf, da, wie Calvin Coolidge es einmal aussprach, "fuer niemand nirgends und zu keiner Zeit das Recht besteht, gegen die Interessen der Oeffentlichkeit zu streiken". Vom Standpunkt der Gewerkschaft aus bedeutete der Kompromiss soviel, dass sie von ihrer urspruenglichen Lohnforderung auf etwa die Haelfte heruntergegangen war. Fuer die Gesellschaft andererseits, deren Einkuenfte ganz genau nach den Tabellen der Kommission fuer Oeffentliche Betriebe festgelegt sind, bedeutete es die Verantwortung fuer die Uebernahme von weiteren 6½ Millionen Dollar zusaetzlich zur Jahreslohnliste. Man kann dieser Verpflichtung nur gerecht werden entweder durch erhoehrte Leistung und Sparsamkeit oder auf Kosten der Aktionaere, oder durch beides.

"Wenn eine Gewerkschaft willens ist, anzuerkennen, dass die Moeglichkeiten fuer eine Gesellschaft, ununterbrochenen Lohn-Forderungen gerecht zu werden, nicht bis ins Unendliche gehen; wenn eine Firma sich ueber die Probleme ihrer Angestellten klar wird und in drastischer Weise Konzessionen macht, um sie zu loesen - dann ist dies gewiss ein Fortschritt auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber."

"The New York Mirror" 3. Maerz 1949

Zweierlei Arten von Gewerkschaften in Italien

Von Rom aus, wo er sich mit den Arbeitsbedingungen und der Lage der Arbeiterschaft beschaefigt hat, zieht Allen L. Swim, der Redakteur der "The CIO News", die in Washington als offizielles Organ des CIO herausgegeben werden, einen scharfen Trennungsstrich zwischen den kommunistischen und den nichtkommunistischen Gewerkschaften in Italien.

"Die Arbeiter in den von den Roten beherrschten Fabriken", erklaerte Swim, "machen nur, was ihnen ausdruücklich zu tun anbefohlen wird - aber auch nichts weiter. Sie bewegen sich wie ihre Maschinen, wenn man ihnen sagt, dies oder das zu machen; dann stehen sie aber muessig herum, bis man ihnen wieder sagt, sie sollen mit der Arbeit anfangen. Wenn ein besonderer Arbeitsgang erledigt ist, dann stehen sie untaetig umher, bis man ihnen sagt, sie sollten etwas anderes tun. Dieser Zustand beeintraechtigt natuerlich in hohem Masse die Produktion.

"Die nichtkommunistischen Arbeitsgruppen bilden - obwohl sie in verschiedenen politischen Fragen auseinandergehen - eine starke Stuetze fuer den Marshallplan."

"Overseas American News Service" 3. Maerz 1949.

Die Amerikanische Gesellschaft fuer ein Demokratisches Deutschland

Am 19. Februar fand in New York eine Versammlung von 300 prominenten Arbeiterfuehrern und anderer Persoenlichkeiten statt, die an der Foerderung einer Weltdemokratie interessiert sind. Diese Versammlung war von der Amerikanischen Gesellschaft fuer ein Demokratisches Deutschland einberufen worden. Die hauptsaechlichsten Sprecher waren Charles M. Lafollette, der fruehere Militaergouverneur fuer Wuerttemberg-Baden und George Silver, der frueher einen Posten bei der Manpower Division der Militaerregierung innehatte. Es wurde auch eine lange Botschaft verlesen, die Victor Reuther, der Leiter der Erziehungsabteilung des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter von Amerika (CIO) der Versammlung hatte zugehen lassen. Wir bringen nachstehend Auszuege aus den beiden Reden und aus der Botschaft:

Aus der Rede Lafollettes

Der fruehere Gouverneur Lafollette erklaerte, dass die offizielle Politik

der Vereinigten Staaten Deutschland gegenueber gut sei und zog in diesem Zusammenhang folgende Saetze aus der offiziellen Erklaerung ueber die amerikanische Politik an (Artikel II, Absatz 3):

"Das grundsuetzliche Interesse der Vereinigten Staaten in der ganzen Welt ist auf einen gerechten und dauernden Frieden gerichtet. Solch ein Friede kann nur verwirklicht werden, wenn in ganz Europa Verhaeltnisse geschaffen werden, die von oeffentlicher Ordnung und Wohlstand getragen sind. Ein geordnetes und wohlhabendes Europa fordert den wirtschaftlichen Beitrag eines stabilen und produktiven Deutschland, aber auch die notwendigen Einschraenkungsmassnahmen, um zu gewaehrleisten, dass in Deutschland nicht wieder der destruktive Militarismus zum Leben erweckt wird.....

"Als positives Programm, das ein rasches Handeln erfordert, betreibt die amerikanische Regierung die Schaffung politischer, wirtschaftlicher und moralischer Verhaeltnisse, die geeignet sind, auf wirksamste Weise zur Schaffung eines stabilen und wohlhabenden Europa beizutragen."

Nach Lafollettes Meinung ist diese Politik eine gute, doch erinnerte er die Amerikaner daran, dass noch viele Hindernisse aus dem Wege geräumt werden muessten, bevor man Deutschland als produktiv und aufbluehend ansehen koennte. Er sagte, dass die Deutschen an der Arbeit seien und dass Fortschritte erzielt werden. Sie brauchen Maschinen, aber auch gute Nahrungsmittel. Dann koennen sie auch produzieren und exportieren.

"Manche Leute legen der Bedeutung dieser Notwendigkeit, zu exportieren, um zu importieren, den Masstab an, dass sie hierbei an Maschinen, Investitionen, Reparationen und "Fachwissen usw." denken. Ich sehe darin lediglich den Schweis und die Plackerei der Arbeiter. Arbeiter, aermlich gekleidet, die abends von der Arbeit in ueberfuellte, unzuellaenglich geheizte Haeuser zurueckkehren und bereits vor Tagesanbruch aufstehen, um wieder an die Arbeit zu gehen, um Waren zu produzieren, damit sie und andere Deutsche essen koennen. Das ist keine Propaganda fuer den "armen, seinem Broterwerb nachgehenden Deutschen". Das ist ein Wortgemaelde, das jedermann, der ueber genuegend Einbildungskraft verfuegt, die Probleme der anderen Mitmenschen zu verstehen, sehen muss. Vom egoistischen Standpunkt aus bildet die Faehigkeit, das Los ganz Westeuropas zu verstehen, sich zu vergegenwaertigen und zu erfuehlen, den Schluessel zum Erfolg oder Fehlschlag unserer Arbeit in Deutschland und auch in Westeuropa in bezug auf den Marshall-Plan".

Aus der Rede George Silvers

"Die meisten Menschen hofften, dass nach der Niederlage des Naziregimes der Weg fuer das deutsche Volk frei sein wuerde, um sich auf den Wiederaufbau seiner Wirtschaft und den Umbau seines politischen und sozialen Lebens auf demokratischer Basis konzentrieren zu koennen. Offenbar waren aber nicht alle Kraefte in Deutschland dieser Aufgabe gewachsen.

"Aber der deutsche Arbeiter machte sich sofort ans Werk. Trotz seiner mageren Kost und der wertlosen Reichsmark, die den Engelt seiner Arbeit bildete, verstand er es, die zerstoerten Staedte, Fabriken, Eisenbahnen und Haeuser wieder aufzubauen und leistete Erstaunliches. Gleichzeitig aber drang er auf eine gruendliche Entnazifizierung und beteiligte sich in einem Masse daran, wie dies die Gesetze und Direktiven, die er allerdings nicht formuliert hatte, zuliessen. Er bestand auf demokratischen Formen und zuverlaessigem Personal bei der Regierung. Er suchte das Gift der Nazi-Ideologie auszumerzen, wo es sich auch zeigen mochte.

"Der deutsche Arbeiter hegt ein grosses Misstrauen gegenueber den alten

Nazibeamten, und wenn es nach ihm ginge, dann wuerde er in den kommenden Jahren sich eifrig damit befassen, mit allen Resten und Truemmern aufzuräumen. Er duldet es nicht, dass die Finanz- und Industriegewaltigen des Krieges wieder ihre alten Machtpositionen einnehmen und wird es auch nicht dulden.

"Ungluecklicherweise ist es aber dem deutschen Arbeiter nicht moeglich, seine ganze Zeit und Energie auf einen demokratischen Wiederaufbau zu konzentrieren, denn dies ist eine ungeheure Aufgabe. Es kommt noch hinzu, dass er einerseits staendig dem starken Druck, der von den alten Industriemagnaten ausgeht, begegnen muss, andererseits aber auch der Bedrohung durch einen neuen Despotismus, den neuen Totalitarismus aus dem Osten.

"Die Arbeiter von Berlin sind es, die den Versuchen der Kommunisten, getaetzelt auf die Sowjetbajonette und die Konzentrationslager, die vollstaendige politische Vorherrschaft zu erlangen, Widerstand entgegenzusetzen. Die Arbeiter von Berlin sind es, die die Versuche der Sowjets bekaempften, die vollstaendige Kontrolle ueber die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, und die in der Stunde der Gefahr sich von der Bewegung abspalteten, um ihre Unabhaengigkeit zu bewahren. Dieselben Arbeiter sind es, die den sowjetischen Plan, die Westmaechte aus Berlin zu vertreiben, durch einen Generalstreik zunichte machten. Diese Arbeiter sind es die die letzten Wahlen in Berlin moeglich machten, in denen der Wille und die Entschlossenheit der Stadt zum Ausdruck kam, eine demokratische Regierung und eine freie Lebensweise beizubehalten.

"Dennoch stellen diese wirklichen Freunde der Freiheit allzuhaeufig fest, dass diejenigen, auf deren Verstaendnis und Unterstuetzung sie sich verlassen, ihre Bemuehungen, ihr Programm und ihre Bestrebungen zu verwirklichen, diese ignorieren und sogar hemmen. Es besteht die Gefahr, dass, wenn manche Praktiken, wie sie momentan von der Militaerregierung verfolgt werden, beibehalten werden, der deutsche Arbeiter sich in seinen Illusionen enttaeuscht sieht und unsere ehrlichen Absichten anzweifelt. Es koennte sogar der Fall eintreten, dass er gegen das opponiert, was ihm als Demokratie hingestellt wird."

Aus der Botschaft Victor Reuthers

Nachdem er seinem Bedauern darueber Ausdruck verliehen hatte, dass es ihm seine gewerkschaftlichen Verpflichtungen in Detroit nicht gestatten, auf der Versammlung in New York zu erscheinen, aeusserte sich Reuther in seiner Botschaft zu seinem kuerzlichen Besuch, den er den europaeischen Laendern abgestattet hatte und ueber seinen kurzen Aufenthalt in Berlin.

"Und ueberall habe ich Europaer getroffen, die folgende Fragen an mich richteten:

Wird Amerika seine grosse Macht und seinen gewaltigen Reichtum im Rahmen des Marshall-Plans weise einzusetzen....Oder wird es versuchen, die Energien und Hoffnungen der europaeischen Bevoelkerung nach amerikanischen Vorbild in eine Form des freien Unternehmens zu zwaengen im Austausch gegen die wirtschaftliche Hilfe, die Europa haben muss, um am Leben zu bleiben. Werden wir der europaeischen Demokratie den Todesstoss versetzen und Europas Zukunft dem Kommunismus oder einer wiederauflebenden Nazibewegung ueberantworten. Oder werden wir uns zurueckziehen nachhause gehen und Europa in seinem Chaos sitzen lassen, wie wir es nach dem ersten Weltkrieg getan haben, bis unsere Jungens wieder in Italien, in Frankreich oder sonstwo landen muessen.

"Das sind praktische Fragen, so praktisch wie wohl irgend welche Fragen unserer Innenpolitik, denn der Marshallplan und unsere deutsche Besatzungspolitik ist in Gefahr. Diese ist durch die Wirrnisse unserer eigenen Europapolitik ebenso bedroht wie durch einen Strom drohender kommunistischer Bemuehungen, sie in

Misskredit zu bringen oder sie zu verhindern...."

Reuther erklarte, dass es die Arbeiter Deutschlands seien, die wirkliche Freunde der Demokratie sind, und er bedauerte, dass diese Tatsache nicht genug anerkannt wird. Er gab seiner Achtung vor den Gewerkschaften in Berlin und in den Westzonen Ausdruck. Er betrachtete die Berliner Politik der westlichen Alliierten als die fuer die westliche Demokratie entscheidende. Er nannte Berlin den "Vorposten der Freiheit". "Aber", fuegte er hinzu, "wir muessen ebenso klug sein wie wir fest bleiben muessen". Und wir muessen auch in bezug auf den Marshall-Plan klug sein, der dazu dienen kann, "entweder eine wirtschaftliche Grundlage fuer einen dauerhaften Frieden zu schaffen, oder der dazu benutzt werden kann, Millionen Dollars der Steuerzahler in den tiefsten Abgrund zu werfen, der jemals in der Geschichte der Menschheit existierte."

Aus der Versammlung der "American Association for a Democratic Germany".

Frankreich braucht neue Arbeitskraefte

Frankreich braucht nicht nur neue Arbeitskraefte, sondern es muss auch neue Quellen fuer Rohmaterialien ausfindig machen. Der Bevoelkerungszuwachs des Landes ist nicht gross genug gewesen, um dem Bedarf an Arbeitskraeften in Frankreich gerecht zu werden. Frankreich ist ein eigenartiges Land im Vergleich zu den uebrigen Laendern Europas. Seine Bevoelkerung ist ein Jahrhundert lang verhaeltnismaessig gleich gross geblieben und ist es jetzt laenger als eine Generation wieder. Dieselben Probleme existieren uebrigens auch in den franzoesischen Kolonien; auch dort herrscht ein Mangel an Arbeitskraeften.

Jedoch ist Frankreich in bedeutendem Masse mit Rohmaterialien gesegnet. Ein Oelvorkommen im Bordeauxbecken wird entwickelt. Grosse Kohlenlager bestehen auf Madagaskar, einer franzoesischen Kolonie, und wenn die Bergwerke ausgebeutet werden, wird sich der Ertrag auf 2 Millionen Tonnen oder noch mehr im Jahre belaufen. Auf Neu-Kaledonien, einer anderen franzoesischen Besetzung, sind grosse Nickelvorkommen, und in Franzoesisch-Marokko kommen grosse Mengen an Mangan vor, das fuer die franzoesische Industrie so notwendig ist.

Diese ausgedehnten Hilfsmittel koennen nur entwickelt werden, wenn Frankreich von der Marshall-Plan-Hilfe klug Gebrauch macht. Die Monnet-Planungsgruppe hat ein Programm entworfen, um von dieser Hilfe richtig Gebrauch zu machen. Es werden wenigstens 300.000 neue Arbeiter benoetigt, die bis 1952 verfuegbar sein muessen.

"In Aequatorial-Afrika koennen z.B. die Bergwerksgesellschaften nicht einmal in den Konzessionsgebieten Schuerfprogramme durchfuehren, weil die Arbeitskraefte hierfuer ihrer laufenden Taetigkeit entzogen werden wuerden. Es ist den Unternehmern im Strassenbau und im oeffentlichen Bauwesen nicht moeglich, die erforderlichen Arbeitskraefte zu bekommen. Jedoch in der Hoffnung, dass sich mit Hilfe der anderweitigen ueberbevoelkerten Gebiete irgendeine Loesung fuer dieses Problem finden lassen wird, ist Frankreich jetzt intensiv auf der Suche nach sowohl neuen Arbeitskraeften als auch nach neuen Rohstoffquellen.

"The New York Times" 7. Maerz 1949

Englische Soccers (Fussballer) drohen mit Streik

In den Vereinigten Staaten ist Baseball das volkstuemlichste Spiel; Baseball ist aber auch ein grosses Geschaef. Gewisse Baseballspieler haben den Versuch unternommen, eine Gewerkschaft zu bilden, es scheint dafuer aber wenig Interesse zu bestehen. Dieselben Verhaeltnisse scheinen aber in England nicht zu bestehen, wo das volkstuemliche Spiel "Soccer" ist. (Ein Fussballspiel, bei dem der Ball

nicht mit der Hand beruehrt werden darf). Dort haben die 88 Soccer-Vereine eine Gewerkschaft, die nach einem Bericht vom 4. Maerz aus London ueber den Streik abstimmen will. Wenn der Streik tatsaechlich zustande kommt, dann deshalb, um die Forderung nach einem Pensionsplan und einer neuen Vertragsart zu unterstuetzen, derzufolge es den Spielern gestattet sein soll, von einem Verein zu einem anderen ueberzuwechseln.

Vor zwei Jahren rief die Gewerkschaft zu einem Streik auf, der aber durch das Eingreifen der Regierung in Form einer Einsetzung eines Landesschiedsgerichts verhindert wurde. Diesmal bittet der Verband die Regierung, ihm bei der Ausarbeitung eines neuen Vergleichs behilflich zu sein. Die Gewerkschaft hat den Vorwurf erhoben, dass zuviel Geld aus den Einkuenften der Fussball-Vereine dazu benutzt wird, um in Schottland und Irland Spieler zu engagieren.

Der durchschnittliche Wochenlohn eines berufsmassigen Soccer-Spielers betraegt \$32 und die durchschnittliche "Spiellaufbahn" eines Soccer-Kaempfers dauert etwa 7 Jahre. Die Gewerkschaft fordert ein Pensionssystem, wonach fuer Spieler, die sich zur Ruhe setzen, Betraege beiseitegelegt werden sollen, die ungefaehr 25% vom Jahreslohn ausmachen. Die Gewerkschaft ist der Ansicht, dass eine Pension dem augenblicklichen System vorzuziehen waere, demzufolge Wohltaetigkeitsspiele fuer Spieler, die sich zur Ruhe gesetzt haben, veranstaltet werden.

"The New York Times" 5. Maerz 1949

Die Frage der Sklavenarbeit in Russland

Am 7. Maerz billigten die Vereinten Nationen mit einem Abstimmungsergebnis von 14 zu 3 einen Vorschlag, der vom Wirtschafts- und Sozialrat eingebracht worden war, worin eine Untersuchung der Anklagen wegen der ausgedehnten Sklavenarbeitpraktiken in Russland gefordert wurde. Die beiden Sowjetdelegierten und die Tuerkei enthielten sich der Stimme, und die polnische Stimme war in der Opposition.

Ebenfalls am 7. Maerz wurde vom Englischen Gewerkschaftsbund (TUC) ein Bericht veroeffentlicht, in dem den Russen der Vorwurf gemacht wurde, dass die Sklavenarbeitslager in den Uranbergwerksgebieten Ostdeutschlands unterhielten. Der Bericht des TUC gruendete sich auf die kuerzlichen Beobachtungen und Fruefungen zweier englischer Gewerkschaftler, die Westdeutschland besucht hatten. Diese Gewerkschaftsvertreter, Robert Willis, vom Druckerverband, und James Bowman, vom Bergarbeiterverband, kamen zu ihren Ergebnissen, nachdem sie eine grosse Anzahl Deutscher befragt hatten, die in den Uranbergwerken Zwangsarbeiter gewesen spaeter aber aus Ostdeutschland gefluechtet waren.

"New York Herald Tribune" (Paris) 9. Maerz 1949

Franzoesischer Arbeiterfuehrer fordert Untersuchungen in Venezuela

Auf einer Versammlung, der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO), die vor kurzem in Genf stattfand, forderte Leon Jouhaux eine Untersuchung der Klagen darueber, dass Gewerkschaftler in Venezuela verfolgt werden. Jouhaux, der Fuehrer der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung in Frankreich sagte, dass der Organisation Berichte darueber zugegangen seien, die Regierung in Venezuela Gewaltmassnahmen gegen die Gewerkschaften ergriffen haette. Der polnische Delegierte stellte die Forderung, dass die entsprechende Resolution auch auf verschiedene andere Laender ausgedehnt werden sollte, die in einer Resolution erwaehnt waren, die der Weltgewerkschaftsbund (FTU) vor kurzem den Vereinten Nationen hatte zugehen lassen. Der Vorschlag Jouhaux's wird Gegenstand einer spaeteren Diskussion der ILO sein.

"The New York Herald Tribune" (Paris). 8. Maerz 1949

Der ECOSOC billigt Resolution ueber Gewerkschaftsrechte

Der Wirtschafts- und Sozial-Rat der Vereinten Nationen (ECOSOC) in Lake Success nahm eine Entschliessung an, die die Aufmerksamkeit aller Mitgliedstaaten auf die Bedeutung des Schutzes der Gewerkschaftsrechte lenkte.

Die von Neuseeland eingebrachte Resolution wollte auch die Aufmerksamkeit auf die Prinzipien lenken, wie sie in diesem Zusammenhang im 1948er Abkommen ueber die Koalitionsfreiheit und den Schutz des Rechts auf Organisierung niedergelegt sind, das von der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO) angenommen worden war. Die Berichte der ECOSOC-Debatte ueber die Verletzung der Gewerkschaftsrechte sollten an die ILO und die Kommission fuer Menschenrechte weitergeleitet werden.

Vor der Abstimmung ueber die Resolution Neuseelands verwarf der Rat eine sowjetische Resolution, derzufolge der Rat eine Anzahl arbeiterfeindliche Anklagen, die der Weltgewerkschaftsbund (WFTU) gegen verschiedene Laender vorgebracht hatte, entgegennehmen sollte.

Bei der Abstimmung ueber die sowjetische Resolution wurde diese vom Rat mit 13 gegen 3 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt, wobei nur Sowjetrussland, Weissrussland und Polen fuer die Resolution eintraten.

Bei der Annahme des Vorschlages Neuseelands stimmte der Rat mit 14 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Vordem hatte heute der amerikanische Vertreter Leroy Stinebower darauf hingewiesen, dass der WFTU durch Ignorierung der Verletzung der gewerkschaftlichen Rechte hinter dem "Eisernen Vorhang", andererseits aber durch Anspielung auf anderweitige Uebergriffe, einzig sein Interesse fuer eine "kommunistische politische Propaganda" zum Ausdruck gebracht hatte.

Waehrend der Debatte im Rat ueber die Verletzung der gewerkschaftlichen Rechte beschuldigte ein Vertreter des WFTU Argentinien, Birma, Chile, Brasilien, Aegypten, Griechenland, Indien, den Iran, die libanesische Republik, Portugal, Spanien und Suedafrika, dass sie verschiedene Zwangsmassnahmen anwenden, um die gewerkschaftlichen Rechte zu unterdruecken. Er setzte sich dafuer ein, dass der ECOSOC unter Mithilfe des WFTU, "wirksame Aktionen" einleiten sollte, um diese Situation zu bereinigen.

Die Vertreter Chiles, Brasiliens, Indiens, der Republik Libanon, Griechenlands, Aegyptens, Perus und Argentinens hatten ganz oder teilweise die gegen sie vom WFTU vorgebrachten Anschuldigungen widerlegt.

Unter Hinweis darauf, dass die Vereinigten Staaten die "Richtigkeit der Anschuldigungen des WFTU weder bestaetigen noch in Abrede stellen", draengte Stinebower darauf, dass die Angelegenheit der ILO "als der sachkundigen und erfahrenen Stelle zugeleitet werden solle, die von den Vereinigten Staaten als diejenige Organisation anerkannt wird, die die Gerichtsbarkeit ueber solche Fragen hat."

Diese Empfehlung bewegt sich auf einer Linie mit der Ankuendigung des Leiters der ILO, David A. Morse, dass das Arbeitsgremium die Lage der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Laendern auf ihrer naechsten Sitzung im Juni behandeln wuerde. Unter Beruecksichtigung der ECOSOC-Debatte wies Morse darauf hin, "dass man erwarten koenne, dass der ECOSOC im Laufe der naechsten paar Wochen die Angelegenheit der ILO ueberweist, deren Gerichtsbarkeit sie ganz klar untersteht."

Dr. Julius Katz-Suchy, der Delegierte Polens, meinte, der WFTU haette es verabsaeumt, den "offenkundigsten Verletzer der Gewerkschaftsrechte - die Vereinigten Staaten - auf seine Liste zu setzen. Er stellte die Rolle, die, wie er

sagte, die Gewerkschaften in Polen und anderen "Volksdemokratien spielten, im Gegensatz zu der angeblichen Unterdrueckung der Arbeiterrechte in den Vereinigten Staaten, Chile, Griechenland, Indien und anderen Laendern heraus.

Der polnische Delegierte zitierte dann die Kritik der AFL an manchen Punkten des Taft-Hartley-Gesetzes, dessen Revision der amerikanische Kongress staendig in Erwaegung zieht. Er meinte, dies waere ein Beweis fuer die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterschaft und draengte darauf, dass der ECOSOC die sowjetische Resolution zur Unterstuetzung der Anklagen des WFTU gegen andere Laender billigen solle.

Stinebower antwortete darauf, dass die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten die Freiheit der Gewerkschaften garantieren, am besten in ihrem Recht, die Regierung zu kritisieren, zum Ausdruck kaeme. Er hob hervor, dass sich die amerikanischen Arbeitergewerkschaften "frei an den Debatten im Kongress ueber Revisionen in der amerikanischen Arbeitergesetzgebung beteiligen koennten."

"Im Gegensatz hierzu," fuhr Stinebower fort, "sind gewerkschaftliche Rechte bedeutungslos oder noch schlimmer, daran, wenn die Verbaende vom Staate kontrolliert, beherrscht oder dem Staat dienstbar sind. Eine Arbeitergewerkschaft in einem von Kommunisten beherrschten Lande unterscheidet sich kaum von den Arbeitsfront in Nazideutschland." Hinter dem "Eisernen Vorhang", sagte er, "ist eine Gewerkschaft ein bewaehrtes Werkzeug, um noch mehr Arbeit aus jedem einzelnen Arbeiter herauszupressen und um jeden Beweis der Unabhaengigkeit des Denkens, des Wortes oder der Tat zu beseitigen." Den Arbeitern in den kommunistischen Laendern werden alle solchen wesentlichen und spezifischen Rechte, wie das Streikrecht, das Recht der freien Verhandlung und das Recht die Politik der Gewerkschaft und der Regierung zu kritisieren, verweigert, sagte er.

Stinebower bemerkte, dass sich aber das Anklage-Memorandum des WFTU ueber den "sowjetischen Prototyp der nazistisch-faschistischen Arbeitsfront" wie auch ueber die aeusserst straffe Ausrichtung der Arbeiterschaft in Polen, Albanien, Ungarn, Weissrußland und anderen sowjetischen Satellitenstaaten "ausschweige". Er schloss, indem er sagte, der WFTU muesste damit einverstanden sein, dass das Problem der ILO unterbreitet wird, "wenn der WFTU uns wirklich glauben machen will, dass es ihm mit den Behauptungen Ernst ist und er nicht nur unnoetig unsere Zeit mit einer boesartigen Propaganda vergeuden will."

Roland Lebenau (Belgien) hob hervor, dass bis jetzt eine international angenommene Definition des Begriffs Gewerkschaftsrechte nicht existiere. Gesetzmaessig koennte daher der ECOSOC nicht empfehlen, dass Mitgliedsstaaten die gesetzmaessige Durchfuehrung der Gewerkschaftsrechte festsetzen. Dies wuerde bloss auf die Forderung hinauslaufen, eine nationale Gesetzgebung zu erzwingen. Der belgische Delegierte erklaerte sich jedoch mit dem amerikanischen Vorschlag und gleichzeitig mit dem auf gleicher Linie liegenden Teil der Resolution Neuseelands einverstanden, und empfahl die ganze Angelegenheit der ILO als der einzigen kompetenten Stelle auf diesem Gebiet zu ueberweisen..

Amerikanisches Aussenministerium
"Radio Bulletin" 8. Maerz 1949

Der Wiederaufstieg Finnlands wird als ein Wunder bezeichnet

Trotz zweier Kriege und gewaltiger Reparationskosten, trotz seines Gebietsverlustes und der 400.000 Verschleppten hat Finnland in seinem Wiederaufstieg grosse Fortschritte gemacht. Hier sind einige Kennzeichen fuer den Fortschritt Finnlands: (1) Die Bevoelkerung bekommt mehr Lebensmittel als jemals zuvor seit 1939. (2) Die Industrieproduktion lag 1948 um 25% hoeher als 1947 und 10% hoeher als im Jahre 1938. (3) In gewissen Industriezweigen besteht ein Mangel an Arbeitern.

Wie in anderen nordischen Laendern, so haben auch in Finnland die Gewerkschaften zusammen mit den Arbeitgebern und der Regierung daran gearbeitet, einen Arbeitsfrieden zu schaffen und soweit wie moeglich die Wirtschaft Finnlands wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen. Das Parlament gab der Regierung Vollmachten, eine Stabilitaet in Preisen und Loehnen zu schaffen, indem Methoden angewendet wurden, die vom freundschaftlichen Ratschlag an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bis zur scharfen Regierungskontrolle gehen.

"So gelang es z.B. der Regierung, die Lebensmittelpreise zu senken, indem sie grosse Mengen daenischer Butter und Eier, sowie Rindfleisch aus Argentinien einkaufte. Importierte Lebensmittel werden, soweit dies moeglich ist, in Gefrierhaeusern gelagert und die fuer den Verkauf an die Verbraucher freigegebenen Mengen richten sich nach den Preisverhaeltnissen. Die Lebensmitteleinfuhr ist eine entscheidende und maechtige Waffe in den Haenden der Regierung und ermoeeglicht es ihr, die Preise niedrig zu halten und unnoetige Umstellung in der Industrie Finnlands zu vermeiden.

Die augenblickliche Lage Finnlands wurde zusammenfassend in einem Interview vom Premierminister K.A. Fagerholm zusammengefasst, der der Fuehrer der Finnischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei ist. Er wies darauf hin, dass sich die Wirtschaft Finnlands im letzten Jahr gefestigt habe, dass sich die Devisenreserven verdoppelt haetten und dass es der Regierung moeglich gewesen sei, manche Steuern bis auf 50% zu senken."

"The New York Herald Tribune" (Paris) 8. Maerz 49

- 16 -

Internationale

ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.

OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 6

Berlin, 1. April 1949

DIE VEREINTEN NATIONEN SOLLEN UNTERSUCHUNGEN

UEBER SKLAVENARBEIT ANSTELLEN

Mit Opposition der Sowjets hat der Wirtschafts- und Sozial-Rat der Vereinten Nationen (ECOSOC) die Internationale Arbeits-Organisation (ILO) gebeten, Untersuchungen ueber das Problem der Sklavenarbeit, insbesondere hinter dem "Eisernen Vorhang", durchzufuehren. Das Abstimmungsergebnis war 14 zu 3, wobei sich Polen Weissrussland und der Sowjetunion in der Minderheit anschloss.

Die Resolution, die urspruenglich von der AFL ausging, richtete sich in erster Linie gegen Russland und erhob den Vorwurf, dass Millionen von Menschen in diesem Lande in Sklavenlagern schwerste Arbeit verrichten muessen. In einer Resolution Sowjetrusslands war der Weltgewerkschaftsbund als diejenige Organisation bezeichnet worden, die die Untersuchungen durchfuehren sollte. In dieser Resolution waren wohl verschiedene westliche Laender genannt, in denen die Untersuchungen durchgefuehrt werden sollten, aber Laender des "Eisernen Vorhangs" wurden hierbei nicht erwaeht. Die Resolution der Sowjets wurde bei der Abstimmung mit 15 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Die Resolution besagt, dass:

"nach Kenntnisaahme von einem Memorandum ueber die Untersuchung von Zwangsarbeit und ueber Massnahmen zu ihrer Abschaffung, wie es von der AFL eingebracht wurde

"in der Ueberzeugung, dass es wuensenswert ist, dass die Anklagen betreffs Zwangsarbeit, die im Laufe der jetzigen Debatte vorgebracht wurden, unparteiisch untersucht werden,

"unter Beruecksichtigung der Tatsache, dass internationale Bestimmungen in der Frage der Zwangsarbeit von der ILO akzeptiert worden sind,

"im Hinblick darauf, dass sich die Mitglieder der Vereinten Nationen lt. Artikel 55 feierlich verpflichtet haben, allgemein die Achtung vor den menschlichen Rechten und den grundsuetzlichen Freiheiten fuer alle und ihre Beobachtung und Einhaltung zu foerdern,

"der ECOSOC die ILO bittet, dem Problem der Zwangsarbeit, ihrer Art und Ausdehnung im Lichte aller moeglichen Informationen Beachtung zu schenken, einschliesslich des Memorandums der AFL und der Protokolle ueber die Diskussionen im Rat ueber diesen Punkt, die sie der ILO zu ueberweisen sich entschlossen hat;

"der ECOSOC den Generalsekretaer um enge Zusammenarbeit mit der ILO ersucht, um die Arbeiten auf diesem Gebiete voranzutreiben,

"der ECOSOC ferner den Generalsekretaer ersucht, sich mit jeder einzelnen derjenigen Nationen in Verbindung zu setzen, gegen die Anklagen wegen Sklavenarbeit erhoben wurden, und sich zu erkundigen, in welchem Masse diese bereit sind,

sich an einer unparteiischen Untersuchung ueber die Verbreitung von Zwangsarbeit in ihren Laendern zu beteiligen,

"ersucht der ECOSOC den Generalsekretaer, die ILO ueber die Fortschritte in dieser Frage auf dem Laufenden zu halten und mit ihr darueber zu beraten, sowie auf der naechsten Sitzung des Rates einen Bericht ueber die Ergebnisse seiner Fuehrungnahme und Beratungen abzugeben;

"der ECOSOC beschliesst, dass Memorandum der AFL und die Akten ueber die Diskussionen des Rates ueber diese Angelegenheit an die Kommission fuer Menschenrechte zusammen mit dem Entwurf der Vertragsklauseln in bezug auf die Menschenrechte zwecks Erwaegung weiterzureichen.

Amerikanisches Aussenministerium

"Radio Bulletin" 7. Maerz 1949

VERTRETER DER SCHWEDISCHEN UND ITALIENISCHEN ARBEITERSCHAFT
STUDIERN INDUSTRIELLE EINRICHTUNGEN IN AMERIKA

Eine Gruppe von 12 fuehrenden schwedischen Arbeiterfuehrern sowie eine weitere, bestehend aus 3 Italienern, kam gestern in New York an, um als Gaeste der Amerikanischen Regierung die amerikanischen Arbeitsbeziehungen, die Arbeiterverhaeltnisse und das Gewerkschaftswesen zu studieren. Sie kamen im Rahmen eines Sonderprogramms des ECA hierher, in dem vorgesehen ist, die industrielle Produktivitaet zu erhoehen und den kommunistischen Einfluss auf die Arbeiterschaft in den hauptsaechlichsten Marshallplan-Laendern zu bekaempfen.

Die Schweden landeten morgens mit einem Flugzeug der American Overseas Airlines aus Stockholm auf dem La-Guardia-Flughafen. Kurze Zeit darauf landeten die Italiener in einem Transworld Flugzeug aus Rom. Beide Gruppen nahmen zeitweilig im McAlpin-Hotel Aufenthalt.

Axel Strand, der Vorsitzende des Schwedischen Arbeiterverbandes und Fuehrer der Delegation, erklarte, dass die Gruppe im besonderen unsere Stahl- und Transport-Industrie studieren wuerde. Eine der Fragen, die sie besonders interessierte, sagte er, sei die, wie es mit den amerikanischen Produktionsmethoden moeglich sei, pro Arbeiter $2\frac{1}{2}$ mal soviel Stahl zu produzieren wie mit den schwedischen Methoden.

Die italienische Delegation wurde von Giulio Pastore, dem Generalsekretaer des Freien Italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gefuehrt, der sich von der von den Kommunisten gefuehrten Mehrheit des Arbeiterverbandes in Italien abgesondert hatte. Mit ihm kamen Giovanni Canini, der 2. Generalsekretaer des Allgemeinen Arbeiter-Verbandes und Fuehrer der antirenten Minderheitsopposition dieser Vereinigung, sowie Appio Rocchi, der Leiter des Arbeiterausschusses der Italienischen Republikanischen Partei.

Pastore erklarte spaeter den Reportern, dass die italienischen Arbeiter zu Tausenden aus den Gewerkschaften ausgetreten sind, "weil sie der kommunistischen Machenschaften muede seien". Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass man in Italien einen Zusammenschluss aller nichtkommunistischen Arbeitergruppen erreichen wuerde, der dann den bedeutenderen Arbeiterverband darstellen wuerde. Zu diesem Zweck, sagte er, seien er und seine beiden Kollegen nach hier gekommen, um die amerikanischen Arbeiterorganisationen zu studieren, die seiner Meinung nach den italienischen Gewerkschaften weit voraus seien.

Am Nachmittag besuchten die Italiener David Dubinsky, den Praesidenten des Internationalen Damenbekleidungsarbeiter-Verbandes.

In der naechsten Woche werden italienischen Besucher die Arbeitsmethoden des ILGWU und des Textilarbeiter-Verbandes in New York, sowie des Verbandes der Vereinigten Bekleidungsarbeiter in Paterson, New Jersey studieren. In der Woche darauf werden sie sich nach Washington begeben und von da aus nach den Industrie-

gebieten des Ostens.

"The New York Times" 12. Maerz 1949

DAS ERP UND DIE SCHWEDISCHE ARBEITERSBEWEGUNG

In seiner Ansprache zur Begrueessung einer Gruppe schwedischer Arbeiterfunktionaere, die nach Amerika gekommen waren, um die industriellen Produktionsmethoden zu studieren, erklarte Paul G. Hoffman, der Leiter des Verwaltungsausschusses fuer das ERP: "Die Welt muss von 2 Dingen befreit werden - einmal vom Kriege und zweitens von der Furcht vor dem Kriege...." Er sagte, "wenn sich die freien Voelker vereinigen und vereint bleiben", dann brauche man keine Furcht vor Angreifern zu haben.

"Keine freie Nation", sagte Hoffman, "ist jemals eine angreifende Nation. Das Volk fuehrt keine Krieg. Das tun Diktatoren. Diktatoren stellen immer eine Bedrohung dar. Um sich selbst an der Macht zu halten, muessen sie dauernd Vorwaende und Entschuldigungen parat haben, um ihr Volk versklaven zu koennen, und um ihrem Volk weismachen zu koennen, dass er durch eine Angriff von aussen her bedroht wird...."

"Wir haben nur eine aggressive Nation, die eine Gefahr darstellen koennte... und das ist Russland...". Er erklarte, dass die freien Voelker ueber den groessten Teil der Weltvorrate an Stahl, Oel, Schiffsraum verfuegen, also ueber die materiellen Vorteile, die geeignet sind, den Vorstoss eines Angreifers zum Scheitern zu bringen. Die Einigkeit der freien Voelker kommt in solchen wechselseitigen Besuchen zum Ausdruck.

Axel Strand, der Leiter der schwedischen Gewerkschaftsgruppe, sagte, dass die schwedischen Arbeiter von der Bedeutung des Marshall-Plans ueberzeugt seien. Sie wissen, dass der Plan von groesster Wichtigkeit ist, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu entwickeln." Strand fuegte hinzu, dass der Besuch der schwedischen Gewerkschafter "uns eine Gelegenheit bietet, mit unseren Kollegen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zusammenzukommen und mit ihnen Angelegenheiten von gemeinsamen Interesse zu besprechen."

Beim Empfang in Washington waren Arbeiterfuehrer vom CIO, von der AFL, von den Eisenbahner-Verbaenden und vom Maschinenarbeiter-Verband anwesend. In den verschiedenen Staedten, die sie besuchen werden, werden die Delegierten Gaeste verschiedener Gewerkschaften sein

"Overseas American News Service" 14. Maerz 1949

EIN KLEINER STREIK, DER GROSSES AUFSEHEN ERREGTE

Ein Streik, der von 240 Arbeitern der beiden katholischen Friedhoefe in New York City gefuehrt wurde, wurde am 12. Maerz beigelegt. Auf einem Friedhof hatten die Arbeiter genau zwei Monate lang gestreikt, der Streik der anderen Gruppe hatte einen Monat gedauert. Aber selten hat ein kleiner Streik groesseres Aufsehen in der Oeffentlichkeit erregt wie dieser.

Am 4. Maerz wurde der Streitfall zum Thema der Titelseite in den Zeitungen, als sich Kardinal Spellman von New York an die Spitze einer Gruppe von freiwilligen Studenten aus dem Seminar stellte, das von ihm geleitet wird. Mehrere Hundert Leichen warteten auf ihre Bestattung. Er rief Freiwillige auf, und 100 Studenten griffen zur Schaufel und folgten dem Kardinal auf die Friedhoefe. Mehrere Tage lang leisteten etwa 100 Seminaristen diese freiwillige Arbeit. Die Streikenden belassen ihre Streikposten auch weiterhin auf den Friedhoefen.

Die Streikenden hatten eine 5-Tage-Woche zu 40 Stunden gefordert mit der gleichen Bezahung wie fuer eine 6-Tage-Woche. Fuer Sonnabendarbeit und Ueberstunden wollten sie das Anderthalbfache haben. Dies haette eine Lohnerhoehung von \$59.40 auf etwas mehr als \$70 pro Woche zur Folge gehabt. Darauf wollte der

Kardinal aber nicht eingehen. Ausserdem weigerte er sich, mit einer Gewerkschaft zu verhandeln, von der behauptet wird, sie stehe unter kommunistischem Einfluss. Zu dieser Zeit war der Verband der Friedhofsarbeiter noch dem Verband der Nahrungsmittel-, Tabak- und Landwirtschafts-Arbeiter Amerikas (CIO) angeschlossen.

Am 5. Maerz versammelten sich, waehrend die 100 Seminaristen Graeber aushoben, 175 Streikende in der Naehel. Die gesamte Gruppe bestand aus Katholiken mit Ausnahme von 3 Personen. Die Versammlung wurde mit dem Vaterunser, einem "Sei gegruesset, Maria" und dem Arbeitergebet des Verbandes katholischer Gewerkschaftler eroeffnet, das mit den Worten beginnt: "Herr Jesu, Zimmermann aus Nazareth, Du warst ein Arbeiter wie ich...." Dann leisteten die 175 Streikenden einstimmig den antikommunistischen Eid, nachdem sie vorher eine einstimmige Resolution angenommen hatten, in der sie die gewerkschaftszerstoerenden Taktiken jedes Arbeitgebers verurteilten, einschliesslich der katholischen Kirche, wenn sie als Arbeitgeber auftritt." In dieser Versammlung stimmte die Gewerkschaft ueber ihre Trennung von dem Verband der Nahrungsmittel-, Tabak- und Landwirtschafts-Arbeiter ab.

Mehrere Tage spaeter beschlossen die streikenden Friedhofsarbeiter, sich dem Internationalen Verband der Gebaeudepfleger-Arbeiter, einer AFL-Organisation, anzuschliessen. Von verschiedenen AFL- und CIO-Gewerkschaften waren Einladungen an sie ergangen mit dem Ziel, die Friedhofs-Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen.

Inzwischen waren die Frauen der Streikenden in diesem Streit nicht untaetig geblieben. Ein Ausschuss der Frauen sprach beim Kardinal vor und machte den Vorschlag, die Angelegenheit sollte einer dritten Stelle zur Vermittlung ueberwiesen werden. Der Kardinal lehnte diesen Vorschlag ab und sagte: "Sie hatten nichts, was sie mir haetten bieten koennen und von mir aus ist es ihnen gegenueber dasselbe." Eine der Frauen sagte: "Der Kardinal war unnachgiebig und versprach weiter nichts, als dass die Streikenden mit einer kleinen Lohnaufbesserung zur Arbeit zruueckkehren koennten, aber nicht als Gewerkschaftler....er will mit der Gewerkschaft nichts zu tun haben." Die Administratoren der katholischen Friedhoeefe, die den Streikenden eine 3 1/2%ige Aufbesserung angeboten hatten, boten nunmehr eine Erhoehung um 8% an. Der Presse gegenueber aeusserte sich Kardinal Spellman: "Ich tue etwas fuer die organisierte Arbeiterschaft. Aber aus der Tatsache dass eine Gewerkschaft existiert, geht hervor, dass es nicht unbedingt eine gute Gewerkschaft sein muss. Und wenn ein Streik ausgerufen wird, ist es noch nicht gesagt, dass er gut ist."

Schliesslich wurde aber mit einem Funktionaer des Verbandes der Gebaeudepfleger-Arbeiter, der neuen Kopforganisation der Friedhofsarbeiter, ein Abkommen erzielt, Sie bekamen eine Lohnerhoehung von 8,3%, was einer Steigerung von 59.40 \$ auf 64.35 \$ entspricht. Der Kardinal war damit einverstanden, die Gewerkschaft anzuerkennen, indem er seine fruerehen Erklaerungen aufhob, wonach er es den Maennern nur als Einzelnen gestatten wuerde, die Arbeit wiederaufzunehmen."

Dies war ein Sieg fuer die Streikenden. Sie gingen ihrer Forderung auf eine 5-Tage-Woche mit 40stuendiger Arbeitszeit verlustig und waren damit einverstanden, weiterhin 48 Stunden zu arbeiten, doch einigten sie sich darueber, dass ein Ausschuss gebildet werden sollte, der ein Abkommen ueber die Arbeitsstunden ausarbeiten soll.

"The New York Times" 4.5.8.9. und 12. Maerz 1949

DIE ATOMENERGIE FUER FRIEDLICHE ZWECKE EROEFFNET WEGE FUER NEUE BESCHAEFFTIGUNGSZWEIGE

Nach Berichten des Arbeitsministeriums sind ungefaehr 70.000 Arbeiter direkt in Atomenergie-Projekten taetig. Alle mit Ausnahme von etwa 5.000 sind fuer Privatbetriebe taetig. Sie werden in mehr als 1.200 Werken, Laboratorien und anderen Einrichtungen in ganz Amerika die sich in privater Hand befinden, beschaeftigt.

Die meisten dieser Arbeiter werden mit irgendwelchen Forschungsarbeiten beschäftigt und ein grosser Teil ihrer Taetigkeit erstreckt sich darauf, neue Wege fuer die friedliche Anwendung der Atomenergie zu eroeffnen bzw. ausfindig zu machen. Es besteht ein weiterer Bedarf an Arbeitern auf diesem Gebiet, besonders an Arbeitern, die eine Spezialausbildung genossen haben.

"Der Mangel an ausgebildeten und erfahrenen Leuten, um den Anforderungen in der erweiterten Anwendung dieser fundamentalen Kraft gerecht zu werden, ist auf vielen Gebieten akut. Darunter fallen Stellungen mit einem laengeren Dienstal-ter fuer Wissenschaftler mit langjaehriger Erfahrung ueber den Akademikergrad hinaus. Ausserdem besteht ein sehr ernster Mangel an Leuten, die sowohl in der Physik wie auch in der Medizin zuhause sind. Besonders dringend benoetigt werden Kraefte mit spezialisiertem Wissen in den Zweigen der Physik und Chemie, oder mit gleichzeitiger Ausbildung auf chemischen und biologischen Gebieten. Abgesehen davon fehlt es an Ingenieuren mit Kenntnissen in der Kernphysik oder bestimmter chemischer Verfahren, deren Mangel sich besonders fuehlbar macht.

"Weitere Kraefte, die fuer das Programm gebraucht werden, sind: erstklassige Schweisser, Gasdieselmechaniker, Keramikingenieure, Metallurgen, Kraftwerk-ingenieure, Verfasser von wissenschaftlichen Berichten, die in der Lage sind, technische Berichte ueber Physik, Chemie oder chemisch-physikalischen Maschinenbau vorzubereiten, abzufassen oder zu rezensieren, Zeichner mit Erfahrungen im Anfertigen von Einzelzeichnungen von Flugzeugmotoren-Einzelteilen, von Zubehoer und Pruefgeraeten.

"Um den Mangel an Technikern und Wissenschaftlern zu beheben, verlieh die Atomenergie-Kommission 247 Studenten akademische Grade fuer das Studienjahr 1948-1949." Diese Studenten werden in verschiedenen Atomenergie-Werken und Laboratorien der Universitaeten arbeiten, studieren und mit der Kommission zusammenarbeiten.

Amerikanisches Aussenministerium
"Labor Information Bulletin" Feb.49

WIE DIE AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN EUROPA BEEINFLUSSEN

Eine der interessantesten Erweiterungen des politischen Einflusses Amerikas seit Kriegsende ist die Entstehung einer ganz neuen Art von Diplomatie - der "Gewerkschafts-Diplomatie". Die Gewerkschaftsbewegungen in den einzelnen Laendern unterhielten zwar seit jeher internationale Beziehungen, aber viele von ihnen haben keine staendige Vertretung im Ausland. Die amerikanischen Gewerkschaften haben dagegen solche Vertretungen.

Die American Federation of Labour (AFL) hat ein Buero und einen "europaeischen Vertreter" in Bruessel sowie ein zweites Buero in Frankfurt, das die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland beobachtet. Die AFL ist auch in Suedamerika ausserordentlich aktiv.

Auch der Rivale der AFL, der Congress of Industrial Organisations (CIO) betaetigt sich im Ausland, aber da er sich dem Weltverband der Gewerkschaften bereits bei dessen Gruendung im Jahre 1945 anschloss, aeussern sich seine internationalen Bestrebungen mehr in der herkoemmlichen Form von Versuchen, die Einigkeit unter den Arbeitern der Welt zu foerdern.

Die AFL, die heute ueber sieben Millionen Arbeiter vertritt, wurde offiziell im Jahre 1885 gegruendet. Sie bewegte sich von Anfang an auf der Linie der britischen Berufsgewerkschaften des 19. Jahrhunderts, das heisst der Organisation der Arbeiter nicht nach Industriezweigen, sondern nach den einzelnen Berufen.

Hauptsaechlich auf Anregung von John L. Lewis, dem Fuehrer der Vereinigten

Bergarbeiter-Gewerkschaft, wurde 1935 innerhalb der AFL ein "Ausschuss fuer Industrielle Organisation" gebildet. 1936 erklarte die Leitung der AFL, sie koenne diese "Meuterei" gegen ihre prinzipielle Auffassung des Gewerkschaftswesens in ihren eigenen Reihen nicht dulden, und schloss zehn Gewerkschaften wegen ihrer Zugehoerigkeit zu dem neuen Ausschuss aus. 1938 konstituierte sich der "Ausschuss fuer Industrielle Organisationen" als "Kongress der Industriellen Organisationen", der seitdem ein mit der AFL rivalisierender amerikanischer Gewerkschaftsverband ist.

Der Weltgewerkschaftsbund

Die World Federation of Trade Unions - der Weltgewerkschaftsbund - verdankte ihre Entstehung den aus dem Krieg geborenen Freundschaften zwischen dem britischen TUC (Trade Union Council) und den sowjetischen Gewerkschaften. Das Ideal, das den Beteiligten bei der Gruendung vorschwebte, war die Vereinigung der organisierten Arbeiter aller Laender in einem einzigen internationalen Gewerkschaftsbund. Aber die AFL lehnte den Beitritt wegen ihrer ausserordentlich scharfen antikommunistischen Haltung ab und erklarte, die sowjetischen Gewerkschaften seien keine "echten" Gewerkschaften, sondern Vollzugsorgane der Sowjetstaaten. Die AFL stand nicht nur abseits des Weltverbandes, sondern nahm von Anfang an eine aktiv feindliche Haltung ein und tat ihre Absicht kund, diese "Schwindel-Internationale" zu zerstoen, die in Wirklichkeit nur eine Deckorganisation fuer kommunistische Intrigen sei.

Frankreich und Italien

All dies aenderte sich durch die Gruendung des Kominform. Arthur Deakin, der britische Praesident des Weltverbandes, bezeichnete es im September 1948 als eine Organisation, die "sich zu nichts als einer Plattform der Sowjetpolitik entwickel" habe.

Durch den Verfall des Weltverbandes hat sich die politische Bedeutung der internationalen Taetigkeit der AFL gewaltig erhoehrt. In Frankreich hat sich eine antikommunistische, von Léon Jouhaux geleitete Gruppe von der ueberwiegend kommunistischen CGT (Confédération Générale de Travail) abgesplittert und sich als unabhængige Force Ouvrière etabliert. M. Jouhaux' Force Ouvrière bezeichnet sich als eine rein franzoesische, im Gegensatz zum Kommunismus stehende Gewerkschaftsbewegung. Eine aehnliche antikommunistische Gewerkschaftsgruppe hat sich von dem kommunistisch geleiteten italienischen Gewerkschaftsverband abgespalten....

Die kommunistische Taktik

Die AFL hat den Marshall-Plan von Anfang an nachdruecklich unterstuetzt und eine energische Propaganda durchgefuehrt, um die amerikanische Oeffentliche Meinung dafuer zu gewinnen. Auch der CIO unterstuetzte den Plan,.....

Innerhalb weniger Monate nach Marshalls beruehmter Harvard-Rede wirkte sich diese Initiative bereits in Europa aus. Die Gewerkschaften der Westlaender, so erklarte die AFL, sollten sobald wie moeglich eine Konferenz einberufen, um den Marshall-Plan und die Rolle, die die Gewerkschaften dabei zu spielen haetten, zu eroertern. Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, dass die meisten europaeischen Gewerkschaftsbewegungen dem Weltverband angeschlossen waren, in dessen Leitung die Kommunisten die Majoritaet errungen hatten.

Im November 1947 stellte der britische TUC gemeinsam mit dem amerikanischen CIO den Antrag, dass das Verhaeltnis der Gewerkschaften zum Marshall-Plan formell von der Leitung des Weltverbandes behandelt werden solle. Die Kommunistischen Gewerkschaften versuchten Zeit zu gewinnen, indem sie alle moeglichen "technischen" Hindernisse als Grund fuer ihre Verzoegerungstaktik vorschoben.

Im Fruehjahr 1948 verlor der TUC endlich die Geduld und beschloss, eine Konferenz aller den Marshall-Plan unterstuetzenden Gewerkschaftsbewegungen, ob

sie dem Weltverband angehoerten oder nicht, nach London einzuberufen.....

Im Maerz 1948 fand die Londoner Konferenz statt. Zum erstenmal in der Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften sassen hier Vertreter der beiden rivalisierenden Lager um einen internationalen Konferenztisch; es war der Beginn einer neuen Epoche der Zusammenarbeit.

Kampf um die Fuehrung

Im Juli 1948 fand in London eine zweite Gewerkschaftskonferenz fuer den Marshall-Plan statt; hier wurde die Einigkeit der amerikanischen Arbeiterschaft bezueglich Europas erneut betont durch die Teilnahme von Vertretern nicht nur der AFL und des CIO, sondern auch der unabhængigen Bergarbeiter-Gewerkschaft und der Eisenbahner-Bruederschaften. Die Verwirklichung einer neuen Gewerkschafts-Internationale rueckte einen Schritt naeher durch die Verstaerkung des "Ausschusses fuer den Marshall-Plan", an dem nur die westlichen Gewerkschaften teilnehmen, und die Einsetzung eines staendigen Bueros dafuer in Paris.

Ausser in Frankreich und Italien sind die westeuropaeischen Gewerkschaften vorherrschend antikommunistisch und die staerkste Kraft, die dem Kommunismus in den europaeischen Gewerkschaften entgegenarbeitet, ist die sozialdemokratische Weltanschauung. Es handelt sich hier um rein europaeische Probleme, die nur von europaeischen Gewerkschaftsfuehrern durch Propagierung einer wirkungsvollen europaeischen Alternative zur kommunistischen Weltanschauung geloest werden koennen.

Auszug aus einem Artikel von R.L. Anderson in der "World Review", London, erschienen in der "Neuen Auslese"

KOMMUNISTISCHER STREIT SPALTET DIE ARBEITERSCHAFT JAPANS

Die beiden grossen Landesverbaende Japans, die von den Kommunisten beherrschte Landesvereinigung Industrieller Organisationen und der konservative Allgemeine Gewerkschaftsbund, die beide frueher behaupteten, dass die $3\frac{1}{2}$ Million Mitglieder haetten, haben jetzt vielleicht jeder noch 1 Million Mitglieder.

Die Antikommunisten innerhalb der Landesvereinigung Industrieller Organisationen bekaempften die Demokratisierungsbuende. Die Kommunisten parierten, indem sie Gewerkschaften ausschlossen, die sich weigerten, die Befehle der Partei entgegenzunehmen. Die linke Gruppe innerhalb des rechtsstehenden sozialistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes bekaempfte die "Reaktionaeere"; diese Organisation umfasst eine ziemliche Anzahl von Gruppen, die sich ihrem Wesen nach kaum von Betriebsgewerkschaften unterscheiden. Auch Verfechter von Reformen sind ausgetreten oder werden ausgeschlossen, wenn sie in der Erreichung ihrer Ziele versagen.

Jetzt werden diese abtruennigen Gruppen mit Unterstuetzung der Sozialistischen Partei, wie vorgesehen, einem Landesverband von Arbeitergewerkschaften zusammengeschlossen, der nach dem aufgestellten Plan auch Gewerkschaften aufnehmen soll, die frueher niemals einem Bund angehoerten. Die Sozialisten, die bei den kuerzlichen Wahlen schwere Rueckschlaege hatten, betreiben die Organisation mit Entschlossenheit, um in dieser neuen Bewegung die Fuehrung zu uebernehmen.

Viele Beamte des Alliierten Hauptquartiers, die sich mit Arbeitsfragen beschaeftigen, wuerden es begruessen, wenn die neue Organisation Fortschritte machen wuerde, denn sie wuerden ihren Druck gegen den Kommunismus und seine Bestrebungen, die echten Arbeiterverbaende zu Gliedern des augenblicklich bestehenden Allgemeinen Verbandes zu machen, bewillkommen. Sie sind jedoch nicht besonders optimistisch und weisen darauf hin, dass die Demokratisierungsbuende und die Antireaktionaeere, die dem neuen Verband die meisten Mitglieder zufuehren wuerden, augenblicklich in die entgegengesetzte Richtung gefuehrt werden.

"New York Times" 11. Maerz 1949

DIE AMERIKANER DACHTEN IMMER, DAS GEGENTEIL SEI DER FALL

Einem Bericht aus London entnehmen wir, dass die Sowjetunion die Fuehrung der Kommunisten der Welt bei der Veranstaltung des Internationalen Frauentages am 8. Maerz uebernahm. Diese geplante Aktion hatten die Marxisten mit Energie eingeleitet. Die Sowjetlinie sollte die sogenannte emanzipierte russische Frau mit ihrer kapitalistischen Schwester vergleichen.

"Trud", das Organ der russischen Gewerkschaften versuchte, stillschweigend zu folgen, dass die Frauen in den Vereinigten Staaten so abgekaempft seien, dass sie ihre Zuflucht zu Alkohol nehmen. Die "Trud" zitierte in diesem Zusammenhang eine New Yorker Zeitung, derzufolge es 600.000 weibliche Alkoholiker in den Vereinigten Staaten geben soll. Die Kommunistenzeitung "Prawda" erklarte in bis-siger Sprache, dass die "demokratischen" Gesetze in den Vereinigten Staaten die Frauen ihrer elementarsten Rechte beraubten.

"The New York Times" 8. Maerz 1949

DIE METHODE DES ZEITNEHMENS UND DIE GEWERKSCHAFT

Viele Jahre lang haben die amerikanischen Gewerkschaften die Methode des Zeitnehmens in den Fabriken scharf bekaempft. Sie betrachteten die Leistungsin-genieure, Produktionsexperten und die Personalbeamten als Feinde der Arbeiter. Die juengeren Gewerkschaften nehmen einen anderen Standpunkt ein. Manche der juengeren Industriegewerkschaften haben ihr eigenes Forschungspersonal, ihre eigenen Leistungsin-genieure, Produktionsexperten und Personalberater.

Der Verband der Vereinigten Automobilarbeiter (CIO) bildet ein hervorragendes Beispiel fuer eine Gewerkschaft, die sich diese modernen Methoden zunutze macht. Diese Gewerkschaft, die mehr als eine Million Mitglieder zaehlt, hat eine grosse Forschungs- und Unterrichtsabteilung. Die Gewerkschaft widersetzt sich der Zeitnehmermethode nicht, sondern erkannte den Grundsatz an, dass sich Arbeiter sowohl wie Arbeitgeber in die Vorteile des Zeitnehmens teilen sollen. Einer vor kurzem ueber dieses Thema herausgegebenen Broschuere, die fuer die Gewerkschafts-fuehrer (Betriebsraete) in den Werkhallen geschrieben wurde, entnehmen wir eine Anzahl Fragen und Antworten:

Frage: Was versteht man unter Zeitnehmen.

Antwort: Das Zeitnehmen ist eine Methode, mit der die einzelnen Gaenge bestimmt werden, die man benoetigt, um eine Arbeit zu verrichten, sowie die Festsetzung der Zeitspanne jedes einzelnen Arbeitsganges zu dem Zweck, festzustellen, wieviel Zeit man fuer die betreffende Arbeit benoetigt.

Frage: Worin besteht der Zweck, eine Arbeit zu bestimmen und dann mit der Stoppuhr zu arbeiten.

Antwort: Die Werkleitung kauft oft Zeitnehmer-Systeme und benutzt die Zeitnehmer-methoden, um fuer weniger Geld eine hoehere Produktion mit den Arbeitern zu erreichen.

Frage: Wann wurde damit begonnen.

Antwort: Der erste, der damit anfang, war Frederick Winslow Taylor, der in Germantown, Pennsylvania, kurz vor dem Buergerkrieg geboren wurde und der in einem Krankenhaus in Philadelphia starb, als er gerade im Begriff war, seine Uhr aufzuziehen.

Er war der erste Baseballwerfer, der den Ball mit nach oben gekehrter Hand warf und im Jahre 1981 mit einem von ihm selbst erfundenen Schlaeger die Nationalmeisterschaft im Tennis-Doppelspiel gewann. Gegen 1890 ging

er jedoch in die Geschichte ein, als er sich als erster beratender Ingenieur fuer Werkleitungen selbstaendig machte und vor der Amerikanischen Gesellschaft der Ingenieure zum erstenmal das Taylor-System der wissenschaftlichen Betriebsleitung darlegte. Damals war er bei den Bethlehem Stahlwerken beschaeftigt, und im Zeitraum von 7 Jahren steigerte er die Produktion im Stanzwerk um etwa das Zweieinhalbfache.

Was sagt nun die Internationale Gewerkschaft zu dieser Zeitnehmermethode. Die internationale Gewerkschaft hat ihre eigene Zeitnehmer-Abteilung, an die sie sich wenden koennen, damit sie Ihnen dabei hilft, zu verhindern, dass die Zeitnehmermethode dazu verwendet wird, um Sie zur Arbeit "anzutreiben". Die Internationale Gewerkschaft ist der Meinung, dass Lohnerhoehungen "aus den Arbeitern nicht durch Antreiben herausgepresst werden sollen" oder "durch Plaene, die darauf abzielen, Lohnerhoehungen mit einer erhoehten manuellen Produktivitaet zu verknuepfen, die auf Produktionsnormen basiert, die von der Firma ohne Befragung des Personals willkuerlich festgesetzt worden sind.

Frage: Auf welche Weise koennen denn nun Kenntnisse auf dem Gebiete des Zeitnehmens dem Betriebsrat helfen.

Antwort: Nehmen wir einmal an, es kommt ein Arbeiter zu Ihnen und sagt, sein Arbeitsanteil sei zu hoch. Bei einer Beschwerde koennen Sie sich nicht allein auf das Wort des Mannes verlassen. Um den Fall durchzufechten, muessen Sie in der Lage sein, sagen zu koennen, dass er zu hoch sei, weil dabei keine Ruecksicht auf Ermuedung oder auf den Zustand seiner Maschine genommen wurde, oder weil der Produktionsanteil hoeher ist als der Anteil bei aehnlichen Arbeiten in anderen Werkstaetten der Fabrik. Es wird leichter sein, den strittigen Punkt unter Beweis zu stellen, wenn Sie allgemeine Kenntnisse von allem haben, was mit dem Zeitnehmen zusammenhaengt.

Frage: Zeitnehmer-Experten sagen, dass es eine wissenschaftliche Art und Weise gibt, um festzustellen, wieviel Arbeit ein Mensch verrichten sollte. Stimmt das.

Antwort: Nein. Sie koennen fuer eine Arbeit die Zeit messen und sagen, wie lange der Mann daran gearbeitet hat, um die Arbeit in dieser Zeit zu verrichten; das bedeutet aber nicht, dass nun jeder die Arbeit in derselben Zeit fertigstellen sollte.

Frage: Ja, worin besteht denn nun der Zweck des Zeitnehmens, wenn es nichts bedeutet.

Antwort: Im Moment ist es wohl die beste Methode, um Produktionssaetze zu messen. Auf jeden Fall muss aber der Betriebsrat ueber das Zeitnehmen im Bilde sein, ob es nun vorteilhaft oder nachteilig ist, ob wissenschaftlich oder unwissenschaftlich. Weil das System von der Werkleitung benutzt wird, um Produktionsnormen festzusetzen, um festzustellen wie schwer Sie arbeiten und wieviel Sie (nach den Leistungs-Lohn-Systemen) fuer Ihre Arbeit zu bekommen haetten. Wenn Sie das Zeitnehmen zum Gegenstand der Kollektivvertrags-Verhandlungen machen, helfen Sie dabei, die Arbeiter vor unrichtigen und ungerechten Anforderungen in bezug auf die Arbeit zu schuetzen. In Wirklichkeit wird sich eine Zeitnehmermethode, die sich aus einem Gedankenaustausch ergeben hat, genauer und praeziser auswirken, als eine, die lediglich auf der personelichen Beurteilung eines Zeitnehmers basiert.

Frage: Kann denn nun aber die Firma nicht behaupten, dass die Resultate des Zeitnehmens wissenschaftliche Tatsachen darstellen, ueber die man nicht verhandeln kann.

Antwort: Nein. Die meisten fundamentalen Ziffern beim Zeitnehmen haengen vielmehr

von der Beurteilung einer Person ab als vom Messen. Das Ergebnis des Zeitnehmens ist ebenso wenig endgültig wie ein Lohnsatz und ist in gleichem Masse von Verträgen und Verhandlungen abhängig.

Frage: Schoen, wie geht das Zeitnehmen vor sich.

Antwort: Man beginnt, indem man die Arbeiten in einzelne besondere messbare Arbeitsgänge einteilt, die man "Elemente" nennt.

Frage: Die einzelnen Arbeitsphasen nennt man also Elemente. Wie nennt man nun die ganze Arbeit.

Antwort: Die ganze Arbeit wird "Zyklus" genannt.

Frage: Dann wird also die Arbeit in "Elemente" aufgeteilt. Was kommt dann.

Antwort: Dann wird die ganze Arbeit sorgfältig von Ihnen bestimmt und Sie sagen dann genau, unter welchen Bedingungen die Arbeit geleistet wurde: Tageszeit, Art des Materials, Art der Maschine, Zustand der Maschine. Sie notieren alles genau, was irgendwie Einfluss auf die von Ihnen gewonnenen Ergebnisse haben könnte.

"Der Mensch ist nicht aus Eisen"

Es folgen dann 25 Fragen, die sich auf die Einzelheiten bei der Durchführung des Zeitnehmens in einer Automobilfabrik beziehen, wo die Arbeit eines jeden Einzelnen am Produktionsband in jeder Minute des Arbeitstages auf die Arbeit aller anderen Kollegen im Werk abgestimmt ist. Das ist das Produktionsband. Die gesamte Arbeit wird einem Bewegungsschema angepasst, dessen Wirksamkeit nach der Zahl der Arbeitsminuten pro Arbeiter gemessen wird, die gebraucht werden, um ein Auto zu fabrizieren. Dann kommen folgende Fragen und Antworten:

Frage: Wenn ich etwas vom Zeitnehmen lese, dann stelle ich fest, dass man auch dafür Zeit ansetzt, in den Waschraum zu gehen oder bei fehlerhaftem Material oder, wenn man ermüdet. Stimmt das.

Antwort: Ja, die Zeit, die man für solche Fälle berücksichtigt, nennt man "Zugaben". Im allgemeinen gibt es 3 Arten von "Zugaben": persönlicher Art, für Ermüdung, unvorhergesehene Zwischenfälle oder Verzögerungen.

Frage: Was versteht man unter "Zugaben" persönlicher Art.

Antwort: Das ist die Zeit, die für den Gang zum Waschraum und für andere persönliche Bedürfnisse angesetzt wurden, z.B. um Wasser trinken zu gehen.

Frage: Was versteht man unter einer "Zugabe" für Ermüdung.

Antwort: Sie können nicht den ganzen Tag lang mit höchster Geschwindigkeit arbeiten. Sie ermüden, also muss das Zeitnehmen diese Tatsache berücksichtigen. Die "Zugabe" für Ermüdung wird "Ermüdungszugabe" genannt.

Frage: Und was bedeutet die "Zugabe" für unvorhergesehene Zwischenfälle und Verzögerungen.

Antwort: Niemand ist in der Lage, vorherzusagen, ob sich im Arbeitsablauf nicht irgend etwas ereignet. Vielleicht kommt kein Material heran, oder ein Werkzeug ist fehlerhaft. Dann müssen Sie den Arbeitsgang unterbrechen, um das Werkzeug auszuwechseln oder um es zu justieren. Vielleicht muss eine Maschine oder ein Teil davon extra geölt werden. Die Unterbrechungen kommen oft genug vor, so dass Sie wissen, dass damit zu rechnen ist, aber im Arbeitsplan sind sie nicht aufgeführt, daher muss man, wenn man für die Arbeit die Zeitmessung vornimmt, dafür eine allgemeine "Zugabe" in Ansatz bringen.

Frage: Schoen, auf welche Weise soll man nun diese "Zulagen" ansetzen.

Antwort: Die Firma wird oft sagen, man soll sie nach Prozenten ansetzen. Eine bessere und gerechtere Art und Weise ist die, dass man dafür eine besondere Anzahl Minuten pro Stunde in Ansatz bringt.

Frage: Wie rechnen Sie nun aber aus, wieviel Minuten für jede dieser "Zugaben" nun vorgesehen werden sollen.

Antwort: Durch das Kollektivverfahren. Kein Zeitnehmer hat irgend eine wissenschaftliche Methode, um zu bestimmen, wieviel Minuten fuer diese "Zugaben" in Frage kommen. Die Mitglieder der Gewerkschaftsausschuesse sollen auf Grund der Erfahrungen des Personals im Werk ueber diese "Zugaben" verhandeln.....Das Zeitnehmer-Verfahren kann nicht feststellen, in welchem Masse ein Mann ermuedet, wie lange er wohl braucht, um etwas zu trinken, oder wieviel Zeit er auf der Toilette braucht. Die "Zugaben" fuer solche Faelle sind daher Ansichtssache, und die Absicht oder Meinung des Mannes, der die Arbeit verrichtet, ist ebenso gut oder noch besser als die eines jeden anderen Mannes.

Aus den Fragen und Antworten, die jetzt folgen, geht klar hervor, dass die Zeit fuer die "Zugaben" je nach der Arbeit schwanken. Manche Arbeit ist leicht, manche schwer, manche geht schnell vonstatten, manche langsam. Die Entscheidungen muessen sich immer nach den vorhandenen Tatsachen richten. Die Verhaeltnisse aendern sich stets, und das bedeutet, dass man immer neue Entscheidungen treffen muss. Aus allem aber ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass der Gewerkschaftsfuehrer im Werk auch ein Sachverstaendiger auf dem Gebiete des Zeitnehmens sein muss, damit er die Moeglichkeit hat, gerechte und angemessene Entscheidungen zu treffen bzw. Schluesse zu ziehen.

"Das ABC des Zeitnehmens"

Verband der Vereinigten Automobilarbeiter
(CIO)

DIE AFL FORDERT OFFIZIELLES VERBOT DER FUENFTEN KOLONNE

Die AFL hat dem Aussenminister Dean Acheson ein umfangreiches Programm ueber die internationale Politik und die Rolle der Arbeiterschaft in den internationalen Angelegenheiten unterbreitet. Gefuehrt vom Praesidenten Green haben die Sprecher des Gewerkschaftsbundes, die den Ausschuss fuer Internationale Arbeitsbeziehungen vertraten, folgende Vorschlaege gemacht:

1. Der Nordatlantische Verteidigungspakt (der von dem Bund unterstuetzt wird) soll jedes demokratische Land einbeziehen, einschliesslich Italiens.
2. Die Foerderer des deutschen Militarismus und des Nazismus sollen von der Treuhaenderschaft in der Eisen- und Stahlindustrie der Ruhr ausgeschlossen sein, waehrend ehrliche und aufrichtige freie deutsche Gewerkschaften in dieser Treuhaenderschaft vertreten sein sollen.
3. Die amerikanische Delegation bei den Vereinten Nationen soll die Absichten der AFL unterstuetzen, die den Zweck haben, jede Handlung seitens einer Regierung als verbrecherisch anzusehen, wenn diese die Taetigkeit einer Fuenften Kolonne in einem Lande, mit dem sie friedliche Beziehungen unterhaelt, organisiert oder unterstuetzt.
4. Washington soll alle Vorschlaege missbilligen, denen zufolge "einer totalitaeren Diktatur", die jetzt das spanische Volk terrorisiert, militaerische Hilfe oder private finanzielle Anleihen gewaehrt werden."

Das AFL-Programm tritt dafuer ein, dass der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen totalitaere Verbrechen und Verfolgungen in ihrer Politik Suedamerika gegenueber zum Ausdruck kommen sollte, insbesondere gegenueber Venezuela und Peru. Die AFL forderte auch, dass Berater in Arbeitsfragen, die die Gewerkschaftsbewegung vertreten, den offiziellen Delegationen der Vereinigten Staaten beim Wirtschafts- und Sozial-Rat (ECOSOC) und bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen beigeordnet werden sollten.

"The New York Times" 10. Maerz 1949

BEGRUESSUNG DEUTSCHER GEWERKSCHAFTLER IN NEW YORK

Die 9 deutschen Gewerkschaftler aus Berlin, die von der Manpower Division der Amerikanischen Militaerregierung nach Amerika entsandt wurden, kamen am 11. Maerz in New York an. Eine Gruppe von 25 amerikanischen Gewerkschaftsfuehrern hatte sich zusammengetan, um sie mit einem Begruessungssessen zu empfangen, den Vorsitz hierbei hatte Charles H. Kerrigan, Bezirksleiter des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas (UAW), einer CIO-Gewerkschaft. In seiner Begruessungsansprache an die Deutschen sagte Kerrigan, dass seine Gewerkschaft grosses Vertrauen in solche Besuche zwischen Gewerkschaftlern verschiedener Laender setze.

Kerrigan fuegte hinzu, dass die UAW anderen CIO-Gewerkschaften den Vorschlag gemacht habe, eine Gruppe amerikanischer Gewerkschaftler auf Besuch nach Deutschland zu entsenden. Der Austausch von Vertretern der Arbeiterschaft, sagte er, sei fuer die Laender ebenso wichtig, als wenn sich ihre Vertreter von Kunst und Wissenschaft gegenseitig Besuche abstatten. Seiner Meinung nach seien es die Gewerkschaften, erklarte er, "die dabei helfen koennen, den Krieg zu verhindern, waehrend die mangelnde Kenntnis anderer Laender nur dazu beitraegt, Kriege entstehen zu lassen."

Die 9 UGO-Gewerkschaftler aus Berlin werden von New York nach Detroit gehen, wo sie sich 3 Wochen lang als Gaeste des UAW aufhalten werden. Sie werden den Aufbau der amerikanischen Gewerkschaften und die Methoden des Kollektivverfahrens studieren, ebenso die Produktionsmethoden in der Industrie und die Taetigkeit der oeffentlichen Einrichtungen Amerikas auf dem Gebiete des Arbeitswesens.

Aussenministerium, "Radio Bulletin" 11. Maerz 1949

DER GLAUBE, IN DEM FREIE MENSCHEN LEBEN

Folgende Saetze sind der Antrittsrede des Praesidenten Truman vom Januar 1949 entnommen. Sie ist zwar in den Zeitungsberichten wiedergegeben worden, jedoch stellt sie immerhin etwas dar, was man immer wieder lesen kann.

"Es ist daher angebracht, wenn wir diese Gelegenheit ergreifen, um der Welt die wesentlichen Glaubensprinzipien, nach denen wir leben, zu verkuenden, und allen Voelkern unsere Ziele darlegen.

"Das amerikanische Volk steht treu zu seinem Glauben, der unsere Nation von Anbeginn inspiriert hat. Wir glauben, dass alle Menschen ein Anrecht auf die gleiche Gerechtigkeit haben wie auch dieselbe Gelegenheit, am Gemeinwohl beteiligt zu sein. Wir glauben, dass alle Menschen auf Freiheit des Gedankens und des Ausdrucks Anspruch haben. Wir glauben, dass alle Menschen von Geburt gleich sind, weil sie nach dem Bilde Gottes geschaffen wurden.

"Von diesem Glauben lassen wir uns nicht abbringen.

"Das amerikanische Volk wuenscht eine Welt - und ist entschlossen fuer diese zu arbeiten -, in der es allen Nationen und allen Voelkern freisteht, sich selbst so zu regieren, wie sie es fuer richtig halten, und um ein anstaendiges und zufriedenstellendes Leben fuehren zu koennen. Vor allem aber wuenscht unser Volk Frieden auf Erden und ist auch entschlossen, dafuer zu wirken, fuer einen gerechten und dauerhaften Frieden, der auf einem ehrlichen und aufrichtigen Abkommen fusst, das von gleichgestellten getroffen wird."

DAS EUROPAEISCHE WIEDERAUFBAU-PROGRAMM UND WESTDEUTSCHLAND

Nachstehende Sätze sind einer Broschuere entnommen, die im Dezember 1948 vom Informationsdienst der Britischen Militaerregierung fuer Deutschland herausgegeben wurde.

3 Jahre lang war der Mangel an Hoffnung das groesste Uebel, das ueber dem deutschen Volke hing. Wenn es sich das auch selbst zuzuschreiben hatte, so lag doch ein trostloser Weg vor ihm, dunkel, endlos und ohne Aussichten. Fuer dieses Volk ist das Europaeische Wiederaufbau-Programm (ERP) wie der Anbruch eines neuen Tages gekommen. Es hat ihm einen neuen Weg gezeigt, den es zusammen mit Westeuropa mit einem Ziele vor Augen beschreiten kann.

Kann sich Deutschland in 4 Jahren erholen

Die Antwort darauf besteht nicht in einer Dollarhilfe, einer auslaendischen Organisation oder in Europaprogrammen. Die Antwort fuer Deutschlands Beduerfnisse muss in Deutschland selbst gefunden werden, durch deutsche Arbeit und deutsche Organisationen.

Das ERP kann jedoch folgenden lebenswichtigen Beitrag dazu leisten und tut es auch:-

1. Es sorgt dafuer, dass genuegend Rohmaterialien verfuegbar sind, um die Produktion in Gang zu halten,
2. Es sorgt dafuer, dass sich die Lebensmittellieferungen bessern, soweit dies die Lage der internationalen Liefermoeglichkeiten gestattet und Deutschland in der Lage ist, seine Lebensmitteleinfuehren mit seinem eigenen Gelde zu bezahlen.
3. Es beseitigt Hindernisse, wie z.B. Maengel oder Engpaesse, die aber nicht ausschliesslich als deutsche, sondern als europaeische Probleme angesehen werden. Man wird sie dementsprechend behandeln, weil Deutschland als Partner des ERP wiederum einen positiven Faktor in der Wirtschaft Europas darstellt.

Der wesentliche Beitrag Deutschlands besteht in folgendem:

1. Vollbeschaeftigung der deutschen Arbeiterschaft und organisatorische Faehigkeit, das Produktionssoll zu erfuellen.
2. Der gute Wille, in den Begriffen einer europaeischen anstatt einer nationalen Wirtschaft zu denken und zu handeln.

Vorausgesetzt, diese Bedingungen werden erfuehlt, dann kann man erwarten, dass die ungeheure Kluft zwischen der deutschen Ein- und Ausfuhr, die sich fuer 1949 fuer die Bizone auf \$1.200.000.000 belaeuft, bis 1952 wenigstens enger geworden ist. Wenn wir schaezungsweise ein fuer die Bizone verbleibendes Defizit von \$200.000.000 annehmen, so kann man dann Mittel finden, um es ohne Hilfe vom Ausland zu beseitigen, indem man die Aus und Einfuhr einander anpasst. Das wuerde dann bedeuten, dass Deutschland innerhalb 4 Jahren wieder nahezu seine Lebensfaehigkeit erlangt hat, und dass dies auch der Fall sein wird, waehrend es sich gleichzeitig eines verneuenftigen Lebensstandards erfreut.

Das erste ERP-Jahr in Deutschland

Mit einer gesunden Waehrung, mit genuegender Hilfe und einer steigenden Exportquote sollte Westdeutschland 1948/1949 den Grundstein fuer eine staendige Gesundung gelegt haben.

Das Zusammentreffen der westdeutschen Waehrungsreform mit dem Beginn des ERP ist aus einem der folgenden Gruende als gluecklich zu bezeichnen:

1. Eine stabile Waehrung ist eine der Hauptbedingungen, die die Organisation fuer die Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) ihren Mitgliedern stellt.
2. Die Waehrungsreform erreicht ihr Ziel. Wenn die Verwaltung und alle Klassen sich die finanzielle Disziplin, die der Reform innewohnt, zu eigen machte, dann wird die neue Waehrung nicht nur die Industrie und das Gewerbe normalisieren, sondern die Mark wird auch einen Wert gegenueber den Devisenkursen darstellen.

3. Mit Hilfe des ERP ist Deutschland in der Lage, notwendige Verbraucherwaren herzustellen. Mit der D-Mark ist es dem Volk moeglich, diese Waren zu kaufen.

Wieviel Hilfe kann Westdeutschland im ersten ERP-Jahr vom Ausland erwarten.

Man wird sich erinnern, dass gemaess dem Gesetz ueber Auslandshilfe von 1948 der den 3 Westzonen zugebilligte Betrag sich auf 514 Millionen Dollar belief. Diese Summe ist jedoch nur ein kleiner Teil der Auslandshilfe, die Westdeutschland ueber diese Zeit erhalten soll. Das ERP soll nicht irgendetwelche Hilfsmassnahmen, die bisher getroffen worden sind, ersetzen; es arbeitet zusaetzlich. Das bedeutet, dass Einfuehren, der Kategorie A (hauptsaechlich Lebensmittel mit hohem Kaloriengehalt, Saemereien, Duenger, Medikamente, Benzin und Petroleum), fuer die die Vereinigten Staaten und Gross-Britannien bereits 2 Milliarden Dollar bezahlt haben, ebenfalls fuer 1948/49 bewilligt worden sind.

Dazu kommt noch, dass die gesamten Geldertraege aus westdeutschen Ausfuehren waehrend der gleichen Zeit (Bauholz, Kohle, Pottasche, Schrott, Fertigwaren usw.) zur Deckung der Einfuehren verfuegbar sein werden.

Auf welche Weise beeinflusst das ERP die deutsche Ausfuhr

1. Durch die offensichtlichen Auswirkungen der Lieferungen der wichtigsten Rohmaterialien.
2. Durch die sehr bedeutende und wichtige, aber nicht in Erscheinung tretende Auswirkung des ERP, indem die Kaufkraft der anderen Mitgliedstaaten durch die Dollarhilfe enorm gehoben wird.

Aus diesen 3 Quellen, naemlich 25% aus der Europahilfe, 40% aus der Bewilligung aus Kategorie A sowie 35% aus den Exporterloesen wird Westdeutschland waehrend der ersten 15 ERP-Monate fuer Einfuhrzwecke annaeherd 2 Milliarden Dollar (oder den Gegenwert in anderen Waehrungen) zu seiner Verfuegung haben. Das wird nahezu dreimal soviel ergeben, wie im Jahre 1947 eingefuehrt wurde.

Die Auswirkung dieser Einfuehren, schaezt man, werden die Produktion auf mehr als 60% des Produktionsstandes von 1936 bringen. Das wuerde anderthalbmal soviel sein wie im Jahre 1947.

Wir haben versucht, nachzuweisen, dass Deutschlands Einfuhrprogramm keineswegs ausschliesslich vom ERP abhaengt. Tatsaechlich ist es haeufig unmoeglich, zu definieren, welcher Anteil von einem Einfuhrposten auf das ERP entfaellt und was davon aus anderen Quellen herruehrt. Ein Schiff, das in Bremen, Hamburg oder Rotterdam seine Ladung loescht, laedt vielleicht Lebensmittel aus, die teilweise vom ERP, teilweise mit Kategorie A-Einfuhrbewilligungen und zum Teil mit Devisenerloesen deutscher Ausfuhr bezahlt worden sind. Im Brot der Hausfrau ist ausser diesen 3 Moeglichkeiten evt. noch eine vierte enthalten, naemlich das Brot enthaelt vielleicht auch deutsches Mehl.

Einerseits gibt es gewisse Einfuehren, die nur durch die Dollarhilfe des Verwaltungsausschusses fuer das ERP (ECA) vorgesehen sind. Diese umfassen gewisse Rohmaterialien, industrielle und Bergwerksausruestung, Betriebsmittel oder-geraete, landwirtschaftliche Maschinen, Autoreifen usw. Diese Einfuehren sind alle getaetigt worden, um Deutschland in die Lage zu versetzen, sich in den ersten Stadien des ERP schnell zu entwickeln. Ueber Einfuehren dieser Art hat die OEEC entschieden.

22.000 Gueterwagen

Mehr als 22.000 Gueterwagen sind der Bizone zugebilligt worden. Diese werden im Laufe des ersten Jahres hauptsaechlich aus Belgien, Italien und Oesterreich geliefert werden. Die Geschichte dieser typischen Zuteilung ist kurz folgende:

Ausreichender Bahntransport war einer der lebenswichtigsten Punkte fuer den Wiederaufbau. Lt. dem Programm fuer 1948/49 fehlten der Bizone 13.000 Gueterwagen.

Sie erklarte, sie sei in der Lage, 8.000 selbst zu bauen und bat um Zuweisung von 17.000 Waggons, die eingefuehrt werden sollten. Im Juli befasste sich der Inland-Transportausschuss des OEEC mit dieser Bitte und kam zu der Ueberzeugung, dass 25.000 Gueterwagen zu wenig seien. Der Ausschuss errechnete, dass 30.000 Wagen gebraucht werden und erhoehte die Einfuhrquote fuer die Bizone von 17.000 auf 22.000 Gueterwagen.

Dies ist ein Beispiel fuer die Art von Hilfe, die man vom ERP im ersten Stadium des Programms, die Wirtschaft wieder so schnell wie moeglich in Gang zu bringen, erwartet.

"ERP" Broschuere, Dezember 1948

"Information Services Division, (Britisch Element)

AMERIKANISCHER JUGENDVERBAND MELDET SICH ZUM WORT

Kuerzlich wurde in San Francisco eine Zwolffmillionen-Anleihe zur Schaffung neuer Erholungsstaetten aufgelegt; der groesste Teil davon sollte fuer die Anlage eines grossen Stadions verwendet werden. Der Jugendverband von San Francisco (SFYA), hielt es aber fuer zweckmaessiger, einen groesseren Teil der Mittel auf den Bau gewoehnlicher Sportplaetze zu verwenden. Der Ausschuss des Jugendverbandes brachte seinen Standpunkt vor die Oeffentlichkeit. Ergebnis: San Francisco wird eine groessere Anzahl normaler Sportplaetze erhalten.

Dies ist nur ein Beispiel dafuer, was fuer eine erfolgreiche Arbeit der Jugendverband von San Francisco im Interesse der Allgemeinheit geleistet hat.

Der Verband besteht erst seit zwei Jahren, konnte sich aber kraeftig entwickeln und hat eine grosse Zukunft. Die Mitglieder rekrutieren sich aus 9 staatlichen und 17 konfessionellen hoeheren Schulen, 3 Privatschulen und 24 privaten Vereinigungen der Stadt. Eine der wichtigsten Einrichtungen ist ein Jugendparlament, in dem 190 gewaehlte Delegierte zwanzigtausend junge Menschen vertreten. Jeder der 190 Delegierten ist gleichzeitig in wenigstens einem der sechs Ausschuesse taetig, die folgende Sachgebiete bearbeiten: Rundfunk, Verbandszeitung, Werbung, Meinungsforschung, Weltpolitik und Lokalpolitik.

Wie diese Ausschuesse, so tagt auch die Vollversammlung regelmaessig und legt gemeinsam mit einem Erwachsenenbeirat die Richtlinien fuer die Arbeit der Ausschuesse fest. An Hand der Sitzungsberichte unterrichten die Vertreter ihre Gruppen ueber die schwebenden Fragen, und die 20 000 Mitglieder diskutieren die gefassten Entschuesse.

Der Rundfunk-Ausschuss bearbeitete im vergangenen Jahr ueber 40 Radioprogramme. Kennzeichnend fuer die Arbeit dieses Ausschusses ist die Mitarbeit an dem Sendeprogramm "Sichert die Rechte". In dieser Sendereihe wurde der Bericht des vom Praesidenten eingesetzten Ausschusses fuer Buergerrechte diskutiert.

Der weltpolitische Ausschuss widmete sich mit besonderem Eifer einem grosszuegigen Auslandsprogramm. SFYA hatte beschlossen, die Patenschaft ueber eine franzoesische und eine philippinische Stadt zu uebernehmen. Die jungen Leute konnten jedoch nicht wie andere Organisationen Lebensmittel, Kleider und dergl. schicken, stattdessen entschlossen sie sich, Buecher, Papier, Bleistifte, und andere Lehrmittel fuer ihre Altersgenossen in den betreffenden Staedten zur Verfuegung zu stellen.

Der Werbungsausschuss des Jugendverbandes sieht es als seine Aufgabe an, den Jugendverband allen Einwohnern von San Francisco wie auch den Zeitungen zu einem Begriff zu machen.

Der Jugendverband von San Francisco hat sich selbst ernste und schwierige Aufgaben gestellt. Im weitem Umfang ist fuer die Erholung und Geselligkeit der Mitglieder durch kleinere Clubs gesorgt. Der Verband hat jedoch, um den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit noch mehr zu foerdern, jetzt auch einige grosse gesellige Veranstaltungen auf sein Winter-Programm gesetzt.

Auszug aus einem Artikel von Sara Salzer
im "Amerika Dienst" Nuernberg, 11. Maerz 49

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale

ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 7

Berlin, 8. April 1949

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI AMERIKAS AUF DEM RUECKZUG

Der nachstehende Bericht ueber die Schwierigkeiten der kommunistischen Partei Amerikas ist einem laengeren Artikel entnommen, der in der amerikanischen Zeitschrift "Newsweek" vom 14. Februar erschien. Der Artikel wurde vollstaendig im Organ der AFL, "Newsletter" in der Februarnummer abgedruckt. "Newsletter" wird in Bruessel herausgegeben. Der wesentlichste Punkt dieses Artikels besteht darin, dass der Kommunismus in den Vereinigten Staaten schwere Zeiten durchzumachen hat.

Das allgemeine Bild

"Die Kommunisten haben seit Anfang der zwanziger Jahre, als sie schliesslich gezwungen waren, im Geheimen zu arbeiten, den schaeerften Angriff auszuhalten. Die kommunistische Jugendorganisation ist fast vollkommen verschwunden. Die Zahl der kommunistischen Mitlaeufer, die einst in die Hunderttausende ging, ist rapide gesunken.

"Wo es frueher der Partei moeglich war, hauenweise "Front" Organisationen zu unterhalten, besteht nur noch eine Handvoll, und diejenigen, die noch existieren, beschraenzen sich nur noch auf bekannte "Linientreue" und sind verhaeltnismaessig machtlos. Die kommunistische Partei hat an Ansehen verloren. Es gelingt ihr nicht mehr, prominente Nichtkommunisten, wie Mrs. Eleanor Roosevelt, Roger Baldwin, den frueheren Senator Gerald Nye und den Pfarrer John Haynes Holmes fuer ihre Zwecke vorzuschieben.

Im CIO hat sie ihren groessten Einfluss verloren, wo sie einmal mehr als 25% der Mitglieder kontrollierte. Sie leitet zwar immer noch den Internationalen Verband der Hafentarbeiter, hat aber einen etwas zweifelhaften Rueckhalt bei dem Verband der Vereinigten Elektroarbeiter und bei einigen Gewerkschaften von untergeordneter Bedeutung. In der Partei herrscht Uneinigkeit und Streit, und es herrschen verworrene Verhaeltnisse wegen der in ihrer Meinung abweichenden Gruppen. Die Fuehrerschaft ist gezwungen worden, eine Reihe von Saeuberungsaktionen einzuleiten; der Erfolg besteht in einer groesseren Anzahl Ausgestossener als die jemals in der ganzen frueheren Geschichte der Partei vorkommt. Die Kommunistischen Fuehrer geben zu, dass die Partei ihren Einfluss in Washington verloren hat.

Der Aufstieg

In der Zeit von 1930 bis 1945 war der Aufstieg der kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten fast meteorisch. Waehrend die Partei im Jahre 1930 nur 7.500 Mitglieder zaehlte, schwoll sie spaeter bis auf 80.000 an. . . . Im CIO bildete die Partei das Zuenglein an der Wage und fuehrte oder beherrschte mehrere seiner bedeutendsten Gewerkschaften, einschliesslich derjenigen, die in den stra-

teigisch wichtigen Kriegsindustriezweigen bestanden, wie der Landesverband der Seeleute (NMU) und der Verband der Vereinigten Automobilarbeiter (UAW). Tausende von Parteimitgliedern und zuverlaessigen Mitlaeufern waren in die Bundesregierung eingesickert, und manche von ihnen waren in der Verwaltung so hoch gestiegen, dass, wenn sie auch selbst nicht die Politik bestimmten, sie doch wenigstens auf kommunistische Ziele ausrichten - oder sie eben sabotieren konnten. Die Kommunisten waren sogar ins Aussenministerium und ins Strategische Amt eingesickert.....

Der Niedergang

Jetzt hat sich das Bild vollkommen geaendert. Die Mitgliederzahl der kommunistischen Partei ist von 80.000 auf 60.000 gesunken und sinkt noch weiter..... Innerhalb des CIO haben die Kommunisten zwar noch Halt, aber man ist im Begriff, sie schnellstens zu entfernen. Auch der Verband der Vereinigten Automobil-Arbeiter hat sie hinausgeworfen. Zwei langjaehrige Mitlaeuer, Joseph Curran, der Vorsitzende des Landesverbandes der Seeleute, und Michael Quill, der Vorsitzende des Transportarbeiter-Verbandes, hat mit ihnen gebrochen, und bei dem sich entspinnenden Kampf um die Macht, haben die kommunistischen Organisationen innerhalb dieser Gewerkschaften Schiffbruch erlitten. Philip Murray, der Vorsitzende des CIO, hat jeden Kommunisten, den er finden konnte, aus dem Landesbuero entfernt, und jetzt ist er dabei, die kleineren kommunistischen Gewerkschaften zu zerschlagen und ihre Mitglieder der Aufsicht der antikommunistischen Fuehrer zu unterstellen.

Das letzte Bollwerk, das den Kommunisten im CIO noch verbleibt, ist der Verband der Vereinigten Elektro-, Radio und Maschinen-Arbeiter (UE), aber auch hier befinden sich die Kommunisten in der Defensive. In privaten Unterhaltungen haben die kommunistischen Fuehrer zugegeben, dass , wenn nicht ein Wunder geschieht, es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann ihnen der UE entrissen wird. Der Vorsitzende Albert J. Fitzgerald, der jahrelang ihr fuehrender Mann war, scheint sich ueber die Richtung, die die Dinge nehmen wollen, klar zu werden. Die Kommunisten erwarten von ihm, dass er sich von ihnen trennen und im antikommunistischen Lager Schutz suchen wird.

Bereits im Dezember 1946 gab William Z. Foster, der Landesvorsitzende der Partei in einer Geheimsitzung des Landesausschusses zu, dass die Partei keinen Einfluss mehr auf die Regierung haette, und dass ihre Fronten stark demoralisiert seien. Er jammerte ueber den "Verrat der Truman-Verwaltung". Der Landesausschuss fuer die amerikanisch-sowjetische Freundschaft hat die grossen, glanzvollen Namen verloren, die einmal die Zierde ihrer Mitgliedslisten waren. Nachdem er jetzt vom Justizminister fuer umstuerzlerisch erklart wurde, findet man in ihm nur noch politisch total Harmlose und hartgesottene Mitlaeuer.....

Die Saeuberung

Der Niedergang der kommunistischen Partei setzte gegen Mitte 1945 ein, als Joseph Stalin seine Aussenpolitik von der einer scheinbaren Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien zu der eines offenen Antagonismus ihnen gegenueber wechselte. Die Schwenkung ueberraschte die amerikanischen Kommunisten. Earl Browder, der Generalsekretaer, hatte gepredigt, dass der amerikanische Kapitalismus und der sowjetische Kommunismus in der Nachkriegswelt zusammenarbeiten koennten und dass der amerikanische Kapitalismus "progressiv" sei.

Nach dem Stalinschen Wandel in der Aussenpolitik prangerte Jacques Duclos, ein franzoesischer Kommunistenfuehrer, als Sprachrohr Moskaus Browders Politik mit scharfen Worten an; am Union Square herrschte Empoerung. Browder wurde zu-naechst von seinem fuehrenden Posten in der Partei abberufen und dann aus der Partei selbst ausgestossen. Eugene Dennis uebernahm Browders Posten als Generalsekretaer und wurde somit dem Titel nach der Fuehrer der amerikanischen Kommunisten. Foster wurde zum Landesvorsitzenden ernannt und fungierte hauptsaechlich als Aus-

haengeschild. Die Parteirichtung wurde scharf revolutionaer und kritisierte in steigendem Masse die Verwaltung Trumans, nicht nur in bezug auf die Aussenpolitik, sondern auch auf die Innenpolitik....

Die Saeuberung von den Browder-Anhaengern brachte aber keinen Frieden in die Partei, denn eine Gruppe von Extremisten beklagte sich darueber, dass Dennis und Foster nicht weit genug nach links steuerten, und dass sie sich also selbst der "Tendenzen Browders" schuldig gemacht haetten. Die Partei fiel auch ueber sie her und warf ihnen eine "trotzkistische Haltung" vor, ein kommunistisches Synonym fuer jemand, der zu weit links steht....

"Jeremiaden"

In dem Masse, wie der Einfluss der Partei schwindet, waechst die Kritik innerhalb der Partei an der Fuehrerschicht. Die meisten der Ausgestossenen - sowohl die "Browder-Anhaenger" wie auch die Linksextremisten" - sind Kommunisten geblieben, obwohl sie keine Mitglieder der Kommunistischen Partei sind. Sie haben immer noch Freunde in der Partei. Dies ist besonders bei Browder der Fall, der auch enge Beziehungen zum Politbuero in Moskau unterhaelt und eingetragener Sowjetagent als amerikanischer Vertreter der OGIZ, des sowjetischen Verlagshauses, ist. Die "Browderanhaenger" und die "Linksextremisten" kommen weiter mit ihren kommunistischen Freunden zusammen und bombardieren sie mit Argumenten, warum die Partei an Boden verliert. Trotz aller Bemuehungen seitens der Fuehrerschaft, die Unzufriedenheit zu beseitigen, ist sie staendig im Wachsen begriffen....

Eine der abtruennigen Gruppen in der Partei (eine Zelle der Radio-City Angestellten) hat ihr Leid in einer Broschuere, die sich an andere Parteimitglieder richtet, zum Ausdruck gebracht: "Wir machen uns ernste Sorgen wegen der sich daraus ergebenden Liquidation einer kaempferischen Bewegung der amerikanischen Arbeiterklasse. Da demokratische Verfahren in unserer Partei nicht existieren, muessen ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden...Viele Parteimitglieder sehen kaum einen Grund, warum sie an den Gruppenversammlungen teilnehmen sollen. Die Versammlungen verlaufen ziellos, langweilig und ziehen sich traeege in die Laenge, so dass wenig Veranlassung zu ihrer Einberufung besteht. Sie bilden nicht mehr den Mittelpunkt marxistischer Erziehung und Taetigkeit....

Abfall und Ausblick

Die Unzufriedenheit geht natuerlich mit einem Verfall der Parteidisziplin Hand in Hand. Im Kampf mit Curran stellte die Partei selbst fest, dass sie nicht in der Lage war, ihre Reihen innerhalb des NMU fest bei der Stange zu halten. Viele Parteimitglieder haben sich tatsaechlich Curran angeschlossen. Andere wieder trennten sich, um Curran von sich aus ausserhalb der Partei zu bekaempfen. Der kommunistische Apparat, der im Verband 107 von 150 leitenden Stellen kontrollierte, war zerschlagen.

Dasselbe ereignete sich im UAW und TWU. Bis zur CIO Konferenz im November handelte sogar Ben Gold, der Vorsitzende des Pelzarbeiter-Verbandes und Mitglied des Landesausschusses der Partei, auf eigene Faust, wie es auch andere kommunistische CIO-Fuehrer taten. Als die Konferenz vorbei war, wies die Partei die stoerrischen und widerspenstigen kommunistischen Arbeiterfuehrer im "Daily Worker" zurecht, sie wagte aber nicht, irgendwelche Namen zu nennen.

Wenn nicht entweder die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion ihre Aussenpolitik aendern, und die beiden Nationen wieder zusammenzuarbeiten beginnen, kann erwartet werden, dass der Verfall der Kommunistischen Partei Amerikas anhelt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Kommunisten im CIO ebenso machtlos sein werden, wie es schon lange innerhalb der AFL der Fall ist.

Dennoch wird die Partei nicht verschwinden, noch kann sie sich so vollkommen auflösen wie es bei der Sozialistischen (Trotzkistischen) Arbeiterpartei und aehnlichen revolutionaeren Gruppen der Fall war. Die Macht und das Prestige -

und die finanziellen Mittel - der Sowjetunion werden dies nicht zulassen.....

"Newsweek" 14. Januar 1949

DIE INDUSTRIEPRODUKTION AMERIKAS IM JANUAR 1949

Wenn man die durchschnittliche Produktion in den Jahren 1935-1939 zugrundelegt, dann belief sich die Produktion fuer die gesamte Industrie in den Vereinigten Staaten im Januar 1949 auf 191 oder nahezu das Doppelte. Sie lag um einen Punkt niedriger als im Dezember 1948 und um 2 Punkte niedriger als im Januar 1948, als der Index der Industrieproduktion 193 betrug. Der Index der Automobilproduktion belief sich im Januar auf 215; es wurden im ganzen 256.000 Wagen herausgebracht. Die Eisen- und Stahl-Industrie produzierte 1.461.000 Normaltonnen, was einem Index von 227 vom Durchschnitt fuer 1935-1939 entspricht, d.h. mehr als das Doppelte. Nachstehende Tabelle zeigt die Produktion in den fuehrenden Industriezweigen.

Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten im

Januar 1949 - Index fuer 1935 - 1939: 100

Die gesamte Industrie - - - - -	191
Industriechemikalien - - - - -	438
Maschinenfabrikation - - - - -	267
Transportausruestungen (meistens Luftfahrt) - - - - -	252
Kohlen- und Petroleum-Erzeugnisse - - - - -	227
Eisen und Stahl - - - - -	227
Automobile - - - - -	215
Zigaretten - - - - -	214
Gummi - - - - -	193
Moebel - - - - -	158
Druck und Verlag - - - - -	156
Wolltextilien - - - - -	151
Farbenerzeugnisse - - - - -	146
Kohle (bituminoes)- - - - -	145
Seifenerzeugnisse - - - - -	139
Bauholz - - - - -	124
Ledergerberei - - - - -	103
Hartkohle (Anthrazit) - - - - -	88

"Aussenministerium 'Economic Letter'" 10. Maerz 1949

GEMEINSAME BERATUNG IN DEN KOHLENFLOEZEN

"Wir glauben, dass die Bedeutung der gemeinsamen Beratung fuer die Gegenwart und die Zukunft der Industrie allgemein bekannt ist, und dass jeder das groesste Interesse daran hat, dass diese Einrichtung wirksam arbeitet." Dies sind die einleitenden Bemerkungen mit der Unterschrift von Lord Hyndley, dem Vorsitzenden des Nationalen Kohlenausschusses (NCE) und Sir William Lawther, dem Vorsitzenden des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) und Praesidenten des Nationalen Bergarbeiterverbandes (NUM), in einer Broschuere, die in den Kohlenfloezen Englands verbreitet wurde. Ihr Titel lautet "Richtlinien fuer die Beratung" und bringt genau zum Ausdruck, wie der Apparat der Beratung innerhalb der Kohlenindustrie funktioniert.

Grundstruktur

Im Grunde genommen laeuft die konsultative Struktur mit der verwaltungsmaessigen parallel. Im Schacht bestehen die beratenden Schachtausschuesse, dann kommen

die Gebiets- und Bezirksausschuesse und schliesslich die Landesberatungsausschuesse.

In den Schachtausschuessen werden die Vertreter der Arbeiter aus den Kreisen der Maenner, die im Schacht arbeiten, und der Vertreter der Bevollmaechtigten aus deren Mitte gewaehlt. Der NCB ist durch den Leiter und die Beamten vertreten, die er zu den Sitzungen ernennt.

Im Gebiet, im Bezirk und fuer dies Land bestehen die Ratsausschuesse aus Mitgliedern des Kohlenamts, des NUM, des Landesverbandes der Grubenleiter und aus Mitgliedern des Landesverbandes der Steiger, der Bevollmaechtigten und Schiessmeister. Diese konsultativen Koerperschaften haben die Befugnis, ueber alle Fragen der Sicherheit, der Wohlfahrt und der Gesundheit zu beraten und Vorschlaege darueber zu machen. Sie koennen auch die Organisation pruefen, wie auch die Taetigkeit derjenigen, die in der Industrie taetig sind.

Mit Lohnfragen, Bestrafungen und Arbeits- und Anstellungsbedingungen duerfen sie sich nicht befassen, also mit anderen Worten, nicht mit Fragen, die normalerweise den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Leitung und den Gewerkschaften im Rahmen des Schiedsverfahrens bilden.

Um die Taetigkeit dieser Koerperschaften bald in Gang zu bringen, gibt diese kleine Schrift nuetzliche Anregungen fuer die Ausschussarbeit und ueber verschiedene Organisations- und Planungsfragen, die bei den Versammlungen eventuell ausgedenkt werden koennten.

Zwei Erwaegungen

Es kommen hierin Prinzipien zum Ausdruck wie: "Beratung basiert auf gegenseitiger Achtung" und "Keine Beratung kann ohne vollstaendige und genaue Information Erfolg haben". Dies mag selbstverstaendlich und vernuenftig klingen, aber diese Punkte, die man sich immer wieder vor Augen halten muss, sind fuer die Zukunft wesentlich.

Der entscheidende Nachdruck liegt auf zwei Erwaegungen, an denen die Gewerkschaften seit langem stark interessiert sind. Erstens muss bei allen Entscheidungen, die den Schacht angehen, moeglichst vollstaendiges Informationsmaterial vorliegen. Zweitens wird es, um diesen Apparat wirksam und dauerhaft zu gestalten, vonnoeten sein, dass er von den Vertretern der Gewerkschaften aktiv gestuetzt wird, wie auch von ihrer Entschlossenheit, ihre Mitglieder davon zu unterrichten, was vor sich geht.

"Labour" (London) Maerz 1949

DIE KAUFKRAFT DER ARBEIT IN RUSSLAND UND IN ANDEREN LAENDERN

Neal Stanford hat in der Ausgabe des "Christian Science Monitor" vom 5. Maerz einige Angaben gemacht, die er ueber den Lebensstandard in Russland im Vergleich zu dem anderer Laender Europas zusammengetragen hat. Aus den Zahlen geht hervor, wieviel Stunden oder Minuten ein Arbeiter in Russland im Vergleich zu Arbeitern anderer Laender arbeiten muss, um gewisse Bedarfsartikel kaufen zu koennen. So muss z.B. der Schweizer Durchschnittsarbeiter 61 Stunden und 30 Minuten arbeiten, um genug fuer einen Herrenanzug zu verdienen. Ein Schwede muss 78 Stunden und 30 Minuten dafuer arbeiten, aber ein Russe 580 Stunden, um sich einen Anzug kaufen zu koennen.

Ein russischer Arbeiter muss 3 mal mehr arbeiten als ein belgischer Arbeiter, um sich ein Paar wollene Socken kaufen zu koennen, und viermal mehr als ein Belgier, um soviel zu verdienen, dass es fuer ein Paar Schuhe reicht, bzw. fast dreimal solange wie ein belgischer Arbeiter, um ein Kilo Rindfleisch kaufen zu koennen. Fuer ein Kilo Tee muss der Russe 21 mal mehr arbeiten als der englische Arbeiter. Wenn ein englischer Arbeiter ein Pfund Butter in etwa einer Stunde verdienen kann, muss der Russe 19 Stunden dafuer arbeiten, er muss schon 10 mal solange arbeiten wie ein belgischer Arbeiter, um ein Pfund Butter kaufen zu

koennen. Der Russe muss 3mal mehr arbeiten als der Schwede, wenn er ein Roggenbrot kaufen will.

Der Russe, der gerne Zucker in seinen Tee tut, wuerde einen Schreck bekommen, wenn er erfahren wuerde, dass er 19mal mehr arbeiten muss als ein englischer Arbeiter, 9mal mehr als ein Belgier und 14mal mehr als ein Schwede, damit es zu einem Kilo Zucker reicht. Derselbe Vergleich laesst sich anwenden, wenn der russische Arbeiter 1 Pfund Kaffee kaufen will.

"Overseas American News Service" 9. Maerz 1949

DIE EINKOMMENSTEUER IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Ein Amerikaner, der 2.500 Dollar im Jahr verdient, muss der Landesregierung an Steuern soviel bezahlen, wie sein Verdienst fuer 18 Tage ausmacht. Wenn aber sein Gehalt 5000 Dollar betraegt, dann muss er ungefaehr 28 Tage arbeiten, um seine Einkommensteuer zu bezahlen. Wenn er 25.000 Dollar im Jahr verdient, dann macht die Einkommensteuer soviel aus, wie er in 3 Monaten bekommt. Ein Amerikaner mit einem Einkommen von 100.000 Dollar muss der Regierung eine Steuer zahlen, die dem Verdienst von 5 Monaten entspricht, und 75% seines Einkommens gehen fuer Steuern ab, wenn sein Einkommen 1 Million Dollar im Jahr betraegt. Es gibt in den Vereinigten Staaten 177 Personen, die Einkommen in Hoehe von 1 Million und darueber versteuern. Ungefaehr 85% aller Einkommen liegen unter 5000 Dollar.

Alle Amerikaner mit einem Jahreseinkommen von \$1.500 und darueber muessen Einkommensteuer bezahlen. Ungefaehr ein Sechstel aller Lohn- und Gehaltsempfaenger fallen unter die Einkommensklasse unter 1.500 Dollar, aber viele davon sind nicht ganz und gar von ihren Einkuenften abhaengig. Viele von ihnen sind Personen, die bei ihren Familien leben und die andere Personen oder Angehoerige nicht zu versorgen haben. Wie verwendet nun die Regierung der Vereinigten Staaten das Geld, das ihr aus der Einkommensteuer zufliesst. Dafuer gibt es viele Verwendungsmoeglichkeiten, aber nur eine davon soll hier genannt werden, weil sie fuer die ganze Welt von Interesse ist. Etwa 12% der Einkuenfte der Landesregierung werden fuer das Europaeische Wiederaufbau-Programm verwendet.

"Overseas American News Service" 16. Maerz 1949

ENGLISCHE VERTRETERGRUPPEN DER ARBEITERSCHAFT

FAHREN NACH DEN VEREINIGTEN STAATEN

Im Laufe der naechsten Monate werden mehr als 80 Deutsche Gewerkschafter, Vertreter der Industrie und Angestellte oeffentlicher Dienststellen auf dem Gebiete des Arbeitswesens die Vereinigten Staaten bereist haben, um das amerikanische Regierungssystem, die amerikanische Industrie und die Gewerkschaften wie auch das amerikanische Leben zu studieren. Aehnliche Gruppen werden auch aus anderen Laendern Amerika besuchen. Abgesehen von denjenigen, die von der amerikanischen Militaerregierung aus Deutschland entsandt werden, wird auch eine beträchtliche Zahl von Industrie- und Arbeiterfuhrern vom Verwaltungsausschuss fuer das Europaeische Wiederaufbau-Programm aus eine solche Studienreise unternehmen. Folgender Artikel ist ein Bericht ueber die erste Gruppe, die Grossbritannien verlassen wird, die erste der 50 Gruppen, deren Reise aus den Geldern des Marshall-Plans finanziert wird.

"Fuenfzehn Leute aus Englands Stahlhuetten fahren in diesem Monat mit der "Queen Mary" nach den Vereinigten Staaten, um eine 6woechige Studienreise durch die Stahlhuetten Amerikas zu unternehmen. Dem Plan nach sollen sie im Mai die Britische Stahlindustrie mit irgendwelchen neuen Produktionsmethoden bekanntmachen, die sie waehrend ihrer Studienreise kenne gelernt haben, und die sich fuer die Stahlhuetten diesseits des Atlantik als nuetzlich erweisen.

"Die Gruppe, die sich aus Vertretern der Arbeitgeber, Techniker und des Betriebspersonals zusammensetzt, wird sich darueber klar sein, dass, bevor sie abfahren, ihre Mission nicht den Zweck verfolgt, um Methoden "schwerer Arbeit" kennen zu lernen. Sie erwarten auch nichts Aussergewoehnliches in Amerika oder wollen Wunder wirken, wenn sie zurueckkommen. Ihre Reise, die von dem Anglo-Amerikanischen Ausschuss fuer Produktivitaet gefoerdert wird, soll lediglich ein Versuchsunternehmen sein, um festzustellen, wie die britische Industrie dazu beitragen kann, ihre Produktionsprobleme zu loesen, indem sie sich mit den besten Amerikanischen Techniken vertraut macht. Dieser Gruppe werden solche aus anderen britischen Industriezweigen folgen.

Der schnelle Arbeiter

Alle diese Gruppen werden in dem Bewusstsein abfahren, dass die Mitglieder des Anglo-Amerikanischen Ausschusses es als Tatsache verzeichnet haben, dass der englische Arbeiter tagsueber schwer arbeitet. Als der Ausschuss im letzten Herbst in London zusammentrat, legte Victor Reuther vom Automobilarbeiter-Verband in Amerika folgendes Bekenntnis ab: "Ich habe mich mit anderen der Taeschung hingeegeben, die bei uns in Amerika gang und gaebe zu sein scheint, naemlich, dass der Unterschied in der Produktivitaet hier von der Tatsache herruehre, dass die Arbeiterschaft hier in England nicht so schwer oder so schnell arbeitet wie in Nordamerika." Nachdem er aber genuegend Einblick in die englische Autoindustrie gewonnen hatte, konnte er sagen: "Ich habe festgestellt, dass das Arbeitstempo hier sicher ebenso schnell ist wie in Amerika."

Philip Reed, der Vorsitzende der amerikanischen Sektion des Anglo-Amerikanischen Ausschusses, hat dies gleichfalls bezeugt. Die englische Arbeiterschaft, sagte er auf einer Versammlung in New York, arbeitet mit einer Geschwindigkeit und einer physischen Energie, die der gutgeleiteter amerikanischer Werke gleichkommt. Er fuegte hinzu: "Das soll aber nicht besagen, dass der englische Arbeiter ebensoviel produziert. Das ist nicht der Fall." Der Ausschuss ist sich bereits ueber den Hauptgrund fuer die hoehere Produktion der amerikanischen Industrie klar. Der Amerikaner arbeitet in einer Industrie, die in hoeherem Masse mechanisiert ist und hat zweimal soviel mechanische Energie zur Verfuegung wie der Arbeiter in der englischen Industrie.

Die Alternative

Auf den Herbstsitzungen des Gemischten Ausschusses ist man sich darueber einig geworden, dass moderne Maschinenwerkzeuge und eine erhoehte Energieanwendung notwendig sind, um die englische Produktion zu heben. Es sind jedoch der britischen Industrie starke Beschraenkungen in bezug auf ihre Moeglichkeiten und Faehigkeiten auferlegt, die Industrie schnell und im grossen Stil neu auszuruesten. Das muss einen Teil eines Programms auf lange Sicht bilden, mit dem sich z.B. die verstaatlichten Kohleindustrie und die stromerzeugenden Industrien Bedarfsartikel bereits befassen. Es kann jedoch schon jetzt viel geschehen, ohne dass man deshalb auf eine vollstaendige Neuausruestung wartet; man muss die vorhandenen Moeglichkeiten wie auch die verfuegbaren Arbeitskraefte wirksam einsetzen. Die Alternative ist ein Absinken der Produktivitaet, sind hoehere Kosten, hoehere Preise und ein niedrigerer Lebensstandard fuer die britische Bevoelkerung.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Kommentar von Mr. Reed von Wichtigkeit. "Die Groesse des Unterschieds," sagte er bei seiner Rueckkehr nach Amerika, "zwischen den besten und leistungsfaeigsten britischen Fabriken einerseits und den mittleren und unwichtigen andererseits schien groesser zu sein als man ihn hier bei uns finden kann; ausserdem erschien mir die Zahl der mittleren und unwichtigen Firmen groesser zu sein." Das war fuer die Englaender nichts Neues. Die meisten der Studienkommissionen, die sich mit den Verbraucher-Waren-Industrien dieses Landes beschaeftigten, uebten in aehnlichem Sinne Kritik.....

Das Nebenerzeugnis

Dieselben Verhaeltnisse lassen sich anwenden, wenn man transatlantische Delegation aus anderen Industriezweigen arrangiert. Alle Industriegruppen werden somit in der Lage sein, festzustellen, was die leistungsfaeigsten und fortschrittlichsten Unternehmen in der Industrie ihres eigenen Landes tun, um die Produktion aufrechtzuerhalten und zu erhoehen. Die Ideen, die sie von der Fabrikorganisation und den Produktionsmethoden in sich aufnehmen, werden ein Nebenprodukt ihrer Arbeit sein. Aber das Nebenprodukt kann sich sehr wohl als dem Hauptprodukt ebenbuertig - wenn nicht gar ueberlegen - erweisen, wenn es sich darum handelt, unsere Industrien nach den modernsten Methoden auszurichten und diese auf sie anzuwenden.

"Das," erkaerte Mr. Reed", muss man den Englaendern ueberlassen, wie sie das machen. Wir wuerden als Amerikaner keine grossen Sympathien haben, wenn wir unsere Nase in ihre Fabriken stecken.

Alles in allem sollen Gruppen aus etwa 50 Industriezweigen oder aus der Grossindustrie waehrend der naechsten 12 Monate die Vereinigten Staaten bereisen. Der anglo-amerikanische Ausschuss selbst waehlt einige Industriezweige aus, ist aber durchaus bereit, auch die Gesuche anderer in Erwaegung zu ziehen, und hat keineswegs die Moeglichkeit ausgeschaltet, dass verstaatlichte Unternehmen, die sich an dem Plan zu beteiligen wuenschen, ebenfalls beruecksichtigt werden.

Die Auswahl

Die Gruppen sollen auf Grund eines Abkommens zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Gewerkschaften ausgewaehlt werden und werden, obwohl kein starres System hierfuer festgelegt ist, gewoehnlich aus nicht mehr als 15 Mitgliedern bestehen. Mindestens 4 Personen mit einer aufsichtsfuehrenden Taetigkeit, einschliesslich der Werkleitung und der Werkmeister, sind vorgesehen, ausserdem mindestens 4 Vertreter aus den Werkstaetten, das heisst, Vertreter des Betriebspersonals und der Betriebsraete. Ferner werden 4 Spezialisten auf dem Gebiete der Planung, der Arbeitsvorbereitung, Arbeitsmethodik und der Personal und Kostenfragen ausgewaehlt. Um die Gruppe auf die Hoechstzahl von 15 Personen zu bringen, werden noch Techniker ausgesucht, ein Sekretaer wird die Gruppe auf der Reise begleiten um ihre Beobachtungen und Ansichten aufzuzeichnen.

Die Stahlgiesser werden sich bereits auf der Reise befinden, waehrend der gesamte Anglo-Amerikanische Ausschuss fuer Produktivitaet in den Vereinigten Staaten zusammentritt. Die beteiligten englischen Gewerkschaftler sind Lincoln Evans, Arthur Deakin, Jack Tanner, Tom Williamson, Vincent Tewson und Sir William Lawther. Die vorbereitenden Massnahmen fuer weitere Reiseabordnungen aus der Industrie bilden nur einen Punkt der Tagesordnung, in der auch Reden ueber viele andere Gesichtspunkte in bezug auf die Produktivitaet (z.B. Spezialisierung und Normung in der Herstellung von Einzelteilen) gehalten werden sollten; diese Fragen wurden bereits angeschnitten, als der gesamte Ausschuss im vergangenen November in London tagte.

Zweifellos werden die Mitglieder der britischen Gewerkschaften auch den Wunsch haben, sich einmal die Arbeit der Berater fuer produktive Leistungsfaeigkeit anzusehen, die von den amerikanischen Gewerkschaften eingesetzt werden, und ueber die sie hier soviel schon gehoert haben.

Es ist jetzt gerade etwas laenger als 6 Monate her, dass sich der Gedanke der Errichtung eines Ausschusses aus einer Unterhaltung zwischen Sir Stafford Cripps und Mr. Paul Hoffman, dem Leiter des Verwaltungsausschusses fuer das ERP, ergab. Der Britische Gewerkschaftsbund begruesste diesen Vorschlag und schloss sich mit dem Britischen Industrieverband und dem Britischen Arbeitgeber-Verband zwecks Bildung der Britischen Sektion des Ausschusses zusammen; die amerikanische Sektion ist uebrigens auch aus Arbeitgebervertretern und Gewerkschaftsorganisationen zusammengesetzt.

Der Ausschuss arbeitet unabhängig von den Regierungen beider Länder und erhaelt sich selbst, mit Ausnahme der kostspieligen Industriereisen. Die Dollar- ausgaben werden aus den Geldern des Verwaltungsausschusses fuer das EAP bestritten, wobei die englische Regierung etwa die Haelfte der Kosten in Pfunden traegt. Ausserdem hat Sir Stafford Cripps Schritte unternommen, dass Berichte ueber die Arbeit des Ausschusses in der Zeitschrift "Target" (das Ziel), veroeffentlicht werden. Dieses Organ, das monatlich erscheint, und sich mit Produktionsfragen be- fasst, wird den Werksleitungen und den Vertretern der Arbeiterschaft in Hunderten von Industrieunternehmen zugestellt.

"Labour" (London) Maerz 1949

RUECKNAHME DES GESETZENTWURFS ZUR VERHINDERUNG VON STREIKS

Der Premierminister kuendigte im Parlament an, dass die Regierung nicht den Wunsch habe, den Gesetzentwurf zur Verhinderung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben, der am 25. Februar eingebracht worden war, weiter zu behandeln.

Eine Erklarung, die der Premierminister fuer den Innenminister verlas, brachte zum Ausdruck, dass der Gesetzentwurf eingebracht worden war, um gegen gewisse drohende Streiks im Eisenbahn- und Postwesen vorzugehen. Darauf ent- schied sich der Allindische Eisenbahner-Verband gegen den Streik, und es ging jetzt darum, Streiks zu begegnen, die von Gewerkschaften unterstuetzt wurden, die sich nicht an die Richtlinien des Verbandes halten wollten, wie auch dem drohenden Poststreik.

Die Lage hat sich jetzt, heisst es weiter in der Erklarung, soweit gebessert, dass sich die Streikdrohungen nur auf gewisse Eisenbahnergewerkschaften beschraen- ken, deren Mitglieder von der kommunistischen Partei beherrscht waren. Es haben sich jedoch in Calcutta und anderswo gewisse Vorfaelle ereignet, "die eine ernste Verschlechterung" der Lage im Gefolge hatten.

Eine Herausforderung

Das Problem beschraenkte sich nicht allein auf irgendwelche moeglichen Streiks, sondern es ging im Gesetz und Ordnung, und dies bedeutete eine ernste Herausforderung an den Staat. Es mussten geeignete Massnahmen geplant werden, um dieser Situation zu begegnen. Die Erklarung besagt, dass die Regierung dies zu tun vorschlage, und dass sie, falls notwendig, wegen der geforderten Machtbe- fugnisse wieder an das Haus herantreten wuerde.

Der Premier erklarte, dass sich die Lage vollkommen geaendert habe, sowohl zum Guten, wie auch bis zu einem gewissen Grade in anderer Richtung, zum schlech- teren. Im vorliegenden Falle war kein organisierter oder regelrechter Streik in Aussicht genommen worden. Sie sahen sich jedoch einer neuen Lage gegenueber. Gewisse Gruppen waren nicht so sehr zu einem Streik geneigt als vielmehr dazu, Unordnung und Chaos zu stiften und Sabotageakte zu begehen.

"Wir sind vollkommen davon ueberzeugt," fuegte Pandit Nehru hinzu, "dass wir der Situation in hinreichendem Masse gewachsen sind. Was mich aber beunruhigt, ist nicht so sehr das Ausmass oder die Gefahr der Situation, sondern ihr Charakter, und dass es Menschen in diesem Lande geben soll, die so vollkommen gelenkt werden oder in ihren Ansichten so verkehrt beraten sind, dass sie in solchen Begriffen denken." Er gab seinem Vertrauen Ausdruck, dass die ueberwaeltigende Mehrheit des Volkes und der Industriearbeiter davon nicht beeinflusst werde und diese Schritte missbilligen wuerde.

Der Premierminister stellte klar heraus, dass die Regierung nicht die Ab- sicht haette, einen Schlag gegen die Gewerkschaftsorganisationen zu fuehren, oder gar gegen ihr allgemeines Recht auf Streik. "Diese Regierung" erklarte er,

"ist nicht nur geneigt, die allgemeinen Arbeitsbedingungen zu verbessern, sondern auch der Arbeiterschaft den rechtmässigen Platz einzuräumen, den sie in der Regierungsform des Landes einnehmen sollte."

"India News" London, 10. März 1949

GRUNDSTEINLEGUNG FÜR DIE ERSTE HEILSTÄTTE

Rajkumari Amrit Kaur, Minister für Gesundheitswesen, legte am 6. März in Najafgarh, einem Dorf, das etwa 20 Meilen von Delhi entfernt liegt, den Grundstein für eine Heilstätte, die die erste ihrer Art in Indien darstellt.

"Es handelt sich dabei um eine epochemachende Zeremonie in der Geschichte unseres Gesundheitswesens", erklärte sie. Sie gab der Hoffnung Ausdruck, dass Delhi sehr bald einen vollkommenen Gesundheitsdienst haben werde, der als Vorbild für die anderen Provinzen dienen könnte.....

Die Heilstätte, von der man annimmt, dass sie innerhalb eines Jahres den Betrieb aufnehmen wird, ist nach den Vorschlägen des Ausschusses für Gesundheitsplanung und -Entwicklung errichtet worden, der von der Regierung Indiens im Jahre 1943 ernannt worden war. Die Heilstätte dient für 26 Dörfer mit einer Bevölkerung von 20.000 Einwohnern. In Kuerze wird in Narela eine ähnliche Heilstätte für die Provinz Delhi errichtet werden.

Der Arbeitsbereich erstreckt sich auf Krankenbehandlung, Wöchnerinnenhilfe, Verbesserung der hygienischen Verhältnisse der näheren Umgebung, ärztliche Untersuchung der Schulkinder, Zusammenstellung lebenswichtiger statistischer Daten, sowie Aufklärung über Gesundheitswesen im Heim. Die aufsichtsführenden Gesundheitsbeamten werden sich nicht nur mit Vorbeugungsmassnahmen, sondern auch mit der Heilung von Krankheiten befassen.

"India News" London, 10. März 1949

STRASSENBAUINGENIEURE BESUCHEN AMERIKA

Eine Gruppe von 9 indischen Strassenbau-Ingenieuren will sich nach den Vereinigten Staaten begeben, um sich dort in einem 18-wöchigen Kursus als Spezialisten in den modernen Methoden des Landstrassenbaus ausbilden zu lassen.

Die Gruppe, die von Mr. D.P. Nayar, dem Oberingenieur der Abteilung für öffentliche Bauten in East Punjab, geführt wird, soll Indien am 3. Mai verlassen.

Ein Plan auf lange Sicht

Diese Abordnung faellt unter einen Plan auf lange Sicht, der jetzt von der Indischen Regierung in Zusammenarbeit mit den Regierungsstellen der Provinzen und Staaten in die Wirklichkeit umgesetzt wird, um die Fertigkeiten und Leistungsfähigkeit der Wegebau-Ingenieure zu erhöhen, so dass sie sich darauf einrichten können, in zufriedenstellender Weise die grosszügigen Wegebau-Programme zu meistern, die jetzt in Aussicht genommen bzw. vorbereitet werden.

"India News" London, 10. März 1949

AMERIKANISCHE MUSIKER BEGRÜESSEN SCHOSTAKOWITSCH

Am 17. März veröffentlichte Richard McCann, der Vorsitzende der Ortsgewerkschaft 602 des Amerikanischen Musikerverbandes (AFL) einen Brief, den er an den Landesausschuss für Kunst und Wissenschaft gerichtet hatte. McCann sagte, seine Gewerkschaft würde den russischen Komponisten Dimitrij Schostakowitsch willkommen heissen, der in Kuerze mit einer Delegation von 21 Russen die Vereinigten Staaten besuchen würde, um an der Weltfriedenskonferenz von Kultur und Wissenschaften teilzunehmen.

In seinem Brief an den Ausschuss brachte McCann klar zum Ausdruck, dass seine Gewerkschaft Schostakowitsch lediglich als grossen Musiker bewillkommet. Er äusserte sich jedoch über die Konferenz abfällig die, wie er sagte, von den

Russen fuer sowjetimperialistische Zwecke ausgeschlachtet werden wuerde. Er forderte den Ausschuss auf, "den Mangel an kuenstlerischer Freiheit in der Sowjetunion" zu untersuchen und zu eroertern. Nachstehend ein Auszug aus seinem Briefe:

"Als Gewerkschaftsbeamter fordere ich Ihre Konferenz auf, das Gewerkschaftswesen in der Sowjetunion zu behandeln. Als Anhaenger der Bill of Rights fordere ich Ihre Konferenz auf, die Freiheit der Gottesverehrung, die Versammlungs- und Redefreiheit in der Sowjetunion zur Sprache zu bringen.

"Jawohl, auch wir als Musiker heissen einen grossen Komponisten wie Dimitrij Schostakowitsch willkommen. In Wirklichkeit bewillkommen wir Schostakowitsch, um unsere Regierung bei seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten zu bitten, ihm die Erlaubnis zu geben, hier seinen staendigen Aufenthalt nehmen zu duerfen. Ich bin sicher, dass sein Genius in der gesegneten Atmosphaere der Freiheit hier und in Westeuropa wie nie zuvor wachsen wird; das einzige, wovor er Furcht haben koennte, waeren die ohnmaechtigen Angriffe einiger ohnmaechtigen Musikkritiker.

McCann erklaerte dem Ausschuss, der diese Konferenz foerdert, "Solange Ihre Organisation in Wort und Tat zum Ausdruck bringt, dass sie anerkennt, dass die Sowjetunion eine Diktatur und nicht eine Volksdemokratie ist, solange kann jeder Arbeiter, Musiker oder sonst jemand anders Ihre Konferenz als nichts anderes ansehen, als einen Teil der sich ueber die ganze Welt erstreckende Verschwuerung des Kreml gegen die Freiheit und Demokratie der Welt....

"Die Ankunft Schostakowitsch' wird mehr als jedes andere Ereignis die voellige Entwuerdigung der Freiheit der Kunst in der Sowjetunion herausstellen. Erst vor ein paar Monaten wurde Demitij Schostakowitsch, der jetzt von Ihrer Organisation als einer der Unsterblichen gefeiert wird, von den Fuehrern der Sowjetunion angeprangert...."

Damals musste sich Schostakowitsch, wie McCann ausfuehrt, selbst vor der Partei demuetigen und versprechen, dass er in Zukunft nur noch Musik im marxistischen Geiste schreiben wuerde.

Eine Anzahl amerikanischer Professoren auf kuenstlerischem und wissenschaftlichem Gebiete, von denen einige von der bevorstehenden Konferenz fuer Weltfrieden ausgeschlossen wurden, wollen eine Gegenkonferenz einberufen.

Aussenministerium, "Radio Bulletin" 17. Maerz 1949

WAS DER MARSCHALL-PLAN FUER FRANKREICH BEDEUTET

Wir geben nachstehend einige Fragen und Antworten aus einem Interview wieder, das Jean Monnet, der Generalkommissar des franzoesischen Plans zur Modernisierung und Ausruestung, am 24. Dezember 1948 der Zeitschrift "La Vie Francaise", gewaehrte. Dies stellt eine Antwort dar auf die Behauptungen mancher Kommunisten im franzoesischen Gewerkschaftsbund (CGT), dass der Monnet-Plan gegen den Marshall-Plan gerichtet ist.

"Unsere Unabhaengigkeit steht auf dem Spiel"

Frage: "Aus Ihrem dritten Durchfuhrungsbericht geht hervor, dass "Wir uns dem Ende des grossen Mangels naehern". Halten Sie daher die produktiven Bemuehungen fuer zufriedenstellend.

Antwort: "Wir beginnen jetzt die Fruechte der vor 2 Jahren begonnenen Arbeit zu ernten. Obwohl wir bis kurz vor dem Kriege 20 Milliarden Kwh erzeugt haben und unser Ziel fuer 1952 40 Milliarden betraegt, haben wir erst den halben Weg zurueckgelegt. Bei der Kohle entsprach der Produktionsatz vor den Streiks einer jaehrlichen Foerderung von 55 Millionen Tonnen, die nur im Jahre 1929 erreicht wurde. Unser Ziel von 60 Millionen Tonnen muss daher erreichbar sein. In bezug auf Oele uebersteigt unsere augenblickliche Raffinierkapazitaet bei weitem die der Vorkriegszeit. Schliess-

lich haben wir heute 100.000 Traktoren im Vergleich zu 35.000 im Jahre 1939, und wir koennen unserer Landwirtschaft mehr Duenger als jemals zuvor liefern. Alles in allem verfuegt unsere Wirtschaft ueber bedeutendere Produktionsmittel als jemals zu einem fruerehen Zeitpunkt. Das fuer die Durchfuehrung des Modernisierungsplans investierte Geld ist daher gut angelegt gewesen. Wenn wir in demselben Tempo fortschreiten, aber natuerlich nur unter dieser Bedingung, dann werden wir 1952 von dem Produkt unserer eigenen Arbeit leben koennen.

Unser Lebensstandard uebersteigt unsere Mittel

Frage: "Wie leben wir heute.

Antwort: Heute uebersteigt unser Lebensstandard unsere Mittel. Zum grossen Teil haengt es von der Einfuhr ab, die uns durch die "Amerikahilfe" zugutekommt. Unser Produktionsniveau fusst daher wie unser Lebensstandard auf Hilfsmitteln, die uns nicht gehoeren. Es wuerde alles zusammenbrechen, wenn die Amerikahilfe morgen aufhoeren wuerde und nicht durch das Produkt unserer eigenen Anstrengungen ersetzt werden keennte. Alle Franzosen, die das vergessen, leben in einer gefaehrlichen Illusion.

Die dreifache Auswirkung der Marshall-Kredite

Frage: Aber die Marshallplan-Kredite stellen doch nur einen kleinen Teil des nationalen Einkommens und selbst der oeffentlichen Ausgaben dar.

Antwort: Nichts waere falscher, als die Bedeutung dieser Kredite nach dem Nennwert von 1,3 Millionen Dollar beurteilen zu wollen, oder nach ihrem verwendbaren Gegenwert, d.h. 280 Milliarden Francs. Tatsaechlich haben diese Kredite eine dreifache Auswirkung. Zunaechst, die direkte Auswirkung, wir erhalten Rohstoffe und Erzeugnisse, die fuer unsere Wirtschaft von Wichtigkeit sind, und zwar kostenlos. Es ist noch nicht genuegend bekannt, dass diese Summe mehr als die Haelfte unserer Einfuhr ausmacht. Dann haben die Marshallplan-Kredite eine indirekte Auswirkung, denn ihr Gegenwert in Francs gestattet es uns im Augenblick - ohne dass dem fran-zoesischen Steuerzahler auch nur ein einziger Centime an Kosten entsteht, Investitionen zu finanzieren, dank denen es uns moeglich ist, unser Produktionspotential staendig zu steigern.

Schliesslich traegt die amerikanische Hilfe durch die Produktion, die sie schon jetzt ermoeeglicht, dazu bei, dass wir uns einen bedeutenderen Teil unserer nationalen Einkommen selbst schaffen. Aus diesem Grunde ist unsere Produktion auf einem augenblicklichen Stande angelangt, da wir in der Lage sind, unsere oeffentlichen Ausgaben zu decken und unseren augenblicklichen Lebensstandard zu halten.

Vom Produkt unserer Arbeit leben, bedeutet daher: Unsere Einfuhr mit unserer Ausfuhr bezahlen, unsere Ausruestungsbestrebungen selbst finanzieren und unsere Ausgaben aus unseren eigenen Mitteln bestreiten.

Tatsaechlich hat der amerikanische Europa-Hilfeplan nur eine Bedeutung: Es ist eine Unterstuetzung unserer nationalen Bemuehungen, damit wir in Zukunft ohne diese Unterstuetzung auskommen und selber zum Wohlstand der Welt beitragen koennen.

Die Lasten der Investierung

Frage: "Aber sind die Ziele des Plans nicht zu ehrgeizig und die Lasten der Investierungen nicht zu schwer.

Antwort: "Im Augenblick bedeuten diese Investierungen fuer uns keinerlei

Belastung, da sie von dem Gegenwert der Amerika-Hilfe finanziert werden.

Fuer die Zukunft stellt der Anteil der produktiven Ausruestungen, die vom Staat finanziert werden muessen, noch nicht den zehnten Teil der oeffentlichen Ausgaben dar: Zivilhaushalt, Sozialversicherung, Landesverteidigung, Haeuserbau. Dies bedeutet sicherlich grosse Investitionen die aber so genau ausgerechnet wurden, um dem franzoesischen Volk wenigstens dasjenige an materiellen Mitteln zukommen zu lassen was ihm fehlt. Wir wollen uns vor Augen halten, dass wir fuer 1952 eine Energiemenge erreichen wollen, die 2,9 Tonnen Kohle pro Person entspricht, waehrend jeder Englaender ueber 6,6 Tonnen verfuegen wird. Wir wollen erreichen, dass 310 kg. Stahl pro Person verbraucht wird, waehrend jeder Englaender 378 kg haben wird. Wir wollen erreichen, dass unsere Landwirtschaft ueber 12 kg Stickstoff pro ha an bestelltem Boden verfuegt, waehrend der hollaendische Bauer 56 kg. und der belgische Bauer 68 kg zu seiner Verfuegung hat. Es handelt sich also nicht um ein riesenhaftes und undurchfuehrbares Programm, sondern um Bemuehungen, die im Verhaeltnis zu unseren Mitteln stehen.

"Die Investierungslasten sind die einzigen, die die Produktion steigern und es infolgedessen moeglich machen, andere Lasten zu tragen. Wenn wir diese Anstrengungen nicht machen, was eine Steigerung des Landeseinkommens bedeutet, dann waere es bei dem jetzigen Lebenshaltungsniveau unmoeglich, die Waehrung zu stabilisieren und alle sozialen Vorteile, alle Versprechungen in bezug auf die Wiedergutmachung von Kriegsschaeden, alle Aussichten auf eine Verbesserung des Kaufkraft wuerden nichts anderes sein als ungedeckte Schecks.

"Documentation Syndicale"

"Weekly Bulletin for Militant

Free Trade Unionists" Paris 14. Feb.49

GEWERKSCHAFTSFUNKTIONAERE AN DER HARVARD-UNIVERSITAET

Amerikanische Gewerkschaftsfunktionaere nehmen an Fortbildungslehrgaengen der Universitaet Harvard teil, um spaeter, wie der Lehrgangsleiter Professor J.J. Healy erklarte, in der Gewerkschaftsbewegung bedeutendere Stellungen einnehmen zu koennen.

Die Teilnehmer an diesen Lehrgaengen, werden von den Gewerkschaften ausgewaehlt und mit Stipendien finanzielleunterstuetzt. In den Kursen beschaeftigen sich die Funktionaere mit Fragen der Gewerkschaftspolitik, wie z. B. Aufbau der Gewerkschaften, Verhandlungen ueber Arbeitsvereinbarungen und ihre Durchfuehrung, Verhandlungen mit Regierungs- und Schlichtungsbehoerden, Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern.

Neben dem Unterricht treffen sich die Funktionaere einmal in der Woche mit Wissenschaftlern der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Universitaet und besprechen sich mit ihnen die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern. Ausserdem beteiligen sie sich an Rundfunkdiskussionen ueber aehnliche Fragen.

Die Entscheidungen der Gewerkschaften, erklarte Professor Healy, gewinnen sowohl im oertlichen als auch im gesamtamerikanischen Rahmen immer staerkeren Einfluss auf Wirtschaft und Gesetzgebung. Darum will die Harvard Universitaet befahigten Gewerkschaftsfuehrern die Mittel in die Hand geben, mit denen sie die zahlreichen Probleme der heutigen Gewerkschaftsbewegung bewaeltigen koennen.

Die Kurse dauerten anfangs neun Monate, wurden aber dann auf 13 Wochen verkuerzt, um auch solchen Funktionaeren, die nicht 9 Monate lang von ihren Arbeitsplaetzen fernbleiben koennen, die Teilnahme zu ermoeeglichen.

Nach Professor Healys Ansicht wird sich die Teilnehmerzahl in diesem Jahr bedeutend erhoehen, denn bis Anfang Februar waren schon 65 Funktionaere von ihren Gewerkschaften nach Harvard geschickt worden.

"Amerika Dienst" 4. Maerz 1949

DAS LEBENSMITTELPROBLEM DER WELT

Kann sich die Welt selbst ernaehren. - Beamte der Forschungsabteilung des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten glauben, fuer diese Frage eine bejahende Antwort gefunden zu haben.

In einem kuerzlichen Forschungsbericht haben Wissenschaftler zum Ausdruck gebracht, dass dieses Problem einer gut ernaehrten Welt in 2 Phasen zerfaellt. 1. Die Frage der natuerlichen Hilfsquellen und 2. ein angemessenes System fuer Planung, Produktionsabsatz und Transportmittel. Ausserdem kommt noch die Durchfuehrung und Finanzierung eines so riesengrossen Unternehmens hinzu.

In den meisten Laendern herrscht Mangel

Vor dem Kriege gab es etwa nur ein Dutzend Laender, die eine ziemlich gute Ernaehrung hatten. Dies waren: Nordamerika, Grossbritannien, Canada, Australien, Neuseeland, Holland, Daenemark, Schweden, Deutschland, Argentinien, Uruguay, Norwegen, die Schweiz und wahrscheinlich auch Finnland. Aber selbst in diesen Laendern war die Ernaehrung sehr unterschiedlich. In anderen Laendern der Welt war aber die Lage kritischer, wo mehr als die Haelfte der Bevoelkerung der Welt lebte. Die Haelfte der Bevoelkerung der Welt erhielt im Jahre 1939 weniger als 2250 Kalorien am Tage und weite Bevoelkerungskreise mancher Nationen bekamen weniger als 1000 Kalorien. Das bedeutet ein langsames Verhungern, und um die Welt hinreichend ernaehren zu koennen, so heisst es in dem Bericht, muessen die Weltproduzenten fuer mehr als die Haelfte der Bevoelkerung der Welt fuer eine starke Kalorienerhoehung sorgen; sie muessen mehr Kalorien durch Produktion hochwertiger Nahrungsmittel schaffen, wie Fleisch, Milch, Gemuese, Eier, und Fisch, und sie muessen diese Lebensmittel in solchen Mengen liefern, damit die Bevoelkerung ansteigt. Waehrend der letzten zehn Jahre ist die Zahl der Bevoelkerung um 7% gestiegen und ein weiteres Ansteigen ist sicher.

Die Organisation fuer Ernaehrung und Landwirtschaft hat die Vermehrung der Lebensmittelerzeugung errechnet, die notwendig sein wird, um die Welt bis 1960 hinreichend zu ernaehren, wobei man der bis dahin erwarteten Bevoelkerungsvermehrung Rechnung tragen muss. Bei Obst und Gemuese muss die Erzeugung in der ganzen Welt um 163% ueber den Durchschnitt von 1936-1939 hinaus erhoehrt werden, und bei Milch wird die doppelte Menge der Erzeugung notwendig sein. Die Erzeugung muss ferner gehoben werden bei: Erbsen und Bohnen (80%), Fleisch (56%), Fett (34%), Kartoffeln und Rueben (27%), Naehrmittel (21%), und Zucker (12%).

Wieviel ist moeglich

Ist es vom natuerlichen Standpunkt aus moeglich, die Lebensmittelerzeugung der Welt um soviel zu erhoehen, dass die Bevoelkerung in der Welt nicht nur genug zu essen, sondern auch die richtige Qualitaet bekommt. Die Wissenschaftler in der Landwirtschaft sagen: "ja". Sie sagen, es gibt 2 Wege, um diese enorme Erhoehung in der Lebensmittelerzeugung zu verwirklichen....indem man mehr Land bestelle und groessere Ertraege von dem bereits bebauten erzielt; sie haben auch schon errechnet, wie man beides verwirklichen kann.

Das Landwirtschaftsministerium hat Untersuchungen ueber den bestellten Boden auf der Erde angestellt. Die Haelfte des Gebietes in der Welt kann nicht

bestellt werden. Riesige Gebiete unentwickelten Landes gibt es an 2 Stellen in der Welt - noerdlich der gemaessigten Zonen Canadas, in der Sowjetunion, und suedlich der gemaessigten Zone in den Tropen Afrikas, Mittel- und Suedamerikas, Suedostasiens und der tropischen Inseln.

Die Moeglichkeiten, die Lebensmittelerzeugung auf bereits bebautem Boden zu erhoehen, koennen leicht durch eine Pruefung der Veraenderungen bezeugt werden, die in der Landwirtschaft Amerikas durch die Anwendung moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse vorgenommen wurden. In den letzten 20 Jahren stieg der Maisertrag pro acre (-etwa 40,5 a) in den Vereinigten Staaten um 37%, Weizen um etwa 20%, Baumwolle um fast 60%, Kartoffeln um etwa 65%, Sojabohnen um etwa 58% und Hafer um etwa 20%.....

Im Jahre 1820 konnte ein Landarbeiter genuegend Nahrungsmittel fuer etwa 4 Menschen anbauen, wanner weniger Stunden arbeitete, heute kann 1 Mann Nahrungsmittel fuer weitere 14 Menschen anbauen. Seit 1939 hat sich der Ertrag pro Landarbeiter um einige 40% erhoehrt.

Der Bauer muss geschult werden

Diesen Schaetzungen zufolge kann eine hinreichende und richtige Ernaehrung fuer alle Menschen auf der Erde zur Wirklichkeit werden. Eine Schwierigkeit besteht aber noch in der Schulung der Bauern in der ganzen Welt zu dem Zweck, dass sie diese ergiebigeren Ernten hervorbringen. Ein gruendlich und gewissenhaft ausgearbeitetes System landwirtschaftlicher Versuchsstationen, ein Propagandadienst, Landwirtschaftsschulen, viele Farmorganisationen stattlichen und lokalen Charakters sind noetig, gewesen, um die Bauern mit besseren Bewirtschaftungsmethoden bekanntzumachen.

Die Aufgabe wird dadurch noch um ein Vielfaches groesser, dass man das Informationsmaterial den Farmern in den weniger entwickelten Gebieten zukommen lassen muss. Jedenfalls ist der Anfang gemacht, doch die noch zu bewaeltigen Aufgaben sind enorm, wenn die fuehrenden Maenner der Welt ishc wirklich ernstlich mit der Aufgabe beschaeftigen, den Hunger zu beseitigen.

"Overseas American News Service" 8. Maerz 1949

WIE DER DURCHSCHNITTLICHE AMERIKANISCHE EISENBAHNARBEITER LEBT

Im Jahre 1917 erhielt ein Lokomotivfuehrer bei 8stuendiger Arbeitszeit einen Lohn in Hoehe von \$4.20 pro Tag. Sein Durchschnittslohn pro Tag betraegt heute bei gleicher Arbeit \$13.57. Heute aber erhält er fuer Ueberstunden das Anderthalbfache und 6% seiner Bezuege (wazu noch weitere 6\$ vom Arbeitgeber kommen) werden in einen Pensionsfonds eingezahlt, der den Beguenstigten nach seinem Tode mit 4% Zinsen zurueckgezahlt wird.

Gewoehnlich hat der amerikanische Lokomotivfuehrer 2 Kinder, die eine hoehere Schule absolviert haben. Er hat sein eigenes Heim mit automatischer Gefrier- und Heizanlage, besitzt ein Auto, hat Ersparnisse auf der Bank und sieht seiner Pensionierung mit 65 Jahren entgegen, waehrend welcher Zeit er dann monatlich eine Zuwendung in Hoehe von \$144 erhaelt. Dieser Betrag wird ihm monatlich per Scheck von der Regierung zugestellt, denn die Regierung ist der Verwalter des Pensionsfonds.

Der amerikanische Lokomotivfuehrer hat jedes Jahr einen 7taegigen bezahlten Urlaub. Er erhaelt Kranken- und Erwerblosen-Unterstuetzung in Hoehe von \$1.75 - \$5.00 pro Tag, und zwar 130 Tage lang, wanner von seinem Arbeitgeber entlassen wird. Nach 10jaehriger Taetigkeit kann er sich mit steigenden Zuwendungen zur Ruhe setzen, wenn er gaenzlich dienstuntauglich geworden ist. Wenn er beruflich behindert ist, um seine regelmaessige Arbeit zu leisten, dann kann er sich nach 20 jaehriger Taetigkeit mit voller Pension zur Ruhe setzen, selbst wenn er noch

irgend eine andere Arbeit tun kann. Er braucht dann nichts in seinen Kranken- und Erwerbslosen-Versicherungsfonds zu zahlen. Falls der Arbeiter stirbt, erhaelt seine Witwe, sobald sie 65 Jahre alt geworden ist, seine Pension.

Die Kinder der Lokomotivfuehrer haben im Durchschnitt ausserordentliche Bildungsmoeglichkeiten. Viele werden Rechtsanwaelte, Aerzte, Musiker oder Facharbeiter. Hauptmann Jimmy Gallagher, der vor kurzem mit einem Bomber einen Nonstop-Flug um die Welt antrat, ist der Sohn eines Lokomotivfuehrers. Viele Lokomotivfuehrer haben Jura, Buchhaltung und andere Spezialfaecher studiert. Manche sind hervorragende Kuender des Evangeliums.

"Overseas American News Service" 12. Maerz 1949

EINE MORDGESCHICHTE

Die vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Moskau herausgegebene Zeitschrift "Bolschewik" veroeffentlichte folgende beunruhigende kleine Notiz: "Nach Angaben des Amerikanischen Instituts fuer Kriminologie", so berichtet das Blatt, "wird alle 5 Minuten und 7 Sekunden in Los Angeles ein Mord begangen."

Das bedeutet 270 Morde am Tage und fast 100.000 Morde im Jahr; das waere ein Rekord ohne gleichen fuer diese Stadt, die so gern Rekorde bricht. Da Los Angeles eine Bevoelkerung von etwa 1.800.000 Menschen hat, wuerde dies bedeuten, dass die Stadt in 18 Jahren vollkommen entvoelkert sein wuerde. Aber der Kniff bei der Sache ist der, dass das Amerikanische Institut fuer Kriminologie wieder einmal eine jener kommunistischen Gruppen zu sein scheint.

"The New Leader" 5. Maerz 1949.

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.

OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmittellungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 8

Berlin, 15. April 1949

BEISPIELE FUER DIE GEWERKSCHAFTLICHE HANDLUNGSWEISE VERSCHIEDENER NATIONEN

Professor Adolf Sturmthal vom Bard College, New York, hat vor kurzem einen aufschlussreichen Vergleich zwischen der Handlungsweise der Gewerkschaften verschiedener westlicher Laender gezogen. Der Artikel ist zu lang, um hier ganz wiedergegeben zu werden, aber die nachstehend aufgefuehrten Saetze geben Professor Sturmthals Auffassungen und Ansichten ueber dieses Thema wieder.

Warum verhalten sich die Gewerkschaften in den verschiedenen Laendern auf unterschiedliche Art. Um es kurz zu machen, die Gewerkschaft in einem Lande ist das Produkt verschiedener Faktoren, die der Bevoelkerung dort eigentuemlich sind. Die historischen, wirtschaftlichen, sozialen und anderen Faktoren sind in jedem Lande verschieden. Erlaeuterungen zu der Eigenart der gewerkschaftlichen Haltung in einem Lande koennen nur teilweise das gewerkschaftliche Verhalten in einem anderen Lande darlegen.

Die franzoesischen Gewerkschaften haben Lokaltradition

Einer der augenfaelligen Unterschiede in der gewerkschaftlichen Haltung in verschiedenen Laendern besteht in den Organisationsmethoden. Die Streitfrage: Gesamtindustrielle Verhandlungen contra Einzelfirmenverhandlungen und Lokalverhandlungen....ist in weiten Kreisen eroertert worden.....Aber um richtig verstanden zu werden, muessen diese verschiedenen Methoden der Kollektivverhandlungen im Zusammenhang mit der Struktur der Gewerkschaft gesehen werden.

Ein Extrem findet man bei den franzoesischen Gewerkschaften. In dem Masse, wie ein Kollektivvertragsverfahren ueberhaupt in Frankreich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen existierte, war es hauptsaechlich ein Einzelfirmen - oder hoechstens ein Bezirks-oder Gebietsabkommen. Das war aber durchaus nicht im Sinne der Gewerkschaftsfuehrer, noch war es das Ergebnis der lokal beschaenkten Maerkte, denn, sobald der Sieg der Volksfront die Gewerkschaftsfuehrer wirklich in die Lage versetzte, die Gesetzgebung zu beeinflussen, (durch das Gesetz vom 24. Juni 1936) bot sich ihnen die Moeglichkeit, die Verhandlungsabkommen auszuweiten. Nach diesem Gesetz koennten die Abkommen durch Massnahmen des Arbeitsministers "in ein wahres Gesetzbuch abgeaendert werden, das fuer die gesamte Industrie eines bestimmten Gebiets verbindlich ist", Wenn die Vertragsabkommen lokalen Charakter hatten, dann war dies hauptsaechlich deswegen der Fall, weil der Schwerpunkt der franzoesischen Arbeiterbewegung bei der oertlichen Gewerkschaft lag, und groesstenteils bei der Organisation des Departments oder Provinz. Die Fabriksgewerkschaft war eine fast vollkommen autonome Gruppe. Leon Jouhaux hat das so

ausgedrueckt: "Entgegen dem, wie es in anderen Laendern gehandhabt wird, ist die Confédération Générale du Travail (CGT) nicht zentralisiert und weist auch keine Tendenzen in dieser Richtung auf.....Es ist somit eines der unterschiedlichsten Merkmale des Gewerkschaftswesens in diesem Lande, dass die Organisationsformen so vielgestaltig sind....."

Mit anderen Worten: die organisatorische Disziplin besteht in erster Linie bei den Ortsgewerkschaften. Wollte man zu sehr auf eine Landes-Fuehrerschaft Wert legen, dann waere dies nicht mit den Neigungen des franzoesischen Arbeiters vereinbar, so sehr auch Landesabkommen - wirtschaftlich gesehen - wuensenswert waeren. Es ist nicht wirtschaftliche Vernunftmaessigkeit, sondern vielmehr der nationale Charakter des Verhaltens, der diese Aspekte der Gewerkschaftsstrategie erkluert.....

Der Mangel an Streikfonds zwang die Gewerkschaften, auf schnelle Siege hinzuarbeiten. Die Streiks mussten, wenn sie Erfolg haben sollten, rasch gefuehrt werden, ohne lange Beratungs- und Verhandlungsepisoden. Der Ueberraschungsfaktor war der Eckpfeiler der franzoesischen Streikstrategie, denn, wenn der Gegner durch eine rechtzeitige Warnung von einer bevorstehenden Lohnforderung informiert war, dann wuerde er in der Lage sein, sich auf den Konflikt einzurichten und ihn in die Laenge zu ziehen. Ohne Gelder wuerde die Gewerkschaft nicht in der Lage sein, einen langen Streik durchzufuehren. Das Ueberraschungsmoment war von einer aeusserst wichtigen Bedeutung, und nur diejenigen, die zuerst an Ort und Stelle waren, konnten ueber das geeignete Moment zur Einleitung eines Angriffs entscheiden.

Die schwedischen Gewerkschaften haben eine

Tradition der Zentralisierung

"Auf der anderen Seite der Wagschale sind die schwedischen Gewerkschaften. Abkommen, die die gesamte Industrie erfassen, sind hier die Regel. Landesgewerkschaftszentralen und der entsprechende Arbeitgeberverband (gleichfalls als Landesvereinigung gebildet) kommen zusammen und legen in etwa 40 Industrieabkommen, die fuer das ganze Land gelten, die Lohn Tabellen und andere Arbeitsvorschriften fuer die meisten Industrieangestellten des Landes fest. Dieses System ist bei manchen Industrien auf Ersuchen der Arbeitgeber, haeufiger auf Verlangen der Gewerkschaften, eingefuehrt worden, und zwar bereits 1905, besonders oft aber um 1909.

Offenbar schwaecht aber ein System dieser Art die Bedeutung der oertlichen Gewerkschaft ab. Die Tendenz zur Zentralisierung wird durch ein stark zentralisiertes Unterstuetzungssystem gestaerkt. In den Statuten heisst es:

"Die Ortsgruppe, die die Absicht hat, eine Lohnbewegung in die Wege zu leiten, muss die Gewerkschaftsexekutive rechtzeitig davon in Kenntnis setzen, bei der sie zwecks Genehmigung, die Forderungen, die sie den Arbeitgebern vorlegen will, einreichen muss. Um die Einheitlichkeit so weit wie moeglich zu wahren, haben die Gewerkschaftsexekutiven auch das Recht die Entwuerfe zu den Lohnabkommen usw., die von den Ortsgruppen eingereicht werden, abzuaendern. Die Ortsgruppen koennen ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsexekutive keinen Streik oder keine Sperre durchfuehren, und in der Regel muessen sie erst die Genehmigung der Gewerkschaft haben, bevor sie mit den Arbeitgebern ein Abkommen treffen. Wenn eine Lohnbewegung eingeleitet worden ist, bevor die Gewerkschaftsexekutive die Moeglichkeit gehabt hat, die Forderungen der Ortsgruppe zu pruefen, dann laeuft die Ortsgruppe das Risiko, dass ihr im Notfall jede Hilfe verweigert wird. Wenn eine Ortsgruppe einen Streik oder eine Sperre proklamiert, oder wenn sie zu irgend einem anderen Mittel greift,

ohne vorher die Billigung der Gewerkschaftsexekutive eingeholt zu haben, dann begibt sie sich ihres Rechts bzw. Anspruchs auf finanzielle Unterstuetzung aus der Gewerkschaftskasse."

Der Kontrast zwischen dem ordentlichen, etwas buerokratischen Verfahren der schwedischen Arbeiterschaft und dem nahezu anarchistischen und individualistischen, fast vollkommen unregelmässigen Vorgehen der Franzosen ist ueberraschend.....

Konkurrenz und Gewerkschaftsdifferenzen

"Diese Unterschiede koennen wohl am deutlichsten durch Hinweis auf ein besonderes Problem demonstriert werden, naemlich auf das der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, sobald Vollbeschaeftigung vorliegt. Die grundlegende theoretische Streitfrage ist wie folgt ausgedrueckt worden: Es gibt in der Industrie oder im Gewerbe ein Niveau an Beschaefigungslosigkeit, ueber das hinaus die Lohnsaetze eine fallende Tendenz aufweisen.....

Das ist das Knochengeruест einer abstrakten Analyse, das mit dem Fleische realistischer Erwaegungen umkleidet werden muss, wenn es sich auf das Verstaendnis der aktuellen Probleme und der Lenkung der Politik anwenden lassen soll. Die Existenz gelenkter Lohnstrukturen gestattet Erhoehungen des Verdienstes, waehrend andererseits die "besonders ansteckenden" Erhoehungen der planmaessigen Lohnsaetze vermieden werden.....

Mit ein Grund fuer die Ausdehnung der Erhoehungen planmaessiger Lohnsaetze ist die Konkurrenz unter den Gewerkschaftsfuehrern. In den Vereinigten Staaten ist eine solche Konkurrenz akut, und sie erstreckt sich mehr auf die grundlegenden Lohnsaetze als auf irgend ein anderes Element der Lohnverhandlung, besonders auf das Steigerungsmass des Lohnsatzes.

Eine solche Konkurrenz fehlt wahrscheinlich nirgends ganz, aber wer die europaeischen Arbeiterbewegungen studiert, wird sie in einer ganz verschiedenartigen Form und Fassung feststellen.

Auf den ersten Blick mag es den Anschein haben, dass in den meisten Laendern des Kontinents die Bedingungen fuer eine Konkurrenzkampf zwischen den Gewerkschaften besonders guenstig sind: Die Arbeiterbewegungen sind in 2, 3 oder sogar mehr konkurrierende politisch-industrielle Organisationen gespalten. Abgesehen von einer Zahl besonderer Faelle waren die sogenannten "freien" (d.h. die von den Sozialisten gefuehrten) Gewerkschaften jedoch waehrend der Zeit, die zwischen den beiden Kriegen lag, so vorherrschend, dass die Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften nur eine verhaeltnismaessig unwichtige Rolle spielte. So hatten die "freien" Gewerkschaften in Skandinavien, in Deutschland und in Oesterreich von der Konkurrenz anderer Gewerkschaften wenig zu fuerchten, besonders in den Berufen der Arbeiterklasse, obwohl die Lage in den sogenannten "Stehkragen"- Berufen fuer die "freien" Gewerkschaften weniger guenstig war. Stattdessen erwies sich eine andere Art von Konkurrenz als ungehoer wichtig - der Kampf innerhalb der Gewerkschaft, der um die Fuehrung der Gewerkschaften, und zwar hauptsaechlich zwischen den Sozialisten und Kommunisten, ausgetragen wurde. In einem Lande nach dem anderen, von Lohnkonflikt zu Lohnkonflikt ergab sich immer die gleiche Lage: Die Fuehrer der Gewerkschaft wuerden Lohnforderungen stellen, nur um dann auf eine Opposition innerhalb der Gewerkschaft zu stossen, die von einer anderen Politischen Farbe war, und die dann viel hoehere Lohnforderungen stellte. Nur wenige Gewerkschaftsfuehrer waren stark genug um es sich leisten zu koennen, diese Art von Konkurrenz zu ignorieren. Diese Konkurrenz muss mit unter die Faktoren eingereicht werden, die die Gefahr einer inflationistischen Entwicklung bei normaler Vollbeschaeftigung beeinflussen."

Die europaeischen Gewerkschaften sind klassenbewusst

"Diese Art Konkurrenz ist im wesentlichen vielmehr politischer Natur als eine Frage persoenlicher Rivalitaet, wie sie fuer die Vereinigten Staaten so charakteristisch ist. Erfolge oder Fehlschlaege einer Gewerkschaft sind mehr einer politischen Philosophie zuzuschreiben als den persoenlichen Qualitaeten ihrer Fuehrerschaft. Bei Fabrikwahlen bewirkt der Gebrauch von Kandidatenlisten im Zusammenhang mit einem System der anteilmaessigen Vertretung, dass sich der Kampf mehr auf politische Prinzipien als auf Personen konzentriert. Der Arbeiter stimmt fuer die "sozialistische", die "revolutionaere" die "katholische" Liste usw., oft ohne dass ihm die Namen der Kandidaten bekannt sind, und ohne dass es ihm gewoehnlich gestattet ist, die Namen verschiedener Listen zusammenzustellen. Der Nachdruck, den man auf Personen und die individuellen Faehigkeiten und Taetigkeit legt, wie dies in den Vereinigten Staaten so weit verbreitet ist - John L. Lewis ist dafuer ein hervorragendes Beispiel - ist mit dem Geiste der meisten kontinentalen Bewegungen unvereinbar. Wo in den Vereinigten Staaten eine Oligarchie (Herrschaft von wenigen) besteht, innerhalb welcher staendig Rivalitaet herrscht, da besteht in vielen europaeischen Arbeiterbewegungen eine Pyramide nach Rang und Ordnung, und so gut aufgebaut, dass einzelne Elemente in ihr nur mit der gesamten Struktur aufsteigen oder absteigen koennen.

Man sollte nun aber nicht annehmen, dass dies nun das gleiche waere wie eine amerikanische "Maschine" unter einer schuetzenden politischen Faerbung, denn es besteht in den meisten Laendern des europaeischen Kontinents von Gewerkschaft zu Gewerkschaft eine politische Solidaritaet, die die Grenzen des Handwerks oder des Industriezweigs ueberschreitet. In ihrem Streik verlaesst sich die franzoesische Lokalgewerkschaft auf die Unterstuetzung der Arbeiter in jedem Teile Frankreichs und in jedem Gewerbe. Es muss ihr daher gelingen, ihre Forderungen vor ihren Kollegen in anderen Teilen des Landes und in anderen Gewerbe- und Industriezweigen zu rechtfertigen. Anstatt mit dem Fortschritt anderer Gewerkschaften zu konkurrieren, scheint die von einer Lokalgewerkschaft unternommene Offensive eine Aktion zu sein, die im Interesse aller unternommen wird, und die einen oeffnenden Keil in die feindliche Front der Arbeitgeber treibt.

Die Klassensolidaritaet verdraengt in hohem Masse den Konkurrenzgeist. Lohnvorteile, die eine Gewerkschaft erreicht hat, ebnen so den Weg fuer aehnliche Lohnbewegungen seitens anderer Gewerkschaften, nicht, weil sie miteinander konkurrieren, sondern weil vielmehr eine von einer Gruppe gewonnene Schlacht, seitens der Arbeitgeber wie auch der Gewerkschaften, als eine Entscheidung angesehen werden kann, die Einfluss auf die Lage aller Arbeitergruppen haben kann. Deswegen unternimmt die einzelne Gewerkschaft in manchen Laendern selten groessere Aktionen, ohne sich vorher mit anderen Gewerkschaften beraten zu haben. In einigen Laendern wird nicht nur eine Beratung, sondern ein formelles Zugestaendnis der Landesgewerkschaftszentrale, oder wenigstens aller Gewerkschaften mit den gleichen politischen Anschauungen verlangt. In diesem Falle kann die Klassensolidaritaet auch als Bremse bei gruppenweisen Lohnforderungen dienen, die nicht auf einer bestimmten Linie liegen und deutlich inflationistische Wirkung haben."

Differenzen innerhalb der amerikanischen Arbeiterkoerperschaften

"Diese sind mehr als blosse statutenmaessige Abkommen. Sie repraesentieren verschiedene Arten oder Methoden, wie man die Gewerkschaftsprobleme ansehen kann, verschieden von denen der Vereinigten Staaten und selbst Grossbritanniens. In den Vereinigten Staaten entwickelten sich zwar Arten von Lohnerhoehungen waehrend des Krieges, und der Exekutivrat des CIO bespricht die allgemeine Gewerkschaftsstrategie in beratender Form. Dies stellt einen hoeheren Grad der Zentralisierung dar, als er in der AFL existiert. Diese Zentralisierung ist der Tatsache zugeschrieben worden, dass einige der groesten CIO-Organisationen von oben herunter

geschaffen wurden, und somit vom CIO abhaengig waren. Es wurde jedoch behauptet, dass eine solche Situation nur solange andauern wuerde, bis es diesen Gewerkschaften moeglich sein wuerde, auf eigenen Fuessen zu stehen. Die Begriffe der Dezentralisierung und des Freiwilligkeitsprinzips der AFL-Art werden augenscheinlich als einen Teil der amerikanischen Anschauungen angesehen. Zur Erlaeuterung dieses Denkens ist es vielleicht bezeichnend, dass Woodruff Randolph, der Praesident des Internationalen Buchdrucker-Verbandes (I.T.U.) mit Entsetzen den Vorschlag eines Arbeitgebers ablehnte, einen strittigen Punkt bei den Verhandlungen zwischen dem I.T.U. und dem Arbeitgeber vom Exekutivrat des Chicagoer Gewerkschaftsbundes entscheiden zu lassen. Der Vertreter des Arbeitgebers war der Meinung, dass solch ein "unerhoertes und beispielloses" Angebot ein gewaltiges Entgegenkommen seinerseits waere. Randolph aeusserte sich jedoch dazu rueckhaltlos wie folgt: "Jedesmal wenn wir es zulassen wuerden, dass der Chicagoer Gewerkschaftsbund oder selbst die AFL auch nur einen noch so kleinen Konflikt des I.T.U. entscheidet, wuerde an der Zeit sein, dass ich voller Scham meinen Kopf senke."

Die feste Ablehnung der britischen Gewerkschaften, es dem Gewerkschaftsbund zu gestatten, eine "Lohnpolitik" zu haben, obwohl die verschiedenen angeschlossenen Gewerkschaften zum grossen Teil die Empfehlungen des T.U.C. respektieren, bietet ein Beispiel fuer eine andere Art von gewerkschaftlicher Einstellung.

Es ist klar, dass jede dieser besonderen Handlungsweisen und Einstellungen auch verschiedene **Bedingungen fuer** die Gewerkschaftspolitik unter Beruecksichtigung der vollen Beschaeftigung **schaffen**. Die Erfahrung in den Vereinigten Staaten stimmt fast ziemlich mit dieser theoretischen Darlegung ueberein und hat die inflationistischen Auswirkungen auf die Lohnsaetze fuer das gehobene Personal demonstriert. Aber nach der schwedischen Konzeption ist das Problem verschieden, wonach die Frage der Vermeidung inflationistischer Entwicklungen hauptsaechlich ein internes Problem der Gewerkschaftsbewegung darstellt. Bedingte und wichtige Lohnaenderungen werden innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geklaert. Jede Gruppe Arbeiter bringt ihre Forderungen vor ein Gericht, das sich aus Maennern ihresgleichen zusammensetzt, damit diese sie gutheissen, bevor die Forderungen an die Arbeitgeber herangetragen werden."

Vertraege, Beitraege und Selbstversicherung

Amerikanische Gewerkschaftler, die mit der Lage der europaeischen Arbeiterschaft einigermassen vertraut sind, weisen ahaeufig daraufhin, wie doch trotz aller ideologischen Unterschiede, die Praktiken der europaeischen Gewerkschaften aehnlich sind. In dieser Erklaerung steckt viel Wahrheit, wenn man aber die Unterschiede ignorieren wuerde, so wuerde dies bedeuten, dass man den Schluessel zu einem Verstaendnis einer grossen Zahl eigentuemlicher Charakterzuege der Arbeiterschaft auf beiden Seiten des Ozeans verborgen halten wuerde.

Das Kollektivverfahren erscheint dem amerikanischen Gewerkschaftler als der fast selbstverstaendliche Zweck der Gewerkschaften. In der Tat, bevor eine Organisation die Stufe erreicht hat, da sie erfolgreich das Recht auf Kollektivverhandlungen fuer sich in Anspruch nehmen kann, wuerde der amerikanische Gewerkschaftler (oder der amerikanische Arbeitswirtschaftler) zoenern, diese Organisation mit der Bezeichnung "Gewerkschaft" zu beehren. Waehrend einer langen Zeit in ihrer Geschichte haben jedoch die franzoesischen Gewerkschaften unter dem Einfluss syndikalistischer Ideen das gesamte Konzept eines geschriebenen Vertrages, in dem die Richtlinien fuer ein Abkommen ueber Loehne und Arbeitsbedingungen niedergelegt sind, abgelehnt. Ein solches Abkommen, schlossen sie, wuerde dazu neigen, das revolutionaere Bewusstsein der arbeitenden Klasse zu schwaechen, wuerde das nicht zu rechtfertigende Gefuehl entstehen lassen, dass eine Pause in der unnachgiebigen Weiterfuehrung des Klassenkampfes eintreten und dadurch der endgueltige Termin fuer die Befreiung des Proletariats hinausgezoenert werden koennte.....

Die meisten amerikanischen Gewerkschaftler werden zugeben, dass das ansammeln beträchtlicher Gewerkschaftsgelder fuer eine erfolgreiche Gewerkschaftsstrategie hoechst wuensenswert ist, selbst wenn mancherder erst kuerzlich gegruendeten Gewerkschaften des CIO niedrige Beitraege fordern, was Samuel Gompers in Schrecken versetzt haette. Die franzoesischen Gewerkschaften haben jedoch wiederholt ein Erheben hoher Beitraege im Gewerkschaftswesen abgelehnt und haben ihrer Ueberzeugung darueber Ausdruck verliehen, dass sich in Anbetracht der sich ansammelnden grossen Geldbestaende innerhalb der Gewerkschaften Charakteristiken und Tendenzen entwickeln, die sich fuer die wirksame Verteidigung der Interessen der arbeitenden Klasse unguenstig auswirken. Die Sorge um die finanzielle Stabilitaet wuerde der Sorge um die Strategie gegenueber den Vorrang einnehmen. Es muesste eine schwerfaellige Verwaltung eingerichtet werden, die der Gewerkschaft einen buerokratischen Anstrich geben wuerde, so dass es ihr schwer werden wuerde, sich rasch aendernde Umstaende und Verhaeltnisse zunutze zu machen.

In einer Anzahl Laender (wie z.B. in den Vereinigten Staaten, in Grossbritannien und in den skandinavischen Laendern) besteht der Rueckhalt der hochentwickelten Gewerkschaften aus einem System der Selbstversicherung auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und so weiter.....In einigen kontinentalen europaeischen Laendern jedoch hat sich die grosse Mehrheit der Arbeiterorganisationen niemals diese Prinzipien zu eigen gemacht. Es ist ganz klar, dass die Gewerkschaftsstrategie in diesen beiden Gruppen von Laendern verschiedener Art sein werden, und dass keine Darstellung von der gewerkschaftlichen Haltung zufriedenstellend sein kann, in der von diesen grundlegenden Fakten der gewerkschaftlichen Organisation und Ideologie nicht die Rede ist."

Ein Gemisch von Politik und Gewerkschaftswesen

"Im allgemeinen wird da, wo Gewerkschaften von ideologischen Betrachtungen geleitet werden, besonders, wo sie mit politischen Bewegungen zusammenhaengen oder von Fuehrern politischer Parteien gefuehrt werden, die Haltung der Gewerkschaft von diesen Tatsachen in Mitleidenschaft gezogen. Fast alle groesseren Arbeiterbewegungen des Kontinents sind von Maennern geschaffen worden, die sich in den Dienst irgendeiner politischen Idee gestellt hatten, sei es nun marxistischer Sozialismus, Syndikalismus oder die katholische Sozialphilosophie. Es ist ihnen gelungen, den Bewegungen das Gepraege ihres Geistes zu geben, so dass es vor dem Zweiten Weltkrieg in Europa kaum eine starke Gewerkschaftsorganisation gab, die nicht irgendwie mit einer der groesseren sozialphilosophischen Richtungen zusammenhing, die die politischen Parteien Europas beseelten. Welcher Art auch die organisatorischen Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Partei sein moegen, so wird doch jede Arbeiterbewegung, die mit einer politischen Organisation verknuepft ist oder von einer politischen Philosophie inspiriert wird, immer in ihren Handlungen von denen des amerikanischen Gewerkschaftswesens im Geschaeftsleben abweichen. Die gewerkschaftlichen Ziele werden vielleicht nur manchmal und bis zu einem gewissen Grade den politischen Erwaegungen untergeordnet. Die franzoesischen Gewerkschaften, die von den Kommunisten gefuehrt werden, haben 1945 und 1946 bewusst im Interesse der allgemeinen kommunistischen Strategie der Zusammenarbeit mit anderen Parteien bei Lohnforderungen kurzgetreten. Offenbar fuerchteten die Gewerkschaften, dass Lohnbewegungen auf grosser Basis das gute Einvernehmen, das zwischen den Kommunisten und anderen Parteien bestand, trueben koennten, von denen manche sich die Interessen der Arbeitgeber zu eigen machten. Kaum wurde diese Politik aufgegeben, als die von den Kommunisten gefuehrten Gewerkschaften Lohnforderungen erhoben und einen allgemeinen Streik durchfuehrten, der von den Gewerkschaften unter der sozialistischen Fuehrung oder der Fuehrung der unpolitischen Force Ouvrière scharf bekaempft wurde.

Aehnlich kann auch die politische Philosophie in der gewerkschaftlichen Akti-

vitaet den Ausschlag geben, wenn ein gegebenes gewerkschaftliches Ziel auf verschiedene Art und Weise erreicht werden kann. Der sozialistische Gewerkschaftler wird mehr die Methoden beguenstigen bei denen die Regierung ein Wort mitspricht, ein katholischer Gewerkschaftler wird wohl die Methoden des freiwilligen Abkommens oder sogar der Selbstbeherrschung vorziehen. Die politische Philosophie kann auch den Unterschied in der gewerkschaftlichen Haltung gegenueber den privaten und den verstaatlichten Unternehmen erklaren, was anscheinend in einer Anzahl europaeischer Laender beobachtet worden ist.

Um die Haltung einer Gewerkschaft zu verstehen, ist es ueberdies nicht genug, wenn man die politische Ideologie der Bewegung oder ihrer politischen Gliederungen kennt, denn im Verlauf ihres Aufstieges von Sekten ergebener Fanatiker zu grossen Volksbewegungen haben die politischen Parteien der Arbeiter Europas die grundlegenden Zuege ihrer nationalen Kultur angenommen. Der deutsche sozialdemokratische Gewerkschaftler wird die gleiche Situation in anderer Weise auslegen wie ein englischer Gewerkschaftler, und beide werden in verschiedener Weise darauf reagieren.

Einer der wichtigsten Punkte, bei dem Ideologien - oder moeglicherweise nationale Traditionen in ideologischer Faerbung - klar die Haltung der Gewerkschaft beeinflussen, betrifft die Haltung der Gewerkschaft dem Staate gegenueber. Ich denke natuerlich hierbei an die Unterschiede in der Auffassung der amerikanischen Gewerkschaften und der "freien" Gewerkschaften in Europa darueber, ob es erwuenscht erscheint, gewisse Industrien zu verstaatlichen. Allein die Erfahrung wird einen abschliessenden Beweis dafuer fuehren koennen, ob die augenblickliche Haltung der Gewerkschaften in verstaatlichten Industrien auf die Dauer gleichmaessig verschieden sein wird von ihrer Haltung in privaten Unternehmen. Auf jeden Fall ist die Tatsache, dass irgendeine Form der Verstaatlichung das festumrissene Endziel der "freien" Gewerkschaften in den meisten kontinentalen Laendern bildet, nicht ohne Bedeutung."

Ein Unterschied zwischen den englischen und den deutschen Gewerkschaften

"Abgesehen davon schwankt die Rolle, die dem Staat innerhalb der Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zufaellt, innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft von Land zu Land bedeutend. Traditionsgemaess haben die englischen Gewerkschaften ein gewisses Widerstreben an den Tag gelegt, dem Staat zu gestatten, in demselben Masse bei der Bestimmung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken, wie viele Gewerkschaften des Kontinents seine Intervention gesucht haben. So aehnelt also die Rolle, die die Britische Regierung bei der Beilegung von industriellen Streitfragen im Frieden spielte, mehr derjenigen der amerikanischen als der der deutschen Regierung.

Es ist vielleicht von Nutzen, wenn man kurz einmal die Unterschiede in der Haltung der englischen und der deutschen Gewerkschaften beim obligatorischen Schiedsverfahren behandelt.

Waehrend des ersten Weltkrieges akzeptierten die meisten Gewerkschaften nach einem inoffiziellen Streik der Maschinenarbeiter im Clyde-Gebiet, einem der grossten Ruestungsproduktionszentren Englands, das obligatorische Schiedsverfahren, allerdings unter der Bedingung, dass diese Verpflichtung bei Beendigung des Krieges aufhoeren sollte. Die Bergleute lehnten das obligatorische Schiedsverfahren ganz und gar ab; die Techniker akzeptierten es nur, nachdem ihnen die Regierung garantiert hatte, dass die Profite der Arbeitgeber begrenzt werden sollten. Kurz darauf wurde das obligatorische Schiedsverfahren im Munitions-Gesetz mit bindender Kraft fuer den Maschinen- und Schiffsbau gesetzlich verankert. Dieses Prinzip konnte jedoch auch auf irgendwelche kriegswichtigen Industriezweige ausgedehnt werden. Trotzdem traten die Bergleute in Suedwales in den Streik und streikten

unter Nichtachtung des Gesetzes auch weiter, als die Regierung das Munitions-Gesetz auf die Kohlengebiete von Suedwales ausdehnte, und blieben in ihrem Kampf siegreich. Obwohl die meisten Gewerkschaften das Gesetz hinsichtlich des obligatorischen Verfahrens beobachteten, taten sie es doch nur sehr widerstrebend.....

Ganz anders war jedoch die Haltung der deutschen Gewerkschaften unter der Weimarer Republik gegenueber dem obligatorischen Schiedsverfahren. Das Kaiserreich hatte 1916 eine allgemeine Aushebung aller maennlichen Arbeitskraefte eingefuehrt und sogenannte "Schlichtungsausschuesse" eingesetzt, deren Entscheidungen, wenn auch nicht dem Gesetz nach, so doch in Wirklichkeit zwangsmaessig waren. Das formale obligatorische Schiedsverfahren wurde von der revolutionaeren Regierung im Januar 1919 eingefuehrt. Diese Regierung wurde von den sogenannten Mehrheitssozialisten beherrscht, mit der die meisten "freien" Gewerkschaftsfuehrer eng zusammenarbeiteten. Die Verordnung haette nicht ohne die Zustimmung der Gewerkschaften gesetzlich festgelegt werden koennen. In der Tat, alle Proteste, die aus den Reihen der Arbeiter kamen, bezogen sich mehr auf die Schwierigkeiten, Entscheidungen zu erzwingen als auf das Prinzip, waehrend die Arbeitgeber das ganze System selbst ablehnten....

Das obligatorische Schiedsverfahren wurde 1923 zu einem Teil der staendigen Gesetzgebung (zum Unterschied von den Notgesetzen), angeblich, um Kollektivabkommen festzulegen. Die Fiktion wurde so eingefuehrt, dass eine obligatorische Entscheidung ein Abkommen war, und ein Zwang war moeglich wenn eine industrielle Streitigkeit die Interessen einer einzelnen Industrie gefaehrdete - nach Ansicht des Arbeitsministers,-was in der Praxis bedeutete: sobald er es wuenschte.

Solch ein System der "autoritaeten" Lohnregelung stand im Gegensatz zu jedem Prinzip, dass die deutschen Gewerkschaften vor dem Kriege zu verteidigen vorgaben; jetzt aber, da das obligatorische Schiedsverfahren festbegrueudet war, nahmen es die Gewerkschaften - ganz im Gegensatz zu ihren englischen Kollegen - mit nur lauen Protesten auf, ja, wie Paul Umbreit, einer der Gewerkschaftsfuehrer es ausdrueckte, "bis zu einem gewissen Grade guenstig".....

Das Ausmass, bis zu welchem diese Haltung die Meinungen und Ueberzeugungen der Organisation der Arbeiterklasse widerspiegelt, kam zum Ausdruck, als Anton Erkelenz, der Fuehrer der liberalen Hirsch Dunckerschen Gewerkschaften sich gegen die "Staatsbuerokratie" wandte; seine eigenen Gewerkschaften, zu einem Bund vereint, erklaerten, dass "man auf obligatorische Entscheidungen nicht verzichten koenne."

Oktober 1929 machte sich Professor Hugo Sinzheimer, ein Sozialist und fuehrender Expert in der Arbeitsgesetzgebung ueber den Widerstand gegen das obligatorische Verfahren lustig, den er als "kollektiven Liberalismus" bezeichnete. Wenn man darauf verzichtete, dann wuerde dies bedeuten, dass man die Grundlage fuer das gesamte kollektive Arbeitsgesetz verzichtet.".....

Gesamtueberblick

"Die Gebiete und Beispiele, wie sie im Vorhergehenden behandelt und dargelegt wurden, sind jedoch nur fragmentarisch und willkuerlich ausgewaehlt. Trotzdem werden sie hoffentlich die Hauptthesen dieses Artikels wiedergeben, naemlich, dass es unmoeglich ist, eine Theorie der gewerkschaftlichen Haltung auf einer folgernden Logik und den traditionellen wirtschaftstheoretischen Voraussetzungen allein aufzubauen, und dass die gewerkschaftliche Haltung von Land zu Land ziemlichen Schwankungen unterworfen ist, selbst innerhalb der Grenzen dessen, was man gewoehnlich als westliche Zivilisation zu bezeichnen pflegt, als dass man eine Studie ueber die verschiedenen Arten der nationalen Haltung erwarten koennte.

Eine rein folgernde Theorie des Gewerkschaftswesens wuerde sich nach der Natur der Dinge allgemein anwenden lassen, wenigstens soweit freie Arbeitsmaerkte

existieren. Jedoch wird niemand, der mit den nationalen Arbeiterbewegungen zu beiden Seiten des atlantischen Ozeans vertraut ist, leugnen wollen, dass - moegen sie auch noch soviel Gemeinsames aufweisen - die Unterschiede in ihrer Haltung solcher Art sind, dass eine Prophezeiung oder ein Verstaendnis ohne Hinweis auf ihre nationalen Charakteristiken unmoeglich ist.

Die wirtschaftliche Vernunftsmaessigkeit nimmt so verschiedene Formen an oder ist den Gepflogenheiten bzw. Auffassungen der verschiedenen Gebiete unterworfen. Nur eine Kombination der Methoden der Wirtschaftstheorie mit denen der Soziologie und der modernen kulturellen Anthropologie kann Ergebnisse zeitigen, die geeignet sind, die grossen Verschiedenartigkeiten der Betaetigung der Arbeiterschaft auf weiteren Gebieten verstaendlich machen."

"The Journal of Political
Economy", Dezember 1948.

DER KAMPF DER SCHWEDISCHEN GEWERKSCHAFTEN GEGEN DEN KOMMUNISMUS

Wie der amerikanische Korrespondent W.H. Newton berichtet, werden die Kommunisten in Schweden nicht unterdrueckt, sie werden aber staendig und wirksam blossgestellt. In Schweden sind sie - wie ueberall - in den Werkstaetten aktiv und auch hier wie ueberall betreiben sie den "Kalten Krieg". Wie ueberall, so versuchen sie auch in Schweden, die Kontrolle ueber die Gewerkschaften an sich zu bringen. Aber die Schweden verfuegen ueber ein ausgezeichnet organisiertes Verteidigungssystem.

Im Moment stellt die Verteidigungsorganisation der Gewerkschaften ein Offensivprogramm dar. Diesmal ist es die kommunistische Partei, die sich in diesem Kampf um die Kontrolle ueber die Arbeiterschaft in der Defensive befindet. Sie verliert staendig an Boden.

"Heute wird in jeder Fabrik in Schweden eine aggressive Kampagne der Organisation und Schulung durchgefuehrt. Die kommunistische Proppaganda wird Satz fuer Satz zerpflueckt und widerlegt. Anstatt darauf zu warten, dass die Kommunisten ihre Propaganda gegen den Westen entfesseln, um dann lahme Verteidigungen entgegenzusetzen, wird der Angriff von den Antikommunisten gefuehrt.

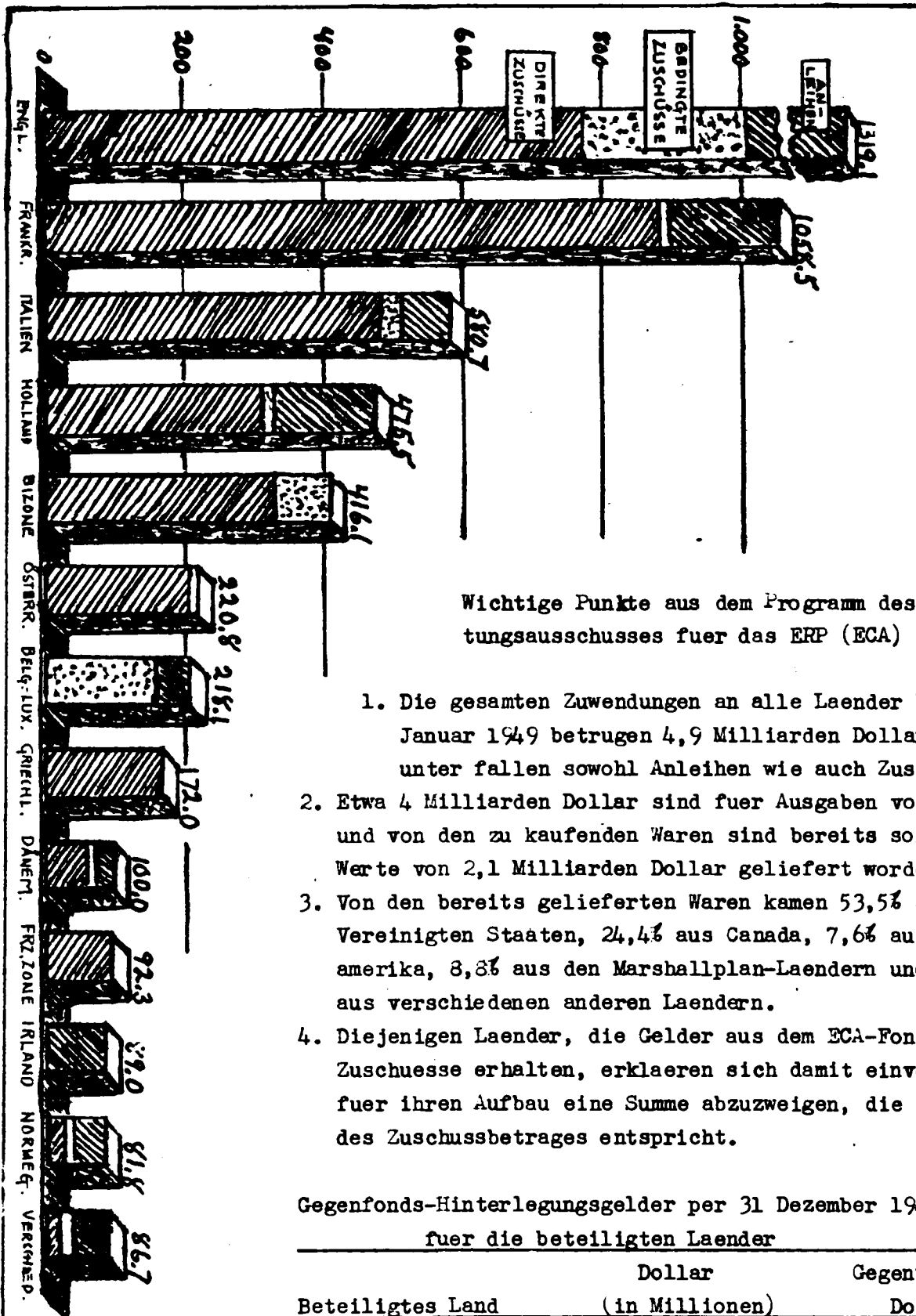
"Die Kampagne wird aber nicht in den Zeitungen ausgetragen, sondern sie wird von den Arbeitern selbst gefuehrt, die Hunderte von Flugblaettern und Broschueren herausgeben und vertreiben. Wo eine kommunistische Zelle besteht, gibt es auch eine antikommunistische. Ein Gewerkschaftsfuehrer gab dem Korrespondenten folgenden Bericht:

"Wir stossen in den Gewerkschaften auf die Kommunisten und fechten die Sache aus. Wir informieren die Arbeiter ueber das, was hinter dem "Eisernen Vorhang" vor sich geht. Wir weisen auf das System der Lohnpolitik hin, das die Kommunisten in der Tschechoslowakei eingefuehrt hatten. In jedem Monat geht von der Gewerkschaftszentrale aus ein Bericht an jede Fabrik, der die Bezeichnung "Das Argument" fuehrt. Dieser Bericht gibt Aufschluss ueber die augenblickliche Stellungnahme der Kommunistischen Partei zu verschiedenen Themen und enthaelt Angaben, mit denen man die kommunistischen Ansprueche widerlegen kann.

"Wir organisieren viele Versammlungen und fordern die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften zu Debatten heraus. Hinterher entspinnen sich dann Unterhaltungen unter den Arbeitern, wobei sie die Kommunisten dann fragen, warum sie keine Antwort geben konnten. Wir warten nicht darauf, bis die Kommunisten den Kampf an uns herantragen. Wir tragen ihn selbst an sie heran. Und wir siegen."

"Overseas American News Service"

24. Maerz 1949



Wichtige Punkte aus dem Programm des Verwaltungsausschusses fuer das ERP (ECA)

1. Die gesamten Zuwendungen an alle Laender bis 10. Januar 1949 betragen 4,9 Milliarden Dollar. Darunter fallen sowohl Anleihen wie auch Zuschuesse.
2. Etwa 4 Milliarden Dollar sind fuer Ausgaben vorgesehen, und von den zu kaufenden Waren sind bereits solche im Werte von 2,1 Milliarden Dollar geliefert worden.
3. Von den bereits gelieferten Waren kamen 53,5% aus den Vereinigten Staaten, 24,4% aus Canada, 7,6% aus Lateinamerika, 8,8% aus den Marshallplan-Laendern und 5,7% aus verschiedenen anderen Laendern.
4. Diejenigen Laender, die Gelder aus dem ECA-Fonds als Zuschuesse erhalten, erklaren sich damit einverstanden, fuer ihren Aufbau eine Summe abzuzweigen, die der Hoehe des Zuschussbetrages entspricht.

Gegenfonds-Hinterlegungsgelder per 31 Dezember 1948 fuer die beteiligten Laender

Beteiligtes Land	Dollar (in Millionen)	Gegenwert in Dollar
Frankreich	368	90 Milliarden Francs
Grossbritannien	362	90 Millionen Pfund
Italien	109	63 Milliarden Lire
Niederlande	71	189 Millionen Gulden
Oesterreich	67	674 Millionen Schilling
Bizone (Deutschland)	54	108 Millionen Mark
Griechenland	52	515 Milliarden Drachmen
Norwegen	30	147 Millionen Kronen
Daenemark	28	135 Millionen Kronen
Andere Laender	18	-----

Bericht des Oeffentlichen Beratenden Ausschusses des ECA, 31. Dezember 1948

DIE DEUTSCHEN, DIE AMERIKA BESUCHEN WERDEN

Allen Lesern der "Internationalen Arbeitsmitteilungen" ist der Plan der Militaerregierung bekannt, wonach deutsche leitende Persoenlichkeiten auf verschiedenen Gebieten fuer 60 bis 90 Tage zu Studien- und Beobachtungszwecken nach den Vereinigten Staaten geschickt werden. Auf Grund dieses Programms wird die Manpower Division der Amerikanischen Militaerregierung 80 Deutsche schicken, d.h. etwa 65 als Vertreter der Gewerkschaften und den Rest aus den Arbeitsministerien und als Vertreter der Arbeitgeber aus der Industrie.

Es ist ebenfalls bekannt, dass die Deutschen aus ihren eigenen Kreisen hierfuer ausgesucht werden, und zwar innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeitsministerien und der Arbeitgeber-Verbaende. Die Manpower Division sieht es als gegeben an, dass diese Organisationen ihre Auswahl verantwortlich treffen werden.

Warum soll nun 80 Deutschen aus dem Gewerkschafts- und Arbeitswesen diese Gelegenheit geboten werden. Etwa die gleiche Anzahl soll wahrscheinlich naechstes Jahr fahren. Es besteht nicht etwa die Absicht, ihnen eine kostenlose Reise zukommen zu lassen oder sie fuer etwas zu belohnen. Es ist auch nicht beabsichtigt, dass sie sich nun mit der amerikanischen Auffassung von der Demokratie vollstopfen und dass fuer alles, was amerikanisch ist, Propaganda machen.

Im Gegenteil. Diese Deutschen gehen als Vertreter ihrer Organisationen und Abteilungen nach Amerika. Sie reisen nicht zum Vergnuegen, sondern um zu arbeiten. Es wird ihnen Gelegenheit gegeben, die Vereinigten Staaten zu besuchen, um alles sehen und hoeren zu koennen. Sie koennen Fragen stellen, soviel sie wollen. Es wird ihnen keine Tuer verschlossen bleiben. Sie koennen sich somit selbst ein Bild von allem machen.

Es ist anzunehmen, dass die fuer diese Amerikareisen ausgewaehlten Maenner und Frauen Menschen sind, die die Faehigkeit haben, Beobachtungen zu machen, Menschen, die eine gewisse Schulung und Erfahrung haben, so dass sie in der Lage sind, Fragen zu stellen. Es ist auch anzunehmen, dass es sich hierbei um Menschen handelt, die schwer arbeiten werden, sobald sie in den Vereinigten Staaten sind, und die ihre Beobachtungen schriftlich niederlegen. Man erwartet, dass sie dann in der Lage sind, nach ihrer Rueckkehr in Deutschland einen informatorischen Bericht abzufassen.

Die Manpower Division bittet alle Deutschen, die auf Grund dieses Plans nach Amerika fahren, Berichte zu schreiben, so dass ihre Organisationen und Abteilungen aus diesen Besuchen Nutzen ziehen koennen. Diese Berichte werden aber wertlos sein, wenn sie nicht gruendlich und systematisch vorbereitet sind.

In den 60 Tagen werden diese Deutschen Experten nicht genug Zeit haben, um alles das zu sehen und zu erfahren, was sich auf ihr besonderes Interessengebiet erstreckt. Aus diesem Grunde hat die Manpower Division bei den Gewerkschaftsbuenden und den Arbeitsministerien angeregt, Plaene ausarbeiten zu lassen. In diesen Plaenan sollen sie angeben, welche Fragen von ihren Vertretern, die die Vereinigten Staaten besuchen, studiert werden sollen. Danach sollen sie die Persoenlichkeiten aussuchen, von denen anzunehmen ist, dass sie diese Aufgabe erfolgreich loesen.

Ausserdem muessen die Deutschen, die die Vereinigten Staaten als Vertreter des Arbeitswesens bereisen, damit rechnen, dass ihnen viele Fragen ueber deutsche Probleme vorgelegt werden, besonders ueber Probleme, die ihre eigenen Organisationen angehen. Wenn jemand aber von seiner Gewerkschaft dazu ausersehen ist, die Arbeiterbildung und die Schulung der Gewerkschaftsfuehrer in den Vereinigten Staaten zu studieren, dann muss man voraussetzen, dass er auf diesem Gebiete auch in Deutschland gut Bescheid weiss. Dasselbe trifft auch fuer die anderen Teilnehmer zu, die hinueberfahren, um andere Spezialprobleme zu studieren.

Die Deutschen, die aus Arbeit und Industrie nach Amerika reisen, scheinen obigen Anforderungen zu entsprechen. Nach ihrer Rueckkehr koennen sie sich dann bei der Planung des Austausch-Programms fuer das naechste Jahr als nuetzlich erweisen.

POLITISCHE AKTIVITAET EINES STAATLICHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Nachstehender Artikel ist ein Bericht ueber die Taetigkeit eines der Gewerkschaftsbuende der AFL in einem amerikanischen Staate. Diese Taetigkeit erstreckt sich auf die Arbeit der Gewerkschaften bei der 1949er Sitzungsperiode der gesetzgebenden Koerperschaft des Staates Idaho.

"Der Gewerkschaftsbund von Idaho berichtet, "dass, alles in allem, die Arbeiterschaft die beste Sitzungsperiode der regierenden Koerperschaft in der Geschichte unseres Staates erlebte." Die Legislative in Idaho fuer 1949 hat 6 arbeiterfeindliche Gesetzentwuerfe zu Fall gebracht, von denen einer ein Abklatsch des Taft-Hartley-Gesetzes war. Dies geschah auf die Forderung der organisierten Arbeiterschaft hin.

"Ausserdem gelang es der Arbeiterschaft, eine staatliche Arbeitskommission ins Leben zu rufen, ferner ein staatliches Anti-Silikose-Gesetz zum Schutze der Bergleute zu verbessern, sowie die Unterstuetzungen zur Entschaedigung der Arbeiter um 30% zu erhoehen. In Idaho hat die Arbeiterschaft festgestellt, dass eine energische politische Taetigkeit wirklich Zinsen traegt - und die Arbeiterschaft im Staate Idaho hatte wirklich mit die haertesten Kaempfe in der 1948 Kampagne auszustehen."

League Reporter of Labor's League for Political Education "AFL"
21. Maerz 1949.

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessent/en direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmittellungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 9

Berlin, 22. April 1949

SIE ENTFLOHEN DER SKLAVEREI IM URANBERGWERK

"Ohne dass man ihm auch nur einen Augenblick Zeit gegoennt haette, von seiner Familie Abschied zu nehmen oder seine Sachen zu packen, wurde ein junger Deutscher von einem Polizisten von seiner Arbeitsstelle abgeholt, zum Arbeitsamt gebracht, aertzlich untersucht und in einen Zug gesteckt, der nach Joachimsthal zu den Uranbergwerken fuhr.

"Dort wurde er Beamten der Sowjetischen Militaerverwaltung uebergeben und nochmals aertzlich untersucht. Sehr sorgfaeltig war die Untersuchung nicht - von den 400 Mann, die man mit ihm zusammen per Bahn hierhergebracht hatte, wurde nur einer zurueckgestellt, ein junger Mann, der nur einen Arm hatte, wurde ebenfalls zur Arbeit eingeteilt.

Obwohl er es riskierte, fuer einen Fluchtversuch mit Zwangsarbeit und bei seiner Wiederfestnahme mit 6 Monaten Gefaengnis bestraft zu werden, entwischte er den Wachtposten und gelangte in die Britische Zone. Hier erholte er sich in einem Hospitallager in der Naeh von Hannover von seinen Leiden, als die englische Gewerkschaftsdelegation, Mr. James Bowman und Mr. Robert Willis, die nach Deutschland gekommen waren, sich zu ihm fuehren liessen, um sich seine Geschichte anzuhoeren.

Das Lager war voll von solchen Fluechtlingen - junge Maenner und Maedchen unter zwanzig und etwas aelter, die aus der Sowjetzone geflohen waren, weil alle jungen Leute im Alter von 18 und 25 Jahren auf Anordnung der Sowjetischen Militaerverwaltung gezwungen werden sollten, in den Schaechten zu arbeiten.

"Einmal waehrend der Unterhaltung mit ihnen wurden die jungen Leute unruhig, weil sie vielleicht vermuteten, dass unsere Fragen den Zweck haben koennten, ihre Auslieferung an die Ostzone vorzuschlagen oder vorzubereiten. Wir zerstreuten aber ihre Befuerchtungen, die ehrlich und spontan waren," aeusserten sich Mr. Bowman und Mr. Willis in ihrem Bericht an den Britischen Gewerkschaftsbund.

Ein zartes, schwaches Maedchen war Friseurlehrling gewesen, bis sie im Juli 1948, sobald sie 18 Jahre alt geworden war, ihre Einberufungspapiere bekam. Sie erzaehlte den englischen Gewerkschaftlern, dass man ihr 3 Tage Zeit gegeben haette, alle Vorbereitungen zu treffen.

Mit einem in russischer Sprache ausgefertigten Pass, der nur fuer ein eng begrenztes Gebiet Gueltigkeit hatte und der anstelle ihrer deutschen Ausweispapiere galt, arbeitete sie ueber 2 Monate unter Tage, indem sie Steine schleppte und schwere Karren zu schieben hatte, wobei sie von Russen und Polen ueberwacht wurde.

Fuer die Deutschen, die aus dem Westen oder aus Kriegsgefangenenlagern zurueckkehrten, war die Arbeit in den Uranbergwerken die einzige Taetigkeit, die von den Behoerden der Ostzone sanktioniert wurde.

Die Lebensmittelkarten fuer diese zwangsausgehobenen Bergarbeiter wurden nur fuer Zeitraeume von 10 Tagen ausgegeben, sagten die Fluechtlingen, und die Rationen waren niedrig. Diese Tatsache wie auch der Mangel an Entlueftung und Schutzmassnahmen gegen Unfaelle waren der Grund fuer hohe Unfallziffern, fuer Hautkrankheiten und andere Leiden.

Desertionen, Krankheit und Unfaelle forderten staendig ihren Tribut von der Sklavenarbeiterbelegschaft in den Uranbergwerken. Ein Fluechtling erzaehte der englischen Delegation, dass, wenn zu Anfang der Woche 100 Maenner und Frauen ihre Arbeit aufnahmen, gegen Wochenende nur noch 80 - manchmal auch nur noch 50 Leute arbeiteten."

"Labour" Maerz 1949.

DIE SKLAVENARBEIT IN RUSSLAND UND DIE SOWJETSATELLITEN

Die Untersuchungskommission fuer Sklavenarbeit ist eine Organisation, die in den Vereinigten Staaten gebildet wurde, um Informationsmaterial aus den Berichten ueber Sklavenarbeit in den Konzentrationslagern zu sammeln, die von den kommunistisch gelenkten Laendern hinter dem "Eisernen Vorhang" oder sonst in der Welt aufrechterhalten werden. Am 22. Maerz veroeffentlichte die Kommission eine Erklaerung ueber ihre vorlaeufigen Untersuchungsergebnisse. Wir zitieren daraus wie folgt:

"Die Zwangsarbeit, wie sie in der Sowjetunion und den Satellitenstaaten existiert, kann nicht mit der Ausbeutung verglichen werden, wie sie irgendwo anders durchgefuehrt wird.

Erstens wird die Zwangsarbeit in der Sowjetunion und den Satellitenstaaten vom Staate selbst eingefuehrt und geleitet,

Zweitens hat sie mit der strategischen wirtschaftlichen Entwicklung und Produktion zu tun,

Drittens ist die Stelle, die fuer ihre Durchfuehrung verantwortlich ist, eine interne geheime Polizeistelle, eine Terroreinrichtung,

Viertens rechtfertigen es die Arbeitsbedingungen, die mangelnde Bezahlung und die hohe Sterblichkeitsziffer in den Lagern nicht, wenn sie als "erzieherische Strafreform" bezeichnet wird,

Fuenftens ist es klar, dass, obwohl dieses System zunaechst als Strafmassnahme gegen verdaechtigte oder wirkliche politische Gegner des Sowjetregimes gedacht war, es sich rasch zu einem wesentlichen Bestandteil der Sowjetwirtschaft und der Fuenfjahres-Plaene entwickelt hat und jetzt zu einem lebenswichtigen wirtschaftlichen Bollwerk des Sowjetsstaates geworden ist.

"Sklaverei jeglicher Art ist unhaltbar, aber es gibt Abstufungen von Sklaverei, und auf quantitativer wie auch auf qualitativer Basis gibt es kein System das dem gleichkaeme, wie es in den Zwangsarbeiterlagern der Sowjetunion existiert. Eines der fuerchterlichen Merkmale dieser Sklaverei ist, dass sie im Namen der "Volksdemokratie", der "Freiheit" und des "Sozialismus" in Erscheinung tritt. Unter diesem Sowjetsystem haben die Worte ihre Bedeutung verloren, und ein moralischer Idealismus ist zynisch dazu benutzt worden, um ein System der Erniedrigung und der Entmenschlichung zu bemaenten, dem nur das der Nazis kuerzlichen Gedenkens gleichkommt."

Zu den Mitgliedern der Kommission gehoeren einige der hervorragendsten

liberalen Fuehrer in den Vereinigten Staaten, die alle ihrer aufrichtigen und anstaendigen Gesinnung wegen bekannt sind. Zu ihren Mitgliedern zaehlen 3 Universitaetsprofessoren, 5 Arbeiterfuehrer und 6 Rechtsanwaelte, die auf dem Gebiete des Arbeitswesens eine prominente Rolle spielen, ferner 3 Geistliche, ein Geschaeftsmann, ein beratender Ingenieur und ein prominenter Fuehrer der Sozialistenpartei.

Die Kommission bittet alle freien Maenner und alle diejenigen, in der Welt, die die Freiheit lieben, ihr Berichte und Informationen, die sie ueber Zwangsarbeit abgeben koennen, zukommen zu lassen. Diese Berichte muessen sehr sorgfaeltig abgefasst sein und muessen Tatsachen enthalten ueber den Zeitpunkt, den Ort und die Verhaeltnisse, die man aus der Erfahrung kennen gelernt hat; sie koennen in jeder beliebigen Sprache abgefasst sein, und sind zu richten an:

Commission of Inquiry
112 East - 19th Street,
New York 3, New York
U.S.A.

VIER SCHWIERIGKEITEN IM SCHIEDSVERFAHREN ZWISCHEN ARBEIT- NEHMER UND ARBEITGEBER

Harold W. Davey, eine Autoritaet auf diesem Gebiet, hat auf 4 Moeglichkeiten oder Schwierigkeiten hingewiesen, die sich fuer ein erfolgreiches Schiedsverfahren unguenstig auswirken koennen. Mit Schiedsverfahren ist hier der Fall gemeint, in dem eine neutrale oder dritte Partei eingeschaltet wird, um Streitfaelle zwischen der Arbeiterschaft und den Arbeitgebern zu schlichten. Gewoehnlich ist der Schlichter fuer beide Teile taetig und erhaelt die Haelfte seiner Bezahlung sowohl vom Arbeitgeber wie auch vom Verband. Sobald Differenzen entstehen, hoert sich der Schlichter die Argumente des Arbeitgebers sowohl wie auch die der Gewerkschaft an und trifft danach seine Entscheidung. Es handelt sich hierbei um eine schwierige Taetigkeit. Aber die Aufgabe des Schlichters kann sich noch schwieriger gestalten und seine Taetigkeit kann sich noch weniger nutzbringend auswirken, wenn seine Arbeit nicht richtig ausgewertet wird, z.B.:

1. Die Nuetzlichkeit des Schlichters wird zunichte gemacht, wenn er nicht von beiden Seiten als unparteiisch angesehen wird. Seine Aufgabe besteht nicht darin, zu "vermitteln," um eine der beiden Seiten dazu zu bewegen, der anderen gegenueber nachzugeben. Die Vermittlung ist eine politische Funktion, eine Art der Beschwichtigung, der Aussoehnung bzw. des Vergleichs der sich bekaempfenden Parteien. Er spielt eine "richterliche" Rolle.
2. Die Nuetzlichkeit des Schiedsverfahrens wird innerhalb der Arbeitsbeziehungen zunichte gemacht, wenn sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber darueber nicht klar sind, welcher Art die Probleme sind, ueber die entschieden werden soll und welche Fragen durch Kollektivverhandlungen geloest werden sollen. Das Schiedsverfahren kann seine Bedeutung verlieren, wenn eine von beiden Seiten viele Probleme von untergeordneter Bedeutung vor den Schlichter bringt.
3. Die Nuetzlichkeit des Schlichtungsverfahrens kann zunichte gemacht werden, wenn es entweder vom Arbeitgeber oder von der Gewerkschaft dazu benutzt wird, um, "den Schein zu wahren." Wenn sich eine der beiden Parteien in einem Streitfall des Schiedsverfahrens bedient, um aus einer schwierigen Lage zu kommen, dann wird mehr als wahrscheinlich das Ergebnis sein, dass die verstossende Partei spaeter dem Schlichter den Vorwurf macht, eine falsche Entscheidung getroffen zu haben.

4. Die Nuetzlichkeit des Schlichtungsverfahrens wird zunichte gemacht, wenn es als Ersatz fuer ein Kollektivverfahren benutzt wird. Es muss stets eine Ergaenzung des Kollektivverfahrens sein. Das Schiedsverfahren ist aeusserst nuetzlich bei Streitfaellen, in denen Angelegenheiten behandelt werden, die nicht unter das Arbeitsabkommen fallen. Die Entscheidung des Schlichters kann die Grundlage fuer weitere Verhandlungen bilden und kann evtl. beipaeteren Vertraegen mit aufgenommen werden. Er ist ein Richter, ein privates Gericht, das von der Industrie gestuetzt wird und seine Funktionen bestehen darin, dazu beizutragen, dass in der Industrie Frieden herrscht. Obwohl er von beiden Seiten bezahlt wird, vertritt er doch keine von ihnen.

"Industrial and Labor Relations Review" April 48

NEUES WOHNUNGSBAU-PROJECT FUEER FRANZOESISCHE GEWERKSCHAFTLER

Nach Angaben des Herausgebers des woechentlichen Nachrichtendienstes der AFL sind gewisse Gewerkschaften in Frankreich entschlossen, etwas zu unternehmen, um den Wohnungsmangel zu steuern, der ein betruerbliches Problem fuer die gesamte Arbeiterschaft dieses Landes darstellt. Miller, der unlengst eine Reise durch mehrere Marshallplan-Laender unternommen hat, beschreibt im folgenden Artikel ein genossenschaftliches Wohnungsbauprojekt, das er in der Stadt Roubaix kennengelernt hat.

"Durch die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dieser nordfranzoesischen Stadt sind neue moderne Wohnungen fuer die Arbeiter nach einem Plan zum Bau vorgesehen, der fuer den Beobachter ein ueberragendes Bild bietet gegenueber den duestern trostlosen Wohnungsverhaeltnissen des Landes.

Bis heute sind bereits etwa 200 Wohnkomplexe bezogen, 800 befinden sich noch im Bau und weitere 40 werden in Angriff genommen, sobald die Witterungsverhaeltnisse es zulassen.

Die Komplexe bestehen aus 2 grundlegenden Arten oder Typen, einer Art Gebaeude mit Mietwohnungen und Mehrfamilienheimen. Sie tragen modernen baulichen Charakter, sind fest und solide gebaut und haben im Durchschnitt 4 Zimmer mit Bad. Sie sind in ansprechender Weise auf weiten Landstrecken errichtet und liegen hell und luftig, so dass jede Familie genuegend Platz hat, um sich auch im Freien aufhalten zu koennen.

Dieses Bauprojekt kann man sehr gut mit aehnlichen Entwicklungserscheinungen in den Vereinigten Staaten vergleichen. Fuer Frankreich bedeutet es jedoch einen grossen Vorteil gegenueber der Mehrzahl der Wohnviertel der Arbeiter. Der Einbau von Zentralheizung und Bad fuer jede Familie wird hier noch als Luxus angesehen. In den alten Teilen der Stadt, wo die Masse der arbeitenden Bevoelkerung wohnt, ist es nicht ungewoehnlich, dass fuer mehrere Familien nur eine Aussentoilette besteht, die von ihnen gemeinsam benutzt wird. Moderne Heizungsмоeglichkeiten sind der Mehrzahl dieser Familien unbekannt. Die Haeuser sind zu einer einzigen Mauerwand zusammengedraengt und haben nur niedrige Eingaenge. Gelegentlich fuehrt einmal ein niedriger Torbogen zu einem kleinen Hofgarten im Hinterhause, der einer Gruppe Familie als einziger Platz dient, um sich im Freien aufzuhalten.

Moderne Haeuser fuer moderne Arbeiter

Dieses Wunder auf dem Gebiete des Haeuserbaus ist das Ergebnis gemeinschaftlicher Bemuehungen seitens eines Arbeitgeberverbandes und zweier demokratischen Gewerkschaftsverbaende. Vorbereitende Plaene fuer dieses Projekt wurden bereits waehrend des Krieges ausgearbeitet, als Frankreich noch von den Deutschen besetzt war. Nach der Befreiung des Gebiets durch die alliierten Truppen errichteten die Organisationen gemeinsam eine separate Stelle, die als Berufsausschuss fuer das

Wohnungs-Bauwesen bekannt wurde, und dem die Durchfuehrung uebertragen wurde. Der Vorsitzende des Ausschusses ist ein Arbeitgeber, waehrend der Posten des Schatzmeisters von einem Gewerkschaftsvertreter bekleidet wird. Der Leiter der Bauvorhaben fuer die Gruppen ist ein bezahltes Ausschussmitglied, der Erfahrung auf dem Gebiete des Wohnungswesens hat.

Die Kosten des Projekts werden teilweise durch Beitraege oder Zuschuesse der Arbeitgeber finanziert, die 2% vom Gesamtbetrag der Lohnlisten ausmachen. Weitere Summen werden fuer die Dauer von 50 Jahren von der franzoesischen Regierung entliehen.

Die Zuweisung der neuen Wohnungen an die Familien erfolgt von einem Sonderausschuss, der sich aus Vertretern der Arbeiterschaft und des Unternehmertums zusammensetzt. Die Wohnungsmiete betraegt 2.000 Francs oder etwa \$6.25 pro Monat. Das sind ungefaehr 10% des Einkommens eines franzoesischen Arbeiters mit 2 Kindern. Es werden Vorkehrungen getroffen, denen zufolge ein Arbeiter dieses Heim kaeuflich erwerben kann, sobald er dazu in der Lage ist, Falls ein Arbeiter seine Taetigkeit bei einer Firma, die der Vereinigung angehoert und zu dem Projekt beigesteuert hat, aufgibt, ist er nicht gezwungen, seine Wohnung aufzugeben."

Die Mieten und das franzoesische Mietgesetz

Das endgueltige Ziel des Wohnungsausschusses besteht in der Errichtung von 15.000 Wohneinheiten innerhalb eines Zeitraums von 15. bis 20 Jahren. Man schätzt, dass dadurch etwa 15% der bestehenden Wohnviertel in dem Gebiet ersetzt werden. Fuer den amerikanischen Arbeiter mag die monatliche Miete von \$6.25 fuer modernes Wohnen so niedrig erscheinen, dass es fast absurd klingt. In Frankreich ist dieser Betrag fast 3mal so hoch wie die Durchschnittssumme, die man im Lande an Miete bezahlt. Nach den der ECA Mission zugaenglichen Ziffern gibt der Durchschnittsarbeiter ungefaehr 3% seines Einkommens fuer Miete aus, was etwa dem gleichen Betrage entspricht, den er fuer Tabak anlegt.

Dieses Phaenomen ist auf ein strenges Mietkontrollgesetz zurueckzufuehren, das die Mieten niedrig gehalten hat, waehrend andere Lebenshaltungskosten ins Uferlose gestiegen sind. Das Gesetz findet nur auf Arbeiter Anwendung, die in denselben Wohnvierteln wohnen bleiben, die sie bezogen haben. Wenn ein Arbeiter umzieht, ist es fuer ihn fast unmoeglich, eine Wohnung zu finden, die er sich leisten kann."

"AFL Weekly News Service" 22. Februar 1949.

DAS ENDE DES AMERIKANISCHEN KOHLENSTREIKS

Ueber den Rundfunk erhalten wir die Nachricht, dass der Streik der amerikanischen Kohlenarbeiter am 27. Maerz beendet wird. Die Arbeitseinstellung war offiziell nicht als Streik bekannt, sondern als "Gedenkurlaub" von zwei Wochen, als Trauerperiode fuer die Bergleute die im Laufe des Jahres 1948 in den Schachten bei der Arbeit ihr Leben gelassen haben.

Es ist auch der Vorwurf erhoben worden, dass John L. Lewis, der Praesident des Bergarbeiterverbandes aus politischen Gruenden zum Streik aufgerufen hat. Es war bekannt, dass sich Lewis der Ernennung von Dr. James Boyd zum Direktor des amerikanischen Bergbau-Amtes widersetzt hatte. Er hatte wohl gefordert, dass ein Bergarbeiter ernannt wird. Boyd war Praesident der Maschinenbau-Schule. Er wird die Verantwortung fuer die Sicherheitsmassnahmen in allen Zweigen des Bergbaus wie auch im Kohlenbergbau uebernehmen. Bereits vor zwei Jahren war er fuer diesen Posten ausersehen worden; seine Ernennung ist jedoch aus verschiedenen Gruenden vom amerikanischen Senat nicht bestaetigt worden. Waehrend des groessten Teils dieser Zeit hat er ohne Gehalt gearbeitet. Die ganze Zeit ueber wurde er von Lewis bekaempft, der Praesident weigerte sich aber, nachzugeben. Jetzt, da

sich der Senat mit der Bestaetigung oder Ablehnung von Dr. Boyd befassen sollte, versuchte Lewis angeblich, mit Hilfe des Streiks den Senat zu zwingen, die Ernennung abzulehnen.

Am 22. Maerz nahm der Senat die Herausforderung an. Die Ernennung Dr. Boyds wurde mit 50 gegen 11 Stimmen bestaetigt. Drei Tage spaeter rief Lewis die Kohlenarbeiter auf, ihren "Gedenkurlaub" zu beenden.

Die Zeitschrift "The Wallstreet Journal" und gewisse andere Zeitungen haben die Oeffentlichkeit daran erinnert, dass der zweiwoechige Urlaub wichtige wirtschaftliche Gruende hat. Die Kohlenfoerderung in den Vereinigten Staaten liegt bei weitem hoeher als die Nachfrage. Viele Zechen haben kurzgearbeitet. Manche wurden zeitweilig geschlossen. Die Bergwerksgesellschaften sind ueber den Stillstand nicht boese. Es ist aber auch bekannt, dass der Bergarbeiterverband in diesem Fruehjahr keine zu grossen Kohlenvorraete sehen moechte, wenn die Gewerkschaft und die Arbeitgeber die Verhandlungen ueber ihren Kontakt aufnehmen. Ein Kohlenmangel zu diesem Zeitpunkt wuerde sich dann zugunsten des Verbandes der Vereinigten Bergarbeiter auswirken.

Was die Frage der Sicherheit in den Kohlengruben betrifft, wo 470.000 Arbeiter beschaeftigt sind, so geht aus Berichten des Bergbau Amtes hervor, dass die Unfallquote im Jahre 1948 niedriger war als jemals in irgendeinem Jahr seit 1930, als dieses Amt errichtet wurde. Im Jahre 1930 betrug die Zahl der Arbeiter, die in den Kohlengruben ihr Leben verloren, 2.063, 1948 waren es 1.010, waehrend die Zahl der im Jahre 1947 umgekommenen Bergleute 1.158 betrug.

"New York Times" 23, Maerz 1949.

"Overseas American News Service" 24. Maerz 1949.

DIE UNGARISCHEN BAUERN MUESSEN TUN, WAS MAN IHNEN SAGT

Bei den Bauern war das immer so. Einer hat stets ueber sie geherrscht. Unter einer bedrueckenden Gesetzgebung haben sie aber stets Existenzmoeglichkeit gehabt und haben viele Kniffe gelernt, das Gesetz zu umgehen. In Ungarn sind sie jedoch unter eine neue Art von Kontrolle gestellt worden, naemlich die der "Volksdemokratie". Wie ein amerikanischer Korrespondent in Wien schreibt, machen sich die ungarischen Bauern nicht viel aus dem kommunistischen Plan fuer ein kollektives Paradies. Sie ziehen immer noch die fruehere Art und Weise vor und wollen nicht freiwillig "mit den Kooperativen zusammenarbeiten."

Solch ein Gesetz ist erlassen worden!

"Die ungarische Regierung hat neue Richtlinien "fuer den Schutz der Bauernkooperativen" erlassen. Diese sehen Strafen von 2 Jahren bis lebenslaenglich sowie den Verlust der Buergerrechte vor. Strafen von 2 bis zu 10 Jahren Gefaengnis werden denjenigen zudiktiert, die:

- "1. die Errichtung von Bauernkooperativen behindern,
- "2. ihre Taetigkeit und Arbeit behindern,
- "3. ihr staendiges Bestehen durch Aufhetzen oder Verleumdung gefaehrden,
- "4. andere davon abbringen, sich den Kooperativen anzuschliessen oder
- "5. die Mitglieder der Kooperativen oder ihre Familien laecherlich machen.

"Diejenigen, die Eigentum landwirtschaftlicher Kooperativen veraeussern oder ihnen durch Raub, Erpressung, Veruntreuung, Unterschlagung, Sabotage oder Brandstiftung Schaden zufuegen, werden zu lebenslaenglicher Gefaengnisstrafe und zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens verurteilt.

Warum nun solch ein drastisches Gesetz.

Die Gruende fuer eine solche Massnahme kann man einer Rede entnehmen, die Matyas Rakosi, der stellvertretende Ministerpraesident und Fuehrer der kommunistischen Partei, hielt.

tischen Partei, Anfang Maerz gehalten hat. Er sagte: "Es zeigen sich heute ernste Maengel in der Durchfuehrung unserer Bauernpolitik. Unsere Befehle, die darauf abgestellt sind, den mittleren Bauernstand fuer uns zu gewinnen, werden oft durch die Nachlaessigkeit unserer zuverlaessigen Anhaenger, naemlich der armen Bauern, falsch ausgelegt. Als Ergebnis zeigt sich, dass sich die armen Bauern zurueckziehen und sich passiv verhalten, was natuerlich wiederum den Interessen der Kulaken, also der wohlhabenden Bauern, diene. Ein anderer ernster Mangel zeigt sich in der Tatsache, dass unsere Organisationen in den meisten Orten keinen Unterschied zwischen den mittleren Bauern und den Kulaken machen.

"Im allgemeinen sehen wir diejenigen als Kulaken an, die mehr als 25 Joch Landes (etwas mehr als 25 acres oder etwa 10 ha) besitzen, aber unsere Genossen in den Doerfern betrachten diejenigen schon als Kulaken, die mehr als 15 Joch besitzen.

Beschraenkung der widerspenstigen Kulaken

"Es ist daher nicht zu verwundern, dass sich die Kulaken trotz der Beschraenkungen, die ihnen von der Volksdemokratie auferlegt werden, zusammenschliessen, und es ist auch kein Wunder, dass sie zum Angriff uebergehen. All dies ist das Ergebnis einer falschen Politik, die in manchen Orten getrieben wird. Ueberall haben wir erfahren, dass die den Bauern auferlegten Beschraenkungen bei den Kulaken gar keinen Zweck haben. Sie bereichern sich nach wie vor.

"Die Kommunisten muessen verstehen, warum die Bauern die Kooperativen fuerchten. Stalin selbst hat darauf hingewiesen, dass diese Furcht natuerlich ist, weil das Volk hunderte von Jahren nach der alten Weise gelebt hat, d.h. es wurde von den Kulaken und den Grundbesitzern ausgebeutet."

"New York Times" 24. Maerz 1949

KANADISCHE GEWERKSCHAFTEN MACHEN SICH SORGE UEBER DIE DEPRESSION

"Der Kanadische Gewerkschaftsbund (CCL), der 350.000 Mitglieder hat, brachte heute zum Ausdruck, dass die Beschaeftigungslosigkeit ein schwerer Schlag fuer Kanada bedeute und forderte die Regierung auf, ein erweitertes Programm fuer oeffentliche Bauprojekte auszuarbeiten. In ihrem jaehrlichen Bericht an das Bundes-Kabinett bat der CCL zusammen mit der anderen grossen Arbeiterorganisation Kanadas, den Arbeiter- und Gewerkschafts-Bund (TLC) der 400.000 Mitglieder zuehlt und der amerikanischen AFL angeschlossen ist, die Regierung um die Ausarbeitung eines Programms fuer eine allumfassende Sozialversicherung, fuer ein grossangelegtes Wohnungsbauprojekt sowie um Massnahmen gegen die Inflation durch Preis-kontrollen und Zuschuesse."

"New York Times" 26. Maerz 1949

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN VERSCHLEIBEN FORDERUNGEN AUF LOHNERHOEHUNGEN

Die amerikanischen Textilgewerkschaften, sowohl der AFL als auch der CIO, die insgesamt 200.000 Textilarbeiter vertreten, haben vor kurzem in 3 Faellen Schieds-sprueche akzeptiert. Die Entscheidungen ihre Forderungen auf derzeitige Lohner-hoehungen waren unguenstig ausgefallen. Die Gewerkschaften akzeptierten zwar die Schiedssprueche, wiesen aber darauf hin, dass sie innerhalb 6 Monaten erneut Forderungen auf Lohnerhoehungen stellen wuerden.

Auch in der Schuhindustrie akzeptierte die Gewerkschaft, die 25.000 Arbeiter vertritt, die Schiedsrichterliche Entscheidung, die dahinging, dass zur Zeit eine Forderung auf Lohnerhoehung nicht berechtigt sei. In diesem Falle hat die Gewerk-schaft mit der Industrie ein Abkommen getroffen, wonach automatisch eine Lohner-

hoehung eintreten soll, sobald der Lebenshaltungsindex steigt, dass aber die Loehne beim Fallen des Indexes entsprechend gesenkt werden sollen. Auf dieser Basis sind den Schuharbeitern 3 Cents pro Stunde abgezogen worden. Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Wochen in den Vereinigten Staaten gesunken.

In diesen Industriezeigen haben die Gewerkschaften und die betreffenden Industrien ausgedehnten Gebrauch von der Einrichtung des Schiedsverfahrens gemacht, um Differenzen beizulegen, die sich ergeben. Diese Schiedsmaenner haben eine richterliche Funktion. Sie werden gewoehnlich sowohl von der Gewerkschaft als auch von den Industrien bezahlt. Dies ist ein Beispiel dafuer, dass es den anerkannten Gewerkschaften und den Arbeitgebern gelungen ist, wirksame Mittel und Wege zu finden, um ihre Differenzen aus der Welt zu schaffen.

"Newsweek" 12. Februar 1949

DIE KOMMUNISTEN IN INDIEN

Die offenen Angriffe Nehrus im Indischen Parlament gegen die Taetigkeit der Kommunisten beweist, dass die Regierung jetzt ziemlich denselben Schwierigkeiten gegenuebersteht wie im letzten Jahre General MacArthur in Japan. Wie ihre japanischen Genossen, sind die Indischen Kommunisten in eine Gewerkschaftsbewegung eingedrungen, die noch nicht festen Fuss gefasst hat und ermutigen zu Streiks, die den Zweck verfolgen, die nationale Wirtschaft in Unordnung zu stuerzen. In Indien wie in Japan haben die kommunistischen Taktiken die Behoerden gezwungen, die Arbeitsgesetze abzuaendern, um ihnen ausreichende Macht zu geben, Streiks in wichtigen Zweigen des Staatsdienstes zu verhindern.

Die Parallele zwischen Japan und Indien sollte man aber nicht zu weit ziehen. Nehru befindet sich in einer staerkeren Lage als General MacArthur, weil er sich auf die ueberwaeltigende Mehrheit der patriotischen Bevoelkerung stuetzen kann. Trotzdem ist aber die Lage in einer Hinsicht schwieriger. Nehru sieht sich lediglich den ueblichen Untergrundtaktiken der Einsickerung gegenueber, die die Kommunisten ueberall anwenden. Ausserdem hat er es mit einer besonderen Art organisierter Gewalt zu tun, die sich gegen den Staat richtet, und die in Japan nicht florie-ren kann, solange die alliierte Besatzung wirksam funktioniert.

Diese organisierte Gewalt ist das Werk der "Revolutionaeren Kommunistischen Partei", die unter vielerlei Tarnungen in verschiedenen Teilen Indiens besteht. Sie ist keineswegs eine ausschliesslich staedtische Bewegung. In manchen laendlichen Bezirken ist sie gut organisiert, z.B. im Suedosten der Dominions des Nizam (Gouverneurs), von wo sie von den indischen Militaerbehorden noch vollstaendig vertrieben werden muessen. Sie besteht auch in Bengalen, das vor kurzem den Schauplatz mancher dramatischen Ausschreitungen in Calcutta bildete, wie auch in Madras, Bombay und in den Vereinigten Provinzen. Wie die anarchistischen Bewegungen, deren direkte Nachfolgerin sie ist, bereitet sich die Organisation darauf vor, die politische Macht mit Gewalt an sich zu reiissen, doch ist ihr Programm wenig mehr als ein Vorwand zu Mord, Brandstiftung und Fluendern, sowohl fuer persoenliche Vorteile als auch zur Auffuellung der Parteigelder. Sie nennt sich zwar selbst kommunistisch, kuenmert sich aber wenig um kommunistische Disziplin. Obwohl die Regierungen Zentralindiens und der Provinzen vorbeugende Massnahmen ergriffen haben, so sehen sie die Bewegung doch als ein stoerendes Element im Hintergrund des politischen Lebens an, das immer bereit ist, die Unzufriedenheit auszunutzen.

Nehru hat seinen ganzen Einfluss gegen die Kommunisten aufgeboden. Er weiss genau, welchen Schaden eine aktive Urruhe fuer die Entwicklungsprogramme, die die Regierung plant, bedeuten wuerde, und er weiss, dass der Kommunismus nur von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten existieren und gedeihen kann, die er zu beseitigen

beabsichtigt. Niemand hat mehr Anspruch auf das Vertrauen und die Mitarbeit aller derjenigen, die fuer verbesserte Verhaeltnisse in Indien arbeiten. Die Politik, die das Parlament gebilligt hat, ist ganz eindeutig und klar umrissen. Waehrend es den Kommunisten wie anderen politischen Parteien freisteht, ihre Meinungen frei zu aeussern, ist es ihnen aber verboten, Unruhen zu foerdern oder Gewaltakte zu begehen. In seinem Entschluss, Indien vor der Unordnung zu schuetzen, die Birma und China erschuettern, ist Nehru fuer andere Laender in Suedost-Asien tonangebend und fuehrend.

"The Times Weekly Edition" London 16. Maerz 1949

WIE MAN DEN KOMMUNISTEN ANTWORTEN MUSS

Lola Kinel ist eine amerikanische Journalistin, die Russland und das russische Volk gut kennt. In einem kuerzlich veroeffentlichten Artikel ueber die kommunistische Propaganda erklarte sie, dass das Programm der amerikanischen Arbeitergewerkschaften zur Blossstellung des Kommunismus in den Vereinigten Staaten noch nicht genuege. Ein grosser Teil der kommunistischen Propaganda basiert auf Berichten ueber die angeblich idealen Verhaeltnisse in Russland. Manche Gutglaebigen kommen in Versuchung, ihnen zu glauben.

"Manche ihrer Grundargumente sind anscheinend triftig und unschlagbar. Sie sind darauf abgestellt, an Ihren Sinn fuer ehrliches und anstaendiges Denken, an Ihren Liberalismus und an Ihren humanitaeren Instinkt zu appellieren. Sie sind aber auf halben Wahrheiten oder vollkommenen Luegen begruendet; sie sind irrefuehrend und fuehren zu falschen Schluessen. Ob nun jemand, der Sie zu ueberzeugen versucht bewusst luegt oder ehrlich davon ueberzeugt ist, dass er Ihnen die Wahrheit sagt - und schliesslich haben 30 Jahre unablaessiger Propaganda aus vielen Gutglaebigen "ehrlische Luegner" gemacht - es ist wichtig, die Tatsachen zu kennen und sie so fest und so objektiv, wie es Ihnen nur moeglich ist, zum Ausdruck zu bringen.

Hier sind einige der ueblichsten und alltaeglichsten Begriffe von Sowjet-russland und dem Kommunismus, wie sie von den Parteimitgliedern und Mitlaufern vorgebracht werden, sowie Tatsachen, mit denen man antworten kann:

1. Das russische Volk ist unter dem Kommunismus gluecklich

Antwort: Wenn das stimmt, warum gibt es dann im sowjetischen Strafgesetzbuch verschiedene Strafen fuer ein "Ueberschreiten der Grenze" (d.h. wenn man das glueckliche Land ohne Erlaubnis verlassen will). Die niedrigste Strafe betraegt 5 Jahre Gefaengnis "bei Verlust aller Rechte und des Eigentums", sowohl fuer die Person, die zu entkommen versuchte, wie auch fuer die Angehoerigen, "die zur Zeit des Fluchtversuchs im gleichen Hause wohnten" oder fuer Freunde, die eventuell von der Absicht Kenntnis hatten und die Behoerden nicht benachrichtigt haben.

Warum ist es den Russen nicht gestattet, zu reisen. Selbst Beamte oder Angestellte der Regierung, die ins Ausland fahren, muessen die zermuerbendste Untersuchung ueber sich ergehen lassen, die Wochen und sogar Monate dauert. Und warum ist den kleinen Sowjetbeamten selten gestattet, ihre Familien mitzunehmen. Ein Teil der naechsten Familienangehoerigen wird in Russland als Geiseln zurueckgelassen.

2. In der Sowjetunion gibt es keine Klassenunterschiede. Die Erziehung kostet nichts, und jeder hat die Chance, so hoch zu steigen, wie es seine Faehigkeiten gestatten.

Antwort: Im Gegenteil, die Klassenunterschiede sind kuenstlich gefoerdert und in monstroesem Ausmasse vertieft worden. Der Klassenhass ist aus politischen Gruenden geschuert worden. Waehrend der Kollektivierung wurden die Bauern in den Doerfern bewusst in 3 Klassen eingeteilt: Bjednjak (armer Schlucker), Sserednjak (Mittelstandsbauer) und Kulak (Faust oder der Ausbeuter, Reiche). Die Kulaken

wurden zu "Feinden des Volkes" und den natuerlicherweise neidischen "Armen" erzaehlte man, dass jene fuer ihr Elend verantwortlich seien.

Zu manchen Zeitabschnitten des Sowjetregimes sind verschiedene Gruppen zu Suendenboecken der Regierung gestempelt worden. Zunaechst einmal wurde die alte Aristokratie, die Geistlichkeit und die Bourgeoisie zum Aussterben verurteilt und zu "Lischenzi" (Besitzlose) erklart. Als der erste Fuenfjahresplan in mancher Hinsicht Fehlschlaege aufwies, wurde eine ganze Reihe von "Spezialisten" (Wissenschaftlern, Ingenieuren etc.) ausgebootet, da man doch jemand haben musste, um ihn fuer die Fehler der Regierung zu bestrafen. Nach Einfuehrung der Verfassung im Jahre 1936 wurden die "Lischenzi" offiziell amnestiert, und ihre Kinder konnten ins oeffentliche Leben treten (frueher durften sie keine hoehere Schule besuchen oder durften sich nicht um eine spezielle Arbeit bewerben). Aber dann wurden die Alten Bolschewisten und die sogenannten Oppositionisten zu Tausenden abgeseagt (man nannte sie "Trotzkisten", "Deviationisten" (Verirrte) und in der ueblichen Weise "Vernichter"). Langsam kam eine neue Aristokratie auf; die kommunistischen Buerokraten, die jetzt Sowjetrussland regieren und die privilegierte Klasse darstellen. Ihre Kinder erfreuen sich grosser Privilegien in der Erziehung, wodurch automatisch ein Fortbestehen der Kaste gesichert wird.

Das merkwuerdigste Ergebnis dieser schwankenden Politik besteht darin, dass die Kinder der Bauern und Arbeiter, in deren Namen die Revolution gemacht wurde, langsam dieser Aussichten auf eine hoehere Erziehung und auf wirtschaftlichen Erfolg beraubt werden. Die Hochschulen, Studienanstalten und Universitaeten fordern ansehnliche Studiengebuehren, die fuer die Bauern und die ungelerten Arbeiter unerschwinglich sind."

Der Raummangel gestattet es nicht, die weiteren 6 propagandistischen Erklae-rungen und die Antworten der Verfasserin hier aufzufuehren. Die meisten Punkte sind aber den deutschen Gewerkschaftlern vertraut; z.B. Es gibt keine Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion, es gibt keine Wirtschaftslaute in der Sowjetunion, das russische Volk wird nicht so wie unter den Zaren verfolgt, die Sowjetunion unterstuetzt die bedrueckten Voelker in der ganzen Welt, und dann schliesslich diese koestliche Aeusserung: "Natuerlich moechte ich nicht die russische Art Kommunismus hier bei uns haben; da aber die Russen diese Form von Sozialismus gewaehlt haben, welches Recht haben wir denn, sie zu kritisieren."

"Plain Talk" (offene Worte) Maerz 1949.

DIE MISSLICHE LAGE DER ITALIENISCHEN ARBEITER

C.F. Miller, der Herausgeber des "AFL Weekly News Service" hat vor kurzem eine Reise durch eine Anzahl Marshallplan-Laender unternommen. Seine Beobachtungen ueber die Verhaeltnisse in Italien sind aufschlussreich. Im allgemeinen ist er zu dem Schluss gekommen, dass sich die Lage der italienischen Arbeiter durch die Marshallplan-Hilfe bedeutend gebessert hat. Er hat festgestellt, dass die italienische Industrie im Wiederaufbau grosse Fortschritte gemacht hat. Andererseits fand er aber auch, dass das Volk immer noch im Zustand einer tiefen und fast entmutigenden Armut lebt. Es zeigen sich aber immerhin Fortschritte.

Der Lebensstandard ist noch niedrig

"Nach den einem ECA-Beamten vorliegenden Ziffern ist der Lebensstandard fuer die Arbeiter niedriger als vor dem Kriege und steht fast auf der gleichen elend niedrigen Stufe wie in Sowjetrussland.

Wenn man den Lebensstandard nach der Zahl der Stunden festsetzt, die gearbeitet werden muessen, um mehrere Verbrauchsgueter zu kaufen, wie sie im Durchschnitt fuer den Haushalt eines Arbeiters in Frage kommen, dann erkennt man wie dramatisch die Lage ist. Das wirkt sich etwa wie folgt aus:

Der italienische Arbeiter muss 51 Minuten arbeiten, um sich damit 1 kg Brot verdienen zu koennen. Wenn er Schuhe braucht, dann muss er 46 Stunden und 18 Minuten arbeiten, bis er soviel verdient hat, dass er sie sich kaufen kann. Fuer 1 Dtzd Eier muss der durchschnittliche Industriearbeiter 2 Stunden und 5 Minuten arbeiten, waehrend er erst 1 quart (etwas ueber 1 l) Milch kaufen kann, wenn er 31 Minuten gearbeitet hat. Wenner lieber Kaffee trinkt, muss er 8 Stunden und 40 Minuten lang arbeiten, um sich davon 1 kg kaufen zu koennen. Wenn man alle diese Lebens- und Genussmittel zusammennimmt, dann stellen wir fest, dass der Durchschnittsarbeiter fuer 1 kg Brot, 1 Dtzd Eier, 1 quart Milch und 1 kg Kaffee insgesamt 12 Stunden und 7 Minuten lang arbeiten muss.

Die Wohnungsverhaeltnisse sind jammervoll. In einem Teil dieser Stadt - nicht weit von den luxuriosen Wohnhaeusern - leben die Menschen in Hoehlen, die sie seitlich in die Berge gegraben haben. In Sueditalien besteht eine Gemeinde aus 15.000 Italienern, meist Landarbeitern, die in aehnlichen Hoehlen zusammen mit ihren Tieren leben.

Arbeitslosigkeit und Ueberbevoelkerung

"Die Hauptfaktoren, die zu der misslichen Lage der Arbeiter beitragen sind einmal eine uebergrosse Bevoelkerung, das Fehlen einer wirklich starken, zentral geleiteten Regierung, die in der Lage ist, positive Hilfs-Massnahmen zu treffen, sowie eine stark gespaltene Arbeiterbewegung, die in einem solchen Masse von politischen Splittergruppen und Ideologien zerrissen ist, dass man die wirtschaftlichen Prinzipien des Gewerkschaftswesens vollkommen aus dem Auge verloren hat.

Die Zahl der staendig Arbeitslosen, die auf ca 2 Millionen oder etwa 1/10 der gesamten Arbeiterschaft geschaezt wird, bildet ein Reservoir an billigen Arbeitskraefte, das dazu dient, die Lohnsaetze niedrig zu halten. Andererseits sind die Arbeitgeber in der Industrie straff organisiert, wodurch es ihnen moeglich war, sowohl dem Druck seitens der Gewerkschaften wie auch dem der Regierung standzuhalten, die die Hoffnung haben, einen besseren Ausgleich zwischen den Loehnen und den Preisen herbeizufuehren.

Das kommunistisch kontrollierte Gewerkschaftswesen

"Der Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGIL), der urspruenglich nach Beendigung der Feindseligkeiten mit Zustimmung der alliierten Militaerregierungen gegruendet wurde, kam rasch unter die Herrschaft der Kommunisten. Mit Hilfe geschulter Organisatoren, die an strategisch wichtigen Punkten eingesetzt wurden, standen sie bereit und waren somit in der Lage, die Bewegung von der Ortsgewerkschaft aufwaerts bis zum Exekutivausschuss, der die Politik lenkte, zu kontrollieren. Erst im Juni 1948 wurden sich manche Fuehrer innerhalb des CGIL darueber klar, was die Kommunisten im Schilde fuehrten und zogen sich von dieser Organisation zurueck. Hierauf folgte ein Beschluss der kommunistischen CGIL-Fuehrer unbeschraenkt einen 24-Stunden-Streik auszurufen als Protest dagegen, dass man auf Togliatti, ein kommunistisches Mitglied des italienischen Parlaments, geschossen hatte. Der kommunistische Schritt war ein klarer Beweis dafuer, dass das endgueltige Ziel des CGIL auf eine Zerschlagung der italienischen Regierung ausging.

Der Aufstieg der antikommunistischen Gewerkschaften

"Die Gruppen, die sich vom CGIL abspalteten, bildeten den Kern eines neuen Freien Gewerkschaftsbundes unter der augenblicklich zeitweiligen Fuehrung von Giulio Pastore, einem dynamischen, 47 Jahre alten christlichen Demokraten und Mitglied der italienischen Deputiertenkammer. Die neue Organisation, die als LCGIL bekannt ist, ist verhaeltnismaessig schwach, verfuegt nur ueber unzuellaengliche Mittel, um eine ausgedehnte Kampagne gegen die Kommunisten zu fuehren und hat selber unter Einigungsschwierigkeiten zu leiden. Politische und religioese Stroemungen beeintraehtigen im Augenblick ihren Wachstum. Trotz der ausgespro-

chemen Absicht des LCGIL, sich in Verfolgung der Prinzipien des wirtschaftlichen Gewerkschaftsgedankens von allen politischen und religioesen Einflüssen freizumachen, haben sich die Fuehrer der republikanischen Parteien und der Saragat-Sozialisten, die bedeutende Teile der Gewerkschaftsmitglieder kontrollieren, geweigert, aus dem kommunistischen CGIL auszutreten, obwohl sie nicht mit den Politikern des CGIL uebereinstimmen oder ihnen folgen.

Trotz der mangelnden Einigkeit unter den nichtkommunistischen Gruppen hat der LCGIL einen wesentlichen Fortschritt in seiner Mitgliederbewegung zu verzeichnen. In einem Interview mit Pastore aeusserte dieser, dass die Organisation nahezu $1\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder zaehlt. Als man ihn ueber die Staerke der Kommunisten befragte, erwiderte er, dass man den Angaben des CGIL in bezug auf seine Mitgliederzahl nicht trauen duerfe. Seiner Schaetzung nach haette er alles in allem nicht mehr als $2\frac{1}{2}$ Millionen. Davon seien seiner Ansicht nach etwa nur 1 Million wirklich Mitglied der kommunistischen Partei. Als Beweis fuer die wachsende Staerke des LCGIL erklarte Pastore, dass seine Organisation in den chemischen Industriebetrieben bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen habe, die fruher kommunistische Hochburgen gewesen seien.

"AFL Weekly News Service" 1. Maerz 1949

IMMER WIEDER DIE ALTE GESCHICHTE !

"Obwohl die polnische Presse spaltenlang Berichte ueber fuehrende Leistungen im Wettbewerb bringt, uebergeht sie jedoch die traurigen Folgen und Auswirkungen der erzwungenen Produktion mit Schweigen. Es bestehen keine Indexziffern ueber Fernbleiben vom Arbeitsplatz, ueber Berufskrankheiten oder Betriebsunfaelle. Da gibt es aber eine offizielle Notiz, die nach einer internen Ministerkonferenz veroeffentlicht wurde:

"Abnahme an Betriebsunfaellen in allen Industriezweigen, in den Bergwerken; Unfallziffern um 30% gesunken."

Die Tatsache, dass diese Notiz, die nur vage Zahlenangaben ohne genaue Statistik enthaelt, weite Verbreitung gefunden hat, zeigt, dass man sich bemueht, die wirkliche Lage zu tarnen. Es ist naemlich nicht wahr, dass die Unfaelle in den Bergwerken um 30% abgenommen haben. Im Gegenteil, im Jahre 1948 sind sie bedeutend gestiegen.

Wir geben hier eine Stelle aus einem Brief wieder, den ein Bergmann an seinen Bruder geschrieben hatte, der sich in Frankreich niedergelassen hat. "Ich bin so froh, dass ich mich einmal wegen meiner Wunde ein bisschen ausruhen kann. Es tut einem gut, wenn man nicht die ganze Zeit ueber gequaelt wird. Gegen fruher sind jetzt anderthalb mal soviel Leute krank und verletzt. Viele Bergleute wollen einen Haufen Geld verdienen und spaeter sind sie dann gezeugen, sich auszuruhen."

Wie hoch ist nun der genaue Prozentsatz an Fehlenden, deren Fernbleiben von der Arbeit auf Krankheit und Unfaelle zurueckzufuehren ist? Im allgemeinen uebersteigt er weit 20% und ist noch im Ansteigen begriffen.

Jedoch ueben die Gewerkschaften durch die Sozialversicherungskassen eine strenge Kontrolle aus, um genau festzustellen, wer "vorsaeztlich" krank ist. Jeder Arbeiter, der einer "vorsaeztlichen" Krankheit verdaechtigt wird, zieht das Donnerwetter der Bestrafung ueber seinem Haupte zusammen. Er wird sofort der Sabotage beschuldigt und muss vor einem Disziplinausschuss erscheinen, mit dem in solchen Faellen nicht zu spassen ist....."

"Aus der regelmessig erscheinenden Zeitschrift fuer die Freien Gewerkschaftler im Exil" Maerz 1949

DIE INDUSTRIELLE VERWALTUNG IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die "Volksdemokratien" haben ein totsicheres Mittel, um auf ihre Landleute Druck auszuueben. Und zwar die Drohung, sie aus ihrem Hause zu werfen. Die Wohnungs-krise ist in diesen Laendern auf Grund der Politik ihrer Regierungen in bezug auf die wirtschaftliche und politische Konzentration akuter als anderwo.

Die kommunistischen Behoerden arbeiten darauf hin, grosse Industriezentren zu entwickeln, um darauf fuer sich selber politische Bollwerke zu machen. Die Zentralisierung der Obrigkeit, die die Grundlage fuer das System bildet, verlangt dies. Daher werden Parteiorganisationen und ihre Bueros, Truppen, die Verwaltungen usw., wirtschaftliche Kreis- und Bezirks-Verwaltungen usw. in den grossen Staedten zusammengezogen.

Dort werden auch neue industrielle und kommerzielle Unternehmen gegruendet, so dass die Staedte mit erstaunlicher Schnelligkeit wachsen. Da sich aber die sogenannten "Volks"regierungen nicht viel um die Lebensbedingungen, die sie den Arbeitern bieten, Sorge machen, kuemmern sie sich auch nicht viel darum, wie sie fuer die Menschenmassen, die sich in den Staedten zusammenballen, Wohnraum beschaffen sollen. Sie sehen es fuer ausreichend an, wenn sie eine "Wohnnorm" schaffen, d.h. ein paar qm Raum pro Bewohner. Nachdem so eine "Basis" geschaffen ist, bringen sie in einem Hause, das fuer eine einzige Familie gedacht ist, mehrere Familien unter, die zusammengepfercht leben. Ist das nicht genug? Was macht das aus? All diejenigen, die "unproduktiv" sind, werden aus ihren Haeusern oder Wohnungen hinausgesetzt, d.h. all diejenigen, die nicht in der Verwaltung oder in staatlichen Betrieben beschaeftigt sind.

Es ist ganz klar, dass natuerlich die ersten, die von diesem System in Mitleidenschaft gezogen werden, die Gegner der Regierung sind oder solche, die man der Gegnerschaft verdaechtigt. Tatsaechlich sind sie auch immer die ersten, die ihre Stellung oder ihre Unterkunft verlieren.

Das Zentralorgan der tschechoslowakischen Gewerkschaften hat gerade jetzt verkuendet, dass die "unproduktive" Bevoelkerung bald dazu "ersucht" werden wird, die Hauptstadt zu verlassen, ohne erst den Ausweisungsbefehl abzuwarten. Dieselbe Zeitschrift schreibt auch, dass alle diejenigen, die als Gegner des Regimes bekannt sind, ohne weitere Formalitaeten hinausgesetzt werden, um in Baracken ausserhalb Prags untergebracht zu werden. Das wird dann eine Art Konzentrationslager sein, denn "diese Leute" wird man bewachen muessen, damit sie sich nicht ueber das ganze Land hin zerstreuen."

"Aus der regelmæssig erscheinenden Zeitschrift fuer die
Freien Gewerkschaftler im Exil" Maerz 1949.

IN DER ATMOSPHAERE DER HOFFNUNG

Der folgende Auszug ist einer Erklaerung A.W. Harrimans, des Sonder-Vertreters des Verwaltungsausschusses fuer das ERP (ECA), vor einem Ausschuss des Kongresses der Vereinigten Staaten entnommen.

"Hier haben.....die Nationen Westeuropas in einem Zeitraum von acht kurzen Monaten mit Hilfe ihrer zusammengefassten Mittel die hauptsaechlichsten und wichtigsten wirtschaftlichen Probleme in ihrer Gesamtheit erfasst und klar herausgestellt, und zwar mit einem gaenzlich neuartigen tiefen Verstaendnis. Die Diagnose einer ernstesten Krankheit bietet niemals ein angenehmes Bild, doch ist sie der unerlaessliche erste Schritt zur Heilung. Die Diagnose ist jetzt gestellt worden, die Erkenntnisse, die fuer heilende Massnahmen notwendig sind, erweitern sich staendig, und, vor allem, es besteht der Wille, vorwaerts zu kommen.....In der neuen und

kraeftigenden, belebenden Atmosphaere, die durch das Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschaffen wurde, haben der schaffende, arbeitende Mensch Europas und die Fuehrer der Arbeiterschaft, die unerschuetterlich an ihrem Glauben an die freie Arbeiterbewegung festhielten, Widerstand gegen den Angriff des Kommunismus organisiert, fuer den sie auch einstehen.... Fuer alle von uns ist es wesentlich, zu verstehen und zu erkennen, dass die Ereignisse in Europa zwangslaeufig zu Tage bringen, dass die freien Arbeitergewerkschaften zu den wichtigsten Bollwerken der westlichen Demokratie gehoeren, die unablaessig von einem hartnaeckigen und verstockten Feind berannt werden."

"Transatlantic" ECA Labor News Letter" März 1949

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTSFEINDLICHE ZEITUNG WIRD
EINGESCHRAENKT

Obwohl die Amerikaner fest an die Freiheit der Presse glauben, gibt es doch Faelle, in denen die Presse durch Gerichtsbeschluss eingeschraenkt werden kann. Es ist zu bemerken, dass die in dem nachfolgenden Artikel genannte Zeitschrift nicht verboten wurde, doch wurde es immerhin einem gewerkschaftsfeindlichen Arbeitgeber verboten, die Zeitung kostenlos unter seine Arbeiter zu verteilen.

"Der Landesausschuss fuer Arbeitsbeziehungen hat heute festgestellt, dass ein Arbeitgeber das Taft-Hartley-Gesetz dadurch verletzte, dass er eine "Gewerkschaftsfeindliche" Zeitung verbreitete, sowie dadurch, dass die Polizei eingreifen musste, um die gewerkschaftlichen Organisatoren und die Gewerkschaftstaetigkeit des Personals zu ueberwachen.

"Bei dem Unternehmer handelt es sich um die Bibb Manufacturing Company in Macon im Staate Georgia. Die Polizeiaktion ereignete sich in der Fabrikstadt Porterdale, Georgia, wo, wie der Ausschuss bemerkte, alle Behoerdenangestellten einschliesslich des Buergermeisters Angestellte der Firma sind. Der Gesellschaft gehoert alles Eigentum mit Ausnahme der Kirchen und einer Eisenbahnstrecke. Hier hat die Firma 3.000 Angestellte, sowie 6.000 weitere in Macon und Columbus, Georgia.

"Die fragliche Zeitschrift ist ein vierseitiges Wochenblatt mit dem Titel "Die Posaune", das in Columbus als unabhhaengiges Organ gedruckt wird. Die Firma kaufte 2.000 Subskriptionen und liess sie wechselweise verteilen, so dass jeder Angestellte wenigstens einmal im Monat ein Exemplar in die Haende bekam.

"Der Ausschuss stellte fest, dass das Blatt gewerkschaftsfeindliche Angaben und Erklaerungen enthielt, die zur Gewalt aufforderten, gewerkschaftliche Taetigkeit mit Entlassung bedrohten sowie Belohnungen fuer die Ablehnung gewerkschaftlicher Organisierung versprochen.

"Die Anordnung des Ausschusses richtete sich einzig und allein gegen die Bibb Company, die aufgefordert wurde, die Verteilung der "Posaune" einstellen zu lassen, wie auch jeder anderen Veroeffentlichung "die darauf abgestellt ist, sich in die Angelegenheiten der Angestellten zu mischen, sie zu behindern oder ihnen Zwang aufzuerlegen."

"Ferner wurde der Firma aufgegeben, Massnahmen zu treffen, damit die Polizei nicht mehr die Organisatoren der Gewerkschaft bzw. die gewerkschaftliche Taetigkeit der Angestellten ueberwachen muesste. Ausserdem sollte die Firma die in Macon ihrer Gewerkschaftstaetigkeit wegen bereits entlassenen Angestellten unter Zahlung des Lohnausfalls wieder einstellen und nicht mehr die gesetzmaessigen Rechte der Angestellten auf Selbstorganisierung behindern.

Die Klage wurde vom Textilarbeiterverband, der dem CIO angeschlossen ist, eingereicht. Die Direktion wies die Beschuldigungen, dass 3 Angestellte in Porterdale ihrer Gewerkschaftstaetigkeit wegen entlassen worden seien, zurueck."

"The New York Times" 27. Maerz 1949

ZUNAHME DER IMMATRIKULATIONEN AN DEN AMERIKANISCHEN UNIVERSITAETEN

Fuer das dritte Jahr berichtet das amerikanische Amt fuer Unterricht ueber ein wesentliches Ansteigen der Studentenzahl, die an amerikanischen Hochschulen und Universtaeten hoeren. Im Vergleich zu 1947 ist im Jahre 1948 ein Absinken des Prozentsatzes an ehemaligen Kriegsteilnehmern bei der Hochschulen zu verzeichnen. Die Tabelle weist im Jahre 1948 gegenueber 1947 ein staerkeres Ansteigen der Zahl der weiblichen Studenten im Vergleich zu der der maennlichen aus, doch uebertreffen die Maenner an Zahl die Frauen immer noch im Verhaeltnis 3:1.

Immatrikulationen an amerikanischen Hochschulen und Universitaeten 1947-48

	1947	1948
Gesamtzahl der Studenten - - - - -	2,338,000	2,408,000
maennliche - - - - -	1,659,000	1,712,000
weibliche - - - - -	679,000	696,000
Erstes Jahr an der Hochschule - - - - -	593,000	569,000
maennliche - - - - -	400,000	370,000
weibliche - - - - -	193,000	199,000
Ehemalige Kriegsteilnehmer - - - - -	1,122,000	1,021,000
maennliche - - - - -	1,098,000	1,001,000
weibliche - - - - -	24,000	20,000

Amerikanisches Arbeitsministerium
"Information Bulletin" Maerz 1949

ANSICHTEN DAENISCHER GEWERKSCHAFTEN UEBER DEN WELTGEWERKSCHAFTSBUND (WFTU)

Kuerzlich gab Eiler Jensen, der Vorsitzende des Daenischen Gewerkschaftsbundes in Odense, Daenemark, die Ansichten seiner Organisation ueber den demokratischen Gewerkschaftsbund (WFTU) bekannt. Er stellte klar heraus, dass der Kommunismus in den Gewerkschaften dieses Landes keine Fortschritte erzielen koennte.

"Ich verstehe es vollkommen, wieso es den englischen und amerikanischen Vertretern unmoeglich gewesen ist, weitere Zusammenarbeit mit der kommunistischen Mehrheit der Fuehrerschaft innerhalb des WFTU zu sichern. Die blumenreiche Sprache, die ich auf der Versammlung in Paris mit anhoerte, hat ganz klar und deutlich den Eindruck bei mir hinterlassen, dass man jeden Rueckhalt aufgegeben hatte, und ich konnte hoeren, wo die anklagenden Redensarten, die die kommunistische Spielart bei uns zuhause gebraucht, hergekommen waren.

Der Beschluss, der gefasst wurde, war derart, dass es skandinavischen Organisationen, selbst, wenn sie gewuenscht haetten, zu bleiben, und selbst, wenn kein anderer Grund zum Verlassen vorgelegen haette, dieser Beschlusses wegen unmoeglich gewesen waere, sich noch weiter zu beteiligen.

Abschliessend bemerkte Jensen noch in bezug auf den WFTU: "Wir koennen uns mit der Tatsache troesten, dass jetzt ein enger Kontakt zwischen den Nationen besteht, die der demokratischen Ideologie anhangen, und wir koennen gluecklich sein, dass, selbst wenn auch in der Bildung einer Skandinavischen Verteidigungsorganisation keine Erfolge erzielt wurden, doch immer noch die engste und bruederlichste Zusammenarbeit zwischen unseren Nationen besteht; dies ist eine Tatsache, die auf der in der vergangenen Woche in Kopenhagen abgehaltenen Konferenz zum Ausdruck kam."

"ECA. Office of Labor Information"

KOMMUNISTISCHE JUGENDORGANISATION GEHT EIN

"Die Vereinigung "Amerikas Jugend fuer die Demokratie" (AYD), die kommunistische Jugendfront, die sich fast 3 Jahre lang in einer Art Trancezustand befand, wurde offiziell fuer tot erklart und in dieser Woche zu Grabe getragen. Die AYD, die 1943 gegruendet worden war, wird jetzt durch die "Marxistisch-Leninistische Jugend-Partisanen-Organisation" ersetzt werden.

In Wirklichkeit ist die AYD seit 1946 kaum mehr als eine Sieb- und Auffangstelle fuer die bereits seit langem bestehende weniger propagierte "Marxistisch-Leninistische Jugendpartisanen-Organisation" gewesen. In den Jahren 1943 - 1945 hatte sie sich an den Hochschulen so stark exponiert, dass sich ihre Bemuehungen lediglich auf eine marktschreierische Kampagne fuer eine siegreiche Beendigung des Krieges beschraenkten. Der Verfall der AYD begann mit Angriffen zweier Studenten gegen sie auf dem City College in New York. Diese stellten die kommunistischen Ziele der Organisation in so wirksamer Weise bloss, dass die Bewegung an Popularitaet verlor und die "Zellen" innerhalb der meisten Universitaeten eingingen. Dies ist ein gutes Beispiel fuer die Wirksamkeit der Redefreiheit und der Freiheit der Presse, die auf die Atmosphaere reinigend wirkt. Organisationen wie die AYD koennen nicht in der klaren, reinen Luft existieren, wo die Lichter hell brennen koennen.

Auszug aus dem "New Leader" 26. Februar 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 10

Berlin, 29. April 1949

ANSICHTEN EINER SCHWEDISCHEN ZEITUNG UEBER DIE AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Der Redakteur fuer Arbeiterfragen der schwedischen sozialdemokratischen Zeitung "Aftontidningen" brachte in der Ausgabe vom 12. Maerz die folgenden Bemerkungen ueber die amerikanischen Gewerkschaften. Darueber hinaus gibt er auch seine Ansichten ueber die kollierte Lage der Gewerkschaften in den Laendern des "Eisernen Vorhanges" bekannt.

"Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ist verhaeltnismaessig jung.... Soweit wir aber von hier aus beurteilen koennen, bereitet sich ein rascher Wandel vor. Zu der Zeit, da Amerika an der Politik anderer Kontinente Interesse nimmt, werden feste gewerkschaftliche Verbindungen ueber den Atlantik hinweg geknuepft. Auch die innere Struktur der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung hat sich auf der gleichen Linie wie die westeuropaeische geaendert.

Indem er es beklagt, dass die schwedische Gewerkschaftsbewegung keine Chance haette, Delegationen nach Russland und in die Laender hinter dem "Eisernen Vorhang" zu senden, schreibt der Arbeiterredakteur in der sozialdemokratischen Zeitung weiter: "die schwedische Gewerkschaftsbewegung hat sich immer dafuer interessiert, die Verhaeltnisse bei anderen Organisationen an Ort und Stelle zu studieren. Dieses Interesse entspringt dem Wunsch, Studien zu treiben, ohne beeinflusst zu werden. Dies ist einer der staerksten Punkte in der Gewerkschaftsbewegung, die durch die Tradition bedingt sind. Wenn aber nur ein Teil der Welt diesem Interesse offensteht, so ist dies nicht die Schuld der schwedischen Gewerkschaftsbewegung."

"ECA, Office of Labor Information"

EUROPAISCHE GEWERKSCHAFTLER BESUCHEN DETROIT

Wenn die 9 deutschen Gewerkschaftler aus Berlin wieder heimgekehrt sind, werden sie u.a. auch ueber ihren zweiwoechigen Aufenthalt in Detroit berichten, wo sie verschiedene Industrien besichtigt haben, einschliesslich der Ford Motor Company. Zweifellos werden sie auch mit Gewerkschaftlern aus anderen Laendern zusammengetroffen sein, die ebenfalls nach den Vereinigten Staaten gereist sind, um die Industrieproduktion zu studieren, und die gleichfalls Gelegenheit hatten, sich die Fliessband-Produktion in den Ford-Automobilwerken anzusehen. Ebenso wie die italienischen Arbeiterfuehrer, die in den nachstehenden Ausfuehrungen genannt werden, waren die Deutschen auch Gaeste des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter (UAW).

"Drei italienische Arbeiterführer, die auf Veranlassung und auf Kosten des ECA (Verwaltungsausschuss fuer das ERP) eine Reise durch die Vereinigten Staaten unternahmen, wurden zu Ehrenmitgliedern der Ortsgewerkschaft des UAW im Fordwerk in Michigan, das sie besucht hatten, ernannt. Den Italienischen Führern wurde der Fabrikationsprozess, angefangen vom Roheisenerz bis zum fertigen Automobil, vorgeführt. Sie konnten sehen, wie zu jeder Tag- und Nachtstunde in jeder Minute 5 Fordmaschinen fertiggestellt wurden. Sie sahen, wie alle 90 Sekunden ein fertiges Automobil vom Fließband herunterrollte.

"Bevor die Italiener abfuhren, um ihre Studienreise in Kalifornien fortzusetzen, waren sie Zeuge, wie die Gewerkschaftsmitglieder in einer demokratischen Wahl ihr Wahlrecht ausübten, um fuer das kommende Jahr ihre Funktionäre zu wählen. Die Besucher mischten sich unter die Menge, die sich vor den 12 Wahlstellen drängten und berichteten darüber, mit welchem Interesse sie die freundschaftliche Rivalität zwischen den Anhängern der gegnerischen Kandidaten beobachtet hätten."

Außenministerium "Radio Bulletin" 29. März 1949

LOHNKUERZUNGEN FUER DIE AUTOMOBIL-UND ELEKTRO-ARBEITER

Am 6. März wurden die Lohnsätze der Arbeiter bei General Motors, den Mitgliedern des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter (CIO) und des Verbandes der Vereinigten Elektro-Arbeiter (CIO), um 2¢ pro Stunde herabgesetzt. Die Kürzung wurde auf Grund des Verbandsabkommens vorgenommen, in dem vorgesehen ist, dass die Löhne um 1¢ pro Stunde erhöht bzw. herabgesetzt werden, sobald der Verbraucherpreis-Index um 1.14 Punkte steigt oder fällt. Laut diesem Abkommen reichte das Sinken der Lebenshaltungskosten aus, um die Stundenlöhne um 2¢ zu senken. Ein Funktionär des Automobilarbeiter-Verbandes bei General Motors sagte:-

"Die Ankündigung des Amtes fuer Arbeitsstatistik von heute, derzufolge der Lebenshaltungskosten-Index 170.9 betraegt, bedeutet, dass die Stundenlöhne der Arbeiter bei General Motors fuer einen Zeitraum von 3 Monaten, beginnend am 6. März, durch einen Abzug von 2¢ diesem angepasst werden.

"Die Mitglieder unserer Gewerkschaft sind keineswegs durch die illusorische "Lohnerhöhung" um 3¢ im letzten September zum Narren gehalten worden. Wir sind auch keineswegs in bezug auf die illusorische "Lohnkürzung" um 2 ¢ im nächsten Monat enttäuscht. Seit der Unterzeichnung des Abkommens ist durch die Stufenklausel unser Lebensstandard weder erhöht noch herabgesetzt worden. Sie diente lediglich dazu, unsere Kaufkraft seit der Zeit des Abkommens vom 29. Mai 1948 annähernd konstant zu halten.

"Am 29. Mai dieses Jahres werden die Arbeiter bei General Motors eine Stundenlohnerhöhung von 3¢ erhalten, die den Schwankungen des Verbraucherpreis-Index des Amtes fuer Arbeitsstatistik nicht unterworfen ist. Diese Erhöhung wird durch die "Aufbesserungsfaktor"-Klausel des Verbandsabkommens mit der Gesellschaft garantiert, die das Anrecht auf eine jährliche Aufbesserung des Lebensstandards anerkennt.

"Es wäre noch zu verfrüht, wenn man jetzt schon sagen sollte, ob die Preisenkung fuer Lebensmittel, Kleidung und Hausrat in den vergangenen 3 Monaten ein Ende der inflationistischen Tendenz bedeutet oder nicht, wir hoffen aber, dass dies der Fall ist. Die Arbeiter bei General Motors sehen die Lebenshaltungskosten-Angleichung im März nicht als eine "Lohnkürzung" an, sondern als ein Zeichen dafür, dass sich die Preise nach unten bewegen. Wir wissen ganz genau, dass die wirtschaftliche Sicherheit davon abhaengt, dass ein Ausgleich zwischen der Kaufkraft und den Preisen geschaffen wird - und es dauert lange, bis die Preise fallen. Das langsame Sinken der Preise, wie es im Verbraucherpreis-Index zum Ausdruck kommt, ist ein willkommenes wirtschaftliches Zeichen."

GELDER, DIE TITO AN DIE STREIKENDEN NACH FRANKREICH SANDTE

Die Freien Gewerkschaftler im Exil befassen sich in ihren Pariser Veroeffentlichungen damit, die Verhaeltnisse zu schildern, die hinter dem "Eisernen Vorhang" bestehen, was zweifellos die franzoesischen Kommunisten in Verlegenheit bringt. Hier ist z.B. ein Bericht, der unter dem Titel "Titos Geld stinkt nicht" erschienen ist. Der Artikel schliesst mit der Frage, wie die Zuwendungen der jugoslawischen Arbeiter fuer die streikenden Bergarbeiter wohl nach Frankreich gebracht wurden. Offenbar ist das Geld seiner Bestimmung zugefuehrt worden.

"Die kommunistische Presse Frankreichs strotzt von Beleidigungen Titos: "Wir wollen nichts mit diesem Verraeter zu tun haben!" Wenn es aber um Titos Geld geht, dann ist das natuerlich etwas anderes.....

Die Fuehrer der jugoslawischen Gewerkschaften, die zu der Clique gehoeren, die dem Diktator nahesteht, sandte 10 Millionen Francs an den franzoesischen Bergarbeiter-Verband. Das Geld wurde angenommen. Das hinderte aber die "Humanité" nicht daran, folgende Erklaerung abzugeben: "Titos nationalistischer Clique ist es nicht gelungen, die internationalen Gefuehle der jugoslawischen Arbeiterklasse zu ersticken", und zu versuchen, die franzoesischen Bergarbeiter glauben zu machen, dass diese Geldspende als eine Demonstration der Arbeiter gegen Tito aufzufassen sei.

Am 1. Dezemoer 1948 klaerte die Zeitschrift "RAD" das Zentralorgan des Jugoslawischen Gewerkschaftsbundes die Lage, indem sie schrieb: "Der Jugoslawische Gewerkschaftsbund hat soeben den franzoesischen Bergleuten ausser den bereits gespendeten 10 Millionen weitere 70 Millionen Francs gesandt."

"Wir wollen noch hinzufuegen", schreibt "RAD", "dass die Geste der Gewerkschaften auch von anderen Organisationen unterstuetzt wird. Der internationale Geist der kommunistischen Partei und des Genossen Tito, der sich in der arbeitenden Klasse entwickelt, hat auch bei dieser Gelegenheit seine Probe bestanden."

Diese Bemerkung beweist deutlich, dass diese 80 Millionen nicht allein aus Sammlungen unter den jugoslawischen Arbeitern stammen, sondern auch von "anderen Organisationen", die nichts anderes sind als Zweigstellen der Regierungspartei. Darueber hinaus hat die Tito-Regierung dem Jugoslawischen Bundesbuero einen Betrag von 500 Millionen Dinar fuer "Arbeiter-Propaganda und -Bildung zur Verfuegung gestellt."

"Aus der regelmaessig erscheinenden Zeitschrift fuer die Freien Gewerkschaftler im Exil" Maerz 1949

DIE DIKTATUR IN DEN BALTISCHEN LAENDERN

Bruno Kalnins, der fruehere Sekretaer des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Lettland, schrieb folgenden Artikel ueber das Schicksal der Arbeiter unter der Diktatur seines Landes. Kalnins ist jetzt identisch mit einer Organisation in Frankreich, die als "Gewerkschaftler im Exil" bekannt ist.

"Drei baltische Staaten, die sich 22 Jahre lang ihrer nationalen Unabhaengigkeit erfreuten, haben seit 1940 unter der Diktatur durch fremder Besatzung bzw. des Totalitarismus gestanden.

Im Jahre 1940 brach die UdSSR ihre internationalen Abkommen und besetzte Litauen, Lettland und Estland mit ihren Truppen. Die Annektion dieser 3 Staaten war das Ergebnis eines Geheimabkommens zwischen den Deutschen und den Sowjets vom 23. August 1939. Hitler und Stalin gingen in aller Freundschaft dazu ueber, Osteuropa unter sich aufzuteilen, und die baltischen Staaten wurden Russland einverleibt. Die erste Sowjetokkupation dauerte nur ein Jahr (1940-41). Sie hatte jedoch fuer die kleinen baltischen Voelker schwere Verluste im Gefolge.

Im Juni 1941, zur Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges, fielen die 3 Staaten in die Haende der Nazis. Diese beiden Regierungsformen aehnelten einander sehr. Beide zeichneten sich durch denselben wilden Kampf gegen nationale Unabhaengigkeit und durch die Zerstoerung der politischen Freiheit aus. Beide Systeme waren durch Festnahmen, Deportierungen, Konzentrationslager und Hinrichtungen beruechtigt. Die Gestapo uebernahm die Funktionen des kommunistischen Regimes, die einer einzigen Partei. Das Spezialgefaengnis in Riga, das die Russen 1940 erbaut hatten, wurde im Jahre 1941 von den Nazis uebernommen, denen die Zellen sehr gut gefielen, in die kein Lichtstrahl drang. Ich kenne dieses entsetzliche Gefaengnis, weil ich selbst 25 Tage darin gesessen habe. Die Letten hatten schon recht, wenn sie damals sagten: "Zwischen der Sowjetbesetzung und der der Nazis besteht derselbe Unterschied wie zwischen einem Selbstmord, wobei es gleich ist, ob man sich aus dem 5. Stock oder aus dem 6. Stock zum Fenster hinausstuerzt....."

"Aus der regelmaessig erscheinenden Zeitschrift fuer die Freien Gewerkschaftler im Exil" Maerz 1949.

INTERESSANTE KURZBERICHTE FUER DIE ARBEITERSCHAFT

Eine Resolution, in der die Wiedererrichtung des Internationalen Bekleidungsarbeiter-Verbandes gefordert wurde, wurde auf einer Versammlung, die vom 9. bis 11. Februar in London stattfand, von den Vertretern der Bekleidungsarbeiter-Gewerkschaften aus 9 Laendern angenommen.

Die Resolution sieht vor, dass "zu einem fruehestmoeglichen Termin" ein Bund (Kongress) gebildet wird, der die Bekleidungsarbeiter jedes demokratischen Landes vertritt, um den satzungsmassigen Aufbau der wieder ins Leben gerufenen Organisation zu billigen. Unter den Delegierten, die der Resolution zustimmten, befanden sich ausser den der Vereinigten Staaten auch die Vertreter der skandinavischen Laender, Belgiens, Hollands, der Schweiz und Grossbritanniens. Die Delegierten der deutschen Bekleidungsarbeiter-Gewerkschaft waren als Beobachter anwesend. Es wurden nur Vertreter aus freien und demokratischen Laendern zugelassen.

Die Vereinigten Staaten waren durch Morris Bialis, dem Vizepraesidenten des Verbandes der Internationalen Damenbekleidungs-Arbeiter (ILGWU) vertreten. Der ILGWU war eines der ersten Mitglieder der internationalen Vereinigung, der er im Jahre 1912 beitrug. Seit 1938 ist die Organisation nicht mehr in Erscheinung getreten.

Am 13. Maerz verkueendete Louis Hollander, der CIO-Vorsitzende des Staates New York, dass vom CIO an den Hochschulen im gesamten Staate New York ein Wettbewerb ueber ein Essay durchgefuehrt wird, das die Rolle der Gewerkschaften in der Nationaloekonomie, in der Entwicklung des Staates, sowie im Kampf um die Demokratie in der ganzen Welt zum Gegenstand hat. Der erste Preis besteht in einer vollkommen kostenlosen Reise zur Versammlung der Landesorganisation des CIO im Jahre 1949

Joseph E. Uihlein, ein Brauer aus Milwaukee, der sich zur Ruhe gesetzt hat, kuendigte an, dass er die Absicht habe, den Rest seines Lebens damit zuzubringen, die Angestellten zu organisieren. "Ich glaube, dass 5 bis 6 Millionen Amerikaner ihr Los dadurch bessern koennen, wenn sie sich Angestellten-Gewerkschaften anschliessen", erklarte Uihlein.

Die Sidney-Hillman-Stiftung des Verbandes der Vereinigten Bekleidungsarbeiter (CIO) hat einen Preis in Hoehe von \$ 1.000 fuer eine Abhandlung ueber die Entwicklung der Gewerkschaften, ueber die Beziehungen der Rassen zu einander, oder ueber den Weltfrieden ausgesetzt. Der Verfasser muss ein Dr. phil. sein oder darueber eine Disertation geschrieben haben, oder er lehrt an der Universitaet bzw. arbeitet an einem Forschungsinstitut, Die Stiftung wird die Abhandlung veroeffentlichen bzw. herausgeben.

Der Verband der Internationalen Damenbekleidungsarbeiter (AFL) feierte am 19. Februar die Vollendung eines Programms zur Schaffung eines Fonds in Hoehe von 3½ Millionen Dollar. Die Feier, die in ihrer Krankenversicherungsstelle stattfand, dauerte den ganzen Tag ueber. Die Dienststelle hat sich, als sie vor 35 Jahren eroeffnet wurde, von einem einzigen Raum, in dem nur zeitweise ein Arzt taetig war, zu einer Organisation entwickelt, in der jetzt 148 Aerzte t#t#tig sind. Im Laufe des Jahres 1948 wurden 410.000 Faelle von aertzlicher Behandlung gezaehlt.

Lt. den Abmachungen in einem Vertrag, der am 14. Februar unterschrieben wurde, erhalten die Angestellten der Keystone Messing- und Gummi-Werke an ihrem Geburtstag einen freien Tag oder, wenn sie arbeiten, doppelte Bezahlung. Das Zweijahresabkommen, dass rueckwirkend mit dem 1. Januar in Kraft tritt, sieht auch Lohnerhoehungen von \$ 5 pro Woche fuer Angestellte vor, die weniger als \$ 1.30 pro Stunde, und \$ 4 fuer alle diejenigen, die mehr als diesen einen hoeheren Satz verdienen.

Die nichtorganisierten Arbeiter von Chattanooga, Tennessee, haben die Orts-gewerkschaft des Verbandes der Internationalen Gipsarbeiter auf Schadenersatz in Hoehe von \$ 50.000 verklagt. Sie erhoben den Vorwurf, dass sie ihre Arbeit verloren haetten, und zwar auf Grund der "closed shop"-Politik der Gewerkschaft. (closed shop: Abkommen zwischen Unternehmer und Gewerkschaft, wonach niemand eingestellt werden darf, der nicht Mitglied der betreffenden Gewerkschaft ist, und alle Arbeiter ihre ordentliche Mitgliedschaft beibehalten muessen, solange sie beschaeftigt sind). Im Staate Tennessee ist es fuer irgend eine Vereinigung oder Gesellschaft (Firma) ungesetzlich, wenn irgend jemand eine Beschaeftigung verweigert wird, weil er nicht Mitglied einer Gewerkschaft ist.

Auf ihrer ersten konstituierenden Versammlung nahm der Amerikanische Radio-Verband (CIO) eine Bestimmung an, derzufolge kein Kommunist ein Amt in der Gewerkschaft ausueben noch Mitglied eines offiziellen Ausschusses sein darf. Der ARA war frueher die Abteilung fuer Schifffahrt des Amerikanischen Verbandes fuer Nachrichtenwesen (CIO).

Die Gewerkschaft der Internationalen Erdoelarbeiter (CIO) hat dafuer gestimmt, ihre Konferenz fuer 1949 nicht einzuberufen, um die Kosten zu sparen, die sich schaetzungsweise auf \$ 100.000 belaufen wuerden. Dieser Vorschlag wurde deshalb eingebracht, weil durch den Streik, der im letzten Herbst in Kalifornien durchgefuehrt wurde, grosse Ausgaben entstanden waren. Die naechste Konferenz soll im Jahre 1950 abgehalten werden. Die Gewerkschaft hat ausserdem bekanntgegeben, dass sie ihre Zentralstelle am 1. Maerz von Fort Worth, (Texas) nach Denver (Colorado) verlegen will.

ITALIENISCHE KOMMUNISTEN BEGEBEN PROPAGANDISTISCHEN FEHLER

James D. Zellerbach, der die italienische Sektion des Verwaltungsausschusses fuer das ERP leitet, wurde fuer diesen Posten ausersehen, weil er der Vorsitzende eines der fortschrittlichsten Unternehmen in den Vereinigten Staaten ist. Der Nationale Planungs-Verband, der mit Propaganda nichts zu tun hat, hat vor kurzem eine Studienreihe mit dem Titel "Grunde fuer den industriellen Frieden im Kollektivverfahren" veroeffentlicht. Studienfall No. 1, der im September 1948 veroeffentlicht wurde, behandelt die Arbeitsbeziehungen in der Crown-Zellerbach Corporation. Es handelt sich hier um ein Unternehmen, in dem jahrelang Arbeitsfrieden herrschte.

Was aber haben nun die italienischen Kommunisten aus den Tatsachen im Fall der Crown-Zellerbach Corporation gemacht. Sie haben sich darauf eine eigene Geschichte zurechtgemacht. Jetzt soll eine Anzahl antikommunistischer Italiener eine kostenlose Reise nach Kalifornien unternehmen, um sich die Zellerbach Fabrik anzusehen und selber festzustellen, ob die Arbeiter im Zellerbach-Werk "Sklaven" oder freie Mitglieder einer freien Gewerkschaft sind.

Bericht aus Washington vom 24. Maerz.

"Der Verwaltungsausschuss fuer das ERP hat heute bekanntgegeben, dass die 3 italienischen Arbeiterfuehrer, die sich auf einer Besichtigungsreise durch die Industrie dieses Landes und Canadas befinden, am Sonnabend nach Kalifornien fliegen werden, um sich von der Unrichtigkeit der kommunistischen Behauptungen zu ueberzeugen, der zufolge in einer grossen Papierfirma der Westkueste "Sklavenarbeit" eingefuehrt sein soll.

Die Firma, die besichtigt werden soll, ist die Crown-Zellerbach Corporation, ein groesserer Papier- und Papierwaren-Konzern, der ungefaehr 7 Papiermuehlen an der Kueste des Stillen Ozeans betreibt. Italienische Kommunisten hatten den Vorwurf erhoben, dass die Firma "Sklavenarbeiter" beschaeftigt, und dass man den 11.157 amerikanischen Arbeitern in diesem Unternehmen die grundlegenden Rechte verweigert bzw. vorenthaelt.

Miss Ann Gould, die Planungsleiterin der Reise vom ECA, sagte, dass Mr. Zellerbach auf Grund der weitverbreiteten Vorwuerfe der Kommunisten, "er beschaeftige Sklaven in seinen Werken", den ECA gebeten hatte, die Reise so zu gestalten, dass die italienische Delegation seine Fabriken besichtigen koenne. James D. Zellerbach, der von seiner Stellung als Praesident der Gesellschaft beurlaubt ist, ist Leiter der ECA Mission fuer Italien.

Die Crown-Zellerbach Corporation wurde 1924 als Aktiengesellschaft gegruendet und ist das groesste papierverarbeitende Unternehmen der Welt. Ihre Papierbreiwerke weisen eine Jahresproduktion von 690.000 Tonnen aus, ihre Saegemuehlen produzieren 1.200.000 Fuss Buettenbretter pro 8-Stundenschicht und 4 Verarbeitungswerke stellen 2.000 Millionen Papiertueten pro Jahr her.

Heute sind die Arbeiterfuehrer in Detroit, dem Herzen der Automobilindustrie, Gaeste des Automobilarbeiter-Verbandes des CIO. Sie werden die Ford-Automobilwerke, die Chemischen Werke Parke-Davis sowie die Amerikanischen Gummi-Werke besichtigen, ausserdem eine Rundfunkstation und ein aerztliches Institut. Ferner werden sie einem vom Buergermeister und von der Stadtverwaltung von Detroit zu ihren Ehren veranstalteten Empfang beiwohnen.

Abgesehen davon werden sie auch das Tennessee-Regulierungs-Projekt, (TVA), ein Unternehmen der Regierung zur Versorgung mit Energie, besichtigen, und studieren. Sie werden sich mit fuehrenden Maennern der Regierung ueber die Politik auf dem Gebiete der Arbeitsbeziehungen unterhalten und eine Farm besuchen, die nach den Prinzipien und Plaenen des TVA Projekts bewirtschaftet wird, sowie einen TVA-Staudamm.

Von Tennessee aus wird sich die Delegation nach Canada begeben, um dort mit

Vertretern der Arbeiterschaft und der Regierung zusammenzutreffen. Von da werden sie nach New York zurueckkehren, um mit Mitgliedern des Internationalen Verbandes der Damenbekleidungsarbeiter (ILGWU) zusammenzukommen ebenso mit einer zweiten Delegation italienischer Arbeitervertreter, die als Gaeste des ILGWU nach Amerika geht.....

Die Italienische Delegation gab jetzt ihren Bericht ab

Nach ihrer Reise nach den westlichen Gebieten der Vereinigten Staaten sind die italienischen Gewerkschaftsdelegierten am 5. Maerz wieder in New York zurueckgekehrt, um mit Mitgliedern des Verbandes der Internationalen Bekleidungsarbeiter (ILGWU) zusammenzutreffen. Einer ihrer wichtigsten Eindruecke auf ihrer Reise nach dem Westen war der viertaegige Besuch der Crown-Zellerbach Papierwerke in Kalifornien.

Die italienischen Delegierten besichtigten alle Abteilungen des Zellerbach-Unternehmens und unterhielten sich mit vielen von den 11.000 Angestellten und Arbeitern. Appio Claudio Arrochi, der Leiter der Abteilung Arbeit und Wirtschaft bei der Italienischen Republikanischen Partei, sagte: "Wir haben selbst aus dem Munde der Arbeiter die 15jaehrige Geschichte der Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber vernommen", und er stellte fest, "dass sie ein gutes Beispiel fuer harmonische Verhaeltnisse darstellen."

Ein weiteres Mitglied des Ausschusses, Giulio Pastore, Mitglied des italienischen Parlaments und Sekretaeer des Freien Italienischen Gewerkschaftsbundes, aeusserte sich, dass der Besuch und die Besichtigung der Papierfabriken an der Westkueste dem Ausschuss "viel Munition fuer unseren Kampf gegen die kommunistische Sabotage des Marshall-Plans in Italien geliefert haette.....Wir wollen unserem Volke ueber alles was wir gesehen haben, genau Bericht geben, sobald wir wieder zurueck sind....."

State Department "Radio Bulletin" 5. April 1949

BOTSCHAFT DES CIO AN DIE GEWERKSCHAFTEN EUROPAS

Am ersten Jahrestag des Europaeischen Wiederaufbau-Programms sprach James B. Carey, der Schatzmeister und Sekretaeer des CIO ueber die "Stimme Amerikas" zu den Arbeitern Europas. Er sagte, dass das Programm fortgefuehrt werden wuerde und gab den Arbeitern Europas folgende Versicherung:-

"Der CIO und die gesamte amerikanische Arbeiterbewegung, sowie alle Arbeiter Amerikas unterstuetzen den Marshall-Plan, weil sie glauben, dass dies ein Plan ist, der den Arbeitern in den beteiligten Laendern Freiheit und Wuerde bringt. Wir koennen uns unserer Freiheit und Wuerde nicht erfreuen, solange unsere Menschenrechte in Gefahr sind. Wir haben uns feierlich verpflichtet, jede nur moegliche Anstrengung zu machen, um Euch dabei zu helfen, Euer Ziel zu erreichen, naemlich Freiheit und Unabhaengigkeit.

"Der Kampf ist noch nicht gewonnen, er wird aber gewonnen werden. Die Kommunisten vergroessern ihre Anstrengungen, um die europaeische Arbeiterbewegung fuer ihre eigenen egoistischen Zwecke einzufangen. Ihr Ziel besteht darin, die Sowjetherrschaft ueberall ueber die freien Voelker zu bringen. Ihr wisst genau so wie wir, dass, wenn Ihr in Euren Gewerkschaften die Freiheit bewahrt, Ihr auch ein freies Land haben werdet.

"Wir bitten Euch, die Versprechungen gegen die Leistungen abzuwaegen. Wir haben Euch materielle Hilfe zugesagt. Wir haben diese Hilfe auch geleistet. Die Kommunisten haben Euch nur eine Politische Formulierung versprochen. Die materielle Hilfe, die Ihr bekommt, geht von den Haenden der amerikanischen Arbeiter aus, sie ist das Ergebnis ihrer Muehe und Arbeit. Die politischen Versprechungen der Kommunisten gelangen zu Euch nur von den Fuehrern der kommunisten Partei.

"Wir glauben, dass wir Euch diese Hilfe fuer den Beitrag, den Ihr fuer die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit geleistet habt, schulden, indem Ihr Eure Landsleute zu uns heruebersandtet. Sie haben gearbeitet, sie sind unseren Gewerkschaften beigetreten, sie haben sich geschaeftlich etabliert, sie sind Lehrer in unseren Schulen, unsere Richter beim Gericht kennen Eure Probleme und wir versprechen Euch feierlich, Euch auch weiterhin unsere Hilfe zukommen lassen zu wollen, bis Ihr Eure Kraft und Eure Freiheit wiedergewonnen habt."

"State Department 'Radio Bulletin'" 1. April

1949

DIE RICHTIGE DENKWEISE DES VOLLKOMMENEN KOMMUNISTEN - 1949

Eine schweizer Tageszeitung "Le Journal de Genève" druckte am 15. Maerz folgendes "Brevier fuer den vollkommenen Kommunisten" ab, das zu uns ueber Paris gekommen ist;

"Wenn die UdSSR, diese gewaltige militaerische Macht, gegenseitige Verteidigungspakte mit ihren Satelliten abschliesst, dann tut sie es, um den Frieden zu wahren. Wenn aber die westlichen Nationen, die praktisch unbewaffnet sind, Abkommen unterzeichnen, dann tun sie das, weil sie den Krieg vorbereiten."

"Wenn die UdSSR ihr Militaerbudget erhoehrt...dann ist das ein friedliches Ziel. Wenn aber die Vereinigten Staaten, das keine Armeen unterhaelt, sich bemuehen, ein Heer aufzustellen, dann bekunden sie damit ihre Absichten, einen Konflikt zu entfesseln."

"Ein Mann wie Krawtschenko, der die Sowjetunion verlaesst und ihr Regime kritisiert, ist ein Verraeter, ein Reptil, ein Ueberlauerer und gemeiner Kerl, aber die spanischen Kommunisten, die im Auslande Schutz gefunden haben, und die nun Frankreich bekaempfen, sind Maertyrer und Helden."

"Fuer die Kommunisten machen sich die demokratischen Regierungsformen in Frankreich und Italien, die sie von der Macht fernhalten, der groessten Ungerechtigkeit schuldig, aber Ruhm gebuehrt den sogenannten "Volksdemokratien" wo alle Parteien, ob links oder rechts, lediglich zum ausschliesslichen Wohl der Kommunistischen Partei zermahlen werden."

"Wenn in einem demokratischen Lande ein Gerichtshof unter Beobachtung aller moeglichen Garantien fuer einen Angeklagten einen Kommunisten oder Terroristen verurteilt, so ist dies ein schmachvolles und schimpfliches Urteil, wenn aber ein Gerichtshof in einer Volksdemokratie einen Bischof oder einen Priester verurteilt, dann ist dies ein Akt hoeherer Justiz."

"Wenn die Westmaechte die frueheren Achsenpartner, die totalitaere Staaten geworden sind, daran erinnern, dass Friedensvertraege auch Verpflichtungen nach sich ziehen, dann wird dies als eine unertraegliche Einmischung in ihre internen Angelegenheiten angesehen, wenn aber die Sowjets auf Veranlassung des Kominform in anderen Laendern Streiks provozieren, dann muss man das als ausserordentlich lobenswert ansehen."

"Die westlichen Nationen, die den Marshall-Plan billigen, sind Werkzeuge des amerikanischen Imperialismus, aber die Kommunisten, die die Interessen der Sowjetunion hoeher stellen als die ihres eigenen Landes, sind unfehlbare Patrioten."

"ECA Office of Labor Information" Paris.

BOTSCHAFT DER AFL ZUM ERSTEN JAHRESTAG DES ECA

Am ersten Jahrestag des Bestehens des Verwaltungsausschusses fuer das ERP (ECA) sagte William Green, der Praesident der AFL, dass die "amerikanischen Investitionen in diesem konstruktiven Programm dazu beigetragen hat, die schweren wirtschaftlichen Leiden der Nationen Westeuropas zu heilen." Ferner brachte er

zum Ausdruck, dass die amerikanische Arbeiterschaft die Durchfuehrung des Europaeischen Wiederaufbauprogramms begreusse "weil es dazu gedient habe, den Weltfrieden zu bewahren und zu staerken...."

"Das Uebel des Hungers und der Arbeitslosigkeit, die beide parallel laufen, haben die Kraft ihres Volkes und die Entschlossenheit, seine Freiheit, seine Demokratie und selbst ihre Unabhaengigkeit zu wahren, unterminiert. Die Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit der westeuropaeischen Wirtschaftslage bildete einen fruchtbaren Boden fuer die totalitaere Propaganda und fuer eine Revolution. Die Fuenften Kolonnen des Kommunismus waren ungestuem auf dem Anmarsch, und der Zusammenbruch der Tschechoslowakei und ihre Unterwerfung unter die sowjetische Herrschaft bildete einen traurigen und dramatischen Praezedenzfall fuer das, was vielen anderen Nationen Europas bluehte...."

"Wir wussten, dass wir es uns nicht leisten konnten, einfach dazusitzen und zuzusehen, wie Hunger und Leiden ganz Europa zwingen, die Demokratie im Stich zu lassen und sich der Sklaverei zu unterwerfen. Das ist der Grund, weshalb wir trotz der starken Inanspruchnahme der Hilfsmittel, des Materials und des Wohlstandes unseres Landes fuer das Europaeische Wiederaufbau-Programm eingetreten sind."

"Wir wollen daran denken, dass dieses Programm mit den schwer erarbeiteten Loehnen der amerikanischen Arbeiter bezahlt worden ist - und es ist keineswegs ein imperialistisches Komplott, das von der Wallstreet finanziert wird, wie es die Kommunisten immer faelschlich hinstellen. Das Europaeische Wiederaufbau-Programm ist eine Anlage in Frieden und Bruederlichkeit, wofuer jede amerikanische Familie ihren Beitrag leistet. Heute hat unsere Investierung bereits Fruechte getragen...."

"An diesem Jahrestage des Verwaltungsausschusses fuer das ERP muessen wir uns auch mit der Zukunft befassen. Bis jetzt hat das Europaeische Wiederaufbau-Programm einen vielversprechenden Verlauf genommen. Wir muessen es fortsetzen und es so weit wie moeglich unterstuetzen, bis sich unsere friedliebenden Freunde in Europa wieder soweit erholt haben, dass sie sich selbst erhalten koennen, und bis ihre Freiheit gesichert ist, wie auch die Moeglichkeit, eine demokratische Lebensweise, wie sie sie wuenschen, beizubehalten."

DIE KOMMUNISTEN VERLIEREN IN HOLLAND AN BODEN

Nachstehend aufgefuehrte Zahlen ueber die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften Hollands sprechen fuer sich:-

	<u>1 Januar 1948</u>	<u>1 Oktober 1948</u>
N.V.V. (Sozialisten)	330.000	360.000
C.N.V. (Christliche)	131.600	143.800
K.A.B. (Roemisch-Katholische)	251.500	264.800
E.V.C. (Kommunistische)	176.900	166.200

Es hat den Anschein, als wenn sich der Kampf der Kommunisten gegen das ERP nicht besonders vorteilhaft auf ihre Mitglieder-Werbekampagne ausgewirkt hat.

"ECA Office of Labor Information" Paris.

ANTWORT AUF WEITERE VORWUERFE DER RUSSEN

Das Problem der Beschaffung von Angestellten fuer die Bueroarbeiten bei den Vereinten Nationen ist fuer das Sekretariat, das dafuer verantwortlich ist, ziemlich kompliziert. In jedem Jahr wird die Zahl der Bueroangestellten, Sekretaere und Sekretaerinnen, der Uebersetzer, Forschungsexperten und anderer Spezialisten

groesser. Jedes Mitgliedsland der Vereinten Nationen hat das Recht, eine bestimmte Quote an Angestellten fuer das Sekretariatspersonal zu stellen. Nun hat die "New Times" in Russland den Vorwurf erhoben, dass die Vereinigten Staaten eine zu grosse Anzahl Posten mit ihren Leuten besetzt haetten und folgerten nun daraus, dass Russland und die Laender des "Eisernen Vorhangs" den anderen Staaten gegenueber im Nachteil seien. Die Tatsachen liegen aber anders:

	Beschaeftigte <u>Angestellte</u>	Zulaessige <u>Quote</u>
Vereinigte Staaten	335	400
Vereinigtes Koenigreich	114	115
Frankreich	71	75
Sowjetunion	13	79
Polen	20	12
Tschechoslowakei	20	11
Jugoslawien	5	4

Drei Laender des "Eisernen Vorhangs" haben also mehr Angestellte als ihnen nach ihrer Quote zustehen. Russland verfuegt ueber eine groessere Quote als Frankreich, hat aber kein Personal gestellt, obwohl es mehrmals dazu aufgefordert worden ist. Die in den Quoten verzeichneten Personen umfassen Arbeitskraefte der Gruppe 7 und darueber. In die Quote miteinbegriffen sind nicht Arbeitskraefte wie Bueroangestellte, Chauffeure, und Arbeiter in den Gebaeuden.

State Department "Radio Bulletin" 31. Maerz 49

DIE AFL BILLIGT EINEN PLAN ZUR GRUENDUNG EINES NEUEN
WELTGEWERKSCHAFTSBUNDES

Folgender Artikel ist ein Bericht von dem Korrespondenten fuer Arbeitsfragen aus Washington fuer die "New York Times", Louis Stark. Dieser Bericht betrifft einen der wichtigsten einleitenden Schritte zur Gruendung eines neuen Weltgewerkschaftsbundes. Dieser Beschluss der AFL, mit ihrem Konkurrenten, dem CIO, zusammenzugehen, wird fuer viele eine willkommene Neuigkeit sein.

"Heute (am 7. April) hat die AFL vorgeschlagen, dass in Kuerze besondere Schritte unternommen werden sollen, um den von den Kommunisten beherrschten Weltgewerkschaftsbund (WFTU) durch einen die ganze Welt umspannenden Gewerkschaftsbund zu ersetzen. Der Gewerkschaftsausschuss fuer internationale Arbeitsbeziehungen trat heute zusammen und beschloss zu empfehlen, dass der Exekutivrat der AFL erneut seine Bereitwilligkeit, an der Gruendung einer neuen Weltvereinigung der freien Gewerkschaften mitzuarbeiten, zum Ausdruck bringen sollte. Ueber diesen Vorschlag wird der Rat am 16. Mai in Cleveland Besprechungen abhalten.

"Die Tatsache, die in der Erklaerung der AFL nicht enthalten war, besagt, dass es dem Arbeitsausschuss der AFL gelungen war, diejenigen einflussreichen Funktionaere zu diesem Schritt zu gewinnen, die energisch den Gedanken zurueckgewiesen hatten, einer neuen Koerperschaft der Arbeiterschaft der Welt zusammen mit dem CIO beizutreten.

Eine Erklaerung, die den CIO enttaeuscht

"Trotz dieser Aenderung in der Politik waren doch die CIO-Funktionaere ueber die Massnahme des AFL etwas enttaeuscht. Dies bezog sich hauptsaechlich auf die Art und Weise, in der die Erklaerung des AFL abgefasst war, wo von der Art, wie die Vertretungsfrage in der neuen Arbeiterkoerperschaft geregelt werden sollte, die Rede war. Der AFL-Ausschuss, dessen Vorsitzender Matthew Woll ist, schlug

die Bildung eines vorläufigen Ausschusses vor, der die europäischen sowie die nord- und südamerikanischen Gewerkschaften vertreten sollte, und der die Lage vorerst einmal prüfen sollte.

"Dieser Ausschuss sollte, wenn möglich, im Juni in Genf zusammentreten und später jedem der Gewerkschaftsbünde, die eingeladen werden sollten, einen Bericht zustellen. Danach sollte dann eine Gründungskonferenz für die neue Weltgewerkschaftsorganisation einberufen werden. Wenn man sich dem heute dargelegten Programm anschließen würde, dann würde die Genfer Konferenz im Juni einen Gegenstoß der freien Gewerkschaften gegen die Konferenz darstellen, die vom WFTU für Juni in Mailand geplant ist....

"Die Entscheidung darüber, dass der CIO einen Teil des neuen Weltbundes bilden wird, war von Bedeutung, denn sie ebnete den Weg für die Einbeziehung der sogenannten rivalisierenden Arbeiterbünde in den verschiedenen Ländern in die Mitgliedschaft. Dies bedeutet, dass in Frankreich, Italien, Canada, Belgien, Holland und anderen Ländern, wo verschiedene Gewerkschaftsbünde existieren, ihrem Beitritt nicht das Hindernis des "dualistischen Gewerkschaftswesens" im Wege stehen würde.

Die Beziehungen zwischen der AFL und dem CIO werden erwogen.

"Manche AFL-Funktionäre haben darauf bestanden, dass ihrer Organisation eine "vorherrschende" Stellung eingeräumt wird, soweit die Mitgliedschaft der amerikanischen Arbeiterorganisationen in der neuen Weltorganisation in Frage kommt. Diese Frage wird aber nicht direkt auftauchen, da die AFL für ihre 8 Millionen Mitglieder Beiträge pro Kopf entrichten wird, und der CIO desgleichen für seine 6 Millionen Mitglieder. So würden also die Stimmen, die auf den Beiträgen begründet sind, der AFL eine etwas günstigere Lage verschaffen, dies wird aber als nicht so bedeutungsvoll angesehen, es sei denn, die Frage der "Gleichberechtigung" für den CIO sollte aufgeworfen werden.

"Für die AFL ist dies eine delikate Angelegenheit, und zwar wegen ihrer Mitgliedschaft in der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO), in der die Vorschriften die Mitgliedschaft irgendeiner Arbeiterkörperschaft auf die "vorherrschende" in der Nation beschränken. Diese Vorschrift verbietet für den CIO in der ILO den Status der "Gleichheit", und als Ergebnis hat sich der CIO geweigert, das zu akzeptieren, was er als "niedrigeren Status" bezeichnet, indem er bei den Sitzungen der ILO nur durch "Ratgeber" vertreten wird, die dem AFL-Delegierten zugewiesen sind.

"Die Erklärung der AFL gab zu verstehen, dass die großen Arbeiterbünde der großen Nationen nicht danach trachten dürfen, die neue Gewerkschaftsorganisation zu beherrschen und dass man "mit den Methoden der Grossmachtspolitik vollkommen brechen müsste". Es wurde auch angekündigt, dass die AFL in Tokio ein Büro für ihre Arbeit in Japan und Korea und ein weiteres in Indien für Südostasien errichten wollte."

"New York Times" 8. April 1949

SCHARFE ARBEITSGESETZGEBUNG UND ARBEITSFRIEDE

Die Liga für politische Erziehung der AFL hat vor kurzem folgende Erklärung in ihrer offiziellen Zeitschrift veröffentlicht. Zum Schluss wird in dieser Erklärung zum Ausdruck gebracht, dass "scharfe Schlichtungs-Gesetze" die dazu dienen sollen, die freien Gewerkschaften zu zügeln keineswegs wirksam erzwungen werden können.

"Diejenigen arbeiterfeindlichen Kongressmitglieder, die sich für ein Streikverbot in den sogenannten Notstandsunternehmen des Landes und gemeinnützigen Einrichtungen einsetzen, sollten sich einmal vor Augen führen, was sich bei dem

Muellabfuhrstreik in Yonkers, New York, in diesem Monat (Maerz) ereignete.

"Vor zwei Jahren hatte der Gouverneur Dewey das Condon-Wadlin-Gesetz durchgepeitscht, dem zufolge den Angestellten im oeffentlichen Dienst das Streiken verboten ist, das andererseits aber keine zufriedenstellende Regelung fuer die Festsetzung von Loehnen und Arbeitsbedingungen vorsieht. Nachdem der Streik 8 Tage gedauert hatte, konnten die Angestellten der Abteilung Muellbeseitigung in Yonkers wieder ohne jeden Nachteil an die Arbeit gehen, trotz der Tatsache, dass lt. dem Condon-Wadlin-Gesetz jeder oeffentliche Angestellte, der in den Streik tritt, nur auf 5 Jahre Probe wieder eingestellt werden kann und 3 Jahre lang keine Lohnerhoehung erhaelt.

Diese Situation aehmt der, wie sie sich kurz nach dem Kriege in Australien zeigte. In Australien bestand wohl ein obligatorisches Schiedsgesetz, aber dennoch traten 60% der organisierten Arbeiter sofort nach Beendigung des Krieges in den Streik. Offenbar konnte man aber nicht 60% der Arbeiter des Landes ins Gefaengnis stecken. Das oeffentliche Interesse machte es erforderlich, dass die Arbeiter ihre Taetigkeit wieder aufnahmen, und dass die Produktion wieder anhief. Australien musste das Gesetz in den Buechern vergessen und Schieds- und Ausgleichsverfahren anwenden, um den Streit beizulegen....."

"AFL League Reporter" 28. Maerz 1949

DER PRAESIDENT DER AFL BEANTWORTET EINIGE FRAGEN

Ein Korrespondent der amerikanischen Zeitschrift "U.S. News and World Report" interviewte vor kurzem William Green, den Praesidenten der AFL ueber die Ansichten seiner Organisation in bezug auf gewisse wichtige Tagesfragen. Die Antworten Greens werden zweifellos fuer die deutschen Gewerkschaften von Interesse sein.

Frage: Mr. Green, sind Sie der Meinung, dass die Gewerkschaften heute staerker sind als jemals zuvor."

Antwort: "Jawohl, ich bin der Ansicht, dass die Gewerkschaften mehr Mitglieder haben als frueher. In der AFL haben wir eine Mitgliederzahl von 8 Millionen erreicht. Seit der Zeit, da ich vor 25 Jahren ihr Praesident geworden bin, ist sie staendig gestiegen. Damals hatte sie 2½ Millionen Mitglieder."

Frage: "Ist die Mitgliederzahl auch unter dem Taft-Hartley-Gesetz gestiegen."

Antwort: Ich glaube, dass die Mitgliederzahl stark gestiegen ist, seitdem dieses Gesetz erlassen wurde, und hauptsaechlich wegen der Besserung der wirtschaftlichen Verhaeltnisse. Wenn die Beschaeftigung ansteigt, dann werden unsere Gewerkschaften groesser, sinkt aber die Beschaeftigung, dann werden sie kleiner. Das Taft-Hartley-Gesetz hat aber die gewerkschaftliche Organisation ernstlich beeintraechtigt, besonders in bezug auf unsere Bemuehungen, die Arbeiter im Sueden zu organisieren."

Frage: Wie gross schaeetzen Sie die Zahl aller Mitglieder der organisierten Arbeiterschaft (in den Vereinigten Staaten)."

Antwort: "Bei einer zivilen Arbeiterschaft von insgesamt 60 Millionen Menschen wird sie auf etwa 15 Millionen geschaetzt...."

Frage: "Wie kommt es, dass die AFL es fuer notwendig erachtet, das "closed shop" System beizubehalten. "(In der Gewerkschaftssprache bedeutet ein "closed shop", dass es sich hier um einen Betrieb handelt, in dem jeder Arbeiter Gewerkschaftsmitglied sein muss).

Antwort: Aus Erfahrung haben wir festgestellt, dass wir durch Aufrechterhaltung des "closed shop" Systems ueber Loehne und anstaendige Beschaeftigungsbedingungen verhandeln koennen. Und dass stehen viele Arbeitgeber dem "closed shop" System wohlwollend gegenueber, weil es ein hoeheres Mass an Zusammenarbeit, gutem Willen und Durchfuehrung guter Arbeitsbeziehungen schafft.

Sie brauchen sich dann keine Gedanken darueber zu machen, ob Sie der Gewerkschaft beitreten wollen oder nicht, sobald das "closed shop" System im Betrieb eingefuehrt ist."

Frage: "Es wird manchmal behauptet, dass ein "geschlossener Betrieb" (closed shop) ein Monopol darstellt. Wuerden Sie willens sein, gesetzliche Schutzmassnahmen fuer einen "closed shop" zu akzeptieren, so dass die Regierung die Verhaeltnisse ueberwacht und Misstaende verhindert."

Antwort: "Wie kann die Rede von einem Monopol sein, wenn von 60 Millionen Menschen 15 Millionen organisiert sind."

Frage: "Kann es denn nicht in einem besonderen Industriezweig ein Monopol darstellen."

Antwort: Ich sehe das nicht ein, warum es ein Monopol sein soll. Ich glaube, es ist etwa dasselbe, als wenn Direktoren einer Aktiengesellschaft und Vertreter der Arbeiterschaft ein Lohnabkommen unter sich aushandeln, was doch auch kein Monopol darstellt. Es ist lediglich ein "geschlossener" Gewerkschaftsbetrieb, und das bedeutet, dass die Arbeiter einer Gewerkschaft angehoren sollen, und dass die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung nicht zwischen dem einzelnen Arbeiter und der Betriebsleitung, sondern zwischen der Betriebsleitung und der Gewerkschaft gefuehrt werden, und dass dann die Gewerkschaft fuer die Festlegung des Abkommens verantwortlich ist."

Frage: "Um auf das "closed shop" System zurueckzukommen, ist etwas Wahres daran, wenn behauptet wird, dass Sie dadurch, dass Sie Ihr Lehrlingssystem benutzen, Sie die Gestellung von Arbeitskraefte beschraenken."

Antwort: "Das Lehrlingssystem wird in Uebereinstimmung mit dem Abkommen mit der Betriebsleitung angewendet. Die Anzahl der Lehrlinge, die beschaeftigt werden, basiert auf den Markterfordernissen. Es ist wichtig, erfahrene Fachleute zu haben und Lehrlinge, die dazu erzogen werden, die Arbeit zu leisten -- so dass also, wenn Sie ein Gebaeude errichten wollen, Sie es auch gut bauen wollen. Wenn Sie eine Bruecke bauen, dann wollen Sie sie gut bauen. Das aber koennen nur erfahrene und tuechtige Maenner tun."

Frage: "Macht sich die AFL ueber die Arbeitslosigkeit Sorgen."

Antwort: "Nein, wenigstens nicht im Augenblick, Wegen der steigenden Arbeitslosigkeit waehrend der letzten paar Monate regen wir uns nicht sehr auf, wir sind aber der Meinung, dass die wirtschaftliche Grundlage in Amerika gut fundiert ist, und es bestehen die Aussichten, dass das Geschaefte im naechsten bzw. innerhalb der naechsten 2 Jahre in ebenso guter Form weitergehen wird, wie das bisher der Fall gewesen ist."

Frage: "Glauben Sie, dass die Kaufkraft hoch gehalten werden muss, um eine Hoechstproduktion aufrechtzuerhalten."

Antwort: "So ist es. Es ist dies ein wirtschaftliches Gesetz das wir nicht aendern koennen. Wenn wir eine gesunde Wirtschaft aufrechterhalten wollen, dann muss die Kaufkraft unseren Produktionsfaehigkeiten entsprechen. Wenn Sie mehr produzieren koennen, als Ihnen zu kaufen moeglich ist, dann muessen Sie zwangslaefig einen Ueberfluss schaffen. Wenn Sie aber andererseits das kaufen koennen, was Sie herstellen, dann ist die Nachfrage konstant und ausgeglichen, und entspricht somit praktisch unserer Produktionskapazitaet. Jeder Arbeitgeber wird das unterstreichen."

Frage: "Sind Sie der Meinung, dass die Preise nach unten angeglichen und die Loehne dennoch beibehalten werden koennen."

Antwort: "Wir haben uns gefragt, ob die Preise reduziert und die Loehne beibehalten werden koennen oder nicht, weil die Profite ziemlich hoch gewesen sind. Ich bin der Meinung, dass die Profite in den letzten 1-2 Jahren groesser

gewesen sind als dies fuer eine laengere Zeit der Fall gewesen ist. Aus diesen erhoekten Profiten heraus koennten die Verkaufspreise herabgesetzt werden, ohne dass man die Loehne senken muesste."

Frage: "Sind sich die AFL und der CIO jetzt naeher gekommen, als es frueher der Fall war."

Antwort: "Davon ist mir nichts bekannt. Sie sind sich heute nicht naeher gekommen als es vor einem Jahr, vor 2 oder 5 Jahren der Fall war."

Frage: "Wird jetzt irgend etwas unternommen, um ueber einen Frieden zu verhandeln (Frieden zwischen AFL und CIO)."

Antwort: "Nein, im Augenblick nicht. Ich meinerseits fasse das so auf, dass sich dieser Friede als Ergebnis der Aufloesung des Weltgewerkschaftsbundes entwickeln koennte. Wie Sie wissen, sind der CIO und eine Anzahl anderer Gewerkschaften in den freien demokratischen Laendern Europas aus dem Weltgewerkschaftsbund ausgetreten und haben die Gruendung eines neuen Weltgewerkschaftsbundes gefordert, der sich aus demokratischen Gewerkschaften ohne irgendwelche kommunistischen Organisationen zusammensetzt. Als Erfolg davon werden Verhandlungen stattfinden, die evtl. zu einer Festigung unserer hiesigen Gewerkschaftsbewegungen fuehren koennten....."

Frage: "Was halten Sie von der Sozialisierung. Beguenstigt die AFL die Sozialisierung der Industrie."

Antwort: "Da wir ein System des Freien Unternehmens, wie wir es hier in den Vereinigten Staaten haben, verteidigen, sind wir dagegen, und Amerika ist die letzte Bastion des Systems des Freien Unternehmens. In allen anderen Laendern der Welt wird dieses System abgeschafft."

Frage: "Glauben Sie, dass die Gewerkschaften etwas dazu tun, dass dieses System hier beibehalten wird."

Antwort: "Ja".

Frage: "Sie haben also, bzw. vertreten eine andere Philosophie als z.B. die englischen Gewerkschaften."

Antwort: "Ja, wovor ich in dieser Hinsicht die engherzigen Unternehmer zu warnen versucht habe, ist, dass sie aufhoeren sollten, den Versuch zu machen, eine Einrichtung zu zerschlagen, die dafuer kaempft, ihr System des Freien Unternehmens zu schuetzen. Das tun sie mit Hilfe des Taft-Hartley-Gesetzes. Was ist denn nun besser fuer sie; wenn sie darauf hinarbeiten, dass das Taft-Hartley-Gesetz die Gewerkschaften schwaecht, dass sie ausgeschaltet werden, oder dafuer zu sorgen, dass sie stark bleiben, damit sie fuer sie kaempfen koennen."

"In der Tschechoslowakei bestand eine vortreffliche freie Gewerkschaftsbewegung. Sie arbeitete ausgezeichnet. Sie wurde weder von der Regierung beherrscht noch stand sie unter ihrer Kontrolle. Nach dem Kriege, als die Menschen hungrig und am Verhungern waren, sickerten die Kommunisten langsam, aber sicher in die Gewerkschaftsbewegungen ein. Schliesslich kam der Tag, an dem die Revolution durchgefuehrt werden sollte, und da war es die Gewerkschaftsbewegung, die von einer freien demokratischen Gewerkschaftsbewegung in eine kommunistischen umgewandelt werden war, die die Revolution einleitete und weiterfuehrte. Als Ergebnis davon wurde die Tschechoslowakei ein Teil des "Eisernen Vorhangs". Aus den Aussagen der in New York verhoerten Kommunisten geht hervor, dass sie in Amerika auf die gleiche Art und Weise vorgehen wuerden. Gluecklicherweise haben sie hier keine Fortschritte erzielt, weil wir ihnen gegenueber in einer unwiderstehlichen und kompromisslosen Opposition stehen."

"Overseas American News Service" 7. April 1949

DIE LAGE DER FRAUEN IN DER SOWJETUNION

Malvina Lindsay, Buehnerschriftstellerin bei der "Washington Post" hat vor kurzem einen Artikel ueber die Lage der Frauen in der Sowjetunion veroeffentlicht. Sie berichtete, dass man in den Berufen die Frauen nicht unterschiedlich behandelt, dass die meisten Arbeiterinnen in diesem Lande aber ein beschwerliches und hartes Leben als Eisenschmiede, Bergwerks-Kohlenarbeiterinnen, Dockarbeiter, Saegemuehlenarbeiter, Streckenarbeiterinnen, Strassenreinigerinnen und Landarbeiterinnen fiihren. Gewoehnlich arbeiten solche Arbeiterinnen schwer unter der Aufsicht von Maenner.

"Wirkliche Machtstellungen in der kommunistischen Partei, in der Regierung und in der Wirtschaft nehmen die Frauen noch nicht ein. Trotz der Tatsache, dass gelegentlich eine Frau zum Gesandten ernannt wird, spielen die Frauen im diplomatischen Dienst nur eine untergeordnete Rolle....Die Gleichheit in Sowjetrussland hat fuer manche Frauen bessere Gelegenheiten geschaffen, insbesondere bei den Landfrauen und fuer die Frauen in den asiatischen Republiken, aber im allgemeinen sind die Frauen durch den niedrigen Lebensstandard besonderen Haerften ausgesetzt.. In der Sechstage-Woche muss die sowjetische Arbeiterin noch ihre Hausarbeit verrichten und sich auf dem Markt versorgen, nachdem sie nach Hause gekommen ist. Ihr Mann hilft ihr selten.

"Die typische Arbeiterin in der Stadt kehrt von der Arbeit in ihren Hausstand zurueck, der fuer sie und ihre Familie aus einem Zimmer besteht. Eine Wohnung, die aus 3 oder 4 Zimmern besteht, ist gewoehnlich mit 3 oder 4 Familien belegt. Frauen in den Kollektivwirtschaften haben gewoehnlich eine separate Unterkunft, aber die Einrichtung ist primitiv.....

"Die Sowjetfrauen werden staendig an ihr Privileg erinnert, dass sie an der grossen Arbeit fuer den sozialistischen Wiederaufbau teilhaben. Ob ihre Gleichheit auch soweit geht, dass sie mehr Macht und Ehren geniessen koennen, erscheint jetzt zweifelhaft, trotz der kuerzlichen Erklaerung des Zentralkomitees. Es wird angenommen, dass die Tendenz sich augenblicklich mehr von der Gleichheit als zu ihr hin bewegt; dies gilt besonders fuer die Stadtfrauen, deren Auswahl in den Berufen mehr und mehr beschraenkt wird...

State Department "Radio Bulletin" 30. Maerz 1949

DIE BEDEUTUNG DER GEGENFONDS-HINTERLEGUNGSGELDER (COUNTERPART FUNDS) DES MARSHALL-PLANS

"Nach einem sinnreichen finanziellen Plan, der ausgearbeitet wurde, als das Gesetz erlassen wurde, erfuellen die Marshallplan-Dollars in Europa eine doppelte Aufgabe, Zunaechst einmal gestatten die amerikanischen Dollarkredite den Ankauf von Lebensmitteln, Gebrauchsguetern sowie Bergwerks, Transport- und Industrie-Ausruestungen in Amerika oder in anderen Laendern, die sich die europaeischen Laender sonst wegen Devisenmangels nicht beschaffen koennten, Das Werk eines jeden Dollars ist jedoch erst halb getan, wenn diese Transaktion durchgefuehrt ist. In jedem unterstuetzten Land zahlt der Empfaenger der amerikanischen Zuschuesse fuer die Ausruestungen, Maschinen oder Lebensmittel in Pfunden, Francs, Lire, Drachmen, Kronen oder Schillingen."

"Diese "Gegenfonds-Hinterlegungsgelder" (counterpart funds), unter welcher Bezeichnung sie bekannt geworden sind, werden in einem besonderen Treuhandkonto in jedem Lande deponiert. Im internationalen Handel sind sie im allgemeinen wertlos, im internen Gebrauch aber sind sie bei Projekten, wie z.B. Fabrikanlagen, Strassenbau, Reparaturen von zerbombten Bruecken und Transportsystemen usw. so gut wie Gold.

"Nach den ECA Vereinbarungen sind 5% dieser Counterpart Funds fuer die Vereinten Staaten fuer Verwaltungsausgaben in Verbindung mit dem Marshallplan wie

auch fuer andere Zwecke verfuegbar. Die verbleibenden 95% koennen nur mit Genehmigung des ECA-Leiters Hoffman ausgegeben werden und muessen fuer Projekte angelegt werden, die den inneren Aufbau der betreffenden Laender foerdern."

"Bis zum 31. Januar, dem letzten Datum, an dem die Zahlen fuer die counterpart funds vorliegen, hat Frankreich nahezu 168 Milliarden Francs angesammelt und groess-
tentheils ausgegeben; das entspricht einem Gegenwert von 717 Millionen Dollar. Der
englische Counterpart Fund hat ueber 95 Millionen Pfund(\$380.000.000) erhalten.
Hier sind die entsprechenden Zahlen fuer andere Nationen: Italien 114 Milliarden
Lire (\$196.000.000), Griechenland 639 Milliarden Drachmen (\$64.000.000), Oester-
reich 1.839 Milliarden Schillinge (\$184.000.000) und Norwegen 147 Milliarden Kronen
(\$30.000.000)."

"Diese lokalen Aufbau-Fonds kommen im grossen und ganzen den Dollarzuschuessen
die Italien von den Vereinigten Staaten erhalten hat, gleich und ergaenzen sie.
Die Counterpart Funds werden dazu benuetzt, um Suempfe trocken zu legen, um Ozean-
schiffe wieder flott zu machen, 2.000 Eisenbahnbruecken wiederherzustellen und Stahl-
werke fertigzustellen, die Mussolini vor dem Kriege in Angriff nahm. In Frankreich
wird die Modernisierung der Kohlengruben, der Bau von Kraftwerken und Duengemittel-
fabriken durch die Ansammlung von Geldern, die aus den Verkaeuften von amerikanischen
Maschinenlieferungen stammen, ermoeeglicht."

"New York Post Editorial" 4. April 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 11

Berlin, 6. Mai 1949

AMERIKANISCHE METHODEN ZUR DURCHFÜHRUNG VON GEWERKSCHAFTSABKOMMEN

Das amerikanische Arbeitsministerium hat umfangreiche und ausgedehnte Studien bzw. Untersuchungen ueber die Bestimmungen fuer die Durchfuehrung von Kollektivverhandlungen und Abkommen zwischen Arbeitgebern (oder Arbeitgebervereinigungen) und den Gewerkschaften vorgenommen. Ueber dieses Thema ist eine Anzahl Broschueren veroeffentlicht worden. Diese werden spaeter als Kapital eines Buches erscheinen. Der folgende Artikel bildet eine Zusammenfassung einer vor kurzem herausgegebenen Broschuere ueber die Methoden, die von den Arbeitgebern und den Gewerkschaften bei der Durchfuehrung von Abkommen Anwendung finden.

Beim Lesen nachstehender Zusammenstellung sollte man sich vor Augen halten, dass das Hauptziel sowohl fuer die Arbeitgeber wie auch fuer die Gewerkschaften beim Aufbau ihres eigenen Mechanismus zwecks Durchfuehrung eines Abkommens darin besteht, Gerichtsprozesse zu vermeiden. Die amerikanischen Gewerkschaften und Arbeitgeber treten energisch fuer die Anwendung eines privaten Mechanismus zur Beilegung von Differenzen ein. Sie ziehen es vor, sich in die Kosten des gerichtsaehnlichen Mechanismus des Schiedsverfahrens zu teilen.

Die Durchfuehrung von Gewerkschaftsabkommen

1. Einfuehrung

Gewoehnlich laeuft die Kollektivverhandlung auf ein geschriebenes Abkommen hinaus, das vom Arbeitgeber und den Gewerkschaftsvertretern unterzeichnet wird und als gesetzlich bindender Kontrakt durchfuehrbar ist. Nach dem bestehenden Gesetz koennen sich die an einem Kollektivvertrag beteiligten Parteien an die Gerichte wenden, um eine Durchfuehrung eines Abkommens zu erzwingen.....

In der Praxis werden die Gerichte nur selten zwecks Durchsetzung von Abkommen angerufen; die Durchfuehrung haengt zum grossen Teil von der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der betreffenden Parteien ab. Diese grundlegende Fuehlungsnaehme erkluert die relative Seltenheit besonderer und ausfuehrlicher Bestimmungen in den Abkommen, die darauf abgestellt sind, die Durchsetzung der in ihnen enthaltenen Vorschriften zu sichern. Wo dennoch solche besonderen Klauseln festgelegt sind, ist dies durch Verhaeltnisse zu erkluern, wie sie der betreffenden Industrie eigentuemlich sind, oder durch Schwierigkeiten, wie sie sich kuerzlich bei der Aufrechterhaltung der Beziehungen bei Kollektivverhandlungen zeigten.

Die Einhaltung der Bestimmungen, der Arbeitsbedingungen und der Verpflichtungen, die sich aus dem Abkommen ergeben, wird normalerweise durch ein gerichtsaehnliches Verfahren gesichert, das im Kontrakt selbst niedergelegt ist --- durch das Beschwerde- und Schiedsverfahren. Dieses Verfahren wird angewandt, um die

sich taeglich ergebenden Missverstaendnisse und Streitfaelle in der Auslegung oder Anwendung des Abkommens wie auch die Streitfaelle zu behandeln, die angebliche Verletzungen zum Gegenstand haben.....

Viele Abkommen enthalten eine gegenseitige Verpflichtung zur Einhaltung, und selbst, wenn solche Verpflichtungen nicht ausdruücklich festgelegt sind, dann werden sie haeufig stillschweigend durch allgemeine Erklaerungen in dem Sinne miteinbe-griffen, dass das Abkommen bis zu seinem Ablauf in Kraft und bindend ist. Erklaerun-gen, denen zufolge Firmenbestimmungen und Gewerkschaftsvorschriften, verfassungsmaessige Bestimmungen oder Satzungen in keiner Weise mit dem Abkommen kollidieren duerfen, sind zusaetzliche Vorsichtsmassnahmen gegen eine Umgehung der Verletzung des Abkommens.....

2. Allgemeine Bestimmungen fuer die Einhaltung

Obwohl die Tatsache des Abschlusses eines Abkommens die Absicht in sich schliesst, die im Abkommen niedergelegten Bestimmungen durchzufuehren, enthalten doch die meisten Abkommen eine allgemeine Erklaerung in dem Sinne, dass diese bis zu ihrem Ablauf in Kraft und bindend sind, und dass sich die Parteien an die Bestimmungen des Abkommens halten und ihre Verpflichtungen einhalten wollen.

Abkommen, an denen Arbeitgeberverbaende beteiligt sind, sind oft in einem Stil aufgesetzt, demzufolge die einzelnen Mitgliedfirmen an die Bedingungen des Abkommens gebunden sind. Bei manchen Abkommen mit Arbeitgeberverbaenden wird der Verband fuer die Einhaltung der Bestimmungen seitens der einzelnen Mitgliedfirmen verantwortlich gemacht.

Andere allgemeine Klauseln, die die Einhaltung des Abkommens gewaehrleisten sollen, untersagen Handlungen, wie z.B. Umgruppierung von Angestellten oder von Dienstobliegenheiten, oder einen Abschluss von Untervertraegen mit anderen Arbeitgebern, um die Verpflichtungen zu umgehen, die im Abkommen vorgesehen sind.

3. Hilfsmittel fuer die Durchsetzung

Manchmal enthalten die Abkommen Vorschriften, die dazu bestimmt sind, den Gewerkschaften dabei zu helfen, sich hinlaenglich darueber zu informieren, ob der Vertrag auch vom Arbeitgeber eingehalten wird. Manchen Abkommen zufolge ist den Gewerkschaftsvertretern der Zutritt zum Werk gestattet, damit sie sich von der Einhaltung der Vereinbarungen ueberzeugen koennen. Lt. anderen wiederum haben die Gewerkschaftsvertreter das Recht, die Lohnlisten und die Personalakten einzusehen, und in manchen Faellen wird die Weigerung, dies zu gestatten, als ein mutmasslicher Beweis fuer eine Verletzung des Abkommens angesehen.....Vorherige Benachrichtigung der Gewerkschaft von gewissen Handlungen des Arbeitgebers, wie z.B. Verwarnung Entlassung, bzw. zeitweilige Arbeitsniederlegung gibt der Gewerkschaft ebenfalls das Recht, zu pruefen, ob die Bestimmungen des Abkommens durchgefuehrt wurden.

Manchmal sind in Abkommen, die mit Arbeitgeberverbaenden abgeschlossen werden, Ausschuesse vorgesehen, die sich gewoehnlich aus einem ubparteilichen Vorsitzenden und Vertretern dieses Verbandes und der Gewerkschaft zusammensetzen, die die Durchsetzung des Abkommens ueberwachen.

4. Die Errichtung von Kautionsfonds.

Gelegentlich wird von einer der beiden Parteien oder von allen beiden die Hinterlegung eines Fonds oder einer Kaution zur Sicherheit verlangt, und zwar als Sicherheit daefuer, dass die Bestimmungen des Abkommens eingehalten werden, oder als Schadenersatz fuer Verstoesse, oder um die Zahlung von irgendwelchen Strafen, rueckwirkenden Loehnen usw. sicherzustellen.

Nach manchen Abkommen, die mit Arbeitgeberverbaenden abgeschlossen werden, wird die Stellung einer Kautionssumme von solchen Mitgliedfirmen nicht verlangt, die sich eines guten Rufs erfreuen; von Mitgliedfirmen, die ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden, sowie von Arbeitgebern, die nicht Mitglied sind, kann aber verlangt werden, dass sie eine Kaution stellen. In anderen Faellen unter-

liegen die unabhängigen Arbeitgeber der Rechtsprechung der gemischten Kommissionen oder dem Schieds- bzw. Durchführungsmechanismus, der geschaffen wird, um den Verbandsvertrag zu vollstrecken, und es kann von ihnen verlangt werden, dass sie zum Unterhalt dieses Mechanismus beisteuern.

Wenn fuer die Verletzung des Abkommens Schadenersatz gezahlt werden muss, dann wird im allgemeinen von dem betreffenden Arbeitgeber verlangt, dass er eine zusaetzliche Zahlung leistet, damit der im Abkommen vorgesehene Kautionsbetrag in der vorgeschriebenen Hoehe beibehalten wird.

5. Beendigung des Abkommens als Strafe fuer seine Verletzung

Die Abkommen bleiben gewoehnlich fuer eine bestimmte Zeitspanne in Kraft, am haeufigsten fuer ein Jahr, manchmal ist aber vorgesehen, dass ein Verstoss seitens einer Partei der anderen Partei das Recht gibt, das Abkommen vor seinem Ablauf zu loesen. Oft ist aber dabei vorgesehen, dass eine Beendigung keine Wirkung hat, wenn nicht ein Schiedsman vorher bestimmt hat, ob ein Abkommen verletzt wurde oder nicht. Bei Abkommen mit Arbeitgeberverbaenden kann durch die Verletzung seitens eines der Mitglieder das Abkommen geloest werden, soweit die betreffende Mitgliedfirma in Frage kommt, gewoehnlich gibt dies aber der Gewerkschaft nicht das Recht, das Abkommen mit den anderen Mitgliedfirmen des Verbandes zu loesen. Wenn ein Arbeitgeber mit mehr als einer Ortsgewerkschaft der gleichen Landesgewerkschaft Abkommen getroffen hat, so koennen durch die Verletzung des Abkommens mit einer Ortsgewerkschaft diejenigen des betreffenden Arbeitgebers mit allen anderen Ortsgewerkschaften hinfaelig werden.

6. Sanktionen und Strafen fuer Arbeitgeber.

Zwecks Durchsetzung eines Vertrages stuetzen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften im allgemeinen auf andere Methoden als auf die Auferlegung von Strafen und Bussen, doch greift man zu solchen Massnahmen bei Verhaeltnissen, die fuer die Industrie eigentuemlich sind. So kann zum Beispiel wenn die scharfe Konkurrenz Lohnkuerzungen notwendig macht, wie in der Bekleidungsindustrie, im Abkommen vorgesehen werden, dass den Arbeitern ein Schadenersatz gezahlt wird, deren Loehne gekuerzt wurden, um jeden Konkurrenzvorteil auszugleichen, den ein Arbeitgeber durch die Verletzung des Abkommens gehabt haben mag.

In manchen Bestimmungen ist auch die Geldbusse fuer eine Verletzung des Abkommens seitens des Arbeitgebers festgesetzt. Gewoehnlich stuft sich der Betrag ja nach Art der Verletzung und nach Zahl fruereherer Verstoesse ab. In vielen Faellen ist jedoch der Schiedsman oder der unparteiische Vorsitzende ermachtigt, den fuer jeden Verstoss zu zahlenden Schadenersatz zu bestimmen. Zuzueglichen zu diesem Schadenersatz wird manchmal auch noch vom Arbeitgeber verlangt, dass er einen Bussebetrag zahlt, um die Kosten des Verfahrens zu decken. Es kann auch eine weitere Busse aufgelegt werden, die auf zukuenftige Verstoesse abschreckend wirken soll.

Nach manchen Abkommen, die mit Arbeitgeberverbaenden getroffen werden, werden flagrante oder wiederholte Uebeltaeter mit zeitweiligem oder gaenzlichem Ausschluss aus dem Verband bestraft. In anderen Faellen wird es ihm gestattet, weiterhin Mitglied des Verbandes zu bleiben, jedoch erhaelt er keine Unterstuetzung vom Verband.

Eine andere Strafe besteht darin, den betreffenden Arbeitgeber gewisser Vorrechte, die ihm dem Abkommen gemuess zustehen, zu berauben. So kann z.B. eine Gewerkschaft ermachtigt werden, ihm das "union label" (Gewerkschaftsetikett, d.h. Das Recht, seine Waren mit einem entsprechenden Vermerk der Gewerkschaft zu versehen, woraus hervorgeht, dass die Ware unter den Arbeitsbedingungen hergestellt wurde, wie sie mit der betreffenden Gewerkschaft vereinbart wurden) oder die "shop card" (eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass er zu gewerkschaft-

lich vereinbarten Bedingungen arbeitet) zu entziehen, sobald ein Verstoß eintritt.

Das Recht, in den Streik zu treten, auf das die Gewerkschaft Anspruch hat, ist vielleicht die schärfste Strafe für die Verletzung eines Abkommens seitens eines Arbeitgebers. In manchen Abkommen ist ganz besonders das Recht der Gewerkschaft auf Streik vorbehalten, um die Innehaltung des Abkommens durchzusetzen, selbst wenn die Streikaktion sonst untersagt ist.

7. Sanktionen und Strafen für die Gewerkschaften und das Personal

Ortsgewerkschaften, die sich eines Verstoßes gegen die Bestimmungen ihrer Abkommen schuldig machen, setzen sich manchmal einem Disziplinarverfahren seitens der Landesgewerkschaft aus. Die Massnahmen für solche Fälle werden gewöhnlich mehr in den Statuten der Gewerkschaften festgelegt als in den Kollektivvertragsabkommen. Die Strafen und Bussen erstrecken sich gewöhnlich insbesondere auf die "Nicht-Streik"-Klausel. Es kann eine Geldstrafe erhoben werden, oder dem Arbeitgeber kann gestattet werden, die "Union-security" - (*) oder die "Check-off" -(**) Bestimmungen des Abkommens rückgängig zu machen oder Beschwerdeverfahren zu hindern.

(*) "union security" : Ausdruck meist angewandt auf Bestimmungen innerhalb von Kollektivverträgen, die den "closed" oder "union-shop" (geschlossenen Gewerkschaftsbetrieb) garantieren oder die "maintenance of membership", d.h. die Beibehaltung der Mitgliedschaft für die, die einmal der Gewerkschaft beigetreten sind.

(**) "check off" : System, wonach der Unternehmer durch Vertrag mit der Gewerkschaft die Gewerkschaftsbeiträge- und -umlagen vom Lohn der Gewerkschaftsmitglieder abzieht und den Betrag der Gewerkschaft überweist. Einige Abkommen sehen automatischen "check off" für alle Gewerkschaftsmitglieder vor, manchmal auch "compulsory check off" (Zwangsabzug) genannt, während nach anderen Abkommen ein Abzug nur bei denjenigen Mitgliedern erfolgen darf, die den Unternehmer persönlich bevollmächtigen, derartige Abzüge zu machen (manchmal "voluntary check off" - freiwilliger Abzug genannt.)

Einzelne Angestellte, die das Abkommen verletzen, setzen sich einem Disziplinarverfahren aus, das von der Firma, von der Gewerkschaft oder auch von beiden durchgeführt wird. Ernstliche oder häufige Verstöße führen gewöhnlich zur Entlassung, jedoch können bei erstmaligen oder geringeren Verstößen weniger drastische Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden. Bei Verstößen gegen das Abkommen wird vor der Entlassung manchmal eine Untersuchung oder Zustimmung seitens der Gewerkschaft gefordert, und gewöhnlich werden solche Entlassungen durch ein Beschwerdeverfahren überprüft.

In manchen Abkommen wird von der Gewerkschaft verlangt, dass sie gegen ihre Mitglieder bei Verletzung des Abkommens disziplinarisch vorgeht, und in manchen Fällen wird bei der Gewerkschaft der Antrag auf Ausschluss gestellt. Gelegentlich geht die Gewerkschaft darauf ein, dem Arbeitgeber dabei zu helfen, Ersatzkräfte für solche Arbeiter zu finden, die das Abkommen verletzt haben.

8. Schutz vor der Verantwortlichkeit bei Kontraktbrüchen

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem Jahre 1947 haben manche Gewerkschaften versucht, die Auswirkungen der Bestimmungen des Gesetzes bei der Schadenersatzklage dadurch zu verkleinern, indem sie sich auf die Kontraktklauseln berufen, die diese

Bestimmungen entweder ganz ausschliessen oder aus Gerichtsverfahren entsprechende Verantwortlichkeit beschraenken. Allgemein nehmen solche Klauseln die Form gegenseitiger fester Verbindlichkeiten an, wonach die Streitfaelle zwecks Schlichtung nicht vor die Gerichte oder die Regierungsstellen gebracht werden sollen, und gewoehnlich ist eine Zusage darin enthalten, dass die Parteien die Absicht haben, alle Differenzen durch Verhandlungen oder durch ein Schiedsverfahren beizulegen.

In anderen Abkommen wieder ist keineswegs das Recht, an die Gerichte zu appellieren, gaenzlich ausgeschlossen, doch werden dann gewisse Einschränkungen vorgesehen, wie z.B. das Verbot, Klagen wegen Geldschaden anhaengig zu machen, oder Faelle, in denen man sich weigert, sich dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder sich dem Schiedsspruch zu fuegen.

Das Gesetz ueber die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von 1947 sieht insbesondere vor, dass bei der Feststellung, ob eine der beiden Parteien fuer die Handlungen ihrer "Vertreter" verantwortlich ist, die Frage, ob die Handlungen wirklich zulaessig waren oder spaeter sanktioniert wurden, unwesentlich ist. Einige Abkommen erfordern jedoch den strikten Nachweis fuer die Billigung oder Bestaetigung, bevor die Gesellschaft oder Gewerkschaft fuer die Handlungen ihrer "Vertreter" verantwortlich gemacht werden koennen. Da die internationalen wie auch die Ortsgewerkschaften nach dem Lokalkontrakt verantwortlich gemacht werden koennen, beschraenken manche Klauseln die Verantwortlichkeit der Stammgewerkschaft oder weisen darauf hin, dass einzig und allein die Lokalgewerkschaft fuer irgendwelche Zahlungen, die sich aus angeblichen Vertragsbruechen ergeben, verantwortlich ist. Andererseits wird in manchen Abkommen verlangt, dass Arbeitgeber und die Gewerkschaft die volle Verantwortung fuer die Handlungen ihrer Leiter, Funktionaere und Vertreter uebernehmen. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, dass Verstoesse seitens ihrer entsprechenden "Vertreter" als Verstoesse des betreffenden Arbeitgebers oder der betreffenden Gewerkschaft angesehen werden sollen. In manchen Faellen wird dann eine Namhaftmachung der "Vertreter" der betreffenden Gewerkschaft oder Firma vorgesehen.

In Abkommen, die mit Arbeitgeberverbaenden abgeschlossen wurden, wird manchmal besonders festgelegt, dass ein Vertragsbruch seitens irgendeines Mitglieds des Verbandes nicht die anderen Mitglieder oder den Verband selbst zur Verantwortung heranzieht.

9. Die Auswirkungen der Firmen- oder Gewerkschaftsvorschriften auf das Abkommen

Obwohl in vieler Hinsicht die Arbeitsbedingungen durch die Bedingungen des Abkommens geregelt werden, koennen sie doch durch die Arbeitsordnungen der Werke und Firmen, durch gewerkschaftliche Bestimmungen, Statuten und verfassungsmassige Vorschriften beeinflusst werden.

Im Allgemeinen enthalten die Abkommen keine genauen Listen von Arbeitsordnungen, erkennen aber gewoehnlich das Recht der Gewchaeftsleitung an, solche Bestimmungen zu treffen, vorausgesetzt, sie kollidieren nicht mit dem Abkommen. In manchen Faellen muss ueber eine Abaenderung der Bestimmungen beraten werden, und diese muessen, bevor sie in Kraft treten, mit der Gewerkschaft abgesprochen werden. In anderen Faellen koennen die Bestimmungen ohne vorherige Beratung mit der Gewerkschaft eingefuehrt werden, allerdings koennen sie durch ein Beschwerdeverfahren angefochten werden.....

In einzelnen Faellen duerfen Abkommen nicht so ausgelegt oder angewendet werden, dass sie mit den satzungsgemaessen Richtlinien der Landesgewerkschaft kollidieren, aber haeufiger ist es der Gewerkschaft verboten, Bestimmungen, Statuten oder satzungsgemaessige Vorschriften anzunehmen, die mit dem Abkommen kollidieren.

Um eine einheitliche Behandlung des gesamten Personals in einer verhandelnden Gruppe zu gewährleisten, sind manchmal in Kontrakten Einzelabkommen oder-Vergleiche zwischen der Betriebsleitung und dem Personal verboten, wenn solche Abkommen mit den Bedingungen des Kollektivvertrages kollidieren.

Amerikanisches Aussenministerium, März 1949
"Durchführung von Gewerkschaftsabkommen"

KÖNNEN KOMMUNISTEN ERZIEHER SEIN.

Wir geben hier einen Leitartikel wieder, der unlängst in einer sozialistischen Wochenschrift erschien und zum Nachdenken anregt. Die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten werden umso bedeutungsvoller, wenn wir daran erinnern, dass sich unter den Redakteuren dieser Zeitschrift einige der liberalsten und verantwortungsbewussten Erzieher in den Vereinigten Staaten befinden.

"Das Problem der Mitarbeit der Kommunisten an unserem Erziehungssystem steht wieder einmal im Vordergrund. Haben die Kommunisten ein Anrecht darauf, Lehrposten anzunehmen und innezuhaben. Kann man es als eine richtige Politik im Interesse der Allgemeinheit seitens der Schulvorstände und der Studienkommissionen der Universitäten bezeichnen, wenn man ihnen Lehrstellen anbietet. Die Studienkommission der Universität Washington entliess 3 Professoren und setzte 3 andere auf Probezeit. 5 davon sind Mitglieder der kommunistischen Partei gewesen oder sind es noch.

"Es handelt sich hier um eine ernste Angelegenheit. Die Freiheit der Lehre bildet einen altherwürdigen und geachteten Teil der amerikanischen Ordnung. Darüber hinaus werden alle fortschrittlichen Erzieher zugeben, dass eine Vielseitigkeit der Anschauungen und Meinungen innerhalb des Lehrkörpers eher vorteilhaft als nachteilig anzusehen ist. Es ist sehr gut, unter den Lehrern Männer zu haben, die allen Parteien angehören und allen Gruppen, die alle Meinungen von der konservativsten bis zur radikalsten vertreten. Je grösser die Verschiedenheit der Meinungen und Auffassungen ist, mit denen sich der junge Mensch befassen muss, desto besser hat er die Möglichkeit, seine eigenen Fähigkeiten auszubilden, seine Auswahl zu treffen bzw. Kombinationen anzustellen. Die Amerikaner haben immer an die Freiheit geglaubt, die eine solche Art von intellektueller Vielfalt bietet.

"Die Kommunisten stellen jedoch in diesem System der akademischen Freiheit ein besonders Problem dar. Können wir unsere Freiheit der Lehre ausweiten bzw. bewahren, indem wir Lehrkräfte anstellen und beibehalten, die selbst nicht frei sind. Die Mitglieder der kommunistischen Partei oder oft genug Männer, die unter dem Einfluss des kommunistischen Denkens stehen, haben sich intellektuell kompromittiert. Sie selbst sind nicht frei, um den Problemen offen und kritisch gegenüberzutreten. Was sie zu lehren haben, ist steril und vorgeschrieben. Jede Universität oder jede erzieherische Einrichtung ist berechtigt, solche Lehrkräfte aus rein erzieherischen Gründen abzulehnen.....

"Aber besonders in einer solchen Zeit der Prüfung müssen unsere Lehrer freier sein denn jemals, um über ihre eigenen Gedanken urteilen und in Übereinstimmung mit ihren Überzeugungen lehren zu können. So lange die Lehrer Demokraten sind, solange sie nicht illoyal sind, sollte man sie ermutigen, der Wahrheit zu folgen und die Freiheit des Denkens und der Diskussion unter ihren Schülern und Studenten zu entwickeln. Den Bemühungen, die Kommunisten auszuschalten - die gegen die Freiheit sind - muss logischerweise das bewusste Bestreben folgen, die Grenzen der Freiheit auszuweiten."

"The New Leader" 5. Februar 1949

DIE INDUSTRIEPRODUKTION IN FRANKREICH 1948

Wir entnehmen regelmaessig erscheinenden Veroeffentlichungen der freien Gewerkschaften Frankreichs folgende Ziffern:

Durchschnittliche Monatsproduktion der franzoesischen Industrie in den Jahren 1926, 1938 und 1948 (in 1000 t, wenn nicht anders angegeben)

<u>Erzeugnis</u>	<u>1926</u>	<u>1938</u>	<u>1948</u>
Kohle:			
Einheimische Foerderung - - - - -	4,583.0	3,960.0	3,757.1
Einfuhr, einschl. Saargebiet - - -	2,900.0	1,842.0	1,640.2
Elektrizitaet (inMillionen kWh) - -	1,200.0	1,550.0	2,290.0
Wasserkraftstrom - - - - -	516.5	820.0	1,218.0
Rohpetroleum - - - - -	215.0	580.0	658.2
Roheisen - - - - -	863.0	501.0	548.0
Rohstahl - - - - -			
Automobile (Anzahl der einzelnen Wagen) - - - - -	17,600.0	15,200.0	8,212.0 ●
Zement - - - - -	441.0	296.0	446.0
Glas - - - - -	---	43.0	65.5 c
Schwefelsaeure - - - - -	---	106.0	105.2
Kohlensaures Natron - - - - -	---	40.2	59.6
Superphosphat - - - - -	---	114.0	137.0
Papiererzeugnisse - - - - -	---	97.7	94.1
Baumwollgarn - - - - -	20.5	21.2	18.6u
Wollgarn - - - - -	9.7	9.8	11.00

● incl. Durchschnitt fuer die ersten 11 Monate des Jahres 1948

"Documentation Syndicale" of
Militant Trade Unions, 28. Januar 49

ITALIENER ARBEITEN IN HOLLAENDISCHEN KOHLENGRUBEN

Folgender Bericht ueber die Verwendung von Italienern in den Kohlengruben Hollands ist von der Arbeitsinformations-Abteilung des ECA in Paris eingegangen. Angesichts des steigenden Interesses an dem Einsatz von Arbeitern eines Landes in einem anderen ist dieser Bericht ueber dieses Experiment von besonderer Bedeutung.

"Der Austausch von Arbeitern in Europa wird insofern zur Wirklichkeit, als jetzt italienische Arbeiter im Gebiet von Limburg im suedlichen Teil Hollands in den Kohlenbergwerken arbeiten.

Anfang Januar dieses Jahres traf das erste Kontingent Italiener in den Minen ein und wurde zunaechst zwei Wochen lang fuer ihre Arbeit im Schacht geschult, ehe sie ihre Taetigkeit begannen. Weitere Arbeiter folgten ihnen, so dass jetzt 127 Italiener in Hollaendischen Bergwerken arbeiten. Ihre Zahl soll in Kuerze auf 250 Mann gesteigert werden.

Holland litt entsetzlich unter einem Mangel an Kohlenarbeitern, und zwar auf Grund verschiedener Umstaende, die nach der Befreiung eintraten. Der sofortige Einsatz von Zwangsverschleppten aus Europa, meistens Polen, deckte zeitweilig die Nachfrage nach Arbeitern, ausserdem wurden noch hollaendische politische Gefangene eingesetzt. Die Mehrzahl der Zwangsverschleppten hat nun jetzt wo anders ihren festen Wohnsitz gefunden, und die politischen Gefangenen haben ihre Strafe abgebuesst und die Bergwerke verlassen, so dass wiederum ein ernster Mangel an Bergleuten auftrat. Unguenstige Arbeitsbedingungen und ungenuegende Unterkunft vor dem Kriege und auch waehrend des Krieges waren fuer die hollaendischen Bergleute der Anlass, sich anderswo Beschaeftigung zu suchen.

Waehrend der zweiten Haelfte des Jahres 1948 wurde ein Abkommen zwischen der hollaendischen und der italienischen Regierung getroffen, wonach Italiener in den Kohlengruben arbeiten sollten. Die Mehrzahl der fuer diese Arbeit rekrutierten Maenner hatte noch keine Erfahrung auf diesem Gebiete. Es handelt sich um Maenner, die zwischen 19 und 30 Jahre alt sind. Das Abkommen sieht vor, dass entweder ledige Maenner angeworben werden sollen oder aber, dass, wenn sie verheiratet sind, ihre Familien in Italien bleiben. Bevor sie Italien verliessen, wurden sie vorher auf ihre Loyalitaet hin genau geprueft.

Die angeworbenen Maenner unterzeichneten einen Vertrag, dem zufolge sie sich auf ein Jahr verpflichten, in den hollaendischen Bergwerken unter Tage zu arbeiten. Dieser Kontrakt kann jedoch mit einer Kuendigungsfrist von 2 Wochen aus verschiedenen Gruenden geloest werden, wenn der Bergmann den Wunsch hat, nach Italien zurueckzukehren. Diese Kontrakte koennen von Jahr zu Jahr erneuert werden, und wenn sie sich 5 Jahre lang in Holland aufgehalten haben, koennen diese Maenner die hollaendische Staatsangehoerigkeit erwerben.....

Die Bezahlung der italienischen Arbeiter ist die gleiche wie fuer die hollaendischen Arbeiter; sie wird zu den gleichen Saetzen versteuert wie bei den hollaendischen Arbeitern. Die Lebensbedingungen werden auf dem gleichen Standard gehalten. Unverheiratete Bergleute koennen 25% ihres Nettolohnes nach Italien ueberweisen, waehrend verheiratete Maenner 50% ueberweisen lassen koennen. Die Bergwerksbehoerden berichten, dass die Italiener einen grossen Teil ihrer Bezuege nach Italien ueberweisen. Es bestehen ferner besondere Unterstuetzungen, Versicherungen und Vorschriften ueber aertzliche Betreuung fuer die Angehoerigen und Familien der Arbeiter in Italien. Die Kosten hierfuer werden gemeinsam von den hollaendischen Bergwerken und den italienischen Behoerden auf Grund eines Sonderabkommens zwischen beiden Laendern gedeckt."

"ECA Labor Information Release" April 1949

BILDUNGSFONDS DER ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTEN

In der Ausgabe der "Internationalen Arbeitsmitteilungen" vom 25. Maerz (II - 5) war auch ein Artikel ueber den "Daily Herald" erschienen, einer englischen Tageszeitung, die z.T. dem Britischen Gewerkschaftsbund (TUC) gehoert. Der TUC hat aus seiner Investierung Nutzen gezogen. Im Nachfolgenden wird darueber berichtet, wie dieser Nutzen verwendet wird.

"Im Jahre 1943 erhielt der Generalrat des TUC vom "Daily Herald" (1929) Limited, an dem er mit 49% der Stammaktien beteiligt ist, seine Dividende. Der Betrag belief sich auf £ 9.800, sodass sich sofort die Frage erhob, auf welche Art und Weise diese Summe am besten zum Wohle der Bewegung verwendet werden koennte.

Fuer den Generalrat war es nicht schwer, einen Zweck zu finden, fuer den dieser unverhoffte Gewinn verwendet werden koennte. Es bestand bereits lange die Absicht, das Bildungs- bzw. Schulungswesen fuer die Gewerkschaftler auszubauen, und somit bot sich hier die Gelegenheit, sich mit Plaenen zu befassen, die bereits gruendlich geprueft worden waren und die nur auf ihre Verwirklichung warteten.

Die "Daily Herald" - Hilfe

"Es wurde nun ein Verwaltungsgremium - der "TUC Educational Trust" - ins Leben gerufen. Dieser Koerperschaft wurde die gesamte "Daily Herald" Dividende (mit Ausnahme von £ 500, welcher Betrag dem Tolpuddle Martyrs' Memorial Trust zur Unterhaltung der Gedenk-Landhaeuser in Tolpuddle ueberwiesen wurde) ueberschrieben. Es wurde durch Vertrag festgelegt, dass die "Daily Herald" - Dividende dem Fonds fuer 7 Jahre zur Verfuegung gestellt werden sollte."

"Ferner wurden 6 Treuhaender vom Generalrat ernannt, um den Treuhandfonds zu verwalten. Dies sind: Sir George Chester, Sir William Lawther, Mr. H.L. Bullock,

Mr. Arthur Deakin, Miss Florence Hancock und Mr. Vincent Tewson.

Die Ziele des Fonds lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Schaffung von Bildungs- und Schulungsmoeglichkeiten, einschliesslich der Schaffung von Sommer- und anderen Schulen oder Hochschulen, an denen die Studenten in Wirtschaftsgeschichte unterwiesen werden und auch die Geschichte des Gewerkschaftswesens, die Prinzipien und die Verwaltung studieren, wo sie sich aber auch der Annehmlichkeiten solcher Schulen kostenlos oder zu einem Mindestmass an Kosten fuer sie erfreuen,
- b) Stiftung von Stipendien, um die Studenten, die nur ueber geringe Mittel verfuegen, in die Lage zu versetzen, zwecks einer weiteren Ausbildung eine Universitaet oder eine Hochschule zu besuchen,
- c) Veroeffentlichungen fuer Bildungszwecke, sowie die Einrichtung von Bibliotheken,
- d) Stiftung von Stipendien, um es den Studenten zu ermoeeglichen, im Auslande zu studieren, oder Studenten eines fremden Landes oder aus den Dominions aus den Kolonien oder aus Indien, in die Lage zu versetzen, in England zu studieren,
- e) Unterstuetzung solcher Bildungsmaßnahmen, wie sie von Zeit zu Zeit von den Treuhaendern bestimmt werden.

Fuer Einkommensteuerzwecke haben die Treuhaender erwirkt, dass ihr Fonds als "wohltaetiges Unternehmen" angesehen wird; sie sind somit von der Zahlung einer Einkommensteuer ausgenommen. So war es moeglich, dass der gesamte, beim "Daily Herald" aufgelaufene Betrag (mit Ausnahme des erwachten Betrages von £ 500 jaehrlich) fuer das nach den Zielen des Gremiums festgelegte Bildungsprogramm zur Verfuegung steht.

Bis jetzt haben die Treuhaender ihre Gelder dazu benutzt, um Stipendien fuer das Ruskin College auszusetzen, ausserdem fuer die Londoner Schule fuer Wirtschaft (fuer einen Sonderkursus in Gewerkschaftsstudien) und erst vor kurzem fuer das Hillcroft College fuer Frauen in Surbiton. Jedes Jahr werden mehrere Stipendien fuer das Ruskin College und die Labor School of Economics ausgesetzt, ausserdem jedes Jahr eins fuer das Hillcroft College. Die Stipendien stehen allen Mitgliedern von Organisationen offen, die dem TUC angeschlossen sind, und zwar fuer Mitglieder im Alter von 20 bis 35 Jahren."

"Labour" Maerz 1949.

ENDE DES STREIKS GEGEN DIE AMERICAN EXPRESS COMPANY

Nach 5 Wochen ging am 17. April in New York ein Streik gegen die American Express Company zuEnde, Es war ein aufregender Streik, weil New York einer der Schluesselpunkte des Express-Geschaefts ist. Nach Ablauf der zweiten Woche verklagte die Gesellschaft den Verband der Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Angestellten (AFL) auf Zahlung von 5 Millionen Dollar. Als die Klage gerade beim Gericht anhaengig gemacht werden sollte, brach die Gewerkschaft die Verhandlungen mit der Express-Gesellschaft ab, wodurch nun der Streik verlaengert wurde.

Der Streik begann, als die American Express Company 9.000 Arbeiter im New Yorker Bezirk aus wirtschaftlichen Gruenden entliess. Der Verband hatte damals eine Lohnerhoehung und die 40 Stunden-Woche statt der 44-Stunden-Woche gefordert. Ferner forderte der Verband von der Gesellschaft eine Zahlung von 2 Millionen Dollar fuer den Arbeitsausfall, den die Streikenden erlitten hatten.

Praesident Truman schaltete sich ein und ernannte eine Untersuchungskommission, die aus 3 Mann bestand. Das Komitee bat darauf die Gesellschaft und den

Verband, zu den Bedingungen zurueckzukehren, die vor dem Streik bestanden hatten. Die Gesellschaft willigte ein, die 9.000 Arbeiter, die entlassen worden waren, wieder einzustellen und ihre Klage auf Zahlung von 5 Millionen Dollar zurueckzuziehen. Daraufhin liess die Gewerkschaft ihre Forderung auf die Zahlung von 2 Millionen Dollar rueckwirkender Bezahlung fallen.....

Das Komitee wird sich jetzt 30 Tage damit befassen, alle Tatsachen zusammenzutragen, auf Grund welcher es dem Praesidenten seine Empfehlung unterbreiten wird. Die Empfehlung des Komitees wird dann sowohl der Gewerkschaft wie auch der Gesellschaft zwecks Annahme oder Ablehnung uebermittelt. Daraufhin werden dann der Verband und die Gesellschaft noch einmal zusammentreten und versuchen, vielleicht gegen Ende Mai ein Abkommen zu erzielen.

"New York Times" 17. April 1949

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN UNTERSTUETZEN DEN ATLANTIKPAKT

Sowohl der CIO wie auch die AFL haben zum Ausdruck gebracht, dass sie den Atlantikpakt billigen. Die AFL nennt diesen Pakt "einen Pakt der lebendigen Solidaritaet und der vollen Gemeinschaft mit allen Kraefte der Freiheit". Der CIO nennt sich selber "einen entschlossenen Anhaenger der Prinzipien und der Ziele des Nordatlantik-Pakts" und fuegt hinzu, dass die Vereinigten Staaten "bereit sind, im Rahmen ihrer Hilfsquellen daran mitzuarbeiten, die soziale und politische Freiheit der Nordatlantik-Gemeinschaft zu wahren."

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 30. Maerz 1949

GEWERKSCHAFTEN WOLLEN SCHIFFE AUS PANAMA UND HONDURAS BOYKOTTIEREN

Nach einer Erklaerung, die am 28. Maerz auf der Versammlung des Internationalen Seemanns-Verbandes (AFL) abgegeben wurde, ist dem Internationalen Transportarbeiter-Bund ein Plan in Vorschlag gebracht worden, wonach alle Schiffe, die unter der Flagge von Panama oder Honduras fahren, boykottiert werden sollen. Im Ganzen betraegt die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften, die dem Bund angeschlossen sind, etwa 5 Millionen.

Es ist behauptet worden, dass viele amerikanischen Schiffe den in Panama oder Honduras gebildeten Schiffahrtsgesellschaften zugewiesen worden sind, und dass dies deshalb geschah, um die Sicherheits- und anderen Gesetze zu umgehen, die die Schiffahrt unter amerikanischer Flagge regeln. Die Gewerkschaften haben auch den Vorwurf erhoben, dass diese Uebergaben deshalb vorgenommen wurden, "um die gewerkschaftlich festgesetzten Loehne zu druecken." Wenn dieser Plan vom Internationalen Transportarbeiter-Bund verwirklicht wird, dann wuerden in den meisten der wichtigsten Seehaefen der Welt bei den Schiffen unter der Flagge von Panama oder Honduras Streikposten stehen.

Amerikanisches Aussenministerium

(Nach Angaben seines Generalsekretaers J.H. Oldenbrock bittet der Internationale Transportarbeiter-Bund alle ihm in allen Laendern angeschlossenen Verbaende, von einer Be- oder Entladung von Schiffen, die unter der Flagge von Panama oder Honduras fahren, Abstand zunehmen. Den angeschlossenen Gewerkschaften werden die Namen der betreffenden Schiffe vom Bund bekanntgegeben.)

ARBEITSVORSCHRIFTEN IN RUMAENIEN

S. Volman, der frueher Arbeiterfuehrer in Rumaenien war, jetzt aber in Frankreich lebt, uebergab folgende Information einer Organisation, die als die "Freien Gewerkschaftler im Exil" bekannt ist, zur Veroeffentlichung. Er urwaehnte das vor

kurzem in Kraft getretene Arbeitsgesetz, das die Todesstrafe vorsieht fuer die "wissentliche Nichterfuellung der dienstlichen Verpflichtungen, wie sie in industriellen Unternehmen und Kraftwerken usw. vorgeschrieben sind, wenn sich dadurch Katastrophen fuer die Oeffentlichkeit ergeben sollten." Volman zufolge bedeutet dies, dass der Streik in Rumaenien fuer ungesetzlich erklaert ist. Die Arbeiter muessen schwer arbeiten und duerfen sich nicht beklagen.

Die taeglichen Pflichten der Arbeiter

Hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiter sind jetzt gerade in Rumaenien neue Vorschriften in Kraft getreten. Diese weisen folgende Prinzipien auf:-

"1. Jeder Arbeiter wird nach der Norm der Einzelleistung und nach der Bedeutung des Industriezweiges, dem er zugewiesen ist, bezahlt, jedoch in der Weise, dass er zu Anfang des Monats noch nicht weiss, was er bekommen wird.

" 2. Obwohl die gesetzliche Arbeitszeit auf 208 Stunden im Monat festgesetzt ist, ist sie in Wirklichkeit stets laenger, weil der Arbeiter, um die vom Unternehmen festgesetzte Norm zu erreichen, gezwungen ist, Ueberstunden zu machen, die, da sie nicht als solche angesehen werden, nicht bezahlt werden. So arbeiten z.B. die Angestellten in den metallurgischen Werken von Resitz 12 bis 14 Stunden am Tage.

"3. In der Industrie sind die Loehne in 4 Gruppen eingeteilt, und jede davon wieder in 8 Kategorien. Theoretisch schwanken die monatlichen Lohnbeträge zwischen 3.328 bis 9.776 Lei (1 lei entspricht ungefaehr 1 franzoesischem franc), vorausgesetzt, der Angestellte erfuehlt die ihm auferlegte Norm.

"4. Der Arbeiter wird einer gegebenen Kategorie zugewiesen, und seine Norm wird ihm von einer Sonderkommission vorgeschrieben. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen: Vertreter der zentralen Gewerkschaftsorganisation, Vorarbeiter aus dem Werk, um es genau zu sagen, aus Delegierten. Sie ist auch fuer die individuelle Leistung, die innerhalb einer dafuer vorgesehenen Zeit geschafft werden muss, verantwortlich, diese schwankt fuer die verschiedenen Arbeiter.

Neben ihrer Arbeit sind die Arbeiter an jedem Tage gezwungen, Vorlesungen mitanzuhoeren, die von den Kommunisten organisiert werden, oder "freiwillige", d.h. unbezahlte Arbeit zu leisten. Oft sind sie gezwungen, Ueberstunden zu machen, entweder, um kommunistische Streiks im Auslande oder die Markos-Revolution in Griechenland usw. zu unterstuetzen. Im Jahre 1948, wurde "freiwillige" Arbeit im Werte von 1 Milliarde 800 Millionen Lei, (d.h. 12 Millionen Dollar) geleistet.

In den neuen Vorschriften ist auch die Einfuehrung von Berufskursen fuer Frauen und junge Maenner vorgesehen, um diese zu Industriearbeitern auszubilden. Das Wirtschaftsprogramm, das fuer das Jahr 1949 eine 49%ige Produktionssteigerung vorsieht, kann nur durch gewaltige Anstrengungen der Arbeiter erfuehlt werden.

Die Lebenshaltungskosten und die Löhne

"Wenn man beruecksichtigt, dass die Lebenshaltungskosten in Rumaenien viel hoeher sind als in Frankreich, waehrend die Steuern (besonders die indirekten) sehr hoch sind, dann ist es leicht zu verstehen, warum die festgesetzten Loehne ein Lebenshaltungsminimum fuer die Arbeiter und ihre Familien nicht sichern koennen. Diese Tatsache zwingt die Frauen und halbwaechsiges Kinder, in der Industrie zu arbeiten.

Nach der Waehrungsreform im Jahre 1947, wurden die Loehne auf der Basis von 1938 festgesetzt, d.h. von 3.328 bis 9.776 Lei. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass laut dem offiziellen Bericht des Obersten Wirtschaftsrates Rumaeniens vom April 1948 die Lebenshaltungskosten folgende Indexzahlen aufweisen:

(1938 - Indexzahl : 100)

Industrieerzeugnisse	242,9
Rationierte Landwirtschaftliche Erzeugnisse	124,9
Unrationierte landwirtschaftliche Erzeugnisse	746,2

Es muss noch hinzugefügt werden, dass seit Januar 1949 die Preise beträchtlich gestiegen sind. Die Preise fuer die hauptsächlichen Lebensmittel und fuer Bekleidungsartikel sind sechsmal so hoch wie im Jahre 1938.

Regelmässige Veröffentlichung der Freien
Gewerkschaftler im Exil, Paris, März 1949

DIE AMERIKANISCHE ARBEITERSCHAFT SCHICKT MEHR CARE-PAKETE

Sowohl die AFL wie auch der CIO haben grosse Sammlungen veranstaltet, um CARE-Pakete an die Gewerkschaften anderer Laender zu schicken. Diese Pakete werden nicht nur an die deutschen Gewerkschaftler geschickt, sondern auch an die Gewerkschaftler in Holland, Grossbritannien, Luxemburg, Frankreich, Italien, Griechenland, Oesterreich, China, Japan, Palaestina und auf den Philippinen. Der CIO ist der grösste Alleinkaeufer von CARE-Paketen gewesen, deren Gegenwert sich auf 11 Millionen Dollar belaeuft. Verschiedene unabhængige amerikanische Gewerkschaften haben ebenfalls in hohem Masse ihren Beitrag zu diesem Hilfswerk geleistet.

State Department "Radio Bulletin" 6. April 1949

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 12

Berlin, 13. Mai 1949

DIE AMERIKANISCHE JUGEND UND DIE JUGENDBEWEGUNGEN

Eine Anzahl Leser unserer Mitteilungen hat uns gebeten, mehr Artikel ueber die Jugend und Jugendbewegungen, insbesondere aber ueber die Jugend in den Vereinigten Staaten zu bringen.

Wir haben uns bemueht, Material ueber die amerikanische Jugend ausfindig zu machen. Es gibt aber keine amerikanische Jugendbewegungen in dem Sinne, wie man sie in Deutschland kennt. Der typische amerikanische junge Mensch teilt seine Zeit zwischen Schulbesuch und Spiel ein, und der groesste Teil der amerikanischen Jugend beschaeftigt sich mit irgend einer Arbeit, gewoehnlich im Heim. Normalerweise sucht man sich keine Aussenbeschaeftigung, bevor das gesetzliche Alter nicht erreicht ist, das in manchen Staaten mit 16 Jahren bis zu 18 Jahren in anderen Staaten festgesetzt ist.

Es besteht in den Vereinigten Staaten fuer die Jugend keine Tradition, sich irgendwelchen Bewegungen anzuschliessen, wenigstens soweit ideologisch ausgerichtete Bewegungen in Frage kommen. Es gibt Landes- oder Nationalorganisationen wie die "Boy Scouts" und Girl Scouts" (Pfadfinder bzw. Pfadfinderinnen) und aehnliche Organisationen, und in jeder Stadt gibt es viele Arten von Nachbarschaftsklubs fuer die Jugend, Normalerweise findet der junge Mensch in Amerika seine Gefaehrten in seiner eigenen Nachbarschaft. Er wird nicht Mitglied irgendeiner Bewegung.

Aus diesen und auch noch aus anderen Gruenden besteht auch keine amerikanische Jugendliteratur in dem Sinne, wie man sie in manchen aelteren Laendern findet.

Es ist zu hoffen, dass manche der deutschen Gewerkschaftler, die in diesem Jahre die Vereinigten Staaten besuchen und die sich fuer diese Frage interessieren, ihre Beobachtungen ueber die amerikanische Jugend schriftlich niederlegen werden. Sie sind eigentlich in der Lage, vieles zu sehen, was von Interesse ist, was die Amerikaner selbst nicht wahrnehmen weil sie den Dingen eben zu nahe stehen.

Der typische Vertreter der amerikanischen Jugend waechst in der Tradition des Individualismus heran. In Uebereinstimmung mit dieser Tradition beschaeftigt er sich in den Jahren, da er heranwaechst, mit Gedanken und Handlungen, die sein Leben als Erwachsener angehen, sobald er als einzelner Mensch seiner Arbeit nachgeht. Er erwartet, dass sein Arbeitsleben eine wetteifernde Taetigkeit darstellt, in der er sein Denken und seine Kraefte mit denen anderer misst. Normalerweise macht er sich ueber Ideologien keine Gedanken, insbesondere nicht ueber Ideologien, die zu einer Bildung von Bewegungen fuehren.

Die deutschen Gewerkschaftler, die im Rahmen des Kulturaustauschprogramms die Vereinigten Staaten besuchen, haben vielleicht den Wunsch, der Frage der amerikanischen Jugend bis zu einem gewissen Grade ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn sie darauf achten, wie die Jugend in den Vereinigten Staaten aufwächst, kommen sie vielleicht zu manchen Schlüssen, die fuer Deutschland von Nutzen sein koennten.

DER CIO SETZT SEINEN KAMPF GEGEN DEN KOMMUNISTISCHEN EINFLUSS FORT

Der CIO hat jetzt angekuendigt, dass er disziplinarische Massnahmen gegen Gewerkschaften unternehmen will, die ihre Beziehungen zum Weltgewerkschaftsbund (WFTU) aufrechterhalten.

Obwohl der CIO im Januar aus dem WFTU austrat, versucht diese Organisation weiterhin, ihren Einfluss auf einzelne Gewerkschaften beizubehalten, indem sie Gewerbeabteilungen oder "Sekretariate" auf 16 verschiedenen Gebieten der gewerkschaftlichen Taetigkeit gebildet hat, wie: Lebensmittel, Eisenbahnwesen, Bergbau, Metall, Leder, Bueroarbeiter, Lehrer und Transportwesen. Die Gewerkschaften, deren Funktionaere nicht der kommunistischen Parteilinie folgen, werden vom WFTU gedraengt, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Zu diesen Gewerkschaften gehoeren die Arbeiter fuer landwirtschaftliche Ausruestungen und die Nahrungsmittel-, Tabak- und landwirtschaftlichen Arbeiter (FTA), deren beide Verbaende dem CIO angeh hoeren.

Wie berichtet wird, hat Donald Henderson, der Praesident des FTA, den Plan gefasst, an der Versammlung der Nahrungsmittelarbeiter, die vom WFTU-Kongress in Paris in diesem Monat einberufen wurde, teilzunehmen, gab James B. Carey, der Sekretaer und Schatzmeister des CIO bekannt. Carey machte die Fuehrer innerhalb des CIO darauf aufmerksam, dass, falls sie auf diese Weise der nationalen Politik der Organisation Widerstand leisten, sie aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen werden koennten.

Ein weiterer Beweis fuer die Absichten des CIO, gegen die ihm angeschlossenen Verbaende, die sich absolut nicht um seine Politik kuennern, vorzugehen, bietet die Tatsache, dass diese Woche Tim Flynn, der CIO-Leiter des Gebietes von Nordkalifornien, eine Botschaft von 1000 Worten an die Versammlungsdelegierten des von Bridges gefuehrten Verbandes der Hafentarbeiter verlas. In dieser Erklaerung, die vom Praesidenten Murray ausging, wurden die "unverbuergtten Geruechte und unbegruendeten Berichte, die ueber den CIO und seine Politik verbfeitet werden," angegriffen.

Harry Bridges, der Vorsitzende des Verbandes der Internationalen Hafen- und Speicherarbeiter (CIO), hatte erklart, dass er garnicht daran denke, seine Politik zu aendern, um sie der des CIO anzugleichen. In seiner Eroeffnungsrede auf der Versammlung des Verbandes der Internationalen Hafen- und Speicherarbeiter (ILWU) in San Francisco vom 4. April sagte Bridges: "Wir stehen links und hoffen, auch weiterhin so zu bleiben.

"Wenn sie (die anderen rechtsstehenden CIO-Gewerkschaften) rechts eingestellt sind, dann taeten Sie besser daran, diese Gewerkschaft zu reorganisieren und sich andere Funktionaere zu besorgen, denn die, fuer die bzw. in deren Namen ich jetzt spreche, werden weiter so arbeiten, wie sie es in den letzten Jahren getan haben."

Was unsere Gewerkschaft betrifft, so moechte ich sagen, dass jeder, der glaubt, dass Joe Stalin oder die Sowjetunion vollkommen ist, verrueckt ist - aber darum geht es ja garnicht. In jedem Lande gibt es verdammt viel Dinge, die im argen liegen. Es geht aber darmm: ist es so schlimm, dass sie zum Kriege fuehren koennen."

Andererseits steht aber Bridges nicht ohne Opposition da. In einer Erklärung von James Kearney, dem Vorsitzenden von Bridges' eigener Ortsgewerkschaft No. 10 in San Francisco heisst es:

"Am naechsten Mittwoch hatte sich die kommunistische Partei selbst erboten, die Versammlung der Hafendarbeiter zu uebernehmen, indem sie ihre Mitgliederschaft laengs der Kuesten zu dem Zweck mobilisierte, um unsere 100%ige Unterstuetzung der Politik des Landesverbandes des CIO zunichte zu machen. Das lassen wir nicht zu."

(In diesen dem CIO angeschlossenen Gewerkschaften machen die Kommunisten und ihre Freunde verzweifelte Anstrengungen, es hat aber den Anschein, als wenn sie den Kampf verlieren. Es besteht Grund zu der Annahme, dass sich der CIO bald vor die Notwendigkeit gestellt sieht, eine feste Haltung den stoerrischen Minderheitsgruppen gegenuebereinzunehmen).

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 6. April 1949

GUTE GEDANKEN BRAUCHEN EINE LANGE ZEIT, UM SICH DURCHZusetZEN

Im Universitaets College in London, England, kann man das Skelett von Jeremias Bentham, einem beruehmten englischen Philosophen, besichtigen, angetan mit seinen eigenen Kleidungsstuecken und mit seinem grossen Strohhut auf. Im Jahre 1820 hat dieser englische Gelehrte den Vorschlag gemacht, dass dem britischen Kabinett ein Minister fuer das Gesundheitswesen angehoren sollte, der nicht nur fuer die Verhuetung von Krankheiten, sondern auch fuer eine vollstaendige aertzliche Behandlung Aller verantwortlich sein sollte.

Bentham wurde vor 200 Jahren im Jahre 1748 geboren. Er aeusserte den Wunsch, er moechte alle hundert Jahre wieder zurueckkehren, um festzustellen, welche Fortschritte seine Ideen gemacht haetten. Nach Ablauf der ersten Hundert Jahre also 1848, haette sein Geist Zeuge von der Verabschiedung des englischen Gesetzes ueber das oeffentliche Gesundheitswesen sein koennen, dem ersten groesseren Schritt des Parlaments zum Wohle der oeffentlichen Gesundheit und zur Verhuetung von Krankheiten.

Benthams revolutionaere Idee "Gesundheit fuer Alle" wurde im Jahre 1900 von George Bernhard Shaw und H.G. Wells wieder ins Leben gerufen. Im Jahre 1911 inspirierte sie den Premierminister der Liberalen Partei, Lloyd George dazu, das britische Krankenversicherungs-Gesetz durchzubringen, wodurch sich die Regierung auch auf das Gebiet der Medizin begab und fuer die beschaeftigten Arbeiter Kassen-aerzte nach dem System der Landeskrankenversicherung vorsah...

Im Jahre 1919 wurde das britische Gesundheitsministerium geschaffen. 1930 wurde die "Labor Medicine Association" gegrueudet, die das Banner fuer einen allumfassenden Landesgesundheitsdienst trug. Im Jahre 1934 bildete die Forderung auf eine solche Einrichtung auf Veranlassung der Association einen Teil des Wahlprogramms der Labor Party.

Am 5. Juli 1948 uebernahm der Gesundheitsminister der Labour Partei, Bevan, die Verantwortung zur Schaffung einer vollstaendigen aertzlichen Behandlung fuer die gesamte Bevoelkerung Englands. So wurde also im Jahre 1948 - 200 Jahre nach der Geburt des Philosophen und Gelehrten Bentham - der Landeskrankenversicherungs-dienst fuer Alle zur Wirklichkeit. Benthams Geist kann nun in Frieden ruhen - nach seinem zweiten hundertjaehrigen Besuch.

Die langsame Ausdehnung intelligenter Ideen kann auch in den Vereinigten Staaten durch Beispiele illustriert werden. Im Jahre 1946 nahm der Kongress

auf Ersuchen des Praesidenten Truman, allerdings nur widerstrebend und zoegernd, das Gesetz ueber die Vollbeschaeftigung an, in dem ein Ausschuss von Wirtschaftsberatern beim Praesidenten vorgesehen ist, der regelmaessig ueber unsere natuerlichen Hilfsmittel, unsere finanzielle Lage wie auch ueber unser Wirtschaftssystem Bericht zu erstatten hat zu dem Zwecke, unseren nationalen Wohlstand zu foerdern.

Im Jahre 1823 machte Praesident Monroe folgenden Vorschlag: Wir sollten eine ordentliche und richtige Schaeztung unserer Hilfsquellen, unserer Einnahmen und unserer Fortschritte in jeder Art von Verbesserungen im Zusammenhang mit dem Wohlstand des Landes und der oeffentlichen Verteidigung vornehmen." Nun, 123 Jahre spaeter wurde der Gedanke des Praesidenten James Monroe zum Gesetz erhoben.

"AFL League Reporter" 14. Maerz 1949

SOZIALMEDIZIN - - EIN WICHTIGES UND KOSTBARES RECHT

Folgende Erklaerung ueber die Notwendigkeit der Einfuehrung einer Sozialmedizin in den Vereinigten Staaten gibt die Ansichten der amerikanischen Gewerkschaften wieder. Der Autor dieser Erklaerung ist Daniel J. Tobin, der Praesident des Verbandes der Fuhrleute, Chauffeure, Warenhaus - und Hilfsarbeiter Amerikas, (CIO)

"Ich persoendlich glaube an eine soziale Medizin, unter der Voraussetzung, dass es Einzelpersonen, die es wuenschen, von Gesetz wegen gestattet sein soll, sich ihren eigenen Arzt zu konsultieren und ihn dafuer zu bezahlen. Kurz vor der Geburt eines meiner Kinder war ich so verschuldet, dass ich noch 6 Monate lang zu zahlen hatte, bis ich die Rechnung meines Arztes beglichen hatte.

Aus vielen Gruenden ist England mit seiner gemaessigten Form des Sozialismus den Vereinigten Staaten weit voraus. Der arbeitende Mensch sollte nicht vergessen, dass England schon lange Arbeitslosen-Unterstuetzungen eingefuehrt hatte, als die Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten sich darueber klar wurde, dass im modernen Leben so etwas notwendig ist. England hat jetzt unter seiner gemaessigten modernen sozialistischen Regierungsform - Ernest Bevin ist einer ihrer Fuehrer, und Ernest Bevin ist einer der fortschrittlichsten Maenner, die ich jemals in England getroffen habe - das System der Sozialmedizin angenommen.

Wenn ich jetzt sehe, dass in England die Medizin und der Arzt von all denen, die es sich leisten koennten, mit ihren Steuern bezahlt werden, dann sehe ich darin einen Fortschritt. In ein paar Jahren werden wir auch in diesem Lande hier den Spuren Englands folgen, weil sich jedermann, der mit dem Lohn eines Durchschnittsarbeiters eine Familie mit 4 oder 5 Kindern zu versorgen hat, vorstellen kann, wie kostspielig und teuer soetwas ist. Manche Frau musste ihr Leben lassen, weil ihr Mann nicht genuegend Geld hatte, um die Krankenhausrechnung zu bezahlen, manches Kind ist wegen der hohen Krankenhauskosten und Brillenpreise blind geworden. Es trifft wohl zu, dass in manchen fortschrittlichen Staaten eine Zahnuntersuchung der Kinder eingefuehrt ist, was als ein grosser Fortschritt zu bezeichnen ist, aber wieviele Laender kennen eine solche Einrichtung nicht und wieviele Kinder haben der hohen Zahnbehandlungskosten wegen die Zaehne verloren.

Dieses ganze Verfahren zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des aertzlichen Behandlungswesens wird von der Arbeiterschaft Amerikas in die Wege geleitet, eingerichtet und gefoerdert. Selbstverstaendlich bekaempft die American Medical Association (Amerikanische Aerzte-Vereinigung), die unter der Diktatur Dr. Fishbeins, des Herausgebers ihres Organs, steht, eine sozialisierte Medizin.

Nach dem neuen geplanten Gesetz soll es jeder einzelnen Person freistehen, jeden beliebigen Arzt aufzusuchen und ihm das Honorar dafuer zu bezahlen. In diesem Jahre wird das Gesetz zwar noch nicht durchkommen, oder vielleicht erst naechstes Jahr, aber es wird durchkommen, das ist so sicher wie das Amen in der

Kirche, und diese Gesetzgebung wird in erster Linie der arbeitenden Bevoelkerung und den armen Leuten zugute kommen, so wie es der Fall bei der Altersversicherung war, die mit den Armenhaeusern und der Arbeitslosenhilfe aufraeumte, wodurch die Menschen gerade davon abgehalten wurden, im ganzen Lande als Bettler zu leben."

"AFL League Reporter" 11. April 1949

KOMMUNISTEN VERLIEREN DOCKARBEITERSTREIK IN HOLLAND

Am 22. Februar verloren die kommunistischen Gewerkschaften Hollands einen Streik, den die Dockarbeiter Amsterdams etwa 6 Wochen lang gefuehrt hatten. Es waren Lohnerhoehungen gefordert worden, doch schliesslich waren die Erhoehungen, die spaeter angenommen wurde, dieselben, wie sie die Dockgesellschaften frueher selber angeboten hatten. Erst in den letzten Wochen des Streiks wurden sich die streikenden Dockarbeiter darueber klar, dass die wirklichen Streitfragen, um die es ging, nichts mit dem Wohlergehen der Arbeiter zu tun hatten. Sie erkannten schliessliche, dass der wirkliche Zweck des Streiks darin bestand, die Plaene der Regierung fuer einen Wiederaufbau der Industrie zu durchkreuzen und den Marshall-Plan zu behindern.

Ein Ueberblick ueber den ganzen Streik und eine Blossstellung der politischen Strategie der Kommunisten wurde in der Ausgabe der Zeitschrift "Staakt, Staakt, Staakt", des Organs des hollaendischen Transportarbeiterverbandes, vom 12. Maerz 1949 wiedergegeben. Im letzten Teil dieses Berichts heisst es:

"Dieser Streik hat wochenlang gedauert, ohne dass eine Notwendigkeit hierfuer bestand. Absichtlich und bewusst gegen den Willen der Betriebsratmitglieder, konsequent gegen den Willen ihrer eigenen Vertrauensleute wurde dieser Konflikt fortgefuehrt, bis er in Armut und Elend muedete. Es handelt sich hier um eine duistere und tragische Geschichte, aber auch um eine lehrreiche. Hier hat sich wieder einmal gezeigt, dass den hauptsaechlichen Fuehrern der EVC (kommunistischen Gewerkschaften) jede Spur von Verantwortung den Arbeitern gegenueber fehlt. Absichtlich wurden die Verhandlungen zur Verbesserung der Lage der Dockarbeiter durch einen Konflikt vereitelt, der von vornherein zum Fehlschlagen verurteiltwar. Und warum. Lediglich, um Furcht zu erregen und Verwirrung zu stiften und ein Chaos zu schaffen, aus dem die CPN (die kommunistische Partei Hollands) politisch Kapital schlagen wollte. Die Dockarbeiter haben eine bittere Lehre hinnehmen muessen."

"ECA Office of Labor Information" Paris.

DIE FRAUENBESCHAEFTIGUNG IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

(Amerikanisches Amt fuer Volkszaehlung)

Im Februar 1949 waren in der amerikanischen Arbeiterschaft etwa 400.000 Frauen mehr beschaeftigt als im Februar 1948. Die Zahl der beschaeftigungslosen Frauen bewegte sich im wesentlichen auf der gleichen Hoehe wie im Februar 1948. Nachstehende Tabelle weist die Zahlen der weiblichen Arbeiter fuer den Monat 1949 aus, im Vergleich zum vergangenen Monat.

Statistik ueber in den Vereinigten Staaten beschaeftigten Frauen, Februar 1949

	Anzahl der Frauen	Veraenderung seit Jan.49	Gesamtanzahl	Prozensatz an Frauen
Bevoelkerung (14 Jahre und darueber)	55,506,000	+ 47.000	109 195,000	50.8
Zivile Arbeitskraefte	17,159,000	+ 242,000	60,388,000	28.4
Beschaeftigte	16,356,000	+ 92,000	57,168,000	28.6
Beschaeftigungslose	804,000	+ 151,000	3,221,000	25.0
Streitkraefte	16,000	+ 1,000	1,508,000	1.1
Nichtarbeitende	38,330,000	- 197,000	47,298,000	81.0

ARBEITSFRIEDEN IN DER ATOMENERGIE-INDUSTRIE

Waehrend der letzten Monate hat es fuer die Arbeiterschaft in gewissen amerikanischen Atomenergie-Werken Schwierigkeiten gegeben. Praesident Truman hat jetzt Schritte unternommen, um eine Organisation zu bilden, die sich mit Arbeitsstreitigkeiten befassen soll, so dass fuer die Arbeiter keine Notwendigkeit besteht, in den Streik zu treten. Eine vom Praesident ernannte Kommission hat vor kurzem eine Studie ueber die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Probleme in der Atomenergie-Industrie fertiggestellt. Auf Grund dieses Berichts wird nun folgendes Programm fuer die Erhaltung des Arbeitsfriedens aufgestellt. Folgendes ist in den 4 Punkten des Plans vorgesehen:-

1. Keine Streiks oder Aussperrungen waehrend der Zeit, fuer die der Kollektivvertrag abgeschlossen wurde, Beschwerdeverfahren einschliesslich Schiedsverfahren als letzte Massnahme, um jeden Streit ueber die Auslegung oder Anwendung des Vertrages beizulegen. Diese Art Beschwerdeverfahren, die auf der 1945 vom Praesidenten einberufenen Landeskonferenz fuer Arbeitgeber und Arbeitnehmer einstimmig empfohlen wurde, hat den Zweck, einen ununterbrochenen Ablauf der Arbeiten waehrend der Laufzeit des Kontrakts zu gewaehrleisten.

2. Waehrend einerseits "die Verantwortung vornehmlich der Vertreter der Lokalgewerkschaften fuer gesunde und dauerhafte Beziehungen voll anerkannt und geschuetzt wird, sollen Schritte unternommen werden, um bei allen kritischen Streitfaellen diejenigen der hoechsten Angestellten und Funktionaere der Betriebsleitung bzw. der Arbeiterschaft heranzuziehen, deren groessere Erfahrung und stark ausgebildetes Verantwortungsgefuehl mit einem entsprechenden Urteilsvermoegen Hand in Hand gehen, weil sie selber in den fruehen Stadien des Streits direkt nicht davon beruehrt werden.

3. Die Entschliessungen der betreffenden verhandelnden Gruppen und Vertreter nach dem Landesgesetz ueber die Arbeitsbeziehungen sollen, womoeglich, durch Abkommen und freie Zustimmung getroffen werden, was einem Streitverfahren vor dem Landesausschuss fuer Arbeitsbeziehungen vorzuziehen ist, wodurch vermieden wird, dass Haltungen und Handlungen eingeleitet werden, "Die geeignet sind, Hass zu erzeugen und Bitterkeit zurueckzulassen", und wodurch auch Prozessschwierigkeiten vor dem Landesausschuss fuer Arbeitsbeziehungen in solchen Faellen vermieden werden, die die Sicherheit angehen.

4. Betriebsleitung und Gewerkschaft sollten zusammenarbeiten, "um die Gewerkschaft in die Werksorganisation als einen zweiwegigen Verbindungskanal und als Mittel zur Verstaendigung zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern einzubauen." Besonders wird der Wert "der ehrlichen Absichten auf beiden Seiten hervorgehoben, wodurch, sobald einmal die Vertreter bei den Kollektivverhandlungen bestimmt sind, die Gewerkschaft zu einem festen und verantwortlichen Bestandteil der Werksorganisation gemacht wird, indem Inspektoren fuer die Betriebsleitung und Gewerkschaftsfunktionaere ausgebildet werden, damit die Funktion und Verantwortung der Gewerkschaft anerkannt wird, und um ein genaues und eingehendes Verstaendnis fuer die Bestimmungen des durch Kollektivverhandlungen festgelegten Kontrakts, nach dem gearbeitet wird, zu schaffen."

Der Bericht der Kommission hat es vermieden, die Anwendung von obligatorischen Massnahmen irgendwelcher Art zu empfehlen. Es ist anzunehmen, dass die Arbeiterschaft und die Betriebsleitung in der Lage sein werden, ihre Differenzen durch Verhandlungen beizulegen. Ein Vermittlungsausschuss soll gebildet werden, der sich mit den Streitfragen befasst und der dafuer sorgt, dass die Vertreter der Gewerkschaften und der Betriebsleitung oft zusammenkommen, um gemeinsame Probleme durchzusprechen.

"New York Times" 19. April 1949

GEWINNE AMERIKANISCHER GESELLSCHAFTEN FUER 1948

Untenstehende Tabelle enthaelt Zahlen, wie sie sich aus dem Jahresueberblick der National City Bank of New York ueber Gesellschaftsgewinne ergeben. In der Tabelle werden die im Jahre 1948 erzielten Gewinne mit denen aus dem Jahre 1947 verglichen. Es wurde festgestellt, dass die Gewinnerhoehungen im letzten Jahr in der Petroleum-, Stahl- und Auto-Industrie am hoechsten waren. In diesen Industriezweigen verhandeln jetzt die Gewerkschaften wegen hoeherer Lohnsaetze. In den Industriezweigen, in denen Verbraucherwaren hergestellt wurden, insbesondere Textilien, waren die Einkuenfte im Jahre 1948 geringer als im Jahre 1947. In manchen dieser Industriezweige haben die Gewerkschaften ihre Forderungen auf Lohnerhoehungen fuer mehrere Monate aufgeschoben.

Anzahl der berichtenden Gesellschaften	Art des Unternehmens	Nettoeinkommen nach Abzug der Steuern (in Millionen Dollar)	
		1947	1948
680	Fabrikation	\$6,567	\$8,063
115	Bergbau etc.	225	318
193	Handel	634	693
243	Transportwesen	545	773
262	Oeffentliche Einrichtungen	803	883
108	Vergnuegungswesen		
	Dienststellen etc.	117	91
<u>661</u>	Finanzwesen	<u>647</u>	<u>852</u>
<u>2,262</u>		<u>\$9,538</u>	<u>\$11,673</u>

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest" 6. April 49

DIE NEW YORKER TAXICHAUFFEURE VERLIEREN EINEN STREIK

Die amerikanischen Kohlenarbeiter haben einen Taxistreik in New York verloren, und hier wird eines der seltsamen Ergebnisse des Kampfes der amerikanischen Gewerkschaften, ihre Mitgliederzahl zu erhoehen, geschildert. Der Verband der Vereinigten Bergarbeiter (UMW), die Gewerkschaft der Kohlenarbeiter mit ungefaehr 450.000 Mitgliedern, ist eine unabhængige Organisation. Zu verschiedenen Zeiten war der UMW waehrend der letzten 12 Jahre zweimal der AFL und einmal dem CIO angeschlossen. Heute ist er eine unabhængige Gewerkschaft.

"Bezirk 50" des UMW

Als eine Industriegewerkschaft stellt der UMW in den Staedten mit Kohlenfoerderung die gewoehnlich kleine Staaten fuer sich bilden, die vorherrschende Organisation dar. Vor mehreren Jahregruendete der UMW eine Hilfsorganisation, die als "Bezirk 59" bekannt ist. Sie ist auch als eine "Auffang-Gewerkschaft" bekannt und umfasst Arbeiter aller Gewerbe und Berufe.

Die Ortseinheit des "Bezirks 50" in New York City umfasst eine bedeutende Anzahl von Erdarbeitern, wie z.B. Tunnelausheber. Diese Ortsgewerkschaft hat auch versucht, die Taxichauffeure von New York zu organisieren. Nach langen Verhandlungen mit den Taxigesellschaften ueber die Anerkennung der Gewerkschaft und Lohnforderungen, rief der "Bezirk 50" am 1. April zum Streik auf. Manche Taxichauffeure haben behauptet, dass sie auf der Versammlung, auf der ueber den Streik abgestimmt wurde, in der Minderheit gewesen seien.

Dann aber war der Streik ein Fehlschlag

In New York befindet sich das Taxigeschaeft in den Haenden mehrerer grossen Gesellschaften. Manche davon sind so etwas Aehnliches wie Genossenschaften. Die Autos, die von den Chauffeuren betrieben werden, gehoeren diesen selbst. Es bestehen viele kleine Kompagnon-Firmen. Manche Taxichauffeure sind unabhaengige Geschaeftsleute. Die Fuehrer des "Bezirks 50" hegten die Hoffnung, sie koennten diese alle unter einen Hut bringen. Es stellte sich aber heraus, dass zuviele Ansichten herrschten. Nicht mehr als 50% der Taxichauffeure folgten dem Aufruf zum Streik. Manche arbeiten deshalb nicht, weil sie mit der Angelegenheit nichts zu tun haben wollten.

Nach Ablauf des zweiten Streiktages konnte man wieder Taxen in grosser Zahl in den Strassen sehen, und vor dem Wochenende zwaengten sich wieder mehr als 90% der 11.500 Taxen durch die Strassen der Stadt. Hierfuer wurden verschiedene Gruende genannt. Als ein Grund wurde angegeben, die Kommunisten haetten ihren Einfluss aufgeboden, den Streik zum Erliegen zu bringen, weil sie die Fuehrerschaft nicht an sich reissen konnten. Es wird behauptet, dass sie die Streikenden in dem Glauben bestaerkten, sie koennten aus dem Reservefonds des UMW, der sich auf 16 Millionen Dollar belaeuft, Streikunterstuetzung beziehen. Als diese Unterstuetzung verweigert wurde, wurden viele der Streikenden aergerlich.

An wem lag nun die Schuld.

Der Leiter des "Bezirks 50" ist A.D. Lewis, der Bruder von John L. Lewis, dem Praesidenten des UMW. Er schob die Schuld fuer das Fehlschlagen des Streiks auf den Buergermeister von New York City, O'Dwyer. Er erhob gegen ihn den Vorwurf er haette nicht ehrlich gehandelt, als er Spezialabteilungen der Polizei eingesetzt hatte, um den Frieden aufrechtzuerhalten und das Publikum zu schuetzen. Lewis erhob den Vorwurf, die Polizei wurde dazu benutzt, um die Interessen der Taxigesellschaften zu schuetzen, und dass die Polizei den Streikenden gegenueber nicht objektiv aufgetreten sei. Ein Fuehrer einer Ortsgewerkschaft des "Bezirks 50" sagte den Streikenden:

"Leute, ich bitte Euch, zur naechsten Schicht an die Arbeit zu gehen. Ich gratuliere Euch zu dem, was Ihr getan habt. Angesichts des schlimmsten Betruges der Arbeiterschaft, den ich jemals erlebt habe...habt Ihr den Gesellschaften und der Bevoelkerung New Yorks gegenueber bewiesen, dass Ihr eine Gewerkschaft habt, dass Ihr eine Gewerkschaft braucht, und die Gesellschaften werden mit der Zeit gezeugen sein, die Organisation anzuerkennen.

"Ihr habt den Verkehr der Taxischwaerme in New York unterbunden. Ihr habt dies den blauen Streikbrechern O'Dwyers und den Taxi-Inspektoren zum Trotz getan. Ihr tatet es, waehrend man Euch herumjagte und hetzte, ja, waehrend Euch sogar die streikbrechenden Taxichauffeure, die vom Gesetz in dieser Stadt angenommen waren, niederschlugen."

Der Sprecher der Taxigesellschaften erklarte, dass der "Bezirk 50" nur einen Bruchteil der Taxichauffeure der Stadt organisiert habe. Er sagte, dass die Tatsache, dass die Gewerkschaft den Streik abgeblasen habe, ohne jede Bedeutung sei, da ja die Chauffeure bereits ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten. Schliesslich sagte er: "Der Streik haette niemals proklamiert werden duerfen. Die Gewerkschaft hatte niemals eine Mitgliederschaft aufzuweisen. Es handelte sich hier lediglich um einen Versuch von aussen her, von Maennern wie A.D. Louis, der in Washington wohnt, Mr. Brock aus Connecticut und verschiedenen anderen, die in Tennessee, New Jersey, Pennsylvania und West Virginia leben.

Die "New York Times" schreibt im redaktionellen Teil: "Jetzt, nachdem sich John L. Lewis' "Bezirk 50" in Unordnung zurueckgezogen hat, sollten die Taxi-Besitzer noch einmal die Bedingungen ueberpruefen, unter denen ihre Angestellten arbeiten

und zusehen, ob sie sie von sich aus freiwillig verbessern koennen. Und die Stadtverwaltung sollte schleunigst eine Entscheidung ueber die geforderte Taxi-Fahrpreiserhoehung erlassen."

"New York Times" 9. April 1949

GRIECHISCHE ARBEITERFUEHRER BESUCHEN DIE VEREINIGTEN STAATEN

Die Bedeutung der amerikanischen Hilfe auf lange Sicht wird jetzt in Griechenland offenbar, sagten 2 griechische Arbeiterfuehrer bei ihrem Besuch in der Zentralstelle des ECA (Verwaltungsausschuss fuer das ERP). Es waren dies John Patsantzis, der Sekretaer und Schatzmeister des Griechischen Gewerkschaftsbundes und Stephan Lelos, der Generalsekretaer des Tabakarbeiter-Verbandes.

Der Wiederaufbau der Haefen in Piraeus und Saloniki, die Wiederinstandsetzung der Eisenbahnen, die Urbarmachung von Landstrichen, der Bau neuer chausseen, all dies spielt fuer die Zukunft Griechenlands eine bedeutende Rolle, sagte Patsantzis.

Patsantzis wies darauf hin, dass der Lebensstandard des griechischen Volkes immer noch sehr niedrig ist. Die Loehne sind immer noch eingefroren, aber die Preise sind gestiegen, worunter die breite Masse der Bevoelkerung schwer zu leiden hat. Er hob die Tatsache hervor, dass eine Waehrungs- und Preisstabilisierung notwendig sei, bevor wieder irgend eine Art von wirtschaftlichem Gleichgewicht erreicht werden koennte.

Der Verlust an Tabakexporten hat die griechische Wirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen, ausserte sich Lelos. Vor dem Kriege waren 56.000 Griechen in dieser Industrie beschaefigt, und 60 Millionen kg Tabak wurden jaehrlich exportiert. Jetzt sind es lediglich noch 20 Millione kg, die im Jahr ausgefuehrt werden, und nur noch 9.000 Saisonarbeiter haben Beschaefigung. Der hauptsaechlichste Hinderungsgrund fuer den Exportmarkt, sagte Lelos, sei der unguenstige Devisenkurs. Er fuegte noch hinzu, dass dies auf die Notwendigkeit und die Bedeutung einer Waehrung mit einem einheitlichen Wert in allen europaeischen Laendern hindeute.

Sowohl Patsantzis wie auch Lelos hoben die Tatsache hervor, dass sie nicht auf Veranlassung ihrer Regierung oder des ECA gekommen seien. Sie waeren lediglich als Vertreter der griechischen Arbeiter da. Sie haben ein grosses Interesse daran, Verbindungen zu den amerikanischen Arbeiterorganisationen aufzunehmen und Freundschaft mit ihnen zu pflegen, sie wollten neue Eindruecke empfangen in bezug auf Verwaltung Sozialversicherung, Lehrlings- und Berufsausbildung usw. und wollten eine Reihe von Industriezweigen besuchen, um neue Eindruecke zu sammeln, die sich bei der Verbesserung der Produktionsmethoden in ihrem Lande als vorteilhaft auswirken koennten.

"AFL Weekly News Service" 1. April 1949

DIE AMERIKANISCHEN KOHLENARBEITER VERLIEREN EINE STREIK

Es ist etwas ganz Neues, wenn John L. Lewis, der Fuehrer der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas (UMW) einen S^treik verliert. Dieser Streik, von dem die Rede ist, wurde diesmal nicht in den Bergwerken sondern in New York City ausge- tragen. Die Streikenden waren keine Bergleute, sondern Taxichauffeure, Mit- glieder einer Sektion des UMW, die als "Bezirk 50 bekannt ist, und die eine "Auffang"gewerkschaft fuer viele Berufe genannt wird. Der Bezirk 50 wird von A.L.D. Lewis, dem Bruder von John L. Lewis, geleitet. Ihm gehoeren kleine Gruppen verschiedener Berufe in vielen Teilen der Vereinigten Staaten an. Viele Mit- glieder des Bezirk 50 im S_tadtgebiet von New York City sind Erdarbeiter ein-

schliesslich der Tunnelausheber. Aber auch eine grosse Anzahl Taxichauffeure gehoert dem Bezirk 50 in New York an.

Der Streik der Taxichauffeure wegen hoeherer Entlohnung begann am 1. April jedoch eine Woche spaeter waren fast alle 8000 Taxis wieder im Betrieb. Fuer das Fehlschlagen des Streiks lagen vielleicht eine Anzahl Gruende vor, ueber die in den Zeitungen nicht berichtet wurde. Die Gruende aber, die angefuehrt wurden, sind u.a.: (1) Viele Taxichauffeure wollten von dem Streik nichts wissen. Es wird behauptet, dass sie bei der Versammlung, auf der ueber den Streik abgestimmt wurde, in der Minderheit waren, und dass Mitglieder aus anderen Berufen im Bezirk 50 die Mehrheit bildeten; (2) Viele Streikende waren veraergert, weil sie gedacht hatten, der maechtige UMW wuerde sie finanziell unterstuetzen. Als ihnen aber gesagt wurde, dass man ihnen keine Unterstuetzung aus dem Reservefonds von 17 Millionen Dollar des UMW zahlen wuerde, waren viele der streikenden Taxichauffeure aufgebracht und nahmen die Arbeit wieder auf; (3) Die Fuehrer des Bezirk 50 behaupten, dass die Arbeitgeber, denen die meisten Taxis gehoeren, nicht ehrlich gehandelt haben. Die Streikfuehrer haben auch den Vorwurf erhoben, dass die New Yorker Kommunisten den Versuch gemacht hatten, die Kontrolle ueber den Streik in ihre Haende zu bekommen. Als ihnen dies nicht gelang, beschlossen sie, den Streik abubrechen.

Als man sich nun allgemein darueber klar geworden war, dass der Streik ein Fehlschlag gewesen war, behaupteten die leitenden Funktionaere, dass ihr Vorgehen das Ergebnis des Eingreifens der Oeffentlichkeit gewesen sei, dass der Buergermeister der Stadt eine grosse Anzahl Sonderkommandos der Polizei gestellt haette, die die Aufgabe hatten, die Streikenden daran zu hindern, Schaden anzurichten.

Sie erhoben ferner den Vorwurf, dass die Polizei nicht unparteiisch vorgegangen sei, dass sie sich gegen die Streikenden gewandt und die Arbeitgeber beguenstigt haette. Es scheint aber noch eine andere Erklaerung zu geben. Die meisten Taxichauffeure in New York City sind selbstaendig. Vielleicht mieten sie die Autodroschken, betreiben sie aber fuer eigene Rechnung als Einzelunternehmen; ausserdem sehen es viele von ihnen nicht fuer notwendig an, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

"New York Times" 7. und 8. April 1949

RUSSISCHER WIRTSCHAFTLER BEKAEMPFT LOHNPARITAET

Hier folgt ein Bericht, der fuer die Kommunisten in den demokratischen Laendern schlechte Nachrichten bringt, die die Welt glauben machen wollten, dass die Sowjetunion das Paradies der Arbeiter ist. Der Bericht ist den Argumenten eines ausbeuterischen Kapitalisten, der die Profite vor das Wohl der Arbeiter setzt, verteufelt aehnlich. Hier hat es den Anschein, als wenn die Interessen des Staates vor das Wohl der Arbeiter gesetzt werden.

"Die Loehne der verschiedenen sowjetischen Arbeitergruppen weisen die Tendenz auf, dass sie sich zu sehr angleichen, so dass sie ungleichfoermiger gestaltet werden muessen, um eine erhoechte Produktivitaet zu foerdern." schrieb neulich E. Manevich in einer Ausgabe der "Fragen der Wirtschaft", dem Organ des Sowjetischen Instituts fuer Wirtschaft.

Er erwaehnte die sowjetische Maschinenindustrie, wo die hoechsten Grade der Arbeiter gewoehnlich 3 - 4 mal hoehere Loehne beziehen als die niedrigsten Grade, wo aber das Verhaeltnis jetzt einwenig hoeher ist als 2:1. Diese Verringerung des Lohndifferenzials schreibt er hauptsaechlich den Lohnerhoehungen zu, die den niedriger bezahlten Sowjetarbeitern im September 1946 gewaehrt wurden, als die Preise der rationierten Lebensmittel nahezu verdreifacht wurden.

Mr. Manevich ist der Meinung, dass das Stuecklohnsystem dem Zeitlohnsystem

dem Zeitlohnsystem ueberlegen sei, weil das Einkommen des Arbeiters direkt von seiner Erzeugung abhinge. Im kapitalistischen System, so schliesst er, ist das Stuecklohnsystem lediglich ein Mittel, um die Arbeiter "auszubeuten", in Russland aber dient es dazu, die Beschleunigung intensiver zu gestalten, mit der die Produktivitaet der Arbeiterschaft erhoeht wird.

Die grundlegenden Produktionsquoten, die von den sowjetischen Arbeitern gefordert werden, sind oft zu niedrig, schreibt er, und muessen erhoeht werden, um die Produktion zu steigern. Manche Quoten basieren lediglich auf Durchschnittswerten frueherer Arbeitsverrichtungen, waehrend andere wieder auf wissenschaftlichen Studien hoechstmoeglichster Produktion beruhen. Da beide Quoten nebeneinander bestehen, versuchen die Arbeiter haeufig, diejenigen beizubehalten, die auf frueheren Durchschnittsleistungen beruhen, da diese "vorteilhafter" leichter zu erfuehlen sind oder leichter zu ueberschreiten sind, wobei Praemien erzielt werden koennen.

Mr. Manevich griff auch die Inflation bei den Lohnstufen der Arbeiter in vielen Fabriken an, In der Mehrzahl von Unternehmen zur Fabrikation schwerer Maschinen gibt es ueberhaupt keine Arbeiter, die in der untersten Lohngruppe sind; nur ein kleiner Prozentsatz befindet sich in der vorletzten Gruppe. Durch diese Praktiken werden die Lohnausgaben der Sowjetfabriken "kuenstlich" gesteigert, was oft zu ungesetzlichen uebermaessigen Ausgaben von Regierungsgeldern fuer Loehne fuehrt."

"New York Times" 25. April 1949

EIN MENSCHALTER LANG ARBEITSFRIEDEN

Folgende Saetze sind einer Broschuere entnommen, die Stuart Chase ueber die Standard Oil Company, New Jersey, geschrieben hat, einem Industrieunternehmen, in dem 30 Jahre lang gute Arbeitsbeziehungen bestanden haben.

Der Mann, der den Plan fuer die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fuer diese Gesellschaft aufgestellt hat, war Clarence J. Hicks, der einer der Pioniere auf dem Gebiete der Arbeitsbeziehungen in den Vereinigten Staaten geworden ist.

Stuart Chase erinnert uns daran, dass der Mensch von Natur aus nicht dazu geschaffen wurde, um sich in die Forderungen eines Maschinenzeitalters einzufuegen, und dass der technologische Weg, den der Mensch geht, ein Weg der Pruefung und des Kampfes ums Dasein ist. Natuerlicherweise sind die Menschen in den Fabriken nicht gluecklich, und es muss erwartet werden, dass zwischen den Maennern, die in den Fabriken arbeiten und denen die ihre Besitzer sind, Konflikte entstehen. Es ergeben sich viele Differenzen, die beigelegt werden muessen.

"Ein grosses Gebiet fuer die Beilegung solcher Differenzen sind sicherlich die Beziehungen zwischen den paar menschlichen Wesen, die man Leiter, und einer grossen Zahl menschlicher Wesen, die man Arbeiter nennt. Hier war nun Mr. Hicks' "Weinberg", und er "bestellte" ihn gut. Er beschreibt 3 Etappen an industriellen Beziehungen:

Die erste ist die Zeit der Grossen Herren: "Du hast zu tun, was man Dir sagt - und keine Widerrede." Jede Konzession an die Arbeiterschaft wird Philanthropie genannt. Die Idee eines Zusammenarbeitens ist nichts als Mumpitz.

Die zweite Etappe besteht in einem Kampf, manchmal heftig, aber immer intensiv. Die Arbeiterschaft hat sich durch Kampf ihren Weg aus dem autokratischen Zeitalter heraus gebahnt und eine starke Arbeiterorganisation geschaffen. Die beiden Parteien ringen und kaempfen um die Ueberlegenheit in der Annahme, dass

das Bruttoeinkommen stark beschränkt ist, kämpft die Arbeitgeberschaft um einen grösseren Anteil an den Dividenden, die Arbeiterschaft jedoch um einen grösseren Anteil in Löhnen. Eine Zusammenarbeit wird von beiden Seiten als albern und sentimental angesehen. Das öffentliche Interesse wird vollkommen ausser Acht gelassen.

Das dritte Stadium tritt in Erscheinung, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber klar werden, dass ihre Lebenshaltung von einer gesunden Industrie abhängt, dass keine Industrie als Schlachtfeld in einem Bürgerkrieg sehr lange gesund bleiben kann. Sie fangen an, die fundamentale Gleichartigkeit ihrer Interessen einzusehen. In diesem Lande, sagte Mr. Hicks, handelt es nicht mehr um das "Kapital", das mit der "Arbeiterschaft" zu tun hat, sondern um Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die mit Aktionären, Verbrauchern und der Öffentlichkeit zu tun haben. Ein Lohnempfänger "setzt zuviel aufs Spiel, wenn er die Gesellschaft, die ihn beschäftigt, als etwas ansieht, was man bekämpfen muss". Die Funktion der Betriebsleitung besteht in diesem Stadium darin, den Arbeiter, den Besitzer und den Verbraucher zu einem gegenseitig nutzbringenden Verhältnis einander nahezubringen.....

Im vergangenen Jahr hat man uns eine traurige Lektion erteilt darüber, was eintreten kann, wenn Betriebsleitung und Arbeiter nicht Hand in Hand arbeiten. In dem durchaus logischen Versuch, das öffentliche Interesse zu schützen, wird die Regierung die Angelegenheit dann in ihre eigenen Hände nehmen....

Die Ideologie des Klassenkampfes, die auf einem System des Unumschränkten basiert, neigt dazu, eine Zusammenarbeit zu verhindern, ein Arbeiter, der an den Klassenkampf glaubt, sieht die Chefs fuer eine Gesellschaft von Teufeln an. Einem Unternehmer, der daran glaubt, erscheinen die Arbeiter, insbesondere aber deren Fuehrer, als eine Rotte von Vagabunden, Strolchen und auslaendischen Agitatoren. Der Klassenkampf mag wohl, als er vor einem Jahrhundert in Europa formuliert wurde, ein nuetzlicher philosophischer Begriff gewesen sein oder auch nicht. Er hat aber niemals in die amerikanischen Verhaeltnisse gepasst, ausgenommen in einigen entlegenen Fabrikstaedten und in anderen enger umrissenen Situationen.....

Der Klassenkampf ist ein veralteter Begriff, der sich mit der wachsenden gegenseitigen Abhaengigkeit im Zeitalter der Energie nicht vereinbaren laesst. Die kuerzliche Drohung mit einem Eisenbahnerstreik hat dem ganzen Lande, vom Praesidenten Truman herunter, klargemacht, wie hilflos wohl jeder Einzelne von uns sein wuerde, wenn keine Lebensmittel und Brennstoffe mehr ueber das Verkehrsnetz hin transportiert werden sollten.

Grosse Staedte wuerden in wenigen Tagen ausgehungert sein. Ein Streik in den Kraftstromanlagen wuerde sich noch schlimmer auswirken, ein Telefonistenstreik fast ebenso. Ein Streik in den Oelraffinerien wuerde jedes Flugzeug zur Erde zwingen, wuerde jeden Lastwagen und jedes Auto in kurzer Zeit zum Stillstand bringen....."

Broschuere der Standard Oil Company (New Jersey)

KOMMUNISTISCHE VERLUSTE BEI DEN SCHWEDISCHEN ARBEITERWAHLEN

Der folgende Artikel stellt die Zusammenfassung eines Berichts ueber die schwedischen Gewerkschaftswahlen dar, der vom Bureau fuer Arbeitsfragen des Verwaltungsausschusses fuer Europaeische Zusammenarbeit veroeffentlicht wurde. Wir geben nur einem Teil der Veroeffentlichung wieder. Den angefuehrten Saetzen schliesst sich eine Liste an, in der etwa 50 Wahlergebnisse bei Orts-gewerkschaften aufgefuehrt sind, denen zufolge mehrere hundert Funktionaerposten die frueher die Kommunisten innehatten, von den Sozialdemokraten ueber-

nommen wurden.

In einem Ueberblick in der Zeitung "Aftontidningen", einer Stockholmer Tageszeitung, die vom Schwedischen Gewerkschaftsbund herausgegeben wird, heisst es: "Die vor kurzem stattgefundenen Gewerkschaftswahlen in Schweden" haben sich fuer die Kommunisten zu einer Katastrophe ausgewirkt."

Der Bericht des "Aftontidningen" ist ein Beweis dafuer, dass die Abneigung der Schwedischen Regierung, sich gegenwaertig den Signatarmaechten des Atlantik-Pakts anzuschliessen, nicht auf einen wachsenden kommunistischen Einfluss in Schweden hindeutet. Im Gegenteil, die Zeitung stellte fest, dass die kommunistischen "Gewerkschafts"bastionen wie Kartenhaeuser zusammenstuerzen.

Kommunistische Rueckschlaege zeigten sich bei 26 Gewerkschaftswahlen in Stockholm und bei 10 in Gotenburg, wie "Aftontidningen" zusammenfassend berichtet. In den Provinzen war es das gleiche Bild. Praktisch in allen Faellen waren die Sozialdemokraten die Gewinner.

Nachdem die Zeitung Wahl auf Wahl aufgezaehlt hatte, wobel sie Einzelheiten ueber Ort, Gewerkschaft und Ergebnisse nennt, zieht sie den Schluss dass die Gewerkschaftswahlen "klar und bezeichnenderweise zum Ausdruck bringen, dass die Kommunisten vor einer Desorganisation stehen. Die Maenner in den Gewerkschaften wollen nichts mit ihnen zu tun haben."

Die Zeitung "Aftontidningen" wurde im Jahre 1942 vom Schwedischen Gewerkschaftsbund gegrueudet, um der nazifeindlichen Einstellung der organisierten Arbeiter Schwedens Ausdruck zu verleihen.

In der Stockholmer Sektion des Metallarbeiter-Verbandes, in der die Kommunisten stark vertreten waren, haben sie 51 Sitze an die Sozialdemokraten verloren. Die neuen Delegierten uebernehmen ihr Amt im Mai.

Bei den zuletzt am 31. Maerz abgehaltenen Wahlen gewannen die Sozialdemokraten 218 Stimmen gegen 191 der Kommunisten. Wie "Aftontidningen" schreibt, wurde der kommunistischen "Friedens"propaganda eine Abfuhr erteilt, als die Sektion beschloss, zum Ausdruck zu bringen, dass sie die Politik der Regierung billige.

"ECA Labor Information" (Paris)

ARBEITSSSTUNDEN UND VERDIENSTE IN DER AMERIKANISCHEN INDUSTRIE

Das amerikanische Arbeitsministerium veroeffentlicht monatlich Berichte ueber die in den Fabrikationsbetrieben gezahlten Loehne wie auch ueber die pro Woche geleisteten Arbeitsstunden. Vielleicht interessieren sich die deutschen Gewerkschaften fuer die Unterschiede, die innerhalb der verschiedenen Staaten bestehen. In der ersten Tabelle sind diese Zahlen aus 5 Staaten in verschiedenen Gegenden des Landes aufgefuehrt.

Verdienst und Arbeitsstunden in Fabrikationsbetrieben in bestimmten Staaten und Staedten Amerikas fuer Dezember 1948

Staat oder Stadt	Durchschnittlicher Wochenverdienst	Durchschnittl. Arbeitsstunden pro Woche	Durchschnittl. Stundenverdienst
Kalifornia (im Durchschnitt fuer den ganzen Staat)	\$61.33	38.7	\$1.59
Hafengebiet von San Francisco	63.94	38.7	1.65
New York (im Durchschnitt fuer den ganzen Staat)	59.73	39.6	1.51
New York City	62.53	37.9	1.66
North Carolina	41.58	38.1	1.09
Tennessee	44.13	40.3	1.10
Utah	56.56	40.4	1.40

Es ist zu bemerken, dass die durchschnittlichen Arbeitsstunden und der Durchschnittsverdienst in den Staedten hoeher sind als der Durchschnitt fuer den ganzen Staat fuer das Gebiet von San Francisco in California und fuer New York City. Dies trifft auch auf andere Staaten zu.

In der naechsten Tabelle sind die durchschnittlichen Arbeitsstunden und Bruttoverdienst pro Stunde fuer die Arbeiter in den Fabrikationsbetrieben aufgefuehrt. Sie weist auch den Durchschnittsverdienst fuer die regelmaessigen Arbeitsstunden aus. Der Bruttoverdienst schliesst Ueberstunden mit ein, z.B. Sonnabendarbeit oder Arbeit, die ueber 40 Stunden hinaus pro Woche geleistet wurde, fuer die die Bezahlung hoeher ist.

Arbeitsstunden und Verdienst der Arbeiter in Fabrikationsbetrieben fuer haltbare und nichthaltbare Waren in den Vereinigten Staaten

Jahr und Monat	<u>Haltbare Waren</u>		<u>Nichthaltbare Waren</u>	
	ausschliesslich		ausschliesslich	
	Brutto-Ueberstunden		Brutto-Ueberstunden	
1941, Durchschnitt	\$ 808	\$ 770	\$ 640	\$ 625
1942, " "	947	881	723	698
1943, " "	1,059	976	803	763
1944, " ""	1,117	1,029	861	814
1945, " "	1,111	1,042	904	858
1946, " "	1,156	1,122	1,012	978
1947, " "	1,292	1,250	1,145	1,109
1947, Dezember	1,354	1,299	1,196	1,152
1948, Dezember	1,457	1,408	1,286	1,251

Der Nettoverdienst hat sich in Zeit zwischen 1941 und Dezember 1948 nahezu verdoppelt. Die Differenz zwischen dem Nettoverdienst und dem Bruttoverdienst bildet in manchen Faellen das Mass fuer die Nachfrage nach Arbeitskraeften, wenn die Arbeiter der Nachfrage dadurch gerecht werden, indem sie gegen Extrabezahlung Ueberstunden machen.

Amerikanisches Arbeitsministerium
"Monthly Labor Review" Maerz 1949

DER CIO VERTEIDIGT DAS STREIKRECHT

Die Forschungsabteilung des CIO hat unlaengst einen Bericht ueber den Fortschritt des Gewerkschaftswesens in den Vereinigten Staaten waehrend der letzten 15 Jahre veroeffentlicht. Nach einem Hinweis auf die Lohnerhoehungen der amerikanischen Arbeiter, die durch gewerkschaftliche Massnahmen erreicht wurden, hebt der Bericht die Bedeutung des Streiks als Verhandlungsinstrument der Arbeiterschaft hervor. Trotz aller Bemuehungen, das Gegenteil zu erreichen, haben die amerikanischen Gewerkschaften das Streikrecht beibehalten koennen.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, bestand fuer viele Gewerkschaften auf Grund der "freundschaftlichen Beziehungen" zwischen der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung keine Notwendigkeit, groessere Streiks durchzufuehren. Weiter heisst es: "In den 13 Jahren seines Bestehens hat der Stahlarbeiterverband nur 2mal zu groesseren Streiks aufgerufen. Fuer den Verband der Vereinigten Bekleidungsarbeiter lag mehr als 10 Jahre kein Grund zum Streiken vor, weil zwischen ihnen und den Arbeitgebern ihrer Industrie ungewoehnlich freundschaftliche Beziehungen bestanden. Viele andere Gewerkschaften haben aus Erfahrung gelernt, dass Streiks im eigentlichen Sinne nur eine wirtschaftliche Waffe darstellen, zu denen man als letztes Mittel greift.

"Ob es nun haeufig angewendet wird oder nicht, so wird doch das Streikrecht von den amerikanischen Arbeitern allgemein als grundlegender Faktor der Macht der Arbeiterschaft angesehen, um die Lebensbedingungen der Maenner und Frauen der amerikanischen Gewerkschaften zu verbessern.

"Ohne dieses Recht wuerden sich selbst die freundlichsten Arbeitgeber veranlasst fuehlen, die Forderungen, die die Gewerkschaften vorbringen, drastisch zu kuerzen. Das Streikrecht ist dazu angetan, die Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschleunigt zum Abschluss zu bringen, die meistens durch grosse Verzoegerungen oder unnoetig hinausgezoeagerte Verhandlungen gekennzeichnet sind. Das Streikrecht ist eine Waffe gegen hartnaeckige Arbeitgeber, die sich weigern, Bedingungen zu gewaehren, die bei ihren Konkurrenten bereits eingefuehrt sind, oder die sich weigern, Forderungen zu erfuellen, die die Gewerkschaften als gerecht und vernuenftig ansehen.

"Schliesslich erinnert das Recht auf Streik staendig daran, dass die Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten nicht aus "Sklavenarbeitern" besteht, dass es den Gewerkschaftsmitgliedern frei steht, gemeinsam zu handeln, um ihre Lage zu verbessern, oder ihren Arbeitsplatz zu verlassen, wenn ihre Bedingungen auf Grund einer demokratischen Abstimmung als untragbar angesehen werden."

"State Department Radio Bulletin" 15. April 1949

DIE KOMMUNISTEN KOENNEN MR. BROWN NICHT LEIDEN

Adrienne Tassler, die europaeische Korrespondentin des "AFL News Service" schrieb vor kurzem folgenden Artikel, aus dem der Hass der Kommunisten gegen den Vertreter der AFL in Europa hervorgeht:-

"Irving Brown, der Vertreter der AFL in Europa, ist ein beliebter Pruegelknabe der Kommunisten Europas.

Der breitschultrige fruehere Gewerkschaftsorganisator, der seit mehr als 3 Jahren versucht hat, die europaeischen Arbeiter mit den Vorteilen der freien Gewerkschaften vertraut zu machen, muss fast taeglich in den von den Roten kontrollierten Veroeffentlichungen von Frankreich bis Ungarn Vorwuerfe, gering-schaetzigte Bemerkungen usw. ueber sich ergehen lassen. Er ist in Dutzenden von Karikaturen geschmaecht worden und dient den haeufigen Rundfunkkattacken als Zielscheibe.

Die ungarische Kommunistische Tageszeitung "Szabadsag", die in Budapest herausgegeben wird, beschrieb die Eroeffnung der Europa-Zweigstelle der AFL in Bruessel, Belgien, als einen Teil der "Sturms der Wall-Street-Sozialisten auf Europa." Sie behauptete ferner, dass die Taetigkeit der AFL "von der neuen imperialistischen Offensive der Vereinigten Staatenersonnen sei".

Das kommunistische Organ Belgiens, "Drapeau Rouge" bezeichnete den AFL-Vertreter als den "Geheimnisvollen", fuhr aber dann mit der Behauptung fort, dass die Rolle, die er in Europa spiele, klar sei - "er arbeitet daran, die Gewerkschaften Westeuropas zu spalten, um die europaeischen Arbeiter den amerikanischen Geschaeftsmagnaten zu ueberantworten;.."

"Brown", so fuehrt der Artikel fort, "vertritt die arbeitenden Klassen Amerikas nicht mehr als die zahlreichen Vertreter fuer Maisflocken und Coca-Cola, die im Augenblick die Laender unseres Kontinents bevoelkern....."

Ein Artikel der "Humanité", einer in Paris erscheinenden kommunistischen Zeitung bezeichnet Brown als einen amerikanischen Buerger, der von den "Reaktionaeeren" der AFL nach Frankreich geschickt wurde, und fuegt hinzu: "Er arbeitet unter der Leitung des Aussenministeriums."

In einer kurz darauffolgenden Ausgabe der gleichen Zeitung war ein Artikel ueber Brown ueberschrieben: "Der berufsmuessige Spalter Irving Brown kehrt nach

Amerika zurueck", mit einem Untertitel, der begann: "mit noch mehr Dollars....."

Kurz vor dem Zusammenbruch des Weltgewerkschaftsbundes (WFTU) schrieb die linksstehende daenische Tageszeitung "Land og Folk":-

"Irving Brown, dessen Dollarhilfe die rechtsstehenden Sozialdemokraten veranlasste, sich aus der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung zurueckzuziehen, versucht jetzt im Interesse der AFL und Marshalls, seine englischen Kollegen davon zu ueberzeugen, dass noch mehr getan werden muesse als nur dies, und dass sie aus dem Weltgewerkschaftsbund austreten muessen.

"Er rechnet damit, dass es ihm gelingen wird, alle Landesorganisationen aus dem WFTU herauszubringen, um so eine Marshall-Internationale zu bilden. Wir wollen nur hoffen, dass sich die Sozialdemokraten des rechten Fluegels noch nicht so weit in ihrem sklavischen Gehorsam der amerikanischen Aussenpolitik gegenueber erniedrigt haben....."

"AFL Weekly News Services" 5. April 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, AFO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessen/en direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmittellungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 13

Berlin, 20. Mai 1949

AMERIKANISCHE ARBEITERREDAKTEURE AUSSERN SICH

Drei amerikanische Arbeiterredakteure haben unlängst eine Rundreise durch europäische Länder unternommen, und jeder von ihnen hat seine Eindrücke niedergelegt. Nachstehend folgen kurze Auszüge aus ihren Erklärungen:-

1. William C. Gausman, Redakteur der "Labor Press Associates"

Die demokratischen Gewerkschaftler in ganz Westeuropa haben sich jetzt die Ärmel aufgekrempt und sich in die Arbeit gestürzt, um den Marshall-Plan für die Gesundung Europas zu einem Erfolg zu machen.

In den letzten beiden Monaten habe ich Belgien, Frankreich, Gross-Britannien, die Westzonen Deutschlands, Italien und die Niederlande besucht. Und überall ist es dasselbe.

Die antikommunistischen Gewerkschaftsführer haben im Marshall-Plan eine fühlbare und greifbare Antwort auf die russische Behauptung gefunden, dass nur eine Verbindung mit dem Osten die ernstesten wirtschaftlichen Probleme des vom Kriege verwüsteten Europa lösen könne. Die breite Masse in der Arbeiterbewegung, die von Natur aus den zynischen Manövern der Kommunisten ablehnend gegenübersteht, hat auf den grossen Aufruf, der in der von der amerikanischen Hilfe gestützten Planung innerhalb Europas zum Ausdruck kommt, geantwortet.

Die europäische Arbeiterschaft hat die Männer der AFL und des CIO, die bei den verschiedenen "Ländermissionen" als Berater in Arbeitsfragen tätig sind, als gute Freunde und als wirksame Sprachrohre kennengelernt, durch die sie ihre Ansichten darüber zum Ausdruck bringen können, auf welche Weise die Marshall-Plan-Hilfe am besten angewendet werden könnte.

In ganz Europa erbitten oder fordern sogar die Arbeiter mehr Nachrichten über Amerika und insbesondere über die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Auf diesem Gebiete leistet die Abteilung für Arbeiterinformation beim ECA unschätzbare Dienste.

Die meisten ECA-Beamten sind Geschäftsleute. Während es einerseits nicht der Wahrheit entsprechen würde, wenn man behauptete, dass sie sich in wirtschaftlichen Fragen den gewerkschaftlichen Gedanken zu eigen gemacht haben, so verlangt es andererseits die Gerechtigkeit, zu sagen, dass sie die Bedeutung der freien Arbeiterbewegungen für die Zukunft der europäischen Demokratie schätzen gelernt haben, und dass sie sich dafür interessieren, was die Arbeiterschaft zu sagen hat.

Die Rolle, die die Gewerkschaften bei der Planung zur Verwendung der amerikanischen Hilfe spielen, ist von Land zu Land sehr verschieden. Dies hängt von der Haltung der in den verschiedenen Ländern an der Macht befindlichen Regierungen

der Arbeiterschaft und der Wirtschaftspolitik im allgemeinen gegenueber ab. In verschiedenen Laendern haben die Gewerkschaftsfuehrer die Beobachtung gemacht, dass die ECA-Missionen der Vereinigten Staaten ihren Vorschlaegen aufgeschlossener und freundschaftlicher gegenueberstehen als ihre eigenen Regierungen.

2. Cornelius F. Miller, Redakteur, AFL Weekly News Service.

Der Anfang von dem, was die Vereinigten Staaten erhoffen und Russland fuerchtet, bahnt sich jetzt in Westeuropa an. Die Nationen, die am Marshall-Plan beteiligt sind, erholen sich. Ein wirtschaftliches Chaos ist abgewendet worden. Neues Blut stroemt durch die industriellen Adern derjenigen Laender, die westlich des "Eisernen Vorhanges" liegen. Der einfache Buerger in Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und in Westdeutschland ist wieder mit neuer Hoffnung auf die Zukunft erfuellt.

Die Welle von Hoffnung und Vertrauen auf das zukuenftige wirtschaftliche Leben dieser Nationen war einer der hauptsaechlichsten Eindruecke, die ich waehrend meiner kuerzlichen 5 wöchigen Rundreise durch 6 derjenigen Laender, die gemass dem ERP Hilfe von den Vereinigten Staaten erhalten, gewonnen habe.

Gleichzeitig war ich von der gewaltigen Groesse der noch vor uns liegenden Aufgabe beeindruckt. Der wachsende Erfolg des Marshall-Plans faengt jetzt langsam an, den Hintergrund fuer zukuenftige Probleme zu schaffen, die ein Zustrom von Dollars und Material nicht zu loesen vermag. Um die geeigneten Loesungen zu finden, werden die Faehigkeiten, die staatsmaennischen Qualitaeten und die Geduld sowohl der Fuehrerpersoenlichkeiten des Landes wie auch der Durchschnittsbuerger in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten auf die Probe gestellt.

Diese Probleme schliessen auch die Notwendigkeit ein, einen hoeheren Grad europaeischer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen, wie auch die Notwendigkeit, die Fruechte einer wachsenden landwirtschaftlichen und industriellen Wirtschaft in Westeuropa zu verteilen, allerdings auch die Tendenz einiger besonders interessierten Gruppen in den Vereinigten Staaten, die versuchen, den Marshall-Plan zu einem Instrument zu machen, das ihnen einen dauernden Wohlstand und ein staendiges Gedeihen garantiert.....

Die tatsaechliche Aufgabe, die vor uns liegt, besteht darin, die beteiligten Nationen zu veranlassen, ihr wirtschaftliches Denken und Planen so zu ueberpruefen und umzustellen, dass der Bedarf jeder einzelnen von ihnen nahezu ganz gedeckt wird. Im Falle eines Fehlschlagens wuerde dies bedeuten, dass der Nationalismus auf dem Gebiete der Wirtschaft nur gesteigert wuerde. Mangels Zusammenarbeit wuerde jede Nation nur darauf bedacht sein, jeder anderen Nation gegenueber im Kampfe um den Weltmarkt und die Maerkte Europas, auf denen sie die Erzeugnisse einer ueberentwickelten Industrie abzusetzen sucht, eine halsabschneiderische Politik zu verfolgen, wodurch die Stabilitaet eines ordnungsmessigen Welthandels unterminiert werden wuerde.....

Ein weiteres, gleichermassen beunruhigendes Problem ist die interne Verteilung der Erzeugnisse und des Wohlstandes jeder Nation auf ihre Bevoelkerung. In allen Laendern ist genuegend Raum fuer bedeutende Verbesserungen. In manchen werden sich die bestehenden Ungerechtigkeiten - wenn sie weiter bestehen bleiben - zu einem wirklichen Hindernis fuer einen endgueltigen Wohlstand Europas auswirken. Es muessen Mittel und Wege gefunden werden, um den Lebensstandard der Massen derjenigen Menschen zu heben, die durch ihre schwere Arbeit und ihre Opfer daran mitarbeiten, Europa aus der wirtschaftlichen Flaute wieder herauszubringen. Man muss den europaeischen Arbeitern die Gewissheit geben, dass in dem Masse, wie die Produktion steigt, sie auch auf eine staendige Verbesserung ihrer Loehne und Lebensbedingungen hoffen koennen. Ebenso wie die Nationen es lernen muessen, mit

den Nationen zusammenzuwirken, um eine gesunde einheitliche europaeische Wirtschaft zu entwickeln, so muessen die Segmente der Wirtschaft einer jeden einzelnen Nation lernen, zum Wohle der Gesamtorganisation zusammenzuarbeiten."

3. Allan L. Swim, Redakteur der "CIO News"

"Es gibt noch Menschen, die in Italien in Hoehlen, in Deutschland in zerbombten Gebaeuden und in anderen Teilen Europas eng zusammengepercht leben. In manchen Laendern gibt es nicht genug Nahrungsmittel, in anderen wieder nicht genug Kleidung. In dem ganzen Gebiet herrscht ein Mangel an Rohmaterialien und an Maschinen fuer die Produktion.

Diese Verhaeltnisse sind groesstenteils das Ergebnis des letzten Krieges -- und als Ergebnis dieser bestehenden Verhaeltnisse begann der Kommunismus, westlich des "Eisernen Vorhanges" Fuss zu fassen. Vor einem Jahr glich Westeuropa etwa einem Boxer, der hart angeschlagen und groggy in den Seilen hing. Heute ist dieses Gebiet wieder im Ring und faengt an, wieder mit erneuter Kraft zuzuschlagen.. dank dem Marshall-Plan. Und der Kommunismus verliert an Boden. Das sind die Eindruecke, die ich hatte, als ich 6 Marshall-Plan-Laender besuchte und mehrere hundert Menschen aus verschiedenen Berufen und Kreisen befragte.

Niemand ist in der Lage, ein einfache, genaues und vollstaendiges Bild von den Verhaeltnissen, wie sie heute in Westeuropa bestehen, abzugeben, weil in den verschiedenen Laendern auch die Probleme verschiedener Natur sind. Aber mit einer gewissen Sicherheit kann man schon einige allgemeine Schluesse ziehen:-

1. Es besteht ein wirklicher Bedarf an einer erhoekten Produktion und einer erhoekten Produktivitaet - in ganz Westeuropa.

2. Es besteht ein wirkliches Beduerfnis fuer eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes und der guenstigen Gelegenheiten in vielen Teilen Westeuropas.

3. Die Hauptverantwortung fuer einen Erfolg des Europaeischen Wiederaufbau-Programms liegt unbedingt bei den Marshall-Plan-Laendern selbst - weil die amerikanische Hilfe lediglich dazu dient, "die Pumpe anzustechen".

4. Der Kommunismus wird neue Anhaenger gewinnen, wenn die wirtschaftlichen Verhaeltnisse eine Wendung zum schlechten nehmen, und wenn einige der westeuropaeischen Nationen nicht die sozialen und wirtschaftlichen Reformen durchfuehren, wuerden, die von der Bevoeakerung dringend verlangt werden.

5. Die Marshallplan-Laender muessen in Zukunft noch enger als bisher miteinander zusammenarbeiten, wenn sie ein Durcheinander vermeiden wollen; sie muessen die Handelsschranken abschaffen und Wirtschaftsverhaeltnisse schaffen, die mit einander nicht im Widerstreit stehen."

"Trans-Atlantic" 11. April 1949

DIE OESTERREICHISCHE ARBEITERSCHAFT BILLIGT DAS ERP

In einer offiziellen Veroeffentlichung des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes erklaerte Johann Bohm, der Praesident des Bundes, vor kurzem: "Die meisten Arbeiter und Angestellten, die dem Oesterreichischen Gewerkschaftsbund angehoren, sind sich sehr wohl der Tatsache bewusst, dass die Marshall-Plan-Hilfe, die unserem Lande gewahrt wurde, den wichtigsten Faktor fuer unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau bildet."

Bohm sagte, dass die Marshallplan-Hilfe nicht nur "die Mittel fuer Investitionen" liefere, sondern Nahrungsmittel. "Wenn wir nicht zuerst die Nahrungsmittel-lieferungen der UNRRA und jetzt die Lieferungen aus dem Marshall-Plan gehabt haetten, dann waere sicherlich ein grosser Teil des Oesterreichischen Volkes an Hunger und ansteckenden Krankheiten zugrunde gegangen.

"Wir sollten nicht vergessen, dass selbst heute noch mehr als die Haelfte der vom oesterreichischen Volke verbrauchten Lebensmittel aus der Marshallplan-

Hilfe stammt."

Nur eine kleine Minderheit unter den Oesterreichern leugnet den Wert der Marshallplan-Hilfe ab, schrieb Bohm, aber "diejenigen, die den Marshall-Plan kritisieren, sind andererseits durchaus bereit, die Lebensmittel anzunehmen, die uns nach dem Marshall-Plan geliefert werden."

"Die Gegner des Marshall-Plans moegen sich drehen und wenden wie sie wollen, sie koennen aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, dass es nur der Marshallplan-Hilfe zu danken ist, dass sich unser Land wieder langsam erholen kann," sagte Bohm.

"ECA Labor Information" 25. April 1949

FORDERUNG NACH INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSSOLIDARITAET

"Einheitlich ausgerichtete Aktionen der Arbeiterschaft ueber die Landesgrenzen hinweg" sind heute eine anerkannte Notwendigkeit, sagte Maurice J. Tobin, der Arbeitsminister der Vereinigten Staaten.

Tobin erklarte am Donnerstag bei einem Festessen zu Ehren des Zentralausschusses des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes, dass ein Land nur durch die Zusammenfassung aller wahren demokratischen Elemente in allen Laendern auf die Dauer seine Freiheit wahren koennen. "Es besteht kein Zweifel, dass da, wo es der Arbeiterschaft freisteht, sich zu organisieren und ihre Meinung zu aeussern, die allgemeinen Impulse zu einer anstaendigen und wuerdevollen Lebensweise gestaerkt werden."

Tobin beglueckwuenschte den Internationalen Metallarbeiter-Verband wegen seiner Arbeit waehrend eines halben Jahrhunderts als Gewerbesekretariat. Die "umfassenden und klaren Anschauungen" dieses Sekretariats und auch anderer "temperiert durch einen lebendigen und gesunden Sinn fuer Unabhaengigkeit" hat sie davor bewahrt, "zu einem Werkzeug der Sowjetpolitik zu werden." stellte Tobin fest.

Der Zentralausschuss, der einige 4 Millionen Metallarbeiter in 11 Laendern Europas, wie auch in Canada und den Vereinigten Staaten vertritt hat sich waehrend der Sitzungen in Washington mit der Frage der zukuenftigen Verwertung der Ruhr, die dort einen der Streitpunkte bildete, befasst. Tobin erklarte mit Nachdruck, dass "die Arbeiterschaft bei der Loesung des Problems der Verwertung des Ruhrgebietes eine wichtige Rolle spielen muesse."

Sachverstaendige Ratschlaege von Organisationen wie die Ihre werden gebraucht. Dies ist die beste und einzige Garantie dafuer, dass dieses wichtige Industriegebiet fuer einen friedlichen Aufbau Europas benutzt wird. Die demokratische Arbeiterschaft Deutschlands muss daher unbedingt ermutigt und gestaerkt werden. Ihre freien Gewerkschaften fuehren einen gewaltigen Kampf nach zwei Fronten hin, und zwar gegen die nationalistische Reaktion und gegen den totalitaeren Kommunismus.

Tobin wies dann noch auf die "Stimme hin, die sein Ministerium bei der Politik und den Massnahmen habe, die vom Aussenministerium verfolgt bzw. getroffen werden," sowie auf das Interesse an dem Programm zur Beteiligung der Arbeiterschaft, an der primaeren Verantwortung fuer die Beteiligung Amerikas an der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO), "an dem Austausch technischer Kompetenzen" mit den Arbeitsministerien anderer Laender und an der engen Zusammenarbeit mit der amerikanischen Armee in bezug auf die "Gesichtspunkte der Arbeiterschaft" im Hinblick auf die Verwaltung der besetzten Gebiete.

"State Department Radio Bulletin" 22. April 1949

TREFFEN DES INTERNATIONALEN METALLARBEITER-VERBANDES
IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

12 Mitglieder des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes (IMF), dessen Zentralstelle sich in Genf, in der Schweiz, befindet, sind nach den Vereinigten Staaten unterwegs, um mit der Internationalen Vereinigung der Maschinisten (IAM), einer der fuenf groessten Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten zusammentreffen. Dies ist in der Geschichte des IMF das erste Mal, dass ein Treffen jenseits des Atlantik vor sich geht. Gewerkschaftsfunktionaere bezeichnen dies als einen Bruch mit "dem traditionellen Isolationismus der Gewerkschaften beider Kontinente."

Der IMF setzt sich aus den hauptsaechlichsten Metallgewerkschaften in 11 westeuropaeischen Laendern, in den Vereinigten Staaten und Canada zusammen, wobei die letzteren durch die IAM vertreten werden. Die Sitzungen werden hier am 20. April eroeffnet werden; der Exekutivrat der IAM soll am folgenden Tag zusammentreten.

Die zur Debatte stehenden Fragen befassen sich auch mit der Vergroesserung und Ausweitung der Organisation. Es wird auch in Erwaegung gezogen, die Zweigverbaende anderer Gewerkschaftsorganisationen im Metallgewerbe in den Vereinigten Staaten einzuladen, einschliesslich der AFL und des CIO. Auch die zukuenftige Kontrolle der deutschen Kohlen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet sowie die zukuenftigen Beziehungen der Gruppe zu der neuen Weltbewegung der Arbeiterschaft sollen zur Sprache kommen.

Am 26. April wird das Komitee eine Rundreise unternehmen, um metallverarbeitende Werke in den Vereinigten Staaten zu besichtigen. Die Mitglieder brachten zum Ausdruck, dass sie Vertreter "freier Gewerkschaften seien und keinerlei Verbindungen zu irgendeiner Regierungsstelle unterhalten." Erik Peterson, der Sekretaer und Schatzmeister der IAM, erklarte, dass die Konferenz fuer den grossangelegten "Kampf zur Staerkung der westlichen Demokratie von Bedeutung sei."

"Die Maschinisten und Metallarbeiter in jedem europaeischen Lande bilden den groessten Teil der organisierten Gewerkschaftsbewegung. Sie halten die Schluessel zum wirtschaftlichen und industriellen Wiederaufbau in Westeuropa in ihren Haenden. Mehrere Jahre haben sie erfolgreich gegen die Flut des Totalitarismus angekaempft. Heute arbeiten diese Gewerkschaften daran, den Widerstand gegen den Kommunismus zu einem positiven Kampf zu gestalten, mit dem Ziel, das Leben in jedem freien Lande lebenswert zu machen."

Die Laender, die vertreten sein werden, sind: Oesterreich, Belgien, Daenemark, Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden und die Schweiz, ausserdem die Vereinigten Staaten und Canada.

"State Department Radio Bulletin" 15. April 1949

EINE GEWERKSCHAFT STREICHT EIN HAUS IN 2½ MINUTEN

Unter den Beifallsrufen Tausender von Zuschauern stellten heute 96 gewerkschaftlich organisierte Anstreicher einen, wie behauptet wird, Weltrekord auf, als sie ein Haus in 2 Minuten und 36 Sekunden vollkommen weiss anstrichen. Die Bewohner der Stadt haben Robert W. Hoelze, einem Kriegskrueppel, ein Heim geschenkt.....

Mit glueckstrahlendem Gesicht beobachteten der 23 Jahre alte ehemalige Kriegsteilnehmer des Pazifik und Miss Elaine Noll, die er am 12. Juni heiraten wird, wie die Maler geschaeftig auf dem Geruest hin und her eilten und emsig ihre Arbeit verrichteten. In seinem Rollstuhl gab er begeistert seinem Beifall

zusammen mit den Umstehenden Ausdruck, als die offizielle Zeit, in der die Arbeit verrichtet wurde, bekanntgegeben wurde.

"Wir sind ja so gluecklich," sagte er, "aber ich freue mich, dass das nun geschafft ist. Ich moechte den Hunderten freundlicher Menschen, die dies alles ermoeeglicht haben, unseren tiefsten Dank aussprechen."

Eine Stunde, bevor der Anstrich begann, versammelte sich schon die Menge vor dem Bau im Stadtteil Edgebrook. Um das gesamte Gebaeude war ein Geruest errichtet worden, und John Pecoraro, der Geschaeftsvertreter der Ortsgewerkschaft 834 des Verbandes der Maler, Dekorateure und Tapezierer wies jedem einzelnen seiner Maenner seinen besonderen Platz an."

Mehr als 1000 Personen haben dazu beigetragen, um dem Kriegskruempel ein ein Heim zu geben. Verschiedene Gewerkschaften halfen mit ihrer Arbeit dabei, das Haus, das 5 Zimmer enthaelt, in ein paar Tagen zu errichten.

"New York Times" 24. April 1949

ENGLISCHE SEEMANSGEWERKSCHAFT GREIFT KOMMUNISTEN AN

Tom Yates, der Generalsekretaer des Landesverbandes der Seeleute, der 55.000 englische Arbeiter im Schiffahrtswesen vertritt, geisselte in der laufenden Ausgabe des "Seemann", dem offiziellen Organ der Gewerkschaft, die kommunistischen Bemuehungen, die Arbeiterbewegung der Welt und der des Vereinigten Koenigreichs zu beherrschen.

In einem von ihm unterzeichneten Artikel eroertete Yates die Unterstuetzung, die der Seemannsverband dem Englischen Gewerkschaftsbund bei dessen Austritt aus dem Exekutivbureau des Weltgewerkschaftsbundes hat zukommen lassen. Yates schrieb "Die Vertreter der Sowjets und ihre Verbuedeten innerhalb des Bundes haben jede nutzbringende Arbeit, die auf internationaler Grundlage geleistet wird, behindert."

Ebenso rechnete Yates auch mit den "kommunistischen Machinationen" innerhalb der Seemannsgewerkschaft ab und wies darauf hin, dass die Organisation solche "inoffiziellen Streiks" wie den, durch den die "Queen Elizabeth" im vergangenen Jahr in Liverpool festgehalten wurde, nicht dulden wuerde. "Es hat keinen Zweck, vorzugeben, dass Unruhen dieser Art auf Zufaelle zurueckzufuehren sind. Es ist nichts als geplanter und organisierter Unfug," schrieb Yates.

"Man hat mich beauftragt, verantwortlich in aller Offenheit darauf hinzuweisen, dass unser Exekutivrat im Rahmen des Gesetzes gegen umstuerzlerische Elemente vorgehen wird, die unsere Gewerkschaft in illoyale Handlungen dieser Art verwickeln wollen."

Dann pries der Sekretaer der Seemannsgewerkschaft das Programm der Labour-Regierung zur Erhoehung der industriellen Produktivitaet. In einem anderen Artikel der Zeitschrift wird es dem Europaeischen Wiederaufbau-Programm zur Ehre angerechnet, dass es den Englaendern eine Hilfe gebracht habe, die sich pro Kopf der Bevoelkerung auf 6 Pfund Sterling im Jahr belaeuft. "

"ECA Office of Labor Information"

IN DEN VEREINIGTEN STAATEN NEHMEN 28 MILLIONEN MENSCHEN AM SCHULBESUCH TEIL

Nach Angaben des Amerikanischen Amts fuer Volkszaehlung wurden zu Beginn des Schuljahres 1948-49 mehr als 28 Millionen Schueler bei den amerikanischen Schulen angemeldet.

Diese Rekordzahl ist im Vergleich zum vergangenen Jahr um 600.000 hoeher und 1940 gegenueber um mehr als 1 Million gestiegen. Dies geht aus einer probeweisen Untersuchung des Amts fuer Volkszaehlung hervor. Die Zahl umfasst alle

Schueler, vom Kindergarten angefangen bis hinaus zum College, und zwar sowohl in oeffentlichen wie auch in privaten Anstalten.

Das Amt fuer Volkszaehlung fuehrt den Grund fuer die staerkeren Anmeldungen in den niederen Klassen auf die Tatsache zurueck, dass die Kinder, die aus den im Kriege geschlossenen Ehen hervorgegangen sind, jetzt das schulpflichtige Alter erreicht haben. Mehr als 1 Million ehemaliger Angehoeriger der amerikanischen Streitkraefte, die auf Grund einer Unterstuetzung seitens der Regierung studieren, bilden den Grund dafuer, dass sich bei den Hochschulen und Colleges eine staerkere Anmeldung bemerkbar macht.

Einem Bericht der U.S. National Education Association (Landesbildungs-Vereinigung Amerikas) ueber die Lage der amerikanischen Schulen, erhaelt heute der Schueller einer Volksschule in den Vereinigten Staaten eine weit bessere Bildung als dies bei seinen Eltern der Fall war."

"State Department Radio Bulletin" 18. April 1949

ETWAS UEBER AMERIKANISCHE LEBENSVERHAELTNISSE

In einer vor kurzem erschienenen Veroeffentlichung des Amerikanischen Arbeitsministerium sind folgende typischen Beispiele fuer die Kaufkraft der Loehne angegeben, die ein amerikanischer Fabrikarbeiter im Durchschnitt verdient, und was er sich - unter Zugrundelegung der Preise von 1947 - nachdem er eine gewisse Zeit gearbeitet hat, kaufen kann.

1 Pfund Brot	6 Minuten
1 Pfund Rinderkeule	37 "
1 Pfund jungen Lachs (Konserven)	21 "
" Butter	40 "
" Cheddarkaese	29 "
" Kaffee	23 "
" Zucker	5 "
1 Quart Milch (etwa 0,95 l) -	9 "
1 Dtzd Eier	34 "
1 Dtzd Apfelsinen	21 "
1 Paar Arbeitsschuhe fuer Maenner	6 Stunden
1 tragbarer Radioapparat, Standardmodell	2 Tage
1 elektr ischer Kuehlschrank, Standardmodell	22 "
1 neues Automobil, eines der preiswerten Volks- modelle	140 "
1 Mietwohnung zum durchschnittlichen Mietssatz . Monatsmiete dafuer	3 "

Die Anzahl aller Wohnungen in den Vereinigten Staaten, die von ihren Besitzern bewohnt wurden, stieg von 44% im Jahre 1940 auf 55% im Jahre 1947. Die von Mietern bewohnten Wohnungen (1947) waren mit folgendem Komfort ausgestattet.

Mit fliessnedem Wasser	94.6 Prozent
Mit Bad und Spueltoilette im Hause	79.2 "
Mit Zentralheizungsanlage zur Beheizung aller Raeume	
In den Vereinigten Staaten	59.4 "
In den nordoestlichen Staaten	83.4 "
In den noerdlichen Mittelstaaten	75.1 "
Mit elektrischer Beleuchtung	97.5 "
Mit nicht mehr als fuer 1.5 Personen Raum im Zimmer	93.5 "

New York Times, 24 April 1949

CIO-FUEHRER BEDAUERT PARISER REDE EINES KOLLEGEN

Jacob S. Potofsky, der Vorsitzende des Verbandes der Vereinigten Bekleidungsarbeiter Amerikas (CIO) bedauerte gestern die Erklarungen, die von Mitgliedern der amerikanischen Delegation zu dem von den Kommunisten inspirierten Weltfriedenskongress - der am Montag beendet wurde, abgegeben worden waren.

Mr. Potofsky bemerkte insbesondere, dass Donald Henderson, der Vorsitzende des Verbandes der Lebensmittel, Tabak- und Landarbeiter, eines Zweigverbandes des CIO, kein Recht haette, im Namen des CIO Erklarungen abzugeben, und dass seine Ansichten von noch nicht 1/6 der organisierten Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten geteilt wuerden.

Mr. Henderson hatte den sowjetischen und auch anderen Delegierten versprochen, dass "die arbeitende Bevoelkerung nicht in einen Krieg gegen die Sowjetunion getrieben werden wuerde....."

Jacob Potofsky, den der CIO-Praesident Philip Murray nach Israel gesandt hatte, um dort die amerikanische Arbeiterschaft bei den Feierlichkeiten anlaesslich des ersten Jahrestages der Errichtung des Staates Israel zu vertreten, befand sich gerade auf der Durchreise in Paris, als er von den Aeusserungen der amerikanischen Delegierten auf dem Friedenskongress erfuhr. Er war darueber so aufgebracht, dass er sich entschloss, eine Pressekonferenz einzuberufen.

Zu der Erklarung des amerikanischen Schriftstellers Howard Fast, dass die amerikanischen Gefaengnisse mit politischen Gefangenen vollgestopft seien, aeusserte sich Mr. Potofsky: "Das ist mir nicht nur ganz neu, sondern ich glaube eher, dass ein politischer Schwindel ist."

Er sagte: "Wir vom CIO haben zu Zeiten unserem eigenen Kongress und unserer Verwaltung kritisch gegenuebergestanden, doch glauben wir an unsere demokratischen Einrichtungen und an die amerikanische Lebensweise." Er sagte ferner, er wuerde Praesident Truman auch weiterhin unterstuetzen und sei der Ansicht, dass Aussenminister Dean Acheson "ein sehr grosser Staatsmann" sei."

Er fuegte noch hinzu: "Wir glauben, dass unsere Regierung und unser Volk den Frieden wollen entgegen den Erklarungen, wonach wir zum Kriege zu ermutigen suchen." Mr. Potofsky sagte, dass der Vorstand des CIO sich wahrscheinlich auf seiner naechsten Sitzung am Mai mit Mr. Hendersons Taetigkeit befassen wuerde, er glaube aber nicht, dass irgendwelche disziplinarischen Massnahmen gegen ihn ergriffen werden wuerden."

"New York Herald Tribune" (Paris) 27. April 1949

DIE HOHEN KOSTEN DER AMERIKANISCHEN HILFE FUER DIE KRIEGSVETERANEN

Ein ehemaliger Kriegsteilnehmer aus dem Zweiten Weltkrieg hat lt. einem bei Beendigung des Krieges vom amerikanischen Kongress verabschiedeten Gesetz ein Anrecht auf oeffentliche Unterstuetzung, wenn er keine staendige Beschaeftigung finden kann. Fuer die Zeit von 52 Wochen bek nmt er eine Unterstuetzung in Hoehe von \$20 pro Woche. Wenn er selbstaendig, ein Farmer oder kleiner Geschaeftsmann ist, hat er Anrecht auf Bundeshilfe bis zum Gesamtbetrage von \$1.040.--. Waehrend des Krieges wurden etwa 15 Millionen Maenner und Frauen zum Heeresdienst herangezogen. Wenn sie alle diese Unterstuetzung in Anspruch nehmen wuerden, auf die sie ein Recht haben, dann wuerden hierdurch der amerikanischen Regierung Ausgaben von ueber 15 Milliarden Dollar entstehen.

Bis heute haben insgesamt 8 1/2 Millionen ehemaliger Kriegsteilnehmer Unterstuetzungen im Gesamtwerte von \$ 3.355.173.000 erhlaten. Nahezu 7 Millionen

haben nicht um Unterstuetzung gebeten und 1.038.000 haben vollkommen die ihnen zustehende Unterstuetzung in Anspruch genommen.

"New York Times" 25. April 1949

ZWANGSARBEIT IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Gemaess der Praeambel zu einem Gesetz, das am 25. Oktober 1948 von der tschechoslowakischen Regierung erlassen wurde, heisst es, dass "die Praxis, nur notorische Verbrecher zu Zwangsarbeit zu verurteilen, sich angesichts der Tatsache nicht als zufriedenstellend erwiesen hat, dass es die kollektive Sicherheit erfordert, dass aehnliche Massnahmen auch gegenueber solchen Personen angewandt werden sollen, die, obwohl sie sich nicht eines bestimmten Verbrechens schuldig gemacht haben, trotzdem fuer das wirtschaftliche und soziale Regime insofern eine Bedrohung darstellen, als sie die Arbeit verweigern und auf Grund ihrer antisozialen Haltung. "Fuer solche Leute muss es eine Haft geben, die einen "besserden" Charakter hat.

Dieses Gesetz sieht Arbeitslager vor, die nach dem Muster der in der Sowjetunion bestehenden eingerichtet sind. Es ist anzunehmen, dass alle Arbeiter die Pflicht haben, zu arbeiten, jedoch muessen sie so arbeiten, wie es die Regierung haben will. Das Recht auf Arbeit wird auch als eine Pflicht angesehen, so zu arbeiten, wie es verlangt wird.

"Aehnliche Gesetze wurden auch im Jahre 1945 und 1946 in Bulgarien erlassen, und ueber die Sowjetzone Deutschlands sind ueber ein Dutzend Lager verstreut, wo schaezungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen interniert sind.

Folgende Analyse der Zwangsarbeit in der Tschechoslowakei erschien in der Ausgabe der Zeitschrift "Industry and Labor" vom 1. April, einem der offiziellen Organe der Internationalen Organisation fuer Arbeit, die in Genf herausgegeben werden:

"Zwangsarbeitslager in der Tschechoslowakei

Am 25. Oktober 1948 trat in der Tschechoslowakei ein Gesetz ueber die Zwangsarbeitslager in Kraft.

Zunaechst wurde die Zwangsarbeit in der Tschechoslowakei als eine zeitweilige Massnahme eingefuehrt, um damit dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit zu helfen, und zwar lt. einem Erlass des Praesidenten vom 1. Oktober 1945. Der Einsatz solcher Arbeitskraefte wurde durch das Gesetz vom 9. Mai 1947 ueber die Mobilisierung der gesamten Arbeitskraefte des Landes fuer die Durchfuehrung des Zweijahres-Plans bestaetigt. Nach der neuen tschechoslowakischen Verfassung von 1948 wird die Verpflichtung, im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten, zu einem der Grundprinzipien des Rechts auf Arbeit erklaert.

Nach dem neuen Gesetz sollen Zwangsarbeitslager zu dem Zweck eingerichtet werden, um gewisse Klassen von Buergern in ihren buergerlichen Verpflichtungen zu unterweisen, und um ihre Arbeitsfaehigkeit im Interesse der grossen Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Dienstpflichtige Personen:

Folgende Personen sind zu Dienstleistungen in den Zwangsarbeitslagern verpflichtet:

(1) Personen im Alter zwischen 18 und 60 Jahre, die, obwohl sie ueber die notwendigen koerperlichen und geistigen Kraefte verfuegen, die Arbeit verweigern, oder die eine Bedrohung fuer das demokratische Regime oder das wirtschaftliche Leben des Landes bilden,

(2) Personen, die nach folgenden Gesetzen verurteilt worden sind: Gesetz vom 6. Oktober 1948 zum Schutze der volksdemokratischen Republik, Gesetz vom 13. Februar 1947 zur Beseitigung des Schwarzmarkthandels und aehnlicher

Taetigkeit, Gesetz vom 13. Februar 1947 ueber den strafrechtlichen Schutz bei der Durchfuehrung des Zwei-Jahres-Plans, Gesetz vom 18. Juli 1948 ueber den strafrechtlichen Schutz bei nationalen Massnahmen

(3) Personen, die in Uebereinstimmung mit den fuer Verstoesse in der Verwaltung in Kraft befindlichen Strafen zu Zwangsarbeit verurteilt worden sind.

Die Bezirks-Volksausschuesse werden besondere Komitees, aus 3 Mitgliedern bestehend, bilden, die diejenigen Personen angeben werden, die unter Kategorie (1) wie oben, fallen, und die das fuer die Zwangsarbeit vorgesehene Strafmass festsetzen (3 Monate bis 2 Jahre). Eine Berufung gegen die Entscheidung eines dieser Ausschuesse kann nicht einer Aussetzung des Verfahrens gleichkommen. Das Komitee hat das Recht, entweder die Haftzeit abzukuerzen, wenn die Meinung herrscht, dass der Gefangene nach seiner Freilassung ein nuetzliches und makelloses Leben fuehren wird, oder sie im gegenteiligen Falle zu verlaengern. Die in der Slowakei bestehenden Arbeitskolonnen werden in Zwangsarbeitslager umgewandelt.

Die Art der Arbeit

Die in Zwangsarbeitslagern festgehaltenen Personen werden mit Arbeiten beschaeftigt, die vom Staat, den staatlichen Unternehmen und autonomen Behoerden zur Durchfuehrung des Landeswirtschaftsplans durchgefuehrt werden. Sie werden nach den festgelegten Saetzen bezahlt, und zwar nach Abzug der Internierungskosten. Es sollen Schritte unternommen werden, um ihnen berufliche, kulturelle und moralische Schulung zuteil werden zu lassen.

"ECA Labor Information" 22. April 1949

AUSSERUNGEN EINES AMERIKANISCHEN ARBEITERFUEHRERS

In seiner Ansprache an die zweite Sitzung des Anglo-Amerikanischen Rates fuer Produktivitaet in New York sagte kuerzlich Harvey W. Brown, der Praesident des Internationalen Maschinisten-Verbandes (IAM): "Die freien Gewerkschaften der Welt sind, wenn sie gemeinsam handeln, am besten ausgeruestet, die destruktiven Massnahmen der Kommunisten zu bekaempfen. Dies ist auch der Grund, warum es die Arbeiterbewegung so eilig hatte, sich zur Unterstuetzung des Marshall-Plans zusammenzuschliessen." Der IAM, der sowohl von der AFL wie auch vom CIO unabhbaengig ist, zaehlt mehr als 1 Million Mitglieder.

Brown ist Mitglied des Rates fuer Produktivitaet, dessen erste Sitzung im vergangenen Oktober in London abgehalten wurde. Auf Veranlassung des Rates haben Vertreter der amerikanischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Betrieb in den englischen Industriezweigen studiert, und eine englische "Produktivitaetsgruppe" hat amerikanische Industriebetriebe besichtigt.

Brown erklarte in seiner Ansprache: "Wenn wir weiterhin unsere freie und demokratische Lebensweise in der ganzen Welt beibehalten und ausweiten wollen, dann muessen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ehrlich zusammenarbeiten, was einen der Grundbegriffe der Demokratie bedeutet. Wir muessen dies in die Praxis umsetzen und mit derselben Intensitaet verteidigen, mit der wir unsere politische Freiheit verteidigen."

"Die industrielle Demokratie ist die unwiderstehliche Macht des zwanzigsten Jahrhunderts." sagte er. "Weise Maenner, die die Lehren aus der Geschichte bezogen haben, werden nicht versuchen, sich ihr in den Weg zu stellen."

"ECA Labor Information" 20. April 1949

DIE AMERIKANISCHE INDUSTRIE LERNT VON DER ENGLISCHEN ARBEITERSCHAFT

"Englische Giessereiarbeiter haben amerikanischen Industriellen manche wertvollen Winke gegeben, wie die amerikanischen Produktionstechniken verbessert werden koennen, als sie gemass dem Technischen Hilfsprogramm des Marshallplans Stahlgessereien in den Vereinigten Staaten auf ihrer Rundreise besichtigen.

In Milwaukee machte ein Former aus Sheffield auf das ungeeignete und unbeholfene Modell eines Meissels aufmerksam, das zum Grobmeisseln der Form benutzt wird. Er schlug die Verwendung des englischen Meissels vor, der besonders geformt ist. Dieser Meissel wird jetzt in dem betreffenden Werk benutzt und spart viel Zeit und Geld.

In einem anderen Werk in Milwaukee erklarte ein englischer Giesser ein schon lange in England eingefuehrtes System, mit dem besondere Arten von Verkleidungen fuer Schmelzofen hergestellt werden. Er sah die Plaene fuer eine neue Ofenschle und wies darauf hin, dass der Aufbau nur eine kurze Lebensdauer haben wuerde. Die Firma hat jetzt die Absicht, seine Ideen zu verwirklichen.

U.a. gaben die 16 Mann der Produktionsgruppe aus England den amerikanischen Industriellen auch Ratschlaege in bezug auf die Lehrlingsausbildung und die Kostenberechnungsmethoden, wie sie in Grossbritannien eingefuehrt sind.

Indem er darauf verwies, dass das Technische Hilfsprogramm nicht nur eine einseitige Angelegenheit sei, sagte der Leiter des ECA, Paul Hoffman: "Wir hoffen, dass dies der Anfang von etwas sehr wichtigem ist - zu einem groesseren Gedankenaustausch - weil darauf Verstaendigung und Gedeihen erwachsen wird."

"ECA Labor Information" 19. April 1949

PRIVATE WOHLFAHRTSPFLEGE IN NEW YORK CITY

In den meisten amerikanischen Staedten gibt es einmal im Jahr einen Werbefeldzug ("drive"), um Spenden zur Unterstuetzung verschiedener privaten Wohltatigkeitseinrichtungen zu sammeln. In jeder dieser Staedte gibt es einen Fonds, der "Community Chest" genannt wird. In New York hat die Gemeindeorganisation diesen Fonds ins Leben gerufen. Besonders interessant ist es, dass sich die Gewerkschaft an den meisten dieser Sammlungen beteiligen. Nachstehend ein Leitartikel der "New York Times" ueber die Sammlung, die in dieser Stadt durchgefuehrt wurde.

"Es bedeutet einen Vorzug, dass wiederum zur Unterstuetzung der Sammlung fuer den Fonds von Gross-New York, 11 West - 42nd Street, New York 18, aufgerufen wird, der Leistungen vorsieht, wonach die Gesundheit aller von uns, die in New York leben oder ihren Unterhalt verdienen, geschuetzt und der Wohlstand gefoerdert wird. Geschaeftsfirmen und Angestelltengruppen werden um Spenden gebeten, die dazu dienen, 423 unabhaengige Krankenhaeuser, Gesundheits- und soziale Einrichtungen zu unterstuetzen, die fuer nahezu den gesamten Gesundheitsdienst und die Wohltatigkeitsstrebungen der Stadt verantwortlich sind.

Die 423 Organisationen arbeiten in allen Vorstaedten, und zwar im Interesse aller Glaubensbekenntnisse und aller Rassen. Zu ihnen gehoeren Einrichtungen, die keiner Sekte angehoren, Mitglieder des Vereinigten Krankenhaus-Fonds, Mitglieder der katholischen Caritas-Verbaende aus New York und Brooklyn, sowie die Mitglieder der Vereinigung juedischer philanthropischer Einrichtungen und der Vereinigung Protestantischer Wohlfahrtseinrichtungen. Der Fonds fuer Gross-New York ermoeglicht es den Spendern, jaehrlich einmal eine Gabe fuer ein allumfassendes Liebeswerk zu entrichten und vermeidet somit 423 von einander getrennte

jaehrliche Aufrufe an die Arbeiter, Firmen und Gewerkschaften "an Ort und Stelle". Immer einer von dreien von uns - 3 Millionen Menschen - werden in diesem Jahre von den Einrichtungen Vorteile haben, die von diesem Fonds unterstuetzt werden.

Im Jahre 1949 werden die 423 Organisationen, die der Fonds umfasst, fuer ihr Hilfswerk 170 Millionen Dollar ausgeben. Nahezu die Haelfte dieses Betrages - 80 Millionen Dollar - gehen bei den Einrichtungen in Form von Mitgliedsbeitraegen, Klinikgebuehren und Zahlungen fuer irgendwelche Dienstleistungen ein. Etwa 45 Millionen Dollar werden aus Stiftungen und Zahlungen aus Regierungsfonds eingehen. Die restlichen 45 Millionen Dollar werden von der Oeffentlichkeit erbeten. Koerperschaften, private Firmen und Angestelltengruppen werden um 8 Millionen Dollar als Anteil der Oeffentlichkeit gebeten. Der Betrag erscheint gering genug im Vergleich zu den grossen Leistungen des Unternehmens. Wir sprechen die Hoffnung aus, dass die Sammlung den festgesetzten Betrag weit uebersteigen wird.

"New York Times" 28. April 1949

DIE ARBEITERSCHAFT IN RUSSLAND

Nachstehender Artikel bringt eine Aeusserung des frueheren amerikanischen Oberstaatsanwalts Francis Biddle:-

Die russische Regierung ist keine Regierung der arbeitenden Klasse. Die Arbeitergewerkschaften, das Rueckgrat eines jeden sozialistischen Regimes, wie sie sich in Grossbritannien erwiesen haben, werden nicht mehr von den Arbeitern gewaehlt, denen es praktisch nicht zu streiken erlaubt ist, und seit 1921 hat es dort keine Streiks mehr gegeben. Die Gewerkschaften vertreten die Arbeiterschaft nicht bei der Lohnfestsetzung, was man den Leitern in der Industrie ueberlaesst. Da sie in die Staatsbuerokratie eingefuegt sind, "besteht ihre Aufgabe nicht mehr darin, die Interessen der Arbeiter zu schuetzen, sondern die Arbeitsdisziplin zu staerken und zu Hoechstleistungen anzuspornen, "wobei es den Meistern bzw. Vorarbeitern nach der Arbeitsgesetzgebung erlaubt ist, jemand wegen "unzu-laenglicher Leistung" zu entlassen, was den Verlust der Lebensmittelkarte und des Anrechts auf Wohnraum nach sich zieht. N.M. Schwernik, der Praesident des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, erklaeerte vor dem Rat im April 1942, dass "die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften...darin bestuende, die Anstrengungen der Arbeiter darauf zu konzentrieren, dass der Produktionsplan fuer 1941 erfuehlt wird.".., mit anderen Worten also, Antreiberei.

"Trans-Atlantic" 11. April 1949

AENAHME DER STREIKS IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Folgende Vergleichsziffern beziehen sich auf die Streiks, die in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1947 und 1948 stattgefunden haben:

	<u>1947</u>	<u>1948</u>
Anzahl der Streiks - - - - -	3,693	3,419
Anzahl der davon betroffenen		
Arbeiter - - - - -	2,170,000	1,960,000
Verlust an Arbeitstagen - - - -	34,600,000	34,100,000

Bei den Streiks im Jahre 1948 ergaben sich nur 41 Tage vollkommener Arbeitsstilllegung fuer je 10.000 Arbeitstage der amerikanischen Arbeiterschaft. Etwa die Haelfte der Streiks im Verlaufe des Jahre 1948 wurde wegen Lohnforderungen gefuehrt, waehrend etwa 25% der Streiks auf Streitigkeiten zwischen den rivalisierenden Gewerkschaften zurueckzufuehren waren.

"State Department "Radio Bulletin" 21. April 49

FRANZOESISCHER GEWERKSCHAFTLER LOBT DEN ATLANTIK-PAKT

Waehrend eines kuerzlichen Besuches in den Vereinigten Staaten wurde eine Anzahl franzoesischer und italienischer freier Gewerkschaftler von der Presse interviewt. Die folgenden Zeilen sind einer Erklaerung eines alten Mitglieds der Eisenbahnergewerkschaft, Andre Lafond, entnommen. Lafond war in der franzoesischen Widerstandsbewegung taetig, 1947 wiederum in einer Widerstandsbewegung, diesmal aber gegen die kommunistische Beherrschung der franzoesischen Gewerkschaften.

"Die franzoesischen Gewerkschaftler sind der Sache des Friedens ergeben. Sie wissen, dass passiver und negativer Pazifismus nicht den Frieden garantiert. Um den Weltfrieden zu schuetzen, muessen Mittel gefunden werden, die eine Garantie dafuer bieten, dass Recht und Freiheit von der Macht geschuetzt werden, insbesondere in bezug auf die Bedrohung durch den totalitaeren Vormarsch muessen wir den Atlantik-Pakt haben, der - ohne dass er kriegstreiberische Ziele verfolgt - die Macht im Dienste des Friedens mobilisiert.

"Daher unterstuetzen die franzoesischen Gewerkschaftler den Atlantik-Pakt unter der Voraussetzung, dass er der Sache des Friedens dient und die Bildung imperialistischer Blocks bekaempft. Abgesehen von den Massnahmen, die die Regierungen treffen, muss aber auch die arbeitende Bevoelkerung aus sich heraus die Initiative zum Handeln ergreifen.

"Eine neue Internationale der freien Gewerkschaften, die an die Demokratie glauben, wird ein bedeutsamer Faktor sein, um den Frieden zu sichern. Eine wirtschaftliche oder soziale Organisation Europas auf demokratischer Basis wird grossen Einfluss auf die Voelker hinter dem "Eisernen Vorhang" nehmen und wird diesen "Eisernen Vorhang" dadurch zerstoeren, indem sie beweist, dass der Lebensstandard fuer die Bevoelkerung im Rahmen des Friedens und der Demokratie erhoehrt werden kann. Die kommunistische Opposition gegen den Atlantik-Pakt ist ein Fehlschlag. Die Kommunisten Frankreichs haben versucht, die Gewerkschaften in Streiks, die fuer politische Zwecke gefuehrt wurden, zu benutzen, aber die Arbeiter haben sich geweigert, den Kommunisten zu folgen. Sie haben begriffen, dass der Atlantik-Pakt ein Abkommen fuer den Frieden ist."

"AFL Weekly News Service" 8. April 1949

AMERIKANISCHER GEWERKSCHAFTLER DRAENGT AUF GRUENDUNG EINER WELT-ARBEITERALLIANZ

Der Internationale Metallarbeiterverband (IMF), der die Metallindustrie-Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten, Canada und 11 europaeischen Laendern vertritt, tritt hier zusammen, um Fragen der Politik, die die Interessen der Arbeiterschaft in der ganzen Welt angehen, zu expoertern.

Harvey W. Brown, der Praesident der Internationalen Maschinisten-Vereinigung einer unabhaengigen amerikanischen Gewerkschaft - sagte heute den Delegierten des IMF, dass "der Totalitarismus, sei er nun faschistisch oder kommunistisch, einer starken freien Gewerkschaft gegenueber nicht bestehen koennte" und dass er die Gruendung einer Vereinigung der Arbeiterbewegung in Europa und Amerika empfehle "wegen der beiden sogenannten Ideologien, denen sich die Welt gegenuebersehe.

"Einerseits besteht der demokratische Staat, auf der anderen Seite der totalitaere", sagte Brown. "Der Konflikt wegen dieser Ideologien sollte die organisierte arbeitende Bevoelkerung in den demokratischen Laendern mehr denn je darueber klar werden lassen, dass sie zusammenarbeiten und alles moegliche

tun muessen, um unsere demokratische Lebensweise zu wahren."

Nach der ersten Sitzung der Konferenz gab Conrad Ilg, der Sekretar des IMF aus der Schweiz, einen Kommentar ueber die Einheit der freien Gewerkschaften. Eine solche Einheit, sagte er, wuerde "das beste Hindernis gegen die Bedrohung durch den Totalitarismus bilden, der die demokratische Welt schreckt". Ilg fuehrte auch aus, dass seine Organisation daran stark interessiert sei, dass die Arbeiterschaft an der Leitung der Industrieunternehmen im Ruhrgebiet in Deutschland beteiligt wird.

Offizielle Kreise des IMF brachten zum Ausdruck, dass die AFL und der CIO, die beiden bedeutendsten amerikanischen Arbeiterorganisationen, ein Interesse daran haetten, dem Internationalen Bund beizutreten.

Auf ihrer Rundreise durch die Vereinigten Staaten werden die Gewerkschaftsfunktionaere die groesseren amerikanischen metallverarbeitenden Werke besichtigen. Ausser den Vereinigten Staaten und Canada sind folgende Laender auf der Konferenz vertreten: Oesterreich, Belgien, Daenemark, Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

State Department "Radio Bulletin" 20. April 1949

SOZIALE FORDERUNGEN DER AMERIKANISCHEN STAHLARBEITER

Jetzt ist wieder einmal die Zeit gekommen, da der Verband der Vereinigten Stahlarbeiter Amerikas mit seiner Millionenzahl an Mitgliedern ueber einen neuen Vertrag mit der Stahlindustrie verhandeln wird. Man wird eine Lohnerhoehung fordern, aber die Hauptforderungen der Stahlarbeiter erstrecken sich auf die Arbeitersicherheit. Nach Angaben des Praesidenten der Gewerkschaft, Philip Murray, der gleichzeitig Praesident des CIO ist, wird das Programm folgende Punkte umfassen:-

1. Eine Zahlung von \$ 35 pro Woche, und zwar 12 Monate lang, fuer Arbeiter die krank oder arbeitsunfaehig geworden sind.
2. Halbprivate Behandlung fuer Frauen und Familien von Gewerkschaftsmitgliedern, wenn die Kosten hierfuer nicht \$ 10 pro Tag uebersteigen.
3. Freie aerztliche Betreuung fuer einen Zeitraum, der 70 Tage nicht uebersteigt.
4. Woechnerinnenfuersorge. Ebenso Fuersorge fuer Angehoerige unter 18 Jahre.
5. Eine Lebensversicherungspolice mit 18 monatlicher Zahlung.

Mr. Murray sagte, dass keine der 3 hauptsaechlichsten geldlichen Forderungen vor den anderen Vorrang genieesse, dass aber jede gleichermassen wichtig sei. Das gesamte Programm der Kollektivverhandlungen, fuegte er hinzu, basiere "auf den Beduerfnissen der Mitgliederschaft."

"Im Laufe der Verhandlungen", erklaerte Mr. Murray, "hoffen wir, dass es uns moeglich sein wird, nicht nur im Gewerkschaftsrat, sondern auch bei den Kollektivabkommen, die besonderen Zahlen und Kosten festzulegen, die bei den Loehnen, Pensionen und bei der Versicherung eine Rolle spielen."

Der Gewerkschaftsfuehrer erklaerte, dass eine grosse Menge an Tatsachen- und statistischem Material, sowie Unterlagen ueber Pensionen, Sozialversicherung und ueber Loehne zusammengetragen worden sei, und dass alles der Presse zugaenglich gemacht werden wuerde, sobald die Verhandlungen ablaufen.

Trotz der Abneigung, die Mr. Murray an den Tag legte, Einzelheiten ueber die Ausgaben in bezug auf die Lohnforderungen und Pensionen bekanntzugeben, wurde doch angedeutet, dass alles in allem etwa bei 30 cents liegen wuerde.

Von diesem Betrag wuerden ungefaehr 12 bis 15 ¢ auf die Loehne entfallen. Auf den Versicherungsplan wuerden \$0.084 entfallen, der Rest wuerde fuer Pensionen in Frage kommen. Vordem war man der Meinung, dass die Gewerkschaft Pensionen in Hoehle von \$ 150 pro Monat fuer diejenigen Arbeiter fordern wuerde, die sich im Alter von 65 Jahren zur Ruhe setzen.

In manchen Kreisen hier ist man der Meinung, dass trotz des Dementis von Mr. Murray die Lohnforderung an erster Stelle rangiere. Es wurde angenommen, dass die Gewerkschaft bereit gewesen sei, zunaechst in der Frage der Pensionen nachzugeben und dann bei der Sozialversicherung, dass sie aber in bezug auf eine Lohnerhoehung bis zum bitteren Ende durchhalten wuerde.

"New York Times" 6. Mai 1949

RIVALISIERENDE SEELEUTE-GEWERKSCHAFTEN BEKAEMPFEN SICH IN CANADA

In Canada wie in den Vereinigten Staaten gibt es 2 Gewerkschaften fuer Seeleute der Handelsschiffahrt. Eine davon ist der linksstehende Canadische Seemanns-Verband (CSU), die andere der Internationale Seemanns-Verband (SIU), der der AFL angeschlossen ist. Da behauptet wird, dass der CSU von den Kommunisten beherrscht wird, haben sich die Reeder in manchen der canadischen Haefen entschlossen, nur mit dem SIU Arbeitsabkommen abzuschliessen.

Der CSU begegnete der Situation, indem er ungefaehr zum 1. April zum Streik aufrief. Der Streik im Hafen von Halifax hatte eine Anzahl schwerer Schlaegeereien zwischen den Seeleuten der beiden Gewerkschaften zur Folge.

Soweit die Streitfrage von den Gerichten ueberprueft wurde, fielen die Entscheidungen zu Ungunsten des CSU aus. Aus einem Bericht aus Halifax vom 29. April geht hervor, dass die Polizei 61 Mitglieder des CSU in St. John wegen angeblicher Gewaltakte verhaftet hat. Die meisten davon wurden wieder entlassen, nachdem sie sich verpflichtet hatten, Frieden zu halten.

Der CSU-Streik bedeutet, dass die Seeleute der streikenden Gewerkschaft auf den Docks Streikposten aufstellen. Dadurch erhob sich die ernste Frage, wie die Dockarbeiter die Schiffe be- bzw. entladen sollen. In Halifax weigern sich die Dockarbeiter, die mit den Streikenden sympathisieren, die Streikpostenkette zu durchschreiten. Dieser Kampf kann noch ziemlich lange anhalten, weil die Streitfragen die Wiederbelebung des CSU mit einbegreifen. Fuer den SIU ist jedoch der Hauptstreitpunkt der Kommunismus.

Inzwischen nimmt die fuehrende amerikanische Seeleute-Gewerkschaft, der Nationale Seeleute-Verband (NNU), der dem CIO angehoert, unter ihren Mitgliedern eine Abstimmung vor, um festzustellen, ob Kommunisten in der Organisation aufgenommen werden sollen. Man wird sich erinnern, dass der NNU unlaengst die kommunistische Streitfrage in bezug auf seine Funktionaere geregelt hatte. Alle Kommunisten wurden auf Grund des Abstimmungsergebnisses aus ihren Aemtern entfernt. Jetzt soll die Gewerkschaft darueber entscheiden, ob ein Kommunist auf einem Handelsschiff Arbeit bekommen soll.

"New York Times" 30. April 1949

"New York Herald Tribune" (Paris) 9. Mai 1949

DIE SOWJETISCHEN GEWERKSCHAFTEN SETZEN DIE BETRAEGE HERAB

Als russischer Arbeiter muessen Sie einer Organisation angehoren, die 28.500.000 Mitglieder zaehlt. Diese Organisation hat mehr Mitglieder als die

Gewerkschaften Frankreichs, der Vereinigten Staaten und England zusammen. Etwa bis April haetten Sie als Mitglied einer russischen Gewerkschaft 2/3 Ihres Lohnes fuer die Berechtigung zahlen muessen, der groessten aller Arbeiterbewegungen anzugehoeren. Sie wuerden sich sicher freuen, wenn Sie erfahren wuerden, dass Sie jetzt nur noch 1/3 Ihres Lohnes fuer die Aufrechterhaltung Ihrer Gewerkschaft zu zahlen haben.

"New York Herald Tribune" (Paris) 22. April 1949

DER NEW YORKER STUDENTENSTREIK GING ZU ENDE

Im City College von New York hatte eine bedeutende Anzahl Studenten mehrere Tage lang gestreikt. Wenn Studenten streiken, dann bedeutet es, dass sie den Unterricht nicht besuchen. Der Grund fuer den Streik war die Forderung, eines bestimmten Teils der Studentenschaft auf Entlassung zweier Professoren, die ihre Voreingenommenheit gegen Juden und Neger zum Ausdruck gebracht hatten. Obwohl die Professoren nicht entlassen wurden, waren die Streikenden Studenten nach 5 Tagen zu der Ueberzeugung gekommen, dass der Streik seinen "Hauptzweck" erfuehlt habe. In manchen Kreisen wurde behauptet, dass es sich hier bei der ganzen Aktion um eine kommunistische Demonstration gehandelt habe. Es wurde viel Staub aufgewirbelt, jedoch beteiligte sich nur ein kleiner Prozentsatz Studenten an der Aktion.

"New York Times" 21. April 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 14

Berlin, 27, Mai 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Der CIO lehnt eine Einladung des Weltgewerkschaftsbundes ab	1
Die belgischen Bauarbeiter und der Marshall-Plan	2
Canadische Gewerkschaft lobt den Marshall-Plan	2
Die Aktivitaet der Kommunisten in den englischen Gewerkschaften . .	3
Manche Gewerkschaftler besuchen Russland und bewundern es	4
AFL und CIO treten fuer einen neuen Weltarbeiterbund ein	5
Arbeiterfuehrer leitet ECA Mission in Norwegen	6
Die deutsche Ausstellung in New York	7
Die Rechte der Gewerkschaften	8
Vorschlaege des amerikanischen Rates fuer die Internationale Handelskammer	12
Der WFTU wird als "gefaehrliche fuenfte Kolonne bezeichnet	13
Arbeiterwettstreit in der Tschechoslowakei	14
Die freien Gewerkschaften koennen den Weltfrieden gestalten	15
Zwei Daenen weisen auf die Vorteile des ERP fuer die Arbeiterschaft hin	16

DER CIO LEHNT EINE EINLADUNG DES WELTGEWERKSCHAFTSBUNDES AB

Philip Murray, der Praesident des CIO veroeffentlichte heute den Text eines Telegramms, das an den Leiter des Allsowjetischen Zentralrates der Gewerkschaften gerichtet war, in dem der CIO es ablehnt, sich an dem 10. Kongress dieser Organisation, der bevorsteht, zu beteiligen. Der Text des Telegramms lautete:-

"In Beantwortung Ihrer Einladung habe ich Ihnen im Auftrage des CIO mitzuteilen, dass wir der Meinung sind, dass es angesichts der kuerzlichen Entwicklungen in der Weltorganisation (WFTU), der wir beide angeh hoeren, nicht angemessen erscheint, Delegierte zu Ihrem 10. Kongress zu entsenden."

Dieses Telegramm war an Wassilij Kusnjetzow gerichtet. Der CIO ist eine der bedeutenden Gewerkschaftsorganisationen, die vor kurzem aus dem WFTU ausgetreten war, weil ihm der kommunistische Einfluss vorherrschte.

State Department "Information Service" 13. April 1949

DIE BELGISCHEN BAUARBEITER UND DER MARSHALL-PLAN

Die belgische Regierung hat ein Programm fuer oeffentliche Bauvorhaben ausgearbeitet, dessen Kosten mit dem Gelde bestritten werden, das aus dem Marshall-Plan stammt, schrieb vor kurzem das Monatsblatt des Verbandes der belgischen christlichen Holz- und Bauarbeiter. "Die Regierung hat somit ein wirksames Mittel gefunden, um die Arbeitslosigkeit zu bekaempfen." Die Zeitschrift weist darauf hin, dass 2.462.000.000 belgische Franken (etwa \$ 61.500.000) fuer oeffentliche Bauvorhaben bereitgestellt werden.

Das Geld soll fuer den Bau neuer Kanale, fuer die Modernisierung der Haefen von Gent, Luettich und Antwerpen, fuer die Gruendung landwirtschaftlicher Forschungsinstitute, fuer die erneute Ausruestung der Bergwerke, fuer Rollbahnen auf Flughafefen sowie fuer Verschoenerungsarbeiten an Gebaeuden verwendet werden. "Unsere Bauarbeiter", meint der Leitartikler des Blattes, "werden somit in weitem Masse aus der Anwendung des Marshall-Plans auf unser Land Nutzen ziehen."

Diese Tatsachen, vermerkt das Blatt der Bauarbeiter, sind eine Antwort auf die kommunistische Propaganda, die den Marshall-Plan beschuldigt, dass er in Belgien Arbeitslosigkeit verursache. "Mehr als einmal - und die Kommunisten sind hauptsaechlich die Urheber dieser Geruechte - ist gesagt worden, dass die kuerzliche Arbeitslosigkeit ein Ergebnis des Marshall-Plans sei. Es wurde auch behauptet, dass die Vereinigten Staaten hier ein gutes System herausgefunden haetten, um ihre Waren auf den europaeischen Maerkten abzusetzen mit dem Erfolg, dass nun die amerikanischen Industrien unsere Maerkte mit ihren Waren ueberschwemmen und unsere Industrien zum Stillstand bringen. Nichts kann unwahrer sein."

Der Kommentator der Zeitschrift der christlichen Bauarbeiter erinnert seine Leser daran, dass "uns Amerika keineswegs einen gewissen Betrag an Dollars in barem Gelde gibt, sondern dass wir einige Kredite und Waren erhalten. Es ist uns ueberlassen, diese Waren und Materialien auszuwaehlenund es versteht sich von selbst, dass wir von unseren amerikanischen Freunden nur diejenigen Waren kaufen werden, die wir nicht besitzen, wie z.B. notwendige Rohmaterialien, Ausruestungsgegenstaende, Maschinenwerkzeuge etc....."

"ECA Labor Information" 29. April 1949

CANADISCHE GEWERKSCHAFT LOBT DEN MARSHALL-PLAN

In einer Ansprache, die er vor der Versammlung der Internationalen Vereinigung der amerikanischen Kesselschmiede, Schiffbauer und Hilfskraefte (AFL) in Montreal, Canada, halten will, schlug Bert M. Jewell, der Berater fuer Arbeitsfragen beim ECA, Washington, vor, dass die Konferenz "die notwendigen Schritte uebernehme", damit auf jeder Versammlung der 608 Ortsgewerkschaften des Kesselschmiede-Verbandes, die ungefaehr am 5. Juni in jedem Jahr, einberufen wird, die Rede des fruerehen Aussenministers Marshall, die den Marshall-Plan fuer den Wiederaufbau Europas ausloeste, "wenigstens bis zur naechsten Konferenz unserer Vereinigung" also im Verlauf von 4 Jahren verlesen werden sollte.

Der 5. Juni ist der Jahrestag des Datums im Jahre 1947, an dem Marshall in einer Rede vor Harvard Universitaet zuerst das Versprechen gab, dass Amerika den europaeischen Nationen dabei helfen wuerde, sich selbst wieder von der Zerstoerung und der Armut zu erholen, die durch den Krieg verursacht worden waren. Jewell ersuchte darum, dass die Rede Marshalls im staendigen Protokoll der Konferenz der Kesselschmiede-Vereinigung aufgenommen werden sollte.

Ueber Marshall und seine Rede sagte Jewell: "jener grosse Soldat, Staatsmann und Amerikaner erliess in mildem, aber genaessigten Ton den Ruf zur

Sammlung an alle Voelker Amerikas und Europas ergehen. Jawohl, an Europa als Ganzes gesehen, nicht an einen Teil Europas, sondern an "Europa als Ganzes."

Jewell erinnerte die Versammlung der Kesselschmiede daran, dass "Russland kurz nach der Rede Marshalls der ersten in Paris abgehaltenen Sitzung beikohnte, dass aber Molotow, Russlands Vertreter, die Versammlung verliess und dass dies das Ende der Beteiligung Russlands am Wiederaufbauprogramm bedeutete." Russland hat auch mehrere Satellitenstaaten gezwungen, sich vom Marshall-Plan zurueckzuziehen oder sich zu weigern, sich daran zu beteiligen, sagte Jewell. "Damals war es, dass die Russen dem Wiederaufbau den Krieg erklarten," kommentierte er.

Die Erhebung des Gesetzentwurfes fuer die Auslandshilfe zum Gesetz durch den Kongress und den Praesidenten, um den Wiederaufbau Europas durchzufuehren, wurde von Jewell als ein "Umschwung vom blinden Isolationsimus zur Erkennung der Tatsachen des Lebens" bezeichnet. Er sagte, die Weigerung den Tatsachen ins Auge zu sehen, haette frueher einmal einen Kongress veranlasst, die Bemuehungen des Praesidenten Wilson abzulehnen, einen starken Voelkerbund aufzubauen und haette in gewissem Grade das amerikanische Denken in bezug auf die internationalen Angelegenheiten charakterisiert, und zwar bis zum Zweiten Weltkriege. "Bis jetzt habe unser gesamtes Volk noch nicht voll und ganz erfasst, welche Verantwortung Amerika in der Welt habe," fuegte er hinzu.

Die amerikanischen Gewerkschaften "muessen sich darauf vorbereiten, in allen Weltfragen jetzt eine fuehrende Rolle zu spielen," riet Jewell. "Die Weltfragen beruehren und gehen jedes menschliche Wesen, jedes Volk an; die Gewerkschaften sind aber Mittler des Volkes. Isolationismus fuehrt noch und fuehrte immer zum Kriege. Die Zusammenarbeit in der Welt wird den Frieden wahren. Die Gewerkschaften sind fuer den Frieden. Sie muessen den Isolationismus bekampfen und mit aller Macht die Zusammenarbeit der Welt unterstuetzen."

"ECA Labor Information" 29. April 1949

DIE AKTIVITAET DER KOMMUNISTEN IN DEN ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Bevor der kommunistische "Friedenskongress" vor kurzem in Paris zusammentrat, haben die Kommunisten in Grossbritannien gewaltige Anstrengungen gemacht, um sich die Unterstuetzung der Gewerkschaften zu sichern.

Verschiedene "Ausschuesse" sind gegruendet worden, um die Arbeiterschaft zu gewinnen. Berichte des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) besagten, dass die sogenannten "Arbeiterfuehrer" in diesen Ausschuessen in vielen Faellen gar keine Arbeiterfuehrer waren; manche der Wortfuehrer waren irrefuehrtete "Harmlose". Dies wird durch die Tatsache bewiesen, dass in dem ersten Rundschreiben, das verschickte wurde, 28 Wortfuehrer genannt waren, waehrend in einem spaeteren Zirkular die Namen von nur 16 aufgefuehrt waren.

Wir zitieren aus dem Bericht des TUC wie folgt:-

Unbefugte Behauptungen

"Es sind auch Untersuchungen in bezug auf einen Bericht angestellt worden, der in der kommunistischen Presse erschien, demzufolge sich die Gewerkschaftsraete von Lancashire und Cheshire entschlossen haetten, einen Delegierten zu entsenden, und obwohl behauptet wurde, dass diese Entschliessung im Namen von 70 Gewerkschaftsraeten getroffen worden sei, hat der Sekretaer des Bundes dem TUC mitgeteilt, dass diese Erklaerung unberechtigt sei. Der Bericht soll weiterhin erwogen werden.

"Die Gewerkschaftsraete und Zweigstellen der Gewerkschaften koennen den groessten praktischen Beitrag zum Weltfrieden leisten, wenn sie weiterhin voll

und ganz die Politik unterstuetzen, wie sie von den angeschlossenen Gewerkschaften durch den TUC verkuendet worden ist. Der Aufwand an Zeit, Energie und Geld, der fuer die Gewerkschaften entsteht, wenn sie Delegationen dieser Art entsenden, die keinerlei praktischen Zweck verfolgen, behindert mehr die Arbeit unserer Bewegung bei der Begrue ndung der Sicherheit mitzuhelfen, als sie ihr dient.

Eine Warnung fuer das "Zielgebiet"

"Es gibt Grund zu der Annahme, dass Lancashire ganz besonders ein Ziel fuer die Konzentration der kommunistischen Aktivitaet bildet, und die Gewerkschaftler in Lancashire und Cheshire werden dringend gewarnt, vor Bestrebungen auf der Hut zu sein, die darauf abzielen, sie in die kommunistischen Kampagnen mit einzubeziehen, Lancashire und Cheshire sind mit die grossten Gebiete des Landes, die die meisten Betraege an Dollars einbringen und ersparen, und ihre verschiedenen Industriezweige - Baumwolle, Schiffahrt, Bergbau, Maschinenbau und Nahrungsmittelproduktion - sind sowohl fuer die Englaender, fuer den Wiederaufbau wie auch fuer die Welt von einer enormen Bedeutung.

"Es werden erneut Versuche unternommen, die Gewerkschaftsraete wie auch die Gewerkschaftszweigstellen in Lancashire und Cheshire mit den Organisationen, denen sie fuer ihre Politik verantwortlich sind, in Konflikt zu bringen, mit der bewussten Absicht, unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau zu behindern.

Fragen Sie den TUC !

"Diese Kampagne wird unter dem Deckmantel betarnter kommunistischer Organisationen durchgefuehrt, die, waehrend sie vorgeben, die Sache des Friedens oder die Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Osteuropa zu foerden, in Wirklichkeit versuchen, unseren eigenen Fortschritt auf dem Wege zum Wiederaufbau zu zerstören.

"Gewerkschaftsraete, die sich ueber die Aufrichtigkeit oder irgendwelche Organisationen, die sie um Hilfeleistung angehen, im Zweifel sind, sollten sich sofort mit dem TUC in Verbindung setzen.

"Die Hinzuziehung eines Funktionaers eines Gewerkschaftsrates zu einer Organisation hat seine Entfernung aus einem wichtigen Ausschuss mit dem Erfolg nach sich gezogen, dass auf jeden Fall die Gewerkschaftsorganisation, deren Kandidat er war, durch niemand vertreten wird."

"TUC Industrial News" 8. April 1949

MANCHE GEWERKSCHAFTLER BESUCHTEN RUSSLAND UND BEWUNDERN ES

Dieser Bericht erschien in der Europa-Ausgabe der amerikanischen Presse, ist aber den Lesern dieser Nachrichtenuebersicht vielleicht nicht vor Augen gekommen. Er betrifft eine Zahl Gewerkschaftler, die Russland besucht haben. Sie waren begeistert. Einer von ihnen erklarte, dass die kapitalistische Presse L'legen ueber die Sowjetunion verbreitet haette. Er habe z.B. gelesen dass die russischen Arbeiter keine Schokolade oder keinen Tabak haetten, er haette aber eine Schokoladenfabrik und auch eine Tabakfabrik gesehen. Er besuchte eine Automobilfabrik, wo er den Direktor gefragt haette, wieviel Autos dort hergestellt werden. Der Direktor antwortete:-"Soviel, wie man uns anzu-fertigen vorgeschrieben hat."

Die auslaendischen Gewerkschaftler waren als bruederliche Delegierte zum Allsowjetischen Gewerkschaftskongress nach Russland gefahren. Die venezolanische Delegierte fand den Kongress "grossartig" und er fand dort, wie er sagte, eine ausserordentliche Faehigkeit fuer politische Aktivitaet vor. Obwohl er sich nicht darueber ausliess, wie diese Faehigkeit zum Ausdruck kam, schloss

er aber, dass die "Arbeiterbewegung der Sowjetunion die fortgeschrittenste der Welt sei."

Auf ihrer Rundfahrt hatte man den Delegierten Gelegenheit gegeben, Fragen zu stellen wie auch ihre eigenen Ansichten der russischen Arbeiterzeitung "Trud" zum Ausdruck zu bringen.

"Louis Saillant, der Sekretär des Weltgewerkschaftsbundes" (WFTU) fuhr te die französische Delegation, die aus 3 Mann bestand. Er riefte die amerikanischen und englischen Gewerkschaften wie auch die Politik des Generals Lucius D. Clay in Deutschland. Er berichtete, dass er im Vergleich zu seinen früheren Besuchen in der Sowjetunion viele grosse Errungenschaften bemerkt hätte. So würden z.B. in diesem Sommer in Sochi, am Schwarzen Meer, 5 neue Sanatorien eröffnet.

"Saillant erklärte, dass der WFTU immer noch versuche, die deutschen Gewerkschaften zu einigen und dass er veranlassen wolle, dass diese Frage bei dem bevorstehenden Treffen des Aussenministerrates der Grossen Vier aufgerollt werde. Er erklärte ferner, dass trotz des Austritts der amerikanischen, britischen und holländischen Gewerkschaften die Mitgliederzahl des WFTU auf 67 Millionen gestiegen sei, und zwar auf Grund des Beitritts von 4 Millionen Japanern, 6 Millionen Deutschen und anderer in der Mongolei, in Tunis und auf den Philippinen."

New York Herald Tribune" Paris 11. Mai 1949

AFL UND CIO TRETEN FUER EINEN NEUEN WELTARBEITERBUND EIN

Im Verlauf der Diskussionen mit Führem des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), die auf Besuch hier sind, verpflichteten sich in der vergangenen Woche sowohl die AFL wie auch der CIO, fuer die Baldige Gruendung eines neuen demokratischen Internationalen Gewerkschaftsbundes zu wirken.

Da nun die Vertreter der 3 staerksten Gewerkschaftsbewegungen der Welt die Probleme der Schaffung einer neuen internationalen Organisationen durcharbeiteten, war er klar, dass Untersuchungen und Pruefungen, die wenigstens mehrere Monate dauern werden, notwendig sein werden, bis der Freie Gewerkschaftsbund zu einem Faktum wird.

In einer Erklaerung der Ausschusses fuer Internationale Arbeitsbeziehungen der AFL wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Weltgewerkschaftsbund (WFTU) jetzt eine "unverschaeimte und aktive Rolle dabei spiele," die Ziele der Sowjets zu foerdern. Ein demokratisches Gegengewicht gegen diese WFTU-Propaganda sei von aeusserster Wichtigkeit, heisst es in der Erklaerung der AFL.

"Aber," so heisst es weiter, "Wir verkennen nicht die Tatsache, dass eine Klaerung, Ausrichtung einer Anzahl wichtiger organisatorischer Probleme und eine Einigung darueber - wie z.B. der vielfache Beitritt in irgend einem Lande auf Grund der wirklichen Mitgliederschaft - erreicht werden muss, bevor formell die Bildung der neuen demokratischen Weltarbeiterorganisation eingeleitet werden kann."

Die AFL schlaegt die sofortige Bildung eines Ausschusses vor, der sich aus Vertretern der Gewerkschaftler der Vereinigten Staaten sowie Europas und Lateinamerikas zusammensetzt, um mit diesen Problemen ins reine zu kommen. Die AFL besteht darauf, dass die Gewerkschaften aller Laender dazu mit herangezogen werden muessten, ganz gleich, wie gross sie sind.

In einer Ansprache anlaesslich eines von der AFL, dem CIO und dem Eisenbahner-Exekutiv-Verbandes fuer die Mitglieder des Anglo-Amerikanischen Ausschusses fuer Produktivitaet gegebenen Essens erklarte der Praesident des CIO, Philip Murray:-

"Der CIO ist bereit, sich mit ganzem Herzen zusammen mit den freien und demokratischen Gewerkschaften anderer Laender, ob klein, ob gross, an einer neuen Organisation zu beteiligen, die Millionen von Gewerkschaftlern hieben wie drueben inspirieren und fuehren soll, die sich unserem gemeinsamen Erbe an Freiheit und Demokratie verschreiben. Wir koennen und wir wollen auch diese grosse Koerperschaft gruenden, die als Symbol wirklicher Gewerkschaftsprinzipien in den Gewerkschaftsraeten der Welt bestehen und sie vertreten soll."

Die Probleme, getrennte Gewerkschaftsbuende in verschiedenen Laendern zu einer gemeinsamen internationalen Organisation zu vereinen, stehen in den Vereinigten Staaten nicht allein da. In vielen europaeischen Laendern weisen die Gewerkschaften, die von den Sozialisten gefuehrt oder von katholischen oder protestantischen Kirchen gestuetzt werden, aehnliche Probleme auf, und in manchen Faellen noch schwierigere als diejenigen, die auf der nichtpolitischen, nicht-religioesen Spaltung der amerikanischen Arbeiterbewegung in zwei grosse Buende beruhen.

In der vergangenen Woche gingen in Washington Erklaerungen vom Exekutivkomitee der starken und demokratischen Gewerkschaftsbewegungen Norwegens und Daenemarks ein, die immer noch dem jetzt voellig von den Kommunisten beherrschten WFTU angehoeren. Aus diesen beiden Berichten geht hervor, dass sich die skandinavischen Buende auf ihren bevorstehenden Konferenzen vom WFTU loesen werden, und dass sie bei der Schaffung einer Art von neuem Internationalen Arbeiterbund, wie ihn sowohl die AFL wie auch der CIO wuenscht, eine aktive Rolle spielen wollen.

"Labor Press Associates" 8. April 1949

ARBEITERFUEHRER LEITET ECA-MISSION IN NORWEGEN

Als der Bericht ueber die Ernennung von John E. Gross zum Leiter der ECA Mission in Norwegen bekannt wurde, waren wir sehr erfreut. Wir hatten Gross bereits vor Jahren gekannt, als er noch der Leiter einer Ortsgewerkschaft in einem der westlichen Staaten war. Wir freuen uns auch darueber, dass unsere Ansichten ueber Mr. Gross von den Fuehrern in Norwegen auf diese Weise bestaetigt werden. Bevor er den Posten eines Leiters bekam, war Gross Berater fuer Arbeitsfragen fuer Norwegen und Daenemark beim ECA. Er uebernahm die Stelle von A.E. Staley, der am 1. Mai von seinem Posten als Leiter zuruecktrat.

Der Handelsminister Erik Brofoss erklaerte u.a.

"Bereits bei seiner Ankunft hat sich Mr. Gross stark fuer Norwegen und seine Probleme interessiert. Ich habe den Eindruck, dass er weitgehend Verstaendnis fuer die grundlegenden Wirtschaftsprobleme Europas und Norwegens hat. Ueberdies verfuegt er ueber sehr viel Erfahrung. Er kennt beide Seiten der Industrie. Ich glaube sicher, ich gehe nicht fehl in der Annahme, dass er in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsfuehrer mehr als einmal auf den Tisch geschlagen haben wird, um seinen Argumenten oder seinen Forderungen auf hoehere Loehne und bessere Arbeitsbedingungen mehr Nachdruck zu verleihen.... Die Welle der Ereignisse hat ihm aber auch die Stellung eines Eisenbahnfunktionaers eingebracht....Ich glaube sicher, dass sich das alles waehrend der Zeit, da er hier stationiert ist, als ein Vorteil erweisen wird, in einer Zeit, da sich die Fragen der Arbeitsbeziehungen und der industriellen Demokratie mehr denn je in einem Durcheinander befinden.....

"Als Mitglied einer Arbeiterregierung erscheint es mir nur gerecht und angemessen, wenn ich darauf hinweise, dass die Ernennung von Mr. Gross fuer den

prominenten Posten eines Leiters der ECA-Mission fuer Norwegen auch eine Achtungsbezeigung fuer die amerikanische Arbeiterbewegung bedeutet.

"Die amerikanische Arbeiterschaft hat sich in der Vergangenheit nach anderen Richtlinien entwickelt als ihre Bruderorganisationen in Europa. Es hat fuer mich den Anschein, dass jetzt auch innerhalb der amerikanischen Arbeiterschaft eine staerkere Neigung dafuer besteht, nicht nur fuer das Wohlergehen der Mitglieder der Gewerkschaft die Verantwortung zu uebernehmen, sondern auch fuer die Lenkung der Wirtschaftspolitik des ganzen Landes. Der Beweis hierfuer ist die einstimmige und ungeteilte Unterstuetzung, die die amerikanische Arbeiterschaft dem Marshall-Plan und allen anderen Massnahmen zuteil werden laesst, die auf eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilitaet Europas abzielt."

Konrad Nordahl, Praesident des Gewerkschaftsbundes

"Zu unserer groessten Freude haben wir erfahren, dass Mr. John E. Gross zum neuen Leiter der Marshallplan-Mission fuer Norwegen ernannt wurde ist. Waehrend der Zeit, da er Berater fuer Arbeitsfragen bei der Mission gewesen war, haben wir stets ausgezeichnet mit ihm zusammengearbeitet. Jetzt, da er zum Leiter der Mission ernannt worden ist, fassen wir dies als einen Ausdruck der Wertschaetzung und der Achtung seitens der Amerikanischen Regierung fuer die amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen und ihre Maenner auf, wie auch fuer die grossen Fortschritte, die die amerikanische Gewerkschaftsbewegung waehrend der vielen Jahre gemacht hat. Wir wuenschen John Gross fuer seine neue und verantwortungsvolle Arbeit viel Glueck."

Haakon Lie, Generalsekretaer der Sozialdemokratischen Partei

"Die Norwegische Arbeiterpartei hat im Parlament Norwegens die Mehrheit, und Norwegens Regierung ist eine Arbeiterregierung. Die Gewerkschaftsbewegung und das Konsumgenossenschaftswesen nehmen einen entscheidenden Einfluss auf das wirtschaftliche und soziale Leben unseres Landes. Es ist daher besonders erfreulich, dass der Mann, der jetzt die Fuehrung der ECA-Mission fuer Norwegen uebernimmt, Mr. John Gross, ein Mensch ist, der sein ganzes Leben der organisierten Arbeiterschaft gewidmet hat. Wir wissen, dass dies eine Garantie dafuer ist, dass die herzliche Zusammenarbeit, die zwischen der ECA-Mission und dem norwegischen Volke und ihren Leuten bestanden hat, noch mehr erweitert, vertieft und gestaerkt werden wird. Die Arbeiterschaft Norwegens sieht in der Ernennung des Mr. Gross einen neuen Ausdruck des Wunsches der amerikanischen Regierung, dass die Marshallplan-Hilfe ein Werkzeug zur Vertiefung des Vertrauens und der Freundschaft zwischen den Demokratien der neuen Welt und Europa sein soll."

"ECA Labor Information" 4. Mai 1949

DIE DEUTSCHE AUSSTELLUNG IN NEW YORK

P. Edson, der Washington Korrespondent des "New York World Telegram" bezeichnet in seinem Bericht vom 5. Mai die Durchfuehrung der Deutschen Ausstellung seitens der Amerikanischen Militaerregierung im Rockefeller Center im vergangenen Monat als einen Triumph der Vernunft, Edson schreibt hierzu u.a.:

Die erste Deutsche Nachkriegsmesse, die in Amerika durchgefuehrt werden sollte, nahm mit einer mehr als ueblichen Bedeutsamkeit ihren Abschluss. Die Ausstellung wurde von der Amerikanischen Militaerregierung in Deutschland arrangiert. Vor ihrer Eroeffnung hatte man gedroht, dass man Sperrketten aufstellen wuerde, dass man sie boykottieren und aus dem Lande jagen wuerde. Dennoch war sie 2 Wochen lang im Museum fuer Wissenschaft und Industrie, Rockefeller Plaza, geoeffnet; nur 2 Stoerungen geringfuegiger Natur waren zu verzeichnen.

Dieser Rekord stellt einen Sieg der Toleranz und des Common Sense des amerikanischen Volkes im allgemeinen und der amerikanischen juedischen Organisationen im besonderen dar. Einwaende dagegen, dass diese Ausstellung ueberhaupt stattfinden sollte, kamen von verschiedenen Stellen. Zunaechst einmal wandten sich die frueheren juedischen Kriegsteilnehmer dagegen, dass man ueberhaupt irgendwelche deutschen Geschaeftsleute nach Amerika kommen lasse, da man vermutete, dass diese alle ehemalige Nazis seien. Zweitens wandten sich andere juedischen Organisationen dagegen, dass man zum Verkauf deutscher Waren in den Vereinigten Staaten ermutige. Drittens fuerchteten amerikanische Geschaeftskreise die Konkurrenz der Deutschen in den Vereinigten Staaten und auf dem Weltmaerkten.

Die amerikanische Militaerregierung in Deutschland befasste sich mit der Frage der ehemaligen Nazis. Alle deutschen Geschaeftsleute, die nach Amerika gehen wollten, wurden aufs sorgfaeltigste gesiebt. 700 Bewerber wurden abgewiesen. Schliesslich wurden 250 mit zeitlich begrenzten Visa zugelassen, nachdem ihnen bescheinigt wurde, dass sie keinerlei Verbindungen zu den Nazis unterhalten hatten. Der Kampf der amerikanischen juedischen Organisationen war mehr propagandistischer Art. Die Fuehrerschaft der meisten Organisationen sah die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der deutschen Ausfuhr ein, aber manche aus den Reihen der Mitgliederschaft, die sich der nazistischen Grausamkeiten, die man in Hitlerdeutschland ihren Verwandten und Freunden gegenueber begangen hatten, erinnerten, waren scharf dagegen, den Deutschen ueberhaupt eine Chance zu geben.

Die Anti-Nazi-Liga drohte mit Stoerungen. Am Eroeffnungstage standen ein paar Sperrposten um die Ausstellung herum. Die American Jewish Agency wollte zunaechst die Ausstellung unterstuetzen, erliess aber dann eine Presseveroeffentlichung gegen sie, und erklaerte, sie koenne ihre Mitglieder nicht kontrollieren.

Der Zweck, den die Amerikanische Militaerregierung mit der Abhaltung der Messe verfolgte war der, den Verkauf in Deutschland hergestellter Waren zu foerdern. Vom Standpunkt des amerikanischen Steuerzahlers aus liegt hierin ein egoistisches Interesse.

Die Amerikanische Regierung unterstuetzt jetzt die Wirtschaft Westdeutschlands im Betrage von etwa \$1.100.000.000 pro Jahr. Im Jahre 1948 belief sich die Ausfuhr aus den 3 Westzonen Deutschlands auf 660 Millionen Dollar. Somit ergab sich ein Defizit von 440 Millionen Dollar fuer den deutschen Handel. Der einzige Weg, dieses unguenstige Verhaeltnis zu verkleinern, besteht darin dass man den Deutschen dabei hilft, durch den Verkauf ihrer Exportwaren mehr zu verdienen, damit sie ihre Einfuehren bezahlen koennen.

"Overseas American News Service" 9. Mai 1949

DIE RECHTE DER GEWERKSCHAFTEN

Folgende Erklaerung gab der Zweite Vertreter der Vereinigten Staaten beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Leroy D. Stinebower, am 8. Maerz 1949 vor dem Rat ab:-

Verletzung der Gewerkschaftsrechte

Die Vereinigten Staaten haetten es vorgezogen, wenn der Wirtschafts- und Sozial-Rat die Denkschriften ueber die Verletzung der Gewerkschaftsrechte unverzueglich und ohne Diskussion in diesem Stadium an die Internationale Organisation fuer Arbeit zwecks Bearbeitung weitergegeben haette. Es hat jedoch den Anschein, als wenn eine Diskussion darueber notwendig ist.

Ich werde mich zunaechst mit der Lage in meinem eigenen Lande befassen. Die gewerkschaftlichen Rechte in den Vereinigten Staaten sind auf Erfahrungen

begründet, die sich ueber Generationen erstrecken und spiegeln sich in den Kollektivvertragsabkommen wider, wie sie von den Gewerkschaften fuer die Arbeiter im ganzen Lande ausgehandelt werden. Dazu kommt noch, dass die gewerkschaftlichen Rechte in unserem Lande in verschiedenen Bundestatuten und Statuten der Staaten zum Ausdruck kommen. Der exakte Charakter einer solchen Gesetzgebung ist eine Angelegenheit, die selbst jetzt noch in Debatten behandelt wird - in Debatten, an denen sich unsere Gewerkschaften in weitem Masse beteiligen. Die Vereinigten Staaten sind der Meinung, dass die Rechte der freien Gewerkschaften eines der fundamentalen Prinzipien einer wirklich demokratischen Freiheit bilden. Wir glauben, dass die freien Gewerkschaften ein Bollwerk gegen den Totalitarismus bilden.

Wir massen uns nicht an, genau zu wissen, wie man die Freiheit des Zusammenschlusses am besten gegen Verstoesse oder Verletzungen schuetzen kann. Es ist ein schwieriges Problem, und die Schwierigkeiten, vor denen wir auf der Hut sein muessen, koennen in den einzelnen Laendern verschiedener Natur sein. Wir geben offen zu, dass wir in diesem Lande vielleicht in der Praxis noch keine Vollkommenheit erzielt haben, jedoch ist der Weg weit offen fuer die Richtigstellung irgendwelcher Prozeduren, die man als fehlerhaft erkannt hat. Jetzt ist sogar auch unser Kongress dabei, unsere eigene Arbeitergesetzgebung abzuändern bzw. zu verbessern. Die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten haben ein weites Gebiet fuer ihre energischen Bemuehungen im Interesse ihrer 16 Millionen Mitglieder. Der beste Beweis fuer die Freiheit und die Wirksamkeit der amerikanischen Gewerkschaften ist der, dass diese Millionen Arbeiter freiwillig, nach ihrer eigenen Wahl, ihr aktives Interesse an diesen grossen Organisationen aufrechterhalten haben und sie weiter unterstuetzen.

Die Ablenkungsbestrebungen des WFTU

Waehrend die Vereinigten Staaten wie auch ihre Arbeitergewerkschaften sich grosse Sorgen wegen der Uebertretung der gewerkschaftlichen Rechte machen, wo immer sich eine solche zeigt, behaupte ich, dass die uns vorliegenden WFTU-Denkschriften beredte Demonstrationen dafuer darstellen, dass der Weltgewerkschaftsbund im Prinzip an politischer Propaganda und nicht an den Prinzipien des freien Gewerkschaftswesens interessiert ist. Die Dokumente enthuelten eine Art von Bestrebungen und Tendenzen, die vor kurzem 3 grosse freie Gewerkschaftsorganisationen zu der Erklaerung veranlasste, dass der WFTU zu existieren aufgehört habe. Der CIO, der TUC und der Hollaendische Gewerkschaftsbund haben festgestellt, dass der WFTU zu einem kommunistischen Werkzeug gemacht wurde.

Die uns vorliegenden Denkschriften moegen vielleicht viele Erklaerungen enthalten, die der Tatsache entsprechen. DIE Vereinigten Staaten wollen die besonderen Behauptungen oder Darstellungen in den WFTU-Dokumenten weder bestaetigen noch abstreiten. Ihre Motivierung ist aber offensichtlich. Diese Behauptungen sind von kommunistischen Erwaegungen fuer kommunistische Zielsetzung motiviert. Sie haben ihren Ursprung nicht in der Achtung vor der menschlichen Freiheit oder vor der Liebe zur sozialen Gerechtigkeit. Wenn diese Behauptungen eine ernsthafte Bemuehung darstellen wuerden, Verstoesse gegen die gewerkschaftlichen Rechte zu registrieren, dann waere ihre Aufzeichnung in ihrer Unausgeglichenheit so geraeushevoll. Die Denkschriften des WFTU sehen in den kommunistischen Laendern keinerlei Unzutraeglichkeiten oder Uebel. Der WFTU erhebt Vorwuerfe gegen die Beherrschung der Gewerkschaften durch den Staat - er schweigt sich aber ueber den sowjetischen Prototyp der Nazifaschistischen Arbeitsfront aus. Er verurteilt angebliche Einschränkungen, die den Gewerkschaften auferlegt werden, er sieht aber nichts Boeses darin, dass es den Arbeitern in der Tschechoslowakei heute

an Freiheit ermangelt, er sieht nichts Boeses in der strengen und starren Kontrolle, der die Arbeiter in Bulgarien oder Rumaenien durch eine Kommunistische Arbeitsfront ausgesetzt sind, er kritisiert keineswegs die aeusserst straffe Arbeiterkontrolle durch die sogenannten Gewerkschaften in Polen, Albanien, Jugoslawien oder Ungarn, noch existiert ueberhaupt eine Spur von Kritik in bezug auf die Ukraine oder auf Weissrussland.

Die Wortverdreherei des WFTU

Ich habe die Absicht kurz einige Angaben ueber die Verhaeltnisse in den Laendern zu machen, die nicht in den Dokumenten des WFTU aufgefuehrt sind, doch moechte ich wiederholen, dass in dem Masse, wie in Wirklichkeit manche der Behauptungen des WFTU der Tatsache entsprechen, wir solche Angriffe auf die Gewerkschaftlichen Rechte aufs tiefste bedauern. Wir bedauern solche Angriffe, ganz gleich, wo sie vorkommen. Wir bedauern sie als eine Sabotage der menschlichen Freiheit, der wirtschaftlichen Demokratie oder der sozialen Gerechtigkeit. Wir ignorieren keineswegs Verletzungen, die innerhalb mancher Nationen vorkommen moegen und verurteilen etwa nur solche, die sich in anderen Laendern ereignen. Die Gewerkschaftsrechte und insbesondere das Recht auf Zusammenschluss mit dem Ziele, Kollektivverhandlungen zu fuehren, um Arbeitsbedingungen zu verbessern, gehoeren zu den wesentlichsten Rechten, die der freie Mensch besitzt.

Die gewerkschaftlichen Rechte sind aber bedeutungslos - oder sogar noch schlimmer, - wenn dieser Zusammenschluss vom Staat kontrolliert, vom Staate beherrscht wird, und wenn er dem Staat dient. Eine Arbeitergewerkschaft in einem von den Kommunisten Beherrschten Lande kann man kaum von der Arbeitfront in Nazi-deutschland unterscheiden. Beide dienen dem Interesse des Staates oder der Partei und sind gegen die Freiheit des Arbeiters gerichtet. Selbst wenn die Gewerkschaften frei und unabhaengig waeren, dann koennten die Arbeiter kaum auf der Basis der Gleichstellung mit der Regierung verhandeln. Die Tatsache, dass der Arbeitgeber die Regierung ist, die nicht nur die Verhaeltnisse oder die Arbeit kontrolliert, sondern auch alle anderen Aspekte des taeglichen Lebens, macht den Arbeiter noch umso hilfloser. Und das ist schlimm genug. Wenn aber die sogenannten Arbeitergewerkschaften selbst Agenten der beschaeftigenden Regierung, sind, die mit Funktionaeren arbeiten, die aus der kommunistischen Oligarchie ausgesucht werden, dann wird der Arbeiter in Wirklichkeit von beiden ausgebeutet.

Es ist nicht das erste Mal in diesem Rat und in der Generalversammlung, dass wir uns einer Verdrehung von Worten und Saetzen in ihrer gewoehnlichen Bedeutung gegenuebersehen. Die Praxis, die Bedeutung der Worte zu verdrehen, erschwert es jedem, ernst ueber solche Denkschriften zu sprechen, wie sie vom WFTU eingebracht werden. Fuer den Kommunisten ist eine Gewerkschaft in einer Demokratie eine Koerperschaft, in die man einsickern muss, um die Wirtschaft des betreffenden Staates zu unterminieren, um den Lebensstandard zu gefaehrden und um die nationale Verteidigung in Gefahr zu bringen. Fuer einen Kommunisten ist eine Gewerkschaft hinter dem "Eisernen Vorhang" ein erprobtes und bewaehrtes Werkzeug, um aus jedem Arbeiter mehr Leistungen herauszupressen und um jeden Beweis an Unabhaengigkeit des Gedankens, des Wortes oder der Tat auszuschalten.

Nur durch Akzeptierung einer solchen undemokratischen totalitaeren Auffassung von den gewerkschaftlichen Rechten kann der Vorwurf des WFTU wegen irgendwelcher Praktiken in nichtkommunistischen Laendern der offensichtlichen Zufriedenheit mit den Praktiken in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten angepasst bzw. angeglichen werden.

Die Arbeiterschaft hinter dem "Eisernen Vorhang"

Waehrend der ersten paar Jahre, nachdem die kommunistische Partei in der UdSSR die Macht ueber das russische Volk in ihre Hoende bekam, wurden von den

Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder weiterhin bis zu einem gewissen Grade Verhandlungen durchgefuehrt, dann aenderte sich die Parteilinie; Die Arbeiterfuehrer wurden liquidiert; die Arbeitergewerkschaften wurden dem Wesen nach zu Verwaltungsstellen der Regierung. Die russischen Arbeitergewerkschaften wurden durch den Allsowjetischen Zentralrat der Gewerkschaften zusammengeschlossen, dessen Fuehrerschaft der Billigung seitens der kommunistischen Partei unterliegt. Diese Fuehrerschaft hat offenbar nicht die Notwendigkeit zu einer Leitung in der Verwaltung der Geschaeft der Gewerkschaft eingesehen. Anstatt als Mittler fuer ihre Mitglieder bei Verhandlungen mit der Betriebsleitung zu dienen, koennte man diese sogenannten Fuehrer passend als Agenten der Betriebsleitung bezeichnen im Bestreben, mehr Leistungen aus ihren Mitgliedern herauszupressen, die Arbeiter bei der Stange zu halten, Fernbleiben vom Arbeitsplatz zu bestrafen, irgendwelches unabhängige Denken auszuschalten und die ideologische Zuverlaessigkeit zu ueberpruefen. Theoretisch befassen sich die russischen Arbeiterorganisationen fuer ihre Mitglieder mit Beschwerden, jedoch nur theoretisch; dies ist nur teilweise Pose, um zu zeigen, dass sie den Interessen der Arbeiter dienen. AUCOTU gestattet es den Arbeitern nicht, frei zusammenzukommen oder geheim abzustimmen. In Wahrheit wird von den Arbeitern verlangt, dass sie ihre persoenliche Freiheit und ihre sonstigen Freiheiten der Partei und der Regierung opfern - ihre Freiheit, sich einer Gewerkschaft nach ihrer eigenen Wahl anzuschliessen und ihre Freiheit, bei Festsetzung des Kurses ihrer Gewerkschaft angehoert zu werden.

In der Tschechoslowakei waren die Gewerkschaften vor dem Kriege freie und kaempferische unabhängige Verhandlungsmittler fuer ihre Arbeiter. Fast genau vor einem Jahr erging von der Versammlung der Vertreter der Betriebsraete der Ruf nach Schaffung von Aktionsausschuessen. Der Zweck dieser Ausschuesse war der, alle Nichtkommunisten aus der Fuehrerschaft der Arbeiterorganisationen zu entfernen. Unter der Fuehrerschaft der kommunistischen Politiker fordert die tschechoslowakische Arbeiterorganisation nicht mehr bessere Bedingungen fuer die Arbeiter, sondern sie ist zu einem aktiven Werkzeug der neuen Ausbaeter der Arbeiterschaft geworden.

In Polen besagt das Gesetz, dass unabhängige Gewerkschaften gebildet werden duerfen. Die Praxis sieht aber so aus, dass wer dies tut, absolut sicher sein kann, dass er verhaftet wird. Wo einmal wirkliche Gewerkschaften bestanden haben, sind diese von der polnischen Regierung durch etwas ersetzt worden, was wir als "company unions" (firmenbeherrschte Gewerkschaften) bezeichnen oder was man in Europas als "Gelbe Gewerkschaften" kennt.

Wo der WFTU schweigt.

Eine aehnliche Verzerrung des Gewerkschaftswesens ist in allen sogenannten "Volksdemokratien" zu finden. Aber ueber diese Verstoesse gegenueber den Gewerkschaftsrechten bewahrt der WFTU Stillschweigen.

Wie ist das nun mit den spezifischen gewerkschaftlichen Rechten. Existiert nun wirklich in einem dieser Laender, die ich genannt habe, ein Recht auf Streik. Wenn es nur auf dem Papier existiert, was geschieht dann mit denjenigen, die es wagen, dieses Recht auf Streik in die Praxis umzusetzen. Fuehrt die Gewerkschaft Kollektivverhandlungen, um die Beschaeftigungsverhaeltnisse zu bessern, hoehere Loehne herauszuholen, um eine kuerzere Arbeitswoche zu erreichen. Haben die Arbeiter das Recht, nach ihrem eigenen Ermessen Gewerkschaften zu gruenden. Ist den Gewerkschaften der Versuch gestattet, ihre Mitglieder vor der Ausbeutung zu schuetzen. Alle diese Fragen deuten auf Verletzungen der demokratischen Gewerkschaftsrechte hin, wenn die Gewerkschaftsrechte ueberhaupt einen Sinn und eine Bedeutung haben sollen. Dies sind Fragen, deren Bedeutung und Wichtigkeit dieser Rat unfehlbar anerkennen muss. Sie bilden einen wesentlichen Bestandteil des

Problems der gewerkschaftlichen Rechte, das auf Veranlassung des Rates bereits in angemessener Weise von der ILO (Internationale Organisation fuer Arbeitsfragen) behandelt worden ist. Diese Koerperschaft ist es, von der wir wiederum eine wirksame Aktion erwarten. Wir schlagen vor, dass das Problem dieser sachkundigen internationalen Organisation zur Pruefung, Analyse und zur Berichterstattung bzw. zur Abgabe eines Kommentars unterbreitet wird.

Wenn der WFTU uns wirklich glauben machen will, dass es ihm mit seinen Behauptungen ernst ist, und dass er nicht nur mit einer boeswilligen Propaganda unsere Zeit verschwenden will, dann wird er sich mit den Mitgliedern des Rates zusammensetzen, um dieses Problem mit allen seinen Aspekten der erfahrenen und sachkundigen Stelle zu unterbreiten, die von den Vereinten Nationen anerkannt ist, insofern als sie in solchen Fragen die Rechtsprechung bzw. die Gerichtsbarkeit hat. Ich schlage daher vor, dass alle Denkschriften ueber diese Frage unverzueglich der ILO zugehen.

VORSCHLAEGE DES AMERIKANISCHES RATES FUER DIE INTERNATIONALE HANDELSKAMMER

Die Gewerkschaften in allen Laendern des Marshall-Plans werden sicher stark an den Vorschlaegen interessiert sein, die der Amerikanische Rat fuer die Internationale Handelskammer (USC-ICC) zur Planung vorgelegt hat. Der Rat lenkt die Aufmerksamkeit auf die Abhaengigkeit, die in den Beziehungen der Laender Europas zu einander besteht. Der Bericht des Rates macht darauf aufmerksam, dass, wenn sich die Marshallplan-Laender nicht zu langfristigen Wirtschaftsplaenen vereinigen, sie nach 1952 wiederum vor einem wirtschaftlichen Chaos stehen.

Der Bericht stellt fest, dass die Organisation fuer die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) manche Erfolge zu verzeichnen hat, dass aber nunmehr die Zeit gekommen sei, dass der Rat, der sich aus 8 Vertretern der OEEC zusammensetzt, baldigst zusammentritt, "um sich mit den Aufgaben zur Planung eines integrierenden Wirtschaftsprogramms zu befassen". Der Bericht der diese Vorschlaege enthaelt, ist unter dem herausfordernden Titel "Das Gespenst von 1953" erschienen.

Die Endphase der Wirksamkeit

"Nachdem er darauf hingewiesen hatte, dass die OEEC sich jetzt darueber klar sein muesse, dass "die erste Phase ihrer Taetigkeit abgeschlossen sei, und dass die zweite und letzte Phase begonnen habe, schilderte C.D. Jackson, der Herausgeber der "Fortune" und der Vorsitzende des USC-ICC Ausschusses fuer Internationale Wirtschaftsangelegenheiten, die Besorgnisse der amerikanischen Geschaeftsleute wegen des Misserfolges der kuerzlichen Versammlung der Berater-Gruppe der OEEC. Es hatte sich zwischen den englischen, den franzoesischen und kontinentalen Ansichten Abweichungen ergeben, wodurch sich die Notwendigkeit ergeben hatte, den amerikanischen Standpunkt herauszuheben.

"Wir wissen," sagte Mr. Jackson, "dass die Sitzung dadurch aufflog, dass einerseits England eine scharfe Haltung einnahm und jede Nation fuer sich arbeitete, und dass andererseits Mitglieder auf dem Kontinent zusammengingen und sich bemuehten, die Wirtschaft Westeuropas zu einem Ganzen zu vereinigen.

"Man sollte daran denken, dass sich die europaeischen Nationen gemuess der OEEC selbst bereiterklaert haben, "ein gemeinsames Wiederaufbau-Programm auszuarbeiten und in die Tat umzusetzen."

Jede Nation plant unabhaengig Massnahmen, um der Inflation Einhalt zu gebieten, die Produktion zu steigern, die Ausfuhr zu erhoehen, die Einfuehren zu drosseln, auslaendische Investitionen zu beguenstigen und neue Versorgungsquellen zu finden, die nicht mit Dollars gespeist werden. Jede Nation hat ihr

eigenes Programm, um Dollars zu bekommen, und zwar zweiseitigen, dreiseitigen oder vielseitigen Handel und hat ihre eigenen Auffassungen und Begriffe von dem Umfang und der Lenkung des innereuropäischen Handels.

Widerstreitende Massnahmen

"Vom Standpunkt Westeuropas aus, als Ganzes gesehen, sind viele dieser nationalistischen Massnahmen widersprechend und haben einen zerstörenden Einfluss, der sich allgemein auswirkt. Als solche bilden sie ernste Behinderungen fuer den Wiederaufbau Europas."

Der Bericht hebt die Meinung des Rates hervor, dass ein integrierendes Programm fuer Europa folgende Punkte enthalten muss:

- "1. Freier, ungehemmter Warenfluss, Abbau der Zoelle, Ausschaltung von Prioritaeten, mengemaessige Beschraenkungen und Unterschiedlichkeit.
- "2. Freier Geldmittelfluss, Abschaffung der Devisenkontrolle, freie Konvertierbarkeit der Waehrungen, Heranziehung und Schutz von auslaendischen Investitionen, Foerderung des Reiseverkehrs.
- "3. Freie Konkurrenzfaehige Unternehmen, Wiederherstellung des Wettbewerbs- und die Schaffung des Anreizes fuer den privaten Kaufmann.
- "4. Erhoehte Produktion, Aufhebung des privaten Kartells, oder der staatlichen Beschraenkungen der Produktion, Einfuehrung einer fortgeschrittenen Gewerbekunde, Modernisierung der Verteilungstechniken, neue Investierung und Entwicklung der Kolonien und der zurueckgebliebenen, rueckstaendigen Gebiete."

"The New York Times" 12. Mai 1949

DER WFTU WIRD ALS "GEFAEHRLICHE FUENFTE KOLONNE" BEZEICHNET

William Green, der Praesident der AFL sagte den Mitgliedern des Zentralausschusses des Internationalen Metallarbeiterverbandes, dass "jedwede Versklavung der Arbeiter ueberall die Freiheit gefaehrdet," und verurteilte die Behandlung der Arbeitergewerkschaften durch die Sowjets.

Green erklarte, die sowjetischen Bemuehungen, in die amerikanischen Gewerkschaften einzusickern, waeren fehlgeschlagen, dass aber der Weltgewerkschaftsbund (WFTU) immer noch "eine gefaehrliche Fuenfte Kolonne der Sowjetdiktatur" bleibe. Er fuegte hinzu, dass "die Sache der Demokratie keinen staerkeren und wirksameren Verbuendeten haben koenne als einen wachsamem Gewerkschaftsbund".

Green sagte, die Staerke des groessten Gewerkschaftsbundes in den Vereinigten Staaten (AFL) komme in einer Mitgliederzahl von mehr als 7½ Millionen zum Ausdruck. Er hielt seine Rede auf einem Essen des Internationalen Metallarbeiterverbandes, brvor die Mitglieder des Zentralausschusses dieser Organisation eine Rundreise durch die metallverarbeitenden Werkstaetten Amerikas antraten.

Der Text der Rede lautete wie folgt:- "Die Sache des freien und demokratischen Gewerkschaftswesens, dem wir angehoren, sieht sich heute einer ausserordentlichen grossen Verpflichtung und Verantwortung gegenueber. Es muss sich auf der Basis einer internationalen Front organisieren, um die menschliche Freiheit zu schuetzen, um die soziale Gerechtigkeit und den Weltfrieden zu sichern.

"Unsere Verantwortung geht ueber die Erhaltung unserer eigenen Lebensweise fuer uns selbst hinaus. Sie erstreckt sich auf unsere arbeitenden Genossen in anderen Nationen der ganzen Welt. Denn die Geschichte dieses Jahrhunderts beweist ohne Frage, dass jegliche Versklavung der Arbeiter ueberall die Freiheit gefaehrdet.

Die AFL ist sich schon lange darüber klar geworden, dass der Krieg der grosse Feind der Menschheit ist. Immer wieder sind wirtschaftliche und politische Gebiete durch den Krieg ueber Nacht vernichtet worden. Wir von der Arbeiterschaft bauen auf. Der Krieg vernichtet. Unser Hass gegen den Krieg stammt daher nicht nur aus sentimentalern Erwagungen, sondern aus unserem ureigenen Lebenszweck und unseren Lebensfunktionen. So wie wir die internationale Sage heute ansehen, sind wir zu dem unvermeidlichen Schluss gekommen, dass die Bedrohung einer Aggression nur aus einer Quelle kommt - aus Sowjetrussland".

State Department "Radio Bulletin" 25. April 1949

ARBEITER-WETTSTREIT IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Nach Angaben von Dana Adams Schmitt, Korrespondent der "New York Times" in Prag, sind die tschechoslowakischen Gewerkschaften entschlossen, die Industrieproduktion durch etwas zu erhoehen, was sie mit "sozialistischem Wettstreit" bezeichnen. Sie glauben, dass sie unter dem Kommunismus eine hoehere Produktivitaet erreichen, als dies unter dem Kapitalismus moeglich ist. Der Wettstreit soll am 1. Juli beginnen. Jede Arbeit wird in diesen Wettstreit mit einbezogen. Fabriken kaempfen gegen Fabriken, Gebiete gegen Gebiete und Arbeiter gegen Arbeiter. Es sieht so aus, als wenn die Ehrungen den schnellsten und staerksten zuteil werden sollen. Die Fuehrerschaft auf manchen Gebieten des Wettstreits untersteht der Leitung der "Stossbrigaden".

Entlehene Sowjetpraktiken

"So etwas ist in der Sowjetunion schon etwas Altes und Alltaegliches", wo es sich mit der Industrie selbst mitentwickelt hat. Hier jedoch wird es zum ersten Mal in einer Industrie angewendet, die sich urspruenglich nach kapitalistischen Richtlinien entwickelte.

Die kommunistische Parteizeitung "Rude Pravo" erklarte gestern: "Die Garantie fuer einen Sieg ueber den Kapitalismus ist darin begruendet, dass der kapitalistische Stand der Technik in der Industrie ueberfluegelt werden muss."

In der ersten Entwicklungsphase nach dem Kriege, schrieb die Zeitung, wurden die Arbeiter lediglich dazu aufgerufen, "nach der Pluenderung und der Misswirtschaft waehrend der Besetzung die Industrie wieder in Gang zu setzen."

In der zweiten Phase, heisst es weiter, "wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fast gaenzlich durch die Verstaatlichung der Industrie abgeschafft". Unter diesen Umstaenden, bemerkt die Zeitung, war es moeglich, die Arbeiter "auf einen so hohen politischen Stand zu bringen, der sie freiwillig dazu veranlasste, in der Reserve liegende Arbeitskraefte freizumachen und neue Techniken zu lernen."

Jeder Arbeiter wird eine Aufgabe haben

"Die Entwicklung der Arbeiter initiative, faehrt die "Rude Pravo" fort, machte dann verschiedene Phasen durch. Es gab Gegenplaene oder Verbesserungen beim Zweijahres-Plan, die Libec-Bewegung, in der die Arbeiter eine Kampagne gegen das Fernbleiben vom Arbeitsplatz und fuer eine erhoehrte Produktion einleiteten, manchmal mit Hilfe von Ueberstunden, und die ersten Stossbrigaden", die anlaesslich des Geburtstages des Praesidenten Klement Gottwald zu Geschenken fuer die Republik anspornten und im allgemeinen auch die Fuehrung uebernahmen.

Jetzt, berichtet die Zeitung, gibt es in der tschechoslowakischen Industrie 10.377 Stossbrigaden, im Vergleich zu 5.856 im Januar.

Diese muessen die Wettbewerbe leiten und die Produktivitaet steigern jedoch nicht, so warnt das Blatt, durch ausserordentliche koerperliche Anstrengungen,

sondern "durch technische und organisatorische Verbesserungen." Die Erfolge dieser Arbeit, wird erklart, muessen dann "popularisiert" werden.

Bei den Belohnungen, die fuer Verbesserungsvorschlaege gezahlt werden, sollte man nicht etwa knauserig sein, schreibt die Zeitung, und fuegt hinzu, dass die Mittel dafuer gefunden werden muessen, um die augenblicklich statische Lohnpolitik zu ueberwinden, sodass ausserordentlich Leistungsfahige die Hoechstloehne ueberschreiten koennen."

"New York Times" 14. Mai 1949

DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN KOENNEN DEN WELTFRIEDEN GESTALTEN

Freie, demokratische Arbeitergewerkschaften sind die staerksten Bundesgenossen der demokratischen Laender in ihren Bestrebungen nach Wohlstand und Frieden, sagte der amerikanische Arbeitsminister Maurice J. Tobin. In seiner Rundfunkrede, die er heute als seine siebente Ansprache in einer Sendereihe "Die Vereinigten Staaten und die Weltereignisse" in einer Landessendung hielt, stellte Tobin eine freie Gewerkschaft als etwas hin, was weder von der Arbeitgeberschaft noch von der Regierung beherrscht wird.

"Mit demokratischen Gewerkschaften bezeichne ich solche, die ihre eigenen Angelegenheiten auf demokratischer Linie regeln. Die demokratischen Gewerkschaften werden von verantwortlichen Funktionaeren geleitet, die in freien und geheimen Wahlen gewaehlt worden sind. Es steht ihren Mitgliedern frei, ueber Streitfragen zu diskutieren und ihre Ansichten auf offenen Versammlungen auch offen zum Ausdruck zu bringen. Demokratische Gewerkschaften unterstuetzen die politische Demokratie - die dem Totalitarismus entgegengesetzt ist. Das sind einige der Hauptpunkte, nach denen man beurteilen kann, ob eine Gewerkschaft demokratisch und frei ist. Die meisten amerikanischen Gewerkschaften und auch die europaeischen, die das Wiederaufbauprogramm unterstuetzen, werden diesen Punkten gerecht. Sie sind unsere staerksten Verbuedeten.

Der Arbeitsminister erklarte, dass sein Ministerium damit beauftragt sei, auf die allgemeinen Interessen der amerikanischen Arbeiterschaft zu achten, die nur dadurch geschuetzt werden koennen, dass man den freien Arbeitergewerkschaften in der ganzen Welt den Ruecken staerkt. Er erinnerte seine Hoerer daran, dass der Kampf zwischen den Kraeften der Demokratie und denen des Totalitarismus zum grossen Teil in den Reihen der Arbeiterschaft ausgefochten werden wuerde.

"Die Arbeiterschaft ist das vornehmste Ziel des kommunistischen Angriffs", erklarte Tobin. "In den Vereinigten Staaten und in den meisten westeuropaeischen Laendern haetten sich die Arbeiter gegen diesen Angriff erhoben. Sie haetten dies getan, weil sie sich darueber klar sind, dass der Kommunismus darauf ausgeht, die Freiheit der Gewerkschaften zu zerstoeren und sie fuer ihre politischen Zwecke zu gebrauchen. Aber der Kampf ist noch keineswegs abgeschlossen. Deshalb ist die Arbeiterschaft unser staerkster Verbuedeter im Kampf um die Freiheit."

"In Frankreich und Italien stellt der kommunistische Einfluss in den groesse- ren Gewerkschaften noch ein ernstes Problem dar". sagte Tobin, "aber es besteht bei uns kein Zweifel darueber, dass es jetzt bei weitem weniger ernst ist als dies im vergangenen Jahr der Fall war. Die Zahl der Mitglieder in den von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaften hat abgenommen. In der CGT, der groessten franzoesischen Gewerkschaft, hat sich die Mitgliederschaft waehrend der vergangenen 10 Monate gespalten. Die Verbreitung der kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften ist staendig in der Abnahme begriffen. Was dabei ermutigt, ist die Tatsache, dass sowohl in Frankreich wie auch in Italien die von den Kommunisten fuer politische Ziele ausgerufenen Streiks im letzten Herbst ihren Zweck, die Arbeiter um sich zu sammeln, verfehlten."

State Department "Radio Bulletin" 1. Mai 1949

ZWEI DAENEN WEISEN AUF DIE VORTEILE DES ERP FUER DIE ARBEITERSCHAFT HIN

Die Unterstuetzung der daenischen Arbeiter durch den Marshall-Plan und die Vorteile, deren sie aus ihm teilhaftig werden, wurden von Daenen hervorgehoben, die auf beiden Seiten des Atlantik Erklarungen darueber abgaben.

Knud Meister, ein Zeitungsberichterstatter aus Kopenhagen schrieb in der "Baltimore Sun", waehrend er sich auf einer Rundreise durch Amerika befand: "Als Ergebnis des Plans ist eine riesige Arbeitslosigkeit verhindert worden." "Es waren sofort Erfolge zu verzeichnen", erklarte Meister. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse konnte schon nach einigen Wochen, nachdem die ersten Lieferungen an ECA-Waren eingetroffen waren, erhoehrt werden. Nach und nach werden immer mehr Einfuhrlicenzen erteilt. Der kleine Mann kann sich ein neues Hemd, ein Paar Struempfe, ein Bettuch, einen neuen Mantel und etwas bessere Zigaretten kaufen, als es ihm waehrend der letzten 8 oder 10 Jahre lang moeglich war."

Einar Jensen, der Praesident des Daenischen Gewerkschaftsbundes, der mehr als 600.000 Mitglieder zaehlt, sprach auf einer Maekundgebung in Kopenhagen vor einer Menge von etwa 100.000 Arbeitern und Anhaengern.

Jensen gab seiner Achtung vor den amerikanischen Arbeitern und dem amerikanischen Volk Ausdruck, die mit Hilfe des Marshall-Plans dem daenischen Arbeiter die Moeglichkeit gegeben haetten, ihren Lebensstandard zu erhoehen.

Jensen erklarte: "Wirtschaftliche gesehen, hat Daenemark wirklich eine Chance, wieder seinen Lebensstandard wie vor dem Kriege zu erreichen und zwar durch die gigantische Wirtschaftsplanung, die vom amerikanischen Volk und von den amerikanischen Gewerkschaften unterstuetzt und nur von den Maennern der Wallstreet und dem Cominform bekaempft wird. Diese Wiederaufbau-Hilfe sollte bis zum aeussersten Masse verwertet und nutzbar gemacht werden."

ECA Labor Information" 10. Mai 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 15

Berlin, 3. Juni 1949

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Die Gewerkschaften Neuseelands - - - - -	1
Die Bedeutung der Arbeiterbildung - - - - -	2
Arbeiterkontrolle in Jugoslawien - - - - -	6
Die Elektroarbeiter fordern eine jährliche Zulage von \$ 500 - - - - -	6
Die Handelskammer der Vereinigten Staaten äussert sich ueber "Stille Löhne" - - - - -	7
Die Arbeiter sollen entscheiden - - - - -	7
Freiheit russischer Prägung - - - - -	8
Die Sowjetkontrolle ueber die Estnische Arbeiterschaft --	8
In Holland gibt es nicht bloss Tulpen! - - - - -	9
Die AFL will mit dem CIO in einem Weltarbeiterbund zusammengehen - - - - -	10
Arbeitnehmer und Arbeitgeber arbeiten gemeinsam an einem Wohnungsbau-Programm - - - - -	11
Die Arbeiterbildung und die Gewerkschaft - - - - -	12
Technische Ausbildung in der Weltgesundung - - - - -	12
Lebensmittelkosten-Index; Ein Vergleich - - - - -	13
Bergarbeiterverband lehnt eine Einladung des WFTU ab --	14
Die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Arbeiterbildung - - - - -	14
Das Forschungsinstitut fuer Sozial- und Verwaltungswis- senschaften in Koeln - - - - -	15

DIE GEWERKSCHAFTEN NEUSEELANDS

Aus einer Presseveroeffentlichung aus Neuseeland vom 20. Mai geht hervor, dass der Gewerkschaftsbund dieses Landes mit 197 gegen 61 Stimmen beschlossen hat, aus dem Weltgewerkschaftsbund (WFTU) auszutreten. Die Frage sollte entschieden werden, ob die organisierte Arbeiterschaft frei sein oder ob sie "unter Diktatur" stehen sollte.

"New York Times" 21. Mai 1949

DIE BEDEUTUNG DER ARBEITERBILDUNG

Die Fortbildung oder "Adult Education", wie der Ausdruck in den Vereinigten Staaten heisse, stellt ein breitangelegtes Thema dar. Wie aus den nachstehenden Zitaten aus einem Artikel von Eleanor G. Coit, hervorgeht, ist die Arbeiterbildung eine wichtige Phase auf diesem ausgedehnten Gebiet. Dieser Artikel erscheint in der 1948er Ausgabe des "Handbuches fuer Fortbildung", das vom Fortbildungsinstitut der Columbia-Universitaet veroeffentlicht wurde. In dem Augenblick, da dieser Artikel erscheint, befindet sich Miss Coit in Deutschland, wo sie als Beraterin fuer Arbeiterbildungsfragen taetig ist. Im Laufe ihrer Taetigkeit hat sie die meisten Gewerkschaftsschulen der Amerikanischen und der Britischen Zone besucht. Sie ist Leiterin des Amerikanischen Arbeiterbildungs-Dienstes in New York City, einer Organisation, die von amerikanischen Gewerkschaften und anderen Einrichtungen unterstuetzt wird.

Die Rolle der Arbeiterbildung

".....Es ist zum Ausdruck gebracht worden, dass unsere Hauptsorge heute darin besteht, die Wissenschaft der menschlichen Beziehungen zu betreiben. Im Grunde genommen besteht die Funktion der Arbeiterbildung darin, diese Wissenschaft zu kultivieren, indem man der Arbeiterschaft sowohl Wissen wie auch Selbstvertrauen vermittelt. Eine solche Aufgabe fordert eine groesstmoegliche Verbreitung von Wissen und einen Sinn fuer die soziale Verantwortung auf Seiten aller Kreise. Sie erfordert auch eine Entwicklung der besten Techniken, mit deren Hilfe die Erwachsenen dazu angeregt werden koennen, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu verstehen, die ihrer Erfahrung zuwiderlaufen. Schliesslich erfordert sie ein Verstaendnis fuer die Mittel und Wege, mit denen solche Probleme behandelt werden koennen.

Die Arbeiterbildungs-Bewegung hat in vieler Hinsicht zu der Fortbildungsbewegung als Ganzes einen wichtigen Beitrag zu leisten, wozu nicht zuletzt die Frage der Methode gehoert. Es ist das Ziel aller, die sich heute um die Fortbildung ernste Sorgen machen, ihre Programme bedeutungsvoller und wirksamer zu gestalten, indem Theorie und Praxis in bezug auf die Beduerfnisse der Gesamtheit enger in Beziehung zueinander gebracht werden. Auf Grund der Tatsache, dass die Beduerfnisse der Arbeiterschaft unverzaeglich beruecksichtigt werden muessen, stehen diejenigen, die sich mit der Arbeiterbildung befassen unter dem besonderen Zwang, ihre Techniken im Sinne einer gesunden und wirksamen Arbeit zu vervollkommen. Sie dienen dann sozusagen als Laboratoriumstechniker fuer die gesamte Fortbildungsbewegung. Die Fortbildung hat auch noch einen weiteren wichtigen Anteil an der Arbeiterbildung, und zwar wegen der bedeutungsvollen Rolle, die die Arbeiterbewegung als demokratische Institution in unserer Gesellschaft spielt. In dem Masse wie die Fuehrerschaft der Arbeiterschaft, sowohl innerhalb der Mitgliederschaft wie auch in den Funktionaerkreisen, die Gelegenheit hat, sich selbst fuer diese Aufgabe mehr und mehr zu vervollkommen, wird die sich rasch ausweitende Rolle der Arbeiterbewegung in der Allgemeinheit wirksamer durchgefuehrt werden."

Die Ziele der Arbeiterbildung

"Die Arbeiterbildung befindet sich heute in einem Stadium des Ueberganges. Die alten Formen werden den heutigen Beduerfnissen nicht mehr gerecht, und neue Organisationen und neue Programme befinden sich im Zustande der Entwicklung. Diejenigen, die mit diesem Arbeitsgebiet vertraut sind, wissen ganz genau, dass sich seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges die Arbeiterbildung in den Vereinigten Staaten stark ausgedehnt hat. Es sind neue Gewerkschaftsprogramme entwickelt worden, neue, von der Allgemeinheit geforderte Projekte sind in vielen Teilen des Landes aufgetaucht und die Programme der Universitaeten sind rapide

gewachsen. Heute wird daher die Arbeiterbildung unter der Schirmherrschaft vieler Gruppen durchgeführt und besteht in vielerlei Formen. Lokalkurse und Sommerschulen, Kurzlehrgänge und Projekte, die sich über das ganze Jahr erstrecken, Wochenend-Institute und Arbeitsgemeinschaften, sie alle spielen eine Rolle. Von gleicher Bedeutung und Wichtigkeit sind die weniger leicht definierbaren Massnahmen, die Bezug haben auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Betriebsvertrauensmänner, der Ausschussmitglieder und anderer verantwortlicher Gewerkschaftsmitglieder, die sich selber darauf vorbereiten müssen, ihrer besonders gelagerten Verantwortung gerecht zu werden. Die Reihe von Themen, - Wirtschaft, Soziologie, Geschichte und humanistischen Lehrfächer (Philologie) - die von diesen Arbeitern studiert werden, spiegeln ihre weitgehenden Interessen wieder. Notwendigerweise kreist das Studium der Arbeiter in seiner Entwicklung um ihre spezialisierten Erfahrungen und ist eng damit verknüpft.

Die Arbeiterbildungs-Programme bringen grosse Abwechslung mit sich. Der intensive Lehrgang des Gewerkschaftlichen Kameradschafts-Programms der Harvard Universität, der sich über das ganze Jahr erstreckt, erzieht die Gewerkschaftsführer zur Verantwortlichkeit in ihrer vollziehenden Tätigkeit. Die Einwochen- und Zweiwochen -Kurse der Institute der Hudson Shore und Wisconsin Sommerschulen bieten Programme, die sich an die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Gesamtheit richten. Das Gesamtprogramm der Arbeiterbildung schliesst Sonderkurse ein, wie z.B. solche, die sich mit den Problemen des Kollektivverfahrens befassen, oder die sich aus den Bedürfnissen der Betriebsvertrauensmänner heraus entwickeln, damit sie ihren besonderen Industriezweig verstehen lernen. Es gibt Lehrgänge über das Parlagengesetz, über Englisch und über andere, sogenannte Werkzeug-Themen. Dann gibt es auch Kurse, die mehr verallgemeinerter Natur sind, und Grundlehrgänge, die den Zweck verfolgen, die Denkfähigkeit der daran teilnehmenden Arbeiter zu entwickeln oder auszubilden und ihnen einen gediegeneren Hintergrund an Wissen vermitteln, das ihnen dabei hilft, ihr tägliches Leben zu verstehen.....

Die Einrichtungen der Arbeiterbildung

Es soll hier nicht der Versuch unternommen werden, ein allgemeines Bild von den Organisationen zu geben, die heute auf dem Gebiete der Arbeiterbildung tätig sind. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass das Bild von heute mit dem der zwanziger Jahre stark kontrastiert, als die Arbeiterbildung als organisierte Bewegung in diesem Lande etwas Neues darstellte. Die Einrichtungen der Arbeiterbildung haben schon lange internationale Gewerkschaften, lokale Arbeiterhochschulen und andere Lokalgruppen wie auch Sommerseminare für Arbeiter umfasst. Im Laufe der letztvergangenen Jahre hat eine Anzahl internationaler Gewerkschaften Bildungsabteilungen gebildet, die noch hinzukommen. Unter diesen sind die Vereinigten Fleischpacker Amerikas und die Mitglieder des Internationalen Maschinisten-Verbandes zu nennen. Andere wieder haben besondere Bildungsprojekte ausgearbeitet, ohne jedoch notwendigerweise allgemeine und vielgestaltige Bildungsprogramme aufzustellen. Ein hervorragendes Beispiel bilden die Vereinigten Stahlarbeiter Amerikas, deren Sommerinstitute von den internationalen Büros aus unter Mitarbeit einer Anzahl Hochschulen und Universitäten arbeiten. Staatliche Arbeiter-Organisationen (AFL) haben schon lange besondere Institute und Arbeitsgemeinschaften. Diese werden jetzt durch Programme ergänzt die von den Industriegewerkschaftsräten des CIO und von den Bildungsbehörden gefördert werden und Lehrgänge durchführen, die sich über das ganze Jahr erstrecken, besonders in Michigan und New Jersey (CIO) und im Staate Kentucky (AFL).....

Vielleicht das überraschendste Moment in der Entwicklung der Arbeiterbildung während der letztvergangenen Jahre war die Tatsache, dass auf diesem Gebiet die Universitäten und Hochschulen neuerdings eine Verantwortung übernommen haben.

In manchen Faellen haben sich Institute der hoeheren Lehrtaetigkeit auf dieses Gebiet begeben, um Programme durchzufuehren, die direkt den Bildungsbeduerfnissen der Gewerkschaften Rechnung traegt. In anderen Faellen liegt die Taetigkeit wieder auf dem Gebiete der Beziehungen in der Industrie. Obwohl die Universitaeten bereits seit langem der Arbeiterbildungsfrage Interesse entgegengebracht haben, war ihr Interesse in der Vergangenheit im allgemeinen mehr oder weniger informativischer Art. Haeufig kam dies durch die Beteiligung von Mitgliedern der Fakultaeet bei den verschiedenen Arten von Arbeiterbildungsbestrebungen zum Ausdruck, oder dadurch, dass den Arbeitergruppen Raeume der Universitaet gegen Miete zur Veruegung gestellt wurden. Erst vor kurzem hat es eine grosse Anzahl von Universitaeten und Hochschulen unternommen, das Arbeiterbildungswerk in ihr Gesamtprogramm mit aufzunehmen. Die Programme der Hochschulen und Universitaeten wenden sich heute an alle Stufen der gewerkschaftlichen Fuehrerschaft und umfassen Klassenarbeit, Aussen-Seminare, Forschung und Materialvorbereitung."

Studium und Taetigkeit

"Die Probleme, die fuer die Unterweisung erwachsener Arbeiter eigentuemlich sind, haben stets eine besondere Schulung und ein besonderes Studium erfordert. Um wirksam zu sein, muss die Unterweisung auf diesem Gebiet die waerkliche Erfahrung der Arbeiterstudenten zu ihrem Ausgangspunkt nehmen und muss darauf gerichtet sein, ihnen vielmehr einen Hintergrund zu einem tieferen Verstaendnis zu geben als lediglich ihr Wissen zu erweitern. Die Faehigkeit der Arbeiter, wirksam als intelligente Buerger zu handeln, steht in direkter Beziehung zu ihrer Faehigkeit, die besonders gearteten Probleme, denen sie sich gegenuebersehen, zu verstehen und mit ihnen fertig zu werden, denn aus dem Erfassen der unmittelbaren Probleme heraus waechst auch ein Verstaendnis fuer die damit verwandten Gebiete. Das Studienprogramm ist daher notwendigerweise mit einem Problem der Praxis eng verknuepft.

Wenn irgendwelche allgemeinen Erklaerungen heute ueber die Arbeiterbildung gegeben werden koennen, dann ist die Fuehlungsnaehme dazu ausgesprochen funktioneller Natur. Etwa so, wie es Eduard C. Lindeman, Professor fuer Sozialphilosophie an der New Yorker Schule fuer Sozialarbeit, als "brennende Fragen" bezeichnet hat. Das vitalste Studienprogramm ist ein solches, dass in einem Problem wurzelt, das Realitaet und Vitalitaet fuer die betreffende Gruppe aufweist. Eine Analyse gesetzgeberischer Fragen erwaechst z.B. aus dem Interesse an einem besonders gearteten Gesetz. Das Studium der Mitwirkung verschiedener rassischer und nationaler Kreise erwaechst oft aus dem Interesse der Gewerkschaft an einer Beschaeftigung von Negerarbeitern oder aus dem Wunsch heraus, ein wirksames Kollektivabkommen durchzufuehren, das die Rechte aller Gruppen innerhalb der Gewerkschaft schuetzt. Obwohl Studium und Diskussion sich nicht auf ein unmittelbares Programm der Praxis beziehen, da sich die Studenten nicht in ihren Heimatorten befinden erwaechst das Bildungsprogramm ebenfalls an den Seminaren (Alumnaten) aus Fragen, die fuer die Arbeiterstudenten von Bedeutung sind, wie z.B. Loehne, Sozialversicherung, oder Beschaeftigungsnormen.

In all diesen Programmen werden vielerlei Methoden und Techniken angewandt, wobei sich die Durchfuehrung aus den Problemen und der Gesamtlage ergibt. Manchmal ist der Klassenraum der Mittelpunkt des Studiums, wie es in den Seminaren (Alumnaten) der Fall ist. Oft bestimmen die Beduerfnisse des Gewerkschaftsausschusses oder das Problem, mit dem sich die Gruppe beschaeftigt, die angewandte Methode. Diskussionen, Vorlesungen, Filme und andere Massenlehrmittel, geschriebenes Material, Gruppendiskussionen und Lehrausfluege oder zweckdienliche Unterlagen- alles dies spielt eine Rolle. Wie in jedem anderen Fortbildungsprogramm, so werden auch diese und alle Moeglichen anderen verfuegbaren Hilfsmittel mit herangezogen, um das Problem zu beleuchten, mit dem sich die betreffende

Gruppe befasst. Offenbar wird das Studium hoechst bedeutungsvoll, sobald es dazu fuehrt, dass man sich der Notwendigkeit der Umsetzung in die Praxis bewusst wird und wenn eine enge Beziehung zwischen Theorie und Praxis besteht....."

Probleme von heute und morgen

"Frank McCulloch, der Leiter der Abteilung fuer Arbeiterbildung am Roosevelt College hat darauf hingewiesen, dass, um voll und ganz das heutige Programm der Arbeiterbildung zu verstehen, es notwendig ist, dass wir uns der sozialen und politischen Atmosphaere erinnern, in der dieses Programm entwickelt wird. Wir muessen uns klar darueber sein, dass wir von jeher seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in der Epoche einer grossen industriellen Wandlung gelebt haben, in deren Verlauf sich die Arbeiterbewegung rapide ausgedehnt hat, und dass wir uns staendig technologischen und wissenschaftlichen Veraenderungen revolutionierenden Charakters gegenuebersahen. Es war dies aber auch eine Zeit, in der ein grosses internationales Chaos herrschte. Wenn wir uns die Zukunft betrachten, dann muessen wir uns vergegenwaertigen, dass wir vor einer Kampfperiode stehen, in der die Lage der Arbeiterschaft so ungewiss ist, dass ihr Recht auf Bildung in Frage gestellt sind. In einer solchen Zeit ist es fuer die Arbeiterbildung von steigendem Interesse, der Arbeiterschaft auch weiterhin Gelegenheit zur Ausweitung ihrer Bildung und ihres Verstaendnisses zu bieten, wenn die Gewerkschaftsbewegung ihre Wirksamkeit beibehalten soll.

Unter den Problemen, denen sich heute diejenigen gegenuebersehen, die an der Durchfuehrung der Arbeiterbildung mitarbeiten, sind Fragen, wie diese von ganz besonderer Bedeutung: Wie koennen wir den Lehrprozess zu einem vitaleren gestalten, die Arbeiterschaft auf ein Verstaendnis der Fragen vorbereiten, bei deren Loesung sie in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen muss. Wie kann man den Gewerkschaften dabei helfen, dass sie einen wirksameren Gebrauch von den neuen Techniken der Sozialwissenschaften und solchen Hilfsquellen, wie Rundfunk und anderen Einrichtungen fuer die breite Masse machen. Wie koennen die Lehrer auf ihre Aufgabe, mit den Arbeitergruppen zusammenarbeiten zu wollen, besser vorbereitet werden. Wie koennen die Hilfsquellen und Moeglichkeiten fuer den Unterricht der gesamten Gemeinschaft besser in den Arbeiterbildungsprogrammen ausgenutzt werden. Wie kann die Arbeiterschaft ihre Interessen besser darlegen, sodass die allgemeine Oeffentlichkeit die Fragen, um die es geht, besser versteht. Wie koennen die Normen der Arbeiterbildung aufrechterhalten und ihre Ziele und Zwecke waehrend dieser Periode der starken Entfaltung der Arbeiterbildung beibehalten werden.

Diese letzte Frage ist von ganz besonderer Bedeutung, und zwar wegen der neuen Bewegung zur Ausweitung der Arbeiterbildung durch Zurverfuegungstellung von oeffentlichen Mitteln zwecks Gebrauchs seitens staatlicher und anderer Koerperschaften. Wenn diese Bewegung ihr Ziel erreicht, dann werden in das Gebiet der Arbeiterbildung viele Personen mit einbezogen werden, die jetzt mit den Methoden und Beduerfnissen der Arbeitergruppen nicht vertraut sind. Lehrer, die auf dem Gebiete der Arbeiterbildung neu sind, muessen erkennen lernen, dass ihr wesentlicher Zweck darin besteht, den erwachsenen Arbeitern dabei zu helfen, eine ihnen zukommende reifere Verantwortlichkeit zu uebernehmen, damit sie so besser geruestet sind, an der zukuenftigen sozialen Veraenderung teilzuhaben. Die Lehrer auf dem Gebiete der Arbeiterbildung muessen auch Geschick entwickeln und es sich zu eigen machen, indem sie die tagtaeglichen Interessen der Arbeiter als Grundlage fuer den Lehrprozess ansehen und andere weiterhin im Hinblick auf ein weiteres Studium Theorie und eine vermuenftige Praxis motivieren. Auf die Notwendigkeit, solche neuen Lehrer fuer die Arbeiterbildung auf ihre Aufgaben vorzubereiten, kann nicht genug hingewiesen werden.....

"Während des vor uns liegenden Zeitraums, muss eine sorgfältige Planung seitens der verschiedenen Stellen vorgenommen werden, die mit der Arbeiterbildung zu tun haben. Insbesondere sollte klar und endgültig die besonders geartete Verantwortung herausgestellt werden, die von den verschiedenen Gruppen uebernommen werden muss. Die Gewerkschaften muessen sich deutlicher dazu aeussern, welcher Art Unterstuetzung sie von den Universitaeten und Hochschulen verlangen. Die akademischen Institute muessen sich darueber klar sein, dass ihre Funktionen und ihre Verantwortung nicht das gesamte Gebiet umfassen. So ist z.B. eine der langjaehrigen Funktionen der Arbeiterbildung die Entwicklung der gefuehlsmaessigen Loyalitaet gegenueber der Gewerkschaftsbewegung als Lebenszustand und als Mittel dazu, neuere Werte im Leben zu erwerben. Klarerweise liegt die Verantwortung nicht bei der Hochschule, sondern bei der Gewerkschaft in ihrem Arbeiterbildungsprogramm, der Entwicklung dieser Loyalitaet Aufmerksamkeit zuzuwenden. Jedoch muessen sich sowohl die akademischen Institute wie auch die Arbeiterbildungsstellen der Gewerkschaft in ihrer Taetigkeit darueber klar sein, dass wie niemals zuvor die Allgemeinheit in bezug auf ihre Beteiligung an den Interessen der Allgemeinheit auf die Arbeiterbewegung sieht. Dies erfordert, dass die Arbeiterbewegung neue Methoden zwecks Erlaeuterung ihrer Beduerfnisse findet, ein besseres Verstaendnis fuer die Beduerfnisse, die die Allgemeinheit als Ganzes angehen und eine neuartige Geschicklichkeit bei den oeffentlichen Beziehungen. Die Arbeiterbildung muss dabei mithelfen, diese Techniken herauszuarbeiten."

"Handbuch der Fortbildung" 1948

ARBEITERKONTROLLE IN JUGOSLAWIEN

Jugoslawische Arbeitgeber, die ihren Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen bieten als die verstaatlichten Unternehmen, werden fuer schuldig angesehen, "den Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien zu sabotieren", berichtet die Zeitschrift "Der Gewerkschaftler im Exil" in ihrer laufenden Nummer. Das Organ wird von Gewerkschaftsfuehrern herausgegeben, die ihr Heimatland hinter dem "Eisernen Vorhang" vor einem Jahr verlassen haben, um eine neue Organisation in Paris zu gruenden.

Nach Angabe der Belgrader kommunistischen Zeitung "Politika" sieht die Anklage gegen die "verbrecherischen" Arbeitgeber so aus:-

"Die Arbeitslohnregelung wird auf jede einzelne unserer Fabriken angewandt. Die selbstaendigen Handwerker beachten diese Vorschriften jedoch nicht. Sie bieten hoehere Loehne als diejenigen, die in der Vorschrift festgelegt sind und verleiten somit die Arbeiter dazu, die verstaatlichten Betriebe zu verlassen. Diese Handwerker nutzen auch die Wohnungsschwierigkeiten der Belgrader Arbeiter aus, die in den Fabriken von Zeleznik beschaeftigt sind. Diese Arbeiter koennen in Zeleznik keine Wohnung finden und muessen jeden Tag einen 10 Kilometer langen Weg von ihrer Wohnung zu ihrer Arbeitsstelle zuruecklegen.

"Kleine Werkstattbesetzer haben der verstaatlichten Fabrik in Zeleznik eine gewisse Anzahl Facharbeiter entzogen, indem sie sie bei sich eingestellt haben. Dies steht im Widerspruch zu den Interessen der Allgemeinheit und denen der Arbeiter selbst," schliesst die "Politika", die "drastische Massnahmen" gegen die Beschuldigten fordert.

"ECA Labor Information" 12. Mai 1949

DIE ELEKTROARBEITER FORDERN EINE JAEHRLICHE ZULAGE VON \$ 500

Der Verband der Vereinigten Elektro-, Radio- und Maschinen-Arbeiter (UE), eine CIO-Gewerkschaft, hat "allen Konferenzausschuessen und Ortsgewerkschaften anempfohlen, ihre Forderungen fuer die bevorstehenden Verhandlungen auszuarbei-

ten im Rahmen einer Erhoehung von \$ 500 pro Jahr und pro Angestellten an Loehnen und Gehaeltern, Pensionsaufbesserungen, Krankenversicherungen und anderen wirtschaftlichen Vorteilen."

Der UE hat es jeder verhandelnden Gruppe ueberlassen, wie die Forderungen formuliert sein sollen - ob in Form einer hoeheren Bezahlung, einer kuerzeren Arbeitswoche oder in Form anderer Vorteile.

James J. Matels, der Organisationsleiter des UE soll sich in Presseveroeffentlichungen geauessert haben, dass 90.000 Mitglieder der Gewerkschaft am 1. Maerz nicht voll gearbeitet haben.

"Unsere Leute brauchen sofort eine Erhoehung ihrer Kaufkraft, einen verbesserten Lebensstandard und eine Kuerzung der Arbeitsstunden, um der augenblicklichen Tendenz zu zeitweiliger Entlassung, Teilbeschaeftigung und fallenden Wochenverdiensten Einhalt zu gebieten", erklarte der Exekutivausschuss des UE".

Amerikanisches Arbeitsministerium, "Weekly Labor News Digest" 4. Mai 1949

DIE HANDELSKAMMER DER VEREINIGTEN STAATEN AUSSERT SICH UEBER "STILLE LOEHNE"

Die Forschungsabteilung der Amerikanischen Handelskammer erklarte, dass die typische Firma ausser den Loehnen "stille Lohnlisten"-Kosten aufzuweisen haette, die mehr als 15% des Betrages der ausgewiesenen Lohnrechnung ausmachen. Dies geht aus einem Bericht hervor, der am 28. April veroeffentlicht wurde.

Nach diesem Bericht erhielt der amerikanische Arbeiter zuzueglich zu seinen Loehnen Zuwendungen in Hoehe von mehr als \$ 424 im Jahre 1947. Diese Vorteile zeigten sich in Form von Pensionsversicherungen, Lebensversicherungen, Alters- und Ueberlebenden-Beihilfe, Arbeitererentschaedigung, Gewinnanteilen und anderen Vorteilen.

Der groesste Einzelposten der Zuwendungen, die keine Loehne betrafen, war lt. dem Bericht die "Bezahlung fuer nicht gearbeitete Zeit". Diese Zahlungen machten fast 5% von der Summe der Lohnrechnung aus, und darin waren bezahlter Urlaub, Verguetungen anstatt Urlaub und Bezahlungen fuer nicht gearbeitete Ferienzeit einbegriffen.

Der Arbeitgeberanteil an den Pensionen und anderen vereinbarten Zahlungen machte etwa zusaetzlich 4,5% des Betrages der Lohnausgaben der Durchschnittsfirma aus, waehrend die gesetzlich verlangten Zahlungen, wie Altersversicherung, Erwerbslosenversicherung und Arbeitererentschaedigungen lt. der Pruefung 3,2% der Ausgabenrechnung fuer die Arbeiterschaft ausmachte.

Verschiedene andere Zahlungen brachten die Gesamtsumme an Zuwendungen die nicht die Loehne betrafen, auf 15,4% der Lohnausgaben der Durchschnittsfirma.

Amerikanisches Arbeitsministerium,
"Weekly Labor News Digest" 4. Mai 1949

DIE ARBEITER SOLLEN ENTSCHIEDEN

Die Erklaerungen des Ostblocks ueber die "glueckliche Lage" der Arbeiter in den von den Kommunisten beherrschten Laendern im Gegensatz zu den "elenden" Arbeitsbedingungen in Westeuropa haben die Aufmerksamkeit von den Plaenen der Wirtschaftskommission der UN fuer Europa zur Entwicklung des Handels abgelenkt.

Auf der Sitzung vom Mittwoch fuehlte sich der franzoesische Delegierte André Philippe veranlasst die langatmigen Behauptungen ueber die "Ausbeutung" der Arbeiter in den Westlichen Demokratien auf ihre Stichhaltigkeit hin auf die

Probe zu stellen. Als Antwort auf die Aeusserungen des bulgarischen Delegierten Ivon Stefanoff schlug Philippe vor, 1000 Arbeiter "aus der kommunistischen Partei" Frankreichs auf 3 Monate zur Arbeit nach Bulgarien zu schicken. Dafuer sollten 1.000 bulgarische Arbeiter in Frankreich zur Arbeit eingesetzt werden. "dann wollen wir mal sehen," sagte Philippe, "wer von ihnen zuerst wieder nachhause will."

Aussenministerium,

"Radio Bulletin" 19. Mai 1949

FREIHEIT RUSSISCHER PRAEGUNG

In Shreveport, Louisiana, erklarte Erich Johnston, der Praesident der Filmvereinigung Amerikas, dass die russische Auslegung der Begriffe Freiheit und Demokratie weiter nichts bedeute als Schlagworte, die von dem, was man in den Vereinigten Staaten darunter versteht, weit entfernt seien. Johnston hielt am Mittwoch abend vor der Handelskammer der Stadt eine Rede. Vor kurzem ist er von seiner Reise nach Moskau zurueckgekehrt. "Freiheitsliebende Voelker" ist eine beliebte sowjetische Phrase, sagte Johnston. Fuer uns bedeutete der Begriff Freiheit immer, dass wir Gelegenheit haben zum Waehlen, die Freiheit der Bewegung, die Freiheit der Gelegenheit selbst. Dies erstreckt sich auf jede Phase unseres Lebens. Russland gestattet aber einer russischen Frau und ihren in Russland geborenen Kindern nicht, das Land mit ihrem auslaendischen Ehegatten zu verlassen.

Der russische Kommunismus spricht von einer Arbeiterdemokratie. In Russland aber arbeitet der Mensch an einem Arbeitsplatz, der ihm vom Staat zugewiesen ist, zu einem Lohnsatz, den der Staat festgesetzt hat und dort bleibt er auch, bis man ihn woanders hinstellt. Und seit vielen Jahren hat man nichts ueber einen Streik in Russland gehoert.

Aussenministerium,

"Radio Bulletin" 19. Mai 1949

DIE SOWJETKONTROLLE UEBER DIE ESTNISCHE ARBEITERSCHAFT

"Den estnischen Arbeitern bleibt das Recht versagt, sich ihren Aufenthaltsort und ihre Arbeit selbst zu waehlen, und einer Versetzung von einem Ort zum anderen koennen sie keinen Widerstand leisten, selbst wenn es sich um eine Deportation nach Asien handelt," schrieb Johannes Mikhelson, der fruehere Sekretar des Estnischen Gewerkschaftsbundes in der laufenden Ausgabe der Zeitschrift "Der Gewerkschaftler im Exil".

Mikhelson gibt einige Beispiele aus der sowjetischen Arbeitergesetzgebung, die den estnischen Arbeitern aufgezwungen wird.

"Wer seine Arbeit verlaesst oder seinen Beruf aendert, ohne dass er dazu ausdruecklich von der Betriebsleitung ermächtigt worden ist, kommt vor das Gericht und wird zu 4 Monaten Gefaengnis verurteilt. In der Ruestungsindustrie und viele sowjetischen Industriezweige werden so klassifiziert - kann dieses Urteil auf 8 Jahre Gefaengnis ausgedehnt werden.

Alle Urteile werden gemaess einer Verordnung gefaellt, die der Oberste Sowjet am 26. Juni 1940 erlassen hat. Mikhelson erwaeht noch andere Vorbehalte und Klauseln in dieser Sowjet-Verordnung.

"Jeder Arbeiter, der ohne triftigen Grund aufhoert und 20 Minuten zu spaet zur Arbeit kommt, oder 20 Minuten vor der Arbeitspause aufhoert, kommt vor ein Gericht und wird zu 6 Monaten Zwangsarbeitslager verurteilt; 25% seines Lohnes wird einbehalten. Wenn sich der Arbeiter waehrend seines Aufenthalts im Lager wiederum etwas zuschulden kommen laesst, dann wird sein Urteil in Gefaengnis-

strafe umgewandelt....."

Eine weitere Anordnung des Obersten Sowjets, die am 19. Oktober 1940 herauskam, so berichtet Mikhelson, gibt dem Volkskommissar das Recht, die Arbeiter von einer Fabrik in eine andere zu versetzen ohne Ruecksicht auf den Ort, wo sie leben. Wer sich weigert, setzt sich derselben Strafe aus wie diejenigen, die ihre Arbeit im Stich lassen. "So ist eine grosse Anzahl estnischer Facharbeiter waehrend der ersten und zweiten russischen Besetzung von Estland nach Russland verbracht worden", berichtet Mikhelson. "In Wirklichkeit ist das weiter nichts als Deportation.

"ECA Labor Information" 12. Mai 1949

IN HOLLAND GIBT ES NICHT BLOSS TULPEN !

"Der Amerikaner stellt sich Holland gewoehnlich so vor: Windmuehlen, Kanalee, Tulpen, Fahrraeder, Holzschuhe und Kaese! Aber Holland besteht aus Menschen, aus einer arbeitenden Bevoelkerung, die den Versuch macht, wieder zu einem guten Leben zurueckzukehren, nachdem ihr Land von Bomben, Panzern und Flugzeugen verwuestet wurde. Neulich habe ich einmal einige hollaendische Arbeiter in ihrer Wohnung besucht: die Suedemeyers, die Hoeksemas und die Stadigs, und ich moechte sie mit Ihnen bekannt machen, so wie ich sie kennen gelernt habe.

"Es handelt sich hier um drei Durchschnittsfamilien der arbeitenden Klasse, die aufs Geratewohl aus der Mitgliederliste der Christlichen Niederlaendischen Gewerkschaft ausgewaehlt wurden. Sie leben in einer gewoehnlichen Wohnung fuer die arbeitende Klasse mit dem Durchschnittseinkommen eines hollaendischen Arbeiters. Keine von ihnen beklagt sich ueber so vage Dinge, die man "Verhaeltnisse" nennt, aber wie es auch bei anderen Familien ueberall der Fall ist, so haben auch sie ihre persoenlichen Probleme. Der Marshall-Plan hat dazu beigetragen, dass sich ihr Lebensstandard gebessert hat, und die Maenner in der Familie haben ihre Arbeit. Ihr Arbeitsverdienst ist nicht hoch, aber sie koennen damit immerhin ganz anstaendig auskommen - ohne grosse Schwierigkeiten. Das ist immerhin bedeutungsvoll. Wenn man in Betracht zieht, dass sie vor gar nicht so langer Zeit noch zu einer Nation gehoerten, die vom Feinde ueberrannt, verwuestet und zerbombt wurde. Es war hart und hat lange gedauert, bis sie sich wieder erholten. Nach und nach wurde die Rationierung aufgehoben, man braucht aber immer noch Punkte, um sich Bekleidung, Fleisch und Kaese zu kaufen, fuer die Maenner gibt es nur 2 Paekchen Zigaretten pro Woche, fuer die Frauen (wenn sie rauchen) nur eins.....

"Die Snedemeyers sind 16 Jahre verheiratet und haben eine 11 jaehrige Tochter. Herr Snedemeyer baut und repariert Klaviere. Sein gesamter Wochenverdienst betraegt nach Abzug der Steuern 43 Gulden, was etwa 40 amerikanischen Cents pro Gulden entspricht. Das Schulgeld fuer die Tochter betraegt woechentlich 33 Cents, und ihr Beitrag fuer die Kirche belaeuft sich auf 40 Gulden pro Jahr. Ihre Wohnung im vierten Stock befindet sich in einem Mietshaus, das bereits 60 Jahre steht, und besteht aus 4 kleinen Zimmern. Sie haben elektrisches Licht, fliessendes Wasser und Gas. Sie besitzen ein Klavier und einen kleinen Radioapparat, doch stellt dies den groessten Luxus dar. Frau Snedemeyer kann sich nicht entsinnen, wann sie zum letzten Mal im Kino war, und ihre Tochter ist nur einmal in einem Auto gefahren - als sie evakuiert wurden.....

"Herr und Frau Hoeksema haben 4 Kinder im Alter von 2 bis 16 Jahren. Bis vor kurzem war Herr Hoeksema Landarbeiter, im Augenblick ist er aber in einer Zuckerraffinerie beschaefigt, wo sein Wochenlohn 47 Gulden betraegt. Luxusgegenstaende befanden sich nicht in dieser Wohnung, aber auch dort war elektrisches Licht, Gas und Wasser vorhanden. Die Wohnung liegt in einem sehr alten Holzhaus, gegenueber den Eisenbahnschienen mit einem Schlackeweg davor. Die Wohnung bestand aus 3 kleinen Zimmern im ersten Stockwerk mit einem darueberliegenden Schlafzimmer, eine Treppe hoeher, wofuer die Familie woechentlich 3.50

Gulden Miete zahlt. Frau Hoeksema arbeitet sonntags, um zum Unterhalt der Familie beizusteuern. Diese Familie war sehr einfach gekleidet. Frau Hoeksema erklarte, dass sie einzig und allein nur am Sonntag, wenn sie zur Kirche geht, Struempfe anzieht.

"Herr Stadig ist Polizist, in Amsterdam, dessen Gehalt monatlich 295 Gulden betraegt, Kinderzulage einbegriffen. Die Stadigs sind 12 Jahre verheiratet und haben 4 Kinder im Alter von 2 bis 11 Jahren. Fuer ihre Wohnung, die im Erdgeschoss liegt, und die aus 3 Schlafzimmern, einem Wohnzimmer und der Kueche besteht, zahlen sie 5.10 Gulden Mite pro Woche. Das Haus ist etwa 40 Jahre alt und hat Wasser, Gas und Elektrizitaet. Wie auch bei den anderen Wohnungen, die ich besuchte, war die Wohnung der Stadigs sehr einfach eingerichtet, ohne irgendwelche Luxusgegenstaende. In keiner der 3 Wohnungen bafand sich eine Badewanne.

"Diese 3 Wohnungen sind fuer die arbeitende Bevoelkerung Hollands typisch. Nur sehr wenige besitzen ein eigenes Heim, vielleicht nur 5%. Die Mahlzeiten der hollaendischen Arbeiter sind sehr einfach und bestehen aus Brot, Gemuese, staerkehaltigen Nahrungsmitteln und etwa 2 Mal in der Woche aus einer kleinen Portion Fleisch. Vor der Aufhebung der Bewirtschaftung waehrend der zweiten Haelfte des Jahres 1943, bekam jede Person nur 1 Ei pro Monat. Seitdem die Rationierung der Eier aufgehoben wurde, bestimmt der Preis (16 - 18 cents pro Stueck) zum grossen Teil die Zahl der Eier, die der arbeitende Mensch kaufen kann. Die Mahlzeiten dieser Familien am Morgen und mittags bestehen gewoehnlich aus Tee oder Kaffee, Kaese und Brot mit einer Art von Butter. Das Abendessen ist gewoehnlich das wichtigste und das groesste und auch das einzige warme Essen am Tage, und man nimmt es ganz bequem und mit Musse ein.

"In den meisten Gegenden und Stadtteilen gibt es keine Spielplaetze fuer die Kinder, doch werden jetzt Plaene ausgearbeitet, um in den meisten Staedten Hollands Spielplaetze anzulegen. Die Erholung der hollaendischen Bevoelkerung ist notwendigerweise auf die Gebiete beschraenkt, die man mit dem Fahrrad erreichen kann. Es ist durchaus nichts Ungewoehnliches, wenn man am Sonntag nachmittag ein Kind auf der Lenkstange und ein anderes auf dem Rueckensitz der Fahrraeder der Eltern sitzen sieht, die nach den Sandduenen oder wo anders hin unterwegs sind, um frische Luft zu schnappen. Das Gesellschaftliche beschraenkt sich auf solche Gruppen oder Zirkel, wo es am billigsten ist. Meistens dreht sich alles nur um die Kirche oder um die Schule....."

Aus einem Bericht des ECA Beraters fuer Arbeitsangelegenheiten der Niederlande, Lee R. Smith
9. Mai 1949

DIE AFL WILL MIT DEM CIO IN EINEM WELTARBEITERBUND ZUSAMMENGEGEHEN

Die Plaene zur Schaffung eines neuen Weltarbeiterbundes in Genf, Schweiz, im naechsten Monat wurden wesentlich dadurch beschleunigt, als der hier tagende Exekutivrat der AFL einstimmig eine gemeinsame Beteiligung mit dem CIO an den geplanten Organisation billigte.

Die Genfer Konferenz, die auf den 24. und 25. Juni angesetzt ist, wird zum ersten Mal in den langen Jahren Amerikas beide groessten Arbeiterorganisationen in der gemeinsamen Bemuehung zusammenbringen, die freien Arbeiterbewegungen der Welt zu einer neuen Gruppe zu vereinigen, die den von den Kommunisten kontrollierten Weltgewerkschaftsbund (WFTU) bekaempft und mit ihm rivalisiert.

Die formelle Entscheidung, sich zusammen mit dem CIO der neuen Weltorganisation anzuschliessen, ist eine Entscheidung hoeherer Politik fuer die AFL, die die

Mitgliedschaft der Sowjetunion im WFTU bekaempfte und sich weigerte, sich zusammen mit dem CIO an der Gruendung des WFTU im Jahre 1945 zu beteiligen. Die Stellungnahme der AFL wurde vor kurzem dadurch gerechtfertigt, als der CIO zusammen mit der englischen, hollaendischen und anderen Arbeitergruppen aus dem WFTU austrat, dem sie Beherrschung durch die Sowjets vorwarf.

Wie sich der AFL-Praesident William Green aeusserte, hat der CIO den Weg fuer das Abkommen geebnet, indem er sich damit einverstanden erklaerte, diese gemeinsame Bemuehung als einen Praezedenzfall auszunutzen, um den Status der AFL in der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) anzufechten. Als aelteste und groesste Arbeiterorganisation Amerikas hat die AFL immer auf ihr Recht bestanden, Vertreter der amerikanischen Arbeiter zum Verwaltungsrat der ILO abzuordnen.

Green erklaerte, dass man die freien Gewerkschaften aus allen Teilen der Welt einladen wuerde, dem neuen Bunde beizutreten, und sagte voraus, dass dieser Den WFTU an Groesse und Bedeutung uebertreffen wuerde. Alle Arbeiterorganisationen werden auf der Grundlage ihrer Mitgliederzahl beteiligt sein und demzufolge Beitraege leisten. Man erwartet, dass der CIO auf der Basis einer beglaubigten Mitgliederzahl von 6 Millionen, die AFL mit 7 $\frac{1}{2}$ Million Mitgliedern beteiligt sein wuerde.

Aussenministerium "Radio Bulletin" 18. Mai 1949

ARBEITNEHMER UND ARBEITGEBER ARBEITEN GEMEINSAM AN EINEM WOHNUNGSBAU-PROGRAMM

Bei dem, was die amerikanischen Gewerkschaften tun, gibt es immer wieder Ueberraschungen. Hier ist z.B. ein Leitartikel aus der "New York Times" ueber eine Genossenschaft von Arbeitgebern und Arbeitern beim Haueserbau. Die Internationale Vereinigung der Elektro-Arbeiter (IBEW), die der AFL angeschlossen ist, hat sich mit ihren Arbeitgebern zu einem Plan zusammengetan, um ein grossangelegtes Haeuserbauprogramm zu foerdern.

"Das Projekt, dass sich auf 2000 Wohnungen erstreckt, und dessen Kosten etwa 20 Millionen Dollar betragen werden, das das in Queens mit finanzieller Hilfe der Elektroarbeiter der AFL und einigen ihrer Arbeitgeber durchgefuehrt wird, stellt eine originelle und interessante Entwicklung dar, nicht nur auf dem Gebiete des Wohnungswesens, sondern auch in bezug auf die Arbeitsbeziehungen. Es ist ein Beispiel, das wohl der Beobachtung und der Nacheiferung seitens anderer Arbeitnehmer Arbeitgeber-Gruppen wert ist. Es ist darin ein Preis fuer den Erwerb oder fuer eine Miete vorgesehen, der nach dem heutigen Lebensstandard gemessen, erstaunlich niedrig ist. Da eine Gewerkschaft an dem Projekt beteiligt ist und die Gewerkschaften des Baugewerbes ebenfalls daran teilhaben, mag dies als ein Masstab da fuer dienen, was das eigene Interesse an einem schnellen und wirtschaftlichen Bauen fuer die Wohnungskosten bedeuten kann.

Der Landesbeauftragte fuer das Wohnungswesen, Stichman, der einer der ersten Foerderer dieses neuen Planes ist, hat diesen mit grossem Stolz verkuendet. Er warnte die privaten Bauunternehmer und sagte, "sie sollten sich darueber klar werden, dass, wenn sie nicht schleunigst den Forderungen der Familien mit kleinem, mittleren Einkommen nach Preisen, die sich leisten koennen, nachkommen, diejenigen, die eine Wohnung brauchen, sich anderen kooperativen Projekten anschliessen und die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen." Er sieht das Projekt auch von der Seite an, dass "die Arbeiterschaft ein weiteres Interesse daran nimmt, die Kosten fuer den Wohnungsbau herabzusetzen, was sich fuer die gesamte Oeffentlichkeit zum Vorteil auswirkt." Er berichtet, dass es jetzt im Staate New York 22.000

beschaeftigungslose Bauarbeiter gibt, mehr als die Haelfte derjenigen hier bei uns, trotz des Wohnungsmangels.

Mr. Stichman aeusserte sich dahingehend, dass dies das groesste gemeinnuetzige kooperative Wagnis aus dem Gebiete des Bauwesens sei, das jemals unternommen wurde. Zwei Jahre lang hat er diesen Gedanken an ein kooperatives Wohnungsbauwesen genaehrt, und so werden die ersten Unterkuenfte in Bell Park Gardens, Queens,- ein Projekt zur Schaffung von 800 Wohnungen fuer ehemalige Kriegsteilnehmer- gegen Mitte des Sommers beziehbar werden. An anderen Orten des Staates scheint die Idee Boden gefasst zu haben. Es kommen auch schon aus dem mittleren Westen Anfragen ueber das neu angekuendigte Kooperativ-Programm unter Mitwirkung von Gewerkschaft und Arbeitgeber.

"The New York Times" 14. Mai 1949

DIE ARBEITEBILDUNG UND DIE GEWERKSCHAFT

Nachstehender Artikel aus dem "Labor Education Guide" des Amerikanischen Arbeiterbildungs-Dienstes ist ein Bericht ueber eine Studiengruppe, den Lawrence Rogin, der Leiter fuer das Bildungswesen des Textilarbeiter-Verbandes Amerikas, kuerzlich abgegeben hat. Er befasst sich mit der Bedeutung der Arbeiterbildung fuer die Gewerkschaft.

"Wie koennen wir das gewerkschaftliche Bildungswerk als Teil und als Gesamtes innerhalb des gesamten Gewerkschaftsprogramms entwickeln. Wie kann es aus der alltaeglichen gewerkschaftlichen Taetigkeit herauswachsen und andererseits dazu beitragen, die Arbeit der Gewerkschaft zu staerken. Wie kann es so ausgestaltet werden, dass es von den Fuehrern und der breiten Masse der Mitglieder der Gewerkschaft als nuetzliche und notwendige Selbstverstaendlichkeit angesehen wird."

Das waren die Fragen, die von einer Gruppe von Gewerkschaftslehrern, die zu Anfang dieses Jahres in einer besonderen Fabrik zusammengerufen worden waren, eroertert wurden. Man war sich darueber einig, dass der Begriff "Lerne durch Taetigkeit" ein gesundes erzieherisches Prinzip sei, und die Aufgabe des Direktors fuer Bildung darin besteht, jede Phase der Gewerkschaftstaetigkeit, die einen guten Ausgangspunkt fuer den Lehrprozess liefert, zu erkennen und zu nutzen, sowie Techniken bei dieser Taetigkeit zum Aufbau von Bildungsprogrammen zu finden. Eine solche Bildung wird die Arbeit der ganzen Gewerkschaft staerken.

Unter den Punkten, die eine gute Basis fuer die Bildungsarbeit bieten, wurde auch die Notwendigkeit genannt, die Betriebsvertrauensmaenner so zu schulen, dass sich ihre Taetigkeit erfolgreich auswirkt.

Ein Weg, um eine starke Gewerkschaft aufzubauen, besteht darin, dass man die Verbindung zwischen der breiten Masse der Gewerkschaftsmitglieder und der obersten Fuehrerschicht staerkt. In dieser Hinsicht hat der Betriebsvertrauensmann eine Schluesselstellung inne. Der Vertrauensmann sollte daher als ein Bildungsmittler angesehen werden, und man sollte ihm daher bei seiner Bildungsarbeit innerhalb der Mitgliederschaft helfen. Er muss z.B. lernen, ein Gewerkschaftsabkommen zu erklaren und zu erlautern. Gar zu oft wird er zu Vertragsabschlussen herangezogen, an deren Entwurf er nicht beteiligt war, und dass erwartet man von ihm, dass er sie richtig durchfuehrt. Er sollte dazu ermutigt werden, die Durchfuehrung im Sinne des Bildungsprogramms zu bewerkstelligen."

"Labor Education Guide" Band VII No. 3.

TECHNISCHE AUSBILDUNG IN DER WELTGESUNDUNG

Paul G. Hoffman, der Leiter des ECA (Verwaltungsausschuss fuer das ERP) hat vor kurzem dem Amerikanischen Bildungs- und Erziehungs-Rat erklaert, dass das

Ziel des Marshallplans darin besteht, fuer ganz Europa einen hohen Lebensstandard zu schaffen.

"Wir arbeiten auf das Ziel hin, dass die freien Nationen Europas ihrer Bevoelkerung einen Lebensstandard geben koennen, der nicht nur dazu ausreichen soll, ihr Leben in "stiller Verzweiflung" zu fuehren, sondern hoch genug, um den Menschen einen Ansporn zur Arbeit, zum Leben und zum Fortschritt als freie Menschen zu geben. Es ist klar, dass eine erhoehte Produktion der wichtigste Punkt fuer eine wirtschaftliche Gesundheit ist. Da praktisch in allen Laendern, in denen der ECA wirkt, tatsaechlich in allen Laendern mit Ausnahme Deutschlands und Italiens - der Mangel an Arbeitskraefte ein Problem darstellt, so bedeutet dies vielmehr einen erhoehten Ausstoss pro Mann und Arbeitsstunde als lediglich eine Erhoehung der Arbeiterzahl und eine groessere Verwendung von Maschinen.....

"Kuerzlich in Europa unternommene Studienhaben gezeigt,.... dass die Industrieproduktion pro Mann und Arbeitsstunde in dem Vereinigten Staaten $2\frac{1}{2}$ - 3mal hoeher liegt als in Europa.....Der ECA und die ECA-Nationen machen nun den Vorschlag, das "warum" der hoeheren amerikanischen Produktivitaet festzustellen und womoeglich dieses "warum" in europaeische Begriffe zu uebersetzen....

"Ich moechte hier erklaren", fuegte Mr. Hoffman hinzu, "dass eines der Ergebnisse des Programms diesseits des Atlantik die Entdeckung war, dass die europaeischen Arbeiter und Sachverstaendigen viel zu unserem industriellen Wissen beizutragen haben. Das Programm hat sich vielmehr als ein "Austasch von Ideen" erwiesen als lediglich ein Export der "Belehrung". Die Neue Welt kann die Alte Welt vieles ueber Massenproduktion lehren, aber die Alte Welt ist den Produktionstechniken der Neuen Welt in vielen Faellen ueberlegen."

"ECA Labor Information" 11. Mai 1949

LEBENSMITTELKOSTEN-INDEX. EIN VERGLEICH

Nachstehende Tabelle enthaelt die Lebensmittelindexzahlen fuer eine Reihe europaeischer Laender wie auch fuer Canada und die Vereinigten Staaten. Es handelt sich hierbei nicht um einen Lebenshaltungsindex, sondern lediglich um den ueblichen hauptsaechlichen Posten in den Lebenshaltungskosten fuer Arbeiter. Man wird feststellen, dass Grossbritannien hierbei nicht aufgefuehrt wird. Da das Land seine Indexzahl insofern geaendert hat, als das Jahr 1947 als Grundjahr angenommen wird, war es nicht moeglich, diese Zahlen zusammen mit denen der anderen Laender aufzufuehren, die 1937 als Grundjahr annehmen. Wenn man die Zahl fuer das Grundjahr mit 100 annimmt, dann war die Lebensmittelindexzahl fuer 1946 das Vereinigte Koenigreich 122. Auf der Basis von 1947 mit 100, betrug der Index fuer 1948 108.

Index fuer Lebensmittelkosten fuer bestimmte Laender und Jahre 1937 = 100

<u>Land</u>	<u>Durchschnitt 1947</u>	<u>Durchschnitt 1948</u>	<u>Letzter Bericht 1949</u>
Oesterreich - - - -	204	325	413 Januar
Belgien - - - - -	305	384	375 Februar
Canada - - - - -	155	189	194 Februar
Tschechoslowakei -	317	316	nicht gemeldet
Daenemark - - - - -	170	173	174 Januar
Finnland - - - - -	719	950	956 Februar
Frankreich - - - -	1,030	1,650	1,845 Februar
Deutschland (Bizone)	126	134	151 Februar
Norwegen - - - - -	162	168	154 Februar
Portugal - - - - -	220	211	213 Februar

<u>Land</u>	<u>Durchschnitt 1947</u>	<u>Durchschnitt 1948</u>	<u>Letzter Bericht 1949</u>
Spanien - - - - -	581	599	nicht gemeldet
Schweden - - - - -	156	168	168 Februar
Schweiz - - - - -	171	177	177 Februar
Vereinigte Staaten	184	200	190 Februar

International Labour Review, April 1949

BERGARBEITERVERBAND LEHNT EINE
EINLADUNG DES WFTU AB

Der Executivausschuss des Internationalen Bergarbeiterverbandes stimmte auf einer Versammlung, die am 6. Mai in Washington stattfand, dafuer, die Einladung des Weltgewerkschaftsbundes (WFTU) zu der Konferenz dieser Organisation, die im Juni in Mailand stattfinden soll, abzulehnen. Der Bergarbeiterverband, der im Jahre 1890 gegruendet wurde, ist der aelteste internationale Verband der Welt. Er wird am 5. Oktober in Amsterdam zu einer Konferenz zusammentreten.

Der Executivausschuss verpflichtete sich auf der Versammlung, darauf hinzuwirken, in allen Laendern hoehere Normen im Bergbau zu erreichen. Im Zusammenhang hiermit bestaetigte die Konferenz das Normenprogramm, das auf der kuerzlichen Versammlung der Bergarbeiter aus verschiedenen Laendern in Pittsburgh unter der Schirmherrschaft der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) aufgestellt worden war. Auf der Konferenz in Washington waren folgende Laender vertreten: Canada, Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Oesterreich, Belgien, Holland, Schweden, Norwegen, die Suedafrikanische Union, die Vereinigten Staaten und Indien. Ein Vertreter der Bergarbeiterverbaende Japans war als Beobachter anwesend. Die Gewerkschaften, die vertreten waren, zaehlen etwa 2 Millionen Bergarbeiter.

Aussenministerium "Radio Bulletin" 6. Mai 49

DIE NOTWENDIGKEIT EINES WEITEREN AUSBAUS
DER ARBEITERBILDUNG

In einer sich so rasch wandelnden Welt muss die Bildung bestaendigen Charakter haben. Die Gelehrsamkeit von gestern kann vielleicht nicht ganz den Anforderungen von heute gerecht werden. Der Bildungsinhalt muss sich in dem Masse veraendern, wie neue Probleme auftreten. Der Arbeiter in der Werkstatt wie auch der Arbeitgeber muss den Lehrprozess fortfuehren. Das alles sind einfache Tatsachen des Lebens, die die fortschrittlichen Gewerkschaftler begreifen. Es sind dies die einfachen Tatsachen des Lebens, die in allen Laendern, wo freie demokratische Gewerkschaften geschaffen wurden, eine Arbeiterbildung entstehen lassen.

Wir zitieren hier kurz einige Punkte ueber dieses Thema aus einem Artikel ueber Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete der Arbeiterbildung von Eleanor G. Coit und Orlie Pell vom Amerikanischen Arbeiterbildungsdienst, einer Organisation, die von den amerikanischen Gewerkschaften unterstuetzt werden.

"Heutzutage ist die Arbeiterbildung ihrem Charakter nach in steigendem Masse funktioneller Natur. Die Gelegenheit fuer die Gewerkschaftsmitglieder, ihre Faehigkeiten zu erhoehen, um die Probleme, denen sie sich gegenuebersehen, zu verstehen und sie in wirksamer Weise zu loesen, beruht groesstenteils auf ihrer Beteiligung an den Massnahmen ihrer Gewerkschaft. Die Frage, der die

Arbeiterbildung gegenuebersteht besteht darin, diejenige Art geistiger Beteiligung anzuregen und zu unterstuetzen, die auf ein solches Wachstum an Verstehen und Praxis hinauslaeuft.

"So finden wir, dass die Bildung, wie sie heute in der Arbeiterbewegung fortgefuehrt wird, direkt aus den tagtaeglichen Sorgen, Noeten und Massnahmen der Gewerkschaft erwachst. Wo diese Massnahmen auf soziale Fragen stossen, werden sie zu dem Boden, auf dem ein groesseres Verstaendnis und ausgedehnte soziale Beziehungen wachsen und sich entwickeln koennen. Etwa im Aufbauprozess der Gewerkschaft, wo z.B. die Mitglieder lernen muessen, die Ziele der Gewerkschaft und die Bedeutung der gesamten Arbeiterbewegung im Leben der Nation zu verstehen und dies den neuen Mitgliedern zu erlautern und klarzumachen. Oder etwa bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber, wo die Gewerkschaftsvertreter die Kraefte verstehen muessen, die die Industrie beeinflussen, wie auch das laufende wirtschaftliche Bild.

Bei der Bearbeitung von Beschwerdefaellen und der Durchsetzung eines Gewerkschaftsabkommens muessen die Vertrauensmaenner und die Vertrauensobleute des Betriebes staendig ein wachsendes Verstaendnis fuer die menschlichen Beziehungen wie auch fuer die mehr technischen Seiten ihres Aufgabengebietes an den Tag legen. Die Streiklage mit ihren ausgedehnten Rueckwirkungen auf das Leben und die Empfindungen der Gewerkschaftsmitglieder bietet ein weites Feld an Gelegenheiten fuer die Art der Taetigkeit, die den Blick des Gewerkschaftsmitgliedes weitet. Jedes dieser Betaetigungsgebiete der Gewerkschaft erfordert realistische und verantwortliche Massnahmen seitens vieler Gewerkschaftsmitglieder, die durch ihre Ausschuesse und Raete taetig sind.

Waehrend der letztvergangenen Jahre hat sich die Taetigkeit der Gewerkschaften in bemerkenswerter Weise auf Beziehungen zu Regierungsstellen ausgedehnt, und dies hat den Gesichtskreis der Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder am Verstaendnis fuer das soziale und wirtschaftliche Leben des Landes erweitert. Ob es sich nun darum handelt, dass ihr Fall vor einem Arbeitsausschuss vorbereitet wird oder ob es darum geht, Ausschuesse unterzubringen, in jedem Falle sehen sich die Gewerkschaftsmitglieder einem Taetigkeitsgebiet gegenueber, das ein tieferes Wissen und Verstaendnis fuer das Funktionieren unseres politischen und wirtschaftlichen Systems erfordert."

"Artikel aus dem im Jahre 1948 erschienenen
Buch "A Decade of Group Work"

DAS FORSCHUNGSINSTITUT FUER SOZIAL- UND VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN IN KOELN

In No. II-1 der "Arbeitsmitteilungen" brachten wir auf Seite 6 einen Bericht ueber das Arbeitsgebiet der Sozialforschungsstelle in Dortmund, die der Universitaet Kuenster angeschlossen ist. Wie wir erfahren, besteht auch in Koeln ein solches Institut. Wir haben uns daraufhin mit der betreffenden Organisation in Verbindung gesetzt und gebeten, uns ihr Programm und Einzelheiten ueber ihr Arbeitsgebiet zugehen zu lassen. Nachstehend bringen wir eine Notiz hierueber, die zweifellos einen grossen Kreis unserer Leser interessieren duerfte:

Deutsche Forschungsstelle fuer Fragen des Arbeits- und Sozialrechts an der Universitaet Koeln

Ausser der in Nr. II - 1 auf Seite 6 genannten Forschungsstelle besteht auch an der Universitaet Koeln ein Forschungsinstitut fuer Sozial- und Verwaltungswissenschaften, dessen Abteilung Sozialrecht unter der Leitung von Professor Dr. H.C. Nipperdey steht. Dieser gilt auf Grund seiner jahrzehntelangen Arbeiten als

einer der fuehrenden deutschen Wissenschaftler auf dem Gebiete des Arbeitsrechts.

Die Sozialrechtliche Abteilung des Koelner Forschungsinstituts steht in engem Arbeitskontakt mit allen fuehrenden Persoenlichkeiten des deutschen Arbeitslebens in den Arbeitsbehoerden und Arbeitsgerichten wie in den deutschen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen. Anhand des ihr zur Verfuegung stehenden umfassenden Materials ist sie in die Behandlung der grossen Gegenwartsfragen des deutschen Arbeitsrechts eingeschaltet und wird bei deren Neugestaltung laufend zu wissenschaftlicher Beratung und Begutachtung in Anspruch genommen.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungstaetigkeit auf dem Gebiete des deutschen Arbeitsrechts sollen in eigenen Veroeffentlichungen niedergelegt werden. Als erstes Werk erscheint im Monat Juni 1949 (in dem Bfiederstein Verlag, Muenchen) eine umfassende Textsammlung der arbeitsrechtlichen Gesetze und Vorschriften aus allen Zonen und Laendern Deutschlands, in der erstmals die unuebersichtliche deutsche Gesetzgebung zum Arbeitsrecht systematisch geordnet vollstaendig zusammengestellt ist. Das Werk wird als Loseblattausgabe laufend weitergefuehrt werden.

Sodann wird von dem Direktor der Sozialrechtlichen Abteilung des Forschungsinstituts in Gemeinschaft mit allen fuehrenden Wissenschaftlern und Praktikern des deutschen Arbeitsrechtslebens die zur Zeit einzige unabhaengige arbeitsrechtliche Spezialzeitschrift in Deutschland 'Recht der Arbeit' herausgegeben, die bereits im zweiten Jahrgang erscheint und fuer die Wissenschaft wie die Praxis des deutschen Arbeitslebens ein unatbehrliches Organ geworden ist.

Fuer Interessenten, die sich mit dieser Forschungsstelle in Verbindung setzen wollen, wird ihre Anschrift wiederholt:

Abteilung Sozialrecht
des Forschungsinstituts fuer Sozial- und Verwaltungswissenschaften an der Universitaet Koeln,
Albertus-Magnus-Platz

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL



Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 16

Berlin, 10. Juni 1949

INHALTSVERZEICHNIS

Die AFL schickt Lebensmittel an die Streikenden in Berlin - - - - -	1
Ausgang der Wahlen in den geschlossenen Gewerkschafts- betrieben (union shops) Amerikas - - - - -	2
Die deutschen Gewerkschaftler beginnen ihre Studien ueber die amerikanische Arbeiterschaft - - - - -	3
Aufforderung an die jungen Maedchen Amerikas, fuer ihre Arbeit und ihr Heim Plaene zu machen. - - - - -	3
Die oesterreichische Arbeiterschaft bbt den Marshallplan -	4
Die ILO fordert Lohnsicherheit fuer die Arbeiter - - - - -	4
Der CIO verurteilt den kommunistischen Streikbruch in Berlin - - - - -	5
Scharfe Antwort an Russland - - - - -	5
Ein Schwede berichtet ueber Amerika - - - - -	6
Die Forderungen der amerikanischen Musiker - - - - -	7
Besprechungen mit dem ECA in Griechenland ueber die Beziehungen der Landarbeiter - - - - -	8
Ende des Streiks in den Fordwerken - - - - -	8
Die Gewerkschaften in Grossbritannien - - - - -	9
Die kommende Generation - - - - -	10
Zum Berliner Streik - - - - -	10
Die englischen Kommunisten und der Verwaltungsausschuss fuer das europaeische Wiederaufbau-Programm (ECA) - - - - -	10
Fuenfzig Jahre Ruskin College - - - - -	11
Mai Botschaft der britischen Arbeiterschaft - - - - -	13
Die Schwierigkeiten der Kommunisten in Bulgarien - - - - -	14
Polens Produktionsgang als schleppend bezeichnet - - - - -	15
Bezahlter Urlaub fuer die Arbeiter in den chemischen Betrieben - - - - -	15

DIE AFL SCHICKT LEBENSMITTEL AN DIE STREIKENDEN IN BERLIN

Die AFL wird an die streikenden Eisenbahner in Berlin CARE-Pakete mit Lebensmitteln im Werte von \$5.000 schicken, kuendigte Matthew Woll, der Vorsitzende des Ausschusses der Freien Gewerkschaften an. Er erklarte, diese Pakete sollten ein Zeichen der "moralischen und materiellen Unterstuetzung" sein. Woll sandte gleichfalls ein Telegramm von der AFL an den antikommunistischen Gewerkschaftsbund in Berlin, in dem dem

mutigen Kampf gegen die russischen Bedruecker und die "deutschen moskauhoerigen Marionetten" Beifall und Anerkennung gezollt wird".

AUSGANG DER WAHLEN IN DEN GESCHLOSSENEN GEWERKSCHAFTS-
BETRIEBEN (UNION SHOPS) AMERIKAS

In den Vereinigten Staaten hat eine Gewerkschaft das Recht, die Arbeiter in einem Betrieb zu organisieren. Manchmal kommt es aber auch zu Streitigkeiten. Zwei oder auch mehr Gewerkschaften rivalisieren miteinander, um in einem Betrieb die Vorherrschaft zu gewinnen, oder vielleicht ist der Arbeitgeber auch nicht davon ueberzeugt, dass die Arbeiter eine Gewerkschaft wuenschen, die sie vertreten soll. Im Falle einer solchen Streitigkeit ist im Gesetz vorgesehen, dass eine Wahl durchgefuehrt werden soll. Die untenstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse von 23.584 solcher Wahlen, die im Laufe des Jahres vor dem 31. August 1948 vom National Labor Relations Board (dem Landesausschuss fuer Arbeitsbeziehungen) durchgefuehrt wurden.

Bei diesen Wahlen wurden die Arbeiter aufgefordert, folgende Frage mit "ja" oder "nein" zu beantworten: Wuenschen Sie, dass die nachstehend genannte Gewerkschaft ein Abkommen mit Ihrem Arbeitgeber trifft, auf Grund dessen der Beitritt zu dieser Gewerkschaft eine Anstellungsbedingung darstellt. Die Tabelle zeigt die Anzahl der Wahlen, in denen die Gewerkschaften der AFL siegreich hervorgingen, ausserdem diejenigen, in denen die CIO-Gewerkschaften siegten sowie die Wahlsiege der unabhaengigen Gewerkschaften.

	Insgesamt	AFL	CIO	Unab- haengige
Anzahl der abgehaltenen Wahlen - - - -	23,584	17,056	3,109	3,419
Entscheide fuer den union shop - - - -	23,055	16,644	3,066	3,345
Entscheide gegen den union shop - - -	529	412	43	74
Stimmberechtigte Arbeitnehmer - - - -	2,582,982	1,330,722	873,481	378,779
Arbeitnehmer fuer den union shop - - -	2,107,039	1,108,309	711,685	287,045
Arbeitnehmer gegen den union shop - -	126,464	52,428	40,374	33,662
Arbeitnehmer, die keine Stimme abgaben	349,479	169,985	121,422	58,072

Es muss darauf hingewiesen werden, dass man bei zwischen dem "union shop", fuer den sich die ueberwaeltigende Mehrheit der Arbeiter aussprach, und dem "closed shop", der gesetzlich verboten ist, unterscheiden muss. Der "closed shop" ist ein Betrieb, in dem nur Arbeitnehmer eingestellt werden koennen, die Gewerkschaftsmitglieder sind. Ein Arbeiter, der nicht Gewerkschaftsmitglied ist, kann in einem "union shop" beschaeftigt sein, man erwartet aber von ihm, dass er nach einiger Zeit Gewerkschaftsmitglied wird. Die Bedingungen, denen zufolge vom Arbeiter verlangt wird, der Gewerkschaft beizutreten, sind in dem Kontrakt zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber im einzelnen niedergelegt. Die naechste Tabelle zeigt obige Ergebnisse in Prozenten.

	Insgesamt	AFL	CIO	Unabhaengige
Anzahl der abgehaltenen Wahlen - - - - -	100.0	100.0	100.0	100.0
Entscheide fuer den union shop - - - - -	97.8	97.6	98.6	97.8
Entscheide gegen den union shop - - - -	2.2	2.4	1.4	2.2
Stimmberechtigte Arbeitnehmer - - - - -	100.0	100.0	100.0	100.0
Arbeitnehmer fuer den union shop - - - -	81.6	83.3	81.5	75.8
Arbeitnehmer gegen den union shop - - -	4.9	3.9	4.6	8.9
Arbeitnehmer, die keine Stimme abgaben -	13.5	12.8	13.9	15.3
Prozentsatz derjenigen Waehler, die fuer den union shop stimmten - - - - -	94.3	95.4	94.6	89.5

Aus einem Artikel von Professor John A. Hogan in der April-Ausgabe der Zeitschrift "Industrial and Labor Review".

DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTLER BEGINNEN IHRE STUDIEN
UEBER DIE AMERIKANISCHE ARBEITERSCHAFT

"Elf deutsche Gewerkschaftler haben die erste von einer Reihe 2-monatiger Besichtigungsreisen durch die Vereinigten Staaten begonnen, die den Zweck verfolgen, den deutschen Arbeitern die Technik der Demokratie vom Standpunkt des amerikanischen arbeitenden Menschen aus zu zeigen, erklarte Maurice J. Tobin, der amerikanische Arbeitsminister.

Diese Gruppe, die auf Veranlassung der Manpower Division der Amerikanischen Militaerregierung in Deutschland hinausgesandt wurde, steht, wie auch die spaeter folgenden, unter der Schirmherrschaft des Bueros fuer Internationale Arbeitsangelegenheiten des Arbeitsministeriums. Im ganzen werden 50 Gewerkschaftler aus den Westzonen und aus Berlin erwartet.

Die erste Gruppe verbringt die erste Woche in Washington, um den Kongress, die Bundesstellen, die sich mit Arbeitsangelegenheiten befassen, die Landeshauptstelle der AFL, des CIO, der Railway Labor Executives' Association, wie auch andere Arbeiter- und Arbeitgeber-Organisationen kennen zu lernen. Der Rest der Reise wird damit ausgefuellt sein, dass die Besucher Staedte besichtigen, in denen ihnen die Ortsgewerkschaften als Fuehrer dienen. Gestern wurde die Gruppe dem Arbeitsminister Maurice J. Tobin vorgestellt.

Minister Tobin bezeichnete das Programm als "einen Versuch, den Arbeitern neuen Mut zu geben und ihnen zu beweisen, dass die Demokratie arbeiten kann und dass sie des Kampfes um sie wert sei.

"Es handelt sich hier nicht um eine einfache Besichtigungsreise", sagte Tobin. "Der Plan in Washington wird irgend einen Realunterricht in sich schliessen ueber die amerikanischen Arbeitsangelegenheiten. Die Fahrten nach anderen Staedten werden in erster Linie von den Ortsgewerkschaften und einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern gefuehrt werden. Wir hoffen, dass jeder Deutsche bei einem amerikanischen Arbeiter wohnen und lernen kann, wie die Arbeiter hier leben und wie die Gewerkschaften arbeiten. Sie werden auch die Meximen der Betriebsleitungen in den Werkstaetten und Fabriken kennen lernen, in denen der hohe Lebensstandard der Amerikanischen Arbeiter geschaffen wird."

Ein Zweck der Tour besteht darin, einflussreiche antinazistische und Antikommunistische Deutsche in die Lage zu versetzen, aus ihrer persoenlichen Erfahrung ueber die Vereinigten Staaten sprechen zu koennen, wie aus einer Erklaerung der Militaerregierung hervorgeht. Ein weiterer Zweck ist der, praktische Informationen darueber weiterzugeben, wie sich die freien Gewerkschaften organisieren, wie sie Vertraege und Abkommen abschliessen, wie sie selbst demokratisch geleitet werden und wie sie am gewanten Aufbau der demokratischen Regierung beteiligt sind."

"AFL Weekly News Service" 29. April 1949

AUFFORDERUNG AN DIE JUNGEN MAEDCHEN AMERIKAS, FUER IHRE
ARBEIT UND IHR HEIM PLAENE ZU MACHEN.

Das Amt fuer Frauenangelegenheiten im Amerikanischen Arbeitsamt hat vor kurzem einen Ueberblick ueber die Erfahrungen der jungen Maednhen fertiggestellt, die an den hoeheren Schulen ihre Abschlusspruefung abgelegt haben, von denen die meisten noch junge Maedchen im Alter von 18 oder 19 Jahren sind. Auf Grund von Tatsachen hat das Amt den jungen Maedchen geraten, sich sowohl auf ein Heim wie auch auf eine Taetigkeit vorzubereiten. Der Lebensablauf des typischen amerikanischen jungen Maedchens ist etwa folgender: Wenn sie die hoehere Schule absolviert hat, dann nimmt sie eine Stellung an und verheiratet sich spaeter.

"Von 5 Frauen sind heute 4 verheiratet, von 3 ist eine, die Arbeit hat und von 4 Frauen haben 3 in ihrem Leben eine Zeitlang ausserhalb ihres Heims gearbeitet.

Etwa ein Drittel aller jungen Maedchen, die die Hochschule absolviert haben, setzen ihre Weiterbildung fort. Mehr als die Haelfte aller Maedchen, die 18 und 19 Jahre alt sind, stehen in Beschaeftigung.

Die Arbeitsmoeglichkeiten schwanken in den verschiedenen Teilen des Landes. Im Allgemeinen besteht jedoch Nachfrage nach Frauen in Berufen wie Stenotypistinnen, Schreibmaschinendamen, Telefonistinnen, Ladenverkaeuerinnen, Buchhalterinnen, Restaurant und Cafe-Angestellte, Schneiderinnen, Kunstgewerblerinnen, Modeschoepferinnen, Wirtinnen, Innendekorateure, Modelle und Personalbearbeiterinnen.

Die Nachfrage schwankt bei Modistinnen, Angestellten in Juweliergeschaeften, Rundfunksprechern und Saisonarbeiterinnen in Kurhotels und in solchen Industriezweigen wie in der Konservenindustrie und im Putzmachergewerbe.

Beschaeftigungsarten mit der gleichen Bezeichnung koennen stark schwanken, worauf die Broschuere besonders aufmerksam macht. So bietet z.B. ein Bueroposten in einem grossen Versicherungsbuero eine wesentlich unterschiedliche Umgebung als ein Bueroposten in einem Krankenhaus. Eine junge Dame, die Beschaeftigung sucht, sollte sich daher vorher moeglichst genau ueber die Arbeitsbedingungen orientieren, ehe sie eine Beschaeftigung annimmt.

Amerikanisches Arbeitsministerium,
"Labor Information Bulletin" Mai 49

DIE OESTERREICHISCHE ARBEITERSCHAFT LOBT DEN MARSHALL-PLAN

Unlaengst hat die "Solidaritaet", die Zeitschrift des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, die oesterreichischen Gewerkschaften dazu aufgerufen, sich aktiv im Sinne des Marshall-Plans zu betaetigen, und erklaert, dass "die Marshall-Plan-Hilfe in Wirklichkeit die oesterreichische Wirtschaft wieder in Gang gebracht habe."

"Innerhalb der Organisation des Marshall-Plans hat man den Gewerkschaften mehr und mehr eine beratende und entscheidende Stelle eingeraeumt", heisst es in dem Artikel. "Aber wie koennen die Gewerkschaftsvertreter ihren Pflichten nachkommen und den Interessen der Arbeiter dienen, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ihre eigenen Interessen wirksam geltend zu machen. Eine genaue Kenntnis der Organisation, des Mechanismus und der Ziele des Marshall-Plans ist eine absolute Notwendigkeit fuer eine wirksame Zusammenarbeit.

"Es ist daher wesentlich, dass die Arbeiter ueber alle Fragen, die den Marshall-Plan angehen, bestens informiert sind, und dass sie sich an allen seinen Problemen aktiv beteiligen," erklaerte die "Solidaritaet". "Ebenso wie der Arbeiter mit seinen Maschinen umzugehen verstehen muss, wenn seine Produktivitaet nicht nachlassen und Schaden auftreten soll, so muss die europaeische Arbeiterschaft das komplizierte Funktionieren diese neuen Werkzeuge verstehen, um es zu seinem Vorteil benutzen zu koennen."

"ECA Labor News". 19. Mai 1949

DIE ILO FORDERT LOHNSICHERHEIT FUER DIE ARBEITER

In vielen Laendern gibt es verschiedene Methoden, die die Arbeitgeber anwenden, um die Ausgaben der Arbeiter zu kontrollieren. Eine beliebte Methode besteht darin, die Arbeiter zu veranlassen, in Laeden zu kaufen, die den Arbeitgebern gehoeren. Vielleicht bezahlt der Arbeitgeber seine Arbeiter nicht in barem Gelde, sondern in Kreditgeld, das man nur in den Laeden ausgeben kann, die dem Arbeitgeber gehoeren oder die unter seiner Kontrolle stehen. Wenn diese Geldmittel wo anders in Zahlung genommen werden, so nur mit einem Abzug.

Eine Konvention, die im letzten Jahre auf der Konferenz der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) in San Francisco in Vorschlag gebracht wurde, wuerde alle solche Praktiken verbieten. Auf der ILO-Konferenz, die am 8. Juni in Genf eroeffnet wird, wird ueber eine solche Konvention wieder diskutiert werden. Die Konvention wuerde alle Nationen, die der ILO als Mitglied angehoren, bitten, entsprechende Gesetze zu erlassen. Das bedeutet aber noch nicht, dass solche Gesetze in allen Nationen erlassen werden, wo solche Praktiken bereits in Erscheinung treten, sondern es bedeutet, dass das Bestehen eines solchen internationalen Vorschlages dazu dienen wird, die oeffentliche Meinung zugunsten eines solchen Schutzes der Arbeiter zu interessieren. Die Konvention wuerde auch die Arbeiter vor einer ungesetzlichen Beschlagnahme oder Einziehung ihrer Loehne schuetzen und wuerde ihre Rechte in solchen Faellen wahrnehmen, in denen das Unternehmen, in dem sie beschaeftigt sind, bankrott geht oder liquidiert wird.

Aussenministerium "Radio Bulletin"
24. Mai 1949

DER CIO VERURTEILT DEN KOMMUNISTISCHEN STREIKBRUCH IN BERLIN

James B. Carey, der Sekretaer und Schatzmeister des CIO hat die Massnahmen der sowjetischen Behoerden im Zusammenhang mit dem Berliner Eisenbahnerstreik als "Beispiel fuer den reaktionaeeren Charakter des Kommunismus" bezeichnet.

"Aus den Tatsachen scheint klar hervorzugehen, dass es bei dieser Streitfrage um den Reallohn der Arbeiter geht. Jeder Arbeiter in der Welt weiss, dass der Betrag, der in ein Geldstueck eingepraegt ist, nicht das Wesentlichste ist. Das Wichtigste ist die Menge an Lebensmitteln, Kleidung, Wohnung und anderen Beduerfnissen, die mit dem Inhalt der Lohnkuette erworben werden koennen. Das Verkehrspersonal in Berlin hat daher gestreikt, um klarzumachen, dass es erwartet, dass man es mit einem Gelde bezahlt, das eine Kaufkraft besitzt, die seinen Taeglichen Beduerfnissen mehr angemessen ist. Der Streit geht darum, ob die Leute Westgeld bekommen oder Ostgeld mit seinem herabgeminderten Anschaffungswert.

"Aus den Tatsachen scheint gleichfalls klar hervorzugehen, dass die Kommunisten in Berlin, die von der sowjetischen Satellitenpolitik der Ostzone unterstuetzt werden, und sogar russische Offiziere den Versuch unternommen haben, den Streik zu brechen. Fuer so etwas kennen wir hier in den Vereinigten Staaten einen besonderen Ausdruck, Wir nennen das "scabbing" (Streikbrecherei uebelster Art)."

"Etwas, was sonderbarerweise bei dem Berliner Streik nicht in Erscheinung tritt, ist ein Protest von Wassilij V. Kusnjetzow, dem Fuehrer der Sowjetischen Gewerkschaften. Er laesst den Streikenden keine Hilfe zuteil werden, er prangert auch die Streikbrecher nicht an, die wie es ueblich ist, einen niedrigeren Lebensstandard foerdern....Wir haben auch nichts von einem Protest des Weltgewerkschaftsbundes (WFTU) gehoert, der hier wieder einmal eine herrliche Gelegenheit haette, um die Sache der Arbeiter zu verteidigen und sich fuer die gesetzlichen Gewerkschaftlichen Forderungen bzw. Ziele einzusetzen."

"Aussenministerium, "Radio Bulletin"
24. Mai 1949

SCHARFE ANTWORT AN RUSSLAND

Die Behauptungen und Vorwuerfe der kommunistischen Laender, dass der Marshall-Plan in Westeuropa Arbeitslosigkeit zur Folge habe, wurden in einer nicht aufgezeichneten Debatte auf der Genfer Tagung der Wirtschaftskommission der UN fuer Europa scharf zurueckgewiesen. Auf dieser Sitzung, auf der untersucht

werden sollte, in welcher Weise man den Ost-West-Handel foerdern koennte, brachte der russische Delegierte den Antrag ein, dass der Ausschuss fuer Arbeitseinsatzfragen bei der ECE die Lage der Arbeitslosigkeit untersuchen solle. Christopher Mayhew, der britische Delegierte, warf den Russen Propagandaabsichten vor.

"Fuer die Sowjetregierung stellt die Arbeitslosigkeit in den Laendern des Westens keine menschliche Tragodie dar, auch keih Problem, das geloest werden muss, es ist lediglich eine politische Gelegenheit, die ausgenutzt werden soll," erklarte Mayhew. "Das ist auch der Grund, warum in so vielen Laendern die Politik der kommunistischen Parteien darauf ausgerichtet ist, die Produktion zu verlangsamem und politische Streiks zu schueren- um die steigende Arbeitslosigkeit als eine Waffe in der politischen Kriegsfuehrung zu gebrauchen. Dies erklart auch die Feindselige Einstellung der sowjetischen Regierung gegenueber dem Marshall-Plan, der einzig und allein zwischen den Laendern Westeuropas und der Moeglichkeit einer Arbeitslosigkeit auf einer sehr grossen Basis."

"Wenigstens 1 Million Menschen sind in Russland ohne Beschaeftigung und haben keinerlei Hilfe, sagte Mayhew. "Nach der englischen Definition betraegt gemaess den niedrigsten vernuenftigen Schaetzungen die Zahl der Arbeitslosen in Russland 1 Million, die vielleicht noch viel hoeher sein mag. Diese Arbeitslosigkeit besteht trotz der drueckendsten Arbeitsdisziplin in Europa, zu der noch die Einrichtung der Zwangsarbeit auf riesiger Basis kommt. - Es besteht keinerlei System einer Arbeitslosenversicherung wie bei den westlichen Demokratien. Diese Hunderttausende von Menschen, die keine Arbeit finden, laufen hungrig umher."

Das Betteln ist in Russland sehr stark verbreitet, sagte der britische Delegierte, und fuegte hinzu, dass "die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion geheimgehalten wird, um das kommunistische Propagandamaerchen aufrechterhalten zu koennen, dass Sowjetruusland dem Westen in bezug auf die Rechte und Normen der Arbeiter dem Westen noch etwas beibringen koennte."

Die Arbeitslosigkeit sei hauptsaechlich eine "Wechselfolge der Beschaeftigung" erklarte Mayhew. "Die Arbeitslosenziffer in England betrug im letzten Maerz 340.000.....Das sind nur 1.7% der versicherten arbeitenden Bevoelkerung..... Unsere Arbeitslosigkeit traegt hauptsaechlich voruebergehenden Charakter..... Augenblicklich sind mehr als die Haelfte dieser 340.000 Arbeitslosen fuer eine Zeit von weniger als 3 Monaten ohne Beschaeftigung gewesen."

In der Bizone, fuhr Mayhew fort, "ist der Hauptgrund fuer den hohen Arbeitslosenstand darin zu suchen, dass 650.000 Deutsche der Armut und dem Schrecken der Sowjetzone entflohen sind....Unsere sowjetischen Kollegen haben die Ostzone nicht erwaehnt. Dort belaeuft sich die Zahl der Arbeitslosen nach dem letzten Stand auf 230.000." Die Konzentrationslager in der Russischen Zone sind im Augenblick dichter bevoelkert als im Jahre 1939. Es werden dort 200.000 bis 300.000 Gefangene festgehalten, sagte der britische Delegierte der ECE.

"ECA Labor Information

EIN SCHWEDE BERICHTET UEBER AMERIKA

Hochqualifizierte wirksame Fabrikationsmethoden und ein grosser Binnenmarkt sind die Grundlagen fuer die grosse industrielle Produktion der Vereinigten Staaten, sagte Axel Strand, der Vorsitzende des Schwedischen Gewerkschaftsbundes, nach seiner Rueckkehr von einer Reise nach den Vereinigten Staaten.

Mr. Strand hatte vor kurzem eine Gruppe von 12 schwedischen Gewerkschaftlern nach den Vereinigten Staaten begleitet, wohin sie unter der Schirmherrschaft des ERP gefahren waren, und nach seiner Rueckkehr schrieb er einen Artikel fuer das "Svenska Dagbladet", in dem er die Erfahrungen der Delegation im einzelnen darlegte.

Eine der wichtigsten Fragen, fuer die die Delegation eine Antwort suchte,

war, "Wie Kommt es, dass in Amerika die Eisen- und Stahlproduktion pro Mann und Arbeitsstunde $2\frac{1}{2}$ mal so gross ist wie in Europa. "Es wurde berichtet, dass ein Walzwerk fuer duenne Platten, in dem 5.000 Arbeiter in 3 Schichten beschaeftigt sind, einen Produktionssatz aufwies, der zwischen 1, $1\frac{1}{2}$ und 2 Millionen Tonnen pro Jahr schwankte. Unsere Fachleute waren von der maschinellen Ausruestung, von den Transportanlagen und der vorbildlichen Ordnung, die in den Fabrikationsraeumen herrschte, stark beeindruckt.

Wirksame Transportanlagen innerhalb der Fabrikanlagen, die Existenz eines ausgedehnten Binnenmarktes und ein 3schichtiger Betrieb tragen zu der Produktivitaet Amerikas bei, bemerkte Mr. Strand. Eine Verbesserung der internen Transportanlagen fuer Werkzeuge und Material in den Fabriken wuerde die schwedische Produktion heben, sagte er.

Im Norden Minnesotas sah die Delegation Eisenbergwerke, wo die Erzfoerderung im Durchschnitt 40 Tonnen pro Arbeiter und pro Tag betraegt. In Detroit, Michigan, besichtigten sie die Ford-Autowerke, "gleichzeitig ein Maerchen und Inferno", wie sie Mr. Strand bezeichnete, wo 70.000 Arbeiter beschaeftigt sind, und wo auf jedem der verschiedenen Fliessbaender 50 Automobile in der Stunde hergestellt werden.

Der schwedische Gewerkschaftsfuehrer sagte, dass sich die Arbeiter in Amerika einer bedeutenden Freiheit in den Fabriken erfreuen, wo es fuer ihn den Anschein hatte, dass das Arbeitstempo dasselbe sei wie in der schwedischen Industrie. Obwohl er eine weite Spanne zwischen den besten und den schlechtesten Arbeitsbedingungen in den amerikanischen Fabriken feststellte, bemerkte er, dass der durchschnittliche Stand derselbe sei wie in Schweden.

"ECA Labor Information" 20. Mai 1949

DIE FORDERUNGEN DER AMERIKANISCHEN MUSIKER

Jahrelang hat der Amerikanische Musikerverband (AFM), ein Verband der AFL, einen Kampf durchgefuehrt, um Arbeitsplaetze fuer "lebende" Musiker zu sichern gegenueber den verschiedenen Formen der mechanischen Musik. Jetzt steht der Verband in einem anderen Kampf, es geht naemlich darum, die Billetsteuer bei Konzerten und in den Clubs herabzusetzen. Wir bringen nachstehend die Hauptpunkte aus einem Artikel, der ueber dieses Thema in der Zeitschrift "Der Internationale Musiker," dem offiziellen Organ des AFM, veroeffentlicht wurde. Es handelt sich hier um die Forderung, die 20%ige Vergnuegungssteuer abzuschaffen oder herabzusetzen. Der Herausgeber der Zeitschrift, Leo Cluesmann, erklaerte;-

"Das Ziel des AFM besteht darin, eine Aenderung dieser Steuer herbeizufuehren und zwar angesichts der Tatsache, dass diese sich auf die Engagementsbedingungen schaedlich auswirkt, und zwar nicht nur fuer die Mitglieder dieser Organisation sondern fuer alle Arten von Kuenstlern und Darstellern in der Vergnuegungsindustrie; sie zieht aber auch in nachteiligem Sinne andere Angestellte, wie Kellner, Koeche, Portiers usw. in Mitleidenschaft."

Cluesmann vertritt die Meinung, dass das Geschaefit in den Nachtclubs und in anderen Etablissements, wo Musiker beschaeftigt sind, nachgelassen hat, weil "das Publikum offenbar jetzt dazu uebergegangen ist, mit dem Pfennig zu rechnen" und sich weigert, die 20%ige Steuer auf der Rechnung zu zahlen. Als Ergebnis davon haben viele Etablissements zugemacht oder sie haben Spielapparate, Radiomusik oder Musikapparate mit Geldeinwurf eingefuehrt.

"Dies erweist sich als eine unfaire Konkurrenz gegenueber den lebendigen Musikern", behauptet Cluesmann, "denn komischerweise ist mechanische Musik von einer Besteuerung seitens der Regierung ausgenommen.....Mit anderen Worten, der Arbeitgeber

ist gezwungen, eine Praemie dafuer zu zahlen, dass er das Vorrecht fuer sich in Anspruch nimmt, ein lebendes Talent zu beschaeftigen. Aber der Besitzer eines Etablissements, wo ein Musikspielapparat in Betrieb ist, hat dazu noch den Vorteil, dass er aus seiner Benutzung bedeutende Einkuenfte bezieht.

"Dies beweist deutlich, dass Musiker und Kuenstler bestraft werden und ihre Beschaeftigungsmoeglichkeiten zu gunsten der mechanischen Unterhaltung behindert werden.

"Es ist allgemein bekannt, dass, wenn die Zeiten schlecht werden, die Mitglieder der Vergnuegungsindustrie die ersten sind, die die Auswirkung bei sich spueren, und wenn sich die Verhaeltnisse bessern, dann sind sie die letzten, die Vorteile darauf ziehen."

Cluesmann erinnert daran, dass auf anderen Gebieten des Notstandes die Regierung "es sich angelegen sein laesst," Unterstuetzungen in Form von Subsidien zu gewaehren, "aber den Musiker vergisst man; anscheinend macht man sich um sein Wohlergehen wenig Sorge."

"AFL Weekly News Service" 29. April 1949

BESPRECHUNGEN MIT DEM ECA IN GRIECHENLAND UEBER DIE BEZIEHUNGEN DER LANDARBEITER

Auf der letzten von einer Reihe von Konferenzen, die von Marshall-Plan-Beamten in Athen mit griechischen Arbeiterfuhrern abgehalten wurden, wurde den Gewerkschaftlern ein Bericht ueber die gegenseitige Abhaengigkeit der Industriearbeiter und der Bauern gegeben.

Paul A. Jenkins, der Leiter der Abteilung fuer Ernaehrung und Landwirtschaft des amerikanischen Verwaltungsausschusses fuer das ERP erklarte auf einer Versammlung der griechischen Arbeiterfuhrer, dass ein wohlhabender Bauer ein guter Kunde fuer die Erzeugnisse der griechischen Industriearbeiter sei, und dass andererseits eine ertragsreiche Landwirtschaft bessere Ernaehrung fuer den Arbeiter bedeute.

Jenkins hielt einen Vortrag ueber die Bemuehungen des ERP, die landwirtschaftliche Produktion Griechenlands durch verbesserte Techniken, durch die Verteilung hochwertiger Saat und Weinstoেকে und durch eine wirksamere Verwendung von Duengemitteln und Platzkontrolle und erhoekte Fuersorge fuer das lebende Inventar zu verbessern.

"ECA Labor Information" 9. Mai 1949

ENDE DES STREIKS IN DEN FORDWERKEN

Aus Rundfunkberichten vom 31. Mai geht hervor, dass zwischen der Ford Motor Company und dem Verband der Vereinigten Automobil-Arbeiter, der dem CIO angeschlossen ist, eine Einigung erzielt wurde, wodurch ein Streik zu Ende ging, der 24 Tage gedauert hatte und an dem 65.000 Arbeiter beteiligt waren. Es handelte sich hier um einen Streik, zu dem die Ortsgewerkschaft der Werke aufgerufen hatte; der Streitfall war lokaler Natur. Die Arbeiter hatten behauptet, dass sich das Fliessband zu schnell weiterbewegt habe. Die Gewerkschaft wie auch die Gesellschaft waren uebereingekommen, diese Frage des "Antreibens" einem Schlichtungsausschuss zu unterbreiten. Diesem Ausschuss wird ein von der Firma zu bennender Vertreter und ein von der Gewerkschaft aufgestellter Vertreter angehoren, und diese beiden werden das dritte Mitglied waehlen. Bevor eine Entscheidung faellt, wird der Ausschuss alle Arbeitsgaenge um die es geht, durch Zeitnehmen bestimmen, um die Arbeitsschnelligkeit zu bestimmen.

Die 24taegige Arbeitseinstellung bedeutet in diesem Jahr einen Produktionsausfall von etwa 70.000 Automobilen oder fuer die Ford Company einen geldlichen

Verlust von 140 Millionen Dollar. Fuer die Arbeiter ergibt sich durchschnittlich ein Verlust von \$225 an Löhnen. Der Streik hat auch die Verhandlungen ueber das naechste Abkommen zwischen der Gesellschaft und der Gewerkschaft zum Stillstand gebracht. Der momentan in Kraft befindliche Kontrakt geht am 15. Juli zu Ende. Die Gewerkschaft hat angedeutet, dass sie eine Lohnerhohung von etwa 50% pro Stunde fordern wird.

"New York Times" 28. Mai 1949

DIE GEWERKSCHAFTEN IN GROSSBRITANNIEN

Nachstehende Tabelle gibt die kuerzlich von dem Britischen Gewerkschaftsbund (TUC) veroeffentlichen Schaetzungen ueber die Anzahl und die prozentuale Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder in den verschiedenen britischen Industriezweigen wieder. Obwohl diese Zahlen im Jahre 1949 veroeffentlicht wurden, beziehen sie sich auf die Schaetzungen fuer das Jahr 1947. Die wichtigsten Veraenderungen, die seit 1947 eingetreten sind, sind folgende:-

- a) die gewante arbeitende Bevoelkerung ist auf ueber 4 Millionen angestiegen
- b) die Beschaeftigung im Verwaltungsdienst ist auf ueber 3 Millionen angestiegen.

In den unter aufgefuehrten Zahlen sind die Arbeitslosen nicht enthalten, auch nicht etwa 1 Million Menschen, die im Jahr 1947 im Heeresdienst standen. Abgesehen davon hat sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften seit 1947 erhoecht.

Industriezweig	Beschaeftigung	Geschaeetzte	
		TUC Mitglieder	T
	pro 1000	pro 1000	
Kohlenbergbau - - - - -	758	598	79
Andere Bergwerke und Steinbrueche	73	38	52
Gemeinnuetzige Betriebe - - - - -	270	155	57
Transportwesen und Schiffahrt - -	1,438	1,209	84
Landwirtschaft - - - - -	1,055	163	15
Fischerei - - - - -	35	17	49
Bauwesen und Zivilingenieurwesen	1,034	655	40
Fabrikate:			
Baumaterialien - - - - -	590	171	30
Metalle und Maschinenbau - - - -	2,876	1,487	52
Baumwolle - - - - -	207	163	61
Wolle - - - - -	178	104	59
Andere Textilien - - - - -	207	65	31
Bekleidung - - - - -	831	289	35
Lebensmittel, Getraenke und Tabak	623	195	31
Chemikalien - - - - -	336	120	30
Andere Fabrikate - - - - -	1,343	544	41
Vertrieb - - - - -	2,351	465	20
Verbraucherbetreuung - - - - -	2,120	456	22
Oeffentliche Dienste:			
Verwaltungsdienst - - - - -	680	385	57
Andere Landesregierungsdienst-			
stellen - - - - -	388	183	47
Ortsverwaltungsdienst - - - - -	<u>1,105</u>	<u>329</u>	<u>30</u>
Gesamtzahl der Beschaeftigten-	18,888	7,791	

Labour, Mai 1949

"DIE KOMMENDE GENERATION"

Zeichnung von Lisa Armgardt

Aus dem illustrierten Sonntagsblatt des Tagesspiegels-"Weltspiegel," 5 June 1949



"Die Streiks, die ihr heute gegen den Kapitalismus fuehrt, werden eure Enkel befahigen, in einem Staate zu leben, in dem es keine Streiks mehr gibt."

ZUM BERLINER STREIK

Ueber den Streik der Berliner S-Bahnarbeiter sind bisher keine Ar-

tikel von uns aufgenommen worden. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, ueber die die deutschen Gewerkschaftler in vollem Masse durch die deutsche Presse auf dem Laufenden gehalten wird. Dennoch moechten wir nicht verfehlen, in dieser Ausgabe eine Karikatur zu bringen, die kuerzlich in einer Berliner Zeitung erschien und eine deutliche Sprache spricht.

DIE ENGLISCHEN KOMMUNISTEN UND DER VERWALTUNGS-AUSSCHUSS FUER DAS EUROPÄISCHE WIEDERAUFBAU-PROGRAMM (ECA)

Nachstehender Artikel bringt eine Enthuellung des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) in einer der letzten Ausgaben seines offiziellen Organs, in der die Kommunisten in bezug auf den Marshall-Plan der Doppelzuengigkeit bezichtigt werden. Wir zitieren wie folgt:

"Die Fuehrer der kommunistischen Partei behaupten wie prominente Politiker anderer politischer Parteien, dass die Zuteilungen aus der Marshallplan-Hilfe Grossbritanniens nationale Unabhaengigkeit zerst hoeren wird.

Wenn die Fuehrer der kommunistischen Partei fuer sich das Recht in Anspruch nehmen, die englische Gewerkschaftsbewegung ueber die Anwendung bzw. Ausuebung der "Unabhaengigkeit" belehren zu wollen, so ist dies eine Unverschaeamtheit sondergleichen. Wenn die Fuehrer der kommunistischen Partei selbst anfangen, darauf zu bestehen, unabhaengig zu sein, dann werden die britischen Gewerkschaftler in bezug auf ihre Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit weniger skeptisch sein, als sie es jetzt sind.

Es waere nicht unangebracht, die Gewerkschaftler daran zu erinnern, dass die einzige Gelegenheit, bei der die kommunistische Partei Englands etwa bewerkstelligte, was einer "nationalen Unabhaengigkeit" nahekam, im September 1939 bestand.

In diesen Wochen traten sie fuer den Krieg ein. Gegen Ende 1939 und das ganze Jahr 1940 hindurch bis Mitte 1941, waren sie dagegen, dass England den Krieg weiterfuehrte: haetten die Kommunisten mit ihrer Kampagne, die sie in gehorsamer Befolgung der Sowjetpolitik durch den "Volksentscheid" eingeleitet hatten, Erfolg gehabt, um den Krieg zu beenden, dann haette unsere augenblickliche nationale Unabhaengigkeit durch die Beherrschung von den Nazis vernichtet werden koennen.

Die Fuehrer der kommunistischen Partei wissen genau, und sie haben es auch erkluert, dass unser Wiederaufstieg - ohne Hilfe zur Stopfung der Dollarluecke - sich in die Laenge gezogen und schwieriger gestaltet haette, Kommunistische Parteifuehrer haben erkluert, dass sich die Regierung durch "normale Kanale" Hilfe sichern sollte.

"Normale Kanale" bedeutet jedoch die Aufnahme einer Dollaranleihe. Die Dollaranleihe muesste aber zurueckgezahlt werden, und ausserdem muessen darauf Zinsen gezahlt werden. Dreiviertel der Marshallplan-Hilfe aber ist ein Geschenk des Volkes der Vereinigten Staaten, und sowohl die AFL wie auch der CIO erklueren sich dafuer. Eine Dollaranleihe wuerde von der Wallstreet herkommen, und auch die Zinsen muessten an Wallstreet bezahlt werden. Indem sie sich nun zu Fuersprechern einer solchen Politik machen, sind also die Kommunisten selber zu "Freunden der Wallstreet" geworden.

Die britischen Gewerkschaftler werden festgestellt haben, dass die Fuehrer der kommunistischen Partei die Politik des TUC, der AFL und des CIO, der drei maechtigen Gewerkschaftsorganisationen bekampfen, die sich fuer die Marshallplan-Hilfe ausgesprochen haben."

"Labour" Mai 1949.

FUENFZIG JAHRE RUSKIN COLLEGE

In den meisten Laendern, wo die Gewerkschaften frei und demokratisch sind, wird die Idee, dass die Gewerkschaften an der Hochschulbildung ihrer Funktionaere interessiert sind, akzeptiert. Hier aber zeigt sich etwas Ungewoehnliches, naemlich eine Arbeiterhochschule, die 50 Jahre besteht. Nachstehende Zeilen sind dem offiziellen Organ des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) entnommen.

"Vor fuenfzig Jahren sind sich die Gruender des Ruskin College ueber die wachsende soziale Bedeutung der Organisationen klar geworden, die sich die englischen Arbeiter geschaffen hatten, vor allem aber der Gewerkschaften, und waren sicher, dass bald die Zeit kommen wuerde, da ihre Fuehrer nicht nur zu Funktionaeren, sondern zu Staatsmaennern erzogen werden muessten..... Viele moegen wohl davon gehoert haben, aber wenige wissen etwas darueber.

Was ist nun eigentlich das Ruskin College und welcher Art sind seine Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung

Obwohl das Ruskin College formell keinen Teil der Gewerkschaftsstruktur bildet, wird es von Vertretern der Organisationen der arbeitenden Klasse geleitet, die es unterstuetzen. So besteht der Verwaltungsrat heute aus 3 Mitgliedern des Generalrates des TUC und aus Vertretern der Konsumgenossenschaft, des Arbeiterklubs und der Institute Union. Unter anderen Organisationen, die mit einem Sitz im Rat vertreten sind, befindet sich die Arbeiter-Reisevereinigung, der Arbeiter-Bildungsverband und eine Anzahl einzelner Gewerkschaften und anderer Koerperschaften, die Stipendien erteilen oder den Colleges Stiftungen zukommen lassen. Dazu gehoeren auch 3 akademische beratende Mitglieder, von den 2 (Professor G.D.H. Cole und Professor R.H. Tawney) lange Zeit in der Gewerkschaftswelt bekannt sind.....

Womit beschaeftigen sich die Studenten auf dem College.

Der normale Lehrgang dauert 2 Jahre, in dessen Verlauf der groesste Teil der Studenten einen Kursus in Wirtschaftslehre, Sozialgeschichte, politischer Theorie und Organization, waehrend ungefaehr ein Fuenftel einen Lehrgang in Literatur und Sozialgeschichte belegt. Eine ziemlich grosse Anzahl Studenten befasst sich auch mit einer fremden Sprache. Das Ziel besteht darin, ihnen die

ausgedehnte Schulung und Bildung zuteilwerden zu lassen, die die Gewerkschaftler und diejenigen, die aehnliche Interessen haben, noetig haben, und nicht etwa eine Berufsausbildung fuer die taegliche gewerkschaftliche Arbeit. "Die eigenen Schulungskurse des TUC tragen jetzt dazu bei, diesem letzteren Beduerfnis gerecht zu werden).

Wer sind die Studenten

In der Zeit von 1919 bis 1940 besuchten 585 Studenten das College, von denen ein Fuenftel weiblich war. Etwa 400 dieser Studenten waren Gewerkschaftler und 90 andere kamen aus Uebersee.

In der Zeit von 1945 bis 1949 nahm das College 218 Studenten auf (man beachte den ausgesprochen starken Anstieg im Verhaeltnis zu frueher), und zwar 172 Maenner und 46 Frauen. Von denen, die nach dem Kriege eintraten, kamen 35 aus Uebersee (einschliesslich mancher Gewerkschaftler aus den Kolonien, die ein grosses Interesse daran hatten, sich besser fuer ihre Taetigkeit weiterzubilden, und in manchen Faellen solche, die durch Vermittlung des TUC kamen), 37 davon waren keine Gewerkschaftsmitglieder, oft deshalb, weil sie direkt vom Heeresdienst aus kamen und seit sie die Schule verlassen hatten, keine Beschaeftigung im Verwaltungsdienst innegehabt hatten, die restlichen 146 waren englische Gewerkschaftler.

Was hat nun ein Student oder eine Studentin vom Ruskin nach Absolvierung des Instituts vor sich.

Entgegen der in manchen Kreisen verbreiteten Meinung uebernimmt er nicht sofort einen gutbezahlten Posten im Geschaeftsleben. Ganz im Gegenteil. Ueber ein Drittel der Studenten kehrt zu seiner alten Arbeit zurueck, ein weiteres Drittel nimmt eine Beschaeftigung an, die zwar neu ist, aber oft zu ihrer frueheren Taetigkeit in Beziehung steht - groesstenteils Arbeit in der Gewerkschaft oder im Konsumwesen, in der Fortbildung oder in irgend einer Form des Sozialdienstes. Manche gehen auch auf die Universitaet Oxford oder wo anders hin und promovieren - die Absolvierung des Ruskin College nach zwei Jahren verschafft ihnen wohl ein Oxford Diplom auf verschiedenen Gebieten, aber keinen akademischen Grad. Man soll aber nun keineswegs annehmen, dass diese Leute "fuer die Bewegung verloren sind", es gibt genuegend Beweise fuer das Gegenteil, z.B. in dem Lebenslauf des jetzigen stellvertretenden Generalsekretaers des TUC. Manche wie er, machen sich im oeffentlichen Leben einen Namen, unter ihnen koennte man Mr. Jack Lawson nennen, der Kabinettsminister wurde, Sir Robert Young (von den Maschinenbauern und frueher Stellvertretender Sprecher im Unterhaus) sowie Mr. Ebby Edwards, der zum Generalsekretaer des Bergarbeiterverbandes aufstieg, bevor er Mitglied des Landes-Kohlenausschusses wurde. Andere wiederum machen sich in ihrem oertlichen Bereich einen Namen als Sekretaere der Zweigstellen oder als fuehrende Maenner in der Arbeiterbildung, oder als Mitglieder ihres staedtischen Rates.

Wie sind die Aussichten fuer diese Arbeiter-Hochschule.

Seit der Beendigung des Krieges hat sich das Ruskin-College in bemerkenswerter Weise vergroessert. Frueher pflegten dort 30 bis 40 Studenten zu studieren die auch dort wohnen, heute sind es ueber 100. Die Hochschule hat ein grosses Privatgebaeude erworben, um die Studenten unterzubringen, sowie 20 acres an Boden (1 acre etwa 40,5 a), auf dem ein weiteres Gebaeude mit Studentenwohnungen errichtet werden soll. Aus diesem Grunde haben auch die dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften jetzt vom Generalrat ein Schreiben bekommen, in dem sie dringend gebeten werden, fuer den Jubilaeumsfonds Zuwendungen zu machen. Das College bittet um 100.000 Pfund Sterling, die benoetigt werden, um das neue Gebaeude zu errichten und auszustatten, um das Privatgebaeude einzurichten und um Spiel- bzw. Sportplaetze anzulegen."

"Labour" Mai 1949

Nachstehend folgt der volle Text der Proklamation des Britischen Nationalrates der Arbeit, der im offiziellen Organ des Britischen Gewerkschaftsbundes mit dem Titel "Maifeier 1949" erschien.

"Drei Generationen lang haben die organisierten Arbeiter bei jeder Maifeier in der ganzen Welt ihren Glauben an Demokratie, Freiheit und Frieden verkundet. Wiederum verkundet der Nationalrat fuer Arbeit feierlich die loyale Zusammenarbeit der organisierten Millionen im Konsumwesen, in der Gewerkschafts- und in der Arbeiterbewegung Grossbritannien in dem staendigen Bestreben zur Aufrechterhaltung der Grundsaeetze der Demokratie, zur Verteidigung der Einrichtungen der freien Buergerrechte und zur Erreichung eines dauernden Friedens unter allen Nationen.

In einer Welt, die wie nie zuvor beunruhigt, verzweifelt und geteilt ist, die sich in einem Zustand der Verworrenheit und des Widerstreits befindet, wodurch die Vernichtung dieser Ideale droht, bekraeftigt und beteuert der Nationalrat fuer Arbeit aufs neue die feste Ueberzeugung, die von allen drei grossen Bewegungen, die er vertritt, gehegt werden, dass Friede und Freiheit fuer die Voelker nur durch die Praxis der Demokratie erreicht werden koennen.

Das Demokratische Bekenntnis

Unsere eigenen Gewerkschaftlichen Konsumgenossenschafts und politischen Organisationen beruhen auf dieser Grundlage. Ohne die Freiheit des Zusammenschlusses in der Industrie, im Handel und in der Politik, so wie sie sich unsere eigenen organisierten Bewegungen in langen Jahren des Kampfes und der Opferwilligkeit erworben haben, koennen sich die Prinzipien der Demokratie nicht durchsetzen; und ohne die Aufrechterhaltung der demokratischen Prinzipien wird der Friede der Welt immer wieder in Frage gestellt werden.

Der Nationalrat fuer Arbeit verkundet feierlich die unerschuetterliche Ergebenheit der Gewerkschafts - der Konsumgenossenschafts und der Arbeiterbewegungen gegenueber der Sache des Friedens. Er verwirft die Anklagen, die letzten Endes aus politischen Motiven heraus wegen unserer Abtruennigkeit gegenueber den hohen Zielen und Ideale der menschlichen Brudergemeinde erhoben werden, als unwahr und ungerecht, da diese doch seit den fruehesten Tagen unsere Bewegungen beseelt und geleitet haben. Wir haben ehrlich und konsequent versucht, die demokratischen Grundsaeetze in der Politik unserer Bewegungen zur Anwendung zu bringen. Wir glauben fest daran, dass das Mass an wirtschaftlicher Wiedergesundung, die unser Land nach 6 Jahren eines verwuestenden Krieges zu verzeichnen hat, das Ergebnis der Treue des britischen Volkes zu diesen Grundsuetzen darstellt. Wir verkunden durchaus nicht dem arbeitenden Volk in anderen Laendern etwas, was wir nicht selbst als Organisationen von Herstellern, Verbrauchern und Buergern guebt haben.

Wiederaufstieg und Entwicklung

Nur unter der Fuehrung einer demokratisch gewaehlten Regierung des Volkes, die fest auf unseren drei grossen organisierten Bewegungen begruendet ist, konnten solche Resultate erzielt werden. Durch seinen eigenen Aufbau ist so unser Land in die Lage versetzt worden, an der grossherzigen Hilfe des amerikanischen Volkes zur Wiederherstellung geregelterer wirtschaftlicher Verhaeltnisse in den am Marshall-Plan beteiligten Laendern mitzuarbeiten.

Aus unseren eigenen sich entwickelnden Hilfsquellen haben wir einen beachtenswerten Beitrag zur Erfuellung des Europaeischen Wiederaufbau-Programms geleistet.

Die Staatsmaenner und politischen Fuehrer unseres Landes haben ihr volles Mass an Verantwortung uebernommen, die Politik der Vereinten Nationen zu formen;

im Atlantik-Pakt und im Ministerat haben sie neue Werkzeuge geschaffen fuer die Errichtung eines dauernden Friedens, der auf den Grundsaetzen der kollektiven Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens beruht.

Eine grosse E_rnte an sozialer Gesetzgebung, die auf die Initiative unserer Arbeiterregierung hin durchgefuehrt wurde, ist bereits eingebracht worden und neue Ernten reifen heran, die ein noch groesseres Mass an Sicherheit fuer unser Volk und Glueck und Wohlstand fuer die Heime aller bringen werden.

Freiheitliche Planung und Arbeit

Diese Vorteile wurden nicht ohne eine sorgfaeltige Planung, ohne weitschauende Ziele und ohne staendige Bemuehungen auf Seiten derjenigen errungen, deren Verantwortung darin liegt, die Politik unserer drei Bewegungen zu erlaeuern und zu leiten. Aber ohne die volle Mitarbeit und das volle Verstaendnis seitens der einzelnen Mitglieder unserer Bewegungen haette keiner dieser Vorteile zuwege gebracht werden koennen.

Wir haben Vertrauen auf die Faehigkeiten unseres eigenen Volkes, dass es seine herrlichen Bemuehungen weiterfuehren wird. Unsere Traditionen und der lebendige Glaube unseres Volkes garantieren eine Erfuellung dieses feierlichen Versprechens, das der Nationalrat fuer Arbeit vor den Arbeitern der Welt ablegt, dass die Gewerkschaftsbewegung, die Konsumbewegung und die Arbeiterbewegungen in Grossbritannien eins mit ihnen sind in ihrem Kampfe um die Freiheit, und dass sie mit ihnen die Hoffnung auf einen dauernden Frieden teilen, der auf wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit, auf der Freiheit des Zusammenschlusses, der Freiheit der Rede, der Freiheit der Religion und der Herrschaft von Gesetz und Ordnung in der ganzen Welt beruht.

"Labour" Mai 1949

DIE SCHWIERIGKEITEN DER KOMMUNISTEN IN BULGARIEN

Aus einem Bericht amerikanischer Korrespondenten in Jugoslawien geht hervor, dass es mit dem kommunistischen Regime in Bulgarien nicht allzu rosig aussieht. Es sind Nachrichten durchgesickert, aus denen ersichtlich ist, dass die Wiederaufbauziele dieses Balkanlandes nicht erreicht werden. Obwohl sie sich nicht offen in der Opposition befinden, sind die Bauern bei einem Stadium der passiven Zusammenarbeit angelangt. Die Bauern arbeiten fuer den Staat nicht so, wie sie fuer sich selbst arbeiten wuerden. Sie leisten ihre Arbeit auf Grund von Befehlen, die sie nur murrend und widerwillig befolgen.

Was die Industrie betrifft, so wird berichtet, dass die Arbeitsmoral einen niedrigen Stand aufweist. Die Arbeiter sind muerrisch, trotzig und aergerlich, sind aber machtlos, ihre Empfindungen zu offenbaren, ausgenommen, dass ihr mangelndes Interesse in dem niedrigen Produktionsstand zum Ausdruck kommt. Es ist bekannt, dass sich die fuehrenden Persoenlichkeiten in der Regierung deswegen Sorgen machen. Sie wissen ganz genau, dass Gewalt allein nicht geeignet ist, die Produktion voranzutreiben, obwohl Gewalt in wirksamer Weise Demonstrationen der Unruhe unter den Arbeitern verhindern kann.

Weiter geht aus dem Bericht hervor, dass die Behauptungen Bulgariens, die Produktionsziele fuer 1948 seien mit 99% erreicht worden, nicht den Tatsachen entsprechen. In den Erfolgsberichten der Regierung fehlen gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie z.B. Tabak, auch sind gewisse Schluesselindustrien darin nicht aufgefuehrt. In manchen Betrieben der Schluesselindustrien hat die Produktion im letzten Jahr 50% nicht ueberschritten; in anderen Faellen waren es 60 - 70% der Ziele fuer 1949.

Eine Anzahl von Wasserkraftwerken, die in Bulgarien unter der deutschen Besetzung begonnen worden waren, sind von den Russen zum Stillstand gebracht worden. Die bulgarischen Kommunisten sind jetzt darüber klar geworden, dass die Russen es nicht zulassen wollen, dass ihr Land industrialisiert wird.

"New York Times" 3. Juni.1949

POLENS PRODUKTIONSGANG ALS SCHLEPPEND BEZEICHNET

Die Maengel und die Unzutraeglichkeiten in der Arbeiterschaft waren das Thema einer Rede, die der Stellvertretende Ministerpraesident Alexander Zawadski auf der 2. Nachkriegskonferenz der polnischen Gewerkschaften hielt. Zawadski, der aus der Regierung austritt, um Vorsitzender der Gewerkschaften zu werden, rief zu einer 100%igen Produktionserhoehung in der Verbraucherwaren-Industrie auf. Wie ersagte, sei es notwendig, dass die polnische Arbeiterschaft sich von der "Erbschaft einer starken ideologischen Belastung aus der Vorkriegszeit" freimache. Er erklarte dass:

1. obwohl Polen im Arbeitswettstreit anderen "Volksdemokratien" gegenueber fuehre, immer noch gewisse Ideen in bezug auf die Beschraenkung der Produktionsnormen bestuenden. Die alten Normen der "beschraenkten Produktionskapazitaet" hielten sich hartnaeckig.
2. die Arbeitsausschuesse, die doch eigentlich die Arbeiter vertreten sollten, haeufig "aus untauglichen und unfaeihigen Maennern zusammengesetzt seien, die keineswegs bereit sind, sich im Interesse der Mitglieder aufzuopfern, oder aus Funktionaeren, die den Direktoren gegenueber nichts als blosse Jasager geworden sind".
3. eine zu grosse Kluft zwischen den Arbeitern und denjenigen Intellektuellen bestehe, die ueber die Probleme der Arbeiter informiert sind, sowie, dass der Durchdringung der Frauen und Kinder mit den Ideen des Sozialismus zu wenig Beachtung geschenkt werde.

Praesident Boleslaw Bierut erklarte in seiner grundlegenden Rede vor dem Kongress, dass die Produktion in Polen im Jahre 1955 um 350% ueber der Vorkriegsproduktion liegen und das nationale Einkommen um 60% hoeher sein muesse als vor dem Kriege.

"New York Times" 2. Juni 1949

BEZAHLTER URLAUB FUER DIE ARBEITER IN DEN CHEMISCHEN BETRIEBEN

Die chemische Industrie und die Gewerkschaften in Belgien haben jetzt ein Abkommen getroffen, demzufolge den Arbeitern die Zeit bezahlt wird, waehrend der sie aus familiaeren Gruenden ihrer Arbeit fernblieben. Hier sind einige dieser Gruende aufgefuehrt, die in diesem Abkommen enthalten sind:-

1. Eheschliessung des Arbeiters ; 2 Tage
2. Eheschliessung eines Elternteils oder Kindes, Bruders oder einer Schwester ; 1 Tag
3. Niederkunft der Frau des Arbeiters ; 2 Tage
4. Ableben eines Familienmitgliedes des Arbeiters, das mit der Familie zusammengewohnt hat ; 3 Tage
5. Ableben eines Familienmitgliedes des Arbeiters, das nicht mit der Familienzusammengewohnt hat, oder Tod eines Bruders, einer Schwester, eines Enkels, oder Grosseltern teils, ob bei der Familie gewohnt oder nicht ; 2 Tage

6. Betriebsunfall an dem betreffenden Tage selbst; 1 Tag
7. Stellung zur Musterung, zu Militaerparaden, Erscheinen als Zeuge vor dem Gericht, Zusammentritt des Familierrates....; 1 Tag

Wenn ein Arbeiter Anspruch auf mehrere bezahlte Urlaubstage hat, muessen dies aufeinanderfolgende Tage sein. Arbeiter, die aus irgend einem der oben angefuhrten Gruende der Arbeit ferngeblieben sind, koennen aufgefordert werden, spaeter Ueberstunden zu leisten um eilige und notwendige Arbeiter zu erledigen, die mit ihrem normalen Pflichten zusammenhaengen. Fuer diese Ueberstunden wuerde der Arbeiter die im Gesetz vorgesehenen hoeheren Lohnsaetze erhalten. Andererseits wird den Arbeitern aber nichts gezahlt, wenn sie auf irgend einem der oben angefuhrten Gruende fernblieben, ohne dem Arbeitgeber vorher entsprechend Meldung gemacht zu haben, ausgenommen natuerlich in solchen Faellen, in denen eine Benachrichtigung unmoeglich ist.

(Industry and Labour) (ILO) 1. Mai 1949



Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 17

Berlin, 17. Juni 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Erhaltung des Friedens in der Industrie - - - - -	1
Die Arbeitsbeziehungen und das öffentliche Interesse - - -	2
Die amerikanischen Universitäten entdecken die Gewerkschaften - - - - -	4
Höhere Schulbildung und Arbeitgeber- Arbeitnehmer- beziehungen - - - - -	6
Können Fragen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen ein Lehrfach der Universität sein - - - - -	9
Wie prüft der Diskussionsleiter sich selbst - - - - -	10
Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen und Gesell- schaftslehre - - - - -	11
Die amerikanischen Gewerkschaften und das Taylorsystem -	13

ERHALTUNG DES FRIEDENS IN DER INDUSTRIE

Für diese Ausgabe wurden nur Artikel ausgewählt, die denselben Gegenstand zum Thema haben; den industriellen Frieden. Sie haben auch Bezug auf jene Art von Bildung, die die Gewerkschaftsführung in die Lage versetzt, sich an den gemeinsamen Bemühungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, den industriellen Frieden zu wahren, beteiligen zu können. Die amerikanische Arbeiterschaft will nicht, dass ihr die Industrie gehört, sie will auch nicht die Verantwortung für die Leitung in der Industrie teilen. Sie übernimmt jedoch mit der Leitung die Verantwortung für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die amerikanischen Gewerkschaften nehmen ein wachsendes Interesse an jener Art von Bildung, die die Arbeiterführer befähigt, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Gute Beziehungen werden sich in der Industrie ergeben, wenn eine Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Leitung, die beide über alles informiert sind, besteht. Die Führer beider Gruppen müssen über den Mechanismus wie auch über die wirtschaftliche Seite der modernen Industrie orientiert sein.

DIE ARBEITSBEZIEHUNGEN UND DAS OEFFENTLICHE INTERESSE

Ordway Tead, einer der fuhrenden amerikanischen Experten auf dem Gebiete der Arbeits- und industriellen Beziehungen, hat vor kurzem einen tiefsinnigen Artikel ueber die Bedeutung des oeffentlichen Interesses an allen Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geschrieben. Da nun die moderne Gesellschaft so kompliziert aufgebaut ist, ist bei manchen dieser Beziehungen das oeffentliche Interesse nicht immer vom eigenen Interesse zu unterscheiden. Jedoch bleibt eine Tatsache bestehen, ueber die sich Tead wie folgt ausdrueckt: "Die Motive und Methoden einer kooperativen Gesellschaft von Gleichgestellten muessen auch im Verhaeltnis zu der Wahrheit verstanden werden, dass in der bei uns bestehenden Art technologischer Gesellschaft die Verfolgung der produktiven wirtschaftlichen Tae-tigkeit im Grunde genommen ein oeffentliches Interesse darstellt."

Als Mitglieder einer Gemeinschaft werden sich Tead zufolge Arbeitgeber und Arbeitnehmer "durch Loyalitaet zu einer Gemeinschaft" ueber ihr eigenes Selbst klar. Obwohl ihre Interessen in vieler Hinsicht rivalisierender Natur sein moegen, muessen sie alle innerhalb gewisser Beschraenkungen wirken, wie sie von der Gemeinschaft vorgezeichnet sind. Eine der Aufgaben der industriellen Beziehungen besteht daher darin, nicht nur eine Loesung fuer die Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsleitungen zu finden, sondern das oeffentliche Interesse zu entdecken, das ihnen allen gemeinsam ist.

Wie man die gemeinsamen Interessen zum Vorschein kommen lässt

"Wenn daher die gemeinsamen Interessen, die oeffentlicher Natur sind, den ihnen eigentuemlichen Einfluss auf die Kontrolle des Betriebes bzw. der Unternehmungen haben sollen, dann finden wir, dass sich in praxi folgende Schritte als notwendig erwiesen haben:

1. Klare Begriffsbestimmung der wirklich gemeinsam gelagerten Interessen.
2. Nachdrueckliche geistige Ausbildung mit dem Ziel der Erkenntnis, dass diese mehrfachen Interessen gemeinsamer Natur sind.
3. Anerkennung der Interessen in bezug darauf, welche Unterschiedlichkeit und welcher Widerstreit natuerlicherweise entstehen koennte und in bezug darauf, wie dies definiert und ins reine gebracht wird.
4. Einschaltung des Verhandlungsprozesses, um zeitweilig diese von einander abweichenden Interessen auf einen Nenner zu bringen.
5. Einschaltung festgelegter, oeffentlicher, gesetzlicher und regelnder Bestimmungen, um einen minimalen Boden fuer alle Arbeitsnormen vorzusehen, um konkurrierende Kraefte daran zu hindern, mit Umstaenden menschlicher Natur zu operieren und um besondere monopolistische Interessen aller Art in Schach zu halten.
6. Uebernahme der vollen Verantwortung seitens der Betriebsleitung fuer Schaffung aller betrieblichen Voraussetzungen fuer hohe Produktivitaet, einschliesslich einer klugen, geschickten und einsichtsvollen Personalpolitik.
7. Uebernahme einer hoeheren Verantwortung seitens der Gewerkschaften fuer die Aufklaerung ihrer Mitglieder darueber, wie eine Zusammenarbeit zur Foerderung gemeinsamer Interessen bei der Arbeit den wirtschaftlichen Ausblick bzw. die wirtschaftlichen Aussichten fuer sie in Begriffen eines nationalen Lebensstandards staerkt.
8. Erkenntnis seitens aller direkt betroffenen Parteien, dass der Kampf fuer ihre speziellen Interessen im Rahmen eines oeffentlichen Gesamtinteresses weitergeht, und dass dieser Kampf im Verhaeltnis zu diesem ueberragenden

und hoeherstehenden oeffentlichen Interesse gefuehrt werden muss."

Wie man die auseinandergehenden Interessen ausgleichen kann

Dann sollte in bezug auf den Ausgleich der Interessen, die innerhalb der Gruppen, die in einem einzigen zusammengeschlossenen oder einem industriellen Gefuege arbeiten, miteinander im Konflikt stehen, oder anscheinend oder angenommenermassen im Konflikt stehen, die Annaeherung an eine friedliche Loesung dieser Differenzen konkret definiert werden. Denn eine vitale Phase eines oeffentlichen Interesses in unserer Art von Gesellschaft ist die gewaltlose Behandlung von Streitfaellen aller Art. Es gibt hier natuerlich mehrere Alternativen, die moeglich sind - die der Gewalt, der passiven Unterwerfung unter die Beherrschung, der passiven Zustimmung und der positiven, unterrichteten und bereitwilligen Zustimmung oder der produktiven Zustimmung. Nur die letztere davon ist die akzeptable Methode als Prozess der sozialen Bereinigung innerhalb von Gruppen in einer demokratischen Gesellschaft.

Das Prinzip zur Erreichung einer positiven Zustimmung ist bekannt. Es baut sich wie folgt auf:-

1. Feststellung und Definition der betreffenden Gruppe als Gesamtheit oder der Mitgliederschaft.
2. Feststellung der internen Gruppen innerhalb der gesamten Mitgliederschaft mit wichtigen funktionalen Unterschieden in bezug auf Aussichten oder Interessen.
3. Vorsorge fuer eine bestimmte, klare, organisierte staendige Darstellung und Vertretung dieser Interessen in einer repraesentativen Koerperschaft.
4. Versorgung der repraesentativen Stelle mit allen Moeglichkeiten und Unterlagen, um eine Verhandlung zwecks Erreichung eines Abkommens zu foerdern.
5. Gewissheit ueber die volle Verfuegbarkeit aller Fakten, die auf die Beschluesse Bezug haben, bei denen es fuer noetig erachtet wird, dass alle daran beteiligt sind. Die Anwendbarkeit dieser Tatsachen oder Fakten kann nicht von vornherein entschieden werden; es ist eine Frage der Natur und der Komplexe der zur Debatte stehenden Fragen, wie diese von den beteiligten Parteien aufgefasst werden.
6. Schaffung einer klugen und einsichtsvollen persoenlichen Fuehrerschaft, die das Bestreben hat, zu einem Abkommen zu gelangen.
7. Abschluss von Abkommen, Belehrung der davon Betroffenen und Ausprobieren der beschlossenen Politik oder der betreffenden Programme.
8. Zeitweilige Ueberpruefung der vereinbarten Massnahmen und Schritte, um festzustellen, dass sie sich auch zufriedenstellend auswirken.
9. Verbesserung oder Abaenderung von Abkommen, wie dies nach kritischer genauer Pruefung aller Beteiligten bzw. Betroffenen notwendig ist.

Beteiligung an der Diskussion und an den Entscheidungen

"Hier muss der Nachdruck auf verschiedene Punkte gelegt werden (a) auf die Bedeutung des repraesentativen Mechanismus, der als normaler Weg der Konferenz zwecks Erzielung der Abkommen vorgesehen ist; (b) auf die Bedeutung der Darlegung aller bezueglichen Fakten seitens derjenigen, die sie besitzen, einschliesslich der Entwicklung der die Tatsachen ermittelnden Quellen, wo dies vonnoeten ist; (c) auf die Bedeutung der Anwendung ausprobiierter Methoden zur glatten Durchfuehrung von Konferenzen unter dem Konferenzvorsitz seitens einer intelligenten und wenigen Person; (d) auf die Wichtigkeit bzw. Bedeutung der Erlaeuterung der

Entscheidungen bzw. Beschlüsse in ueberzeugender Weise gegenueber der insgesamt davon beruehrten Gesamtheit oder Mitgliederschaft, um eine bereitwillige Annahme und Pruefung zu sichern.

Diese ganze Vorsorge fuer festgelegte Wege zwecks Behandlung und Ausgleich abweichender Interessen ist im oeffentlichen Interesse notwendig. Ferner sollte man die Tatsache beruecksichtigen, dass dieses Problem bei auf einanderfolgenden verwaltungsmaessigen Stufen oder Graden in der Durchfuehrung auftritt, und ich lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, dass es nicht so einfach ist, wie es aussieht, bei jeder Stufe der Beschlussfassung das Dominierende eines im gemeinnuetzigen Sinne guten Ergebnisses zu gewaehrleisten. Da existieren spezifisch genommen, die Stufe des Schlichtungsverfahrens in der Abteilung, und der Arbeiter innerhalb einer jeden Abteilung mit ihrem Meister oder Vorarbeiter, die Fabrik als Ganzes, die verschiedenen produzierenden Werkstaetten in einem vielseitigen Betrieb, und die Werke oder Fabriken in einem bestimmten Bereich oder Bezirk, oder national genommen, die Industrie, wo das nationale Kollektivverfahren als Faktum zur Wirklichkeit oder Moeglichkeit ist.

Und ob es sich nun um Fragen handelt, die die Qualitaet des Erzeugnisses, die Einheitskosten, Sicherheitsmethoden, Einfuehrung neuer Maschinen oder Erfindungen, Aenderungen des Modells oder der Type des Erzeugnisses, Gewinnspannen, Werkanlagen betreffen, - ueber diese und andere Dinge bei den Arbeitern, den Leitern und Firmenbesitzern ein oeffentliches Interesse zu erwecken ohne Beruecksichtigung irgend einer Stimme aus Verbraucherkreisen oder der Regierung kann vielleicht gerade dann nicht der Fall sein, wenn sogar der Prozess der repraesentativen Beratung bestanden hat. Frueher waren die Gewerkschaften und die Geschaeftsleiter dafuer bekannt, dass sie im monopolistischen Sinne zusammenwirkten und ihre Plaene entsprechend festlegten, und das koennen sie auch wiederum tun. Wie man aber dieser Moeglichkeit im oeffentlichen Sinne zum Schutze der Oeffentlichkeit gegenuebertreten soll, stellt ein neues und ungeloeses Problem dar.

Kurz gesagt, das Entscheidende dabei ist nicht nur das Abkommen auf Grund einer Verhandlung an der alle beteiligt sind; es ist auch entscheidend, dass der Vorgang des Zustimmens die Ruecksicht auf alle Parteien in sich schliessen soll, die entschlossen sind, ein lebenswichtiges Interesse daran im Auge zu haben."

"Industrial and Labor Relations Review" April 1949

DIE AMERIKANISCHEN UNIVERSITAETEN ENTDECKEN DIE GEWERKSCHAFTEN

Es liegt uns die Zusammenfassung eines "Die Lehrplaene der Universitaeten und die Ausbildung von Gewerkschaften" betitelten Aufsatzes vor, den Frau Dr. Caroline F. Ware fuer den "Amerikanischen Dienst fuer Ausbildung in Arbeitsfragen" verfasst hat. Da der Aufsatz noch nicht in der fuer eine Veroeffentlichung vorgesehenen Form vorliegt, koennen wir ihn nicht woertlich wiedergeben, sondern muessen uns darauf beschaerzen, von der uns erteilten Erlaubnis Gebrauch zu machen, einige in ihm enthaltene allgemeine Beobachtungen mitzuteilen. Diese koennen als Zeichen der Zeit gewertet werden, und als solche lassen sie auf eine grundlegende Umwaelzung auf dem Gebiet des hoeheren Unterrichtswesens in Amerika schliessen.

1. Zunehmendes Interesse der Universitaeten an den Werktaetigen und ihren Problemen

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, dass es fuer die amerikanischen Universitaeten etwas Neues ist, sich mit den Gewerkschaften so eingehend zu befassen.

Mit der Anpassung ihres Lehrplans an die Beduerfnisse der wachsenden Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten haben die hoeheren Lehranstalten und Universitaeten eine Tradition gebrochen. Mit Befriedigung duerfen wir davon Kenntnis nehmen, dass Hunderte von Universitaetsprofessoren beim Studium der Arbeitnehmer- Arbeitgeberfragen mit den Gewerkschaften eng zusammenarbeiten. Waehrend frueher nur eine Handvoll amerikanischer Hochschullehrer Buecher und Artikel ueber die Arbeiterfrage verfassten, gibt es heute bereits Hunderte von Buechern, die von Hochschullehrern ueber das Problem der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen geschrieben wurden.

2. Gewerkschaftler als Universitaetsstudenten

Von ueber sechzig amerikanischen Universitaeten werden besondere Lehrplaene fuer Gewerkschaftsfuehrer und -funktionaere, die sich gewerkschaftlich betaeligen werden, aufgestellt. Fuer eine grosse Zahl von Arbeitern ist es etwas Neues, eine Universitaet zu besuchen, in Vorlesungsraeumen zu sitzen und Professoren ueber die Probleme der organisierten Arbeiterschaft sowie ueber die Beziehungen von Gewerkschaft zu Betriebsfuehrung sprechen zu hoeren. Auch ist es fuer die Universitaetsprofessoren etwas Neues, in einem Gewerkschaftsgebaeude Kolleg zu halten. Eine Reihe von Landwirtschaftsschulen haben schon seit Jahren ihre Lehrer aufs Land hinausgeschickt, um dort die Bauern ueber praktische Arbeitsfragen zu unterrichten. Aehnliche Fortbildungskurse werden zur Zeit von den Universitaeten fuer die in der Industrie beschaeftigten Arbeiter abgehalten.

3. Die Frage der akademischen Freiheit

Es war nicht ganz einfach, den bestehenden Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und den Universitaeten zu ueberbruecken. Der allgemeinen Auffassung nach stellt die Gewerkschaft eine kaempferische Organisation mit ausgepraegten Parteiinteressen dar, waehrend sich die Universitaeten bisher rein wissenschaftlich betaeligen. So ergaben sich vielfach Fragen wie z.B.: Wie kann eine Universitaet ihren Lehrapparat parteigebundenen Arbeitergruppen zur Verfuegung stellen, ohne ihre akademische Unabhaengigkeit einzubuessen. Die Erfahrung der letzten vier Jahre hat erwiesen, dass eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften fuer die Universitaeten weitgehend moeglich ist, ohne dass die letzteren ihr wissenschaftliches Niveau, dessen Aufrechterhaltung ihnen obliegt, herabzuschrauben brauchen. Die Universitaeten haben festgestellt, dass die Gewerkschaften staerker parteipolitisch gebunden sind als die Arbeitgeberorganisationen. Bei den Gewerkschaften setzt sich die Erkenntnis durch, dass ihre Mitglieder auf den Universitaeten etwas Nuetzliches lernen koennen.

4. Bedarf der Gewerkschaften an geschulten Kraefte

Frau Dr. Ware weist in ihrem Aufsatz auf den zunehmenden Bedarf der groesseren Gewerkschaften an geschulten Funktionaeren hin. So sehen sich einzelne Gewerkschaften, die in den vergangenen zehn Jahren sehr schnell gewachsen sind, verwickelten Verwaltungsproblemen gegenueber. Sie benoetigen geeignete Verwaltungsleute, und wie in einem Betrieb, so ist auch in der Gewerkschaft ein Verwaltungsfachmann tuechtiger, wenn er als solcher ausgebildet ist. Hier handelt es sich also um eine Angelegenheit, fuer deren Behandlung die Universitaet die geeignete Stelle sein duerfte. Es gibt Gewerkschaftsfunktionaere, die Buchhalter und Statistiker sein muessen. Andere muessen in Fragen des Personal- und Wohlfahrtswesens bzw. der Gestaltung der Freizeit Erfahrungen haben. Eine besondere Ausbildung auf diesen Gebieten koennen die Gewerkschaftler auf den Universitaeten erhalten.

5. Die grosse Gewerkschaft - ein Grossbetrieb

In mancher Beziehung gleichen die Spitzenfunktionaere, welche eine Gewerkschaft mit einer Million Mitgliedern leiten, den Direktoren eines grossen Industriebetriebes. Der Verwaltungsapparat der Gewerkschaft ist in verschiedene Abteilungen

gegliedert. Die richtige Handhabung der finanziellen Mittel setzt eine verantwortungsvolle Kassen- und Kontenverwaltung, sowie Planung der Ausgaben und kluge Investierung voraus. Auf dem Gebiet der Beziehungen zur Oeffentlichkeit kann es sich um den Betrieb eines Rundfunksenders, die Herausgabe einer Arbeiterzeitung oder um die Veroeffentlichung verschiedener Berichte und Broschueren lehrhaften Inhalts handeln. Eine Industriegewerkschaft benoetigt vielleicht einen Stab von industriellen Sachverstaendigen und Fachleuten fuer Leistungssteigerung. Sie muss sich auch laufend mit Forschungsarbeit auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet befassen, falls sie imstande sein will, den Arbeitgebern in Lohn- und anderen Arten von Kollektivverhandlungen auf gleicher Ebene zu begegnen. Nach dem Gesagten ist es fuer die Gewerkschaften aeusserst wichtig, ueber Fachleute zu verfuegen, die eine Universitaetsausbildung haben und zugleich gewerkschaftlich eingestellt sind. Im Hinblick auf derartige gewerkschaftsberufliche Erfordernisse kann man es leicht verstehen, weshalb die groesseren Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten ein steigendes Interesse an den Hochschullehrgaengen zeigen. Aber auch die Universitaeten haben ein praktisches Interesse an dieser neuen Entwicklung: die Gewerkschaftsbewegung bietet den von ihr ausgebildeten Maennern und Frauen ein neues Betaetigungsfeld.

6. Zoegernde Haltung einzelner Gewerkschaftler

Frau Dr. Ware weist darauf hin, dass einzelne amerikanische Gewerkschaftsfuehrer trotz der im allgemeinen positiven Einstellung zur Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschulen doch von ihr nicht begeistert sind. Manche alten Gewerkschaftler haben ihr eingewurzelttes Misstrauen gegenueber den "Intellektuellen" noch nicht abgelegt. Diese Zurueckhaltung entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung, denn mancher alte Gewerkschaftler weiss aus Erfahrung, dass lange Zeit hindurch kein Interesse seitens der Universitaet an den Arbeiterproblemen bestand. So ist es fuer diese alten Gewerkschaftler nicht leicht zu vergessen, dass waehrend vieler Jahre die Fuehrung der amerikanischen Hochschulen fast ausschliesslich in den Haenden von Personen lag, die entweder kein Interesse an Arbeiterproblemen hatten oder ihnen sogar ausgesprochen feindlich gegenueberstanden. Aber auch in diesem Punkt ist inzwischen eine Aenderung eingetreten. Mehrere Gewerkschaftsfuehrer - teils erwahlt und teils ernannt - gehoeren heute der Leitung der amerikanischen Universitaeten an. So scheint das gerade erwahnte Misstrauen allmaehlich einem gegenseitigen Vertrauen Platz zu machen.

HOEHERE SCHULBILDUNG UND ARBEITGEBER- ARBEITNEHMER-BEZIEHUNGEN

Die Schule des Staates New York fuer Beziehungen in der Industrie und Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen ist ein Institut der Cornell-Universitaet. Sie gilt als eine der besten Schulen auf diesem Gebiet. Wir bringen im folgenden Auszuege aus einem Artikel von Donald J. Shank, einem Mitglied des Lehrkoerpers. Er stellt und beantwortet darin fuenf Fragen ueber die Beziehungen zwischen einer Universitaet und der Arbeiterschaft. In seinen Antworten gruendet er sich auf die Untersuchungen auf dem Gebiete der Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen und der Beziehungen in der Industrie.

1. "Gibt es einen lehrbaren Wissens- und Erfahrungsschatz betreffend Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen.

Der Lehrplan, der von der Cornell-Universitaet gemeinsam mit fuehrenden Personenlichkeiten aus Kreisen der Regierung, der Arbeiterschaft und des Unternehmertums aufgestellt worden ist, sieht ein ausgedehntes Programm auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften vor. Sieben-undneunzig der hundertundzwanzig Studienarbeiten,

die zur Verleihung eines akademischen Grades, der das Studium der Arbeitswissenschaften und des Arbeitsrechts umfasst, noetig sind, sind Pflichtarbeiten. Während der ersten zwei Jahre nimmt der Student eine grosse Menge Lehrstoff in den folgenden Faechern in sich auf: Sozialwissenschaften, amerikanische Geschichte, Soziologie, Sozialpsychologie, Volkswirtschaft, Rechtslehre, amerikanische Staatskunde, Theorie der Arbeitswirtschaft. Ausserdem verbessert er seine Ausdrucksfaehigkeit indem er Jahreskurse in Englisch und Rhetorik belegt. Er belegt fuer ein Semester einen Sonderkursus in Buchpruefung, bei dem auf die Beurteilung von Jahresberichten grosser Wert gelegt wird. In obligatorischen Fuehrungen wird ihm Gelegenheit gegeben, Arbeiter an ihren Arbeitsstaetten zu beobachten. Mit Ausnahme einer Einfuehrungsvorlesung und der Vorlesungen ueber Arbeitswirtschaftstheorie, Grundlagen des Rechts und Arbeiter und Arbeit fallen alle uebrigen Vorlesungen in den Rahmen anderer Fakultaelen, insbesondere der philosophischen und wissenschaftlichen. Das Programm der Pflichtfaecher umfasst einstweilen noch keine fremden Sprachen oder ordentlichen Wissenschaften. Die einzige Ausbildung in formaler Mathematik besteht in den Vorlesungen ueber Buchprüfung und Statistik.

Der technische und berufliche Kern der Ausbildung wird dem Studenten im dritten und vierten Jahr gegeben. Im dritten Jahr belegt jeder Student eine Vorlesung ueber Organisation und Leitung von Unternehmen und eine Vorlesung ueber Finanzwesen von Aktiengesellschaften. Jeder Student belegt eine Jahresvorlesung ueber die Geschichte der Arbeiterbewegung und ueber Leitung und Organisation von Gewerkschaften. Ausser der Jahresvorlesung ueber Statistik gibt es fuer das dritte Jahr Pflichtvorlesungen ueber menschliche Beziehungen in Industrie und Verwaltung.

Fuer das vierte Jahr sind Jahresvorlesungen ueber das Abschliessen von Tarifvertraegen, das Schlichtungswesen und Schiedsgerichtsverfahren und ueber Personalfragen vorgesehen, die durch besondere einsemestriige Vorlesungen ueber die rechtliche und verfassungsmaessige Seite von Arbeiterfragen und Fragen der Sozialversicherung, ueber soziale Sicherheit und ueber den Verkehr mit dem Kaeufer ergaenzt werden.

Obwohl die meisten Vorlesungen fuer hoehere Semester vom Lehrkoerper der Schule gehalten werden, werden bestimmte Vorlesungen an der Technischen Hochschule und an der Handels- und Verwaltungs- Hochschule gehalten.

Wer nur geringen persoenlichen Kontakt mit den Problemen der Beziehungen in der Industrie und der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen hat, wird ueberrascht sein, welche umfangreiche Literatur in den letzten Jahren auf diesem Gebiet entstanden ist. Ausser umfassenden Arbeiten ueber Volkswirtschaft, Politik, Psychologie, Soziologie und Anthropologie bieten die Tarifvertraege, die von tausenden von Gewerkschaften und Firmen im ganzen Land abgeschlossen worden sind, eine grosse Fuelle von Material. Ausserdem gibt es bei der organisierten Arbeiterschaft ein staendig wachsendes Schrifttum, das sowohl fuer die Arbeiter selbst als auch fuer die Betriebsleitung von Bedeutung ist. In der Cornell-Universitaet wird dieses Material zusammengetragen. Auf Gebieten, auf denen noch kein Lehrstoff vorhanden ist, sammelt der Lehrkoerper die laufend erlassenen Staats- und Bundesgesetze und verarbeitet die von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen und von anderen Stellen herausgegebenen Berichte.

2. Sollen Hochschulen und Universitaeten versuchen, auf diesem Gebiete ein Lehrprogramm aufzustellen.

Wie schon erwaeht, sind eine Reihe von Lehranstalten bereits in der einen oder anderen Richtung auf dem Gebiet der Beziehungen in der Industrie und der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen taetig. Einige Universitaeten haben Programme aufgestellt mit dem Ziel, Personal fuer die Geschaeftsleitung auszubilden. Andere

haben versucht, den Arbeitern bei ihren Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu helfen.

Das Programm der Cornell-Universitaet war, im Gegensatz zu dem vieler anderer Lehranstalten, von Anfang an darauf abgestellt, in gleicher Weise den Beduerfnissen der Regierung, der Arbeiterschaft und des Unternehmertums zu dienen. Eine Universitaet, die hofft, dieses schwierige Ziel zu erreichen, muss dafuer sorgen, dass alle drei Gruppen in der Leitung der Anstalt gleichmaessig vertreten sind, dass der Lehrkoerper so ausgewaehlt wird, dass eine gerechte Beruecksichtigung aller Gesichtspunkte gewaehrleistet ist, und dass solche Studenten zugelassen werden, die an allen Aspekten der Industrie und Arbeiterprobleme interessiert sind.

3. Koennen Leute, die sich fuer den Verwaltungsdienst, fuer Arbeiterfragen, und fuer Fragen der Betriebsleitung interessieren, an ein und derselben Anstalt unterrichtet werden.

Viele Sozialkritiker waren der Ansicht, dass die Cornell-Universitaet nicht gut einen Lehrplan haben koennte, der gleich sinnvoll waere fuer Leute, die sich in spaeteren Jahren als Vertreter des Unternehmertums, der Arbeiterschaft oder der Regierung am Konferenztisch gegenuebersitzen wuerden. Die im ersten Jahr der Lehrtaetigkeit gemachten Erfahrungen haben die Ansicht aller Beteiligten noch verstaerkt, dass es nicht nur moeglich ist, nach einem einheitlichen Lehrplan zu arbeiten, sondern dass Lehren und Lernen dadurch sogar noch gefordert werden.

4. Wie koennen Tagesfragen der Beziehungen in der Industrie und der Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen im Lehrplan behandelt werden.

Niemand in Cornell glaubt, dass saemtliche Probleme dieser Art im Hoersaal geloest werden koennen. Der Lehrplan wird als Ausgangspunkt fuer eine gruendliche praktische Behandlung der Probleme angesehen, so wie sie in der Wirtschaft auftauchen. Es werden in Cornell zwei Methoden der Behandlung der akuten Probleme in den Beziehungen in der Industrie und in den Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen angewandt.

Erstens kommen regelmaessig fuehrende Persoenlichkeiten aus Kreisen der Regierung sowie aus Gewerkschafts- und Arbeitgeberkreisen nach Cornell, um mit den Studenten einen regen Meinungs austausch zu pflegen. Waehrend des vergangenen Jahres kamen woeentlich mindestens zwei und haeufig bis zu vier Besucher fuer einen Aufenthalt von einigen Stunden bis zu mehreren Tagen zur Universitaet.

Das zweite wesentliche Mittel, um Studenten mit den akuten Problemen vertraut zu machen, ist die Absolvierung eines Pensums an praktischer Arbeit. Jeder Student, der noch keine Pruefung gemacht hat, muss waehrend dreier Sommerferien praktisch arbeiten. Im ersten Sommer muss er, falls er noch nicht in einer Fabrik gearbeitet hat, in einem industriellen oder kaufmaennischen Betrieb arbeiten. Im zweiten und dritten Sommer wird ihm ein freistehender Arbeitsplatz in einer Regierungsstelle, in einem Betrieb oder in einem Buero zugewiesen. Jeder Student muss vor der Abschlusspruefung einen Sommer als Arbeiter und einen zweiten in einem Buero verbracht haben.

5. In welcher Weise koennen die Studenten der Schule der Allgemeinheit nuetzen.

Die Schule ist nicht der Ansicht, dass die beschraenkte Anzahl von Akademikern, die sie hervorbringt, alle Probleme, die die Beziehungen in der Industrie und die Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen des Staates New York betreffen, loesen wird. Die Schule glaubt jedoch, dass ihre Studenten spaeterhin bei der Arbeit im Staatsdienst, in den Gewerkschaften, in der Industrie und in den Personalbueros der Unternehmen ein besseres Verstaendnis fuer die Rechte und Pflichten

aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten aufbringen werden.

Journal of Educational Sociology, April 1947

KOENNEN FRAGEN DER ARBEITGEBER-ARBEITNEHMER-BEZIEHUNGEN EIN LEHR-
FACH DER UNIVERSITAET SEIN.

Professor John T. Dunlop von der Harvard Universitaet ist der Ansicht, dass die Universitaeten in Zukunft eine fuehrende Rolle beim Studium und der Loesung der Probleme der Werktaetigen uebernehmen sollten. Die Zeit kommt naeher, die von den Gewerkschaftsfuehrern und den leitenden Personen in der Staatsverwaltung und Industrie, die sich mit Arbeiterproblemen zu beschaeftigen haben, eine gruendliche Vorbildung verlangt. Im folgenden seien einige diesbezugliche Stellen aus seinem Aufsatz wiedergegeben:

"Die Universitaeten muessen ihre ernsthafte Aufmerksamkeit einer Frage zuwenden, die voraussichtlich waehrend der naechsten Generation erhoehrte Bedeutung erlangen wird. Soll man besondere Fakultaeten fuer Fragen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen einrichten, die ihren Unterricht in Einklang zu bringen haetten mit dem der rechts-, betriebs- und verwaltungswissenschaftlichen Fakultaeten. Da die Universitaeten in der Gestaltung ihrer Lehrtaetigkeit ungezwungen verfahren koennen, so kann diese Frage in der verschiedensten Weise beantwortet werden. Bei allen Eroerterungen ueber den einzuschlagenden Weg sollte man jedoch die folgenden Gesichtspunkte in die Betrachtung einbeziehen:

1. Die Anforderungen, die der Stellenmarkt fuer Fachkraefte mit einer Ausbildung auf dem Sondergebiet der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen stellt, werden die Art ihrer Universitaetsausbildung bestimmen. In diesem Zusammenhang sind die Richtlinien, nach denen Kraefte fuer neue Stellungen ausgesucht werden, von Bedeutung. Soll der Angestelltenstab der Personalabteilungen in Handels- und Industriebetrieben hauptsaechlich aus den Kreisen entnommen werden, die ueber weitgehende Erfahrung im Geschaeftsleben verfuegen. Muessen Berichterstatter, die ueber Arbeiterfragen schreiben, immer Journalisten gewesen sein. Soll das leitende Personal der Arbeiterorganisationen aus gewerkschaftsfremden Kreisen stammen/ Diese Fragen beruehren das Problem, bis zu welchem Grade Ausbildungsmoeglichkeiten bei den Gewerkschaften einerseits und an den Universitaeten andererseits bestehen. Ist es fuer den Posten eines leitenden Angestellten eines Personalbueros besser, wenn der Anwaerter ueber eine Handelshochschulausbildung verfuegt, oder wenn er ein umfassendes, auf die Gesamtheit der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen gerichtetes Studium hinter sich hat. Soll die Ausbildung des Personals der Abteilungen fuer Arbeitsfragen derjenigen von Ingenieuren, Aerzten und Rechtsanwaelten angeglichen werden.

2. Zur Zeit fehlt es auf dem Gebiet der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen sowohl an einer klaren und zusammenhaengenden Systematik, als auch an methodischen Hilfsmitteln. Es gibt weder eine Terminologie, noch herrscht Uebereinstimmung ueber die verschiedenen Begriffsysteme. Solange solch eine Grundlage noch nicht entwickelt ist, fehlt das Fundament, auf dem sich eine besondere Fakultat fuer das Gebiet der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen aufbauen liessen. Angesichts des Fehlens einer strengen Untersuchungsmethode und eines Begriffsystems besteht nur geringe Aussicht darauf, dass den Studenten ein Gefuehl fuer klares Denken und fuer die Achtung vor den wissenschaftlichen Tatsachen beigebracht und dass bei ihnen eine Neigung zum selbstaendigen Forschen entwickelt werden kann. Die Ausbildung in einem alteingefuehrten Lehrfach, wenn es auch nur teilweise auf unseren Gegenstand Bezug hat, kann fuer die Ausbildung der Studenten von groesserem Nutzen sein als ein umfassendes Studium der Fragen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, solange diesen noch eine strenge Systematik abgeht.

3. Die Spezialgebiete innerhalb des Komplexes der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen erfordern Menschen mit umfassender Ausbildung. Das Ideal waere, wenn sie ein eingehendes Verstaendnis fuer eine ganze Reihe von Wissensgebieten, wie Volkswirtschaftslehre, Rechts- und Verwaltungswissenschaft, Psychologie und Soziologie besaessen. Darueber hinaus sollten sie sich in allgemeinen Verwaltungsfragen, in der Wirtschaftstheorie, in der Statistik und in Gruppentestmethoden, usw. auskennen. Das Feld der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen bedarf der Mitarbeit fuehrender Persoenlichkeiten auf den verschiedensten Gebieten bei der Loesung der in seinen Bereich fallenden Probleme."

(Zeitschrift fuer Gesellschaftslehre im Unterricht, April 1947)

WIE PRUEFT DER DISKUSSIONSLEITER SICH SELBST.

An der Universitaet Chicago gibt es einen Kursus fuer die Ausbildung von Gewerkschaftsfuehrern. Im Zusammenhang mit diesem Kursus hat die Universitaet kuerzlich eine Anleitung fuer Diskussionsleiter herausgegeben, deren Zweck es ist, den Leitern der Aussprachegruppen bei der Vervollkommnung ihrer Methoden der Diskussionsfuehrung behilflich zu sein. Das Buch schliesst mit einer Reihe von Pruefungsfragen, die es dem Gruppenleiter ermoeglichen sollen, selbst zu bestimmen, ob seine Arbeit von Erfolg gekreent war. Das Pruefungsschema traegt den Titel:

Nachpruefung der Ergebnisse:

"Nach Abschluss des ganzen Kursus werden Sie wahrscheinlich erfahren wollen, ob er seinen Zweck erfuehlt hat. Die Beantwortung dieser Frage ist jedoch sehr schwierig, solange Sie noch nicht wissen, was aus den Kursusteilnehmern nach einigen Monaten geworden ist, und bevor Sie sich davon ueberzeugen koennen, ob Sie tatkraeftigere und verstaendnisvollere Funktionaere und neue Fuehrer ausgebildet haben."

Selbst dann mag es noch schwierig sein festzustellen, in welchem Masse dies dem Diskussionskursus als solchem zugeschrieben werden kann. Sicherlich haben Sie das Beduerfnis, sich selbst zu pruefen, damit Sie das naechste Mal einen besseren Kursus abhalten koennen.

Hier nennen wir Ihnen einige Gesichtspunkte, die Ihnen Klarheit darueber verschaffen koennen, ob Ihr Kursus erfolgreich war:

1. Besucherzahl:

Die Zahl der Teilnehmer bildet einen Pruefstein fuer den Erfolg ihres Kursus. Wenn sich die Diskussionsgruppe nicht verkleinert, so ist das ein Beweis fuer das vorhandene Interesse. Wenn Teilnehmer Ihrer Gruppe darum ersuchen, Bekannte mitbringen zu duerfen, dann koennen Sie ueberzeugt sein, dass ihnen der Kursus Freude macht.

2. Aktive Teilnahme

Wenn fast jedes Mitglied Ihrer Gruppe sich an der Diskussion beteiligt, Vorschlaege macht oder Bemerkungen zum Thema beisteuert, dann haben Sie einen grossen Teil Ihrer Aufgabe als Diskussionsleiter erfuehlt. Es mag Ihnen nicht gelingen, jeden Einzelnen zur Teilnahme an der Diskussion zu gewinnen, denn gar viele sind nur zum Zuhoeeren bereit. Oft denken indessen die Schweigsamen genau so viel nach wie die, die reden. Auf jeden Fall ist der Umstand, dass sich die meisten Angehoerigen Ihrer Gruppe aktiv beteiligen, einer der wichtigsten Beweise fuer Ihren Erfolg als Diskussionsleiter.

3. Das Festhalten am Thema

Blieben Ihre Diskussionen einigermassen im Rahmen der in den Leitfaeden behandelten Themen, oder schweiften sie so ziellos von einem Gegenstand zum anderen, dass die Gruppe in Verwirrung geriet. Wenn es Ihnen gelang, am Thema festzuhalten, und wenn die Gruppe zu einigermassen schluessigen Ergebnissen kam, dann haben Sie

schon einen Teil Ihrer Aufgabe erfüllt.

4. Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe und Achtung vor der Meinung des anderen

Brachten die einzelnen Teilnehmer der Gruppe während der Diskussion den Anschauungen der anderen Verständnis und Achtung entgegen. Gab es wirklich einen gegenseitigen Meinungsaustausch. Fühlte sich die Gruppe als solche und handelte sie entsprechend, oder war sie nur eine Ansammlung unterschiedlicher, zusammenge-worfelter Individuen, die zufällig im gleichen Raum zusammenkamen. Wenn es Ihnen gelang, dieses Gruppengefühl zu wecken, so ist das ein sehr wichtiges Anzeichen dafür, dass Sie auf dem richtigen Wege waren.

5. Haltung dem Leiter gegenüber

Hatten die Teilnehmer der Gruppe das Gefühl, dass sie die Antworten auf ihre Fragen nur von Ihnen bekaemen. Hatten sie das Empfinden, dass Sie der "Herr" waren und dass das letzte Wort stets bei Ihnen lag. Oder waren die Teilnehmer davon ueberzeugt, dass sie wenigstens einige Fragen beantworten konnten und dass Sie selbst "nur einer der ihren" waren und nicht ein Aussenstehender, der sich von ihnen unterschied und sich klueger dänkte. Wenn Sie in den vorher erwäehnten Punkten erfolgreich waren, einer "von der Gruppe" blieben und nicht zum "Boss" wurden, dann haben Sie wirklich gute Arbeit geleistet.

6. Sonstige Haltung der Gruppe

Wenn Sie in den Ansichten Ihrer Gruppe (was sagen sie, was erzählen sie den anderen draussen, was tun sie.) hinsichtlich der folgenden Punkte eine Aenderung feststellen koennen, dann haben Sie Resultate zu verzeichnen:

- a) Die Gruppe zeigt besseres Verständnis fuer die Gewerkschaft.
- b) Der Einzelne hat ein staerkeres Gefühl der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft.
- c) Die Mitglieder der Gruppe sind gruendlicher ueber Dinge informiert, die ihnen die Arbeit erleichtern koennen.
- d) Das Interesse der Gruppenmitglieder, in Gewerkschafts- und Gemeinschaftsangelegenheiten aktiv mitzuwirken, hat sich erheblich verstaerkt.
- e) Die Mitglieder sind nicht mehr so geneigt, vorschnell zu urteilen und anderen Leuten gegenüber ihre Voreingenommenheit zu zeigen.

7. Interesse am Erwerb und Besitz von Kenntnissen

Es muss schliesslich auch noch festgestellt werden, ob der Kursus das Verlangen der Gruppe nach eingehender Unterrichtung, Kenntnissen und Tatsachenmaterial wirkungsvoll beeinflusst hat. Machen die Teilnehmer Vorschlaege fuer weitere Diskussionen oder Kurse. Fragen Sie, wo sie Buecher oder Denkschriften erhalten koennen. Zeigen sie Interesse fuer die Benutzung der oertlichen Bibliotheken. Sprechen sie mit ihren Freunden innerhalb oder ausserhalb der Gewerkschaft ueber das Unterrichtsprogramm. Dies sind einige der Fragen, durch deren Beantwortung Sie sich darüber Rechenschaft ablegen koennen, ob Sie in Ihrer Gruppe wirklich den Wunsch nach Erwerb und Besitz von Kenntnissen geweckt haben.

Aus: Anleitung fuer Diskussionsredner, herausgegeben von der Universitaet Chicago.

ARBEITGEBER - ARBEITNEHMERBEZIEHUNGEN UND GESELLSCHAFTSLEHRE

Nach Professor Hilda M. Watters ist Zweck der Erziehung, "dem Staatsbuenger das Ruestzeug mitzugeben, um im Leben eine leitende Stelle oder die eines Arbeitnehmers einzunehmen." Ein weiterer Erziehungszweck besteht darin, die Menschen so zu formen, dass sie imstande sind, eintraechtig miteinander zu leben und zu

arbeiten. Frau Dr. Watters ist Inhaberin des Lehrstuhls fuer Sozialwissenschaft am Western Illinois State Teachers College. Aus ihrem Aufsatz ueber die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen sei hier die folgende Stelle zitiert:

"Das Problem der Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen ist kein neues. Es ist jedoch fuer den inneren Frieden und das Allgemeinwohl der Nation von ausschlaggebender Bedeutung. In dem Masse, in dem sich unser Leben in der Gesellschaft immer mehr kompliziert, wird jeder Einzelne immer staerker von den zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft bestehenden Beziehungen betroffen.

Logischerweise gehoert dieses Thema zum Lehrgegenstand von Kursen in Gesellschaftskunde. In fruerehen Jahren ist es allerdings in ziemlich allgemeiner Weise im Unterricht ueber die Geschichte der Vereinigten Staaten und im Lehrgang ueber Probleme der Demokratie behandelt worden. Erst in den letzten drei oder vier Jahren, nachdem die Frage der erwahnten Beziehungen eine so wesentliche fuer das Leben in unserem Lande geworden ist, sind sich die Erzieher der Tatsache bewusst geworden, dass diese Frage es verdient, in der Schule in wohlueberlegter und angemessener Weise behandelt zu werden. So betonten auch einige in Fachzeitschriften erschienene Abhandlungen, dass die Schulen der Behandlung der Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen groessere Beachtung schenken muessten. Waehrend es noch vor wenigen Jahren kein fuer Schulzwecke geschriebenes Unterrichtsmaterial ueber den Gegenstand gab, sind nunmehr ein paar Schriften erschienen, die sich mit ihm befassen. Ausserdem sind kuerzlich einige Staaten und Staedte dazu uebergegangen neue Lehrplaene ueber Gesellschaftskunde aufzustellen, die als Lehrgegenstand auch die Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen einschliessen. All dies sind hoffnungsvolle Ansaetze, die zeigen, dass wir immer klarer erkennen, was unsere zukuenftigen Mitbuenger als Mitglieder der Gesellschaft wissen muessten.

Was also kann die Klasse im gesellschaftskundlichen Unterricht mit dem erwahnten Lehrgegenstand anfangen, und wie ist er am besten anzupacken. Zunaechst einmal bietet der Unterricht in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Entwicklung des Problems im Verlauf unserer Geschichte aufzuzeigen und darzustellen, welche Wirkung die Ausbreitung der Grossunternehmen und der organisierten Arbeitnehmerschaft auf unsere Gesellschaftsordnung hatte. Bei dieser Gelegenheit soll nicht unerwaehnt bleiben, dass nur wenige Geschichtslehrer mehr zu geben pflegen als eine chronologische Aufzaehlung von Ereignissen. Dadurch begeben sie sich der Moeglichkeit, dem Schueler zu zeigen, wie man Tatsachenmaterial unter einem bestimmten Gesichtspunkt zusammentraegt, und zwar so, dass er ein einigermassen umfassendes Verstaendnis des Gegenstandes gewinnt. Die meisten Geschichtsbuecher enthalten - dies ist an sich lobenswert - eine chronologische Schilderung des historischen Geschehens. Aufgabe des Lehrers ist es, den Unterricht in der Klasse so zu gestalten, dass seine Schuler den Lehrgegenstand unter bestimmten Gesichtspunkten einordnen koennen. Auf diese Weise werden dem Schuler die zu behandelnden Probleme auf zwei verschiedenen Wegen naehergebracht, was ihm dazu verhelfen wird, zusammengehoeerige Geschehnisse miteinander in Verbindung zu bringen.

Sodann muesste der Lehrgang ueber Probleme der Demokratie einen beträchtlichen Teil der Lehrzeit, moeglichst ein Drittel, der Behandlung des Problems der Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen widmen, denn mit keinem anderen Problem als diesem wird der Schueler nach Verlassen der Schule in so vielfaeltiger Weise in Beruehrung kommen. Als aktives Mitglied der Gemeinschaft wird er sehr wahrscheinlich in irgend einer Form, entweder als Lohn- oder Gehaltsempfaenger oder als sein eigener Herr eine Taetigkeit ausueben. Ganz gleichgueltig, ob er als Arbeitnehmer

oder Arbeitgeber oder auch nur als Verbraucher an unserem Gemeinschaftsleben teilnimmt, er muss bis zu einem gewissen Grade ueber das Verhaeltnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterrichtet sein.

Schliesslich kann ein Lehrgang in Gesellschaftskunde von allem auf dem hier interessierenden Gebiet verfuegbaren aktuellen Material Gebrauch machen. Sehr viele Lehrer der Gesellschaftskunde schliessen in ihren Lehrplan auch die Behandlung von Zeitgeschehnissen ein. Eine grossartige Gelegenheit, seine Stunden interessant zu gestalten, bietet sich dem Lehrer, der im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen das Verhaeltnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer behandelt. Viele Lehrer vermeiden zwar diesen Diskussionsgegenstand, weil er oft umstrittener Natur oder zu schwierig ist und darum sowohl von seiner Seite wie der des Schuelers zusaetzliche Vorbereitungsarbeit erfordert. Eine sorgfaeltige Untersuchung der Probleme duerfte aber im Interesse der oeffentlichen Meinungsbildung aufklaerend wirken. Eben der Umstand, dass das Thema stark umstritten ist, wird die Schueler mehr aufhorchen lassen. Es darf jedoch nicht der Versuch gemacht werden, die Schueler fuer oder gegen die Arbeitnehmer oder Unternehmer einzunehmen. Jeder Streitpunkt muss eingehend von allen Seiten untersucht werden, und falls beabsichtigt wird, Schlussfolgerungen zu ziehen, so sollte man dies den Schuelern ueberlassen. Der Zweck des Unterrichts besteht nicht darin, eine Schulklasse ein bestimmtes Problem loesen zu lassen, sondern sie dazu zu bringen, es unter allen Gesichtspunkten zu verstehen.

Zeitschrift fuer Gesellschaftslehre
im Unterricht, April 1947

DIE AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN UND DAS TAYLORSYSTEM

Clinton S. Golden, der Berater in Arbeiterangelegenheiten bei der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA), erklaerte am 3. Juni in Paris vor dem 3. Kongress fuer Internationale Forschung auf dem Gebiete des Sozial- und Arbeitslebens, dass die demokratischen Voelker an einem "Kreuzweg der Entscheidung" stehen.

Golden sagte, dass die Grundsaeetze der Rationalisierung, die frueher nur fuer das Gebiet der Massenproduktion gegolten haben, jetzt auch eine aeusserst bedeutungsvolle Rolle im Gebiet der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern spielen. Er sprach vom Taylorsystem, einer Bezeichnung, die in den Vereinigten Staaten auf wissenschaftliche Betriebsfuehrung angewandt wird. Dieses System ist nach Frederick Taylor benannt, einem der bahnbrechenden amerikanischen Industrie-Ingenieure. Sein ganzes Gedankengut, das Taylorsystem, wurde von den amerikanischen Industriellen aufgenommen, von den Gewerkschaften aber heftig bekaempft. Heute allerdings haben viele amerikanische Gewerkschaften ihre Einstellung geaendert. Sie sind Anhaenger des Taylorsystems geworden, aber nur fuer ihre Zweeke.

Golden, der selbst jahrelang in der Stahlarbeitergewerkschaft aktiv taetig war, erklaerte, wie diese Wandlung zustande kam und welche Bedeutung die Lehren Taylors fuer die amerikanischen Gewerkschaften haben. Golden war einer der ersten amerikanischen Arbeiterfuehrer, der erkannte, dass Gewerkschaften wie Unternehmer die von Frederick Taylor vertretenen Grundsaeetze nutzbringend zur Anwendung bringen koennen. Wegen Raummangel koennen hier nur die wichtigsten Punkte der Ansprache Goldens wiedergegeben werden:

Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern

"In den zwanziger Jahren entstand eine Bewegung, die man "Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum" nannte. Sie begann waehrend des ersten

Weltkrieges im staatlichen Zeugamt in Rock Island in Illinois. Später wurde sie auch bei der Eisenbahn, in Maschinenwerkstätten und in anderen Industriezweigen versuchsweise von verschiedenen interessierten Gewerkschaften eingeführt, die danach trachteten, bessere Beziehungen und engere Zusammenarbeit mit den Unternehmern zu entwickeln. Die Versuche waren erfolgreich.....

Als die Vereinigten Staaten in den zweiten Weltkrieg eintraten, hatten sich einige Gesichtspunkte und Phasen wissenschaftlicher Betriebsführung nach bestimmten Richtungen hin entwickelt. Im wesentlichen handelte es sich um Zeit- und Bewegungsuntersuchungen. Die Entwicklung wurde jedoch ueberschattet von einer starken, immer mehr wachsenden Bewegung innerhalb der Gewerkschaft, die an dem Grundsatz festhielt, dass eine Wissenschaft, die nicht den Arbeiter als Menschen beruecksichtigt, den Namen "Wissenschaft" nicht verdiene. Einige amerikanische Gewerkschaften hatten technische und Forschungsabteilungen eingerichtet, welche die Unternehmer in Fragen der Erzeugung und Verteilung berieten. Fuer ein Krieg fuehrendes Land war eine dauernde Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern von grundsatzlicher Bedeutung. Unter staatlicher Fuehrung wurden ueber 4,000 Ausschuesse aus Vertretern der Arbeiterschaft und des Unternehmertums gebildet, die den Zweck hatten, die Kriegsproduktion zu steigern und Arbeitsstoerungen und Streiks einzuschrænken. Hierbei zeigte es sich, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber gut zusammenarbeiten konnten. Noetig war lediglich, dass der Wille zur friedlichen Zusammenarbeit vorhanden war, und dass durch die Abhaltung von Besprechungen der geeignete Apparat geschaffen wurde, um Ursachen von Stoerungen zu untersuchen und sie auf friedlichem Wege zu regeln.....Nicht alle waehrend des Krieges taetigen Ausschuesse blieben auch weiterhin bestehen. Was jedoch blieb, war eine Reihe erfolgreich abgeschlossener Versuche."

Unternehmer stellen Untersuchungen an

Wie Golden ausfuehrte, erwog nach dem Kriege eine Gruppe leitender Arbeiterfuehrer, Unternehmer und Staatsbeamter einen Plan, die Verhaeltnisse in einigen Industrien, in denen die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern von Erfolg begleitet war, einer naeheren Pruefung zu unterziehen. Die Mittel zur Durchfuehrung des Planes wurden von privater Seite, und zwar von der Greenwood Stiftung, zur Verfuegung gestellt. Die Untersuchung wurde von einem Ausschuss geleitet, der 15 Industrieunternehmen auswahlte, in denen die "Ursachen des Arbeitsfriedens" untersucht werden sollten. Die Arbeiten selbst wurden mit Unterstuetzung des Nationalen Planungsverbandes durchgefuehrt."

"Wenn auch nur ungefaehr die Haelfte dieser 15 Untersuchungen zum Abschluss gebracht worden ist, so lassen sich doch gewisse feststehende Tatsachen erkennen und Folgerungen schliessen. Ich greife aufs Geratewohl die folgenden heraus:

(a) Anerkennung der Gewerkschaften: Zwischen der widerwilligen und freiwilligen Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Industrie und des Unternehmertums besteht ein grundsatzlicher Unterschied. Ich moechte in diesem Zusammenhang die Ausfuehrungen Frederick Taylors ueber die wissenschaftliche Betriebsführung zitieren:

'Ihrem Wesen nach bedeutet die wissenschaftliche Betriebsführung eine vollkommene geistige Revolution der in einem Betrieb oder einer Industrie beschaeftigten Arbeiter hinsichtlich ihrer Arbeit und ihrer Pflichten gegenueber ihren Mitarbeitern und Arbeitgebern. In gleichem Masse bedeutet sie aber auch eine vollkommene geistige Revolution der auf der Arbeitgeberseite stehenden Personen, d.h. der Werkmeister, Betriebsvorgesetzten, Betriebsinhaber und des Direktoriums hinsichtlich ihrer Pflichten gegenueber ihren Mitarbeitern in der Betriebsführung,

gegenseitig ihrer Belegschaft und bezüglich all ihrer taeglichen Probleme. Ohne diese vollkommene geistige Revolution auf beiden Seiten gibt es keine wissenschaftliche Betriebsfuehrung.'

Das Wesen der wissenschaftlichen Betriebsfuehrung besteht gerade darin, die alten Methoden durch diese neue Betrachtungsweise, diese neuen Gesichtspunkte zu ersetzen. Es kann keine wissenschaftliche Betriebsfuehrung geben, solange nicht dieser Gedanke das Gemeingut beider Parteien geworden ist, solange nicht die neue Idee der Zusammenarbeit und des Friedens an die Stelle der alten von Zwietracht und Streit getreten ist.

(b) Ein patriarchalisches Verhaeltnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bringt nicht notwendigerweise Arbeitsfrieden mit sich oder steigert die Erzeugung.

(c) Das Nichtvorhandensein von Streitigkeiten ist nicht immer ein Anzeichen dafuer, dass konstruktive oder gesunde Beziehungen bestehen.

(d) Der Arbeitsfrieden kann nicht durch beschwichtigende Massnahmen oder unwirtschaftliche Konzessionen erkaufte werden.

(e) Offener Zugang: Die ungehinderte Verbindung zwischen dem Inhaber und der Betriebsleitung auf der einen Seite und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist eine zwingende Notwendigkeit.

(f) Keine Einheitlichkeit. Die verschiedenen Untersuchungen erweisen, dass die Art und das Wesen der gegenseitigen Beziehungen keineswegs ueberall gleich sind.

(g) Klarheit in den Beziehungen. Wie auch immer die gegenseitigen friedlichen Beziehungen gestaltet sein moegen, sie muessen immer auf der Anerkennung und dem Verstaendnis der beiden Parteien obliegenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten beruhen. Beiden Parteien liegt es ob, fuer ihr Verhaeltnis Achtung und Vertrauen aufzubringen. Eine solche Haltung hat natuerlich Bedeutung fuer das, was wir Demokratie nennen. Demokratie naemlich verlangt Achtung vor der Wuerde des einzelnen Arbeiters.

(h) Kein Wunsch nach Sozialisierung: Bis heute liegen keine Anzeichen dafuer vor, dass eine nennenswerte Zahl von Arbeitern, Gewerkschaftsfunktionaeren und Gewerkschaftsfuehrern der Ansicht ist, dass eine Sozialisierung der Industrie bessere Arbeitsbedingungen oder ein groesseres Mass sozialen Wohlergehens mit sich bringen wuerde als es im Rahmen der Privatwirtschaft moeglich ist. Dies trifft nicht notwendigerweise auf solche ein ganzes Gebiet umfassende Unternehmen zu, die von der Bundesregierung ins Leben gerufen wurden und von ihr geleitet werden, wie z.B. die "Tennessee Valley Authority" (Tennessee-Stromtal-Project).

Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitgeber

In den Vereinigten Staaten hatte der Arbeitgeber urspruenglich alle Rechte und die Gewerkschaften wenige oder gar keine. Mit der wachsenden Zahl ihrer Mitglieder und der Ausdehnung ihres Interessengebietes griffen die Gewerkschaften zweifellos auch auf das Gebiet ueber, das der Unternehmer seiner ausschliesslichen Betaetigung vorbehalten hatte. Unsere Untersuchungen beweisen, dass hier ein Ausgleich stattfand, der die Betriebsfuehrung in ihrer Betaetigung eher unterstuetzte als behinderte. In keinem der in die Untersuchung einbezogenen Betriebe konnte ein Streik oder sonstige bedrohlichen Momente im Zusammenhang mit einem Eingriff in die Vorrechte des Unternehmers festgestellt werden.

Wir haben ebenfalls festgestellt, dass die Methoden fuer Kollektivverhandlungen, wie sie von Handwerksbetrieben, geschaeftlichen Unternehmen, Industrien lokaler oder regionaler Art, angewandt werden, einander gleichwertig sind. Unter bestimmten Bedingungen ist jede Methode gleich gut anwendbar. Unsere Untersuchungen zeigen, dass Arbeitsfrieden dort erreicht werden kann, wo die Betriebe und

die Gewerkschaften auf Gebieten zusammenarbeiten, auf denen sie gemeinsame Interessen haben, ferner dort, wo sie in verstaendnisvoller Weise Kompromisse schliessen, wenn ihre Interessen einander zuwiderlaufen. Es scheint - und das ist von grosser Bedeutung fuer die Welt -, dass das Gebiet, auf dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsame Interessen haben, groesser ist als dasjenige, auf dem Konfliktsstoffe bestehen.

Ich kann Ihnen berichten, dass der beratende Ausschuss sehr befriedigt von der Art und Weise war, mit der diese ersten Untersuchungen aufgenommen worden sind. In gewisser Beziehung haben dieselben in der oeffentlichen Meinung eine sympatische Reaktion ausgeloeet, und sie sind auch im Auslande bekannt geworden."

"Arbeitsmitteilungen der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit" 3. Juni 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL



Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 18

Berlin, 24. Juni 1949

INHALTSVERZEICHNIS

Die Kommunisten moechten die ILO aendern - - - - -	1
Auf dem Wege zur Einheit der demokratischen Arbeiterschaft	2
Die europaeische Arbeiterschaft trifft ihre Wahl - - - - -	3
Wir bauen die Zivilisation auf - - - - -	4
Die Gewerkschaftssekretariate - - - - -	4
Bericht ueber das Europabureau der AFL - - - - -	5
Eine Mahnung an die Geschaeftswelt - - - - -	6
Das Arbeitslosen-Problem in Italien - - - - -	6
Hohe Arbeitslosenziffern in Italien - - - - -	7
Der Hollaendische Ausschuss fuer Arbeitsfragen - - - - -	7
Ansichten griechischer Gewerkschaftler ueber Amerika - - -	8
Die Kaufkraft in Ungarn und Frankreich - - - - -	9
Die Kaufkraft in Estland - - - - -	9
Zinnarbeiterstreik in Bolivien - - - - -	10
Sozialpolitik der Regierung von Israeli - - - - -	10
Die Gewerkschaft bei Ford unterwirft sich dem Schieds- verfahren - - - - -	11
Kurzberichte aus der Welt der amerikanischen Arbeiterschaft	12
Entweder Leistungen oder..... - - - - -	13
Die struppigen Baerte sind schuld - - - - -	13
Die amerikanischen Gewerkschaften diskutieren ueber die unterschiedliche Behandlung - - - - -	14
Die Manpower Division schickt 56 Experten auf dem Gebiete des Arbeitswesens zu Studienzwecken nach den U.S. - - - -	15

DIE KOMMUNISTEN MOECHTEN DIE ILO AENDERN

Als die Internationale Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) gegruendet wurde, war seitens der beteiligten Nationen beschlossen worden, dass jedes Land in gleicher Weise durch Delegierte der Arbeiterschaft, der Arbeitgeber und der Regierung vertreten sein soll. Die von den Kommunisten vertretenen Laender versuchen jetzt, diese Einrichtung zu aendern. Bei der Eröffnung der 32. Jahreskonferenz der ILO in Genf am 8. Juni brachten die Delegationen Polens und der Tschechoslowakei eine Resolution ein, derzufolge nur Vertreter der Arbeiterschaft der Organisationen angehören sollen. Es sieht aber so aus, als wenn nur wenig Aussichten fuer die Annahme dieser Resolution bestehen, da die meisten Nationen, die der ILO angehören, mit der augenblicklich bestehenden Einrichtung zufrieden sind.

"New York Herald Tribune" (Paris) 9. Juni 1949

AUF DEM WEGE ZUR EINHEIT DER DEMOKRATISCHEN
ARBEITERSCHAFT

Noch vor Ende dieses Monats wird die erste Versammlung der Vorbereitenden Internationalen Gewerkschaftskonferenz zusammengetreten sein, und alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Beratungen einen erspriesslichen Abschluss finden werden. Die Konferenz ist natuerlich eine unvermeidliche Konsequenz aus dem Austritt der Zentralstellen der Freien Gewerkschaften aus dem Weltgewerkschaftsbund (WFTU). Es wird ihre Aufgabe sein, den Grundstein fuer eine neue demokratische Gewerkschaftsinternationale zu legen, deren Gruendung unter den bestehenden Verhaeltnissen eine unumgaengliche Notwendigkeit darstellt, die ausser Frage steht.

An die Zentralstellen und Organisationen in allen Teilen der Welt, von denen bekannt ist, dass sie an dieser Frage interessiert sind, sind Einladungen zu der Konferenz ergangen. Andere Organisationen, die wahrscheinlich aus verschiedenen Gruenden nicht in der Lage sind, Delegationen zu entsenden, sind auf dem Laufenden gehalten worden. Es wurde beschlossen, an solche Organisationen, von denen bekannt ist, dass sie unter kommunistischer Kontrolle stehen, keine Einladung ergehen lassen. Jede beteiligte Organisation wird von nicht mehr als 2 Delegierten vertreten sein; jeder Delegierte kann einen Beobachter mitbringen. Die Internationalen Gewerkschaftssekretariate sind ebenfalls eingeladen worden, 3 Vertreter von der gesamten Koerperschaft zu entsenden.

Vorbereitende Besprechungen

Die Versammlung wird am 25. und 26. Juni in Genf abgehalten werden, und Zeitpunkt wie auch Ort sind in Anbetracht der Tatsache ausgewaehlt worden, dass sich zu dieser Zeit die Vertreter vieler nationalen Gewerkschaftszentralstellen wegen der Arbeiten der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) in Genf aufhalten. Da die Konferenz lediglich vorbereitenden und beratenden Charakter haben wird, werden die daran teilnehmenden Zentralstellen in keiner Weise irgendwie Verpflichtungen uebernehmen.

Trotzdem kann man vernuenftigerweise im voraus bereits annehmen, dass das Ergebnis der Versammlung etwas mehr sein als nur eine oeffentliche Behandlung bzw. Darstellung der akademischen Ansichten ueber die Lage des internationalen Gewerkschaftswesens. Die dringende Notwendigkeit zur Schaffung einer neuen Gewerkschaftsinternationale wird von der AFL in ihrem laufenden Informationsblatt "International Free Trade Union News" in aller Freimuetigkeit zum Ausdruck gebracht, wo die Lage mit folgenden Worten beleuchtet wird:

"Als sich der Britische Gewerkschaftsbund, der CIO und der Hollaendische Gewerkschaftsbund schliesslich von dem vom Kominform kontrollierten Weltgewerkschaftsbund loesten, gaben sie damit das Signal fuer jede andere echte freie Gewerkschaftsorganisation, ebenfalls ihre Beziehungen zu dieser bolschewistischen Karikatur und Verdrehung einer internationalen Arbeiterbewegung abzubrechen.

In dem Masse, wie dieser Trennungsprozess fortschreitet, wird in den Reihen der Arbeiterschaft der Welt ein Vakuum geschaffen. Die AFL kann nicht nachdruecklich genug darauf hinweisen, dass dieses Vakuum von der organisierten Welteinheit der freien Arbeiterschaft ausgefuellt werden muss. Schon die Kommunisten haben versucht, dieses Vakuum auszufuellen und haben dadurch die Bedrohung der menschlichen Freiheit, des Wohlstandes des arbeitenden Volkes und des Friedens durch den Totalitarismus verschaeerft. Wir muessen eine echte, unverfaelschte Weltorganisation der freien Gewerkschaften haben - eine Weltorganisation von Gewerkschaften, die frei sind von aller Kontrolle seitens der Regierungen, frei von aller Beherrschung und allen Machenschaften seitens politischer Parteien und politischer Ideologien."

"Der CIO, die zweitgroesste Gewerkschaftsorganisation in den Vereinigten

Staaten hat vor kurzem auf seiner Jahresversammlung eine Resolution gefasst, in der formell der Austritt aus dem WFTU gebilligt wurde, und seinen Entschluss zum Ausdruck gebracht, sich mit anderen Arbeitergruppen zusammenzuschliessen in dem Bestreben, die Interessen der freien Gewerkschaften in der ganzen Welt zu foerdern.

Groessere und freiere Gebiete

"Wir sind der Meinung," heisst in dieser Erklaerung, "dass es jetzt mehr denn jemals zuvor notwendig ist, dass zwischen den freien Voelkern enge Beziehungen unterhalten bzw. aufrechterhalten werden muessen, und dass wir mit ehrlichen und aufrichtigen Gewerkschaftsgruppen in anderen Laendern zusammenarbeiten muessen, um die Gebiete in der Welt, wo ein freier Zusammenschluss der Arbeiter gestattet ist, auszuweiten."

"Es ist sicher, dass binnen kurzem ziemlich bedeutende Austritte aus dem WFTU erfolgen werden. Eine Anzahl nationaler Zentralstellen ist sich in diesem Punkt bereits schliessig geworden. Darauf wird sicherlich die Billigung seitens ihrer Jahreskongresse und Konferenzen folgen, und zwar angesichts der geistigen Einstellung und Haltung, die die Massen an den Tag legen, die die Mitgliederschaft der demokratischen Gewerkschaften bilden.

"Die Bezeichnung Weltgewerkschaftsbund ist in Wirklichkeit zu einem Namensirrtum geworden. Seine Berechtigung, in dieser Eigenschaft zu sprechen, ist dahin; sein Einfluss schwindet. Hier besteht in der Tat ein Vakuum, das notwendigerweise ausgefuellt werden muss, und die Demokratie der arbeitenden Klassen kann es sich nicht leisten, sich diese Gelegenheit entgehen zu lassen."

"Labour" Juni 1949

DIE EUROPAEISCHE ARBEITERSCHAFT TRIFFT IHRE WAHL

Der Nationale Bundesausschuss der "Force Ouvrière", des franzoesischen Gewerkschaftsbundes, der am 28. und 29. Mai zusammentrat, beschloss, sich an der Bildung eines neuen demokratischen internationalen Gewerkschaftsbundes zu beteiligen, der den von den Kommunisten beherrschten Weltgewerkschaftsbund (WFTU) ersetzen soll, und sprach sich gegen jede gemeinsame Aktion zusammen mit den kommunistischen Arbeitergruppen aus. Der Ausschuss erklarte erneut seine Bereitschaft, den Marshall-Plan zu unterstuetzen und hat, in hoeherem Masse in der franzoesischen Verwaltung fuer die Wiederaufbau-Massnahmen beteiligt zu werden.

Der franzoesische Allgemeine Verband der Vorarbeiter (CGC), der am 28. und 29. Mai zusammentrat, bestaetigte seine Aufnahme in die Gewerkschaftliche Beratende Arbeitsgemeinschaft (TUAC) des Europaeischen Wiederaufbau-Programms (ueber die der Rat der TUAC zwei Tage zuvor abgestimmt hatte) und wurde somit eine Mitgliedsorganisation des Marshall-Plans. Die Aufnahme des CGC in die europaeische gewerkschaftliche Gemeinschaft ebnete fuer ihn den Eintritt in die Gewerkschaftliche Beratende Koerperschaft, die am franzoesischen Wiederaufbau-Programm beteiligt ist.

Am 29. Mai stimmte der Allgemeine Belgische Arbeiterverband auf einer ausserordentlichen Versammlung im Verhaeltnis 9:1 fuer den Austritt aus dem WFTU, und zwar auf Grund der Tatsache, dass die kommunistischen Minderheiten Angriffe gegen den Beschluss und gegen den Marshall-Plan gerichtet hatten.

Eine Woche vorher hatte sich der Norwegische Gewerkschaftsbund auf seiner Jahreskonferenz mit 300 gegen 16 Stimmen fuer den Austritt aus dem WFTU entschlossen und hatte seine Funktionaere angewiesen, sich an Beratungen zu beteiligen, die die Gruendung einer neuen internationalen Koerperschaft zum Ziel haben.

Auf einer Konferenz, die am 21. Mai zu Ende ging, sprach sich der Daenische Gewerkschaftsbund fuer eine staendige Unterstuetzung des Marshall-Plans, fuer volle Beschaeftigung, angemessene Lohne und den Austritt aus dem WFTU aus. Die 1000 Delegierten stimmten dafuer, den Verbandfunktionaeren die Notwendigen

Schritte fuer den Anschluss an die neue Gewerkschaftsinternationale zu ueberlassen. Sie legten auch den ihnen angeschlossenen Gewerkschaften nahe, keine Beziehungen weiterhin zum WFTU zu unterhalten."

"ECA Labor Information" 2. Juni 1949

WIR BAUEN DIE ZIVILISATION AUF !

Charles J. McGowan, der Praesident der Internationalen Vereinigung der Kesselschmiede (AFL) aeusserte sich vor kurzem wie folgt:

Wir sind der Meinung, dass man den Interessen der Lohnempfaenger wie die des Volkes als Ganzes am besten damit dient, dass man die Produktion steigert, sowohl in der Qualitaet wie auch in der Quantitaet, sowie durch angemessene Lohnnormen, die den Arbeitern eine staendige Kaufkraft garantieren, wodurch fuer die Umgebung, in der sie leben, hoehere nationale Normen geschaffen werden wie auch die Mittel, dass sie sich der kulturellen Gelegenheiten erfreuen koennen, was als ihr unveraeusserliches Recht anzusehen ist. Wir wollen niemals vergessen, dass wir die Zivilisation aufbauen. Die Grossartigkeit einer Zivilisation wird niemals allein nach dem Stande der Produktion pro Kopf gemessen. Sie wird zum Teil gemessen an der Art und Qualitaet der Produktion und an dem wirtschaftlichen Wohlstand ihres Volkes. Der richtige bzw. wirkliche Masstab fuer eine Zivilisation ist die Art von Menschen, die sie hervorbringt. Wir wollen es ganz glasklar herausstellen, dass wir in der Geschaeftsleitung, in der Regierung und in der Fuehrerschaft der Gewerkschaften in der Lage sind, die Vorzuege bzw. Verdienste zu untershneiden und zu ehren, Maengel anzuerkennen bzw. zu erkennen und ihre Abstellung zu fordern, und darauf zu bestehen, dass unsere Stimme bei der Gestaltung unseres Geschickes gehoert wird."

"American Federationist" Mai 1949

DIE GEWERKSCHAFTSSEKRETARIATE

"Die Gewerkschaftssekretariate sind Einrichtungen, die schon sehr lange bestehen. In manchen Faellen bestanden sie schon frueher als die Zentralstellen der allgemeinen internationalen Gewerkschaftsverbaende. Die meisten dieser internationalen Gewerkschaftssekretariate waren in Europa organisiert, wo sich die Industriewirtschaft zuerst entwickelte. Unter den ersten befanden sich diejenigen, welche die Diamanten-Arbeiter, die Drucker, die Bergleute, die Tabakarbeiter und die Textilarbeiter vertraten. Die Arbeiter in Europa gingen, wenn sie Arbeit suchten, ganz bestimmten Kanaelen auf der Wanderschaft nach. Die Drucker hatten eine Wandervorschrift, wie auch ein Kartenaustausch-System, das so alt war wie ihr Gewerbe selbst.

Der Handel zwischen den Laendern Europas und die Wanderschaft der Arbeiter entwickelten die internationalen Aspekte der Foerderung der Arbeiterwohlfahrt und der Aufrechterhaltung von Arbeitsnormen. Die Notwendigkeit brachte die Exekutiven der Gewerkschaften in den betreffenden Laendern einander naeher; so waren die Gewerkschaftssekretariate staendig funktionierende Einrichtungen beim Aufbau internationaler Arbeiterorganisationen.

Waehrend des Zweiten Weltkrieges wurden viele Gewerkschaftssekretariate zur Untaetigkeit verurteilt. Hier war es der Internationale Transportarbeiter-Verband, der als Untergrundbewegung zur Linderung der Not der DPs und zur Hilfeleistung fuer die Arbeiter in den Widerstandsbewegungen und in den Freien Gewerkschaften diente. Die Geschichte seiner heldenhaften Untergrund-Taetigkeit ist etwas, worauf die freien Arbeiter ueberall immer stolz sein werden.

Es waren auch die Gewerkschaftssekretariate, die den Widerstand gegen die kommunistische Fuhrerschaft in der internationalen Arbeiterschaft fuhrten, und die sich weigerten, dem Weltgewerkschaftsbund beizutreten, weil dieser von den Kommunisten beherrscht wird.

Eine Anzahl nationaler und internationaler Gewerkschaften der AFL ist den Sekretariaten, zu denen sie zugelassen werden konnten, beigetreten. Diejenigen aber, die an der Aufrechterhaltung ihres Charakters als freie Institutionen interessiert sind, sollten den geeigneten Gewerkschaftssekretariaten beitreten, denn bei diesen Institutionen hat es sich erwiesen, dass sie der Weltarbeiterorganisation am Herzen liegen. Augenblicklich bestehen etwa 25 Gewerkschaftssekretariate. Diese demokratischen Arbeiterorganisationen koennen grossen Einfluss darauf haben, den Charakter des naechsten Weltarbeiterbundes zu bestimmen."

"American Federationist" Mai 1949

BERICHT UEBER DAS EUROPABUERO DER AFL

Europakorrespondent fuer den AFL Nachrichtendienst Bruessel: Hunderte von Fuhrern freier Gewerkschaften in Europa schauen erwartungsvoll auf das Europabuero der AFL in Bruessel, Belgien, von dem sie Ermutigung, Rat und - zuweilen - Hilfe erwarten.

Am haeufigsten verlangen sie aber Nachrichtenmaterial ueber die amerikanische Arbeiterschaft, das bisher nur in sehr beschraenktem Masse erhaeltlich war, waehrend andererseits das Propagandamaterial ueber Russland den Kontinent ueberschwemmte. Sie verlangen den "News Letter" (etwa: Nachrichtenblatt"), ein vielfaeltigtes Informationsblatt, das hier von der AFL herausgegeben wird, um daraus Aufsaeitze ueber typische amerikanische Gewerkschaftler, ueber statistische Angaben zu den Loehnen und Preisen in den Vereinigten Staaten zu entnehmen.

Jeden Monat ergehen Dutzende von Aufforderungen an Irving Brown, den Europa-vertreter der AFL, auf Gewerkschaftsversammlungen Reden zu halten. Er hat tatsaechlich in jedem Lande Europas - mit Ausnahme Spaniens - gesprochen, und darueber hinaus ist er von einer grossen Menge von Zeitungs- und Zeitungsverlegern hier gebeten worden, sie mit Artikeln ueber das Gewerkschaftswesen in Amerika zu versehen.

So schrieb z.B. ein Funktionaer des Finnischen Gewerkschaftsbundes:-

Auf Grund der Tatsache, dass der Schreiber dieses keine andere Verbindung zur amerikanischen Gewerkschaftsbewegung unterhaelt, habe ich mir erlaubt, wegen gewisser Informationen und Wuensche meinerseits an Sie heranzutreten.....

Ein Wortfuhrer des Griechischen Gewerkschaftsbundes schrieb: "Wir haben Gelegenheit gehabt, die von Ihnen herausgegebene Broschuere mit dem Titel "Die amerikanischen Gewerkschaften und die internationalen Probleme" zu lesen und moechten Sie bei dieser Gelegenheit bitten, uns freundlicherweise Ihre Broschueren zukommen zu lassen, damit wir die Entwicklung Ihrer Bewegung verfolgen koennen.

"Wir wuerden Ihnen auch dankbar sein, wenn Sie uns mitteilten, ob Sie uns gestatten, dass wir die wichtigsten Abschnitte der erwaehten Schrift uebersetzen und veroeffentlichen lassen, damit sich eine groessere Anzahl griechischer Gewerkschaftler mit Ihren Gedanken vertraut machen kann...Es wuerde fuer uns auch eine Ermutigung sein, wenn Sie uns ueber die guten Absichten der amerikanischen Gewerkschaften Mitteilung machen wuerden, die darauf abzielen, die Lage der griechischen Gewerkschaftsbewegung, international und europaeisch gesehen, zu verbessern."

Ein belgischer Rechtsanwalt schrieb:

"Wuerden Sie mir bitte den vollen Wortlaut der Botschaft des Praesidenten Truman an die Jahresversammlung der AFL zusenden.....

Der Generalsekretär des Metallarbeiterverbandes, der der "Force Ouvrière", einem freien Gewerkschaftsbund, angeschlossen ist, schrieb an Mr. Brown, um ihm fuer 6 Schreibmaschinen zu danken, "die uns die AFL zur Verfügung gestellt hat."

"AFL Weekly News Service" 10. Mai 1949

EINE MAHNUNG AN DIE GESCHAFTSWELT

Eric Johnston, der fruere Praesident der Amerikanischen Handelskammer¹ der in der Februarausgabe der Zeitschrift "Fortune" Artikel veroeffentlicht, erklarte, dass das Versagen der europaeischen Geschaeftsleute die Ursache des europaeischen Sozialismus sei. Der Kapitalismus hat nicht versagt, schreibt er, sondern viele Kapitalisten haben im System der freien Unternehmen ihre Verantwortung vernachlaessigt. Er ist der Meinung, dass sich das amerikanische Geschaeft in dieser Hinsicht auf dem Wege der Besserung befindet.

"Als amerikanischer Geschaeftsmann bin ich stolz auf das wachsende soziale Empfinden innerhalb unserer Geschaeftswelt, ich bin mir aber auch darueber klar, dass die amerikanische Geschaeftswelt fuer ihren Widerstand gegen die sozialwirtschaftlichen Reformen noch buessen muss. Wenn die Geschaeftswelt sich mehr soziales Empfinden zu eigen macht, dann wird es auch weniger Sozialgesetzgebung geben. Der Weg der Freiwilligkeit steht der Industrie offen; moege sie nun ihrem Genie auf dem Gebiete der Erfindung und des Scharfsinns auf sozialem Gebiet ebenso freien Lauf lassen, wie es auf technischem Gebiete der Fall ist. Technisch gesehen; wir heizen eine neue Maschine kaum an, bevor wir die Zeichnungen eines besseren Modells auf dem Zeichenbrett haben. Wir koennen - und wir muessen - dasselbe mit unserem sozialen Denken tun.

Die grosse Frage, der sich heute die amerikanischen Geschaeftsleute gegenuebersehen, besteht darin, neue Wege zu finden, um die Vorteile des Kapitalismus einer groesseren Anzahl Menschen zugute kommen zu lassen. Ich spreche hier nicht davon, dass der Reichtum verteilt werden soll. Ich spreche davon, dass ein neuer Reichtum geschaffen werden soll, der verteilt wird. Wenn wir daran ebenso wirksam arbeiten wie fuer die Produktion und die Schaffung von Qualitaetsware, dann werden wir die Vorteile unseres Systems verbreiten und das Vertrauen unseres ganzen Volkes dazu ausweiten. Vielleicht koennen wir sogar den Europaeern neues Vertrauen vermitteln. Und die Bedrohung durch den Sozialismus wird mehr und mehr in die Ferne gerueckt."

Aus "The Reader's Digest", Juni-Ausgabe 1949

DAS ARBEITSLOSEN-PROBLEM IN ITALIEN

In Italien besteht ein Vierjahres-Plan, der mit dem Europaeischen Wiederaufbau-Programm im Zusammenhang steht. Der Hauptzweck dieses Planes besteht darin, fuer die italienischen Arbeiter Stellung zu finden. Allerdings sind die Aussichten nicht ermutigend, wie aus einem Bericht hervorgeht, den die italienische Delegation dem Staendigen Ausschuss fuer Umsiedlungsfragen bei der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) unterbreitet hat.

"Der Vierjahresplan erstreckt sich auf die Landwirtschaft, auf Fischereien, Industrieproduktion, Bau- und Transportwesen, sowie auf oeffentliche Bauvorhaben, die auf grosser Basis geplant sind. Die Durchfuehrung beruht auf einer Reihe von Massnahmen, die die Finanz- und Geldpolitik, wie auch die Politik, die den internationalen Kredit und Handel bestimmt, betrifft.

"Der Hauptzweck der geplanten Massnahmen ist das Verschwinden der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Es hat jedoch den Anschein,

als wenn der erwartete Erfolg keineswegs eine vollstaendige Loesung des italienischen Arbeitsproblems darstellen wird. Man wird sich erinnern, dass sich bis 31. Dezember 1948 die Zahl der Arbeitssuchenden auf 1.930.436 belief, und dass sich die italienische Bevoelkerung jaehrlich im Durchschnitt um 450.000 Menschen vermehrt, einschliesslich einer Zahl von 292.000, die jaehrlich dazu bestimmt ist, das Heer der Arbeitslosen zu vergraessern, was fuer die 4 Jahre des Plans insgesamt 1.168.000 Menschen bedeuten wuerde. Der Plan sieht fuer die Jahre 1952-1953 ein Ansteigen der Beschaeftigungsziffer vor, wovon 1.150.000 Menschen betroffen werden wuerden - 25.000 in der Landwirtschaft, 425.000 in Industrie und Handwerk, 300.000 fuer Bauten und oeffentliche Arbeiten, sowie 400.000 fuer den Verwaltungsdienst, fuer Handel und Transportwesen, in dem Plan ist auch die Auswanderung von 832.000 Menschen einschliesslich ihrer Familienmitglieder vorgesehen, und zwar 364.000 nach europaeischen Laendern und 468.000 nach aussereuropaeischen Laendern.

Wenn man zu der Zahl von 1.930.436 Arbeitssuchenden, die am 31. Dezember 1948 beim Ministerium fuer Arbeit und Sozialfuersorge registriert waren, die 1.168.000 Arbeitssuchenden, die sich aus dem natuerlichen Ansteigen der Bevoelkerungsziffer ergeben, hinzuzaehlt, hiervon aber die 1.982.000 Menschen, die im Lande und in Uebersee Arbeit finden wuerden, abzieht, dann ergibt sich daraus, dass in den Jahren 1952-1953 die Arbeitslosenziffer ungefaehr 1.200.000 Menschen betragen wird."

Industry and Labour" (ILO) 15. April 1949

HOHE ARBEITSLILOSENZIFFERN IN ITALIEN

Nach Schaetzungen wird angenommen, dass etwa 3 Millionen Arbeiter in der italienischen Industrie beschaeftigt sind, andererseits gibt es aber viel mehr Arbeiter als Arbeitsplaetze. Die letzten Angaben die vom Ministerium fuer Arbeit und Sozialwohlfahrt ueber die Zahl der Arbeitssuchenden veroeffentlicht wurden, beziehen sich auf den Monat November 1948. Berichte aus anderen Quellen besagen, dass in der Zwischenzeit auf dem Arbeitsmarkt eine Besserung eingetreten sei.

Stellungsuchende in Italien - November 1948

Kategorie	Maenner		Frauen		Gesamt	
1	71,359	5.6	11,142	1.7	82,501	4.2
2	—		210,305	32,0	210,305	11.0
3	245,093	19.3	99,381	15.1	344,474	17.8
4	957,143	75.1	336,013	51.2	1,293,156	67.0
Gesamt	1,273,595	100.0	656,841	100.0	1,930,436	100.0
Prozent	66.0		34.0		100.0	

Schluessel zu den einzelnen Kategorien

1. Arbeiter, die sich zur Ruhe gesetzt haben und Pension beziehen, sowie Beschaeftigte, die eine andere Stellung suchen.
2. Hausfrauen, die eine bezahlte Beschaeftigung suchen.
3. Junge Menschen unter 21 Jahren und aus dem Heer entlassene Soldaten, die zum ersten Mal Beschaeftigung suchen.
4. Arbeitslose, die ihre fruehere Beschaeftigung verloren haben.

Zusammengestellt nach Tabellen in "Industry and Labour" (ILO) 1. April 1949

DER HOLLAENDISCHE AUSSCHUSS FUER ARBEITSPRAGEN

Seit einigen Jahren haben sich die Beziehungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen in den Niederlanden in einer Weise entwickelt, die

man wirklich als ausserordentlich guenstig ansehen kann, und die, moechten wir sagen, fast in keinem anderen Teile der Welt ihresgleichen haben.

Die Tatsache, dass sich regelrechte Beziehungen langsam zwischen den organisierten Arbeitgebern und Arbeitern entwickelt haben, die sich zu Anfang ziemlich feindlich gegeneberstanden, ist ein Phaenomen, das man mehr oder weniger in allen westlichen Laendern beobachten kann, aber in den Niederlanden hat diese Entwicklung einen sehr schnellen Verlauf genommen. Dort haben die fuehrenden Organisationen auf beiden Seiten beschlossen, eine staendige Einrichtungen der Zusammenarbeit zu gruenden, den sogenannten Ausschuss fuer Arbeitsfragen.

Das Ziel dieses Ausschusses besteht darin, "gute und bestaendige soziale Beziehungen im industriellen Leben Hollands auf der Basis gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu gewaehrleisten." Durch Schaffung dieser Koerperschaft brachten die fuehrenden Personen in den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeiter ihre Ueberzeugung zum Ausdruck, dass sie hier ihre Faehigkeiten unter Beweis stellen koennten, um durch freie Beratung zu einer Verstaendigung ueber die grossen Arbeitsprobleme zu gelangen.

Die Erfahrungen, die in den 3 Jahren des Bestehens dieses Ausschusses gesammelt wurden, haben die Erwartungen bestaetigt, in der gesamten Industrie wie auch in den besonderen Industriezweigen, wo in mehreren von ihnen freiwillige kooperative Organisationen gebildet wurden, sind konstruktive Gedanken, die sowohl fuer die Arbeitgeber wie auch fuer die Arbeiter annehmbar waren, auf zahlreichen Fragen der Sozialpolitik entwickelt worden.

Fuer die Regierung ist diese Entwicklung von grosser Bedeutung. Zum grossen Teil ist es ihr zu verdanken, wenn die Zahl der industriellen Streitfaelle, die sich waehrend der Nachkriegsjahre ergaben, nur klein geblieben ist. Abgesehen davon wird auch die lenkende Aufgabe der Regierung wesentlich erleichtert, wenn sie sich auf die einstimmigen Ratschlaege aus dem gesamten industriellen Leben verlassen kann. Aus diesem Grunde ist auch der Ausschuss fuer Arbeitsfragen seitens der Regierung als Beratende Koerperschaft anerkannt worden.

"Informationsdienst des Hollaendischen Ministeriums fuer Soziale Angelegenheiten" Maerz 1949

ANSICHTEN GRIECHISCHER GEWERKSCHAFTLER UEBER

AMERIKA

Die amerikanischen Arbeiter haben einen hohen Lebensstandard, sie erfreuen sich einer vollkommen individuellen Freiheit und bringen volles Verstaendnis auf fuer die Opfer, die von den Griechen in dem Bestreben gebracht werden, der Ausbreitung des Totalitarismus ueber die Grenzen hinweg Einhalt zu gebieten, erklaerte John Patsantzis, der Sekretaer und Schatzmeister des Griechischen Gewerkschaftsbundes (GSEE), nach der Rueckkehr von seiner Reise nach den Vereinigten Staaten in seinem Bericht an seine Kollegen.

Patsantzis meinte, die amerikanische Arbeiterschaft koennte auch fuer sich die Vorteile der Weihnachtsw- und Ostern-Zuwendungen und der Trennungsentschaedigung, wie sie bei der griechischen Arbeiterschaft eingefuehrt sind, fuer sich in Anspruch nehmen. Andererseits, sagte er, "fuehlen sich die amerikanischen Arbeiter in einem hoeheren Lebensstandard sicherer, sie sind auf ihre Arbeit stolz und brauchen vielleicht auch nicht diese Schutzabkommen, wie sie innerhalb der Beziehungen zwischen Arbeitsnehmern und Arbeitgebern getroffen worden sind."

"Die reichere Wirtschaft der Vereinigten Staaten spiegelt sich sogar in der Errichtung industrieller Werke wider. In Griechenland wuerde kein Industrieller

jemals auf den Gedanken kommen, im Bauplan eine Stelle fuer den Parkplatz zur Unterbringung der Automobile der Arbeiter vorzusehen, so wie das in Amerika der Fall ist.

Patsantzis und Stephan Lolos, der Generalsekretaer des Griechischen Tabakarbeiterverbandes, wurden nach den Vereinigten Staaten geschickt, um dort die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbeziehungen zu studieren.

"ECA Labor Information" 23. Mai 1949

DIE KAUFKRAFT IN UNGARN UND FRANKREICH

Die folgenden Ziffern ueber die Kaufkraft des Ungarischen und franzoesischen Arbeiters sind uns vom Amt fuer Arbeitsangelegenheiten beim Verwaltungsausschuss fuer das ERP zugegangen. Sie wurden in einer der laufenden Ausgaben der Zeitschrift "Gewerkschaftler im Exil" veroeffentlicht, die in Paris von gefluechteten Arbeiterfuehrern aus den Laendern hinter dem "Eisernen Vorhang" herausgegeben wird. Die Ziffern ueber die Kaufkraft in Ungarn wurden Ernoe Kilary nach den laufenden franzoesischen Preisindices, zusammengestellt und wurden ferner von ihm der ungarischen kommunistischen Zeitung "Szabad Nep" entnommen. Die ungarischen Ziffern gelten fuer einen Facharbeiter des Csepel-Werks, die franzoesischen fuer einen solchen in einer Pariser Fabrik der Luftfahrtindustrie. Nachstehend Mr. Kilary's Vergleichsziffern:

Menge	Ware	Wie lange der Arbeiter arbeiten muss, um diese Menge an Waren kaufen zu koennen	
		in Ungarn	in Frankreich
150 g	Schweinefleisch	1 Stunde	15 Minuten
300 g	Zucker	1 "	22 "
250 g	Reis	1 "	42 "
3700 g	Kartoffeln	1 "	14 "
780 g	Brot	1 "	14 "
3200 g	Mohrrueben	1 "	19 "
110 g	Butter	1 "	20 "
3000 g	Zwiebeln	1 "	30 "
500 g	Aepfel	1 "	20 "
110 g	Schmalz	1 "	17 "
1½ l	Milch	1 "	20 "
4	Eier	1 "	20 "
20	Zigaretten	1 "	33 "
		<u>13 Stunden</u>	<u>4 Stunden 52 Minuten</u>

"ECA Labor Information" 3. Juni 1949

DIE KAUFKRAFT IN ESTLAND

Ein scharfes Absinken der Kaufkraft des estnischen Arbeiters kommt in den Zahlen zum Ausdruck, die ein Gewerkschaftler, der aus Estland gefluechtet ist, zusammengetragen hat. Sie sind in der Zeitschrift "Der Gewerkschaftler im Exil", die in Paris erscheint, veroeffentlicht worden. Diese Zeitung wird von einer Gruppe frueherer Gewerkschaftsfuehrer herausgegeben, die aus den Laendern hinter dem "Eisernen Vorhang" gefluechtet sind. In der Mai-Ausgabe dieses Jahres hat J. Mikhelson, ein frueherer estnischer Gewerkschaftssekretaer, folgende Tabelle zusammengestellt, in der die Menge an Waren angegeben ist, die der durchschnittliche Este mit seinem monatlichen Einkommen vor und nach dem Zweiten Weltkriege kaufen konnte bzw. kaufen kann.

Die Kaufkraft des monatlichen Einkommens in Estland

<u>Ware</u>	<u>1939</u>	<u>1941</u>	<u>1944</u>	<u>1948</u>
Brot	398 kg	555 kg	260 kg	109 kg
Rindfleisch	114 "	93 "	—	—
Speck	84 "	66 "	20 "	10 "
Butter	38 "	36 "	10 "	5 "
Zucker	170 "	100 "	52 "	21 "
Kartoffeln	1592 "	1562 "	650 "	350 "
Schuhe	7 Paar	2 Paar	2 Paar	1,3 Paar
Fertige Herren- anzuege	1,5	0,5	0,5	0,4

Die Normen der estnischen Arbeiter sind sogar noch niedriger, als aus diesen Ziffern hervorgeht, erklarte Mikhelson, da die meisten Waren nur auf dem Schwarzen Markt zu haben sind. Die estnischen Arbeiter erhalten jetzt taeglich 1500 bis 1600 Kalorien an Nahrungsmitteln wogegen es im Jahre 1939 im Durchschnitt 3553 waren, fuegt der gefluechtete Gewerkschaftler hinzu.

"ECA Labor Information" 3. Juni 1949

ZINNARBEITERSTREIK IN BOLIVIEN

In Bolivien befinden sich die Arbeiter in den Zinnbergwerken im Ausstand. Dieser Streik hat im Laufe der Zeit langsam den Charakter einer wirtschaftlichen Revolution angenommen. Die Minen wurden von Truppen besetzt. Eine Anzahl Firmenangestellter ist getoetet worden, und einige 40 weitere Personen, meistens Streikende, verloren das Leben. Am 1. Juni kam aus La Paz, Boliviens Hauptstadt, die Nachricht, dass die Arbeiter verschiedener Industriezweige zu Sympathiestreiks fuer die Bergleute aufgerufen haetten.

Die bolivianische Regierung behandelt den Streik wie eine politische Revolution. Verschiedene Fuehrer der Nationalrevolutionaeren Bewegung sind festgenommen worden. Ausserdem hat die Regierung einen Mobilisierungsbefehl zum Wehrdienst fuer alle tauglichen Maenner im Alter von 19 bis 50 Jahren erlassen. Er scheint sich um Streitfragen grundsuetzlicher Natur zu handeln, deren Beilegung sich vielleicht noch wochenlang hinziehen kann.

"The New York Times" 2.6.49

SOZIALPOLITIK DER REGIERUNG VON ISRAELI

Die Regierung von Israeli hat dem Parlament am 9. Maerz 1949 verschiedene Vorschlaege unterbreitet, die sich auf das Sozialprogramm des neuen Staates beziehen. Die Vorschlaege umfassen einige Punkte, die die Buergerrechte sowie allgemeine Plaene der Regierungspolitik in bezug auf die Einwanderung. Die Regierung verpflichtet sich, die Konsumgenossenschaften und die Arbeitersiedlungen auf dem flachen Lande zu unterstuetzen; ebenso sollen die Arbeiter vor zu hohen Lebenshaltungskosten geschuetzt werden. Folgende Punkte sind in den Vorschlaegen zu den Arbeitsbedingungen enthalten:-

"Freiheit des Zusammenschlusses und das Streikrecht"

Der Staat wird die Freiheit des Zusammenschlusses garantieren, die Bildung von Gewerkschaften fuer alle Klassen von Arbeitern wird gefoerdert, das Recht auf Streik wird garantiert, es wird ein Gremium gebildet, das sich mit der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten befasst, ebenso werden Kollektivabkommen gefoerdert.

Woechentliche Ruhe- und Feiertage

Im Staate Israel sind der Sabbath und die Juedischen Feiertage zu Ruhetagen

erklärt; Anhänger anderer Glaubensbekenntnisse sollen das Recht haben, ihre eigenen Feiertage und Ruhetage einzuhalten und zu beobachten.

Arabische Arbeiter. Die Regierung sichert den arabischen Arbeitern die gleichen Rechte zu wie den juedischen Arbeitern; es soll eine Politik verfolgt werden, die darauf abzielt, dass der Lebensstandard progressiv ansteigt, auch soll ein Organisations- und Bildungswerk fuer die arabischen Arbeiter geschaffen werden.

Berufsausbildung. Fuer alle Kinder wird obligatorischer Schulunterricht eingefuehrt; die jungen Arbeiter erhalten eine Berufsausbildung; landwirtschaftliche und technische Ausbildung wird gefoerdert; der Gedanke von der Notwendigkeit der Arbeit wird bereits den jungen Menschen eingeschaeft.

Weibliche Arbeiter. Auf Grund der Rolle, die die Frauen als Muetter spielen, werden diese von jeder gefaehrlichen Arbeit ausgenommen, bei der Niederkunft erhalten sie bezahlten Urlaub, ihre Arbeitsstellen werden fuer sie offen gehalten; Nachtarbeit ist fuer Muetter von Familien verboten; fuer gleiche Arbeit wird gleicher Lohn bezahlt.

Kinderarbeit: Die Beschaeftigung von Kindern unter 14 Jahren ist nicht zu-laessig, die Beschaeftigung junger Leute im Alter von 15 bis 18 Jahren unterliegt einer scharfen Kontrolle.

Arbeitsaemter: Es wird ein zentrales Arbeitsamt geschaffen, das fuer alle Arbeitsfragen und damit zusammenhaengenden Beduerfnisse in den Dienst gestellt wird, ohne irgendwelche unterschiedliche Behandlung.

Versicherung und Unterstuetzung: Die Regierung wird nach und nach eine Reihe von Sozialversicherungs- und Unterstuetzungsinstituten ins Leben rufen (Arbeitslosigkeit, Betriebsunfaelle, Invaliditaet, Altersversorgung, Witwen- und Waisen-Hilfswerk).

Gesundheit und Sicherheit: Zum Schutze der Arbeiter in den verschiedenen Industrien und um gesunde und sichere Arbeitsbedingungen zu gewaehrleisten, werden gesetzliche Bestimmungen erlassen."

"Industry and Labour" (ILO) 1. Mai 1949 .

DIE GEWERKSCHAFT BEI FORD UNTERWIRFT SICH DEM SCHIEDSVERFAHREN

Die Arbeiter bei der Ford Motor Company, die Mitglied des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter (UAW) im CIO sind, haben dafuer gestimmt, am 29. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen, wodurch ihr Streik wegen angeblich zu schnell laufender Fliessbaender, der 25 Tage gedauert hatte, zu Ende ging.

Die Firma wie auch die Gewerkschaft will versuchen, bis zum Nachmittag des 2. Juni einen Schiedsmann zu finden, der beiden Parteien zusagt. Wenn sie sich nicht einigen koennen, dann wird die Gesellschaft wie auch die Gewerkschaft je einen Vertreter waehlen, die beide mit Dr. Harry Shulman, dem Schiedsobmann des UAW bei Ford, zusammenkommen sollen. Die Entscheidung des aus 3 Maennern bestehenden Ausschusses soll dann als bindend angesehen werden.

Nach dem erzielten Abkommen soll ueber folgende Frage entschieden werden: "Hat die Gesellschaft nach dem Kontrakt auf Grund der gesundheitlichen wie auch der Sicherungsverhaeltnisse oder sonstwie das Recht, von einem Werksangehoerigen zu verlangen, sein Arbeitspensum zu irgendeiner Einheit in einer kuerzeren Zeit zu erledigen als die Zeitnehmerkontrolle fuer sein Pensum zeigt, vorausgesetzt, dass dem Arbeiter nicht mehr als 480 Minuten an Arbeit zugeteilt sind, wie sie durch die Zeitkontrolle in einer 8-Stundenschicht gemessen wurde."

Mit anderen Worten, die Frage lautet, ob die Gesellschaft das Recht hat, schneller als mit der durchschnittlichen Geschwindigkeit arbeiten zu lassen, wenn der gesamte taegliche Ausstoss nicht die festgesetzte Quote uebersteigt.

Abgesehen von dem Abkommen, die Schiedsrichterentscheidung einzuholen, ist u.a. vorgesehen, dass die Gesellschaft bei jedem Fließband die konstante Geschwindigkeit beibehält und die Einheiten verteilt, um für ein gleichförmiges Fließen der Arbeit zu sorgen.

Die Gesellschaft war auch damit einverstanden, dass die normale Arbeitsleistung, die von den Arbeitern verlangt wird, bei Fehlen nicht erhöht werden würde, sie versprach, "kitzliche" Arbeiten am Fließband zu überprüfen und nahm die disziplinarischen und zeitweiligen Entlassungen zurück, die in 27 Fällen wegen irgendwelcher Handlungen, die vor dem Streikbeginn lagen oder zeitlich mit ihm zusammenfielen, ausgesprochen worden waren.

Die Verhandlungen zwischen Ford und dem UAW über ein neues Abkommen beginnen am 1. Juni, der augenblicklich laufende Kontrakt läuft am 15. Juli ab.

Amerikanisches Arbeitsministerium "Weekly Labor News Digest," 1. Juni 1949

KURZBERICHTE AUS DER WELT DER AMERIKANISCHEN ARBEITERSCHAFT

Die obligatorischen Schiedsverfahren, wie sie im Antistreikgesetz für Gemeinnützige Einrichtungen in New Jersey verankert sind, wurden vom Obersten Gericht des Staates New Jersey für verfassungswidrig erklärt, weil in ihnen keine Normen und Beschränkungen als Richtlinien für die Schiedsmänner enthalten sind. Die Bell Telephone Company hatte die Gesetzlichkeit des Schiedsverfahrens in einem Falle in Frage gestellt, der sich aus einem Telefonstreik im April 1947 ergeben hatte.

An den Allgemeinen Arbeiterverband des Staates Israel (Hisdadrut) ist von der Mapai (Arbeiter) Partei des Premierministers David Ben-Gurion eine Aufforderung ergangen, die politische Haltung des Hisdadrut auf die Neutralitätspolitik des Staates in der Ost-West-Spaltung abzustimmen. Dies würde bedeuten, dass der Arbeiterverband Israels sich aus dem Weltgewerkschaftsbund zurückziehen würde, andererseits aber auch davon Abstand nehmen würde, sich der in Vorschlag gebrachten, neuen Weltarbeiterorganisation anzuschließen, über deren Gründung gegen Ende dieses Monats beraten werden soll.

Die Arbeitsniederlegung in 6 New Yorker Bäckereien geht jetzt in den 4. Monat, wobei die Backöfen, die normalerweise 70% des von der Stadt verbrauchten Brotes produzieren, außer Betrieb sind. Im Kleinhandel ist jedoch kein Brotmangel festzustellen. Auch die größten Brauereien New Yorks sind bereits über 2 Monate auf Grund von Arbeitsstreitigkeiten stillgelegt.

Die von der Gewerkschaft der Fuhrleute (AFL) über sämtliche Staaten durchgeführte "Strassenprüfung" (um die Anzahl der Fahrer festzustellen, die organisiert sind) hat sich als so erfolgreich erwiesen, dass die Gewerkschaft ähnliche Versuche mit den Fahrern im Milchhandel, in der Backwaren- und Geträenke-Industrie vornehmen will, wie aus dem Gewerkschaftsblatt "Der Internationale Fuhrmann" hervorgeht. Dan Tobin, der Leiter der Gewerkschaft, erklärte hierzu, dass die Versuche den Nachweis erbracht haben, dass viel weniger Fuhrmänner dem Fuhrmannverband angehören, als wir angenommen hatten."

Am 31. Mai wurden Urlaubszuwendungen im Gesamtbetrag von \$5.450.000 an die New Yorker Mitglieder des Internationalen Verbandes der Arbeiter im Damenbekleidungs-gewerbe ausgezahlt. Ausserdem begannen am 1. Juni die Zahlungen der Ruhegelder in Höhe von \$50 pro Monat für die über 65 Jahre alten Gewerkschaftsmitglieder. Die Pensionen werden aus Umlagen finanziert, die 1% des Betrages der

Lohnlisten betragen, waehrend $3\frac{1}{2}\%$ des Betrages der Lohnlisten in den Krankenversicherungs- und Urlaubs-Fonds der Gewerkschaft fliessen.

Ein Ersuchen der Bethlehem Steel Company an die Industriegewerkschaft der Arbeiter in der Schifffahrt und im Schiffsbau (CIO), in diesem Jahre von einer Forderung auf Lohnerhoehung Abstand zunehmen, ist von der Gewerkschaft zurueckgewiesen worden. John Green, der Praesident der Gewerkschaft fuehrte aus, dass die Bethlehem Steel Company fuer die ersten 3 Monate des Jahres 1949 nach Abzug der Steuern einen Gewinn von ueber 33 Millionen Dollar ausgewiesen hat, oder zweimal soviel wie fuer dieselbe Zeit im vergangenen Jahr, und stellte die Frage: "Wenn das jetzt kein guenstiger Zeitpunkt fuer Verhandlungen ueber die von uns geforderten Lohnerhoehungen, Pensionen, und Versicherungsschutzmassnahmen ist, dann moechte ich einmal wissen, wann denn sonst."

Amerikanisches Arbeitsministerium, "Weekly Labor News Digest" 1. Juni 1949

ENTWEDER LEISTUNGEN ODER!

Folgender Artikel ist eine direkte Wiedergabe einer Notiz in der "Prawda", der offiziellen Sowjetzeitung, in der Ausgabe vom 16. Dezember:

"Das Buero des Staatsanwalts des Saratow-Gebietes hat festgestellt, dass in der Tabakfabrik Saratow des Ministeriums der Genussmittelindustrien der UdSSR Zigaretten minderwertiger Qualitaet hergestellt wurden. Die Zigaretten wurden zum Verkauf freigegeben, obwohl sie verschiedene Beimischungen enthielten, ungenuegend gestopft und in zerrissenen Huellen verpackt waren.

"Der Direktor der Fabrik, D.K. Owtschinskij, wurde zu 7 Jahren Gefaengnis, der Chefingenieur P.V. Kirejeff sowie der Produktionsleiter V.I. Podshivalin zu je 5 Jahren Gefaengnis verurteilt.

"Die Erste Staatliche Schneiderei in Eriwan hat ihren Kunden systematisch Herrenkleidung schlechter Qualitaet geliefert. Der Chefingenieur A.T. Awakian und der Produktionsleiter A.G. Manukian wurden zu je 5 Jahren Gefaengnis verurteilt.

Das Werk "Stanzrekord" in Dnjepropetrowsk hat 72.740 Scheunenschloesser minderwertiger Qualitaet hergestellt. Die schuldigen Personen, der technische Inspektor G.K. Adartian und der Produktionsleiter A.V. Kosloff sind zu 5 bzw. 7 Jahren Gefaengnis verurteilt worden".

Auszug aus "The New Leader", uebernommen aus
"The Reader's Digest" Mai 1949

DIE STROPPIGEN BAERTE SIND SCHULD!

"Mit den kunstseidenen Hemden, die 24 \$ kosten und von der Leningrader Fabrik "Rotes Banner" fuer Strickkleidung und Strumpfwaren herausgebracht werden, ist alles in Ordnung, meinte der Direktor.

Allerdings, sagte er, seien sie in der Beschaffenheit nicht so, dass sie das Kratzen der Bartstoppeln derjenigen Maenner aushalten, die zu faul sind, sich jeden Tag zu rasieren.

Dieser Hemden"skandal" bildete den Gegenstand eines Artikels in der heutigen Ausgabe der Leningrader "Prawda". Die Zeitung schrieb, dass sich zahlreiche Leute darueber beklagt haetten, dass schon nach einigen Tagen die Kragen abgingen.

Das Hemd No. 508, wie es genannt wird, sollte nur von Maennern getragen werden, die sich gruendlich rasieren, antwortete der Direktor. "Kunstseide, so erklarte

er, sei gegen die dauernde Reibung, die durch nicht richtig rasierete Baerte hervorgerufen wird, nicht widerstandsfähig.

Wenn das der Fall ist, so bemerkt der Redakteur der "Prawda" sarkastisch, wie kommt es dann, dass die Manschetten nicht auch abgehen.

"New York Times" 11. Juni 1949

DIE AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN DISKUTIEREN UEBER DIE UNTERSCHIEDLICHE BEHANDLUNG

Nachstehender Artikel wurde von Dan Smith, einem Arbeiterberichtersteller geschrieben, ueber eine Diskussion ueber das Thema "Wie wir innerhalb unserer Gewerkschaften den Problemen der unterschiedlichen Behandlung begegnen." Diese Diskussion stand unter der Schirmherrschaft des Chicagoer Gewerkschaftsbundes.

"Der Graue Saal" in Sherman's Hotel war ueberfullt, als Nick DePietro, der Vorsitzende der Versammlung, die Debatte mit einer Wiedergabe der Erfahrungen eroeffnete, die die Drucker mit der unterschiedlichen Behandlung innerhalb der Rassegruppen gemacht hatten. DePietro kam auf die historische Entwicklung der Arbeitseinstellung bei der Industrie in Chicago zu sprechen, an Hand deren er nachwies, wie die Arbeitgeber auslaendische, neue nationale Gruppen ins Land brachten, um Streiks in den fruehen Tagen der Arbeiterorganisierung zu brechen.

Er las dann aus einer Studie der Interrassischen Kommission von Illinois, einer neutralen Organisation, vor, die festgestellt hatte, dass die Verantwortung fuer eine unterschiedliche Behandlung am Arbeitsplatz in erster Linie beim Arbeitgeber, in zweiter Linie bei den kommerziellen Stellenvermittlungsbueros und schliesslich bei den Arbeitergewerkschaften laege.

"Der Zweck dieser Versammlung ist nicht der, irgend eine Gewerkschaft zurechtzuweisen", sagte DePietro, "sondern darzulegen, wie es moeglich ist, diesem Problem zu begegnen. Wir wollen, dass die Fuehrer der Lokalgewerkschaften, die sich der Frage der Unterschiedlichkeit gegenuebersehen, von denjenigen lernen sollen, die sich bereits damit befasst haben."

Ein Drucker, der in der Versammlung das Wort ergriff, erinnerte daran, wie der Widerstand des Herausgebers einer polnischen Zeitung gegen Einstellung eines schwarzen Setzers ueberwunden wurde, als der Vertreter der Gewerkschaft auf die Moeglichkeit hinwies, dass es dann die polnischen Drucker sehr schwer haben wuerden, bei den von den Iren beherrschten Chicagoer Zeitungen Arbeit zu finden, falls man eine Abtrennung oder Absonderung in dieser Hinsicht zur Regel machen wollte. Dann stellte DePietro den Vorsitzenden des Bezirksrates des Verbandes der Moerteltraeger, Anthony C. D'Andrea, vor, der den einheitlichen Charakter der Lokalgewerkschaften der Arbeiter hervorhob. Diesen Gewerkschaften gehoeren alle Rassen- und Nationalitaetengruppen an, und sie gestatten keine Absonderung oder Unterschiedlichkeit.

"Aber mit dem Arbeitgeber haben wir Unannehmlichkeiten", sagte D'Andrea. "Wenn ein Bauunternehmer, der Leute beschaeftigt, Arbeiter seiner eigenen Nationalitaet oder Rasse einstellen will, dann koennen wir nicht daran hindern. Aus diesem Grunde haben viele unserer Mitglieder, die Neger sind, Schwierigkeiten heutzutage eine Arbeitsstelle zu finden."

Jim Gilker, der stellvertretende Leiter der Forschungsabteilung des Internationalen Fleischhauer-Verbandes, war der dritte Redner. Er sagte, dass seine internationale Gewerkschaft alle Mitglieder eidlich verpflichtet, dass sie bei ihren Arbeitskollegen niemals irgendwelche Unterschiede hinsichtlich der Rasse, der Religion oder der Farbe machen. Gilker meinte, dass jede Gewerkschaft ihre Mitglieder veranlassen sollte, diese eidliche Verpflichtung zu uebernehmen.

Professor Louis Wirth von der Universitaet Chicago kritisierte die Arbeiterbewegung im allgemeinen wegen ihrer Schwaeche in der Einstellung zur Frage des Rassen-
vorurteils.

"Heute morgen", sagte er, "hoerte ich, wie der Buergermeister von Chicago (Martin H. Kennelly, ein weiterer Redner auf der Konferenz) sagte, man koenne keine Gesetze gegen die unterschiedliche Behandlung erlassen. Zum Donnerwetter, natuerlich kann man das nicht. Man kann selbstverstaendlich nicht durch Gesetzgebung den Menschen das Vorurteil aus dem Kopf treiben. Man kann aber dagegen Gesetze erlassen, dass bei Arbeitsmoeglichkeiten und Anstellungen keine Unterschiede gemacht werden. Das Gesetz kann Mindestnormen durchsetzen, wie dies bei den Loehnen der Fall ist."

Man wurde sich allgemein darueber einig, dass in bezug auf das Problem der unterschiedlichen Behandlung eine ausgedehntere erzieherische Arbeit innerhalb der Lokalgewerkschaften geleistet werden muesse. Die Delegierten nahmen einstimmig folgende Punkte an:

1. Die Bildung eines staendigen Ausschusses zur Bekaempfung der unterschiedlichen Behandlung
2. Die Organisierung staendiger Ausschuesse innerhalb der Lokalgewerkschaften.

"AFL Weekly News Service" 13. Mai 1949

DIE MANPOWER DIVISION SCHICKT 56 EXPERTEN AUF DEM GEBIETE DES ARBEITSWESENS ZU STUDIENZWECKEN NACH DEN VEREINIGTEN STAATEN

Auf Grund des Kulturellen Austauschprogramms der Amerikanischen Militaerregierung hat die Manpower Division 56 deutsche Experten nach den Vereinigten Staaten gesandt, damit sie dort das Gewerkschaftswesen, die oeffentlichen Dienststellen auf dem Gebiete des Arbeitswesens, und die Arbeitsprobleme studieren. Unter diesen Experten befinden sich Vertreter der Arbeiterschaft, die von den Gewerkschaften auserwaehlt wurden, ferner Vertreter der Arbeitgeberschaft, die von den Arbeitgebervereinigungen ausgewaehlt wurden, sowie Vertreter der Angestellten der oeffentlichen Dienststellen auf dem Gebiete des Arbeitswesens, die von den Arbeitsministerien in Vorschlag gebracht wurden. Die meisten dieser deutschen Fuehrer gingen nach Amerika, um Spezialprobleme zu studieren; jeder von ihnen wird sich dort 60 Tage aufhalten. Diejenigen von ihnen, die im Februar und April nach Amerika gingen, sind bereits zurueckgekehrt. Nachstehend sind die Namen der 56 Experten aufgefuehrt, die zwischen dem 25. Februar und dem 26. Juni nach drueben gingen:

<u>ARBEITERVERTRETER</u>		<u>VERTRETER DER ARBEITGEBER</u>	<u>ANGESTELLTE DER OEFFENTLICHEN DIENSTSTELLEN</u>
<u>Berlin</u>	<u>Bremen</u>	<u>Bayern</u>	<u>Berlin</u>
Gerhard Anger	Friedrich Duessmann	Paul Brochier	Annemarie Tracinski
Eduard Bernoth	Georg Haider	Eduard Kalb	<u>Bayern</u>
Henry Bier	<u>Hessen</u>	Otto Kraus	Josef Dantscher
Fritz Heinemann	Georg Ammon	Paul Miesbeck	Jowef Nothass
Kurt Hirsch	Karl H. Brennecke	<u>Hessen</u>	Walter Schiffel
Hans Kreitling	Heinz Haversieck	Rolf Schirm	Josef Schilling
Gerhard Nuernberg	Caspar Hoffmann	<u>Wuerttbg. Baden</u>	Margarete Ultsch
Gustav Pietsch	Erich Jordan	Egmont Hiller	Josef Weigl
Richard Schroeter	Hermann Klinkenberg	Hanns Voith	<u>Bremen</u>
<u>Bayern</u>	Karl Kumpf		Hannelore Conze
Oskar Gensberger	Hildegard Pfister		<u>Wuerttbg. Baden</u>
Lorenz Hagen	Sofie Quint		Adolf Engelhardt
Jakob Messthaler	Fritz Schramm		Karl Hof
Herta Obermayr	Otto H. Theiss		Gerhard Klebs
Peter Zink	Johann Wiegand		Siegfried Kuehn

Fortsetzung von Seite 15

ARBEITERVERTRETER

Heinrich Wolfram
Wuerttemberg-
Baden
Wilhelm Kleinknecht
Elsa Koch
Otto Wallenmeier
Heinrich Wittkamp

ANGESTELLTE DER OFFENTLICHEN
DIENSTSTELLEN

Eugen Mayer
Franz Ringer
Klara Schwab
Otto Uhlig

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.

OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 19

Berlin, 1. Juli 1949

Eine Gruppe bestehend aus 8 Berliner Gewerkschaftlern ging im Februar auf 2 Monate nach den Vereinigten Staaten, um die amerikanischen Gewerkschaften und die Probleme der amerikanischen Arbeiterschaft zu studieren. Inzwischen sind die neun Berliner wieder von ihrer Reise zurückgekehrt und haben jetzt ihre Berichte fertiggestellt. Diese Berichte werden von der U G O in Buchform herausgegeben und veröffentlicht. Dr. Kurt Hirche, ein Mitglied aus dieser Gruppe, hat uns gestattet einen Auszug aus seinem Bericht hier abdruckend, der sich mit seinen Beobachtungen im allgemeinen befasst. Die technischen Phasen seines Berichts, der sich mit seinen Beobachtungen auf dem Gebiete des Sozialversicherungs- Systems in Amerika befasst, lassen wir weg. Wir bringen seine Beobachtungen über die amerikanische Arbeiterpresse und die "American Newspaper Guild" (Verband der Angestellten im Zeitungswesen.

BERICHT UEBER DIE AMERIKA-REISE DER UGO GEWERKSCHAFTSDELEGATION - BERLIN

I. Ergebnisse

"Sind Sie mit dem Ergebnis Ihrer Amerika-Reise zufrieden. Haben Sie durch Ihren Besuch einen tieferen Einblick in das amerikanische Arbeits- und Gewerkschaftsleben gewonnen. Glauben Sie aus Ihren Studien verwendbare Anregungen für Ihre eigene Arbeit und für den weiteren Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und Berlin gewonnen zu haben." Solche und ähnliche Fragen sind uns auf unserer Reise und vor allem in Washington von Beamten des Labor Departments, von Gewerkschaftsführern und von anderen, zahlreichen Amerikanern, mit denen wir in Berührung kamen, wiederholt gestellt worden. Ich glaube, diese Fragen mit gutem Gewissen bejahen zu können. Das Ergebnis unserer Reise erblicke ich im wesentlichen in Folgendem:

1. Neue Verbindungen

Wir haben durch unseren Besuch wertvolle neue Verbindungen zur amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, dem Labor Department und anderen amtlichen Stellen (z.B.

zur Social Security Administration) sowie zu fuehrenden Persoenlichkeiten des oeffentlichen Lebens (Kongressmitgliedern, Mitgliedern von Staats- und Stadtparlamenten usw.) knuepfen koennen. Der sich daraus kuenftig ergebende regelmaessige Gedanken- und Materialaustausch wird das gegenseitige Verstaendnis und die Zusammenarbeit beider Teile laufend foerdern. Selbst wenn die Reise nur dieses eine Ergebnis gehabt haette, waere ihr Zweck voll erfuehlt worden.

2. Staerkere Gewissheit

Wir haben die unerschuetterliche Gewissheit mitgenommen, dass sich die amerikanischen Gewerkschaften mit dem Schicksal der deutschen und der Berliner Gewerkschaftsbewegung eng verbunden fuehlen und kuenftig noch mehr als bisher alles, was in ihren Kraeften steht, tun werden, um die Entwicklung freiheitlich-demokratischer Gewerkschaften in unserem Lande zu unterstuetzen. Auf grund unserer eigenen Eindruecke koennen wir nun mit noch staerkerer Ueberzeugungskraft den deutschen Arbeitern mitteilen, dass dieses Interesse nicht von aktuellen politischen Erwaegungen geleitet wird, sondern einer grundsuetzlichen Haltung entspringt. Es resultiert aus der Erkenntnis, dass die demokratischen Gewerkschaften aller Laender eng zusammenarbeiten muessen, um ihre gemeinsamen Ziele mit vereinten Kraeften zu foerdern.

3. Gewerkschafts-Internationale

Eines der wichtigsten Instrumente bei dieser Zusammenarbeit wird die im Aufbau begriffene neue Internationale der freien, demokratischen Gewerkschaften sein. Wir haben schon waehrend der Reise aus unseren Unterhaltungen mit fuehrenden Gewerkschaftlern in allen von uns besuchten Orten und Organisationen die Gewissheit gewonnen, dass sich sowohl die AFL, als auch der CIO fuer die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften als gleichberechtigte Mitglieder dieser neuen Gewerkschaftsinternationale einsetzen werden. An besonders repraesentativer Stelle hat das uns gegenueber vor allem William Green, der Praesident der AFL, in Washington zum Ausdruck gebracht. Und kurz vor unserer Abreise konnte uns Mr. Lovestone, der International Representative der AFL, in New York mitteilen, dass sich die beiden grossen amerikanischen Gewerkschaftsverbaende ueber ihre Stellungnahme zum internationalen Gewerkschaftsbund geeinigt haetten und nun gemeinsam offiziell fuer die gleichberechtigte Teilnahme der deutschen Gewerkschaften an dieser Weltorganisation eintreten werden. Dass wir diese Mitteilung den Berliner Gewerkschaftern persoenlich ueberbringen konnten, war fuer uns als Abschluss unserer Reise besonders beglueckend.

4. Bessere Kenntnis des amerikanischen Arbeitslebens.

Insbesondere ist es aber fuer uns von unschaetzbarem Wert, dass wir durch unsere Reise eine tiefere Einsicht in das amerikanische Arbeits- und Gewerkschaftsleben gewonnen haben, als das durch das Studium noch so vieler Buecher moeglich gewesen waere. Vieles, das uns vorher fremd war, ist uns durch unsere Studien an Ort und Stelle verstaendlich geworden. Vor allem erhielten wir eine bessere Kenntnis der Gedankenwelt und Ziele der amerikanischen Gewerkschaftsfuehrer und leitenden Funktionaere. Sie ergab, dass wohl in der gewerkschaftlichen Praxis erhebliche Unterschiede zwischen den amerikanischen und deutschen Gewerkschaften bestehen, in den wesentlichsten Grundsuetzen aber eine weitgehende Uebereinstimmung mit unseren eigenen Ansichten vorhanden ist.

Es ergab sich ferner eine bessere Kenntnis der Arbeitsweise der amtlichen Stellen, die sich mit Arbeiterfragen befassen, insbesondere des Labor Departments in Washington sowie verschiedener staatlicher Labor Departments. Und wir konnten uns auch einen guten Einblick in die Taetigkeit des Kongresses und einiger staatlicher Parlamente verschaffen, sodass wir nun eine bessere Vorstellung insbesondere

von den aktuellen Problemen haben, mit denen sich diese Stellen auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialgesetzgebung beschäftigen. Diese Einsichten hätten aus dem Studium von Büchern und Schriften allein nicht gewonnen werden können, vielmehr haben sich dafür die zahlreichen Unterhaltungen, die wir mit den leitenden Beamten der staatlichen und Bundesarbeitsverwaltung sowie mit Parlamentariern führten und die Informationen, die wir von ihnen empfingen, als unentbehrlich erwiesen.

5. Genauere Kenntnis der amerikanischen Wirtschaft

Wohl jeder von uns hatte bereits in mehr oder minder grossem Umfange Kenntnisse über Umfang und Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft. Durch die Besichtigungen repräsentativer amerikanischer Unternehmen (z.B. Automobilfabriken, Stahlwerke, Motorenfabriken usw.) war es uns möglich, sie wenigstens auf einigen Gebieten zu erweitern. Mein Eindruck ist, dass diese Betriebe vor allem produktionstechnisch und in ihrer Maschinenausstattung einen derartigen Vorsprung vor vergleichbaren deutschen Betrieben gewonnen haben, dass diese noch viele Jahre harter Arbeit benötigen werden, um ihn auch nur annähernd aufzuholen. Mir vertiefte sich daraus die Überzeugung, dass die deutsche Fertigwarenindustrie künftig nur dann Aussichten auf dem Weltmarkt hat, wenn sie erstens in die Lage versetzt wird, ihren Maschinenpark neu aufzubauen und zweitens, wenn sie sich noch mehr als früher auf die Herstellung hochwertiger Spezialerzeugnisse konzentriert. Und ich folgere daraus weiter, dass die deutschen Gewerkschaften noch mehr als bisher die gründliche Ausbildung von Facharbeitern fordern müssen.

Im übrigen konnten wir bei den Betriebsbesichtigungen feststellen, unter welchen Bedingungen die Arbeiter in den Betrieben arbeiten, vermochten das Arbeitstempo zu beobachten und uns über den Stand des Arbeitsschutzes zu unterrichten. Diese Beobachtungen waren für uns um so wertvoller als sie uns zeigten, an welchen Punkten die Gewerkschaften mit ihren Bemühungen zur Verbesserung dieser Arbeitsbedingungen ansetzen.

Mir persönlich ist in diesem Zusammenhang klar geworden, dass die grosse Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft und die ausgefeilte Rationalität ihrer Produktionstechnik die wichtigsten ökonomischen Voraussetzungen für den von den dortigen Gewerkschaften erkämpften hohen Lohn- und Lebensstandard der Arbeiter sind.

6. Tiefere Einsicht in Spezialgebiete:

Wohl das wertvollste Ergebnis unserer Reise dürfte aber die tiefere Einsicht sein, die jeder von uns auf seinen Spezialgebieten (Gewerkschaftsorganisation, Ausbildungswesen, Tarifwesen usw.) gewonnen hat. Wenigstens darf ich z.B. für das von mir bearbeitete Gebiet der Sozialversicherung sagen, dass ich sehr aufschlussreiche Feststellungen treffen konnte, die mir für meine sozialpolitische Arbeit fruchtbringende Anregungen geben werden. Darüber werde ich in meinem anschließenden Spezialbericht nähere Angaben machen.

7. Demokratie in Aktion

Ein weiteres Ergebnis erblicke ich darin, dass wir während unserer Studienreise täglich von neuem feststellen konnten, wie in den USA. die Menschen vieler verschiedener Völkerschaften und Rassen in den Betrieben, im öffentlichen Leben und insbesondere in den Gewerkschaften einträchtig auf dem Boden einer humanitären Demokratie zusammenwirken und sich alle als Angehörige der einen amerikanischen Nation fühlen. Dies lebendige Beispiel zeigte uns, dass eine wirkliche Zusammenarbeit der Völker und Rassen möglich ist. Es gibt uns neue Kraft, verstärkt für die notwendige engere Zusammenarbeit auch der europäischen Völker im Interesse des friedlichen Aufbaus einer europäischen Demokratie einzutreten.

8. Amerikanische Hilfsstaetigkeit

Es war fuer uns ausserordentlich aufschlussreich, dass wir in den von uns besuchten Orten auch einen vielseitigen Einblick in Umfang, Art und Quellen der amerikanischen Hilfsstaetigkeit fuer Europa und Deutschland erhielten. In Deutschland herrscht teilweise die Vorstellung, als ob die Millionen Care- und Liebesgabenpakete, die in den letzten Jahren gespendet wurden, im wesentlichen aus dem Ueberfluss stammten. Wir konnten nun feststellen, dass sich breite Kreise des amerikanischen Volkes in ihrer Lebenshaltung bewusst eingeschaenkt haben und vielfach recht erhebliche persoenliche Opfer gebracht haben, um ihre Angehoerigen und Bekannte sowie ungezaehlte Tausende unbekannter Nottleidender in Deutschland unterstuetzen zu koennen. Die zahlreichen Einzelbeispiele, die wir dafuer erhielten, haben uns sehr tief beeindruckt. Ich bin ueberzeugt, dass jeder einzelne von uns in seiner gewerkschaftlichen Taetigkeit kuenftig nachdruecklich auf diese uneigennuetzige und umfassende Hilfsstaetigkeit hinweisen und aufklaerend wirken wird.

9. Aufklaerung ueber deutsche Verhaeltnisse

Unsere Aufgabe war, amerikanische Lebens- und Gewerkschaftsverhaeltnisse zu studieren, um sie mit den unseren vergleichen zu koennen und daraus Anregungen zu ziehen. Es ergab sich aber zwangslaeufig, dass wir ueberall von den Gewerkschaften und anderen Gastgebern nach unseren deutschen Verhaeltnissen gefragt wurden. Ich glaube, es kann als ein nicht zu unterschaezendes Ergebnis unserer Reise bezeichnet werden, dass wir diese Aufklaerung geben und dazu beitragen konnten, das Verstaendnis fuer die deutschen Probleme zu vertiefen und manche irrtuemlichen Vorstellungen zu beseitigen.

10. Berliner Problem:

Wir waren eine Berliner Delegation. So war es verstaendlich, dass wir insbesondere ueber die Berliner Blockade und den Kampf der Berliner freiheitlichen Demokraten befragt wurden und unsererseits in privaten Gespraechen festzustellen suchten, was in Amerika ueber diese Fragen gedacht wird. Wir koennen nunmehr daheim berichten, dass die verantwortlichen amerikanischen Gewerkschaftsfunktionaere und Parlamentarier, mit denen wir sprachen, aber auch zahlreiche Amerikaner verschiedener Gesellschaftsschichten in ihrer grundsaeztlichen Beurteilung der Berliner Frage weitgehend mit unseren eigenen Ansichten uebereinstimmen. Sie halten die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Menschenrecht in Berlin nicht fuer ein lokales oder nur deutsches, sondern fuer ein entscheidendes politisches Problem, dessen Loesung den Weltfrieden und den Aufbau einer europaeischen Demokratie massgebend beeinflusst. Waren wir schon vorher ueberzeugt, dass die USA ihre Position in Berlin auf jeden Fall halten und vor keiner kommunistischen Agression weichen werden, so ist diese Ueberzeugung nunmehr nur noch staerker geworden. Sie gibt uns Kraft fuer unseren weiteren Kampf in Berlin, der auch nach der inzwischen erfolgten Aufhebung der Blockade noch nicht zu Ende gekaempft ist. Dass wir diese Einsichten mit uns nehmen und weitertragen koennen, betrachte ich als ein weiteres positives Ergebnis unserer Reise.

Ich glaube, in den vorstehenden Punkten einige der wichtigsten Ergebnisse unserer Reise zusammengefasst zu haben, so wie sie sich mir persoenlich darstellen. Irgend ein spezifiziertes Urteil ueber die Verhaeltnisse in den USA zu faellen, war und ist nicht unsere Aufgabe. Dazu wuerde auch der auf zwei Monate befristete Aufenthalt nicht ausreichen. Jedoch glaube ich, dass es fuer kuenftige Delegationen wertvoll ist, etwas ueber unsere Erfahrungen bei der Durchfuehrung der Studienreise zu hoeren. Dazu das Folgende:

II. Erfahrungen

Der Ablauf unserer Studienreise wurde durch das Programm bestimmt, das fuer uns in New York, Detroit, Milwaukee und Washington vorbereitet worden war. Wir

sind hierfuer dem Beauftragten der Militaerregierung, Mr. Joh. Meskimen, zu grossem Dank verpflichtet. Wenn wir in den von uns besuchten Orten in der Lage waren, jenen vielseitigen Einblick in die amerikanischen Verhaeltnisse zu gewinnen, den wir uns alle erwuenscht hatten, so ist das hauptsaechlich dieser Vorarbeit durch Mr. Meskimen zu danken.

Im Rahmen dieses Programms konnten wir eigene Wuensche fuer Besichtigungen, Besprechungen usw. aeussern, die von unseren Gastgeber in der Regel auch sehr bereitwillig erfuellt wurden. Darueberhinaus hatten wir die Moeglichkeit, uns frei zu bewegen, mit jedermann zu sprechen und nach allem, was uns am Herzen lag, zu fragen. Wir haben von dieser Freiheit gern Gebrauch gemacht und sind dankbar, dass sie uns in diesem Umfange geboten wurde. Sie ist auch die Voraussetzung dafuer, dass eine Delegation unbeeinflusst die Vielfalt des amerikanischen Lebens zu studieren vermag.

Ueber das von uns durchgefuehrte Reiseprogramm habe ich ausfuehrlich in verschiedenen Artikeln im "Freien Wort", Berlin, berichtet, auf die ich hier ergaenzend verweise. Ich kann daher auf eine Wiederholung verzichten und beschraenke mich auf die folgenden ergaenzenden Bemerkungen.

In Washington trafen wir mit der Delegation deutscher Gewerkschaftler aus der amerikanischen Zone zusammen, die ihre Studienreise dort begann und ihr Programm mit Beamten des Labor Departments durchsprach. Auf einer gemeinsamen Sitzung beider Delegationen berichteten wir ueber unsere Erfahrungen. Die Herren des Labor Departments versicherten uns, dass sie daraus wertvolle Anregungen fuer die Durchfuehrung kuenftiger Delegationen geschoeepft haetten. Ich glaube, dass sich dieser Erfahrungsaustausch bereits fuer das Reiseprogramm der zweiten Delegation fruchtbringend ausgewirkt hat.

Als Resultat dieser Aussprache in Washington und der Erfahrungen, die ich auf unserer Reise gesammelt habe, ergibt sich fuer mich das Folgende:

1. Reisedauer:

Es ist uns gesagt worden, dass sich Militaerregierung und Labor Department bei der Frage, ob weniger Gewerkschaftsvertreter laengere Zeit (90Tage) oder mehr fuer kuerzere Zeit (60 Tage) entsandt werden sollen, fuer das letzere entschieden haben. Das duerfte auch nach meiner Auffassung die zweckmaessigste Entscheidung gewesen sein. Jedoch bin ich zu der Ueberzeugung gelangt, dass dies nicht als starre Regel gelten sollte. Ich kann mir vielmehr vorstellen, dass es in Sonderfaellen zum Studium bestimmter Einzelgebiete (z.B. des Tarifwesens oder der freiwilligen sozialen Leistungen amerikanischer Unternehmungen) angebracht waere, einige Delegierte fuer 90 Tage zu entsenden, waehrend andererseits auf anderen Spezialgebieten (z.B. etwa des Rundfunkwesens, der Gewerkschaftspresse usw.) auch 30 Tage genuegen wuerden, um einen verhaeltnismaessig befriedigenden Einblick in das betreffende Spezialgebiet zu gewinnen.

Eine wirklich intime und erschoeepfende Kenntnis des amerikanischen Arbeits- und Gewerkschaftslebens ist selbstverstaendlich werden in 30, noch in 60 oder 90 Tagen zu gewinnen, dazu waere ein weitaus laengerer Aufenthalt in den USA notwendig. Was die Mitglieder unserer Delegation an Erfahrungen und Kenntnissen erwerben konnten, sind demnach nur Teilausschnitte. Wie wertvoll aber auch sie fuer unsere Arbeit sind, wurde im ersten Abschnitt dieses Berichtes bereits dargelegt.

2. Reiseorte

Die Auswahl der in den USA aufzusuchenden Orte und die Dauer des Aufenthaltes in diesen Orten haengt davon ab, welche Studienaufgaben den Delegationen oder einzelnen Delegierten gestellt werden. Eine bestimmte Regel wird man hierfuer nicht aufstellen koennen. Jedoch erscheint es zweckmaessig, den Delegierten schon vor Antritt ihrer Reise in Deutschland, mindestens aber sofort nach ihrer Ankunft in den USA, das vorgesehene Programm mitzuteilen und mit ihnen darueber zu sprechen, damit gegebenenfalls Aenderungswuensche der Teilnehmer beruecksichtigt werden

koennen. Diese fruehzeitige Information ermoeglicht es den Teilnehmern, sich vorher ueber die Reiseorte aus Handbuechern usw. zu unterrichten, sodass sie ihr Interesse auf die wirklich wesentlichen Dinge konzentrieren und spezifizierte Wuensche vorbringen koennen.

Es wurde in Washington diskutiert, ob auf einer Reise lieber mehr Orte aufgesucht oder die Verhaeltnisse in wenigen Orten gruendlich studiert werden sollen. Ich glaube, dass es nicht zweckmaessig ist, zuviel Orte in ein Reiseprogramm aufzunehmen. Die Beschraenkung unserer eigenen Reiseroute auf nur fuenf Hauptplaetze (New York, Detroit, Chicago, Milwaukee und Washington) erschien uns allen im wesentlichen als richtig. Davon haben wir zu Reisebeginn knapp 7 Tage in New York, 18 in Detroit (davon 2 in der Umgebung), $5\frac{1}{2}$ in Chicago, 14 in Milwaukee (davon 2 in der Umgebung), 5 in Washington und abschliessend nochmals 5 in New York zugebracht, die aber zu einem erheblichen Teil von Reisevorbereitungen in Anspruch genommen waren. Ich habe heute den Eindruck (und er wird von anderen Teilnehmern unserer Delegation geteilt), dass es fuer das Ergebnis unserer Reise vielleicht besser gewesen waere, den Aufenthalt in Detroit und Milwaukee um einige Tage zu verkuerzen, um dadurch mehr Zeit fuer Chicago und Washington zu gewinnen. In Chicago haben wir leider nur einen kleinen Teil der Dinge, die uns interessiert haetten, studieren koennen. Auch in Washington erwies sich die Zeit als zu kurz, um dort bei den Zentralen der AFL und des CIO, im Labor Department usw. jenen zusammenfassenden Ueberblick ueber die von uns waehrend der Reise studierten Probleme zu gewinnen, den wir uns gewuenscht haetten.

3. Reihfolge der Reise

Wir wurden bei unserer Studienreise sofort mitten in die Praxis des amerikanischen Gewerkschafts und Arbeitslebens hineingestellt. Das hatte den Vorteil, dass wir unvoreingenommen an die einzelnen Probleme herantraten. Es hatte aber nach meiner Auffassung den Nachteil, dass wir manchmal zuviel Einzelheiten (einzelne Tarifvertraege, die Besonderheiten einzelner Gewerkschaften usw) vor uns hatten und sie erst allmaehlich in groessere Zusammenhaenge einzuordnen vermochten. Ich bin daher zu der Meinung gelangt, dass es fuer kuenftige Delegationen besser ist, mit dem Studium in Washington D.C., zu beginnen, so wie das auch fuer die uns nachfolgende zweite Gewerkschaftsdelegation arrangiert worden ist. In Washington befinden sich die Zentralen der beiden grossen Gewerkschaftsverbaende. Hier sind auch das Labor Department, die Social Security Administration und andere bundesstaatliche Behoerden. Den Delegationen kann daher zu Beginn ihrer Reise ein Ueberblick ueber alle Probleme und Einrichtungen, die sie studieren sollen, gegeben werden, auch koennen sie hier das wichtigste zentrale Unterlagenmaterial erhalten und im weiteren Verlauf ihrer Reise laufend auswerten. Ein derartiges Vorgehen ermoeglicht es dem einzelnen Delegierten, beim spaeteren Studium der Einzelheiten das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen und so zu einem tieferen Einblick in sein Studiengebiet zu gelangen.

Ich wuerde es ferner fuer wichtig halten, wenn die Delegationen in den einzelnen Orten noch vor der Durchfuehrung von Betriebsbesichtigungen mit den Research Departments der Gewerkschaften - soweit solche vorhanden sind- in Verbindung gebracht werden. Diese Departments haben haeufig ein grosses Material ueber die Industrie, in der ihre Organisation Gewerkschaftsarbeit leistet und koennen so den Delegierten, insbesondere wenn sie Unterlagen fuer Spezialgebiete benoetigen, damit an die Hand gehen. Wie notwendig das ist, zeigte mir z.B. unser Besuch der Ford-Werke in Detroit. Zweifellos war er sehr interessant und ich moechte die aufschlussreichen Eindruecke, die er vermittelte, nicht missen. Aber wir erhielten keine geschlossene Vorstellung von den oekonomischen und betriebstechnischen Problemen

der amerikanischen Autoindustrie, die m.E. notwendig ist, um auch ihre Lohn- und Arbeitsprobleme wirklich sachverstaendig beurteilen zu koennen.

4. Zeiteinteilung

Der Studienerfolg einer Delegation haengt weitgehend von der oekonomischen Zeiteinteilung und der zweckmaessigen Verteilung der Besichtigungen, Besprechungen, Meetings usw. ab. In dieser Hinsicht ist zeitweilig fuer unsere Delegation des Guten zuviel getan worden. Insbesondere in Detroit und Milwaukee waren derart viel Veranstaltungen fuer uns vorgesehen, dass wir haeufig 14-16 Stunden auf den Beinen waren. Wir hatten auf diese Weise zu wenig Zeit, um unsere Eindruecke schriftlich so ausfuehrlich, wie das wohl jeder wuenschte, festzuhalten und gedanklich zu verarbeiten. Dafuer mussten oft die spaeten Nachtstunden verwendet werden. Auch fanden wir durch die starke Beanspruchung kaum Zeit, uns regelmaessig zu gemeinsamen Besprechungen zu versammeln, um auf ihnen das Geschaute und Erfahrene zu diskutieren und auszuwerten. Teilweise fanden wir erst waehrend der Heimfahrt die Musse, das Gehoerte und Gesehene zu ueberdenken und schriftlich zu fixieren. Andererseits haben wir dadurch weitaus mehr Eindruecke empfangen, als das sonst moeglich gewesen waere.

Aber nicht nur die absolute Zeitbeanspruchung einer Delegation muss von ihr selbst laufend selbstkritisch beobachtet werden, damit sie Zeit zu Arbeitsbesprechungen und zum kritischen Verarbeiten des Materials behaelt. Sie muss vielmehr auch danach trachten, die vorgesehenen Besichtigungen usw. so einzuteilen, dass den einzelnen Delegierten Gelegenheit bleibt, Studien auf ihren Spezialgebieten vorzunehmen. Meines Erachtens sind fuer unsere Delegation etwas zuviel gemeinsame Besuche, Besprechungen usw. durchgefuehrt worden, an denen alle Delegierten teilgenommen haben. Dadurch konnte der einzelne Teilnehmer nicht immer im gewuenschten Umfange seinen Spezialstudien nachgehen. Ich habe das z.B. in Detroit, Madison und vor allem in Washington als einen Mangel empfunden. In Washington hatte ich auf diese Weise nur Gelegenheit, mir einiges wichtige Material in der Social Security Administration zu verschaffen, aber keine Zeit, mich mit einigen der leitenden Beamten dieser Verwaltung ausfuehrlicher ueber die mich interessierenden sozialpolitischen Probleme zu unterhalten. Ich bin daher der Auffassung, dass kuenftige Delegationen nur etwa die Haelfte ihrer Zeit fuer gemeinsame Besichtigungen, Veranstaltungen usw. verwenden, die andere Haelfte aber den einzelnen Teilnehmern fuer ihre Spezialstudien ueberlassen sollten.

Wenn ein Teil von uns bei seinen Spezialstudien etwas zu kurz gekommen ist, so ist das aber auch darauf zurueckzufuehren, dass unsere Delegation stark von repraesentativen Aufgaben in Anspruch genommen war. Keine Delegation wird umhin koennen repraesentativen Pflichten zu genuegen und auf Meetings, Konferenzen, offiziellen Empfaengen usw. zu erscheinen. Es duerfte jedoch angebracht sein, diese repraesentativen Anforderungen nicht zu ueberspannen.

5. Unterbringung der Delegation

Bei der erwahnten Aussprache im Labor Department, Washington, wurde auch die Frage diskutiert, ob die Delegierten im Hotel oder in Privatquartieren untergebracht werden sollen. Fuer die Unterbringung in Privatquartieren spricht, dass der Delegierte dadurch einen unmittelbaren und tieferen Einblick in die Lebensverhaeltnisse des amerikanischen Arbeiters erhaelt. Dennoch duerfte es nach unseren Erfahrungen nicht zweckmaessig sein, so zu verfahren. Selbst wenn man die nicht zu unterschaezende Belastung ausser Acht liesse, die einer Arbeiterfamilie durch die mehrtaegige oder laengere Aufnahme eines Gastes entstuende, ist doch zu bedenken, dass der Delegierte im Privatquartier zeitlich zu sehr gebunden ist, uecksichten auf die haeuslichen Gewohnheiten seiner Gastgeber nehmen und sich mehr mit ihnen unterhalten muss, als seiner Studienaufgabe dienlich ist. Er wird im Privatquartier ausserdem, vor

allem wenn Kinder vorhanden sind, nicht immer Gelegenheit haben, sich zurueckzuziehen und in Ruhe zu arbeiten. In dieser Hinsicht ist das Hotel weitaus geeigneter. Ausserdem darf nicht verkannt werden, dass sich die Delegierten taeglich zu bestimmten Stunden fuer Besichtigungen, Besprechungen usw. versammeln und wiederholt schnell von Programmaenderungen verstaendigt werden muss. Das ist weitaus schwieriger moeglich, wenn die einzelnen Delegierten in raeumlich dann vielleicht weit auseinander gelegenen Privatquartieren wohnen.

All das schliesst natuerlich nicht aus, dass die Delegierten zweitweilig, z.B. fuer ein Wochenende oder bei Besichtigungen in kleinen Staedten in Privatquartieren untergebracht werden, wie das bei unserer Delegation z.B. beim Besuch verschiedener Staedte im Staate Michigan der Fall war. Einblicke in die Wohn- und Lebensverhaeltnisse des amerikanischen Arbeiters koennen ausserdem durch Einladungen zum Abendessen und zu zwanglosen Ausspracheabenden gewonnen werden. Solche Einladungen sind an uns haeufig ergangen, vor allem in Detroit und Milwaukee.

6. Neutralitaet der Delegation:

Wir wussten, dass zwischen den einzelnen Gewerkschaftsverbaenden der USA. teilweise Spannungen bestehen. Es war fuer uns selbstverstaendlicher Grundsatz, dass wir keine Partei fuer die eine oder andere Richtung ergriffen. Unser Bemuehen war vielmehr, an jedem Ort die Verbindung zu allen Gewerkschaftsrichtungen aufzunehmen, da wir das gesamte amerikanische Gewerkschaftsleben kennenlernen wollten. Das ist uns nach meiner Ueberzeugung auch gelungen, war jedoch nicht immer ganz einfach, z.B. in Chicago. Als besonders angenehm haben wir es empfunden, dass wir in Milwaukee bereits am Bahnhof von Vertretern der AFL und des CIO gemeinsam empfangen wurden, die dann auch auf einer folgenden Besprechung das Besichtigungsprogramm ebenfalls gemeinsam mit uns festlegten.

7. Sprachschwierigkeiten

Es hat sich als ueberaus nuetzlich erwiesen, dass 2 von den 9 Mitgliedern unserer Delegation, die bereits frueher einen Englandsaufenthalt hatten, gute englische Sprachkenntnisse aufwiesen und daher bei Empfaengen und anderen Anlaessen als unsere Uebersetzer und Sprecher helfen konnten. Bis auf zwei andere Mitglieder haben soweit ich feststellen konnte, auch die uebrigen Delegierten verhaeltnismaessig bald ihre Sprachkenntnisse soweit aufge bessert, dass sie sich verstaendlich machen und auch ohne Uebersetzerhilfe ihren Studien nachgehen konnten. Im uebrigen ist uns die Durchfuehrung unserer Aufgabe wesentlich dadurch erleichtert worden, dass wir in jedem Ort Gewerkschaftler usw. fanden, die Deutsch sprachen und uns behilflich waren. Ihre Hilfe wird bei keiner Delegation entbehrt werden koennen, da selbst Delegierte mit guten Englisch-Kenntnissen nicht immer allen Sprachschwierigkeiten, die sich insbesondere bei Spezialfragen ergeben, gewachsen sind. Im allgemeinen glaube ich jedoch sagen zu duerfen, dass wir mit unseren Sprachkenntnissen besser durchgekommen sind, als ich das anfaenglich selbst geglaubt hatte.

8. Delegationsfuehrung

Die Mitglieder unserer Delegation gehoerten saemtlich der Unabhaengigen Gewerkschaftsorganisation Berlin (UGO) an. Es ergab sich daher praktisch von selbst, dass Gustav Pietsch vom Bundesvorstand der UGO, dem wir die Anregung und Vorbereitung der Delegation verdanken, unser Delegationsleiter war. Bei Begruessungen, Empfaengen usw. traten er und Fritz Heinemann vom Bundesvorstand der UGO als unsere Sprecher auf. Das war m.E. richtig, da hierbei haeufig zwangslaeufig wichtige gewerkschaftspolitische Fragen angesprochen wurden und es auf diese Weise am besten moeglich war, den amerikanischen Gewerkschaftlern die offizielle Haltung der UGO zu vermitteln. Es duerfte sich m.E. auch bei anderen Delegationen empfehlen, dass sie einen Mann ihres Vertrauens bzw. ein durch seine gewerkschaftliche Funktion besonders geeignetes Mitglied zu ihrem Leiter bestimmen, der u.a. dafuer zu sorgen haette, dass die Delegation zu regelmaessigen Arbeitsbesprechungen zusammentritt, einen

staendigen Erfahrungsaustausch pflegt und ihre "Arbeitszeit" (siehe Bemerkungen zu Punkt 6) zweckentsprechend einteilt.

Meines Erachtens koennte es auch recht foerderlich sein, wenn kuenftigen Delegationen, soweit solche beabsichtigt sind, jeweils ein Mitglied einer fruerehen Delegation beigeordnet wird, das sie mit seinen praktischen Erfahrungen unterstuetzt und wesentlich zur technisch reibungslosen Durchfuehrung der Studienreise beitragen koennte.

* * * * *

PRESSEGEWERKSCHAFT UND GEWERKSCHAFTSPRESSE

1. Allgemeines:

Ich habe den Aufenthalt in den USA auch dazu benutzt, mich - soweit das bei der starken Beanspruchung durch die uebrigen Studien moeglich war - mit der Gewerkschaftsorganisation der Journalisten und der amerikanischen Gewerkschaftspresse bekannt zu machen. In New York hatte ich waehrend der ersten Tage unseres Aufenthalts und nochmals kurz vor unserer Abreise Gelegenheit, Ralph B. Novak, den Secretary-Treasurer der American Newspaper Guild (ANG) zu sprechen der mich ueber diese Organisation informierte und mir die Satzungen sowie wertvolles Studienmaterial mitgab, dessen Durcharbeitung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Ich hoffe, dass sich daraus eine staendige Verbindung und ein Gedanken- und Schriftenaustausch zwischen der ANG und dem Presseverband Berlin (UGO) entwickelt.

In den einzelnen von uns besuchten Staedten konnte ich die dortigen Funktionaere der ANG sprechen und mir ihre Agreements mit den Zeitungen beschaffen, die unserer Berliner Pressegewerkschaft aufschlussreiches Vergleichsmaterial bieten werden. Das war vor allem in Detroit der Fall, wo ich unter Fuehrung von Praesident Frank Angelo auch die "Detroit Free Press" besichtigen konnte, in Milwaukee, wo ich an einer Versammlung der Guild teilnahm und sprach, sowie in Chicago, wo ich mich bei der Sekretuerin der Organisation, Dorothy Johnson, informieren konnte. In Washington war es mir dagegen trotz mehrfacher Bemuehungen nicht moeglich, mit der ANG eine Zusammenkunft herbeizufuehren.

In allen Staedten konnte ich mir ferner die von den verschiedenen Gewerkschaften herausgegebenen Zeitungen beschaffen und mich mit einigen Gewerkschaftsredakteuren ueber ihr Arbeitsgebiet unterhalten. Wertvolle Aufschluesse verdanke ich Frank Winn, dem Public Relations Director der UAW-CIO, Detroit, Phil Pearl, dem Leiter der Presseabteilung der AFL, Washington und Mr. Swim, der Leiter der Presseabteilung des CIO, Washington. In Chicago konnte ich ferner die Radiostation der AFL besuchen.

So anregend und wertvoll diese Besuche, Besprechungen und die erhaltenen Materialien auch fuer mich und meine hiesige Pressegewerkschaft sind, so reichen sie doch noch nicht aus, um zu einem wirklich fundierten Urteil ueber die amerikanische Pressegewerkschaft und die Gewerkschaftspresse zu gelangen. Ich beschraenke mich daher auf die folgenden Bemerkungen.

2. Pressegewerkschaft

Das Organisationsprinzip der zum CIO gehoerenden ANG weicht stark von dem der deutschen Presseverbaende ab. Waehrend die deutschen Pressegewerkschaften seit jeher nur wirkliche Journalisten als Mitglieder aufnehmen, organisiert die ANG alle Beschaeftigten einer Zeitung, mit Ausnahme des technischen Personals, das - wie z.B. die Buchdrucker - zu Facharbeitergewerkschaften gehoert. Ihre Mitglieder sind also nicht nur Journalisten, sondern auch die uebrigen Angestellten, Boten usw. In Detroit sind auf diese Weise von den ueber 750 Mitgliedern der Organisation nur etwa 200 eigentliche Journalisten. Ich halte dieses Prinzip der Industrieorganisation - das fuer andere Arbeitnehmer richtig sein mag - fuer die deutschen Journalisten

nicht fuer anwendbar. Nach Auffassung der deutschen Journalisten sind ihre wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Interessen grundlegend andere als die z.B. des kaufmaennischen Bueropersonals einer Zeitung. Ihre Vertretung durch ein und dieselbe Gewerkschaft erscheint nicht als zweckmaessig.

Andererseits ist der Mitgliederkreis der ANG begrenzter als jener deutscher Presseverbaende. Teilweise sind nach den mir zugaenglich gewordenen Agreements die Chefredakteure und die leitenden Redakteure der einzelnen Sparten einer Zeitung nicht Mitglieder der Union, waehrend sie in Deutschland selbstverstaendlich als Mitglieder aufgenommen werden. Ferner organisieren die deutschen Presseverbaende alle Journalisten, also auch die Journalisten, die im Rundfunk, in amtlichen und privaten Pressstellen taetig sind, waehrend in den USA die Rundfunkjournalisten und Kommentatoren besonderen Rundfunkgewerkschaften angehoren.

Die ANG. schliesst, aehnlich wie die meisten amerikanischen Gewerkschaften, ihre Tarifvertraege mit den einzelnen Zeitungen ab. Die deutschen Pressegewerkschaften - auch der Presseverband Berlin- haben in der Regel Tarifvertraege mit Verbaenden der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger abgeschlossen und halten das auch fernerhin fuer richtig.

Aus der andersgearteten Struktur der amerikanischen Presse ergibt es sich, dass dort nur wenig sogenannte "freie Journalisten" (free-line-men) taetig und organisiert sind. In der deutschen Presse stellen diese freien Mitarbeiter, die keine Arbeitsvertraege mit den Zeitungen haben, sondern gegen Honorar oder vereinbartes Fixum arbeiten, einen erheblichen Teil der Journalisten. Im Presseverband Berlin stellen sie z.B. etwa 27 $\frac{1}{3}$ der Mitglieder. Die gewerkschaftliche Vertretung der Interessen dieser Mitglieder ist ein recht schwieriges Problem.

In den Satzungen der ANG sind keine Bestimmungen ueber besondere Unterstuetzungsleistungen in Faellen von Krankheit, Not oder Alter enthalten (dagegen versucht man in den agreements solche Vorschriften aufzunehmen), waehrend die deutschen Presseverbaende stets ein reges Unterstuetzungswesen hatten und gegenwaertig dabei sind, es neu aufzubauen. Insbesondere soll das fruehere "Versorgungswerk der deutschen Presse" wieder in Gang gebracht werden. Das schliesst nicht aus, dass auch die deutschen Pressegewerkschaften aehnlich wie die amerikanischen bei kuenftigen Tarifverhandlungen versuchen, die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger wieder zu besonderen Beitraegen fuer diese Unterstuetzungseinrichtungen heranzuziehen.

3. Gewerkschaftspresse

Waehrend sich die deutsche Gewerkschaftspresse erst wieder im Aufbau befindet und mit Papier- und auch Finanzierungsschwierigkeiten zu kaempfen hat, haben die amerikanischen Gewerkschaften ein ausserordentlich vielseitiges Pressewesen. Wohl war mir ein Teil davon schon bekannt. Es ueberraschte mich aber doch zu sehen, wie ruehrig selbst die einzelnen "locals" sei es durch eigene Zeitungen, sei es durch laufende hektographierte Mittlungsblaetter ihre Mitglieder ueber die gewerkschaftlichen Fragen aufzuklaeren suchen.

Angesichts der Fuelle der gewerkschaftlichen Presserveroeffentlichungen werde ich noch einige Zeit benoetigen, um das erhaltene Material durchzuarbeiten und zu einem fundierteren Urteil ueber seinen Inhalt zu gelangen. Ich betrachte es jedoch bereits als ein wertvolles Ergebnis der Studienreise, dass die UGO auf meine entsprechenden Anregungen hin von einer Reihe groesserer Gewerkschaften und den Zentraalen der AFL. und des CIO. regelmaessig die Gewerkschaftsveroeffentlichungen zugestellt erhalten soll. Aus dieser staendigen Information verspreche ich mir gute Anregungen fuer die hiesige Gewerkschaftspresse und Gewerkschaftstaetigkeit.

Soweit ich bisher schon zu beurteilen vermag, steht die amerikanische Gewerkschaftspresse grundsuetzlich vor denselben Problemen wie die deutsche. Das Hauptproblem sehe ich darin, den Inhalt der Gewerkschaftszeitungen zu gestalten, dass er

die Mitglieder interessiert und wirklich von ihnen gelesen wird. Einzelne Untersuchungen, z.B. in Detroit, haben ergeben, dass nur ein verhaeltnismaessig kleiner Teil der Mitglieder seine Gewerkschaftszeitung regelmaessig liest. Die Gewerkschaften bemuehen sich darum, hierin einen Wandel zu schaffen und den Inhalt ihrer Blaetter anziehender zu machen. Das duerfte jedoch weitgehend davon abhaengen, ob es gelingt, qualifizierte Journalisten als Gewerkschaftsredakteure zu gewinnen. Mir steht kein Urteil ueber die Qualifikation der amerikanischen Gewerkschaftsredakteure und das Niveau der dortigen Gewerkschaftspresse zu. Jedoch muss ich, um meiner Berichterstattpflicht zu genuegen, darauf hinweisen, dass mir einige kenntnisreiche Leute, insbesondere in Washington, erklarten, so umfangreich die amerikanische Gewerkschaftspresse auch sei, so habe sie doch gegenwaertig nur wenige wirklich gut geleitete Blaetter und nur einen kleinen Stamm befahigter Gewerkschaftsjournalisten. Angesichts der Geldmittel, ueber die insbesondere die groesseren Gewerkschaften und die grossen Gewerkschaftsverbaende verfuegen, muesste es - nach dieser Meinung- moeglich sein, das Niveau der amerikanischen Gewerkschaftspresse wesentlich zu heben und bessere Redakteure zu gewinnen. Voraussetzung dafuer sei aber auch, dass sich die Gewerkschaften entschliessen, ihre Redakteure besser zu bezahlen und ihnen groessere Freiheit in der eigenverantwortlichen Gestaltung des Inhalts der von ihnen geleiteten Zeitungen einzuraeumen. Ich kann diese Aeusserungen hier zunaechst nur ohne eigene Stellungnahme wiedergeben und moechte hinzufuegen, dass aehnliche Kritiken auch hinsichtlich der deutschen Gewerkschaftspresse wiederholt aufgetaucht sind.

Angesichts der Staerke der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung war ich etwas ueberrascht, dass keine gewerkschaftliche Tageszeitung vorhanden ist. Aus Unterhaltungen, insbesondere mit dem Editor der UAW-Zeitung, Mr. Winn, Detroit, erfuhr ich, dass diese Frage bereits ernsthaft diskutiert wird. Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung eines derartigen Projektes gegenueberstehen, erscheinen den Gewerkschaften nach der Darstellung, die mir zuteil wurde, aber gegenwaertig noch zu gross zu sein. Jedoch glaubt man, dass sich die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Tageszeitung dann eher verwirklichen liesse, wenn es einmal zu einer Vereinigung der AFL und des CIO in einer machtvollen Gewerkschaftsorganisation kaeme.

Schlussbemerkungen:

Mein Bericht ist wesentlich umfangreicher geworden, als mir anfaenglich vorschwebte. Dennoch gibt er nur einen Teil der Ergebnisse, Erfahrungen und Beobachtungen wieder, die ich von unserer Studienreise mitbringen konnte. Ich hoffe, die zahlreichen Anregungen und Einsichten, die ich empfangen habe, durch das Studium des umfangreichen, mitgebrachten Studienmaterials weiter vertiefen und zum Nutzen der demokratischen Gewerkschaftsbewegung sowie im Dienste einer fortschrittlichen Sozialpolitik auswerten zu koennen.

Es verbleibt mir zum Schlusse die angenehme Pflicht, der Amerikanischen Militaerregierung mit all ihren beteiligten Stellen und dem Labor Department, Washington, herzlich dafuer zu danken, dass sie mir die Teilnahme an der Studienreise ermoeglicht haben.

Berlin, den 31. Mai 1949

DEUTSCHE GEWERKSCHAFTLER STUDIEREN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Die zweite Gruppe fuehrender deutscher Gewerkschaftsfunktionaere die die Vereinigten Staaten besuchen, um die Techniken der modernen demokratischen Arbeiterorganisationen zu studieren, kamen im Mai auf ihrem Wege nach verschiedenen Staedten des Landes nach Washington.

Den 6 Leuten der zweiten Gruppe folgten weitere 11, die im April angekommen waren. Waehrend ihres Aufenthalts in Washington besichtigten beide Gruppen Bundesstellen, die sich mit Arbeiterangelegenheiten befassen: sie besuchten Arbeitsausschuesse des Kongresses und trafen mit Gewerkschaftsfuehrern in den Landeshauptstellen der AFL, des CIO, der Eisenbahner-Exekutiven und anderer Arbeitnehmer - und Arbeitgeber-Organisationen zusammen. Alles in allem werden 50 deutsche Gewerkschaftler nach den Vereinigten Staaten gehen, um die Methoden der amerikanischen Arbeiterschaft zu studieren.

Unter Mithilfe der Armee

Die Deutschen besuchen die Vereinigten Staaten gemaess einem Abkommen zwischen dem Kriegsministerium und dem Arbeitsministerium unter Mitarbeit der Manpower Division der Amerikanischen Militaerregierung in Deutschland. Die deutschen Gewerkschaften waehlen zukuenftige oder jetzige Fuehrer fuer die Schulung aus, und die Manpower Division trifft alle notwendigen Vorbereitungen und stellt die Papiere aus, bevor die Schulungsteilnehmer Deutschland verlassen.

Alle Teilnehmer haben eine antinazistische und antikommunistische Vergangenheit und befinden sich in Stellungen, in denen sie in der Lage sind, die Entwicklung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland wesentlich zu beeinflussen. Viele von ihnen haben eine lange Zeit in Konzentrationslagern zugebracht und wurden wegen ihrer demokratischen und gewerkschaftlichen Gesinnung von der Gestapo ueberwacht.

Die Schulungsteilnehmer bleiben 60 Tage in den Vereinigten Staaten. Das Reiseprogramm wird vom Buero fuer Internationale Arbeitsangelegenheiten beim Arbeitsministerium zusammen mit der AFL, dem CIO und den unabhengigen Gewerkschaften aufgestellt. Es umfasst 1 Woche allgemeine Orientierung in Washington, einen Besuch in wenigstens 2 grösseren Staedten und ihre Betreuung durch die Ortsgewerkschaften, sowie schliesslich eine allgemeine Zusammenfassung der Erfahrungen etc. in Washington.

Die Deutschen besichtigen amerikanische Werke, wohnen bei Arbeitern und studieren Lohnverhandlungen, und das Gewerkschaftswesen, Lehrlingswesen, Schiedsverfahren, Kollektivverhandlungen, und Arbeiterbildung. Im Allgemeinen koennen sie beobachten, welche Rolle freie und demokratische Gewerkschaften in unserer Gesellschaft spielen.

Die 6 deutschen Besucher befinden sich jetzt in Chicago, wo sie unter der Betreuung seitens der Textilarbeitergewerkschaft, die dem CIO angeschlossen ist, ihre Studien machen. Andere halten sich in Atlante auf und studieren dort unter Anleitung der Zentralstelle der AFL, einige sind in Milwaukee und in Madison, Wisconsin, bei der AFL. Eine weitere Gruppe haelt sich in Pittsburgh beim CIO auf.

Die Unterhandlungen mit den Lokal- oder Ortsgewerkschaften werden durch die Landeszentralstellen der Gewerkschaften in Washington gefuehrt. James F. Taylor befasst sich mit der Durchfuehrung des Programms im Buero fuer Internationale Arbeitsangelegenheiten.

Der Arbeitsminister Tobin bezeichnete das Programm als einen "Versuch, die Arbeiter wieder erneut zu inspirieren und ihnen zu zeigen, dass die Demokratie wirksam sein kann, und dass es wohl der Muehe wert ist, dass man fuer sie kaempft."

Amerikanisches Arbeitsministerium,
"Information Bulletin" Juni 1949

DIE KAMPFSTRATEGIE DER AMERIKANISCHEN MEDIZINISCHEN GESELLSCHAFT

Die Amerikanische Aerzte-Vereinigung (AMA) fuehrt augenblicklich einen Kampf gegen das Oeffentliche Gesundheitsprogramm, das Praesident Truman in Vorschlag

gebracht hat und jetzt vom Kongress erwogen wird. Die organisierte Arbeiterschaft unterstuetzt dieses Programm. Es ist behauptet worden, dass die AMA einen Fonds in Hoehe von 3 $\frac{1}{2}$ Millionen Dollar unterhaelt, der fuer Propagandazwecke verwendet wird. Der Kampfplan wurde kuerzlich in einem aertzlichen Lokalblatt enthuellet und ist von der AFL veroeffentlicht worden.

"Dieser Plan ist durch viel unerhoerte Massnahmen und Zuege gekennzeichnet. So will man dazu uebergehen, dass alle fuehrenden Zeitungen und Zeitschriften veranlasst werden sollen, Propagandaartikel gegen die Krankenversicherung zu schreiben, die dann in einer riesigen Auflage gedruckt werden sollen.

"Wir haben die Absicht, mit den grossen Zeitungen und den Magazinen zusammenzuarbeiten, um sie dazu zu veranlassen, eine besondere Arbeit zu leisten, und diese Arbeit hat schon einen guten Anfang genommen", geht aus der Schrift hervor. Wenn erst einmal ein Artikel in einer Zeitschrift bzw. Zeitung von nationaler Bedeutung erschienen ist, dann werden Abdrucke dieses Artikels in die Haende von Leuten gelangen, die eine Schluesselstellung einnehmen, damit dann die Abdruecke ueber das ganze Land hinweg verbreitet werden."

"Noch unverschaechter ist die Art und Weise, wie die AMA die Mitglieder des Kongresses propagandistisch zu erfassen gedenkt. Die Sache soll etwa so vor sich gehen: Wir muessen den Hausarzt eines jeden Kongressmitgliedes und jedes amerikanischen Senators ausfindig machen und ihn dazu veranlassen, dass er - der Arzt - seinem Patienten einen persoentlichen Brief schreibt, in dem er ihn auf die Gefahren einer sozialisierten Medizin aufmerksam macht, und in dem er ihn um seine Hilfe bittet, zur Vereitelung der Einfuehrung irgendeines obligatorischen Krankenversicherungsprogramms, das eventuell eingebracht wird, beizutragen!

"Auch jedes aertzliche Sprechzimmer muss zu einem Propagandazentrum gegen die Krankenversicherung werden. Reproduktionen eines klassischen Gemaeldes mit dem Titel "Der Arzt" sollen in jedem Sprechzimmer angebracht werden. Das Bild zeigt den Hausarzt einer Familie, wie er am Bett eines ernstlich erkrankten Kindes sitzt. Unter dem Bilde befindet sich ein Spruch in grossen Buchstaben mit der Ueberschrift "Lasst auf diesem Bilde die Politik aus dem Spiel". In vollkommener Verdrehung der Ziele der Krankenversicherung, heisst es in der Botschaft: 'Sie wuerde noch einen Dritten - den Politiker - zwischen Dich und den Arzt stellen. Die Gesundheit Deiner Familie wuerde an den Buerokratismus gefesselt werden. Der Erfolg waeren hohe Abgaben vom Lohn - und minderwertige aertzliche Betreuung fuer Dich und Deine Familie. Lass das hier nicht zu!'"

"Das ist eine der vielen Methoden, mit denen der "Aerztetrust" hofft, Millionen von Patienten zu taeuschen, indem er sie glauben machen will, dass die Krankenversicherung sie zu schaedigen beabsichtigt. In dem betreffenden Artikel sind noch mehr "Schlachtplaene" angefuehrt. Sie bringen den Nachweis dafuer, dass die 3 $\frac{1}{2}$ Millionen Dollar fuer eine der boesartigsten, zuegellosesten und hinterlistigsten, truegerischsten Kampagnen in der Geschichte des Landes verwendet werden sollen."

"AFL Weekly News Service" 13. Juni 1949

EIN NEUES LOHNSYSTEM IN DER ENGLISCHEN BAUMWOLLINDUSTRIE

Die englische Baumwollindustrie sieht sich der harten Notwendigkeit gegenueber, dass die Arbeiter die Produktion erhoehen muessen. Die Gewerkschaften arbeiten mit den Arbeitgebern **zusammen** in dem Bemuehen, die Leistungsfaeigkeit der Baumwolltextilwerke zu steigern. Es handelt sich hier keineswegs um eine leichte Aufgabe, da die Arbeitsweise geaendert werden muss. In manchen Faellen muessen die Lohnskalen

dementsprechend angeglichen werden. Es muessen mehr Arbeiten nach dem Akkordsystem geleistet werden. Viele Arbeiter, die beunruhigt sind, wollen manche dieser Aenderungen nicht hinnehmen.

Es ergibt sich daher fuer die Gewerkschaften die Notwendigkeit, eine gewaltige Schulungskampagne einzuleiten, um dadurch den Arbeitern verstaendlich zu machen, dass diese Aenderungen notwendig sind, wenn die Industrie gedeihen soll. Trotzdem klammern sich viele Arbeiter noch an die bestehenden Methoden. Nachstehend folgt eine Darlegung der Arbeitsziele der Kommission der Baumwollfabrikation, die in der offiziellen Zeitschrift des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) erschien. Den Arbeitern wird darin erklart, dass das Problem einem eingehenden Studium unterzogen wird, und dass die neuen Plaene zunaechst einmal sozusagen "imaginaer", begrifflich, untersucht werden, bevor man an ihre Verwirklichung geht.

Der Gang des "imaginaeren" Experiments

"Bis jetzt ist noch kein Abkommen zwischen den Arbeitgebern und der Organisation der Weber getroffen worden." Es wurden zunaechst Kalkulationen vorgenommen, was auch jetzt noch der Fall ist, aus denen sich der Verdienst fuer verschiedene Arbeitsarten ergibt, bevor Lohnaenderungen vorgenommen wurden. Aus einem vorlaeufigen Bericht der Kommission geht hervor, dass die Studien bei 39 verschiedenen Firmen noch ihren Fortgang nehmen, was einem Querschnitt durch die gesamte Industrie entspricht.

Die Loehne sind viel hoeher

"Die Kommission hebt hervor, dass jedes neue Lohnsystem, dem zufolge die Zahlung nach der Leistung abgestuft wird, manchen Webern die Moeglichkeit gibt, ihren Verdienst zu erhoehen, dass sich aber fuer andere wiederum eine unvermeidliche Lohnherabsetzung ergeben wird, wenn die Arbeitsbedingungen die gleichen bleiben, und wenn keine Umstellung im Betriebe vorgenommen wird.

Wo sich jedoch bei den Studien ein Verlust an Lohn zeigte, muss auch gesagt werden, dass der Weber diesen dadurch ausgleichen kann, indem er einen zusaetzlichen Webstuhl uebernimmt oder weitere Webstuehle, ohne dass er deshalb irgendwie unangemessen ueberanspricht wird. Und wo die Umstellung richtig durchgefuehrt wird, wird auch der groesste Teil der Weber nach dem Plan der Kommission mehr verdienen als dies jetzt der Fall ist."

Ein weiterer Faktor, den die Kommission bei der Ausarbeitung ihres Lohnsystems in Betracht zog, war, darauf zu achten, dass Kunstseide-Weber, die bisher einen Stuecklohnsatz hatten, der bis zu 40% hoeher war als der der Baumwollweber, diesen Vorteil nicht weiterhin geniessen sollten lediglich auf Grund der Tatsache, dass Kunstseide leichter zu verarbeiten ist.

Die Selbstkosten werden herabgesetzt

In einer Anzahl Webereien wurden auch tatsaechliche Versuche durch die Vereinigten Industrieberater, Lancashire, durchgefuehrt. Es ergab sich eine allgemeine Steigerung bei den Loehnen und in der Produktion, wobei gleichzeitig ein Fallen der Selbstkosten zu verzeichnen war. Bei den Loehnen ergab sich durchschnittlich eine Erhoehung von 43% nach dem augenblicklichen Stande, und die Produktion pro Stunde und Arbeiter wurde durchschnittlich um 89% gesteigert.

In diesen Webereien ergaben sich bei der Kalkulation der Loehne nach dem neuen System keine Schwierigkeiten, weder fuer die Weber noch fuer die Betriebsleitung. Die Qualitaet des Gewebes wurde nicht schlechter - in vielen Faellen war sie sogar besser -, und von 380 davon betroffenen Webern "haben bisher nur 2 bei einem groesseren Arbeitsanfall keine Ausdauer an den Tag gelegt."

Abschliessend bemerkt die Kommission: "Wir haben nicht die Absicht, den Eindruck zu erwecken, dass sich Erfolge dieser Art nun bei jeder Spinnerei zeigen muessen,

wo das neue Lohnsystem zusammen mit der betrieblichen Umstellung eingefuehrt ist.

"Andererseits sind die Schilderungen, die wir hier gegeben haben, nicht etwa sorgfaeltig ausgesucht worden als solche, bei denen sich die besten Erfolge gezeigt haben, sondern sie erstrecken sich auf alle Spinnereien, bei denen diese Umstellungen vorgenommen wurden, bzw. bei denen das neue System lange genug eingefuehrt war, um den Erfolg beurteilen zu koennen. In jedem Falle spricht der Erfolg fuer sich selbst."

Aenderung im System

Was die gesetzliche Seite angeht, so sind Vorkehrungen getroffen worden, dass dem Weber kein Akkordsatz gezahlt werden darf, der unter dem liegt, wie er im Abkommen von 1937 festgelegt ist. Das bietet natuerlich kein Hindernis, das schwer zu ueberwinden waere, da es noch heutzutage unfassbar waere, von den Werkleitungen wie auch von den Webern zu erwarten, dass sie bis zur betrieblichen Umstellung ein System akzeptieren, demzufolge der augenblickliche Durchschnittslohn gesenkt wird.

Die Kommission empfiehlt daher den Arbeitgebern wie auch den Gewerkschaften, ein neues Abkommen zu treffen, das jedem Fabrikanten - mit Zustimmung seiner Leute und ihrer Organisation- gestattet, das neue Lohnsystem einzufuehren.

"Labour" Juni 1949

DIE ILO SOLL DAS PANAMA-SCHIFFSPROBLEM

UNTERSUCHEN

"Die Internationale Organisation fuer Arbeitsangelegenheiten (ILO) berief die erste Sitzung ihres aus 3 Parteien zusammengesetzten Untersuchungsausschusses zusammen, um die Verhaeltnisse auf den Schiffen untersuchen zu lassen, die unter der Flagge von Panama fahren.

Die Handelsmarine von Panama, die bis kurz vor dem Kriege nur etwas mehr als eine halbe Million Tonnen besass, ist jetzt auf etwa $2\frac{1}{2}$ - 3 Millionen Tonnen angewachsen, wovon ein grosser Teil auslaendischen Schiffahrtsgesellschaften gehoert.

Der Internationale Transportarbeiter-Verband (ITF) und die Schiffahrtsgewerkschaften der AFL haben die Behauptung aufgestellt, dass viele Schiffe der Flagge von Panama unterstellt wurden, um dadurch der Besteuerung und den Devisenbeschaenkungen zu entgehen, wie auch der Einfuehrung von Normen, die geeignet sind, die Sicherheit des Lebens auf See zu schuetzen, und die Lohnsaetze und andere Einstellungsbedingungen fuer Seeleute, wie sie von den fortschrittlichen Seemaechten durchgesetzt worden sind. Der Verband empfahl daher, diejenigen Schiffe, die aus diesen Gruenden abgegeben worden sind, zu boykottieren.

Die Regierung von Panama hat an den Geschaeftsfuehrenden Ausschuss der ILO die Aufforderung gerichtet, einen aus 3 Parteien zusammengesetzten Ausschuss zu ernennen, der eine unparteiische Untersuchung der Behauptungen des ITF vornehmen soll, insbesondere hinsichtlich der Sicherheitsverhaeltnisse und Einstellungsbedingungen an Bord derjenigen Schiffe, die unter der Flagge Panamas fahren.

"AFL Weekly News Service" 13. Mai 1949

DER STREIK DER ENGLISCHEN DOCKARBEITER

Es ist zu erwarten, dass die Kommunisten in der Arbeiterbewegung versuchen werden, im Transportwesen die Kontrolle ueber die Gewerkschaften in ihre Haende zu bekommen. Die kommunistischen Bemuehungen in dieser Hinsicht sind ein schluessiger Beweis fuer ihre politischen Ziele. Es ist daher nicht erstaunlich, dass der jahrelange Konflikt zwischen den rivalisierenden Gewerkschaften im Kampf um die Kontrolle der Schiffahrt in Canada groesstes Aufsehen in der Welt erregt hat, obwohl nicht mehr als 20.000 Menschen davon betroffen wurden.

Der Kampf wird zwischen dem canadischen Seeleute-Verband, der angeblich von den

Kommunisten beherrscht wird, und der Internationalen Seeleute-Gewerkschaft, (SIU), die der AFL angeschlossen ist und stark antikommunistisch ist, ausgetragen. Die erstere, der CSU, behauptet, dass die SIU eine Kampagne eingeleitet hat mit dem Ziel, die Kontrolle ueber die bisher beim CSU organisierten Leute in die Haende zu bekommen. Es hat nun den Anschein, als wenn die SIU in ihren Bestrebungen von gewissen Schiff-fahrtsgewellschaften unterstuetzt wird. Dieser Prozess des Eindringens einer Gewerk-schaft in die Interessensphaere einer anderen, was man in Amerika mit "raiding" (etwa eine "Razzia" durchfuehren) bezeichnet, wird von den amerikanischen Gewerkschaften gemissbilligt. Diese uebliche Missbilligung scheint aber auf ein "raiding" nicht anwendbar zu sein, wenn es um den Kommunismus geht, und die SIU fuehrt ihren Kampf wegen des Kommunismus.

Im canadischen Streit hat der CSU an Boden verloren und hat somit zum Streik aufgerufen. Die mit CSU-Leuten bemannten Schiffe liegen in verschiedenen Haefen der Welt fest. Der CSU hat aber ueberdies ueberall an die Dockarbeiter einen Aufruf erlassen, sich zu weigern, Schiffe unter canadischer Flagge, die mit SIU-Besatzungen bemannt sind, auszuladen. Das erkluert den Streik in gewissen englischen Haefen, wo sich die Dockarbeiter seit einigen Wochen geweigert haben, mit SIU-Leuten bemannte Schiffe abzufertigen.

Auf Grund des Streiks der englischen Dockarbeiter gegen die mit SIU-Leuten be-manneten Schiffe hat die AFL mit einem Streik gegen englische Schiffe gedroht. Un-laengst veroeffentlichten Pressemeldungen zufolge wurde der englische Dockarbeiter-streik um den 15. Juni herum beendet. Die Streitfrage ist aber noch nicht abge-schlossen. Zweifellos wird der Kampf zwischen den rechtsstehenden und linksstehenden Gewerkschaften der Seeleute wieder aufleben.

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II- 20

Berlin, 8. Juli 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Amerikanischer Arbeiterführer tritt aus der kommunistischen Partei aus - - - - -	1
Plaene fuer einen neuen Weltgewerkschaftsbund - - - - -	2
Das Internationale Problem des Arbeitseinsatzes - - - - -	6
Der X. Kongress der Sowjetischen Gewerkschaften - - - - -	9
Die jugoslawischen Stahlarbeiter haben keine Disziplin - - - - -	12
Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern breitet sich in den Vereinigten Staaten aus -	13
CIO sorgt fuer seine Mitglieder - - - - -	15
Meinungsverschiedenheiten unter den amerikanischen Arbeiterführern - - - - -	15
Zum ersten Jahrestag des ERP - - - - -	15

AMERIKANISCHER ARBEITERFUEHRER TRITTS AUS DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI AUS

Max Perlow, ein führender Funktionär des Verbandes der Vereinigten Möbelerbeiter (CIO) ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten, weil er es vorzieht, seine Stellung in der Gewerkschaft beizubehalten. Er hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, weil seine Gewerkschaft nach den gesetzlichen Bestimmungen keine gesetzlichen Rechte fuer sich in Anspruch nehmen kann, wenn jemand aus den Reihen der Funktionäre Mitglied der kommunistischen Partei ist. Perlow erklarte jedoch, dass er immer noch an den Kommunismus glaube, und dass dies sein verfassungsgemässes Recht sei.

"New York Herald Tribune"
(Paris) 7. Juni 1949

PLAENE FUER EINEN NEUEN WELTGEWERKSCHAFTSBUND

Zweifellos werden die deutschen Gewerkschaftler Interesse an der folgenden zusammengefassten Darstellung der juengsten Ereignisse haben, die mit der Gruendung eines demokratischen Weltgewerkschaftsbundes zusammenhaengen. Diese Darstellung stammt von Irving Brown, dem Europavertreter der AFL. Wir geben den Artikel vollinhaltlich wieder. Wer daran interessiert ist, das periodisch von Mr. Brown herausgegebene Nachrichtenblatt (Newsletter) zu lesen, kann sich mit ihm unter folgender Adresse in Verbindung setzen: Mr. Irving Brown, 33, Avenue de l'Armée, Bruessel, Belgien.

Eine neue Weltbewegung der Arbeiterschaft

"Am 18. Januar 1949 erklarten die Vertreter des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), unterstuetzt vom GIO und den Hollaendern, ihren Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund (WFTU). Am 25. Juni ds. Jhs. wird in Genf, in der Schweiz, eine Konferenz der Delegierten der freien Gewerkschaften der Welt, die vom Britischen TUC einberufen wurde, stattfinden. Was hat sich nun in der Gewerkschaftswelt waehrend des Zeitraums von 6 Monaten ereignet. Welche Fortschritte sind in bezug auf die Gruendung einer neuen internationalen Arbeiterbewegung erzielt worden. Welche Aussichten bestehen fuer die Zukunft.

Die Internationalen Gewerkschaftssekretariate werden aktiv

Am 8. Maerz fand in Bournemouth, England, eine Konferenz der Internationalen Gewerkschafts-Sekretariate statt. Alle Gewerkschaftssekretariate waren vertreten, mit Ausnahme des Internationalen Bergarbeiter-Verbandes. Diese 15 Gewerkschaftssekretariate repraesentieren annaeherd 18 Millionen Arbeiter. Nach einer ernsthaften und demokratisch gefuehrten Aussprache, die sich 3 Tage lang hinzog, wurde ein koordinierender Ausschuss gebildet, der die gemeinsamen Interessen aller Sekretariate vertritt. Das Ersuchen seitens des WFTU, zu den Sitzungen zugelassen zu werden, wurde einstimmig abgelehnt. Dies bildete den ersten internationalen Beschluss von Bedeutung in der Trennung vom WFTU seit dem Austritt der Englaender, sowie einen Schritt vorwaerts auf dem Wege zur Bildung einer neuen und freien internationalen Arbeiterbewegung, die auf nationalen freien Gewerkschaftszentralen begruetet ist Beistand und Unterstuetzung seitens der internationalen Gewerkschaftssekretariate. 3 Delegierte des koordinierten Ausschusses der internationalen Gewerkschaftssekretariate werden am 25. Juni auf der Genfer Tagung anwesend sein.

Die Gewerkschaften und das Ruhrgebiet

Am 15. Maerz trafen die Vertreter der Gruben- und Metallarbeitergewerkschaften aus Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Deutschland und den Vereinigten Staaten in der Stadt Luxemburg zusammen, um sich ueber ein Programm bzw. eine Organisationsform fuer die Beteiligung der Gewerkschaften an der internationalen Kontrolle der Ruhrkohle, des Eisens und der Stahlindustrie schluessig zu werden. Hier wurde zum ersten Male seit Beendigung des Krieges mit Unterstuetzung der Amerikanischen Arbeiterschaft durch die Forderung nach einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Beteiligung an der Ruhrkontrollbehoerde eine deutsch-franzoesische Annaeherung erreicht. Ueberdies fanden die Forderungen der deutschen Gewerkschaften in bezug auf die Ruhrindustrie die einstimmige Unterstuetzung seitens ihrer Gewerkschaftekameraden im Ausland. Es wurde ein Gewerkschaftskomitee, an dem alle Gewerkschaften beteiligt sind, sowie ein Sekretariat in Luxemburg gebildet, dass sich mit den Ruhrproblemen befassen soll. Diese Organisation trifft jetzt Vorbereitungen, ihre Forderungen bei der Ruhrkontrollbehoerde wie auch bei den beteiligten Regierungen geltend zu machen. Es handelt sich hier um eine bedeutende internationale gewerkschaftliche

Entwicklung, die eine endgueltige Kontrolle nicht nur der Ruhr, sondern der gesamten nordwesteuropaeischen Kohle, Eisen und Stahlindustrie erwarten laesst.

Die Gewerkschaften der Kleinen Nationen werden ruehrig

Die Gewerkschaften der Kleinen Nationen Westeuropas sind in den letzten Wochen in ihren Bestrebungen, in einer neuen Weltarbeiterbewegung eine fuehrende Rolle zu spielen, sehr ruehrig gewesen. Sie alle weigerten sich, den Mailaender Kongress des WFTU zu beschicken und sind aus ihm ausgetreten. Am 25. Juni werden sie in Genf vertreten sein, und es wird berichtet, dass sie ihre Haltung beibehalten werden, indem sie einen Antrag unterstuetzen, demzufolge ein Generalsekretaer gewaehlt wird, der einer der kleinen Nationen Europas angehoert. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie auch fordern, dass die neue Weltkoerperschaft ihren Sitz in einem der kleinen Laender Europas nimmt.

Die Oesterreicher haben sich endgueltig dahingehend entschieden, nicht nach Mailand zu gehen und zur Genfer Tagung Beobachter zu entsenden. Seitdem hat sich auch der Gewerkschaftsbund Neuseelands aus dem WFTU zurueckgezogen. Auch sind Berichte eingelaufen, wonach die Australier beschlossen haben, sich nicht an dem Mailaender Kongress des WFTU zu beteiligen.

Die Bergleute und die Metallarbeiter

Wenn wir von Europa nach Amerika uebergehen, dann stellen wir fest, dass sich dort ebenfalls wichtige und bedeutende Entwicklungen vollziehen, die die internationale Gewerkschaftslage beeinflussen. Am 20. April wurde zum ersten Mal in seiner Geschichte in Amerika vom Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes (IMF) in der Zentralstelle des Internationalen Maschinenarbeiter-Verbandes der dem IMF angeschlossen ist, eine Sitzung in Washington D.C. abgehalten. Die Beschluesse, die auf dieser Konferenz gefasst wurden, werden in allernaechster Zukunft dazu fuehren, dass sich die Gewerkschaftsorganisationen der Metallarbeiter sowohl in der AFL wie auch im CIO dem IMF anschliessen. Eine Anzahl grosser Gewerkschaften des Metallgewerbes innerhalb der AFL zieht einen Anschluss in Erwaegung, ebenso wie der Verband der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas und der Verband der Vereinigten Stahlarbeiter Amerikas innerhalb des CIO. Dadurch wuerde der IMF heute zum groessten internationalen Gewerkschaftssekretariat der Welt werden. Ueberdies hat das Zentralkomitee des IMF einstimmig die in Bournemouth gefassten Beschluesse unterstuetzt, denen zufolge ein koordinierender Ausschuss der internationalen Gewerkschaftssekretariate gebildet werden soll.

Der Internationale Bergarbeiterverband (MIF) veranstaltete, im Mai eine Konferenz seines Zentralausschusses in Washington und zwar in der Zentralstelle des Verbandes der Vereinigten Grubenarbeiter Amerikas, der dem Internationalen Bergarbeiterverband angeschlossen ist. Die gefassten Beschluesse bestaerkten die Tendenz, die auf eine Trennung vom WFTU abzielt. Es wurden Massnahmen eingeleitet, um jede Beziehung zum WFTU zu unterbinden. Der MIF wird sich an der Mailaender Tagung nicht beteiligen, noch zieht er in Erwaegung, ein Teil der Gewerkschafts-abteilungen im WFTU zu werden. Die amerikanischen Kohlenarbeiter spielten auf den Sitzungen eine aktive Rolle und verpflichteten sich, auch weiterhin den MIF zu unterstuetzen.

Anglo-Amerikanische Konferenzen

Im Laufe des Monats April fanden wichtige Sitzungen zwischen den Vertretern der britischen Gewerkschaften und der AFL und dem CIO statt. Die Vertreter des britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) hatten getrennte Konferenzen mit den Vertretern der AFL und des CIO. Die Besprechungen drehten sich um die Frage der Gruendung einer neuen internationalen Gewerkschaftsbewegung die sich im Gegensatz zum WFTU auf freie Gewerkschaften stuetzen wuerde, der politisch von den Russen beherrscht und kontrolliert wird. Die Konferenzen zwischen dem britischen TUC und

der AFL fuhrten zu einem tieferen Verstaendnis der Probleme, die mit der Gruendung einer neuen Internationale zusammenhaengen. Schwierigkeiten, besonders persoenerlicher Art, wurden rasch aus dem Wege geraeumt, waehrend es den amerikanischen Organisationen selbst anheimgestellt wurde, die Frage der Beziehungen zwischen der AFL und dem CIO zu loesen. Die AFL wies ganz besonders nachdruecklich darauf hin - und war auch damit einverstanden, dass sich die kleinen Nationen an der Foerderung irgend eines neuen Weltverbandes beteiligen sollten. Der britische TUC war durchaus damit einverstanden und begruesste es, wenn die erste Einladung zu einer inoffiziellen vorbereitenden Versammlung in Genf hinausgeschickt wuerde, die nicht als ein Kongress angesehen werden sollte, sondern lediglich als ein Versuch, diejenigen Verfahren in Gang zu setzen, die zu einem ersten Weltkongress fuhren. In Genf wird darueber beschlossen werden, welche Gewerkschaften als Foerderer der ersten Weltkonferenz angesehen werden sollen, und wann ein solcher Kongress einberufen werden soll.

Das Abkommen zwischen der AFL und dem CIO

Schon dadurch wurde ein bedeutender Fortschritt in der erfolgreichen Entwicklung der neuen Internationale erzielt, als bzw. nachdem die AFL eine Resolution angenommen hatte, derzufolge sie sich einverstanden erklarte, sich zusammen mit dem CIO an einer solchen Organisation zu beteiligen. Diese Resolution ist insofern von grosser Bedeutung, als sie die Grossmachtpolitik des WFTU verwirft und die Gruendung einer Weltorganisation fordert, in der die kleinen Nationen bei der Bestimmung der Politik die gleichen Rechte haben wie die grossen Organisationen, und nicht nur eine Rueckkehr zu der europaeischen Vorkriegsorganisation fordert, sondern die Schaffung einer Weltbewegung, die sich gleichermassen mit den Arbeiterbewegungen Asiens, Afrikas und Suedamerikas befasst.

Auf die Annahme der Resolution der AFL folgte eine gemeinsame Konferenz zwischen der AFL und dem CIO, die am 28. April in Washington D.C. stattfand, und die zu einem Abkommen zwischen den beiden amerikanischen Gewerkschaften fuehrte, demzufolge Vorbereitungen fuer die Gruendung einer neuen freien Gewerkschaftsinternationale getroffen werden sollten. Wegen der grossen Bedeutung, die einem solchen Abkommen beizumessen ist, bringen wir nachstehend die Hauptpunkte, ueber die sich die AFL und der CIO einig geworden sind:-

1. Sowohl die AFL wie auch der CIO erklaren sich damit einverstanden, dass der britische TUC im Laufe oder gegen Ende des Monates Juni eine vorbereitende bzw. vorlaeufige Konferenz nach der Schweiz einberuft, zu welcher Zeit das Internationale Amt fuer Arbeitsfragen (ILO) in Genf seine Tagungen abhaelt. (Dies ist bereits durch die Festsetzung einer Versammlung auf den 25. Juni geschehen.)

2. Die Konferenz soll einen vorbereitenden provisorischen Ausschuss bilden, der die Aufgabe hat, ueber gewisse einleitende Schritte hinsichtlich der Foerderung einer neuen Weltarbeiterorganisation zu beschliessen wie auch darueber zu entscheiden, wer die ersten Foerderer und Einberufer des ersten Kongresses sein sollen.

3. Vor der Einberufung eines Kongresses sollen die Beschluesse und die Massnahmen der vorbereitenden Konferenz den fuer den Anschluss in Frage kommenden Mitgliedern unterbreitet werden. Dies wird die nationalen Gewerkschaftszentren in die Lage versetzen, offiziell und demokratisch ihre Stellung in bezug auf den neuen freien Weltgewerkschaftsbund zu bestimmen.

4. Die internationalen Gewerkschaftssekretariate sollen aufgefordert und dringend ersucht werden, sich an allen vorbereitenden Massnahmen und Phasen zu beteiligen, die zur Gruendung eines neuen Weltverbandes fuhren.

5. Der Anschluss der AFL und des CIO an eine neue Weltgewerkschaftsorganisation soll auf Grund der Mitgliederzahl vorgenommen werden, die auf ihren letzten Versammlungen bekanntgegeben wurden. Die Vertreter des CIO erklarten, dass sie sich auf der Basis von 6 Millionen Mitgliedern anschliessen wuerden, die AFL

unter Zugrundelegung von 7½ Millionen beitragszahlenden Mitgliedern. Dieses Abkommen soll jedoch nicht so ausgelegt werden, dass es den Status der AFL als vorherrschende Arbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten beeinflusst oder ändert - z.B. den Status der AFL in der ILO. Wenn das augenblickliche Kopfzahlverhältnis beim Anschluss an die neue Weltarbeiterorganisation entweder von der AFL oder vom CIO geändert werden sollte, um so den Status der AFL in Frage zu stellen, dann hat jede Organisation das Recht, den Nachweis ueber die wirkliche Mitgliederzahl zu verlangen.

6. Sowohl die AFL wie auch der CIO sollen im Mechanismus der neuen Weltarbeiterorganisation vertreten sein. Eine Diskussion ueber persoenliche Angelegenheiten, die sich auf die neue Organisation beziehen, wurde bis auf spaeter zurueckgestellt.

Seitdem dieses Abkommen getroffen wurde, sind die Exekutivausschuesse beider Organisationen zusammengetreten, die auch das Abkommen ratifiziert haben. Darueber hinaus begann der CIO endgueltige Massnahmen gegen diejenigen kommunistisch kontrollierten Organisationen zu ergreifen, die noch im CIO verblieben sind, und darauf bestehen, weiterhin Beziehungen zum WFTU zu unterhalten.

Die AFL wird in Genf am 25. Juni wie folgt vertreten sein: George Maany, Sekretaer und Schatzmeister der AFL, George P. Delaney, der internationale Vertreter der AFL, William J. McSorley, der Vorsitzende des Verbandes der Internationalen Holz- und Metalldreher und Irving Brown, der Europavertreter der AFL.

Nicht nur Europa und Amerika

Diese Entwicklungen in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten von Amerika weisen auf den Fortschritt hin, der in dem Bestreben erzielt wird, die freien Gewerkschaften zu einer neuen Weltgewerkschaftsbewegung zu vereinigen. Das ist jedoch noch nicht alles. Die grossen Gebiete in der Welt wie Asien, Afrika, Suedamerika und der Mittlere Osten gewinnen mehr und mehr an Bedeutung als entscheidende Faktoren in der zukuenftigen Weltwirtschaft und im Kampfe zwischen Demokratie und Diktatur. Wenn die Gewerkschaftsfuehrer der westlichen Welt nicht in den Gebieten der Welt, wo so lange das Kolonisierungsprinzip und der Imperialismus vorgeherrscht haben, ihre Bemuehungen vergrossern und intensiver gestalten, dann wird es unmoeglich sein, eine wirkliche Weltorganisation aufzubauen.

Mehr als die Haelfte aller Menschen der Welt lebt in Asien. Dort sind Nationalismus und Selbstbestimmung im fortschreiten begriffen. Die Industrialisierung macht Fortschritte und hat unmittelbar ein Anwachsen des Gewerkschaftswesens im Gefolge. Waehrend der westeuropaeische Imperialismus im Laufe der letzten 10 Jahre seine Umklammerung gelockert hat, versucht jetzt ein neuer bolschewistischer Imperialismus, diese Menschen unter dem Banner des Nationalismus und der Selbstbestimmung, enger zu umklammern. In vielen Laendern des Fernen Ostens ist die Gewerkschaftsbewegung von den neuen Imperialisten dazu benutzt worden, ihre ausbeuterischen Plaene im Namen eines falschen Sozialismus zu foerdern. Wenn keine neue Weltarbeiterbewegung geschaffen wird, die nicht das Monopol der Welt des weissen Mannes ist, und die mit den Gewerkschaftsbewegungen der ferngelegenen Gebiete zusammenarbeiten und ihnen dabei helfen will, eine groessere Freiheit auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiete zu erringen, dann wird man diesen neuen und noch gefaehrlicheren Imperialismus nicht daran hindern koennen, seine ueblen und schlimmen Ziele zu verwirklichen. Darueber hinaus wird ein solcher Sieg auf Seiten der Russen und des WFTU in diesen Gebieten der Welt schliesslich die demokratischen Rechte und den hohen Lebensstandard bedrohen, wie er in der westlichen Welt errungen worden ist.

Es ist bereits darueber berichtet worden, dass der WFTU und seine Marionetten im Fernen Osten eine Asien-Konferenz in Shanghai vorbereiten. Das wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in anderen Teilen der Welt wiederholen. Die Lage erfordert daher mehr denn je gebieterisch, dass die Genfer Konferenz zum ersten Schritt wird

in der Bildung einer Weltorganisation, die den welterschuetternden Ereignissen, die jetzt ausserhalb Europas vor sich gehen, die gebuehrende Beachtung schenkt. Organisatorisch gesehen, bedeutet dies nicht nur die Schaffung einer zentralen Koerperschaft mit einem Buero in Westeuropa, sondern auch die Gruendung von freien Gewerkschaftszentren in jedem groesseren Gebiet und Kontinent der Welt mit einer Vertretung auf gleicher Basis aus allen diesen Gebieten bei der zentralen Koerperschaft des neuen Vereinigten Weltbundes der Freien Gewerkschaften!

"AFL News Letter" (Bruessel) Juni 49

ENTWICKLUNGEN DER LETZTEN ZEIT: Am 25-26 Juni kamen Delegationen der Freien Gewerkschaften von 34 Nationen, die 42,000,000 Arbeiter vertraten, in Geneva zusammen. Die Zusammenkunft ging einer Hauptkonferenz voraus, die im November stattfinden wird. Komitees wurden eingerichtet um die Vorbereitungen fuer die November Konferenz zu treffen.

Am 29. Juni trafen sich die restlichen Mitglieder des ~~Welt~~ ^{WFTU} ~~bundes der freien Gewerkschaften~~, die angaben "74,000,000 Arbeiter" zu repraesentieren, in Milan, Italien.

DAS INTERNATIONALE PROBLEM DES ARBEITSEINSATZES

Eines der brennendsten Arbeitsprobleme von weltweiter Bedeutung, mit dem sich das Internationale Arbeitsamt (ILO) zur Zeit beschaeftigt, ist das des Arbeitseinsatzes. Nachdem sich das Arbeitsamt viele Monate lang der Sammlung von Unterlagen ueber das Angebot von und die Nachfrage nach Arbeitskraefte in den einzelnen Staaten gewidmet hat, befasst es sich jetzt mit der Ausstellung eines Aktions-Programmes fuer die verschiedenen Nationen. Wir entnehmen die folgenden Ausfuehrungen einem Taetigkeitsbericht des ILO.

"Der Bedarf an Arbeitskraefte und die damit zusammenhaengenden Probleme:

Selbst unter den guenstigsten Umstaenden ist die Durchfuehrung einer Arbeitseinsatzpolitik keine leichte Aufgabe. Geeignete Arbeitskraefte muessen in genuegender Zahl zur Verfuegung stehen, um jederzeit und an jedem Ort, wo sie gebraucht werden, eingesetzt werden zu koennen. Diese Leute muessen die vorhandenen Bodenschaeetze und Rohstoffe nutzbar machen, um die fuer die Volkswirtschaft der einzelnen Staaten und der Welt benoetigten Gueter herzustellen. Diese Aufgabe loest sich nicht von selbst, vielmehr ist es notwendig, den Arbeitsmarkt zu diesem Zweck zu organisieren. Dies ist, in Kuerze, die Hauptaufgabe unserer heutigen Arbeitseinsatz-Politik.

Unter den heutigen Verhaeltnissen bereitet die Durchfuehrung dieser Aufgabe besondere Schwierigkeiten. Wohin wir in der Welt sehen, ueberall besteht eine dringende und weitgehende Nachfrage nach Arbeitskraefte. Der Bedarf auf diesem Gebiet ist ein internationales Problem, insofern als alle Staaten hierunter leiden, wenn auch nicht alle im gleichen Masse. Die Ursache hierfuer ist, dass Arbeitsmoeglichkeiten und Arbeitskraefte sowohl quantitativ als auch qualitativ nicht in der gleichen Anzahl vorhanden sind. Man findet sowohl zu viel als auch zu wenig auf beiden Gebieten. In einigen Staaten haben alle Einwohner Arbeit, in einigen ist Arbeitslosigkeit, und andere leiden unter einem Mangel an Arbeitskraefte. Allen gemeinsam aber ist der Mangel an gelernten Arbeitern.

Der unausgeglichene europaeische Arbeitsmarkt

In Europa haben beispielsweise eine grosse Reihe von Staaten ihre Reserven an Arbeitskraefte bereits ganz ausgeschoeppt und benoetigen noch weitere Arbeitskraefte, um ihre wichtigen Industrien mit dem erforderlichen Personal zu versorgen,

während einige wenige andere Länder unter einem beträchtlichen Ueberangebot an Arbeitskräften leiden, die nicht produktiv eingesetzt werden können. In Westeuropa allein dürfte sich die Nachfrage nach ausländischen Arbeitern im Jahre 1949 auf rund 200.000 belaufen. Dagegen besteht in gewissen westeuropäischen Ländern ein ebenso ausgesprochenes Ueberangebot an Arbeitskräften, die anderweitig Beschäftigung finden könnten: rund 1.500.000 in Italien, 500.000 in der deutschen Bizone (hauptsächlich Frauen) und 300.000, die von der Internationalen Flüchtlings-Organisation (IRO) betreut werden. Die Wiedereinschaltung dieser zwei Millionen Menschen in das Wirtschaftsleben ist eines der dringendsten Probleme des europäischen Wiederaufbaues. Wir haben es hier nicht nur mit einem auf Europa beschränkten Problem zu tun, denn bereits aus den obigen Zahlen geht klar hervor, dass Europa allein gar nicht in der Lage ist, diesen innerhalb seines Gebiets vorhandenen Ueberschuss an Arbeitskräften aufzunehmen.

Im Gegensatz hierzu besitzen andere Weltgegenden nicht genügend Arbeiter, um ihre Pläne für den Ausbau ihrer wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen durchzuführen. So benötigen eine Reihe englischer Kolonien und süd-amerikanischer Staaten zusätzliche Arbeitskräfte, wenn sie ihre Bodenschätze nutzbar machen und ihrer Bevölkerung einen höheren Lebensstandard ermöglichen wollen.

Bedenkt man, dass bestimmte europäische Länder noch auf lange Zeit hinaus über ein Ueberangebot an Arbeitskräften verfügen werden, andere Staaten in- und ausserhalb Europas dagegen einen dringenden Bedarf an Arbeitskräften für ihre wirtschaftliche Entwicklung haben, so erkennt man sofort, wie erstrebenswert es wäre, einen internationalen Austausch von Arbeitskräften und eine Umsiedlung durchzuführen. Allerdings sind die Auswanderungsmöglichkeiten in vielen Fällen noch mehr oder weniger versperrt. Aus vielfachen Gründen ist es Leuten, die in ihrer Heimat keine nutzbringende Arbeit verrichten, noch immer nicht möglich, in grösserer Zahl nach anderen Ländern auszuwandern und sich dort niederzulassen, wo man ihre Arbeitskraft und ihr berufliches Können bestens gebrauchen könnte.

Die Nachfrage nach gelernten Arbeitern

Dagegen stossen wir in anderen Teilen der Welt auf Probleme ganz anderer Art. In Asien und in grösseren Gebieten des Mittleren Ostens beispielsweise verbringen Millionen von Menschen ihr Leben in Sorge um ausreichende Beschäftigung und in Armut, ohne die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihren vollen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen ihres Volkes zu leisten. Dabei fehlt es in diesen Ländern weder an natürlichen Reichtümern noch an Menschen, aber sie leiden unter dem allzu langsamen Tempo ihrer Industrialisierung. Bei einem Ueberangebot von Arbeitswilligen fehlt es an Arbeitsmöglichkeiten und den für die wirtschaftliche Entwicklung erforderlichen Fachkräften. Häufig ist bei nicht ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten gleichzeitig ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften vorhanden. Beide Probleme stellen ein ernstliches Hindernis auf dem Wege zu wirtschaftlicher und sozialer Weiterentwicklung dar. Es muss daher etwas unternommen werden, um die Entwicklung der Industrie zu beschleunigen, versteckte Arbeitslosigkeit in den Arbeitsprozess einzugliedern, den Bedarf an gewöhnlichen und qualifizierten Arbeitskräften für die geplante wirtschaftliche Entwicklung zu decken, ohne dass andere Zweige der Wirtschaft, insbesondere die Lebensmittelerzeugung, darunter leiden. Der weltweite Mangel an geschulten Fachkräften ist die Ursache für viele der dringlichsten Probleme. Die Arbeiter sind einfach nicht imstande, ihre Arbeit, so wie sie verrichtet werden müsste, auszuführen. Überall in der Welt besteht so ein ausgesprochener und allgemeiner Mangel an qualifizierten Kräften. In Europa stellt dieser Mangel ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Gesundung dar. Er hemmt die Vergrösserung der Industriebetriebe, den Einsatz der Arbeitskräfte an den freien Arbeitsplätzen

und ihre Umsiedlung von einem Lande in das andere. Waehrend die allgemeine Nachfrage nach Arbeitskraeften vorwiegend gelernte Arbeiter betrifft, besteht die Hauptmasse der Arbeitssuchenden aus ungelernten oder unerfahrenen Arbeitern.

Im Fernen und Mittleren Osten, in Sued-Amerika und in Afrika ist der Facharbeitermangel noch staerker. Fast jede Kategorie von Facharbeitern, die im heutigen mechanisierten Arbeitsprozess der Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden kann, wird gebraucht, und zwar dringend gebraucht. Der wirtschaftliche Fortschritt in diesen Gebieten haengt in nicht geringem Masse davon ab, wie weit und wie schnell sich dieser Mangel an gelernten Arbeitern beheben laesst. Es ist dies ein wirtschaftliches Problem, das nicht nur fuer die Gegenwart Bedeutung hat, es betrifft auch die Zukunft. Der Mangel an Fachkraeften ist einer der Faktoren, die die Grenzen des wirtschaftlichen Fortschritts auf ungefaehr ein Lebensalter festlegen. Weiterhin erschwert ein solcher Mangel an gelernten Arbeitern die erforderliche internationale Verteilung der Arbeitskraefte auf dem Wege der Einwanderung. Das berufliche Koennen des Auswanderers muss sich den Einwanderungsmoeglichkeiten anpassen oder anpassen lassen; solche Moeglichkeiten bestehen aber fuer gelernte, und nicht fuer ungelernete Kraefte.

Wo, gleichgueltig aus welchem Grunde, das Arbeiter-Angebot in einem Missverhaeltnis zur entsprechenden Nachfrage steht, sei es zahlenmaessig, ortsmaessig oder fachlich, ob innerhalb desselben Landes oder international, muss ein neuer Ausgleich gefunden werden. Der Mensch und der Arbeitsplatz muessen zusammengebracht werden. Diesem Zwecke dient der Apparat der Arbeitsvermittlung, Berufsausbildung und Umschulung, sowie internationale Umsiedlung. Vielfach jedoch ist der Mechanismus der Arbeitsvermittlungs-Organisationen (Vermittlungs-, Schulungs- und Umsiedlungsdienst) gar nicht in der Lage, die Aufgaben zu bewaeltigen, die sich aus der Verteilung der Arbeitskraefte ergeben, wie sie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Aufrechterhaltung eines Zustandes der Vollbeschaeftigung erfordern.

Arbeitsvermittlungsorganisationen werden benoetigt

Da viele Laender noch keinen staatlichen Vermittlungsdienst besitzen, fehlt ihnen bisher auch der notwendige Apparat zur praktischem Durchfuehrung einer Arbeitsvermittlungspolitik. In anderen Laendern wiederum steckt dieser Dienst noch in den Kinderschuhen; die Arbeit hat erst begonnen, es fehlt an der noetigen Erfahrung, einem eingearbeiteten Mitarbeiterstab und dem Vertrauen seitens der Bevoelkerung. In wieder anderen Laendern fehlt es an fachlichem und verwaltungs-technischem Koennen, um eine fuehrende Rolle darin zu spielen, Arbeitskraefte auf solche Art in den Arbeitsprozess einzuschalten, dass sie zur Loesung brennender wirtschaftlicher Tagesfragen beitragen. Selbst in Laendern, welche ueber einen eingespielten Arbeitsvermittlungsdienst verfuegen, also z.B. in vielen europaeischen Laendern, und zwar sowohl in Laendern mit Mangel wie solchen mit Ueberangebot an Arbeitskraeften, lassen sich die obwaltenden Arbeitsvermittlungsschwierigkeiten auf die Rueckstaendigkeit der staatlichen Arbeitsvermittlungs-Organisation oder eine zu engherzige Auffassung von der ihnen zugewiesenen Aufgabe zurueckfuehren

Fast ueberall in der Welt mangelt es an Berufsausbildungs-Moeglichkeiten, vor allem aber dort, wo sie am noetigsten waeren. Ihre Zahl ist unzureichend. Wo sie vorhanden sind, sind sie meist veraltet und sollten auf die beruflichen Erfordernisse der Gegenwart und auf zeitgemaesse Verfahren umgestellt werden. Es fehlt an Ausbildungspersonal; seine Zahl ist zu klein, und die wenigsten von ihnen sind nach den wirksamsten und geeignetsten Methoden geschult. In allen wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten besteht ein dringender Bedarf an Schulungsmaterial, und vielfach sind diese Dinge gerade in solchen Laendern oder Gebieten nicht erhaeltlich, wo sie am noetigsten gebraucht wuerden.

Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Umsiedlung von einem Lande in das andere steht bisher noch in keinem Verhaeltnis zu dem Bedarf an

Arbeitskraefte. Viele schwierige Fragen finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Art muessen noch in Angriff genommen werden, ehe Auswanderung und Einwanderung die Loesung des Problems der Versorgung eines Landes mit gelernten und ungelernten Arbeitskraefte darstellen kann."

Aus: International Labour Review (Zeitschrift fuer Internationale Arbeitsfragen) April 1949

DER X. KONGRESS DER SOWJETISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Bis jetzt sind die Nachrichten ueber den X. Kongress der Sowjetischen Gewerkschaften, der am 20. April in Moskau eroeffnet wurde, sehr spaerlich. Lediglich 2 kurze Notizen in der "Humanité" und ein Artikel von Henry Raynaud in der "Vie Ouvrière" vom 5. Mai liegen bisher vor. Die "Humanité" vom 5. Mai setzt uns mit 6 Zeilen davon in Kenntnis, dass Kusnjetzow zum Praesidenten des Gewerkschaftsbundes der UdSSR wiedergewaehlt wurde. Man muss also noch auf andere Informationen oder Kommentare in der Presse des Auslandes warten, ehe man sich ein abschliessendes Urteil ueber diesen Kongress bilden kann.

Heute wollen wir uns nur auf einige Betrachtungen beschaenken. Die Art und Weise, wie sich Henry Raynaud in der "Vie Ouvrière" ueber seine Entsendung nach der UdSSR aeussert, ist so ungeheuerlich, dass man sich fragen muss, ob seine Aufrichtigkeit wirklich den Sieg ueber die Raffinesse der Demagogie davon getragen hat.

Es ist sicherlich schwer, an die Aufrichtigkeit eines Raynaud zu glauben, der seit 25 Jahren immer mit dem gleichen Wortschwall alle Aspekte irgendwelcher Orientierungen verteidigt hat, die die allmaechtigen Herren des Politbueros den franzoesischen Gewerkschaftskommunisten zu vermitteln beliebten. So ist es wahrscheinlich mehr aus einem Uberschwang der Demagogie heraus, dass er uns das wahrhaft idyllische Bild von dem malt, was er in der UdSSR gesehen hat....sofern es nicht schon eine gewisse Art von Unbewusstsein ist, das die "neuen Herren" dazu fuehrt, die Vorteile, die sie sich selbst mit dem Niveau einer aussergewoehnlichen Lebensweise - deren sich die neue fuehrende Kaste in der UdSSR und in den Staeben des Kominform erfreuen - zugebilligt haben, mit der Lage der einfachen Arbeiter zu vergleichen. Diese muessen auch weiterhin ihr "Ubersoll" erfuellen, ueber das einzig und allein die hohen Wuerdentraeger des Arbeitgeberstaates ein Verfuegungsrecht haben.

Wie dem auch sei, so informiert Raynaud die ungluecklichen Leser der "Vie Ouvrière":-

"Was man dort zu sehen bekommt? Einen sehr dichten Automobilverkehr, aber reibungslos, leicht und schnell, dank der Breite der Verkehrsadern und der ausgezeichneten Ordnung und Befolgung der Verkehrsvorschriften.

"Die Laeden sind mit Ware ueberfuellt: Lebensmittel, Kleidung, verschiedene Bedarfsartikel. Alles ist im Ueberfluss vorhanden.

"Von frueh bis spaet, jeden Tag, staet sich in ihnen eine dichte Menge.

"Denn es gibt ja auch alles, auch haben die Sowjetarbeiter Geld in der Tasche, um sich das zu kaufen, was sie wuenschen.

"Entgegen dem, was sich in Frankreich zeigt, wo die Kaufkraft der Arbeiter seit 1938 um 50% abgenommen hat, sehen die Arbeiter hier im Vaterlande des Sozialismus, dass dank der bewunderungswuerdigen schaffenden Bemuehungen des Sowjetvolkes unter der Leitung ihres Inspirators, des grossen Josef Stalin, ihr materielles und kulturelles Lebensniveau staendig im Steigen begriffen ist.

"Die Herabsetzung der Preise, die Erhoehung des Einkommens bei der Produktion haben die Realloehne der organisierten Arbeiter im Jahre 1948 um mehr als das Zweifache erhoeht.

Das Schema ist klassisch. Hier (im kapitalistischen Lande) verschlechtert sich die Lage der Arbeiter regelmässig. Dort (im Lande des "Sozialismus") bessert sich die Lage staendig. 30 Jahre lang hat man uns immer wieder die gleiche Geschichte erzahlt. Wenn ihr, alles in allem, auch nur das geringste Fuenkchen Wahrheit inne- wohnen wuerde, dann muesste doch bereits seit ewigen Zeiten das Lebensniveau der Sowjetarbeiter unvergleichlich viel hoeher stehen als das der Arbeiter in den alten kapitalistischen Laendern. So liegen die Dinge aber nicht. Alle Informationen ernsthafter Natur sind darueber hinaus alle uebereinstimmend. Erst vor ganz kurzer Zeit stellte der Bericht einer norwegischen Gewerkschaftsdelegation fest, dass das wirkliche Lebensniveau eines russischen Arbeiters nicht einmal so hoch sei wie 60% des norwegischen Arbeiters. Und Norwegen ist ein Land, das vom Kriege keineswegs verschont blieb. Was den Reallohn angeht, der sich um mehr als das Zweifache im Jahre 1949 erhoehrt haben soll, so moechten wir unsere Leser noch auf Informationen hinweisen, die aus sowjetischen Unterlagen geschoepft wurden, die wir in einer frueheren Nummer veroeffentlicht haben. Erinnern wir uns der Schlussbemerkung: "Im Jahre 1949 standen die Preise auf einem Index von 344, waehrend die Loehne noch nicht einmal den Index von 240 erreicht hatten."

Raynaud hat "dichte Menschenmengen" in den Laenden in Moskau gesehen. Es wird immer eine Menschenfuelle in Laeden sein, deren Zahl im Verhaeltnis zur Bevoelkerung unendlich klein ist. Aber, aus welchen Menschen setzt sich diese Menge zusammen, und wer kann denn wohl kaufen, was er will. Natuerlich nur solche Leute wie Raynaud, die in einer politischen, gewerkschaftlichen oder sozialen Hierarchie ein Amt inne- haben, dass nach einem "Schema" bezahlt wird, ueber das mit Schweigen hinwegzugehen die "Vie Ouvrière" gute Gruende hat. Wir wollen darueber hinaus einmal einige Bemerkungen von D. Rousset entlehnen, der im "Franc-Tireur" Fragen stellt, auf die die "Humanité" niemals antworten will:

"Existiert in Russland nicht eine enorme Kluft zwischen den Arbeiterloehnen und den Gehaeltern der Ingenieure, der Fabrikdirektoren und der hohen Funktionaere des Staates.

"Betrug nicht vor dem Kriege, also im Laufe eines "normalen" Zeitabschnitts, im Jahre 1939, das mittlere Monatseinkommen eines Arbeiters, der nicht nach dem Stachanow-System arbeitete, den offiziellen Zahlen zufolge 150 Rubel, waehrend die Gehaelter der Techniker sich in der Schwerindustrie zwischen 350 und 1.000 Rubel bewegten. Erreichten nicht gewisse Gehaltsklassen sogar 3.000 Rubel im Monat also 20 mal mehr als der Lohn eines Arbeiters. Geht nicht zu der gleichen Zeit, da die offiziellen Statistiken das Gehalt eines qualifizierten Arbeiters mit 250 Rubel pro Monat beziffern, aus denselben Statistiken hervor, dass die Abgeordneten 1.000 Rubel im Monat beziehen, (Verfuegung vom 17. Januar 1938), zuzueglich 150 Rubel pro Sitzung, dass die Praesidenten und Beigeordneten der 11 Bundesrepubliken 12.500 Rubel pro Monat erhalten, dass die Praesidenten der Union sich monatlich 25.000 Rubel zugebilligt haben. Bedeutet dieses Verhaeltnis zwischen den 250 Rubeln eines qualifizierten Arbeiters und 25.000 Rubeln fuer einen hohen Funktionaer, dass Pri- vilegien abgeschafft wurden.

Kehren wir nun zu dem Artikel Raynauds zurueck, der sich dann mit der "enorm wichtigen Rolle der sowjetischen Gewerkschaften" befasst.

"Welche Eindruecke soll man wohl von diesen gewaltigen Sitzungen der sowje- tischen Gewerkschaften vermitteln.

"Hier handelt es sich bei ihnen wie bei den Gewerkschaften in Frankreich darum,

den Kampf der Forderung zu organisieren, um die Arbeiterklasse aus ihren Schwierigkeiten und aus ihrer harten und rücksichtslosen Ausbeutung herauszuführen, um gegen die reaktionäre Politik der nationalen und internationalen Grosskapitalisten zu kämpfen.

"Hier ist die Arbeiterklasse an der Macht, der Kapitalismus ist verschwunden und mit ihm die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen".

Es stimmt schon, es handelt sich fuer die russischen Gewerkschaftler nicht darum, "einen Kampf der Forderung zu organisieren", und zwar nicht etwa deshalb, weil die Ausbeutung verschwunden ist, sondern weil weder die Partei Stalins, noch die Regierung irgend eine Form von Forderung seitens der Gewerkschaften oder der Arbeiter duldet.

Die Rolle, die die sowjetischen Gewerkschaften in Wirklichkeit spielen, ist bereits zu verschiedenen Malen von den bolschewistischen Lenkern selbst umrissen worden, und man hat sich auch niemals geniert, die Gewerkschaftler jedesmal, wenn es fuer notwendig erachtet wurde, daran zu erinnern, Als Beweis zitieren wir die Definition, die Schwernik im Jahre 1937 auf einer Sitzung des VIII. Kongresses der Russischen Gewerkschaften praegte:

"Seit ihrer Entstehung arbeiten unsere Gewerkschaften unter der Leitung der Partei Lenins und Stalins und ueben die Funktion eines Treibriemens aus zwischen der Partei und den Massen".

10 Jahre spaeter, im Jahre 1947, war es ein "Gewerkschafts"fuhrer, Kusnjetzow, - derselbe, der jetzt weiter Vizepraesident des Weltgewerkschaftsbundes bleibt - der sich zu demselben Thema aeusserte:

"Nach den Weisungen Lenins und Stalins haben sich unsere Gewerkschaften unter der Aegide der Partei genau zu einer Schule des Kommunismus entwickelt.

"Ihre praktische Taetigkeit wird durch die Aufgaben bestimmt, die die Partei zu verschiedenen Zeitpunkten dem Volke zuerteilt.

Nun, "die Aufgaben, die die Partei dem Volke zuerteilt", bestehen nicht darin, Forderungen zu stellen, sondern immer nur mehr zu produzieren. Raynaud ist ueber all dies noch befriedigt, weil, wie er sagt: "hier (d.h. "da drueben") die Arbeiterklasse an der Macht ist."

Aber nein, in Wirklichkeit ist es nicht die Arbeiterklasse, die die Macht in den Haenden haelt. Es ist eine totalitaere Partei, die sich als zur Arbeiterklasse gehoerend ausgibt, die aber den Arbeitern weder irgendwelche Rechte noch Freiheiten einraeumt.

Darueber hinaus hat D. Rousset noch andere Fragen gestellt, auf die man nicht antwortet:

"Es sei mir gestattet, meinerseits einige Fragen zu stellen. Es handelt sich nur um ein paar Tatsachen unter vielen anderen, die aber die Arbeiter direkt interessieren. Nach einer Verfuegung vom 27. Dezember 1932, wurden in der UdSSR wieder die Inlandpaesse eingefuehrt, die man durch die Revolution 1917 als Schandmal des Zarismus abgeschafft hatte. Lt. einer Verfuegung vom 12. November 1931 wurde in der UdSSR ein Arbeitsbuch eingefuehrt, in dem alle Bestrafungen, Entlassungen usw. unter Angabe der Gruende aufgefuehrt werden mussten. Dieses Arbeitsbuch besteht heute noch. Verfuegungen vom 24. September und 9. Oktober 1930, die am 26. Juni und 6 August 1940 erneut in Kraft gesetzt wurden, untersagen es den Arbeitern, ihre Fabrik ohne Genehmigung des Leiters zu verlassen, und zwar unter Androhung von Strafen, die als Hoechstmass die Zwangsarbeit vorsehen. Nach einem Dekret vom 16. November 1932, das erneut am 26. Juni 1940 in Kraft trat, wird ein einmaliges Fernbleiben ohne Angabe von Gruenden im Monat oder 3maliges unbegruendetes Zuspaetkommen mit Entlassung bestraft unter Entzug der Gewerkschaftsmitgliedskarte und der Wohnung.

Ich stelle nun die Frage: Welche Gewerkschaftszentrale hat einen Streik gegen solche Massnahmen organisiert, welche Presse hat eine Agitationskampagne dagegen entfesselt, welche Partei hat die Massen mobilisiert, um die verantwortlichen Politiker davonzujagen. Auf welche Weise ist die Entruistung der Arbeiterschaft zum Ausdruck gekommen. Zum Unglueck ist die Antwort bekannt! In keiner Weise durfte etwas gegen diese Verfuegungen gesagt werden."

("Franc-Tireur" vom 28.4.1949)

"In vollstaendiger Unabhaengigkeit"!

Abschliessend haelt Raynaud seine Leser mehr als an anderen Stellen in seinem Artikel zum Narren. Unter der vielversprechenden Bezeichnung: "die wahre Demokratie" als Ueberschrift schreibt er wie folgt:-

"Wir wollen es klar herausstellen, dass die Gewerkschaften- entgegen dem, was gewisse Kreise glauben machen wollen - diese Aufgaben in voller Unabhaengigkeit in bezug auf die Ministerien uebernehmen, die sie keinesfalls trotz ihrer vollkommenen Zusammenarbeit mit ihnen mit ihrer Kritik verschonen.

"Diese Aufgaben, die sie in einer gewerkschaftlichen Demokratie uebernehmen, erstrecken sich auf die geringste Spaltung von unten angefangen bis nach oben, von der kleinsten Werkstatt der Fabrik bis zum Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaft.

"Es ist etwas Grandioses, und welche herrlichen Aussichten bieten sich da nicht fuer solche Gewerkschaften in diesem riesigen Lande auf dem Gebiete der Arbeit und des Friedens!

"Jawohl, hier strebt alles nach Arbeit und Frieden, nach dem sozialen Fortschritt, und das erkluert auch den rasenden Beifall, mit dem der X. Kongress der Sowjetischen Gewerkschaften eine Delegation der Roten Armee empfangt, die gekommen war, um ihm zu versichern, dass sie ihm fuer die Verteidigung aller Massnahmen der Sowjetischen Gewerkschaften zur Verfuegung staeude, einer Verteidigung, die sich auf den Frieden und den sozialen Fortschritt erstreckt!"

Diese paar Zeilen stellen wirklich einen Gipfel der Unverschaeumtheit dar: die "wahre Demokratie", in der die Arbeiter rechtlos sind, die "vollkommene Unabhaengigkeit", in der die Gewerkschaften nichts als Treibriemen sind; die "Gewerkschaftsdemokratie", in der alles bis auf die allergeringsten Einzelheiten von den Organen der Partei geregelt wird, die uebrigens recht oft mit denen der NKWD verwechselt werden koennen.....

Es fehlt sogar nicht einmal der beruehmte "Pazifismus" der in einem ueberbegeisterten Empfang fuer die Rote Armee zum Ausdruck kommt (es gibt uebrigens keine "Rote" Armee mehr, sondern nur eine "Sowjet"armee).....Herr Joseph Prudhomme hatte uebrigens auch einen Saebel: "Um die Institutionen zu verteidigen.. aber auch, um sie bei Bedarf zu bekaempfen!"

Soweit fuer heute in bezug auf H. Raynaud. Wir werden aber noch einmal auf diesen Kongress zurueckkommen muessen und auf die Art und Weise, wie man darueber reden wird, denn man kann es trotzdem nicht zulassen, dass ein so plumper Versuch, den "Leuten die Koepfe zu verkeilen" unbeantwortet bleibt.

Die Arbeiter eines freien Landes verdienen mehr, als dass man ihnen diese Propaganda aufischt, die mit den Methoden eines totalitaeren Staates- und nur zu dessen Vorteil - betrieben wird.

"Documentation Syndicale" Paris, Organ der Aktiven
Freien Gewerkschaftler, No.8. vom 6. Mai 1949

DIE JUGOSLAWISCHEN STAHLARBEITER

HABEN KEINE DISZIPLIN

Nachstehender Artikel ist ein Bericht des amerikanischen Korrespondenten Gastan

Coblentz aus Belgrad, der darauf hinweist, dass in Jugoslawien Schwierigkeiten bestehen, die Arbeiter zur Arbeit zu bewegen.

"Der Mangel an Arbeitsdisziplin wirkt sich auf den Beitrag einer der vier groessten Eisen- und Stahlwerke Jugoslawiens zum Erfolg des Wirtschaftsprogramms des Premierministers Marshall Tito unguenstig aus", schrieb das Parteiblatt "Borba" der jugoslawischen Kommunisten in dieser Woche.

In bezug auf die Schilderung der Schwierigkeiten im Werk von Jesenice in Slowenien berichtet die Zeitung, dass "eine grosse Anzahl Arbeiter oft das Werk verlaesst und wo anders Arbeit sucht.

Ueberdies kommen die Arbeiter, der "Borba" zufolge, reichlich spaet zur Arbeit. In einem Monat in diesem Fruehjahr "gingen 628 Arbeitstage durch den 3taegigen Krankheitsurlaub verloren, den die Arbeiter aus geringfuegigen Gruenden ausnutzten." (Die Gesamtzahl der Belegschaft in Jesenice ist unbekannt).

Das Werk liegt in der Naehe der oesterreichisch-jugoslawischen Grenze, etwa 7 Meilen suedlich der oesterreichischen Provinz Kaernten. Jugoslawiens Gebietsansprueche bzw. Forderungen auf Abtretung dieser Provinz wurden unlaengst vom Aussenministerrat der Grossen Vier abgelehnt. Die Schuld fuer die Arbeitslage in Jesenice wird von der Zeitung teilweise dem Versagen der lokalen kommunistischen Parteiorganisation in der geeigneten Beeinflussung ihrer Mitglieder beigemessen, was sich nun so ausgewirkt hat, dass die Arbeiter keine geeignete Fuehrung haben.

So hat z.B. der von den Kommunisten gelenkte Fabrikausschuss bei der Durchfuehrung eines Schulungskursus fuer 40 kommunistische Propagandisten, die die Arbeitsmoral aufpulvern sollten, Misserfolg gehabt.

"Nur 4 Vorlesungen wurden abgehalten, und dann wurde der Kursus aufgeloeset", schreibt die Zeitung, "weil der Leiter wo andershin zur Arbeit ging". Bis vor kurzem hat auch nicht eine einzige der kommunistischen Parteigruppen, wie die "Borba" berichtet, in der Fabrik Besprechungen darueber abgehalten, wie man die Disziplin der Arbeiter heben koennte."

"New York Herald Tribune" (Paris) 24. Juni 1949

DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN ARBEITNEHMERN UND ARBEITGEBERN BREITET SICH IN DEN VEREINIGTEN STAATEN AUS

Die Amerikanische Arbeitgeber-Vereinigung (AMA) hat unlaengst einen Bericht mit dem Titel "Hoehere Produktion durch Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern" veroeffentlicht, der von Professor Ernest Dale von der Columbia Universitaet ausgearbeitet worden ist. Aus diesem Bericht geht hervor, dass eine solche Zusammenarbeit heute weit verbreiteter ist als jemals zuvor.

Es gehoert zur Politik der AMA, zu keiner besonderen Technik der Arbeitgeber bzw. Betriebsleitung Stellung zu nehmen. Trotzdem legt der Bericht dar, dass in dem Masse wie eine solche Zusammenarbeit dazu beitraegt, dass die moderne Betriebsleitung bzw. der moderne Arbeitgeber seinen Verpflichtungen den Aktionaeren, den Angestellten und der Oeffentlichkeit gegenueber gerecht wird, "die Frage nicht mehr lautet, ob es sich die Betriebsleitung leisten kann, die Arbeiterschaft mit heranzuziehen, sondern, ob sie es sich leisten kann, dies nicht zu tun".

"Die Zusammenarbeit der in Frage stehenden Art basiert," wie die AMA in ihrer zusammenfassenden Darstellung ausfuehrt, "auf dem Gedanken, dass sie zum beiderseitigen Vorteil sowohl fuer die Betriebsleitung als auch fuer die Arbeiterschaft ist (organisierte wie auch nicht organisierte) in dem Bestreben, die Produktivitaet zu erhoehen - dass nur auf Grund einer erhoekten Produktion Loehne wie auch Gewinne erhoecht werden koennen, ohne dass man sich genoetigt sehen muesste,

die Preise zu erhoehen. Dieser Standpunkt vertritt die Meinung, dass viele Meinungsverschiedenheiten, die bei solchen Fragen wie Sicherheitsvorschriften, Produktionsnormen, Qualitaetskontrolle, im Grunde genommen unnoetig sind, weil ein wirklicher Interessenkonflikt garnicht besteht. Arbeitgeber, die sich fuer die Zusammenarbeit aussprechen, weisen auch darauf hin, dass der einzelne Angestellte vielleicht wirklich nur ein Interesse an der Produktion und an der Leistung nimmt, wenn man ihm das Gefuehl vermittelt, dass er an dem Unternehmen teilhat.

Die Durchfuehrung

"In den untersuchten Faellen geschieht die Beteiligung durch Gruppen, die sich aus Mitgliedern der Betriebsleitung und der Belegschaft zusammensetzen, die regelmaessig zusammenkommen, um gemeinsame Probleme zu besprechen. Der Grad der Beteiligung schwankt von Firma zu Firma:

(1) sie kann rein informatorischen Charakter haben, d.h., Betriebsleitung und Belegschaft sammeln Unterlagen ueber gemeinsame Probleme. (2) sie kann beratender Natur sein - die Zusammenkuenfte bieten sowohl der Betriebsleitung wie auch der Belegschaft die Gelegenheit, sich von einander Rat zu holen. (3) sie kann konstruktiven Charakter haben, was bedeuten wuerde, dass jede der beiden Parteien Vorschlaege einbringt."

Es zeigen sich weniger Reibungen

Aus der Pruefung der AMA ergab sich, dass "dort, wo die Zusammenarbeit in Firmen mit organisierter Belegschaft erfolgreich war (und 90% aller erfolgreichen Faelle zeigten sich in Firmen mit organisierter Belegschaft), es sich zeigt, dass sich das Gebiet der Meinungsverschiedenheiten zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaft verkleinert hat. So wird z.B. von Firmen berichtet, dass da, wo Gewerkschaftsmitglieder, entweder als Einzelpersonen oder als Vertreter ihrer Organisation, an den Arbeiten des Sicherheitsausschusses beteiligt sind, weniger Zwang fuer die Gewerkschaft gegeben ist, sich den Disziplinarmaßnahmen zu widersetzen, die fuer Uebertretung oder Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften vorgesehen sind. In aehnlicher Weise berichtet eine Anzahl Firmen, dass sich als Ergebnis ihrer gemeinsamen Planung weniger Reibungen in bezug auf die Produktionsnormen gezeigt haetten. Manche Firmen, die den Gedanken der Zusammenarbeit mit in ihre Schulungs- oder Ausbildungsprogramme eingebaut haben, sind der Ansicht, dass dies zu einer weniger rigorosen Durchsetzung der Dienstalterpraktiken gefuehrt haette und somit zu weniger Meinungsverschiedenheiten bei Befoerderungen." Mit anderen Worten, dadurch, dass man das Verstaendnis der Arbeiter fuer die Vorschriften und die Politik der Firma steigert, und dass man bei den Problemen, die Tag fuer Tag in Betrieb auftauchen, ihren Rat sucht, hat die fortschrittliche Betriebsleitung sowohl das Ausmass als auch die Intensitaet der Meinungsverschiedenheit im Kollektivverfahren verringert.

Viele Firmen, mit organisierter und nicht organisierter Belegschaft behaupten, dass sich die Zusammenarbeit in einer besseren Haltung des Personals ausgewirkt habe. Firmen, die fuer die Zusammenarbeit eintreten, aeußerten sich etwa wie folgt: "Fast in jedem Fall hat sich die Leistung gebessert, und in manchen Faellen haben wir nicht nur die Vorkriegsnormen erreicht, sondern diese sogar noch ueberschritten." "Seitens der Belegschaft besteht ein ungewoehnliches Interesse an den Problemen, die in der Firma auftreten."

Nach Angaben der AMA konzentriert sich die Zusammenarbeit ausserordentlich stark auf mittlere Betriebe.

Der Bericht der ANA beruht sowohl auf Fragebogen, die von 228 Firmen mit mehr als 1½ Millionen Arbeitern ausgefuehrt wurden, als auch auf 40 Firmenstudien auf diesem Gebiete. Hierunter fallen Hunderte von Interviews

mit Maennern aus der Produktion und aus Personalkreisen, mit Gewerkschaftsfunktionaeren und einzelnen Angestellten. Die von allen Gruppen ueber die verschiedenen Aspekte der Zusammenarbeit zum Ausdruck gebrachten Ansichten wurden in der Studie niedergelegt, zusammen mit einer grossen Anzahl von einzelnen Faellen und deren Geschichte. Der Bericht umfasst auch eine Analyse der Faktoren, die vielleicht den Erfolg oder Fehlschlag der Plaene beeinflussen koennen, wie auch die zukuenftigen Aussichten der Bewegung zur Zusammenarbeit hin.

Amerikanisches Arbeitsministerium,
"Labor Information Bulletin" Juni 1949

CIO SORGT FUER SEINE MITGLIEDER

Der amerikanische Gewerkschaftsbund CIO, der zu den groessten Arbeitnehmerorganisationen in den Vereinigten Staaten gehoert, beschaeftigt gegenwaertig ueber 1 000 hauptamtliche "Berater", die den Gewerkschaftsmitgliedern bei der Regelung ihrer persoenlichen Angelegenheiten mit sachkundigem Rat zur Seite stehen und mithelfen, ihnen das Leben zu erleichtern.

Die persoenlichen Berater sind selbst Gewerkschaftsmitglieder und hervorragende Kenner der Arbeitsgesetzgebung des Bundes wie der Einzelstaaten. Sie wissen genau Bescheid ueber die fuer Unfaelle und Berufskrankheiten vorgesehene finanzielle Hilfe sowie ueber die Hoehe der Arbeitslosenunterstuetzung. Ausserdem sind sie in der Lage, die Arbeitnehmer ueber alle Rechte aufzuklaeren, die ihnen durch die Arbeitsgesetzgebung eingeräumt wurden. Geraet ein Mitglied der CIO oder seine Familie in Not, so verweist ihn der Berater an die zustaeendigen Stellen, bei denen er aertzliche Hilfe, Beratung in Rechtsfragen, Unterstuetzung durch Wohlfahrtsorganisationen oder andere Uebergangshilfe finden kann.

In diesem Zusammenhang erklaeerten Vertreter der CIO kuerzlich, "Unser Verband ist nicht nur eine "Brot- und Butter-Gewerkschaft". Wir sind bestrebt, das Leben innerhalb der menschlichen Gesellschaft so reibungslos wie nur moeglich zu gestalten, und wir helfen allen in Not geratenen Gewerkschaftsmitgliedern, in den Genuss der Einrichtungen zu gelangen, zu deren Unterhalt sie selbst beitragen."

"Amerika Dienst" 29. Juni 1949

MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN UNTER DEN AMERIKANISCHEN ARBEITERFUEHRERN

Aus irgendwelchen Gruenden, die er aber nicht anfuehrte, hat John L. Lewis, der Praesident des Verbandes der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas Philip Murray, dem Vorsitzenden des CIO, und William Green, dem Praesidenten der AFL, den Vorwurf gemacht, dass sie in ihren Bemuehungen, die auf die Abschaffung des Taft-Hartley-Gesetzes draengen, nachgelassen haetten. Dieses Gesetz, das im Jahre 1947 eingefuehrt wurde, ist von den Gewerkschaften scharf bekaempft worden. Praesident Truman hat den Kongress gebeten, das Taft-Hartley-Gesetz durch ein anderes zu ersetzen, das fuer die Gewerkschaften annehmbarer waere. Murray erwiderte, die Behauptungen die Lewis aufgestellt hatte, seien "falsch, gehaessig bzw. heimtueckisch" und seien ein Beweis fuer mangelnde Verantwortung. Sowohl Green wie auch Murray waren frueher einmal Mitglied des Verbandes der Vereinigten Bergarbeiter.

"New York Herald Tribune" (Paris) 6. Juni 1949

ZUM ERSTEN JAHRSTAG DES ERP.

Evert Kupers, der Praesident des Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes, sagte,

Dieses Wiederaufbau-Programm war fuer das ganze Europa bestimmt, und ich bedauere, dass Russland es unmoeglich gemacht hat, diesen Plan fuer den Wiederaufbau Europas

auf alle Laender dieses Kontinents auszudehnen..... Die Sowjet Union verweigerte die Zusammenarbeit aus dem Grunde, weil sie den wirtschaftlichen Wiederaufbau von West Europa nicht will. Sie weiss, dass in einem zufriedenen Land ihre Weltanschauung keine Chance hat..... Ich spreche die Hoffnung aus, dass die Zusammenarbeit zwischen den 19 ERP Laendern zu der Gruendung der Vereinigten Staaten von Europa fuehren wird - zuerst von West Europa - durch welche ein besseres Verstehehen unter den Nationen erwachsen wird.

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL



Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 21

Berlin, 15. Juli 1949

INHALTSVERZEICHNIS

Bericht ueber die Amerikareise der Berliner Gewerkschaftler von Annemarie Tracinski - - - - -	1
Die organisierte Arbeiterschaft und die nichtlandwirtschaftlichen Konsumgenossenschaften - - -	7
Zum Thema der letzten Sowjetanleihe - - - - -	12
Der Kohlenarbeiterstreik in Australien - - - - -	14
Amerikanische Gewerkschaft rettet befreundete Zeitung - - - - -	15

Wir bringen hier Ausschnitte aus einem weiteren Bericht der Gruppe der Berliner Gewerkschaftler ueber ihre Studienreise nach den Vereinigten Staaten. Dieser Bericht von Annemarie Tracinski geschrieben, befasst sich hauptsächlich mit der amerikanischen allgemeinen Arbeitsverwaltung. Wir geben hier die Abschnitte wieder, die sich in erster Linie auf Kollektiv - Verhandlungen beziehen.

Fraeulein Tracinski ist Arbeitsgerichtsrat.

VERORDNUNG UEBER KOLLEKTIV-VERHANDLUNGEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Mein spezielles Aufgaben- und Interessengebiet lag bei der Arbeitsgesetzgebung und den Einrichtungen, die in den USA fuer die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten geschaffen sind. Auf dieses Gebiet will ich meinen Bericht weitgehend beschaenken, um nicht in allgemeinen Aeusserungen das, was auch andere Reiseteilnehmer berichten werden, zu wiederholen.....

Unser Versuch, in die gewerkschaftliche Arbeit der USA einzudringen, musste unvollstaendig bleiben und konnte nur unvollstaendige Ergebnisse zeitigen. Denn natuerlich ist ein Aufenthalt von 2 Monaten zu kurz, um einen umfassenden Einblick in einen bestimmten Lebensbereich irgendeines Volkes oder Landes zu erhalten -

noch unmoglicher ist es, sich in so kurzer Zeit ein abschliessendes Urteil ueber amerikanische Verhaeltnisse zu bilden angesichts der geographischen Weite des Landes und der Vielgestaltigkeit seiner Bewohner. - - -

Der Einblick in die gewerkschaftlichen Verhaeltnisse der USA war fuer uns besonders schwer der so ganz anderen Organisationsformen wegen. Schwer insbesondere auch dadurch, dass wir uns bemuehen mussten, in das Wesen der AFL-Verbaende einerseits, der CIO-Verbaende andererseits und schliesslich der ebenfalls sehr bedeutenden unabhaengigen Verbaende einzudringen. Noch immer besteht ein scharfter Gegensatz zwischen CIO und AFL, obwohl es fuer den Aussenstehenden schwierig ist, die wirklich prinzipiellen Unterschiede zu finden, und man oft den Eindruck hat, dass die Unterschiedlichkeiten innerhalb der Verbaende, die einem der beiden Buende angehoren, fast genauso gross ist, wie die Unterschiedlichkeit der beiden Buende untereinander. Auch Verbaende der AFL sind inzwischen dazu uebergegangen, sich nach dem Industrie-Prinzip und nicht mehr nach dem reinen beruflichen Prinzip zu organisieren sodass also dieser erste und entscheidende Unterschied zwischen den beiden Buenden. AFL und CIO, teilweise in Wegfall geraet. Trotzdem haben wir eine Annaeherung der beiden Buende in der praktischen Arbeit nur selten getroffen. Dieses nicht Miteinander sondern Nebeneinander-Arbeiten innerhalb der Arbeiterbewegung stellt natuerlich in mancher Beziehung eine Schwachung dar, bedeutet aber auch eine Staerkung insofern, als im gegenseitigen Wettbewerb beide Organisationen versuchen, soviel wie moeglich fuer ihre Mitglieder zu tun und durchzusetzen, um die Menschen auf diese Weise fuer sich zu gewinnen.

Sehr viele der amerikanischen Gewerkschaften scheinen sich auch heute noch auf die urspruengliche Aufgabe zu beschaerzen, die Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenueber in Bezug auf hoehere Loehne und tragbarere Arbeitszeiten durchzusetzen. Sie verfolgen haeufig nur die Ziele ihrer eigenen Mitgliederschaft, ohne besondere Ruecksicht auf die Arbeiterschaft schlechthin und darueber hinaus auf die gesamte Volkswirtschaft. Im Gegensatz hierzu haben wir beispielsweise in der International Union, United Automobile, Aircraft & Agricultural Implement Workers of America, CIO (UAW) eine Gewerkschaft getroffen, deren Fuehrerschaft Ziele verfolgt, die weit ueber das hinausgehen, was urspruenglich als die einzige gewerkschaftliche Aufgabe angesehen wurde.....

"Im uebrigen ist aber diese politische Betaetigung der Gewerkschaften nicht das einzige Gebiet, auf das sie sich ueber ihre urspruenglichen Funktionen, naemlich Kampf um hoehere Loehne und bessere Arbeitszeiten, hinaus begeben haben. Ein anderer Komplex, allerdings in Zusammenhang mit den allgemeinen Lohnfragen und Fragen der Arbeitsbedingungen stehend, ist die Forderung der Gewerkschaften nach sozialer Sicherung ihrer Mitglieder im Alter, im Krankheits- oder im Todesfalle. Eine Forderung, die mit um so groesserem Nachdruck erhoben und verfolgt wird, als es eine staatliche Versicherung, wie etwa in Deutschland, auf diesem Gebiet nur in sehr beschaerztem Umfange gibt.

Einige Gewerkschaften, wie insbesondere die Ladies Garment Workers, deren Einrichtungen wir in New York genauer kennenlernten, haben solche sozialen Sicherungen fuer ihre Mitglieder in den von ihnen abgeschlossenen Tarifvertraegen bereits weitgehend erreicht, andere, wie die Stahl- und Autoarbeiter, sind gerade im Augenblick dabei, diese Forderungen ihren Arbeitgebern gegenueber durchzusetzen. Es taucht hier die Frage auf, wieweit solche Gewerkschaften, die durch Kollektivvertraege fuer ihre Mitglieder bereits recht gute Bedingungen fuer die Alters- und Krankenversorgung geschaffen haben, und zwar durch Fonds, die sehr haeufig ausschliesslich von den Arbeitgebern gespeist werden, noch ein Interesse an dem Kampf fuer eine staatliche Sozialversicherung haben, der von anderen Gewerkschaften bzw.

von der unorganisierten Arbeiterschaft gefuehrt wird. Bei den Ladies Garment Workers schien das Interesse fuer eine allgemeine staatliche Sozialversicherung trotz der eigenen sehr guten Einrichtungen vorhanden zu sein.

Weiterhin hat beispielsweise die CIO ihren Arbeitsbereich ausgedehnt durch Schaffung von union counsellors, d.h. von besonders geschulten Leuten, die die Gewerkschaftsmitglieder auf allen moeglichen Gebieten, sei es in Rechtsfragen, in Fragen des Gesundheitswesens, des Versicherungswesens usw., kurzum bei allen Schwierigkeiten, die dem Menschen begegnen koennen, beraten. Ich hatte Gelegenheit, einer Jahresversammlung solcher union counsellors des Chicago Industrial Union Councils, CIO, beizuwohnen und hierbei einen Einblick in die Vielgestaltigkeit der Probleme zu gewinnen, mit denen sich diese Gewerkschaftsfunktionaere befassen, um den Mitgliedern beratende und taetige Hilfe zu geben.

Mein spezielles Arbeitsgebiet

Wenn ich nun auf mein spezielles Arbeitsgebiet komme, so muss ich auch hier wieder betonen, was ich schon zu Anfang sagte, dass ein Einblick in die arbeitsgesetzliche Situation und ein Ueberblick ueber die Einrichtungen fuer die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten im Hinblick auf die ungeheure Vielgestaltigkeit schwer ist.

Diese Vielgestaltigkeit auf arbeitsgesetzlichem Gebiet ergibt sich insbesondere daraus, dass der amerikanischen Verfassung gemaess die Befugnisse der Bundesregierung in Washington in Bezug auf die Arbeitsgesetzgebung nur ausserordentlich beschaenkte sind. Im allgemeinen ist die Arbeitsgesetzgebung Sache der Staaten, die ihren Machtbereich auch in dieser Beziehung aengstlich hueten und darin vom Supreme Court, also dem Obersten Gerichtshof der USA, insbesondere bis in die 30iger Jahre hinein stark unterstuetzt wurden.....

Weiterhin wird die Arbeitsgesetzgebung fuer den Aussenstehenden insofern unuebersichtlich, als die von der Bundesregierung, also der fuer die gesamten Vereinigten Staaten kompetenten gesetzgebenden Gewalt, erlassenen Bundesgesetze nur auf solche Betriebe und Geschaeftse Anwendungen finden koennen, die in mehr als einem Staat arbeiten bzw. Gueter aus anderen Staaten beziehen oder eigenen Gueter nach anderen Staaten transportieren, also in irgendeiner Form zwischenstaatlich taetig sind. Alle sonstigen Industrien deren Taetigkeitsfeld innerhalb der Grenzen eines Staates liegen, koennen nur von Staatsgesetzen erfasst werden.

Taft-Hartley-Gesetz

"Aus verstaendlichen Gruenden habe ich mich bemueht, in das Taft-Hartley-Gesetz einzudringen. Es begegnet einem der Name dieses Gesetzes in fast allen Unterredungen, Versammlungen, Diskussionen, aber nur selten bekommt man, wenn man danach fragt, eine umfassende Auskunft ueber den Charakter dieses Gesetzes und die Gruende, die zu seiner Bekaempfung seitens der Arbeiterschaft gefuehrt haben.

Durch einige Regelungen hat dieses Gesetz den Gewerkschaften einige ihrer Rechte genommen, die sie seit Jahrzehnten als verbrieft ansahen. Es hat damit eine sehr beachtliche, von den Gesetzgebern nicht beabsichtigte Nebenwirkung erzielt, es hat naemlich die Arbeiterschaft, d.h. insbesondere die Gewerkschaften, entscheidend zur politischen Aktivitaet veranlasst und zum guten Teil bewirkt, dass nun nicht mehr nur vereinzelt Gewerkschaftsfuehrer an der politischen Gestaltung des Landes interessiert und beteiligt sind, sondern dass auch die breitere Masse der Mitglieder, bis dahin politisch uninteressiert, wach wurde.

Im uebrigen musste mein besonderes Interesse dem Taft Hartley Gesetz schon deshalb gelten, weil es die Funktion und Arbeitsweise des National Labor Relations Board (NLRB) regelt, das ueber bestimmte Arten von Arbeitsstreitigkeiten zu entscheiden hat.

Entstehung des Taft-Hartley-Gesetzes als "Verbesserung" des Wagner-Gesetzes

"Das Taft-Hartley-Gesetz ist 1947 erlassen worden, angeblich, wie es in der Praeambel heisst, um das Wagner-Gesetz, dessen amtliche Bezeichnung National Labor Relations Act lautet, zu verbessern. Das Wagner-Gesetz bedeutete fuer die Gewerkschaften eine ungeheure Stuetze und hat eigentlich erst das ausserordentliche Anwachsen von damals 2½ Millionen Mitgliedern auf heute 15 -16 Millionen Mitglieder sowie die derzeitige Staerke der amerikanischen Gewerkschaften moeglich gemacht. Es wurde im Wagner-Gesetz zunaechst nochmals betont, was schon vorher bundesgesetzlich niedergelegt war, dass naemlich den Arbeitnehmern das Recht auf Organisation in selbstgewahlten Gewerkschaften und das Recht auf Kollektiv-Verhandlungen zusteht und es wurde- und das war das neue und wichtige an dem Wagner Gesetz - eine Stelle geschaffen, naemlich das NLRB, mit der Aufgabe, diese anerkannten Rechte der Arbeiterschaft durchzusetzen. In verhaeltnismaessig nur wenig und kurzen Saetzen formulierte das Wagner-Gesetz bestimmte Handlungen oder auch Haltungen der Arbeitgeber als "unfair Labor Practice". So wurde beispielsweise jede Diskriminierung eines Arbeiters durch den Arbeitgeber wegen seiner Zugehoerigkeit zu einer Gewerkschaft oder die Weigerung eines Arbeitgebers, sich ueberhaupt mit der zustaendigen Gewerkschaft an einen Verhandlungstisch zu setzen, als unfair Labor Practice gebrandmarkt und dem NLRB Mittel an die Hand gegeben, gegen derartige Handlungsweisen vorzugehen. Weiterhin wurde dem NLRB die Aufgabe zugeteilt, Entscheidungen darueber zu faellen, ob und welche Gewerkschaft fuer einen Betrieb zustaendig ist, sofern darueber ein Streit entstanden war, und fuer diesen Zweck evtl. Wahlen zu veranlassen und zu beaufsichtigen."

Beschaerungen der gewerkschaftlichen Arbeit durch das Taft-Hartley-Gesetz

"Das Taft-Hartley-Gesetz nun, in der amtlichen Bezeichnung Labor Management Relations Act, wird im wesentlichen der folgenden Einschraenkungen wegen von der Arbeitnehmerschaft angegriffen:

Es legt gewisse Streikbeschaerungen auf, insofern als jeder Sympathiestreik Boykott sowie Streik, der im Kampf um die Zustaendigkeit verschiedener Gewerkschaften untereinander gefuehrt wird, verboten ist; weiterhin die Moeglichkeit gegeben ist, gewisse Streiks, die lebenswichtige Interessen der Allgemeinheit beruehren, durch Gerichtsbeschluss zu unterbrechen; und schliesslich jeder Streik, der vor Ablauf einer bestimmten Ankuendigungsfrist in Gang gesetzt wird, eine unfair Labor Practice darstellt. Wie ueberhaupt das Taft Hartley Gesetz im Gegensatz zum Wagner Gesetz auch gewisse Handlungen der Arbeitnehmer, nicht nur der Arbeitgeber, als unfair Labor Practice kennzeichnet und dem NLRB die Moeglichkeit gibt, hiergegen vorzugehen. Im uebrigen koennen die Arbeitgeber - und auch das ist voellig neu - im Falle einer unfair Labor Practice seitens der Arbeitnehmer beim Gericht gegen die beteiligte Gewerkschaft und ihre Mitglieder einen Schadenersatzanspruch geltend machen. Hierbei koennen die Gewerkschaften als Ganzes fuer die Handlungen einzelner ihrer Vertreter haftbar gemacht werden.

Das Taft Hartley Gesetz verbietet darueberhinaus die Vereinbarung eines "Closed shops", eine Regelung, die zuvor ziemlich verbreitet war, und bestimmt, dass ein "Union shop" nur dann vereinbart werden kann, wenn ueber diese Frage eine Wahl in der Belegschaft durchgefuehrt wurde.

Sehr angegriffen wird die Klausel des Taft Hartley Gesezes, die besagt, dass es den Gewerkschaften verboten ist, Wahlkandidaten, soweit es sich um Wahlen der Bundesregierung handelt, finanziell in irgendeiner Form zu unterstuetzen. Eine sehr einschneidende Beschaerung der politischen Betaetigung der Gewerkschaften, wenn man weiss, wie kostspielig in Amerika die Wahlkampagne fuer jeden Kandidaten ist und dass nur solche Leute Aussicht auf Erfolg haben, die ueber die noetigen

Geldmittel verfuegen.

Sehr haeufig habe ich bei den Gewerkschaftsfunktionaeren eine Ablehnung der Bestimmung getroffen, dass die Gewerkschaften, wenn sie ueberhaupt das NLRB in Anspruch nehmen wollen, genaue Informationen ueber ihre Finanzlage, Statuten, ihre Vertreter usw. geben muessen, insbesondere aber, dass von jedem Funktionaer der betreffenden Gewerkschaft eine eidesstattliche Versicherung dahingehend, dass er nicht Kommunist sei und dass er nicht den Kommunismus unterstuetze, verlangt wird. Dieses Affidavit wird auch von antikommunistischen Gewerkschaftlern abgelehnt mit der Begruendung, dass solche Erklaerungen - wenn ueberhaupt - allgemein, aber nicht von der Arbeiterschaft im besonderen verlangt werden muessten.

Einzelstaatliche Gesetzgebung.

Dass in allen Staaten Arbeitslosenversicherungsgesetze existieren, die in ihrer Ausfuehrung unterschiedlich sind, ist schon gesagt. Darueber hinaus haben fast alle Staaten Gesetze, die die Entschaedigung eines Arbeitnehmers bei Arbeitsunfall regeln, sogenannte Workmen's Compensation Acts. Es gibt Staaten, die den Grundsatz der gleichen Bezahlung der Frauenarbeit zum Gesetz haben, wie der Staat Illinois.

Sehr viel weiter geht der Komplex der gesetzlich geregelten Materie nirgends/Urlaubs-, Feiertagsbezahlung, insbesondere Kuendigungsschutz sind Fragen, die vom Gesetz nicht beruehrt werden. Sie sind der freien Vereinbarung, d.h. im wesentlichen der Festlegung in Kollektivvertraegen vorbehalten. Bestimmte Kuendigungsfristen fuer die Loesung eines Arbeitsvertrages, wie sie in Deutschland eine Selbstverstaendlichkeit sind, kennt man in USA ueberhaupt nicht. Auch in den Tarifvertraegen gibt es keine Festsetzung bestimmter Kuendigungsfristen, sondern nur einen gewissen Kuendigungsschutz aufgebaut auf dem in fast allen Tarifvereinbarungen verankerten Prinzip der Senioritaet. Dieses Senioritaetsprinzip besagt, dass dem Arbeiter entsprechend seiner Betriebszugehoerigkeit gewisse Privilegien zustehen, insbesondere derjenige mit einer hoeheren Senioritaet nicht entlassen werden kann, solange noch andere mit kuerzerer Betriebszugehoerigkeit und etwa gleicher Befaehigung beschaeftigt sind.

Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten

Wichtig war fuer mich vor allen Dingen die Feststellung, dass die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten im wesentlichen auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarung erfolgt, ohne dass der Staat hierfuer besondere Einrichtungen zur Verfuegung stellt. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz bildet das NLRB, dessen besondere Kompetenzen ich bereits ausgefuehrt habe, das also nur fuer ganz bestimmte Arten von Arbeitsstreitigkeiten zustaeendig ist. Im uebrigen haben sich in fast allen Kollektivvertraegen die beteiligten Parteien, also die Arbeitgeber auf der einen Seite und die Gewerkschaften auf der anderen Seite, auf einen bestimmten Mechanismus geeinigt, dessen sie sich bei Entstehung einer Streitigkeit bedienen und dessen letzte Phase im allgemeinen aus der Entscheidung eines Unparteiischen besteht, die beide Parteien dem Kollektivvertrag entsprechend als bindend ansehen.

Ich hatte Gelegenheit, mehrfach Sitzungen vor einem solchen unparteiischen Schiedsrichter beizuwohnen, und zwar erstmalig waehrend der ersten Tage unseres Aufenthalts in New York in der Bekleidungsindustrie. Ich gewann schon damals den Eindruck, der sich im Laufe der nachfolgenden Wochen immer mehr verstaerkt, dass die Arbeitnehmer, soweit sie einer Industrie angehoren, fuer die eine starke Gewerkschaft besteht, und sie die Moeglichkeit haben, sich in dieser Gewerkschaft zu organisieren, in vieler Hinsicht einen staerkeren Schutz dem Arbeitgeber gegenueber haben als bei uns.

Es hat insbesondere dieser Unparteiische, dem in vielen Faellen die gleichen

Streitfragen zur Entscheidung vorliegen wie in Deutschland dem Arbeitsgericht, die Möglichkeit, in der Prozedur und in der Entscheidung sehr viel formloser und damit oft sozial gerechter vorzugehen, als wir Richter des Arbeitsgerichtes es manchmal koennen, die an das Gesetz gebunden sind. Es entsteht hierbei natuerlich die Frage, ob nicht etwa durch diese formlose Verhandlung und verhaeltnismaessig weitgehende Kompetenz des Unparteiischen der Willkuer manchmal ein zu weiter Spielraum gelassen wird. Ich glaube aber, dass diese Gefahr insofern eingedaemmt ist, als diese Unparteiischen das Vertrauen beider in Streit stehenden Parteien besitzen muessen und ueberhaupt nur auf Grund dieses beiderseitigen Vertrauens taetig werden koennen. Auch die Bezahlung des Unparteiischen erfolgt in den meisten Faellen von beiden Parteien zu gleichen Teilen. Der Unparteiische wird sich also im allgemeinen bemuehen, eine wohlhabgewogene Entscheidung zu faellen.

Der Nachteil dieses Systems der weitgehenden Regelung der Arbeitsbeziehungen allein durch Kollektiv-Vereinbarungen ohne staatlichen Eingriff besteht darin, dass eben immer nur solche Arbeitnehmer betroffen sind, die gewerkschaftlich organisiert sind und deren Organisationen stark genug sind, sich der Arbeitgeberschaft gegenueber durchzusetzen. Insgesamt sind jedoch nur etwa 15 - 16 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten gewerkschaftlich organisiert von insgesamt 35 - 40 Millionen industriellen Arbeitnehmern.....

"Betriebsraete"

Bei der Schilderung der haeufig ueblichen Prozedur, mit der Arbeitsstreitigkeiten in den Betrieben beigelegt werden, streife ich einen anderen Problemkreis, mit dem ich mich unserem urspruenglichen Plan nach auch zu befassen hatte, naemlich die Frage, ob es Betriebsvertretungen aehnlich den deutschen "Betriebsraeten" in den Vereinigten Staaten gibt und welches ihre Funktionen sind. Um es vorweg zu nehmen, Uns, die wir allerdings fast ausschliesslich Betriebe mit gewerkschaftliche organisierter Arbeiterschaft besucht haben, sind von den Gewerkschaften unabhaengige Betriebsraete, die die Belegschaft als ihre Vertreter waehlt, nicht begegnet. Der Betrieb bildet vielmehr, sofern seine Arbeiterschaft organisiert ist und er die noetige Groesse hat, in sich eine Einheit des Gewerkschaftsverbandes, ein sogenanntes Local.

Die Arbeitsbedingungen werden in einem solchen Fall durch einen Tarifvertrag zwischen Gewerkschaft und dem einzelnen Arbeitgeber, also einem Firmentarifvertrag, geregelt und in diesem Kollektiv-Vertrag auch die Anzahl und die Funktionen der Vertreter der Belegschaft im Betrieb festgelegt. Die Vertreter also, die die Belegschaft waehlen, um ihre Interessen gegenueber der Betriebsleitung wahrnehmen zu koennen, sind gleichzeitig Gewerkschaftsfunktionaere. Dieses System, dass die Gewerkschaft unmittelbar in den Betrieb hineingeht und in jeder auch nur den einzelnen Betrieb betreffenden Frage als Vertreter der Arbeitnehmerschaft auftritt, hat auf der Hand liegende Vorteile gegenueber dem deutschen System insofern, als der Arbeitnehmerschaft groessere Stosskraft zur Verfuegung steht, und weiterhin die Gewaehr gegeben ist, dass auch im einzelnen Betrieb das Gesamtinteresse der dieser Industrie angehoerenden Menschen, nicht nur das Einzelinteresse einer bestimmten Belegschaft, zur Durchsetzung kommt.

Das System ist zweifellos zu begruessen, solange die Gewerkschaften in sich selbst wirklich demokratisch sind und die Mitglieder die nicht nur formale und auf dem Paper befindliche Moeglichkeit der Mitbestimmung in der Gewerkschaftspolitik haben. Es ist unzweckmaessig dann, wenn diese Demokratie nicht vorhanden ist und wenn, wie es bei einzelnen amerikanischen Gewerkschaften der Fall ist, die gesamte Politik von oben herab dirigiert wird.

Die Gewerkschaften bzw. die Arbeitnehmerschaft haben in den einzelnen Betrieben

sehr verschiedene Vertreter zur Wahrnehmung ihrer Interessen, deren Kompetenzen gestaffelt sind. Die unterste Stufe dieser Betriebsvertretung bildet im allgemeinen der Steward als Vertreter einer nur kleinen Abteilung innerhalb des Betriebes. In grosseren Betrieben folgt als naechst hoehere Stufe ein Komitee, das sich aus einzelnen oder aus allen Steward zusammensetzt. Hat nun ein Arbeitnehmer eine Beschwerde, so wendet er sich entweder allein oder gemeinsam mit seinem Steward an den zustaendigen Vormann und es wird versucht, auf dieser Ebene den Streit beizulegen. Gelingt das nicht, so nimmt sich das eben erwaehte Komitee des Falles an und bespricht die Angelegenheit mit einer diesem Vormann vorgesetzten Instanz der Betriebsleitung. Wird hier keine Einigung herbeigefuehrt, so finden im allgemeinen Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftsleitung einerseits und den hoechsten Instanzen der Betriebsleitung andererseits statt, und erst wenn alle diese Phasen ergebnislos verlaufen sind, wird der Fall vor einen unparteiischen Schiedsrichter gebracht.

Fehlt es den Parteien an einer geeigneten Persoenlichkeit, auf die sie sich als Schiedsrichter einigen koennen, so haben sie die Moeglichkeit, sich an den Federal Mediation and Conciliation Service (FMCS) zu wenden, der wtaendig eine Liste geeigneter Leute zur Verfuegung hat. Der FMCS wurde, wie ich schon frueher ausfuehrte, durch das Taft Hartley Gesetz geschaffen, als staatliche Stelle mit der Aufgabe, den Tarif-Parteien dort, wo diese sich ueber neu abzuschliessende Vertraege und Vereinbarungen nicht einigen koennen, durch Rat und vergleichende Vorschlaege zu helfen und ihnen, falls die Tarif-Parteien einen schiedsrichterlichen Spruch wuenschen, solche Schiedsrichter zu benennen. Dem FMCS steht selbst keinerlei Entscheidungsbefugnis zu gemaess dem dominierenden amerikanischen Grundsatz, dass die Spielregeln unter den Arbeitsvertragsparteien selbst auszuhandeln seien und der Staat hierzu nur eine gewisse Hilfestellung leisten koenne und solle."

ANMERKUNG: Einige Abschnitte aus diesem Bericht wurden bereits von der Zeitschrift der "Sozialdemokrat" veroeffentlicht. Da sicher nicht alle Leser der Internationalen Arbeitsmitteilungen diese Zeitung lesen, geben wir hier den Report wieder, soweit er uns geeignet erschien.

DIE ORGANISIERTE ARBEITERSCHAFT UND DIE NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEN KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

Kuerzlich veroeffentlichte das U.S. Department of Labor einen Bericht ueber die Amerikanischen Konsumgenossenschaften fuer das Jahr 1947. Es sind ungefaehr 48,000 Genossenschaften mit ungefaehr 20,000,000 Mitgliedern die \$ 1,700,000,000 im Jahre 1947 einbrachten. Es ist nicht bekannt wieviele der genannten Mitglieder zwei oder mehreren Genossenschaften angehoren. Die meisten dieser Konsummitglieder sind Bauern. Wir geben hier jene Abschnitte wieder, allerdings etwas gekuerzt, die sich auf die nichtlandwirtschaftlichen Konsumgenossenschaften beziehen.

Die Gewerkschaften und die Genossenschaften

Einige der aeltesten nichtlandwirtschaftlichen Konsumgenossenschaften in den Vereinigten Staaten wurden mit Hilfe oder Unterstuetzung von Arbeiterorganisationen gegrundet, jedoch wurde ein groesserer Teil der neuen als der bestehenden Genossenschaften auf diese Weise gebildet. Aus einer Studie, die vom Amt fuer Arbeitsstatistik in dem Bestreben ausgearbeitet wurde, festzustellen, bis zu welchem Grade die organisierte Arbeiterschaft an den Konsumgenossenschaften beteiligt ist, geht hervor, dass im grossen und ganzen verhaeltnismaessig wenig Genossenschaften im Verlauf der Zeit, da diese Institutionen gefoerdert wurden, eine Unterstuetzung seitens der Gewerkschaften erfuhren. In vielen Faellen waren aber ihre Mitglieder

obwohl sich die Gewerkschaften als solche nicht beteiligten, an dem Projekt führend beteiligt.

Zum grossten Teil brachte die organisierte Arbeiterschaft den Konsumgenossenschaften im Jahre 1947 ein Interesse entgegen aus dem Grunde, weil die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Lebensmittelpreise, gewaltig anstiegen. Als eine Folge davon wurden zahlreiche neue Konsumgenossenschaften gebildet, und einige laenger bestehende Genossenschaften berichten, dass die Gewerkschaftler in schwankender Zahl den Konsumgenossenschaften beigetreten sind oder sie in Anspruch nehmen. Aus anderen Berichten wiederum geht hervor, dass in vielen Faellen das Interesse schwand, bevor sich irgend welche positiven Resultate zeigten.

Die Hilfe, die ihnen seitens der Gewerkschaften zuteil wurde, hat verschiedene Formen angenommen. So wurde in förderndem Sinne in Gewerkschaftsversammlungen ueber die Konsumgenossenschaften gesprochen, es wurden gemeinsame Versammlungen von der Arbeiterschaft und den Genossenschaften abgehalten, in Gewerkschaftsresolutionen wurden die Genossenschaften (oder einzelne Organisationen) unterstuetzt, in denen die Gewerkschaftsmitglieder dazu aufgefordert wurden, den Konsumgenossenschaften beizutreten und sie in Anspruch zu nehmen, in den Gewerkschaftsblaettern wurden regelmaessig oder gelegentlich Artikel veroeffentlicht, man half mit bei der Organisation neuer Konsumvereine (entweder durch freiwillige oder angenommene Kraefte) es wurden sogar neuen oder schon bestehenden Konsumgenossenschaften Gewerkschaftsgelder geliehen oder solche bei ihnen angelegt.

In den Berichten benannten die Genossenschaften viele Arbeiterorganisationen, die ihnen mehr oder weniger Hilfe in der geschilderten Form hatten zuteil werden lassen. Von diesen Gewerkschaften entfielen etwas ueber 50% auf die AFL, etwa 30% auf den CIO, sowie nahezu 20% auf die unabhengigen Gewerkschaften.

Viele Konsumgenossenschaften befinden sich an Orten, wo keine Gewerkschaften bestehen. Dies waere z.T. der Grund dafuer, dass bei 21,7% der Organisationen, die einen Bericht ueber die Zusammensetzung ihrer Mitgliederschaft abgaben, die Mitglieder nicht in Arbeiterorganisationen organisiert waren. Bei 27,9% bestand 1/10 der Mitglieder oder weniger aus Gewerkschaftlern. Bei anderen Organisationen 31.0 aller Organisationen - wiederum gehoerten die Haelfte der Mitglieder oder sogar noch mehr den Gewerkschaften an. Im allgemeinen spiegelte die Zusammensetzung des Vorstandes der Genossenschaften mit einem ziemlich grossen Prozentsatz an Gewerkschaftsmitgliedern ungefaehr dasselbe Verhaeltnis wieder.

Die gewerkschaftliche Hilfe bei der Organisation.

Nur ein kleiner Teil dieser Konsumgenossenschaften wurde mit Hilfe der Gewerkschaften gegrundet. Am grossten war der Prozentsatz bei den Petroleum-Konsumvereinen (3 von 13), den "anderen Vertriebsorganisationen" (2 von 9), den Aerzte-Organisationen (2 von 4), und den Begraebnisinstituten (2 von 6). Von 254 Laeden und Einkaufsgenossenschaften hatten nur 37 bei ihrer Gruendung die Unterstuetzung von Arbeiterorganisationen. Keine der Genossenschaften, die Wohnung und bzw. oder Mahlzeiten besorgte, und keine der Organisationen fuer Unterkunft, Kuehlhauswaren oder "andere Verteilungsgenossenschaften" hatte eine solche Hilfe. So waren also die Gewerkschaften von Anfang an nur an 46 von 347 Genossenschaften aller Art interessiert; ein grosser Teil davon waren Genossenschaften juengeren Datums, die im Verlaufe der letzten paar Jahre gebildet worden waren.

In dem Fall einer neuen Vereinigung, der Negaunee (Michigan) Konsumgenossenschaftsstellen, wurde der Gedanke, die Konsumgenossenschaft zu gruenden, zweifellos ins Leben gerufen, als die Eisengrubenarbeiter, die den Hauptbestandteil derselben bilden, waehrend ihres Streiks im Jahre 1947 von einer Konsumgenossenschaft in der benachbarten Stadt und von dem Konsumgrosshandel des betreffenden Gebiets finanziell unterstuetzt wurden. Innerhalb eines Monats, nachdem der Streik

beigelegt war, leiteten die Vertreter der 5 CIO-Lokalgewerkschaften einen Werbefeldzug ein, der darin gipfelte, dass 9 Monate spaeter ein Konsumladen eroeffnet wurde. Zur Zeit der Berichterstattung des Vereins an das Amt wurde das Interesse der Gewerkschaften durch Berichte ueber den Fortschritt des Ladens wachgehalten, die regelmessig das Hauptthema bei den Versammlungen der Ortsgewerkschaften bildete.

3 andere neu aufgebaute Genossenschaften - 2 im Staate Michigan und 1 im Staate Minnesota - hatte kostenlose Werbetaetigkeit, Hilfe bei der Organisierung sowie finanzielle Unterstuetzung durch die Gewerkschaften, insbesondere seitens der Automobilarbeiter. In alledem foerderten der CIO und die AFL gemeinsam die Konsumgenossenschaften. Die Konsumvereine im Staate Michigan eroeffneten Auslieferungsstellen nach Art der Warenhaeuser in Detroit und Pontiac und verkauften die Waren direkt aus den Kisten, in denen sie versandt worden waren. In diesen Konsumgenossenschaften machen die Gewerkschaftler 70 und 75% der Mitgliederschaft aus.....

An der Bildung eines Neger-Konsumvereins, der Cooperative Commonwealth Inc. in Gary, Indiana, beteiligte sich die Lokalgewerkschaften der Staehlarbeiter (CIO), denen ein grosser Teil der Mitglieder angehoert, durch Propaganda und mit einigen Geldmitteln. Der Konsumverein zog Nutzen aus den Fehlern einer fruheren Konsumgenossenschaft (die im Jahre 1941 einging), und ihrer Gruendung ging eine erzieherische und foerdernde Arbeit unter den zukuenftigen Mitgliedern, die mehrere Jahre gedauert hatte, voraus. Es wurden Geldmittel fluessig gemacht, und zwar nach und nach ueber eine lange Zeit hinweg durch Agenten, die bei den Leuten in gewissen Zeitabstaenden immer wieder vorsprachen. Die Mitglieder haben sehr viel zur Errichtung des Gebaeudes zur Unterbringung eines aus einer Kolonialwarenhandlung, einem Drugstore und einem Restaurant kombinierten Unternehmens das gegen Ende 1946 eroeffnet wurde, beigetragen.....

Einer der staedtischen Petroleum-Konsumvereine, Cooperative Services, dessen Zentrale sich jetzt in St. Paul, Minnesota, befindet, eroeffnete seinen Betrieb im Jahre 1933 in Minneapolis, und zwar mit Unterstuetzung der Zentralen Arbeitergewerkschaft der Stadt an einer Tankstelle, die man von der Labor Temple Association gepachtet hatte. Seine Organisatoren waren alles Gewerkschaftler. Waehrend seines 15jaehrigen Bestehens erfreute er sich allgemein der Unterstuetzung der oertlichen Arbeitergewerkschaften. Der Verein, der 4 Tankstellen und eine Reparaturgarage in den Zwillingstaedten betreibt, wird staendig von den 15 verschiedenen Lokalgewerkschaften propagiert und unterstuetzt, von denen einige Geld bei ihm angelegt haben.

Das Interesse und die Unterstuetzung der Arbeiterschaft

Unter den Konsumvereinslaeden hat nur eine kleine Anzahl (im ganzen 82) ueber eine groessere wachsende Unterstuetzung seitens der Gewerkschaften oder ihrer Mitglieder seit Gruendung der Konsumgenossenschaft berichtet. Einer von ihnen stellte fest, dass die Zunahme nur "sehr gering" war, ein anderer wieder erklaerte, dass das Interesse meist durch "Gespraechе" zum Ausdruck kam und nicht durch ein Aufsuchen des Ladengeschaefts.

Im Staate Massachusetts traten "50% der Gewerkschaftsmitglieder in einer Baeckerei" der bedeutenderen Boston Cooperative Society bei; andere Gewerkschaften, deren Mitglieder ebenfalls der Konsumgenossenschaft in schwankender Zahl beigetreten sind, sind die der Lehrer und die der staetlichen, bezirklichen und staedtischen Angestellten (beide von der AFL). Gegen Ende 1947 betrug der Prozentsatz bei den 575 Mitgliedern nur etwa 13%. Eine Genossenschaft im Staate Pennsylvania stellte fest, dass "der Beginn einer stark anwachsenden, ploetzlich aber wieder abnehmenden Unterstuetzung" seitens einzelner Gewerkschaftler zu verzeichnen ist, meistens aber bei Mitgliedern des Verbandes der Hafen- und Werftarbeiter (AFL).

Die United Cooperative Society in Maynard, Massachusetts, die vor ueber 40

Jahren gegründet wurde, bevor sich die örtliche Wollspinnerei der Gewerkschaft anschloss, berichtete, dass die Unterstützung seitens der Gewerkschaftler (aber nicht seitens der Gewerkschaften selber) grösser wird. Gegen Ende 1947 gehörten etwa 50% ihrer 2.567 Mitglieder der Gewerkschaft (CIO) an. Eine Genossenschaft in Staate Michigan, deren Mitglieder sich aus ansehnlichen Gruppen organisierter Fabrikarbeiter, Büroangestellten und Lehrer zusammensetzen, berichtete ein steigendes Interesse seitens der CIO- und AFL-Ortsgewerkschaften, jedoch "habe nicht eine einzige Gewerkschaft irgendwelche gemeinsamen Schritte zur Unterstützung der Konsumgenossenschaften unternommen." 60% ihrer Mitglieder sind Gewerkschaftler.

Die Cloquet (Minnesota) Cooperative Society, eine der grössten Konsumgenossenschaften in den Vereinigten Staaten, wurde im Jahre 1910 gegründet, lange bevor die Arbeiterorganisationen in der Öffentlichkeit in Erscheinung traten. Ihre Angestellten waren die ersten in der Stadt, - und auf Jahre hinaus die einzigen Ladenangestellten - die sich organisierten. Die Unterstützung der streikenden Arbeiter in den Sägemuhlen und Papierfabriken in den Jahre 1920 und 1922 brachte ihnen fuer immer die Dankbarkeit und das Wohlwollen der Gewerkschaft ein. Die Mitglieder dieser Gewerkschaften fuerhten eine Verkaufskampagne und einen Aufklärungsfeldzug unter den Fabrikarbeitern fuer die Konsumgenossenschaft durch, und zwar zu der Zeit, da die Genossenschaft ihren Bericht bei dem Amt einreichte. In einem Waldbrand, der im Jahre 1918 die ganze Stadt vernichtete, verlor diese Genossenschaft ihr Lager und ihre Waren. Seit diesem Jahr hat sie jedoch keine Betriebsverluste mehr aufzuweisen gehabt. Sie hat an ihre Mitglieder durch Zurueckzahlungen auf Kaeufe die Summe von \$1.006.676 zurueckerstattet zusaetzlich zu \$100.808 an Zinsen auf ihren Kapitalsanteil. Sie nimmt in bezug auf die Reichhaltigkeit der Waren und der Dienstleistungen eine hervorragende Stellung ein. Gegen Ende 1947 waren etwa 30% ihrer Mitglieder Gewerkschaftler.

Die Janesville (Wisconsin) Consumers Cooperative Association, die kurz vor dem Zweiten Weltkriege von Gewerkschaftsmitgliedern des CIO und der AFL gegründet wurde, die sich zu diesem Zwecke zusammengetan hatten, hat in letzter Zeit ein ausgesprochenes Interesse seitens der Arbeiterschaft hervorgerufen. Die zentrale Arbeitergewerkschaft der AFL (mit 23 angeschlossenen Gewerkschaften) und der Automobilarbeiterverband des CIO hatten beide einen staendigen Ausschuss fuer Konsumgenossenschaften ernannt, und letztere Gewerkschaft war ein genossenschaftliches Mitglied des Konsumvereins geworden. Im Jahre 1947 waren die organisierten Arbeiter mit 60% in der Mitgliederschaft vertreten.....

Eine Konsumgenossenschaft der Eisenbergarbeiter im Staate Minnesota, die ihren Betrieb im Jahre 1926 aufnahm, berichtete, dass unlaengst die Mitglieder der Friseur- und Stahlarbeiter-Gewerkschaften (die beide dem CIO angehören) wie auch die Eisenbahnarbeiter (AFL) Interesse gezeigt haetten. Ein weiterer Konsumverein in diesem Staate berichtete, dass die "Trades and Labor Assembly" die Konsumgenossenschaften durch eine Reihe von Konferenzen foerdere, die gemeinsam von Vertretern der Konsumgenossenschaften und der Arbeiterschaft durchgefuehrt werden. Ein dritter Konsumverein im Staate Minnesota, der kurz vor dem Kriege von Mitgliedern des Verbandes der Hafen- und Werftarbeiter (AFL) gegründet worden war, berichtete, dass mehrere Lokalgewerkschaften von der AFL wie vom CIO vor kurzem Konsumausschuesse gebildet haetten; 60% der Mitglieder der Konsumgenossenschaft gehoerten den Arbeiterorganisationen an.....

Der Konsumgenossenschaftsverein in Racine (Wisconsin), der ebenfalls von Gewerkschaftlern ins Leben gerufen worden war, fing 1933 mit einer einzigen Benzintankstelle an. Die Mitglieder der Arbeiterorganisationen bilden 75% seiner Mitgliederschaft, die sich auf 2.700 belaeuft. Die grösste Unterstützung hatte er von seiten des Automobilarbeiterverbandes des CIO (die Autofabrikation ist der

einzigste und grösste Industriezweig der Stadt), es wird aber berichtet, dass sich jetzt die Gewerkschaftler der AFL ebenfalls recht rege beteiligen. Der Konsumverein verfügt ueber 2 Lebensmittelgeschäfte, 4 Tankstellen, 1 Kohlenplatz und 1 Versicherungsagentur.....

Die "Cooperative Services", Indianapolis - ein Kohlenkonsumunternehmen, - bei dessen Gruendung die Gewerkschaften beteiligt waren - berichteten, dass die Gewerkschaften in steigendem Masse das Unternehmen unterstützen, indem sie dort ihre Kohle beziehen, um die Gewerkschaftsversammlungsraeume zu heizen; ausserdem wird auf den Versammlungen der Lokalgewerkschaften des CIO wie auch der AFL eine starke Propaganda gemacht und das Unternehmen unterstützt. Ein Konsumverein fuer Milch-ertrieb im Staate Michigan ist, obwohl er nicht von Gewerkschaftlern gegrundet wurde, durch eine kleine Summe aus Gewerkschaftsfonds unterstützt worden, und die Lokalgewerkschaften des CIO haben ihren Mitgliedern nahegelegt, dem Verein beizutreten. Im Jahre 1947 waren die Mitglieder zu 80% Gewerkschaftler.

Andere Konsumgenossenschaften wieder berichten ueber eine weniger ermutigende Lage. Der Leiter eines neuen Konsumvereins im mittleren Westen erklart, dass die Gewerkschaften nicht so mitgeholfen haben, wie sie es versprochen hatten, als der Verein anging. Die Ortsgewerkschaft der Elektroarbeiter (AFL) "war die einzige, die uns wirklich geholfen hat." Ein Konsumverein an der Ostkueste berichtete ueber "Obstruktion" seitens der Ortsgewerkschaften der AFL. Ein Konsumverein im Staate Illinois hatte mit gewissen AFL-Gewerkschaften gemeinsame Versammlungen abgehalten, hatte aber "in Wirklichkeit keine Unterstützung." In einer Stadt im Staate New York "hatten die Arbeiterfuehrer zu einem Beitritt zum Konsumverein aufgefordert, jedoch nur ein paar (Gewerkschaftsmitglieder) haben dieser Aufforderung Folge geleistet." Ein Konsumverein im Staate Pennsylvania berichtete ueber eine nur "lauwarme" Unterstützung, und einer im Staate Washington stellte lediglich "etwas Interesse, aber keine sehr aktive Unterstützung" fest. In einer Stadt im Staate Connecticut begann eine Ortsgewerkschaft zunaechst damit, fuer den Konsumverein eine gewaltige Reklame zu machen, was eine Zeitlang ging, aber dann bald vollkommen einschloef." Ein Konsumverein im Staate Massachusetts stellte fest, dass die Gewerkschaftsmitglieder "ein ausgesprochenes Interesse hatten, dass aber nur wenige beigetreten sind"; Ende 1947 waren in der gesamten Mitgliederschaft nur 10% Gewerkschaftsmitglieder. Eine aehnliche Lage bestand in einer Stadt im Staate Ohio, wo der Konsumverein Gegenstand des Interesses der zentralen Arbeiterorganisationen der AFL und des CIO gewesen war, jedoch war die Unterstützung in bezug auf die Einkaeufe in dem Geschaeft nur "geringfuegig". Bei einem Konsumverein im Staate Pennsylvania wurde das Interesse der Gewerkschaften lediglich dadurch unter Beweis gestellt, dass "eine kleine Gruppe" der Textilarbeiter des CIO beitrat; 1947 waren nur 5% der Mitglieder Gewerkschaftler.

Die Gewerkschaftler in der Mitgliederschaft und in der Leitung.

Gewoehnlich gehen die Konsumgenossenschaften nicht bewusst darauf aus, den Arbeiterorganisationen oder ihren Mitgliedern eine Vertretung in ihrem Vorstand zu geben. Die oblichen Voraussetzungen hierfuer sind die Mitgliederschaft im Konsumverein und die Faehigkeit, diesen Posten auszufuellen. Die Zahl der Gewerkschaftler im Vorstand eines Konsumvereins ist daher gewoehnlich vielmehr das Ergebnis eines Zufalls (oder der Zusammensetzung der Mitgliederschaft) als das der Absicht und Planung.

Trotzdem hat alles in allem den Anschein, dass die Vertretung der Gewerkschaft im Vorstand der Konsumgenossenschaften, die in dieser Studie ihre Berichte abgegeben haben, ziemlich genau dem Verhaeltnis der Gewerkschaftler in der Mitgliederschaft entspricht. In 31,0% der Faelle von berichtenden Konsumgenossenschaften bildeten die Mitglieder der Arbeiterschaft 50% oder noch mehr der Mitgliederschaft der Konsumvereine, jedoch nur 10% oder noch weniger in 49,6% der Faelle. In 51,2% Faellen bei den Konsumvereinen, bei denen sich Gewerkschaftler im Vorstand befanden, gehoerten die

Haelfte oder mehr der Mitglieder des Konsumvereins den Arbeitergewerkschaften an; in 23.0% aller Faelle betrug der Anteil an Gewerkschaftlern an der Mitgliedschaft des Konsumvereins 10% oder weniger. Andererseits machen unter den Konsumvereinen, die keine gewerkschaftliche organisierten Direktoren hatten, die Gewerkschaftler 10% oder weniger aller Mitglieder bei 85,2% aller Konsumvereine aus (innerhalb dieser Gruppe hatten 53.3% ueberhaupt keine Gewerkschaftsmitglieder aufzuweisen).

Amerikanisches Arbeitsministerium
Amt fuer Arbeitsstatistik -
Bulletin No. 948

ZUM THEMA DER LETZTEN SOWJETANLEIHE

In der "Vie Ouvriere" vom 12. Mai beschliesst Monmousseau seinen Artikel, den er - man weiss nicht genau, warum - "An das Paradies der Dummkoepfe" ueberschreibt, mit einer Frage an die Zeitschrift "Franc-Tireur". Die Frage hat allerdings nichts mit dem uebrigen Inhalt des Artikels zu tun; da es sich aber um Dummkoepfe handelt, wollen wir den Artikel aus dem Spiel lassen und zu der Frage zurueckkehren, die wie folgt lautet:

"Wie erklart er (Franc-Tireur) es sich, dass der sozialistische Staat, den er luegenhafterweise als Polizeistaat der Gewalt und der Ungerechtigkeit bezeichnet, dieser Tage eine Anleihe von 1.000 Milliarden Francs in 24 Stunden aufgebracht hat."

"Diese Woche laesst Monmousseau die Dummkoepfe beiseite, um sich an die Tauben zu halten. Wollen wir hoffen, dass er, bevor er sich an die Blinden haelt, die Zeit gehabt hat, einige Erlaeuterungen ueber den Mechanismus zu lesen, mit dessen Hilfe die Anleihen in der UdSSR durchgefuehrt werden, sowie einige naechere Angaben - die der Sowjetpresse entnommen sind - ueber den Charakter der Kampagne, die von den russischen "Gewerkschaften" anlaesslich der letzten Anleihe gefuehrt wurde.

Am Tage der Ankuendigung ueber die Eroeffnung der Zeichnung, veroeffentlichte die Zeitschrift "Trud", das Gewerkschaftsorgan, einen Beschluss des Zentralkomitees der Gewerkschaften der UdSSR, demzufolge in 4 Spalten die Arbeiter in der UdSSR aufgefordert wurden, fuer die Anleihe zu zeichnen. Der Schlusssatz lautete wie folgt:

"Dadurch, dass sie einmuetig und geschlossen fuer die IV. Staatsanleihe fuer die Entwicklung und den Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft der UdSSR zeichnen, werden die Arbeiter der Sowjetunion wieder einmal ihre unbegrenzte Liebe und ihre Loyalitaet gegenueber der Bolschewistischen Partei, der Sowjetregierung und ihrem herrlichen Fuehrer, ihren Lehrer Stalin, bezeugen."

Die Arbeiter wurden also davon in Kenntnis gesetzt, dass ein Mangel an Begeisterung fuer die Anleihe einer Aeusserung des Trotzes bezw. der Herausforderung gegenueber der Partei, dem Staat und ihrem herrlichen Fuehrer gleichgesetzt werden wuerde.

In Frankreich und ueberall, wo Staatsanleihen in privater Form gezeichnet werden und wo kein Polizist sie zwingt, zur Bank zu laufen, um ihre Begeisterung zum Ausdruck zu bringen, waeren diese Erklaerungen von keiner grossen Bedeutung. In der UdSSR ist das aber ganz anders, denn dort schliessen die Arbeiter auf grossen Massenversammlungen, fuer Anleihen zu zeichnen. Und unter diesem Gesichtspunkt nehmen die Begriffe "Einmuetigkeit" und "Geschlossenheit" erst den ihnen eigenen Sinn an. Vor mehreren tausend, mehreren hundert und gegebenenfalls vor einigen Dutzend von stummen Lohnempfaengern, verpflichteten sich die Vertreter der Innungen und Zuenfte in ihrem Namen oder im Namen der Lohnempfaenger, fuer die Anleihe zu zeichnen. Mit anderen Worten: die Bezahlung am Ende des Monats setzt sich zum Teil aus Lohn, zum Teil aus Anleihescheinen zusammen.

Vom 5. bis 10. Mai, schrieb die ganze Sowjetpresse 5 und 6 Spalten mit der stgedruckten Ueberschrift: "Die Anleihe vollzieht sich im ganzen Lande mit der besten patriotischen Begeisterung." Die Pravda vom 5. Mai ist voller Schilderungen von Szenen der Begeisterung. Wir wollen einmal eine auf Geratewohl herausheben:

"In den Bergwerken des Don - Stalino" (teilw. Auszug)

"Das Bergwerk 'Novo-Muschketowo' umfasst etwa 100 Bergleute. Manche sind beim Abfahren, andere schicken sich an, einzufahren. Es wird eine Versammlung eroeffnet, wegen der neuen Anleihe einberufen wurde.

Der erste Sprecher ist der Grubenzimmermann der Stossbrigade Nikephor Gordejewitsch Golub, Held der Sozialistischen Arbeit, der vor kurzem aus Moskau zurueckgekehrt ist, wohin er als Delegierter zum Gewerkschaftskongress gegangen war. "Genossen", ruft er, indem er sich an die Bergleute wendet, "es gibt kein anderes Land in der Welt, wo man sich so sehr mit dem Arbeiter beschaeftigt wie bei uns. Ich habe mich ueberzeugen koennen, als ich das hoerte, was uns die auslaendischen Gewerkschaftsdelegierten erzaehlt haben. Bei ihnen wird die Lebenslage des Arbeiters staens schlechter. In den kapitalistischen Laendern haben die Arbeiter nicht einmal Anspruch auf kostenlose aertzliche Behandlung." (Sollte wieder einmal Henri Reynaud - obwohl den Schwung aus den Jahren um 1930 wiedergewonnen hat - zufaellig die Leistungen der Sozialversicherungen in den anderen Laendern; ausgenommen die UdSSR, den Pranger gestellt haben). "Bei uns stellt die Regierung keine Erwaegungen an, wenn es sich um die Sozialversicherung handelt. Wir Bergleute koennen uns darueber kein Urteil erlauben."

Spaeter erklaert dann Genosse Golub, dass er mit Freuden fuer die Anleihe zeichnete.

"Die Steiger (Aufseher) Krassilnikoff und Kosirikitzkij nehmen darauf das Wort und begruessen begeistert die Ankuendung ueber die neue Anleihe. Nach der Versammlung machen sich die Bergleute daran, fuer die neue Anleihe zu zeichnen."

Wir haben hier nichts hinzugefuegt und auch nichts weggelassen. Die "Pravda" vom 5. Mai befindet sich bei dem Nationalen Presseverbanddienst. Wer in bezug auf die Genauigkeit dieser Schilderung Zweifel hegen sollte, kann auf die Nummer dieser Zeitung zurueckgreifen. Es steht alles da, die Intervention des Helden der Arbeit, die Aeusserungen der Steiger und das Schweigen der Bergleute.

Unter diesen Umstaenden ist es zu verstehen, wenn am Tage der Zeichnung allein in der Stadt Moskau, die 4 Millionen Einwohner zaehlt (darunter Hausfrauen, Kinder, Jugendliche und eine Anzahl unproduktiver Personen) in 12 Stunden 2.070.987 Rubel zeichnete. (Leitartikel der "Iswjestija" vom 6. Mai 1949). Wie bei der Militaerparade zur Ende des Jahres, haben sich die Arbeiter der Hauptstadt zu begeisterten Versammlungen vereinigt. In nur ein paar Sekunden hatten sie die Haelfte ihrer Monatsbezeuge verloren.

Diejenigen, die ueber die Hintergruende der Lanzierung einer sowjetischen Anleihe informiert sind, sind zu suchen. Denn die Zahl derer, die dem Ausland darueber Auskunft geben koennte, ist klein. Dank des Zeugnisses eines Aktivisten, der lange in der UdSSR gelebt hat, und der sehr gut die Vorgaenge kennt, koennen wir ueber die sorgfaeltige und minutioese Vorbereitung berichten, die den "spontanen Zeichnungen" vorausgegangen.

Ciliga, ein Mitglied des Politbueros der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, ein einflussreiches Mitglied des Komintern-Bueros in Moskau hatte das Unglueck, 1937 von der GPU wegen "Opposition" verhaftet zu werden. Er verblieb lange Jahre im Gefaengnis, in gesonderten Einzelzellen, bis schliesslich 1935 seine Strafe in Zwangsentlassung in das Innere Sibiriens umgewandelt wurde. Auf Grund der Tatsache, dass er ein Auslaender war (er war Italiener), wurde Ciliga schliesslich aus der UdSSR ausgewiesen. Waehrend der Zeit seiner Verbannung wurde Ciliga als Buchhalter in einem Werk

beschaeftigt. In dieser Eigenschaft musste er also fuer seine Fabrik die Lancierung einer Anleihe vorbereiten, die ebenfalls in einigen Stunden abgeschlossen sein musste. Wir erteilen ihm nachstehend das Wort hierzu:

"In den ersten Apriltagen erhielten alle Banken in Krasnojarsk von ihrer Zentraldirektion ein Rundschreiben, in dem sie von der bevorstehenden Ausgabe einer neuen Anleihe in Kenntnis gesetzt wurden. Alle notwendigen Arbeiten, die hierzu noetig waren, mussten innerhalb 10 Tagen nach Eingang des Rundschreibens erledigt sein. Die Mitarbeiter der Bank erhielten den Auftrag, die Zeichnung mit den Gewerkschaften und den Werkleitern vorzubereiten. Im Verlauf dieser 10 Tage sorgte jeder Betrieb dafuer dass fuer die Versammlungen und die Zeichnungen Raeume vorhanden waren und organisierte eine Propagandagruppe, die mit den noetigen gedruckten Formularen versehen waren. Im voraus hatte man uns bereits die Hoehe der Anleihe bekanntgegeben. Der Zeichnungsbetrag eines jeden einzelnen entsprach ungefaehr dem Lohn von 3 Wochen. Am 15. April veroeffentlichten die Zeitungen den Beschluss der Regierung, eine neue Anleihe aufzulegen. Innerhalb 3 Tagen war die Anleihe bereits gezeichnet, was durchaus die Bereitwilligkeit der Arbeiter bewies, alle notwendigen Opfer zur Konsolidierung ihrer Anleihe zu bringen."

In Frankreich, wo die kapitalistischen Arbeitsbedingungen andere sind als in der UdSSR, und wo die Arbeiter nicht das Objekt einer staendigen Fuersorge seitens ihres Staates sind, waere niemals ein Finanzminister auf den Gedanken gekommen, einfach den Lohn von 3 Wochen zu konfiszieren, um das Defizit in seinem Budget zu decken. Taete er es, was wuerden dann die "Humanité" und die "Vie Ouvrière" wie auch die Gewerkschaften fuer ein Geschrei erhaben. Und mit Recht. In der UdSSR aber ist das ganz etwas anderes, weil es ja dort einen herrlichen Fuehrer und Lehrer der Massen gibt.

Wir wissen ganz genau, dass alle diese Darlegungen einen Mann wie Monmousseau nicht ueberzeugen werden. Aber die koennen sehr wohl dazu dienen, dass sich alle diejenigen einmal darueber Gedanken machen, die der Ansicht sind, dass die Rolle der Gewerkschaften, selbst in der UdSSR, nicht darin bestehen kann, dafuer zu sorgen, dass der Lohn der Arbeiter in die Kassen des Staatlichen Arbeitgebers fliesst

Documentation Syndicale Paris, No. 20 vom
20. Mai 1949.

DER KOHLENARBEITERSTREIK IN AUSTRALIEN

Der folgende Pressebericht aus Sidney (Australien) vermittelt nicht nur ein anschauliches Bild von der Schluesselstellung, die die Kohle einnimmt, sondern erhellt auch zwangslaeufig die Gruende, weshalb die Kommunisten unbeschraenkten Einfluss auf die wichtigsten Gewerkschaften gewinnen wollen.

"Morgen fruh werden die 20,000 unter kommunistischer Fuehrung stehenden australischen Kohlenbergwerksarbeiter einen sich ueber das ganze Land erstreckenden Streik beginnen, der zu der ernstesten Betriebsstilllegung in der Industrie seit 1917 fuehren wird.

Eine in elfter Stunde anberaumte Konferenz zwischen dem Australischen Gewerkschaftsrat, der Landeskohlenbehoerde und dem kommunistisch beherrschten Grubenarbeiter-Verband musste gestern abend erfolglos abgebrochen werden, da die Grubenarbeiter auf der Weigerung, ihre Lohnansprueche einem Schiedsspruch zu unterwerfen, beharrten.

Nahezu 500,000 Arbeiter wurden bereits durch die Regierungsmassnahmen zur Kohleneinsparung zum Feiern gezwungen, und weitere Tausende werden Mitte naechster Woche arbeitslos werden.

Wenn sich auch der Streik auf den Staat Neu-Suedwales, wo die Kohlengruben liegen, konzentriert, so wird doch der ganze Kontinent in Mitleidenschaft gezogen,

denn Neu-Suedwales erzeugt fast 100% des Stahl- und Eisenbedarfs sowie einen grossen Teil der Verbrauchsgueter Australiens.

Zunahme der Arbeitslosigkeit

Da die meisten australischen Staaten auf Kohle aus Neu-Suedwales angewiesen sind, so rechnet man in ihnen und auch in den uebrigen Staaten mit einem sofortigen Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Man versucht, schleunigst englische Kohle nach Australien zu bringen, doch wird diese nur fuer wenige Tage ausreichen. -Zur Zeit - es herrscht kaltes Wetter - koennen die 1,3 Millionen Einwohner Sidney's nicht heizen. Ihnen steht nur noch 3 Stunden taeglich Gas oder Elektrizitaet zum Kochen zur Verfuegung. Waehrend einiger weniger Nachtstunden koennen sie in jedem Hause zwei Gluehbirnen brennen.

Die Lage hat starke Aehnlichkeit mit derjenigen von Berlin, als die Russen vor gerade einem Jahr alle Land- und Wasserzufahrtswege zur Stadt sperrten.

In Sidney wurden alle Moeglichkeiten ziviler Luftbefoerderung bis aufs aeusserste angespannt, um Frischgemuese und Obst in die Stadt zu schaffen. Der Zugverkehr war gestern stark eingeschraenkt und wird es auch voraussichtlich morgen sein. Fuer die kommende Woche fallen alle Verkehrsmittel, die schon seit gestern nachmittag nicht mehr liefen, aus.

Kochfeuer in Hoefen

Alle Lebensmittelverarbeitungsbetriebe wurden behoerdlich geschlossen. In den Vororten kochten einige Familien auf Feuern in ihren Hoefen. Hunderte anderer draengten sich in den Cafés der Innenstadt; jedoch konnten sie wegen Strommangels nicht bedient werden.

Die Grubenarbeiter verlangen eine 35-Stunden-Woche, eine woechentliche Lohnsteigerung um \$4,84 und einen Urlaub nach laengerer Dienstzeit.

Die Regierung besteht darauf, dass der Streik durch Schlichtung und Schiedsverfahren beigelegt werden muss. In seinen gestrigen Erklaerungen liess Ministerpraesident Joseph B. Chifley keinen Zweifel darueber, dass die Drohungen und Streiks der Grubenarbeiter "gleichgueltig wie lange sie auch fortgesetzt werden, auf die Politik der Regierung keinen Einfluss haben werden."

New York Herald Tribune (Pariser Ausgabe) 27, Juni 1949

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFT RETTET BEFREUNDETE

ZEITUNG

Auch in einem demokratischen Lande, in dem das Recht der freien Presse allgemein anerkannt wird, kann dieses Recht manchmal gefaehrdet sein, und es bedarf dann des Schutzes. -

Wir geben im Folgenden einen Bericht von Dan Symth, einem Chikagoer Presseberichterstatter fuer Arbeitsfragen, wieder, der zeigt, wie im Falle einer Zeitung in Flora, einer kleinen Stadt in der Naehة von Chikago, ein derartiger Schutz zustandekam.

Die Internationale Elektroarbeitergewerkschaft im amerikanischen Gewerkschaftsbund (AFL) kam dem Herausgeber der "Flora Sentinel" (Wache) Charles A. Crowder mit einem Darlehen von \$12,500.- zu Hilfe, um seinen Betrieb vor der von einer Gruppe arbeiterfeindlicher Geschaeftsleute angestrebten Stilllegung zu bewahren. Seit dem Erwerb des Blattes durch Crowder im Jahre 1945 hatte sich die "Sentinel", eine kleine zweimal woeentlich erscheinende Zeitung, nicht nur die Feindschaft einiger oertlicher Unternehmer, sondern auch die der im suedlichen Illinois gelegenen Oelindustrie zugezogen, weil das Blatt - Streiknachrichten und Leitartikel veroeffentlichte, welche die Ziele der Arbeiterschaft beguenstigten.

Der Druck gegen Crowder wurde verstaerkt, als er sich auf die Seite der Arbeiter des staedtischen Kraftwerks von Flora stellte, die in den Streik getreten waren,

weil die staedtischen Behoerden sich weigerten, die erwahnte Elektroarbeitergewerkschaft als Tarifvertragspartei anzuerkennen. Einige Geschaeftsleute der Stadt zogen ihre Anzeigenauftraege zurueck und drohten mit einem Boykott, waehrend andere der Zeitung treu blieben. Saemtliche Gewerkschaften des Bezirks leiteten Aktionen zur Gewinnung von Abonnenten ein, um die Auflageziffer des Blattes zu erhoehen. So blieb der Boykott erfolglos.

Die naechste Massnahme, die gegen Crowder ergriffen wurde, war der unerwartete Aufkauf seiner Hypothek, fuer deren Tilgung er bei der White County Bank mit \$800.- im Rueckstand war. Ein gewisser E.D. Given, der Vertrauensmann der unbekanntem Kaeufer, strengte Klage gegen Crowder an. Richter James G. Burnside verlangte bei der Verhandlungen vor dem Bezirksgericht von Given Angabe der Namen seiner Auftraggeber. Daraufhin wurden H.G. Hanson, Geschaeftsfuehrer einer Oelerzeugungsgesellschaft, Fred Chaney, im Reinigungsgewerbe taetig, H.W. Eaton, Inhaber eines Geschaefts fuer Automobilersatzteile, saemtlich von Flora, und Walter Appling, Schleife fuer Bohrwerkzeuge, als Streitgenossen des Klaegers in den Rechtsstreit einbezogen.

"Vergangene Woche war ich mit meinem Latein zu Ende", erzaehte Crowder einem Reporter des Wochen-Nachrichtendienstes der AFL. "Der Gerichtsvollzieher hatte die Maschinenanlagen meines Betriebes zur Sicherung der Forderung verlangt. Ich war gezwungen, entweder \$12,500.-aufzubringen oder meine Zeitung aufzugeben."

Zi diesem Zeitpunkt erhielt Crowder ein Telegramm von D.W. Tracy, dem Vorsitzenden der Internationalen Elektroarbeitergewerkschaft, der ihm das Darlehen gegen Sicherheit anbot. Tracy erklaerte, dass die Gewerkschaft das Angebot als eine rein geschaeftliche Angelegenheit betrachte, und dass sie das Darlehen nicht dazu benutzen wolle, um auf die redaktionelle Politik des Blattes irgendwelchen Einfluss auszuueben.

Mit grosser Erleichterung nahm Crowder dieses Angebot sofort an."

Wochen-Nachrichtendienst der American
Federation of Labor, 7. Juni 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 22

Berlin, 22. Juli 1949

INHALTSVERZEICHNIS

Zum ersten Jahrestag des Europäischen Wieder- aufbau-Programms - - - - -	1
Die Posse der Hennecke-Bewegung - - - - -	2
Steigen der Industrie-Produktion in West-Europa-	5
70-tägiger Streik in den Vereinigten Staaten wird durch Vermittlung beendet - - - - -	5
Stellungnahme der belgischen Gewerkschaften zum Weltgewerkschaftsbund - - - - -	6
Arbeiter und Unternehmer ziehen am gleichen Strang - - - - -	6
Die Lage der Arbeiter in Ungarn - - - - -	7
Streik in einem mexikanischen Zeitungsverlag der Linken - - - - -	8
Zuständigkeitsstreitigkeiten in Australien - -	9
Die freie Presse und die Presse in "Polizeistaaten"	9
Kommunistische Tätigkeit in Ungarn - - - - -	10
Ein amerikanischer Leitartikel ueber die Genfer Gewerkschaftstagung - - - - -	12
Der Sozialplan der bolivianischen Arbeiter - - -	12
Es geht auch ohne Streik - - - - -	13
Gemeinsames Vorgehen der CIO-Gewerkschaften - -	14
Die amerikanische Zeitungsgewerkschaft und die Marshallplan-Verwaltung - - - - -	15

ECA-VERWALTER HOFFMANN SAGTE:

Es ist nicht klug in der Mitte des Gefechts aufzuhoeren ... Im ersten Jahr der ECA Tätigkeit ist ein Moment erreicht worden, das nicht wieder verloren gehen darf. Die volle Wirkung der heutigen Leistung kann nur erkannt werden, wenn das Moment aufrechterhalten wird. Die Not ist noch nicht vorbei.... Wir sind allerdings durch den Fortschritt in der Produktion und Geldstabilität, Handel u.s.w. ermutigt worden, meiner Meinung nach ist aber die grösste Leistung die Entwicklung des gegenseitigen Vertrauens nicht nur zwischen den freien Nationen Europas selbst, sondern auch zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten. Aus der Zusammenarbeit ist eine Vereini-gung der freien Voelker geworden, welche die grösste Hoffnung der Menschen auf einen dauernden Frieden ist.

"trans-atlantic" Juni 1949

DIE POSSE DER HENNECKE-BEWEGUNG

Richard Hanser hat fuer das Magazin "Life" einen Aufsatz ueber die sogenannte "Hennecke-Bewegung" in der Sowjetzone Deutschlands geschrieben. Aus Raummangel koennen wir den ganzen Artikel hier nicht bringen. Sein wesentlicher Inhalt ist jedoch in den nachstehenden, woertlich wiedergegebenen Absatzen enthalten:

"Bis zu dem Augenblick, in dem ihn das helle Schweinwerferlicht der sowjetischen Propaganda erfasste, war Adolf Hennecke ein voellig unbekannter deutscher Bergmann, der sich 26 Jahre seines Lebens damit geplagt hatte, immer in derselben Zwickauer Kohlengrube Kohle zu brechen. Dieser sauertoepfische, schmallippige Mann mit beginnender Glatze hatte in all dieser Zeit kaum etwas getan, um sich als Kumpel auszuzeichnen, und es war kaum zu erwarten, dass er es gar uebertage zur Beruehmtheit bringen wuerde.....

Hennecke's Sarg



"Der Foerderkorb war ihm zu langsam; er sprang in den Schacht."

Im Oktober letzten Jahres begann die Glorifikation Adolf Henneckes dann ploetzlich damit, dass die Ostzonenpresse in marktschreierischer Weise verkueundete, Hennecke habe ganz allein in einer Acht-Stundenschicht 24,4 cbm Kohle gehauen und verladen, sein Tagessoll somit um 380% uebererfuellt und die bisherige Rekordleistung der Grube um mehr als 200% verbessert. 'Diese beispielhafte Leistung des Hauers Hennecke,' so posaunten die Zeitungen, 'stellt einen in der Geschichte des deutschen Bergbaus noch nicht dagewesenen Leistungsrekord dar und wird zweifellos in dem kuenftigen Wiederaufbauwerk der sowjetischen Zone Deutschlands noch eine gewaltige Rolle spielen'.

Die Hennecke-Bewegung

Diese Voraussage erwies sich als richtig. Von nun an war Hennecke nicht nur ein energischer Bergmann, nein, er war zum Symbol geworden. Im Triumph wurde er von der russischen Militaerverwaltung nach Berlin gebracht, um hier vor dem kommunistisch gelenkten Volkerrat zu sprechen. Ganzseitige Bilder von ihm erbluehten in allen illustrierten Zeitschriften. Interviews beleuchteten seine bescheidene Versicherung, er habe eigentlich garnichts Ungewoehnliches geleistet, es sei auch keine besondere Anstrengung oder Ausruestung erforderlich gewesen, und es koenne tatsaechlich jedermann das gleiche tun. Und das war, wie bald ersichtlich wurde, der Punkt, auf den die ganze Propaganda hinauslief; Man erwartete von jedem, dass er Hennecke-Leistungen vollbringe. Henneckes Einzelleistung wurde zur "Hennecke-Bewegung" aufgeblasen, die sich in einer Welle von Massenversammlungen, Werbeplakaten, Reden und Schlagworten ueber die Sowjetzone ergoss.....

"Aktivisten" -so nennen die Kommunisten streberhaft beflissene Arbeiter - tauchten auf einmal ueberall in der Ostzone auf. Da uebertrifft die Naecherin Erika Kalz ihr Soll um 527,5% und Willi Boettcher, ein Former in einer Thueringer Metallgiesserei, bewirkt eine 339%ige Arbeitssteigerung. Und Liselotte Zappoli bringt es zu einem neuen Rekord im Erfurter Postamt; Sie sortiert 3.000 Briefe innerhalb einer Stunde. Ein Dreigespann von zwei Maennern und einer Frau im Siemenswerk Lichtenberg steigert sein Arbeitsergebnis um 330%, und Hochofen Nr. 2 im Stahlwerk Henningsdorf liefert in einer Hennecke-Sonderschicht 6,4 Tonnen statt der normalen Ausbringung von 4,5 Tonnen.

Niemand, auch nicht die Bauern, Hausfrauen und Kinder vermochten sich dem Druck der Hennecke-Bewegung zu entziehen. Die Schulen veranstalteten Hennecke-Wettbewerbe und-Ausfluege; Muetter kinderreicher Familien in Mecklenburg erhielten den Ehrentitel "Hennecke-Aktivisten", weil sie ihr "Leistungssoll" an Kindern uebererfuellt hatten.....

Das deutsche Stachanow-System

Die Deutschen sind mit derartigen Methoden genugsam bekanntgemacht worden, denn sie sind durch die gruendliche Schule der Nazi-Propaganda gegangen. Jetzt, da sie von kommunistischer Seite in aehnlicher Weise bearbeitet werden, scheinen sie wie damals zu reagieren. Sie haben begriffen, dass die Hennecke-Bewegung nichts anderes darstellt als eine Neuauflage des russischen Produktionssystems, das der Sowjetarbeiter unter dem Namen "Stachanow-System" kennt.

Wie Hennecke, so hatte auch Alexei Stachanow als Bergmann in einer Kohlen-grube gearbeitet. Im August des Jahres 1933 ergossen sich aus der Sowjetpresse und dem sowjetischen Rundfunk eine Flut von Nachrichten, die die besondere Leistung Stachanows verherrlichten, der in einer 6-Stundenschicht 102 Tonnen Kohle gehauen hatte, was beinahe dem Vierzehnfachen der Normalleistung gleich kam. (Das war ein weit wunderbarer als der von dem braven Hennecke erzielte Prozentsatz, aber schliesslich war Stachanow ja auch ein Russe.) Dem Propagandagetoese folgte dann ein Rummel, den 15 Jahre spaeter die Kommunisten in Deutschland vorlagegetreu im Rahmen der Hennecke-Bewegung wiederholten. Trotz aller fuer eine Uebererfuellung des verlangten Solls in Aussicht gestellten Belohnungen, hatte die Stachanow-Bewegung mit ihrer unerbittlichen Forderung nach Stueckarbeit und Produktionsbeschleunigung grosse Aehnlichkeit mit dem Ausbeutungssystem, das in den westlichen Demokratien durch jahrelangen Kampf der Gewerkschaften schon weitgehend abgeschafft worden war.

Als das Stachanow-System in der sowjetischen Besatzungszone unter der Maske der Hennecke-Bewegung seine Auferstehung feierte, glaubte auch der deutsche Arbeiter wieder das ihm nicht ganz unbekanntes Gefuehl des Stiefelabsatzdruckes im Nacken zu verspuren. Eine Steigerung der Produktion war dringend erforderlich, um den am Versacken befindlichen Zweijahresplan fuer den Wiederaufbau zu retten. Der Niedergang der Industrie in der Sowjetzone begann naemlich bedrohliche Formen anzunehmen, weil dank der Gegenblockade der Alliierten weder Ruhrkohle noch sonstige dringend benoefigte Erzeugnisse in die Zone gebracht werden konnten. Die Rettung konnte nur auf dem Ruecken der Arbeiterschaft vollzogen werden, und hierzu waren die sowjetischen Herren auch fest entschlossen. Einer der Wege zur Erreichung dieses Zieles war die Umstellung der Loehne von Zeit- auf Stuecklohn.....

Fehlschlag der Propaganda

Aber trotz aller schoenen Reden begann sich ein Murren der Empoerung und des Protestes gegen die Hennecke-Bewegung zu regen. Wenn auch die Presse weiterhin mit dicken Schlagzeilen den "ueberwaeltigenden Erfolg" der Hennecke-Bewegung verkuendete, so zeigte doch die Flut der aus der Sowjetzone einlaufenden Berichte deutlich, dass die Enttauschung der grossen Masse des Volkes staendig zunahm. Zunaechst begann es durchzusickern, dass die der ganzen Bewegung zugrunde liegende Leistung Adolf Henneckes, naemlich seine "historische" 380 %-Anbringung, ein Schwindel war, den man im Hinblick auf die zu gruendende "Bewegung" vorher inszeniert hatte. Hennecke erschien nun bei seinen Arbeitskameraden nicht mehr als Held, und viele von ihnen begannen ihn mit Verachtung als einen Handlanger der Sowjets anzusehen. Eine der aus Sachsen stammenden Geschichten will sogar wissen, dass er bei seiner Rueckkehr in den Schacht verpruegelt wurde, nachdem er vorher von den Berliner Kommunisten als grosse Beruehtheit herausgestellt worden war.

Allmaechlich wurde der Verdacht, dass die statistischen Angaben ueber die gesteigerte Produktion gefaelscht waren, zur Gewissheit. So kamen beispielsweise die Drucker auf Grund von ein paar einfachen Berechnungen zu dem Schluss, dass die gemeldete Leistung eines Hennecke-Schriftsetzers ein Ding der Unmoeglichkeit war. In der Waggonfabrik Wumag in Goerlitz gingen die Maschinen unter der Ueberanspruchung einer Hennecke-Schicht einfach zu Bruch, so dass der durch die erhoechte

Anstrengung erzielte Arbeitswert durch die fuer die Wiederinstandsetzung erforderliche Zeit verloren ging. Aehnliche Vorkommnisse ereigneten sich in einer Reihe von anderen Betrieben in der Zone. Die Hennecke-Schichten setzten den unterernahrten Arbeitern so stark zu, dass sie sich noch fuer Tage danach krank melden mussten. Zuweilen wurden Maschinen und Arbeiter von einer Fabrik an eine andere ausgeliehen, um einen Hennecke-Rekord zu erzielen, mit dem Ergebnis, dass der abgebende Betrieb nun seinerseits mit dem "Soll" in Rueckstand geriet. In der Rostocker Neptunwerft hatte man in einer Hennecke-Schicht 1.300 Nieten geschlagen, aber dafuer musste alle andere Arbeit zurueckgestellt werden, und am folgenden Tage waren die Haende der zu dieser Schicht gehoerenden Arbeiter so geschwollen, dass sie nicht zur Arbeit antreten konnten.....

Armer Hennecke!

Da wir es mit der Sowjetzone zu tun haben, so wurden solche Fehlschlaege der Hennecke-Bewegung in den Zeitungen mit keinem Wort erwaeht, auch waren weder Streiks noch andere Formen offenen Protestes gestattet. So kam es, dass die Bevoelkerung zu der Waffe des Witzes griff. Dieser hatte man sich schon unter den Nazis zu bedienen gewusst, die ja auch Missfallensauesserungen nicht aufkommen liessen. Von Schwerin bis hinunter nach Chemnitz wurde Adolf Hennecke nun zu einer Witzfigur. Zwar blieb er noch ein Symbol, allerdings ein Symbol des ganzen Schwindels und der Ungereimtheiten des Programmes, dem er seinen Namen geliehen hatte. Der Hennecke-Witz wanderte von der Ostzone bis in den Westen, und bald lachten Deutschland und sogar seine Nachbarlaender ueber Adolf und seine uebermenschlichen Anstrengungen. Und hier einige Hennecke-Witze:

Wer war der groesste Hennecke-Arbeiter der Geschichte? Ganz einfach, war die Antwort, natuerlich Adolf Hitler, der das "Tausendjaehrige Reich" in 12 Jahren fertigmachte.- Hennecke tauchte ganz unvermutet in der britischen Zone auf. Wie gewoehnlich war er zur Schicht in eine Grube in Sachsen eingefahren, hatte aber so toll gebuddelt, dass er abends am anderen Ende Deutschlands, im Ruhrgebiet, wieder ans Tageslicht kam.....

Eines Tages, so wusste eine andere Geschichte zu erzaehlen, ging Hennecke zum Zahnarzt, um sich unter Betaeubung (solchen Luxus kann er sich leisten) einen Zahn ziehen zu lassen. Als er wieder zu sich kam, stellte er wuetend fest, dass ihm gleich 6 Zaehne fehlten. Der Zahnarzt suchte ihn zu beschwichtigen, indem er stolz erklarte, Auch ich bin ein Hennecke-Aktivist. Ich habe eben mein Soll um 500% uebertroffen!.....

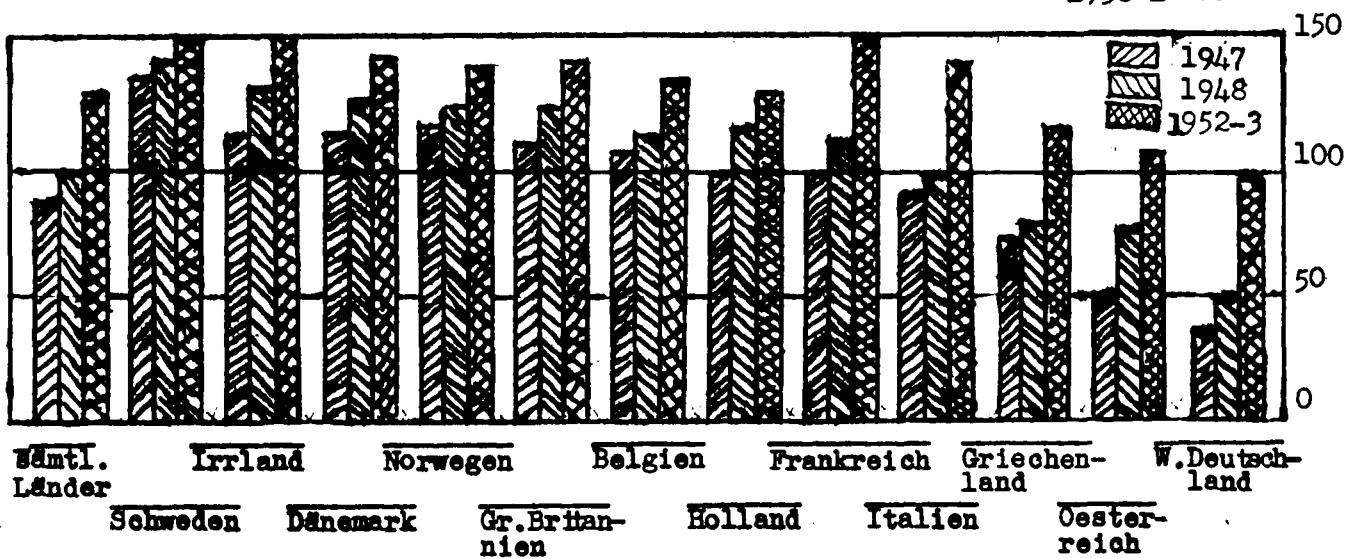
Auch hoert man manchmal die traurige Nachricht, dass Hennecke ploetzlich des Todes verblichen sei. Die einen behaupten, er sei in seinem eigenen Schweiss ertrunken, die anderen, er haette in dem ihm eigenen Arbeitseifer nicht auf den Foerlerkorb warten wollen und waere gleich in den Schacht hinabgesprungen.

Erinnert schon diese Art des Spottes stark an die Hitlerzeit, so wird die Aehnlichkeit der Situation noch unterstrichen durch die Art, wie die sowjetische Militaerverwaltung auf die Verbreitung solcher Witze reagiert. Nach einem kuerzlichen Erlass ist die "Verbreitung von Falschmeldungen ueber die Wirtschaftslage" eine strafbare Handlung, auf die Gefaengnisstrafe bis zu 10 Jahren steht. Auch die Hennecke-Witze fallen unter diese Bestimmung, und die Presse, so beispielsweise die Sueddeutsche Zeitung, wusste von Faellen zu berichten, wo Leute festgenommen und verurteilt worden sind, weil sie Adolf Hennecke verulkt haben, ganz wie vor 1945 andere Deutsche ins Gefaengnis geworfen wurden, weil sie sich Witze ueber Adolf Hitler erlaubt hatten."

Richard Hanser, "Life", 9. Mai 1949

STEIGEN DER INDUSTRIE-PRODUKTION IN WEST-EUROPA

Index
1938 = 100



Die obige Zeichnung ist nach dem Muster einer Tabelle gemacht worden, die in der Juni-Ausgabe der ICA Arbeitsmitteilungen - des "Trans-Atlantic" erschienen ist. Diese Tabelle soll das Wachsen der Industrie-Produktion in den Ländern Westeuropas zeigen! Westdeutschland steht am niedrigsten - aber relativ gesprochen hat es einen beachtlichen Aufschwung ueber 1947 zu 1948 genommen.

Trans-Atlantic" Juni 49

70-TÄGIGER STREIK IN DEN VEREINIGTEN STAATEN
WIRD DURCH VERMITTLUNG BEENDET

Zwischen der Bendix Corporation in South Bend, Indiana, und der dortigen Gewerkschaft der Vereinigten Arbeiter der Amerikanischen Automobilindustrie (UAW) ist nach einem 70-tägigen Streik ein Uebereinkommen erzielt worden. Der Streik war deshalb so bedenklich, weil die Firma Bendix wichtige Flugzeugteile herstellt. Amerikanischen Regierungsbeamten gelang es aber, eine Zusammenkunft zwischen dem Vorsitzenden der UAW, Walter P. Reuther, und M.E. Ferguson, dem Direktor der Bendix Corporation, herbeizufuehren. Nach einer Sitzung, die die ganze Nacht andauerte, wurde ein Uebereinkommen erzielt. In dieser Arbeitsstreitigkeit wurde somit gezeigt, dass Zusammenarbeit von Regierungsstellen mit Industrie und Arbeiterschaft durchaus moeglich ist.

Ogleich die Einzelheiten des Uebereinkommens nicht bekanntgegeben wurden, bestaetigten sowohl Mr. Reuther als auch Mr. Ferguson, dass die Arbeit sofort wieder aufgenommen werde. Mr. Reuther fuehrte aus: "Wir waren in der Lage, ein sehr schwieriges und verwickelt Problem der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen am Kragen zu packen."

Fuer die Gesellschaft erklarte Mr. Ferguson, dass die Betriebsleitung ihrerseits alles tun werde, um "dem Abkommen zum Erfolg zu verhelfen und dass die Herstellung dringend benoetigter Flugzeugteile wieder aufgenommen werden koenne." Die Gewerkschaftsmitglieder hatten jedoch noch ueber das getroffene Uebereinkommen abzustimmen.

Auch die Automobil-Produktion wurde von dem Streik in Mitleidenschaft gezogen. Der Ausfall der Lieferungen von Bremsen zwang die Kraftwagenwerke Packard und Nash zu zeitweiligen Betriebsstillegungen. Der Streik begann am 20. April mit der Entlassung von 47 Arbeitern in der Bremsschuhabteilung, denen vorgeworfen wurde, eine Verlangsamung des Arbeitsprozesses verursacht zu haben. Die Gewerkschaft ihrerseits beschuldigte die Betriebsleitung, sie habe das Tempo der Fließfertigung erhoert. Der den Arbeitern durch den Streik erwachsene Lohnausfall betraegt annaeherd \$4,500.000.

New York Herald Tribune (Pariser Ausgabe), 29. Juni 49

STELLUNGNAHME DER BELGISCHEN GEWERKSCHAFTEN
ZUM WELTGEWERKSCHAFTSBUND

Der belgische Gewerkschaftsbund legte auf seiner kuerzlich abgehaltenen Tagung einen Bericht vor, in dem er die Gruende fuer seinen Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund bekannt gibt. Der Weltgewerkschaftsbund wird darin beschuldigt, sich zu sehr von politischen und zu wenig von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Es wird ferner festgestellt, dass der Generalsekretaer und das Sekretariat dieser Organisation hauptsaechlich die Schwierigkeiten ausserhalb der sowjetischen Einflussphaere betonten, kaum indessen die in den Satellitenstaaten herrschenden zur Erwaehnung brachten. Ebenso wuerde man sich darueber ausschweigen, dass freie Gewerkschaften in den Satellitenstaaten nicht bestehen duerfen. Dem Weltgewerkschaftsbund wird sodann vorgeworfen, alle freien Gewerkschaften unaufhoerlich angegriffen zu haben. Auch habe er waehrend der letzten vier Jahre nichts anderes getan, als doppelsinnige antimilitaristische Aufrufe herauszugeben.

Man kann diese Organisation daher nur als Wortfuehrerin einer bestimmten politischen Gruppe ansehen. Sie hat es versaeumt, fuer einige der folgenden Forderungen, die ihr zu groesserem Ansehen haetten verhelfen koennen, einzutreten:

- die Staaten sollten auf einen Teil ihrer Souveraenitaet verzichten, um so der U.N. das noetige Ansehen fuer die Arbeit an einem dauerhaften Frieden zu verschaffen;
- den Bestrebungen, eine ideologische oder wirtschaftliche Expansionspolitik mit Hilfe von Macht, Gewalt oder Drohung zu betreiben, muss ein Ende gesetzt werden;
- gegenseitiges Voelkerverstaendnis muss auf die Achtung der Menschenrechte gegruendet sein, die ihrerseits einem allgemeinen Schutz zu unterstellen sind;
- die Beschraenkungen der persoenlichen Freiheit der Staatsbuerger muss bekampft und es muss verhindert werden, dass sie vom Staat oder dem kapitalistischen System unterjocht werden.

Documentation Syndicale (Paris),
13. Mai 1949

ARBEITER UND UNTERNEHMER ZIEHEN
AM GLEICHEN STRANG

Im Hinblick auf die gegenwaertige Wirtschaftslage sollten die Gewerkschaftsmitglieder bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern mehr Maessigung zeigen, heisst es in der Juninummer der vom amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL herausgegebenen Monatszeitschrift "Labor's Monthly Survey". Woertlich schreibt das Blatt:

"Bei der augenblicklichen angespannten Geschaefstlage kommt einem klugen Verhalten der Gewerkschaften bei Verhandlungen mit den jeweiligen Arbeitgebern ausserordentliche Bedeutung zu. Man muss versuchen, genaue Unterlagen ueber die finanzielle Lage sowie die Zukunftsaussichten des Betriebs zu erhalten, und sich zur Vervollstaendigung dieser Informationen mit der Zentrale der AFL in Verbindung setzen.

"Vielleicht sind die Aussichten fuer den Arbeitgeber sehr guenstig; wenn sich aber seine Gewinnspanne durch Preissenkungen stark verringert hat, so sichert sich die Belegschaft ihre Zukunft am besten dadurch, dass sie dem Unternehmer hilft, wieder wettbewerbsfaehig zu werden. Eine Erhoehung der Loehne laesst sich unter Umstaenden auch ermoeeglichen durch einen von Gewerkschaft und Unternehmern gemeinsam gefassten Plan zur Verhuetung unnuetzer Vergeudung von Material und Arbeitskraft, zur Einsparung von Spesen, Senkung der Betriebskosten und Steigerung der Produktion.

"Ein solcher Plan kann durch einen aus Vertretern der Gewerkschaft und der Betriebsfuehrung gebildeten Produktionsausschuss aufgestellt werden. Die Zeit ist gekommen, diese Idee der Vorkriegszeit neu zu beleben und mit ihr die heutigen Schwierigkeiten zu meistern."

Produktionssteigerung vor Lohnerhoehungen

In diesem Zusammenhang umreisst der Artikel der "Labors Monthly Survey" auch den Unterschied zwischen dem Aufgabenbereich dieser von Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern gebildeten Ausschuesse und den ueblichen Kollektivverhandlungsausschuessen: "Die gemeinsame Eroerterung von Produktionsproblemen durch Gewerkschaften und Unternehmer und die dadurch eingeleiteten Verbesserungen helfen mit, die Leistungsfahigkeit des Betriebs, seine Produktionsziffern sowie die Arbeitsmoral und die soziale Lage der Arbeitnehmer zu verbessern.

Solche Ausschuesse, die bisher erfreulicherweise wirklich beachtenswerte Erfolge erzielen konnten, treten zweimal im Monat zusammen, und beide Parteien loesen sich jeweils im Vorsitz ab. Hier werden Vorschlaege zur Produktionserhoehung von Seiten der Betriebsleitung oder der Gewerkschaftsmitglieder eroertert, Beschluesse gefasst und in die Tat umgesetzt. Produktionsnachweise, Geschaeftsberichte und Kostentabellen geben Aufschluss ueber die erzielten Erfolge und noch zu loesende Probleme. Die durch diese Zusammenarbeit erzielten Geldgewinne treten in der Bilanz des Unternehmens in Erscheinung. Aufgabe der Kollektivverhandlungsausschuesse ist es dann, fuer eine gerechte Aufteilung dieser Gewinne unter Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sorgen."

Amerika Dienst, 11. Juli 1949

DIE LAGE DER ARBEITER IN UNGARN

Im Laufe des Jahres 1948 wurden einem aus Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzten Ausschuss weitgehende Vollmachten uebertragen, ungarische Betriebsangehoerige der Staatsunternehmen von einer Arbeitsstelle zur andern und von einem Staatsunternehmen zu einem anderen zu versetzen, sie zu entlassen oder zu pensionieren. Diese Vollmachten wurden auf Grund einer neuen Verordnung gewahrt, die den Zweck verfolgte, Arbeitskraefte in verstaatlichten Unternehmen einzusparen. Die Vollmachten des Ausschusses wurden durch eine weitere Verordnung noch erweitert, welche sich gegen Arbeitnehmer richtet, die sich wegen "Gefaehrdung der Demokratie durch ihre Einstellung, Aeusserungen oder Handlungen" schuldig gemacht haben.

Diese Verordnungen beruehren die Mehrzahl der Industriearbeiter, da die noch immer andauernde Verstaatlichung den privatwirtschaftlichen Anteil an der gewerblichen Wirtschaft von 80% auf 20% herabgedrueckt hat. Mitglieder von Betriebsausschuessen, die von den politischen Parteien ernannt werden, fallen nicht unter die Verordnungen.

Arbeitswettbewerbe

Im Februar 1948 wurden nach dem urspruenglich in der Sowjetunion ueblichen Muster Arbeitswettbewerbe eingefuehrt. Als Grund wurde angegeben, dass dadurch die Leistung und der Reallohn der Arbeiter gesteigert wuerden, ohne gleichzeitig die Selbstkosten in die Hoehe treiben zu muessen. Es wurden Wettbewerbe veranstaltet zwischen verschiedenen Betrieben und zwischen einzelnen Abteilungen eines Betriebes; es sollte der Versuch gemacht werden, das Leistungssoll des Dreijahresplanes zu ueberschreiten. Die Praemien bestanden in Geldzuwendungen an Einzelpersonen und Gruppen sowie in der Verleihung von Ehrenbezeichnungen, wie "Bester ungarischer Betrieb", "Rekordarbeiter", u.s.w.

In der ersten Jahreshaelfte bewirkten die Wettbewerbe erhoechte Einkommen bei

den Beschaeftigten; diese sanken jedoch in der zweiten Haelfte, da die Leistungsnormen erhoehrt wurden und die Wettbewerbstaetigkeit allgemein abflaute. Starke Unzufriedenheit machte sich unter der Arbeiterschaft bemerkbar, als die festgesetzten Lohnerhoehungen durch buerokratische Schachermethoden gekuerzt wurden.

Die Produktion stieg zwar an, doch im gleichen Masse erhoechten sich die Ausschussziffern und Materialvergeudung. Die Qualitaet der Erzeugnisse war gering, und der effektive Wert der erhoechten Produktionsmenge war weniger als es den Anschein hatte. In den letzten Monaten des Jahres wurden die Bemuehungen auf eine Verminderung der Erstellungskosten konzentriert. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, die Lohne einer Nachpruefung zu unterziehen. Danach werden die Arbeitnehmer nach dem fuer ihren Arbeitsplatz geltenden Tarifvertrag entlohnt und nicht mehr nach ihren besonderen Faehigkeiten oder nach der Dauer ihrer Betriebszugehoerigkeit.

Umbildung der Gewerkschaften

Im Laufe des Jahres wurde eine Umbildung der Gewerkschaften vorgenommen. Industriegewerkschaften traten an die Stelle der frueheren Fach-Gewerkschaften, die nach Berufsgruppen organisiert gewesen waren. Es wurde erklaert, dass durch diese Regelung die Anzahl der in einem Betrieb abzuschliessenden Tarifvertraege verringert wuerde, dass die Durchfuehrung der Arbeitswettbewerbe gefoerdert und die Rivalitaet innerhalb der Gewerkschaften hinsichtlich der fuehrenden Stellung in den Betriebsausschuessen ausgeschaltet wuerden. Bis jetzt sind die bestehenden 48 Fach-Gewerkschaften durch 9 Industriegewerkschaften ersetzt worden. Es wird erwartet, dass durch diese Umbildung die letzte Trennungslinie zwischen Angestellten und Arbeitern verschwinden wird. Im Maerz allerdings war das Durchschnittseinkommen der Angestellten immer noch 42% (im Anstreichergewerbe) bis 150% (in der Papierindustrie) hoeher als das der Arbeiter.

"Arbeiterfragen im Ausland" des US Ministeriums fuer Arbeit, Mai 1949

STREIK IN EINEM MEXIKANISCHEN ZEITUNGSVERLAG DER LINKEN

Am 26. Maerz ersuchte die Compania Editoria Popular, S.A., Herausgeberin der Zeitung El Popular, die seit langer Zeit das Propagandawerkzeug von Lombardo Toledano des CTAL (Arbeiterverbandes von Latein-Amerika) und der Partido Popular ist, den Hauptausschuss fuer Schlichtungs- und Schiedsverfahren um die Genehmigung, 53 Angestellte entlassen zu dwerfen. Grund fuer diese Massnahme, so gab die Gesellschaft an, sei die schwere wirtschaftliche Krise, in die sie durch die Zurueckziehung der staatlichen Subventionen geraten sei.

Die Arbeiter, die mit den beabsichtigten Entlassung nicht einverstanden waren, traten am 13. April in den Streik mit der Begruendung, dass die Gesellschaft mit der Lohnzahlung 6 Wochen im Rueckstand sei. Am 29. April wurde eine Einigung erzielt und El Popular erschien wieder, nachdem 15 Ausgaben ausgefallen waren.

Im Hinblick auf die behoerdliche Handhabung des "Telefonstreiks" verlangte die Verlagsgesellschaft, dass der Streik als "nicht zulaessig" erklaert werde. Sie behauptete, dass durch den Streikbeschluss die Arbeitsgesetze formell verletzt worden seien und dass das Vorbringen der Arbeiter einen Streik nicht rechtfertige. Der Schlichtungsausschuss verhielt sich passiv und gebot der peinlichen Situation eines Streiks der Arbeiter gegen eine "Arbeiter"-Zeitung keinen Einhalt. Einige Zeitungen schlugen vor, dass die Eigentumsrechte an der Zeitung auf die Arbeiter uebertragen werden sollten, wie aehnliche Vermoegensuebertragungen in Faellen des Bankrotts kapitalistischer Unternehmen bewirkt worden waren. Die Gewerkschaft der Zeitungsangestellten, die den Streik unterstuetzte, erhob schwere Angriffe gegen

Lombardo. Sie bezichtigte ihn der Anwendung von Arbeitgeber-Taktiken, weil er versucht habe, den Streik wegen Verletzung einer Formalitaet als "nicht zulaessig" erklaren zu lassen.

Waehrend El Popular in seiner Erstausgabe nach dem Streik einen grossen Teil seiner Spalten dem Beistand widmete, den die Zeitung von verschiedenen, Lombardo's Alianza de Obreros y Compesinos de Maxico (Arbeiter und Bauern Vereinigung) angeschlossenen Arbeiterorganisationen erfahren hatte, schrieb er nur sehr wenig ueber die Beilegung des Streiks. Meldungen aus anderen Teilen der Mexico City Presse stimmen im allgemeinen darin ueberein, dass die Arbeiter 50% des waehrend des Streiks entgangenen Arbeitslohnes, rueckstaendigen Lohn fuer zwei Wochen sowie das Versprechen erhielten, dass El Popular den Restlohn in am 6. Mai beginnenden Teilzahlungen begleichen werden. Die Geldquelle, die dieses Abkommen ermoeglichte, wurde nicht genannt. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten El Popular's bestehen weiter und Lombardo's Ansehen als hervorragender Politiker der Linken und Arbeiterfuehrer hat nennenswerten Schaden erlitten.

"Arbeiterfragen im Ausland" des US
Ministerium fuer Arbeit, Mai 1949

ZUSTAENDIGKEITESTREITIGKEITEN IN AUSTRALIEN

Wie in verschiedenen andern Laendern, so haben auch die Gewerkschaften in Australien grosse Schwierigkeiten im Hinblick auf die Abgrenzung ihrer Zustaendigkeiten. Ein Beispiel hierfuer ist der folgende Bericht:

Im Zustaendigkeitsstreit des Spaetjahres 1948 zwischen dem kommunistisch beherrschten Bergarbeiter-Verband und der Australischen Arbeiter-Gewerkschaft (AWU) entschied der Schiedsrichter zugunsten der letzteren. Den Anlass zu der zu dem Schiedsverfahren fuehrenden Streitigkeit, die vom 7. Oktober bis zum 8. November 1948 andauerte und den Foerderungsausfall von ueber 400.000 Tonnen Kohle zur Folge hatte, gab eine der AWU angehoerende Gewerkschaftsgruppe von 50 Mann, die mit der Bohrung eines Durchstichs zwischen zwei Gruben fuer eine Kohlenfoerderstrecke beschaeftigt war.

Schiedsrichter Kelly gruendete seine Entscheidung lediglich darauf, welche der beiden Gewerkschaften fuer die Arbeit besonders geeignet war, und liess die Frage, ob Kemeira als Bergwerk oder als Tunnel anzusehen sei, offen. In einem frueher entschiedenen, aehnlichen Fall war dem "Verband" die betreffende Arbeit zugesprochen worden. Zeugenaussagen in der gegenwaertigen Arbeitsstreitigkeit liessen, so erklarte der Schiedsrichter, keinen Zweifel darueber aufkommen, dass die der AWU angehoerenden Arbeiter die Arbeit in ungefaehr 3 Jahren vollenden, waehrend diejenigen des Bergarbeiter-Verbandes fuer die gleiche Arbeit wahrscheinlich 20 Jahre benoetigen wuerden. Funktionaere des Bergarbeiter-Verbandes teilten mit, dass sie den Schiedspruch anfechten wuerden.

Der eroerterte Fall ist indessen nur ein Zwischenspiel in dem anhaltenden Streit zwischen der AWU und dem Bergarbeiter-Verband. Kuerzlich erhob dieser Verband Anspruch auf Zustaendigkeit ueber die Bergarbeiter im Erzbergbau, und zwar in Gebieten, die bisher der Zustaendigkeit der AWU unterlagen. Im Bergwerk Captain's Flat traten Bergarbeiter, die seit Mitte Oktober 1948 streikten, schliesslich aus der AWU aus und schlossen sich dem "Verband" an, aber erst nachdem der groessere Teil Captain's Flat verlassen und anderweitig Arbeit angenommen hatte.

"Arbeiterfragen im Ausland" des US
Ministerium fuer Arbeit, Mai 1949

DIE FREIE PRESSE UND DIE PRESSE IN "POLIZEISTAATEN"

Der amerikanische Journalist Carrol Binder, ehemaliger Pressekorrespondent

in Deutschland, hielt kuerzlich einen Vortrag vor dem Unterausschuss der Vereinten Nationen fuer Nachrichten- und Pressefreiheit. Er verglich die freie Presse mit der eines Polizeistaates. Binder fuehrte aus, dass eine freie Presse mit der weltanschaulichen Einstellung eines Polizeistaates unvereinbar sei und dass die Sicherheit der Demokratie auf einer gut unterrichteten Staatsbuergerschaft beruhe. Hinsichtlich der Art der Unterweisung des Staatsbuergers und des Umfangs der Nachrichten, die ihm vermittelt werden duerfen, machte er auf zwei sich widersprechende Anschauungen aufmerksam.

"Die erstere gilt dem klassischen Begriff des freien Wettbewerbs der Meinungsaeusserung, der auf der Ueberzeugung beruht, dass ein freies Volk, dem sich widersprechende und aus verschiedenen Quellen herruehrende Informationen nicht verschlossen sind, befahigt ist, die Wahrheit einer Nachricht zu erkennen und sein eigenes Urteil zu bilden.

Wer immer sich zu dieser Ueberzeugung bekennt, begruesst die Veroeffentlichung sich widersprechender Anschauungen. Er weiss, dass es gerade dieser Meinungsstreit ist, der ein Volk geistig muendig macht und der es dem einzelnen ermoeגlicht, bei der Gestaltung seiner sozialen Umgebung taetig und nutzbringend mitzuarbeiten.

Der Anhaenger dieser Ueberzeugung ist auch bereit, die mit dieser Freiheit verbundenen Nachteile in Kauf zu nehmen, naemlich die manchmal falschen Urteile, die ihrerseits auf die Anschauungen irgeleiteter oder vielleicht auch boeswilliger Personen gegruendet sind. Er ist bereit, diesen Preis zu zahlen, weil er weiss, dass es keinen andern sicheren Weg zur Freiheit gibt.

Die andere Anschauung beruht auf der Verneinung des Wertes und der Wuerde des Einzelmenschen und stuetzt sich auf den Begriff der behoerdlich kontrollierten Gesellschaft. Die Parteigaenger dieser Ansicht behaupten, dass nur diejenigen Staatsbuenger als gut unterrichtet gelten koennen, denen ihr Wissensschatz nach behoerdlichem Rezept verabreicht worden ist. Sie vertreten die Meinung, dass die Wahrheit nur einer herrschenden Klasse offenbar wird, deren Aufgabe es dann sei, sie an ihre weniger erleuchteten Mitbuenger weiterzugeben.

Um den Erfolg ihrer Mission sicherzustellen, erachten es die Verneiner demokratischer Freiheit fuer notwendig, in fanatischer Weise das Volk propagandareif zu machen. Das tun sie, indem sie ihre Wahrheitsdeutung eindringlich wiederholen, ihre Ansichten widerstreitender Anschauungen systematisch unterdruecken, zu Verdrehungen und sogar zu amtlichen Luegen Zuflucht nehmen, um die nicht ganz unterbundene Meinung der andern Seite als unglaubwuerdig hinzustellen. Ja, sie schrecken nicht vor Terrormassnahmen zurueck, um diejenigen ihrer Mitbuenger zu beseitigen, die auf ihre Propaganda nicht vorschriftsmaessig reagieren.

Hier haben wir den Begriff des Polizeistaates, in dem die Elite die Aeusserungen ihrer Mitmenschen nur durch die dicke Mauer absichtlich erzeugter Unwissenheit und staatlicher Propaganda vernimmt und diese Menschen dazu verurteilt, in Finsternis und Furcht zu leben."

Rundfunknachrichtenblatt des Aussenministeriums, 13. Juni 1949

KOMMUNISTISCHE TAETIGKEIT IN UNGARN

Abgesehen von der Anwendung krasser Terrormassnahmen, haben nach den Ausfuehrungen des fruerehen amerikanischen Gesandten in Ungarn, Selden Chapin, "Die Kommunisten die Bevoelkerung der Laender hinter dem eisernen Vorhang mit einem 'wirtschaftlichen Wuergegriff' umfasst, der in jedes Gebiet ihres taeगlichen Lebens eingreift." Chapin beschrieb die Lebensweise des durchschnittlichen ungarischen Staatsbuergers in einem Vortrag ueber 'Gewalt und Freiheit', den er vor katholischen Kriegsteilnehmern hielt.

"In der Kunst, sich an der Macht zu halten, zeigen die Kommunisten grosse Geschicklichkeit.....Terrormethoden spielen dabei natuerlich eine Rolle. Jeder Ungar

kennt irgend jemanden, der auf geheimnisvolle Weise verschwunden ist; der Terror lauert gewissermassen im Hintergrund und ist daher in der Regel nicht augenfällig. Es ist vielmehr ein wirtschaftlicher Zwang, mit dem der einzelne im Zaume gehalten wird." Mit Bezug auf das kommunistisch beherrschte Ungarn sagte Chapin: "Die Ungarn werden streng ueberwacht. Da gibt es die ueblichen Blockleiter; und die Besitzer von Wohnblocks und selbst oft von Einzelhaeusern sind gesetzlich verpflichtet, einen Hausobmann, eine Art Oberportier, anzustellen, der ueber das Leben und Treiben der Hausbewohner Bericht zu erstatten hat.

Wenn nach einem solchen Bericht das Verhalten eines Ungarn als unvorschriftsmaessig angesehen wird, dann wird er unter wirtschaftlichen Druck gesetzt. Er stellt ploetzlich fest, dass er seine Stellung verloren hat, und nach einer gewissen Zeit bemerkt er, dass keiner ihn mehr anstellen will. Nebenbei gesagt, haben die Arbeiter in Ungarn, ungeachtet des Aufhebens, das um die kommunistischen Gewerkschaften gemacht wird, kein Streikrecht mehr. Die wenigen Faelle, in denen die Arbeiter gegen die Beschleunigung der Akkordarbeit die Stimme erhoben, wurden in der kommunistischen Presse ueberhaupt nicht erwaeht, obwohl bei diesen Protesten Blut vergossen wurde.

Einem Buerger, der wegen seiner politischen Einstellung in Ungnade gefallen ist, kann es auch untersagt sein, in den staatlichen Laeden und Restaurants, die billige Preise haben, zu kaufen oder zu essen. Seinen Fuehrerschein verlaengert man ihm nicht. Er ist gezwungen, den schwarzen Markt aufzusuchen, und schliesslich ist es soweit, dass er nichts mehr zu verkaufen und keine Einnahmequelle mehr hat. Und dann naehert sich ihm und seiner Familie das Schreckgespenst des Hungers---- All dies ist eine sehr wirksame Methode, die Bevoelkerung den Anordnungen der Behoerden gefuegig zu machen. Ich habe diese Methode selbst beobachtet, und sie funktioniert."

Chapin bezeichnete Ungarn als ein Schulbeispiel dafuer, wie sich der Kommunismus stufenweise die Herrschaft ueber ein freiheitsliebendes Volk sichert.

"Ein Satellitenstaat nach dem andern wurde auf diese Weise unter kommunistische Herrschaft gebracht, und der kommunistische Einfluss haette sich wahrscheinlich noch viel weiter ausgedehnt, wenn wir nicht wirksame Gegenmassnahmen ergriffen haetten," erklaerte er. Er erinnerte daran, dass bei den ersten Nachkriegswahlen in Ungarn im November 1945 nur 17% der Waehler fuer die Kommunisten stimmten, waehrend die Majoritaet, d.h. 57%, ihre Stimme der Partei der kleinen Landwirte, einer fortschrittlichen und demokratischen Bauernpartei, gab.

Chapin machte darauf aufmerksam, dass sich die Kommunisten in der Koalitionsregierung eine Igelstellung gesichert hatten. Diese Regierung war auf Grund einer zwischen den massgeblichen Parteien vor den Wahlen getroffenen Vereinbarung, ohne Ruecksicht auf das Wahlergebnis eine Koalitionsregierung zu bilden, zustandegekommen. "Nach typischem kommunistischen Muster folgte dann schrittweise mittels Gewalt und Umsturzmethoden von innen heraus die Einnahme einer herrschenden Stellung."

Zuerst verschafften sich die Kommunisten die Kontrolle ueber die ungarische Polizei und das Nachrichtenwesen, wobei sie bei dieser "ueblichen einleitenden Aktion" von Sowjetmarschall Woroschilow, dem Vorsitzenden der Alliierten Kontrollkommission, unterstuetzt wurden. Es folgte eine Saeuberungsaktion, der die fuehrenden Vertreter der Regierung und des Heeres zum Opfer fielen. Dann erweiterten die Kommunisten ihre Machtstellung, indem sie innerhalb der Koalitionsregierung einen extremen Linksblock bildeten, der in Opposition zur Partei der kleinen Landwirte trat. Schliesslich konzentrierten sie ihre Bemuehungen darauf, innerstaatliche, wirtschaftliche und politische Unruheherde zu schaffen, um das Vertrauen der Bevoelkerung in die Regierungsfahigkeit der Partei der kleinen Landwirte zu erschuettern.

Chapin fuhr fort: "Die Kommunisten griffen zu offenen Terromassnahmen gegen ihre Gegner. Schauprozesse auf Grund erdichteter Anschuldigungen, Entfuehrungen, und all die anderen Auswuechse totalitaeren Zwangs und totalitaerer Rechtsprechung waren an der Tagesordnung.

Rundfunknachrichtenblatts des Aussenministeriums, 17. Juni 1949

EIN AMERIKANISCHER LEITARTIKEL UEBER DIE GENFER GEWERKSCHAFTSTAGUNG

Aus Anlass der am 25. Juni eroeffneten Genfer Konferenz von Gewerkschaftsfuehrern, die sich mit den Vorarbeiten fuer die Schaffung einer neuen Weltgewerkschaftsorganisation befasste, erschien der folgende Leitartikel in einer amerikanischen Zeitung, dem "Louisville COURIER-JOURNAL":

"Es dauerte freilich Jahre, bis sich die ersten Anzeichen einer kommunistischen Niederlage bemerkbar machten, und die Genfer Tagung ist der Hoehepunkt dieser Niederlage. Die kommunistische Strategie bestand in den einzelnen Laendern darin, Freunde und Verbuedete dadurch zu gewinnen, dass man fuer die Sache der Arbeiterschaft eintrat, und das Eindringen von Kommunisten in Schluesselstellungen einiger internationaler Gewerkschaften hatte schon seine Wirkung.

Die Arbeiterschaft der Welt, ebenso wie Anhaenger weltumspannender religioeser Glauben sind sich jedoch seit langem der Tatsache bewusst, dass eine totalitaere Anschauung keine Freiheit kennt, und dass fuer sie einzig und allein der Staat der Herrscher ist. Es war gerade das Wissen davon, dass es im kommunistischen Russland keine echte Gewerkschaft gibt, das in erster Linie die Aufloesung des alten Weltgewerkschaftsbundes herbeifuehrte. Das zweite zerstoerende Element war die sich in allen Laendern langsam durchsetzende Erkenntnis, dass Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften nicht die Sache der Arbeiterschaft vertraten, sondern nur ein willfaehrige Werkzeug im Dienste eines einzigen Herrn, naemlich Moskaus, waren.

Die Russen sind geschickte Propagandisten, konnten jedoch nie eine stichhaltige Antwort auf die Frage geben; Wie kommt es, dass in Russland die Gewerkschaften niemals streiken. Sie beantworteten die Fragen natuerlich in einer gewissen Weise, naemlich damit, dass alles im Lande Eigentum der Arbeiterschaft sei und dass also die Arbeiter keinen Grund zum Streiken haetten. Das klang keineswegs ueberzeugend, umsoweniger als man vergass, die folgerichtige Frage zu stellen, warum denn in diesem Falle die Russen ueberhaupt Gewerkschaften haetten. Die Fadenscheinigkeit einer derartigen Antwort trat aber noch mehr zutage, als Grossbritannien zeigte, dass unter einer freien Arbeiterregierung die Gewerkschaften Anlass und Freiheit zum Streik haben.

Kapitalisten und Arbeiterschaft, sie beide haben in demokratischen Laendern mit Schwierigkeiten zu kaempfen. Unternehmertum und Arbeiterschaft haben, selbst in Demokratien mit weitestgehender Sozialisierung, schwierige Probleme zu loesen. Sie koennen jedoch frei protestieren, sie sind frei beweglich, und sie geniessen den Schutz des Gesetzes. Die Genfer Konferenz spiegelt die tiefe Erkenntnis der freien Arbeiter der Welt wider, dass es unter dem kommunistischen System keine derartigen Freiheiten gibt."

Aus dem Rundfunknachrichtenblatt des Aussenministeriums, 30. Juni 1949

DER SOZIALPLAN DER BOLIVIANISCHEN ARBEITER

In Einklang mit dem von dem Direktor der "Bolivianischen Arbeiter-Versicherungs- und Sparkasse" fuer 1949 aufgestellten Haushaltsplan hat diese Anstalt

einen ehrgeizigen Arbeitsplan entwickelt. Dieser erstreckt sich auf den Bau billiger Wohnungen, Krankenhäuser, Genesungs- und Erholungsheime für Arbeiter; mindestens eine Fortbildungsschule soll errichtet und Darlehen sollen Einzelpersonen für allgemeine konstruktive Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Die Anstalt, die im Jahr 1935 als Zentralorganisation für Arbeiterversicherung errichtet wurde, besteht aus fünf Abteilungen: Versicherung, Sparkasse, Pressewesen, Sozialhilfe und Arbeiterwohnungswesen. Die Einnahmen der einzelnen Abteilungen stammen aus verschiedenen Quellen: z.B. Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beiträge, Steuern auf Zinn, Zigaretten, Bier, Bierflaschen, Wein und importierte Bücher und Zeitschriften. Der Verwaltungsausschuss der Anstalt setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen, d.h. drei Vertretern der Regierung und je weiteren drei Vertretern von Unternehmern und Arbeiterschaft.

Der für 1949 aufgestellte Plan soll von der Anstalt in eigener Regie durchgeführt werden, obwohl sie allmählich in das neue umfassende Sozialversicherungssystem, das auf dem Sozialversicherungsgesetz vom 7 Januar 1949 beruht, eingegliedert werden soll. Arbeitersiedlungen sollen in den Bezirken mit den dauerhaftesten Wohnverhältnissen errichtet werden. Bei der vorzugsweisen Zuteilung von Wohnungen an Arbeiter soll die Anzahl der Familienmitglieder, die Länge der Anstellungszeit in einem bestimmten Betrieb, Militärdienst, u.s.w. ausschlaggebend sein. Den Arbeitern wird eine zwanzigjährige Zahlungsfrist für Haus und Boden gewährt.

Der erste Schritt in der Entwicklung von Landereien, die der körperlichen Erhaltung von Arbeitern dienen, wurde gegen Ende 1948 durch den Ankauf von Grundstücken in den Cochabamba und Oruro Provinzen getan. Arbeiter, insbesondere Bergleute sollen in die Landgebiete geschickt werden, um dort jeweils 6 - 12 Monate landwirtschaftlich beschäftigt zu werden. Die Verwaltung der "Arbeiter-Versicherungs- und Sparkasse" ist der Ansicht, dass sich die "Erhaltunggebiete" mit der Zeit selbst erhalten und auch den allgemeinen Gesundheitszustand der Arbeiter heben werden. Man hofft, dass jedem Arbeiter mindestens einmal alle 4 oder 5 Jahre Gelegenheit gegeben wird, einige Monate in den erwähnten Gebieten zu verbringen.

Die Errichtung der Arbeiter-Fortbildungsschule beruht auf einem Vorschlag der Abteilung für Sozialhilfe. Sie soll besonders der Umschulung von erwerbsbeschränkten Arbeitern dienen, so dass deren Erwerbsfähigkeit wenigstens teilweise wieder hergestellt werden kann. Sollte die Durchführung des Planes noch innerhalb des Jahres beendet werden, so würden sich die Ausgaben auf Bs. 157.743.465 belaufen, d.h. auf etwa die Hälfte der für 1949 geschätzten Einnahme der Anstalt. Der mit dem Internationalen Geld-Fond vereinbarte Kurs des Bolivianos ist: 1 US Dollar - 42 Bolivianos.

"Arbeiterfragen im Ausland" des US Ministeriums für Arbeit, Mai 1949

ES GEHT AUCH OHNE STREIK

Streiks hat es in der New Yorker Bekleidungsindustrie schon seit Jahren nicht mehr gegeben. Arbeiter wie Unternehmer verdanken dies der Arbeitsschlichtung durch den sogenannten "unparteilichen Vorsitzenden", einer Methode, die von immer mehr amerikanischen Industrien und öffentlichen Versorgungsbetrieben angewandt wird. Auf diese Weise werden Arbeitsniederlegungen meist noch vor Eintreten von Produktionsunterbrechungen beigelegt.

Dieses System, das die New Yorker Bekleidungsindustrie zu einem Vorbild harmonischer Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemacht hat, ist die Frucht zahlreicher Streiks und Aussperrungen, die zu den erbittertsten und kostspieligsten der amerikanischen Geschichte zählen.

Frucht der "grossen Revolte" von 1910

Den Anstoss zur Einführung des Arbeitsschlichtungsverfahrens gab der Ausstand von

50 000 Arbeitern der Mantelindustrie im Jahre 1910, der in die Geschichte der Internationalen Gewerkschaft der Arbeiter der Damenbekleidungsindustrie als die "grosse Revolte" eingegangen ist. Damals verfasste eine unter dem Vorsitz des spaeteren Bundesrichters Louis Brandeis stehende Kommission das historische "Friedensprotokoll", durch das der zweimonatige Streik beendet wurde. Neben einem aus zwei Vertretern der Gewerkschaften und zwei Vertretern der Arbeitgeber bestehenden Vier-Mann-Komitee wurde ein dreikoeufiger Schlichtungsausschuss geschaffen, dem Brandeis als Repraesentant der Oeffentlichkeit und je ein Sprecher der Unternehmer und der Arbeiter angehorte.

Verhaeltnismaessig wenig Auseinandersetzungen werden ueberhaupt bis vor den unparteiischen Vorsitzenden getragen. Soweit sie nicht durch Arbeitgeber und Betriebsrat beigelegt werden koennen, versuchen Gewerkschaft und Unternehmerverband zu einer Einigung zu kommen. Schlaegt auch dieser Versuch fehl, so wird der unparteiische Vorsitzende gebeten, eine Verhandlung anzuberaumen. Ein Grossteil dieser Faelle wiederum klaert sich, bevor es zu der angesetzten Verhandlung kommt, bzw. bevor der Schiedsspruch gefaellt wird.

Nach den Vereinbarungen muss jede dem unparteiischen Vorsitzenden unterbreitete Meinungsverschiedenheit als neuer Fall behandelt werden - d.h., fruehere Entscheidungen in gleichen Angelegenheiten koennen nicht zur Abweisung einer neuen Klage als Praezedensfaelle zitiert werden.

Die entscheidende Vollmacht des unparteiischen Schiedsrichters besteht in seinem Recht, ohne Ruecksicht auf die jeweiligen Ursachen die Beendigung jedes Streiks und jeder Aussperrung innerhalb von 24 Stunden zu verlangen. Vergehen gegen diese Anordnung koennen mit Verlust des Arbeitsplatzes fuer die Weiterstreikenden bestraft werden, und unnachgiebige Unternehmer koennen aller ihrer Vorrechte aus dem bestehenden Kollektivvertrag verlustig gehen. Damit diese Bestimmung nicht dort zu Ungerechtigkeiten fuehrt, wo es sich um wirklich berechnigte Meinungsverschiedenheiten handelt, pflegt der zur Zeit amtierende unparteiische Schiedsrichter bei Arbeitseinstellungen die Verhandlung innerhalb der naechsten 24 Stunden anzuberaumen. Dringende Faelle werden noch am gleichen Tage und die meisten innerhalb einer Woche entschieden.

"Amerika Dienst" 18. Juli 1949

GEMEINSAMES VORGEHEN DER CIO-GEWERKSCHAFTEN

Auf seiner der Delegiertenkonferenz vorangehenden Tagung begann heute der internationale Vorstand der dem Verband der amerikanischen Industriegewerkschaften (CIO) angeschlossenen Automobilarbeitergewerkschaft damit, die kuenftige Verbandspolitik auf das Vorgehen der dem Verband angehoerenden Stahlarbeitergewerkschaft abzustimmen; dieses geschah, indem sich der Vorstand auf das nachdruecklichste fuer die in diesem Jahre erhobenen Pensions- und andere wirtschaftliche Forderungen einsetzte.

Da der Vorstand der Automobilarbeitergewerkschaft bei seinen Verhandlungen mit der Ford Motor Company nicht unmittelbar vor der Notwendigkeit stand, sich sofort entscheiden zu muessen, ob er einen Streik ausrufen sollte oder nicht, versuchte er anstattdessen, in eine strategische Position zu kommen, die Philip Murray, dem Vorsitzenden sowohl der Stahlarbeitergewerkschaft wie des Verbandes der amerikanischen Industriegewerkschaften (CIO), bei seinen Verhandlungen mit den grossen Stahlgesellschaften eine bessere Verhandlungsbasis bieten wuerde.

Das gemeinsame Ziel der Stahlarbeitergewerkschaft, die mit der United States Steel Corporation in Verhandlungen steht, und der mit Ford und Chrysler verhandelnden Automobilarbeitergewerkschaft besteht darin, fuer die der CIO angehoerenden

6 Millionen Arbeiter soziale und wirtschaftliche Sicherungen durchzusetzen, die in verbesserten Ruhegehaltern, Unterstuetzung bei Krankheit oder sozialer Beduerftigkeit und in einer der Steigerung der Lebenshaltungskosten entsprechenden Lohnerhoehung bestehen.

Diese drei Forderungen, die weiter gehen als alle sonst bisher von der CIO nach dem Kriege aufgestellten Forderungen, bilden das Ziel der vierten Runde des Kampfes der beiden Gewerkschaften, von denen jede eine Million Mitglieder hat. Man erwartet, dass bei den Verhandlungen beider Gewerkschaften der kritische Punkt noch im Laufe dieses Monats erreicht sein wird.

Reuther ueber sein Vorgehen

Walter P. Reuther, der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft, erklarte, dass er und Murray nach einem gemeinsamen Plan vorgingen. Vor Beginn der Sitzung des aus 22 Mitgliedern bestehenden Vorstandes aeusserte Reuther der Presse gegenueber, er wuerde die Haltung der Automobilarbeitergewerkschaft auf der am Sonntag beginnenden Delegiertenkonferenz dieser Gewerkschaft darlegen.

Am Sonntag wird Reuther zu den 2.400 Delegierten sprechen und am folgenden Tage auf der Konferenz das Wort ergreifen. Die Tatsache, dass der CIO-Vorsitzende selbst auf der Tagung anwesend sein wird, bietet die Moeglichkeit, die von beiden Gewerkschaften gleichzeitig vorgebrachten Plaene noch in letzter Minute enggueltig aufeinander abzustimmen.

In der offenbaren Absicht, der Stahlarbeitergewerkschaft die Fuehrung zu ueberlassen, machte die Automobilarbeitergewerkschaft in der vergangenen Woche Ford den Vorschlag, das am 15. Juli ablaufende Tarifabkommen bei taeglicher Kuen-digungsmoeglichkeit vorlaeufig weiterbestehen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von Ford angenommen. Auf diese Weise wurde die Automobilarbeitergewerkschaft des Zwanges enthoben, in ihren Unterhandlungen mit Ford unverzueglich Entscheidungen zu treffen.

Man nimmt an, dass die Verhandlungen mit der Chrysler-Gesellschaft, die nicht bis zu einem bestimmten Termin abgeschlossen sein muessen, solange hinausgezogen werden werden, bis die Verhandlungen mit Ford zu einem Ergebnis gefuehrt haben.

Man wies hier gestern darauf hin, dass sich ein Streik gegen die United States Steel Corporation sofort auch auf einen grossen Teil der Automobilindustrie auswirken wuerde. Allerdings wuerde das noch nicht bedeuten, dass somit ein Streik gegen die Fordgesellschaft ueberfluessig geworden waere; ein solcher Streik koennte durchaus notwendig werden, erzeugt doch Ford einen grossen Teil seines Stahlbedarfs selbst.

New York Times, 8. Juli 1949

DIE AMERIKANISCHE ZEITUNGSGEWERKSCHAFT UND

DIE MARSHALLPLAN-VERWALTUNG

Die American Newspaper Guild, die Gewerkschaft der im Zeitungswesen Beschaeftigten, hat auf ihrer diesjaehrigen Delegierten-Konferenz in Columbus (Ohio) ihren bisherigen Vorsitzenden Harry Martin fuer eine weitere Amtsdauer von zwei Jahren durch Zuruf wiedergewaehlt. Anschliessend bewilligte man ihm eine Verlaengerung seines Urlaubs, die ihm erlaubt, seine Taetigkeit als einer der Berater Botschafter W. Averell Harriman's, des Sondervertreters der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) in Europa, weiter fortzusetzen.

Am 2. Juli fasste der internationale Vorstand der Zeitungsgewerkschaft einen Beschluss, der u.a. folgenden Satz enthielt: "Die Gewerkschaft ist stolz darauf, dass ihr Vorsitzender Martin aufgefordert worden ist, unserem Lande auch weiterhin in gleicher Eigenschaft zu dienen. Die Gewerkschaft ist der Ansicht, dass sie keinen besseren Beitrag zur Herstellung eines dauerhaften Friedens leisten

kann als dadurch, dass sie der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) bei der grossen und schwierigen Aufgabe, Europa wirtschaftlich wieder aufbauen zu helfen, die Dienste ihres Vorsitzenden zur Verfuegung stellt."

Martin berichtete der Konferenz, dass sich der Marshallplan erfolgreich auswirkt und die Billigung der europaeischen Arbeiterschaft deshalb findet, weil die amerikanischen Gewerkschaften an massgebender Stelle am europaeischen Wiederaufbauprogramm teilnehmen.

Martin erklarte jedoch, dass man mit dem Wiederaufbau Europas erst am Anfang stuede und fuehr fort: "Wir muessen die einmal begonne Aufgabe auch zu Ende fuehren. Von Anfang an war das europaeische Wiederaufbauprogramm als ein Vierjahresplan gedacht. Wir haben noch drei Jahre vor uns. Zwar sind die Kommunisten in Europa im Zurueckweichen," fuegte Martin hinzu, "aber wir muessen auch in Zukunft in allen Laendern auf der Hut sein. "Denn," so sagte er, "die Bedrohung durch den Kommunismus in Friedenszeiten ist grosser als die durch den Faschismus im Kriege."

Er bezeichnete es als empoeerend, dass es noch Menschen gibt, die vorgeben, die Freiheit zu lieben, und dabei ein politisches System unterstuetzen, das 12 Millionen seiner eigenen Buerger als Sklaven in Arbeitslagern gefangen haelt. "Die Sowjetunion von heute wendet alle die bekannten Waffen des Polizeistaates an; Aufhebung der Freiheit der Presse, der Rede und der Religionsausuebung; Unterdrueckung der Buergerrechte und der persoenlichen Freiheit; willkuerliche Eingriffe in das haeusliche und kulturelle Leben und in die Arbeit der Gewerkschaften und schliesslich jetzt auch wieder die unheilvolle Aufreizung zum Rassenhass mittels einer planmaessigen antisemitischen Hetze ,

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 23/24

Berlin, 5. August 1949

Die Manpower Division der Amerikanischen Militaerregierung wird sich in Kuerze in Frankfurt etablieren. Bis zur endgueltigen Uebersiedlung erscheinen die "Internationalen Arbeitsmitteilungen" in unregelmässigen Abstaenden. Manche Nummern werden nur 12 oder 8 Seiten stark sein statt der ueblichen 16 Seiten.

Es wird sich in Kuerze als notwendig erweisen, eine Entscheidung darueber zu treffen, ob das Blatt weitergefuehrt wird oder nicht. Unsere Leser werden gebeten, ihre Stellungnahme dazu, ob sie es fuer notwendig halten, dass die "Internationalen Arbeitsmitteilungen" fortgefuehrt werden im bejahenden oder verneinenden Sinne an folgende Adresse zu senden:-

Manpower Division OMGUS, APO 757, U.S. Army

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Report von Gerhard Nuernberg - - - - -	1
Eine Uebersicht ueber das Kollektivverfahren - - - - -	5
Englische Bevoelkerungsprobleme - - - - -	9
Die Lage der Arbeiterschaft in Japan - - - - -	10

Folgender Artikel ist aus dem Report von Gerhard Nuernberg, Vorstand der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen sowie des Transportes Gross-Berlin (UGO). Er enthält einige Beobachtungen, die Herr Nuernberg während seiner Studienreise nach den Vereinigten Staaten als Mitglied der Gewerkschaftlergruppe aus Berlin machte.

Bemerkungen zur Lohn- und Tarifpolitik in den Vereinigten Staaten

Wenn man erstmalig - und vielleicht auch ueberhaupt einmalig - in den Vereinigten Staaten von Nordamerika weilt, dann sind die Eindruecke dieses Landes, das trotz und sogar wegen der Verwicklung in den Weltkrieg Nr. 2 an wirtschaftlicher Macht immer staerker geworden ist, auf den aus Deutschland kommenden Besucher derart frappierend, dass man zunaechst einmal betaeubt von dem schier unendlich schei-

nenden Strom der Automobile, geblendet von den schreienden Reklamen und den in allen Variationen spiegelnden und glitzernden Lichtreflexen des Broadway und nachdenklich vor den uebervollen Laeden und Warenhaeusern wird. Unter dem Eindruck dieses pulsierenden Lebens eines jungen Erdteils, der ueber alle Bodenschaeetze und landwirtschaftliche Gueter verfuegt, die sich eine moderne Zivilisation ueberhaupt nur vorstellen kann, vergisst der aus Europa Kommende und mit der Tradition einer ueber 2.000 Jahre alten Geschichte Behaftete beinahe, dass er ja dieses Land zu Studienzwecken bereist und dass es gilt, innerhalb der zur Verfuegung stehenden 60 Tage alle Moeglichkeiten hierfuer auszunutzen.

Als Berliner Gewerkschaftler, die wir ohnehin durch den Kampf um die zukuenftige Stellung Berlins innerhalb Deutschlands und der Welt durch ein gemeinsames Band verbunden sind, kamen wir in die U.S. auch mit unserem gemeinsamen Grund-Interesse, und wir haben uns redlich darum bemueht, uns ueber alle Fragen des wirtschaftlichen und oeffentlichen Lebens sowie der Gesetzgebung und der Beziehungen der Menschen untereinander, die einen Gewerkschaftler ueberhaupt nur interessieren koennen, so erschoepfend wie moeglich zu unterrichten.

Aber neben diesen gemeinsamen Interessen hatte sich jeder von uns fuer ein besonderes Spezialgebiet entschieden. Da meine wesentliche Taetigkeit im Gewerkschaftsleben bisher auf dem Gebiet der Lohn- und Tarifpolitik lag, stand es fuer mich fest, dass ich mich diesen Fragen in den U.S.A. besonders widmen wuerde.

I. Verfahren ueber Tarifvertraege und Vereinbarungen

Die rd. 15 Millionen amerikanischen Gewerkschaftler fallen unter rd. 50-000 Tarifvertraege und Tarifvereinbarungen. Die tariflichen Regelungen unterscheiden sich in mancher Beziehung wesentlich von dem in Deutschland ueblichen Verfahren. Die Gruende hierfuer sind u.a.:

Es gibt in den Vereinigten Staaten noch keine gesetzliche Krankenversicherung, wie sie bei uns in Deutschland seit etlichen Jahrzehnten besteht. Es bestehen keine derartig tiefgreifenden Unterschiede zwischen den "Arbeitern" und den "Angestellten" (was wesentlich in das Gebiet des Kuendigungsschutzes hinueberspielt), es gibt auch in der privaten Wirtschaft keine Betriebsraete, und demzufolge ist auch der Begriff des "Mitbestimmungsrechtes" in den U.S.A. ganz anders aufzufassen als bei uns.

Um bei dem Mitbestimmungsrecht zu bleiben:

In den Kontrakten und Agreements ist durchweg festgelegt, wie der Betrieb, fuer den ein derartiger Vertrag gilt, gewerkschaftlich klassifiziert wird, d.h. ob es sich um einen "closed shop" oder einen "union shop" handelt. Im closed shop werden nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt, und der Arbeitgeber verpflichtet sich hierzu durch seine Unterschrift unter den Tarifvertrag. Im Union shop muessen sich Neueingestellte innerhalb einer bestimmten Frist, meist sind es 30 Tage, entscheiden, ob sie der Gewerkschaft beitreten wollen oder nicht. Im letzteren Falle muessen sie nach Ablauf der Frist die Konsequenzen ziehen. Hier haben die Gewerkschaften also ein hundertprozentiges Mitbestimmungsrecht auf die Einstellung, und bei Entlassungen haben sie es auch, weil nach dem Prinzip der Seniority bei Betriebseinschraenkungen oder Konjunkturkrisen stets diejenigen zuerst entlassen werden muessen, die nicht durch die Seniority geschuetzt sind, d.h. diejenigen, die die relativ kuerzeste Zeit in dem Unternehmen taetig sind.

Hier ergab sich uebrigens ein Kuriosum, da viele Frauen, die waehrend des Krieges in den fuer die Kriegsindustrie wirkenden Betrieben an die Arbeitsplaetze der Maenner getreten waren und die nun, wo entweder die entlassenen Soldaten in die Wirtschaft zurueckstroemen oder bei Betriebseinschraenkungen entlassen werden sollen, sich auf das Prinzip der Seniority berufen, und in der Tat sind ja manche inzwischen schon 6, 7 oder 8 Jahre in ein und derselben Fabrik taetig

Unsere alte Forderung "Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit" ist in vielen Betrieben tarifvertraglich festgelegt, und dort, wo die Bedingung der "gleichen Arbeit" nicht erfuellt ist, werden die Frauen etwa 10 -15% geringer bezahlt als die Maenner.

Krankenversicherung

Die Tarifvertraege kennen keine Sozialzulagen und Kinderzulagen, wohl aber haben wir- und das betrifft insbesondere die Staffelung der Bezuege im oeffentlichen Dienst, in dem ca. 3 Millionen Arbeitnehmer taetig sind - eine Aufteilung nach Dienst- und Berufsjahren.

An Stelle der bisher fehlenden generellen Krankenversicherung gibt es in den Unternehmen der verschiedensten Industriezweige haeufig Abschluesse mit Privatversicherungsgesellschaften, und in den Tarifvertraegen wird genau festgelegt, wie hoch der prozentmaessige Anteil der Arbeitgeber bzw. der der Arbeitnehmer ist. In anderen Tarifvertraegen wieder ist ausdruecklich vermerkt, dass den Beschaeftigten pro Jahr eine Anzahl von Tagen als bezahlter Krankheitsurlaub garantiert werden. Es gibt Regelungen, die eine siebentaegige Krankheitsbezahlung zulassen, es gibt aber auch Vereinbarungen, wonach jeder Arbeiter 15 Tage im Jahr Anspruch auf Bezahlung bei Krankheit und damit verbundene Arbeitsunfaehigkeit hat. Bei den Bediensteten der Amerikanischen Bundesregierung und der hierzu gehoerenden und im ganzen Lande verteilten Ressorts besteht auf Grund der tariflichen Vorschriften die Moeglichkeit, diesen Krankheitsurlaub fuer eine bestimmte Anzahl von Jahren zu akkumulieren, d.h. ein Arbeitnehmer, der das Glueck hatte, waehrend dreier Jahre nicht krank geworden zu sein, kann im vierten Jahr im Falle seiner Erkrankung nunmehr mit einer Bezahlung waehrend der Krankheit fuer 60 Tage rechnen. Bei unverschuldeten Entlassungen geht der aufgesparte Krankheitsurlaub nicht verloren, sondern wird in bar abgegolten.

Da es in den Vereinigten Staaten keine so ausgedehnten Kuendigungsvorschriften wie bei uns gibt und also die wirtschaftliche Sicherung unter Umstaenden fuer mehrere Monate wie bei uns nicht gegeben ist, wird der aufgelaufene Betrag fuer nicht in Anspruch genommenen Krankheitsurlaub am Ende der Taetigkeit in Dollar ausgezahlt und erweist sich trotz des an sich unsozialen Charakters doch als wertvolle Ueberbrueckung beim Uebergang von einer Stellung in die andere.

Urlaubsbestimmungen

Die Bestimmungen fuer den jaehrlichen Erholungsurlaub weichen auch von unserem deutschen Brauch ab. Im allgemeinen besteht - und zwar fuer Arbeiter wie fuer Angestellte - in gleicher Weise Anspruch auf eine Woche Erholungsurlaub nach einer Betriebszugehoerigkeit von einem Jahr. Steigerungen um eine weitere Woche erfolgen, und zwar in einzelnen Tarifvertraegen unterschiedlich, nach drei, fuef oder auch mehr Jahren, und drei Wochen Urlaub werden in einigen Faellen nach 15-jaehriger Betriebszugehoerigkeit und sogar auch erst nach 25-jaehriger Zugehoerigkeit gewaehrt. Im Gegensatz zu unserer Auffassung, die wir den Urlaubsanspruch als unabdingbar und nicht durch Bargeld abzufinden betrachten, kommt es in Amerika haeufig vor, dass der Arbeiter anstatt der Freizeit die Bezahlung vorzieht.

Das Gesamtpersonal des Bundesdienstes erhaelt, wie uns von der zust#ndigen Gewerkschaft erklart wurde, allerdings einen weit hoeheren Urlaub, und zwar einheitlich 26 Werktage pro Jahr. Auch hier besteht die Moeglichkeit des Gutschreibens fuer zwei und mehr Jahre, doch duerfen nicht mehr als 150 Tage akkumuliert werden. Bei Entlassungen, die etwa vorgenommen werden muessen, wird der gesparte Urlaub in bar ausbezahlt. Am meisten beeindruckt hat mich, dass seit 1914 die woechentliche Durchschnittsarbeitszeit von 49 Stunden durch die Einflussnahme der Gewerkschaften allmaehlich gesenkt und auf 40 Stunden beschraenkt werden konnte. Es gibt kaum einen Tarifvertrag, in dem nicht die 40-stuendige Arbeitswoche ausdruecklich aner-

kannt wird.

Bei notwendig werdenden Ueberstunden - und dies trifft natuerlich in ausgesprochenen Konjunktur- und Saisonbetrieben zu - erhalten die Beschaeftigten generell eine 50-prozentige Ueberstundenbezahlung, und an Feiertagen betraegt der Aufschlag 100%.

II Lohnverhaeltnisse der Arbeiter & Angestellten

Bei der Ermittlung des Lohnbildes in den einzelnen Berufsgruppen der verschiedenen Industrie- und Wirtschaftszweige ist - wie ueberall - bei der Weitraeumigkeit der U.S.A. keine allgemein gueltige Festlegung moeglich. In den Suedstaaten liegt der Durchschnittslohn bei jedem einzelnen Beruf um 20 - 30% niedriger als etwa in den Staaten Michigan, Illinois oder Wisconsin, und auch in den einzelnen Staaten der U.S.A. gibt es Unterschiede in der Bezahlung in den kleineren und groesseren Staedten. Der Facharbeiter verdient etwa zwischen 80 und 90 Dollar, der qualifizierte Facharbeiter zwischen 90 und 110 Dollar, der angelernte Arbeiter zwischen 60 und 70 Dollar und der ungelernete Arbeiter zwischen 40 und 55 Dollar pro Woche. Der Durchschnittsangestellte in der Privatwirtschaft bzw. der Bedienstete in der oeffentlichen Verwaltung erhaelt etwa zwischen 65 und 80 Dollar pro Woche. Die perfekte Stenotypistin kommt auf etwa 50 - 55 Dollar pro Woche, waehrend ihre Schwester, die Fabrikarbeiterin, beispielsweise in einem Grossbetrieb der chemischen Industrie, bei einem Stundenlohn zwischen 1,20 und 1,30 Dollar auf 48 bis 52 Dollar pro Woche kommt.

Die Lebenshaltungskosten liegen gegenueber 1945 und erst recht gegenueber der Vorkriegszeit wesentlich hoeher, doch seien zum Vergleich mit den Loehnen einige Preise genannt:

Ein Herrenanzug kostet 40-45 Dollar, ein Damen-Sommerkleid zwischen 6-8 Dollar, ein Paar Herren-Halbschuhe 7-9 Dollar, ein Herren Oberhemd 2,50 bis 3,50 Dollar, ein Paar Herrenstruempfe 1,10 bis 1,30 Dollar, ein Pfund Kaffee 52 Cent, ein Pfund Mehl 10 Cent, eine Zigarette 1 Cent, Fahrgeld auf der U-Bahn in New York 10 Cent. Diese Beispiel lassen sich beliebig erweitern, allerdings sind die Mieten recht hoch, man rechnet etwa 20-25 % des Einkommens fuer Wohnungsmieten.

Durch die Rationalisierung der Arbeitsmethoden basieren die meisten Loehne infolge der Arbeit am Fliessband auf den Zeitstudien und entsprechenden kalkulatorischen Berechnungen. Der Einfluss der Gewerkschaften als Tarifpartner auf die Geschwindigkeit des Bandes, wie a.B. in den Ford-Werken, ist recht unterschiedlich. Durch die Mitbestimmung im Arbeitstempo bei Ford sind die Arbeiter und Arbeiterinnen vor Ausbeutung geschuetzt, und der jetzige Streik in den Ford-Werken geht nicht zuletzt darum, dass die Unternehmerseite, die sich aus Gruenden der Absatzschwierigkeit zu Preissenkungen verstehen musste, sich nunmehr bemueht, die Einbusse im Profit dadurch wettzumachen, dass sie das Arbeitstempo wieder wie frueher beschleunigen will, und dagegen wehrt sich die Gewerkschaft. Bei anderen Gross-Betrieben wie z.B. der International Harvester Company in Milwaukee, hat die Union gar keinen Einfluss auf das Fliessbandsystem. Dort, wo manuelle und kombinierte Arbeit vorherrscht, wie z.B. in der Konfektion oder in Grosswaeschereien, in Reinigungsanstalten, sind saemtliche Loehne auf Stueckbasis und damit auf Akkord abgestellt.

III Allgemeine Beobachtungen und Zusammenfassung.

Waehrend des Aufenthaltes in den U.S. habe ich ueber 30 verschiedene Tarifvertraege von den von uns besuchten Firmen erhalten, und sehr viel Spezialmaterial stellte das Arbeitsministerium in Washington zur Verfuegung. Alle diese Unterlagen werden im Laufe der naechsten Zeit sorgfaeltig ausgewertet und der Berliner Gewerkschaftsbewegung als abgeschlossene Arbeit zur Verfuegung gestellt.

Die Sozial- und Arbeitsgesetzgebung sowie das Tarifrecht und das System der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten kann man natuerlich in 60 Tagen nicht erschoeep-

fend kennenlernen, doch hat der uns gewaehrte Einblick genuegt, um Vergleiche zwischen dem bei uns Vorhandenen und den Errungenschaften drueben anzustellen. Seit 1935, dem New Deal des Praesidenten Roosevelt, der fuer diese seine soziale Einstellung von den Gewerkschaftlern besonders hoch verehrt wird und dessen Bildnis in keinem Gewerkschaftsbuero fehlt, wie auch bei Gewerkschaftsveranstaltungen aller Art das Symbol der U.S., das Sternenbanner, ueberall sichtbar aufgestellt ist, sind sehr beachtliche gesetzliche Regelungen verabschiedet worden, die einmal beweisen, wie hoch das soziale Verantwortungsgefuehl sich entwickelt hat und zum anderen zeigen, in welcher Richtung sich die zukuenftige Arbeitsgesetzgebung bewegen wird. Es gibt bereits Gesetze ueber die Festlegung von Mindestloehnen, ueber die Verhinderung von Kinderarbeit, und in jedem der 48 Staaten des Landes gibt es neben vielem anderen besondere Bestimmungen zum Schutze von Frauenarbeit.

Durch Vermittlung der AFL und CIO sowie durch die faire Zusammenarbeit beider Gewerkschaftsrichtungen in bestimmten Fragen haben wir unsere Beobachtungen sammeln und manche lehrreiche Vergleiche mit unseren eigenen Nachkriegsverhaeltnissen in Deutschland ziehen koennen. Der hohe Lebensstandard der amerikanischen Arbeitnehmerschaft ist nicht nur ein Ergebnis der technischen Vollkommenheit bei der Gewinnung industrieller und landwirtschaftlicher Gueter zu verhaeltnismaessig niedrigen Gestehungskosten, sondern auch dem energischen Wirken der amerikanischen Gewerkschaften bei der Interessenwahrnehmung der von ihnen vertretenen Mitglieder zu verdanken. Die amerikanischen Gewerkschaften sind nicht, wie teils irrtuemlich und teils auch boshafterweise angenommen wird, Fuersorgevereine oder von der Unternehmerschaft abhaengige Gebilde oder gar "Staatengewerkschaften", sondern - und das hat uns als Berliner das Herz hoeher schlagen lassen - ausgesprochene **Kampforganisationen.**

(Gerhard Nuernberg)

EINE UEBERSICHT UEBER DAS KOLLEKTIVVERFAHREN

Arnold F. Campo ist Funktionaer beim Verbands der Vereinigten Stahlarbeiter Amerikas (CIO), gleichzeitig ist er aber auch Lehrer auf Gebieten, die fuer die Gewerkschaften von Interesse sind. Dieser Artikel gibt eine Uebersicht, wie sie Mr. Campo bei Diskussionen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ueber ein wirksames Verhandlungsverfahren anwendet. Wir zitieren hier den ganzen Artikel:-

I. Bedingungen, die fuer ein wirksames Kollektivverfahren vonnoeten sind

a) fuer die Gewerkschaft und den Unternehmer.

1. Das Kollektivverfahren sollte ein erzieherischer wie auch ein vermittelnder Prozess sein. Es sollte den Fuehrern der Gewerkschaften die Gelegenheit geben, dem Unternehmer die Beduerfnisse, die Wuensche die Beschwerden wie auch die Stellung der Arbeitnehmer zu vermitteln, und es dem Arbeitgeber ermoeglichen, den Gewerkschaftsfuehrern und durch diese wiederum den Arbeitnehmern die Probleme und wirtschaftlichen Kraefte nahezubringen, denen sich die Arbeitgeber gegenuebersehen.

2. Der Arbeitgeber wie auch die Gewerkschaft muessen das Kollektivverfahren als ein Mittel ansehen, um die bestmoegliche Loesung zu finden, und nicht als ein Mittel, einerseits soviel wie nur irgendmoeglich herauszuholen, waehrend man andererseits so wenig wie nur irgend moeglich zu geben gewillt ist. Es muss das ehrliche Bestreben vorhanden sein, die Fragen zu loesen anstatt einen Kompromiss abzuschliessen.

3. Beide Parteien muessen ueber genuegend vermittelnde Kraefte verfuegen, um sich Respekt verschaffen und die Bedingungen des Abkommens durchsetzen zu koennen.

4. Gegenseitiges Vertrauen muss vorherrschen, ebenso guter Wille und der Wunsch, das Kollektivverfahren in Gang zu bringen.

5. Eine ehrliche, faehige und verantwortliche Fuehrerschaft ist notwendig.

6. Die Parteien muessen genauestens die Gesetze des Landes bzw. des betreffenden Staates in bezug auf das Kollektivverfahren beachten.

7. Es ist sehr wichtig, dass sich beide Parteien darueber klar sind, dass das Kollektivverfahren in einem Sinne eine Form von Preisfestsetzung darstellt und dass ein erfolgreiches Kollektivverfahren letzten Endes davon abhaengt, ob die Gewerkschaft und der Arbeitgeber richtig dabei verfahren, wenn es darum geht, den Preis der Arbeit in angemessener Weise den anderen Preisen anzugleichen.

b) fuer den Arbeitgeber:

1. Der Arbeitgeber muss eine realistische Arbeitspolitik entwickeln und sich staendig an sie halten, die von allen seinen Vertretern akzeptiert und durchgefuehrt werden muesste.

2. Da die Gewerkschaft fuehlen muss, dass ihre Existenz gesichert ist, muss der Arbeitgeber die Gewerkschaft ohne jede Einschraenkung anerkennen und sie als eine konstruktive Kraft in der Industrie akzeptieren.

3. Der Arbeitgeber sollte keineswegs guten Willen seitens der Arbeitnehmer als einen fortdauernden Zustand betrachten. Er sollte von Zeit zu Zeit die Bestimmungen und Vorschriften - einschliesslich derjenigen, die die Vorgesetzten einfuehren und durchsetzen - pruefen, mit denen die Arbeitnehmerschaft geleitet wird. Diese bestimmen naemlich die Haltung, die Zufriedenheit und den guten Willen der Arbeitnehmer.

4. Der Arbeitgeber sollte sich von der Voraussetzung leiten lassen, dass es notwendig ist, die Gewerkschaft fair zu behandeln, wenn sie eine verantwortungsvolle und ein erhaltender Faktor sein soll, und zufriedenstellende Geschaeftsbeziehungen zu ihren Vertretern zu schaffen, damit diese und die Gewerkschaftsmitglieder nicht leichtfertigerweise diese Beziehungen gefaehrdet.

5. Der Arbeitgeber sollte nicht darauf warten, bis die Gewerkschaft Beschwerden vorbringt, sondern sollte jeden moeglichen Versuch machen, der darauf abzielt, zu verhindern, dass sie ueberhaupt erst entstehen koennen, und sie prompt zu beseitigen, sobald sie sich zeigen.

6. Bei jeder verhandelnden Gruppe sollte der Arbeitgeber nur mit einer einzigen Gewerkschaft verhandeln, wo aber zwei Gewerkschaften um ihre Anerkennung bemueht sind, da sollten keine Verhandlungen aufgenommen werden, bis eine Gewerkschaft die Mehrheit darstellt.

7. Beim Abwaegen der wirtschaftlichen Belange innerhalb der Kollektivverhandlungen sollte der Arbeitgeber mehr Wert auf soziale Momente legen.

c) fuer die Gewerkschaften:

1. Vom Gesichtspunkt der Rechte aus, die der organisierten Arbeiterschaft in den letztvergangenen Jahren zugebilligt wurden, muss es jede Gewerkschaft als ihre Pflicht ansehen, dass innerhalb ihrer eigenen Organisation alle Zwangsmassnahmen und andere undemokratischen Praktiken ausgeschaltet werden.

2. Die Gewerkschaftsfuehrer muessen die wirtschaftlichen Momente innerhalb des Kollektivverfahrens verstehen und sich darueber klar werden, dass die Forderungen der Gewerkschaft aus dem Einkommen und aus den Hilfsquellen der Industrie bewilligt werden muessen.

3. Die Gewerkschaftsfuehrer duerfen ihre Funktion nicht in der Weise auffassen, dass sie lediglich dazu dient, hoehere Loehne, kuerzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen fuer ihre Mitglieder herauszuholen. Sie selbst und ihre Mitglieder haben die Verpflichtung, daran mitzuarbeiten, dass Verschwendung bzw. Vergeudung vermieden und dass Menge und Qualitaet der Produktion verbessert wird.

4. Die Gewerkschaftsfuehrer haben die Verpflichtung, irgendwelche einschraenkenden Vorschriften und Bestimmungen seitens der Gewerkschaftsmitglieder abzuschaffen, da diese nur die Kosten und Preise hoeher bringen, den Betrag, der als Loehne gezahlt werden koennte, verringern und dazu neigen, die Beschaeftigungsmoeglichkeiten und, auf lange Sicht, den Lebensstandard aller sozialen Gruppen zu verringern.

5. Die Gewerkschaften sollten nur dann ihre Zuflucht zu einem Streik nehmen, wenn alle anderen Methoden, eine zufriedenstellende Loesung der Streitfrage oder der betreffenden Probleme herbeizufuehren, erfolglos geblieben sind.

II. Methoden und Praktiken, die bei Verhandlungen ueber ein Abkommen beruecksichtigt werden muessen.

a) fuer Gewerkschaft und Arbeitgeber.

1. Seien Sie waehrend der Verhandlung freundlich. Stellen Sie jeden Teilnehmer vor. Beseitigen Sie jede bestehende Spannung.

2. Hoeren Sie bereitwillig zu. Es ist immer noch Zeit genug, sich darueber Gedanken zu machen, wie Sie spaeter "Nein" sagen werden, nachdem Sie alle Punkte gehoert haben.

3. Geben Sie jedem Gelegenheit, seinen Standpunkt vorzutragen. Dadurch kommt oft der wahre Wortfuehrer fuer ein Problem oder fuer eine Beschwerde zum Vorschein.

4. Machen Sie sich mit dem Lebenslauf der Vertreter der anderen Partei vertraut.

5. Denken Sie immer an das, was als richtig und fair zu tun waere.

6. Beide Parteien sollten danach streben, eine objektive Haltung beizubehalten. Sie sollten die zur Debatte stehenden Fragen mehr durchdenken als gefuehlsmaessig zu behandeln.

7. Versuchen Sie nicht, bei der Diskussion zwecks Loesung eines Problems die gerade Linie beizubehalten. Weichen Sie zeitweilig ruhig vom Thema ab; ueberstuerzen Sie nichts.

8. Sehen Sie zu, dass sich bei den Verhandlungen kein toter Punkt ergibt. Helfen Sie dabei, das Problem genau zu umreißen und schlagen Sie Loesungen vor. Ultimaten sind bei den Verhandlungen nicht am Platze.

9. Wenn sich aus den einzelnen Punkten die Notwendigkeit ergibt, mehr zu tun als nur das unmittelbar zur Debatte stehende Problem zu loesen, seien Sie dann bereit, soweit zu gehen, wie dies gerechtfertigt erscheint.

10. Umreißen Sie jeden strittigen Punkt klar und eindeutig und diskutieren Sie darueber unter Beruecksichtigung aller greifbaren Tatsachen.

11. Vermeiden Sie bestimmte Vorschriften und unbedeutende Einzelheiten, um eine groessere Labilitaet zu waehrleisten.

12. Streben Sie zu allen Zeiten nur nach einer richtigen und realen Loesung.

13. Der Umfang der Konferenz sollte nach den gegebenen Umstaenden so klein wie moeglich gehalten werden. Kleinere Gruppen erleichtern erfolgreiche Verhandlungen.

14. Vermeiden Sie scharfe Methoden.

15. Bei der Festsetzung der zeitlichen Dauer der Konferenzen sollte man auf Ermuedungserscheinungen und auf die geistige Haltung Ruecksicht nehmen.

16. Sorgen Sie dafuer, dass ein Arbeitnehmer-Ausschuss waehrend der Verhandlungen anwesend ist; dies kann sich als sehr vorteilhaft erweisen und ist praktisch fuer den Fall, dass die verhandelnde Gruppe eine einzige Organisation ist.

17. Die vereinbarten Bedingungen sollten schriftlich niedergelegt werden; die Parteien sollten ihre Unterschrift ohne jeden geistigen Vorbehalt geben. Die Abfassung des Abkommens sollte der Wirklichkeit entsprechen und nicht nach den toten Buchstaben ausgelegt werden.

18. Bei der Abfassung von Vertraegen sollte man das Schiedsverfahren nur als letztes Mittel ansehen.

19. Beide Parteien sollten zu allen Zeiten die Rechte der Oeffentlichkeit respektieren.

b) fuer den Arbeitgeber:

1. Gleich zu Anfang sollten sich die Arbeitgeber vergewissern, dass die Arbeiterfuehrer wirklich die Vertreter der Arbeiter in der betreffenden verhandelnden Gruppe sind.

2. Nehmen Sie keine Rechtsanwaelte als Unterhaendler, es sei denn, sie verfuegen ueber eine genaue Kenntnis der industriellen Beziehungen.

3. Beschraenken Sie Abmachungen mit der Gewerkschaft nicht allein auf strittige Punkte, sondern beruecksichtigen Sie auch Dinge von allgemeinem Interesse.

4. Der Arbeitgeber sollte kleinere Konzessionen machen, die dazu dienen, das "Gesicht zu wahren".

5. Laecherliche Forderungen sollten taktvoll auf ein Nebengleis geschoben werden, anstatt sie laecherlich zu machen.

6. Der Arbeitgeber sollte die Vertreter der Arbeiterschaft und der Gewerkschaft von den Faktoren und Bedingungen in Kenntnis setzen, die die Politik des Arbeitgebers bestimmen.

7. Der Arbeitgeber sollte die Forderungen der Arbeitnehmer nicht ablehnen, ehe er sie nicht ganz genau geprueft hat.

8. Benutzen Sie jede Gelegenheit, um

a) den Ausschuss weiter zu bilden,

b) dabei zu helfen, einseitige Einstellungen oder Vorurteile blosszulegen,

c) zu zeigen, wie festgelegte Methoden der Firma gewisse Aktionen notwendig machen,

d) irgendwelche Beschwerden, die mit den Verhandlungen im Zusammenhang stehen oder nicht, und die sich erweisen sollten, auszugleichen.

9. Beenden Sie die Verhandlungen auf freundschaftlicher Basis. Schliessen Sie nicht die Tuer fuer eine weitere Behandlung des Problems. Zeigen Sie den guten Willen, zuzuhoren, sobald sich neue Tatsachen zeigen.

10. Wenn eine Forderung abgewiesen werden muss, dann sollte der Arbeitgeber den Vertretern der Gewerkschaft alle Gruende hierfuer bekanntgeben und ihnen dabei helfen, den Arbeitern die Ansichten des Arbeitgebers nahezubringen.

11. Der Arbeitgeber muss einen weiten Gesichtskreis haben. Er sollte der Gewerkschaft dabei helfen, ihre Forderungen zu analysieren und ihre Aufrichtigkeit und Korrektheit zu bestimmen.

12. Vergewissern Sie sich, dass sich der verhandelnde Ausschuss ueber den ehrlichen Willen zur Loesung des Problems einig ist, und dass genuegend Gruende vorliegen, um seinen Mitgliedern zu beweisen, dass die Loesung wirklich fair ist.

c) fuer die Gewerkschaft:

1. Die Gewerkschaftsfuehrer sollten keine sozialen Theorien in den Verhandlungsgang bringen, die geeignet sind, Streit zu stiften.

III. Anzuwendende Methoden und Massnahmen in der Durchfuehrung des Abkommens

a) fuer Gewerkschaft und Arbeitgeber:

1. Beide Seiten sollten sich ehrlich bemuehen, danach zu streben, dass der Apparat des Kollektivverfahrens reibungslos laeuft. Dies erfordert eine tolerante Haltung, einen Geist der Anpassung, guten Willen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

2. Der vorgeschriebene Weg in der Behandlung von Beschwerden muss eingehalten werden. Als dienliche Methode wird es angesehen, wenn

a. jedermann ueber sein Funktionieren im Bilde ist,

b. alle Beschwerden sofort behandelt werden,

- c. die Beschwerden schriftlich eingereicht und die Punkte genannt werden, worueber sich beide Seiten einig sind,
- d. Versammlungen der Beschwerdeausschuesse abgehalten werden,
- e. darauf geachtet wird, dass in der Taetigkeit der Aufsichtsbeamten und Meister (Vorarbeiter) kein Leerlauf entsteht, da sonst die Arbeitsmoral zerstoert wird,
- f. wenn vermieden wird, dass das Beschwerdeverfahren mit Angelegenheiten in Zusammenhang gebracht wird, die in Wirklichkeit garkeine Beschwerden sind.

3. Wenn die Konferenzen bei Beschwerdefaellen in eine Sackgasse geraten ist, dann sollte die Angelegenheit einem Schiedsverfahren ueberantwortet werden. Die Schiedsmaenner sollten mit groesster Sorgfalt ausgewaehlt werden.

4. Beide Parteien sollten sich vergewissern, dass jede Verpflichtung auch peinlichst genau erfuehlt wird. Die Anwendung eines entsprechenden Verfahrens, das die Garantie bietet, dass dies auch durchgefuehrt wird, ist empfehlenswert.

b) fuer den Arbeitgeber:

1. Der Arbeitgeber sollte immer fuer Konferenzen zur Stelle sein, die mit den Vertretern der Arbeiter abgehalten werden, so dass er von irgendwelchen Aenderungen in der Haltung der Arbeitnehmer und von ihren Problemen erfahrt.

2. Der Arbeitgeber muss darauf achten, dass die Meister (Vorarbeiter) und Aufsichtsbeamten die Bedingungen des Abkommens erfasst haben und sie durchfuehren.

3. Der Arbeitgeber sollte nicht die Taetigkeit der Gewerkschaftsvertreter durch Leerlauf behindern oder die Autoritaet der Gewerkschaft untergraben. Irgendwelche Massnahmen oder Methoden bzw. vorgeschlagene Programme, die die Arbeiter angehen, sollten mit den Gewerkschaftsvertretern durchgesprochen werden, bevor sie in Kraft treten.

4. Der Arbeitgeber sollte es anerkennen, wenn die Gewerkschaften ihre Arbeit leisten, wo immer dies die Verhaeltnisse gestatten.

5. Der Arbeitgeber sollte ein patriarchalisches Verhaeltnis vermeiden und danach streben, die Gewerkschaftsvertreter und die Arbeitnehmer als seinesgleichen betrachten.

6. Vieles an einschraenkenden Massnahmen und Methoden und das, was als unvernuenftige Forderung seitens der Gewerkschaft erscheinen mag, wird verschwinden, wenn der Arbeitgeber danach strebt, seinen Arbeitern eine regulaere Beschaeftigung zu bieten.

7. Der Arbeitgeber sollte angemessene Personalakten einrichten.

c) fuer die Gewerkschaft:

1. Die Gewerkschaft sollte darauf achten, dass ihre Mitglieder die Bedingungen des Abkommens verstanden haben.

2. Die Gewerkschaft sollte die Verantwortung dafuer uebernehmen, dass sich ihre Mitglieder nach den Bedingungen des Abkommens richten.

3. Die Gewerkschaftsvertreter sollten fuer Konferenzen zur Verfuegung stehen, sobald dies vom Arbeitgeber gewuenscht wird.

"Advances Management" Juni 1949

ENGLISCHE BEVOELKERUNGSPROBLEME

Vor kurzem hat die Koenigliche Kommission fuer Bevoelkerungsfragen einen Bericht herausgegeben, in dem von einigen ernstern Problemen in bezug auf die Beschaeftigung aelterer Arbeiter in Grossbritannien die Rede ist. Folgende Stellungnahme zu diesem Bericht erschien in "Labour", der offiziellen Zeitschrift des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC).

"Im Jahre 1978 wird das Britische Schatzamt mehr als zweimal soviel Pensionen zu bezahlen haben als im Jahre 1948, wenn der augenblickliche Bevoelkerungsstand wie jetzt bestehen bleibt. Seit 1871 ist das Verhaeltnis der Bevoelkerung im Alter von ueber 65 Jahre von 1:25 auf 1:10 gestiegen.

"Das bedeutet, dass im Laufe der naechsten 30 Jahre immer weniger junge Maenner in Arbeit stehen werden - das koennte moeglicherweise die wirtschaftliche Kraft der Allgemeinheit bedrohen, die in hohem Masse von der Energie, der Initiative und dem Unternehmungsgeist ihrer jungen Maenner abhaengt.

"Allerdings, meint die Koenigliche Kommission fuer Bevoelkerungsfragen, koennte man diesen zu erwartenden Verlust dadurch ausgleichen, in dem man fuer den aelteren Menschen in der Industrie bessere Verwendung findet. Sie vertritt die Meinung, dass "gute Gruende zu der Hoffnung bestehen, dass sich der Gesundheits- und Eignungszustand im Alter heben werden und dass sich somit die Zahl derer erhoehen duerfte, die willens und faehig dazu sind, die Arbeit fortzusetzen.

Die Aussichten fuer die Jugend

"Hierbei besteht jedoch noch ein Hindernis. Wenn das Alter, in der man sich zur Ruhe setzt, auf 68 oder 70 Jahre heraufgesetzt wird, dann waere das Ergebnis eine langsamere Aufstiegsmoeglichkeit. Und dies wuerde "ein starkes Gefuehl dafuer erzeugen, dass das Unternehmen zum Fehlschlag verurteilt ist." Der T.U.C. bringt die Ansicht zum Ausdruck, dass fuer diejenigen, die noch nach Erreichung des normalen Ruhestandsalters weiter arbeiten, irgendwelche Moeglichkeiten geschaffen werden muessten. Er hat zu verstehen gegeben, dass viel Unzufriedenheit, die aus getauschtem Ehrgeiz entsteht, vermieden werden koennte, wenn man aeltere Maenner in verschiedenen Positionen oder Berufen unterbringt.

"In aehnlichem Sinne hat die Kommission selber empfohlen, dass aeltere Arbeiter beratende Stellen uebernehmen sollten und auch weniger verantwortungsvolle Posten innehaben sollen. Juengere Maenner eines bestimmten Alters koennten dann befoerdert werden, so dass man ihnen weder die Stellen versagt, die ihrer Faehigkeiten wuerdig sind, hoch ihnen die Moeglichkeit nimmt, die Erfahrung der Fuehrerschaft fuer das spaetere Leben zu sammeln.

Ansteigen des Durchschnittsalters

"Die Kommission hebt besonders hervor, dass "die Allgemeinheit vollen Nutzen aus dem abnehmenden Reservoir an Jugendlichen ziehen sollte". Eine allgemeine Schlussfolgerung des Berichts besteht darin, dass wir dafuer dankbar sein sollten, dass kein weiteres grosses Anwachsen der Bevoelkerung moeglich ist. Diese Ansicht sei durch die Ungewissheit unserer Zeit eingegeben, besonders im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung der Welt und die Verhaeltnisse im Export Grossbritanniens.

"Der Bericht weist jedoch darauf hin, dass in den naechsten 30 Jahren die Bevoelkerungsziffer leicht steigen und ihren Hoechststand im Jahre 1977 erreichen wird, vorausgesetzt, dass die durchschnittliche Kopfzahl der Familie so bleibt, wie sie vor dem letzten Kriege war. Danach wird sich ein Absinken bemerkbar machen. Bei dieser Tendenz wird das Durchschnittsalter ansteigen. Wenn es jetzt 35,4 Jahre betraegt, so wird es im Jahre 1977 wenigstens 38 sein, und wird sogar noch steigen, wenn die Zukunft entweder ein beträchtliches Absinken der Familienkopfzahl mit sich bringt oder die Sterbeziffer fuer die aelteren Gruppen der Bevoelkerung stark absinkt."

"Labour" Juli 1949

DIE LAGE DER ARBEITERSCHAFT IN JAPAN

Nachstehend zitieren wir einige Punkte aus einer Rede, die Chester W. Hepler, der Leiter der Abteilung fuer Arbeitsfragen bei der Alliierten Militaerregierung

in Japan, auf der 32. Konferenz der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) gehalten hat. Er gab eine Beschreibung ueber das Fehlen einer freien Gewerkschaftsbewegung in Japan waehrend der Zeit des Kaiserreichs. Im Laufe der Besatzungszeit ist die Mitgliederschaft in den Gewerkschaften von 5.300 im Oktober 1945 auf insgesamt 6.910.000 im Juni 1949 angewachsen.

Eine Anzahl guter Arbeitsgesetze ist erlassen worden. Verschiedene unliebsame Verhaeltnisse, die vordem bestanden, sind abgeaendert worden. Ein starkes Arbeitsministerium wurde geschaffen. Obwohl die Arbeiterbewegung in Japan von denselben totalitaeren Einfluessen, wie sie sich in anderen Laendern zeigen, bedroht wird, sind die Aussichten, wie Hepler angibt, fuer eine starke demokratische Gewerkschaftsorganisation in diesem Lande guenstig. Er erwaehnte in diesem Zusammenhang gewisse Verbesserungen, die wir hier anfuehren:-

Abschaffung der Arbeitsherren

"Zu Beginn der Besetzung Japans standen nahezu $2\frac{1}{2}$ Million Arbeiter von einer Industriearbeiterschaft von 14 Millionen unter der Kontrolle der "Arbeitsherren"; es handelt sich hierbei um eine Beschaeftigungsabkommen, das man allgemein in ganz Asien als "Kuli-System" bezeichnet.

Im Prinzip schlug fuer diese boesartige Form der Ausbeutung die letzte Stunde, als die neue japanische Verfassung angenommen wurde, die insbesondere jedem Buerger das Recht zubilligte, sich nach eigenem Gutdunken eine Beschaeftigung zu suchen oder sie zu wechseln. Im Arbeitsnormen-Gesetz ist eine Verfuegung enthalten, die unmittelbare Ausbeutung verbietet, und im November 1947 erliess der Reichstag durch Annahme weiterhin eine verfassungsmassige Verordnung zum Beschaeftigungssicherheitsgesetz, wodurch die Ausnutzung von Arbeitskraeften nach einem Kontrakt seitens jeder Person, Organisation oder Stelle, in der Regierung oder in der Verwaltung, verboten ist.

"Die "Arbeitsherren", die weiterhin so grossen Nutzen aus der Fortfuehrung dieses Systems ziehen, wollen jedoch ohne Kampf nicht aufgeben; das Arbeitsministerium aber, das die Verantwortung fuer die Durchfuehrung des Gesetzes hat, hat das Problem energisch angepackt. Dieses System ist nicht nur fuer die Arbeiter ungerecht und unmenschlich, sondern auch fuer die moderne Industrie der Welt veraltet und unwirksam. In Japan ist es zu einem baldigen Ende verurteilt. Bis zum Maerz dieses Jahres sind 800.000 von schaeztungsweise $2\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitern der Kontrolle seitens der "Herren" entzogen worden, wobei beruecksichtigt werden muss, dass weiterhin monatlich 40.000 Arbeiter von ihnen unabhbaengig werden.

Abschaffung der erzwungenen Rekrutierung

"Ebenso wurden grosse Fortschritte dabei erzielt, junge Maedchen und Burschen in den laendlichen Gebieten von der Methode der erzwungenen Rekrutierung freizumachen, wie sie vor dem Kriege besonders in der Textilindustrie gang und gaebe war. Die Anwerbungspraktiken stehen heute unter der Kontrolle des Arbeitsministeriums, und in staendig steigendem Masse werden die Textilarbeiter heute durch die oeffentlichen Stellenvermittlungen untergebracht.

Schutz der Frauen und Minderjaehrigen

"Nach der Beendigung des Krieges wurden sich hervorragende japanische Frauen darueber klar, dass der traditionell niedrige Stand der japanischen Frauen es erforderte, dass bei der japanischen Regierung eine Stelle geschaffen wird, die ihre ganze Aufmerksamkeit und Energie der sozialen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Stellung der Frauen widmet und eine Ausbeutung der Kinder verhindert. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde das Amt fuer Frauen und Minderjaehrige beim Arbeitsministerium gegrueudet.

"Dieses Amt zeichnet verantwortlich fuer die Einfuehrung, die Ueberpruefung und die Auslegung der Bestimmungen des Arbeitsnormen-Gesetzes in bezug auf Frauen und

Kinder und beraet das Amt fuer Arbeitsnormen bei der Durchfuehrung dieser Bestimmungen. Das Amt ist auch verantwortlich fuer die Verbindungsarbeit und Zusammenarbeit mit anderen japanischen Dienststellen, um die Fortschrittlichkeit aller Frauen und die Gesundheit und das Wohlbefinden der Kinder zu foerdern.

"Dieses Amt hat auf seinem Taetigkeitsgebiet viel geleistet. Dadurch dass es seine Taetigkeit in den Dienst der Sache der Frauen und Kinder gestellt hat, hat sich das Amt die Hochachtung und die Unterstuetzung der japanischen Frauen in allen Lebenslagen errungen. Dies kam ganz besonders durch die Art und Weise zum Ausdruck, in der sich vor kurzem die Frauen zur Unterstuetzung des Amts zusammantaten, als seine Existenz durch Umorganisation in der Verwaltung bedroht war. Die am meisten erniedrigte Klasse in der japanischen Arbeiterschaft hat jetzt einen Vorkaempfer, und die Frauen und Kinder der Nation sind nunmehr auf dem Wege, eine Stellung einzunehmen, die sich mit der der maennlichen erwachsenen Arbeiter vergleichen laesst. Fuer Japan ist dies in der Tat eine bemerkenswerte Entwicklung".

"Privatmeldung".

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 25

Berlin, 12. August 1949

Die Manpower Division der U.S. Militaerregierung ist im Begriff, von Berlin nach Frankfurt ueberzusiedeln. Bis neue Vorkehrungen getroffen werden koennen, die "Internationalen Arbeitsmitteilungen" drucken zu lassen, werden die einzelnen Veroeffentlichungen in unregelmassigen Abstaenden erscheinen.

Ausserdem muss eine Entscheidung darueber getroffen werden, ob sich die Veroeffentlichungen auch weiterhin als zweckdienlich erweisen. Wir wuerden es begruessen, wenn unsere Leser zu dieser Frage Stellung nehmen wuerden. Besteht noch genuegend Interesse daran, dass die Veroeffentlichung der "Internationalen Arbeitsmitteilungen" fortgesetzt wird. Unsere Leser werden gebeten, Ihre Meinung zu richten an:-

Manpower Division - OMGUS, APO 757, U.S. Army

INHALTSVERZEICHNIS

Beendigung des Kohlenstreiks in Australien - - - - -	1
Sicherung des Friedens - - - - -	2
Stimmen zu Arbeiterfragen - - - - -	2
Streik der kanadischen Seeleute - - - - -	3
Russische Trinksprueche - - - - -	5
Antrag auf Ausschluss kommunistischer Gewerkschaften aus der CIO - - - - -	6
Der Aufbau der neuen Internationale - - - - -	6
Eroeffnung einer Rundfunkstation durch eine Gewerkschaft	8
Was die Arbeitslosigkeit kostet - - - - -	10
Durchfuehrung der Verlagerung von Arbeitskraeften - - -	11

BEENDIGUNG DES KOHLENSTREIKS IN AUSTRALIEN

Aus einem Bericht der Associated Press aus Sidney, Australien, vom 11. August geht hervor, dass der Streik der Kohlenarbeiter, der am 27. Juni begann, sein Ende gefunden hat. Dieser Streik war von groesster Bedeutung fuer das Land. weil es hierbei um die Frage ging, ob die Kommunisten die Gewerkschaft der Kohlenarbeiter kontrollieren wuerden oder nicht. Die kommunistischen Fuehrer in der Bergarbeitergewerkschaft haben verloren. Dies ist nun schon die zweite Niederlage, die die Kommunisten in der Arbeiterschaft Australiens innerhalb eines Jahres erlitten haben. Die erste Niederlage hatten sie zu verzeichnen, als sie den Versuch unternahmen, die Kontrolle ueber das Transportwesen an sich zu reiessen. Obwohl zu der Zeit, als der Streik seinen Hoehepunkt erreicht hatte, nicht mehr als 20-000 Bergarbeiter davon betroffen wurden, hatte doch die Stilllegung der Bergwerke die zweitweilige Beschaeftigungslosigkeit von etwa 600.000 Industriearbeitern im Gefolge. Die Streikenden hatten eine 35-Stundenwoche statt der bis jetzt eingefuehrten 45-Stundenwoche gefordert. Ausserdem verlangten sie eine Lohnerhoehung von 15%. Jetzt gehen die Bergarbeiter wieder an ihre Arbeitsplaetze zurueck; ueber ihre Forderungen wird noch beraten.

SICHERUNG DES FRIEDENS

"Die Auslandspolitik jeder Regierung ist wertlos, solange diese keine Macht hat, sie auch durchzusetzen. Als Sowjet-Russland sein Veto gegen die Schaffung einer internationalen Militaerpolizei einlegte, hat es mit Vorbedacht die Kraft der Vereinten Nationen lahmgelegt. Bis jetzt ist es noch keiner Regierung gelungen, Gesetz und Ordnung einzig und allein durch moralische Beeinflussung des Volkes aufrechtzuerhalten. Falls eine Regierung dies versuchen wuerde, wuerde sie insbesondere dann einen Fehlschlag erleiden, wenn sie es mit einem Volk zu tun hat, dem das Wesen und die Selbstzucht des Freiheitsbegriffes fremd ist; wenn es sich dann noch um eine Bewoelkerung handelt, die infolge Abschaffung der Religion jedes sittliche Verantwortungsgefuehl verloren hat, dann kann nichts diese Regierung vor einem katastrophalen Misserfolg bewahren.

Mit unermuedlicher Ausdauer versuchen es die Vereinten Nationen, zu einem grundsuetzlichen Einverstaendnis zu kommen, das dann auch einheitlich durchgefuehrt werden sollte. Stattdessen sind sie zu einer Propagandabuehne und zu einem Hemmschuh fuer Voelker geworden, die versuchen, sich von den Fesseln der Tyrannei zu befreien.

Die letzten vier Jahre haben alle Nationen gelehrt, dass die Kommunisten weder guten Willens sind, noch mit anderen ernstlich zusammenarbeiten wollen. Sie ergreifen vielmehr jeden Vorwand, um herrschen und diktieren zu koennen. Darum haben sich die westlichen Demokratien zu einem Buendnis, dem Atlantikpakt, zusammengeschlossen, einem Schutzbuendnis zur Sicherung des Friedens.

Wir haben die Notwendigkeit, Plaene fuer gemeinsame Aktionen zu machen, um die Angriffslust im Keime zu ersticken, eingesehen. Wir haben einen Pakt in Rio mit den Staaten von Zentral- und Suedamerika im Interesse des Friedens der westlichen Hemisphaere geschlossen. Was den Atlantikpakt anbelangt, so muessen wir die Signatarmaechte bei der Aufruestung unterstuetzen, denn kein Friedensprogramm ist wirksam, wenn seine Urheber nicht in der Lage sind, den Frieden zu erzwingen und Angreifer in ihre Schranken zu verweisen.

Der Pakt muss durch Massnahmen ergaenzt werden, die es den Signatarmaechten moeglich machen, Angreifer gemeinsam abzuwehren. Auf diese Weise koennen alle verteidigt werden. Der Atlantikpakt stellt eine endgueltige Abkehr von der traditionellen amerikanischen Politik dar, so wie sie seit George Washingtons Zeiten gepflegt wurde. Aber jetzt ist die Zeit gekommen, in der Demokratien zum Schutz ihrer Freiheit zusammenstehen muessen. Wir werden uns nicht in die Machenschaften irgendeines Landes oder die inneren Angelegenheiten von Paktmitgliedern verwickeln lassen, aber wir sind bereit, im allgemeinen Interesse der freien Voelker Opfer zu bringen."

William Green, Praesident der American Federation of Labor

STIMMEN ZU ARBEITERFRAGEN

"Die Einstellung des amerikanischen Gewerkschaftsflers zur politischen Betaetigung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten grundlegend geaendert. Seit 1930 ist er mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangt, dass unmittelbare politische Betaetigung ein zusaetzliches Mittel ist, die Ideale und Ziele der gewerkschaftlichen Bewegung durchzufuehren und zu verwirklichen. Politische Diskussionen innerhalb der Arbeiterschaft und die allgemeine Erkenntnis der Tatsache, dass unbestreitbar in ihr die Tendenz besteht, bei den Wahlen die Parteizugehoerigkeit unter den Tisch fallen zu lassen, fuehrt uns unvermeidlich zu der Frage:

Wir wird sich die Zukunft gestalten. Bis jetzt glaube ich nicht daran, dass die Mitglieder der American Federation of Labor im allgemeinen das Verlangen nach einer von diesem Verband aufgezogenen politischen Partei verspüren. Ich habe jedoch nicht den geringsten Zweifel daran, dass die Arbeiterschaft genau so weit gehen wird, wie die Zeitgeschehnisse und die jeweiligen Umstände es notwendig machen, um unser fundamentales Ziel zu erreichen, naemlich den Lebensstandard der Arbeiter dieses Landes zu schuetzen, zu erhalten und zu erhoehen.

George Meany, Sekretaer-Schatzmeister, A.F. of L.

"Genau so wie der Faschismus ist der Kommunismus eine aeusserst ansteckende, ja eine toedliche Krankheit. Sie wird den nicht-kommunistischen Staaten durch Spione und Saboteure eingepft. Ihre Bazillen werden durch Dutzende von Organisatoren mit schoen klingenden Namen uebertragen. Die Kampfmittel des Kommunismus sind entweder heimliche Verleumdung oder der Donner der Roten Armee. Da dieses totalitaere Regime wie alle anderen seiner Art darauf besteht, die uebrige Welt mit seiner eigenartigen Krankheit anzustecken, ist der Kommunismus nicht ein russisches sondern ein Weltproblem. Um unsere Gesundheit wie auch unsere Freiheit zu erhalten, sind wir gezwungen, den Kommunismus in Quarantaene zu nehmen. Und das bedeutet mehr als der Ausbreitung des russischen Reichs geographische Grenzen zu ziehen. Wir muessen den Kommunisten unter uns den Deckmantel des friedlichen Buergers abreiessen, und wir muessen uns weigern, ihnen auch nur im geringsten beizupflichten. Wir muessen, um demokratisches Denken zu schuetzen und zu staerken, positive Schritte unternehmen. Die Demokratie muessen wir wirtschaftlich untermauern und sie mit geistiger Widerstandskraft ausstatten. Wir muessen die demokratischen Staaten in materieller und militaerischer Hinsicht unterstuetzen, damit sie entweder imstande sind, sich gegen einen Angriff der Sowjets zu verteidigen oder aber deren etwaige Angriffslust im Keime zu ersticken. Schliesslich muessen wir, um die Idee der Demokratie in der ganzen Welt zu staerken, mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir die schwarzen Schafe aus unseren eigenen Reihen entfernen."

David Dubinsky, Praesident der International Ladies' Garment Workers Union

"Wor immer die Kommunisten zur Macht kommen, lehnen sie die parlamentarischen Gebraeuche der Demokratien ab. Wenn sie aus einer Wahl siegreich hervorgehen, dann weichen sie nicht mehr zurueck. Es entspricht demokratischer Gepflogenheit, dass eine politische Partei die Fuehrung nur solange behaelt, wie sie von ihren Waehlern gestuetzt wird. Der Kommunismus ist nicht so duldsam. Bei ihm gibt es keine Anpassung und keinen Kompromiss. Er hat nur das eine Ziel - die Staatsgewalt in die Haende einer kleinen Clique zu spielen. Daran hat er immer unweigerlich festgehalten. Nur in der Methode, wie diesem Ziel naeher zu kommen ist, hat er sich zu Kompromissen herbeigelassen."

William O. Douglas, Bundesrichter des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten.

American Federationist, Juni 1949

STREIK DER KANADISCHEN SEELEUTE

In einer Zeit, in der von den freien Gewerkschaften in der ganzen Welt Schritte unternommen werden, einen neuen internationalen Gewerkschaftsbund ins Leben zu rufen, werden wir in den verschiedenen Laendern mit einem langandauernden und erbitterten Ringen zwischen den freien und den kommunistisch beherrschten Gewerkschaften zu rechnen haben. Der Streik der Kanadischen Gewerkschaft der Seeleute, einer linksgerichteten Organisation, die bereits Streiks in anderen Laendern veranlasst hat, ist wahrscheinlich nur der Beginn von Auseinandersetzungen im Lager der Arbeiterschaft."

Wie bereits hinlaenglich bekannt, fuehrte der Streik der englischen Dockarbeiter zur Verkuendung des nationalen Notstandes. Die Kommunisten in der britischen Gewerkschaftsbewegung taten alles, um ihre Genossen in Kanada zu unterstuetzen, und in dem vor kurzem stattgefundenen Streik franzoesischer Dockarbeiter wandten sich diese gegen die Anti-kommunistische Besatzung kanadischer Schiffe. Da der Streik wahrscheinlich einmal von historischer Bedeutung sein wird, sollte der folgende Bericht des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten fuer die deutschen Gewerkschaftler von Interesse sein.

Wie der Streik begann

Am 31. Maerz 1949 rief die dem Kanadischen Gewerkschaftsverband (Trades and Labor Congress of Canada (CIO)) angeschlossene Kanadische Gewerkschaft der Seeleute (CSU) zum Streik gegen die Kanadischen Reedereien (Shipping Federation of Canada) und den Verband der Hochsee-Schiffsbesitzer (Shipowners' Association (Deep Sea)) von British Columbien auf. Im Verlauf dieses Streiks kam es zu Gewalttaetigkeiten im eigenen Land und zu groesseren Unruhen in auslaendischen Haefen.

Die Unterzeichnung eines Abkommens der Schiffahrtsgesellschaften mit der Internationalen Gewerkschaft der Seeleute (Seafarers' International Union (S.I.U.)) - die letztere handelte als Unterhaendler zwischen Reedern und Seeleuten - gab das Signal zum Streik. Auf die Anerkennung dieser Konkurrenz-Gewerkschaft seitens der Reeder folgte die Weigerung der Kanadischen Gewerkschaft der Seeleute (CSU), den im Februar von dem Bundes-Schlichtungsausschuss gefaellten Schiedspruch als verbindlich anzuerkennen. Verhandlungen ueber eine Erneuerung des Abkommens zwischen den Reedern und der CSU laufen bereits seit dem 15 Oktober 1948.

Die Seeleute forderten: 1. 15%ige Lohnerhoehung; 2. verbesserte Arbeitsverhaeltnisse; 3. Unterlassung des von den Reedern angeblich geuebten Brauches, immer mehr Schiffe unter der Flagge Panamas oder Honduras fahren zu lassen, um dadurch die Vorschriften der kanadischen Arbeitsgesetze zu umgehen; 4. Verbot kanadische Schiffsbesatzungen in auslaendischen Haefen durch fremde Seeleute zu ersetzen.

Die Reeder verlangten u.a.: 1. Herabsetzung der Loehne um \$ 20.-- bis \$ 40.00 monatlich; 2. Aufhoeren der angeblichen Gepflogenheit, weniger als 8 Stunden fuer 8-Stunden-Lohn zu arbeiten; 3. Einsetzung einer anti-kommunistischen Klausel in den neuen Tarifvertrag und 4. Abschaffung der Inanspruchnahme der den Gewerkschaften unterstehenden Heuerbueros.

Der Schlichtungsausschuss hob zwar die vorgeschriebene Inanspruchnahme der gewerkschaftlichen Heuerungs-bueros auf, kuerzte jedoch die Loehne nicht. Die Reeder nahmen am 28. Februar die Vorschlaege des Schlichtungsausschusses an; von der CSU wurden sie jedoch am 28. Maerz verworfen. Obwohl der Gewerkschaftsvertreter im Ausschuss dem Schiedspruch zugestimmt hatte, war der Gewerkschaftsvorstand nicht damit einverstanden und versuchte, andere Bedingungen auszuhandeln. Um die Annahme ihrer Forderungen zu erzwingen, ging die Schiffsbesatzung in den "Sitzstreik", als ihre Schiffe im Hafen von Halifax ankamen. Der erste derartige Streik ereignete sich am 21. Maerz 1949 auf der "Lady Rodney", einem Schiff der Canadian National Steamships, Ltd.

Einfluss des Streiks auf andere Gewerkschaften

Der Besitzer der "Lady Rodney" erlangte eine einstweilige Verfuegung, derzufolge die Besatzung das Schiff verlassen musste, und trat mit der Internationalen Gewerkschaft der Seeleute (SIU) wegen einer Bemannung der Schiffe in Unterhandlung. Um zu verhindern, dass Seeleute, die nicht der CSU angehorte, angeheuert wurden, rief die CSU am 31. Maerz 1949 zu einem allgemeinen Streik im Schiffahrtsgewerbe auf.

Etwa 300 Mitglieder der SIU gingen unter dem Schutz von Polizisten der Kanadischen Bahnpolizei durch die CSU-Streikpostenkette, um die "Lady Rodney" und zwei andere Schiffe der Kanadischen Schifffahrtslinie zu bemannen. Sieben CSU-Mitglieder mussten ins Krankenhaus wegen Verletzungen, die sie in dem dreistueendigen Kampf zwischen SIU-Leuten auf den Schiffen und dem CSU-Personal der Docks erlitten hatten. Das Handgemenge hoerte erst mit dem Abschleppen der Schiffe von den Docks auf.

Seitdem ist der Zwist zu einem Kompetenzstreit zwischen der SIU und der CSU, die angeblich unter kommunistischer Fuehrung steht, geworden. Massgebliche Beamte des Kanadischen Arbeitsministeriums und Funktionaere der kanadischen Gewerkschaften sind sich darueber einig, dass die CSU um ihren Fortbestand kaempft. Nach Meldungen von Anfang Mai kehren Seeleute, denen es an einer Wiederaufnahme der Arbeit gelegen ist, der streikenden Gewerkschaft den Ruecken und treten der SIU bei.

Der Streit beruehrte nicht nur die kanadische Arbeitspolitik, sondern auch die anderen Laender. Arbeitgeber an der Ostkueste Kanadas wurden von dem Internationalen Hafentarbeiter-Bund (AFL) in Kenntnis gesetzt, dass seine Mitglieder Schiffe weder laden noch entladen wuerden, deren Besatzung zur CSU gehoerten. An der Westkueste, wo Arbeitgeber ein frueheres Uebereinkommen mit einer CSU-Gruppe erneuerten, stehen die Hafentarbeiter (Mitglieder des Internationalen Hafen- und Lagerhausarbeiter-Bundes, (CIO) hinter der CSU.

Sympathie-Streiks

In mehreren auslaendischen Haefen kam es zu Streitfaellen. In Australien weigerten sich Mitglieder der CSU-Besatzung eines kanadischen Schiffes in See zu stehen und wurden deshalb mit 14 Tagen Gefaengnis bestraft. Dockarbeiter, die mit der CSU sympathisierten, traten auf mehreren britischen Docks in den Ausstand, und kanadische Schiffe wurden in Frankreich, Norwegen und anderen Laendern bestreikt. Veranlasst durch Vorkommnisse dieser Art forderte die Kanadische Regierung Unterstuetzung seitens der Polizei, falls die Reedereibesitzer sich zur Entfernung der Besatzungen entschliessen sollten.

Das Arbeitsministerium lehnte eine Einmischung mit der Begruendung ab, dass der Streik gesetzmaessig sei und durch direkte Verhandlungen beigelegt werden muesse. Kanadische Seeleute, die wegen Arbeitsstreitigkeiten ihre Schiffe in fremden Haefen verliessen, wuerden sich einer Gesetzesuebertretung schuldig machen. Es versteht sich, dass diese Erklaerung mit Ruecksicht auf den Schaden abgegeben wurden, den das Ansehen der kanadischen Schifffahrt erleiden wuerde, wenn die Streikenden ihre Schiffe verlassen und in Verfahren fremder Gerichte verwickelt wuerden.

Eine weitere Erklaerung, die sich an die "Gewerkschaftler und andere interessierte Mitbuerger" richtete, wurde von dem Arbeitsminister in Ottawa am 16. Mai 1949 zum Zwecke einer wahrheitsgetreuen Darstellung der wirklichen Begebenheiten des Streites veroeffentlicht, da viele der in der Oeffentlichkeit erschienenen Berichte "uebertrieben, irrefuehrend und falsch" waren.

Die Angaben ueber die Zahl der festliegenden Schiffe waren widersprechend. Die CSU behauptete Anfang Mai, dass 60 Schiffe bestreikt wurden, die Reedereien gaben zu, dass 15 Schiffe in ueberseeischen Haefen festlagen.

Labor Abroad, Mai 1949

RUSSISCHE TRINKSPRUECHE

James B. Carey, Sekretaer und Schatzmeister der CIO, erzaehlt die folgende Geschichte. Er war nach Russland gekommen, um zu versuchen, die russischen Gewerkschaften zu einer Unterstuetzung des Marshallplanes zu bewegen. Obgleich seine Mission erfolglos war, waren die Beziehungen zwischen ihm und den Russen herzlich. Es fand ein Bankett statt, und bei einem russischen Bankett gibt es immer viel Trinksprueche und Wodka.

"Da alle drei Minuten ein Trinkspruch ausgebracht wurde," erzuehlte Carey,

"war es mir ganz unmöglich, all den Wodka zu trinken. Ich goss daher meinen Teil jedesmal in ein leeres Wasserglas."

Als Wassili Kuznetsow, der Fuehrer der russischen Delegation, bemerkte, dass Carey seinen Wodka nicht trank, wandte er sich unmittelbar an Carey und brachte einen Trinkspruch aus. Carey erhob sich mit dem Wasserglas in der Hand, in dem sich acht "Lagen" Wodka befanden.

"Nein, nein, Carey, das ist ja Wasser", sagte Kuznetsow.

"Nein, nein, Wassili, es ist Wodka," erwiderte Carey.

Darauf hatte der Vertreter der CIO eine glaenzende Idee. Er schob sein Wasserglas Kuznetsow zu und nahm dafuer dessen Glas.

Kuznetsow blieb fast die Luft weg, als er aus Careys "Wasser"-glas trank.

"Aber mir machte es nicht das geringste aus, sein Glas zu leeren, denn der Kellner hatte es aus einer Wodkaflasche mit klarem Wasser gefuellert," sagte Carey.

Aus "CIO Mitteilungen", 13. Juni 1949

ANTRAG AUF AUSSCHLUSS KOMMUNISTISCHER GEWERKSCHAFTEN AUS DER CIO

Auf der Tagung der der CIO angeschlossenen Automobilarbeitergewerkschaft in Milwaukee am 12. Juli setzte ihre Vorsitzender, Walter Reuther, die Annahme einer Entschliessung durch, die der CIO nahelegte, alle kommunistisch beherrschten Gewerkschaften aus ihrem Verband auszuschliessen. Eine dieser angeblich kommunistischen Gewerkschaften ist die United Farm Equipment Workers (Landmaschinenarbeitergewerkschaft), die von der CIO angewiesen worden war, sich mit der Automobilarbeitergewerkschaft zu verschmelzen. Die Landmaschinenarbeitergewerkschaft hatte dies abgelehnt. Daraufhin wurde von der Automobilarbeitergewerkschaft eine weitere Entschliessung angenommen, die den Ausschuss der widerspenstigen Gewerkschaft aus der CIO verlangte. Ein weiterer von Reuther eingebrachter Antrag wurde von seiner Gewerkschaft abgelehnt. Die Versammlung stimmte gegen einen Beschluss, der vorsah dass die Automobilarbeitergewerkschaft ihre Verbandstagung alle zwei Jahre anstatt jährlich abhalten sollte.

Im Verlaufe der Tagung wurde bekanntgegeben, dass die Automobilarbeitergewerkschaft von jeder Gesellschaft, mit der sie Vertraege abgeschlossen hat, eine Aktie erworben hat. Der Grund hierfuer ist, dass die Gewerkschaft als Aktieninhaber das Recht hat, sich von jeder Gesellschaft genaue Auskunft ueber ihre finanzielle Lage geben zu lassen.

Aus "Stars and Stripes", 13. Juli 1949

DER AUFBAU DER NEUEN INTERNATIONALE

(Die Einstellung des britischen Gewerkschaftskongresses (TUC) zu dem neuen Internationalen Gewerkschaftsbund ist in der nachfolgenden Erklaerung enthalten, welche in der Monatszeitschrift "Labour", dem Organ der TUC, veroeffentlicht wurde.)

Die zum Monatsende in London anberaumte Zusammenkunft eines 16-koepfigen Gremiums hat den Zweck, Entwuerfe einer Verfassung und eines Programmes aufzustellen, mit denen sich eine verfassungsgebende Versammlung zu beschaeftigen haben wird. Aufgabe der letzteren wird es sein, einen Beschluss ueber die Gruendung einer neuen Weltgewerkschaft zu fassen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass ein derartiger Beschluss zustande kommen wird, da die Notwendigkeit der Schaffung der Organisation klar auf der Hand liegt. Lebenserfordernisse, zu deren Regelung die Gewerkschaften organisiert werden muessen, machen weder vor handwerklichen noch industriellen Grenzen halt, noch lassen sie sich auf ein einzelnes Staatsgebiet beschraenken. Wo man sich ueber den gemeinsamen Zweck einer Idee geeinigt hat, ist es natuerlich, dass die Verfechter derselben den Wunsch haben, nun auch gemeinsamen ueber die Mittel zu ihrer Verwirklichung zu beraten.

Leider sollte es sich nur allzu bald herausstellen, dass die World Federation of Trade Unions (Weltgewerkschaftsbund) schon zu Beginn ihres kurzen Bestehens mehr oder weniger unfähig erschien, die geeigneten Methoden zu finden, um die bei ihrer Gründung gesteckten Ziele zu erringen. In der Folgezeit verlor diese Organisation ihre Lebenskraft und zerfiel schliesslich infolge der immer offensichtlicher werdenden Bestrebungen, sie zu einem weiteren Werkzeug des unter sowjetischem Einfluss stehenden Kominform zu machen. Ebenso aber, wie die Natur keinen Leerraum duldet, hat nunmehr der Fehlschlag der WFTU ein sichtbares Wiederaufleben der Bestrebungen seitens der demokratisch-gesinnten Gewerkschaftler herbeigeführt.

Die Formulierung der Grundprinzipien

Dass in der Tat ein starkes und ernsthaftes Interesse an der Schaffung einer fähigen Gewerkschaft-Internationale bestand, konnte man bereits zu Beginn der zweitägigen, am 25. Juni in Genf beginnenden Konferenz erkennen. An dieser beteiligten sich Vertreter von 45 Millionen Arbeitern auf Einladung des britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), der seinerseits im Einvernehmen mit europaischen und amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen handelte. Ein Versuch war gescheitert, aber es fehlte nicht an Enthusiasmus, einen zweiten folgen zu lassen.

"Die Hauptziele der neuen Organisation lassen sich nach der Genfer Konferenz wie folgt zusammenfassen: Herstellung enger Beziehungen zwischen den verschiedenen freien und demokratischen Gewerkschaften der ganzen Welt; Unterstuetzung bei der Gruendung und Weiterentwicklung von Gewerkschaftsorganisationen in sozial und wirtschaftlich rueckstaendigen Laendern und schliesslich Foerderung des Friedensgedankens. Den Kundgebungen auf der Konferenz zufolge soll der neue Verband danach trachten, Fuehlung zu nehmen mit solchen internationalen Behoerden und privaten Organisationen, welche die Ziele der internationalen Gewerkschaftsorganisation dadurch foerdern, dass sie sich fuer die Interessen der Voelker der ganzen Welt und den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Die neue Organisation soll sich besonders mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belangen der Voelker befassen, deren Laender vom Kriege verwuestet sind, und sie soll den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Gebiete foerdern. Sie soll darauf hinwirken, den Arbeitsplatz der Werktaetigen zu sichern und den Lebensstandard in der ganzen Welt zu erhoehen, was vor allem durch die Entwicklung rueckstaendiger Gebiete und politisch unselbstaendiger Laender geschehen muss.

Die Konferenz ernannte eine 16 Kopf starke vorbereitende Kommission, die damit beauftragt ist, obige Grundprinzipien in einem vorlaeufigen Programm niederzulegen.

Praktische Arbeit

Ausser den Entwuerfen der Statuten fuer die neue Koerperschaft hat die Kommission die Aufgabe, eine Weltgewerkschafts-Konferenz einzuberufen, die ueber die Entwuerfe entscheiden wird. Endlich soll sich die Kommission ueber Vorschlaege schliessig werden, wie mit internationalen Gewerkschafts-Sekretariaten auf engste Weise zusammengearbeitet werden kann.

Niemand wird sich einbilden, dass der vorbereitenden Kommission die Erfuellung ihrer Aufgabe leicht fallen wird, noch dass von der ersten Sitzung ab die neue internationale Organisation ungehindert funktionieren kann. Es ist so, wie sich Vincent Tewson den Genfer Delegierten gegenueber aeusserte: 'Nicht nach dem Wortreichtum und dem ehrgeizigen Charakter der offiziellen Verlautbarungen, sondern nach seinen Resultaten wird man den neuen Weltgewerkschaftsbund beurteilen.'

Tewson fuehrte weiter aus: 'Beschluesse und Rundschreiben eines Generalsekretars, der vielleicht Tausende von Meilen entfernt ist, genuegen nicht als Arbeitsgrundlage.' Der Verband muesse in seinen Einrichtungen und seinem Aufbau fest gefuegt sein, wobei es sich als notwendig erweisen koenne, den Verwaltungsapparat auf

regionaler Basis aufzubauen, um die nur durch praktische Arbeit zu loesenden Aufgaben riesiger Laender bewaeltigen zu koennen.

Mr. Tewson machte die Delegierten darauf aufmerksam, dass ebenso wie die verschiedenen Gewerkschaftsverbaende der Welt verschiedene Sprachen spraechen, sie auch in ihrem Aufbau, ihren Ideen und praktischen Massnahmen voneinander abwichen.

Ein internationaler Gewerkschaftsverband freier demokratischer Organisationen duerfe die Selbstaeendigkeit der ihm angeschlossenen Vereinigungen nicht antasten. Die letzten muessten sich aber, in dem Bestreben auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten, gewissen Selbstbeschraenkungen unterwerfen. Aus nationalen Verschiedenheiten geborene Zwistigkeiten wuerden den Zusammenbruch der neuen Gewerkschafts-Internationale ebenso sicher herbeifuehren wie den der frueheren.

Es sollte nach den Erklaerungen Mr. Tewson's eine der Hauptaufgaben des neuen Verbandes sein, solchen Gewerkschaften zu helfen, die unter schwierigen Verhaeltnissen zu arbeiten haben, anstatt diejenigen in ihrem Weiteraufbau zu unterstuetzen, welche schon eine gesicherte Stellung und Einfluss in ihren eigenen Laendern geniessen.

Die Wichtigkeit der bevorstehenden Aufgaben sollte die neue Koerperschaft nicht dazu verfuehren, unerfuellbare Versprechungen zu machen. 'Man darf niemand Sand in die Augen streuen'. Die Vorschlaege, die wir machen, muessen vernuenftig und ausfuehrbar sein, sonst bedeuten sie einen Verstoss gegen die Prinzipien von Treu und Glauben, auf welchen eine derartige Organisation aufgebaut sein muss.' Ferner riet Mr. Tewson, die internationale Gewerkschaft innerlich so zu festigen, dass sie Angriffen der extremen Rechten oder Linken gewachsen sei; Hauptaufgabe bleibe jedoch die konstruktive Arbeit und nicht das Halten einer Verteidigungsstellung.

Keine Vorzugsstellungen

Wie es auch Mr. Deakin forderte, sei es ein Hauptzweck der Organisation sich mit dem Problem der industriellen Gesundheit zu befassen, die von grosstem Einfluss auf das Leben aller Arbeiter sei.

Seiner Ansicht nach sollte das Verwaltungsorgan in den Westen Europas gelegt werden, und auch bei ihm sollten die grossen und kleinen Mitgliederorganisationen ihrer Staerke gemaess vertreten sein. 'Niemand darf diktieren', erklarte Mr. Deakin. 'Die Herren, die in der WFTU Diktator spielen wollten, sind wir gluecklich los. Wir brauchen keine Nachfolger fuer sie.' In Bezug auf die Finanzen der Organisation muessten alle nach Massgabe ihrer Kraefte Beitraege leisten, wobei verhindert werden muesse, dass die grossen Organisationen mit Hilfe gefuellter Geldbeutel ihren Einfluss ausdehnten.

Unter Beruecksichtigung aller dieser Punkte, laesst sich allein schon aus den festen internationalen Ueberlieferungen der britischen Gewerkschaftler die Gewissheit herleiten, dass der britische Gewerkschaftskongress (TUC) bereit ist, der neuen Organisation zu einer einflussreichen Stellung auf internationalem Gebiet zu verhelfen und sie zu einem wirksamen Werkzeug fuer die Fortentwicklung aller Voelker der Erde werden zu lassen."

Labour, Juli 1949

EROEFFNUNG EINER RUNDFUNKSTATION DURCH EINE GEWERKSCHAFT

New York hat jetzt den ersten, den Werktaetigen gehoerenden und von ihnen geleiteten Rundfunksender. Der Sender wird allgemeinen oeffentlichen Interessen dienen. Zum Andenken an den verstorbenen Praesidenten Franklin Delano Roosevelt ist er nach ihm benannt. Der neue frequenz-modulierte Sender (FM) hat das Rufzeichen WFDR, ist Eigentum und steht unter der Leitung der Gewerkschaft der Konfektionsarbeiterinnen (International Ladies Garment Workers Union - ILGWU).

Mit der ausdruecklichen Erlaubnis von Mrs. Eleanor Roosevelt wurden die Rufbuchstaben der Station (WFDR) gleichlautend mit den Anfangsbuchstaben des Namens des Praesidenten gewaehlt, den der Vorsitzende der ILGWU, David Dubinsky, "Den grossen Mann des amerikanischen Wiederaufbaus" nannte.

Die offizielle Uebergabe des Senders erfolgte am 16. Juni in einer zwei Stunden waehrenden eindrucksvollen Feier in der historischen New Yorker Carnegie Hall, wo auch Mrs. Roosevelt die Einweihungsansprache hielt. Vor ihr im Scheinwerferlicht stand die Bueste ihres verstorbenen Gatten.

WFDR ist bereits der dritte FM Rundfunksender, der von der ILGWU errichtet wurde; die beiden anderen befinden sich im Sueden und an der Westkueste. Die Sender stehen im Dienst der Allgemeinheit; Gewinne wollen sie nicht machen. Miss Frieda Henock, Mitglied der Bundeskommission fuer Fernmeldewesen, gab in ihrer Rede bekannt, dass die Leitung des Senders sich dafuer verbuergt hat, dass sie hochstens die Haelfte der Sendezeit der geschaeftlichen Reklame entgeltlich zur Verfuegung stellen, und dass der Dienst an der Allgemeinheit ihr hoechstes Ziel sein werde. Sendezeit fuer religioese Programme und solche polemischer Natur wird umsonst abgegeben.

Von einer Bandaufnahme wurden die folgenden Begruessungsworte Praesident William Green's an die Anwesenden in der Carnegie Hall und an die Radiozuehoererschaft uebertragen;

"Der Amerikaner ist heute lebhaft an den Dingen interessiert, die in seiner unmittelbaren Heimat, im ganzen Land und in der Welt vorgehen. Angesichts der ernstesten Aufgaben, die uns in unserem Lande und auf dem Gebiete der auswaertigen Angelegenheiten gestellt sind, verlangt es unser Volk nach zeitgemaesser Information. Um zu einem unparteiischen Urteil ueber einen Vorgang zu kommen, will es alle Ansichten hoeren, die sich auf ihn beziehen. Ich habe die Gewissheit, dass der WFDR Sender diese Aufgabe in einer Weise erfuellen wird, die ihm die Bewunderung aller aufrichtigen Einwohner von New York eintragen wird."

Mr. Dubinsky's Rede wurde im Anschluss an eine Wiedergabe von Praesident Roosevelt's beruehmter Ansprache: "Ich sehe vor mir ein Amerika" uebertragen. In ihr sah Roosevelt vor seinem geistigen Auge eine Nation, die eines Tages frei von Furcht, frei von Not und den Unsicherheiten des Lebens sein wird. Nach dieser Uebertragung sprach der Leiter der ILGWU:

"Die grosse historische Aufgabe, ein besseres Amerika und eine bessere Welt aufzubauen, der Franklin D. Roosevelt sein Leben gewidmet hatte, ist noch lange nicht vollendet. Unsere Gewerkschaft ist sich klar darueber, dass wir im Kongress noch immer fuer den wahren Liberalismus kaempfen muessen, und dass wir noch manche Schlacht auszufechten haben gegen die Reaktionaere aller Schattierungen. Die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist noch lange nicht beseitigt. Es gibt noch immer Maenner in hohen oeffentlichen Aemtern, die glauben, dass der Arbeiter verwoehnt worden ist durch ein Zuviel an Arbeitsmoeglichkeiten, Sicherheit, sozialisierter Medizin, Siedlungsbauten, Bildung, Freiheit und an Dingen, die der "gute Onkel Sam" bieten kann."

Henry Morgenthau, jr., der fruehere Finanzminister, hielt seine Einweihungsrede ueber den Rundfunk und erinnerte an Praesident Roosevelt's "durch nichts zu erschuetternden Vorsatz, Unternehmer und Arbeiterschaft immer wieder zusammen zu bringen." Morgenthau sagte weiter: "Ich fuerchte, dass mit dem Fortschreiten der Zeit gar mancher die Bedeutung gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit vergessen wird. Nur wenn Unternehmertum und Arbeiterschaft weiterhin Hand in Hand gehen, koennen wir Arbeitslosigkeit vermeiden. Nur bei voller Beschaeftigung und wenn alle Produktionsmoeglichkeiten voll ausgenuetzt werden, kann Amerika stark bleiben. Und nur ein starkes Amerika ist imstande, den Frieden in der Welt zu erhalten. Nur

ein starkes Amerika kann jene Kraefte ueberwinden, die es von innen und von aussen her bedrohen.

American Federation of Labor, Weekly News Service, 21. Juni 1949

WAS DIE ARBEITSLOSIGKEIT KOSTET

Das Institut fuer oeffentliche Angelegenheiten, ein privates amerikanisches Forschungsinstitut, wies kuerzlich auf die hohen Kosten hin, die durch die Arbeitslosigkeit entstehen. Die Berechnung erfolgte auf Grund einer Schaetzung des Wertes der Arbeit, die von den Arbeitslosen nicht geleistet wird. Wir entnehmen dem Bericht des Institutes folgende Feststellungen:

"In den ersten drei Monaten des Jahres 1949 hat uns, unter Zugrundelegung des Jahresdurchschnittsertrages, der Beschaeftigungsrueckgang bereits 13 Milliarden Dollar an Waren- und Leistungsausfall gekostet.

In den zwolf Monaten des Jahres 1949 werden uns, falls unsere Beschaeftigungskapazitaet nicht voll ausgenutzt wird, 27 Milliarden Dollar an Waren und Leistungen verlorengehen.

Aussicht auf Verlust von 50 Milliarden Dollar

Fuer das Finanzjahr 1950 wuerde sich bei Zugrundelegung des Ertrages bei Vollbeschaeftigung der Verlust an Waren und Dienstleistungen auf ungefaehr 50 Milliarden Dollar belaufen.

Unter Zugrundelegung des gesamten Sozialprodukts (Waren und Dienstleistungen) im vierten Quartal 1948 entspricht der fuer das Finanzjahr 1950 angenommene Verlust von 50 Milliarden Dollar fast einem Fuenftel des Wertes der im Finanzjahr 1950 produzierten Waren und Dienstleistungen."

Wenn die Vollbeschaeftigung in dem fuer das vierte Quartal 1948 festgestellten Ausmass andauern wuerde, so wuerde dies bedeuten, dass jeder Familie im Jahr zusaetzliche Waren und Dienstleistungen im Werte von 380 Dollar zur Verfuegung stehen wuerden.

1948 als Grundlage

Bei der Errechnung des Verlustes, der der Volkswirtschaft durch die Arbeitslosigkeit entsteht, legte das Institut die fuer das letzte Viertel von 1948 vorliegenden Zahlen zu Grunde. Obgleich unter den Volkswirtschaftlern die Ansichten ueber den Begriff der Vollbeschaeftigung auseinandergehen, ist man sich allgemein darueber einig, dass waehrend des Jahres 1948 die meisten Leute, die arbeiten wollten, auch Arbeit fanden.

Das gesamte Sozialprodukt, d.h. der Gesamtwert der fuer das Inland bestimmten Waren und Dienstleistungen, belief sich unter Zugrundelegung des Jahresertrages im letzten Viertel des Jahres 1948 auf 265 Milliarden Dollar.

Haette sich die Wirtschaft im ersten Quartal 1949 in demselben Ausmass weiterentwickelt, wie es in den letzten Jahren der Fall war, so wuerde der Jahreswert der Waren und Dienstleistungen 269 Milliarden Dollar betragen haben. Durch die Arbeitslosigkeit wird dieser Jahreswert jedoch auf 256 Milliarden Dollar herabgedrueckt, was einen Verlust von 13 Milliarden Dollar bedeutet.

Entsprechend wuerde bei fortgesetzter Steigerung der Beschaeftigung und Produktion waehrend des gesamten laufenden Jahres und bis ins Jahr 1950 hinein das gesamte Sozialprodukt fuer das erste Quartal 1950 unter Zugrundelegung des Sozialproduktes im Jahr 285 Milliarden Dollar ausmachen. Wenn jedoch die Arbeitslosigkeit im gleichen Ausmasse dwie bisher weiterbesteht, so wird sich der Wert des Sozialprodukts nur auf 230 Milliarden Dollar belaufen, was einen Verlust von 55 Milliarden Dollar bedeutet.

Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und der sich daraus fuer das amerikanische Volk ergebende Verlust an Waren und Dienstleistungen sind auf die engstirnige Geschäftspolitik der Unternehmer zurueckzufuehren.

Aus: "The League Reporter", 4. Juli 1949

DURCHFUEHRUNG DER VERLAGERUNG VON ARBEITSKRAEFTEN

Die Internationale Organisation fuer Arbeitsangelegenheiten (ILO) und die Organisation fuer die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) arbeiten gemeinsam einen Plan zur Lenkung des Austausches von Arbeitskraefte von einem Land zum anderen aus. Der Ausschuss fuer Arbeitseinsatz bei der OEEC tat den ersten Schritt, indem er ein Buero errichtete, das sich mit diesem Problem in Italien befassen soll. Spaeter werden zweifellos auch in anderen Marshallplan-Laendern solche Bueros errichtet werden. Die deutschen Gewerkschaftler werden sicher an nachstehendem Bericht interessiert sein.

"Der Generaldirektor der ILO hat bereits Schritte unternommen, um die Unterstuetzung anderer internationaler Organisationen zusammen zufassen, die daran interessiert sind, das Arbeitseinsatz-Programm der ILO zu foerdern, sowohl vom Gesichtspunkt des Austausches als auch von anderen Gesichtspunkten aus gesehen, insbesondere einschliesslich der Formulierung und der Foerderung von Plaenen fuer wirtschaftliche Entwicklung. Vorbehaltlich der Zustimmung der betreffenden Regierungen beabsichtigt er, eine Versammlung der Vertreter der an dem Austausch interessierten Laender einzuberufen, um womoeglich zweiseitige Abkommen zu treffen, die den Zweck haben, Ueberschuss und Mangel an Arbeitskraefte in der ganzen Welt auszugleichen.

Auch ein Programm einer weniger formalen "Taetigkeit seitens der ILO, ueber besondere Bueros und Missionen ist ebenfalls formuliert worden, das den Zweck verfolgen soll, den Austausch zu beleben und freizuegig zu arbeiten. Das erste Spezialbuero, das lt. diesem Programm eroeffnet wurde, befindet sich in Italien. Die ILO hat in Rom ein besonderes Aussendienst-Amt geschaffen, dem Sachverstaendige auf dem Gebiete des Arbeiteraustausches, des Einstellungswesens und der Berufsausbildung angehoren.

"Das Aussendienst-Buero in Italien, das eng, jedoch formell mit den italienischen Behoerden zusammenarbeitet, dient als enges Bindeglied fuer die Hauptstelle der ILO in Genf in bezug auf die Arbeitsmarkt- und Auswanderungs-Lage in Italien zu jedem gegebenen Zeitpunkt. Es ist in der Lage, die auftauchenden Probleme zu jeder gegebenen Zeit zu wuerdigen und sie zur weiteren Veranlassung seitens der ILO auf ausgedehnterem Gebiet nach Genf weiterzugeben. Dadurch, dass es auf der basis der Verbreitung der Erfahrung anderer Laender vorgeht, besteht seine Taetigkeit auch darin, informell Loesungen fuer Schwierigkeiten vorzuschlagen, je nachdem diese auftreten, und somit wirkt das Buero als diskreter Vermittler zwischen den betreffenden Parteien. Insbesondere kann es Mittel und Wege vorschlagen, auf welche Weise der Mechanismus der Werbung, der Ueberfuehrung, der Aufnahme und der Interbringung der ausgetauschten Arbeitskraefte am besten organisiert werden kann, und zwar unter Zusammenarbeit mit der Zentralstelle der ILO in Genf bei Fragen, die die aufnehmenden Laender angehen.

"Zusaetzlich zu dieser Arbeit auf dem Gebiete des Austausches vermittelt auch das Aussendienst-Buero der ILO in Italien den italienischen Behoerden, die die Einstellungs- und Berufsausbildungsdienststellen in Uebereinstimmung mit dem neuen Gesetz umorganisieren und weiterentwickeln, die wichtigen Erfahrungen anderer Laender. Die ILO-Experten arbeiten aufs engste mit denjenigen auf der italienischen Seite zusammen.

"Die Zentralstelle der ILO und das Aussendienstbuero in Italien uebernehmen fuer folgende, weitere konkrete Aufgaben die Verantwortung:-

a) Vorbereitung eines Handbuches ueber die Landwirtschaft Italiens, verfasst vom Gesichtspunkt der technischen Kompetenz des Arbeiters aus gesehen. Dieses Handbuch kann in den aufnehmenden Laendern weit verbreitet werden zu dem Zweck, das Interesse bei allen Beteiligten wachzurufen. Die Vorbereitung solcher Handbuecher ist auch fuer das italienische Maschinenbauwesen und das Zivilingenieurwesen in der Industrie in Aussicht genommen;

b) Anreiz zur Schaffung des Kontakts zwischen den Arbeitgebern in den aufnehmenden Laendern und Italien, vorbehaltlich der Genehmigung der betreffenden Regierungen.

c) Erforschung der Sozialversicherung vom Gesichtspunkt des Austausches aus gesehen, einschliesslich der Entwicklung der gegenseitigen Abkommen. Die ILO hat natuerlich schon grosse Arbeit geleistet in bezug auf die Erfassung der einzelnen Berufsgruppen, sowohl vom Standpunkt des Arbeiteraustausches als auch von allgemeinen Gesichtspunkten aus betrachtet, und entwickelt diese Taetigkeit auf diesem Gebiete auch noch weiter.

"Ein gewisser Fortschritt ist von der ILO auf den genannten Gebieten bereits zu verzeichnen. Dies stellt natuerlich vorerst nichts endgueltiges dar von dem, was die ILO noch auf den konkreten Gebieten des Arbeiteraustausches zu tun gedenkt."

"OEEC, Manpower Committee (49) 36.

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 742

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 26

Berlin, 19. August 49

Die Manpower Division der U.S. Militaerregierung ist im Begriff von Berlin nach Frankfurt ueberzusiedeln. Bis neue Vorkehrungen getroffen werden koennen, die "Internationalen Arbeitsmitteilungen" drucken zu lassen, werden die einzelnen Veroeffentlichungen in unregelmaessigen Abstaenden erscheinen.

Ausserdem muss eine Entscheidung darueber getroffen werden, ob sich die Veroeffentlichungen auch weiterhin als zweckdienlich erweisen. Wir wuerden es begruessen, wenn unsere Leser zu dieser Frage Stellung nehmen wuerden. Besteht noch genuegend Interesse daran, dass die Veroeffentlichung der "Internationalen Arbeitsmitteilungen" fortgesetzt wird? Unsere Leser werden gebeten, Ihre Meinung hierzu an folgende Adresse zu richten:-

Manpower Division - OMGUS
APO 757 - U. S. Army

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Erklaerung der AFL zur chinesischen Frage - - - - - 1

Die freien Gewerkschaften und die Demokratie
in Europa - - - - - 2

ERKLAERUNG DER AFL ZUR CHINESISCHEN FRAGE

Die deutschen Gewerkschaftler werden zweifellos an den folgenden Erklarungen des Freien Gewerkschaftsausschusses interessiert sein, der eine Organisation bildet, die von der AFL unterstuetzt wird. Die Erklarung ist eine Forderung nach Schutz der nationalen Unabhaengigkeit Chinas und nach Errichtung der Demokratie und des Friedens in Asien. Wir geben hier die ganze Erklarung wieder:

Die Krise in China

"Unser Land ist zur ersten demokratischen Weltmacht geworden. Angesichts der augenblicklichen internationalen Lage muss die Hauptaufgabe und das Hauptziel der Aussenpolitik unseres Landes darin bestehen, kraftvoll und beharrlich einen Kurs zu verfolgen, der dazu angetan ist, den Erfolg aufrichtiger demokratischer Kraefte zu foerdern und zu sichern, die gewillt und faehig sind, alles zu tun, um den Ueber-

griffen und der Aggression der totalitaeren kommunistischen Reaktion Widerstand zu leisten.

Die erste Vorbedingung dafuer, dass Amerika seine neue internationale Rolle spielt, insofern als es eine inspirierende Fuehrerschaft liefert und den demokratischen Kraeften der ganzen Welt zeitlich wirksame Unterstuetzung zuteil werden laesst, liegt fuer unser Land darin, dass es global Fuehlung nimmt zu den grundsuetzlichen Fragen der Weltkrise und der Beduerfnisse der Menschheit.

In diesem Sinne lassen sich die Kaempfe und Schlachten in China nicht von den Wirren und Konflikten in Deutschland trennen; jeder Versuch, den Problemen zu begegnen, denen sich die zivilisierten friedenshungrigen Nationen in einem Teile der Welt gegenuebersehen - abgesehen von den Aufgaben, die sie auf anderen Gebieten zu loesen haben - ist zum Scheitern verurteilt. Tatsaechlich wuerde eine improvisierte Fuehlungnahme nach und nach dieser Art nur einen allgemeinen Fehlschlag der Aussenpolitik unserer Nation zur Folge haben.

Unsere Sorge um die Krise in China ist weit mehr als lediglich ein ehrliches und freundliches Interesse an seinen inneren Angelegenheiten. Vor allem machen wir uns Sorge wegen des Vorgehens der chinesischen Kommunisten und ihrer Moskauer Herren das darauf abzielt, China als eine aggressive Macht auf die Seite Russlands zu bringen, die den demokratischen Nationen feindlich gesinnt ist. Der wichtigste Strohmann der Sowjets, Mao Tse Tung, hat zu allen Zeiten Anschuldigungen gegen das Europaeische Wiederaufbau-Programm und den Atlantikpakt.

China bildet die Vorhut

Die augenblickliche Phase des Konflikts in China ist keineswegs die Nachhut und das abschliessende Stadium eines Buergerkrieges, der eine asiatische Nation verwuestet. Selbst wenn wir alle Fehler und Maengel, die der chinesischen Nationalregierung zur Last gelegt werden, als wahr unterstellen und zugeben, dann ist ihr Widerstand gegen die bolschewistische Seuche im wesentlichen die Vorhut-Phase des internationalen Vorgehens gegen den Kommunismus. Moskau und seine getreuen Diener in China sind sich ueber diese Wahrheit zu jeder Zeit klar geworden. Amerika und die anderen demokratischen Laender muessen sich noch ueber diese gewaltige Wahrheit klar werden wie auch ueber ihre ihr innewohnenden Fakten von weitreichender Bedeutung. Aus diesem Grunde war es moeglich, dass der Kreml und seine Fuenfte Kolonne in China soviel Erfolge zu verzeichnen haben. Aus diesem Grunde muss unser Land und muessen seine demokratischen Alliierten noch Erfolge in China davontragen.

Wir lehnen alle Meinungen, Ansichten, Ideen und jede Politik des Defaitismus in China ab. Wir lehnen ganz kategorisch den Gedanken ab, dass in China alles hoffnungslos verloren sei. Obwohl Russlands Vorhut ihre militaerischen Fangarme weit suedlich des Yangtse ausgestreckt hat, hat es jedoch seine kommunistische Kontrolle noch nicht in eine einheitliche Form gebracht. Nur im Nordosten, der seit der Niederlage Japans durch Amerika fest unter russischer Kontrolle gestanden hat, besteht irgendwelche verwaltungsmaessige Staatsautoritaet. Hier ist das fruehere Mandschu-Kuo, in dem sich die einzigen wichtigen Munitions-Industriebe-triebe in ganz China befinden. Dieses von den Russen kontrollierte Gebiet ist es, das auch die Masse und das Rueckgrat der wirksamen kommunistischen Armee in China gestellt hat. In unserer Eile, die Schuld fuer die Fehlschlaege, die kuerzlich sein Regime trafen, einzig und allein Tschiang-Kai-Schek zuzuschreiben, duerfen wir nicht vergessen, dass dieses strategisch, wirtschaftlich und militaerisch hoechst wichtige Gebiet von unserer Regierung selber mit Zustimmung der Englaender auf der schicksals-schwangeren Konferenz von Jalta Stalin ueberantwortet wurde.

Wir sind davon ueberzeugt, dass trotz aller frueheren kostspieligen Irrtuemer in der Innenpolitik der chinesischen Nationalregierung und der Fehler der amerikanischen Politik im Orient, die Sache der Demokratie und des Friedens in China und

im uebrigen Asien auf keinen Fall verloren ist. Wenn wir die augenblickliche missliche Lage Chinas und seiner Nationalregierung betrachten, duerfen wir die Tatsache nicht ausser Acht lassen, dass diese nationale Autoritaet seit mehr als 30 Jahren gezwungen war, einen Buergerkrieg zu fuehren und sich vollkommen allein ueberlassen war, als sie 8 Jahre lang einen Krieg gegen den japanischen Imperialismus fuehrte. Unter diesen Umstaenden kann niemand ein rasches Tempo in einer konstruktiven Sozialreform oder eine Atmosphaere erwarten, die frei war von entsetzlichen Schwierigkeiten. Wenn wir dies hervorheben, dann unterschaezen wir nicht den Ernst der Krise in China. Wir unterstreichen nur die Dringlichkeit, mit der unser Land seine gesamte Politik China gegenueber ueberpruefen, neu auswerten und revidieren muss. Wir koennen nicht stark genug auf die brennende Notwendigkeit hinweisen, die danach draengt, dass Amerika mit einer positiven, konstruktiven Politik auf den Plan tritt, um Frieden, Demokratie, echte nationale Unabhaengigkeit und soziale Gerechtigkeit in China und im ganzen Orient zu schaffen. Bevor unsere Regierung eine gesunde Politik gegenueber China anwenden kann, muss sie alle Spuren und Ueberbleibsel bzw. Merkmale dreier falscher und verderblicher Auffassungen fallen lassen:-

Ausschaltung dreier gefaehrlicher Begriffe:

Zunaechst einmal muessen wir unsere Politik von jedem Gedanken frei machen, dass China lediglich ein riesiger Markt ist, auf dem der weisse Privatunternehmer rasch reich werden kann. Die erste Voraussetzung dafuer, dass wir imperialistische Invasionen seitens irgend einer anderen Macht in China verhindern, besteht fuer uns darin, dass wir frei und sauber dastehen gegen jeden moeglichen Vorwurf des Imperialismus unsererseits. Wir muessen unseren Glauben an die Chinesen als ein grosses Volk dramatisieren, das als unabhengige Nation sehr viel zur Foerderung des menschlichen Wohlstandes, zum Frieden und zum kulturellen Fortschritt in Asien und in der Welt ueberhaupt beitragen kann.

Zweitens sollte unsere Regierung jeden Rest vergangener Illusionen darueber begraben, dass die Kommunistische Partei in China nicht totalitaeren Charakter traegt, in Wirklichkeit nicht kommunistisch ist, sondern lediglich ein ganz besonderer Ausdruck einer Agrarreform sei. Die kommunistische Partei Chinas ist niemals von der Linie abgewichen, die Moskau fuer seine kommunistischen Bewunderer und Werkzeuge in allen Laendern festgelegt hat. Bei den Pluenderungen Moskaus in der Mandschurei erwiesen sich die chinesischen Kommunisten als hoerige Agenten des russischen Imperialismus. Nicht nur, dass die Kommunisten in China nicht gegen diesen brutalen Raub der Hilfsquellen des chinesischen Volkes seitens einer fremden Macht protestierten, nein, sie unterstuetzten diesen Raub auch noch und leisteten ihm Vorschub. Durch ihre militaerischen Erfolge aufgepulvert, hat diese russische Zweigstelle in China vor kurzem ganz besonders beissende und aetzende Attacken gegen das amerikanische Volk vom Stapel gelassen, das mehr als jede andere Nation den Chinesen geholfen hat und sie vor dem Hungertode errettete. Zweifellos kann die ausserordentliche Gehaessigkeit und Feindseligkeit der Kommunisten Chinas gegen die westlichen Demokratien im allgemeinen und gegen die Vereinigten Staaten insbesondere nur mit dem Wunsch dieser Anhaenger der russischen Fuenften Kolonne erklart werden, ihre feige und verraeterische Rolle in der Vergewaltigung der Mandschurei durch den Kreml zu verdecken.

Wir muessen gleichfalls den anspruchsvollen Gedanken fallen lassen, dass die Kommunisten Chinas sich dem Titoismus zuwenden und Moskau gegenueber ein gewisses Mass an Unabhengigkeit an den Tag legen werden. Jede Erklaerung jedes einzelnen bedeutenden Sprechers des Kommunismus in China schliesst diese eitle Hoffnung aus. Einmal hat Moskau auf Grund seiner Erfahrungen mit den Jugoslawen gelernt, jede Bekundung eines selbst maechtigen Titoismus prompt und ruecksichtslos zu zermalmen. Abgesehen davon kann Moskau auf Grund einer enormen Sowjetmacht in China (Mandschurei)

schnell enorme Kraefte gegen alle abschwenkenden Kommunisten und ernuechterten und enttaueschten Liberalen mobilisieren.

Drittens muessen wir jede Illusion fahren lassen, dass das totalitaere Sowjet-Russland mit seiner riesigen Sklavenarbeiter-Wirtschaft auch nur den geringsten Wunsch oder die geringste Faehigkeit haette, eine fortschrittliche oder befreiende Rolle in seinen Beziehungen zum chinesischen Volk spielen zu wollen. In einem verzweifelten Versuch, noch etwas aus dem Handel, den die Grossen Drei in Jalta auf Kosten des chinesischen Volkes zusammenbrauten, zu retten, unterzeichnete die Nationalregierung einen Freundschaftsvertrag mit Russland, Dieser Vertrag verpflichtete Russland feierlich zu folgendem: "Volle Hilfe und Unterstuetzung fuer die Nationalregierung als der Zentralregierung Chinas." In der Folge ging der Kreml dazu ueber, aus diesem Vertrag eine tragische Farce zu machen, indem er zynisch jedes internationale Gesetz verletzte. Trotz dieses Vertrages fahr der Kreml fort, die Mandschurei zu beherrschen und auszupluendern.

Nach vorsichtigen Schaetzungen der Amerikanischen Reparation-Kommission betraegt der Wert der Pluenderungen in der Mandschurei 858 Millionen Dollar. Der Gesamtverlust, der der Wirtschaft der Mandschurei durch die "befreienden" Russen durch Wegnahme aller industriellen Einrichtungen, Minen und Maschinen als Kriegsbeute entstanden ist, ueberseigt 2 Milliarden Dollar. Niemand anders als Stalin selber hat sich so laut vor der ganzen Welt im September 1945 geruehmt, nachdem Amerika Japan so entscheidend geschlagen hatte: "Vierzig Jahre lang haben die Maenner der aelteren Generation auf diesen Tag gewartet. Und jetzt ist dieser Tag angebrochen."

Diese Erklaerung stellt mehr dar als einen vollkommenen und schamlosen Bruch mit jedem Vorwand fuer revolutionaeren Idealismus, der die Politik der Bolschewiki waehrend des russisch-japanischen Krieges im Jahre 1905 charakterisierte - als sie unter der Fuehrung Lenins auf die Niederlage des zaristischen Russland hinarbeiteten. Diese unverschaeimte Prahlerei, die erniedrigende Niederlage, die Nippon dem alten imperialistischen Russland in der Meerenge von Tsuschima und bei Port Arthur beigebracht hatte, ausgeloescht und geraecht zu haben, bildet eine krasse Umkehrung und sogar eine Erweiterung der unanstaendigsten und schmutzigsten Raeuberpolitik des zaristischen Imperialismus in China und in ganz Asien. Schon jetzt ist das neue imperialistische Russland ueber die Grenzen des Gelben Meeres hinausgegangen.

Der Russische Imperialismus.

Hier muessen wir aber noch hinzufuegen, dass der heutige Imperialismus Russlands bei weitem gefaehrlicher ist als die Aggression Nikolaus II: Der stalinistische Imperialismus ist unehrlicher und wirksamer. Er verbirgt seine finsternen Ziele hinter demagogischen und hochklingenden sogenannten radikalen Phrasen. Der stalinistische Imperialismus sucht nicht nur wirtschaftliche und militaerische Beherrschung wie das bei den Zaren frueher der Fall war - sondern er strebt auch nach der totalen Kontrolle der Gedanken, des Glaubens und des Gemuets des Volkes. Hier besteht nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein ideologischer Imperialismus - der ruecksichtslos darauf hinsteuert, das Denken und Fuehlen derjenigen zu versklaven, die unter seiner "Fuehrung" stehen. Ausserdem besitzt das stalinistische Russland allein von allen anderen grossen Nationen eine riesige, wohlfinanzierte, maechtige Fuenfte Kolonne, die durch den Weltgewerkschaftsbund und das Kominform arbeitet. Die Diktatur des Kreml hat mit teuflischem Geschick und ungezuegeltem Zynismus den guten Willen, die Energien und die Talente vieler gutglaebigen Liberalen fuer ihre schaedlichen Ziele und Handlungen eingespannt, die auch weiterhin sich an den unbegruendeten Glauben klammern, dass das Sowjetsystem trotz aller seiner Irrtuemer heute die

Inkarnation des fortschrittlichen Staates und der fortschrittlichen Gesellschaft darstellt.

Es ist die hoechste Zeit, dass unser Land jetzt einen Weg aufzeigt, um dem chinesischen Volk Genugtuung zu geben dafuer, dass die Grossen Drei seine Souverae-nitaet geopfert haben. Die amerikanische Fuehrung im Abdaemmen der Flut des tota-litaeren Kommunismus und des Chaos in China ist laengst ueberfaellig. Wir muessen offen anerkennen, dass die Siege des Kommunismus in China den bedeutendsten Triumph des Bolschewismus darstellen, seit dieser in Russland die Macht an sich riss. Wir moechten hierbei hervorheben, dass die Annahme einer neuen Politik gegenueber China im Geiste einer aufrichtigen Beiderseitigkeit vor sich gehen muss. Es sollten keine Versuche unternommen werden, parteiliches Kapital zu gewinnen, indem man die alten Fehler wieder aufruehrt und aus ihnen Kapital schlaegt fuer parteiliche Zwecke. In Asien nicht weniger als in Europa ist eine zweiseitige Politik zum Wohle des amerikanischen Volkes und des Weltfriedens notwendig.

Fuer ein konstruktives Programm

In diesem Gebiete ist es, dass wir folgendes als Richtlinien fuer eine defi-nitive konstruktive amerikanische Politik vorschlagen, um der Krise in China zu begegnen:

1. Es darf weder eine Anerkennung der kommunistischen Kraefte in China noch einen Handel mit ihnen noch eine wirtschaftliche Unterstuetzung fuer sie geben. Die amerikanischen Handelsinteressen sollten mit aller Festigkeit vor einer engstirnigen, egoistischen und kurzsichtigen Politik der Staerkung der chinesischen Usurpa-toren gewarnt werden, die darin bestehen wuerde, dass Geschaefte mit ihnen getaetigt werden. Die Krise in China kann durch eine Haltung und Politik "des Geschaefts wie gewoehnlich" nur zum Schaden Amerikas und des Weltfriedens verschlimmert werden. Wir duerfen unsere Feinde von heute und morgen nicht unterstuetzen und bewaffnen, wie wir es im Falle des japanischen Imperialismus getan haben.

2. Unsere Regierung darf in keiner Form irgend einem sogenannten Koalitions-regime, das auf Befehl Moskaus von der Kommunistischen Partei Chinas aufgerichtet wird, diplomatische Anerkennung oder wirtschaftliche Hilfe zuteilwerden lassen.

3. Wir fordern dringend von Praesident Truman, dass er mit allen demokrati-schen Nationen Europas, Asiens und Lateinamerikas Beratungen pflegt, wie ein Sofort-programm der kollektiven Aktion aufgestellt werden kann, um die Flut der kommunisti-schen Tyrannei einzudaemmen, und wie die demokratischen Kraefte unterstuetzt und ver-teidigt werden koennen.

4. Unsere Regierung soll dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die gesamte Frage der Rolle Russlands unterbreiten, die darin besteht, dass es den Buergerkrieg in China naehrt und finanziert, dass es gegen die legitime Regierung konspiriert, die von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen anerkannt wurde, dass es die fei-erlichen Verpflichtungen seines Vertrages in flagranti erhoehrt und so absichtlich den Weltfrieden unterminiert und gefaehrdet.

5. Wir beantragen eine prompte und angemessene amerikanische Hilfe fuer die einzigen Regierungsbehoerden, die von den Vereinigten Staaten in China anerkannt worden sind.

6. Wir beantragen, dass diese Hilfe unter sorgfaeltiger Aufsicht seitens der amerikanischen Militaer- und Wirtschaftsbehoerden geleistet werden soll, die darauf achten koennen, dass die Soldaten angemessene Verpflegung und Bewaffnung rechtzeitig erhalten und dass die wirklich demokratischen Kraefte das nationale Geschick des chinesischen Volkes lenken.

7. Zu diesem Zwecke beantragen wir, dass unsere Regierung autoritative und kompetente Militaer-, Industrie-, Landwirtschafts- Gesundheits- und Arbeits-Missio-nen nach China schickt, damit diese den Chinesen dabei helfen, ihr Heimatland zu

verteidigen, die Demokratie und das freie Gewerkschaftswesen zu foerdern und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu bessern.

Wir fordern dringendst eine angemessene und prompte Unterstuetzung fuer die Regierung des Praesidenten Li Tsung Jen. Wenn wir eine solche moralische und materielle Hilfe verweigern, ermutigen und sichern wir die Demoralisierung der restlichen nationalen Armeen und vergroessern die Desertionen ehrgeiziger, knie-weicher Provinzgenerale, die das Gefuehl haben, dass nur die Kommunisten internationale Hilfe (von Russland) haben, waehrend keine demokratische Nation die Nationalregierung unterstuetzt.

Die Kwangsi-Truppen unter dem Befehl des Praesidenten Li und des Generals Pei Chung Hsi haben alle Moeglichkeiten fuer einen wirksamen Widerstand. Ebenso verfuegen die Kwangtung-Streitkraefte unter der Fuehrung der Generale Chang Fa Kwei und Yue Han Mou wirklich ueber kaempferische Qualitaeten und koennen sich als Dorn im Auge der Kommunisten erweisen trotz des Verlusts von Nanking und Schanghai. Die Kommunisten sind nicht in der Lage gewesen, die Kontrolle auf See oder in der Luft an sich zu reissen, wie es auf dem Lande der Fall war. Da die Nationalisten die Inseln Formosa und Chusan kontrollieren, sind sie in der Lage, die Muendung des Wang-Poo durch Minen, Luftangriffe oder Schiffe zu blockieren. Hier besteht ein ernstliches Hindernis fuer die kommunistische Konsolidierung ihrer Kontrolle des Yangtse-Gebiets. Unsere Regierung sollte nichts tun, was geeignet waere, die Wirksamkeit solcher Blockademassnahmen zu stoeren oder quertzutreiben. Selbst wenn die Streitkraefte des Freien China noch mehr an Gebiet verlieren sollten, wuerde dies nicht von entscheidender Bedeutung sein. Ein fortwaehrender demokratischer Widerstand wuerde die Konsolidierung eines stabilen kommunistischen Regimes auf nationaler Basis hemmen. Wir duerfen nicht vergessen, dass schon frueher einmal, in den Jahren 1927/28, China 2 rivalisierende Regime hatte, aber dennoch wurde der nationale Staat nicht offiziell geteilt und das Schicksal Chinas war weit davon entfernt, besiegelt zu sein.

Heute zeigen sich die Erfolge der kommunistischen Partei fast ausschliesslich in Gebieten, die einmal von Japan Besetzt waren - in Gebieten, wo die Kuo-Min-Tang nicht wachsen und nicht Fuss fassen konnte. Ausserdem besteht heute, da das reaktionaerste Element der Kou-Min-Tang nicht mehr an der Macht ist, umsomehr Grund, der Nationalregierung von uns aus militaerische und wirtschaftliche Hilfe und Rat-schlaege zu geben, und sie zu ermutigen und zu beraten, wie man die Lage des Volkes in den Stadt- und Landgebieten verbessern und den Fortschritt der Demokratie foer-dern kann.

Fuer Demokratie und Nationale Freiheit in Asien

8. Unsere Regierung sollte verkunden, dass sie in ihrer Politik fest entschlossen ist, eine staendige Zusammenarbeit unter den demokratischen Kraeften Asiens zu foerdern und zu unterstuetzen - auf einer Linie mit der vor kurzem statt-gefundenen Konferenz der Nationen Asiens, die von Indien einberufen wurde - um den chinesischen und anderen kommunistischen Einflussen und Uebergriffen Widerstand zu leisten und diese zu ueberwinden. Die Ausdehung des Einflusses der chinesischen Kommunisten ist lediglich ein Stosskeil der totalitaeren Aggression und des Imperialismus der Russen.

9. Unsere Regierung sollte ihren ganzen moralischen Druck auf Frankreich und die Niederlande ausueben, damit diese den Wunsch der Voelker Asiens, die noch von ihnen regiert werden, nach nationaler Freiheit, nach wirtschaftlicher Besserung und sozialer Gerechtigkeit im Rahmen und durch die Methoden der Demokratie anerkennen. Sonst werden die Kommunisten diese unerfuellten legitimen Forderungen fuer ihre eigenen niedrigen Ziele und im Interesse des russischen Imperialismus ausschlachten.

10. Unsere Regierung sollte eine Sonderkommission ernennen, in der auch die Arbeiterschaft vertreten ist, die gemeinsam mit den demokratischen Obrigkeiten Asiens die Anwendung des Punkts IV des Praesidenten Truman auf diese unentwickelten Gebiete im Interesse ihrer eingeborenen Voelker und der ganzen Welt vorbereitet.

Abschluss und Schlussfolgerung

Die Welt kann nicht frei bleiben und in Frieden leben, ohne das Asien frei ist und dort Frieden herrscht. Ueberdies kann Asien nicht frei, friedlich und gedeihlich leben, wenn sich China im Wuergegriff des Kommunismus befindet. Es gibt nichts Unerbittliches und Unbesiegbares in bezug auf den Kommunismus in China und das uebrige Asien. Aber wir koennen den Kommunismus nicht allein mit militaerischen Waffen schlagen. Die Demokratie hat hoehere Ideale und bessere Ideen als der Kommunismus oder irgend eine andere Art totalitaeren Despotismus. Wir muessen diese Ideale und Ideen in positive Aktionen, in die Wirklichkeit umsetzen.

In Indonesien, in Birma und Indochina bestehen starke demokratische nationalistische Kraefte, die Todfeinde des kommunistischen Despotismus sind. Abgesehen davon wollen noch koennen weder Russland noch die Kommunisten in China den asiatischen Voelkern echte nationale Freiheit, das notwendige Kapital die Maschinen geben damit sie ihre Wirtschaft entwickeln und ihren Lebensstandard verbessern.

Wenn wir dies alles betonen, dann versuchen wir nicht, die Bedeutung der Siege, die die Kommunisten in China heute davon tragen, zu verkleinern. Die Auswirkungen dieser Siege sind enorm - besonders und augenblicklich fuer Suedostasien, und selbst fuer die Philippinen, Australien und Neuseeland. So ernst auch die sich fuer die Freiheit ergebende Gefahr ist, die schlimmste Gefahr, der wir heute gegenueberstehen ist das Gefuehl der Verzweiflung und eine Politik der Untaetigkeit und des Sichtreihenlassens. Wenn wir auch weiterhin in der chinesischen Krise nichts tun, dann sind wir auf dem besten Wege, die Freunde, die wir in China noch haben, zu verlieren und es wird unmoeglich sein, die Zusammenarbeit der in der Entwicklung begriffenen demokratischen Kraefte in jedem anderen Teile Asiens zu sichern.

Die Krise in China ist sehr ernst, aber sie ist nicht hoffnungslos. Die Zeit kann noch zugunsten der Freiheit und des Friedens in China und fuer die Demokratie unter den Voelkern Asiens gewandelt werden. Zwecks Erreichung dieser grossen Ziele hat der Freie Gewerkschaftsausschuss der AFL obiges Programm in Vorschlag gebracht. Wir wenden uns an unsere Regierung, unsere Vorschlaege prompt, gruendlich und im guenstigen Sinne in Betracht zu ziehen.

"Der Freie Gewerkschafts-Ausschuss der Arbeiterliga fuer Menschenrechte"

Box 65, Station G. New York 19, 5. Juli 1949

DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DIE DEMOKRATIE IN EUROPA

Die Entwicklung einer starken und freien Arbeiterbewegung wird von George Meany, dem Sekretaeer und Schatzmeister der AFL, als Schluessel zum Aufleben und zur Staerkung der europaeischen Demokratie angesehen.

Bei einem Interview anlaesslich seiner Ankunft aus Europa am Dienstag sagte Meany, dass starke demokratische Gewerkschaften dasein muessen, wenn es ein demokratisches Europa geben soll. Der AFL-Funktionaer kehrte aus Genf zurueck, wo er an den Versammlungen der Internationalen Organisation fuer Arbeitsfragen (ILO) und einer neuen Weltgewerkschaftsorganisation teilgenommen hatte.

Die neue Arbeiterorganisation wurde gegrueudet, nachdem Gewerkschaften aus 34 Nationen einschliesslich des amerikanischen CIO aus dem Weltgewerkschaftsbund (WFTU) ausgetreten waren. Der Hauptgrund fuer die Massenabspaltung vom WFTU war

das Gefuehl, dass dieser von den kommunistischen Regierungen Osteuropas fuer politische Zwecke ausgenutzt wurde. Die neue Organisation wurde in voller Unabhaengigkeit von irgendwelchen Regierungseinflüssen gebildet.

Meany berichtete, dass die neue Organisation gute Fortschritte erzielt haette, seit sich die englischen, hollaendischen und amerikanischen Mitglieder vom WFTU zurueckgezogen hatten. Er erklaerte, dass auf der Konferenz in Genf ein Staendiger Ausschuss, der aus 16 Mitgliedern besteht, gebildet wurde, der in London am 25. Juli zusammentreten soll, um den Entwurf einer Resolution aufzustellen fuer eine verfassungsgebende Delegierten-Konferenz im November.

Der "New York Times" zufolge soll Meany gesagt haben: "Wenn es ein demokratisches Europa gibt, dann nur, weil es eine demokratische Arbeiterbewegung gibt. Nach meinen Wahrnehmungen ist Westdeutschland der Schluessel fuer die gesamte Europaeische Lage, und die Entwicklung haengt dort von dem Grade ab, in dem das deutsche Gewerkschaftswesen entwickelt und gestaerkt werden kann. Der Kampf dauert noch an zwischen den Kommunisten und den freien Gewerkschaften in Frankreich, doch glaube ich, dass in Westdeutschland der Kampf gewonnen wurde. Die einzige Gefahr ist ein wirtschaftlicher Zusammenbruch oder die Rueckkehr der Nazis und der grossen Kartelle. Die Gewerkschaftsbewegung ist das groesste Bollwerk gegen die Trusts."

"State Department Radio Bulletin"

6. Juli 1949

- 8 -

Manpower Division
OMGUS, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 27 / 28

Berlin, 2. September 1949

Die Manpower Division der U.S. Militaerregierung ist im Begriff von Berlin nach Frankfurt ueberzusiedeln. Bis neue Vorkehrungen getroffen werden koennen, die "Internationalen Arbeitsmitteilungen" drucken zu lassen, werden die einzelnen Veroeffentlichungen in unregelmassigen Abständen erscheinen.

Ausserdem muss eine Entscheidung darueber getroffen werden, ob sich die Veroeffentlichungen auch weiterhin als zweckdienlich erweisen. Wir wuerden es begruessen, wenn unsere Leser zu dieser Frage Stellung nehmen wuerden. Besteht noch genuegend Interesse daran, dass die Veroeffentlichung der "Internationalen Arbeitsmitteilungen" fortgesetzt wird, so werden unsere Leser gebeten, Ihre Meinung hierzu an folgende Adresse zu richten:-

Manpower Division - OMGUS
APO 757 - U. S. Army

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Forderungen der Vorarbeiter bei Kaiser-Frazer - - -	1
Schiedsgerichtsverfahren - - - - -	2
Vertrauen und Zusammenarbeit - - - - -	6
Ein schwedischer Bergarbeiter besucht die USA - - -	6
Italien blickt nach Westen - - - - -	7
Die Lebenshaltungskosten Frankreichs im Jahre 1948-	9
CIO-Bericht empfiehlt Lohnerhoehung - - - - -	10

FORDERUNGEN DER VORARBEITER BEI KAISER-FRAZER

Der Vorarbeiter-Verband Amerikas (FAA), der Vertreter des Aufsichtspersonals von Kaiser-Frazer bei den Kollektivverhandlungen, hat die Gesellschaft gebeten, mehrere neue Klauseln in das Abkommen, ueber das jetzt verhandelt wird, mit aufzunehmen. Abgesehen von einem Pensionsplan, einem dreiwöchigen Urlaub und 6 bezahlten Feiertagen hofft der FAA, noch folgende Forderungen durchzudruecken: 1. Lohnzahlung fuer mindestens 1 Monat, wenn das Werk aus Gruenden schliessen muss, auf die die Vorarbeiter keinen Einfluss haben, 2. Barentschaedigung fuer Vorarbeiter, die entlassen werden, und denen Krankengeldzuschuss zusteht, 3. Anrechnung des Dienstalters bei Vorarbeitern, damit sie ein Anrecht auf eine Arbeitsstelle haben, wenn sie zurueckgestuft werden, 4. Rueckstufungen bei Entlassungen gemaess dem Dienstalter und 5. Verschlussbare Kleiderablagen und Brausebaeder.

"Employee Relations Bulletin " 20. Juli 1949

Der folgende Artikel ist der erste Abschnitt einer vom Amerikanischen Arbeitsministerium herausgegebenen Broschüre ueber das Schiedsgerichtsverfahren. In diesem Bericht wird zum Ausdruck gebracht, bis zu welchem Grade Gewerkschaften und Unternehmer vom Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen. Der Stoff dieses Berichts ist in Kraft befindlichen Verträgen entnommen, von denen mehrere Hundert geprüeft wurden.

Unsere Dienststelle wuerde es begriessen, wenn sich diejenigen unserer Leser melden wuerden, die sich fuer weiteres Material auf diesem Gebiete interessieren. Eine genuegende Nachfrage wuerde uns eventuell veranlassen, die gesamte Broschüre ins Deutsche uebersetzen zu lassen. Zuschriften sind zu richten an;

Manpower Division, OMCUS, APO 757, U.S. Army

Schiedsgerichtsbarkeit: A) Verhandlungstechnik

Die Schiedsgerichtsbarkeit bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist heute ein allgemein anerkannter Grundsatz auf dem Gebiete der Amerikanischen Arbeitgeber-Arbeitnehmer Beziehungen. Die Schiedsgerichtsbarkeit ist eine friedliche, freiwillige Methode, um Streitigkeiten durch eine oder mehrere Personen, die von den streitenden Parteien ausgewaehlt werden, zu schlichten. Sie wird nur dann angewandt, wenn die Parteien nicht selbst zu einer Einigung gelangen koennen, auf direktem Verhandlungswege. Beide Parteien werden angehört, unterbreiten dabei ihre Beweismittel und legen ihre Argumente dar. Danach trifft der Schiedsrichter seine Entscheidung und faellt seinen Spruch, den beide Parteien anzunehmen sich freiwillig im Voraus bereiterklaert haben.

Schiedsgerichtsbarkeitsverfahren

In einer Konferenz, die der Praesident im Jahre 1945 mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abhielt, haben sich beide Parteien einstimmig fuer die Schiedsgerichtsbarkeit als letzten Schritt eines vernuenftigen Beschwerdeverfahrens ausgesprochen:

"Die Parteien sollen in gemeinsamen Abkommen einen unparteiischen Vorsitzenden, Schiedsrichter oder einen Ausschuss vorsehen, dem die endgueltige Entscheidung ueber unerledigte Beschwerden oder Streitigkeiten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendbarkeit von Vereinbarungen zusteht. In diesem Zusammenhange soll das Abkommen folgendes vorsehen,

- "(a) Ein endgueltiges Verfahren, dem beide Seiten zugestimmt haben muessen, und das die Auswahl des unparteiischen Vorsitzenden, des Schiedsrichters oder des Ausschusses regelt;
- "(b) Dass der unparteiische Vorsitzende, Schiedsrichter oder Ausschuss nicht die Vollmacht haben, Zusaetze, Streichungen, Aenderungen oder Modifizierungen an irgendeinem Paragraphen des Abkommens vorzunehmen, sondern dass sie nur berechtigt sein sollen, die bestehenden Paragraphen des Abkommens auszulegen und sie auf die spezifischen Tatsachen der Beschwerde oder des Streitfalles anzuwenden;
- "(c) Dass die Ueberweisung einer Beschwerde oder eines Streitfalles an einen unparteiischen Vorsitzenden, Schiedsrichter oder Ausschuss den letzten Instanzenzug dieses Verfahrens darstellen sollte, und dass man nur dazu schreiten sollte, wenn das Einigungsverfahren vorangegangener Instanzen erschoept ist.
- "(d) Dass die Entscheidung des unparteiischen Vorsitzenden, Schiedsrichters oder Ausschusses von beiden Parteien als endgueltig und bindend anerkannt werden sollte;

"(e) Dass die Kosten fuer den unparteilichen Vorsitzenden, Schiedsrichter oder Ausschuss zu gleichen Teilen von beiden Parteien getragen werden sollten.

"Sonstige Fragen, die nicht die Anwendung oder Auslegung der Vereinbarung, wie sie jeweils besteht, beruehren, die aber ordnungsgemaess in Verfolg der Vorschriften des Abkommens aufgeworfen werden koennen, sollten zum Gegenstand von Verhandlungen und einer guetlichen Vereinbarung gemacht werden oder mit anderen Mitteln geloest werden, die den Parteien geeignet hierfuer erscheinen.

"Sofern ein Abkommen eine Erneuerungsklausel und eine Aenderung oder Modifikation enthaelt oder sofern von einer der beiden Parteien die Wiederinkraftsetzung eines Abkommens verlangt wird, oder sofern ein bestehendes Abkommen in naechster Zeit ablaeuft, sollte eine ausreichende Zeitspanne fuer Verhandlungen ueber ein neues oder modifiziertes Abkommen vorgesehen werden. Falls derartige Verhandlungen fehlschlagen sollten die Parteien rechtzeitig von den Moeglichkeiten der Schlichtung, Vermittlung und, sofern dem gemeinsam zugestimmt wird, vom Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen.

"In diesem Bericht ist in keiner Weise beabsichtigt, ein zwangsweises Schiedsgerichtsverfahren zu empfehlen, mit anderen Worten die Empfehlung eines Verfahrens, dem nicht beide Parteien freiwillig zugestimmt haben.

Schiedsgerichtsbarkeit und Kollektiv-Verhandlungen

Im grossen und ganzen ist die Schiedsgerichtsbarkeit ein inoffizieller und kein durch starre Verfahrensvorschriften eingeengter Prozess. Die Parteien setzen in gemeinsamer Vereinbarung ihre eigenen Verfahrensregeln fest, waehlen den Schiedsrichter oder legen eine Methode fuer seine Auswahl fest, legen auch Termine fest, definieren Probleme oder Streitfaelle, die unterbreitet werden sollen, und stimmen schliesslich gemeinsam darin ueberein, dass innerhalb dieser Grenzen die Entscheidung des Schiedsrichters engueltig und bindend sein soll.

Im Gegensatz zur Vermittlung und Schlichtung ist die Schiedsgerichtsbarkeit in Wirklichkeit kein Teil des Kollektiv-Verhandlungswesens, obgleich sie oftmals als Kollektiv-Verhandlungen oder dazugehoerig angesehen werden. Waehrend eine Vermittlung die gegenseitige Einraeumung von Zugestaendnissen einschliesst, wobei den betroffenen Parteien auch gestattet ist, sich das Recht einer endgueltigen Entscheidung ueber den Streitpunkt vorzubehalten, schliesst die Schiedsgerichtsbarkeit keinerlei Kompromisse in sich und nimmt den streitenden Parteien die endgueltige Entscheidung aus ihren Haenden. Nachdem die Parteien freiwillig der Schiedsgerichtsbarkeit zugestimmt haben, sind sie an die Annahme und Ausfuehrung der Entscheidung des Schiedsrichters gebunden.

Zwei unwandelbare Elemente muessen bei der Schiedsgerichtsbarkeit vorhanden sein, ohne Ruecksicht auf die Elastizitaet aller uebrigen Merkmale. Erstens muss oder muessen der bzw. die Schiedsrichter unparteilich sein. Falls ein Ausschuss gebildet wird, dem auch Vertreter der Parteien angehoren, so erhaelt das unparteiliche Mitglied oder der unparteiliche Vorsitzende die entscheidende Stimme. Zweitens muss es eine endgueltige und bindende Entscheidung geben, die durch den Spruch des Schiedsgerichts verkoerpert wird, und nicht lediglich den Versuch, die Parteien zusammenzubringen, damit sie die Frage selbst regeln koennen, und die Entscheidung muss innerhalb der Vollmachten liegen, die dem Schiedsgericht zugestanden worden sind.

Grundsuetzlich ist ein solches Schlichtungsverfahren ein Ersatz fuer wirtschaftliche Massnahmen - fuer Streik oder Aussperrung. In der Tat wird die Vereinbarung, sich der Schlichtung zu bedienen, vielfach mit einer Regelung gekoppelt,

die Streiks und Aussperrungen ausschliesst in allen Faellen, auf die die Schlichtung anwendbar ist.

Die Schiedsgerichtsbarkeit kann entweder eine jeweils zeitbegrenzte, auf einen bestimmten Fall abgestellte Einrichtung sein, die getrennt fuer jeden einzelnen Streitfall eingerichtet wird, oder sie kann auch staendig bestehen, wobei dann die gleiche Person oder der gleiche Ausschuss als Schiedsrichter fuer die Gueltigkeitsdauer des Abkommens taetig ist. Die unparteiische Stelle, an die unerledigte Streitigkeiten zur endgueltigen Entscheidung ueberwiesen werden, kann als Schiedsrichter, unparteilicher Vorsitzender oder Schlichter bezeichnet werden. Die Frage der Bezeichnung ist unbedeutend. Der wichtige Faktor ohne Ruecksicht auf den Titel, mit dem die unparteiische Person bedacht wird, ist die Reichweite seiner Vollmachten (oder seiner Funktionen), und dies ist bei den einzelnen Vereinbarungen unterschiedlich. Bei manchen Vertraegen mag der Schiedsrichter (fuer den einzelnen Fall oder fuer staendig berufen) nur ein beschraenktes Aufgabengebiet haben. Bei anderen Vertraegen wieder mag seine Jurisdiktion dem Wesen nach unbeschraenkt sein, einschliesslich der endgueltigen Verfuegung ueber irgendwelche unerledigten Beschwerden, die sich auf Arbeitsbedingungen oder sogar auf die Bedingungen eines neuen Abkommens beziehen.

Durchfuehrungsmoeglichkeiten bzw. Fuehlungnahme in der Schiedsgerichtsbarkeit

Bei den Kollektiv-Verhandlungen ist es ueblich, zwischen Fragen der Auslegung oder Anwendung spezifischer Klauseln von Abkommen, die bereits ausgehandelt und in Kraft getreten sind, und Streitigkeiten ueber die Bedingungen, die in ein neues erneuertes Abkommen aufgenommen werden sollen, zu unterscheiden. (Die Schiedsgerichtsbarkeit kann auch angewandt werden, um Streitigkeiten hinsichtlich der Jurisdiktion zweier oder mehrerer Gewerkschaften in bezug auf gewisse Arbeiten oder Arbeitsarten ihres Organisationsgebietes zu regeln.) Die erste Art der Schiedsgerichtsbarkeit wird angewandt, um Kontroversen zu bereinigen, die unausbleiblich bei der taeglichen Anwendung eines Abkommens innerhalb eines Betriebes entstehen. Die zweite Art wird angewandt, um Meinungsverschiedenheiten ueber grundsuetzliche Beschaeftigungsbedingungen zu regeln, die in ein neues Abkommen aufgenommen werden sollen. Im ersten Falle kann die Taetigkeit des Schiedsrichters als richterliche oder richteraehnliche Funktion aufgefasst werden, wenn er eine Entscheidung ueber Zwecke oder Bedeutung einer umstrittenen Klausel, oder ihre Beziehung zu einer gegebenen Lage faellt. Im letzteren Falle ist der Schiedsrichter normalerweise gehalten, eine legislative Stellung einzunehmen.

Es gibt jedoch keine klare Unterscheidung zwischen diesen beiden Moeglichkeiten. Im besonderen in Verbindung mit Streitigkeiten, die waehrend der Gueltigkeitsdauer eines Vertrages auftreten, entscheiden die Auffassungen der Schiedsrichter im Hinblick auf ihre Funktionen, den Entwicklungsgang der Verhaeltnisse im Abkommensverfahren, die vertragsmaessige Beschraenkung der Reichweite in bezug auf die Vollmachten der Schiedsrichter und verschiedene andere Faktoren, ob ein Schiedsrichter strikt als "Richter" oder als "Gesetzgeber" handeln oder ob er diese beiden Funktionen weise kombinieren soll.

Vorschriften fuer Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit.

Die meisten Kollektiv-Verhandlungs-Abkommen enthalten eine Vorschrift fuer die Schiedsgerichtsbarkeit bei unerledigten Streitigkeiten. Diese Vorschriften sind in ihren Einzelheiten sehr unterschiedlich. In einigen Abkommen wird die Schiedsgerichtsbarkeit mit einem einzigen Satz vorgesehen, der etwa lautet: "nicht beigelegte Streitigkeiten sind einem Schiedsgericht zu ueberweisen" andere enthalten sorgfaeltig detaillierte Klauseln, die auch die definitive Reichweite der Streitfaelle einschliessen, sowie Regeln und Vorschriften fuer

die Abwicklung, Termine usw. Das Fehlen einer Vorschrift ueber die Schiedsgerichtsbarkeit schliesst natuerlich nicht aus, dass sich Arbeitgeber und Gewerkschaft nicht gemeinsam darueber schliessig werden, bestimmte Streitigkeiten durch gemeinsam getroffene Uebereinkunft jederzeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Reichweite der Schiedsgerichtsbarkeit erstreckt sich ueblicherweise nur auf Streitigkeiten ueber die Auslegung und Anwendbarkeit der Vertragsbedingungen. Die Vertragsbedingungen werden in Kollektiv-Verhandlungen festgelegt; die Erledigung von Streitigkeiten ueber Bedingungen eines neuen Vertrages oder die Erweiterung bzw. Abaenderung eines bestehenden Vertrages liegt nur selten innerhalb der Jurisdiktion des Schiedsrichters.

Die Überweisung unerledigter Streitigkeiten an die Schiedsgerichtsbarkeit nach Erschoepfung des Beschwerdeverfahrens erfolgt ueblicherweise automatisch (ausgenommen fuer nicht schiedsgerichtsfaehige Streitfaelle), obgleich einige Vertraege die Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit nur nach beiderseitiger Zustimmung gestatten. Die meisten Vereinbarungen sehen eine Schiedsgerichtsbarkeit fuer den einzelnen Fall vor, was bedeutet, dass ein Schiedsrichter oder ein Schiedsausschuss ausgewählt wird, nachdem die Verhandlungen erfolglos geblieben sind. Andere jedoch sehen die Ernennung eines Schiedsausschusses oder eines unparteiischen Vorsitzenden vor, der waehrend der gesamten Dauer des Abkommens seine Taetigkeit ausuebt. Beim Fehlen einer staendigen Schiedsgerichtsbarkeitseinrichtung koennte sich eine Lage gegenseitigen Misstrauens in jenen Faellen ergeben, wo sich Arbeitgeber und Gewerkschaft ueber die Auswahl des Schiedsrichters erst dann einigen muessen, nachdem Verhandlungen fehlgeschlagen sind, und in einer solchen Situation ist dann eine Einigung auf einen Schiedsrichter schwierig. Manche Abkommen sehen deshalb die Auswahl des Schiedsrichters durch eine nicht betroffene dritte Partei vor, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaft sich nicht innerhalb einer angemessenen Zeitspanne einigen koennen. Die am haeufigsten fuer die Ernennung bestimmten Stellen sind der "Bundes Vermittlungs- und Schlichtungsdienst" (Federal Mediation and Conciliation Service), verschiedene staatliche Arbeitsausschuesse (State Labor boards) sowie die Amerikanische Schiedsgerichts Vereinigung (American Arbitration Association), eine private Stelle.

Oftmals werden in den Abkommen Termine fuer einige oder alle Stadien des Schiedsgerichtsprozesses festgesetzt werden. Manchmal enthalten sie ins einzelne gehende Regeln und Richtlinien in Bezug auf die Durchfuehrung des Schiedsgerichtsverfahrens, Zulaessigkeit von Beweismitteln und damit zusammenhaengende Dinge.

Die Kosten fuer den Schiedsrichter werden ueblicherweise gleichmaessig von beiden Parteien getragen. Einige Vereinbarungen verpflichten die unterliegende Partei, die gesamten Kosten zu tragen.

Fast immer sagen sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschaften zu, den Schiedsgerichtsspruch als endgueltig und bindend anzunehmen. Dies kann nur in wenigen Staaten gesetzlich erzwungen werden. Vielfach enthalten die Abkommen Bestimmungen, die sich auf die rueckwirkende Kraft des Schiedsspruches beziehen, besonders in jenen Faellen, in denen es um ungerechtfertigte Entlassungen oder um die Angleichung von Lohnsaetzen geht.

VERTRAUEN UND ZUSAMMENARBEIT

"Es ist von Wichtigkeit, dass bei den Gewerkschaften des Landes, die mit der verstaatlichten Industrie in Zusammenhang stehen, vollste Zusammenarbeit und guter Wille herrschen muss. Daher muss der solidarische Mechanismus zur Erreichung der Leistung mit den Gewerkschaften behandelt und von ihnen gebilligt werden.

"Sollen aber die Mitglieder des gemischten Leistungsausschusses von den Gewerkschaften von Seiten der Arbeitnehmer ernannt oder sollen sie aus den Reihen der Arbeiter in der Industrie als Arbeiter gewaehlt werden.

"Ich halte es fuer richtig, wenn die Mitglieder einer solchen Koerperschaft innerhalb der Industrie selbst gewaehlt werden, und zwar auf der Basis, dass die Arbeiter daran als Arbeiter und nicht direkt als Gewerkschaftler beteiligt sind. Ich moechte hierbei hervorheben, dass der Arbeiter in der Industrie keine Verantwortung bei vollzugsreifen Entscheidungen uebernehmen will. Was er will, ist, dass man seine Meinung hoert, bevor eine vollzugsreife Entscheidung wirksam wird, und dann will er seinen Beitrag leisten, und ueberlaesst die Verantwortung fuer die Entscheidung jemand anders.

"Eine der ersten Aufgaben bei der gemeinsamen Beratung in der verstaatlichten Industrie besteht darin, das Misstrauen zu zerstoeren, Vertrauen zu schaffen, und Zusammenarbeit zu sichern. Vertrauen kann durch gemeinsame Erziehung innerhalb der sozialisierten Industrie geschaffen werden, Ich hoffe, dass dies der Fall sein wird, sobald die Betriebsleitung wie auch die Arbeiter Wochenendschulen eingerichtet haben, wo ueber die Funktion der gemeinsamen Beratung gelehrt wird.

"Wir muessen den Arbeiter davon ueberzeugen, dass der Mann, der ihn beaufsichtigt, wirklich seiner Arbeit wuerdig ist. Arbeiter wollen nicht die Verantwortung dafuer uebernehmen, zu entscheiden, wer befoerdert werden soll. Auf alle Faelle aber wollen sie das Gefuehl haben, dass jeder, der ueber angemessene Faehigkeiten fuer einen Posten hat, auch die faire Chance haben soll, den Posten zu bekommen.

"Es wird in der Beaufsichtigung nie ein wirkliches Vertrauen Platz ergreifen, wenn jeder Chef von der Spitze bis zur niedrigsten Stellung herunter von denjenigen getauscht wird, die unter ihm zu arbeiten haben. Hier ist eine Beratung vonnoeten. Jeder Arbeiter wird zugeben, dass, wenn es fuer Leute die Moeglichkeit geben soll, sich von unten herauf bis zur hoechsten Position emporzuarbeiten, ein besonderes Training innerhalb der Industrie bestehen muss und dass darauf geachtet werden muss, dass diese Leute ein allgemeines Bild von der Industrie bekommen.

"Ich bin der Meinung, dass der Arbeiter in der Industrie das Recht hat, durch den Mechanismus der gemeinsamen Beratung ueber die Moeglichkeiten von Erziehungsplaenen befragt zu werden. Darueber hinaus sollte ihm die Gelegenheit gegeben werden, die Ausbildungsplaene in der Auswirkung zu beobachten. Ich denke, dass dies von Wichtigkeit ist, um dem Arbeiter Vertrauen einzufloessen. Je mehr er die Erfordernisse und die Personalfragen in der Industrie kennen lernt, umso mehr wird er nach gemischten Beratungsausschuessen verlangen."

"Labour" Juli 1949

EIN SCHWEDISCHER BERGARBEITER BESUCHT DIE USA

Edward Mattson, der Vorsitzende der schwedischen Bergarbeitergewerkschaft, hat im Auftrage der Behoerden des Marshallplans kuerzlich die Vereinigten Staaten

bereit, um dort das Problem der Leistungssteigerung zu studieren, wie sie im technischen Unterstützungsprogramm der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) vorgesehen ist. Mattson schreibt darueber in seinem Gewerkschaftsblatt:

"Es ist hoechst erfreulich zu wissen, dass sich Amerika gerade jetzt so sehr mit internationalen Problemen befasst, und dass auch die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit an der internationalen Lage Interesse nehmen."

Mattson stellt ferner fest: "Die amerikanischen Arbeitgeber haben gelernt, die Arbeiter und ihre Organisationen zu respektieren;" und fuegt hinzu: "Wie es heutzutage ueberall in der zivilisierten Welt der Fall ist, sind sich die Arbeitgeber auch in Amerika der Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Produktionsprozess bewusst und glauben, dass auf lange Sicht gesehen eine solche Zusammenarbeit fuer alle Beteiligten zum Besten ist."

Der schwedische Bergarbeiterfuehrer weist darauf hin, dass in den Vereinigten Staaten die Unfallverhuetungsmassnahmen von der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung gemeinsam durchgefuehrt werden. Er erwaehnt die Einsetzung besonderer Sicherheitsausschuesse in den Fabriken und erklaert, dass, wie allgemein festgestellt worden ist, die Zahl der Betriebsunfaelle in Amerika, einschliesslich der toedlichen Unfaelle in den letzten Jahren abgenommen habe.

Nach Mattson liegen die Stundenloehne in Amerika etwas hoeher als in Schweden. Mattson berichtet u.a., dass einer der amerikanischen Gewerkschaftsbuende jaehrlich 250.000 Dollars fuer Ausbildungszwecke ausgibt und neun verschiedene Sommerschulen fuer seine Mitglieder unterhaelt.

Aus: Gewerkschaftsnachrichten der ECA, 7. Juli 1949

ITALIEN BLICKT NACH WESTEN

"Bei Betrachtung der politischen Situation in Italien wuerde ein englischer Beobachter gut daran tun, sich umzustellen und entgegen seiner Gewohnheit die Dinge eine wenig mehr von rechts her zu sehen. Die Regierungen, die in England der Arbeiterregierung vorausgingen, hatten bereits eine entscheidende Wendung zum Sozialismus gemacht. In Italien wuerden die rechtsgerichteten Kreise viele der Massnahmen, mit denen sich die englischen Konservativen und Liberalen abgefunden haben, als geradzu umstuerzlerisch ansehen.

Die Sozialisten in Italien scheuen sich, Reformmassnahmen durchzufuehren, obwohl sie die Arbeiterpartei in England als ihr Vorbild ansehen. Waehrend des Faschismus haben sie den groesseren Teil der sie unterstuetzenden Arbeiterschaft an die Kommunisten verloren; auch jetzt noch stellen die italienischen Sozialisten eine Elite mehr oder weniger ehrgeiziger Intellektueller dar, die keine wirkliche Verbindung zum Proletariat und zu den Gewerkschaften haben. Was die Kommunisten angeht, so hat es den Anschein, als verfolgten sie mit ihren Streiks lediglich einen sozialen Zweck. In Wirklichkeit verfolgen sie ein politisches Ziel, naemlich Unruhe im Interesse des Kominform zu stiften. Konkreten Reformproblemen weichen sie aus. Sie haben kein Interesse daran, ein System zu stuetzen, dessen Zerstoerung sie bezwecken.

In Italien, wo sich die Demokratie sozusagen noch in einem Versuchsstadium befindet, tritt man einer politischen Partei oft mehr aus Gruenden der Zweckmaessigkeit bei als in der Absicht, sich fuer bestimmte Interessen oder Ideale einzusetzen. Daher ist es schwierig, ideologische Grenzen zu ziehen. Feste politische oder weltanschauliche Ueberzeugungen findet man nur in gewissen kleinen Kreisen, welche die Kernzellen einiger Parteien bilden.... Am schwachsten weltanschaulich fundiert sind die Sozialisten; es fehlt ihnen der fanatische Glaube an eine Idee, wie wir ihn bei den Katholiken, Monarchisten, Faschisten

und Kommunisten finden. Die Sozialisten versuchen, diesen Mangel dadurch auszugleichen, dass sie die Demokratie zu einem Fetisch machen, obwohl diese Regierungsform dann am besten funktioniert, wenn man sie als gegeben hinnimmt.

Mangelnde Reform des Finanzwesens

Es waere unklug, die Tatsache ausser Acht zu lassen, dass der Faschismus fuer die Arbeiterklasse einen gewissen Grad von Wohlstand geschaffen hatte, sei er auch noch so schlecht fundiert gewesen, und dass das Koerperschaftsrecht, wenn es auch nicht den Kampf zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft beendete, doch in gewissen Ausmasse die Gegensatze zwischen beiden milderte, oder wenigstens verschleierte. Der Krieg und seine Nachwirkungen haben diesen Wohlstand zerstoert und die unter dem faschistischen Regime eingeleiteten Reformen hinweggefegt, ohne die wirtschaftliche Struktur des Landes grundlegend zu veraendern. Diese Struktur ist ihrem Wesen nach undemokratisch; sie beruht auf einem ungerecht gehandhabten und korrupten Finanzsystem, das mit den heutigen Begriffen von Gleichheit und Gerechtigkeit ja sogar mit den Grundsuetzen volkswirtschaftlichen Denkens unvereinbar ist. Der Staat, der aus verschiedenen Gruenden nicht in der Lage ist, die direkten Steuern in vollem Umfange einzuziehen, ist mehr und mehr zu einer indirekten Besteuerung uebergegangen, die schwer auf den unbemittelten Klassen der Bevoelkerung lastet. Diese Misstaende werden noch durch die willkuerliche Anwendung der Steuergesetze und Steuerbefreiungen verschaeft, wobei sich private Interessengruppen nur zu oft hinter dem Bollwerk kirchlicher Vorrechte verschanzen, die an sich schon ein starkes Hindernis fuer eine Steuer- und Agrarreform darstellen.

Anstatt nach der Befreiung des Landes Steuerreformen einzufuehren, wandten die Linksparteien ihre ganze Aufmerksamkeit den Verfassungsfragen zu und fuehren fort, in vagen Toenen von einer Revolution des Geistes zu reden, obwohl sie die geistigen Kraefte des Landes keineswegs auf ihrer Seite hatten. Man verlor Zeit und verpasste die kurz sich bietende Gelegenheit. Die Reformen, die eigentlich zum Bestande des sozialistischen Programms gehoert haetten, wurden entweder von anderen Kreisen durchgefuehrt und dann nur unvollstaendig und in anderem Sinne, oft auch mit der Absicht, ihre Auswirkungen wieder aufzuheben; oder aber sie unterblieben voellig.

Der italienische Sozialismus ist sowohl marxistischen als auch liberalen Ursprungs. So wird er dauernd zwischen revolutionaeren und reformatorischen Vorstellungen hin und her gerissen. Daher auch die ideologischen Motiven entspringenden dauernden Absplitterungen, Zusammenschlusse und Trennungen, die schon zu einer Art Sport, fast zu einem Laster geworden sind.....Seitdem die Sozialisten wieder im politischen Kampfe stehen, haben sie einen neuen und schaebigeren Beweggrund fuer ihre kleinlichen Auseinandersetzungen gefunden. Jeder, der nur geringfuegig von der allgemeinen Richtung abweicht, bemueht sich, eine eigene Partei oder Parteigruppe mit eigener Fuehrung zu bilden, Minister zu werden oder einen aehnlichen eintraeglichen Posten mit eigenem Sekretariat und zahlreichen untergeordneten Stellen zu bekommen; auf diese Weise verdienen sich viele Leute ihren Lebensunterhalt (oder wiegen sich in der Hoffnung, dazu eines Tages in der Lage zu sein.)

Aufgeblaehter Verwaltungsapparat

In der Zwischenzeit sind in fast jedem Ministerium mit dem Amtsantritt eines Parteifuehrers oder des Exponenten einer kleineren politischen Gruppe eine Anzahl ihrer Anhaenger mit uebernommen worden; da sich aber niemand durch die Zurueckweisung solcher Leute unpopulaer machen will, fuehrt dies dazu, dass der ohnehin schon aufgeblaechte Beamtensapparat noch vergroessert wird. Unfaehig zu entscheiden, ob das Beamtentum politisch oder unpolitisch sein soll, haben die Italiener seit ueber fuenfzig Jahren mit Verwunderung und Unruhe der staendigen Erweiterung ihres

Beamtenapparats zugesehen. Zurzeit verursacht die Durchfuehrung des Marshallplanes eine weitere Aufblaehung des Verwaltungsapparats. In Italien ist die Ansicht weit verbreitet, dass der europaeische Hilfsplan, der die Einfuhr von Fertig- und Halbfabrikaten vorsieht, der italienischen Industrie schadet und schliesslich Arbeitslosigkeit hervorrufen wird. Bisher hat nur eine Gruppe unbedingten Nutzen aus dem Marshallplan gezogen, naemlich der Beamtenapparat, der zu seiner Verwaltung eingerichtet worden ist. Der italienische Staat ist in doppelter Hinsicht schwer belastet: einmal durch die Zuschuesse an die Industrie und zweitens durch den aufgeblaehten Beamtenapparat; beide Erscheinungen stellen latente Formen der Arbeitslosigkeit dar.

Kein Mensch in Italien zweifelt daran, dass die Kommunisten seit den letzten allgemeinen Wahlen an Boden verloren haben.....Es steht fest, dass sich Italien im vergangenen Jahr, wenn auch noch so zoegernd, fuer Amerika entschieden hat, so dass die kommunistische Partei vorlaeufig denjenigen ihrer Mitglieder, die nur um des Vorteils willen der Partei beitraten, wenig zu bieten hat. Die Lauen und Ungeduldigen sind bereits ausgeschieden und selbst die Masse der Arbeiterschaft waehrt der kommunistischen Partei die Treue nur noch, weil sie Vorteile erwartet, und nicht aus Ueberzeugung. Die Arbeiter wollen keine Revolution, sondern nur greifbare kleine Vorteile in Form von Lohnerhoehungen. Sie sind der zahlreichen politischen Streiks ueberdruessig, die nur Zeitverlust und Lohnausfaelle mit sich bringen, und selbst von nichtpolitischen Streiks versprechen sie sich wenig. Der einfaeltigste Mensch weiss heute Bescheid ueber den unheilvollen Wettlauf zwischen Loehnen und Preisen und kann zwischen Reallohn und Nominallohn unterscheiden. Was frueher einmal eine italienische Partei war, ist zu einer fuenften Kolonne herabgesunken und verliert infolgedessen immer mehr an Boden.

Ninetta S. Jueker im "Manchester
Guardian Weekly", 30. Juni 1949

DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN FRANKREICHS IM JAHRE 1949

Aus einer Studie ueber die Ausgaben von 1.000 Familien von franzoesischen Lohnempfaengern, Bueroarbeitern und Stellungslosen in Paris und Umgegend aus der Zeit zwischen April und Juli 1948 ergab, dass ein Ehepaar mit 3 Kindern 63% seiner Ausgaben in Lebensmitteln, 10% in Kleidung, 9% fuer Miete, Heizung und Hausrat, 6% fuer Medizin und sanitaere Dinge und 12% fuer andere Ausgaben einschliesslich Vergnuegen, Tabak und Fahrgelder anlegte. Das Durchschnittsehepaar ohne Kinder legte 8% weniger von den Gesamtausgaben fuer Lebensmittel an als ein Ehepaar mit 3 Kindern, aber 2% mehr fuer Kleidung und 6% mehr fuer verschiedene Ausgaben. Die im Verhaeltnis dazu stehenden Ausgaben fuer Miete und aertzliche Betreuung waren fast einheitlich ohne Ruecksicht auf die Grösse der Familie. Die Studie umfasste ebenso Familien von Stellungslosen wie auch von in Arbeit stehenden Hand- und Kopfarbeitern, und wurde gemeinsam vom Landesinstitut fuer Statistik und dem Landesinstitut fuer Hygiene durchgefuehrt.

Offizielle und wirkliche Preise

Die Studie hob den Unterschied hervor zwischen den offiziellen Preisen und denjenigen, die wirklich fuer Lebensmittel bezahlt werden. Obwohl nur geringe Unterschiede bei den Preisen fuer Brot, Milch, Teigwaren (Spagetti, Nudeln und anderen Mehlerzeugnissen) bestanden, war die Spanne zwischen den offiziellen und den wirklich gezahlten Preisen bei Fetten, Mehl, Butter und Schokolade gross. So wurde z.B. Butter in Wirklichkeit zum Preise von Fracs. 550.- pro kg. verkauft, waehrend der offizielle Preis Fracs. 412.50 betraegt. Der offizielle Preis fuer Mehl betrug Fracs 30.- pro kg; der wirklich bezahlte Preis belief sich im Durchschnitt auf Fracs 76.--.

Der Ueberblick zeigte grosse Unterschiede bzw. Schwankungen im wirtschaftlichen Wohlstand der Familien in diesen Gruppen, wobei viel davon abhing, ob ein Teil der Eheleute oder beide beschaeftigt waren, ob Mitglieder der Familie den Vorteil der Einrichtung von Werkspeisungen oder Schulspeisungen genossen, und ob die Familie in ihrem eigenen Garten anbaute. Der Betrag des fuer Lebensmittel verfuegbaren Geldes lag bei groesseren Familien durch Familienzuewendungen und durch Herabsetzung der direkten Steuern hoeher, in dem Masse, wie die Familie groesser wurde. Direkte Steuern erschienen in keinem Falle als schwere Belastung, da sie nach unten gestaffelt waren, und zwar etwas unter 2% der Gesamtausgaben (fuer ein kinderloses Ehepaar) bis auf etwa 2/10 % fuer eine Familie mit 3 Kindern.

Die woechentlichen Ausgaben fuer Lebensmittel fuer ein erwachsenes Ehepaar ohne Kinder betruen im Durchschnitt Frs. 4.086. (der offizielle Umrechnungskurs betrug im Februar 1949 Frs 214.71 fuer 1 US \$; der freie Kurs war 318.61:1). Die Zunahme der woechentlichen Ausgaben fuer Lebensmittel schwankte je nach dem Alter des Kindes wie folgt:-

Ehepaar mit 1 Kind unter 3 Jahren Frs 4.491.--

Ehepaar mit 1 Kind zwischen 3 und 16 Jahren " 4.672.--

Ehepaar mit 1 Kind von 16 Jahren und darueber " 4.877.--

Familien der Handarbeiter gaben etwa 5% mehr von ihrem Einkommen fuer Lebensmittel aus als diejenigen der Kopfarbeiter; andererseits waren ihre Ausgaben fuer Kleidung und Miete etwas geringer.

Fleisch und Getraenke

In der Zeit von April bis Juli 1948 gab der Franzose - ohne Beruecksichtigung der Groesse seiner Familie - nahezu $\frac{1}{4}$ des fuer Lebensmittel vorgesehenen Betrages fuer Fleisch aus, mehr Geld also als er an Miete zahlte, was relativ dem Vorkriegsstand nahekam. Weitere 15% des fuer den Kauf von Lebensmittel bestimmten Betrages wurden fuer Gemuese und etwa 10% fuer Brotwaren ausgegeben. Wenn er keine Kinder hatte, gab er durchschnittlich 15% seines fuer Lebensmittel vorgesehenen Betrages fuer alkoholische Getraenke, meistens Wein, aus. Hatte er 3 Kinder, dann waren es durchschnittlich 10%. Die Ausgaben fuer Milchprodukte stiegen von 7% der Lebensmittelausgaben einer kinderlosen Familie auf 12% fuer eine Familie mit 3 Kindern. Kaffeeinkaeufe machten nur 1 oder 2% der Ausgaben fuer Lebensmittel aus.

Eine der groessten Schwierigkeiten in der Aufstellung der Uebersicht ergab sich insofern, als sich etwa 40% derjenigen, die fuer die Untersuchungen ausgewaehlt waren, weigerten, den Fragebogen (Bericht ueber Ausgaben waehrend dieses Zeitabschnittes) auszufuellen. Der Hauptgrund fuer die Weigerung war Zeitmangel, ausserdem Misstrauen, Mangel an Interesse und politische Meinungen.

Amerikanisches Arbeitsministerium
"Labor Abroad" Mai 1949

CIO BERICHT EMPFIEHLT LOHNERHOEHUNG

Mit der Veroeffentlichung eines Berichts, in dem erkluert wird, dass die Unternehmen im allgemeinen durchaus in der Lage sind, erhebliche Lohnerhoehungen durchzufuehren, ist der Verband der Industriegewerkschaften (Congress of Industrial Organizations - CIO) in die vierte Runde seines Kampfes um Lohnerhoehungen in der Massenproduktionsindustrie eingetreten.

In diesem Bericht wird weiter behauptet, dass -wie aus den vorhandenen zahlenmaessigen Unterlagen hervorginge- eine maessige Lohnerhoehung eine Herabsetzung der Preise durchaus nicht ausschloesse.

Der Bericht, der von der privaten Wirtschaftsberatungsfirma Robert R. Nathan Associates, Inc., verfasst worden ist, wurde von Mr. Nathan bei einem Essen, an dem 200 Gaeste, darunter Kabinetts- und Kongressmitglieder sowie Regierungsbeamte, teilnahmen, eingehend erlaeutert.

Philip Murray, der Praesident des CIO, fuehrte Mr. Nathan ein und erwaehnte in diesem Zusammenhang einen aehnlichen Bericht, den Nathan, der damals - vor drei Jahren- Wirtschaftsachverstaendiger der Roosevelt-Regierung war, auf Verlangen des CIO verfasst hatte; Murray stellte fest, dass die weitere Entwicklung "die Richtigkeit jener glaenzenden Analyse des Wirtschaftslebens voll bestaetigt habe." Nathan hatte behauptet, dass die Unternehmer im grossen und ganzen eine 25%ige Lohnerhoehung durchaus tragen koennten, ohne dass sie gezwungen waeren, die Preise zu erhoehen, und dass die Gewinne auch ohne Preissteigerungen sich auf dem waehrend des Krieges erreichten Hoechststand halten wuerden.

Obleich sich Nathan jetzt nicht, wie er es im Jahre 1946 getan hatte, fuer eine bestimmte Lohnerhoehung, die er fuer wirtschaftlich vertretbar hielt, einsetzte so war es doch sein Hauptargument, dass sich der Durchschnittslohnpfaenger seit 1946 wirtschaftlich gesehen in einer Tretmuehle befand.

Dass heute die Kaufkraft des Durchschnittsarbeiters nicht groesser ist als es Mitte des Jahres 1946 der Fall war, fuehrt Nathan hauptsaechlich auf die gegenwaertige Preispolitik und die sich daraus ergebende Steigerung der Gewinne zurueck. Seiner Meinung nach haben diese Erscheinungen die Nachkriegsprosperritaet beeintraehtigt und den wirtschaftlichen Rueckgang herbeigefuehrt.

In dem Bericht wird ausgefuehrt, dass, waehrend der Kapitalsertrag saemtlicher industrieller Unternehmen "die nie dagewesene Hoehe von 17% im Fruehjahr 1948 erreichte, die General Motors Corporation 28% und die Studebaker Corporation gut ueber 30% im Jahre 1948 nach Abzug der Steuern verdient haben."

Die Zeit fuer Lohnerhoehungen ist da

Obwohl Nathan nicht der Ansicht ist, dass alle Industriezweige gleichmaessig eine Lohnerhoehung vertragen koennen, erkluert er dennoch in seinem Bericht:

"Wenn es jemals einen Zeitpunkt gab, in dem eine Lohnerhoehung ohne gleichzeitige Preissteigerung moeglich war, so ist es jetzt."

Die Behauptung, dass die Gewinne noch immer hoch sind, wird im Bericht mit der Feststellung begruetet, dass "die im ersten Quartal 1949 erzielten Gewinne sich vor Abzug der Steuern auf einen Jahresbetrag von 31 Milliarden Dollar belaufen und auf nahezu 19 Milliarden Dollar nach Abzug der Steuern."

Nathan warnt davor, "den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen", und schlaegt vor, die Unternehmer sollten die Preise auf Erzielung eines groesstmoeglichen Umsatzes abstellen und Lohnerhoehungen vornehmen; dies gilt nicht fuer Industriezweige oder Unternehmen, die in ernstliche Schwierigkeiten geraten sind. Ferner schlaegt er vor, dass das Unternehmertum die von der Regierung aufgestellten Programme unterstuetzt und seine Leistungsfahigkeit steigert.

Der Regierung empfiehlt er folgendes Programm:

1. Werte schaffende und lohnende oeffentliche Arbeiten muessten in dem Umfang in Angriff genommen werden, der notwendig ist, um die Arbeitslosen in Arbeit zu bringen.
2. Die Steuern muessten soweit und solcher Art ermaessigt werden, wie notwendig ist, um die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen zu erhoehen.
3. Die unverzuegliche Aufhebung des Taft-Hartley-Gesetzes ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit.
4. Der Kongress muesste sofort die Arbeitslosenunterstuetzung erhoehen, die Zeit, waehrend der sie gezahlt wird, verlaengern und den dafuer in Frage kommenden Personenkreis erweitern.
5. Die Altersrenten muessten sofort erhoehrt und der dafuer in Frage kommende Personenkreis erweitert werden. Die oeffentlichen Unterstuetzungen muessten erhoehrt werden.

6. Der Kongress muesste den Mindestlohn sofort auf 75 Cents pro Stunde erhoehen und sich mit der Festsetzung von Minimalbeträegen fuer den Stundenlohn bis zu 1 Dollar durch Gewerbeausschuesse einverstanden erklæaren.
7. Ein weitlaeufiges Regierungsprogramm zur Beseitigung von verwaehrlosten Mietshæusern und zur Schaffung von billigem Wohnraum ist nicht nur unerlaesslich fuer das allgemeine Wohl, sondern auch hoechst erstrebenswert vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaft.
8. Die Bundesregierung muesste Vorkehrungen treffen, um die private Investierung im Auslande anzuregen.
9. Die Bundesregierung muesste die Investierung im Inlande foerdern, indem sie Anleihen gewæahrt und auf andere Weise einen Anreiz zur Investitions-tætigkeit gibt.
10. Das fuer die Landwirtschaft aufgestellte Programm muesste dahingehend abgeændert werden, dass das Gewicht mehr auf Schutz des Einkommens als auf Preisstuetzung gelegt wird.

Der Arbeiterschaft wird mehr Angriffslust bei Kollektivverhandlungen empfohlen; es wird ihnen gleichfalls geraten, eine konstruktive Wirtschaftspolitik zu unterstuetzen und sich fuer alle Plaene einzusetzen, die eine Produktionserhoehung anstreben.

Aus: "New York Times", 12. Juli 1949

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 29

Berlin, 23. September 49

DIE MANPOWER DIVISION DER U S MILITAERREGIERUNG IST IM BEGRIFF, VON BERLIN NACH FRANKFURT UEBERZUSIEDELN. BIS NEUE VORKEHRUNGEN GETROFFEN WERDEN KOENNEN, DIE "INTERNATIONALEN ARBEITSMITTEILUNGEN" DRUCKEN ZU LASSEN, WERDEN DIE EINZELNEN VIROEFFENTLICHUNGEN IN UNREGELMAESSIGEN ABSTAENDEN ERSCHEINEN.

WEITERE BESTELLUNGEN RICHTEN SIE BITTE AN:

MANPOWER DIVISION - OMGUS
APO 757 - U. S. ARMY

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Republikaner und Vereinigte Sozialisten treten aus der CGIL aus - - - - -	2
Gewerkschaften muessen frei sein ! - - - - -	2
Petkoffs Ansichten ueber die Freiheit der Presse - -	3
Die Politik der Amerikanischen Gewerkschaften - - -	4
Ueberblick ueber die Lage der Arbeiterschaft in Frankreich - - - - -	5
Das europaeische Wiederaufbau-Programm und der Weltgewerkschaftsverband - - - - -	9
Arbeiterbildung in Deutschland - - - - -	10
Heuchlerische Kaempfer - - - - -	11
Untersuchungen ueber die Gewerkschaftlichen Monopolpraktiken - - - - -	12
Die Lebensmittelpreise und der Bauer - - - - -	13
Russische Historiker schmaehen Roosevelt ! - - - -	14
Amerikanische Zeitung greift den Britischen Sozialismus an - - - - -	15

REPUBLICANER UND VEREINIGTE SOZIALISTEN
TRETEN AUS DER CGIL AUS

Am 4. Juni 1949 kündigten die Gewerkschaftsfuehrer der Republikanischen Partei und der Partei der Vereinigten Sozialisten (Saragat) die Gruendung eines neuen unabhaengigen Gewerkschaftsbundes in Italien an, des Italienischen Gewerkschaftsbundes (Federazione Italiana del Lavoro - FIL). Beide Gruppen hatten sich von dem von den Kommunisten beherrschten Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbund (Confederazione Generale Italiana del Lavoro - CGIL) im Mai 1949 getrennt. Die Neuausrichtung der hauptsaechlichsten Italienischen Gewerkschaftsgruppen ist somit einen Schritt weiter; die Bewegung nahm ihren Anfang im Jahre 1948, als der Freie Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund -(LCGIL) gebildet wurde, einige Monate nachdem sich die Christlich-Demokratischen Gewerkschaftsfuehrer von der CGIL getrennt hatten.

Am 23. Mai kündigten die Republikanischen Gewerkschaftsfuehrer ihren Austritt aus der CGIL an, nachdem sich bei einer Befragung der Mitglieder ergeben hatte, dass sich 99% gegen die prokommunistische Politik der CGIL-Majoritaet und 92% fuer eine Trennung gestimmt hatten. Am 26. Mai hatten sich die Vereinigten Sozialisten entschlossen, auszutreten, als der Vorstand dieser Partei mit 9 zu 5 Stimmen (bei einer Stimmenthaltung) die Entscheidung des Gewerkschaftsrates der Vereinigten Sozialisten ueber einen Austritt aus der CGIL gebilligt hatte.

Nach der Spaltung behauptete die CGIL, dass ihr etwa 4,5 Millionen Mitglieder angeschlossen seien. Die Fuehrer der FIL schaezten die Mitgliederzahl der CGIL auf 2.5 Millionen, die der LCGIL auf 1.2 Millionen und sind der Meinung, dass ihr neu gegruendeter Bund mit 300.000 Mitgliedern rechnen kann.

Amerikanisches Arbeitsministerium
"Labor Abroad" Mai 1949

GEWERKSCHAFTEN MUESSEN FREI SEIN !

Es kann keine Freiheit in Europa - oder sonstwo in der Welt - geben, wenn die freien Gewerkschaften unterdrueckt werden, schreibt Bert M. Jewell, ein alter erfahrener Gewerkschaftler und Berater in Arbeitsangelegenheiten beim Amerikanischen Administrator des Marshall-Plans, in der Juli-Ausgabe des "Federationist", der von der AFL herausgegeben wird.

Trotz des hoechst notwendigen Bedarfs Europas an solchen Dingen wie Lebensmittel, Maschinen, Produktion und Kapital, ist der bedeutendste einzelne Faktor im Wiederaufbau Europas etwas Unantastbares - die Freiheit -, fuehrte er aus.

Jewell, der frueher Praesident der Abteilung fuer Eisenbahngestellte des AFL war, schrieb im "Federationist": Der Kampf gegen die Unterdrueckung wird ausgefochten, und es ist ein harter Kampf. Es ist der Kampf gegen die Beherrschung der Gewerkschaftsbewegung Europas durch den Kommunismus. Die freien Gewerkschaftler werden diesen Kampf gewinnen."

Die groesste Niederlage, die die Kommunisten in Europa erlitten haben, war der Austritt der freien Gewerkschaften aus dem Weltgewerkschaftsbund (WFTU) und die darauf folgenden Massnahmen zur Bildung einer neuen demokratischen internationalen Koerperschaft, erklarte Jewell. "Es besteht kein Zweifel, dass die neue Arbeiterorganisation viel zur Vereinigung Europas beitragen wird. Die Notwendigkeit einer solchen Einheit ist auch seitens des Volkes der Vereinigten Staaten anerkannt worden. Die Abaenderung des Gesetzes ueber die Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 lautet: "Es wird ferner erklart, dass die Politik des Volkes der Vereinigten Staaten darauf abzielt, die Vereinigung Europas zu

unterstützen und die Prinzipien der individuellen Freiheit, die freien Einrichtungen und eine echte Unabhängigkeit in Europa zu verteidigen, und zwar durch Hilfeleistung für solche Länder, die sich an einem gemeinsamen Wiederaufbau-Programm beteiligen, das auf Selbsthilfe und Zusammenarbeit begründet ist."

"ECA Labor Information" 22. Juli 1949

PETKOFFS ANSICHTEN UEBER DIE FREIHEIT DER PRESSE

Michael Padeff, ein bulgarischer Journalist, der im Exil lebt, hat vor kurzem in einem Artikel über die Verfolgung des freien Zeitungswesens in Bulgarien auch einen Artikel von Nikola Petkoff gebracht. Wegen seiner Unnachgiebigkeit im Kampf gegen den Kommunismus wurde Petkoff, der Führer der Bulgarischen Bauernpartei, im September 1947 hingerichtet. In seinem politischen Leben war Petkoff als Redner nicht so einflussreich wie als Verfasser. Dieser Artikel, der im April 1947 erschien war der letzte, den Petkoff geschrieben hat.

Diktatur und Presse

"Selten in der Geschichte hat die Freiheit der Presse und das Recht eines jeden Menschen auf freie Meinungsäußerung so fanatische Gegner, so viele Feinde gehabt, die offen und insgeheim auf ihre Zerschlagung hinarbeiteten, wie es heute der Fall ist. Nie zuvor in der Geschichte war die totalitäre Idee der Diktatur so eng mit der Tyrannei über das Denken und Gewissen des Menschen verknüpft. Die totalitären Diktaturen von heute sind, wenn sie überhaupt bestehen wollen, gezwungen, jeden freien Gedankenaustausch zwischen den Menschen und den Nationen zu vernichten. Nur auf diese Weise kann die Sklaverei dem menschlichen Gedanken auferlegt und ihm für immer eingepflanzt werden.

"Gleichzeitig ist aber der Glaube aller freien Männer an das unverletzliche Recht der freien Rede und an die Freiheit der Presse niemals weiter verbreitet gewesen. Niemals zuvor haben die entsetzlichen Ergebnisse der Versklavung des unabhängigen Denkens durch die totalitäre Regierung alle freiheitsliebenden Völker der Welt so sehr in Schrecken versetzt. Heute wird mehr denn jemals der Beweis dafür erbracht, dass, wenn die Männer, die an der Macht sind, die Freiheit der Rede und der Presse vernichten, bald alle Arten Exzesse offenbar werden. Solche Männer stellen sich selbst als unfehlbar hin und bestimmen über das Geschick der Völker nach Willkür, ohne dass ihre Handlungen irgendwie kontrolliert werden. Die Bürger eines solchen Staates hören dann auf, eine Gesellschaft denkender Männer und Frauen zu sein, und werden zu einer Herde Schafe, die keine eigenen Meinungen oder Gedanken haben. Wenn erst einmal die Freiheit vernichtet ist, dann stürzen alle Grundlagen der menschlichen Gesellschaft zusammen. Eine Herde von zweibeinigen Schafen, selbst wenn sie ein menschliches Aussehen zeigen und gut genährt sind und gute Schuhe tragen, sind keine Gesellschaft menschlicher Wesen. Staaten, die unter einem solchen Regime leben, können nur gerettet werden, wenn die Freiheit wieder hergestellt wird. Sonst sind sie zum Zusammenbruch verurteilt.

Die Pflicht aller Menschen

"Bis jetzt war die Freiheit der Rede und die Freiheit der Presse eng mit dem Gedanken der Demokratie verknüpft. Heute sind sie auch notwendige Bedingungen für die Errichtung des internationalen Friedens, weil nur sie allein den freien Nachrichtenaustausch zwischen allen Völkern der Welt garantieren und die Verständigung unter ihnen sichern können. Wenn irgend einer Nation Tatsachen vorenthalten werden, dann wird der Frieden in der Welt darunter leiden.

"Heute ist es mehr denn je die Pflicht aller Menschen, nicht nur an die Freiheit in ihren eigenen Ländern, sondern an die Freiheit in der ganzen Welt zu denken. Die Freiheit der Rede und des Denkens muss in jedem Staate garantiert sein. Denn, wenn sie einmal in einem Lande vernichtet ist, dann wird zum Schluss dieses Schick-

sal alle anderen Laender treffen. "

"Um die Menschen in die Lage zu versetzen, frei zu denken und freien Gedankenaustausch zu ueben, muss in jedem Lande die Freiheit der Presse ungehindert existieren. Dies ist der einzige Weg, um den Fangarmen der totalitaeren Tyrannei, die sich nach dem Geist und Gewissen der Menschen ausstrecken, Einhalt zu gebieten. Heute haengt das Schicksal eines jeden einzelnen, jeder einzelnen Nation und der zivilisierten Welt als Ganzes davon ab, und nur davon."

"New York Herald Tribune" (Paris)" 3. August 1949

DIE POLITIK DER AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Bis vor kurzem haben die Landesgewerkschaften in den Vereinigten Staaten keine Organisationen unterhalten, die sich mit politischen Fragen befassen. Bisher pflegten die Landesorganisationen den oertlichen die politischen Angelegenheiten zu ueberlassen. Eine Aenderung vollzog sich auf Grund des Taft-Hartley-Gesetzes, das mehr als alles andere den groessten Einfluss in dieser Hinsicht ausuebte. Es lag im Wesen der traditionellen Politik der Gewerkschaften, dem Wahlspruch treu zu bleiben: "Suche Dir Deine Freunde aus - schlage die Feinde der Arbeiterschaft."

Heute hat jede einzelne der Landes-Arbeitsorganisationen, die AFL, der CIO und die Eisenbahner-Vereinigungen, ihre besonderen Abteilungen fuer politische Angelegenheiten. Die politische Abteilung des CIO ist das Politische Aktionskomitee, dessen Leiter Jack Kroll ist. Die politische Abteilung der AFL, die von Joseph Keenan geleitet wird, ist als die Liga fuer Politische Erziehung bzw. Bildung bekannt. Die Eisenbahner-Vereinigungen haben einen Politischen Bund, der der Leitung von C.T. Anderson unterstellt ist.

Die Staerke der organisierten Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Politik wird in diesem Jahre in Ohio auf die Probe gestellt werden, wenn sie sich zusammentun wird, um den Senator Robert A. Taft, den Mitbegruender des Taft-Hartley-Gesetzes, zu schlagen

Politische Einigkeit.

"Diese vollkommen durchorganisierte, wirksame politische Einheit und Aktivitaet fast der gesamten amerikanischen Arbeiterschaft ist eine ganz neuartige Erscheinung, die keine Parallele, selbst nicht in den Jahren des New Deal, aufzuweisen hat. Sie wird ueberall Effekte groessten Ausmasses ausloesen - eine ziemlich grosse Zahl von Dixikraten (*) wird reumuetig ihren Kurs aendern, wenn sie feststellen, dass die Eisenbahner-Vereinigungen sich mit der AFL und dem CIO zusammentun, um sie zu schlagen. Doch der schlagende Beweis fuer die neue Einheit der Arbeiterschaft ist in Ohio zum Ausdruck gekommen.

(*) Mit dem Begriff "Dixikraten" bezeichnet man die Demokraten des Suedens, die bei der letzten Wahl Praesident Truman bekaempften und ihren eigenen Kandidaten aufstellten. Sie bekaempften Trumans Standpunkt in bezug auf gleiche Rechte fuer alle, ohne Ruecksicht auf Religion, Rasse oder sonstige Unterschiede.

Etwa vor einem Monat unternahmen die AFL-Fuehrer in Ohio die ersten Schritte, um die politische Lage zu eroertern, indem sie eine Versammlung in Columbus einberiefen. Ueber 20 der fuehrenden Maenner der Maschinenarbeiter-Gewerkschaft und der Gewerkschaft der Vereinigten Minenarbeiter des CIO im Staate Ohio folgten diesem Ruf. Die Strategen aus Washington - Kroll, Keenan und Anderson -, sie alle nahmen daran teil. Das Ziel bestand darin, einen faehigen und starken Kandidaten zu finden, der gegen Senator Taft im Jahre 1950 aufgestellt werden soll.

Das Problem war schwierig, und zwar wegen des Entschlusses von Frank Lausche, sich zur Wiederwahl als Gouverneur aufstellen zu lassen, um 1952 die Verteilung der Staats- und Regierungsstellen ueberwachen zu koennen. Durch das Abtreten von Lausche blieb nur noch der Leiter des staatlichen Rechnungswesens, Joseph Ferguson, uebrig, ein eingefuehrtster lebenswuerdiger Politiker, der als bedeutendster demokratischer

Kandidat in Frage kam. Ferguson ist eine Art Politiker, der wohl bei Aemtern geringerer Bedeutung gut ist, der aber sicherlich das gesamte Stimmenmaterial in einem Wettkampf mit Taft verlieren wuerde.

Auf der Versammlung in Columbus wurden die Aussichten fuer Ferguson und etwa 20 andere moegliche Kandidaten genau durch Meinungsbefragung untersucht. Nachdem man einen Tag lang debattiert hatte, und einer nach dem anderen ausgeschieden war, einigte man sich schliesslich auf Murray D. Lincoln. Obwohl Lincoln eingetragenes Mitglied der Republikaner ist, hat er doch seit Beginn des New Deal die demokratischen Kandidaten konsequent unterstuetzt. Er ist der fuehrende Mann im Ohio Farm Bureau, ein Fuehrer auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und der Amerikaner des Demokratischen Handelns, ein ausserordentlich erfolgreicher Redner und ist ueberdies bei den Bauern im Staate Ohio ausserordentlich beliebt, auf deren Stimmen sich Taft verlaesst.

Labor Party

Nachdem sie sich nun auf Lincoln geeinigt hatten, wandten sich die Fuehrer der Arbeitergruppen an einen fuehrenden Mann des Demokratischen Landesausschusses, Albert Horstman, sowie an den Vorsitzenden der Partei fuer den Staat, Eugene Hanhart. Nach weiteren Diskussionen einigte man sich mit Horstman und Hanhart dahin, dass die regulaeren Mitglieder der demokratischen Partei in Ohio mit Lincoln zusammengehen wuerden, wenn ihr eigener Mann, Ferguson, abtreten wuerde. An Lincoln selbst wandte man sich, und er bezeigte ein grosses Interesse. Jetzt bemuehte man sich, Ferguson dazu zu ueberreden, aus dem Rennen auszuschneiden.

Im Augenblick ist die Lage noch ungeklaert, und zwar aus einem eigenartigen Grunde, Lincoln wird sicher mit auftreten, wenn er sich der Unterstuetzung seitens der regulaeren Demokraten sicher ist. Landwirtschaftsminister Brennan hat ihn dringend ersucht, es zu tun. Aber die politischen Strategen Praesident Trumans im Landesausschuss der Demokraten stehen dem ganzen Plan etwas ablehnend gegenueber, und sie haben in bezug auf Ferguson oder die anderen Demokraten Ohios nicht das getan, was notwendig waere. Die regulaeren Anhaenger Trumans sind darueber, dass die Arbeiterschaft ihre politische Macht in die Wagschale wirft, fast ebenso nervoes wie dies eigentlich bei den Republikanern und den Dixikraten der Fall sein sollte.

Es besteht jedoch die Moeglichkeit, dass Lincoln in einer Rede am Tage der Arbeit als Kandidat auftreten wird. Und wenn dies das hervorstechende Merkmal der Wahlen in Ohio sein sollte, und Lincoln schliesslich Taft besiegt, dann wird danach auch die amerikanische Politik ein anderes Gesicht annehmen. Die Geschichte pflegt immer unangenehme Spaesse zu machen. Und es kann durchaus der Fall eintreten, dass das hauptsaechliche Ergebnis des Taft-Hartley-Gesetzes auf lange Sicht darin besteht, dass ein amerikanisches Gegenstueck zur Labour Party Englands in Erscheinung tritt."

Aus dem Zeitungsartikel "Tatsache" von Joseph Alsop, New York, erschienen in der "Herald Tribune" (Paris) vom 4. August 1949

UEBERBLICK UEBER DIE LAGE DER ARBEITERSCHLFT
IN FRANKREICH

Nachstehender Artikel wurde von Paul Vignaux, dem Generalsekretaer des "Syndicat Général de l'Education Nationale", Frankreich, verfasst:-

1.

Seit mehreren Monaten hat sich in Frankreich eine ernstliche soziale Unruhe entwickelt, und zwar als Folge davon, dass die Arbeiterkreise den wachsenden Konflikt zwischen ihren Anschauungen und denen ihrer Arbeitgeber, der Regierung und

der parlamentarischen Mehrheit erkennen.

Die Arbeiterorganisationen einschliesslich der C.F.T.C. und der "Force Ouvriere" haben ihr Misstrauen der Regierung gegenueber durch ihre Forderung auf eine Rueckkehr zur Festsetzung von Loehnen durch Kollektivverhandlungen zum Ausdruck gebracht. Unter Berufung auf ein Gesetz vom Dezember 1946, dessen Abaenderung die Regierung von Tag zu Tag verzoeigert hatte, haben sich die Arbeitgeber geweigert, sich selbst im entferntesten auf irgendwelche Lohnverhandlungen einzulassen, und zwar 5 Monate lang, waehrend welcher Zeit die Gemischten Ausschuesse vergebens zusammengetreten sind, um ueber neue Abkommen zu beraten. Diese Haltung der Arbeitgeber und der Regierung hat in mehreren Industriezweigen zu einheitlichen Massnahmen gefuehrt, die sich auf Kollektivverhandlungen erstreckten, und zwar seitens der verschiedenen CGT und CFTC Gewerkschaftsbuende naemlich der Force Ouvriere und des CGC (Ingenieur-Organisation, Personal und Chefs.).

Unter den Angestellten der oeffentlichen Betriebe, die in Frankreich auf eine ziemlich straffe Gewerkschaftstradition und Organisation zurueckblicken koennen, und die (Zusammen mit den Bank- und Versicherungs-Angestellten) einen der wenigen Kreise bilden, in denen die nichtkommunistischen Gewerkschaften "Force Ouvriere" und der CGTC eine vorherrschende Rolle spielen, bewies ein symbolischer Streik, der am 15. Juni von den Organisationen der F.O. und des C.F.T.C. mit grossem Erfolg inszeniert wurde, dass es die nichtkommunistischen Gewerkschaftsorganisationen nicht dulden wuerden, wenn die Regierung die Erfuellung der bereits ueberfaelligen Versprechen in bezug auf die Neueinstufung der Angestellten der oeffentlichen Betriebe vielleicht sogar bis ins unendliche hinauszoeigert.

2.

Wie sich auch die fallende Tendenz der Preise waehrend des Sommers auswirken mag, so ist es doch nicht wahrscheinlich, dass die so errungene Erhoehung der Kaufkraft ausreichend sein wird, um die Arbeiter zufriedenzustellen, die sich einerseits mehr und mehr darueber klar werden, dass eine ueberreiche Fuelle an Erzeugnissen des taeglichen Bedarfs vorhanden ist, die sie nicht kaufen koennen, wie es vor dem Kriege der Fall war, und dass andererseits der hohe Profitstand von 1948 besteht. Auf diese Unzufriedenheit wuerde es keine bessere Antwort geben als die Wiederherstellung der freien Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften, wodurch folgendes erreicht werden wuerde:

- a. Die Regierung wuerde einer Verantwortung enthoben werden, die ihr bei den Massen schadet;
- b. Die Verpflichtung fuer die Gewerkschaftsorganisationen, ihre Macht genau abzuwaegen;
- c. Dies wuerde sicherlich nicht zu grossen Lohnerhoehungen fuehren, und zwar angesichts der Lage des Arbeitsmarkts und der relativen Schwaechе der Arbeiterorganisationen.

Durch eine angemessene Kredit-, Besteuerungs- und Einfuhrpolitik brauchte dann die Regierung nur die Unternehmen daran zu hindern, in einer neuen Inflation einen Ausgleich fuer die zu bereitwillig gewaehrten Lohnerhoehungen zu suchen.

Dieser Rueckkehr zu Kollektivverfahren in Handel und Gewerbe sollte ein drittes Stadium der Umgruppierung der oeffentlichen Angestellten entsprechen; wenn dies nicht geschieht, edann wuerde diese soziale Klasse, die eine Schluesselstellung einnimmt und groesstenteils bis jetzt der kommunistischen Propaganda Widerstand entgegengesetzt hat, jedes Vertrauen zu den Versprechungen der Regierung verlieren. Es muss dabei weiter in Betracht gezogen werden, dass die Umgruppierung des oeffentlichen Dienstes, die in 4 Phasen vollzogen werden muss, deren ersten beiden im Januar 1948 bzw. im Januar 1949 verwirklicht wurden, auf der Grundlage der

Lebenshaltungskosten vom 31. Dezember 1947 vorgenommen wird; es handelt sich daher keineswegs um eine Frage demagogischer Forderungen.

3.

Die Opposition der Regierung und des Arbeitgebers gegen die Forderungen der Lohnempfänger wird allgemein mit den Notwendigkeiten begründet, dass der Staatshaushalt ausgeglichen bleiben muss, was, wie man hinzufügen müsste, von der Regierung der Vereinigten Staaten, dem Verteiler der Marshallplan-Hilfe, gefordert wird.

Die Arbeiterkreise einschliesslich der Angestellten der öffentlichen Betriebe stehen jedoch den Mitteln, mit denen dieser Ausgleich vollzogen werden kann, keineswegs indifferent gegenüber. Trotz der 1948 versprochenen Steuerreform wissen sie, dass der Haushalt für 1949 es traditionsgemäss erfordert, dass der grösste Teil der Regierungsmittel durch indirekte Steuern aufgebracht werden soll, die sich aber deutlich auf der absteigenden Linie bewegen. Angesichts der ernstesten Kritik an dem französischen Finanzsystem in der Studie über die Landesverhältnisse im Februar 1949 sind die bestinformierten Gewerkschaftler erstaunt darüber, dass die französische Regierung amerikanische Forderungen als Rechtfertigung für ihre Art und Weise, wie sie einen ausgeglichenen Staatshaushalt zum Schaden der Lohnempfänger herbeiführt, anführt und dass die Meinung der amerikanischen Sachverständigen der Öffentlichkeit nicht besser bekannt ist. Wie aus der Resolution hervorgeht, die auf dem letzten Kongress der CFTC einstimmig angenommen wurde, misst die französische Gewerkschaftsbewegung einer Weiterverteilung des nationalen Einkommens und einer Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit mittels der Besteuerung in steigendem Masse Interesse bei. Für die konservativen Kreise, die diese Politik bekämpfen, würde es anormal erscheinen, wenn man an Amerika appellieren würde.

4.

Es wird behauptet, dass, um einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen, der Umfang an Investitionen, die angesichts der Unzulänglichkeit der privaten Ersparnisse hauptsächlich durch öffentliche Mittel gedeckt werden, reduziert wird.

Diese Verminderung an Investitionen, die die Modernisierung der Wirtschaft (und deshalb ein Ansteigen der Produktivität) und den Wiederaufbau (besonders aber die Besserung in den armseligen Wohnverhältnissen der Arbeiterfamilien verzögert,) ruft den Widerstand der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften hervor, der umso stärker ist als die Minderung bei gewissen industriellen und kommerziellen Massnahmen, die bisher aus der Inflation Nutzen gezogen haben und durch die Krediteinschränkungen in Mitleidenschaft gezogen werden, durch eine grössere Aktivität auf dem Gebiete der Modernisierung und des Wiederaufbaus, wo die Beduerfnisse ganz besonders augenfällig sind, ausgeglichen werden sollte. Dies wäre die einzige Massnahme, durch die Arbeiterschaft von der Plage der teilweisen oder gänzlichen Arbeitslosigkeit befreit werden könnte, die diejenige Propaganda begünstigt, die diese Drohung mit der Anwendung des Marshall-Plans verknüpft.

5.

Wenn seit der Befreiung die französischen Lohnempfänger in hinreichendem Masse ihren Anteil am Nationaleinkommen aufrechterhalten haben, der auf sie vor dem Kriege entfiel, so ist dies lediglich auf eine Erhöhung sowohl der beschäftigten Personen als auch der Arbeitsstunden zurückzuführen, wie auch auf die Entwicklung der Familienzuschüsse und der Sozialversicherungsanleihen. Daher der Ernst der drohenden Arbeitslosigkeit, auf den wir gerade hingewiesen haben. Daher auch der Ernst der Kampagne, die von den Parteien der rechten Mitte und der Rechten gegen die Sozialversicherung geführt wird. Die kleinen Risiken (d.h. die Hilfe für die Lohnempfänger und ihre Familien bei Krankheitsfällen von kurzer Dauer),

die besonders angegriffen werden, bedeuten eine wesentliche Hilfe fuer Arbeiter, die fuer ihre Familien zu sorgen haben.

6.

Die wachsende Ueberzeugung der Arbeiter aller Parteigruppen, dass sie dem Wunsch seitens der Regierung und der Unternehmer nach einer sozialen Reaktion entgegenzutreten muessen, kann nur durch die Kampagne gegen die Nationalisierung bestaetigt werden. Wenn es wuenshenswert ist, die Umwandlung nationaler Vereinigungen in politische Vereinigungen durch den Einfluss der kommunistischen Partei und die Missbraeuche, die sich daraus ergeben haben, abzustellen, dann ist es zwecklos und gefaehrlich, sich auf eine solche Massnahme einzulassen, wenn man vollkommen die Reaktion der Menschen dabei ausser Acht laesst, gleichgueltig, welcher Art ihre gewerkschaftliche Zugehoerigkeit sein moege. Ausserdem muss man dabei in Betracht ziehen, und es muss oeffentlich anerkannt werden, dass die Mehrzahl der finanziellen Schwierigkeiten der oeffentlichen Einrichtungen, wie Gas-, Elektrizitaets- und Eisenbahn-Gesellschaften, auf die Preispolitik zurueckzufuehren ist, die ihnen von der Regierung aufgedraengt wurde. Eine solche Politik, wie das Defizit der verstaatlichten Unternehmen ruehrt in grossem Masse von der Stuetzung der privaten Unternehmen mit Geldmitteln her, die fuer die Dienstleistungen der nationalen Industriezweige wesentlich niedrigere Preise bezahlen, als sie fuer ihre eigenen Erzeugnisse erzielen.

Die Tatsache, dass die "Gegenwert-Fonds" hauptsaechlich dazu benutzt werden, um die Investitionen auf dem Gebiete der Verstaatlichung zu finanzieren, kann natuerlich die Neigung der Arbeiterschaft zu glauben, dass Amerika, ein Land des freien Unternehmens, den Standpunkt der Rechtsparteien und des Arbeitgebers in Frankreich teilt, einschraenken.

7.

Die soziale Reaktion offenbart sich in der Mehrzahl der Unternehmen durch eine staendig im Wachsen begriffene scharfe Haltung des Arbeitnehmers den Betriebs- und Personal-Vertretungen, wie auch den geringsten Beschwerden gegenueber.

Dies macht eine Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern praktisch unmoeglich; hier ergibt sich eine Lage, die besonders ernst wird, wenn man zu dem Problem einer Produktivitaetssteigerung praktisch Fuehlung nimmt. Dies ist umsomehr der Fall, als ernstdenkende Arbeiterkreise dem Gedanken sehr skeptisch gegenueber stehen, dass der franzoesische Arbeitgeber auf die Praxis verzichten wollte, wenig und zu hohen Preisen auf einem geschuetzten Inlandmarkt zu verkaufen, seine Selbstkosten zu senken und seine Verkaeufe auf einem ausgedehnten Markt zu entwickeln. Es besteht jeder Grund, daran zu zweifeln, dass sich das Privatunternehmen in Frankreich dazu bereit finden wird, die Massenproduktion fuer den Massenverbrauch einzufuehren, es sei denn, es wird dazu von einer energischen und kompetenten Regierung, die diesen Dingen unabhaengig gegenuebersteht, gezwungen. Wenn diese Neuausrichtung der franzoesischen Wirtschaft nicht durchgefuehrt wird, dann wird die Marshallplan-Hilfe umsonst gewesen sein.

Angesichts dieser Reaktion des Arbeitgebers erscheinen die Massnahmen des Arbeitsministers kraftlos. Die Arbeiter, allgemein genommen, warten auf guenstigere Umstaende, um kraeftig reagieren zu koennen, und bis dahin stimmen sie fuer die CGT, selbst, wenn sie ihr nicht mehr angehoren (Wahl der Vertrauensmaenner in den Bergwerken, bei den Eisenbahnen, in der Metallurgie....)

Die freien Gewerkschaften koennen nur die noetige Autoritaet zur Verteidigung der Arbeiter wiedergewinnen durch Wiedereinfuehrung eines Systems der Kollektivverhandlungen die die freizuegige Festsetzung von Loehnen gestatten und die Moeglichkeit, die unzuelaenglichen Bestimmungen der Gesetze und Verordnungen durch kontraktliche Vorschriften zu erweitern. Die Massnahmen der Regierung muessen sich unver-

zueglich auf die Wiedereinfuehrung von Abkommen, auf ein drittes Stadium der Umgruppierung der oeffentlichen Angestellten, auf eine Steuerreform, durch die eine gerechtere Verteilung der Gewinne gesichert wird, sowie auf eine Politik der oeffentlichen Investierung erstrecken, wenn man nicht will, dass sich die gesamte Arbeiterklasse einer in steigendem Masse entschlossenen und starken Opposition anschliesst.

"Trans-Atlantic" from Office of Labor Advisors
Juli 1949

DAS EUROPAEISCHE WIEDERAUFBAU-PROGRAMM UND DER
WELTGEWERKSCHAFTSVERBAND

"Durch den neuen Freien Weltgewerkschaftsbund werden die Arbeiter Tatsachen ueber den Marshall-Plan erfahren anstatt Propaganda aus dem Kreml", erklarte Paul Hoffman, der Leiter des Verwaltungsausschusses (ECA) fuer das ERP in einer Rundfunkansprache vom 12. Juli. Hoffman war an dem Programm "Wie wir die Dinge sehen" beteiligt, das mit Unterstuetzung der AFL durchgefuehrt wurde.

Gewerkschaftler im ECA

Hoffman hob die Tatsache hervor, dass es in den ERP-Laendern mehr als 29 Millionen Gewerkschaftler gaebe und erklarte, dass ihnen frueher die Kraft eines freien Weltverbandes gefehlt haette und dass durch die Bildung des neuen Verbandes "die Rolle der Arbeiterschaft im ERP noch viel wirksamer werden wuerde."

Unter direktem Hinweis auf die Rolle der amerikanischen Arbeiterschaft im ERP sagte Hoffman: "Bert Jewell und Clinton Golden (Berater fuer Arbeitsfragen beim CA in Washington) sind beide meine rechte Hand. Wir haben auch Berater fuer Arbeitsfragen in Paris und bei jeder Mission in den ECA-Laendern. Zwei der Missionsfuehrer, John Gross in Norwegen und Michael Harris in Schweden, sind Maenner aus den Reihen der Arbeiterschaft."

Ferner erklarte Hoffman, er glaube, dass der amerikanische Arbeiter sich ueber sein Interesse an einer stabilen Wirtschaft in Europa vollkommen klar ist. Er brachte zum Ausdruck, dass "eine Welt, in der die Haelfte floriert, waehrend die andere wirtschaftlich in Truemern laege, nicht lange bestehen koenne", und dass der Frieden in der Welt in Zukunft davon abhaenge, diejenigen Kraefte zu umreissen, die zum Kriege fuehren.

Zum Abschluss erklarte Hoffman in bezug auf die Europa-Abteilung des ECA Personals fuer Arbeitsfragen: "Ich glaube, es besteht wohl keine Frage darueber, dass jedenfalls unsere Berater und Mitarbeiter in Arbeitsfragen im ECA ausserordentlich ruehrig gewesen sind, all die Zweifel zu zerstreuen, die auch weiter bestanden und vorgeherrscht haetten, wenn es sich hier lediglich um eine Geschaeftsorganisation gehandelt haette."

Die Stellung der AFL

In derselben Sendung sagte George Meany, der Sekretaer der AFL: "Die Erhaltung des Weltfriedens haengt von der Erhaltung eines freien Europa ab" und "unsere Gesamte Aussenpolitik gruendet sich auf diese Voraussetzung; dies trifft auch auf das Europaeische Wiederaufbau-Programm zu." Meany schloss, indem er erklarte: "dass die freie Gewerkschaftsbewegung der Schluessel fuer die Wiedererweckung der Freiheit und der Demokratie in Europa sei."

In bezug auf die neue Weltgewerkschaftsorganisation hob Meany ihren Kampf gegen den Kommunismus hervor und ihre Entschlossenheit, ueberall die wirtschaftlichen Normen zu erhoehen und den Arbeitern der ganzen Welt neue Hoffnung zu bringen, Hoffnung auf Frieden und Hoffnung auf Sicherheit und Freiheit.

Der CIO ist gleichen Sinnes

In der Juli-Ausgabe der Zeitschrift "United Nations World" schreibt Philip

Murray, der Praesident des CIO, "dass die neue Weltorganisation einen gewaltigen Einfluss auf die Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ausueben wird." Murray gab ferner einen Ueberblick ueber die Entwicklung des von den Kommunisten kontrollierten Weltgewerkschaftsbundes (WFTU) und seine Beziehungen zum ERP.

Murray sagte: "Da der WFTU dem ERP-Programm feindlich und den Beduerfnissen der Arbeiter fremd gegenuebersteht, waren die demokratischen Gewerkschaften gezwungen, ihre eigenen Ausschuesse zu bilden, die sich mit den Funktionen des ERP befassen.

"So wurden also Beratende Gewerkschaftsausschuesse fuer das ERP ins Leben gerufen, und aus den gemeinsamen Aktionen in bezug auf die ERP-Probleme erwuchs das Verlangen nach einer neuen internationalen Organisation, die den Beduerfnissen und Bestrebungen der demokratischen Arbeiter entgegenkommt."

"ECA Labor Information" 22. Juli 1949

ARBEITERBILDUNG IN DEUTSCHLAND

Nachstehender Artikel wurde von Dorothy Dunbar Bromley, einer New Yorker Journalistin verfasst, die Miss Eleanor Coit nach ihrer Rueckkehr aus Deutschland interviewt hatte. Miss Coit ist vielen Mitgliedern der deutschen Gewerkschaftsbewegung persoendlich bekannt.

Die deutschen Gewerkschaftsschulen

Die groesste Hoffnung fuer eine Demokratie in Deutschland liegt in der Gewerkschaftsbewegung, aeusserte gestern Miss Eleanor Coit, die Leiterin des Amerikanischen Arbeiterbildungsdienstes, in ihrem Buero 1776 Broadway. Miss Coit ist vor kurzem von einer viermonatigen Reise durch die Amerikanische und Britische Zone, sowie durch Berlin zurueckgekehrt. Als Sachverstaendige auf dem Gebiete der Arbeiterbildung bereiste Miss Coit auf Veranlassung der Manpower Division der Amerikanischen Militaerregierung Deutschland. Wie sie erklaert, hat sie in den Gewerkschaftskreisen wenig von der Apathie und Verzweiflung feststellen koennen, wie sie von den meisten amerikanischen Besuchern in Deutschland beobachtet wurde.

Sie berichtete, dass es verschiedene gut organisierte Arbeiterschulen gaebe, angefangen von Akademien, die das ganze Jahr ueber arbeiten, bis zu Schulen, die Zweiwochen-Kurse abhalten, Schulen fuer die Eisenbahnarbeiter, fuer die Transport- und Metallarbeiter bis zu Arbeitsgemeinschaften und lokalen Abendkursen, die von den Gewerkschaften unterstuetzt werden.

Alles in allem, sagte Miss Coit, werden davon ihrer Schaetzung nach etwa 50-100.000 deutsche Arbeiter erfasst, Maenner und Frauen aller Altersklassen. Tuechtige Maenner und Frauen - die juengeren ueberall, wo sie die Moeglichkeit haben, sich zu entwickeln - werden in den Lokalkursen geprueft, ausgesondert und auf die Institute geschickt, um schliesslich auf Kosten der Gewerkschaft das ganze Jahr ueber die Akademie zu besuchen.

Waehrend einerseits viele Fuehrer in der Arbeiterbildungsbewegung Sozialdemokraten sind, sind die Gewerkschaftsschulen an keine bestimmte Partei gebunden, sagte Miss Coit, und fuegte hinzu, dass "die Deutschen unter Hitler gelernt haben, wie unheilvoll es sich auswirkte, dass es nur eine Partei gab, die alle Phasen des deutschen Lebens beherrschte."

In den Arbeiterschulen in Oberursel in Hessen sach Miss Coit Bergarbeiter und Postangestellte, die in einem Institut an einem zweiwoechigen Kursus teilnahmen, der sich mit Sozialpolitik, Arbeitsgesetzgebung, mit der Aufnahme des Inventars in einer Fabrik, mit Produktionsausstoss, Lebenshaltungskosten, Arbeitswertbestimmung, Zusammenarbeit mit der Betriebsverwaltung, Arbeitsteilung und mit den Problemen bei Lohnabkommen befasste.

Die Deutschen stellen Fragen

In jeder Schule, in die Miss Coit eingeladen war, um dort zu sprechen, wurden nur solche und aehnliche Fragen vorgelegt: "Wie werden die Loehne in Amerika den Lebenshaltungskosten angeglichen." "Welches sind die Vorteile Ihrer Sozialversicherung." "Warum sind Ihre Gewerkschaften nicht an der Sozialisierung in der Industrie mehr interessiert." Sind Ihre Gewerkschaften lediglich dazu da, um fuer hoehere Loehne zu sorgen oder sind sie auch an sozialen Problemen interessiert." "Welche Stellung nehmen die Neger in der amerikanischen Industrie ein." "Welche Rolle spielen die Frauen in den amerikanischen Gewerkschaften."

Die deutschen Gewerkschaftler, sagte Miss Coit, sind sich darueber klar, dass die Frauen, die fast die Haelfte aller in Arbeit Stehenden ausmachen, ein grosses Potential ausmachen, das geschult und ausgebildet werden muss.

An der Spitze des Arbeiterbildungs-Programms stehen 3 Arbeitsakademien, und zwar in Frankfurt, Hamburg und Dortmund, an denen Vorlesungen in Geschichte, Jura, Wirtschaftskunde, Regierungswesen und Soziologie abgehalten werden, aehnlich den Vorlesungen an der Universitaet. Die Akademie fuer Arbeit in Frankfurt, die im Jahre 1921 gegruendet, 1933 von den Nazis geschlossen, 1947 aber wieder eroeffnet wurde, zaehlt zu ihrem Vorstand den Kanzler der Universitaet Frankfurt, die Staatsminister fuer Wohlfahrt, Arbeits- und Kultus-Angelegenheiten, die die Majoritaet darstellen. Sie wird mit staatlichen Mitteln unterhalten.

Wenn die 7 Gewerkschaftsbuende in den 3 Zonen sich bald zu einer einzigen trizonalen Organisation zusammenschliessen werden, dann wird dadurch die Arbeiterbildungsbewegung einen weiteren Auftrieb erfahren, aeusserte Miss Coit abschliessend.

"New York Herald Tribune" 24. Juli 1949

HEUCHLERISCHE KAEMPFER

Nachstehend bringen wir einen Leitartikel, der in der offiziellen Wochenzeitschrift des CIO erschien. Er behandelt die politischen Taktiken der Kommunisten in ihren Beziehungen zur organisierten Arbeiterschaft.

"Seit Jahren haben die Kommunisten - und oftmals durchaus berechtigt- ueber die Art und Weise lamentiert, wie die Rechte des Buergers in den Vereinigten Staaten ausser Kraft gesetzt werden.

"Sie - so hoeren wir sie sagen - sind die Vorkaempfer fuer die Getretenen und Unterdrueckten. Sie sind die Verteidiger des Juden, der in einem Hotel, das gewisse "Vorbehalte" kennt, kein Zimmer bekommen kann, des Negers, der nicht in einem "weissen" Restaurant essen kann, des Mexikaners, der an seiner Arbeitsstelle herumgestukt wird. Darauf koennte man nun entnehmen, dass die Linksler nun wirklich die Vorkaempfer fuer die buergerlichen Freiheiten sind, - die Sache hat aber noch eine andere Seite, die hiervon ganz und gar verschieden ist.

"Jahre hindurch hat man katholischen Gruppen in manchen Gegenden des Landes boese mitgespielt. Diese Gruppen haben die Kommunisten nicht verteidigt. Haeufig wurden Sozialisten ihrer buergerlichen Rechte beraubt, aber darum haben sich die Kommunisten nicht gekuemmert. Und diese Burschen, die sich an die Stalinistische Linie halten, frohlocken, wenn die Trotzisten den kuerzeren ziehen in irgend einem Streit, wo es um buergerliche Freiheiten geht.

"Die Gruende hierfuer liegen auf der Hand. - Katholiken, Sozialisten und Trotzisten stehen- obwohl es sich hier um ganz verschiedene Kathegorien handelt - in den Reihen derer, die den Kommunismus bei jeder Gelegenheit bekaempfen. Die Dinge liegen jedoch tiefer. Der Weltkommunismus, der von Moskau aus gelenkt wird, basiert auf Begriffen, fuer die es keinen Platz fuer wirkliche buergerliche Freiheiten gibt.

Freiheit fuer sie selbst, aber nicht fuer andere

"Die Kommunisten sind grosse Fuersprecher fuer die Freiheit - fuer eine Freiheit, die demokratischen Methoden voll und ganz auszunutzen in ihrem Bestreben, die Demo-

kratie zu zerstören, fuer eine Freiheit, ihre buergerlichen Freiheiten dazu zu - benutzen, um anderen die Freiheit zu versagen, fuer eine Freiheit, ihre politischen Gegner zu verfolgen und eine Freiheit, ueber diejenigen Luegen zu verbreiten, die ihnen missfallen.

Im Augenblick sind die amerikanischen Kommunisten damit beschaeftigt, eine Kampagne zu starten, um die Meinung an den Mann zu bringen, dass die Fuehrerschaft des CIO insofern Verrat uebt, als sie gewisse dem CIO angeschlossene Verbände ihrer Freiheiten berauben will- ihrer Autonomie, Ihre Idee geht dahin, dass Philip Murray ein Diktator ist, und dass er und ein paar seiner Busenfreunde beschlossen haetten, alle diejenigen einer "Reinigungsaktion" zu unterwerfen, die nicht mit ihnen gleichen Sinnes sind.

"Das ist ebenso luegenhaft wie die meisten Kampagnen der Kommunisten - und zwar aus folgenden Gruenden: Eine der Hauptfragen, um die es geht, besteht darin, dass entschieden wird, ob das Majoritaetsprinzip, wie es in den Versammlungen und Sitzungen des Vollzugsausschusses bestimmt wurde, im CIO und seinen ihm angeschlossenen Verbaenden gelten soll. Die Kommunisten behaupten, dass das Majoritaetsprinzip - in diesem besonderen Einzelfall - der Autonomie widerspricht. Bei einer anderen Streitfrage geht es darum, ob die Kommunistische Partei oder der CIO die Rolle bestimmen soll, die ihm angeschlossenen Verbaende auf internationalem Gebiete spielen.

Sie selber handeln aber anders.

Die Kommunistische Partei handelt aber, genau wie andere heuchlerische Formationen, nicht immer danach, was sie predigt. Ein gutes Beispiel dafuer bieten die Methoden, die die Partei in der Fuehrung ihrer eigenen internen Angelegenheiten anwendet.

"Wenn Du ein gutes Parteimitglied sein willst, dann musst Du von vorn herein alles akzeptieren, was Dir die Parteibonzen sagen, selbst wenn sie Dir etwas sagen, was genau das Gegenteil von dem ist, was sie Dir vorgestern erzaehlt haben, Jemand, der zu oft und zu sehr von der Parteilinie abweicht, wird hinausgeworfen. - Aber bei der Ausstossung allein bleibt es nicht. Hierauf folgt dann eine Kampagne des charakterlichen Totschlages und der Verfolgung.

CIO - Nachrichten - 11. Juli 1949

UNTERSUCHUNGEN UEBER DIE GEWERKSCHAFTLICHEN MONOPOLPRAKTIKEN

Thurman Arnold, der unter Praesident Roosevelt Leiter der Antitrust-Abteilung beim Justizministerium war und jetzt in Washington eine private Anwaltspraxis hat, richtete die dringende Forderung an den Kongress, die Arbeitergewerkschaften den Antitrust-Bundesgesetzen zu unterstellen. In einer Erklaerung vor dem Senat des Banken- und Waehrungs-Ausschusses in dieser Woche fuehrte Mr. Arnold aus, dass es ein "sehr gefaehrliches Unterfangen sei, den Gewerkschaften freie Hand zu lassen, sich ohne jede Einschraenkung auf dem Arbeitsmarkt ein Monopol zu verschaffen. Seine Erklaerungen wurden im Laufe der Verhandlungen bzw. Untersuchungen abgegeben, die gerade vom Senatsausschuss eingeleitet worden waren, um die Ausmasse der Macht der alle Industriezweige erfassneden Gewerkschaften, die Art und Weise, wie diese Macht ausgeuebt wird, sowie ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft zu entdecken.

Hinsichtlich der 3Tage-Woche, die unlengst in der Kohlenindustrie eingefuehrt worden war, - eine der unmittelbaren Entwicklungen, die den Anlass zu der jetzt vorgenommenen Untersuchung gegeben hatte - hatte John L. Lewis (der Praesident der Bergarbeitergewerkschaft), wie Mr. Arnold ausfuehrte, diesen Plan eingeleitet, um

eine Kohlenknappheit hervorzurufen, durch die die Gewerkschaft bei dem "naechsten Streik" in eine guenstige Lage versetzt werden wuerde. Angesichts der jetzt bestehenden Antitrust-Gesetze, hob Mr. Arnold hervor, koennen Gewerkschaften sowohl wie Unternehmer "Schritte unternehmen, die den Antitrustgesetzen zufolge verboten sind", und die "gefaehrlichste Massnahme" einer Gewerkschaft besteht darin, dass eine Gewerkschaft ihre Macht gebraucht, um Preise festzusetzen und die Produktion zu beschraenken.

"Labor Relations Reporter" 25. Juli 1949

"Journal of Commerce" 27. Juli 1949

DIE LEBENSMITTELPREISE UND DER BAUER

Harold V. Knight vom Farmerverband fuer North Dakota schrieb folgenden Artikel, in dem er die Ansicht vertrat, dass es notwendig sei, dass die Lebensmittelpreise hoch genug sind, damit sich der Bauer das kaufen kann, was er braucht; der Artikel erschien in der offiziellen Wochenschrift des CIO.

Wenn die Lebensmittelpreise zu niedrig sind

"Kann der Preis fuer Lebensmittel zu niedrig sein. Nachdem die Hausfrau ihren Wochenbedarf zu Preisen eingekauft hat, die nicht mehr unter die Regie des Preisamts (OPA) fallen, wuerde sie zweifellos "nein" antworten.

"Die Frage ist nicht ganz so einfach. Sie reicht bis an die Wurzel unseres gesamten Wirtschaftssystems. Sie nimmt einen bedeutsamen Platz in der Geschichte der Arbeitergewerkschaften ein. Ganz frueher, in den ersten Tagen der Gewerkschaftsbewegung suchten die Unternehmer die Lebensmittelpreise so niedrig wie nur irgend moeglich zu halten - je billiger das Brot war, desto weniger Loehne brauchten sie ihren Arbeitern zu zahlen, um sie am Leben zu halten. Die Arbeiter organisierten sich jedoch, um fuer ihre Lebenshaltung mehr herauszuholen als nur Nahrungsmittel und einen Strohwack zum Schlafen.

"Heute macht der Anteil, den die Arbeiter, die in den Genuss anstaendiger Loehne gekommen sind, fuer Lebensmittel ausgeben, 20 oder 25% ihres Einkommens aus - obwohl dieser Satz in schlechten Zeiten auf ueber die Haelfte ihres ganzen Lohnes steigen kann. Natuarlich werden nun manche kurzsichtigen Geschaeftsleute der Auffassung sein, dass, wenn sie die Lebensmittelpreise senken, die Verbraucher mehr Geld zur Verfuegung haben, um es fuer andere Dinge auszugeben. Der Wohlstand Amerikas ist aber nicht dadurch aufgebaut worden, indem man eine Gruppe zugunsten einer anderen niedrig haelt.

Die meisten Arbeiter sind weitblickend

"Vielleicht moegen nun manche Lohnempfaenger der Meinung sein, dass Bauer und Arbeiter niemals zusammenarbeiten koennen - ausgenommen in Notzeiten, wie z.B. zur Zeit der grossen Depression - , weil die Bauern fuer die Lebensmittel hohe Preise erzielen wollen, waehrend die Arbeiter niedrige Lebensmittelpreise fordern.

"Der Schreiber dieses Artikels ist sich darueber klar, dass viel zu viel Bauern diese Gedanken hegen, obwohl immer mehr von ihnen jetzt der Tatsache gewahr werden, dass, wenn beide Gruppen ueber eine gute Kaufkraft verfuegen, es beiden auch gut gehen wird. Wenn das Einkommen der einen sinkt, dann kommt die zweite Gruppe sofort hinterher. Statistische Darstellungen zeigen, dass dies seit 1900 der Fall gewesen ist.

"Wenn man sagt, dass die Arbeiter billige Lebensmittel und die Bauern fuer die Lebensmittel hohe Preise verlangen, so hiesse dies, die Dinge auf einen viel zu einfachen Nenner zu bringen. Zwischen dem, was der Bauer bekommt und die Hausfrau auf dem Markt bezahlt, liegt das, was die Verarbeiter, die Fuhrleute, die Haendler und andere Mittelsmaenner bekommen. Oft steht der Kleinverkaufspreis in keinem Verhaeltnis zu dem, was der Bauer bekommt. In den letzten anderthalb Jahren sind die Weizenpreise um mehr als ein Drittel gesunken, die Brotpreise sind jedoch

absolut nicht - im allgemeinen - niedriger geworden. Selbst wenn der Bauer den Weizen verschenken wuerde, dann wuerde der Brotpreis beim Kaufmann nur um 2 - 3% niedriger werden.

Vorgeschlagene Schutzmassnahmen fuer den Bauern

"Die Landwirtschaft ist von jedem anderen Erwerbszweig sehr verschieden. Wenn in anderen Erwerbszweigen mehr hergestellt wird, als man zu einem Preise verkaufen kann, der festgesetzt wird, dann gehen die Firmen pleite. Die Arbeiter wissen ganz genau, was das bedeutet, 5 Millionen Bauern koennen nicht auf diese Weise den Ertrag ankurbeln oder absinken lassen. Sie nehmen eben das, was man ihnen auf dem Markt dafuer bietet. Selbst wenn die Produktion einer Verbraucherware Monate und Jahre in Anspruch nehmen wuerde (wie z.B. bei Rindfleisch und Obst), und selbst wenn die Ausmasse des Ertrages nicht von dem unkontrollierbaren Wetter abhaengen wuerde, dann koennten sich 5 Millionen Bauern nicht ploetzlich darueber einig sein, dass sie den Ertrag bzw. die Produktion reduzieren.....

"Warum sollen wir die Produktion beschraenken, wenn wir wissen, dass ein wohlhabendes, bluhendes Amerika (zuzueglich unseres angemessenen Anteils am Exportmarkt) bedeutet, dass wir alles, was der Bauer erzeugt, auch verbrauchen koennen.

"Das ist die Frage, die Landwirtschaftsminister Brannan aufwarf, als er ein neues Bauernprogramm vorschlug, um den Bauernfamilien ein anstaendiges Einkommen zu sichern dafuer, dass sie einen Ueberfluss and Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen fuer den Verbraucher herstellen. Er schlaegt vor, sich dabei der Vermittlung der Regierung zu bedienen, die diese Zusicherung unterschreibt, ebenso wie auch die Regierung fuer die Mindestloehne buergt. Die Lebensmittel sind zu billig, wenn sie die Kaufkraft der Bauern beschneiden, die sie herstellen. "Was wir alle wollen, ist eine volle, stetige Produktion - auf dem Lande wie in der Fabrik. Wir koennen dies nur erreichen, wenn 140 Millionen Amerikaner das kaufen koennen, was erzeugt wird. Wenn wir die Kaufkraft entweder der Verbraucher in den Staedten oder der Verbraucher auf dem Lande senken, dann biegen wir wieder in den alten Weg ein, der zur Depression fuehrt. Volle Kaufkraft vbedeutet volle gleichberechtigte Stellung. Das ist alles, was gleichberechtigte Stellung oder Paritaet bedeutet - einen angemessenen Anteil an Einkommen."

"The CIO News" - 11. Juli 1949

RUSSISCHE HISTORIKER SCHMAEHEN ROOSEVELT !

Eine Notiz, die sich an die Kommunisten in den Vereinigten Staaten richtet; Ihr taetet besser daran, damit aufzuhoeren, mit lautem Geschrei die Rueckkehr zur "Politik des grossen Franklin Delano Roosevelt zu fordern." Aber gehoert es immer schon seit dem Tode jenes grossen Praesidenten zu den Maximen der Kommunisten und ihrer Genossen in der sogenannten Fortschrittlichen Partei jeden anzugreifen, der mit ihnen als Rooseveltgegner nicht uebereinstimmte.

Jetzt ist jedoch das "Heil" aus dem Mutterlande gekommen, das nir das einzige Land sein kann, woher das "Heil" kommen kann. Es sieht gerade so aus, als wenn sich die Linie aendern will.

In der letzten Woche wurde eine UP-Depesche aus Moskau, die mit dem Vermerk versehen war: "mit Verzoeigerung zugestellt", in den amerikanischen Zeitungen veroeffentlicht. Warum die Depesche von den Zensoren aufgehalten wurde, wurde nicht erwaeht, aber sobald sie einmal freigegeben worden ist, wird der Inhalt, den der Korrespondent berichtet, zum "Heil" - oder, von Ihnen aus gesehen, zur Parteilinie.

Die Depesche enthaelt den Bericht ueber eine Sitzung des Russischen Historischen Instituts, die Mitte Maerz stattfand. Wie UP darlegt, bildet dieses Institut einen Teil der Akademie der Wissenschaften. Ein Bericht ueber die Maerz-Sitzung des Instituts erschien in der Zeitschrift "Probleme der Geschichte". Hier wurde

wieder einmal gruendlich die Seele sondiert. Nicht weniger als 25 Redner - die alle fuerchteten, dass sie selbst einmal das gleiche Schicksal teilen koennten nahmen das Wort, beugten das Knie vor Stalin und prangerten die Suenden der "Kosmopoliten" unter den russischen Historikern an. Alle wurden wegen "eines haltlosen Kosmopolitismus" angegriffen, ebenso deswegen, weil sie "einen nationalen Nihilismus predigten, der den sowjetischen Ansichten zuwiderlaufe."

Um nun wieder zu Franklin Delano Roosevelt zurueckzukehren; Professor Zubok wurde als einer derjenigen herausgegriffen, die zuviel von den Vereinigten Staaten halten. Zubok, schrieen seine Kritiker, haette "Roosevelts sogenannten New Deal verzerrt und entstellt ausgelegt." Zubok, so schrieen sie immer wieder, "haette vollkommen die Tatsache ausser Acht gelassen, dass alle Bemuehungen Roosevelts, das Problem der Zusammenarbeit der Klassen zu loesen, unter dem Druck der Massen vor sich gingen, und dass Roosevelt gleichzeitig die Interessen des Monopolkapitals gewahrt haette."

Amerika kann nun eben einmal vor den Russen nicht bestehen. Ein weiterer "Kosmopolit", Professor Suswitsch wurde angeklagt, Dass er dem Diplomatischen Institut gesagt haette, - es war eine "Geschichtsfaelschung", Genossen ! - "dass die Invasion der Amerikaner in Italien den Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges bildete." Natuerlich ist es den loyalen Historikern der UdSSR, bekannt, dass der Kraml mit seiner Wahrsagemagie besser ueber die Weltgeschichte Bescheid weiss als solche "Amateure" wie Arnold Toynbee.

Aber der schlimmste Feind dieser Sorte von Wahrheit des Kraml ist der "bourgeoise Kosmopolitismus". Dieser ist ganz besonders gefaehrlich, schreibt das Blatt "Probleme der Geschichte", weil er eine ideologische Waffe der internationalen Reaktion gegen den Sozialismus und die Demokratie und eine ideologische Maske fuer das Streben des amerikanischen Imperialismus nach der Weltherrschaft darstellt."

Die Vereinigten Staaten und Grossbritannien werden als etwas Entsetzliches zusammen in einen Topf geworfen, weil sie "den Abschaum der weisrussischen Emigranten, Kosmopoliten und Faelscher wie Professor Struve "rekrutiert" haetten, der ein boesartiger Feind des russischen Volkes sei, wie auch die widerwaertigen Renegaten Varnadsky und Kappos.

(Aus der UP Depesche geht hervor, dass Moskau von Struve behauptet, er sei Professor in England. Es gibt aber auch einen Otto Struve, einen in Russland geborenen Astronomen an der Universitaet Chicago. George Varnadsky ist Professor fuer russische Geschichte an der Yale-Universitaet.)

CIO-Nachrichten 11. Juli 1949

AMERIKANISCHE ZEITUNG GREIFT DEN BRITISCHEN SOZIALISMUS AN

Die "New York World-Telegraph" brachte neulich eine Reihe Artikel ueber das sozialistische Experiment in Grossbritannien zur Oeffentlichkeit. Unter dem allgemeinen Titel "Utopiens Untergang" wollten diese Artikel einige der Schwachen der heutigen Regierung Grossbritanniens zum Vorschein bringen.

Antwort des Norman Thomas.

Norman Thomas, langjaehriger amerikanischer Sozialistenfuehrer und mehrere Male sozialistischer Kandidat fuer die Praesidentschaft der Vereinigten Staaten, schrieb eine Antwort auf diese nach seiner Meinung "fast hysterischen" Versuche, den Sozialismus durch Angriffe gegen Grossbritannien in ueblen Ruf zu bringen. Er erinnerte seine Landsleute daran, es sei ungerecht, Grossbritanniens Produktion und Leistungen mit denen der "gluecklicherweise unbeschaedigten Vereinigten Staaten" zu vergleichen. Man muesse Grossbritannien mit anderen kriegsbeschaedigten Laendern

gleichstellen. Er meinte ferner: -

"Was schlechte Manieren und rücksichtslose Rhetorik betrifft, sollten wir Amerikaner uns schämen. Etwas Verwegeneres als diese fast hysterischen Versuche seitens einflussreicher Kreise in Amerika, den Sozialismus durch Angriffe gegen Grossbritannien in ueblen Ruf zu bringen, kann ich mir nicht denken, geschweige denn deren eventuelle Wirkungen auf amerikanisch-englische Zusammenarbeit waehrend der ausserordentlich schweren Periode, vor der wir z.Zt. stehen."

Mr. Thomas erklarte, solche Angriffe wuerden Moskau ohne Zweifel entzuecken. Er fuegte hinzu, er saehe einige Methoden der britischen Regierung zur Ausuebung ihrer Befugnisse ungern, Grossbritanniens Programm sei aber von einer verzweifelten Notlage, keineswegs von sozialistischen Theorien ins Leben gerufen worden. Nichtsdestoweniger habe Grossbritannien ihre Demokratie aufrechterhalten. Das Land sei nicht der Diktatur des totalen Staates zum Opfer gefallen.

"Manchester Guardian", 30. August 1949

- 16 -

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 30

Berlin, 30. September 1949

DIE MANPOWER DIVISION DER U.S.MILITÄRREGIERUNG IST IM BEGRIFF, VON BERLIN NACH FRANKFURT UEBERZUSIEDELN, BIS NEUE VORKEHRUNGEN GETROFFEN WERDEN KOENNEN, DIE "INTERNATIONALEN ARBEITSMITTEILUNGEN" DRUCKEN ZU LASSEN, WERDEN DIE EINZELNEN VEROEFFENTLICHUNGEN IN UNREGELMAESSIGEN ABSTAENDEN ERSCHEINEN.

WEITERE BESTELLUNGEN RICHTEN SIE BITTE AN:

MANPOWER DIVISION - OMGUS

APO 757 - U. S. ARMY

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Eine Meinungsaeusserung der britischen Arbeiterschaft -	1
Das Internationale Arbeitsamt - - - - -	2
Die sowjetische Gedankenkontrolle - - - - -	5
In Russland liegt die Kultur in Fesseln - - - - -	6
Lagebericht der OEEC - - - - -	7
Das britische Gewerkschaftsgefuege - - - - -	9
Verwirklichungen der "Volksdemokratien" - - - - -	13
Die Automobilarbeiter unterstuetzen das ERP - - - - -	15
Eine Gewerkschaft tritt fuer die alten Arbeiter ein - -	16

EINE MEINUNGSAEUSSERUNG DER BRITISCHEN ARBEITERSCHAFT

Sir William Lawther, der Vorsitzende des Britischen Gewerkschaftsbundes, aeusserte sich vor kurzem wie folgt: "Unsere Faehigkeit, die enormen Lasten zu tragen, die uns als Nation durch 6 lange Kriegsjahre hindurch auferlegt wurden, ist waehrend der letzten 4 Jahre ernstlich auf die Probe gestellt worden. Wenn wir in Wirklichkeit keinen Bankrott erlebt haben, so ist dies auf die enormen Anstrengungen zurueckzufuehren, die unser Volk gemacht hat, um unseren Platz in der Welt als grosse Fabrik- und Handelsnation zurueckzugewinnen. In dieser Aufgabe wurden wir durch die grossmuetige Mitarbeit seitens der Vereinigten Staaten mit Hilfe des Marshall-Plans unterstuetzt....."

"ECA Labor Information" 9. Sept. 49

DAS INTERNATIONALE ARBEITSAMT

An einem Sommernachmittag des Jahres 1926 oeffneten drei Maenner gleichzeitig, jeder mit einem goldenen Schluessel in der Hand, die Tore eines neuen Gebaeudes in Genf. Diese drei Maenner - ein holländischer Arbeiter, ein belgischer Arbeitgeber sowie ein Mitglied der franzoesischen Regierung - oeffneten symbolisch die staendige Unterkunft fuer das Internationale Arbeitsamt, welches gerade heute seine zweiunddreissigste Sitzung abgehalten hat.

"Diese Zeremonie symbolisierte lediglich die Abhaengigkeit des Internationalen Arbeitsamtes von seiner dreigeteilten Mitgliedschaft, und es war keine Sensationsmacherei, um die Versicherung abzugeben, dass die Entscheidungen dieser Organisation auf demokratischer Grundlage erfolgen und dass sie beachtet und in den Mitgliedsstaaten angewandt werden wuerden

"Das Internationale Arbeitsamt kann mit Recht fuer sich in Anspruch nehmen, eine internationale Koerperschaft zu sein, die sich in einem Punkte gluecklich von sonstigen derartigen internationalen Organisationen unterscheidet - sie blieb auch waehrend des zweiten Weltkrieges intakt und sie hat den arbeitenden Menschen in der Welt positiven Nutzen gebracht.

Vertragsabschluss

"Sieben Jahre vor Eröffnung des neuen Verwaltungsgebaeudes wurde das Internationale Arbeitsamt auf Grund der Bedingungen des Friedensvertrages von 1919 gegrundet. Es war seine Aufgabe, internationale Normen der Arbeitsbedingungen fuer die ganze Welt aufzustellen und durchzusetzen.

Diese Fragen sind jedoch bereits in beträchtlichem Umfange von den Britischen Mitgliedern der Kommission behandelt worden und ihre Antworten fanden die Billigung der Britischen Gewerkschaftsbewegung, die seit dieser Zeit eng mit dem Internationalen Arbeitsamt verknuepft war.

"Als dann ihre Vorschlaege der Gesamtkommission vorgelegt wurden, wurden sie Punkt fuer Punkt in einen Vertragsentwurf fuer die Vollkonferenz der Alliierten "eingehaemmert".

Diesfolgenden beiden Faktoren haben wahrscheinlich bei der Annahme der Vorschlaege die Stimmung der Delegierten entscheidend bestimmt, naemlich einmal die ueberzeugende Rede von George Barnes, einem fruheren Schueler des Ingenieurberufes, sowie von Vandervelde, dem Belgischen Sozialisten, als zweitem, denn die Delegierten waren bereits von der Sorge um die verwickelten politischen Streitigkeiten verwirrt und froh, wenigstens einen Teil des sehr dornigen Vertragswerkes geregelt zu haben.

In veraenderlichen Zeiten

"Als sich die Delegierten zum Abschlusse der Sitzung erhoben, konnten sie es sich kaum ertraeumt haben, dass dieses ihr Tagewerk eine dauerhaftere Zukunft haben wuerde als viele andere ihrer Entscheidungen.

Das Internationale Arbeitsamt hat die Krise des Krieges ueberstanden, welche den Voelkerbund erschuettert hat, und es gelangt nun zu der Epoche, die fruchtbare und glueckliche wechselseitige Beziehung zur UNO anzubahnen verspricht. Aber wie Mr. Carl Hambro, der Praesident des Jahres 1947 erklarte, werden die neuen wechselseitigen Beziehungen die Wege oder Methoden des Internationalen Arbeitsamtes nicht aendern.

"Er meinte allerdings damit nicht, dass das Internationale Arbeitsamt etwa nicht mit den veraenderten Zeitumstaenden Schritt halten konnte oder wollte. Er meinte damit lediglich, dass der Geist der Teilhaberschaft bestaendig sein wuerde, um der Nachkriegswelt bei der Verfolgung von Zielen zu dienen, die das Leben des Mannes auf der Strasse der ganzen Welt verbessern koennten.

"Zum Beispiel haben sowohl das Internationale Arbeitsamt als auch die Vereinten Nationen kuerzlich Anschuldigungen in Erfahrung gebracht, wonach in gewissen Laendern ernsthafte Verletzungen des Prinzips der Vereinigungsfreiheit vorgekommen sind. Die Hauptfunktionaere dieser beiden Koerperschaften sind nunmehr angewiesen worden, Wege aufzuzeigen, um Tatsachen zusammenzutragen, wenn derartige Anschuldigungen vorgebracht werden.

"Ein Teil des bisherigen Erfolges des Internationalen Arbeitsamtes war in mancher Hinsicht auf seine Statuten zurueckzufuehren und in anderer auf die Inspiration, die ihm ein Franzose, Albert Thomas, in seiner zwoelfjaehrigen Mitarbeit zuteil werden liess.

"Albert Thomas wollte das Internationale Arbeitsamt nicht lediglich als eine Nachrichtenaustauschzentrale angesehen wissen, die Forschungen von sozialen und wirtschaftlichen Problemen in einem unermesslich weitem Raume durchfuehrte, noch lediglich als ein Verlagshaus von Zeitschriften und Studien ueber Arbeits-Themen.

"Gewiss muessen diese beiden Funktionen ausgefuehrt werden, wenn das Internationale Arbeitsamt das richtungsweisende Vorbild der Regierungen und Arbeitgeber auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung sein soll. Was jedoch von noch groesserer Bedeutung war; Thomas bestand darauf, dass das Internationale Arbeitsamt die Haende zu praktischer Arbeit regen muesse, um die Bedingungen jener vielen zu verbessern, die ueber Gebuehr arbeiteten, unterbezahlt oder ausgebeutet wurden.

Wie die Delegierten abstimmen

"Das Internationale Arbeitsamt uebt seinen wesentlichsten Einfluss in Vollkonferenzen durch Zustimmung zu Konventionen (wie seine Hauptentscheidungen genannt werden) und zu Empfehlungen aus, um dann durch Veroeffentlichungen und entsprechende Schritte darauf zu sehen, dass diese Konventionen und Empfehlungen in den Teilnehmerstaaten in Kraft gesetzt werden. Zu solchen Konferenzen entsendet jeder Mitgliedsstaat vier Delegierte, von denen zwei die Regierung vertreten sowie je einer die Arbeitnehmer und Arbeitgeber- eine Regelung, welche dem Umstand Rechnung traegt, dass Konferenz-Entscheidungen, die wirksam sein sollen, das Gewicht der offiziellen Behoerde hinter sich haben muessen. Ausserdem kann jeder Delegierte eine Anzahl von Beratern zu der Konferenz hinzuziehen, jedoch nicht mehr als zwei zu jedem Punkt der Tagesordnung.

"Allen Delegierten steht es jedoch frei, selbstaendig ihre Stimme abzugeben, wobei es den Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vollkommen freigestellt ist, wenn sie wollen, gegen die Delegierten ihrer Regierung zu stimmen.

Gesetze muessen geaendert werden.

"Empfehlungen, die vom Internationalen Arbeitsamt gegeben werden, haben nur den Charakter eines Rates, der angenommen werden kann, wenn entsprechende Gesetze gestaltet werden. Die Bedeutung einer Konvention liegt jedoch in der Tatsache, dass sie mit zweidrittel Mehrheit von einer Konferenz angenommen worden ist, und, nach den Satzungen des Internationalen Arbeitsamtes, wird den Regierungen eine aeusserste Frist von 18 Monaten gewaehrt, innerhalb welcher sie sich entschliessen muessen, ob die Bestimmungen der Konvention in ihrem Lande Geltung haben sollen.

Wenn sich eine Regierung zugunsten einer Konvention entscheidet, muss sie ihre diesbezuglichen Gesetze nach den Bestimmungen der Konvention ausrichten.

"In jedem Jahre legen die Mitgliedsstaaten Berichte vor, in welcher sie aufzeigen, wie sie die ratifizierten Konventionen durchfuehren. Zur Gegenkontrolle koennen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beschwerden unterbreiten, wenn eine Regierung eine Konvention nicht so durchfuehrt wie sie es sollte, obgleich jedoch Bestimmungen ueber Sanktionen gegen solche Regierungen bestehen, erreicht oftmals die oeffentliche Kritik das gewuenschte Ergebnis.

"Zwischen den Konferenzen wird die vorbereitende Arbeit ununterbrochen fort-

gesetzt. Edward Phelan fuehrte folgendes in der Juni Ausgabe der "International Labour Review" aus: "Es koennen zwar technische Ausschuesse des Internationalen Arbeitsamtes gebildet werden, die dann in dem einen oder anderen Stadium Bericht erstatten, oder es kann eine vorbereitende technische Konferenz abgehalten werden, bevor die Frage der Internationalen Arbeitskonferenz endgueltig unterbreitet wird, und fast regelmaessig werden Regierungsvertreter und wahlberechtigte Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der einen oder anderen Sitzung des Internationalen Arbeitsamtes staendig anwesend sein."

"Ein wirkliches Bild vom Internationalen Arbeitsamt kann man sich nur dann machen, wenn man das unermesslich grosse Panorama fortgesetzter Aktivitaet sowohl auf nationalem als auch auf internationalem Gebiete betrachtet, welches unmoeglich in allen seinen verschiedenartigen Einzelheiten erfasst werden kann. Es ist dies die niemals unterbrochene Arbeit der Studien, Beratungen, Betrachtungen und Entscheidungen, welche es erklaerlich machen, warum das Internationale Arbeitsamt vertrauensvoll fuer sich in Anspruch nehmen kann, "ein allgemeines sich ueber alle Grenzen erstreckendes soziales Gewissen" geschaffen zu haben.

"In der kurzen Spanne seines Bestehens hat das Internationale Arbeitsamt einen Reichtum an Kenntnissen sowie eine Technik des Zusammentragens, der Verteilung und Anwendungsmethoden erstellt, womit es sich schon allein die Arbeiter verpflichtet haette, selbst wenn dies seine einzige Errungenschaft waere.

"Kuerzlich kuendigte der gegenwaertige Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, David Norse, an, dass sich auf Anforderung von Venezuela ein Untersuchungsausschuss nach dort begibt, um die dortigen sozialen und Arbeitsprobleme einer Untersuchung zu unterziehen und danach einen vollstaendigen Bericht darueber zu unterbreiten.

Fuer Frieden und Fortschritt

"Bis jetzt haben 90 Konventionen des Internationalen Arbeitsamtes 1012 Ratifizierungen durch die einzelnen Mitgliedsstaaten erfahren. Viele Sachgebiete sind davon beruehrt worden, jedoch wuerde eine wahllose Uebersicht ergeben, dass gleich in erster Linie die Behandlung der Zu- und Abwanderung, des Gesundheitswesens in der Industrie der Vereinigungsfreiheit, der Sicherheit und Wohlfahrt sowie der Arbeitszeit steht, was bereits im Jahre 1919 Gegenstand der ersten in Washington angenommenen Konvention war.

"In diesem Jahre entsandten 50 Staaten insgesamt 550 Delegierte zu den internationalen Arbeitskonferenzen. Eine Uebersicht ueber die von ihnen geleistete Arbeit erscheint auf der naechsten Seite.

"Sie veranschaulicht, dass das Internationale Arbeitsamt immer ein wichtiger Faktor fuer Frieden und Fortschritt sein wird. Es bleibt jedoch unmoeglich, den Einfluss des Internationalen Arbeitsamtes auf die Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu messen, da es unmoeglich ist, eine Erhebung ueber die gesamte soziale Gesetzgebung der letzten 30 Jahre, die in den verschiedenen Laendern in Kraft gesetzt und verordnet worden ist, anzustellen, und die direkt durch die Taetigkeit des Internationalen Arbeitsamtes angeregt oder betraechtlich beeinflusst worden ist.

Besseres Leben

"Als ein fruehes Beispiel sei eine Konvention genannt, die auf der ersten Washingtoner Konferenz angenommen worden war und die das Problem der Kinderbeschaeftigung behandelte. Im Jahre 1937, also etwa 18 Jahre spaeter, hatten 30 Laender zugestimmt, dass Kinder unter 14 Jahren nicht in der Industrie beschaeftigt werden duerfen, und sie haben entsprechende Gesetze erlassen.

"Auf der heutigen Konferenz des Jahres 1949 berichteten die Delegierten, in

welchem Ausmasse die Konventionen und Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes die Regierungen bei der Ausarbeitung der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung unterstuetzt haben - zum Beispiel: das neue Syrische Arbeitsgesetz und das Aegyptische Sozialversicherungsgesetz.

Als das Internationale Arbeitsamt die Frage der Sozialversicherung behandelte, hatten lediglich zwei Laender eine Gesetzgebung von Bedeutung auf diesem Gebiete, naemlich Grossbritannien und Deutschland, jedoch die damit gedeckten Risiken waren lediglich Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Jetzt sind infolge von umfangreichen Anstoesen und Anregungen des Internationalen Arbeitsamtes die Sozialversicherung beziehungsweise soziale Sicherheitsmassnahmen auf sehr viele andere Laender ausgedehnt worden.

"Dramatischer dargestellt hat die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes einen verbesserten Lebensstandard fuer viele Hundert Millionen von Arbeitnehmern in den letzten dreissig Jahren bewirkt.

Labour, August 1949

DIE SOWJETISCHE GEDANKENKONTROLLE

"Seit der Oktoberrevolution im Jahre 1917 haben die Bolschewiken in Russland das ausgedehnteste und weitestreichende System zur Kontrolle des Denkens entwickelt, das jemals in der Geschichte bekannt geworden ist. Sie waren in der Lage, in dieser Hinsicht die frueheren Formen des Despotismus zu uebertreffen, weil ihnen alle Faktoren fuer die Ausbildung des Geistes, die die moderne Wissenschaft und Technologie geschaffen haben, zur Verfuegung standen. Sie lassen diese Faktoren - die Schule, die Presse, den Rundfunk, das Kino, das Auto, das Flugzeug, und das Maschinengewehr, die Wissenschaft, die Literatur und die Kunst - mit aeusserster Ruecksichtslosigkeit zusammenwirken und benutzen sie in diesem Sinne im Hinblick auf ein einziges Ziel.

Wie sie arbeitet

"Der Schluessel zum Verstaendnis dieses Systems der Gedankenkontrolle liegt bei der Allrussischen Kommunistischen Partei, oder der Partei Lenins und Stalins, mit ihren 6 Millionen Mitgliedern, ihrem Zentralkomitee mit 72 Mitgliedern, ihrem Politbuero mit 14 Mitgliedern und ihrem komplizierten und weitreichenden Mechanismus. Hier liegt auch der wirkliche Schluessel zu jenem "Verstehen" der Sowjetunion, nach dem heute soviel Leute Verlangen haben. In Wirklichkeit ist die Partei und nicht die Regierung der Sowjetstaat.

"Die Partei Lenins und Stalins ist natuerlich absolut nicht eine politische Partei in dem Sinne, wie dieser Ausdruck in den demokratischen Staaten gebraucht wird. Sie regiert weder im Auftrage noch mit Zustimmung des Volkes. Wie ihr Vorgaenger, das Zarenreich, kann sie nur durch eine gewaltsame Revolution abgeschafft werden. Dem allgemeinen Aufbau und ihrer Handlungsweise nach ist sie eine Art politische Armee. Indem sie mit erstaunlicher Praezision dem Plan fuer eine revolutionaere Organisation folgt, wie ihn Paul Pastel, ein russischer Revolutionaer zu Anfang des 19. Jahrhunderts aufgestellt hat, hat sie 3 verschiedene Mitgliederschichten oder-kreise: Sie hat ihre Offiziere, ihre Unteroffiziere und ihr Oberkommando. Die Pflicht der Soldaten und Offiziere ist es, die Befehle des Oberkommandos auszufuehren. Das letztere setzt sich aus 14 Mitgliedern zusammen, im Politbuero, und aus 72 Mitgliedern im Zentralkomitee.

Parteikontrolle

"Zu Lenins Zeiten sollte die Taetigkeit der Partei nach dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus" gelenkt werden. Diesem Prinzip zufolge soll jede Art von politischer Aktivitaet von den gewoehnlichen Mitgliedern in den Tausenden von Zellen besprochen werden, die die Grundlage der Organisation bilden. Danach werden Delegierte gewaehlt, die die Mitglieder auf regelmaessig zusammengerufenen Partei-

kongressen vertreten sollen, und die dort angenommenen Beschlüsse in bezug auf die Politik sollten dann fuer die gesamte Mitgliederschaft bindend sein. Unter Stalin ist dieses ganze Verfahren abgeschafft worden, und sogar umgekehrt worden. Der letzte Kongress wurde im Fruhjahr 1939 zusammengerufen. Und wenn ein neuer Kongress in naechster Zeit zusammengerufen werden sollte dann kann man sicher sein, dass jeder Delegierte von der Fuehrerschicht aufs sorgfaetigste ausgesucht werden wird, und dass er dann ohne Einschraenkung die grundlegende Politik Stalins und des Politbueros unterstuetzen wird.

"Unter diesem Kontrollsystem kann es natuerlich keine oeffentliche Diskussion ueber die hohe Politik geben, weder ueber die Aussen, noch ueber die Innenpolitik. Diese Politik wird vom Oberkommando der Partei eroertert und formuliert, und wird dann der Welt gewoehnlich in Form einer Resolution seitens des Zentralkomitees bekanntgegeben. Danach ist es dann die Aufgabe der anderen Mitglieder dieser politischen Armee, die Politik ins Volk zu bringen, zu erklaren, zu ueberzeugen, zu argumentieren, die Leute zu bereden, die Annahme von Resolutionen zu sichern und das Auftauchen jeder Art organisierten Widerstandes zu verhindern. Alle Zweige des kulturellen Mechanismus werden so ausgerichtet, dass sie demselben Zweck dienen. Der Sowjetbuerger liest und hoert ueberhaupt nicht die leiseste Spur von Kritik an jeder Art von Politik seitens der Zentralorgane der Partei."

Prof. George S. Counts von der Columbia Universitaet
im "AFL Weekly News Service" 22. Juli 1949

IN RUSSLAND LIEGT DIE KULTUR IN FESSELN

"Im spaeten Sommer und zu Anfang des Herbstes des Jahres 1946 erhielt die Amerikanische Bevoelkerung kurze Nachrichten aus Moskau, wonach gewisse Schriftsteller, Dramatiker und Filmdirektoren in Schwierigkeiten waren. Es schien, als ob das Zentralkomitee der Partei Lenins und Stalins den Finger der Kritik auf jene Leute gerichtet haette, um sie zu bitten, ihren bisher eingeschlagenen Weg zu aendern. Da die meisten Amerikaner weder mit den in den Berichten erwahnten Namen noch mit der Rolle, den die Partei im russischen Staate zu spielen pflegt, vertraut waren, neigten sie dazu, die Berichte als jenseits ihres Fassungsvermoegens liegend abzutun oder die betreffenden Ereignisse als mit Leichtigkeit zu betrachtende Episoden anzusehen. Sie versaeumten gaenzlich, ueber die persoenlichen Traguedien nachzudenken, die hinter diesen Berichten liegen und ueber die in jenen seltsamen Aktionen der allumfassenden Kommunistischen Partei eingeschlossene Welt-Traguedie.

"Als Tatsache wurde in den Nachrichten von den ersten Schlachten einer gigantischen und sorgfaeltig geplanten Offensive gegen den Westen und die gesamte freie Welt gesprochen. Der Angriff der Partei auf die literarische Kunst war der Anfang einer Kampagne, die darauf abzielte, den gesamten Kulturapparat zur nachdruecklicher und unberechtigten Unterstuetzung der agressiven Aussenpolitik, die das Politbuero zur Reife bringen wollte, einzuspannen da der Krieg zu Ende gegangen war.

Die Ziele der Kommunisten

"Offenbar war das erste Ziel des Angriffs, alle guenstigen Eindruecke vom Westen und insbesondere von Amerika, die man waehrend des Krieges gewonnen hatte, in den Hirnen der Soviet-Bevoelkerung auszuloeschen. Aber der beherrschende Zweck war und ist offenbar die Unterstuetzung erstaunlicher und ko-ordinierter Bemuehungen ausgeruestet mit der vollen Macht des russischen Staates und der dritter Internationale, die Voelker aufzuwiegeln, um ueberall zu revoltieren, um das sowjetische System weitestgehend zu verbreiten und um damit die Versprechungen der bolschewistischen Revolution im eigenen Lande und ausserhalb zu erfuellen.

"Die theoretische Untermauerung dieser Aktion der Partei war schon durch Lenin

erfolgt. Da er zu der marxistischen Konzeption des Staates steht, mit all seinen Organen und seiner Macht als ein Instrument der herrschenden Klasse, gelangt er logisch vorgehend zu der Doktrin, dass es die erste Pflicht jeder Abteilung der Sowjetkultur ist, das Volk in der Parteidoktrin und Politik zu erziehen. In einer Botschaft, die heute mehr zitiert wird als zu Lenins Zeiten, drueckte er sich folgendermassen aus: "Auf dem Gebiete der oeffentlichen Erziehung setzt es sich die Partei zum Ziele, die von der Oktober-Revolution im Jahre 1917 begonnene Umbildung der Schulen von einem Werkzeug zur Beherrschung der Klassen durch die Bourgeoisie in ein Werkzeug zur Zerstoerung dieser Herrschaft zu beenden..." Die Schule muss ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats werden."

Erziehung ist eine Waffe

"Stalin bringt, wie es seine Gewohnheit ist, die Sache noch plumper in einer Unterhaltung mit H.G. Wells zum Ausdruck. Er sagte: "Erziehung ist eine Waffe, deren Wirksamkeit davon abhaengig ist, wer sie in der Hand haelt und auf wen sie gerichtet ist." Und wenn der Ausdruck "Erziehung" heute in der Sowjetunion angewandt wird, dann soll er damit alle Einfluesse und Taetigkeiten, die der Information und der Meinungsbildung dienen, umfassen. In dem Masse, in dem diese Einfluesse und Taetigkeiten organisiert und beherrscht werden koennen, stellen sie eine Waffe oder eine Batterie von Waffen von fabelhafter Kraft dar, die die Kommunistische Partei in ihren Haenden haelt, und die sie auf jedweden und jedwedes Ziel richten kann.

"Der Vorgang des Zielwechsels und des Anpassens der Visiere dieser maechtigen Batterie von Waffen begann ernstlich am 14. August 1946 mit einer Resolution des Zentralkomitees der Partei ueber zwei in Leningrad veroeffentlichte literarische Zeitschriften. Dies war die beruehmteste aller Resolutionen, weil sie die erste war und daher als Muster galt. Ihr folgten Resolutionen ueber das Drama, den Film, die Musik, die Vererbungslehre, den Humor sowie andere Phasen kultureller Betaetigung. Zusammengefasst sind sie in der Sowjetunion als die "Resolutionen ueber die Ideologie" bekannt. Sie zeigen sehr deutlich das sowjetische System der Kontrolle der Gedanken auf."

Von Professor G.S. COUNTS von der Columbia Universitaet.
(Aus dem woechentlichen Nachrichtenblatt der AF of L vom
23. August 1949)

LAGEBERICHT DER OEEC

Der europaeische Arbeiter traegt dadurch, dass er die Produktivitaet erhoecht und sich von Arbeitsunterbrechungen fernhaelt, zum Wiederaufbau Europas bei. Dagegen zieht er Nutzen aus dem Wiederaufbauprogramm durch eine Beschaeftigung, die besser ist als vor dem Zweiten Weltkrieg und durch die Stabilisierung der Preise in den meisten Laendern Westeuropas.

Diese Tatsachen werden in dem juengsten Lagebericht, der im Juni von der Organisation fuer die Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) veroeffentlicht wurde, klar herausgestellt.

Arbeitslosigkeit, Streiks

"Die Arbeitslosigkeit in den meisten westeuropaeischen Laendern war nur ein Viertel so hoch wie vor dem Kriege," heisst es in dem Bericht, "allerdings mit Ausnahmen von Wichtigkeit, wie in Italien, wo nahezu 20% aller Lohn- und Gehaltsempfaenger arbeitslos sind; in Belgien, wo etwa 12% aller versicherten Arbeiter stellungslos sind, und in Westdeutschland, wo die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen etwa 9% der Bevoelkerung betraegt, die Lohn oder Gehalt beziehen."

An Hand einer Tabelle, die nach Berichten aus Oesterreich, Daenemark, Frankreich, Irland, Holland, Norwegen, Portugal, Schweden, der Schweiz und dem Verei-

nigten Koenigreich zusammengestellt wurde, schaaetzt die OEEC, dass die Gesamtzahl der Arbeitslosen fuer diese Laender im Jahre 1938 3.1 Millionen betrug. Im Jahre 1949 betraegt die vorlaeufige Zahl fuer diese Laender 0.7 Millionen.

"Die Arbeitszeit, die durch industrielle Streitigkeiten in der Zeit von 1946 bis 1948 verloren ging, betrug nur 1/5 des Verlustes waehrend der 3 Jahre 1919 bis 1921. Das macht etwa 2 Stunden pro Jahr fuer jede beschaeftigte Person aus, oder nahezu 1 Stunde pro 1000 Arbeitsstunden", heisst es weiter in dem OEEC-Bericht.

Produktivitaetsindex und Preise

Ein ueberschlagsmaessiger Index der industriellen Produktivitaet, den die Experten der OEEC ausgearbeitet haben, illustriert die Besserung, die sich in den beteiligten Laendern gezeigt hat; -

	<u>1938</u>	<u>1946</u>	<u>1947</u>	<u>1948</u>
Einschliesslich Westdeutschland	100	77	81	90
Ausschliesslich Westdeutschland	100	89	94	102

"Die Produktivitaet pro Arbeitsstunde hat in Frankreich wieder fast den Vorkriegsstand erreicht," berichtet die OEEC, "und die durchschnittliche Arbeitswoche wurde von 38 Stunden im Jahre 1938 auf 45 Stunden im Jahre 1948 erhoehrt.

In Westdeutschland wurde die Arbeit von der anormalen Hoehe von 48 Stunden vor dem Kriege auf 44 Stunden herabgesetzt. In den meisten anderen beteiligten Laendern ist die Laenge der Arbeitswoche nicht sehr von der verschieden, wie sie vor 10 Jahren bestand.

Eine Preisstabilisierung, die einen Ansporn fuer die Produktion bildete, wurde in den meisten westeuropaeischen Laendern durchgefuehrt, bemerkt die OEEC und fuegt hinzu, "dass die Stabilisierung der Preise waehrend der letzten 12 Monate mit einer auffallenden Lockerung der Kontrollen zusammenfiel. Es besteht wenig Zweifel darueber, dass der inflationistische Druck aufgehoert hat, in den meisten beteiligten Laendern ein ernstes Problem darzustellen."

Die OEEC-Experten haben allerdings die Warnung geaeussert: "Man muss sich daran erinnern, dass die Preise vieler Verbrauchswaren nur dank der grossen Einfuehren, die von der amerikanischen Hilfe finanziert wurden, stabilisiert wurden.

Eine weitere Wuerdigung der Besserung, die durch die gemeinsamen Bemuehungen seitens der westeuropaeischen Laender und der Vereinigten Staaten erreicht wurden, geht aus dem Lagebericht hervor. Es heisst darin: Die Hilfe der Vereinigten Staaten hat einen staendigen Fluss an Lebensmitteln und importierten Materialien gesichert. Die Bemuehungen der beteiligten Laender haben das Transportsystem wiederhergestellt und die Produktion an Kohle, Stahl und anderen lebenswichtigen Materialien Europas erhoehrt, waehrend ihr Kampf gegen die Inflation bedeutende Fortschritte erzielten. Infolgedessen bestand fuer die Produktion die Moeglichkeit sich ohne eine entsprechende Erhoehung der Arbeitskraefte auszuweiten."

Jetzt aber, besagt der Bericht, "werden weitere Produktionserhoehungen zum grossen Teil von der Verbesserung der Produktionsmethoden und von der Investierung frischer Kapitalien abhaengen."

Zusammenarbeit mit dem ERP

Die OEEC zaehlt dann noch einige Faelle von Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Laendern und den den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der verbesserten Produktionsmethoden auf.

Sowohl Arbeiter wie Unternehmer haben dieser Frage gegenueber ein starkes Interesse bekundet, heisst es hier. "In Frankreich wurde unter Zusammenarbeit mit dem ECA die industrielle Produktivitaet in 125 Fabrikationsbetrieben einem Studium unterzogen. Auf Ersuchen der griechischen Regierung wurden amerikanische Sachverstaendige der ECA-Mission zugeteilt, um als Berater in technischen Angelegenheiten

zu fungieren. Ein anglo-amerikanischer Rat fuer Produktivitaet wurde Ende 1948 geschaffen, um Methoden zu studieren, die geeignet sind, die industrielle Produktivitaet zu erhoehen; seine Arbeit hat bisher gute Fortschritte gemacht. Studienkommissionen, bestehend aus Industriellen und Arbeitern aus mehreren Laendern haben die Vereinigten Staaten besucht, um amerikanische Arbeitsmethoden zu studieren."

Dieses Bild steht in krassem Gegensatz zu den Behauptungen, die in dem Memorandum enthalten sind, das der von den Kommunisten beherrschte Weltgewerkschaftsbund (WFTU) an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen gesandt hat. Das Dokument des WFTU wirft den "kapitalistischen Laendern" vor, dass sie die wirklichen Ausmasse der Arbeitslosigkeit verschweigen. Es wird darin behauptet, dass es in den "kapitalistischen Laendern" einschliesslich der Vereinigten Staaten 7 Millionen Arbeitslose gaebe. Davon muss man aber, wird gesagt, 6 $\frac{1}{2}$ Millionen auf die Vereinigten Staaten rechnen. Dieses Memorandum des WFTU wurde von der "New York Times" als eine "statistische Kuriositaet" bezeichnet.

Ueberblick der OEEC ueber die Beschaeftigungslage

Der OEEC-Bericht untersucht ausfuehrlich die Ursachen und die Ausmasse der Arbeitslosigkeit in Belgien, Italien und Westdeutschland. Nachstehend folgt eine Zusammenfassung;-

Die Beschaeftigungslosigkeit in Belgien scheint zum Teil das Ergebnis einer Beschraenkung der Exportauftraege fuer manche Fertigwaren wegen der englischen und deutschen Konkurrenz zu sein; teilweise ist sie wohl auf die nachlassende Inlandnachfrage nach Textilien, kostspieligen neuen Haeusern und nach Industrie-Neubauten zurueckzufuehren. Gegen Ende Mai 1949 waren 212.000 Belgier ohne Beschaeftigung. Der Ueberschuss an italienischen Arbeitskraefte ergibt sich aus der dichten und stets wachsenden Bevoelkerung (seit der Beendigung des Krieges stieg die Zahl der italienischen Bevoelkerung um 3 Millionen) und aus dem Mangel an natuerlichen Hilfsquellen und an Kapitalausstattung. Dieses Problem, dass vor dem Kriege durch grosse Zahlen an Streitkraefte und damit zusammenhaengender Beschaeftigung maskiert wurde, wurde durch eine 10jaehrige Unterbrechung in der Auswanderung, durch die kuerzliche Einschraenkung der Schwarzmarkt- und Nebengeschaeft und die Rueckkehr der Kriegsgefangenen verschlimmert. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 1.2 Millionen auf den Hoehepunkt, als sie im Mai 1948 2.4 Millionen erreichte. Im Maerz dieses Jahres waren es 1.835.000.

In Westdeutschland brachte die Waehrungsreform im Juni 1948 manche Aenderungen in der Beschaeftigungslage. Das Fernbleiben vom Arbeitsplatz fiel von 15.2% auf 6.7%. Die Zahl derjenigen, die bezahlte Arbeit suchten, wurde noch durch diejenigen vergruessert, die frueher von Schwarzmarktgeschaeften gelebt hatten, sowie von anderen, wie Frauen, die frueher keine bezahlte Beschaeftigung gesucht hatten. Viele Buerangestellte wurden entlassen, wenn sie nicht mehr voll leistungsfahig waren. Kreditbeschraenkungen erschwerten die Finanzierung von Investitionen. Ausserdem stroemten Fluechtlingen in grosser Zahl aus dem Osten zu. So stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Mai auf ueber 1.2 Millionen.

Nach einem Ueberblick ueber die Ursachen der Arbeitslosigkeit in den Gebieten, wo sie besonders stark auftritt, fuehrte die OEEC aus: "Die meisten europaeischen Laender haben eine Massenarbeitslosigkeit und Streitigkeiten grossen Stils in der Industrie vermieden, die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen soviel Elend und Verluste verursacht haben."

"ECA Labor Information" 19. Juli 1949

DAS BRITISCHE GEWERKSCHAFTSGEFUEGE

Der nachfolgende, von einem britischen Sonderberichterstatter fuer das Arbeitswesen geschriebene Artikel, behandelt das Gefuege des British Trades Union Congress

(TUC). Der Artikel duerfte die deutschen Gewerkschaftler der Westzonen interessieren. Insbesondere handelt es sich um die Vertretung der einzelnen Gewerkschaften bei dem General Council, d.h. dem Verwaltungsrat der T.U.C.

Die Reform der T.U.C.

"Trotz seiner demokratischen Natur stellt der Verwaltungsrat in mancher Hinsicht keine sehr gute Vertretung fuer viele Gewerkschaften dar, deren Interessen er angeblich wahrht. Abgesehen von der Wiederaufnahme eines Vertreters der Angestellten-Gewerkschaften (Civil Service Unions), hat sich, nachdem im Jahre 1945 die diesen Gewerkschaften auferlegten Beschraenkungen aufgehoben wurden, die Struktur des Verwaltungsrates, der fast dreissig Jahre zuvor zur Erweiterung des ehemaligen Parlamentarischen Ausschusses geschaffen wurde, nicht geaendert. Diese Struktur spiegelt die hervorragende Persoenlichkeit der Maenner wider, die damals fuehrend waren, und hatte zweifellos zum Zweck, alte Buendnisse moeglichst dauerhaft zu machen.

"Das Wahlsystem verleiht den groessten Gewerkschaften eine ungeheure Macht. Die Kandidaten werden gruppenweise ernannt, was theoretisch die Gewaehr dafuer leisten soll, dass innerhalb einer einzelnen Gewerkschaftsgruppe die Gewerkschaften tatsaechlich durch den annehmbarsten Kandidaten aus ihren Reihen vertreten werden, Wenn auch die Ernennung gruppenweise erfolgt, so werden die Stimmen von der Trades Union Congress doch als Ganzem abgegeben: d.h. die gemeinsame Stimmabgabe der zwei oder drei groessten Gewerkschaften kann jeweils bestimmen, welcher Kandidat zu waehlen ist.

Nicht ausgeglichen

"Ferner sind die einzelnen Gruppen sehr ungleich aufgegliedert. Der Verwaltungsrat wurde kurz nach dem Kriege 1914-18 als das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften anders als heutzutage ausgesehen hat, ins Leben gerufen. Die Vertretung der Industriegruppen war damals schlecht ausgeglichen. Die alten Grundindustrien, die die Bewegung im 19. Jahrhundert beherrscht hatten, waren immer noch zu stark vertreten. Dieser Mangel an Gleichgewicht hat sich staendig erhoeht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Gewerkschaftler, welche jeweils durch ein Mitglied des Rats in den Jahren 1923 und 1947 darin vertreten waren (spaaetere Zahlen sind noch nicht verfuegbar.)

<u>Industriegruppe</u>	<u>Anzahl der Vertreter</u>	<u>Congress-Mitglieder, die auf je einen Vertreter entfallen.</u>	
		<u>1923</u>	<u>1947</u>
Bergbau und Steinbruch	3	263	201
Eisenbahnen	3	149	208
Sonstiger Verkehr	3	137	458
Schiffbau	1	132	121
Maschinenbau, Huettenwerke und Fahrzeugbau	3	143	404
Eisen-Stahl-und sonstiges Metallgewerbe	2	76	94
Baugewerbe, Holzbearbeitung, Moebel	2	178	294
Druckerei und Papier	1	159	237
Baumwolle	2	119	75
Sonstige Textilien	1	153	107
Bekleidung	1	93	173
Leder und Schuhwaren	1	84	116

<u>Industriegruppe</u>	<u>Anzahl der Vertreter</u>	<u>Congress-Mitglieder, die auf je einen Vertreter entfallen.</u>	
		<u>1923</u>	<u>1947</u>
Glas, Töpfereien, Nahrungsmittel und chemische Industrien			
und Einzelhandel	1	189	481
Landwirtschaft	1	30	129
Beamte und Angestellte des oeffentl. Dienstes	2a	144	320
Nicht-Handarbeiter	1	64	217
Arbeiter	3	152	277
Frauen	2	---	---

(a) ein Vertreter im Jahre 1923

"Diese Zahlen geben zu denken. Der Einzelhandel und die neuen gemischten Industrien, sowie der Maschinenbau, haben viel zu wenig Vertreter; dagegen haben der Schiffbau und die unbedeutenderen Metalle zu viel, waehrend die Baumwollindustrie hoeher vertreten ist als irgendeine andere Gruppe.

"Die beiden grossen Gewerkschaften der allgemeinen Arbeiter koennen sich in mehr als einer Gruppe direkt vertreten lassen. Die "Transport and General Workers Union" hat in der Gruppe "Sonstiger Verkehr (d.h. ausschliesslich der Eisenbahnen)" zwei Vertreter, und ebenfalls einen der beiden Sitze, die fuer Frauen reserviert sind. Bei den diesjaehrigen Wahlen hat die "General and Municipal Workers Union" fuer alle drei Sitze, die den "allgemeinen Arbeitern zugeteilt sind, Kandidaten aufgestellt, ausserdem noch eine Kandidatin fuer die Frauenabteilung.

Sitze fuer die Frauen

"Das Prinzip, Sitze fuer die Frauen zu reservieren, laesst sich nicht leicht rechtfertigen, besonders in einer Organisation, die angeblich Maenner und Frauen gleichmaessig vertritt und die z.B. Ansprueche auf gleiche Bezahlung staendig geltend zu machen versucht. Aber selbst, wenn das Prinzip angenommen wird, weil es die Gewaehr dafuer gibt, dass einige Frauen in den General Council gewaehlt werden, so ist die Vertretungsbasis sehr eigenartig. Einundreissig maennliche Vertreter beim jetzigen General Council wurden aus etwa 6,572,000 maennlichen Gewerkschaftsmitgliedern gewaehlt, aber die beiden Frauen sollen allein die Interessen von 1,200,000 weiblichen Gewerkschaftlern vertreten. Das Verhaeltnis der maennlichen zu den weiblichen Gewerkschaftlern liegt zwischen 5 und 6 zu 1, beim General Council aber ist es 15:1. Es koennte einigermassen gerechtfertigt erscheinen, wenn man die Gewerkschaften, die einen hohen Prozentsatz an weiblichen Mitgliedern aufweisen, zusammengruppieren und der Gruppe alsdann eine Sondervertretung von evtl. fuenf oder sechs Frauen zubilligen wuerde; aber heutzutage scheint die willkuerliche Entscheidung, dass wenigstens zwei Mitglieder des General Council Frauen sein muessen, wenig gerechtfertigt. In der Tat stellt die bestehende Frauenabteilung lediglich ein anderes Mittel dar, den grossen allgemeinen Arbeitergewerkschaften nach Belieben eine zusaezliche Vertretung zu gewaehren.

Wichtigkeit der Tradition

"Durch traditionelle Buendnisse und Vereinbarungen innerhalb des Wahlsystems wird gewissen Gewerkschaften ein fast automatisches Recht zur direkten Vertretung beim General Council zuerkannt. Da den Eisenbahngewerkschaften drei Sitze zugeteilt werden, erhalten die drei Gewerkschaften je einen Sitz, und in dieser Gruppe gibt es gewoehnlich keinen Wahlkampf. In der Gruppe "Bergbau und Steinbruch" genieisst seit einigen Jahren die Steinbrechergewerkschaft von Nord-Wales, deren Mitgliederzahl nur 7,500 betraegt, ein scheinbar automatisches Recht auf einen der drei Sitze. Die National Union of Mineworkers (Bergbaugewerkschaft) war gewohnt, ihren Generalsekretaer, den Kommunisten Arthur Horner, als einen ihrer Kandidaten

fuer die drei Sitze zu ernennen, und wenn nun die Steinbrecher nicht dagewesen waeren, haette Mr. Horner schon laengst seinen Sitz im General Council. Aber die Steinbrecher-Gewerkschaft ist eine Verbundene der maechtigen Transport and General Workers' Union; durch die Aufstellung ihres eigenen Kandidaten fuer die Gruppe hat sie sichergestellt, dass es mindestens einen anderen Kandidaten gegeben hat, dem die riesige Transport Workers Union ihre Stimme abgeben koennte. Als politisches Zweckmaessigkeitsmanoever ist das recht unterhaltend; es ist aber fuer den T.U.C., wie frueher fuer das Parlament, ungesund, geschlossene Wahlbezirke ("pocket boroughs") zu halten.

"Die Gewerkschaften, die eine zu geringe Vertretung haben, setzen sich ziemlich stark fuer Veraenderungen ein; der General Council selber hat sich aber immer streng konservativ verhalten. Beim vorjaehrigen Kongress fassten die Toepfereiarbeiter einen Beschluss, wonach sie eine repraesentativere Vertretung verlangten; Mr. Vincent Tewson, der seitens des General Council gegen den Beschluss sprach, machte die merkwuerdige Erklaerung, dass, selbst wenn der Beschluss angenommen werden sollte, der Council augenblicklich "keine Moeglichkeit" sehe, die darin kritisierten Unregelmassigkeiten zu beseitigen. Diejenigen, die im Sattel sitzen, beabsichtigen, mit aller Kraft dazubleiben.

Nicht - Handarbeiter

"Wenn die Gewerkschaftsbewegung aus den Erfahrungen der Aerzte, der wissenschaftlichen Arbeiter und der Bankbeamten, die in ihren Reihen sind, Nutzen ziehen soll, ist es Unsinn zu behaupten, dass diese Leute alle durch den ueberschwenglichen Mr. O'Brien, MP, von der Nationalen Gewerkschaft der Theater- und Kino-Angestellten genuegend vertreten werden - denn zur Zeit ist dieser der einzige Vertreter, der ihnen gegenent ist.

"Es waere fuer die Gewerkschaften eine gesunde Massnahme, wenn der Congress darauf bestehen wuerde, das ganze System zu untersuchen. Die bisherige Starrheit des General Council ist einer der Faktoren, die dazu beitragen, den Kommunisten ihren Einfluss zu geben.

"Die Luecken in der Vertretung an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung sind ebenfalls in einzelnen wichtigen Gewerkschaften aufzuweisen. Niemand koennte behaupten, dass der Landes-Vorstand der Transport & General Workers Union viel Einfluss auf die Londoner Hafendarbeiter ausgeuebt hat. Man kann nicht leicht ueber diese Affaere hinweggehen, als ob sie eine unglueckliche Familiensorge waere, worueber in den besten Gewerkschaftskreisen nicht gesprochen werden darf. Es liegt hier eine ernsthafte Schwaeche vor, und der T.U.C. taete gut daran, einen Sonderausschuss zu bilden, dessen Aufgabe es waere, die Struktur aller Gewerkschaften zu untersuchen, die, sagen wir, eine Mitgliedschaft von ueber 250,000 haben. Man moechte auch vorschlagen, dass ein solcher Ausschuss sich ausschliesslich aus Mitgliedern von solchen Gewerkschaften zusammensetzen sollte, die nicht dem General Council angehoeren.

Warum eine Reform benoetigt wird.

"Es ist kein Grund vorhanden, warum man dreiunddreissig Leuten aus einer 3-Millionen starken Bewegung alles aufbuerden sollte; noch warum sie darauf bestehen sollten, alles selbst zu machen. Der General Council koennte sich viel Arbeit ersparen, wenn fuer Abordnungen, Delegationen und Ausschuesse, die seine eigenen Lasten nur noch vervielfachen, Mitglieder der Nebenstellen verwendet wuerden, wobei die Gewerkschaften sich dann nationalen Angelegenheiten widmen koennten.

"Ein Anfang ist vom T.U.C. gemacht worden, indem er in den verstaatlichten Industrien die Frage des "Mitbestimmungsrechts" untersucht, und es ist von lebenswichtiger Bedeutung, dass diese Aufgabe nicht auf Nebengeleise geschoben wird. Der

eigene Bericht des T.U.C. hat die Illusion vertrieben, dass nur die Arbeitgeber (oder die veralteten "Funktionaere") dem Mitbestimmungsrecht feindlich gegenueberstehen, es muss gruendlich darueber nachgedacht werden, wie ein solches Mitbestimmungsrecht aussehen muss, wenn es den Bergarbeitern, Lokomotivfuehrern und Fabrikarbeitern ein wahres Gefuehl persoenlichen Interesses an ihrer Arbeit einfluessen soll.

"Im Grunde genommen sind alle Mitglieder der General Council, Funktionaere der eigenen Gewerkschaften - gewoehnlich die Generalsekretaere. Heute ist es so, dass die Regierung in fast allen Angelegenheiten des Staatslebens eine Fuehlungsnaehme mit dem T.U.C. sucht. Ein fleissiger Gewerkschaftssekretaer, wenn er die ganze Gewerkschaftsbewegung zur Genuege vertreten soll, kann sich daher nicht gleichzeitig den Geschaeften seiner eigenen Gewerkschaft widmen. Zum Zeitpunkt des letzten Budgets, als es offenbar wuensenswert war, die Stellungnahme der Gewerkschaften einheitlich zu halten, waren die leitenden Funktionaere einer Anzahl wichtiger Gewerkschaften nach Amerika gereist. In den Gewerkschaften ist die Dezentralisierung ebenso wichtig wie in der Wirtschaft. Es koennte vieles getan werden, um die Luecken zwischen den leitenden Persoenlichkeiten und den gewoehnlichen Mitgliedern der Gewerkschaften auszufuellen, wenn letzteren ein groesserer Anteil der Taetigkeiten, die vom Transport House geleitet werden, gegoennt werden koennte.

Manchester Guardian, 1. September 1949

VERWIRKLICHUNGEN DER "VOLKSDEMOKRATIEN"

Nach dem Vorbilde der UdSSR sind alle Voelker der "Volksdemokratien" dem "Sozialistischen Aufbau" ausgesetzt, der durch das Stachanow-System und durch Produktionseinsparungen gekennzeichnet ist und offenbar wird. Diese Parolen, die mit einer erstaunlichen Gleichartigkeit in Ungarn, Polen, Rumaenien usw. verkuendet werden, werden ueberall sofort angewendet bzw. in die Wirklichkeit umgesetzt.

Es genuegt auch, einmal die Arbeitsorganisation in einem dieser Laender zu studieren, um ein genaues Bild vom Leben der Arbeiter hinter dem "Eisernen Vorhang" zu erhalten.

So beschaeftigen sich im Polen des Herrn Bierut die sogenannten "Arbeiter" - zeitungen nach dem Wettbewerb der Bergleute und der Arbeiter in der Metallurgie nun auch mit dem Wettbewerb der Bauarbeiter.

Am 1. Juni 1949 verkuendete die "Trybuna Ludu" (Tribuene des Volkes), das Zentralorgan der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (P.C.) in einem begeisterten Artikel: "1.000 % der Produktionsnorm wurden im Baugewerbe ueberschritten. Die Arbeiter Wozniak, Bednarczyk und Orzechowski, die an einem Arbeitstag 15.588 Steine mauerten, haben einen neuen Rekord erkaempft."

Hierbei unterstreicht das Blatt:

"Durch Anwendung des "Dreiersystems" haben die Maurer einen solchen Arbeitsrythmus entwickelt, dass der Rekord des Vortages bereits am naechsten Tage geschlagen war."

Die gleiche Zeitung beschreibt dann am 11. Juni die Resultate, die diesmal, - dank der Kettenarbeit -, durch 2 Schichten erreicht wurden, welche innerhalb 9 Stunden 27 Minuten 66.500 Steine mauerten.

Es wird nun beschrieben, wie die Maurer bei einer Temperatur von 37° eifrig arbeiten, und wie der "Techniker alle 30 Minuten die Ergebnisse prueft, die er in einer Tabelle eintraegt."

"Dieses Ergebnis, schliesst die Zeitschrift, ist das eines Rekordes, den der sowjetische Maurer Maximenko erreicht hat, indem er 31.000 Steine pro Tag mauert. Wie man sieht, beginnen die neuen Methoden der sowjetischen Maurer, die in Polen auf Anregung Krajewskis hin eingefuehrt wurden, gute Resultate zu zeitigen."

Wir haben bereits mehrmals in der "Documentation Syndicale" darauf hingewiesen,

dass die Rolle der sogenannten Gewerkschaften in der Volksdemokratie darin besteht, den Ausstoss zu foerdern und Produktionseinsparungen zu propagieren. Es ist daher keineswegs erstaunlich, wenn man in der Zeitschrift "Związkowiec" ("Der Gewerkschaftler"), der offiziellen Wochenzeitschrift des Polnischen Gewerkschaftsbundes, vom 3. Juli, einen Artikel liest, der mit dem Satz "Verallgemeinern wir die sozialistischen Arbeitsmethoden" ueberschrieben ist. Es handelt sich da um eine Konferenz von Stachanowaktivisten, die vom Baugewerbe-Verband einberufen wurde. Man hat hier festgestellt, dass dank der Bemuehungen der Gewerkschaften "die Zahl der Arbeiter, die am Arbeitswettbewerb beteiligt waren, von 8.000 im Jahre 1948 auf 21.500 in diesem Jahre gestiegen ist."

Wir moechten hierzu bemerken, dass diese Zahl im Verhaeltnis zur Gesamtzahl der Bauarbeiter (200.000) einen ziemlich geringen Prozentsatz ausmacht. Wenn sie sich aber noch erhoehen sollte, so doch nur deswegen, weil sich zahlreiche Lohnempfaenger durch den Verdienst koedern lassen, oder durch die Genugtuung, dass ihr Name in den Zeitungen veroeffentlicht wird. Uebrigens wird es ihnen immer schwerer gemacht, sich dann der Sabotagedrohung zu entziehen, die ernstliche Unannehmlichkeiten im Gefolge hat.....

Nachdem hervorgehoben wurde, dass "die Anwendung neuer Erfindungen im Laufe des ersten Vierteljahres 1949 21 Millionen Einsparungen ergab, "hat die Konferenz eine Resolution angenommen, die die Bauschichten verpflichtet, vorzeitig die Plaene dieses Jahres zu erfuellen und die geplanten Einsparungen zu verwirklichen, wenn moeglich, sogar noch zu uebertreffen. Die mittlere Leistung aller Schichten muss um 12% gesteigert werden."

Die Erdarbeiterinnen: Die Wirtschafts-Tageszeitung "Rzeczpospolita" (Die Republik) vom 2. Juli fuehrt einige erbauliche Angaben an ueber den sozialistischen Wettbewerb im Baugewerbe. Wir erfahren da, dass tatsaechlich 200 Frauen mit Erdarbeiten beschaeftigt sind, die in Warschau durchgefuehrt werden. Darunter befinden sich junge Maedchen von 18 Jahren, reife Frauen, von denen manche schon das 53. Lebensjahr ueberschritten haben. Sie arbeiten gebueckt, das Kopftuch umgebunden.

Auf die Frage, ob ihnen die Arbeit nicht zu schwer sei, antwortete eine von ihnen, eine bejahrte Frau, wie der Berichterstatter erzaehlt: "Nein, es geht schon. Der Ruecken tut zwar ein bischen weh, aber man gewoehnt sich daran."

"Sie sind sorgfaeltiger mit ihrer Arbeit als die Maenner, stellte der Kolonnenfuehrer fest."

Das hindert nichts daran, dass ihr Stundenlohn nur 54 Złoty betraegt (die Kaufkraft von 54 Złoty ist geringer als diejenige von 54 franzoesischen Francs.)

Wir wollen einmal feststellen, dass vor dem Kriege die Frauenarbeit unter Schutz stand, dass die Frauen weder in Bergwerken noch bei Erdarbeiten beschaeftigt waren, was einer Gesetzgebung entsprach, die in allen Kulturlaendern angewendet wurde.

Diese praezisen Beispiele, die der offiziellen Regierungspresse entnommen sind, gestatten es, dass die Verwirklichungen eines Regimes, zu dessen berufsmuessigen Beweihraeuchern sich die Herren Saillant, Frachon und Co machen, ihrem Werte nach beurteilt werden koennen.

Diese Verwirklichungen sehen so aus:

Zuegelloser Leistungswettbewerb,

Zwangswettbewerb der Arbeiter,

Frauenbeschaeftigung bei schwersten Arbeiten.

Es ist durchaus nicht nowendig, dass dies alles auf Kosten der Arbeiter geschieht. Die Produktionseinsparungen werden ebenfalls auf Kosten der Arbeitssicherheit und -hygiene erreicht. Von diesem Gesichtspunkt aus muss die Lage sogar

ziemlich beunruhigend sein, da die offizielle Presse von Zeit zu Zeit darueber berichtet. Es genuegt, einen Artikel zu zitieren, der vor kurzem in der "Rzeczpospolita" mit der Ueberschrift: "Die Uebereifrigen und die Einsparungen", erschien um sich davon ueberzeugen zu lassen, dass die von dem volksdemokratischen Regime eingesparten Zlotys keineswegs zu dem Preis an menschlicher Gesundheit im Verhaeltnis stehen, den man dafuer bezahlen muss.

Auszug aus "Documentation Syndicale", Wochenblatt der Freien Aktiven Gewerkschaefler No. 27 (45) vom 8. Juli 1949

DIE AUTOMOBILARBEITER UNTERSTUETZEN DAS E.R.P.

Die leitenden Funktionaere des Verbandes der Vereinigten Automobilarbeiter (UAW) mit seiner Millionenmitgliederschaft, (CIO) eroeffneten ihre Konferenz am 10. Juli in Milwaukee, auf der sie erneut versicherten, das Europaeische Wiederaufbau-Programm zu unterstuetzen und Vorschlaege fuer einen vernuenftigen und fairen internationalen Arbeitsnormen-Vertrag einbrachten.

Der Bericht des Praesidenten Walter Reuther an die 2.400 Delegierten der Gewerkschaft brachte zum Ausdruck, dass die kaempferische Unterstuetzung des Marshall-Plans "eine historische Tatsache und ein Dokument" darstelle und wies darauf hin, dass die Gewerkschaft aktiv daran beteiligt sei, der demokratischen Arbeiterschaft Europas moralische und materielle Hilfe zu bringen. Nach seiner Ansprache sprachen sich die Delegierten einstimmig fuer die Unterstuetzung des Marshall-Plans mit angemessenen Geldmitteln aus und stimmten fuer die Ausweitung des Gesetzes ueber das Gegenseitige Handelsabkommen und fuer die Billigung des Atlantikpakts "unter Gewaehrung praktischer Hilfe und Verwirklichung desselben".

Reuthers Vorschlag fuer einen internationalen fairen Arbeitsvertrag forderte eine Garantie des Rechts der Arbeiter in der ganzen Welt, sich zu organisieren und Kollektivvertraege abzuschliessen, wobei im Vertrag eine Hoechst Arbeitszeit und Minimalloehne festgelegt werden sollten, die nach einer Formel berechnet sind, derzufolge 3.000 Kalorien an Lebensmitteln, sowie Unterkunft, Kleidung, aertzliche Betreuung und andere lebensnotwendige Dinge garantiert werden sollen.

Er sagte auch, dass nach diesem Programm die Kinderarbeit beschaenkt und in gefaehrlichen Industriezweigen verboten werden sollte, ausserdem sollten fuer den Internationalen Handel keine Waeren zugelassen werden, die entgegen den im Vertrag niedergelegten Normen als dagegen verstossend hergestellt wurden. Reuther erklarte, dass solch ein Vertrag positive Programme zur Aufrechterhaltung der vollen Produktion, des Verbrauchs und des Wohlstandes in den Vereinigten Staaten unterstuetzen wuerden, wie auch Programme mit dem Ziel, dass sich die USA mit anderen Nationen in den wirtschaftlichen Wohlstand teilen. Er empfahl dringend die Foerderung seiner Idee durch den CIO, dem der Verband der Automobilarbeiter abgeschlossen ist, und durch die neue internationale Arbeiterorganisation, die jetzt im Entstehen begriffen ist.

Der Praesident der Automobilarbeiter erklarte, dass die praktische Hilfe, die die amerikanische Arbeiterschaft den europaeischen Arbeitern zu leisten in der Lage ist, "sich durchaus als ein entscheidender Faktor in dem Kampf auf Leben und Tod erweisen kann, den die demokratische Arbeiterschaft gegen die Diktatur und die Verzweiflung fuehrt."

"Brot und Freiheit sind beide im Hause der Demokratie wonnoeten", sagte er der Konferenz, indem er sich verpflichtete, in diesem Jahre fuer hoehere Loehne und fuer eine bessere Arbeitergesetzgebung zu kaempfen.

"Das demokratische Europa", sagte er, "sieht voller Hoffnung auf Amerika und schaut auch erwartungsvoll auf die materiellen Dinge, die gegen Marshall-Plan-Kredite geliefert werden. Wenn man die Demokratie wirksam machen kann in der

Weise, dass man den grundlegenden Problemen des Volkes gerecht wird, dann wird sich daraus eine Art Hoffnung entwickeln, die Europa helfen wird."

"Joe Stalin spitzt sich auf eine Depression in Amerika", fuhr er fort. "Das Kominform nimmt eine abwartende Haltung ein und rechnet damit, dass wir uns selber schlagen, wie es im Jahre 1929 der Fall war."

"ECA Labor Information" 12. Juli 1949

EINE GEWERKSCHAFT TRITT FUER DIE ALTEN ARBEITER EIN

Der Internationale Maschinisten-Verband (IAM), eine Organisation mit etwa 700.000 Mitgliedern (die weder dem CIO noch der AFL angeschlossen ist), hat ein Programm in Vorschlag gebracht, demzufolge die Sicherheit der ueber 45 Jahre alten Arbeiter erhoeht werden soll. Wie der IAM erklart, ist es durchaus nicht ungewoehnlich, dass Arbeitgeber denjenigen Arbeitern den Vorzug geben, die unter 45 Jahre alt sind. Diejenigen Arbeiter, die zwischen 45 und 65 Jahre alt sind, stellen fest, dass es immer schwieriger wird, eine dauernde Beschaeftigung zu finden.

Der IAM meint, dass der Kongress dem Sozialversicherungsgesetz nach das pensionsfaehige Alter herabsetzen sollte, oder dass man ein Gesetz zur Verhuetung einer ungerichteten und unfairen Benachteiligung aller aelteren Arbeitnehmer erlassen muesse. Das gesetzliche Pensionsalter ist jetzt 65 Jahre. Der IAM will es fuer ungesetzlich erklaren lassen, wenn Arbeitnehmer sich weigern, Arbeiter ihres Alters wegen einzustellen, wenn sie letztere deswegen entlassen oder sie sonstwie aus diesem Grunde benachteiligen.

Es wird interessieren, wenn man erfahrt, dass der zuruecktretende Praesident des IAM, Harvey W. Brown, zum Leiter des Amts fuer Arbeitsangelegenheiten beim Hohen Kommissar Amerikas in Deutschland ernannt worden ist. Er tritt an die Stelle von Leo R. Werts, dem Direktor der Manpower Division OMGUS.

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 32

Berlin, 14. Oktober 1949

INHALTSVERZEICHNIS

Gewerkschaften gewinnen gegen den Kommunismus an Boden - - -	2
Amerikanischer Gewerkschaftler lehnt Sozialismus ab - - - -	6
Die amerikanischen Stahlarbeiter treten in den Streik - - -	6
Die amerikanischen Stahlarbeiter verlangen Pensionen - - - -	7
Lebenshaltungskosten des griechischen Arbeiters - - - - -	8
Ein Mann und eine Gewerkschaft - - - - -	9
Studium Arbeitssparender Methoden - - - - -	11
Die Arbeiter in den Fordwerken bekommen einen Pensionsplan -	11
Produktivitaet und Investitionen - - - - -	12
Auch in Neu-Seeland ist es die gleiche Methode - - - - -	13
Abnahme der Fortbildungsprogramme in Frankreich - - - - -	14
Englische Arbeiter aeussern sich anerkennend ueber den Verband der amerikanischen Stahlarbeiter - - - - -	15

In frueheren Ausgaben der "Internationalen Arbeitsmitteilungen" baten wir unsere Leser, uns bekanntzugeben, ob die Veroeffentlichung der "Labor News" fortgesetzt werden sollte. Wir haben daraufhin Zuschriften von fast allen Gewerkschaften der Westzone, von Zeitungen Westdeutschlands wie auch von vielen Einzellesern erhalten. Alle haben sich fuer die Fortsetzung der Herausgabe der "Internationalen Arbeitsmitteilungen" ausgesprochen.

Irgendwelche Zuschriften, in denen ersucht wird, die Veroeffentlichung einzustellen, sind uns nicht zugegangen; man hat uns aber auf einen Artikel vom 30. August in der "TRIBUNE", dem offiziellen Organ des FDGB, die im Ostsektor erscheint, aufmerksamgemacht.

"Die Manpower Division, OMGUS, der Herausgeber der gewerkschaftlichen "Internationalen Arbeitsmitteilungen" teilt den Lesern dieses vor allem von der AFL ausgenutzten USA Organs mit, dass infolge des Umzugs der OMGUS nach Frankfurt/M die Seitenzahl dieser Mitteilungen eingeschaenkt wuerde. Es solle sich sogar in Kuerze eine Entscheidung darueber notwendig machen, ob das Blatt ueberhaupt weitergefuehrt werden soll oder nicht, und die Leser moegen ihre Meinung darueber der OMGUS mitteilen.

"Von uns aus, die wir dieses Blatt aus "bestimmten Gruenden" lesen muessen, recht gern: Lasst sie verschwinden, diese "Mitteilungen", und das recht schnell. Lieber heute als morgen! Ihr wuerdet damit - ungewollt, das wissen wir - der gewerkschaftlichen Bewegung einen guten Dienst erweisen."

GEWERKSCHAFTEN GEWINNEN GEGEN DEN KOMMUNISMUS AN BODEN.

Die Kraefte der freien Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten, die vor einem Jahre aus der Verteidigung heraus zum Gegenangriff uebergegangen sind, stehen jetzt voll im Angriff gegen den Kommunismus.

Ein Angelpunkt, um den die Schlacht jetzt tobt, ist der Marshall-Plan.

Gross-Britannien

Kuerzlich brachte Arthur Deakin, der Fuehrer der groessten Gewerkschaft der Welt, der Britischen Gewerkschaft der Transport- und ungelerten Arbeiter, den Unterschied zwischen den Bemuehungen der freien Gewerkschaften um die Erholung Europas im Gegensatz zu den kommunistischen Manipulationen, den Kontinent in ein Chaos zu stuerzen, zum Ausdruck. Dies geschah in seiner Rede am 7. September vor dem Britischen Gewerkschaftskongress in Bridlington.

Er wies darauf hin, dass die Kommunisten die britischen Dock-Arbeiter dazu bringen wollten, nur Schiffe aus nordamerikanischen Atlantikhaefen zu bestreiken, dagegen nicht jene, die nach den nordamerikanischen Pazifikhaefen abgingen, da die nach dem Pazifik fahrenden Schiffe keine Hilfsmittel fuer Europa mit sich fuehren, und er fuehrte woertlich aus:

"Das ist die schmutzige Absicht des Kominform - den Verkehr abzudrosseln und den Lebensfaden jener Laender, die Marshall-Hilfe erhalten, abzuschneiden."

Die kommunistischen Elemente im Britischen Gewerkschaftskongress wurden in der Konferenz in Bridlington ueberwaeltigt, als der Kongress (TUC) mit 6.258.000 Stimmen gegen 1.017.000 fuer den Austritt aus dem kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund (WFTU) stimmte.

Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftskongresses (TUC) errang auch mit 6.746.000 gegen 760.000 kommunistische Stimmen einen Sieg, als er um Abstimmung ueber den einzuschlagenden Weg bei der Bekaempfung kommunistischer Einmischung in Angelegenheiten der ihm angeschlossenen Gewerkschaften bat. Die kommunistischen Stimmen ergaben weniger als 10% der Gesamtmitgliedschaft des Gewerkschaftskongresses (TUC). Darueberhinaus war das kommunistische Element so schwach, dass eine Resolution, die den Austritt Gross-Britanniens aus dem "kapitalistischen" Marshall-Plan verlangte, nicht einmal unterstuetzt wurde.

Seeleute und Dockarbeiter.

Dreizehn Laender, die auf der Internationalen Konferenz der Vereinigten Dockarbeiter und Seeleute in Rotterdam vom 26. bis 30. August vertreten waren, brachten eine in vernichtenden Worten gehaltene Resolution gegen die Bildung einer Dockarbeiter und Seeleute-Abteilung innerhalb des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes durch.

Die beiden Sparten des Internationalen Transportarbeiterverbandes (ITF) betonten, dass sie bereit und entschlossen seien, der Herausforderung zu begegnen, die der zweite Versuch, einen konkurrierenden internationalen Verband zu schaffen, darstellt, und sie drueckten ihre feste Ueberzeugung aus, dass die Mitgliedschaft in den neuen Organisationen oder einer anderen Organisation mit totalitaerer Tendenz mit der Mitgliedschaft im ITF unvereinbar ist.

Mitgliedsgewerkschaften der ITF aus Belgien, Daenemark, Frankreich, Deutschland, Gross-Britannien und den Vereinigten Staaten baten den Vorstand, eine Satzungsaenderung fuer den naechsten Zweijahreskongress zu erwaegen, wonach Mitglieder ausgeschlossen werden sollen, wenn sie gegen die erklarten Grundsaeetze und Interessen des Verbandes verstossen. Die Konferenz nahm eine Resolution ueber allgemeine kommunistische Betaetigung an, die nachstehend auszugsweise wiedergegeben wird:

"Berichte glaubhafter Gewerkschaftsvertreter des Seefahrts- und Hafengewerbes besagen, dass in juengster Zeit eine sehr bedeutende Wiederaufnahme der zersetzenden Taetigkeit von Seiten kommunistischer und kommunistenaehnlicher Organisationen zu verzeichnen war, die darauf berechnet ist, Verwirrung zu schaffen und damit die wirtschaftliche Belebung in verschiedenen Laendern zu behindern.

Durch abwegige Mittel versuchen die Kommunisten, Kontrolle ueber die freien Gewerkschaftsorganisationen mit dem angeblichen Ziel, die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren, zu bekommen, jedoch ist es dabei ihr wirkliches Ziel, die freien Organisationen zu unterjochen und die Interessen der Mitglieder den Absichten der sowjetischen Aussenpolitik zu opfern.

Die Internationale Konferenz der Dockarbeiter und Seeleute verurteilt solche politischen Umsturzmanipulationen, da sie gegen die materiellen und moralischen Interessen der frei Organisierten und der Gesellschaft als Ganzes gerichtet sind, da sie nur darauf abzielen, die Bemuehungen zu untergraben, die unternommen werden, um gegenseitiges Verstaendnis unter den Voelkern wachzurufen, um soziale Fortschritte weiterzuentwickeln und den Frieden der Welt zu sichern.

Sie erteilt eine ernste Warnung an die Arbeiter in allen Laendern und an ihre freien Gewerkschaften, gegen zersetzerische Taetigkeit wachsam zu sein, und fordert sie auf, der Herausforderung durch eine Angriffsschlacht gegen die kommunistische Bedrohung, woimmer sie in Erscheinung tritt, zu begegnen."

Weiterhin wird dem Vorstand des ITF empfohlen, alle Schritte auf dem Gebiete der Organisation und der Propaganda zu unternehmen, ebenso wie finanzielle und andere Massnahmen zu treffen, um die anti-kommunistische Kampagne auf nationaler und internationaler Ebene zu fuehren und zu koordinieren.

Schliesslich gibt sie das Geluebde ab, dass die freien Gewerkschaftsorganisationen, fuer die sie spricht, jede nur moegliche materielle und moralische Unterstuetzung jenen geben werden, die den Kampf um die Wiederaufrichtung und Erhaltung des Grundsatzes einer freien Gewerkschaftsorganisation in Laendern, wo totalitaere Tendenzen die Oberhand gewonnen haben, fortsetzen, und sie tut ihren Willen kund, mit allen freien internationalen Gewerkschaften und anderen Koerperschaften zur Foerderung gemeinsamer Ziele zusammenzuarbeiten.

Die Konferenz empfahl ausserdem die einstweilige Aufhebung der Mitgliedschaft der Kanadischen Seeleutegewerkschaft und ihren endgueltigen Ausschluss aus dem ITF-Kuerzlich wurde bereits ihre Mitgliedschaft im Kanadischen Gewerkschaftsbund (Canadian Trades and Labor Congress) vorlaeufig aufgehoben, weil sich ihre Fuehrer geweigert hatten, einen politischen Streik abzubrechen. Anstelle der auszustossenden Gewerkschaft hat die Konferenz um Anerkennung der Kanadischen Zweigorganisation der Internationalen Seeleute Gewerkschaft von Nord-Amerika gebeten, die, wie die Konferenz glaubt, die kanadischen Seeleute besser vertreten wuerde.

Finnland.

Der Finnische Gewerkschaftsbund hat die Kommunisten innerhalb seiner Organisation ausgeschaltet, indem er Anfang September fuenf streikende Gewerkschaften ausschloss. Es handelt sich um die Gewerkschaften der Transportarbeiter, der Holzarbeiter, der Bauarbeiter und Maurer und der Taucher. Es wird erwartet, dass die Sozialdemokraten, die die Schritte gegen die sowjetisch gelenkten Gewerkschaften unternahmen, neue Gewerkschaften fuer ihre Anhaenger innerhalb der ausgeschlossenen Gruppen gruenden werden, waehrend die ausgeschlossenen Organisationen einen rein kommunistischen Gewerkschaftsbund bilden werden.

Holland.

Die Hollaendische Gewerkschaft, NVV (sozialistisch), fuehrte einen der ersten Schlaege gegen den kommunistischen Weltgewerkschaftsbund, als ihr Vertreter im Januar 1949 die Sitzung, an der noch Vertreter des Britischen Gewerkschaftskongresses

(TUC) und der amerikanischen CIO teilnahmen, verliess. Die einzige Gewerkschaft in Holland, deren Mitgliedschaft abgenommen hat, ist die EVC, eine kommunistische Gruppe. Den anderen drei, NVV, CNV und KAB, wird zugute gehalten, dass sie viel zum sozialen Frieden des Landes beigetragen haben, wo nach einem Bericht des Beauftragten der Niederlaendischen Regierung fuer das ERP "normale Verhaeltnisse" viermal so schnell wie nach dem ersten Weltkrieg herbeigefuehrt werden konnten. Der Bericht besagt, dass innerhalb von zwei Jahren nach der Befreiung ein normaler Standard erreicht wurde, waehrend nach den Jahren 1914 bis 1918 acht Jahre erforderlich waren, um zu normalen Verhaeltnissen zurueckzukehren. Alle nicht kommunistischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind im Institut der Arbeit vertreten, dass der Regierung in beratender Eigenschaft fuer Fragen der Loehne, der Sozialversicherung und der Arbeitsgesetzgebung zur Seite steht.

Belgien.

Obschon der Kommunismus niemals einen nennenswerten Rueckhalt in Belgien besass, gab der Belgische Gewerkschaftsbund seine Ablehnung des Weltgewerkschaftsbundes durch seinen Austritt am 29. Mai bekannt und entsandte daraufhin einen Vertreter zu der Anti-Weltgewerkschaftsbund-Versammlung der internationalen Gruppen, die ausgetreten waren, in London. Aus der Londoner Versammlung entstand die "Vorlaeufige Internationale Gewerkschaftsorganisation," die diesen Herbst wieder zusammenkommen wird, um die Absichten der nicht-kommunistischen internationalen Gewerkschaftsbewegung zu foerdern.

Italien.

Vor zwei Jahren, und sogar noch bis vor einem Jahr, war der Kommunismus in Italien maechtig. Die hungernden Italiener waren politischer Theorien und Versprechungen muede. Jedoch gerade im vergangenen Jahre hat die Italienische Kommunistische Partei auf Grund zuverlaessiger Quellen um mehr als 21% abgenommen. Drei der fuenf grossen italienischen Gruppen, die einmal Mitglieder des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes (CGIL), waren, sind wegen der kommunistischen Machenschaften ausgetreten. Zwei davon, die Republikaner und die Sozialisten des rechten Fluegels haben eine neue anti-kommunistische nationale Gewerkschaftsorganisation, die FIL, (Italienischer Gewerkschaftsbund), gegruendet. Die christlich-demokratische Arbeiterschaft trat aus dem urspruenglichen CGIL im vergangenen Jahre aus und gruendete eine nationale Gewerkschaft unter dem Namen Freier Allgemeiner Italienischer Gewerkschaftsbund. Politische Beobachter glauben, dass zwischen den beiden nationalen Gruppen eine eventuelle Uebereinkunft zustande kommen koennte, da beide wegen der kommunistischen Einmischung ausgetreten waren. Falls eventuell eine fuehrende Koerperschaft gebildet werden sollte, duerfte die Gewerkschaftsbewegung eine entscheidende Rolle bei der Befreiung Italiens von der kommunistischen Vorherrschaft spielen.

Latein-Amerika.

Eine Warnung, dass der Weltgewerkschaftsbund versuchen wuerde, die Marshall-Plan-Hilfe fuer die europaeischen Laender zu sabotieren, wurde auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Havana im September verlautbart, an der Vertreter aus 15 latein-amerikanischen Staaten und aus den Vereinigten Staaten teilnahmen. Mitglieder der Seefahrtsabteilung des ITF hatten Informationen darueber erhalten, dass die kuerzlich stattgefundene Versammlung des Weltgewerkschaftsbundes in Marseille unter dem Vorsitz von Harry Bridges Plaene entworfen haette, "den Marshall-Plan zu sabotieren und Stuetzpunkte fuer Seeleute und Dock-Arbeiter in einer Anzahl von Haefen zu errichten, die als Instrument der sowjetischen Politik betrachtet werden muessten, und man wuerde versuchen, den Eindruck zu erwecken, als ob sich die Westmaechte nicht auf die Unterstuetzung der Seeleute und Dock-Arbeiter im Falle eines internationalen Konfliktes verlassen koennten, und dass diese Einrichtungen zu Spionagezwecken benutzt werden sollten." Der Generalsekretaer des ITF betonte, dass

seine Organisation das Bridges-Programm, wenn notwendig, auch hinter dem Eisernen Vorhang bekaempfen wuerde.

Frankreich.

Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich ist ein Opfer der politischen Manoever der Kommunisten geworden, und weit verbreitete Unzufriedenheit und Enttaeuschung hat viele Arbeiter dazu gefuehrt, der Gewerkschaftsbewegung den Ruecken zu kehren. Als der Marshall-Plan als ein wirksames Instrument fuer die franzoesische Wiedergesundung in Erscheinung trat, traten die Kommunisten in den Streik, um die franzoesische Wirtschaft zu sabotieren. Als sich der Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGT) auf der Bundeskonferenz im Jahre 1947 in kommunistisch tendierenden Resolutionen entschieden gegen den Marshall-Plan aussprach, trat eine Minderheitsgruppe, die Force Ouvriere, gegen die Fuehrung auf und verliess geschlossen die Tagung. Seit dieser Zeit ist die Lage der franzoesischen Wirtschaft, der Loehne und Preise und der Politik so kritisch geworden, dass es schwierig ist, endgueltige Schluesse zu ziehen.

Die Force Ouvriere ist eine starke Minderheit, doch fehlen ihr die Mittel des laenger bestehenden CGT. Beide Gewerkschaften sind zu einer Zeit entschieden geschwaecht worden, als Frankreich eine einige Arbeiterklasse fuer seine Wiedergesundung und fuer die Erlangung besserer Lebensbedingungen brauchte. Wenn man das Jahr 1938 als Ausgangspunkt nimmt, liegen die Preise heute 19 Mal hoeher, wogegen die Loehne fuer einen Durchschnittsarbeiter nur 12 Mal hoeher sind. Bis nicht von den freien Gewerkschaften, die von der Kommunistischen Partei abgesattelt wurden, mehr geboten werden kann, kann die franzoesische Situation nicht mit dem Fortschritt der uebrigen Welt auf dem Wege zu einer freien Gewerkschaftsbewegung Schritt halten. Die Kommunistische Partei in Frankreich hat seit 1946 Mitglieder verloren, aber "ihr Wert, in der Politik Schaden anzurichten", ist noch von starker Kraft.

Schweden.

Die skandinavischen Laender sind einmuetig aus dem Weltgewerkschaftsbund ausgetreten, und die Gewerkschaften in Schweden, Norwegen und Daenemark haben mit ihren Regierungen und der Arbeiterschaft zusammengearbeitet, um den Kommunismus zugunsten einer freien Gewerkschaftsbewegung zu vertreiben.

Im April waren die Gewerkschaftswahlen in Schweden fuer die Kommunisten katastrophal. 26 Gewerkschaften in Stockholm und 10 in Goeteborg lehnten kommunistische Kandidaten ab. In der Stockholmer Organisation der Metallarbeiter, wo die Kommunisten stark waren, haben die Kommunisten 51 Mandate an die Sozialdemokraten verloren. Die schwedische Tageszeitung, Aftontidningen, die vom Schwedischen Gewerkschaftsbund herausgegeben wird, schrieb, dass die kommunistischen Bollwerke bei den Wahlen "wie Kartenhaeuser zusammengefallen" seien.

Norwegen.

Ebenso wie Schweden hat auch Norwegen ein Programm fuer eine starke Zusammenarbeit der Gewerkschaften angenommen, was sich sowohl auf Norwegen selbst als auch auf alle anderen skandinavischen Laender bezieht. Der Norwegische Gewerkschaftsbund traegt die Verantwortung fuer die Festlegung der Gewerkschaftspolitik und der Tarifvertraege mit den Arbeitgebern sowie auch fuer die Durchfuehrung der in Kollektivverhandlungen abgeschlossenen Tarifvertraege. Es besteht nur wenig Zweifel darueber, dass der Vorsatz des Landes, mit dem ERP zusammenzuarbeiten, ein Zeichen da fuer ist, dass die Arbeiterregierung frei von kommunistischen Einfluessen ist.

Daenemark.

Eintausend Delegierte, die mehr als 600.000 Mitglieder des Daenischen Gewerkschaftsbundes vertraten, sprachen sich gegen den Weltgewerkschaftsbund aus und begriessten den Marshall-Plan als ein Mittel zur Aufrechterhaltung des daenischen Lebensstandards, der Produktion und der Beschaeftigung in der Nachkriegs-Krise.

Weiterhin versprachen Delegierte aus 12 Laendern auf dem Kongress des Inter-

nationalen Verbandes der Staedtischen Arbeitnehmer, der am 30. Juni in Kopenhagen tagte, dem Marshall-Plan ihre Unterstuetzung zu geben, und der daenische Ministerpraesident Hans Hedtoft gab den Delegierten die bestimmte Versicherung ab, dass sich Daenemark gegen den Eisernen Vorhang stellen werde.

ECA Labor Information

AMERIKANISCHER GEWERKSCHAFTLER LEHNT SOZIALISMUS AB

Die folgende Abhandlung ist einem Artikel ueber David Dubinsky, Praesident der internationalen Damenkonfektionsarbeiter Gewerkschaft (ILGWU), der in der Ausgabe vom 29. August 1949 des "Time" Magazins erschienen ist, entnommen. Dieser Abschnitt des Artikels behandelt die Stellung seiner Gewerkschaft zur Politik:

"Dubinsky ist der festen Meinung, dass sich die Arbeiterschaft am politischen Geschehen beteiligen muss, und auch er selbst ist daran weitestgehend interessiert. Im Jahre 1936 trat er aus der Sozialistischen Partei aus und waelhte Roosevelt. Dubinsky unterstuetzte die Gruendung der Amerikanischen Arbeiterpartei in New York und als die AAP von den Kommunisten uebernommen wurde, gruendeten er und andere Liberale des rechten Fluegels die Liberale Partei. Dies bedeutete einen endgueltigen Bruch mit dem verstorbenen Sidney Hillman von der Vereinigten Bekleidungsarbeitergewerkschaft des CIO. Dubinski hat nur Verachtung fuer jene Liberalen, die glauben, sie koennten mit den Kommunisten zusammenarbeiten, und Dubinsky sagt dazu: 'Man kann nicht mit einem Gesaess auf zwei Stuehlen sitzen.'

"Weitestgehend von der ILGWU finanziert brachte die Liberale Partei 222.562 Stimmen fuer Truman auf und Harry Truman ist dafuer dankbar. Er beruft den kleinen Mann aus Lodz oftmals zu sich, um seinen Rat zu hoeren. Aber Dubinsky wuerde sich nie mit kleinen Leuten abgeben. Einmal bat ihn der Leiter des Amtes fuer Bundessicherheit zu sich. "Er soll sich zum Teufel scheren", sagte Dubinsky, "wenn er etwas von mir will, soll er zu mir kommen."

"Hinsichtlich all ihrer Erfolge kann die von Dubinsky gefuehrte ILGWU nicht als Vorbild fuer die gesamte Gewerkschaftsbewegung dienen. Ihre Methoden sind zu sehr mit einem Industriezweig verbunden, wo Streitigkeiten die Eigenschaft von Familienschlaegereien haben, und die Arbeiter reden ihren Chef mit 'Hallo, Danny!' an. Ihre Rolle als Daempfer und Polizist koennte anderen Industriezweigen der Massenproduktion nicht angepasst werden, und sie waere nicht einmal wuensenswert. Sie ist eine einzigartige Gewerkschaft in einem einzigartigen Industriezweig. Aber sie leistet auch Pionierarbeit auf allgemeinen Gebieten des Gewerkschaftswesens. Andere sozial-eingestellte Gewerkschaften bemuehen sich jetzt auch um die Wohlfahrtsleistungen, die die sozialistische ILGWU als erste gefordert hatte.

"Dubinsky gibt ein Beispiel fuer das langsame Wachsen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu vollem Ansehen und voller Verantwortung. Er sagt dazu: 'In juengerer Zeit war es der Klassenkampf und die Parole: Zum Teufel mit dem Chef. Heute ist es Zusammenarbeit und die Sorge um den Betrieb.' Der fruehere Sozialist Dubinsky, ein Apostel des freien Unternehmertums und der Belohnung fuer jeden Arbeiter entsprechend seinen Fertigkeiten und seines Fleisses, ist mit seinen Ergebnissen zufrieden. Er sagt: 'Wir haben einen groesseren Fortschritt erzielt als der Sozialismus.'"

"Time", 29. August 1949

DIE AMERIKANISCHEN STAHLARBEITER TRETEN IN DEN STREIK

Nachdem das fuer den Streik festgesetzte Datum dreimal verschoben worden war, traten etwa 500.000 Mitglieder des Verbandes der Vereinigten Stahlarbeiter, der dem CIO angeschlossen ist, am 1. Oktober in den Ausstand. Die fuehrenden Stahlwerke

hatten sich geweigert, die grundsätzliche Forderung der Gewerkschaft nach einem Pensionsplan anzunehmen, demzufolge die Arbeitgeber 10 ¢ pro Stunde oder etwa \$4.00 pro Arbeiter und pro Woche zu zahlen hätten.

Ursprünglich hatte die Gewerkschaft sowohl eine Lohnerhöhung wie auch einen Pensionsplan gefordert. Im Juli, als der Kontrakt zwischen der Gewerkschaft und der Industrie ablief, was es Präsident Truman gelungen, den Streik dadurch hinauszuzögern, indem er einen Untersuchungsausschuss einsetzte. Nachdem dieser Ausschuss seine Untersuchungen über die Streitfragen beendet hatte, empfahl er, die Gewerkschaft möge ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung fallen lassen, andererseits schlug er aber auch der Industrie die Annahme des Pensionsplans vor.

Die Industrie widersetzte sich dem Pensionsplan

Es hat den Anschein, als ob die Stahlindustrie, bevor sie den Bericht des Ausschusses erhalten hatte, das größte Interesse daran hatte, sich der Forderung der Gewerkschaft nach einer Lohnerhöhung von 12½ ¢ pro Stunde zu widersetzen. Der Vorschlag des Ausschusses, die Industrie möge für die Altersversicherung ihrer Arbeiter die Verantwortung übernehmen, stellte eine Prinzipienfrage dar, die die Stahlgesellschaften nicht akzeptieren wollten. Die Industrieführer verlangten, dass die Arbeiter an den Kosten des Versicherungsplans beteiligt sein sollten. Die Gewerkschaften fordern, dass die Industrie die gesamten Kosten hierfür tragen soll.

Obwohl etwa 300 Stahlwerke durch den Streik zum Stillstand kommen, akzeptierte eine Anzahl Firmen die Vorschläge des Ausschusses; sie sind daher am Streik nicht beteiligt. Der Streik wird auch die Eisenbergwerke in Mitleidenschaft ziehen, und verschiedene Industriezweige, die von Stahlerzeugnissen abhängen, werden empfindlich dadurch getroffen.

Die Bedeutung des Stahlarbeiterstreiks

Wie auch der Streik der Stahlarbeiter auslaufen mag, er stellt doch einen wichtigen Schritt in der Geschichte der Gewerkschaften Amerikas dar. Er bedeutet, dass gewisse Gewerkschaften über das Stadium hinaus sind, da sie lediglich Lohnverhandlungen führen. Sie verhandeln jetzt wegen einer Versicherung auf lange Sicht. Die Bedeutung dieses Kampfes geht aus dem nachstehenden Artikel hervor, den Herbert Kupferberg verfasst hat.

DIE AMERIKANISCHEN STAHLARBEITER VERLANGEN PENSIONEN

"Wenn es zu einem Streik in der Stahlindustrie kommt -----dann nicht deswegen, weil es um Löhne und Arbeitszeit geht, sondern weil die Unternehmer etwas bekämpfen, was sie als Versuch bezeichnen, in die industriellen Beziehungen Amerikas ein ganz neues Prinzip hineinzutragen.-- ein Prinzip, das weit über das Interessengebiet der Stahlindustrie hinausgehen und eventuell alle Arbeiter im ganzen Lande erfassen würde. Das neue Prinzip, in seinen Grundgedanken zusammengefasst, besteht darin, dass die Arbeiter ein Anrecht auf Pensionen haben, und dass es allein den Unternehmern zukomme, für die ganze Angelegenheit geradezustehen.

Die Pensionskosten für die Arbeiter

"Manche Gesellschaften haben bereits Pensionspläne verwirklicht, aber bei den meisten von ihnen trägt die Belegschaft in bedeutendem Masse zu den Kosten bei, und formell das Prinzip aufzustellen, dass der Arbeitgeber zur Hilfeleistung wie auch zur Zahlung der Pensionen verpflichtet ist, würde etwas Revolutionierendes darstellen. Dies ist der Grund warum die meisten Stahlwerke diesen Gedanken so energisch bekämpfen, und warum andere Industrielle und auch die Gewerkschaften den Kampf in der Stahlindustrie so sorgfältig beobachten.

"Das Eigenartige daran ist, dass die Frage der Pensionszahlung ganz plötzlich fast zufällig, als Hauptpunkt des Konflikts auftauchte. Ursprünglich hatte Philip

Murrays Verband der Vereinigten Stahlarbeiter eine Stundenlohnerhoehung von $12\frac{1}{2}$ ¢, sowie ein Pensions- und Wohlfahrts-Programm gefordert, das die Werke zusaetzliche $17\frac{1}{2}$ ¢ pro Stunde gekostet haben wuerde. Da ein Streik unmittelbar bevorstand, ernannte Praesident Truman einen Untersuchungsausschuss, der Vorschlaege fuer eine Einigung ausarbeiten sollte, und da einige Mitglieder dieses Ausschusses Anhaenger des New Deal waren, erwarteten viele, dass der Ausschuss so etwas wie eine Loehnerhoehung empfehlen wuerde. Dies haette natuerlich den Anstoss zu einer "Vierten Runde" fuer Loehnerhoehungen im Ganzen Lande gegeben.

Die Frage ist von weitreichender Bedeutung

Als der Ausschuss den Gedanken an eine Loehnerhoehung ueberhaupt verwarf, obwohl er Pensionsleistungen empfohlen hatte, deren Kosten 10 ¢ in der Woche ausgemacht haetten, waren die Konservativen und die Industriellen ziemlich begeistert, weil somit die "Vierte Runde" abgewendet worden waere. Als sie aber den Bericht genauer prueften, stellten sie fest, dass die Pensionsbewilligung folgenden Passus enthielt:

"Die Sozialversicherung und Sozialunterstuetzung sollen als ein Teil der normalen Gesch#ftsunkosten angesehen werden, um der zeitweiligen und staendigen Wertminderung der menschlichen "Maschine" in derselben Art und Weise zu begegnen wie Vorsorge fuer die Wertminderung und die Versicherung des Werkes und der Maschinen getroffen wird."

Die Stahlgesellschaften haben durchaus nichts gegen Pensionen als solche, sie wollen aber, dass die Arbeiter selbst einen Teil der Kosten dafuer tragen, ungefaehr so wie sie bereits zu den Sozialversicherungsleistungen (Unterstuetzungen) beitragen, die sie von der Regierung erhalten....Ob es nun zum Streik kommt oder nicht, jedenfalls erscheint es sicher, dass irgend ein Pensionsplan ausgearbeitet werden muss, und dass sich viele Arbeitsstreitigkeiten in Amerika in Zukunft nicht um die alltaegliche Frage der Bezahlung waehrend der Arbeit, sondern um die neue Streitfrage der Bezahlung im Ruhestand drehen werden."

Herbert Kupferberg in der "New York Herald Tribune"
Paris, 21. September 1949

LEBENSHALTUNGSKOSTEN DES GRIECHISCHEN ARBEITERS.

Der griechische Durchschnittsarbeiter gibt zwei Drittel seiner gesamten Lebenshaltungskosten fuer Lebensmittel aus.

Nach einer Umfrage bei 500 Familien besteht die Nahrung eines griechischen Durchschnittsarbeiters aus ungefaehr 28 % Trockengemuese, 16 % Kartoffeln, 14 % Makkaroni, 13 % Fisch, 11 % frischem und gekochtem Gemuese und nur 10 % Fleisch.

Die Umfrage wurde von der Abteilung Arbeit der ECA Mission in Griechenland durchgefuehrt. In dem Kreis der Befragten waren 48 Berufe beruecksichtigt, die aus einer Gruppe von mehreren Tausend Beschaeftigten ausgewaehlt worden waren. Bei dieser Erhebung sind nur Facharbeiter und ungelernte Arbeiter beruecksichtigt worden, waehrend Angestellte ausser Betracht blieben.

Waehrend 66,1 % der Ausgaben einer griechischen Familie fuer die Beschaffung von Lebensmitteln aufgewandt werden, wurden 11,1 % fuer Dinge des taeglichen Bedarfs, wie Fahrgelder, Tabak, Suessigkeiten und Zeitschriften verwandt. Ferner gaben sie 7,8 % fuer Bekleidung, 5,9 % fuer Brennmaterial zum Kochen und Heizen, 4 % fuer Wohnung, 2,4 % fuer persoenliche Dinge und weniger als 1 % fuer Haushaltsgegenstaende aus.

Der Bericht besagt, dass sich die darin genannten Ausgaben fuer Brennmaterial zum Kochen und Heizen auf einen Zeitraum mit relativ mildem Wetter beziehen. Fuer die Wintermonate muss aber damit gerechnet werden, dass diese Ausgaben etwas hoeher liegen,

Die Erhebung wurde in den Industriebezirken von Athen, Pireaus, Heraklion,

Patras, Saloniki und Volos angestellt.

Niedrige Mieten

Nach dem Bericht liegen die Mietpreise infolge der griechischen Mietpreis-Stabilisierungsmassnahmen ausserordentlich niedrig. Ausserdem wird der durchschnittliche Mietpreis durch das Vorhandensein freien Wohnraumes verschiedener Art herabgedrueckt.

In dem Kommentar des Berichtes heisst es, dass der grosste Teil des freien Wohnraumes wenig begehrenswert sei, denn in manchen Gebieten leben Familien in Kellern oder in provisorischen Notwohnungen, die aus geborgenem Material gefertigt wurden. Von den 500 von der Erhebung erfassten Familien zahlen 163 ueberhaupt keine Miete, 201 leben in Miethausern und 136 haben ihr eigenes Haus.

Nicht eine Badegelegenheit wurde bei den in der Erhebung beruecksichtigten Familien gefunden. Ferner fuehrt der Bericht aus, dass der Gesundheitszustand der meisten Familien weitestgehend unbefriedigend sei.

In den 500 Familien waren vielfach mehr als ein Lohnempfaenger. Mit 676 angegebenen Lohnempfaengern belaeuft sich der Durchschnitt der Lohnempfaenger auf 1,35 je Familie.

Infolge der vielen privaten Abmachungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern kam zu diesem Zeitpunkt kein der Wirklichkeit entsprechender Bericht ueber die tatsaechlichen Nettoeinkuenfte eines Arbeiters gegeben werden. Eine ausgedehnte Erhebung ueber diese getrennte Frage ist zu einem spaeteren Zeitpunkt vorgesehen.

Die Erhebung wurde unter Fuehrung von Leonhard Linsenmayer angestellt, der ueber eine neunjaehrige Erfahrung auf diesem Gebiete als Wirtschaftssachverstaendiger in der Abteilung Arbeitsstatistik des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten verfuegt. Linsenmayer wurde von Alan Strachan, dem Leiter der Abteilung Arbeit der ECA Mission, mit dieser Aufgabe betraut.

Das griechische Arbeitsministerium ebenso wie der Allgemeine Griechische Gewerkschaftsbund haben an dieser Erhebung mitgearbeitet. Der Letztere stellte die Mithilfe verschiedener griechischer Gewerkschaftsstellen sicher, um von Seiten der Arbeiter und ihrer Familien weitestgehend Unterstuetzung fuer die Durchfuehrung der Erhebung zu bekommen. Der grosste Teil der hauswirtschaftlichen Angaben wurde von Hausfrauen gemacht.

Labor Information Bulletin (U.S. Dept. of Labor)
September 1949

EIN MANN UND EINE GEWERKSCHAFT

John L. Lewis, Praesident der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft.

Die gespannte Lage im amerikanischen Kohlenbergbau rueckt die grosse amerikanische Bergarbeitergewerkschaft UMW und ihren starrkoeepfigen Praesidenten John L. Lewis wieder einmal in den Mittelpunkt des Interesses. Woher kommt dieser Mann, und was gibt ihm und der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft so grosse Macht, dass sie praktisch die gesamte amerikanische Kohlenfoerderung lahmlegen koennen? Welches ist ihre Geschichte und was sind ihre Ziele? Das sind die Fragen, die auch den deutschen Leser in diesem Zusammenhang interessieren.

Zusammenschluss unter aeusserem Druck

Die heute den amerikanischen Kohlenbergbau dominierende Vereinigte Bergarbeitergewerkschaft konstituierte sich im Jahre 1890, und zwar in Hocking Valley im Staate Pennsylvania.

Schon in den 90iger Jahren kam es zu mehreren groesseren Arbeitsniederlegungen, doch erst der Streik des Jahres 1897 brachte der Gewerkschaft den ersten

Triumpf. Obwohl die UMW damals erst 9 000 Mitglieder zählte, legten 100 000 Grubenarbeiter die Arbeit so lange nieder, bis die Gewerkschaft mit den Grubenbesitzern ein Abkommen erzielt hatte, in dem ein Arbeitslohn von ca. 75 cents pro Tonne festgelegt wurde.

Die Forderung nach weiteren Lohnerhöhungen und nach dem Achtstundentag führte zu dem grossen Streik des Jahres 1902, der die Stilllegung der meisten Kohlengruben der Vereinigten Staaten zur Folge hatte. In den Kohlenstädten von Pennsylvania und Illinois kam es zu Ausschreitungen, und die Kohlenpreise stiegen ins Unermessliche. Mit Einbruch des Winters gelang es Theodore Roosevelt, dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, die streitenden Parteien im Interesse der Öffentlichkeit an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Bergarbeiter erzwangen dabei zwar einige Zugeständnisse, doch wurde die Gewerkschaft an sich auch in der Folgezeit noch nicht voll anerkannt.

Im Jahre 1919 wurde der damals 40 Jahre alte John L. Lewis Präsident der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft. Er erblickte am 12. Februar 1880 in Lucas im Staate Iowa das Licht der Welt. Sein Vater, ein Grubenarbeiter aus Wales, war im Jahre 1875 nach den Vereinigten Staaten ausgewandert. Mit 17 Jahren fuhr John L. Lewis selbst zum ersten Male in eine Kohlengrube ein. Dann zog er weiter nach dem Westen und arbeitete in Kohlen- und Kupferminen. Ein furchtbares Grubenunglück in einem Bergwerk in Hannah im Staate Wyoming hinterliess einen nachhaltigen Eindruck bei dem jungen Kumpel. Damals half er bei den Bergungsarbeiten, um die zerquetschten und verstümmelten Leichname von 400 Grubenarbeitern, die infolge einer Explosion lebendig begraben wurden, wieder freizulegen. Sein Vater starb an der "Staublunge", der Berufskrankheit des Bergmanns.

Mit seiner Wahl zum Delegierten im Jahreskonvent der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft im Jahre 1906 begann Lewis seine Laufbahn als Gewerkschaftsfunktionär. Bereits im Jahre 1919 hatte er die höchste Position innerhalb der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft erklommen, die damals noch als eine der mächtigsten Einzelgewerkschaften dem grossen amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL angehörte. Bald darauf war Lewis sogar Vize-Präsident des ganzen Verbandes.

Grenzenloses Vertrauen

Das grosse Vertrauen, das die Grubenarbeiter Lewis entgegenbringen, entspringt ihrer festen Überzeugung, dass er bei allen seinen Schritten in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen nur ihr Wohl im Auge hat und jederzeit für sie zu kämpfen entschlossen ist. Dieses unerschütterliche Vertrauen seiner Gewerkschaftler gibt ihm die Macht, Abkommen für 600 000 Bergarbeiter zu schliessen, und erklärt, weshalb sie manchmal auf sein Wort hin widerspruchslos die Arbeit für Monate niederlegen, um dann - wieder nur seinem Worte gehorchend - ruhig zur Arbeit zurückkehren.

Im Laufe seiner Tätigkeit als Präsident der Bergarbeitergewerkschaft stand Lewis unzählige Male als Angeklagter vor Gericht, wurde immer wieder gerichtlichen Verfügungen unterworfen, musste sich direkten Anweisungen des Staatspräsidenten unterwerfen und war Partner in zahllosen Zivilprozessen. Er hat dies alles gelassen über sich ergehen lassen. So wurde ihm im Frühjahr 1948 eine persönliche Geldbusse von 20 000 Dollar und der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft eine solche von 1,4 Millionen Dollar auferlegt als Strafe für vorsätzliche Missachtung einer gerichtlichen Verfügung durch Anordnung eines Streiks. Damals erklärte Lewis sich bereit, lieber ins Gefängnis zu gehen, wurde jedoch nicht eingesperrt. Zwei Jahre zuvor war er für das gleiche Vergehen mit einer geringeren Strafe belegt worden.

Gehört Lewis zum alten Eisen.

Nicht einmal der Krieg und der nationale Notstand machten auf Lewis einen be-

sonderen Eindruck. Während des zweiten Weltkrieges rief er verschiedene Streiks aus und hielt sie so lange durch, bis seine und seiner Grubenarbeiter Forderungen erfüllt waren. Das Vertrauen der Bergarbeiter in ihn war so gross, dass sie die Kohlenförderung einstellten, obwohl die Stahlindustrie sie notwendig zur Waffenherstellung brauchte, um ihre eigenen Söhne auf fremden Schlachtfeldern mit Nachschub zu versorgen. Lewis wurde auch damals nicht eingesperrt, denn damit hätte man die dringend benötigte Kohle nicht bekommen.

In den Jahrzehnten eines erbitterten Kampfes zwischen Kapital und Arbeiterschaft haben die Grubenarbeiter gelernt, dass sie entschlossen zusammenstehen müssen, wenn sie ihre Verhältnisse verbessern wollen. Lewis lernte in seiner Jugend in einer harten Schule der Erfahrung, und seine heutige Handlungsweise ist grösstenteils von den damals herrschenden Gesetzen bestimmt. Man kann ohne Zweifel erwarten, dass in späteren Jahren eine Änderung in der Haltung der UMWU eintritt, wenn jüngere Kräfte in der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft aufrücken, die mit der Idee ausgeglichener Wechselbeziehungen zwischen Kapital und Arbeiterschaft näher vertraut sind.

Amerika Dienst 28. September 1949

STUDIUM ARBEITSSPARENDER METHODEN.

Zwei prominente britische Gewerkschaftsführer reisen am 21. Oktober mit einer Gruppe von Fachleuten unter der Schirmherrschaft der ECA Verwaltung der Vereinigten Staaten und des Anglo-Amerikanischen Rates für Fragen der Produktivität nach Amerika, um die Verwendung mechanischer Hilfsmittel in der amerikanischen Industrie zu studieren.

Es handelt sich um Ben Gardner, Generalsekretär der Vereinigten Gewerkschaft der Ingenieure (AEU), und um James Young, Generalsekretär der Vereinigung der technischen und Schiffsbau-Konstrukteure.

Beide wurden als Mitglieder des Anglo-Amerikanischen Rates für Fragen der Produktivität vom Verband der Gewerkschaften der Schiffsbauer und Ingenieure, einer der grössten Fachabteilungen der britischen Gewerkschaftsbewegung, ausgewählt. Weitere Mitglieder der Gruppe vertreten Arbeitgeber, oder sie sind Techniker.

Die Mitgliederzahl der AEU beläuft sich auf nahezu 750.000 in der englischen Automobil-, Flugzeug-, Schiffsbau-, Maschinen- und feinmechanischen Industrie. Mit 45.000 Mitgliedern wird die Vereinigung der technischen und Schiffsbau-Ingenieure als eine der erfolgreichsten der britischen Angestelltengewerkschaften angesehen.

Britische Gewerkschaftler und Industrieunternehmer, die bisher ihre "Counterpart Betriebe" in den Vereinigten Staaten besucht hatten, äusserten sich alle über die Verwendung mechanischer Hilfsmittel in den Vereinigten Staaten. Sie sagen, dass diese einen wichtigen Faktor bei der Erreichung der hohen Produktivität in den Vereinigten Staaten darstellen. Und die Arbeiter fügten hinzu, dass diese Hilfsmittel Belastungen bei der Arbeit abnehmen.

Kommentare von Mitgliedern anderer Gruppen zum Studium der Produktivität, die aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt sind, waren ein wesentlicher Faktor, den Anglo-Amerikanischen Rat für Fragen der Produktivität zu veranlassen, eine Gruppe von Spezialisten zum Besuch verschiedener amerikanischer Industriezweige zusammenzustellen, um die vielen Arten mechanischer Transportmittel sowie andere "Kniffe" in der Anwendung zu studieren. Sie werden auch Betriebe besuchen, die solche Dinge herstellen.

ECA Labor Information, 21. September 1949

DIE ARBEITER IN DEN FORDWERKEN BEKOMMEN EINEN PENSIONSPLAN.

Nach monatelangen Verhandlungen hat die Ford Motor Company mit dem Verband

der Vereinigten Automobilarbeiter (UAW), der grössten Gewerkschaft im CIO, ein Abkommen getroffen. Die Verhandlungen wurden 2 Stunden nach dem Zeitpunkt abgeschlossen, der fuer den Beginn des Streiks von etwa 100.000 Arbeitern in den Fordwerken in mehreren Staaten festgesetzt worden war. Die letzte Sitzung, auf der die Vertreter der Gesellschaft und der Gewerkschaft verhandelten, dauerte ununterbrochen 3 1/2 Stunden.

Die urspruenglichen Forderungen der Gewerkschaft

Urspruenglich hatte der UAW 3 Forderungen gestellt, und zwar a) einen Altersversicherungsplan, demzufolge sich der Arbeiter nach einer 25jaehrigen Taetigkeit im Alter von 60 Jahren mit einer monatlichen Pension von \$ 100 zur Ruhe setzen kann, b) einen Krankenversicherungsplan, der auch von der Fordgesellschaft unterstuetzt wird. Die geforderten Beitraege wuerden 5 1/2 % von der Lohnliste ausmachen, und c) eine Lohnangleichung, die die Kaufkraft der Arbeiter wieder auf den Stand des Monats Juni 1946 bringen wuerde. Die letzten beiden Forderungen wurden spaeter vom UAW zugunsten eines Pensionsplanes fallengelassen.

Im Jahre 1947, als der UAW mit den Fordwerken ueber einen neuen Kontrakt verhandelte, hatte die Gesellschaft das Angebot gemacht, einen Pensionsplan statt einer Lohnerhoehung einzufuehren. Damals hatte sich der UAW aber fuer eine Lohnerhoehung ausgesprochen. Seit dem Jahre 1947 haben sich jedoch die Ansichten der fuehrenden Kreise des UAW geaendert.

Merkmale des Pensionsplans

Es hat den Anschein, als wenn der UAW die Erreichung des Pensionsplans als einen bedeutenden Sieg ansieht. Die Fordwerke haben ebenfalls in bezug auf 2 ihrer Forderungen einen Sieg errungen: a) der neue Kontrakt ist fuer 30 Monate festgelegt, was in der Automobilindustrie eine lange Zeit bedeutet, und b) die Gesellschaft hat auch weiterhin das Recht, die Fuehrer von ungesetzlichen und "wilden" Streiks, zu denen der zentrale Vollzugsausschuss des UAW nicht aufgerufen hat, zu entlassen.

Der Pensionsplan sieht vor, dass die Gesellschaft 8-3/4 ¢ pro Stunde oder etwa \$ 3.50 pro Woche und pro Arbeiter in den Fonds einzahlt. Dieser Beitrag zusammen mit dem Betrag, den die Gesellschaft zum Bundes-Sozialversicherungsplan beisteuert, wuerde sich auf Seiten der Fordwerke auf etwa \$ 4.20 pro Arbeiter und pro Woche belaufen. Man schaetzt, dass der Fonds gross genug sein wird, um den Arbeitern bei Ford, sobald sie sich zur Ruhe gesetzt haben, eine Pension von monatlich 100 Dollar zu zahlen. Das Ruhestandsalter ist auf 65 Jahre festgesetzt.

Der Kontrakt, der zwischen dem UAW und den Fordwerken abgeschlossen wurde, ist von grosser Bedeutung, weil er fuer andere Abkommen als Muster dienen koennte, die die Gewerkschaft mit anderen Gesellschaften in der Automobilbranche und auch in anderen Industriezweigen, in denen der UAW Mitglieder hat, abschliessen werden.

"Summary of News" per 1. Oktober 1949

PRODUKTIVITAET UND INVESTITIONEN

Die Produktivitaet in der europaeischen Industrie und Landwirtschaft haengt nicht allein von der individuellen Leistung der Arbeiter ab, sondern muss vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kapitalanlagen betrachtet werden, welche die Industrie mit neuen und produktiveren Maschinen versorgen und den Arbeitern geeignetes Werkzeug zur Verfuegung stellen.

Ein Blick auf die Statistiken zeigt uns nicht allein einen beträchtlichen Unterschied zwischen der Produktivitaet pro Mann und Stunde der amerikanischen und der europaeischen Arbeiter, sondern auch den Zusammenhang zwischen Investition und Produktivitaet, da die letztere wesentlich bedingt ist durch den Zustrom von Kapital. In Europa, wo viel weniger Kapital in der Produktion angelegt wird, bleiben die moderne Ausruestung und die in der Industrie angewandten Pferdekraefte weit

hinter denen des Neuen Kontinents zurueck.

Dies sind einige der Hauptfaktoren, die die Produktion hemmen und auch eine nachhaltige Wirkung auf den Beschaeftigungsstand ausueben. Ein ueberzeugender Beweis kann in Europa selbst gefunden werden, wo Laender mit akutem Mangel an Kapital und Krediten, wie Deutschland und Italien, mit schwerer Arbeitslosigkeit zu kaempfen haben.

Und hier wird wieder ein wichtiger Beitrag zum Wiederaufbau Europas geleistet durch die amerikanische Hilfe, die mit der Freigabe der Gegenwertfonds aus dem Verkauf von Marshallplan-Guetern grosse industrielle Investitionen ermoeoglicht.

Nach den Statistiken der Vereinten Nationen hat Europa, mit Einschluss Gesamtdeutschlands und des Ostens, im Jahre 1948 fuer seine landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung ungefaehr 5 Milliarden Dollar investiert, was die Haelfte der Anlagen in den Vereinigten Staaten darstellt. Die geringsten Investitionen weisen die Laender hinter dem Eisernen Vorhang aus: Ungarn 4 Dollars, Polen 7,50 Dollars, Jugoslawien 9 Dollars. Unter den westeuropaeischen Laendern verzeichnet Italien den niedrigsten Satz an Kapitalinvestitionen (10 Dollar pro Kopf), waehrend in anderen E.R.P.-Laendern die Kapitalanlagen zwei- bis dreimal hoeher liegen als in Italien. Aber all diese Zahlen muessen verglichen werden mit dem Investitionsatz in den Vereinigten Staaten, der 65 Dollar pro Kopf der Bevoelkerung betraegt.

Diese Ziffern werfen etwas Licht auf ein sehr interessantes wirtschaftliches Problem, das fuer den europaeischen Wiederaufbau von lebenswichtiger Bedeutung ist. Es sind schon Kritiken erhoben worden, dass nicht genuegend Marshallplan-Gelder fuer Investitionen verwendet werden, da wir uns immer und immer wieder zu vergegenwaertigen haben, dass jede wesentliche Verbesserung der Produktivitaet in sehr weitem Ausmass von der Anschaffung neuer Maschinen und Werkzeuge abhaengt, durch welche die Produktivitaet pro Mann und Stunde gesteigert werden kann.

Labor News Bulletin, 23. September 1949

ERP Trade Union Advisory Committee

AUCH IN NEU-SEELAND IST ES DIE GLEICHE METHODE

Aus Neu-Seeland, wo auch eine Labour-Regierung am Ruder ist, welche, ebenso wie unsere Regierung, darum kaempft, ihr Programm fuer soziale Sicherheit und Vollbeschaeftigung erfolgreich durchzusetzen, kommt dieser Auszug aus einem Rundschreiben des Vorstandes der Vereinigten Neu-Seelaendischen Seeleute Gewerkschaft an ihre Mitglieder.

In unserem eigenen Lande wird die Kampagne zur Einleitung von Hilfsmassnahmen fuer Gross-Britannien von den Kommunisten im Rahmen ihrer allgemeinen Verschwörung sabotiert. Da die Kommunisten mit ihrer ueblichen Verschlagenheit einsehen, dass die neu-Seelaendischen Arbeiter niemals derartige Massnahmen wissentlich billigen wuerden, wagen sie es nicht, offen damit hervorzutreten. Stattdessen hoffen sie durch eine staendige Stoerung des Arbeitsfriedens, unsere Labour-Regierung zum Scheitern zu bringen und die Wirtschaft unseres Landes in den Abgrund zu stuerzen, um damit die Erzeugung sowie die Lebensmittelverladungen fuer Gross-Britannien zu hemmen.

In unserer Gewerkschaft haben wir nur eine Handvoll von eingeschriebenen Mitgliedern der Kommunistischen Partei, aber diese und ihre Gimpel und Mitlaeufer sind in unserer Mitte sehr tatkraeftig darum bemueht, ihre "Partei-Linie" einzuhalten.

Sie legen eine heuchlerische Sorge um das Wohlergehen der Arbeiterschaft an den Tag, aber unsere Mitglieder sollten lediglich ihre Manoever sorgfaeltig beobachten, um zu erkennen, dass sie die ihnen zugedachte Rolle bei der grossen Verschwörung spielen.

Betrachtet ihre Gewohnheit, gleichlautende Entschliessungen gleichzeitig in verschiedenen Streikversammlungen einzubringen; ihre Methoden in Versammlungen, wozu auch gehoert, dass sie deren Verlauf allein bestimmen und sie ermuedend lange hinschleppen, oftmals mit Dingen, die keinerlei Bezug auf die internen Angelegenheiten der Gewerkschaft haben; ihre Reiserie von und nach anderen Haefen, scheinbar auf ihre eigenen Kosten, um an den Versammlungen teilzunehmen, ihre Entschlossenheit, auf jedem Schiff, auf das sie kommen, irgendeinen Streit zu erzeugen, der darauf hinauslaeuft, das Schiff moeglichst fuer unbestimmte Zeit aufzuhalten; ihre Stimmenwerbung von Schiff zu Schiff, um Unterstuetzung fuer die Einberufung von ausserordentlichen Versammlungen zu bekommen, und selbst dann, wenn der betreffende Streitfall schon laengst beigelegt ist oder gerade von den gewaehlten Funktionaeren der Gewerkschaft beigelegt werden soll; ihre Bemuehungen, das Vertrauen der Mitglieder in den Mann zu erschuettern, den sie zur Wahrnehmung der Gewerkschaftsinteressen gewaehlt haben, um damit Anarchie und Poebelherrschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Beachtet diese Taktik und andere und beobachtet, wie diese zu einer wohl durchdachten organisierten Kampagne passen.

Die Arbeiterschaft unseres Landes erwacht nun bei dem, was unter ihren Augen vorgeht, und sie sind entschlossen, unsere Arbeiterbewegung von den Verschwuerern zu befreien, die, wenn man sie ungehindert haette gewahren lassen, unsere Bewegung zerschlagen und die Arbeiterschaft der Gnade jedweder Reaktion ueberlassen haetten.

"Labour", August 1949

ABNAHME DER FORTBILDUNGSPROGRAMME IN FRANKREICH

(nach ILO Quellen)

Die Notwendigkeit der Einschraenkung hat die franzoesische Regierung gezwungen, die Anzahl der Schnellkursus-Stellen fuer Arbeiter im Bau- und Metallgewerbe zu verringern. Alle hauptsaechlichen Gewerkschaftsverbaende beguenstigen jedoch den Ausbau der Schulungsmoeglichkeiten und protestierten gegen das Dekret vom 11. Januar 1949, wonach 67 Schnellkursus-Stellen geschlossen werden sollen. In der Zeit von Juli 1946 bis Juli 1948 hat sich die Zahl dieser Stellen von 70 mit 3000 Teilnehmern auf 192 mit mehr als 15.000 erhoehrt. Alle Stellen ueber 125, die weitergefuehrt werden sollen, sollen geschlossen werden, da sich die Teilnehmer bereits zwecks Vollendung ihrer Kurse angemeldet hatten.

Die Fortbildung ist reduziert worden, obwohl Frankreichs Wiederaufbaubemuehungen durch den Mangel an Facharbeitern stark behindert werden. Die Kontrolle der Nachkriegsloehne hat den Erfolg gehabt, dass nur ein ganz geringer Unterschied zwischen den Loehnen der gelernten und der ungelernten Arbeiter besteht, infolgedessen besteht also wenig Anreiz fuer die Arbeiter, sich fortzubilden, um die Fachkenntnisse zu erwerben, die fuer die franzoesische Industrie so notwendig sind. Das Vorkriegskontingent an Facharbeitern ist erschoepft, weil einmal die Kriegsgefangenen ihre Fertigkeiten verlernt haben, andererseits, weil die Arbeiter im Kriege in anderen Industriezweigen eingesetzt wurden als ihren eigenen; dazu kommt noch, dass die Fortbildung der jungen Arbeiter unterbrochen wurde.

Um dem Nachkriegsmangel an Arbeitern zu steuern, ist die Regierung fruehzeitig dazu uebergegangen, alle seitens der Regierung bestehenden Fortbildungsmassnahmen zu koordinieren und die Moeglichkeiten der Fortbildungsauszubauen. In der Zeit zwischen 1945 und 1947 stieg die Zahl der oeffentlichen Fortbildungsstellen im Rahmen der obligatorischen Berufsausbildung von 98 auf 148, an der alle Jugendlichen unter 17 Jahre, die bei Handels- oder Industrie-Unternehmen unterkommen wollten, teilnehmen mussten. Durch einen gemeinsamen Erlass des Arbeitsministers und des Unterrichtsministers vom 15. April 1948 wurde ein staendiger Studien- und Koordinierungs-Ausschuss fuer Berufsfortbildung geschaffen. Es wurden Landesbe-

ratungs-Ausschusses ins Leben gerufen, die sich aus Vertretern der Arbeiterschaft, des Unternehmertums, des Lehrkoerpers, der Eltern der Schueler und der Regierung zusammensetzten.

Das beschleunigte Fortbildungsprogramm

Im November 1946 baute die Regierung das beschleunigte Fortbildungs-Programm, das auf das Jahr 1937 zurueckgeht, aus. Dies Programm, das finanziell von der Regierung gestuetzt wird, sieht 6-Monats-Kurse vor im Vergleich zu dem ueblichen Fortbildungsschulkursus, der 3 Jahre dauert. Die Teilnehmer erhalten mindestens den Satz fuer ungelernte Arbeiter in der Industrie, aus der sie gekommen sind. Die Stellen koennen als Privatunternehmen aufgezogen sein oder kollektiv durch Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; sie muessen aber den Normen gerecht werden, die vom Arbeitsministerium festgelegt sind, wenn sie Subsidien erhalten wollen.

Urspruenglich war fuer dieses Programm die Fortbildung von 200.000 qualifizierten Arbeitern im Baugewerbe und von 60.000 im Metallgewerbe vorgesehen, und zwar bis 1950 gemaess dem im Monnet-Plan festgesetzten Bedarf an Arbeitskraefte. Dieses Ziel wird aber nicht erreicht werden, was teilweise auf die Einschraenkungsmassnahmen der Regierung zurueckzufuehren ist. Im Laufe der Jahre 1947 und 1948 wurden insgesamt 49.171 Arbeiter ausgebildet; 34.500 im Baugewerbe, 8.800 im Metallgewerbe und 5.871 in anderen gewerblichen Berufen.

Eine der hauptsaechlichsten Quellen fuer ausgebildete Arbeitskraefte in Frankreich ist das Lehrlingssystem. Die Zahl der Lehrlinge stieg von 80.200 im Jahre 1945 auf ueber 400.000 im Jahre 1948, wie das Landesunterrichtsministerium bekanntgab.

Die Lehrlingsausbildung erfordert im allgemeinen 3 Jahre; die Lehrlinge werden an Lehrlingsschulen ausgebildet, die von grossen privaten Gesellschaften unterhalten werden, oder an kollektiven Instituten, die fuer Gruppen von kleinen Unternehmen eingerichtet werden. Die endgueltige Ausbildung erfahren die Lehrlinge im allgemeinen in den Fabriken, und zwar am Arbeitsplatz selbst. Augenblicklich bestehen keine allgemeinen Richtlinien fuer die Lohnsaetze.

Waehrend der Nachkriegszeit besuchten jaehrlich mehr als 100.000 Schueler die verschiedenen Berufsfortbildungsschulen, die vom Staat aus betrieben werden. Im Jahre 1947 betrug ihre Anzahl 119.427.

Amerikanisches Arbeitsministerium

"Labor Abroad" Mai 1949

ENGLISCHE ARBEITER AUSSERN SICH ANERKENNEND UEBER DEN VERBAND DER AMERIKANISCHEN STAHLARBEITER

Cyril Arthur Mawson, Stanzer und Former in einem Stahlwerk in Oxford, England, aeusserte sich mit Worten hoechster Anerkennung ueber den Verband der Vereinigten Stahlarbeiter Amerikas (der dem CIO angeschlossen ist), als er von seiner Besichtigungsreise durch amerikanische Metallstanzwerke zurueckgekehrt war. Mawson war eines der Mitglieder einer Gruppe von 10 englischen Arbeitgebern, Technikern und Arbeitern aus der Stahlindustrie, die vor kurzem auf Grund des AAPC - Programme im Rahmen des ECA zwecks Austausch englischer und amerikanischer Produktionserfahrungen die Vereinigten Staaten bereist hatten.

"Wir waren aeusserst befriedigt ueber die gute Organisation der Vereinigten Stahlarbeiter in Pittsburgh und ueber ihre umfassenden Kenntnisse in bezug auf die Betriebskosten, ueber die Gewinne usw", erklarte Mawson. Das beweist, dass die Gewerkschaften in Amerika auf der Hoehe sind, wie auch die Arbeitgeber ihr Bestes tun, um die Produktion zu steigern und die Selbstkosten zu senken. Die Belegschaften arbeiteten sicher und anhaltend und bewiesen eine Fertigkeit und Geschicklichkeit, wie sie sich auf diesem Gebiete der besten englischen Arbeiter wuerdig an die Seite

stellen kann".

Es ist dem AAPC gelungen, sich fuer sein Austauschreise-Programm die volle Mitarbeit seitens der amerikanischen Arbeiterschaft und Unternehmer zu sichern, erklarte Mawson. "In jedem Werk, das wir besichtigen, nahmen sich die Maenner, vom Werkleiter, angefangen bis zu den Aufsehern und den Arbeitern an der Maschine, die Zeit, uns die Maschinen wie auch die Arbeitsprozesse zu erklaren.

Wir tauschten unsere Gedanken aus und haben alle grossen Nutzen daraus gezogen. Die Gastfreundlichkeit der Maenner in diesen Werken, der Leiter, der Gewerkschaften und der einzelnen Arbeiter war wirklich ruehrend," erklarten die Maenner aus Oxford abschliessend.

Ein weiteres Mitglied der englischen Gruppe, Edgar James Young, ein Stanzenmacher in der Vauxhall-Autofabrik in Luton, England, widerlegte mancher der "Schauermaerchen", die ueber die amerikanische Industrie verbreitet werden.

"Bevor ich nach den Vereinigten Staaten ging, hatte ich in englischen Zeitungen Berichte gelesen, aus denen hervorging, dass die Arbeiter in den amerikanischen Giesereien das Lachen verlernt und ein absolut trauriges Los zu tragen haetten. Das traf jedenfalls nicht auf die Fabriken zu, die wir in Massachusetts, New York, Pennsylvanien, West Virginien, Ohio und anderen Gegenden des Landes besucht haben," versicherte Young.

"Die Arbeiter aeusserten sich dahingehend," fuhr er fort, "dass sie alle durchaus mit ihren Loehnen und Arbeitsbedingungen zufrieden seien, obwohl sie natuerlich keineswegs beabsichtigen, bei dem stehenzubleiben, was sie bisher erreicht haben. Wir stellten fest, dass ueberall, wohin wir kamen, zwischen den Arbeitgebern und der Arbeiterschaft gute Beziehungen bestanden. Wir haben jedenfalls keine Anzeichen von dem feststellen koennen, was von manchen Schriftstellern als "Sklavenarbeit" hingestellt worden ist."

"ECA Labor News" 9. August 1949

- 16 -

Manpower Division
OMGUS, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 33

Berlin, 21. Oktober 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Sind die Gewerkschaftsfuehrer zu alt? - - - - -	1
Ein Programm fuer technische Zusammenarbeit in Westeuropa - - - - -	2
Verleumdungskampagne gegen England - - - - -	3
Gewerkschaften und Verwaltung fuer europaeische Zusammenarbeit - - - - -	4
Verwaltung fuer europaeische Zusammenarbeit (ECA) und ein starkes Westeuropa. - - - - -	4
Chikagoer Drucker beenden ihren 22 monatigen Streik - - - - -	5
Gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter brauchen keine Beitraege zu entrichten - - - - -	6
Internationale Fachabteilungen innerhalb des Weltgewerkschaftsbundes - - - - -	6
Die Eisenarbeiter - - - - -	8
Amerikanischer Gewerkschaftsfunktionaer besucht italienischen Betrieb - - - - -	11
Bodengewinn der freien Gewerkschaften in Latein Ameri- ka	12

SIND DIE GEWERKSCHAFTSFUEHRER ZU ALT.

In verschiedenen Laendern haben aus vielen Anlaessen heraus Diskussionen ueber das Alter der Gewerkschaftsfuehrer stattgefunden, und es ist oftmals ermittelt worden, dass jene an der Spitze der Gewerkschaften stehenden Leute zu alt sind. In einem kuerzlich veroeffentlichten Dokument fanden wir einige Einzelheiten hinsichtlich des Alters der Gewerkschaftsfuehrer in Deutschland, die ein Schlaglicht auf die tatsaechliche Lage in diesem Lande werfen. Das Dokument besagt, dass 52% der deutschen Gewerkschaftsfunktionaere noch unter 40 Jahre alt sind ; 32% sind zwischen 41 und 55 Jahre alt; 8% sind zwischen 56 und 60 Jahre alt. Nur etwa 8% der deutschen Gewerkschaftsfunktionaere haben ein Alter von 61 Jahren oder darueber erreicht.

Newsletter of the International Federation of Commercial, Clerical
and Technical Employees, Amsterdam, September 1949.

EIN PROGRAMM FUER TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT IN WESTEUROPA

Auf Grund der einmuetigen Billigung eines britischen Vorschlages fuer eine wissenschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa seitens eines Arbeitsgremiums, das vom Rat der OEEC gebildet wurde, wird jetzt von den Marshallplan-Laendern ein Fuenf-punkte-Programm fuer einen intereuropaeischen Austausch von Technikern und technischen Daten aufgestellt.

Aehnlich dem technischen Hilfsprogramm des ECA, demzufolge der Austausch von amerikanischen und europaeischen Technikern und technischen Unterlagen vorgesehen ist, besteht der Zweck des europaeischen Projekts darin, die Produktivitaet unter den Mitgliedern des OEEC zu steigern.

Das Europaeische Programm umfasst Methoden, um auf diesem Gebiete den Technische Hilfsplan Europas auf die Taetigkeit des ECA abzustimmen. Das Fuenfpunkte-Programm sieht vor:

1) Austausch von Dokumenten. In dem Plan ist der Austausch von offiziell veroeffentlichten Dokumenten ueber wissenschaftliche und technologische Angelegenheiten vorgesehen, die von den einzelnen Regierungen entwickelt oder finanziert worden sind. Jeder Regierung wuerde kostenlos bis zu 6 Exemplare dieser Dokumente zur Verfuegung gestellt werden, und zwar auf folgenden Gebieten: a) physikalische und biologische Wissenschaften von direktem und indirektem Interesse fuer die Industrie, b) jeder Zweig der Technologie, c) medizinische Angelegenheiten von Interesse fuer die Industrie, d) wirtschaftliche Dokumente.

2) Austausch von Statistiken. Durch den Austausch statistischer Daten und Messtechnikern in der industriellen Produktivitaet beabsichtigen die Laender, eine allgemeine Norm fuer den Vergleich von Produktionstatistiken aufzustellen.

3) Austausch von Technikern. Vorschlagsgemaess wuerden die Laender Fachleute und Experten austauschen, die die Produktions-Methoden und -Techniken in den verschiedenen Laendern mit der Aussicht darauf, sich die besten Methoden der beteiligten Laender wo immer dies moeglich ist, zur Auswertung zu eigen zummachen.

4) Besprechungen ueber technische Hilfsplaene. Die ERP-Beteiligte wuerden mit einander ueber die vorgesehenen technischen Hilfsplaene Besprechungen abhalten, sowohl entsprechend ihrem eigenen wie auch dem ECA-Programm, um ein Parallellaufen bzw. eine Wiederholung zu vermeiden und um eine gleichgeschaltete Erfassung der verschiedenen Gebiete zu gewaehrleisten. In diesem Plan ist auch ein intereuropaeischer Austausch der Erfahrungen vorgesehen, die durch Besuche der europaeischen Experten in den Vereinigten Staaten gesammelt werden.

5) Gemeinsame Forschung Die Regierungen wuerden gemeinsame Forschungen auf den Gebieten durchfuehren, wo das Operationsgebiet, wie z.B. die Notwendigkeit fuer ausgedehnte Durchfuehrungsmoeglichkeiten oder der Kostenaufwand, fuer das einzelne Land zu gross sein wuerde. Als Beispiel hierfuer sei hier das jetzige gemeinsame Forschungsprojekt "Die Leuchtkraft der Flamme in Schmelzofen," genannt, das von Holland dem Vereinigten Koenigreich, Belgien und Schweden verfolgt wird.

Im Laufe der Besprechungen erklaerte sich das Arbeitsgremium damit einverstanden, dass, wenn sich bereits bestehende Organisationen wie z.B. die UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen fuer Erziehung, Wissenschaft und Kultur) bereits mit technischen Hilfsprojekten befassen, die OEEC mit diesen Organisationen zusammenarbeiten sollte anstatt Parallelaktionen durchzufuehren.

Die bei den Sitzungen des Arbeitsgremiums anwesenden Delegierten vertraten Belgien, Daenemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Norwegen, Holland, Portugal, Schweden, die Tuerkei, das Vereinigte Koenigreich und die Bizone Deutschlands, Es waren ferner Beobachter aus Oesterreich, der Schweiz und Triest bei einigen der Sitzungen anwesend.

"Labor News Bulletin" 16. Sept. 49

VERLEUMDUNGSKAMPAGNE GEGEN ENGLAND

Es sind Bestrebungen im Gange, um die Labour Regierung und die Sozialleistungen in Misskredit zu bringen.' Von Allan L. Swim

Grossbritannien, eine Nation, die von Muessiggaengern und sozialen Traeumern beherrscht wird, ist im Begriff, aus den Fugen zu gehen. Seine Sozialleistungen haben sich als Misserfolge erwiesen und die Verstaatlichung einiger Industriezweige hat einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg verhindert. Da drueben geht wahrhaftig alles drunter und drueber, und die Labourregierung ist dafuer verantwortlich.

So etwa sieht das Bild aus - und es stimmt ganz und gar nicht -, das heute der lesenden und aufmerksamen Oeffentlichkeit Amerikas vor Augen gefuehrt wird. Es ist offenbar, dass England zum Gegenstand einer Verleumdungskampagne geworden ist. Die Tatsachen, die im Hintergrund dieser Kampagne stehen, sind derart, dass sie jeder amerikanische Gewerkschaftler erfahren sollte.

Um ganz offen zu sein, kuemmern sich alle diejenigen, die heutzutage oft ueber die "Misserfolge" Englands schreiben, den Teufel um die sozialen Wohlfahrtsleistungen, die das englische Volk erfahrt. Ihr Interesse ist lediglich in ihrem eigenen Entschluss begruendet, soziale Wohlfahrtsmassnahmen in unserem Lande aufzuhalten. Und was koennte ihnen dabei wohl dienlicher sein als das "entsetzliche Beispiel", das ihnen die Englaender geben.

Zunaechst einmal liegen die Britischen Inseln fuer uns am anderen Ende des Ozeans, so dass es also schwer ist, irgendwelche Angaben ueber Massnahmen in England nachzupruefen, Zweitens ist es verhaeltnismaessig leicht, der Labour-Regierung und ihrem Programm fuer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Wir wollen einmal ein ganz einfaches Beispiel anfuehren, um zu illustrieren, wie die Kampagne arbeitet. Der durchschnittliche englische Arbeiter produziert aus dem einfachen Grunde nicht soviel wie der amerikanische Durchschnittsarbeiter, weil dem ersteren nicht soviel an elektrischer Energie und Maschinen zur Verfuegung stehen. Dieser Zustand hat viele Jahre angedauert. Dennoch haben unsere "antienglischen" Schreiber und Kommentatoren das jetzt gerade entdeckt - und sie muessern sich darueber derart, dass der Eindruck erweckt wird, als sei die Verstaatlichung der Industrie dafuer verantwortlich zu machen. Und ausserdem deuten sie an, dass das englische Gesundheitsprogramm ganz gewiss zu einem Teil die Verantwortung dafuer tragen muss. In Wirklichkeit haben die Englaender Bemerkenswertes darin geleistet, die Industrieproduktion seit der Beendigung des Krieges zu erhoehen.

England hat genau wie eine Anzahl anderer Laender mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kaempfen - Schwierigkeiten, die durch den letzten Krieg entweder verursacht oder verstaerkt wurden. Abgesehen von einer bestimmten politischen Partei, die an der Regierung ist, wuerden sie sowieso existieren. Aber die Labour-Regierung wird dafuer verantwortlich gemacht, und es wird haeufig darauf hingewiesen, dass diese Schwierigkeiten verschwinden wuerden, wenn Winston Churchill und seine Konservativen das Steuer in der Hand hielten. Ja ja, die Kampagne ist ganz geschickt eingefaedelt. Man weist zunaechst auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands hin, dann auf die Labour-Regierung und die Sozialleistungen und erklaert dann: "Seht Ihr. Das haengt alles miteinander zusammen - es ist alles ein und dasselbe. Bedarf es wohl noch besserer Beweise dafuer, um uns davon zu ueberzeugen, dass wir keinen "Wohlfahrtsstaat" in Amerika brauchen."

Man kann mit Sicherheit voraussagen, dass man im Laufe der Zeit noch mehr Dampf hinter diese Kampagne machen wird, und dass auch mehr und mehr "unparteiische" Korrespondenten England besuchen werden. Das wird sich aeusserst ungluecklich auswirken, es sei denn, sie sind wirklich unparteiisch und sie haben die Moeglichkeit,

einen wohlwollenden Bericht ueber das abzugeben, was zu erfahren sie in der Lage waren.

Es steht sehr viel auf dem Spiel. England ist einer der wichtigsten Schluessel zum Wiederaufbau eines Nachkriegseuropas, aber dennoch sucht eine Anzahl Senatoren, England daran zu hindern, sich die ECA-Gelder zunutze zu machen, weil manche englischen Industriezweige verstaatlicht worden sind. Die Vereinigten Staaten koennen viel aus dem Sozialleistungs-Programm Englands lernen, und es ist daher von Wichtigkeit, Es waere also ein guter Gedanke, die Beschuldigungen, die man Grossbritannien vorwirft, einmal sorgfaeltig zu pruefen. Es muss festgestellt werden, wer sie vorbringt und warum dies geschieht.

"The CIO News" No. 34 - 29. August 1949

GEWERKSCHAFTEN UND VERWALTUNG FUER EUROPAEISCHE ZUSAMMENARBEIT (ECA)

Paul G. Hoffmann, der Administrator der ECA, hob am 5. Oktober auf einer Pressekonferenz in St. Paul, Minnesota, hervor, dass die nicht von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaften immer einer der staerksten Faktoren fuer den Erfolg des Marshall-Plans gewesen sind. Hoffmann hielt diese Pressekonferenz unmittelbar nach seiner Rede vor der 68. Jahrestagung der A.F. of L. ab. Auch in seiner Rede zollte Hoffmann dem zur Unterstuetzung des Wiederaufbauprogramms beigetragenen Anteil der amerikanischen und europaeischen Gewerkschaftler seine Anerkennung. Sein Bericht ueber die Entwicklung des Marshall-Plans wurde von den anwesenden Delegierten als optimistisch angesehen. Hoffmann erntete langanhaltenden Beifall, als er seine Rede mit den Worten schloss: "Wenn wir, die freien Voelker der Erde, weiterhin zusammenarbeiten, uns gegenseitig helfen und zusammenstehen, koennen wir den Frieden gewinnen. Und dieser Friede muss gewonnen werden."

Praesident Truman, der am Erscheinen verhindert war, sandte an die Delegierten eine Botschaft. Er fuehrte darin unter anderem aus:

"In ihrem langen Bestehen ist die A.F. of L. in der Verfechtung der Rechte der Lohnempfaenger und in deren Unterstuetzung bei der Erlangung besserer und sicherer Arbeitsbedingungen, groesserer sozialer Sicherheit sowie eines hoeheren Lebensstandards immer fuehrend gewesen."

Sondermitteilung

VERWALTUNG FUER EUROPAEISCHE ZUSAMMENARBEIT (ECA) UND EIN STARKES WESTEUROPA.

Wenn es der Zweck des Marshall-Planes waere, ein Europa zu schaffen, das von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich ausgebeutet werden soll, muesste die Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) auf zwei Ziele hinarbeiten: a) Sie muesste versuchen, eine Steigerung der Industrieproduktion in Europa zu verhindern und b) ihren Einfluss dahingehend geltend machen, die zwischen den Staaten Europas bestehende Trennung zu vertiefen. Auf beiden Gebieten trifft das Gegenteil zu. Das Hauptziel der Verwaltung fuer Europaeische Zusammenarbeit (ECA) ist klar und unmissverstaendlich in der folgenden Wiedergabe einer kuerzlich von ECA Administrator Paul G. Hoffmann gehaltenen Rede dargelegt worden:

"Ich moechte es ganz klar herausstellen, dass die ECA darauf abzielt, den allgemeinen europaeischen Lebensstandard im Laufe ihrer vierjaehrigen Taetigkeit nicht ueber den Vorkriegsstand von 1938 hinaus zu erhoehen. Diese Zielsetzung hat bei allen Nationen, die Hilfe erhalten, Zustimmung gefunden, und infolgedessen werden alle eingehenden Mittel, die nicht fuer die Unterhaltung eines mittleren Lebensstandards erforderlich sind, fuer die Investierung in Kapitalgueter verwandt fuer Kraftwerke, neue Fabrikaueruuestungen, bessere Transportmittel und neue Industrien.

"In einem Zeitraum von 12 Monaten, der am 30. Juni endete, investierte Europa von einem Gesamtbruttoeingang von etwa 140 Milliarden Dollar mehr als 30 Milliarden Dollar in Kapitalguetern. Dies liegt weit ueber dem Normalen, und es ist ein Teil der Fruechte des Marshall-Plan-Aufbaus. Ein besonders gutes Beispiel dieses Entwicklungsvorganges ist die Tatsache, dass Norwegen heute 35% seiner Eingaenge an Mitteln in Kapitalguetern, d.h. in Ausruestungen, anlegt, wodurch es so frueh wie moeglich in der Lage sein wird, wieder auf eigenen Fuessen zu stehen.

Diese Investitionen in Kapitalguetern werden Europa bei der Erreichung hoeherer Produktivitaet helfen, und das bedeutet, einen groesseren Produktionsausstoss je geleisteter Arbeitsstunde, was ein wichtiger Schritt dahin ist, wieder ohne fremde Hilfe auszukommen. Eine hoehere Produktivitaet erfordert bessere Maschinen, bessere Methoden sowie eine bessere Einstellung sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch auf Seiten der Arbeiterschaft. Es ist keineswegs der Eigensinn der europaeischen Arbeiterschaft, der die Produktivitaet in Europa niedrig haelt. Man moege sich der Tatsache bewusst werden, dass hinter jedem amerikanischen Arbeiter 7 PS stehen gegenueber 2½ PS hinter einem europaeischen Arbeiter. Der Marshallplan traegt dazu bei, PS und bessere Maschinen zur Verfuegung zu stellen; er traegt dazu bei, bessere Methoden zugaenglich zu machen, und er foerdert ferner eine bessere Einstellung, die die Produktivitaet der europaeischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhoehen kann. Und dies ist ein weiterer Teil der Fruechte, die der Marshall-Plan mit sich bringt.

"Hoehere Produktivitaet allein ist jedoch nicht die Loesung zu einer dauerhaften europaeischen Wiedergesundung. Europa muss unter allen Umstaenden einen erweiterten Absatzmarkt fuer sich gewinnen, damit die europaeische Industrie aus einer Grossproduktion mit niedrigen Kosten Nutzen ziehen kann.

"Das bedeutet, dass Europa in seinem eigenen Interesse unverzueglich zu einer wirtschaftlichen Vereinigung gelangen muss, wodurch ein einheitlicher Absatzmarkt mit 275 Millionen Verbrauchern geschaffen wuerde, fuer den die europaeische Industrie und Landwirtschaft wirtschaftlich produzieren und auf dem die europaeischen Erzeuger und Landwirte frei verkaufen koennten. Nur in einem solchen Rahmen kann Europa zu einem hoeheren Lebensstandard gelangen."

ECA News Dispatch

CHIKAGOER DRUCKER BEENDEN IHREN 22 MONATIGEN STREIK

Die Setzer, Mitglieder des Ortsausschusses 16 der Internationalen Typographen Gewerkschaft (AFL) stimmten in dieser Woche der Beendigung ihres seit dem 24. November 1947 gegen 5 Chikagoer Tageszeitungen andauernden Streik zu.

Der seit 22 Monaten durchgefuehrte Streik zeichnete sich durch ausgedehnte Gerichtsprozesse hinsichtlich streitiger Einstellungsbestimmungen aus. Beide Teile gaben ihrem Glauben Ausdruck, dass der neue Vertrag diese Streitfragen in Uebereinstimmung mit dem Taft-Hartley-Gesetz loesen wird. Nach der neuen Vereinbarung bleibt der Ortsausschuss 16 der ausschliessliche Verhandlungspartner. Die Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist nicht mehr bei der Einstellung und waehrend der Dauer der Beschaeftigung massgebend.

Die Typographen Gewerkschaft nahm eine woechentliche Lohnerhoehung von \$ 10.— an, was den Arbeitern der Tagesschicht einen Verdienst von \$ 95.50 je Arbeitswoche von 36¼ Stunden gewaehrt.

Es wurde eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen, die eine Wiederaufnahme von Lohnverhandlungen durch einen der Partner nach dem 15. Juli 1950 vorsieht, und die nach dem 15. Juli 1951 ausser Kraft tritt. Die Anwendung des fotografischen Schriftbildverfahrens (varitype-photo-engraving), das den Verlagen auch waehrend

des Streiks die Herausgabe von Zeitungen ermoglichte, ist verboten, sofern nicht Streiks oder andere Arbeitsniederlegungen stattfinden. Der Typographischen Gewerkschaft wurde die organisatorische Zuständigkeit fuer die Automaten-Setzer zugestanden. (Automaten-Setzmaschinen sind verhaeltnismaessig neu; das Setzen der Typen geschieht automatisch.)

U.S. Dept. of Labor, Weekly Labor
News Digest, 21. September 1949

GEWERKSCHAFTLICH NICHT ORGANISIERTE ARBEITER

BRAUCHEN KEINE BEITRAEGE ZU ENTRICHTEN

Vertragsbestimmungen, nach denen gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeitnehmer verpflichtet werden, Abgaben zur "Unterstuetzung der fuer die Arbeitnehmer als Vertragsverhandlungspartner auftretenden Organisation" zu entrichten, sind nach dem Dafuerhalten eines Pruefers des National Labor Relations Board der Vereinigten Staaten (Nationale Behoerde fuer Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Wechselbeziehungen) ungesetzlich.

Die Public Service Gesellschaft in Colorado und die Internationale Gewerkschaft der Elektro-Arbeiter (AFL) haben nach dem Befund des Pruefers das Taft-Hartley-Gesetz verletzt, indem sie die Entlassung eines Arbeitnehmers wegen Nichtentrichtung der "Unterstuetzungszahlung" bewirkt hatten. Die als ungesetzlich erkannte besondere Vertragsbestimmung zwang alle Arbeitnehmer, als Teil der Erfuellung des Arbeitsvertrages monatlich \$ 2.-- an die Gewerkschaft zu entrichten, obgleich die Arbeitnehmer nicht verpflichtet waren, der Gewerkschaft beizutreten.

Die Gewerkschaft begruendete diese Abgaben damit, dass alle Arbeitnehmer, da sie aus der Verhandlungstaetigkeit Nutzen ziehen, gewillt sein sollten, einen Teil der Kosten zu tragen, selbst wenn sie nicht Mitglieder der Gewerkschaft werden wollen.

U.S. Dept. Of Labor, Weekly Labor
News Digest, 21. September 1949

INTERNATIONALE FACHABTEILUNGEN INNERHALB DES
WELTGEWERKSCHAFTSBUNDES.

Einleitung:

Die Errichtung internationaler Fachabteilungen beim Weltgewerkschaftsbund wurde anlaesslich des zwischen dem 30. Juni und 10. Juli in Mailand stattgefundenen Kongresses der vorerwaehnten Koerperschaft besprochen. Die Aussprache fand am 5. und 6. Juli statt.

Di Vittorio (CGIL), Praesident des Weltgewerkschaftsbundes, hob die Notwendigkeit hervor, Fachabteilungen zu errichten, um den Auswirkungen der Macht internationaler Trusts, die industriezweigmaessig zusammengeschlossen sind, entgegenarbeiten zu koennen. Er fuehrte aus, dass der Vorteil der Fachabteilungen auf der Tatsache beruhe, dass sie den Ausdruck der Solidaritaet der Arbeiterschaft der ganzen Welt auf der Grundlage von Industriezweigen foerdere, wie es bereits im Falle der Sympathiestreiks der italienischen Seeleute fuer ihre kanadischen Kollegen zum Ausdruck kam.

Er ruegte die Verzoegerung bei der Bildung der Fachabteilungen des Weltgewerkschaftsbundes vor Januar 1949 zwecks Einbeziehung der der Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsorganisation angeschlossenen Internationalen Fach-Sekretariate auf Betreiben der "Abtruennigen" (Britischer Gewerkschaftsbund, CIO und Hollaendischer Gewerkschaftsbund). Diese Forderung "der Abtruennigen" haette der Weltgewerkschaftsbund unbeachtet lassen sollen, aber der Vorstand des WGB wollte um jeden Preis seine Einheit bewahren.

Nach Di Vittorio's Ausfuehrungen schlug der Weltgewerkschaftsbund im September 1949 die Aufhebung der vom Vorstandsbuero des WGB ausgearbeitete Bestimmung vor, wonach die Internationalen Fachabteilungen dem Vorstandsbuero unterstehen sollten, und man entschied, es den Internationalen Fachabteilungen selbst zu ueberlassen, ihre Statuten unabhaengig vom Weltgewerkschaftsbund auszuarbeiten und sich entsprechend zu entwickeln. Gleich nachdem die CIO, der Britische Gewerkschaftsbund und der Hollaendische Gewerkschaftsbund ihren Austritt erklaert hatten, nahm der Weltgewerkschaftsbund seine Taetigkeit auf, um diese Abteilungen zu bilden, und heute ist die Bildung im besten Werden begriffen.

Drei Fachabteilungen sind vor dem Mailaender Kongress errichtet worden und weitere werden jetzt gerade gebildet, und zum Jahresende rechnet man damit, dass zwei Fachabteilungen im Rahmen des Weltgewerkschaftsbundes ihre Arbeit aufgenommen haben werden.

Die vor Beginn des Mailaender Kongresses errichteten Fachabteilungen.

Im Verlaufe des Mailaender Kongresses erstattete der stellvertretende Generalsekretaer, Gebert, einen Bericht ueber Zusammenkuenfte der Internationalen Fachabteilungen, die bis zum Beginn des Kongresses stattgefunden haben. Er berichtete ueber die folgenden Sitzungen:

1. Fachabteilung Metall.

Tagungsort: Turin, Italien.

62 Delegierte aus 17 Laendern, die 7.538.700 Mitglieder vertraten, nahmen daran teil.

2. Internationale Fachabteilung Leder und Rauchwaren.

Tagungsort: Gottwaldov (frueher Zlin) Tschechoslowakei.

36 Delegierte und 16 Beobachter aus 16 Laendern, die 691.760 Mitglieder vertraten, nahmen daran teil.

3. Internationale Fachabteilung Textil und Bekleidung.

Tagungsort: Lyon, Frankreich.

40 Delegierte und 22 Beobachter aus 11 Laendern, die 3.115.400 Mitglieder vertraten, nahmen daran teil.

Aus dem Bericht des Generalsekretaers ging hervor, dass die Internationale Fachabteilung der Lehrer zwischen dem 11. und 16. August in Warschau, Polen, zusammenkommen werde. Nach dem Bericht wuerde der Organisationsausschuss der Internationalen Fachabteilungen Zusammenkuenfte der folgenden Fachsparten vorbereiten: Transport, Landwirtschaft und Nahrung, sowie Post-, Telefon-, Telegraf- und Rundfunk - Arbeiter.

Nach dem Mailaender Kongress errichtete Internationale Fachabteilungen.

4. Internationaler Seeleute und Dockarbeiter Bund.

Die konstituierende Versammlung des Internationalen Seeleute und Dockarbeiter Bundes wurde entsprechend dem Beschluss des Mailaender Kongresses des Weltgewerkschaftsbundes am 15., 16. und 18. Juli 1949 in Marseille, Frankreich, abgehalten. 17 Nationen waren vertreten. Die Delegationen Polens, Jugoslawiens und Chinas waren nicht in der Lage, daran teilzunehmen, da es ihnen nicht moeglich war, die erforderlichen Visa zu erhalten. Eine Reihe von Bestimmungen fuer den Bund, ein Programm und ein Manifest wurden beschlossen. Das Manifest war an die Seeleute und Hafendarbeiter der ganzen Welt gerichtet und wurde von der Konferenz einstimmig angenommen. Diese Organisation wird ihren Sitz in Marseille, Frankreich, haben.

5. Internationale Vereinigung der Gewerkschaften der Bau-Holz- und Baumaterial Arbeiter.

Am 14., 15. und 16. Juli 1949 wurde die konstituierende Versammlung der Inter-

nationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Bau-, Holz- und Baumaterial - Arbeiter in Mailand abgehalten. Der Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes, Di Vittorio, richtete eine Ansprache an die Versammelten. 600 Delegierte aus 15 Laendern, die 27 nationale Organisationen der betreffenden einzelnen Industriezweige und damit 4.900.000 Mitglieder vertraten, nahmen daran teil. Eine Reihe von internen Bestimmungen wurde angenommen, und zum Sitz der neuen Organisation wurde Helsinki, Finnland, bestimmt.

ECA European Labor Office, 15. September 1949

DIE EISENARBEITER

Von J.H. Lyons, Praesident der Internationalen Vereinigung der Bruecken, Eisenbahn- und Ziereisen-Arbeiter.

Die Internationale Vereinigung der Bruecken-, Eisenbau- und Ziereisen-Arbeiter organisiert durch George W. Geary in Chikago im Februar 1896, in einer Epoche, wo die Arbeitgeber die Gewerkschaftsvertreter, die sogenannten "wandelnden Delegierten" von der Seite ansahen, und sie in vielen Faellen mieden, als waeren sie Aussaetzige - hat im vergangenen halben Jahrhundert einen langen, schweren Weg gehen muessen.

Der Punkt wirtschaftlicher Stabilitaet den Faehigkeiten entsprechend ist niemals von den Eisen-Arbeitern erreicht worden und duerfte auch niemals erreicht werden, denn dies wuerde "Traumland" bedeuten, aber sie hatten staendige Fortschritte zu verzeichnen, und sie wollten, dass die ganze Welt es wusste, dass ihr Streben niemals nachlassen wuerde.

Der Anfang war schwer

Die ersten Jahre der Taetigkeit unserer Organisation sind ziemlich verschwommen, da die alten Unterlagen verloren gegangen sind. Als jedoch im Jahre 1901 etwa fuenfzig Delegierte als Vertreter von siebenundzwanzig oertlichen Gewerkschaftsvereinigungen zu ihrer Tagung anlaesslich des fuenfjaehrigen Bestehens der Gewerkschaft zusammenkamen, erkannten sie die Notwendigkeit gedruckter Berichte ueber ihre gemachten Fortschritte. Sie gruendeten das "Magazin der Brueckenleute" als das offizielle Organ der Internationalen Organisation, das monatlich herausgegeben werden sollte.

Waehrend in den Anfaengen aller Gewerkschaftsbewegungen die Arbeiterschaft mehr oder weniger stuermisch war, erkannten die Eisenarbeiter zur Jahrhundertwende, dass ein friedfertiges und vernuenftiges Schlichtungswesen fuer Lohnangelegenheiten und Arbeitsbedingungen die geeignete Methode war, die verfolgt werden sollte. Die Eisenarbeiter waren mit die ersten, die Vertraege zur Verhinderung von Streiks oder Aussperrungen gleichviel aus welchem Grunde, aushandelten, die gleichzeitig Vorschriften fuer die Schlichtung aller Streitfaelle enthielten.

Der urspruengliche Mitgliedsbeitrag der Organisation betrug 25¢ im Monat. Im Jahre 1902 wurde dieser auf 40¢ erhoehrt, als auf dem Verbandstag entschieden wurde, dass die Hauptfunktionaere der Gewerkschaft, fuer die Zeit, die sie im Interesse der Mitglieder aufwenden, entschaedigt werden sollten.

Zu dieser Zeit war die Finanzlage der Gewerkschaft tatsaechlich unguenstig und in sehr vielen Faellen waren die internationalen Funktionaere gezwungen, Ausgaben im Dienste der Gewerkschaft aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen.

Zu dieser Zeit arbeiteten die Mitglieder neun und zehn Stunden am Tage, und sechs Tage in der Woche fuer 50¢ pro Stunde. Einer der ersten Fortschritte, der der Organisation zu verdanken war, war die Sicherstellung von regulaeren Stundenloehnen fuer die Leute dieses Gewerbes anstelle von Akkordloehnen, die zur Zeit des Aufbaues der Gewerkschaftsorganisation weitestgehend vorherrschend waren.

Gleichzeitig wurde der Achtstundentag endguelteig eingefuehrt, ebenso wie der freie Sonnabendnachmittag und anderthalbfache Bezahlung fuer Ueberstunden.

Arbeit und Arbeitsschutz.

Die verschiedenen Arbeitsklassifizierungen fuer Eisenarbeiter schliessen ausser den urspruenglichen Bruecken- und Bau- Branchen des Gewerbes die Ziereisenarbeiter, die Fabriken, die Stahlprofilteile herstellen, die von den Eisenbauarbeitern verbaut werden, die Verstaerkereisenleute, die Steinkranleute, die Takler und die Maschinenschwerarbeiter, die Marine-Takler und Schweisser ein.

In jener Anfangszeit wurde die Arbeit der Eisenarbeiter als die gefaehrlichste aller Berufe angesehen, und sie nimmt bis auf den heutigen Tag einen Platz an der Spitze dieser Kategorie ein. Die erschreckenden Unfaelle jener Tage, als die Eisenarbeiter noch auf schmalen Eisentraegern auf die im Bau befindlichen Wolkenkratzer hinaufklettern mussten und wo nichts vorhanden war, was einen zehn oder fuefnzehn Stockwerke tiefen Fall haette aufhalten koennen, stellten die Leute unseres Handwerkszweiges vor ein weiteres Problem groesster Bedeutung.

Unsere Funktionaere gingen sofort an die Arbeit, um diese Bedingungen zu erleichtern. Mit der faehigen Mithilfe anderer Handwerkszweige, von Arbeitsschutz Ingenieuren und Versicherungsfachleuten bewogen die Eisenarbeiter schliesslich die Gesetzgeber der einzelnen Staaten dazu. Sicherheitsvorschriften zum Schutze der Arbeiter in Kraft zu setzen. In erster Linie wurde ein Bohlenboden fuer jedes vierte Stockwerk eines Gebaues vorgeschrieben, jedoch wurde diese Vorschrift spaeter dahingehend geaendert, dass nicht mehr als zwei Stockwerke oder eine Maximalhoehe von 25 Fuss offen beziehungsweise unbedeckt bleiben darf. In den vergangenen Jahren sind viele andere Sicherheitsvorschriften zum Schutze unserer Leute erlassen worden.

Die Unfall- und Todesrate ist aber immer noch zu hoch, und vermehrte Sicherheitsmassnahmen sind und werden immer das Hauptziel sein, nach dem wir streben.

Ueber einen gewissen finanziellen Schutz gegen diesen beunruhigenden Einfluss des Zufalls wird von den Anfaengen des Zwanzigsten Jahrhunderts berichtet. Als das Gewerkschaftsvermoegen einen Stand erreicht hatte, der solche Massnahmen rechtfertigte, wurden ein Sterbegeldfond sowie ein Altersunterstuetzungsfonds errichtet. Dies wurde von Jahrestagung zu Jahrestagung verbessert mit dem Ergebnis, dass die Mitglieder der Internationalen Vereinigung der Bruecken-, Eisenbau- und Ziereisen- und Arbeiter heutzutage wesentliche Sterbegeld- oder Pensionszahlungen bei Gebrechlichkeit im Alter erhalten.

Vereinbarungen der Gewerkschaften.

Mit an erster Stelle in ihrem Arbeitsprogramm im Interesse der Mitglieder steht fuer die Funktionaere der Eisen-Arbeiter der Abschluss von oertlichen und internationalen Vereinbarung.

Die oertliche Vereinbarung wurde und wird, wie schon ihre Bezeichnung besagt, zwischen den interessierten oertlichen Gewerkschaftsorganisationen und den in ihrem Gebiet ansaessigen Arbeitgebern ausgehandelt, die allerdings in jedem Falle von der internationalen Organisation bestaetigt werden muss. Die internationale Vereinbarung, die jene Arbeitgeber umfasst, deren Geschaeftsbereich auf zwischenstaatlichem Gebiete liegt, hat sich als eine der groessten Wohltaten fuer die in der Bauindustrie beschaeftigten Arbeitnehmer und Arbeitgeber erwiesen. Allen interessierten Beteiligten wird voller Schutz gewaehrt, wobei es dem Bauunternehmer gestattet ist, ein wohl durchdachtes und genaues Angebot fuer die von ihm zu vergehenden Arbeiten herauszugeben, waehrend eine solche Vereinbarung den Ar-

beitern dank der in allen Staaten aufgestellten einheitlichen allgemeinen Arbeitsbedingungen die Sicherheit eines fairen Lohnes fuer ihren Arbeitsaufwand gewaehrleistet.

Dank an einen Gewerkschaftsfuehrer.

Es wuerde eine arge Nachlaessigkeit meiner Pflichten bedeuten, wenn ich bei dem geschichtlichen Bericht ueber die Taetigkeit unserer Organisation versaeumen wuerde, dem Praesidenten Emeritus P.J. Morrin die volle Ehre, die ihm zukommt, zu erweisen, denn es war in der Zeit seiner dreissigjaehrigen Praesidentenschaft in der Gewerkschaft der Eisenarbeiter - von 1918 bis 1948, als er zuruecktrat - dass unsere Gewerkschaft die groessten Fortschritte erzielte.

Er war es, der in seinem Bekenntnis zu den Grundsuetzen wahrer Demokratie fuer die Einrichtung einer Tagungskasse sorgte, die es jeder oertlichen Gewerkschaft ermoeeglicht, ohne Ruecksicht auf ihre Groesse oder ihre finanzielle Lage die ihr zustehende Zahl Delegierter zu jeder Tagung zu entsenden, um ihre Wuensche zum Ausdruck zu bringen und bei Abstimmungen der Meinung ihrer Auftraggeber Ausdruck zu verleihen. Diese Kasse ist fuer die Deckung der Reisespesen und Tagegelder jedes ordnungsgemaess fuer die Tagungen gewaehlten und berechtigten Delegierten bestimmt und sie ist stets als Ausdruck des starken Glaubens der Gewerkschaftsleitung an das demokratische Mehrheitswahlprinzip angesehen worden.

Als Kollege Morrin sein Amt als Fuehrer der Eisenarbeiter antrat, bestand die Mitgliedschaft aus etwa 18.000 Anhaengern, die sich auf 100 oertliche Gewerkschaftsorganisationen verteilten. Der Kassenbestand belief sich auf etwa 100.000\$. Heute kann sich die Organisation stolz ruehmen, 100.000 Mitglieder in 300 oertlichen Gewerkschaftsorganisationen mit einem entsprechenden Kassenbestand fuer sich verbuchen zu koennen.

Kollege Morrin's Ausdauer im Laufe der dreissig Jahre, in denen er Praesident war, schaffte in den Annalen der Gewerkschaftsbewegung beinahe einzig dastehende Bedingungen. Achtundneunzig Prozent der Bauunternehmen im gesamten Bundesgebiet der Vereinigten Staaten sind als fair bekannt und beschaeftigen nur Gewerkschaftsmitglieder. Waehrend die Eisenarbeiter es zu gewissen Zeiten tfuer notwendig erachtet haben, das Mittel des Streiks anzuwenden, wurde der Streik niemals als eines der zur Verfuegung stehenden Mittel angewandt, sondern nur als letzte Zuflucht. Die Schlichtungspolitik der Gewerkschaft, die vor vielen Jahren so ausgezeichnet festgelegt worden war, wird zumindest so lange Vorrang gegeben werden wie die gegenwaertige Fuehrung am Ruder ist.

Zukunftsansichten der Gewerkschaft.

Waehrend meine eigene Amtstaetigkeit erst von verhaeltnismaessig kurzer Dauer ist, habe ich ehrgeizige Plaene im Interesse der Eisenarbeiter geschmiedet. Ich hoffe, in den kommenden Monaten meiner leitenden Taetigkeit zahlreiche Verbesserungen schaffen zu koennen, und ich werde mein Versprechen, das ich dem Hauptvorstand zur Zeit meiner Wahl gegeben habe, einloesen, nichts unversucht zu lassen, um die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder zu verbessern, solange ich Hauptvorsitzender bin.

Ich hoffe persoendlich, den Tag zu erleben, wo die Fragen der Organisationsgebiete, die fuer viele, viele Jahre ein Hindernis fuer das Wohlergehen des Bauweserbes gewesen sind, freundschaftlich und fair zur Zufriedenheit aller Beteiligten Kreise geloest werden. Ich werde alle mir zur Verfuegung stehenden Mittel einsetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Unsere Gewerkschaft setzt jetzt einen Auftrag, den sie auf unserer letzten Tagung erhalten hatte in die Tat um. Auf dieser Tagung haben sich die Delegierten einstimmig dafuer ausgesprochen, eine Regelung fuer die Zahlung von Alterspensionen an alle hauptamtlichen Funktionaere, Organisationsleiter und Arbeitnehmer, die bei den Hauptverwaltungen angestellt sind, zu erlassen, und ich hoffe, im Laufe der Zeit eine Anzahl weiterer Verbesserungen fuer die Mitglieder und fuer unsere Gewerkschaftsorganisation durchfuehren zu koennen.

American Federationist, Juli 1949

AMERIKANISCHER GEWERKSCHAFTSFUNKTIONAER BESUCHT ITALIENISCHEN BETRIEBE.

Der Vorsitzende des Community Service Committee der CIO, Irvin Abramson, berichtete heute, dass die aus von den Vereinigten Bekleidungsarbeitern der CIO zur Verfuegung gestellten Mitteln in Italien errichtete Bekleidungsfabrik "die modernsten Einrichtungen besitzt, die ich je gesehen habe, einschliesslich jener in Amerika".

Abramson, der in der vergangenen Woche nach den Vereinigten Staaten zurueckkehrte, nachdem er fuenf Wochen in Italien verbracht hatte, um die in Carrara gelegene Fabrik beim Aufbau sozialer Einrichtungen zu unterstuetzen, fuegte ergaenzend hinzu, "der Betrieb ist einzigartig, denn er besitzt eine Kantine, eine Klinik, Erste Hilfe-, Gesundheits- und Wohlfahrtseinrichtungen, Fluoreszenzlicht sowie eine Klimaanlage. Die Betriebsanlagen liegen inmitten von Gemuesegaerten und Obstplaentagen fuer die Arbeiter." Abramson sagte, dass die fuer 500.000 Dollar erstellte Bekleidungsfabrik aus Mitteln der Bekleidungsarbeiter der Vereinigten Staaten errichtet wurde, und ausserdem stellte das Community Service Committee der CIO 29.000 Dollar durch die YWCA fuer die Durchfuehrung des Wohlfahrtsprogrammes zur Verfuegung.

Rundfunk-Verlautbarungen des State
Department vom 24. August 1949

BODENGEWINN DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN IN LATEIN-AMERIKA

Die Gewerkschaftsbewegung der meisten latein-amerikanischen Laender sind frei von kommunistischen Einfluessen, und ihre demokratischen Gewerkschaften machen ermutigende Fortschritte. Dies wird in einem Bericht von Delegierten der AFL und der Eisenarbeiter zum Ausdruck gebracht, die von einer Konferenz des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes in Havanna auf Kuba zurueckgekehrt sind.

A.E. Lyon, geschaeftsfuehrender Finanzsekretaer der Vereinigung der Eisenbahn-Gewerkschaftsfuehrer, der an der Konferenz als Delegierter teilnahm, arbeitete in einem Ausschuss, der ein weitlaeufiges Wirtschaftsprogramm formulierte, das eine intensivierete Industrialisierung Latein-Amerikas und den Schutz der Rechte der Arbeiter verlangt. Diese Empfehlungen sind grundsaeztlich vom Bunde angenommen worden. Ebenso wurde von der Konferenz eine nachhaltige Mitgliederwerbung zur Organisierung von Arbeitern in "unentwickelten" Laendern gebilligt, wo die Gewerkschaftsbewegungen noch in den Kinderschuhen stecken.

Es wurde die Schaffung eines "Menschenrechtstribunals" von den Delegierten vorgeschlagen, welches Faelle von Einzelnen oder Gruppen behandeln soll, die von Militaer-Diktaturen verfolgt werden, welche in verschiedenen latein-amerikanischen

Laendern an der Macht sind. Der AFL wurde eine Anerkennung fuer ihre Anstren-
gungen zum Schutze der Arbeiter der Panama-Kanal-Zone gegen Lohn- und Arbeits-
platzzuruecksetzungen ausgesprochen.

Unter den fuer einen Rat gewaehlten Vertretern, die jaehrlich zusammen-
kommen werden, befinden sich auch Lyon und Roy Brown, Vize-Praesident der Inter-
nationalen Vereinigung der Maschinenarbeiter.

Bernada Ibanez, der Fuehrer des Chilenischen Gewerkschaftsbundes wurde wie-
derum zum Praesidenten gewaehlt. Francisco Aguirre, ein kubanischer Gewerk-
schaftsfuehrer, wurde zum Generalsekretaer des Interamerikanischen Bundes
benannt.

U.S. Department
Weekly Labor News Digest
28. September 1949

- 12 -

Manpower Division
OMGUS, APC 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 34

Berlin, 28. Oktober 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Botschaft ueber den europaeischen Wiederaufbau an die A.F.L. - - - - -	2
Maschinen und Arbeitsplaetze - - - - -	4
Carey beschuldigt die Delegierten entgegen den Anweisungen gestimmt zu haben - - - - -	7
Die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- schaft und Arbeitgebern - - - - -	7
Der Praesident des britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) Lawther sagte: - - - - -	-10
Beilegung des Dockarbeiter-Streiks in Honolulu - - -	-10
Premierminister Attlee sagte - - - - -	-11

BOOTSCHAFT UEBER DEN EUROPÄISCHEN WIEDERAUFBAU
AN DIE A.F.L.

Ausführungen des Botschafters W. Averell Harriman, Sonderbeauftragter der Vereinigten Staaten in Europa. Verlesen auf der 68. Tagung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A.F.L.) in St. Paul, Minnesota, USA.

Es ist fuer mich eine aufrichtige Enttaeuschung, dass ich in diesem Jahre nicht gemeinsam mit Ihnen die grosse Tagung der A.F.L. besuchen kann. Ich hatte mich darauf vorbereitet, der warmen und herzlichen Einladung des Herrn Praesidenten Green zu entsprechen und, genau wie im vergangenen Jahre, ueber den Ozean zu kommen, um an Ihrer Tagung teilzunehmen, um Ihnen ueber die Fortschritte des Europaeischen Wiederaufbau Programms zu berichten. Aber unter dem Druck der sich schnell entfaltenden Ereignisse bin ich genoetigt, jetzt in Europa zu bleiben.

Meine Botschaft an Sie und an die Millionen amerikanischer Arbeiter, die Sie vertreten, ist in erster Linie eine persoenliche Wertschaetzung der A.F.L., fuer ihre so wichtige Initiative und ihre unablaessige Unterstuetzung des Europa-Hilfe Programms. Ihre Organisation hat bis heute wesentlich zum Erfolg der Marshall-Plan-Verwaltung beigetragen. Sie hat den Arbeitern in Europa auch die Versicherung gegeben, dass die Hilfe der Vereinigten Staaten beim Aufbau Europas die entschlossene Unterstuetzung der amerikanischen Gewerkschaften genießt, und dass sie bis zu ihrem Abschluss mit voller Billigung der Arbeiterschaft durchgefuehrt werden wird.

Aber das Ausmass Ihrer gewerkschaftlichen politischen Voraussicht ist sogar noch groesser, denn Sie, die amerikanische Arbeiterschaft, hat in vollem Umfange die Verantwortung fuer die Zukunft auf sich genommen und unserer Aussenpolitik auch ueber das Wiederaufbauprogramm hinaus ihre Unterstuetzung gewaehrt.

Fuer die Sicherheit der Welt

Unser Volk hat sich der Aufgabe gewidmet, der Welt Sicherheit zu geben. Amerika hat sich mit anderen freiheitsliebenden Voelkern zusammengeschlossen, um dieses Ziel zu erreichen. Um dem Ansturm und dem Druck jener Kraefte zu widerstehen, die auf Aggression und Zerstoerung der Freiheit aus sind, muss das Gebaeude eines anhaltenden Friedens in einer stabilen Welt errichtet werden. Es kann nur durch die Erzielung wirtschaftlicher Stabilitaet - die nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit der Voelker moeglich ist - erreicht werden, den Weltfrieden dauerhaft zu sichern.

Das Europaeische Wiederaufbau-Programm ist der Schluesselstein im Gebaeude des kuenftigen Friedens. Wie weit ist es uns gelungen, es zu gestalten und es in das Vorhaben der Demokratien zur Sicherung der Welt einzubauen.

In den ersten anderthalb Jahren seines Bestehens hat das ERP den teilnehmenden europaeischen Laendern geholfen, sich aus eigener Kraft aus dem Sumpf herauszuziehen, in den sie durch die Geschehnisse des Letzten Krieges geraten waren und in dem sie festgehalten wurden. Aber das ERP hat sogar noch mehr getan als das. Es hat diesen Voelkern den Weg zu gegenseitigem Beistand und staendiger Zusammenarbeit gewiesen, ohne die die europaeische Wirtschaft nicht wieder aufgebaut werden und ohne die Europa niemals gedeihen kann.

Wie sieht es nun mit den noch vor uns liegenden zweiundeinhalb Jahren des europaeischen Hilfsprogramms aus. Kann es Erfolg haben. Ist es ihn wert. Der Hauptzweck unserer Hilfe beim europaeischen Wiederaufbau ist es, Europa immer mehr zur Unterstuetzung aus eigener Kraft zurueckzufuehren. Ich vertraue darauf, dass das Wiederaufbauprogramm dieses Ziel erreichen wird. Und der Masstab seines

Erfolges wird der Umfang sein, in welchem Europa nicht mehr von amerikanischen Geschenken abhaengig ist. Gleichzeitig wird auch der Masstab seines Erfolges der Umfang sein, in welchem Europa und Amerika gegenseitig zahlende Kunden werden.

Europa muss sich aus eigener Kraft unterhalten koennen

Die Weltsicherheit ist unmoeglich ohne ein starkes Europa, das sich selbst erhalten kann. Europa kann sein Selbstvertrauen nicht ohne den vollen Umfang der ECA Hilfe erlangen. Andererseits kann Europa nicht allein durch die ECA Hilfe dazu gebracht werden, sich selbst zu erhalten. In demgleichen Masse, wie die wirtschaftliche Unterstuetzung von unserer Seite verringert wird, muss der normale gesunde Handel zwischen Amerika und Europa an Umfang zunehmen.

Die Normalisierung, die wir in der Nachkriegszeit in unserem eigenen Lande erfahren haben, hat bewiesen, dass sie weit weniger schmerzhaft war als vorausgesagt und erwartet. Dieser Normalisierungsprozess ist noch nicht ganz beendet. Aber wir koennen unsere Wirtschaft in Amerika ausreichend staerken und stabilisieren, um in der Lage zu sein, Kraefte der Unausgeglichenheit zu widerstehen, sobald wir die Bedeutung unserer neuen Stellung in der Weltwirtschaft erkannt haben und danach handeln.

Der Fortschritt der Stellung Amerika's in der Welt seit dem Ausbruch des letzten Krieges entbehrt nicht der Wunder. Wir stehen heute da als ein Volk, das fast die Haelfte aller auf der Welt erzeugten Gueter produziert. Wenn wir weiter Fortschritte machen und eine schmerzhaftige Krise vermeiden wollen, muessen wir ganz begreifen, dass diese neue fuehrende Stellung auch neue Verantwortung mit sich bringt. Wir muessen in weit groesserem Umfange als je zuvor mit unserem Handel von der Aussenwelt abhaengen; viel mehr als je in der Vergangenheit wird das Anwachsen und die Ausdehnung wirtschaftlicher Taetigkeit in anderen Laendern die Quelle unserer Beschaeftigung und des Gedeihens in unserem eigenen Lande sein.

Wirtschaftliche Stabilitaet kann in den Vereinigten Staaten nur in einer stabilen Umwelt erzielt werden. Die Stabilitaet der Welt ausserhalb der Vereinigten Staaten haengt von unserer Faehigkeit ab, mit anderen Voelkern auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu verkehren und Handel zu treiben. Um in der Lage zu sein, zu exportieren, muessen wir auch importieren. Falls wir diese Verpflichtung versaeumen, muessen wir auch die Folgen eines Zusammenbruchs, der unvermeidlich eintreten wuerde, tragen.

Das ERP ist ein Programm fuer die arbeitenden Menschen

Das Europaeische Wiederaufbau Programm ist immer in sehr weitem Masse auch ein Programm fuer die arbeitenden Menschen gewesen. Bei der Unterstuetzung der europaeischen Laender zur Erzielung einer wirtschaftlichen Wiedergesundung aus eigener Anstrengung heraus hat es die Regierung der Vereinigten Staaten niemals versaeumt, auf jene Rolle nachdruecklich hinzuweisen, die die Lohn-Empfaenger bei dieser Wiedergesundung spielen muessen, auf den Anteil der Arbeiter an dem Nutzen der Wiedergesundung und auf den Beitrag der freien und demokratischen Gewerkschaften zu den Wiederaufbauplaenen und deren Ausfuehrung. Die Marshall-Plan Verwaltung war nur deswegen in der Lage, erfolgreich zu arbeiten, weil sie auf die Unterstuetzung von Gewerkschaftlern aus Ihrem Funktionaerkoeerper zurueckgreifen konnte, denen Stellungen mit hoechster Verantwortung innerhalb der Marshall-Plan Verwaltung uebertragen worden sind.

Einer der lebenswichtigen Dienste, die die Marshall-Plan Verwaltung leistet, ist die Nachrichtenuebermittlung an die Arbeiter Europas ueber die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie das Trachten der Arbeiter in unserem Lande. Ich sehe diese Erziehung zur Wirtschaftsdemokratie als entscheidend fuer ein erfolgreiches

Gedeihen einer wahren Demokratie in Europa an. Die Information der Arbeiterschaft steht an erster Stelle, wenn ein Band der Verstaendigung zwischen Amerika und Europa geknuepft werden soll. Hierin war Ihre Gewerkschaftsorganisation immer tatkraeftig, - und ich vertraue darauf, dass sie es auch weiterhin bleiben wird, um auf das Gelingen unserer groesseren Aufgabe hinzuarbeiten, die auf der Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung als die dynamische Kraft beruht, ohne deren Antrieb eine Demokratie nicht weiterleben kann.

Die Gewerkschaftsbewegung in Amerika hat sich zu einem vollwertigen Partner bei der Gestaltung und Ausfuehrung der Aussenpolitik unseres Volkes entwickelt. Ich moechte, dass die Welt von der weitreichenden Bedeutung dieser Tatsache weiss und sie versteht. Und ich moechte Ihnen sagen, wie ausserordentlich dankbar ich fuer die Art und Weise der Fuehrung der A.F.L. und ihren Beitrag am Aufbau einer Welt bin, die vor dem Krieg sicher ist, einer Welt, in der der Mensch frei sein kann.

ECA Labor Information, 20. Oktober 1949

Der nachstehende Artikel von Clinton S. Golden gruendet sich auf eine Ansprache, die er vor zwei technischen Studiengruppen aus Gross-Britannien gehalten hatte, die auf ihrer Reise nach den Vereinigten Staaten zum Studium amerikanischer Methoden zur Foerderung der Produktivitaet am 5. Oktober 1949 in New York zusammenkamen. Mr. Golden, ein Veteran der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, ist einer der beiden Berater fuer Arbeitsfragen bei Paul G. Hoffmann, den Administrator fuer den Marshall-Plan.

MASCHINEN UND ARBEITSPLAETZE

In der Regel sind amerikanische Arbeiter nicht gewillt, mehr Energie aufzuwenden fuer die Erledigung ihrer Arbeit als unbedingt erforderlich, Wo immer moeglich ueberlassen sie die Last physischer Anstrengungen entweder Maschinen oder mechanischem Werkzeug. Diese Einstellung hat nicht immer bestanden. Es trifft schon zu, dass wir im Laufe der Entwicklung der Industrie in den Vereinigten Staaten ruecklaeufige Perioden mit ziemlich umfangreicher Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. Allgemein ausgedrueckt gab es, wenn solche Perioden eintraten, ausgedehnte Diskussionen ueber "die Ueberproduktion, die die Ursache fuer den Niedergang unserer Industrien sowie die daraus sich ergebende Arbeitslosigkeit ist."

Es ist deshalb ganz natuerlich, dass in den frueheren Perioden unserer industriellen Entwicklung Entschliessungen von Seiten der Gewerkschaften zum Protest gegen die Einfuehrung von arbeitssparenden Mitteln erschienen.

Die Einstellung der Arbeiter

Zwei wesentliche Entwicklungen haben stattgefunden, die dazu neigten, den durch die Einfuehrung arbeitssparender Maschinen entstehenden Schock zu daempfen und gleichzeitig die Einstellung der Arbeiter und ihrer Organisationen gegenueber der Einfuehrung solcher Maschinen zu aendern.

Die erste dieser Entwicklungen ist die verhaeltnismaessig neu eingefuehrte Arbeitslosenversicherung, die die arbeitslosen Industriearbeiter in die Lage versetzt, einen in den einzelnen Staaten verschieden hohen Prozentsatz ihrer vorherigen Bezuege fuer Zeitraeume, die zwischen 26 Wochen und einem Jahr liegen, in Anspruch zu nehmen.

Die zweite ist die wachsende Erkenntnis auf Seiten der Arbeiter, dass, wenn auch die arbeitssparenden Maschinen eine voruebergehende Entfernung der Arbeiter von ihren Arbeitsplaetzen, an die sie sich gewoehnt hatten, zur Folge haben, die Einfuehrung solcher Ausruestungen auf lange Sicht betrachtet tatsaechlich mehr Arbeitsplaetze schafft. Dies war zumindest immer unsere Erfahrung hier in den

in den Vereinigten Staaten. Die durch die Einfuehrung der Maschinen neu geschaffenen Arbeitsplaetze werden oftmals in jenen Industrien angetroffen, die diese Maschinen oder Hilfsmittel herstellen oder reparieren. In vielen Industriezweigen hat es die Einfuehrung staerker mechanisierter Hilfsmittel ermoeeglicht, mehr Ware zu niedrigeren Preisen herauszubringen. Dieser niedrigere Preis hat dann das Produkt in eine Preisgruppe mit einem wesentlich groesseren Kaeuferkreis gebracht. Wegen dieser erhoehten Nachfrage hat sich dann der betreffende Industriezweig vergroessert und viel mehr Arbeitnehmer eingestellt als je durch Aufnahme neuer Maschinen arbeitslos geworden sind.

Maschinen und Schwerarbeit.

Eine dritte wesentliche Entwicklung ist mit jenen, die ich oben erwaeht habe, verknuepft. Mit dem Anwachsen der Mitgliedschaft in den Gewerkschaftsorganisationen, besonders im vergangenen Jahrzehnt, haben die Arbeiter neues Vertrauen in ihre Faehigkeit gewonnen, wirksam und konstruktiv mit den Arbeitgebern hinsichtlich der Auswirkung solcher mechanischer Hilfsmittel auf ihre Arbeitsplaetze, Beschaeftigungsgelegenheiten, Loehne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

Ich moechte noch gern darauf hinweisen, dass die Zahl der in der Industrie beschaeftigten vollkommen ungelerten Handarbeiter, die koerperliche Arbeit verrichten, bestaendig abgenommen hat, waehrend auf der anderen Seite die Einfuehrung der Maschinen den Erwerb und die Entwicklung neuer und besonderer Fertigkeiten in Bezug sowohl auf die Produktion als auch auf die Bedienung der arbeitssparenden oder "Arbeiter ersetzenden" mechanischen Hilfsmittel erforderlich machte. Die Arbeitsplaetze haben somit die Tendenz bekommen, weniger koerperliche Arbeit zu beanspruchen, und sie werden damit fuer die Arbeiter und das Maschinenbedienungspersonal interessanter.

Mit all diesem haengt ein sehr wichtiger psychologischer Faktor zusammen. Das Bedienungspersonal der mechanischen Hilfsmittel erwirbt sich offenbar einen Sinn fuer persoenliche Befriedigung und vielleicht auch fuer groessere persoenlicht Bedeutung als Ergebnis der Bedienung der mechanischen Hilfsmittel anstelle der schweren Handarbeit.

Gewerkschaften beguenstigen maschinelle Entwicklung

Ich moechte gern kurz auf die Art und Weise eingehen, in der der Schock auf die Arbeitsplaetze, der sich in einigen Faellen aus der Einfuehrung solcher Hilfsmittel ergibt, behandelt wird. Unsere Gewerkschaften beguenstigen heute im grossen und ganzen die Einfuehrung jedweder neuer mechanischer Hilfsmittel, die die Lasten oder die Handarbeit der Menschen erleichtern koennen. Wenn dies die Entlassung von mehreren niedrig bezahlten ungelerten Arbeitern und die Schaffung eines Arbeitsplatzes, sagen wir, fuer einen gut ausgebildeten Kranfuehrer bedeutet, koennen Vorkehrungen getroffen werden, um auf dem ueblichen Wege der Kollektiv-Verhandlungen andere Arbeitsplaetze fuer die entlassenen ungelerten Arbeiter zur Verfuegung zu stellen. Auf die Merkmale der Vorschriften ueber das Dienstalter der meisten Kollektiv-Vereinbarungen wird aus wichtigen Gruenden Bezug genommen, und sie werden in steigendem Masse zur Loesung derartiger Probleme angewandt.

Ich denke dabei an ein Unternehmen, das, wie wir es nennen, auf dem Gebiete der Staehlerzeugung arbeitet und als "veralteter Betrieb" bezeichnet wurde. Die Betriebsmittel waren veraltet, die Betriebsunkosten waren hoch, und die Firma hatte vor dem letzten Weltkrieg mit zunehmenden Schwierigkeiten zu kaempfen, um konkurrenzfaehig zu bleiben und ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Eine allgemeine Stimmung der Furcht und der Ungewissheit herrschte unter den fast 5.000 Arbeitnehmern. Sie fuehlten instinktiv, dass sich das Unternehmen entweder modernisieren muss oder seine Abnehmer verlieren wird. Seinerzeit konnten sie nicht auf

ihre Faehigkeit vertrauen, andere Stellen, besonders innerhalb ihrer eigenen Gemeinde, in der sie tief verwurzelt waren, zu finden.

Es wurden viel Vermutungen darueber angestellt, was wohl das Unternehmen in der Zukunft tun wird. Die Geschaeftsleitung sah sich der Notwendigkeit gegenueber, eine endgueltige Entscheidung zu treffen, und zwar entweder a) den Betrieb zu schliessen und zu liquidieren, oder b) eine Geldanleihe aufzunehmen, um die Betriebseinrichtungen zu modernisieren. Die erste Alternative waere natuerlich ein Unheil fuer die Belegschaft gewesen. Die zweite bot die Moeglichkeit, wenigstens einige Arbeitsplaetze zu erhalten, aber niemand wollte entlassen werden.

Ein Beispiel der Zusammenarbeit.

Nachdem die Entscheidung getroffen worden war, mit der Modernisierung der Betriebsausruestung zu beginnen, drangen die Gewerkschaftsvertreter bei der Betriebsleitung darauf, sie zuerst in's Vertrauen zu ziehen und ihnen die Plaene der Gesellschaft so weit wie moeglich in's einzelne gehend auseinanderzusetzen. Als naechstes wurde vorgeschlagen, eine Studie ueber das Alter der Arbeitnehmer anzustellen, was vorher noch nie geschehen war - und zwar im Hinblick auf eine den Tatsachen Rechnung tragende Entscheidung ueber die Zahl derer, die im kommenden Jahre in den Ruhestand versetzt werden sollten, auch wegen ihres Alters. Die Gewerkschaftsvertreter drangen darauf, dass die Geschaeftsleitung eine Studie ueber die Fluktuation oder das "Kuendigungsvolumen" anstellt, um auf Grund der Erfahrung aus der Vergangenheit festzustellen, wie viele Leute pro Jahr aus der Firma ausgeschieden sind. Als Naechstes wurde vorgeschlagen, sobald diese Informationen vorhanden sind, genau auszurechnen, wie viele Arbeitnehmer durch die Einfuehrung der Ersteinrichtung der neuen Betriebsmittel ausscheiden muessten.

Soweit ich mich erinnere, wurden endgueltig etwa 70 Leute festgelegt. Nachdem man die voraussichtliche Fluktuation oder das "Kuendigungs-Volumen" festgestellt hatte, wurde mit Hilfe der Gewerkschaft bei der Betriebsleitung darauf gedrungen, Schulungskurse fuer jene Arbeitsplaetze einzurichten, die durch die Kuendigungen oder die Fluktuation voraussichtlich frei werden werden.

Alle Arbeitnehmer, die durch die neuen Betriebsmittel ihre Stellungen verlieren sollten, konnten bei der Firma bleiben, vorausgesetzt, dass sie sich der erforderlichen Schulung unterziehen wuerden, um dann andere Arbeitsplaetze auszufuellen, sowie sie frei werden. Die Kosten fuer die Lohnzahlungen an diese Arbeiter sowie die Kosten fuer ihre Ausbildung sollten dem gleichen Konto wie die Anschaffung und Aufstellung der neuen Betriebsmittel belastet werden.

Dieser Plan wurde in die Tat umgesetzt mit dem Ergebnis, dass die Firma ihre Betriebsmittel modernisierte und dabei nicht nur in der Lage war, ihre Betriebsunkosten zu reduzieren sondern darueber hinaus noch ihr Betriebsvolumen zu vergroessern. Waehrend natuerlich der letzte Krieg darauf nicht ohne Einfluss blieb, ist die Firma heute noch im Geschaefte, und sie beschaeftigt jetzt eine groessere Zahl von Arbeitern als je zuvor in ihrer Geschichte.

Der Fall kann nicht verallgemeinert werden. Vielmehr ist er eine dramatische Illustration dessen, was durch gemeinsame Anstrengungen der Betriebsleitung und der Arbeiterschaft erreicht werden kann. Der springende Punkt ist jedoch folgender: Derartige Plaene zur Begegnung von Erschuetterungen, die sich durch neue arbeitssparende oder Arbeiter ersetzende Maschinen ergeben, sind immer und koennen auch von beiden direkt daran interessierten Parteien gemeinsam aufgestellt werden, und sie haben dazu gedient, die Einstellung der Arbeiter zu der Einfuehrung solcher Betriebsmittel zu aendern.

Leistungsfahigkeit und Betriebsgroesse.

Noch ein letzter Punkt, bevor ich schliesse. Ich bin etwas besorgt um die

von einigen unserer Besucher gewonnenen Eindrücke, dass die amerikanischen Massenproduktionsmethoden die Errichtung riesiger Fabriken und furchterliche Ausgaben für Anlagegüter erforderlich machen. Das ist nur teilweise, aber nicht ganz richtig.

Die Anwendung der Grundsätze der Massenproduktion erfordert in erster Linie einen Umbau der Organisation sowie der Wechselbeziehungen zu den Arbeitern, um zu allgemeinen Anstrengungen zu kommen. Es schliesst auch die Aufgabe alter Praktiken und Methoden ein, wobei der Arbeiter unmittelbar mit dem erzeugten Produkt in Verbindung gebracht wurde. In einer Massenproduktion ist niemand durch sich selbst unmittelbar mit dem Endprodukt verbunden, sondern es hat vielmehr jeder einzelne seinen Beitrag auf dem Wege bis zur Fertigstellung zu leisten.

Es ist nicht erforderlich, gigantische Fabrikanlagen zu errichten sowie furchterliche Investitionen vorzunehmen, um diese Grundsätze in jedem Falle anzuwenden. Sie sind schon immer auch in kleinen Holzbearbeitungsbetrieben in den Vereinigten Staaten, die nur fünf Leute beschäftigen, angewandt worden. Die Einführung und Anpassung dieser Grundsätze an das erzeugte Produkt hat bei uns in den Vereinigten Staaten eine wesentliche Erhöhung des Ausstosses mit sich gebracht. Es sprechen alle Gründe dafür, davon überzeugt zu sein, dass, wenn die gleichen Grundsätze auch in der europäischen Industrie angewandt werden, sie ähnliche Ergebnisse zeitigen werden.

ECA Labor Information

CAREY BESCHULDIGT DIE DELEGIERTEN ENTGEGEN
DEN ANWEISUNGEN GESTIMMT ZU HABEN.

James B. Carey, Führer des rechten Flügels der Vereinigten Elektro-Arbeiter (CIO) und Sekretär für das Finanzwesen des CIO erklärte am 27. September, dass, wenn die Delegierten auf der Tagung der Gewerkschaft der Vereinigten Elektrizitätsarbeiter gemäss den Anweisungen gestimmt hätten, die ihnen von ihren Ortsausschüssen erteilt worden wären. Nach Aussagen von Carey haben die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen in Lynn, Massachusetts, Dayton, Ohio, Beschwerden gegen ihre Delegierten eingebracht, weil sie nicht in Übereinstimmung mit den ihnen erteilten Weisungen gestimmt haben. Von anderen Ortsausschüssen wird erwartet, dass sie diesem Beispiel folgen werden. "Eine solche demokratische Aktion der Mitglieder erbringt den Beweis dafür, was wir immer vermutet haben, nämlich, dass die von den Kommunisten beherrschte Führung tatsächlich nicht die Mitgliedschaft unserer Gewerkschaft vertritt," sagte Carey.

Wir wissen, dass diese Art eines militanten Ausdrucks der Mitgliedschaft die Ungereimtheit der Ansprüche des linken Flügels klar herausstellt, die Mitglieder der Gewerkschaft der Vereinigten Elektro-Arbeiter zu vertreten, und wir sind gewiss, dass diese die Totenglocke für den kommunistischen Wuegriff ist, der sich in den letzten 8 Jahren um die Vereinigten Elektrizitätsarbeiter gelegt hätte.

U.S. Department of Labor
Weekly Labor News Digest
28. September 1949

DIE BEDEUTUNG DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN ARBEITERSCHAFT
UND ARBEITGEBERN

Die folgenden Absätze sind aus einem kürzlich erschienenen Buch über "Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebern" wiedergegeben, das von dem früheren Gewerkschaftsfunktionär E.J. Lever und einem Industrie-

Ingenieur namens Francis Goodell verfasst wurde. In der Einleitung diskutieren sie die Forderung des modernen Zeitalters nach erhoehter Produktivitaet. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf die klar ersichtliche Tatsache, dass die Produktion nur durch gemeinsame Anstrengungen der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft erhoeht werden kann. Das Folgende ist ihrem Buch entnommen;

Gewerkschaften in einer entwickelten Umwelt.

Jener lang anhaltende Druck auf die Lohnempfaenger ergab eine gewaltige Ausweitung der bestehenden Gewerkschaften und bezeichnenderweise auch das schnelle Anwachsen eines neuen Typs von Gewerkschaftsorganisationen, die sich auf dem Grundsatz der Betriebsgewerkschaft gruenden. In den letzten 15 Jahren wuchs die Mitgliederzahl der amerikanischen Gewerkschaften auf fast 15.000.000 an.

Bis jetzt haben die organisierten Arbeiter viele Lehren erhalten, die den Weg zu besserer Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeiterschaft ebneten. Wichtig ist die Tatsache, dass sie viele Jahre gebraucht haben, um zu lernen, als Mitglieder einer einzigen Betriebsorganisation fuer ein gemeinsames Ziel zusammenzustehen. Eine weitere Tatsache ist ihre Erkenntnis der praktischen Vorteile, neue Wege zur Vereinfachung der Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeiterschaft zu finden.

Fuer unseren Zweck lassen wir den durch die Nachkriegsverhaeltnisse geschaffenen wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiter ausserhalb der Diskussion. Die hoeheren Lebenshaltungskosten und hoehere Lohnforderungen werden dahingehend anerkannt, dass sie eine Beziehung zu den Problemen des Lohnempfaengers haben. Diese liegen auf dem Gebiete der Kollektiv-Verhandlungen, bei denen die Regierungspolitik jetzt eine wichtige Rolle spielt. Aber hier wollen wir uns auf die Betrachtung dessen beschaerken, was der Arbeitgeber und die Arbeiter innerbetrieblich tun koennen. Hier koennen sie nicht nur die Produktion erhoehen, sondern sie koennen dabei auch viele ihrer "schwierigen" Probleme loesen, deren Loesung heute irrtuemlicherweise irgendwo anders gesucht wird.

Was die Betriebsleitung allein nicht erreichen kann

Die Arbeiter sehen oftmals Gelegenheiten zur Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden, die die Betriebsleitung vielfach nicht allein sehen kann. Obgleich der Arbeiter mit vielen Problemen der Betriebsleitung bei der Inganghaltung des Betriebes als ganzes nicht vertraut ist, ist die Leitung eines Betriebs doch zu weit entrueckt, um die einzelnen Schwierigkeiten am Arbeitsplatze eines Arbeiters richtig zu ermessen. Und da sich der Produktionsvorgang aus unzuehligen Einzeltvorgaengen zusammensetzt, die alle fest miteinander verbunden sind, ergibt die staendige Beachtung eines jeden Vorganges eine gewaltige Zeitersparnis und Qualitaetsverbesserung. Wenn deshalb die Faehigkeit der Betriebsleitung, den Betrieb zu leiten, und die Faehigkeit des Arbeiters, besser zu arbeiten, miteinander verbunden werden, werden sie gemeinsam viele neue Wege entdecken, beide Aufgaben mit einem staendig abnehmenden Energieaufwand zu erfuehlen.

Da es nur natuerlich ist, Zeit fuer das Nachdenken ueber sein Aufgabengebiet zu verwenden, ist es fuer viele Arbeiter ebenso natuerlich, zu erkennen, dass in ihren Betrieben die Produktion materiell erhoeht werden kann. Jeder Arbeiter wird, wenn er gefragt wird, wie sie zu vergroessern waere, viele Gruende fuer die Fehler angeben, von denen er glaubt, dass die Betriebsleitung groesstenteils dafuer verantwortlich sei.

Die Betriebsleitung erkennt auch, dass eine hoehere Erzeugung moeglich ist. Sie nimmt oftmals wesentliche Unkostensenkungen durch verbesserte Ausruestungen und andere Massnahmen vor. Da die Betriebsleitung aber oftmals durch Beanspruchung ihrer Zeit und Energie belaestigt wird, versucht sie in ihren menschlichen Wechsel-

beziehungen haeufig vertraute und fadenscheinige Mittel anzuwenden, die eher einen Bruch als Zusammenarbeit aufzurichten geeignet sind, wodurch es unmoeglich gemacht wird, dass die Produktion ihr volles Potential erreicht. Zu oft versucht eine Betriebsleitung alles, nur nicht die Kunst, jedermanns guten Willen auf das eine Ziel der hoeheren Produktion zu lenken.....

Die gesamte Industrie ist jetzt verpflichtet, sich auf das Problem der Schaffung des Geistes der Zusammenarbeit zu konzentrieren. Die Betriebsleitung ist nicht einfach nur der Verwalter des Betriebes. Ihre Gebaeude und Maschinen koennen ohne zusammenarbeitende Menschen nichts erzeugen ; Maenner und Frauen mit Hirnen zum Denken, Augen zum Sehen, Haenden zum Schaffen und Herzen zum Vertrauen und Fuerchten. Die Arbeiter produzieren besser, wenn sie bei der Erfuellung ihrer Aufgaben gelenkt und gefuehrt - und nicht befohlen - werden.

Betriebsleitung plus Gewerkschaftsfuehrung

Wir koennen Maschinen und Fabriken entwerfen, aber wir koennen keine Menschen entwerfen. Alles, was wir tun koennen, ist, die Menschen so zu nehmen, wie wir sie finden, und daraus das beste zu machen, was wir koennen. Einen grossen Kreis von Menschen unter einem Dach zusammenarbeiten zu lassen und aus ihren gemeinsamen Anstrengungen das groesstmoeegliche herauszuholen, ist noch keine Wissenschaft, Es ist eine Kunst, die sich einige Betriebsleitungen und einige Gewerkschaften zu eigen gemacht haben. Und die Erfahrung beweist, dass, wenn man diese Kunst erst einmal beherrscht, sie sich auch durch erhoehte Produktivitaet bezahlt macht.

Die Gewerkschaftsfuehrung ganz gleich auf welcher Ebene, ist grundsaeztlich abhaengig vom guten Willen ihrer Mitglieder. Im Gegensatz zu manchem volkstuemlichen Glauben besteht ein betraechtlicher demokratischer Geist innerhalb der meisten Gewerkschaften und bei der Beteiligung an der gewerkschaftlichen Arbeit. Die Arbeitgeber wundern sich manchmal darueber, warum ihre Arbeitnehmer - die vermutlich nur durch Zwang und durch die Anziehungskraft des Lohnes bei ihrer Arbeit gehalten werden - freiwillig so viel Zeit fuer die Arbeit fuer ihre Gewerkschaft opfern. Was befriedigt einem Mann so sehr bei einer Gewerkschaft, dass es ihn sogar von seiner Familie fernhaelt, obgleich es manchmal sogar einen Verlust seines persoenlichen Einkommens nach sich zieht. Das Mysterium liegt hauptsaechlich im Freiwerden persoenlicher Wuensche, aufgespeicherter Energien oder schoepferischer Kraft, die dann auf einem selbst gewaehlten Wege ihren Ausdruck finden.....

Hier ist eine klar ersichtliche Pruefung. Eine imaginaere Gewerkschaftsfuehrung hat die grosse Macht der freiwilligen Gruppenarbeit vor Augen gefuehrt. Die Gewerkschaften koennen ohne diese nicht bestehen. Auch die Betriebsleitung kann es nicht - obgleich sie den Lohn zahlt. Diese Parallele des Strebens der Unternehmer und der Gewerkschaften nach groestmoeglicher Mitarbeit der Gefolgschaft ist wichtig, da es beide notwendigerweise mit den gleichen Arbeitern zu tun haben. Wenn die Aufforderung positiv gehalten wird, - durch Aufforderung zu voller Beteiligung - wird auch der Widerhall positiv - und produktiv - sein. Wenn die Aufforderung negativ ist oder nicht aus vollem Herzen kommt, ist der Widerhall fast immer ebenso negativ. Die Aufforderung entscheidet ueber die Art des Widerhalls.

Wie werden die Fuehrer der Arbeiterschaft und der Unternehmer dieser Forderung gerecht werden. Werden die Unternehmer und die Arbeiterschaft den Kampf um ein paar Cents in der Stunde in einer Atmosphere weiterfuehren, wo jeder nur das gibt, was er muss, waehrend das Produktions-Volumen auf seinem alten Stande

bleibt. Oder werden sie eine Gemeinschaftsarbeit entwickeln, um die Produktion zu foerdern und an einem schoepferischen Wohlstande teilzuhaben.

Labor-Management Cooperation

Seite 2 - 5

Harper & Bro. 1948

DER PRAESIDENT DES BRITISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

(TUC) LAWTHORP SAGTE:

Wir muessen gegen den Missbrauch der Waffe des Streiks auf der Hut sein. Sie ist in den vergangenen Tagen immer die staerkste Waffe unter den gewerkschaftlichen Kampfmitteln gewesen, wenn sie unter gewerkschaftlichem Einfluss fuer klar definierte wirtschaftliche Zwecke gefuehrt wurde.

Die Gewerkschaften sind immer dann gezwungen worden, die Waffe des Streiks zu verwenden, wenn ihnen kein anderer Weg offenstand, das ihnen zugefuegte Unrecht zu beseitigen. In kuerzlichen Streitfaellen ist jedoch das Mittel des Streiks missbraucht worden. Es wurde in unverantwortlicher Weise angewandt, wo kein wirkliches gewerkschaftliches Interesse, das Fragen der Loehne oder Arbeitsbedingungen beruehrte, zur Debatte stand. In unserer Gewerkschaftspolitik und Praxis ist nun die Zeit gekommen zu sagen, dass wilde Streiks als ungesetzlich behandelt werden muessen.

Die gewerkschaftliche Disziplin muss gegen jene zur Geltung gebracht werden, die wilde Streiks foerdern, organisieren oder fuehren. Jene, die sie rechtfertigen und die sich an ihnen beteiligen, haben sich eines schweren Verrats an den wirklichen Interessen der Arbeiterschaft schuldig gemacht.

Es ist wider den gesunden Menschenverstand, wenn wir als Bewegung eine wirtschaftliche und soziale Politik unterstuetzen wuerden, die auf die Erhaltung der Vollbeschaeftigung abzielt sowie auf eine staendige Verbesserung der Loehne und Arbeitsbedingungen durch erhoehte Produktivitaet und groessere Leistungsfaeigkeit bei der Leitung und Fuehrung der Industrie, und wenn wir dann gleichzeitig gewissenlose Stoerungen des ordentlichen Produktionsprozesses dulden wuerden.

Labour, Oktober 1949

BEILEGUNG DES DOCKARBEITER-STREIKS IN HONOLULU

Die Dockarbeiter in den Haefen von Hawaii stehen seit dem 1. Mai 1949 im Streik. Bis vor kurzem ist es den Vermittlern der amerikanischen Regierung nicht gelungen, zwischen dem Internationalen Verband der Hafen- und Speicherarbeiter (ILWU), der dem CIO angeschlossen ist, und den Schiffahrtsgesellschaften eine Einigung herbeizufuehren. Von Seiten der Gewerkschaft ging es bei dem Streit um eine Forderung auf Lohnerhoehung. Die Arbeitgeber hatten das Bestreben bei dem Streitfall den Kommunismus in den Vordergrund zu schieben, da von Harry Bridges, der Fuehrer des ILWU, behauptet wird, er sei Kommunist.

Es gelang den Arbeitgebern, die Regierung von Hawaii dahingehend zu beeinflussen, dass ein Notstand proklamiert wurde, so dass also Notstandsarbeiter, die von der Regierung beschaeftigt werden, eine Anzahl Schiffe be- bzw. entlud. Die groesste Bedeutung des Streiks lag darin, dass die Erzeugnisse Hawaiis, hauptsaechlich Ananas und Zucker, nicht befoerdert wurden.

So wurde der Streik beigelegt

Am 23. Oktober teilten die Arbeitgeber und die Gewerkschaft dem Gouverneur

von Hawaii mit, dass eine Verstaendigung erzielt worden sei. 6 Arbeitgeber und die Gewerkschaft hatten sich geeinigt. Eine siebente Firma verhandelte noch mit der Gewerkschaft ueber eine Frage von sekundaerer Bedeutung. In der Benachrichtigung an die Regierung hiess es, "die Massnahmen der Regierung sollten eingestellt und die Geschaeftsraeume, Werkstaetten und Anlagen, die besetzt worden waren, sollten den Firmen zurueckgegeben werden."

Die Bedingungen des Abkommens

Die allgemeinen Bedingungen des Abkommens in dem 1 Million Dollar-Streik wurden am 6. Oktober von Harry Bridges, dem Praesidenten der ILWU und den Gesellschaften verkuendet. Es wurde eine Erhoehung des Stundenlohns um 14 ¢ auf \$ 1.54 pro Stunde fuer die gewerkschaftlich organisierten Hafearbeiter in Hawaii verlangt zuzueglich einer weiteren Erhoehung von 7 ¢ pro Stunde ab naechsten 1. Maerz. Der augenblicklich in Kraft befindliche Vertrag wurde bis zum 15. Juni 1951 verlaengert. Damals (am 6. Oktober) wurde erklart, dass die Steuer nicht wieder an ihre Arbeit gehen wuerden, bis nicht die sogenannten "Rand"fragen in den Aussenhaefen geklaert seien.

"Bei diesen Fragen (fringe issues) handelt es sich um einen Lohnsatz fuer zeitweilig beschaeftigte Stauer waehrend der Zeit, da sie nicht auf den Schiffen gearbeitet hatten und fuer die Arbeiter in den Aussenbezirken der Stauergesellschaften. Der Satz hierfuer wurde mit einer Erhoehung von 8 ¢ pro Stunde fuer mehrere Hundert Leute (Arbeiter) festgelegt.

Ein aus 8 Punkten bestehendes Memorandum, das heute (23. Oktober) unterzeichnet wurde, sieht vor, dass die Steikenden ohne Benachteiligung fuer sie wiedereingestellt werden, und umfasst rueckwirkende Zahlungen fuer die Zeit vom 1. Maerz zum 29. Juni dieses Jahres....Der Gouverneur wird auch eine Proklamation erlassen, aus der hervorgeht, dass der Notstand fuer beendet erklart wird, bevor die Gewerkschaft die Arbeit wieder aufnimmt.

"Etwa 900 nicht organisierte Stauer, die von der Territorialregierung angeworben worden waren, um auf den Schiffen zu arbeiten, werden ihre Taetigkeit einstellen. Sie wurden z.Zeit auf Grund des Dockbesetzungs-Gesetzes eingestellt, dass von der Gesetzgebenden Koerperschaft Hawaii in einer Sondersitzung erlassen worden war."

"The New York Times" 24. Oktober 1949

PREMIERMINISTER ATLEE SAGTE:

Ich glaube nicht an eine Lohnkuerzung als Mittel fuer eine Kostensenkung, aber gleichsam ist es noetig anzuerkennen, dass Lohnerhoehungen, die nicht durch eine Erhoehung der Produktion gerechtfertigt sind, unsere Moeglichkeiten einer schnellen Ueberwindung unserer Schwierigkeiten schwer beeintraechtigen wuerden.

Erhoehte Forderungen nach Geldzahlungen gleich welcher Art fuehren, wenn nicht auf der anderen Seite eine groessere Menge von Guetern vorhanden ist, um diesen Forderungen zu begegnen, geradewegs auf eine Inflation mit allen ihren Folgeerscheinungen zu.

Ich moechte gern im besonderen die Aufmerksamkeit auf einen Punkt lenken. Es besteht die Gefahr, dass, wenn Lohnerhoehungen fuer einen Kreis von unterbezahlten Arbeitern gewahrt worden sind, sich daraus Forderungen von jenen ergeben, die sich bisher hoeherer Loehne erfreuten, um ebenfalls eine Erhoehung

zu erhalten, um damit die bisherige Differenz zwischen ihnen und den niedriger bezahlten Arbeitern aufrecht zu erhalten. Fuer meine Begriffe ist dies eine schlechte Wirtschaftspolitik und eine schlechte soziale Moral, und ich hebe diesen Punkt der sozialen Moral deswegen hervor, weil unsere Gewerkschaftsbewegung eine ethische Grundlage besitzt. Wir versuchen staendig von der alten Balgerei um wettbewerbsmaessiger Vorteile willen, fortzukommen.

Labour, October 1949

. - 12 -

Manpower Division
OMGUS, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Ansätze aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

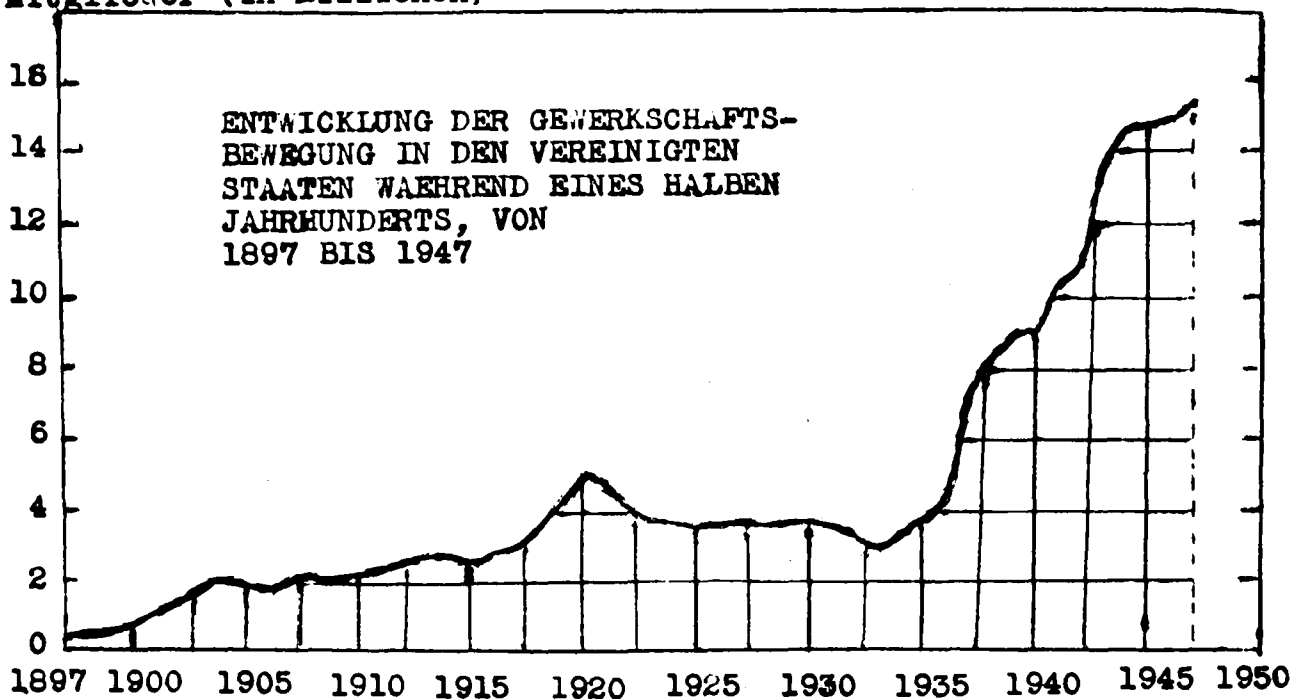
II - 35-36

Frankfurt, 11 November 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

CIO macht sich von Kommunisten frei - - - - -	2
Der Kalte Krieg gegen die freie Gewerkschaftsbewegung - - - - -	4
Bericht an den amerikanischen Gewerkschaftsbund ueber die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland - - - - -	5
Protest des AFL ueber die Demontage in Deutschland - - - - -	9
Arbeiterschaft und europäischer Wiederaufbau - - - - -	12
Geluebde der Arbeiter Ungarns - - - - -	17
Geht Amerika neuen Arbeitskonflikten entgegen? - - - - -	18
Kommunismus und Arbeiterschaft in den Malaienstaaten - - - - -	19
Kommunistischer Druck auf die Gewerkschaften Russlands - - - - -	20
Mehr Urlaub in den Vereinigten Staaten - - - - -	21
Genossenschaftsbewegung in England - - - - -	23

Mitglieder (in Millionen)



Obige Skizze zeigt die Zahl der Mitglieder der zwei Hauptgewerkschaftsverbände, American Federation of Labor (AFL) und Congress of Industrial Organizations (CIO) sowie mehrerer unabhängiger Gewerkschaften, wie z.B. der Vereinigten Eisenbahner, Berg-, Maschinenarbeiter u.a.

Amt fuer Arbeitsstatistik
U.S. Arbeitsministerium

CIO MACHT SICH VON KOMMUNISTEN FREI

Als der Gewerkschaftsbund (CIO) auf seiner Jahresversammlung in Cleveland in der ersten Novemberwoche seinen festen Entschluss zum Ausdruck brachte, die Organisation von kommunistischen Elementen zu saubern, bedeutete dies selbst fuer die Kommunisten in dem CIO keine Ueberraschung. Philip Murray, der Praesident der CIO, hatte bereits angekuendigt, dass sich die Mehrheit der CIO-Fuehrer darueber einig waren, dass "das kommunistische Programm fuer die amerikanische Arbeiterschaft ein Programm der Zersetzung ist." Man war waehrend der letzten zwei Jahre oft bemueht, den verschiedenen, der CIO angeschlossenen Verbaenden zu helfen, sich von kommunistischem Einfluss frei zu machen. Dies gelang einigen, aber nicht allen. Die kommunistischen Minderheiten sassen bereits zu fest im Sattel.

Am 2. November handelte die CIO Jahresversammlung, indem sie den Verband der Vereinigten Elektrizitaetsarbeiter (UE), eine Organisation von 450,000 Mitgliedern, ausstiess. Dieser Verband steht an der Spitze von mehreren CIO Gewerkschaften, von denen man sagt, dass sie unter kommunistischem Einfluss stehen. Die anderen Verbaende sind bedeutend kleiner. Zusammen zaehlen die links-gerichteten Gewerkschaften eine Mitgliedschaft von etwa 650,000.

Warum der CIO so handelte

Auf der Jahresversammlung des CIO im Jahre 1946 brachte Praesident Murray eine Resolution ein, die von einem Sonderausschuss des CIO ausgearbeitet worden war. Wir geben den Hauptpunkt dieses Beschlusses wieder, der mit grosser Mehrheit angenommen wurde: "Wir, die Delegierten der Achten Konstitutionellen Jahresversammlung des CIO, verurteilen und verwerfen Bemuehungen der Kommunistischen Partei oder anderer politischer Parteien und ihrer Anhaenger, die den Zweck haben, sich in Angelegenheiten des CIO einzumischen. Durch diese Konvention sollen alle davon unterrichtet werden, dass wir eine derartige Einmischung nicht dulden werden."

Diesem Beschluss folgten eine Reihe von Handlungen seitens fuehrender CIO Funktionaere. Funktionaere, die unter dem Verdacht standen, Kommunisten oder auch nur Freunde dieser Bewegung zu sein, gaben ihre Stellungen bei dem CIO auf. Unter diesen tritt besonders Lee Pressman hervor, der Hauptrechtsberater bei der CIO gewesen war.

Waehrend der Jahre 1947 und 1948 wurde in der Nationalen Seeleutegewerkschaft um die Macht gekaempft. Diese vorher kommunistisch beherrschte Gewerkschaft von Seeleuten ist schliesslich von deren Einfluss bereinigt worden.

Ebenso erfolgte in den Jahren 1947 und 1948 die sensationelle Befreiung des Automobilarbeiterverbandes von kommunistischem Einfluss. Unter der Fuehrung von Walter Reuther ist diese Organisation mit 1 Million Mitgliedern nun fuehrend an dem Saeuberungsprogramm des CIO beteiligt. Dieser Verband ist auch 1948 hindurch aktiv gewesen und hat spaeter verschiedene Gewerkschaften aufgenommen, die sich vom kommunistisch beherrschten UE zurueckgezogen hatten. Diese Taetigkeit einer Gewerkschaft, die darin besteht, Mitglieder einer anderen anzuwerben, nennt man "Invasion."

Die Transportarbeitergewerkschaft war ebenfalls als kommunistisch beeinflusst entlarvt worden. Der Kampf um die Macht war erbittert, doch die Kommunisten verloren 1948 auf der ganzen Linie.

Wahlergebnisse im Jahre 1948

Im Januar 1948 nahm die exekutive Koerperschaft des CIO zu zwei Hauptproblemen Stellung; a) die Opposition der Fortschrittspartei gegenueber, die unter der Fuehrung von Henry Wallace stand, der von allen Kommunisten unterstuetzt wurde; und b) die Unterstuetzung des Marshall-Plans zum europaeischen Wiederaufbau. Diese Beschluesse wurden von allen Verbaenden des CIO gebilligt und unterstuetzt, mit Ausnahme der kommunistisch gefuehrten. Dieser Politik des CIO zum Trotz, unterstuetzte die kommunistische Fuehrerschaft Wallace in offener Weise und widersetzte sich laut laermend dem europaeischen Wiederauf-

bauprogramm. Als sich der CIO oeffentlich fuer die Wiederwahl Praesident Trumans entschied, richteten die kommunistischen Arbeitsfuehrer einen Schwall persoenlicher Angriffe gegen Praesident Murray und andere CIO Fuehrer.

Truman wurde am 2. November gewaehlt. Am 22. November sagte Praesident Murray in seiner Eroeffnungsansprache vor der Jahresversammlung des CIO in Portland, Oregon: "Es ist eine endgueltig feststehende Tatsache, dass die Kommunistische Partei vor ungefaehr zwei Jahren beschloss, unter Ausuebung all ihrer Macht Praesident Truman zu vertreiben. Es war ihnen gleichgueltig, ob Dewey oder der Teufel gewaehlt werden waere. ... Wenn ein kommunistischer Arbeitsfuehrer in der CIO nach jahrelangem Amt bewiesen hat, dass er nicht faehig ist, Nichtorganisierte zu organisieren, dann sollte er aus Gerechtigkeit gegenueber dem Volke abtreten."

Murray fuehrte ferner in der Konvention spaeter noch aus: "Ich war in den letzten 12 Monaten Zeuge des traurigen Schauspiels entwuerdigender Denkungsart, das sich in den Versammlungen des CIO bot. Die Anhaenger der sowjetrussischen Weltanschauung haben noch kein einziges Mal auf einer Exekutivversammlung oder in einer Konventionshalle auch nur eine einzige Tat bemaengelt, die Russland seit dem Kriegsende begangen hat. Diese Apostel des Kommunismus moegen sich erheben und als Maenner betrachtet werden."

CIO Probleme auf der Konvention von 1949

Es folgen einige Auszuege aus der Praesidentenbotschaft Murrays, die die Stellungnahme des CIO zu verschiedenen Problemen zeigen:

a) Amerikas ueberschuessige Produktion: Der CIO widersetzte sich dem Vorschlag, dass europaeische Laender bestimmte amerikanische Ueberschusswaren als Bedingung fuer die Gewaehrung der Marshall-Plan-Hilfe kaufen sollten. Murray sagte, dass eine solche Bestimmung dem Hauptziel des Marshall-Planes zuwiderhandeln wuerde. "Wenn ein Land Zement zum Aufbau von Wasserkraftwerken braucht, waere es Sabotage am Wiederaufbau, wenn man von ihm verlangen wuerde, Erdnuesse zu kaufen, nur weil in den Vereinigten Staaten ein Ueberschuss an Erdnuessen herrscht."

b) Sozialismus in Grossbritannien: Der CIO verwirft den Vorschlag, nach dem der britischen und anderen Arbeiterregierungen keine Marshall-Plan-Hilfe gewaehrt werden soll, weil sie bestimmte Industriezweige unter Staatsaufsicht gestellt haben. Eine solche Bedingung waere "ein unverschaeelter Versuch, sich in Regierungsangelegenheiten demokratischer Voelker einzumischen." Der CIO sieht "mit Verstaendnis und Sympathie den notwendigen Versuchen der britischen Arbeiterschaft mit den wirtschaftlichen Einrichtungen des Staates" zu.

c) Arbeiterschaft in Frankreich: Er sagte: "Wir bieten den demokratischen Gewerkschaftlern Frankreichs unsere Ermutigung an und wiederholen unsere Ueberzeugung, dass es den Vereinigten Staaten obliegt, den franzoesischen Arbeitern in ihrem Kampf um die Erfuellung ihrer wuerdigen, wirtschaftlichen Aufgaben beizustehen."

d) Der Weltgewerkschaftsbund (WFTU): Murray berichtete, warum der CIO aus dem Weltgewerkschaftsbund austrat und sprach hoffnungsvoll von der Bildung einer neuen Arbeitervereinigung der Welt. "Wir treten der neuen Organisation bei, weil sie eine praktische Basis fuer die Arbeit an der Loesung vieler Probleme bedeutet, denen Arbeiter aus allen Teilen der Welt gegenueberstehen."

e) Westeuropa: "Europa wird mit amerikanischer Hilfe wiedergesunden. Der erfolgreiche Abschluss des Programms ist noch nicht endgueltig abzusehen, aber schon zeigen sich Tausende kleiner Erfolge. Diese Erfolge sind der gemeinsamen Arbeit der schaffenden Menschheit innerhalb ihrer Gewerkschaften zu verdanken. Die organisierten Arbeiter aller Laender fuehren einen staendigen Kampf um Tarifvertraege, politische und gesetzgebende Betaetigung, Kollaboration und manchmal auch Konflikt. So wie in den Vereinigten Staaten, fuehren die Gewerkschaften der ganzen Welt ihren Kampf um bessere Lebensbedingungen-einen Kampf, fuer den in den westeuropaeischen Laendern dank der Marshallhilfe grosse Ausichten fuer endgueltigen Erfolg bestehen."

f) Die Kommunisten in der Arbeiterschaft: Murray nahm zu den Kommunisten

Stellung, die sich noch im CIO befinden und sagte, dass ihre Forderungen (selbststaendig handeln zu koennen) geprueft worden waeren und nur eine Entscheidung getroffen werden konnte: "Das kommunistische Programm fuer die amerikanische Arbeiterschaft ist ein Programm der Zerstoeerung, wenn man kriegerische Absichten so nennen will. Es bedeutet Sabotage der Arbeit, Zwiespaeltigkeit in unseren Organisationen und das Verfehlen selbst unserer bescheidensten Ziele. Mehr als das, das Programm des "linken Fluegels" wuerde uns zu Sklaven der Absichten und Bestrebungen einer Partei machen, deren Interessen mit denen des amerikanischen Arbeiters nicht zu vereinbaren, sondern auf die Errichtung einer fuer unser Leben rueckschrittlichen Diktatur ausgerichtet sind. Ich wuensche nichts von alledem und der CIO ebenfalls nicht.

g) Eintracht in dem Gewerkschaftsbund: Mit Bezug auf vermeintliche Uneinigkeit unter Verbaenden des CIO teilte Murray mit, dass kein derartiges ernstliches Problem besteht. "Es gibt haeufig Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Gewerkschaften, und fuer mich ist dies ein gesunder Vorgang. Die Beseitigung solcher Differenzen in unseren Reihen ist an der Tagesordnung und verdient hohes Lob; das Fehlen dieser Meinungsverschiedenheiten wuerde bedeuten, dass ungesunde Verhaeltnisse herrschen. Dieses Problem kann jedoch nicht mit dem Quertreiben der Elemente verglichen werden, die sich weigern, unsere Politik zu unterstuetzen, die unseren demokratischen Grundsuetzen misstrauen, und deren Interessen von Kraef-ten und politischen Gruppen geleitet werden, die nichts mit uns gemein haben."

Beschluss der Konvention

Im Verlaufe der Konvention wurden zwei kommunistisch beherrschte Gewerkschaften aus dem CIO ausgestossen. Es waren die Verbaende der Vereinigten Elektrizitaets-, Radio- und Maschinenarbeiter (UE) und der Arbeiter der landwirtschaftlichen Ausruestungs- und Maschinenindustrie (FE). Die FE hatte auf Grund ihrer kommunistischen Beeinflussung einige Monate zuvor den Befehl erhalten, sich der streng anti-kommunistischen Gewerkschaft der Automobilarbeiter anzuschliessen. Statt dessen vereinigte sie sich jedoch mit den Elektrizitaetsarbeitern (UE). Es wurde sofort ein neuer Verband der Elektrizitaetsarbeiter gebildet und James Carey mit dessen Fuehrung beauftragt, der bis zu seiner Amtsenthebung durch die Kommunisten Praesident der UE gewesen war. Er war mit einer der ersten Gruender dieser Gewerkschaft vor etwa 10 Jahren gewesen.

Es bestehen noch mehrere kleine Verbaende im CIO, die unter starkem kommunistischem Einfluss stehen, aber man hat nichts gegen sie unternommen. Harry Bridges, dem Praesidenten der Internationalen Seeleute- und Dockarbeitergewerkschaft, wurde es warnend nahegelegt, seine Beziehungen zu dem kommunistischem Weltgewerkschaftsbund (WFTU) abzubrechen. Er ist zum Vorsitzenden des kuerzlich organisierten Seeleuteverbandes gewaehlt worden, eine der neuen WFTU Abteilungen. Sollte Bridges diesem Befehl nicht nachkommen und aus dem WFTU nicht austreten, wird er wahrscheinlich versuchen ~~müssen~~, seine Organisation aus dem CIO herauszuziehen.

Auszuege aus Sondermitteilungen.

DER KALTE KRIEG GEGEN DIE FREIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Teile einer Rede von Irving Brown, Europadelegierter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, vor der 68. Jahrestagung des AFL in St. Paul, Minnesota, am 4. Oktober 1949.

Osteuropa wird unter der Herrschaft Russlands in ein totalitaeres System hineingedraengt, das dem Wirtschaftskrieg gegen den Westen gewidmet und auf Zwangsarbeit in sklavischer Form aufgebaut ist. Das Durchdringen und Einsickern in die westeuropaeische Gewerkschaftsbewegung bedroht fortwaehrend die franzoesische und italienische Wirtschaft, alle Demokratien Westeuropas und unsere eigene.

Ich sage es offen und mit grossem Ernst, dass wir im Schatten einer neuen Welttragoedie stehen, und dass sich der Kalte Krieg in gefaehrlicher Form in einen Krieg staendig steigender Temperatur umwandelt. Ungeachtet der zahlreichen Friedensreden Mr. Wyschinskis braucht sich niemand Illusionen ueber die heutige Weltlage hinzugeben. Wieder einmal wird die Welt von Krieg bedroht. Wieder einmal besteht die Gefahr einer Aggression durch einen einzelnen Totalitaerstaat, und wieder einmal ist es meine Meinung, dass die gesamte Arbeiterschaft der Welt jetzt Einspruch erheben und handeln muesse, um eine neue, noch schrecklichere Weltauseinandersetzung zu verhindern

Neue Weltgewerkschaftsbewegung

Entweder wird diese neue Weltgewerkschaftsbewegung aggressiv und mit allen Mitteln fuer die Entwicklung des freien Gewerkschaftswesens kaempfen, oder es wird ihr nicht gelingen, der von Krieg und Aggression beschatteten Weltlage Herr zu werden

In dieser neuen Weltgewerkschaftsbewegung muessen wir uns ernstlich mit dem Problem befassen, dem wir in Westdeutschland gegenueberstehen. Wenn wir den deutschen Gewerkschaften mehr Kontrolle und mehr Macht in die Haende legen, haben wir nicht den deutschen Nationalismus zu befuerchten; eine Gefahr fuer uns waere jedoch die Verbindung des deutschen Nationalismus mit der Sowjetunion. Deutschland muss ein Bestandteil des westeuropaeischen Wirtschaftsgefueges werden, und wir muessen unsern Freunden wirtschaftliche Macht verleihen. Im westdeutschen Ruhrgebiet muessen wir unsere Freunde belohnen und unsere Feinde bestrafen, sonst zwingen wir Westdeutschland, sich der Sowjetunion wirtschaftlich anzuschliessen. Das ist die Gefahr, in der Westdeutschland heute schwebt und das Problem, dem wir gegenueberstehen, und das wir als wichtige Aufgabe ins Auge fassen muessen.

Die neue Weltgewerkschaftsbewegung muss sich mit all ihrer Kraft fuer die Entwicklung einer grosszuegigeren und einheitlicheren Wirtschaftspolitik einsetzen. die allein die Verbesserung des Lebensstandards der Bevoelkerung ermoeglichen kann. Solange in Europa und andern Teilen der Welt keine grosszuegigere, einheitlichere und stetigere Wirtschaftspolitik betrieben wird, wird es uns nicht moeglich sein, den Lebensstandard der Arbeiter von Grund auf zu verbessern.

Entlarvung der kommunistischen Propaganda

Wir muessen es so bald wie moeglich beginnen, die freie Gewerkschaftsbewegung in Laendern zu foerdern, die nicht-kommunistischen Nationalismus pflegen. Wir muessen die russischen Machenschaften entlarven, durch die man aus dem Nationalismus im Fernen Osten Nutzen zieht, und wir muessen sie als das erkennen, was sie tatsaechlich sind, naemlich eine neue Form des Imperialismus. Fuer die internationale Gewerkschaftsbewegung erwaechst eine riesige Aufgabe in der Unterstuetzung dieser neuen Kraefte, die sich zur Oberflaeche durchringen.

Sitzungsbericht der AFL Konvention

BERICHT AN DEN AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTSBUND (AFL) UEBER DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND.

Ansprache von Mr. Henry Rutz, Vertreter der AFL in Deutschland und Oesterreich, auf dem 68. Bundeskongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) in Saint Paul, Minnesota, am 4.Okt.49

Herr Praesident Green, Herr Sekretaeer Meany, meine Herren Vorstandsmitglieder, Delegierte und Freunde:

Ich bin dankbar fuer das mir gewaehrte Vorrecht, vor diesem Kongress wiederum ueber die Entwicklung in Deutschland im letzten Jahre sowie ueber die Taetigkeit des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) in diesem Lande zu berichten.

Drei Hauptereignisse haben in Deutschland stattgefunden, von denen ein jedes auf die Gestaltung der Zukunft dieses Landes Einfluss haben wird. Die grausame und schandliche russische Blockade Berlins ist aufgehoben worden; fuer Westdeutschland wurde eine Regierung gebildet und die ersten Parlamentswahlen abgehalten. Alle Vorbereitungsarbeiten fuer den Gruendungskongress des ersten Gewerkschaftsbundes im Nachkriegsdeutschland sind abgeschlossen worden.

Der Misserfolg der Russen, die Alliierten aus Berlin zu vertreiben, hat allen freiheitsliebenden Deutschen wieder neuen Mut gegeben. Anerkannt werden muss die bemerkenswerte Leistung der Luftbruecke, mit deren Hilfe bis zu ihrem Aufhoeren am vergangenen Freitag 1,350,000 Tonnen an Nahrungsmitteln und Brennstoffen nach Berlin eingeflogen wurden, um die Blockade zu brechen. Anerkannt werden muss aber auch die tapfere Haltung der Berliner Bevoelkerung, die lieber alle Opfer auf sich nehmen wollten als vor dem russischen Totalitarismus kapitulieren. Berlin befindet sich jedoch noch immer in einer schlechten Lage.

Die Berliner Situation

Als Insel inmitten der russischen Zone gelegen, ist Berlin seiner natuerlichen Hilfsquellen beraubt, und der Handel ist auf einen Bruchteil seines fruerehen Standes abgesunken. Die Folge davon ist ein gefaehrliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit sowie Bankrott der Stadtkasse.

Die Berliner antikommunistische Unabhaengige Gewerkschafts-Organisation (UGO), deren angeschlossene Eisenbahnergewerkschaft vor einem halben Jahr den schweren Kampf gegen die von den Russen geleitete Direktion der Berliner S-Bahn aufnahm, ist ebenfalls schwer in Mitleidenschaft gezogen, da die Weiterzahlung der Be traege fuer Zehntausende von Arbeitslosen immer schwieriger wird. Zufaelligerweise, wie Sie vielleicht erwartet haben werden, halten sich die Russen nicht an den zwischen den Militaerregierungen abgeschlossenen Vertrag, wodurch der Eisenbahnerstreik beendet wurde. Mehr als 2,000 der urspruenglich 16,000 Streikenden wurden waehrend der vergangenen Monate entlassen, obgleich eine der Hauptbedingungen des Abkommens war, dass die Streikenden nicht benachteiligt werden sollten. Gleichfalls haben die Russen bisher die Eisenbahner nicht, wie in dem Abkommen vorgesehen, in Westmark bezahlt, sondern fahren fort, in ihrer Ostmark auszu zahlen, deren Wert nur ein Fuenftel der Westmark betraegt.

Die moralische und materielle Unterstuetzung der AFL waehrend des Streiks wurde in hohem Masse anerkannt. 500 CARE-Pakete wurden an Eisenbahner Familien verteilt. Daraufhin sperrten die Russen fuer CARE-Pakete den Land- und Wassertransport nach Berlin mit der Behauptung, CARE wuerde fuer politische Zwecke benutzt.

Die Berliner Situation ist ernst. Wir haben die Blockade ueberwunden. Jetzt muessen wir die Arbeitslosigkeit ueberwinden. Wir sollten darauf bestehen, dass Westberlin einen groesseren Anteil aus der Deutschland zugebilligten Quote der Marshall-Hilfe erhaelt, und es sollten Mittel gefunden werden, um Rohstoffe fuer die Fabriken Westberlins zu beschaffen. Die Alliierten sollten ihren Standpunkt hinsichtlich des Status Berlins aendern und auf den Anschluss der drei demokratischen Westsektoren Berlins an das neugeschaffene demokratische Westdeutschland hinarbeiten. Die Berliner haben durch ihren fortgesetzten Widerstand gegen russische Unterdrueckung und kommunistische Drohungen gezeigt, dass sie die Unterstuetzung der Demokratie verdienen.

Unter der neuen Verfassung

Und jetzt gestatten Sie mir bitte, ueber die kuerzlich stattgefundenen deutschen Wahlen zu berichten. Die drei westlichen alliierten Militaergouverneure haben endgueltig ihre Zustimmung zu einer deutschen Verfassung gegeben, die von den Deutschen selbst ausgearbeitet wurde, aber unter Beruecksichtigung der von den Alliierten gemachten Einschraenkungen. Unter der neuen Verfassung werden die Deutschen ein groesseres Mass an Selbstverwaltung haben, als dies unter der Herrschaft der Militaerregierung der Fall war. Jedoch haben sich die alliierten Behoerden gewisse Rechte vorbehalten, um den Aufstieg einer neuen militaristischen Klique oder eines neuen Hitler zu verhindern. Infolgedessen verbleiben die Kontrolle ueber die auswaertigen Angelegenheiten Deutschlands, Abruestung, Entmilitarisierung, Reparationen, Wiedergutmachung, Entflechtung

Zwangverschleppte, Aussenhandel und Devisenverkehr weiterhin in den Haenden der Hohen Kommissare als Nachfolger der Militaergouverneure.

Am 14. August wurden die ersten, unter der neuen Verfassung vorgesehenen Parlamentswahlen abgehalten. Die Wahlbeteiligung betrug 80%. Das Wahlergebnis stellte eine Niederlage der extremen Rechten und Linken dar, die Kommunisten erhielten knapp 5% der Stimmen. Bei der Regierungsbildung jedoch kam es zu einer Koalition der CDU, einer rechts vom Zentrum stehenden politischen Gruppe, die als staerkste Partei aus den Wahlen hervorging, mit der extremen Rechten. Diese Koalition wird vom Grosskapital beherrscht, von dessen Seite freiwillig zum Wahlfonds beigesteuert wurde. Dieses neue Element in der Regierung kann nicht als faschistisch oder nazistisch bezeichnet werden. Es ist eher nationalistisch oder konservativ im Sinne der Epoche vor Hitler. Seine Fuehrer waren gegen die Arbeiterschaft eingestellt und haben bisher keine allzugrosse Aktivitaet gezeigt oder Interesse bewiesen, fuer den Aufbau einer wahren deutschen Demokratie zu wirken. Die Bundesgenossen dieser Koalition sind die fruerehen Stahl- und Kohlenbarone, die nicht der Nazi-Partei beitraten und infolgedessen nicht entnazifiziert zu werden brauchten. Aber sie waren es, die Hitler den Krieg ermoglichten, indem sie das Kapital und die Anlagen fuer die Kriegsproduktion zur Verfuegung stellten.

Neue Gefahr fuer Deutschland

Meiner Ansicht nach stellt diese reaktionaere Koalition nicht den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes dar. Der gewerkschaftliche Fluegel der CDU, die SPD, die als zweitstaerkste Partei dicht hinter der CDU folgt, und eine oder zwei kleinere Parteien repraesentieren einen groesseren Teil des deutschen Volkes, obgleich ihr Wille nicht in den Handlungen des Parlaments in seiner jetzigen Zusammensetzung zum Ausdruck kommt.

Sie haben hier eine aehnliche Situation wie in den Vereinigten Staaten, wo ein reaktionaerer Kongress der Wuensche der Mehrheit der Buerger spottet.

Und hierin liegt eine neue Gefahr fuer Deutschland. Ich habe vorher gesagt, dass die Kommunisten knapp 5% der Stimmen erhielten. Dies ist einerseits zurueckzufuehren auf die Reaktion der Deutschen gegenueber dem Versuch der Russen, Berlin durch Asuhungerung zur Unterwerfung zu zwingen, und andererseits auf die Erzaehlungen von Hunderttausenden von Deutschen, die aus dem Polizeistaat des oestlichen Deutschland geflohen sind. Wenn jedoch die neue Regierung die Politik der Grossindustriellen und der Reaktion betreibt, das Arbeitslosenproblem nicht geloest wird, die Preise nicht kontrolliert oder gesenkt, nicht mehr Wohnungen gebaut werden an Stelle von unnoetigen geschaeftlichen Bauten, dann wird eine Situation geschaffen werden, in der der Kommunismus gedeiht. Die Aufgabe, den Kommunismus aufzuhalten, ist eine dauernde. Gerade jetzt planen die Kommunisten in Deutschland eine umfassende Sabotage des Marshall-Plans, sobald die Durchfuehrung richtig in Gang kommt.

Angesichts dieser Darstellung der deutschen Vorgaenge ist es unbedingt erforderlich, dass die drei alliierten Hohen Kommissare weisen Gebrauch machen von den Kontrollbefugnissen, die sich die Alliierten fuer die Dauer der Besatzung vorbehalten haben.

Die Militaerregierung

Waehrend der vergangenen 6 Monate hat die Militaerregierung ein besseres Verstaendnis fuer die Ziele der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt als vorher. Zum Beispiel hat sie der gleichberechtigten Vertretung der Arbeiterschaft zusammen mit Betriebsleitungen und Regierung in dem zur Neuordnung der Deutschen Stahlindustrie (Entflechtung) eingesetzten Ausschuss zugestimmt. Ebenfalls hat sie verschiedenen anderen Gesetzen zum Schutze der Arbeiterschaft ihre Zustimmung erteilt. Aber in anderen Faellen hat die Militaerregierung weiterhin die Politik der Reaktionaere unterstuetzt, die jetzt ihre Position verstaerken. Bisher haben sich die US Besatzungsbehoerden geweigert, einem von den Laenderparlamenten angenommenen Gesetz zuzustimmen, das der Arbeiterschaft ein groesseres Mass von Mitbestimmung bei der Demokratisierung der Wirtschaft einraeumt. Andererseits hat die Militaerregierung den deutschen Wirtschaftsrat, den Vorgaenger der Bonner Regierung, ermutigt, die Preiskontrolle nicht wieder einzufuehren,

obgleich die Preise fuer einige lebensnotwendige Dinge die Kaufkraft des Durchschnittsarbeiters uebersteigen. Andere von der Arbeiterschaft eingebrachte und von den Laenderparlamenten verabschiedete Gesetze erhielten nicht die erforderliche Zustimmung der Militaerregierung. Die Militaerbuerokratie hat Einreisegenehmigungen von Arbeiterfuehrern zum Besuch der Vereinigten Staaten mit der Behauptung "Gefaehrdung der Sicherheit" verweigert, obgleich die fraglichen Personen in jedem Falle seit langer Zeit als antinazistisch und antikommunistisch bekannt waren. Ein uebereifriger Militaerbeauftragter berichtete, dass die deutschen Gewerkschaften kommunistische Literatur in Bayern vertrieben. Die "kommunistische" Literatur bestand aus den "Internationalen Freien Gewerkschaftsnachrichten" unseres eigenen Freien Gewerkschaftsausschusses. Einige von diesen Vorkommnissen moegen von geringer Bedeutung gewesen sein, sie haben jedoch unter der deutschen organisierten Arbeiterschaft den Eindruck erweckt, als ob die Politik der Vereinigten Staaten arbeiterfeindlich sei.

Deutsche Gewerkschaftsbewegung

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat oftmals den Amerikanischen Gewerkschaftsbund (AFL) um Unterstuetzung angerufen, um eine Aenderung der Politik der Militaerregierung zu erreichen. Die verschiedentlich erfolgten Interventionen des Praesidenten Green zu Gunsten einer Revision des destruktiven Demontageprogramms der Alliierten, sowie der an den fruerehen amerikanischen Militaergouverneur gerichtete Brief des Vize-Praesidenten Woll in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Internationalen Komitees fuer Arbeitsbeziehungen, in dem gegen arbeiterfeindliche Massnahmen protestiert wird, sind von unseren Freunden in der deutschen Gewerkschaftsbewegung warm begruesst worden. Viele weitere Beispiele der Unterstuetzung seitens des Internationalen Komitees fuer Arbeitsbeziehungen sowie unseres Freien Gewerkschaftsausschusses haben den Amerikanischen Gewerkschaftsbund (AFL) in den Vordergrund derjenigen Organisationen gestellt, die bestaendig fuer eine wahre Demokratisierung Deutschlands gewirkt haben.

In Deutschland selbst ist die Arbeiterbewegung noch immer die staerkste Kraft fuer die Demokratie. Sie ist von der Ortsbasis aus aufgebaut worden und ist jetzt in 16 trizonalen Industrieverbaenden organisiert. Es gibt keine Kommunisten in leitenden Positionen. Diese 16 Industrieverbaende haben jetzt Vereinbarungen getroffen, um sich zum ersten Gewerkschaftsbund nach dem Kriege zusammenzuschliessen. Der Gruendungskongress wird vom 12./14. Oktober 1949 in Muenchen stattfinden, und Ihr europaeischer Sondervertreter ist ausersehen worden, den Amerikanischen Gewerkschaftsbund (AFL) auf diesem ersten Bundestag zu repraesentieren. Die neue Organisation wird ueber 5,000,000 Mitglieder umfassen und damit die zweitgroesste in Europa sein; sie wird nur noch von dem Britischen Gewerkschaftskongress (TUC) uebertroffen.

Die 16 Gewerkschaften werden ihre Selbststaendigkeit behalten, aber 15% der eingezogenen Beitraege an das Bundesbuero abfuehren zuzueglich 15 Pfening pro Mitglied vierteljaehrlich fuer einen Kampffonds, (englisch: defense fund - Verteidigungsfond). Von den an den Bundesfond abgefuehrten 15% wird das Bundesbuero die gesetzgeberischen Interessen der Organisation auf Bundesbais wahrnehmen, Unterstuetzung fuer wirtschaftswissenschaftliche Forschung gewahren, regelmaessige Zeitschriften veroeffentlichen, und die Gehalts- und Bueroukosten der Landes- und staedtischen Organisationen tragen. Die Funktionaere der Landes- und staedtischen Organisationen tragen. Die Funktionaere der Landes- und staedtischen Organisationen werden von den zustaeendigen Koerperschaften gewaehlt, muessen jedoch vom Bundesvorstand bestaetigt werden. Die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung, naemlich Kollektivverhandlungen zur Festsetzung von Loehnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, verbleibt bei den 16 Industrieverbaenden.

Die Waehrungsreform im vergangenen Jahre, wodurch die Gewerkschaften den groessten Teil ihres Vermoegens verloren, verbunden mit der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit - im Augenblick 9% der unselbststaendigen Erwerbapersonen - machen es erforderlich, dass die Gewerkschaften mit den ihnen zur Verfuegung stehenden Geldmitteln sehr sparsam umgehen. Ich nenne folgendes Beispiel: Da die Reisekosten der Deleierten des Muenchener Gruendungskongresses von dem neuen Bund getragen werden muessen, ordnete der Vorbereitende Ausschuss an, dass

keiner der 485 Kongressdelegierten fuer die Reise zur Kongresstadt ein Auto benutzen durfte, sondern mit der Bahn reisen musste. Mit der Bundesbahn wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die Delegierten nur den halben Fahrpreis zu entrichten hatten.

Vertretung der Arbeiterschaft

Auf diese Weise wurden der neuen Organisation Ausgaben in Hoehe von 40,000 DM erspart.

Das Hauptproblem, dessen Loesung der neuen Organisation obliegt, wird es sein, ein allumfassendes Programm zur Bekaempfung der wachsenden Arbeitslosigkeit vorzulegen, weiterhin, fuer eine Gesetzgebung zur Senkung der Preise zu wirken, fuer eine verbesserte soziale Sicherheit zu wirken, um dieses Gebiet mindestens auf den Stand der vornazistischen Epoche zu bringen; fuer eine Vertretung der Arbeiterschaft in jenen Gremien der Regierung zu kaempfen, in denen die Mitwirkung der Arbeiterschaft bisher ignoriert worden ist; auf eine Aenderung des Beamtengesetzes hinzuwirken, um zu verhindern, dass der Geist einer "geschlossenen Kaste" sich verewigt; bei der Eingliederung der etwa 9 Millionen Fluechtlinge aus den Ostgebieten in eine eingeschaenkte deutsche Wirtschaft mitzuarbeiten; die in einigen Laendern auftretende steigende Tendenz, fruehere Nazis wieder in ihre ehemaligen Regierungspositionen einzusetzen, zu bekaempfen; mehr Verantwortung zu fordern bei der Verwaltung des Marshall-Plans, den die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Anfang an unterstuetzt hat.

Bei der oben aufgezeigten gewaltigen Arbeit werden die Gewerkschaften die Hilfe der liberalen Parlamentsmitglieder benoetigen. Aber sie werden ebenso die Hilfe der Alliierten Hohen Kommissare und ihrer Berater benoetigen. Die amerikanische Politik Deutschland gegenueber muss mehr den Liberalismus als die Reaktion unterstuetzen. Wenn wir wollen, dass die demokratischen Elemente in Deutschland an Einfluss gewinnen, dann muss die amerikanische Politik entschieden gegen die Reaktion sein.

Der deutsche Arbeiter will, dass es in seinem Lande eine wahre Wirtschaftsdemokratie gibt. Der deutsche Arbeiter wuenscht, zu einer freien Gewerkschaftsbewegung zu gehoeren. Er organisiert jetzt diese freie Gewerkschaftsbewegung in Muenchen. Und diese freie Gewerkschaftsbewegung wird sich auf der kommenden Londoner Konferenz mit anderen freien Gewerkschaftsbewegungen von allen sechs Kontinenten vereinigen, um eine internationale Koerperschaft der Arbeiter ins Leben zu rufen, die die entscheidende Rolle bei der Sicherung des Weltfriedens spielen kann.

Als Ihr Vertreter in Deutschland, der waehrend der vergangenen 3 Jahre die Vorgaenge beobachtet hat, kann ich sagen, dass der Amerikanische Gewerkschaftsbund, durch die Arbeit seiner Funktionaere, seines Internationalen Komitees fuer Arbeitsbeziehungen, und des Freien Gewerkschaftsausschusses wahrhaft stolz sein kann auf alles, was bisher hinsichtlich des Aufbaus einer deutschen Demokratie geleistet worden ist.

PROTEST DES AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES (AFL) UEBER DIE DEMONTAGE IN DEUTSCHLAND.

Der folgende Artikel enthaelt die offizielle Stellungnahme des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) zur Frage der Demontage von industriellen Unternehmen in Deutschland. Er wurde in der offiziellen Zeitschrift der AFL, Labor's Monthly Survey, veroeffentlicht.

Stellt die Demontierung deutscher Fabriken ein.

Die deutsche Produktion ist von wesentlicher Bedeutung fuer den Wiederaufbau und die Gesundung der europaeischen Industrie; seine modernsten und leistungsfaeigsten Fabriken sind jedoch zur Demontage bestimmt. Wenn der gegenwaertige Demontageplan durchgefuehrt wird, wird er Europa lebensnotwendige Erzeugnisse entziehen und eine Arbeitslosigkeit von 20% - 50% aller Arbeiter in vielen deutschen Staedten heraufbeschoeren. Er wird die Produktion in vielen Industriezweigen lahmlegen, die von den Erzeugnissen der zur Demontage bestimmten Fabriken abhaengig sind. Damit wird er Deutschland daran hindern, eine sich selbst genuessame Wirtschaft aufzubauen, und es wird eine Belastung fuer den amerikanischen Steuerzahler bleiben. Die Erbitterung der Deutschen ueber die unverantwortliche Demontierung von Werken mit reiner Friedensproduktion und die verheerenden Auswirkungen auf ihre Beschaeftigung, ihr Einkommen und ihren Lebensstandard rufen gefaehrliche politische Reaktionen hervor.

Der Praesident des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Britischen Zone, Hans Boeckler, hat in einem Bericht festgestellt, dass allein in Nordrhein-Westfalen 155,000 Arbeiter infolge der Demontierungen arbeitslos wuerden. Mit diesen Entlassungen ist es jedoch nicht getan, denn die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieses Programms sind von viel weittragenderer Bedeutung. So liegt z.B. die synthetische Industrie, deren Werke abgebaut werden sollen, in unmittelbarer Naehue der Kohlenbergwerke und beschaeftigt aeltere und versehrte Bergleute und Frauen, die anderswo keine Beschaeftigung finden koennen. Wenn diese Tausende von Arbeitern im Ruhrgebiet ihre Arbeit verlieren, wird eine sehr ernste Situation entstehen, da in anderen Staedten, in denen sie vielleicht Arbeit finden koennten, keine Wohnungsmoeglichkeiten fuer sie sind.

Demontage und Wiederaufbau Europas

Die bedeutenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Demontage werden unheilvoll fuer das Wiederaufbauprogramm Europas sein, das auf die Erzeugnisse dieser Industrien angewiesen ist. Die Untersuchung des Humphrey Ausschusses hat ergeben, dass bestimmte wichtige Stahlwerke von der Demontage ausgenommen werden muessten, da sie sowohl fuer die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft als auch fuer den europaeischen Wiederaufbau von groesster Bedeutung sind. Millionen Dollars waeren fuer die Demontierung dieser Industrien erforderlich, waehrend zu gleicher Zeit noch mehr Millionen fuer die Instandsetzung der schwer beschaeftigten Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland gebraucht wuerden. Fuer die Zerstoeerung der Industrie und dann fuer ihren Wiederaufbau zu zahlen, ist einfach sinnlos, - und amerikanische Steuerzahler haben die Kosten zu tragen.

Die Demontage von Schluesselindustrien wird grosse Zweige der deutschen Industrie in Mitleidenschaft ziehen. So ist z.B. fuer die Durchfuehrung des Marshall-Planes der Wiederaufbau der stromerzeugenden Industrie in Deutschland von hoechster Wichtigkeit; die Demontage der August-Thyssen-Huette wird jedoch 80% der deutschen Erzeugungskapazitaet fuer Transformatorenbleche hoher Qualitaet zerstoeeren, die fuer die Stromerzeugungsindustrie unentbehrlich sind. Ferner werden davon die zwei 15,000 Tonnen Schmiedepressen betroffen werden, ohne die die dringend benoetigten 200 Turbinenanlagen mit 300 Wellen nicht hergestellt werden koennen. In anderen Stahlwerken sollen die Einrichtungen zur Stahlherstellung und sonstige wichtige Teile des Werkes beseitigt werden, obwohl andere Bestandteile unberuehrt bleiben. Die Produktion an den verbleibenden Einrichtungen wird damit wirtschaftlich unrentabel. Ein grosser Teil der deutschen Staehlerzeugungskapazitaet, die im Rahmen des Marshall-Planes erlaubt ist, geht damit verloren. In der Aluminiumindustrie sollen Werke demontiert werden, die unter Ausnutzung der Wasserkraft arbeiten. Da die Benutzung der Wasser- und Kohlekraftquellen aufs Sorgfaeltigste so ausgeglichen wurde, dass die Produktionskosten aufs Moeglichste reduziert wurden und rentabel waren, werden diese Kosten nun von Werken zu tragen sein, die auf der wesentlich teueren Steinkohlenbasis arbeiten. Dies stellt die Rentabilitaet der Werke ueberhaupt in Frage.

Die deutsche Maschinenindustrie, die von so grosser Wichtigkeit fuer ganz Europa ist, wird nicht nur durch die Demontage der stahlerzeugenden Industrie gelahmt, die das Material fuer sie liefert, sondern auch durch die Zerstoerung von Fabriken, die wichtige Fraesmaschinen, Webmaschinen, Generatoren und lange Drehbaenke fuer Schiffsantriebswellen herstellen.

Auswirkungen auf Schluesselindustrien

In der chemischen Industrie sollen nicht nur Fabriken, die synthetischen Gummi herstellen, demontiert werden, sondern auch solche, die Butadien, den wichtigsten Grundstoff dazu, erzeugen. Dieses Butadien wird auch zur Herstellung von Fussbodenbelag und wasserdichten Wandplatten gebraucht, die im Wohnungsbau Verwendung finden. In Deutschland herrscht ein Mangel an 4 Millionen Wohnungen, und bei der unzureichenden Versorgung mit Bauholz ist dieser Baustoff von grosser Wichtigkeit. Das deutsche Volk kann nicht verstehen, warum man ihm ein Verfahren nimmt, das es selbst erfunden hat, - naemlich die Herstellung synthetischen Gummis, - und das zu einem Zeitpunkt, an dem es so noetig fuer friedliche Zwecke gebraucht wird. Die Demontage, die fuer die gesamte chemische Industrie der Kohlenaufbereitung geplant ist, die wiederum eng mit dem deutschen Kohlenabbau zusammenhaengt, wird den Arbeitsvorgang von Industriezweigen unterbrechen, die Tausende von Menschen in einem dicht bevoelkerten Gebiet beschaeftigen und wird periodische Arbeitslosigkeit in diesen Industrien hervorrufen.

Die gesamte Gruppe von Fabriken, die an dem Fischer-Tropsch-Verfahren der Oelraffinade beteiligt sind, soll demontiert werden, obwohl diese Industrie nur in ganz geringem Umfang zu Kriegszwecken Verwendung finden koennte. Die aus diesem Verfahren entstehenden chemischen Grundstoffe sind von lebenswichtiger Bedeutung fuer eine ganze Anzahl weiterverarbeitender Industrien, und wenn diese Fabriken demontiert werden, waere es den chemischen Industrien Westdeutschlands nicht mehr moeglich, ihren bedeutenden Beitrag zur Erfuellung des Marshall-Planes zu leisten. Die deutschen Gewerkschaftler haben energisch gegen die Demontierung dieser gesamten Gruppe von Fabriken protestiert, da viele Zweigwerke davon von wesentlicher Bedeutung fuer die deutsche Friedenswirtschaft sind. So wird zum Beispiel die Entfernung der gaserzeugenden Fabriken die schon knappe Gasversorgung der deutschen Bevoelkerung noch mehr kuerzen, und das Verschwinden der Destillier-Werke die Treibstoffproduktion aus importiertem Rohoel unmoeglich machen. Es muessten daher neue Fabriken fuer diesen Zweck aufgebaut werden. Ebenso kann das deutsche Volk nicht verstehen, warum die Bunaerstellung nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren in Deutschland eingestellt werden soll, waehrend sie in Japan bestehen bleiben darf. Zur Demontage sind ferner folgende Friedensindustrien vorgesehen: Die Herstellung von Elektronenroehren, die im Nachrichtenwesen und bei dem elektro-medizinischen Heilverfahren gebraucht werden; desgleichen die gesamte Taschen- und Grossuhrenindustrie in der franzoesischen Zone.

Das Demontageprogramm bedroht selbst die geringe industrielle Produktion, die Deutschland nach dem Plan zur Begrenzung der deutschen Produktionskapazitaet erlaubt wurde. Es nimmt Deutschland die Moeglichkeit, Rohstoffe zu erzeugen, die von anderen Laendern Europas dringend benoetigt werden, und durch die Ausfuhr derselben soviel Devisen zum Einkauf von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu erwerben, wie das deutsche Volk zur Lebenshaltung unbedingt braucht. Die Gewerkschaften in Deutschland sind fuer die Beseitigung der deutschen Kriegsproduktion, aber sie sehen eine grosse Gefahr in der Lahmlegung der deutschen Friedensproduktion. Sie sind sich darueber im Klaren, dass die Erbitterung und Unruhe der deutschen Bevoelkerung ueber die verheerenden Folgen der Demontage eine grosse Gefahr darstellt, da sie von politischen Elementen der Rechten ebenso wie der Linken dazu benutzt werden, Unzufriedenheit hervorzurufen und undemokratische Organisationen zu schaffen.

Wir wissen, dass Deutschland zweimal die ganze Welt in einen Vernichtungskrieg gestuerzt hat, der Menschenverluste und Trauer fuer so viele Familien bedeutete. Diese schrecklichen Geschehnisse brauchen nicht ins Gedaechnis zurueckgerufen zu werden. Wir glauben jedoch, dass es die beste Gewaehr fuer den Frieden ist, Deutschland als Mitarbeiter in den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mit einzuschalten, um es an der Entwicklung des neuen Europas durch Zusammenarbeit mit anderen Voelkern fuer gemeinsamen Fortschritt teilnehmen zu lassen.

Ansprache von Svend A. Godfredsen, Referent im Arbeits-
informationsbuero der ECA Delegation in Daenemark, an-
laesslich einer Tagung der YMKA zusammen mit Unternehmer-,
Arbeiter- und anderen oertlichen Organisationen, am 10.
Oktober 1949 in Rudkøbing.

ARBEITERSCHAFT UND EUROPÄISCHER WIEDERAUFBAU

Ich bin heute hier, um zu Ihnen ueber den Marshall-Plan und im besonderen ueber die Beziehungen der organisierten, demokratischen Arbeiterschaft zu diesem Plan zu sprechen. Ich bin von der Regierung der Vereinigten Staaten als Delegierter in dem Aufgabengebiet des Marshall-Plans eingesetzt, das sich insbesondere mit den Problemen der Beziehungen der Arbeiterschaft zur Oeffentlichkeit, Erziehung und Information befasst. Um jedoch keine Missverstaendnisse aufkommen zu lassen, muss gesagt werden, dass der Marshall-Plan kein Projekt ist, das eine ganz bestimmte Klasse betreut. Es ist vielmehr eine demokratische Organisation, in der alle wichtigen Gruppen, wie Landwirtschaft, Industrie, Handel, Arbeiterschaft und Regierung vertreten sind. Die Anhaenger des Marshall-Plans sind auf seinen demokratischen Aufbau stolz.

Die amerikanische Regierung hat erkannt, wie wichtig die volle Anerkennung und das Verstaendnis fuer den Marshall-Plan nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten sind. Aus diesem Grunde ist innerhalb der Organisation eine Behoerde gebildet worden, die sich mit Arbeitsinformationen befasst. Diese Behoerde ist als Zusatz zum allgemeinen Informationsbuero geschaffen worden. Unsere Arbeit besteht darin, Informationen ueber allgemeine Arbeitsbedingungen und den Lebensstandard herauszugeben, ferner haben wir die gegenseitige Erkenntnis zu foerdern, nach der die Mitarbeit am Marshall-Plan eine Notwendigkeit ist. Damit habe ich mein Aufgabengebiet umrissen und deshalb bin ich heute abend hier, um mit Ihnen die Aussichten und Probleme zu eroertern, denen wir bei der Ausfuehrung unseres Programms zum europaeischen Wiederaufbau gegenueberstehen.

Die Arbeiterschaft muss aufgeklaert sein

Nicht nur Europas Arbeiter muessen fuer die Ziele, Aufgaben und Probleme des Marshall-Planes Verstaendnis haben. Von groesster Wichtigkeit ist, dass auch die organisierten und nichtorganisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten dieses Verstaendnis aufbringen.

Der Leiter unseres Arbeitsinformationsbueros in der Verwaltung fuer europaeische Zusammenarbeit (ECA) ist Harry Martin, der Praesident der amerikanischen Zeitungsarbeitergewerkschaft. Er ist im Amt des Botschafters Harriman in Paris taetig. Mit Hilfe dieses Informationsbueros arbeiten wir an der Entwicklung und Foerderung des Verstaendnisses fuer den Marshall-Plan und seine unmittelbaren und auf weite Sicht gesteckten Ziele, fuer das Tagesprogramm und das auf weite Sicht, das 1952 beendet sein soll.

Wir haben Repraesentanten in den verschiedenen Marshall-Plan-Laendern und arbeiten in Verbindung mit der europaeischen und amerikanischen Arbeiterbewegung. Unsere Arbeit erstreckt sich auf die demokratischen Kraefte innerhalb dieser Arbeiterbewegungen, auf die, die den europaeischen Wiederaufbau durch den Marshall-Plan unterstuetzen und unterstuetzt haben. Wir alle wissen, dass es eine kleine, aber viel Laerm verursachende kommunistische Gruppe gibt, die glaubt, dass der Marshall-Plan - so sagen sie wenigstens - ein Versuch amerikanischer Kapitalisten ist, Europa in Besitz zu nehmen und auszubeuten. Sie behaupten dies ungeachtet der Tatsache, dass, wie allgemein bekannt, der Marshall-Plan nur moeglich ist, weil der amerikanische Buerger, durch seine Regierung auf demokratischer Basis repraesentiert, freiwillig eine Abgabe in Form von Steuern leistet, die durchschnittlich fast 34 Dollar im Jahr fuer jeden Mann, jede Frau und jedes Kind betraegt. ---

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung

Ich moechte einiges ueber die Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten sagen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter belaeuft sich auf an-

naehernd 16 Millionen. Die zwei grossen Gewerkschaftsvereinigungen, als CIO und AFL bekannt, haben eine Mitgliederschaft von nahezu 13 Millionen.

Die augenblicklich unabhängigen Gewerkschaften der Berg- und Maschinenarbeiter zählen ungefaehr je 600,000 Mitglieder. Die Mitgliedszahl der Eisenbahnergewerkschaften betraegt ungefaehr 450,000, und der Rest der Arbeiter ist in kleineren, nichtangeschlossenen Gewerkschaften organisiert. Seit 1933 ist die Zahl der Mitglieder der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung von 3 auf 16 Millionen angestiegen. Diese Entwicklung hatte umwaeltzende Auswirkungen sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft als auch der Politik zur Folge. Sie bedeutete die Neuordnung vieler sozialer, wirtschaftlicher und politischer Lebens- und Existenznormen.

Sollten Sie mich fragen, "Wie sind die Lohne in den Vereinigten Staaten?", so koennte ich Ihnen z.B. die Antwort geben: "Der Durchschnittslohn in der Kohlenindustrie ist \$1,99 pro Stunde oder \$69,35 pro Woche." Oder ich koennte Ihnen sagen, dass der Durchschnittslohn der Arbeiter in der Stahlindustrie \$1,68 pro Stunde betraegt, dass im Baugewerbe ein durchschnittlicher Stundenlohn von \$1,92 bezahlt wird. Lohne an sich sagen jedoch wenig. Es dreht sich darum, wie wir alle wissen, was man mit diesen Löhnen kaufen kann.

Der beste Maastab fuer die Kaufkraft der Lohne besteht in der Berechnung, wie lange ein Arbeiter arbeiten muss, um mit dem damit verdienten Geld die Lebensnotwendigkeiten kaufen zu koennen. In den Vereinigten Staaten muss ein Mann oder eine Frau mit einem Durchschnittslohn von \$1,36 pro Stunde die folgende Anzahl von Minuten oder Stunden arbeiten, um die Gegenstaende kaufen zu koennen, die ich Ihnen aufzählen werde.

<u>Art der Ware</u>	<u>durchschnittl. Arbeitszeit</u>	
	Stunden	Minuten
Roggenbrot, 1 kg		12
Weizenmehl, 1 kg		9
Zucker, 1 kg		11
Fleisch, 1 kg	1	10
Butter, 1 kg	1	30
Milch, 1 Liter		10
Eier, 1 Dtzd.		35
Kaffee, 1 kg		45
Eier, 1 Flasche		6
Whisky, 1 Flasche	1	35
Zigaretten, 20		9
Damenwollkleid	13	
Herrenanzug, Wolle	35	
Herrenschuhe, 1. Qualitaet	7	
Damenschuhe, 1. Qualitaet	5	
Nylonstruempfe		50

Im Jahre 1947 entsprach die Wohnmiete durchschnittlich drei Tagen Arbeit fuer einen Industriearbeiter. Wir koennten in dieser Betrachtung fortfahren mit Bezug auf Wagen, Radiogeraete und viele andere Gegenstaende, die amerikanischen Arbeiter als zugehoerig zu ihrem Lebensstandard betrachten.---

Im Jahre 1946 wurden die Einkommen von 14 Millionen amerikanischen Familien aus allen Teilen des Landes in einer Erhebung einer Betrachtung unterzogen. Es zeigten sich folgende Ergebnisse:

<u>Jaehrliches Einkommen</u>	<u>Zahl der Familien</u> (in Prozent)
weniger als 1,000 Dollars	5.7
1,000 - 1,500	6.8
1,500 - 2,000	10.0
2,000 - 2,500	14.7
2,500 - 3,000	14.3
3,000 - 5,000	35.5
5,000 und mehr	12.9

Nachdem wir nun Löhne, Kaufkraft und Produktivität, ferner die zum Kauf der Lebensnotwendigkeiten erforderliche Arbeitszeit erörtert haben, kommen wir zu einem der wichtigsten Probleme, denen wir in unserer Arbeit am Marshall-Plan und dem europäischen Wiederaufbau gegenüberstehen. Statistische Angaben aus den Vereinigten Staaten zeigen, dass wir nicht so lange wie in Europa zu arbeiten brauchen, um die Lebensnotwendigkeiten zu kaufen, die es ermöglichen, unter annehmbaren Lebensverhältnissen zu leben. Und wir fragen ganz natürlich "Warum?"

Die Antwort ist selbstverständlich: Produktivität. Wir haben eine grössere Produktivität in den Vereinigten Staaten. In andern Worten, wir erzeugen mehr Waren des gleichen Wertes pro Arbeiter und pro Stunde als hier in Europa. Das Erzeugnis kostet damit weniger, kann für weniger Geld gekauft werden und mehr Leute können es sich leisten zu kaufen. Diese Tatsache hängt von verschiedenen Faktoren ab. Es ist nicht nur eine Angelegenheit des Arbeiters an seinem Arbeitsplatz. Es ist ebenso die Folge der Verwendung neuerer und besserer Maschinen, des Aufbaus der Fabriken und des Massenabsatzes. ---

Wie der Marshall-Plan ins Leben gerufen wurde

Ich möchte gern einen kurzen Rückblick auf die Zeit kurz nach Kriegsende halten. Wir alle sind mit der tragischen Tatsache vertraut, dass nach Kriegsende die gesamte europäische Wirtschaft am Boden lag, und wir wissen, dass alle die Notwendigkeit des Wiederaufbaus in Europa einsahen. Es war notwendig, seine Wirtschafts- und Produktionsmaschinerie wiederaufzubauen. Am 5. Juni 1947 hielt Mr. Marshall, unser damaliger Staatssekretär, in der Harvard Universität eine Rede und schlug die Hilfe zum Wiederaufbau Europas vor. Er sagte u.a., dass europäische Nationen Hilfe von den Vereinigten Staaten dann erwarten könnten, wenn sie ihre Einwilligung zu einem Wiederaufbauplan geben könnten. Nur vom Kommunismus beherrschte Länder könnten von diesem Angebot keinen Gebrauch machen. Seitdem sind die Kommunisten erbitterte Gegner des Marshall-Planes gewesen, und sie haben auf die verschiedenen Arbeiterbewegungen jeden nur möglichen Einfluss ausgeübt, um deren Mitarbeit am europäischen Wiederaufbau durch den Marshall-Plan zu sabotieren.

In der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten, mit Ausnahme kleiner Gruppen kommunistisch geführter Arbeiter, hat der Marshall-Plan die Mitarbeit des Arbeiters erfahren. Im ganzen Lande sind in Arbeiterkonventionen Massnahmen zur Unterstützung des Planes getroffen worden. Vom ersten Augenblick an war die Arbeiterschaft bei der Aufstellung des Programms und seiner demokratischen Organisation vertreten. Die Arbeiter haben den Plan unterstützt, und es war ihnen oft nicht leicht, für diese neue Phase in ihrer Organisation Verständnis aufzubringen, die eine internationale Zusammenarbeit in einem Masse erforderte, wie es bisher in der amerikanischen Arbeiterbewegung unbekannt war.

Ich glaube, man kann sagen, dass durch den Weltkrieg Nr. 2 die allgemeine Erkenntnis geboren wurde, dass kein Teil der Welt ohne irgendeinen andern leben kann. Die Arbeiterschaft erkannte, dass es mit dem Kriegsgewinnen nicht abgetan ist, sondern dass es ebenso mühsam ist und einer ständigen und ehrlichen Anstrengung bedarf, um einen Frieden zu gewinnen - einen Frieden, der da möglich ist, wo die Wünsche des Volkes erfüllt werden können. In wirtschaftlichem Sinne dient der Marshall-Plan diesem Zwecke. ---

Der Plan soll 1952 ablaufen. Wir hoffen, dass Europa bis dahin in der Lage ist, ohne unsere Hilfe weiterzuleben. Pläne und Wünsche sind, dass es dann wieder zu einem Gebilde geworden ist, in dem gesunde Wirtschaften bestehen, der Produktionsapparat ausreichend arbeitet und alle europäischen Nationen ihre Wirtschaft soweit ergaenzt haben, dass eine der andern durch freien Handel dienen kann.

Warum Europa geeinigt werden muss

Es ist wahr, dass es viele Probleme dabei gibt. Wer am Marshall-Plan mitarbeitet weiss, dass immer wieder neue auftauchen, die Arbeit und Verständnis, und zwar nicht nur nationales, sondern auch internationales erfordern.

Europas geschichtlicher und endgueltiger Wiederaufbau kann nicht vollzogen werden, ohne dass Probleme dabei auftauchen. Es ist deshalb wichtig, dass wir vor diesen Problemen nicht zurueckschrecken, sondern sie in Angriff nehmen, jedes so, wie es sich ergibt, damit unsere Zukunft frei und sicher sein kann. Die Loesung dieser Probleme ist die grosse Aufgabe der Demokratie. In der Welt der Diktatoren sind die Menachen geneigt, nur nach einer gewissen Sicherheit zu suchen, nicht aber nach Freiheit. Wir in der demokratischen Welt verlangen nicht weniger als Freiheit und Sicherheit fuer verantwortungsbewusste Menschen, die gemeinsam streben und arbeiten. Die Feinde der Demokratie sagen staendig, dass diese nicht faehig waere, die Probleme der Welt zu loesen, und dass deshalb die Diktatur an ihre Stelle treten muesse. Wir, die wir an die Demokratie und ihren Erfolg glauben, - und ich bin ueberzeugt, dass Daenemark mit in unsen ersten Reihen steht - sind dazu verpflichtet, die Probleme des Ages und unserer Zeit zu loesen. ---

Ich betrachte Europa als Amerikaner und bin mir bewusst, dass es hier viele Probleme gibt. Doch sie koennen geloest werden. In gewissem Sinne bestehen bei uns in den Staaten Aehnlichkeiten mit Europa. Saemtliche Voelker und nationale Gruppen Europas sind bei uns vertreten; alle Eure Glaubensbekenntnisse und wahrscheinlich noch ein paar mehr; alle Eure Sprachen werden bei uns gesprochen, und Menschen aller Rassen der Welt leben in unserm Staate. Und doch ist es Amerika gelungen, all diese mannigfachen Gruppen zusammenzuschweissen, sodass wir jetzt gemeinsam an unserer Sache arbeiten und ein gemeinsames Bewusstsein haben, dass auf verschiedene Arten zum Ausdruck kommt. Es muss jedoch auch gesagt werden, dass diese Gemeinschaft nicht ohne grosse Anstrengungen und Arbeit zustandekam, und in Form der Gesetzgebung unserer Regierung wird dieser Kampf weitergefuehrt werden, damit wir die sich taeglich ergebenden Probleme loesen koennen. Ohne dieses Ringen, ohne Arbeit und Einsicht werden wir rueckwaerts gehen. Ich glaube bestimmt, dass hier in Europa der Friede gewonnen werden kann, aber er wird Mut, Glauben und Arbeit erfordern, - ebensoviel, wie noetig war, um die Kriegsjahre zu ueberstehen.

Die Zukunft wird uns Frieden bringen. Er wird bestehen, wo die wirtschaftlichen Bedingungen dem Volke Beschaeftigungsmoeglichkeiten geben; wo es die Lebensnotwendigkeiten herstellen und kaufen kann; wo Handels- und Reisebeschraenkungen aufgehoben sind und allen damit moeglich ist, ihre Nachbarn kennen und verstehen zu lernen. Friede wird sein, wo die wirtschaftlichen Bedingungen so sind, wie sie der daenische Gewerkschaftsfuehrer Grundtvig einst so treffend bezeichnete - "Wo wenige zuviel haben, aber noch weniger nicht genug haben."

Die Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas (OEEC)

Es ist wahr, dass Daenemark allein kein neues Europa errichten kann. Das trifft natuerlich fuer alle europaeischen Nationen zu. Deshalb ist es von so grosser Wichtigkeit, dass ein europaeischer Wirtschaftsrat geschaffen wurde, unter dem Namen OEEC bekannt. In diesem Rat treffen sich Delegierte aller Marshall-Plan-Laender, eroertern und loesen Probleme von gemeinsamem Interesse. Auch sie sind vor schwierige Aufgaben gestellt und brauchen deshalb die Hilfe der gesamten Bevoelkerung in Europa. In diesem Wirtschaftsrat gibt es einen Arbeitsberatungsausschuss, in dem Mitglieder aller Arbeiterbewegungen in saemtlichen Marshall-Plan-Laendern vertreten sind. Sie beraten ueber Arbeiterwohlfahrt. Es ist ohne Zweifel wahr, dass ohne die Unterstuetzung und das Verstaendnis der Arbeiterschaft Europas weder ein wahrer Wiederaufbau, eine Steigerung der Produktivitaet, noch wirtschaftliche Verbesserungen moeglich sind. Die Kommunisten wissen dies, und sie versuchen deshalb, in jedem Marshall-Plan-Land ihren Einfluss auf die Arbeiterbewegungen geltend zu machen.

Daenische Gewerkschaftler besuchen die Vereinigten Staaten.

Waehrend der letzten 3 Wochen hat eine Gruppe daenischer Gewerkschaftsfuehrer die Vereinigten Staaten bereist. Der Zweck ihres Besuches war das Studium amerikanischer Produktionsmethoden, die Bedeutung der Arbeiterbewegung in der Produktionssteigerung und die Beziehungen zwischen Loehnen und Produktivitaet. Wir betrachten diese Reise als sehr wichtig, da durch sie

Informationen ausgetauscht werden, die sowohl fuer Europa als auch fuer die Vereinigten Staaten nutzbringend sind. ---

Wir, die Mitarbeiter am Marshall-Plan, sind ebenfalls ueber die Stellungnahme des Praesidenten des Daenischen Gewerkschaftsbundes, Eiler Jensen, zu der wesentlichen Frage erfreut, die in seinen Worten so klar zum Ausdruck kommt. Jensen sagte in Washington: "Die daenischen Arbeiter sind sich voll und ganz der Bedeutung der Produktionssteigerung zur Erreichung eines hoeheren Lebensstandards bewusst. Wir sind gluecklich, sagen zu koennen, dass die Produktion pro Arbeitsstunde um 20% seit dem Kriege gestiegen und nun trotz Schwierigkeiten ebenso hoch wie vor dem Kriege ist."

Jensen fuehrte weiter aus: "Hoehere Produktivitaet bedeutet billigere Produktion and billigere Waren." Er betonte, dass die Vollbeschaeftigung fuer den europaeischen Wiederaufbau von Wichtigkeit ist. Jedes Land, jedes Volk und jede Gewerkschaftsorganisation muessen durch Vermittlung der Regierungen oder auf einem andern Wege zusammenarbeiten, um die Vollbeschaeftigung unbedingt beizubehalten.

Viele von ihnen sind wahrscheinlich erstaunt darueber, dass wir so sehr die Notwendigkeit der Produktionssteigerung hervorheben. Dies kann ich Ihnen vielleicht am besten erklaren, indem ich Sie bitte, einen Rueckblick auf die Entwicklung der Vereinigten Staaten in den letzten 100 Jahren zu halten.

Zur Herstellung von Waren im Werte von 56¢ pro Stunde waren im Jahre 1850 15% Menneskraft, 79% Perfekraft und 6% Maschienenkraft notwendig. 1900, 50 Jahre spaeter, konnten mit 10% Menneskraft, 79% Pferdekraft und 6% Maschienenkraft Waren im Werte von 56¢ pro Stunde hergestellt werden. --- 1930, 30 Jahre spaeter, waren es 4% Menneskraft, 12% Pferdekraft und 82% Maschienenkraft, mit denen Waren im Werte von 82¢ produziert wurden.

Bedeutung der Zusammenarbeit in Europa

Wir wissen netuerlich, dass mit Massenproduktion, Massenverbrauch und Massenabsatz Hand in Hand gehen muessen. Europa ist ein solcher Absatzmarkt, ebenso wie die Vereinigten Staaten das heisst, wird es sein, wenn die Handelsbeschraenkungen aufgehoben sein werden. In den Vereinigten Staaten haetten wir niemals erreichen koennen, was wir erreicht haben, wenn es diese Beschraenkungen zwischen den einzelnen Staaten gegeben haette. West- und Mitteleuropa mit 270,000,000 Bewohnern ist ein solcher Markt, wenn es zu diesem Zwecke organisiert wird.

Ich habe heute Abend versucht, Ihnen darzulegen, was nach unserer Berechnung noetig ist, damit bis 1952 der europaeische Wiederaufbau soweit vorgeschritten ist, dass Europa auf eigenen Fuesen stehen kann.... das heisst, dass es hinsichtlich Produktion, Absatz, Ein- und Verkauf auf dem Weltmarkt selbstgenuegsam geworden ist. Ich habe mein Thema mit Betonung der Arbeitsangelegenheiten behandelt, weil ich zufaellig in der Abteilung Arbeitsinformationen taetig bin. Lassen Sie es mich jedoch nochmals betonen, dass der Marshall-Plan genau das ist, was sein Name besagt: wirtschaftliche Zusammenarbeit; wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Regierungen, politischen Parteien und verschiedenen Organisationen innerhalb von Staedten und Gemeinden, so wie sie heute abend hier vertreten sind. Ohne diese Zusammenarbeit wird das Wiederaufbauprogramm ohne Erfolg sein. Jeder von uns kann als einzelner und als Mitglied einer Organisation seinen Teil zur erfolgreichen Durchfuehrung des Wiederaufbauprogramms bis zum Jahre 1952 beitragen. Die naechsten 6 oder 8 Monate werden ausschlaggebend sein. Wenn Mr. Hoffman, der Administrator der ECA, den Kongress der Vereinigten Staaten um die Bewilligung weiterer Geldmittel angehen wird, werden dessen Mitglieder zu wissen wuenschen, welche Fortschritte gemacht wurden.

Ich glaube, wir koennen uns darueber einig sein, dass wir eine Zukunft voller Probleme vor uns haben, nicht nur jede einzelne europaeische Nation, sondern auch die Vereinigten Staaten selbst. Aber schwere Probleme sind schon halb geloest, wenn wir sie erkennen. Und wenn wir unser Wissen, unsere Faehigkeiten und unsern guten Willen in ihren Dienst stellen, sind wir auf dem Wege

des Fortschrittes. Wir wollen in unsern Bestrebungen zusammen mit dem daenischen Volke durch Vermittlung seiner Regierung arbeiten und mit allen verantwortungsbewussten und ehrlich denkenden Menschen.

Der Marshall-Plan ist in seinen Grundzuegen wirtschaftlich, aber er gibt uns freien Voelkern auch die Moeglichkeit, uns unsere demokratischen Rechte und Freiheiten zu sichern. Er ist der Grundstein beim Aufbau einer Welt des Friedens und des Wohlstandes, in der es keine Spaltung mehr geben wird.

ECA Labor Information
25 Oktober 1949

GELUEBE DER ARBEITER UNGARNS

Aus einer Rede von Charles Payer, einstmaliger Praesident des ungarischen Gewerkschaftsbundes, vor der 68. Jahrestagung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) am 4. Oktober 1949 in St. Paul.

"Heutzutage kann man in Ungarn jahrelang im Gefaengnis sitzen, ohne verhoert und verurteilt zu werden. In einigen Faellen ist jemand freigesprochen worden und schmachtet trotzdem noch nach Jahren in einem Konzentrationslager. Es ist unmoeglich, im einzelnen all die Grauenhaftigkeiten wiederzugeben, die gegen Arbeiter unter einem System begangen worden sind, das weder eine Meinungsaeusserung noch eine abweichende Meinung duldet.

"Sehen Sie mich an, der ich vier Jahrzehnte lang fuer die Rechte des Arbeiters und einen hoeheren Lebensstandard gekaempft habe. Ich wurde unter dem Horthy Regime ein Jahr lang ins Exil geschickt und zu sechs Monaten Gefaengnis verurteilt. Vierzehn Monate lang war ich von den Deutschen im Konzentrationslager Mauthausen interniert. Daraufhin musste ich der kommunistischen Verfolgung durch Flucht entgehen. Ich wurde als "Agent des amerikanischen Imperialismus" in Abwesenheit zu acht Jahren Gefangenschaft verurteilt. Heute befinde ich mich in einer besseren Lage als selbst Laszlo Rajk, der sich niemals dem Regime widersetzte, sondern sogar Innenminister und eine der Hauptstuetzen des Systems war. Nun ist er zum Tode verurteilt worden und wird gehaengt werden, waehrend ich wenigstens noch am Leben bleibe.

"Dieses System verabscheut Freiheit und Demokratie. Aus diesem Grunde muss es jeder anstaendige Mensch ablehnen.

"Ich moechte noch etwas anderes sagen. Es handelt sich um die seltsame Art der Auffassung des Kommunismus, wie sie bestimmten Leuten, meist Intellektuellen, eigen ist. Ich hatte im Ausland oft Diskussionen mit solchen Mitmenschen. In der Regel stellen sie einen Vergleich zwischen der sogenannten russischen Sozialpolitik und amerikanischem Imperialismus an, und sie sagen, dass den Russen zwar noch einige Fehler anhaften, die sie jedoch abschuetteln werden, und dass ihrer Idee die Zukunft gehoeren wird. Dieses kommunistische System Ungarns hat mit Sozialismus ueberhaupt nichts zu tun. Es ist ein Imperialismus, wie ihn sich die Zaren Russlands nicht ausgepraegter traehmen konnten.

"Amerika vergroessert seine Gebiete nicht, Russland dagegen verschluckt und annektiert viele Laender, macht Millionen von Menschen heimatlos und die Haelfte Europas zu Vasallenstaaten. Sozialismus baut sich auf Freiheit, Demokratie und Menschenfreundlichkeit auf. Die Kommunisten dulden nicht solche Theorien. Mit friedenspropagandistischen Parolen dringen sie in China ein und sind nun dabei, ihre Armeen und Panzer gegen Jugoslawien zu richten.

AFL News Letter,
(Bruessel), Oktober 1949

GEHT AMERIKA NEUEN ARBEITSKONFLIKTEN ENTGEGEN?

Die folgenden Ausfuehrungen sind dem Bericht einer norwegischen Gewerkschaftsdelegation nach ihrer Rueckkehr von einem Besuch in den Vereinigten Staaten in der Zeit vom 30. Dezember 1948 bis 22. Januar 1949 entnommen worden. Zweck des Besuches war, technische und soziale Studien zu treiben.

Ende des Jahres 1945 und fast waehrend des ganzen Jahres 1946 waren die Vereinigten Staaten der Schauplatz grosser sozialer Kaempfe. Im letzteren Jahre gingen durch derartige Streitigkeiten 116.000.000 Arbeitstage verloren. In der Folgezeit fiel diese Zahl rapide ab, und in den Jahren 1947 und 1948 waren es etwa 34.000.000 Arbeitstage pro Jahr. Es waere leicht, sich ueber diese Zahlen auszulassen. Die grossen Arbeitskonflikte traten in der zweiten Haelfte des Jahres 1946 auf, d.h. vor Aufhebung der Preiskontrolle. Zu dieser Zeit besaessen die Lohnfestsetzungen noch ihre urspruenglichen Merkmale. Eine Lohnerhoehung hatte eine Erhoehung des Reallohnes und verminderten Gewinn fuer den Unternehmer bedeutet. Von dem Tage der Aufhebung der Preiskontrolle an bestanden Lohnfestsetzungen nur noch aus Lohnerhoehungen, welche die Preiserhoehungen in Wirklichkeit reduzierten. Deshalb ergaben sich auch kein grossen Schwierigkeiten, sie durchzusetzen. Heute aber fallen die Preise, und die Festsetzung erhoehter Loehne wirkt sich wieder in grosserem Masse zu einer Erhoehung des Reallohnes aus. Die Unternehmer koennen Lohnerhoehungen nicht mehr durch Festsetzung erhoehter Preise auf die Verbraucher schieben. Wird Amerika als Folge dieser Tatsache wieder in eine Periode grosser sozialer Kaempfe eintreten? Vor Beantwortung dieser Frage wollen wir eine rueckschauende Betrachtung anstellen.

Seit 1945 hat die Lohnentwicklung in grossen Zuegen folgenden Lauf genommen: Einige Zeit nach Einstellung der Feindseligkeiten wurden Lohnerhoehungen gewaehrt, die sich auf 18½ cts. pro Stunde beliefen. Beim naechsten Schritt wurde eine Erhoehung von ungefaehr 15 cts. gegeben. Im Jahre 1948 begann die "dritte Runde", in welcher den meisten Berufen eine Erhoehung von nur wenig weniger als 15 cts. gegeben wurde, (bestimmte Gruppen, wie die Bauarbeiter und Drucker bekamen 20 cts. und mehr). Ungeachtet der staendigen Preiserhoehungen haben nur wenige Gewerkschaften Schritte unternommen, um Bestimmungen ueber gleitende Lohnskalen in die Vereinbarungen aufnehmen zu lassen. Es trifft zu, dass die Gewerkschaft der Automobilarbeiter im Jahre 1948 mit den "General Motors" eine Vereinbarung getroffen haben, nach welcher eine Erhoehung von 11 cts. pro Stunde gewaehrt wurde, und worin zusaetzlich eine Bestimmung enthalten war, nach der die Loehne jeden dritten Monat gemass den Veraenderungen des Lebenshaltungskosten-Index angeglichen werden sollten. Tatsaechlich wurde eine untere Grenze von 5 cts. im Laufe eines Zeitraumes von 2 Jahren festgelegt, jedoch keinen Limit fuer die Angleichung der Loehne nach oben. Diese Vereinbarung rief grosse Beachtung hervor, aber nur wenige Gewerkschaften folgten dem Beispiel. Die Gewerkschaften und die Unternehmer wollten freie Hand behalten, und sich nicht durch eine gleitende Lohnskala gebunden fuehlen.

So sieht also die Lage im gegenwaertigen Augenblick aus, und es wird staendig die Frage gestellt: Wird der Preisrueckgang zu neuen Streiks fuehren? Es ist natuerlich unmoeglich, eine solche Frage mit Bestimmtheit zu beantworten. Aber es besteht die generelle Auffassung, dass eine neue Welle von Streiks und Aussperrungen nicht folgen wird. In der Stahl- und in der Automobilindustrie werden sich die Gewerkschaften bemuehen, hoehere Loehne zu erhalten, und sie werden sie vermutlich auch bekommen. In beiden Industriezweigen besteht noch eine Hausse, aber in den meisten Wirtschaftszweigen werden sich die Gewerkschaften weiterer Lohnforderungen enthalten und zu grosseren sozialen Forderungen, wie Verkuerzung der Arbeitszeit, Verlaengerung des Urlaubs, bezahlte Krankheit etc., uebergehen. Wenn dies der Fall sein sollte, kann angenommen werden, dass die sich aufwaerts bewegende Freiskurve ihren Hoehepunkt erreicht hat. Der Preissturz wird dann vermutlich anhalten. In den Vereinigten Staaten bedeutet dies die Gefahr erhoehter Arbeitslosigkeit, jedoch in unserm Lande bedeutet es, dass wir den kritischen Punkt im Hinblick

auf die Bekämpfung der Inflation ueberwunden haben. Die Preise importierter Varen werden fallen. Wohin hat die Lohn- und Preisentwicklung des vergangenen Jahres gefuehrt? Wo liegen die Loehne jetzt, verglichen mit der Zeit vor dem Kriege? Nach amtlichen Lohnstatistiken belief sich der woechentliche Durchschnittslohn von 13.000.000 Industriearbeitern - Maennern und Frauen, Gelernte und Ungelernte, Jung und Alt - im Oktober 1948 auf \$54.50 pro Woche oder \$1.37 pro Stunde. Dies stellt eine Erhoehung des Wochenlohnes um 128% und des Stundenlohnes um 116% seit dem Jahre 1939 dar. Der amerikanische Industriearbeiter hat danach in den letzten 9 Jahren eine betraechtliche Erhoehung seines Realeinkommens erhalten. Dies ist trotz grosser Preiserhoehungen, die im Herbst 1946 begannen und, welche dann zu einer Verminderung der Effektivloehne fuehrten, geschehen. Wir werden spaeter auf die Frage der Loehne in verschiedenen Wirtschafts- und Industriezweigen zurueckkommen. Hier moechten wir lediglich auf die Tatsache hinweisen, dass die Realloehne sich fuer den Augenblick gefestigt zu haben scheinen auf einem Stande, der etwa 35% hoeher liegt als vor dem Kriege.

Bericht ueber Amerika, verfasst
von Arbeiternes Faglige
Landsorganisasjon

KOMMUNISMUS UND ARBEITERSCHAFT IN DEN MALAIENSTAATEN.

Ein amerikanischer Berichterstatter in den Malaienstaaten nahm in einem kuerzlich erschienenen Artikel ueber Kommunismus in diesem Lande zu den Beziehungen zwischen den Kommunisten und den dortigen Gewerkschaften Stellung. Sie waren nach dem Kriege massgeblich an der Gruendung der Gewerkschaften beteiligt, aber diese Arbeiterorganisationen waren von vornherein dazu bestimmt, Werkzeuge der Politik zu sein. Die Arbeiterschaft sollte zu kriegerischen Zwecken eingesetzt werden.

"Da die Lebenshaltungskosten doppelt so schnell wie die Loehne gestiegen waren, und das Prestige Englands tief gesunken war, arbeiteten die Kommunisten auf fruchtbarem Boden. Die Arbeiterbewegung wuchs sehr schnell. Streik folgte auf Streik, und den Hoehepunkt bildete ein Generalstreik zu Anfang vorigen Jahres, der Singapur in ernste Schwierigkeiten verwickelte. Am 1. Mai sahen die Englaender nicht mehr laenger zu und marschierten ein. Die Kommunisten zogen sich in die Dschungel zurueck und begannen, einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten.

"Dieser brach vor sechzehn Monaten, im Juni 1948, aus. Die Kommunisten hofften, die Wirtschaft der Malaienstaaten lahmzulegen, grosse Teile des Landes zu besetzen und die Englaender in die Defensive zu draengen. Ihre Taktik bestand in Terror und Ueberfaellen aus dem Hinterhalt. Gummiplantagen und Bergwerke wurden ueberfallen, ihre Manager ermordet und die Gebaeude in Brand gesteckt. Mordbanden entfuehrten politische Gegner und Volksaufklaerer. Waehrend die woechentliche Zahl der kommunistischen Ueberfaelle im Juni 20 war, waren es im November 78. Dann begannen englische Truppen und Polizei wirksam einzugreifen. Die Zahl der Ueberfaelle ging staendig zurueck und betraegt nun 30 pro Woche.

"Die Kommunisten waren zu zuversichtlich und haben ihr Hauptziel verfehlt. Sie bedeuten jedoch noch in grossen Gebieten eine ernstliche Stoerung. Obwohl erbeutete kommunistische Dokumente von vielen Fehlschlaegen und Schwierigkeiten der Roten berichten - besonders dem Mangel an Munition - sind noch keine Anzeichen fuer eine bevorstehende Kapitulation vorhanden. Aus ihrer Propagande ist ersichtlich, dass sie mit einer fuer sie guenstigen Wendung der internationalen Lage rechnen."

New York Herald Tribune
Paris, 24. Oktober 1949

KOMMUNISTISCHER DRUCK AUF DIE GEWERKSCHAFTEN RUSSLANDS .

Die Gewerkschaftsbewegung Russlands ist schwer bedraengt. Die Sowjet-Regierung hat im Laufe des vergangenen Jahres die Anzahl der Gewerkschaften bedeutend verringert, die Machtstellung des Politbueros betont, alle Bemuehungen der Gewerkschaften in der Frage der Loehne und Arbeitszeit unterbunden, das Stakhanovite Arbeitstempo in die Hoehe geschraubt und die Gewerkschaften unter strengere Kontrolle der kommunistischen Partei gestellt.

Der Zehnte Gewerkschaftskongress.

Obwohl im Fruehjahr dieses Jahres 1343 Delegierte am Zehnten Kongress der Gewerkschaften Russlands in Moskau teilnahmen, waren nur 67 Gewerkschaften vertreten, die niedrigste Ziffer seit 1937. Waehrend der letzten zehn Jahre gab es 160 bis 170 russische Gewerkschaften. Als die Delegation der C.I.O. Ende 1945 Russland besuchte, waren es 168.

Der Kongress, der erste seit 1932, zeigte unwaeltzende Veraenderungen als Folge der Stalin-Politik. In den letzten 17 Jahren ist die gesamte Fuehrerschaft des Zentralgewerkschaftsbundes (A.U.C.C.T.U.) verschwunden. Niemand hat offiziell erkluert, wo die alten Funktionaere sind, woher die neuen kamen und was die Sowjet-Gewerkschaften seit dem Neunten Kongress geleistet haben.

Seit dem Zehnten Kongress jedoch hat allein die exekutive Koerperschaft - der A.U.C.C.T.U. - sich mit Arbeitsangelegenheiten in Sowjetruusland beschaeftigt. Sie vertritt nicht nur die russischen Gewerkschaften beim Weltgewerkschaftsbund, sondern (nicht etwa einzelne Gewerkschaftsfuehrer) ernennt nun auch Sowjet-Vertreter in der Internationalen Bergarbeiter-, Textil- und Metallarbeitergewerkschaft, etc.

Loehne und Produktivitaet.

Im Gegensatz zu frueheren Zusammenkuenften ist auf dem Zehnten Kongress praktisch ueberhaupt nicht die Frage der Loehne und Arbeitszeit angeschnitten worden. Berichte des Vorsitzenden des A.U.C.C.T.U., V.V.Kuznetsov, und seines Sekretaers, A.F. Osipov, enthielten fast die gesamte Tagesordnung des Kongresses. Keiner von beiden hat die Lohnfrage in irgendeiner Weise eruert.

Stattdessen wird von der Fuehrerschaft weiterhin betont, dass Loehne nur "auf Grund der Steigerung der Arbeitsproduktivitaet" erhoehrt werden koennen. Es ist offen zugegeben worden, dass die Sowjetischen Gewerkschaften das Unternehmertum in der Lohnfrage unterstuetzen sollen.

Eine Resolution des Kongresses legte dies klar. Sie ruft die Gewerkschaften dazu auf, "die dem Unternehmertum gewaehrte Hilfe bei der Festsetzung und Vervollstaendigung der Arbeitsloehne nach Stueckarbeit, fortgeschrittener Stueckarbeit und Hoechstleistung zu intensivieren."

Ein theoretischer Grundsatz fuer dieses System ist von dem Praesidenten der Seetransportarbeiter-Gewerkschaft, A.I.Koetkin, aufgestellt worden. Im Gegensatz zu kapitalistischen Staaten, in denen "die Arbeiter taeglich in hartem Klassenkampf ihr Lohnniveau verteidigen muessen", sagt Koetkin, "garantiert in unserm Lande die Regierung selbst fuer staendige Erhoehung der Loehne durch Planung". Die Gewerkschaften brauchten sich deshalb nicht mit dieser Frage zu befassen, sondern sollten sich auf "die Foerderung der erhoehnten Arbeitsproduktivitaet konzentrieren".

"Heiliger, unverbruechlicher Eid".

"Sozialistischer Wettbewerb" ist heute die Parole fuer die russische Arbeiterschaft. Der Zehnte Kongress erkluerte, dass die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften sei, "den sozialistischen Wettbewerb zur Erfuellung des nationalen Wirtschaftsprogramms weiterhin zu entwickeln, um die im Nachkriegs-Fuenfjahresplan Stalins gesteckten Ziele bald zu erreichen."

Obwohl 90% der Arbeiter Sowjetrusslands am "Sozialistischen Wettbewerb" teilnehmen sollen, gibt selbst Praesident Kuznetzov zu, dass in diesem System "ein Element der Formalisierung und Buerokratisierung vorhanden ist". Was er meint, ist, dass jener "sozialistische Wettbewerb" in ein gewissenloses und mechanisches Mittel ausgeartet ist, das zur Unterdrueckung des Arbeiters gebraucht wird.

Kuznetzov sagt, dass in einigen Industriezweigen der Begriff "Wettbewerb" "nichts anderes als eine Tarnung der ueberplanmaessig geleisteten Arbeit" sei. Er beschwert sich darueber, dass zuviel "Arbeiter ohne Grund Zuflucht zu betaechtlichen Ueberstunden nehmen".

* * *

Die absolute Untertaenigkeit der Gewerkschaften der kommunistischen Partei Russlands gegenueber wird von der Presse immer wieder hervorgehoben. Die neuen Satzungen des A.U.C.C.T.U. lauten:

"Die russischen Gewerkschaften arbeiten unter der Fuehrung der kommunistischen Partei Russlands, die die Arbeitskraefte des Sowjet-Staates organisiert und koordiniert. Die Gewerkschaften gliedern ihre arbeitenden Massen der Partei Lenin - Stalin an".

Praesident Kuznetzov fuehrt es deutlicher aus:

"Wir verdanken all unsere Erfolge dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei, dem Genossen Stalin".

Der Kongress hallte wider von Lobgesaengen auf den alternden Sowjet-Diktator. Wir erfahren, "dass die Anwendung der Tarifvertraege im Jahre 1947 auf Veranlassung des Genossen Stalin neu geregelt wurde"; "die Errichtung republikanischer, regionaler und lokaler Gewerkschaftsraete wurde im Jahre 1948 auf Veranlassung des Genossen Stalin durchgefuehrt"; die Gewerkschaften verdanken ihre grosse Autoritaet und ihren bedeutenden Einfluss auf die arbeitenden Massen . . . der bolschewistischen Partei, der ungeteilten Aufmerksamkeit und vaeterlichen Hilfe des Genossen Stalin . . ."

Das zu Ehren des Kongresses gegebene Konzert wurde mit einer "Majestaetischen Stalin-Kantate" eroeffnet; ausserdem sang "ein Chor von 900 jungen Stimmen vor einem Pionierlager als Hintergrund von ihm, der dem russischen Volke ein glueckliches Leben geschenkt hat und es zu den leuchtenden Hoehen des Kommunismus fuehrt: sie singen von Stalin".

Die Prawda ruft in ihrem Bericht ueber die Arbeit des Kongresses zu dem Glaubensbekenntnis auf:

"Die abschliessenden Worte der auf dem Zehnten Gewerkschaftskongress getroffenen Resolution moegen ein heiliger, unverbruechlicher Eid fuer alle Gewerkschaftsorganisationen und Mitglieder sein:

"Im Namen von Millionen Arbeitern und Angestellten, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, gelobt der Zehnte Gewerkschaftskongress der Bolschewistischen Partei und dem grossen Fuehrer und Lehrer des russischen Volkes, Joseph Vissarionovich Stalin, dass die sowjetischen Gewerkschaften in der Vergangenheit, jetzt und in Zukunft treue und tatkraeftige Verfechter der Politik der Bolschewistischen Partei sein werden".

Von Solomon M. Schwarz
The New Leader, 10 September 1949

MEHR URLAUB IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Dank der Bestimmungen der Tarifvertraege erhielten im Jahre 1949 mehr Arbeiter bezahlten Urlaub als in irgendeinem vorangegangenen Jahr. Auch wurde vielen dieser Arbeiter, und das zum erstenmal, ein 2-woechiger - und in vielen Faellen ein 3 oder 4-woechiger - Urlaub gewaehrt. Dies ist das Ergebnis wachsender Bestrebungen, Arbeitnehmern hoeheren Dienstalters mehr bezahlten

Urlaub zukommen zu lassen.

Das Amt fuer Arbeitsstatistik im U.S. Arbeitsministerium hat kuerzlich eine Ueberpruefung von nahezu 1500 Tarifvertraegen durchgefuehrt, die ergeben hat, dass von 10 Vertraegen mehr als 9 (93%) Urlaubsbestimmungen enthalten. In diesen war fast ausschliesslich bestimmt, dass Arbeitnehmer hoeheren Dienstalters mindestens einen 2-woechigen bezahlten Urlaub erhalten sollen. Das Hoechstmass an Urlaub fuer Arbeitnehmer unter gleichen Dienstvoraussetzungen ist 2 Wochen nach den Bestimmungen von drei Fuenfteln der Vertraege und mehr als 2 Wochen nach denen von einem Drittel.

Vergleich mit 1944

Ein Vergleich der jetzigen Erhebung mit einer des gleichen Amtes aus dem Jahre 1944 laesst die Tendenz nach grosszuegigeren Urlaubsbestimmungen erkennen. Nur 1,5% der gewerkschaftlich organisierten Betriebe bewilligten im Jahre 1944 ihren langbediensteten Arbeitnehmern mehr als 2 Wochen Urlaub mit Bezahlung. Dagegen wird nach der Erhebung von 1949 in 32% der Vertraege mit Urlaubsbestimmungen einer grossen Zahl von Arbeitnehmern ein Urlaub von mehr als 2-Wochen zuerkannt.

Die meisten Vertraege sehen eine Urlaubsplanung, "abgestuft" nach dem Dienstalter, vor; das bedeutet, dass die Dauer des Urlaubs von der Anzahl der Dienstjahre abhaengt. In mehr als 8 Faellen von jeweils 10 waren die Vertraege nach diesem Grundsatz abgeschlossen. Dagegen ist nur in einem Falle eine einheitliche Urlaubsregelung ohne Beruecksichtigung des Dienstalters vorgesehen.

In insgesamt 380 Vertraegen, die ein Hoechstmass an Urlaub von mehr als 2 Wochen festlegen, geht man nach dieser Planung nach Dienstalter vor. Als Beispiel hat man 100 dieser Vertraege eingehend untersucht, um festzustellen, inwieweit die gewaehrte Urlaubsdauer von dem Dienstalter abhaengig ist. Demnach besteht in 87 Faellen ein Maximum von 3 Wochen Urlaub und in 11 Faellen 4 Wochen. In den uebrigen 2 Faellen wurde ein Hoechstmass festgesetzt, das zwischen 2 und 3 Wochen liegt. In 36 Vertraegen waren 15 Jahre Dienstzeit die gebrauchlichste Bedingung fuer 3 Wochen Urlaub. Fuer 4 Wochen waren gewoehnlich 25 Jahre Dienstzeit erforderlich.

Nachstehend folgt eine bezeichnende Klausel, die 3 Wochen Urlaub fuer Arbeiter hoeheren Dienstalters festlegt:

"Jeder und alle Arbeitnehmer des Unternehmens erhalten nach diesen Vertragsbestimmungen einen 1-woechigen Urlaub mit voller Bezahlung, vorausgesetzt, dass sie 1 Jahr oder mehr im Dienste des Arbeitgebers stehen; ein 2-woechiger Urlaub wird nach 5 oder mehr Dienstjahren und 3 Wochen Urlaub nach 15 und mehr Dienstjahren gewaehrt."

Urlaubsbestimmungen waehrend des Krieges

Waehrend des zweiten Weltkrieges hielt sich die Nationale Kriegsaufsichtsbehoerde fuer Arbeit unter Beibehaltung der Lohnregelung an Bestimmungen, die 1-woechigen Urlaub nach einem Dienstjahr und 2-woechigen nach 5 Dienstjahren enthalten. Dieses System ist mit einigen Aenderungen noch in vielen der in der Erhebung beruecksichtigten Urlaubsplanungen nach Dienstalter festzustellen. 78 von 100 Vertraegen, die daraufhin analysiert wurden, stellen als Bedingung fuer 1 Woche Urlaub 1 vollendetes Dienstjahr und 60 Vertraege fuer 2 Wochen Urlaub 5 Dienstjahre.

Viele Unternehmer haben ihr Urlaubsprogramm grosszuegiger gestaltet; nicht durch Verlaengerung der Urlaubshoechstdauer, sondern indem sie von der Methode 1 - fuer - 1, 2 - fuer - 5 abwichen. Oft wird Arbeitnehmern mit weniger als einem Jahre Dienstzeit ein kuerzerer Urlaub gewaehrt, so z.B. eine halbe Woche nach 6 Monaten Dienstzeit. Auch ist die Dienstzeit oft verkuerzt worden, die ein Arbeitnehmer geleistet haben muss, um 1 oder 2 Wochen Urlaub mit Bezahlung zu erhalten. So wird z.B. in immer mehr Vertraegen 2-woechiger Urlaub bei 2,3 und 4 Dienstjahren bewilligt.

Kein finanzieller Verlust des Arbeitnehmers

Nach keinem der 1.473 Verträge, die Gegenstand dieser Erhebung waren, mussten Arbeitnehmer weniger Bezahlung für die Urlaubszeit annehmen, als ihnen bei normaler Arbeit zuteil geworden wäre.

Drei Arten der Urlaubsgeldberechnung waren in den untersuchten Verträgen vorherrschend. Nach der ersten wird der Durchschnittsverdienst (pro Stunde oder Woche) während einer bestimmten verfloßenen Zeitspanne festgelegt. Der ermittelte Durchschnitt wird dann bei der Berechnung der Urlaubsstunden oder -wochen angewendet.

Ein zweites Verfahren sieht eine Bezahlung rein nach Zeit für die betreffende Anzahl der Stunden vor - 40, 80, 120, etc. Die dritte Methode besteht darin, dass ein Prozentsatz aus den Verdiensten des Arbeitnehmers während einer bestimmten Periode ermittelt wird. Diese Perioden variieren zwischen mindestens 4 Monaten und höchstens einem Jahr. Die meist angewandten Prozentsätze für 1, 2 und 3 Wochen Urlaub sind entsprechend 2, 4 und 6% der Verdienste in vorangegangenen Jahren. Diese Methode ist besonders geeignet, wenn die Lohnberechnung auf Akkord- oder sonstiger Leistungsbasis aufgebaut ist.

Alle Verträge dieser Erhebung waren gegen Ende 1948 oder im Jahre 1949 in Gültigkeit. Sie waren von Unternehmern aus allen Teilen der Vereinigten Staaten abgeschlossen worden und ungefähr gleichmäßig auf Verbände des A.F.L. und C.I.O. verteilt. Fast ein Achtel der Verbände waren unabhängig oder nicht angegliedert. In ungefähr der Hälfte der 1.473 Verträge waren Angaben über die Zahl der Arbeitnehmer vorhanden. Diese belief sich auf fast drei Millionen.

LABOR INFORMATION
U.S. Dept. of Labor
Oktober 1949

GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG IN ENGLAND

Mr. H. Wilde, Delegierter der Vereinigung der Genossenschaften (Co-operative Union Limited) hat in seiner Ansprache auf dem Bridlington Congress folgendermassen zu den Aufgaben der Genossenschaftsbewegung in der modernen Gesellschaft Stellung genommen:

Unsere Organisation ist Eigentum und untersteht der Kontrolle des Verbrauchers nach dem einfachen, aber weit verbreiteten, demokratischen Grundsatz: 1 Mitglied, 1 Stimme. In unserer Bewegung ist die treibende Kraft des Privatgewinns ausgeschaltet und damit die Ausbeutung des Verbrauchers beseitigt worden. Dies muss nach meiner Ansicht das höchste Ziel bei der Verstaatlichung sein.

Wenn man den noch herrschenden Einfluss des Privatunternehmens betrachtet, muss unsere Überzeugung zur Geltung kommen, dass in einer sozialistischen Wirtschaft, die auf die Interessen des Verbrauchers ausgerichtet ist, Raum für uns ist. Sowohl auf dem Gebiete der Produktion als auch der Verteilung bestehen einige Möglichkeiten, dass private und staatlich kontrollierte Unternehmen nebeneinander bestehen.

Wir können vor allem eine Idee nicht unterstützen, nach der hundert Jahre des Fortschritts seit dem Entstehen der Genossenschaftsbewegung in einer ausgesprochen sozialistischen Wirtschaft ohne Bedeutung sein sollen. Dies würde einen Verlust wertvoller Erfahrungen und eine Ungerechtigkeit den zehn Millionen Mitgliedern gegenüber bedeuten, die dessen Eigentümer sind, es kontrollieren und unterstützen. Wir, aus der Bewegung, sind an dieser Frage höchst interessiert und sind der Meinung, dass der Stand der Dinge so bald wie möglich geprüft werden sollte.

Deshalb ist es uns eine Befriedigung zu sehen, dass unser Arbeitsausschuss mit einem aehnlichen Ausschuss der Labor Party konferiert, und dass solche Tagungen mit dem entsprechenden Unterausschuss des Gewerkschaftsbundes abgehalten werden. Wir hoffen, dass das Ergebnis dieser Tagungen gegenseitiges Verstehen und Zusammenarbeit sein wird.

Tatsachen an Hand von Zahlen.

Nach kuerzlichen offiziellen Feststellungen des Hauptkartefuehrers der Genossenschaftskrankenkassen belief sich die Zahl der Mitglieder von 1.113 Genossenschafts-Vereinen Ende 1948 auf ueber 10 Millionen.

Im vergangenen Jahr wurden in den Konsumlaeden ("Stores") Einkaeufe im Werte von fast 490,000,000 Pfund Sterling getaetigt - das sind ueber 50 Millionen mehr als 1947 und 200 Millionen mehr als im Jahre 1938.

Die Aktiva dieser Verteiler- und Erzeugergenossenschaften zusammen beliefen sich auf 396,000,000 Pfund Sterling.

Die Zahl der Grosshandels- und Erzeugergenossenschaften war 189, doch sind es davon hauptsaechlich drei bedeutende, die fast alle Geschaefte erledigten. Die Co-operative Wholesale Society Limited, die Scottish Co-operative Society Limited und die English and Scottish Joint Co-operative Wholesale Limited verkauften im Jahre 1948 Waren im Gesamtwerte von 311.304.000 Pfund Sterling.

Der Umsatz dieser Grosshandelsgenossenschaften hat sich waehrend der letzten 10 Jahre verdoppelt, und sie haben damit mit dem Aufstieg der Verteilergenossenschaften Schritt gehalten.

Labor
Oktober 1949

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II- 37-38

Frankfurt, 25 November 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Offene Bücher gefordert	1
Produktionssteigerung durch Mechanisierung	2
CIO erneut fuer Marshall-Plan.	4
Gewerkschaftseigene Wohlfahrtsfonds und ihre politische Bedeutung	5
Wesentliches fuer den TUC.	7
Zusammenarbeit in der TVA.	9
Soziale Betreuung der Arbeitslosen	12
Betriebsunfaelle der Stahlindustrie.	13
Bizone erhielt 1948 - 49 Hauptanteil der ERP- Lebensmittellieferungen.	13
Bericht von Holland.	13
Kupers bleibt im Dienst.	17
Die Frau eines Farmers wird Botschafterin der Vereinigten Staaten.	18
Oeffentliche Gewerkschaftsorgane in den U.S.	19
Erfolge der Eisenbahngestellten in den U.S.	20

OFFENE BUECHER GEFORDERT

Ein Schiedsrichter der Nationalen Behoerde fuer Wechselbeziehungen der Arbeit (National Labor Relations Board) forderte in den Vereinigten Staaten fuer eine Gewerkschaft das Recht, die Bücher einer Firma einsehen zu koennen.

Wenn dieser Vorschlag von dem 5 Mitgliederausschuss selbst bewilligt wird, wuerde ein Praezedenzfall von grosser Bedeutung fuer unsere Organisation geschaffen werden, erklarte Paul Styles, Bezirksdirektor der NLRB. Er erinnerte daran, dass Walter Reuther, der Praesident der Automobilarbeiter (CIO), bei Verhandlungen mit den "General Motors" (Allgemeine Motorenwerke) im Jahre 1946 in Atlanta dieselbe Frage aufgeworfen hatte.

Anlass zu dieser Forderung gaben Lohnstreitigkeiten zwischen der Gewerkschaft der Lederarbeiter (AFL) und der Southern Saddlery Company in Chattanooga, Tennessee. Ein Jahr lang hatte die Firma bei Tarifverhandlungen immer wieder erklart, dass es ihr unmoeglich sei, die geforderte Lohnerhoehung zu zahlen. Gleichzeitig weigerte sie sich jedoch, irgendeinen Beweis fuer ihre Zahlungsunfaehigkeit zu liefern.

The CIO News,
24. Oktober 1949

PRODUKTIONSSTIEGERUNG DURCH MECHANISIERUNG

Clinton S. Golden, Berater fuer Arbeitsfragen in der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA), sprach vor einer britischen Gewerkschaftsdelegation, die die Vereinigten Staaten besuchte, um die dortigen Arbeits- und Produktionsbedingungen zu studieren. Wir entnehmen seiner Rede die folgenden interessanten Auszuege:

Der Begriff der "Produktionssteigerung" ist leider, meiner Ansicht nach jedoch ganz verstaendlicher Weise, in der Anschauung vieler Arbeiter gleichbedeutend mit einer groesseren Beanspruchung ihrer physischen Kraefte - kurz gesagt, eine "beschleunigte" und gesteigerte Ausbeutung des Menschen im Dienste privater Interessen.

Das seinerseits hat die Befuerchtung aufkommen lassen, dass die Gesundheit des Arbeiters infolge der erhoehten koerperlichen Beanspruchung bedroht ist. Noch groesser ist die Furcht vor Arbeitslosigkeit als Folge der erhoehten Warenerzeugung, fuer die kein rentabler Absatzmarkt gefunden werden kann. In den Vereinigten Staaten hatten wir leider Krisen im gesamten Verlauf unserer industriellen Entwicklung durchzumachen. Die Folge davon waren weitverbreitete Arbeitslosigkeit, das Herabsinken des Lebensstandards - wenigstens zeitweise - und grosse Entbehrungen und Elend fuer viele Lohnempfaenger.

Unter diesen Umstaenden ist es verstaendlich, wenn Arbeiter die Einfuehrung neuer arbeitssparender Maschinen und Produktionsmethoden zur Reduzierung der Produktionskosten nicht nur fuerchten, sondern sich ihr mit allen moeglichen Mitteln widersetzen.

Bis vor einigen Jahren sah unsere technische Wissenschaft ihre Hauptaufgabe in der grosstmoeglichen Mechanisierung der Industrie, ohne allzuviel Ruecksicht auf das Leben, die Sicherheit und das Wohlergehen der Arbeiter zu nehmen.

Wir haben jedoch die Erfahrung gemacht, dass die "Produktionssteigerung" nicht unbedingt diese nachteiligen Folgen nach sich ziehen muss. Ich halte es weder fuer ungerecht noch uebertrieben, wenn ich feststelle, dass das Ansteigen der Mitgliederzahl in unseren Gewerkschaften und ihr wachsender Einfluss mehr als irgendein anderer Einzelfaktor die Ceffentlichkeit erkennen laesst, dass Sicherheitsmassnahmen im Interesse der Lohnempfaenger getroffen werden muessen.

Besucher aus zahlreichen Laendern, die zum Studium der Produktionsleistung nach den Vereinigten Staaten kommen, sind ausnahmslos von der Mechanisierung und von dem Maschinenpark unserer Fabriken beeindruckt worden.

Es besteht kein Zweifel, dass diese Mechanisierung einen wichtigen Faktor in der Produktionsleistung Amerikas darstellt. Ich moechte etwas ueber die Haltung unserer Gewerkschaften hinsichtlich der Einfuehrung dieser neuen Maschinen und ihrer Verwendung anfuehren.

In der Regel sind amerikanische Arbeiter nicht so sehr darauf versessen, mehr Kraftleistung anzuwenden, als zur Ausfuehrung ihrer Arbeit unbedingt noetig ist. Sie sind bereit, Maschinen oder sonstige mechanische Mittel immer dann zu gebrauchen, wenn sie damit Koerperkraft ersetzen koennen. Diese Einstellung war nicht immer so.

Zwei Dinge haben die Einfuehrung von produktiveren Maschinen fuer die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften ertraeglich gemacht.

Erstens die Arbeitslosenversicherung, durch die Arbeitslose Anspruch auf Unterstuetzung haben, deren Dauer in den einzelnen Staaten verschieden ist und sich bis auf 26 Wochen fuer jedes Jahr belaufen kann.

Zweitens ist es die wachsende Erkenntnis innerhalb der Arbeiterschaft, dass die Einfuehrung arbeitssparender Maschinen fuer einige Arbeiter zeitweilig zwar den Verlust ihrer gewohnten Beschaeftigung bedeuten kann, fuer die Dauer jedoch durch diese neuen Maschinen mehr Beschaeftigungsmoeglichkeiten geboten werden. Jedenfalls haben wir diese Erfahrung hier in den Vereinigten Staaten gemacht. Die durch die Mechanisierung neu entstandenen Arbeitsplaetze sind haeufig unmittelbar in denselben Industriezweigen zu finden, in denen diese Maschinen und die dazu gehoerigen Einrichtungen hergestellt oder bedient werden.

In vielen Industriezweigen hat der Einsatz von mehr Maschinen eine groessere Produktion von Waren zu niedrigeren Preisen ermoeeglicht. Durch diese niedrigeren Preise sind somit mehr Gueter in den Bereich der Kaufkraft weiterer Kreise gelangt. Die Folge der vermehrten Nachfrage war die Ausdehnung der Industrie und die Neueinstellung von weit mehr Arbeitern, als je durch den Einsatz dieser Maschinen ihres Arbeitsplatzes beraubt wurden.

Die Entwicklung in der Textilindustrie dieses Landes zeigt diese Vorgaenge deutlich. Der Einsatz elektrischer Maschinen, sowie die Anwendung neuer Arbeitsverfahren haben aus der Bekleidungsindustrie, die aus kleineren Betrieben bestand und insgesamt etwa 10.000 Menschen beschaeftigte, eine Industrie gemacht, die heute 100.000 Arbeitern in New York allein in der Herstellung von Damen-Bekleidung Beschaeftigung bietet. Darueber hinaus arbeiten viele Tausende in Industriezweigen, die eng damit verbunden sind und das Material fuer sie liefern. Mit der Einfuehrung dieser Maschinen waren zwar bestimmte Berufe ueberfluessig geworden, doch zur gleichen Zeit wurden Tausende von neuen Arbeitsplaetzen geschaffen. Noch etwas anderes: Produktionssteigerung haengt haeufig nicht nur von dem Einsatz von Maschinen ab, sondern auch von der Verbesserung der Werksanlagen, der Verwendung besserer Werkzeuge, von besserer Produktionsplanung und groesserer Beruecksichtigung der Wuensche des Verbrauchers. Natuerlich muss gewaehrleistet werden, dass die Produktion die Absatzmoeglichkeiten nicht uebersteigt.

Ein drittes wichtiges Moment steht mit diesen beiden Entwicklungen in engem Zusammenhang: Mit dem Wachsen der Mitgliederzahl der Arbeiterorganisationen, besonders in den letzten 10 Jahren, bestehen fuer die Arbeiter bessere Moeglichkeiten mit den Unternehmern erfolgreich zu verhandeln und durch diese Mechanisierung bessere Beschaeftigungsmoeglichkeiten, Loehne und allgemeine Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Zu dem zweiten Punkt moechte ich noch bemerken, dass in der amerikanischen Industrie die Zahl der ungelernten Arbeiter, die schwere Handarbeit verrichten, staendig im Absinken begriffen ist. Die Verwendung neuer Maschinen hat die Einfuehrung und Entwicklung neuer Fachberufe zur Herstellung und Bedienung der arbeitssparenden oder -"ersetzenden" Maschinen noetig gemacht. Fuer die Arbeiter und das Maschinenpersonal wird deshalb die Beschaeftigung weniger muhsam und weit interessanter.

In all diesen Ueberlegungen ist ein wichtiger psychologischer Faktor zu beruecksichtigen. Den Arbeitern gibt ihre Arbeit ohne Zweifel persoenliche Befriedigung und das Bewusstsein groesserer persoenlicher Verantwortung, weil die Bedienung der Maschinen an die Stelle schwerer Handarbeit getreten ist.

Die Industrie in den Vereinigten Staaten war hauptsaechlich auf unsere Inlandsmaerkte angewiesen, um fuer die gesteigerte Produktion Absatz zu finden. Diese Absatzmaerkte konnten sich zum Teil ausdehnen und entwickeln, weil es keine Steuern und sonstige Beschraenkungen im freien Handelsverkehr unserer 48 Staaten gibt und zum Teil, weil es infolge der Loehnerhoehungen den Arbeitern moeglich wurde, weit mehr Waren als je zuvor zu kaufen. Diese neue Nachfrage hat in vielen Faellen zu weit mehr Beschaeftigungsmoeglichkeiten gefuehrt, als durch die Einfuehrung neuer Maschinen beseitigt worden waren.

Eine europaeische Wirtschaftseinheit wuerde durch die Beseitigung der Handelsbeschraenkungen, (wie z.B. zwischen den Laendern), einen freien Warenaustausch ermoeeglichen und einen europaeischen Absatzmarkt erschliessen, in dem es zur Zeit 275 Millionen kaufkraeftige Verbraucher gibt. Diese Tatsache sollte eigentlich

allen Europaern zu denken geben, die nicht nur an der wirtschaftlichen Gesundheit, sondern auch an einer Verbesserung des Lebensstandards und der Schaffung neuer Beschaeftigungsmoeglichkeiten interessiert sind. Es gibt keine bessere Gewaehr fuer einen zukuenftigen Weltfrieden, als eine vereinigte europaeische Wirtschaftspolitik, da das die Vollbeschaeftigung, Hebung des Lebensstandards und Wohlstand fuer die Bevoelkerung des Kontinents bedeuten wuerde.

Einige Besucher, die im Rahmen des Programms zur Technischen Unterstuetzung (Technical Assistant Program) zu uns in die Vereinigten Staaten kommen, haben den Eindruck gewonnen, dass fuer die amerikanische Massenproduktionsmethoden riesige Fabrikanlagen und ungeheure Kapitalanlagen noetig sind. Dies trifft teilweise, aber nicht ganz zu.

Die Methoden der Massenproduktion erfordern unter anderem eine Umstellung in der Organisation und in den Beziehungen der Arbeiterschaft selbst. Es bedeutet z.B. die Aufgabe alter Arbeitsmethoden, bei denen der Arbeiter direkt an der Herstellung der Waren beteiligt war. Bei der Massenproduktion ist niemand an der Fertigstellung der Ware direkt beteiligt, doch jeder traegt seinen Teil dazu bei.

Es ist nicht in jedem Falle noetig, riesige Fabrikanlagen und ungeheure Kapitalanlagen bei der Anwendung dieser neuen Prinzipien zur Verfuegung zu haben. Sie sind sogar in kleinen Holzverarbeitenden Betrieben in den Vereinigten Staaten zur Anwendung gekommen, wo nur 5 Personen beschaeftigt werden. Die Einfuehrung neuer Arbeitsmethoden machte grosse Produktionssteigerungen selbst in solchen Zwergbetrieben moeglich.

Labor Information
November 1949

CIO ERNEUT FUER MARSHALL-PLAN

Der Elfte Verbandstag des 600.000 Mitglieder umfassenden CIO (Congress of Industrial Organizations) brachte erneut die Bereitschaft zum Ausdruck, den Marshall-Plan mit allen Mitteln zu unterstuetzen, und erklarte, dass die amerikanische Hilfe "nicht dazu missbraucht werden duerfe, anderen Voelkern altbekannte Wirtschaftsmethoden zur Ausbeutung und Unterdrueckung aufzuzwingen."

Diese Feststellung gehoert mit zu den Hoehepunkten einer Resolution zur amerikanischen Aussenpolitik, die von den Delegierten gegen nur 50 Stimmen einer unbedeutenden, aber laermenden Gruppe des linken Fluegels angenommen wurde.

Die Resolution verspricht die Mitarbeit des CIO an dem Atlantik-Pakt, den Aufgaben der Vereinten Nationen, am Punkt-VI-Programm Praesident Trumans, den Bemuehungen zum Wiederaufbau eines geeinten, demokratischen Deutschlands und an der Unterstuetzung der demokratischen Kraefte in Asien.

Mit der Erklaerung, dass die Wiedergesundung Europas engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Marshall Plan Laender erforderlich macht, stellte der Verbandstag fest, "dass es nun ganz eindeutig ist, dass wirtschaftliche Sicherheit mit politischer Freiheit gepaart werden muss, wenn Europa nicht wieder in die Arme des Fachismus oder des Kommunismus getrieben werden soll."

Mit der Bitte an den U. S. Kongress, ausreichende Hilfsmittel zur Durchfuehrung des Marshall Plans zur Verfuegung zu stellen, wird in der Resolution warnend festgestellt, dass "die fortgesetzte Zusammenarbeit der Arbeiterschaft Amerikas und Europas" von ausschlaggebender Bedeutung fuer die erfolgreiche Durchfuehrung des Hilfsprogramms ist. Es heisst dann weiter:

"Wir ersuchen die Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA), engere Beziehungen mit den Gewerkschaftsbewegungen und sonstigen nichtkommunistischen, fortschrittlichen Organisationen in Europa aufzunehmen. Die sowjet-kommunistische Beeinflussung und Opposition der Demokratie muss dort bekaempft werden, wo sie ihre zersetzende Arbeit auszufuehren versucht, und das ist unter den Arbeitern." ---

In der CIO Resolution zur Aussenpolitik heisst es weiter, dass Deutschland ein Bestandteil des neuerstandenen, europaeischen Wirtschaftsgebildes sein muss, und dass es gefaehrlich sei, die internationale Kontrolle des produktiven Ruhrgebietes nur als eine Massnahme aufzufassen, "durch die die Besiegten von den Siegern unterdrueckt werden."

Man faehrt dann fort: "Um Erfolg zu haben, muessen alle westeuropaeischen Demokratien gemeinsame Vereinbarungen treffen, die die gleichmaessige Verteilung und Zuteilung ihrer Kohlen- und Stahlproduktion regeln.

"Dies ist der Kernpunkt einer engeren Zusammenarbeit im europaeischen Wirtschaftsleben, die unerlaesslich ist, wenn Wohlstand und allgemeine Hebung des Lebensstandards auf der Basis der wirtschaftlichen Stabilitaet erreicht werden sollen."

Der CIO wandte sich an den Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten in Deutschland, John J. McCloy, und legte ihm nahe, "der neuerstandenen deutschen Gewerkschaftsbewegung und allen anderen demokratischen Kraeften in Deutschland jede nur moegliche, aufrichtige Hilfe zukommen zu lassen," um dem bedrohlichen Wiederaufleben nazistischen Einflusses und monopolistischer Kartellierungsversuche entgegenzuarbeiten.

Es wird in der Resolution erkluert, "dass zu diesem Zweck die Abteilung fuer Arbeitsfragen im Amt des Hohen Kommissars vergruessert werden muesse, damit sie sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik betuetigen koenne."---

Labor Information
7. November 1949

GEWERKSCHAFTSEIGENE WOHLFAHRTSFONDS UND IHRE POLITISCHE BEDEUTUNG

Es folgen Auszuege aus einem Artikel von Professor A. L. Gitlow von der Universitaet in New York. Er behandelt eine Frage, die von zunehmendem Interesse fuer die Vereinigten Staaten ist, da sich in den verschiedenen Wohlfahrtsfonds der Gewerkschaften viele Millionen Dollar angehaeuft haben. Diese Fonds, ueber die zum grossen Teil die Gewerkschaften verfuegen, stellen einen neuen wirtschaftlichen Machtfaktor dar.

Es scheint eine Tatsache zu sein, dass von Gewerkschaften verwaltete Wohlfahrtsfonds (health and welfare funds) den Gewerkschaften und ihren Fuehrern einen starken, politischen Machtfaktor in die Hand geben. Warum ist dies so?

Erstens, weil sie die Treue des Arbeiters zur Gewerkschaft foerdern. Sie ziehen Nichtmitglieder an und halten die, die schon Mitglied sind, zurueck. Letztere haben ein lebhaftes Interesse an den Fonds und ihren Leistungen. Der Austritt aus der Gewerkschaft bedeutet fuer sie den Verlust ihrer Ansprueche auf Unterstuetzungen. Kann sich jemand ernstlich vorstellen, dass ein Durchschnittsmitglied unter diesen Umstaenden aus seiner Gewerkschaft austritt, um in einer anderen Mitglied zu werden? Ich denke nicht.

Zweitens stellt ein Wohlfahrtsfond eine materielle Quelle dar, aus der die Arbeiter Verstaendnis und Anerkennung fuer die Gewerkschaft und ihre Fuehrer schoepfen. Ich hatte Gelegenheit, dies in einer Ausfuehrung ueber den Versicherungsfond der Amalgamated Laundry Workers (Vereinigte Waeschereiarbeiter) festzustellen. Die Erfahrungen dieser Versicherung haben ohne den geringsten Zweifel ergeben, dass die Arbeiter der Gewerkschaft Dankbarkeit zollen. Die Treue beruht auf Dankbarkeit, und Loyalitaet der gesamten Mitgliederschaft ist von grosser Bedeutung fuer die Gewerkschaftsfuehrer.---

Drittens wird manchmal angedeutet, dass Gewerkschaftsfuehrer sich die Unterstuetzung der Arbeiter sichern koennen, indem sie ihnen nahelegen, eine Krankheit vorzutauschen und dadurch unberechtigte Ansprueche an die Wohlfahrtsfonds zu stellen.

Viertens bietet ein Wohlfahrtsfond einer Gewerkschaft und ihren Fuehrern eine grossartige Moeglichkeit, sich ein gewaltiges finanzielles Reservoir zu schaffen. Eine Vorauszahlung geht unmittelbar an den Arbeiter. Die Gewerkschaft kann einen finanziellen Gewinn nur durch Aenderung der Beitraege und sonstigen Erhebungen erzielen. Ist jedoch ein Fond vorhanden, dann kann die Gewerkschaft unabhaengig verfuegen. Manchmal ist der Reservefond selbst mit ein Grund fuer das Bestehen eines Wohlfahrtsfonds, weil in einigen Faellen Gewerkschaftsfuehrer mit wenig Begeisterung feststellen, dass die Hoehe der Beitraege der Unternehmer von den Ergebnissen ihrer wissenschaftlichen, statistischen Untersuchungen ueber vorhandene Sicherheiten abhaengig ist; auch ist es manchmal nur die Tatsache, dass zahlreiche Kassen das Bestreben haben, weit mehr Geldreserven anzusammeln, als dies zur Leistung der Unterstuetzungsgelder noetig waere. Die Beitraege der Unternehmer sind oft von keinerlei Untersuchungen ueber Sicherheiten abhaengig, sondern sie zahlen soviel, wie die Gewerkschaften im Verlauf von Kollektivverhandlungen herauszuschlagen verstehen.

Fuenftens scheinen viele Gewerkschaftsfuehrer die Meinung zu teilen, dass man Wohlfahrtsfonds im allgemeinen nicht aufgibt, auch wenn in wirtschaftlichen Krisen die Loehne herabgesetzt werden. Folglich waeren diese Wohlfahrtskassen dann eine Kraftquelle fuer die Gewerkschaften, wenn sie am dringendsten benoetigt wird. Die grosse Masse der Mitglieder wuerde nicht so bereitwillig die Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft aufgeben, wie sie das sonst in Notzeiten tun wuerde, wenn mit ihrem Austritt der Verlust ihrer langbestehenden Ansprueche auf Unterstuetzungen verbunden ist. Dieses Programm ist fuer die Wohlfahrt aufgestellt, und es besteht mehr Grund, es in einer Krise beizubehalten als in Zeiten des allgemeinen Wohlstandes.---

Sechstens bestehen in der Verwaltung eines Wohlfahrtsfonds fuer Gewerkschaftsfuehrer staendig Beschaeftigungsmoeglichkeiten mit vielleicht guter Bezahlung. Durch diese Moeglichkeiten, die den Gewerkschaftsfuehrern in die Hand gegeben sind, erlangen diese Wohlfahrtsfonds grosse Bedeutung fuer sie. Ein schlagender Beweis ist durch die Debatten im Fruehjahr 1948 gegeben, die sich um das Wohlfahrtsprogramm der Vereinigten Bergarbeiter in der bituminoesen Kohlenindustrie drehten. Eines der Hauptziele von John L. Lewis, das scheinbar infolge bedeutenderer Probleme wie Streik und seine Beilegung uebersehen wurde, war die Forderung nach administrativer Kontrolle der Wohlfahrtsfonds.---

Siebtens stellen Wohlfahrtsfonds eine maechtige Waffe im Ringen um die innere Disziplin in den Gewerkschaften dar. Eine gelegentliche Durchsicht der Gewerkschaftsbestimmungen ueber die Verwaltung solcher Kassen wird enthuelen, dass fast ueberall "guter Ruf" in der Gewerkschaft Grundbedingung bei der Auswahl der Arbeiter ist, denen Unterstuetzungen gewahrt werden. Es kommt vor, dass die Gewerkschaft - womit gewoehnlich die Verwaltung gemeint ist - nach fast freiem Ermessen bestimmen kann, wer und wer nicht in "gutem Rufe" steht. Wenn entschieden wurde, dass ein einzelner oder eine gesamte oertliche Vereinigung nicht diesen guten Ruf geniessen, ist es moeglich, den Betreffenden alle Ansprueche auf Unterstuetzungen zu entziehen. Dies bedeutet einen schweren wirtschaftlichen Schlag fuer die betroffenen Mitglieder. Sie werden nicht leichtfertig eine solche Bestrafung riskieren. Diese Befugnis wird in den Haenden der Gewerkschaft zu einem starken, politischen Machtfaktor.---

Wohlfahrtsfonds koennen viel zum allgemeinen Wohle beitragen. Um dieses Ziel zu foerdern, sollten abschliessend zu unseren hiesigen Betrachtungen bestimmte Regeln beachtet werden; (1) angemessene, statistisch gerechtfertigte Prinzipien bei der Festsetzung der Beitraege, (2) strenge Bestimmungen, um die Faelle zu reduzieren, in denen Krankheit vorgetauscht oder der Fond zu politischen Zwecken benutzt wird, (3) Erziehung der Arbeiter zu der Einsicht, dass die Unternehmer einen gewissen Kredit zur Gruendung dieser Wohlfahrtsfonds benoetigen und (4) berufsmassige Verwaltung der Kasse, damit sie nicht zum politischen Gehilfen der Gewerkschaftsverwaltung wird.

Die statistische Untersuchung ist erforderlich, um das Anhäufen von ueberschuessigen Geldreserven zu verhindern. Ueberschuessige finanzielle Reservoirs sind aus folgenden Gruenden abzulehnen: Sie haben zersetzende Wirkung auf die Ehrlichkeit der Gewerkschaftsverwaltung, koennen Anlass zum Vortauschen einer Krankheit geben, eine unnoetige Mehrausgabe des Arbeiters darstellen und zu einem umfangreichen Speicher untaetigen Kapitals anwachsen. Auf der anderen Seite koennten sie Gewerkschaftsfuehrer dazu verleiten, unkluge Investitionen vorzunehmen.

Industrial and Labor Relations Review
Oktober 1949.

WESENTLICHES FUER DEN BRITISCHEN GEWERKSCHAFTSBUND (T.U.C.)

Man hat in letzter Zeit den Gewerkschaftsfuehrern so viel den Vorwurf gemacht, sie haetten den Ernst der gegenwaertigen Lage nicht zu erfassen gewusst, dass es ein gutes Recht des Verwaltungsrates ist, auf die Unrichtigkeit dieser Behauptung hinzuweisen.

Sie haben die schwere Aufgabe, nicht nur ein ausserordentlich verwickeltes internationales Problem selbst zu erkennen, sondern auch die grosse Zahl ihrer Mitglieder davon zu ueberzeugen, dass sie die "Cripps Politik" mit dem Aufschieben der Lohnerhoehungen und der Sozialfuersorge auf laengere Zeit hinaus hinnehmen muessen.

Und wenn die Gewerkschaftsfuehrer dies tun, muessen sie ausserordentlich wachsam sein, damit ihre Vorsicht von den Unternehmern nicht als Zeichen der Schwaeche ausgelegt wird und man demnach die Regierung dazu bewegen koennte, jene begierigen Wuensche anzunehmen, die die Traeume der Konservativen darstellen und auf eine "geringe" Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, Kuerzung der Lebensmittelzuschuesse und eine Reduktion der Steuern abzielen.

Sie duerfen das Vertrauen ihrer Mitglieder nicht enttauschen und muessen zu gleicher Zeit darauf bedacht sein, eine Notstandslage zu verhindern, die leicht zu einem finanziellen Chaos fuehren koennte.

Die Berichte, die der Verwaltungsrat dem Kongress vorgelegt hat, sind meechtern, gut informiert und mit einer unbedingten Vollstaendigkeit aufgebaut, die hohes Lob verdient. Man hat in ihnen sorgfaeltig ein Gleichgewicht gewahrt, das von den gemuessigteren Kritikern auf beiden Seiten ohne die geringste Fairness angegriffen wurde.

Der allgemeine kommunistische Grundsatz, der besagt, dass alles gut waere, wenn die Gewerkschaften nur bereit waeren, ihre Macht dazu zu benutzen, einen Bruch mit Amerika herbeizufuehren und die totale Zusammenarbeit mit Russland und seinen Verbuedeten einzuleiten, kann nicht als ernstzunehmende Alternative angesehen werden.

Die Beduerfnisse unseres Volkes sind nun durch die Marshallhilfe gedeckt. Diese kann weder durch eine russische Hilfe ersetzt werden noch durch eine solche Zunahme des ost-westeuropaeischen Handels, dass die damit verbundenen Risiken gerechtfertigt waeren.

Zwei Verpflichtungen

Solange uns die kommunistische Partei kein genaues Programm vorlegen kann, nach dem sie in der Lage ist, den Lebensstandard unserer Arbeiter auf dem jetzigen Niveau zu halten, sind ihre Anfeindungen gegen die Gewerkschaftsfuehrer in keiner Weise gueltig.

Dies bedeutet meiner Ansicht nach keineswegs, dass sich der Gewerkschaftsbund nun fuer das naechste Jahr zur Ruhe setzen kann, nachdem er die Meinung einer riesigen Mehrheit gegen seine kommunistischen Kritiker gewonnen hat.

Die wichtigste Aufgabe, die den Gewerkschaftsfuehrern obliegt, ist, sich zu vergewissern, dass alle Mitglieder ueber unsere Probleme tatsaechlich unterrichtet sind; die vor kurzem mit den Eisenbahnen gefuehrten Verhandlungen zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Ihre zweite grosse Aufgabe besteht darin, eine weit grossere Fuehlungnahme zwischen Arbeitern und ihren Vorgesetzten herzustellen.

Die Haelfte der wilden Streiks entstehen, weil dieser Kontakt nicht besteht, zu langsam in seiner Arbeitsweise oder psychologisch unwirksam ist; die Kommunisten sind selten dazu in der Lage, diese Streiks zu foerdern, aber sie koennen mit grosser Geschicklichkeit Nutzen daraus ziehen.

Die Bewegung ist in einem solchen Masse angewachsen, und die von Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes in Westminster und Whitehall zu uebernehmenden Verpflichtungen sind so gross geworden, dass es den hoechsten Fuehrern der meisten Gewerkschaften noch nicht moeglich gewesen ist, ihre oeffentlichen Beziehungen in ein entsprechendes Gleichgewicht mit diesen Aufgaben zu bringen.

Schwierige Aufgaben

Nur wenige Gewerkschaften lassen ihren Mitgliedern die erforderlichen, laufenden, - ich betone das Wort "laufenden" - wirksamen Informationen ueber Wirtschaftsangelegenheiten zukommen. Nur wenige sind im Besitze eines Forschungsstabes, der seinen schweren Aufgaben auch nur annaeherd gewachsen waere. Die Erziehung ihrer Mitglieder ist in keinem Falle soweit gediehen, dass man in jedem Arbeitszweig auf eine wirkliche Armee von Freiwilligen mit der fuer die Loesung der Aufgaben der Bewegung noetigen Qualifizierung zurueckgreifen koennte.

Es waere mir eine Befriedigung zu wissen, dass sich alle Generalsekretaere darueber im klaren sind, dass die praktische Erfahrung in einem bestimmten Industriezweig fuer jeden in der Forschung Taetigen zwar wertvoll ist, die gruendliche Erfahrung in wirtschaftlichen und statistischen Fragen jedoch nicht ganz ersetzen kann.

Ich moechte gerne sehen, dass die Forschung den Gewerkschaften derartige Dienste leistet, dass sie den Unternehmern und der Regierung in ebenbuertiger Weise gegenebertreten koennen. Ich hoffe, dass man mir verzeiht, wenn ich behaupte, dass dies heutzutage nicht der Fall ist.

Stoehnen von der Rechten

Der andere Gesichtspunkt ist weit einfacher. Die an den Gewerkschaftsfuehrern Kritik uebenden der Rechten beschaeftigen sich zum grossten Teil weniger mit der eigentlichen Lage als vielmehr mit der Atmosphaere, die sie fuer die allgemeine Wahl schaffen moechten.

Die meisten Seufzer ueber den "Wohlfahrtsstaat" sind das uebliche Propagandamittel, das die Labour Regierung fuer alle Schwierigkeiten verantwortlich machen moechte. Sie sollen gemegend Alarm und Enttaeuschung in den Vereinigten Staaten hervorrufen, um die U.S. Regierung und den Kongress zur Mitarbeit an einem neuen 1931 zu veranlassen.

Bis jetzt haben die Kritiker der Rechten grosse Fehlschlaege in Amerika erlebt. Doch hinter ihnen stehen hier Leute wie Lord Beaverbrook, Lord Kemsley, Lord Rothermere und ihresgleichen. Ihre Aufgabe besteht darin, Nachrichten fuer die Oeffentlichkeit zurechtzulegen, dass man lediglich nur Schwierigkeiten sehen kann. Dieselben koennten nur von einer Regierung mit Mr. Churchill an der Spitze behoben werden.

Ich glaube nicht, dass es ihnen gelingen wird, die Arbeiter zu der Ueberzeugung zu bringen, dass Mr. Churchill die liebe alte Grossmutter ist, der das kleine Rotkaeppchen, der Gewerkschaftsbund (T.U.C.), unbedingt vertrauen kann.

Labour, Oktober 1949.

Aus einem Artikel von Harold Lasky, der in "Forward" erschienen ist.

ZUSAMMENARBEIT IN DER TVA

Das Tennessee Talsperren-System ist eines der interessantesten Experimente moderner Naturkraft - und Wirtschaftsverwaltung in den Vereinigten Staaten, aber es ist in Deutschland wenig bekannt. Die Tennessee Valley Authority (TVA) ist eine Koerperschaft oeffentlichen Rechts zur Kontrolle des Tennessee Fluss-Tals. Sie befasst sich mit der Stromkontrolle, der Aufforstung, der Bodenbewaesserung und unter ihrer Leitung laufen eine Anzahl von grossen elektrischen Kraftstationen. Die TVA unterhaelt durch einen Gemeinsamen Zentralen Ausschuss fuer Zusammenarbeit gute Beziehungen mit den Gewerkschaften. Wir veroeffentlichen hier einige Auszuege aus dem amtlichen Handbuch des Ausschusses, um unseren Lesern einen Einblick in die Arbeitsverhaeltnisse dieser Verwaltung zu geben:

Grundlagen des Verwaltungs-Gewerkschaftsausschusses

Die TVA und der Gewerkschaftsrat des "Tennessee Tals" erkennen gemeinsam an, dass eine Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmern erforderlich ist, um die Aufgaben zu erfuehlen, fuer welche die TVA gegruendet worden ist. Zusammenarbeit bedeutet die Schaffung eines Geistes der Gruppenarbeit zwischen Arbeitnehmern und ihren Arbeitsvorgesetzten mit dem Ziele, die gestellten Aufgaben wirksam und unter guenstigsten Arbeitsbedingungen, die geboten werden koennen, zu loesen. Solch ein Geist der Gruppenarbeit gruendet sich auf die Wechselbeziehungen der Kollektiv-Verhandlungen, welche wohl definierte Vereinbarungen ergeben haben, und er wird zum groessten Teil aus den taeglichen Wechselbeziehungen zwischen Arbeitnehmern und ihren unmittelbaren Arbeitsvorgesetzten bei der Erledigung ihrer Aufgaben entwickelt.

Vor einigen Jahren haben die TVA und der Gewerkschaftsrat des "Tennessee Tals" eine Organisation geschaffen, um weitere Anregungen fuer Wechselbeziehungen der Zusammenarbeit unter dem Programm der Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitung zu geben (siehe Anlage A). Diese Organisation besteht aus einem Gemeinsamen Zentralen Ausschuss fuer Zusammenarbeit (siehe Anlage B), und gemeinsamen oertlichen Ausschuessen fuer Zusammenarbeit, die an verschiedenen Arbeitsstellen errichtet worden sind (siehe Anlage C). Der Zentralausschuss stellt die grundlegenden Richtlinien fuer eine organisierte Zusammenarbeit auf. Die oertlichen Ausschuesse fuehren das Vorhaben aus. In ihrer Arbeit werden sowohl die zentralen als auch die oertlichen Ausschuesse von den Festlegungen ueber Zusammenarbeit geleitet, welche vom Aufsichtsrat im Jahre 1935 herausgegeben worden waren. Der Inhalt dieser Festlegung wurde in Artikel XI der Allgemeinen Vereinbarung zwischen der TVA und dem Gewerkschaftsrat des "Tennessee Tals" aufgenommen, als ueber diese Vereinbarung im Jahre 1940 verhandelt wurde. Der Artikel besagt, dass der generelle Zweck der Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmern durch ihre Interessenvertretungen ist, die Ziele zu foerdern, fuer welche die TVA geschaffen wurde, und es werden darin bestimmte Dinge aufgefuehrt, welche die Arbeit der Ausschuesse bilden, um zur Erfuellung dieses Zweckes beizutragen. Diese Festlegung, die also in die Allgemeine Vereinbarung aufgenommen worden ist, stellt es klar heraus, dass die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitung das Kollektiv-Verhandlungswesen ergaenzt, aber nicht ersetzt. Tatsaechlich kann die gewuenschte Art der Zusammenarbeit nur vorhanden sein, wenn die Organisation der Kollektiv-Verhandlungen sich zufriedenstellend auswirkt. Das Programm fuer Zusammenarbeit ist sowohl zum Wohle der Betriebsleitung, als auch der Arbeitnehmer aufgestellt worden. Die zu behandelnden Fragen umfassen Vorschlaege aller Art und nicht nur technische Angelegenheiten.

Plan fuer gemeinsame Ausschuesse fuer die Zusammenarbeit der TVA und Gewerkschaft

Die Tennessee Valley Authority (hier TVA genannt) und der gewerkschaftliche Rat des Tennessee Tals (nachstehend Gewerkschaftsrat genannt) schliessen den folgenden Plan fuer gemeinsame Ausschuesse zur Zusammenarbeit gemaess den Ausfuehrungen in der Deklaration der Allgemeinen Vereinbarung:

Die TVA und der Gewerkschaftsrat erkennen an, dass Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmern unerlaesslich ist, um die Aufgaben im Interesse der Oeffentlichkeit zu erfuehlen, fuer welche die TVA gegruendet worden ist, gemaess den TVA Statuten vom 18.5.33., sowie deren Ergaenzungen, und erkennen an, dass eine derartige Zusammenarbeit weitestgehend auf einem

klar ausgewaegten gegenseitigen Verstehen zwischen der TVA und ihren Arbeitnehmern beruht, zu welchem man durch den Vorgang der Kollektiv-Verhandlungen gelangt ist (Artikel II).

Gegenseitige zufriedenstellende und nuetzliche Beziehungen haben immer zwischen der TVA und den Gewerkschaften bestanden, die die Arbeitnehmer der TVA vertraten. Der Gewerkschaftsrat hat anerkannt, dass das Aufgabengebiet der TVA regionale und nationale Eigenschaften hat, und die Arbeitnehmer haben ein Interesse bekundet, das grosser ist, als nur das Bestreben, Geld zu verdienen.

Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen haben gemeinsam mit dem Aufsichtsrat und der Betriebsleitung ein Interesse am und dem Wunsch nach dem Erfolg dieses Unternehmens bei der Erfuellung seiner einzigartigen und weitsichtigen Zwecke, fuer die es gegruendet wurde. In all den Jahren nach 1933 haben Worte und Taten die Hoffnung ausgedrueckt, dass die Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitung nicht nur die unmittelbaren Ziele zufriedenstellender Loehne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen erreichen koennten, sondern ebenso eine Art der Zusammenarbeit aufbauen, die grossere Leistungen auf dem Arbeitsplatze erzielen und den Grundstock einer Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitung legen wuerde. Eine solche Zusammenarbeit wuerde in diesem Teil unseres Landes jenes Prinzip der Wechselbeziehungen fuer gueltig erklaren, das wirtschaftlich wirksam sowie sozial wuensenswert ist.

Die allgemeine Vereinbarung, die zwischen der TVA und 15 gewerkschaftlichen Organisationen durch Vermittlung des Gewerkschaftsrates abgeschlossen wurde, hat ein System geschaffen, das die schuetzenden Aufgaben dieser Vereinigung gebuehrend zum Ausdruck bringt. Die Arbeitnehmer und der Gewerkschaftsrat erkennen die Pflicht zur Loyalitaet zum Betrieb oder zum Projekt an. Dieser Grundsatz ist bekannt und zeigt sich in der Zusammenstellung erfahrener Werkmannschaften, im Streben nach Qualitaetsarbeit und manchmal auch darin, dass Garantien fuer gute Ausfuehrung von uebernommenen Arbeiten gegeben werden, andernfalls die Gewerkschaft die Arbeit auf Selbstkosten nochmal leisten wird; und in verschiedenen anderen ueblichen Vereinbarungen. Die TVA erkennt, dass Arbeitnehmer und Gewerkschaftsrat zur Foerderung ihrer Aufgaben bedeutend beitragen koennen, wenn sie eine solche Verantwortung uebernehmen und garantiert, dass die Vertreter der Betriebsleitung alle Vorschlaege der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen zur Verbesserung der Arbeitsleistung entgegennehmen und bearbeiten werden. Die in Artikel XI der Allgemeinen Vereinbarung vorgesehenen und nachstehend erwaehten Gemeinsamen Ausschuesse fuer Zusammenarbeit koennen wohl am besten als Technische Ausschuesse bezeichnet werden, die sich in erster Linie mit Produktionssteigerung und erst dann mit Betreuungsaufgaben befassen, worunter Loehne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen fallen. Diese lokalen technischen Ausschuesse beraten ueber Mittel und Wege zur Verbesserung der Arbeitsmethoden, Steigerung der Arbeitsleistung und Foerderung der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und der Betriebsfuehrung in den Werkstaetten und an den verschiedenen Projekten.

Der Plan zur Errichtung eines solchen lokalen Ausschusses oder mehrerer Ausschuesse, sofern sie sich als durchfuehrbar und tragbar erweisen sollten, wird folgendermassen festgelegt:

Der Zentrale Ausschuss

1.) Es wird ein Gemeinsamer Zentralausschuss fuer Zusammenarbeit gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Exekutivrat des Gewerkschaftsrates und Technischer Leiter, Leiter des Elektrizitaetswesens, Direktor der Abteilung fuer Chemo-Technik, Direktor der Abteilung fuer Materialeinsatz und Leiter der Personalabteilung der TVA. An der Spitze stehen der Praesident des Gewerkschaftsrates und der Leiter der Personalabteilung der TVA, der den Hauptgeschaeftsfuehrer der TVA repraesentiert. Der Exekutivrat des Gewerkschaftsrates ernennt aus den Reihen seiner Mitglieder einen Ausschuss, der befugt ist, Angelegenheiten des Gemeinsamen Zentralausschusses fuer Zusammenarbeit zu bearbeiten. Der Gemeinsame Zentralausschuss fuer Zusammenarbeit foerdert, leitet und koordiniert die Organisation und die Arbeit derjenigen Gemeinsamen Lokalen Ausschuesse, die nach beiderseitigem Einvernehmen errichtet werden. Er tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen, um die gefassten Beschluesse und solche Massnahmen zu ueberpruefen, die getroffen oder von irgendwelchen Gemeinsamen Lokalen Ausschuessen fuer Zusammenarbeit (deren Schaffung wie nachstehend vorgesehen ist) ueberwiesen wurden; oder um solche

gemeinsamen Massnahmen zu besprechen, die im Sinne von Artikel XI der Allgemeinen Vereinbarung wuenschenenswert erscheinen.

Lokale Ausschuesse

2.) Der Gemeinsame Zentralausschuss fuer Zusammenarbeit wird uebereinkommen, an welchen Arbeitsstellen und Projekten Gemeinsame Lokale Ausschuesse fuer Zusammenarbeit gebildet werden sollen. Die ersten lokalen Ausschuesse werden auf einer Versuchsbasis errichtet werden, und die Ausdehnung des Planes auf andere Projekte wird von ihren Erfahrungen und ihrem Erfolg abhaengen. Gemeinsame Lokale Ausschuesse fuer Zusammenarbeit werden in regelmassigen Abstaenden Sitzungen abhalten (Einzelheiten werden oertlich bestimmt); Sondersitzungen koennen von den Vorsitzenden wie erforderlich einberufen werden. Wenn die zustaendigen Vertreter der Gewerkschaft und der Betriebsleitung sich einigen, und wenn der Gemeinsame Zentralausschuss fuer Zusammenarbeit seine Zustimmung gibt, kann auch ein Vereinigter Ausschuss fuer das oeffentliche Stromversorgungswesen oder fuer andere Abteilungen oder Bezirke mit besonderen Merkmalen, die von den lokalen Ausschuessen nur ungenuegend bearbeitet werden koennen, errichtet werden.

Mitgliedschaft bei den Ausschuessen

3.) Die Mitglieder der Gemeinsamen Lokalen Ausschuesse fuer Zusammenarbeit, die die Gewerkschaften vertreten, sind vom Gewerkschaftsrat dazu ernannte Arbeitnehmer der TVA. Der die TVA vertretende Mitgliederkreis besteht aus dem obersten Repraesentanten der Betriebsleitung und solchen Leuten, die er hierfuer ernennen kann. Betriebsleitung und Gewerkschaften entsenden nicht mehr als 9 Mitglieder, ohne dass die Mitgliederzahl fuer beide gleich sein muss. Gewerkschaftsvertretern im festen Arbeitsverhaeltnis, die zufaellig waehrend einer Sitzung Dienst tun, entsteht kein Nachteil in der Bezahlung fuer die zur Sitzung erforderliche Zeit. Dagegen nehmen andere Mitglieder auf eigene Kosten an der Sitzung teil.

Organisation der Ausschuesse

4.) Ein Gemeinsamer Lokaler Ausschuss fuer Zusammenarbeit fuehrt seine eigene Gliederung durch, doch sind/dieser Organisation ein Mitvorsitzender als Vertreter der Betriebsleitung und einer, der die Gewerkschaften vertritt, ferner ein Sekretaer zur Erledigung des entsprechenden Schriftverkehrs vorgesehen. Diese Mitvorsitzenden bilden zusammen mit dem Sekretaer einen Exekutivausschuss, der die regelmassigen Sitzungen der Gemeinsamen Ausschuesse fuer Zusammenarbeit anberaumt. Ein Bericht ueber die Organisation und die Protokolle aller Sitzungen des Gemeinsamen Lokalen Ausschusses fuer Zusammenarbeit werden oertlich gefuehrt. Je eine Kopie behalten der Sekretaer des Gewerkschaftsrates, der betreffende Abteilungsleiter und der Arbeitskreis fuer persoenliche Wechselbeziehungen innerhalb der Betriebe. Berichte ueber Angelegenheiten, die von jedem Gemeinsamen Lokalen Ausschuss fuer Zusammenarbeit behandelt wurden, werden in einer vom Gemeinsamen Zentralausschuss vorgeschriebenen Form gehalten. Die Betriebsleitung stellt Schreibkraefte zur Verfuegung.

Aufgaben der Ausschuesse

5.) Die Aufgaben der Gemeinsamen Lokalen Ausschuesse sind gemuess Artikel XI der Allgemeinen Vereinbarung folgende:

Die Gemeinsamen Ausschuesse fuer Zusammenarbeit haben die Aufgabe, Angelegenheiten zu bearbeiten, wie sie in der abschliessenden Festsetzung der Richtlinien fuer Wechselbeziehungen des Arbeitnehmers erlaeutert sind, naemlich: Vermeidung von Zeitverlust bei der Konstruktion und Produktion; Sparsamkeit in der Verwendung der Materialien, Vorrate und Energie; Verbesserung der fachlichen Kenntnisse und Arbeitsausfuehrungen; Foerderung der Erziehung und Ausbildung; Beseitigung von Zustaenden, die Anlass zu Beschwerden und Missverstaendnissen gaben; Anleitung zur hoeflichen Haltung der Arbeitnehmer im Verkehr mit der Oeffentlichkeit; Sicherung der Gesundheit; Verhuetung von Unfaellen, die Leben oder Eigentum bedrohen; Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen; und Hebung der Arbeitsmoral. Die

Ausschuesse eroertern und bearbeiten jedoch keine Streitigkeiten, deren Beilegung in den Artikeln VII, VIII und IX dieser Vereinbarung vorgesehen ist. Beschluesse dieser Ausschuesse fuer Zusammenarbeit muessen einmuetig angenommen werden und werden dem betreffenden Vorstand einer oder beider Parteien zur Durchfuehrung ueberwiesen.

Alle Parteien sind verpflichtet, sorgfaeltig und genau alle Eingaben zu ueberpruefen. Sie muessen genau unterscheiden, dass Beschluesse ueber Betriebsfuehrung nur die Betriebsleitung und die ueber Gewerkschaftswesen nur die Gewerkschaften betreffen. Wenn Vorschlaege oder Eingaben nach eingehender Besprechung der Gemeinsamen Ausschuesse nicht von allen Parteien gebilligt werden, bleiben sie unberuecksichtigt. Wenn sie angenommen werden und ein Beschluss wird gefasst, werden die getroffenen Entscheidungen an die zustaendigen Stellen zur Durchfuehrung weitergeleitet.

SOZIALE BETREUUNG DER ARBEITSLLOSEN

Eine neue Aufgabe der amerikanischen Gewerkschaften.

NEW YORK -- (Amerika Dienst) -- Die seit Anfang Herbst im Abflauen begriffene Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten hat durch die Streiks in der Kohlen- und Stahlindustrie wieder zugenommen. Trotz aller sozialen Schutzmassnahmen und einer ausgedehnten Arbeitslosenversicherung ergeben sich mit dem Verlust des Arbeitsplatzes fuer jeden Betroffenen zahlreiche Probleme, die er allein nur muhsam oder ueberhaupt nicht zu loesen vermag. Hier greifen die Gewerkschaften ein. Die Unterstuetzung der arbeitslosen Gewerkschaftsangehoerigen wurde vor kurzem von Funktionaeren einer dem CIO angeschlossenen Textilarbeitergewerkschaft eingehend erlaeutert. "Die Praxis", so erklarten sie, "war eine harte Schule; jedoch wird laufend an der Verbesserung der Sozialfuehrsorge und der Arbeitslosenversicherung gearbeitet. Zuerst suchen die Entlassenen ihr zustaendiges Versicherungsamt auf und stellen einen Antrag auf Gewaehrung von Arbeitslosenunterstuetzung. Schon hienetzt die Hilfe der Gewerkschaft ein, die dafuer sorgt, dass durch das Ausfuellen der Antraege keine Zeit verlorenggeht. Bei Massenentlassungen stellt sie geeignete Hilfskraefte zur Verfuegung, um die Bearbeitung der Antraege und die Zustellung der Zahlungsanweisungen zu beschleunigen."

In vielen Faellen hat die Textilarbeitergewerkschaft in den Industrie staedten mit den Unternehmern Abkommen ueber die Umstellung auf Kurzarbeit getroffen. Bevor nicht die Arbeitszeit auf woeentlich 32 Stunden verkuerzt worden ist, sollen keine Entlassungen ausgesprochen werden. In einigen Faellen gehen die Arbeiter eine Woche zur Arbeit und empfangen die naechste Woche Arbeitslosenunterstuetzung. Dadurch behalten sie den Kontakt mit ihrem Arbeitsplatz, waehrend sich gleichzeitig ihr Anspruch auf Unterstuetzung durch Fortdauer der Beitragszahlungen verlaengert.

Mitarbeit in oertlichen Wohlfahrtsausschuessen

Die Gewerkschaft unterstuetzt ihre Betriebe auch bei der Beschaffung von Auftraegen. Wo eine Modernisierung der Maschinenanlagen zur Ueberwindung der Krise beitragen kann, tritt sie fuer die Gewaehrung von staatlichen Krediten ein, und in industriearmen Bezirken bemueht sie sich um das Heranziehen neuer Industrien.

Aber noch wichtiger ist die beratende Taetigkeit, die leitende Funktionaere und Betriebsobleute der Textilarbeitergewerkschaft in den Wohlfahrts- und Sozialausschuessen der Gemeinden ausueben. Sie haben schon viele Arbeitslosenversicherungs-empfaenger oder deren Familienmitglieder in staedttische Krankenhaeuser, Zahnkliniken und Kinderheime eingewiesen oder, sobald die Versicherung ihre Leistungen einstellte, fuer ihre Versorgung durch oertliche Hilfsorganisationen gesorgt. Um fuer diese Taetigkeit geruestet zu sein, erhalten die mit solchen Aufgaben betrauten Gewerkschaftsfunktionaere eine Spezialausbildung, die von dem Sozialausschuss der CIO in Verbindung mit den oertlichen Behoerden durchgefuehrt wird.

Kuerzlich erklarte ein fuehrender Vertreter der Stahlarbeitergewerkschaft zum Thema der sozialen Aufgaben der Gewerkschaften: "In den letzten 8 oder 10 Jahren haben sich die organisierten Arbeiter immer mehr daran gewoehnt, fuer die Loesung

ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme die Hilfe der Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen. Selbstverstaendlich liegen unsere grossen Aufgaben darin, mit den Unternehmern Verbindung zu halten, Kollektivvertraege abzuschliessen und fuer eine angemessene Entlohnung zu sorgen. Darueber hinaus springen die Gewerkschaften auch in solchen Faellen helfend ein, in denen die Unternehmer ihre Fuersorgepflicht fuer die Arbeiter vernachlaessigen."

BETRIEBSUNFAELLE DER STAHLINDUSTRIE

NEW YORK -- (Amerika Dienst) -- Die Zahl der Betriebsunfaelle amerikanischer Stahlarbeiter war 1948 die niedrigste seit Bestehen der Stahlindustrie und betrug 5,86 pro Million Arbeitsstunden, gab das amerikani sche Eisen- und Stahlinstitut kuerzlich bekannt. Die Unfallquote liegt 49 Prozent unter dem Durchschnitt aller anderen Industriezweige. Lediglich die Nachrichtenbetriebe, die Flugzeugwerke und die elektrotechnische Ausruestung herstellenden Unternehmen wiesen noch weniger Unfaelle auf.

EUROPAEISCHES WIEDERAUFBAUPROGRAMM

BIZONE ERHIELT 1948-49 HAUPTANTEIL DER ERP-LEBENSMITTELLIEFERUNGEN.

WASHINGTON -- (Amerika Dienst) -- Die Bizone erhielt im Wirtschaftsjahr 1948/49 den grossten Teil der amerikanischen Lebensmittellieferungen im Rahmen des Marshallplanes, gefolgt von den unter amerikanischer Kontrolle stehenden Gebieten des Fernen Ostens, gab das U.S. Landwirtschaftsministerium vor kurzem bekannt.

Die ERP-Laender erhielten 63 Prozent der gesamten Lebensmittelausfuehren der Vereinigten Staaten. 19,5 Prozent gingen an die Laender des Fernen Ostens und 9,2 Prozent an die latein-amerikanischen Republiken. Das Volumen der Gesamtausfuehren lag um 15 Prozent ueber den Mengen des vorangegangenen Wirtschaftsjahres und ist mehr als fuenfmal so gross wie die 1935-39 ausgefuehrte Lebensmitteltonnage.

Weizen, Reis, Mais und andere Getreidesorten stehen mit 82 Prozent der Gesamtausfuehren an erster Stelle. Die Lieferungen von Fetten und Oelen erhoeheten sich gegemeber 1947-48 um 60 Prozent und die Exporte von Gemuese und Fruechten aller Art um 10 Prozent.

Lediglich die Ausfuhr von Fleisch und Molkereiprodukten ging leicht zurueck.

BERICHT VON HOLLAND

Von Evert Kupers, Praesident des Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes.

Der Kampf der Gewerkschaftsbewegung in allen Laendern bedeutet eigentlich nichts anderes als Kampf der Arbeiter um das Mitbestimmungsrecht in sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die ihr Wohlergehen betreffen.

Als die Gewerkschaftsbewegung in den Niederlanden noch in den Kinderschuhen steckte, war man bemeht, dieses Recht nur in Lohn- und Beschaeftigungsfragen zu erlangen. Diese Forderung nach Mitbestimmung in Beschaeftigungs- und Lohnangelegenheiten wurde den hollaendischen Gewerkschaften noch zu Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts oft streitig gemacht.

Erst nach schwerem Kampf begann man in den Niederlanden einzusehen, dass nicht allein das Unternehmertum ueber Loehne und Arbeitsbedingungen zu bestimmen habe, sondern dass auch den Arbeitern eine Gelegenheit gegeben werden muesse, ihre Ansichten darueber durch ihre Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen.

Im allgemeinen kann man sagen, dass das Mitbestimmungsrecht in Verhandlungen ueber Arbeitsbedingungen den hollaendischen Gewerkschaften heutzutage voll und ganz zuerkannt wird - und zwar nicht nur in Fragen der Lohnregelung, sondern auch des Urlaubs, der Bezahlung fuer Ueberzeit, usw. Darueberhinaus hat man durch Gesetze des Parlaments zahlreiche soziale Massnahmen ergriffen, denen alle industriellen, landwirtschaftlichen und Handelsunternehmen unterliegen.

Wenn heute neue soziale Gesetze ausgearbeitet werden, zieht der Minister fuer soziale Angelegenheiten immer Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu Rate. Damit waere der Kampf der hollaendischen Gewerkschaften um das Mitbestimmungsrecht erfolgreich beendet, soweit es sich um soziale Probleme handelt. Auf wirtschaftlichem Gebiet jedoch ist dieser Stand sicherlich noch nicht erreicht.

Die Lohnempfaenger der Niederlande sind sich darueber im Klaren, dass ein sozial gerechtfertigtes Lohnniveau nur unter gesunden Wirtschaftsverhaeltnissen beibehalten werden kann, und sie wuenschen deshalb nicht, dass ihr Mitbestimmungsrecht nur auf Verhandlungen ueber Arbeitsbedingungen beschraenkt bleibt.

Folglich beansprucht die niederlaendische Gewerkschaftsbewegung fuer sich das Recht, bei der Loesung wirtschaftlicher Probleme, die die Wohlfahrt des Landes betreffen, zu Rate gezogen werden. Aus diesem Grunde sind dem Niederlaendischen Parlament kuerzlich zwei wichtige Gesetzesentwuerfe unterbreitet worden. In dem einen handelt es sich um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Leitung der Industrie im allgemeinen, waehrend sich der andere mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den einzelnen Unternehmen befasst.

Seit dem Jahre 1922 sieht die niederlaendische Verfassung Koerperschaften zur Kontrolle der Industrie vor. Sie haben die Befugnis, den betreffenden Industriezweigen Richtlinien vorzuschreiben, die eingehalten werden muessen.

Ueberall in der Welt haben sich die Probleme, deren Loesung den Regierungen obliegt, zu beträchtlichem Umfang erweitert. So ist es auch in den Niederlanden. Folglich musste das Parlament vergrossert werden.

Die Minister haben zusammen mit der Koenigin die Exekutivgewalt inne. Sie koennen sich jedoch nicht um alles selbst kuennern, und muessen deshalb einen grossen Teil ihrer Aufgaben ihren Beamten uebertragen. Dies birgt die Gefahr einer voelligen Buerokratisierung in sich und erweckt die Forderung nach Dezentralisierung und Uebertragung einiger Regierungsaufgaben auf Fachorganisationen sozialen und wirtschaftlichen Charakters.

Es muss hier erwaeht werden, dass die Arbeitgeber erkannt haben, dass die Schaffung solcher Koerperschaften unerlaesslich ist, da sich ihr Fehlen in Notzeiten sehr stark bemerkbar machte. Um solchen Krisen zu begegnen, haben hollaendische Unternehmer sehr oft gegenseitige Vereinbarungen getroffen, die bestimmte Richtlinien in Fragen der Produktion, Preise, Verteilung u.ae. festlegten. Wenn sich einige Aussenseiter jedoch nicht an diese Richtlinien hielten, wurde die gesamte Vereinbarung wertlos. Man erstrebte deshalb, solche Vereinbarungen gesetzmaessig festzulegen, was, beilaeufig erwaeht, vor dem zweiten Weltkrieg in Holland in einigen Faellen gelang.

Die dem Parlament kuerzlich unterbreitete Gesetzgebung sieht die Errichtung einer zentralen Koerperschaft fuer alle Industrien des Landes vor, - der Soziale, Wirtschaftliche Rat - in dem Regierung, Arbeitgeberverbaende und Gewerkschaften gleich stark vertreten sein sollen.

Es waere Aufgabe dieses Rates, auf Anforderung die Regierung in allen sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten. Diese Beratung koennte sich jedoch auch auf bestimmte Fragen erstrecken, die auf Veranlassung des Rates selbst angeschnitten wurden. Ferner haette der Rat die Richtlinien der verschiedenen industriellen Organisationen zu koordinieren. Was letztere betrifft, unterscheidet der Gesetzentwurf vertikale und horizontale Organisationen.

Unter einer vertikalen Organisation versteht man eine Koerperschaft, die alle Industriezweige umfasst, die an der Herstellung eines besonderen Erzeugnisses beteiligt sind, vom Rohstoff bis zum Verkaeuer an den Verbraucher. Die vertikale Organisation umfasst die gesamte Industrie. In dem vertikalen Aufbau gibt es jedoch auch horizontale Bestandteile. Die vertikale Organisation setzt sich aus einer Anzahl horizontaler Organisationen zusammen.

Es herrschen Meinungsverschiedenheiten betreffs der Form, die diesen industriellen Organisationen gegeben werden soll. Der Hollaendische Gewerkschaftsbund erachtet beide Formen fuer notwendig. Die Form der horizontalen Organisation ist fuer viele Beteiligte annehmbar, doch sind die Meinungen ueber die vertikale Form sehr verschieden. Sie haengen von der Einstellung zum Problem der Planwirtschaft ab.

In dem Gesetzentwurf ist nicht viel ueber die Zustaendigkeit der zu errichtenden Koerperschaften gesagt. Er sieht die Schaffung des Sozialen, Wirtschaftlichen Rates vor. Fuer jede einzelne Organisation bedarf es einer besonderen Verordnung.

Die Frage der Zustaendigkeit jeder einzelnen Organisation wird spaeter noch geloeost werden muessen. Der Niederlaendische Gewerkschaftsbund bemaengelt, dass dieses Problem noch voellig ungeklaert ist. Man befuerchtet, korporative Bestrebungen zu foerdern, wenn diesen Organisationen das Recht verliehen wird, satzungsmassig bindende Bedingungen aufzustellen.

Es koennte am Rande vermerkt werden, dass in Belgien Organisationen ins Leben gerufen wurden, die nur beratenden Charakter haben. Niederlaendischen Anschauungen zufolge ist dies nicht ausreichend.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der verantwortliche Minister Entschliessungen der industriellen Organisationen fuer ungueltig erklaren kann. Es besteht zweifellos die Moeglichkeit, dass sich Arbeiter und Unternehmer in den industriellen Organisationen zusammenschliessen, um durch hohe Preise und hohe Loehe den Verbraucher auszubeuten. Um dieser Gefahr zu begegnen, befuerwortet der Niederlaendische Gewerkschaftsbund die Heranziehung von Regierungsdelegierten als Vertreter der Oeffentlichkeit.

Die verschiedenen politischen Parteien und Gewerkschaftsverbaende Hollands sind in dieser Angelegenheit nicht der gleichen Meinung. Bekanntlich gibt es in den Niederlanden vier verschiedene nationale Gewerkschaftsverbaende - Netherlands Federation of Trade Unions (Niederlaendischer Gewerkschaftsbund) mit 360.000 Mitgliedern, Catholic Federation (Katholischer Bund), dessen Mitgliederzahl sich auf 262.000 belaeuft, Protestant Federation (Protestantischer Bund mit 141.000 Mitgliedern und Communist "Unity" Federation (Kommunistischer "Einheitsbund"), der 168.000 Mitglieder fuer sich beansprucht.

Wir haben uns bis jetzt mit dem Einfluss der hollaendischen Arbeiterschaft in der Industrie im allgemeinen befasst. Nun wollen wir die Frage ihres Einflusses in den einzelnen Unternehmen eroertern. Wir sind der Meinung, dass beide Formen sehr wertvoll sind, doch dass ihre Bedeutung verschieden gross ist.

Die Organisation innerhalb der Industrie kann bedeutende Hilfe bei der Durchfuehrung einer geplanten Wirtschaftspolitik leisten, doch ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Leitung der einzelnen Unternehmen von mehr unmittelbarer Bedeutung fuer sie. Innerhalb der Betriebe oder Werkstaetten werden mit den Arbeitern Angelegenheiten besprochen, ueber die sie ihre eigenen Meinungen haben, und bei deren Eroerterung sie ihren Einfluss geltend zu machen wuenschen.

Zur Anerkennung der Persoenlichkeit des Arbeiters ist seine Mitbestimmung innerhalb seines Betriebes oder Werkstaette von weit groesserer Bedeutung als seine Mitbestimmung in der Industrie im allgemeinen.

Vor einigen Jahrzehnten hat man in einigen Betrieben konsultative Koerperschaften ins Leben gerufen, in denen die Arbeiter vertreten waren. Zum erstenmal spricht man von diesen Organisationen um 1880. Zu jener Zeit war die niederlaendische Gewerkschaftsbewegung noch sehr schwach.

Nach 1900 entstanden immer mehr solcher konsultativer Koerperschaften, die jedoch weniger ehrliche Ziele als die Erstgegruendeten verfolgten.

Die hollaendische Gewerkschaftsbewegung war staendig im Wachsen, und die Unternehmer hielten nach einem geeigneten Mittel Ausschau, um diese wachsende Bewegung in Zaum halten zu koennen.

Sie glaubten, dieses Mittel gefunden zu haben, indem sie konsultative Ausschüsse, Betriebsvereinigungen, usw. schufen; damit hofften sie gleichzeitig, ihre Arbeitnehmer davon ueberzeugen zu koennen, dass es ueberfluessig sei, einer regelrechten Gewerkschaft beizutreten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die Arbeiterschaft zu jener Zeit mit allen Mitteln der Bildung solcher Organisationen widersetzte.

Die Lage aenderte sich erheblich waehrend und nach dem ersten Weltkrieg. Die Arbeiterbewegung der Niederlande machte so grosse Fortschritte, dass die Arbeitgeber sich ihr nicht laenger verschliessen konnten, und nun arbeiteten diese konsultativen Koerperschaften fuer die Gewerkschaften. Es besteht jedoch noch immer die Gefahr, dass diese Organisationen eines Tages gegen die Gewerkschaften eingesetzt werden. Wir werden spaeter auf diese Frage zurueckkommen.

Nach dem ersten Weltkrieg uebte die Gewerkschaftsbewegung der Niederlande einen starken Druck auf die Regierung aus, um die Gesetzgebung auf diesem Gebiet zu erreichen. Die Bemuehungen waren nicht von Erfolg gekroent. Es wurden jedoch zahlreiche Tarifvertraege abgeschlossen, nach denen die Bildung konsultativer Koerperschaften obligatorisch war. In der Zeit zwischen den beiden Kriegen wurde die Schaffung dieser Organisationen durch gegenseitige Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geregelt.

Die erste Regierung nach dem zweiten Weltkrieg nahm einen Gesetzentwurf ueber Betriebsraete in ihr Programm auf. Die zweite Nachkriegsregierung fuehrte die entsprechenden Massnahmen durch.

Der Entwurf sieht vor, dass ein Unternehmen mit mehr als 25 Arbeitern einen Betriebsrat aufstellen muss. Der zustaeendige Minister kann in bestimmten Faellen Ausnahmen gestatten.

Welche Aufgabe hat der Betriebsrat? Artikel 4 des Entwurfes besagt:

"Es ist die Aufgabe des Betriebsrates, sich - unter voller Anerkennung der unabhengigen Taetigkeit des Arbeitgebers - mit allen Mitteln fuer die erfolgreiche Arbeit des Betriebes einzusetzen. Zu diesem Zweck beraet er auf gemeinsamer Basis ueber Unterweisungsprobleme und die Durchfuehrung und Regelung von Massnahmen, die ihrem Charakter und der gegebenen Situation zufolge in seinen Taetigkeitsbereich fallen. Der Betriebsrat soll ferner das gegenseitige Verstaendnis und die Zusammenarbeit im Betriebe foerdern."

Diese Beschreibung ist ziemlich unbestimmt, irgendetwas ist jedoch darin enthalten.

Paragraph 2 des Artikels beschreibt jedoch gluecklicherweise in konkreterer Form die Aufgabe des Betriebsrates. Man kann sie in zwei Teile zerlegen:

- (1) Mitbestimmung in der Regelung der Arbeitsbedingungen.
- (2) Mitbestimmung in der Leitung des Betriebes.

Die sozialistische Gewerkschaftsbewegung der Niederlande ist der Meinung, dass die Betriebsraete nicht das Recht haben, die wirtschaftlichen Rechte der Arbeitgeber zu beschneiden, sondern dass dieses Recht Koerperschaften vorbehalten bleibt, denen die Kontrolle der gesamten Industrie obliegt.

Es ist jedoch wesentlich, dass Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, bei der Loesung wirtschaftlicher Probleme mitzureden, besonders wenn es sich um Dinge handelt, die von unmittelbarem Interesse fuer sie sind, wie zum Beispiel die Schliessung von Betrieben. In solchen Faellen sollten nach Ansicht des Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes Betriebsraete das Recht haben, die Angelegenheit vor einer vorgesetzten Behoerde zur Sprache zu bringen. In keinem Falle sollte der Arbeitgeber nach freiem Willen entscheiden koennen, wenn die Existenz der Arbeiter seines Betriebes auf dem Spiele steht. Wir bedauern, sagen zu muessen, dass der Gesetzentwurf, der dem Parlament unterbreitet wurde, diese Fragen nicht beruecksichtigt.

Ein anderes wichtiges Problem ist die Methode, nach der die Mitglieder der Betriebsraete gewaehlt werden. Die Wahlen muessen innerhalb des betreffenden Unternehmens durchgefuehrt werden; darueber ist man sich im allgemeinen einig.

Verschiedene Meinungen herrschen jedoch ueber die Frage, wer die Kandidaten ernennen soll. Die Gewerkschaften beanspruchen dieses Recht fuer sich, waehrend andere der Meinung sind, dass bei allen Vorrechten, die den Gewerkschaften einzuraeumen sind, nichtorganisierten Arbeitern ebenso das Recht der Ernennung zustehe.

Der Niederlaendische Gewerkschaftsbund lehnt diese Ansicht rundweg ab. Wenn Arbeiter ihrer Pflicht nicht nachkommen und keiner Gewerkschaft beitreten, dann haben sie nicht auf dieselben Vorrechte wie organisierte Arbeiter Anspruch. Das ist unsere Meinung, und wir bitten deshalb nicht um Entschuldigung.

Die Ueberwachung der Betriebsraete steht dem Vorstand der bereits erwachten Industrieorganisationen zu. Wenn in einigen Faellen diese Organisationen noch nicht bestehen, dann sollen vorlaeufige Ausschuesse gebildet werden. Die Gewerkschaften sollen ebenso stark wie die Arbeitgeberverbaende vertreten sein.

Diese beiden Gesetzentwuerfe sind zum grossen Teil von der "Labor Foundation" ausgearbeitet worden. Die "Foundation" ist eine satzungsmassige Koerperschaft, die nach der Befreiung des Landes von den nationalen Gewerkschaftsverbaenden und den Unternehmervorbaenden ins Leben gerufen wurde. Sie hat eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau des Landes gespielt und wesentlich zum sozialen Frieden beigetragen, der in unserem Lande herrscht und seine wirtschaftliche Wiedergesundung so guenstig beeinflusst hat.

Der Kommunistische "Einheitsbund" beteiligt sich nicht an der Arbeit der "Labor Foundation" und lehnt natuerlich die Gesetzentwuerfe, von denen wir sprachen, ab. Der kommunistische Gewerkschaftsverband hielt es uebrigens fuer angebracht, im Mitteilungsblatt des Weltgewerkschaftsbundes zu behaupten, dass die Rechte der niederlaendischen Gewerkschaften bedroht seien.

Wir hoffen, dass wir hiermit beweisen konnten, dass eine solche Beschuldigung laecherlich ist. Ganz im Gegenteil, die Annahme dieser beiden Entwuerfe durch das Parlament wuerde bedeuten, dass die hollaendischen Gewerkschaften vor neue, grosse Aufgaben gestellt wuerden.

Man wird viel von denen verlangen, die die Arbeiterschaft in den neuen Koerperschaften vertreten werden. Die Gewerkschaften werden groessere Verantwortung zu uebernehmen haben, aber in dem wachsenden Einfluss der Arbeiterschaft auf die Wirtschaftspolitik des Landes wird ein Ausgleich dafuer entstehen, und wir glauben behaupten zu koennen, dass nur gesunde Wirtschaftsverhaeltnisse eine zuverlaessige Gewaehr fuer die dauernde Sicherheit der Arbeiter bieten koennen.

The American Federationist,
September 1949.

KUPERS BLEIBT IM DIENST

Es ist fuer die Abteilung fuer Arbeit in der ECA (Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit) eine Befriedigung zu erfahren, dass Evert Kupers als Vorsitzender des ERPTUAC (European Recovery Program Trade Union Advisory Council, Beratungsausschuss der Gewerkschaften) auch weiterhin amtieren wird, obwohl er sein Amt als Vorsitzender des Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes niedergelegt hat.

Kupers hat sich ein Leben lang durch verstaendige Planung und Zusammenarbeit dem Kampf um den Weltfrieden gewidmet. Er war von Anfang an eine starke Stuetze fuer den Marshall-Plan. Als sich die Satelliten Sowjetrusslands im Welt-Gewerkschaftsbund (WFTU) gegen die Mitarbeit an diesem Plan aussprachen, stellte Kupers fest:

"Der einzige Grund, den ich in dieser Weigerung sehe, ist, dass Russland die wirtschaftliche Wiedergesundung Westeuropas nicht wuenscht. Man weiss dort zu gut, dass in einem wohlhabenden Lande die Kommunisten nicht die geringste Chance haben, auf legalem Wege zur Macht zu gelangen. Deshalb sehe ich in der Verbesserung des Lebensstandards der Allgemeinheit die beste Waffe gegen den Kommunismus."

Als im Maerz 1948 der Britische Gewerkschaftskongress die demokratischen Gewerkschaften nach London einlud, um den Beratungsausschuss der Gewerkschaften im ERP zu bilden, wurde Kupers sofort zum vorlaeufigen Vorsitzenden gewaehlt. Auf der naechsten Tagung im Juli, ebenfalls in London, wurde er zum staendigen Vorsitzenden gewaehlt. Seitdem hat er die Organisation durch die zahlreichen Probleme, die sich im ersten Jahr ergaben, bis zu der sicheren Position gefuehrt, in der sie sich heute als Ratgeberin in Arbeitsfragen bei der OEEC befindet.

ECA Beamte sind Kupers fuer seine Umsicht und Fuehrung in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ERPTUAC sehr dankbar.

Botschafter W. Averell Harriman, Sonderbeauftragter der ECA in Europa, sandte dem Veteranen der Arbeiterfuehrer folgende Botschaft:

"Als Freund und staendiger Beobachter der europaeischen Gewerkschaftsbewegung moechte ich diese Gelegenheit wahrnehmen, um Ihnen persoendlich fuer Ihre wirksame fuehrende Taetigkeit zu danken, die Sie im Kampf um die Einheit Europas auf der sicheren Grundlage der persoentlichen Freiheit und wirklich demokratischer Selbstregierung ausgeuebt haben. Sie, als einer der ersten Wortfuehrer der Arbeiterschaft Europas, haben sehr viel getan, um diese Bestrebungen der Verwirklichung naeherzubringen. ..."

ECA Labor News Letter,
Oktober 1949.

DIE FRAU KINES FARMERS WIRD BOTSCHAFTERIN DER VEREINIGTEN STAATEN

Vor einiger Zeit erklaerte der junge Senator Hubert H. Humphrey, fortschrittlicher Demokrat in Minnesota, gegenueber dem Praesidenten Truman und fuehrenden Regierungsbeamten:

"Die meisten amerikanischen Botschafter im Ausland wurden frueher zu diesen wichtigen Positionen ernannt, weil sie wohlhabende Leute waren, die grosse politische Wahlkaempfe mit grossen Zuwendungen unterstuetzen konnten. Dies sollte jetzt anders werden."

"Viele Laender haben nun Arbeiter- und Sozialdemokratische Regierungen. Botschafter aus den oberen Schichten sprechen deren Sprache nicht, und koennen ihre Ansichten nicht verstehen. "Onkel Sam" sollte heutzutage nicht von solchen Botschaftern repraesentiert werden."

Humphrey brachte nicht nur diese Meinung zum Ausdruck, sondern empfahl auch einen Botschafter voellig neuer Art - Mrs. Eugenie Anderson, die Frau eines Bauern in Minnesota, die "lange in den Gewerkschaften unseres Staates taetig gewesen ist."

"Sie kommt aus unseren Reihen," sagte Humphrey zu Truman. "Sie ist eine fortschrittliche Frau. Sie wird den wirklichen "Onkel Sam" und das wirkliche amerikanische Volk ~~vertreten~~. Mitglieder aller Arbeiter- und liberalen Regierungen werden sie als ihresgleichen anerkennen."

Vor kurzem ernannte Truman daraufhin Mrs. Anderson zum Botschafter in Daenemark. Es ist zum ersten Male eine Frau, die "Onkel Sam" im Auslande repraesentiert. Bereits drei andere Frauen haben hohe diplomatische Positionen bekleidet, doch keine hat zuvor den Rang eines Botschafters erreicht. -

Die 40-jaehrige Mrs. Anderson wurde auf einer Farm in Iowa geboren, und ist die Frau eines Farmers in Minnesota. Sie hat 2 Kinder, Johanna, 14 Jahre, und Hans, 11 Jahre.

Sie war in der "League of Woman Voters" und in den Kreisen der Democratic-Farmer-Labor Party (Bauern- und Arbeiter-Partei) taetig, und wurde 1948 Mitglied des Demokratischen Nationalkomitees. Im vorigen Jahr nahm sie am Demokratischen Parteitag als Minnesotas Hauptdelegierte teil.

Humphrey erklarte ferner, dass Mrs. Anderson dabei noch Zeit zur Betaetigung innerhalb der Arbeitergewerkschaften fand und ihre Aufgaben, und die der Farmer kennt. "Daenemark, das eine Arbeiter- und Kleinbauernregierung hat, wird erkennen, dass sie ihre Sprache spricht."

L A B O R
22. Oktober 1949

OEFFENTLICHE GEWERKSCHAFTSORGANE IN DEN U.S.A.

Die 197 verschiedenen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten veroeffentlichen insgesamt ungefaehr 800 Zeitungen und andere Schriften. Schaetzungen des US Arbeitsministeriums zufolge liegt ihre Gesamtauflageziffer zwischen 20 und 30 Millionen. Die meisten Veroeffentlichungen erscheinen monatlich und enthalten Dinge, die fuer die betreffenden Gewerkschaften von Interesse sind. Es sind die sogenannten oeffentlichen Organe. Als oeffentliches Organ stellen sie die Stimme der Gewerkschaft dar und ihre Stellungnahme zu Arbeitsproblemen nationalen und anderen Charakters.

Die amerikaniische Arbeitsveroeffentlichung, ob sie monatlich, woechentlich oder zweiwoechentlich erscheint, ist keine Zeitung, obwohl viele fuer die Gewerkschaftler interessanten Informationen darin enthalten sind. Eine Wochenzeitung besteht jedoch, LABOR, die unabhaengig ist, aber hauptsaechlich in Kreisen der unabhaengigen Eisenbahnergewerkschaften und bestimmter AFL Verbaende gelesen wird. Ihre Auflage soll sich auf ungefaehr 1 Million belaufen. LABOR ist in Zeitungsformat gedruckt und enthaelt vor allem Artikel und Leitartikel ueber Fragen der Arbeit und Gesetzgebung.

Das fuehrende monatliche Arbeitsblatt ist wohl das Organ der Vereinigung der Internationalen Maschinenarbeiter, The Machinist, mit einer Auflage von rund 700,000. Diese Vereinigung war frueher dem AFL angeschlossen und ist jetzt unabhaengig. Das oeffentliche Organ des AFL ist als The Federationist bekannt. Obwohl es in einer Auflage von nicht mehr als 150,000 erscheint, ist es fuehrend im Zeitungswesen fuer Arbeit.

Das oeffentliche Organ des CIO ist ein Wochenblatt von 12 Seiten, The CIO News. Das Hauptquartier des CIO gibt woechentlich ungefaehr 90,000 Exemplare heraus, jedoch erscheint in jedem einzelnen Staat eine besondere Ausgabe. Demnach wuerde sich die Gesamtauflage der The CIO News woechentlich auf mehrererere Millionen belaufen.

Arbeitsmitteilungen in den Gewerkschaftszeitungen und Blaettern entstammen im allgemeinen oeffentlichen Quellen, doch haben sich zwei Nachrichtenagenturen entwickelt: Die Federated Press, die bald nach dem ersten Weltkrieg entstand und spaeter die Labor Press Associates.

Vor noch nicht mehr als 20 Jahren waren die Herausgeber der Handelszeitungen nicht gewillt, viel Raum fuer Arbeitsmitteilungen einzuräumen. Heute gibt es praktisch fuer jede fuehrende Zeitung und jede periodisch erscheinende Veroeffentlichung Spezialisten, die ueber Arbeitsfragen schreiben. Die Bedeutung der Arbeitsangelegenheiten in den Mitteilungen ist in gleichem Masse wie die Gewerkschaftsbewegung groesser geworden, deren Mitgliederzahl von etwa 4 Millionen im Jahre 1935 auf mehr als 16 Millionen im Jahre 1949 angestiegen ist. (Ein Beweis fuer die Bedeutung der Arbeitsmitteilungen in den Vereinigten Staaten in der heutigen Zeit ist die Tatsache, dass bei der Eroeffnung der Jahresversammlung des CIO in Cleveland am 31. Oktober mehr als 200 Pressevertreter zugegen waren.

Aus einem Artikel von Herbert Little, Direktor der Informationsabteilung im U.S. Arbeitsministerium, erschienen in Editor & Publisher am 15.10.49.

ERFOLGE DER EISENBAHNANGESTELLTEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Die gewerkschaftlich organisierten Angestellten der Eisenbahnen verdienen heute "in einer Woche mehr, als die nichtorganisierten Angestellten in einem Monat, als unser Verband gegründet wurde," erklärte George M. Harrison, der Präsident der Gewerkschaft fuer Angestellte der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt (AFL), anlaesslich der 50. Jahrestagung der Angestelltenverbaende des Bezirks Chicago.

Harrison stellte fest, dass die nichtorganisierten Eisenbahnangestellten damals nur 17 cts. pro Stunde bei einem 12-Stunden Arbeitstag und 6 oder 7 Arbeitstagen in der Woche verdienten, waehrend der Durchschnittsstundenlohn heute \$1,68 betraegt und nur 5 Tage in der Woche mit insgesamt 40 Arbeitsstunden gearbeitet wird.

Harrison forderte den Einsatz aller Kraefte fuer die Werbung unter den "Freifahrern" (free riders), d.h. derjenigen, die aus den gewerkschaftlichen Einrichtungen Nutzen ziehen, der Gewerkschaft aber nicht beitreten wollen. Eine Erklaerung Harrisons, nach der die Eisenbahnangestellten und andere Gewerkschaften der Eisenbahnen eine Erweiterung des Eisenbahngesetzes (Railway Labor Act) erstreben, fand stuermischen Beifall. Diese Erweiterung soll das Recht zum Abschliessen von "Union Job"-Vertraegen geben, (Tarifvertraege, die alle Arbeitnehmer zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft verpflichten).

Harrison bezeichnete die Konkurrenz, die den Eisenbahnen in dem Strassen-transportwesen entsteht, als unfair. Er erklarte, dass die Eisenbahnen fuer die Instandhaltung ihrer Schienenanlagen bezahlen muessen, waehrend die Benutzung der Landstrasse fuer die Lastkraftwagen frei sei. Er versicherte, dass es teilweise dieser Konkurrenz zuzuschreiben sei, wenn die Beschaeftigungszahl der Gueterlager- und Rampenarbeiter seit 1946 um 50% gesunken ist.

Weekly Labor News Digest
U. S. Department of Labor
2. November 1949.

- 20 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 39

Frankfurt, 2. Dezember 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Europahilfe ueberschreitet 7 Billionen Grenze - - - -	1
Warum groessere Produktivitaet in den U.S.? - - - -	2
Erfolge auf dem Bridlington Kongress - - - - -	4
Produktionsprobleme und englische Arbeiterschaft - -	5
Truman zur Arbeitsgesetzgebung - - - - -	6
AFL und der neue Internationale Gewerkschaftsbund - -	7
Zwangsanleihen fuer ungarische Arbeiter - - - - -	9
Erfolge des neuen britischen Versicherungswesens - -	10
AFL zur Arbeits- und Wirtschaftslage - - - - -	11
Arbeitsbeschaffung durch Marshall-Plan - - - - -	12

EUROPAHILFE UEBERSCHREITET 7 BILLIONEN GRENZE

Einem Bericht der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) zufolge hat die Marshall-Plan-Hilfe fuer die freien Laender Europas die 7 Billionen Dollar Grenze ueberschritten. Die amerikanischen Gewerkschaften unterstuetzen das Programm.

Seit dem Inkrafttreten des Marshall-Planes am 3. April 1948 wurden insgesamt 7,008,869,000 Dollar ausgegeben. Davon erhielten Grossbritannien 1,914,705,000 und Frankreich 1,510,000,000 Dollar - diesen beiden Laendern wurde die grosste Hilfe zuteil.

Die Verlautbarung enthielt ferner einen Bericht, demzufolge die Vereinigten Staaten "nicht genugend Waren von den Marshall-Plan-Laendern importieren, um deren Dollarschulden damit decken zu koennen."

Ein Ausschuss fuehrender Geschaeftsleute und Regierungsvertreter forderte eine Kurseenderung in der amerikanischen Zoll- und Einfuhrkontroll-Politik und erklarte, dass "viele in Europa erzeugten Waren ohne Auswirkungen auf unsere eigene Industriewirtschaft" importiert werden koennten.

Wöchentliches Nachrichtenblatt des AFL

8. November 1949

WARUM GROSSERE PRODUKTIVITAET IN DEN U.S.?

In der allgemeinen und technischen Presse ist oft ueber die enorme Produktionsleistung der amerikanischen Industrie gesprochen worden. Edgar Harries, der als Gewerkschaftsvertreter eine Gruppe Industrieller auf ihrer Reise nach den Vereinigten Staaten begleitete, gibt einige Ausfuehrungen ueber verschiedene amerikanische Produktionsmethoden.

In England gibt es Fabriken, die von Amerika nichts Neues lernen koennten. Alle Betriebe Amerikas haben zwar nicht den hoechsten Stand der Produktionsleistung erreicht, trotzdem ist dieselbe, im ganzen gesehen, weit hoeher als in unserem Land. Hierzu gibt es verschiedene Gruende: bessere Anordnung der Werksanlagen, groessere Normalisierung und Spezialisierung, bessere Organisation der Betriebe und groessere Anwendung der elektrischen Energie.

Die Leistungsfahigkeit der amerikanischen Industrie hat jedoch noch nicht ihr Maximum erreicht, und den Schaetzungen fuehrender Industrieller zufolge, koennte sie noch eine Steigerung erfahren, die zwischen 25% und 60% liegt.

Beim Besuch amerikanischer Betriebe versuchten wir, die beruehmte amerikanische "Hast" festzustellen, indem wir das Tempo der Produktion oder die Geschwindigkeit der Transportmittel beobachteten. Nirgends konnten wir eine groessere Schnelligkeit als in unserem Lande entdecken, aber - und dies ist ein sehr wichtiges "Aber" - der amerikanische Arbeiter arbeitet wirksamer.

Neue Arbeitsverfahren befuerwortet

Die Stueckarbeit in der amerikanischen Industrie verschwindet. In nur 9 der 122 Betriebe der General Motors (Allgemeine Motorenwerke) wird Stueckarbeit geleistet. An ihre Stelle ist die Arbeit getreten, die rein nach Zeit bezahlt wird. Die 40-Stunden Woche ist allgemein ueblich. Die amerikanischen Gewerkschaften widersetzen sich jedoch nicht der Einfuehrung mechanischer Hilfsmittel jeglicher Art; in den meisten Faellen begruessen sie diese.

Die Normalisierung in Amerika ist viel weiter fortgeschritten als in unserem Land und ihr ist, ebenso wie dem grossen inlaendischen Absatzmarkt, die hoehere Erzeugungskapazitaet zu verdanken. Wir Englaender stehen dieser Normalisierung mit einer instinktiven Abneigung gegenueber, obwohl niemand Anstoss darah nimmt, dass 20 Zigaretten "Player" und 20 "Gold Flake" in Schachteln verpackt sind, die genau die gleiche Grosse und Form haben und mit derselben Maschine hergestellt wurden. Wenn es statt der 127 verschiedenen Arten weisser Baumwollgewebe nur 27 gaebe, so waere das fuer unsere Baumwoll-²Textilindustrie von grossem Vorteil und niemand waere dadurch benachteiligt.

Normalisierung

In unserem Lande (mit Ausnahme der Automobil-Industrie) nimmt die Durchfuehrung einer einzelnen Normung zu viel Zeit in Anspruch. Seit der Gruendung des Britischen Instituts fuer Normalisierung (British Standards Institution) im Jahre 1901 hat man nur 1500 Normungsverfahren dort ausgearbeitet. In Amerika wartet man nicht, bis jeder seine voellige Zustimmung gegeben hat. Vier oder fuenf grosse Firmen einer bestimmten Industriegruppe koennen sich untereinander auf ein gleiches Objekt einigen (und ihre Bereitwilligkeit dazu ist groesser als bei uns); diese Vereinbarung wird dann von den uebrigen Firmen angenommen. Man nennt dies ein "Vereinfachtes Verfahren."

Der Anglo-Amerikanische Ausschuss fuer Produktivitaet hat jetzt eine Gruppe prominenter Experten nach England geschickt, um festzustellen, wie diese Erfahrungen auch fuer die britische Industrie nutzbar gemacht werden koennen.

Noch eine andere Entwicklung in der amerikanischen Industrie ist fuer die groessere Produktion von Bedeutung: Grosse Betriebe, die Fertigwaren herstellen, beziehen ihre Einzelteile im allgemeinen von der gleichen Fabrik. In einer solchen Fabrik mit etwa 500 Arbeitern stellten wir fest, dass ein und derselbe Artikel fuer fuenf verschiedene Betriebe hergestellt wurde. Bei uns wird in den Fabriken zu oft versucht, fast alle Einzelteile selber herzustellen, was kleinere Arbeits-

vorgaenge und hoehere Produktionskosten zur Folge hat.

In keinem amerikanischen Betrieb sahen wir einen Arbeiter mit Handwerkzeugen arbeiten - alle waren elektrisch. Wir sahen niemanden Lasten herumtragen - dafuer stehen Foerderbaender, Rollwagen, kleine Aufzuege und Gleitbahnen zur Verfuegung. Groesste Sorgfalt wird der Vereinfachung des Arbeitsprozesses und der Bedienung der Maschinen gewidmet. Wenn die Arbeit an der Werkbank im Sitzen ausgefuehrt wird, sind die Sitze in der passendsten Lage fuer den Arbeiter angebracht. Zeit und Arbeitsweise werden ueberall in Studien gepruengt, und die Gewerkschaften beteiligen sich an diesen Studien im Maschinenbau, der Herstellung von Kleidung, Textilien und Stahl.

Fachleute

Einige der groesseren Gewerkschaften haben ihre eigenen technischen Abteilungen ("engineering"), die sich aus Fachleuten fuer die Anordnung der Werksanlagen, Herstellungsverfahren, Auswertung der Arbeit und Studium der Arbeitszeit zusammensetzen. Sie arbeiten in erster Linie fuer den Schutz der Gewerkschaftsmitglieder. Wenn zum Beispiel Streitigkeiten hinsichtlich der zeitlichen Einstufung einer Arbeit oder der Geschwindigkeit eines Foerderbandes entstehen, wird ein Gewerkschaftsfachmann der betreffenden Branche hinzugezogen. Er ist berechtigt, die Streitfrage mit dem Experten des Betriebes zu besprechen. Beide Fachleute koennen von der gleichen technischen Hochschule kommen. (Sehr viele technische Fachleute der Gewerkschaften sind Absolventen des Technologischen Instituts von Massachusetts).

Arbeitszeitstudium an letzter Stelle

Die Gewerkschaften haben nichts gegen das Studium der Arbeitszeit, aber sie betrachten es als letztes Glied einer Kette. Bevor man sich in einem Betrieb damit befasst, bestehen sie darauf, dass die Anordnung der Werksanlagen und das Produktionsverfahren berichtigt und das Studium zur Vermeidung unnoetiger koerperlicher Beanspruchung vollendet wird. Dann stehen sie oft auf dem Standpunkt, dass das Arbeitszeitstudium ueberfluessig sei, da eine hoehere Produktionsleistung bereits erzielt wurde. Sie lehnen dieses Studium in schlecht funktionierenden Betrieben grundsatzlich ab.

Der TUC wird unmittelbar im Anschluss an diesen Kongress eine Studiengruppe nach Amerika schicken, die mit jenen Gewerkschaftsexperten zusammenarbeiten soll, um aus dem Studium ihrer Methoden zu ersehen, was wir daraus lernen koennen.

Noch etwas anderes beeindruckte mich. Man haelt oft in einem Betriebe die Herstellungsabteilung von den anderen Zweigen (z.B. Verkauf) scharf getrennt. Der Leiter der Verkaufsabteilung erwirbt alle Waren von seinem Kollegen aus der Herstellungsabteilung durch Kauf, so als waere es eine andere Firma. Der Verkaufspreis ist damit fest umrissen und kann nicht durch alle moeglichen Auslagen in die Hoehe geschraubt werden. Der herstellende Teil duerfte nicht an Gewinn interessiert sein, (natuerlich auch nicht an Verlust). Wenn also der reine Produktionspreis klar umrissen ist, so bedeutet dies, dass die Taetigkeiten und Preise der uebrigen Abteilungen der Firma ueberwacht werden koennen, was fuer die Betriebsfuehrung zweifellos sehr vorteilhaft ist.

"Je groesser die angewandte Pferdekraft, umso hoeher die Produktionsleistung," ist eine andere Erkenntnis, die dem Studium des amerikanischen Produktionssystems entstammt.

Fuer die meisten der erwaehten Verfahren ist die Betriebsfuehrung verantwortlich; ein gewerkschaftlicher Gesichtspunkt ist jedoch auch zu erwaechnen. Das Unternehmertum weigert sich, arbeitssparende Methoden einzufuehren, weil es damit auf den Widerstand der Gewerkschaften stoesst. Dieser Widerstand stellt einen Hemmschuh fuer die Produktivitaet dar. Der Grund dazu ist natuerlich die Furcht vor Arbeitslosigkeit. So wurde zum Beispiel ein Programm zur Betriebsneuordnung, das eine Betriebsleitung ausgearbeitet hatte, abgelehnt, weil 12 Arbeiter ueberfluessig geworden waeren. Die Gefahr, eine Absatzmoeglichkeit damit zu verlieren, wurde nicht beachtet. Die Aufmerksamkeit der Belegschaft konzentrierte sich ausschliesslich auf

die 12 Arbeiter. Ich weiss nicht einmal, ob sie andere Beschaeftigungsmoeglichkeiten in anderen benachbarten Betrieben in Erwaegung zogen.

Solche Schwierigkeiten sind gewoehnlich oertlich bedingt. Man kann sehr oft in einem Betrieb mechanische Hilfsmittel und ermuedungsreduzierende Einrichtungen antreffen, denen man in einem andern Unternehmen der gleichen Industrie und in der gleichen Gewerkschaft organisiert mit der groessten Ablehnung gegemebersteht. Es ist zwar Aufgabe der Arbeitgeber, die Reformen durchzufuehren, die in der britischen Industrie notwendig sind, aber sie muessen sich auch das Einverstaendnis ihrer Arbeiter sichern, wenn die Erfolge von Dauer sein sollen. Dies waere unsere naechste Aufgabe.

"Trans-Atlantik"
ECA Labor News Letter
Oktober 1949

ERFOLGE AUF DEM BRIDLINGTON KONGRESS

Die britische Gewerkschaftsbewegung nimmt eine so positive Stellung zum Marshall-Plan ein, dass die kommunistischen Widersacher nicht einmal eine Abstimmung darueber auf dem letzten Jahreskongress forderten.

Der Nationale Verband der Metallmechaniker hatte auf der Tagesordnung eine Resolution vorgesehen, die Englands Nichtbeteiligung am Europaeischen Wiederaufbauprogramm forderte. Als man jedoch zu diesem Antrag kam und Sir William Lawther, der Praesident des Gewerkschaftsbundes, fragte, wer ihn unterstuetze, meldete sich niemand, und der TUC fuhr in seiner Tagesordnung fort.

Lawther betonte in seiner Eroeffnungsrede, die "grossen Anstrengungen, die unser Volk gemacht hat, um seinen Platz als grosse Industrie- und Handelsnation zurueckzuerobern." Er fuhr fort: "Die grosszuegige Mitarbeit der Vereinigten Staaten im Rahmen des Marshall-Planes hat uns in diesen Bestrebungen unterstuetzt. Wir wissen die Hilfe zu schaeetzen, die uns von dieser Seite her und besonders von Mr. Hoffman und seinem Kollegen Mr. Harriman zuteil wurde. Diese Maenner haben eine grosse Arbeit in hervorragender Weise geleistet."

Premierminister Clement Attlee, der Fuehrer der Arbeiterregierung Englands, brachte in seiner Rede denselben Gedanken zum Ausdruck und fuegte hinzu: "Vergessen wir nicht, dass England auch andern geholfen hat." Er fuehrte aus, dass das britische Koenigreich fuer noch schwerer betroffene Laender zu Wiederaufbauzwecken Subventionen im Werte von 3.600.000.000 Dollar zur Verfuegung gestellt hat.

Die Delegierten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, Harry Bates, Praesident der Maurergewerkschaft, und Dave Beck, Vizepraesident der Internationalen Gewerkschaft der Fahrer, versprachen die staendige Unterstuetzung des Marshall-Plans seitens der amerikanischen Arbeiterschaft. Evert Kupers, der Praesident des Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes ist, sein Amt in Kuerze jedoch niederlegen wird, hob die Bedeutung des Hilfsprogramms fuer Westeuropa hervor.

Jede Frage, die Bezug auf den Kominform hatte, bedeutete fuer die kommunistisch beeinflussten Delegierten eine Niederlage; und die ununterbrochenen Debatten des diesjaehrigen TUC Kongress dauerten fast fuenf Tage.

Eine Resolution zur Bestaetigung des Austritts des Verwaltungsrates des britischen Gewerkschaftsbundes aus dem Weltgewerkschaftsbund wurde mit 6.258.000 Stimmen gegen 1.017.000 angenommen. Einigen nichtkommunistischen Gewerkschaften war es peinlich genug, ihre Einstellung pro- Weltgewerkschaftsbund weiterhin beizubehalten. Dies wurde einige Stunden spaeter klar, als ein einfaches Mitglied beantragte, dass die Konferenz die kuerzlich gestellte Forderung des Verwaltungsrates nach Ueberwachung der kommunistischen Taetigkeit innerhalb der britischen Arbeiterbewegung billigen moege. Dieser Vorschlag wurde mit 6.746.000 gegen 760.000 Stimmen angenommen.

"Trans-Atlantik"
ECA Labor News Letter
Oktober 1949

PRODUKTIONSPROBLEME UND ENGLISCHE ARBEITERSCHAFT

Die britische Gewerkschaftsbewegung ist aktiv in den Kampf um Produktionssteigerung eingetreten. Der Gewerkschaftskongress (TUC) nimmt lebhaften Anteil an der Arbeit des Anglo-Amerikanischen Produktivitaetsausschusses, eine Organisation, die von der ECA (Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit) unterstuetzt wird und sich aus Fuehrern der amerikanischen und englischen Arbeiter- und Unternehmerverbaende zusammensetzt.

Der TUC ist auch im Vorstand des Britischen Instituts fuer Betriebsfuehrung vertreten und hilft, diese Organisation zu finanzieren, deren Aufgabe es ist, jedem Produktionsbetrieb des Landes die neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet der industriellen Technik zugaengig zu machen. Die Gewerkschaftsbewegung brachte auf ihrem Jahreskongress 1948 eine Resolution ein, die zum aktiven Feldzug zur Produktionssteigerung durch unmittelbare Beratung mit den Unternehmern und, sofern es erforderlich ist, mit der Regierung aufruft und zwar in jedem einzelnen Industriezweig ueber die betreffenden Herstellungsprobleme.

Zwei Monate spaeter, im November 1948, berief der TUC eine Sondersitzung der exekutiven Ausschuesse der angeschlossenen Gewerkschaften ein, um ueber die Kampagne zu beraten. Es wurde folgende Entschliessung angenommen:

"Die Exekutivausschuesse, die in dieser Konferenz vertreten sind, sind sich der verschiedenen Produktivitaetsprobleme bewusst, die einer Loesung beduerfen. Ihre volle Unterstuetzung und ihr Beistand sind deshalb erforderlich, um wirksame Beratungen zu ermoeeglichen, die auf Vorschlag des Verwaltungsrates stattfinden sollen. Sie kommen ueberein, den Mitteln und Methoden unmittelbare und nachhaltige Beachtung zu schenken, die sich auf die praktischen Probleme der verschiedenen betreffenden Industriezweige erstrecken."

Seit jener Zeit haben auf Veranlassung des TUC solche Sitzungen in folgenden Industriegruppen stattgefunden: Schiffsbau, Bautechnik, Strumpfwaren, Wollwaren, Konstruktion, Papierherstellung, Druckerei, Lederwaren, Stahl- und Kohlenbergbau. Aehnliche Beratungen innerhalb der Gewerkschaften sind fuer die Industriegruppen Toepferei, Chemikalien, Moebel und Konfektion geplant.

Der Gewerkschaftskongress hat ferner den angeschlossenen Gewerkschaften nahegelegt, staendig arbeitende Forschungs- und technische Abteilungen einzurichten. Er selbst hat eines seiner aelteren Vorstandsmitglieder zum Beauftragten fuer Produktionsleistung ernannt.

Einige der bedeutendsten Gewerkschaften fuehren eigene Studien in zahlreichen Industrien durch und haben ausserdem Erziehungsprogramme in der industriellen Technik aufgestellt.

Als Beispiele: Die Nationale Gewerkschaft der Oeffentlichen und Gemeindearbeiter laesst zehn ihrer Funktionaere an einem Arbeitslehrgang teilnehmen, der sich mit technischen Fragen der Arbeitsauswertung und Betriebsfuehrung befasst; ein Lehrgang mit dem gleichen Arbeitsgebiet laeuft im Bezirk Birmingham fuer die Gewerkschaft der Transport und Allgemeinen Arbeiter, und zwar werden an vier Samstagvormittagen Vorlesungen fuer die technischen Leiter der Arbeitsstellen gehalten; die Vereinigte Gewerkschaft der Ingenieure hat Kurse ueber Industrietechnik in den Lehrplan ihres Sommersemesters aufgenommen.

Die Gewerkschaften des TUC ergreifen nun selbst die Initiative im Kampf um die Loesung der Produktivitaetsprobleme Englands. Die Tagesoerdnung des Kongresses im September 1949 zeigt, dass verschiedene Gewerkschaften Resolutionen eingebracht haben ueber Mittel und Wege, wie die Gewerkschaftsbewegung noch mehr "zur Ueberwindung der Schwierigkeiten beitragen kann, vor die heute oeffentliche und private Industrien gestellt sind."

Eine Resolution schreibt die Errichtung eines Sonderausschusses vor, der sich aus Mitgliedern des Verwaltungsrates, Technikern und Gewerkschaftsvertretern zusammensetzt, die wiederum in verschiedenen industriellen Organisationen mitarbeiten. Dieser Ausschuss soll "die Erziehung der Arbeiter zu der Verantwortung" foerdern, der sie

sich unterwerfen müssen. Eine andere Resolution verlangt die "Schaffung einer endgültigen Erziehungsmethode zur Unterweisung von Gewerkschaftlern in technischen Fragen und Betriebsführung. Besondere Aufmerksamkeit soll der Ausbildung der Arbeitsvorgesetzten und Gewerkschaftsvertreter in gemeinsamen Beratungsausschüssen geschenkt werden."

Vertreter der Unternehmer und Gewerkschaften, die gruppenweise zum Studium der Produktionsmethoden im Rahmen des Programms zur Technischen Unterstützung der ECA die Vereinigten Staaten besucht haben, erklärten, dass sich dieses Programm als sehr nutzbringend erweisen würde. Der Anglo-American Council on Productivity (Anglo-Amerikanischer Produktivitätsausschuss) stellt die Arbeitspläne für die Besuchergruppen auf und trifft die notwendigen Vorkehrungen.

Fortschritte sind erzielt worden, obwohl es dem TUC mit Unterstützung der Regierung, Labor Party und Betriebsführung öffentlicher und privater Unternehmen noch nicht gelungen ist, einen grossen Teil der gesamten Mitgliedschaft von dem Ernst der Lage Englands zu überzeugen. Die Führerschaft der Gewerkschaften ist entschlossen, sich mit allen Mitteln für die Lösung der Produktivitätsprobleme einzusetzen. Die Erziehung der Arbeiter zu der Erkenntnis, dass die positive Mitarbeit der Gewerkschaften dabei unerlässlich ist, ist auf gutem Wege.

Ein Beweis für den Erfolg des Programms sind die statistischen Angaben über Produktionsleistung, die eine Leistungssteigerung pro Arbeiter von 4% auf 5% seit Mitte 1948 aufweisen.

Es besteht zweifellos in einigen Gewerkschaften noch eine gewisse Abneigung gegen die Änderung der Produktionsmethoden und der damit eng verbundenen Tarifbestimmungen. Vor dem Kriege fand man in den Satzungen einiger Gewerkschaften "beschränkende Bestimmungen" - namentlich bei den Facharbeiterverbänden des Handwerks. Die meisten davon wurden jedoch nach gegenseitigem Übereinkommen während des Krieges aufgehoben, und heute bestehen solche Bestimmungen praktisch überhaupt nicht mehr.

Hinter den traditionellen Einwänden des Durchschnittsarbeiters zu der Einführung neuer Maschinen und "Produktionsleistungs-Tricks" steht die Geschichte von der bedrohlichen periodischen Arbeitslosigkeit - eine sehr unangenehme Erinnerung für Arbeiter, die die Notzeiten von 1929 - 1939 miterlebten. Die Kombination der Wirtschaftsverhältnisse in der ganzen Welt und der von den Arbeiterregierungen verfolgten Politik hat es möglich gemacht, die Arbeitslosigkeit seit dem Kriege auf ein Mindestmass zu beschränken. Damit ist diese Furcht der Arbeiter schon beträchtlich verringert worden. Im Juni 1949 zum Beispiel waren nur 263,600 britische Arbeiter arbeitslos, das bedeutet knapp mehr als 1% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung.

Die Verwendung des gesamten Arbeitspotentials zeigt ebenfalls in bezeichnender Weise die Verhältnisse. Im Jahre 1948 waren 35,7% aller Arbeiter in der erzeugenden Industrie beschäftigt; das sind 3% mehr als vor dem Kriege. In den Vereinigten Staaten waren es im gleichen Jahre nur 27,9%. Andererseits waren im vergangenen Jahr nur 22,2% der englischen Arbeiterschaft im Verteiler- und Kundendienst beschäftigt, gegenüber 26,2% im Jahre 1938. In Amerika waren es im vorigen Jahr 27,8%. Im Jahre 1948 waren 46% der Bevölkerung Englands Erwerbspersonen, während es in den Vereinigten Staaten 44,5% waren.

"Trans-Atlantik"
ECA Labor News Letter
Oktober 1949

TRUMAN ZUR ARBEITSGESETZGEBUNG

Bei der Unterzeichnung der Zusätze zum Fair Labor Standards Act (Gesetz zur Festlegung gerechter Arbeitsbedingungen), das mit Wirkung vom 25. Januar nächsten Jahres den Mindeststundenlohn von 40 auf 75 cts. erhöht, sagte Präsident Truman, dass damit "ein entscheidender Sieg im Kampf um die Wohlfahrt des amerikanischen Volkes errungen sei."

Wir entnehmen seiner Erklärung folgende Auszüge:

"Es gibt mir eine besondere Gemugtung, diesen Gesetzentwurf in der Woche unterzeichnen zu können, in die der 11. Jahrestag des Inkrafttretens des ursprünglichen

F. L. St. Act faellt. Diese Gesetzgebung hat sich als weise und fortschrittlich nicht ^{nur} fuer die Wohlfahrt unserer Lohnempfaenger, sondern auch fuer die Gesundheit unserer gesamten Wirtschaft erwiesen.

90 Tage nach seiner Verabschiedung wird dieses Gesetz bei seinem Inkrafttreten:

"(1) Jeden Unternehmer verpflichten, seinen Arbeitnehmern, die im Handel oder in der Produktion beschaeftigt sind, einen Stundenlohn von nicht weniger als 75 cts. zu zahlen. Diese Bestimmung bedeutet eine direkte Lohnrhoehung von etwa 1,500,000 Dollar fuer unsere Lohnempfaenger und in den meisten Einzelfaellen eine Erhoehung von 5 bis 15 cts. pro Stunde.

"(2) Jegliche ungesetzliche Arbeit Jugendlicher im Handel oder der Produktion verbieten. Damit wird dieses Uebel der Arbeit Jugendlicher aus unserem in- und auslaendischen Handel und aus der Industrie verschwinden.

"(3) Allen Arbeitnehmern ermoeeglichen, die nach diesem Gesetz rueckstaendigen Loehne zu bekommen. Ein schriftliches Gesuch ist dazu erforderlich. Damit wuerde der wirksamen Durchfuehrung des Gesetzes Nachdruck verliehen und der Schuldbetrag in Form rueckstaendiger Loehne der Arbeiter verringert.

"(4) Den Begriff "regulaerer Tarif" in eindeutiger Form festlegen, von dem man in diesem Gesetz bei der Berechnung der Vergaetung fuer Ueberzeit (mehr als 40 Stunden pro Woche) ausgeht. Damit wird es Arbeitgebern und Arbeitern moeglich sein, mit groesserer Sicherheit zu bestimmen, welche Arten der Bezahlung zur Festsetzung des Lohntarifs zu beruecksichtigen sind.

"(5) Die Entwicklung von Plaenen foerdern, die auf Grund von Kollektivverhandlungen Beschaeftigungsbestimmungen auf jaehrlicher Basis vorsehen, da sie groessere Freizuegigkeit in den Bestimmungen fuer Ueberzeit bieten. Durch diese Plaene wuerde den Lohnempfaengern Stabilitaet des Einkommens und den Unternehmern Stabilitaet des Arbeitsverlaufs zugesichert.

"(6) Auch fuer die Arbeiter der Luftfahrtgesellschaften und die der Fischkonserven - Fabriken den Mindestlohn von 75 cts. festsetzen. Dies waere ein weiterer Fortschritt in den Bestrebungen, mehr Arbeitnehmergruppen zu Nutzniessern dieses Gesetzes zu machen.

"(7) Zur Beschraenkung industrieller Heimarbeit die Vorschriften aufrechterhalten und bekraeftigen, die zum Schutze des Mindestlohnes notwendig sind."

"Diese Bestimmungen bilden den Grundstein beim Aufbau eines gesunden Bundesgesetzes zur Festlegung gerechter Arbeitsbedingungen. (Federal Fair Labor Standards Act).

"Ich bedauere, dass einige Arbeitergruppen von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen sind, obwohl sie bis jetzt darin enthalten waren; und dass viele andere Gruppen nicht davon erfasst werden, obwohl es fuer ihren Schutz unerlaesslich waere. Aber durch die Verbesserungen des neuen Gesetzes sind wir unserem Hauptziel schon um einen grossen Schritt naehergekommen, das darin besteht, den Arbeitern die zur Erhaltung der Gesundheit, Leistungskraft und des Wohlergehens erforderlichen Mindestbedingungen zuzusichern."

Woechentliches Nachrichtenblatt des AFL

8. November 1949

AFL UND DER NEUE INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSBUND

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL machte Vorschlaege zum Entwurf einer Verfassung fuer den neuen Internationalen Gewerkschaftsbund, die sie zur maechtigsten Weltkoerperschaft der Arbeit machen soll, die je bestand.

Auf der Londoner Organisationsbesprechung, die am 28. November beginnt, wird sich der AFL fuer folgende Punkte einsetzen:

1. Proklamierung des Rechtes aller Voelker auf volle nationale Freiheit und Selbstregierung; die Forderung nach baldmoeglichster Verwirklichung dieses Rechtes fuer diejenigen, die es noch nicht besitzen.

2. Errichtung einer maechtigen, wirksamen internationalen Organisation der freien Gewerkschaften, deren Richtlinien und Taetigkeiten von ihren frei gebildeten Koerperschaften unter Ausschluss der Regierungen, Unternehmer und politischer Parteien bestimmt werden.

3. Streben nach allgemeiner Anerkennung und Anwendung der Rechte der freien Gewerkschaftsorganisationen und des ungehemmten Kollektiv-Verhandlungswesens.

4. Foerderung der demokratischen Entwicklung in allen Laendern, insbesondere in den rueckstaendigen Gebieten und solchen, die noch keine Selbstregierung haben.

5. Unterstuetzung eines weltumfassenden Systems der Sicherheit des Lebensstandards und aller Massnahmen, die zur Verteidigung der Weltdemokratie und der nationalen Freiheit gegen totalitaeres Machtstreben notwendig sind. Besondere Beachtung der regionalen Vereinbarungen, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen enthalten sind.

Vorschlaege des Praesidenten Green

Der Praesident der AFL, William Green, hat in einem Brief an die Vorbereitende Kommission zur Errichtung eines neuen Weltgewerkschaftsbundes diese Forderungen zum Ausdruck gebracht.

Der Schatzkanzler der AFL, George Meany, deutete an, dass diese Vorschlaege auf der Londoner Konferenz zur Sprache gebracht wuerden.

Der AFL wuerde sein Ziel in der Errichtung eines "Internationalen Verbandes Freier Gewerkschaften" sehen, (International Federation of Free Trade Unions), die "die Freiheit des Menschen verfehlet, Totalitaerbestrebungen in jeglicher Form, Absicht oder Gestalt entgegenwirkt und direkt oder indirekt deren Uebergriffe bekaempft; die sich mit allen Arbeitern, deren Arbeits- oder Menschenrechte von einem totalitaeren Regime streitig gemacht werden, solidarisch erkluert und ihnen ihre Hilfe angedeihen laasst."

Der AFL brachte sein besonderes Interesse fuer die in der Verfassung vorgesehenen regionalen Taetigkeiten zum Ausdruck.

Die Vorschlaege des AFL enthalten die Richtlinien zur Errichtung eines neuen Internationalen Gewerkschaftsbundes, wie sie von Mr. Meany auf der vorbereitenden Zusammenkunft im Juni ds. Jhs. bereits verkundet wurden. Sie bestehen darin, (1) der drohenden Gefahr des Totalitaersystems zu begegnen und sie zurueckzuschlagen; (2) die internationale Gewerkschaftsbewegung scharf von Grossmachtpolitik zu trennen; (3) die internationalen Gewerkschaftssekretariate fuer sich zu gewinnen und (4) eine Koerperschaft zu gruenden, die nicht nur Europa und Amerika, sondern auch Asien, Suedamerika und Afrika umfasst.

Die neue Internationale der freien Gewerkschaften wird von einem Kongress gefuehrt werden, der alle zwei Jahre zusammentritt; ferner von einem Verwaltungsrat, der in dem dazwischen liegenden Jahr eine Sitzung abhaelt und von einem Exekutivrat, der nicht weniger als dreimal im Jahr zusammentreten soll.

AFL Delegation in London

Mr. Green und Mr. Meany waren die Fuehrer der AFL Abordnung, die am Organisations-treffen in London teilnahm. Es war die hervorragendste Delegation, die der AFL je in seiner 69-jaehrigen Geschichte zu einem internationalen Treffen entsandt hat. Sie bestand aus acht Mitgliedern, des Exekutivrates des AFL, das ist mehr als die Haelfte.

Ausserdem waren noch viele andere Funktionaere des AFL in Europa zugegen.

Die beeindruckende Delegation ist ein Beweis fuer das Interesse, das der AFL der neuen Weltgewerkechaftsorganisation entgegenbringt, die der Schaffung und Erhaltung des Weltfriedens dienen soll.

Mr. Meany nannte das Treffen "die grosse Hoffnung der Arbeiter der ganzen Welt" auf Frieden und gesicherte Freiheit.

Woechentliches Mitteilungsblatt des AFL
4. November 1949.

ZWANGSANLEIHEN FUER UNGARISCHE ARBEITER

Der ungarische Arbeiter wird in diesem Jahr einen Monatsverdienst verlieren, da er gezwungen ist, eine Anleihe zu zeichnen, die am 20. Oktober von der Volksdemokratischen Regierung herausgegeben wurde. So berichtet Viktor Hanzeli, ein ehemaliger ungarischer Gewerkschaftsfuehrer, in einer neuen Ausgabe der nichtkommunistischen franzoesischen Arbeiterzeitung "Force Ouvriere."

Viktor Hanzeli zitiert das oeffentliche Organ der kommunistischen Partei Ungarns: "Wir betonen, dass das Unterzeichnen der Anleihe mehr eine politische, als eine wirtschaftliche Angelegenheit ist. Es ist gleich einem Volksentscheid zu gunsten der Volksdemokratie, des Friedens, unserer Freundschaft mit Russland, der Partei und dessen, dem wir unsere Siege verdanken, Matyas Rakosi." (Auszug aus einer Rede des Generalsekretars des ungarischen Gewerkschaftsbundes.)

In ihrer Ausgabe vom 29. September 1949, gab die kommunistische Zeitung "SZABAP" (Freies Volk), diese Ausfuehrungen wieder und fuegte hinzu, "alle Lohnempfaenger werden an ihrer Arbeitsstelle zeichnen." Sie faehrt fort: "Alle Lohnempfaenger mit Wochenlohn werden ihren Beitrag fuer 40 Wochen entrichten, alle, die monatlich bezahlt werden, fuer 10 Monate."

Fuer alle, die nicht Lohnempfaenger sind, hat die Kommunistische Partei eine Aktion von Haus zu Haus organisiert, die von den "Volkserziehern" durchgefuehrt wird. "Auf dem Lande fahren diese Erzieher von Dorf zu Dorf und sprechen in jedem Hause vor," schreibt der ungarische Verbannte.

Innerhalb eines jeden Betriebes sind ebenfalls Mitglieder der Kommunistischen Partei fuer die Durchfuehrung der Aktion verantwortlich. Sie reichen in den Werkstaetten eine Unterschriftsliste herum. Diese wird dem Buero der Kommunistischen Partei im Betriebe uebergeben, da jeder Betrieb sein kommunistisches Parteibuero hat. Auch im Kommunistischen Parteibuero jeder Stadt kann gezeichnet werden.

In jedem Hause klebt der "Volkserzieher" die Liste derjenigen, die gezeichnet haben, an die Wand des Eingangskorridors oder an die Tuere und vermerkt diejenigen, die nicht in bar ihren Beitrag zur Gesamtleistung der Volksdemokratie entrichtet haben, fuegt Hanzeli hinzu.

Angst ist das Hauptmotiv bei der Unterzeichnung, sagte er und gab eine Geschichte wieder, die in der kommunistischen Presse am 11. Oktober erschienen war. "Die "Volkserzieher" besuchten Paul Sutos Tuer. Paul Suto ist ein armer Weinbauer der kleinen Stadt Pazte. Seine Ernte war sehr schlecht: Nur 200 Liter Wein. Er weigert sich zu zeichnen. Darauf erklaren ihm die "Erzieher": "Wir kommen im Auftrage der Partei, messen Sie wissen. Kamerad Rakosi schickt uns!" Die kommunistische Presse beendete ihren Bericht mit der Feststellung, "dass die tiefe Verehrung die Bauern fuer Kamerad Rakosi ihn veranlasste zu zeichnen."

Labor Information
November 1949

ERFOLGE DES NEUEN BRITISCHEN VERSICHERUNGSWESENS

Robert Crosser berichtet von seiner Reise nach England und Schweden, wo er das neue Versicherungswesen studierte und Vergleiche mit dem medizinischen Versorgungsprogramm Trumans anstellte.

"In England ist der Gesundheitsdienst fuer jedermann frei, und jeder kann ihn in Anspruch nehmen, ohne das Gefuehl haben zu muessen, dass er auf die Wohltaetigkeit seines Naechsten angewiesen sei," erklaerte Kongressmitglied Robert Crosser einem Vertreter der "Labor" (Wochenzeitung).

"Bob", ein alter Freund der Eisenbahnarbeiter, war gerade von einer Reise nach England, Schweden und Frankreich zurueckgekehrt, wo er mit anderen Mitgliedern des Wirtschafts-Ausschusses des Abgeordneten Hauses Untersuchungen ueber das medizinische Versorgungswesen durchgefuehrt hatte.

Der Zweck dieser Studien war die Beschaffung von direkten Informationen, die man dem Haus dann vorlegen wird, wenn der Gesetzentwurf Praesident Trumans zur Krankenversicherung zur Sprache kommt.

Der Ausschuss wird zu einem spaeteren Zeitpunkt Bericht erstatten. Crosser gab seine eigenen Ansichten folgendermassen wieder:

Von den Steuern bezahlt

"Schweden hat ein Gesundheitssystem, das die Aerzte und auch sonst jedermann zufriedenzustellen scheint. Es wird hauptsaechlich aus den allgemeinen Steuereinnahmen finanziert, doch die Patienten haben auch einen Teil der Kosten zu uebernehmen.

"Das britische System geht noch weiter. Praktisch werden dort alle Kosten fuer aerztliche, zahnaerztliche, Krankenhaus- und andere Dienste aus allgemeinen Steuern bezahlt, und gehen nicht zu Lasten der Patienten. Dazu gehoeren auch Auslagen fuer Arzneien, Brillen u.ae.

Crosser betonte, dass "sowohl das englische als auch das schwedische System den Plan Trumans uebertreffen. Der Praesident schlaegt ein Versicherungssystem vor, demzufolge alle Kosten in Form besonderer Steuern von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen sind, so wie es auch bei den Altersrenten nach dem Sozialversicherungssystem der Fall ist."

"Selbst die Konservativen,"

Wie ist die Einstellung des englischen Volkes gegemueber dem neuen System, das von der Labour-Regierung aufgestellt wurde? Crosser gab dazu folgende Antwort:

"Wir unterhielten uns mit Leuten aus dem Volk, Aerzten und Vertretern aller politischen Parteien, und es gibt keinen mehr, der das neue System wieder abgeschafft sehen moechte. Einige waeren fuer gewisse Aenderungen, aber selbst die Konservativen sind dafuer, dass der Gesundheitsdienst unter dem gegenwaertigen einheitlichen Plan beibehalten wird."

Die "organisierten Aerzte" der Vereinigten Staaten behaupten, dass das englische System die Mediziner unter die "Diktatur der Regierung" stelle und sich in ihre Behandlungsmethoden einmische. Stimmt das?

"Im Gegenteil," sagt Crosser, "die britischen Aerzte sagten mir, dass sie sich zum erstenmal frei fuehlten und ihren Patienten die bestmoegliche Behandlung ange-
deihen lassen koennten."

"Wir hatten gewoehnlich zu erwaegen, ob ein schwer erkrankter Patient teure Arzneien, Roentgenstrahlen, eine Operation oder dergleichen wohl bezahlen koennte, obwohl er diese Dinge benoetigte," erklaerte ein englischer Arzt. "Nun sind fuer uns nur noch seine Beduerfnisse ausschlaggebend, und es ist uns gleich, wie arm der Mann, die Frau oder das Kind wohl sein mag."

Nach dem englischen System wie nach dem Plan Trumans koennen die Patienten ihre eigenen Aerzte, und die Aerzte ihre eigenen Patienten beibehalten. Der Kranke

kann auch seinen Arzt bezahlen, denn niemand ist gezwungen, sich dem System anzuschliessen. Es hat vollkommen freiwilligen Charakter.

Crosser hatte auch mit dem britischen Gesundheitsminister, Aneurin Bevan, eine Unterredung, und er hat eine gute Meinung ueber ihn.

Labor
19. Nov.49

AFL ZUR ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSLAGE

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL hat dem Kongress ein Programm unterbreitet, das die Vollbeschaeftigung aller Arbeiter zu hohen Loehnen erstrebt.

In der Erklaerung heisst es im wesentlichen:

1. Die augenblickliche Wirtschaftslage hat sich materiell seit dem Sommer dieses Jahres gebessert.
2. Mit der zur Zeit herrschenden Arbeitslosigkeit ist ein beachtlicher Verlust an Arbeitskraft und Produktionskapazitaet, sowie allgemeine Notlage der Arbeiter verbunden.
3. Es muss unser Bestreben sein, eine Wirtschaftssituation herbeizufuehren, in der jeder, der bereit, willig und faehig ist zu arbeiten, in kuerzester Zeit eine Beschaeftigung finden kann, fuer die er am geeignetsten ist.
4. Die guenstige Auswirkung des auslaendischen Hilfsprogramms auf die inlaendische Beschaeftigung und Produktion werden dieses Programm seinem Hauptziel naeherbringen, naemlich der Ausdehnung des Handels, Hebung des allgemeinen Lebensstandards in der Welt und Entwicklung der rueckstaendigen Gebiete.
5. Zur Foerderung einer guenstigen Beschaeftigungslage ist eine Wirtschaftslage notwendig, in der Loehne, Lebensstandard und Beschaeftigungsbedingungen staendig verbessert werden. Es besteht keine Ursache, diesen Aufschwung jetzt zu bremsen, und nur ein freies Kollektiv-Verhandlungssystem garantiert seinen Erfolg.
6. Ein nationales Arbeitslosenversicherungssystem und ein einheitliches Programm zur Errichtung freier, oeffentlicher Arbeitsaemter muss ausgearbeitet werden.
7. Das gesamte nationale Steuerwesen sollte einer eingehenden Pruefung unterzogen werden, um es gerechteren Steuergrundsuetzen anpassen zu koennen; es gibt keine Entschuldigung dafuer, dass man Gruppen mit niedrigem Einkommen schwere steuerliche Lasten auferlegt, es sei denn, dass eine Inflation droht oder bereits herrscht.
8. Die Massnahmen der Regierung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sollten unterstuetzt und nicht bekaempft werden. Das Mindestloehne- und Arbeitszeitgesetz muss auf weitere Kreise ausgedehnt und die Mindestlohnbestimmungen entsprechend dem Walsh-Healey-Gesetz schleunigst geprueft und abgeaendert werden.
9. Die Regierung muss den Gebieten helfen, in denen infolge von Arbeitslosigkeit eine besondere wirtschaftliche Notlage herrscht. Die volle Ausnutzung der natuerlichen Hilfsquellen und die Ansiedlung von Industrien in diesen Gebieten sollte gefoerdert werden.

Die Erklaerung der AFL zur gegenwaertigen Arbeits- und Wirtschaftslage stellt die Antwort Mr. Greens auf 11 Fragen dar, die Abgeordneter Hart an ihn gerichtet hatte.

Woechentliches Nachrichtenblatt des AFL
4. November 1949

ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH MARSHALL-PLAN

Mit der Freigabe der Gegenwertfonds des Marshall-Plans wurden fuer etwa 1500 italienische Arbeiter neue Arbeitsplaetze geschaffen. Sie werden im Gebiet von Veneto zur Verbesserung der Entwaesserungsanlagen, Bodenbewaesserung und Flussregulierung eingesetzt werden. Durch die erste Phase des Programms fuer landwirtschaftliche Verbesserungen werden Beschaeftigungsmoeglichkeiten fuer insgesamt 400.000 Arbeitstage geboten. Man schaezt, dass bis zur Beendigung des ERP-Hilfsprogramms am 30. Juni 1952 1000 Arbeiter drei Jahre lang an diesem Projekt beschaefigt werden koennen. Darueberhinaus erwartet man, dass nach Beendigung dieser Arbeiten das neugewonnene Land jaehrlich 700 Menschen Arbeit geben wird. Die Verbesserungen, die an 57 verschiedenen Baustellen vorgenommen werden, sind durch die Freigabe von insgesamt 2,358 Millionen Lire aus dem italienischen Gegenwertfond des Marshall-Plans ermoeeglicht worden. Die erste Phase des Programms erstreckt sich auf die Wiederinstandsetzung alter Entwaesserungs- und Bewaesserungsanlagen, wodurch 150.000 Morgen Land kulturfahig gemacht, weitere 125.000 Morgen bewaessert und nahezu 12.000 Menschen und 50.000 Stueck Vieh mit Wasser versorgt werden. Ferner wird man mit dem Bau von Strassen in einer Laenge von 12 1/2 Meilen, Wasserleitungen von 25 Meilen und Daemme von etwa 12 Meilen Laenge beginnen.

ECA Labor Information
14. November 1949

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 40

Frankfurt, 9. Dezember 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Ferien "Marken" - - - - -	1
Zwei grosse Streiks beendet - - - - -	2
AFL unterstützt Gewerkschaften Latein-Amerikas gegen Kommunisten - - - - -	3
CIO und Marshall Plan - - - - -	4
Tobin beglueckwuenscht das Internationale Arbeitsamt - - - - -	5
Vizepraesident des AFL, Mr. M. Woll, zur Deutschland- frage - - - - -	6
Erfahrungsaustausch zum Zwecke der Produktionssteigerung ⁸ Marshall Plan und europaeischer Wiederaufbau - - - - -	9
Unternehmer zum Gewerkschaftswesen in den U.S. - - - - -	11
Die Spanne zwischen Preisen und Loehnen - - - - -	11

FERIEN "MARKEN"

Die Gewerkschaft der Maurer (AFL) in St. Louis hat probeweise einen Ferien-"Marken" Plan entworfen, demzufolge jedes Mitglied 3% seiner Loehne in besonderen Marken ausbezahlt bekommt. Dieselben werden in einem Markenheft geklebt und koennen ein Jahr nach Beginn des Heftes eingeloeset werden. Man schaezt, dass sich ein Durchschnittsarbeiter auf diese Weise 150 Dollar im Jahr zusammensparen und damit seine Ferien finanzieren kann.

U.S. Arbeitsministerium

Weekly Labor News Digest

9. November 1949

ZWEI GROSSE STREIKS BEENDET

Die grossen Streiks in Amerika sind beendet. Die Bergleute sind in die Kohlengruben zurueckgekehrt, - wenigstens voruebergehend - und der grosse Stahlstreik ist erfolgreich abgeschlossen.

Praktisch wurde der Stahlstreik am 11. November beendet, als die United States Steel eine Einigung mit der Gewerkschaft der Stahlarbeiter erzielte. Damit konnten 170,000 Arbeiter ihre Arbeit in den Stahlwerken wieder aufnehmen.

Die U.S. Steel bewilligte dieselben Forderungen wie andere grosse Industriebetriebe, - naemlich Pensionen zu Lasten des Unternehmers als Ergaenzung der Sozialversicherung; andere Unterstuetzungen wie Krankheits-, Krankenhaus- und Sterbegelder sind von den Arbeitern und den Unternehmern gleichmaessig zu tragen.

Vielleicht noch bedeutsamer als die erzielten Gewinne ist die Tatsache, dass es der Industrie in ihrem 42-taegigen Kampf nicht gelungen ist, die einheitliche Front der Arbeiter aufzurollen - sie musste vielmehr zu guter Letzt sogar noch mehr Zugestaendnisse machen, als von einem Untersuchungsausschuss der Regierung verlangt worden waren.

Lewis' Aufruf an die Unternehmer

Das "Schwarze Oel" floss wieder aus den Gruben. Die Bergleute nahmen nach einem Streik von 52 Tagen auf Anordnung des Praesidenten John L. Lewis und des nationalen Streik-Komitees der Vereinigten Bergleute ihre Arbeit wieder auf. Die Streikruhe dauerte bis zum 30. November.

Lewis erklaerte, dass er bereit sei, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, die die Bergwerksbesitzer der Nord- und Suedstaaten abgebrochen hatten.

"Jetzt liegt es an den Unternehmern," sagte er. "Die Bergleute kehrten freiwillig in die Gruben zurueck, um dem amerikanischen Volk damit einen Dienst zu erweisen. Es ist nun an der Zeit, dass die Bergwerksunternehmer zu den Kollektiv-Verhandlungen zurueckkehren."

Als Cyrus Ching, der Leiter des Vermittlungs- und Schiedsrichteramtes, dem Praesidenten ueber die Schwierigkeiten Mitteilung machte, wurde angedeutet, dass Massnahmen des Weissen Hauses bevorstueden. Ching erklaerte, dass weitere Verhandlungen "zwecklos" seien, und dass die Unternehmer eine "geschlossener Front denn je" gegen die Forderungen der Gewerkschaften bilden wuerden.

Einige Bergwerksbesitzer versuchten, aus der kritischen Lage Nutzen zu ziehen, indem sie die Preise fuer Kohle hinauftreiben wollten. Diese Versuche wurden von den Gewerkschaften als "Betrug am Volke" angeprangert. Die Gewerkschaft der Vereinigten Bergleute zitierte Rekordgewinne der Industrie im vergangenen Jahre und erklaerte, dass dieser "Einfall in den Geldbeutel des Kohleverbrauchers" nicht zu rechtfertigen sei.

Rekordstrafe

Die Vereinigten Bergarbeiter zahlten in dieser Woche eine Gesamtschuld von 1,420,000 Dollar an das Bundesbezirksgericht; das zeigt, wie teuer das Taft-Hartley-Gesetz einer Gewerkschaft zu stehen kommen kann. Grund zu dieser Bestrafung gab die Uebertretung einer Vorschrift der Bundesregierung bei einem fruheren Streik. Es ist der hoechste Strafbetrag, der einer Gewerkschaft oder - aus diesem Grunde - einem Unternehmen in den U.S. je auferlegt wurde.

Schiffahrtsstreik verhindert

Im letzten Augenblick wurde ein geplanter Streik von 2,000 Mitgliedern der Gewerkschaft der Schiffskapitaene, Bootsleute und Lotsen auf Schiffen der atlantischen- und Golf-Kueste abgesehen. Vermittlungsbeamte der Regierung bewegten die Vertreter

der Gewerkschaften und Reeder dazu, sich ueber eine Streikruhe von 30 Tagen einig zu werden.

Eine der Hauptforderungen der Gewerkschaft ist ein Heuersystem, das allen dafuer in Frage kommenden Arbeitern gleiche Beschaeftigungsmoeglichkeiten bietet. Die Reeder der West-Kueste hatten sich damit einverstanden erklart, aber die der Ost-Kueste lehnten es entschieden ab.

Pensionsplaene gewinnen an Boden

Der allgemeinen Bewegung folgend bot ein weiteres Unternehmen - International Harvester - einer Gewerkschaft, die 62,000 Arbeitnehmer vertritt, einen Plan fuer Pensionen und Sozialversicherung an. Er aehnelt dem System, auf das sich die Ford-Werke und die Stahlunternehmen mit ihren Gewerkschaften geeinigt hatten. Die Gewerkschaften nahmen nicht sofort zu den Vorschlaegen Stellung, aber sie setzten ihre Verhandlungen mit den Unternehmern fort.

Labor
19. November 1949

AFL UNTERSTUETZT GEWERKSCHAFTEN LATEIN-AMERIKAS GEGEN KOMMUNISTEN

Im Laufe des letzten Jahres unterstuetzte der AFL die latein-amerikanischen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Kommunisten, die Einmischung reaktionaeerer Teile der Regierung und in ihren Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Serafino Romualdi, der Repraesentant des AFL in Latein-Amerika, konnte dem 68. Gewerkschaftskongress der AFL berichten, dass 142 Delegierte von 47 Organisationen aus 22 Laendern und 11 Delegierte angeschlossener anderer Verbaende an der zweiten Konferenz des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes in Havanna im September dieses Jahres teilgenommen haben. Dies war ein wesentlicher Erfolg seit der Gruendung der Organisation durch den AFL in Lima, Peru, im Januar 1948.

Romualdi erklarte, dass der Bund, der noch in seinen Kinderschuhen stecke, den kommunistischen Griff um Kuba und Mexiko geloest habe, und dass sich ihm Paraguay, Britisch Guayana, Trinidad, Santa Lucia, Ekuador und die Virginischen Inseln angeschlossen haetten.

"Die Kommunisten haben in Mexiko ausgespielt, und besonders in der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung." Bezugnehmend auf Kuba, "das einst die kommunistische Hochburg der westlichen Hemisphaere war," sagte Romualdi, dass der beste Beweis fuer die Niederlage der Kommunisten in diesem Land die Errichtung der Zentrale des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes in Havanna sei.

Er erklarte ferner: "Unsere wichtigste Sorge galt der Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevoelkerung suedlich unserer Grenzen, um damit ihren Lebensstandard zu erhoehen. Die 20 verschiedenen Staaten Latein-Amerikas weisen keinerlei Einheitlichkeit auf, und doch ist die arbeitende Bevoelkerung praktisch jedes Landes immer noch dazu verurteilt, ein Elendsdasein zu fuehren, das in manchen Faellen den Mindestlebensstandard weit unterbietet."

Er bezeichnete die niedrigen Loehne als den "Fluch Latein-Amerikas," da sie zum wirtschaftlichen Stillstand gefuehrt, die Erweiterung der Absatzmaerkte verhindert und die Kaufkraft zu Boden gedrueckt haben.

Er schloss mit den Worten: "Wenn wir 150 Millionen Latein-Amerikanern helfen, ihre Kaufkraft zu steigern, bereiteten wir den Boden fuer einen Absatzmarkt unserer eigenen ueberschuessigen Industrieproduktion."

Woehentliches Nachrichtenblatt des AFL
4. November 1949

CIO UND MARSHALL-PLAN

Die amerikanische Arbeiterbewegung nimmt heute eine internationale Stellung ein, die nicht "ohne verheerende Folgen fuer die ganze Welt" aufgegeben werden kann, sagte Harry Martin, der Praesident des amerikanischen Zeitungsverbandes und Chef des Arbeitsinformationsdienstes der ECA (Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit) in Europa, vor Delegierten der 11. Jahrestagung des CIO in Cleveland, Ohio.

Martin, der ebenfalls einer der beiden Berater fuer Arbeitsfragen im Gefolge des Sonderbeauftragten der Vereinigten Staaten in Europa, W. Averell Harriman, ist, sprach sich fuer eine eindeutige Resolution ueber die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten aus, die von 600 Vertretern der 6 Millionen Mitglieder des CIO mit ueberwaeltiger Mehrheit gebilligt wurde.

"Wir sind fuer die tatkraeftige Unterstuetzung der fuerf Gewerkschaftszentren in den Vereinigten Staaten und Europa dankbar," sagte Martin. Der Marshall-Plan hat den Voelkern der westlichen Demokratien "neue Hoffnung, neuen Lebenswillen und neuen Mut zur Verteidigung ihrer Freiheit gebracht."

Der ECA Beamte hielt einen Rueckblick auf die Erfolge des amerikanischen Hilfsprogramms, das die Flut der sowjetischen Totalitaergelueste abgedaemmt und zum Wiederaufbau und Wiedergesundung Europas beigetragen hat. Er nahm zu einigen akuten Problemen Stellung und erklarte:

"Wenn das Zeitalter des Wiederaufbaus von einem des Wohlstandes abgeloeest werden soll, muessen die Handelsschranken innerhalb des europaeischen Kontinents beseitigt werden. Die Produktionsleistung muss gesteigert werden, damit die Europaeer mehr Waren im Ausland verkaufen und im Inland verbrauchen koennen. Die Dollarluecke in vielen Laendern zwischen Export und Import muss geschlossen und der Maerchentraum von der europaeischen Wirtschaftseinheit muss Wirklichkeit werden.

"Diese Aufgaben werden viel Zeit in Anspruch nehmen, aber sie koennen geloest werden. Sie muessen bis zur Beendigung des Marshall-Plans im Jahre 1952 geloest sein, wenn Europa danach in der Lage sein soll, sich selbst zu erhalten.

"Martin erklarte, das der Kreml sich selbst schadete, indem er sich in schaedlicher Weise dem Marshall-Plan widersetzt. Seine Haltung, sagte er, muss viele Arbeiter Europas von dem "verraeterischen Treiben der kommunistischen Bewegung" ueberzeugen, die die Wiedergesundung Westeuropas zu sabotieren versucht.

"Die Unterstuetzung des europaeischen Wiederaufbaus durch die Arbeiterschaft fehlt nur da, wo die Kommunisten ihre Hand im Spiele haben," versicherte der amerikanische Arbeiterfuehrer. "Die demokratischen Gewerkschaften der freien europaeischen Laender haben sich mit aller Kraft hinter das Programm gestellt, um Europa wieder auf seine eigenen Fuesse zu stellen."

Martin sprach sich lobend ueber die freundschaftlichen Bemuehungen des CIO aus, der Fuehrung der Abteilung fuer Arbeit im ECA die geeigneten Leute zur Verfuegung zu stellen, deren Aufgabe es ist, die amerikanischen Gewerkschaften mit den noetigen Informationen zu versorgen. Er bedankte sich ferner fuer den kameradschaftlichen Geist, in dem europaeische Gewerkschaftler von der amerikanischen Arbeiterschaft in den Staaten aufgenommen wurden.

Eine solche Haltung, sagte er, hat uns geholfen und wird uns weiterhin helfen, den Arbeitern Europas zu beweisen, dass die Kommunisten und ihre Freunde luegen, wenn sie behaupten, dass die amerikanische Arbeiterschaft von Wall Street beherrscht wird, imperialistische Ziele verfolgt, und dass die amerikanischen Gewerkschaften der amerikanischen Industrie helfen, die ueberschuessige Produktion loszuschlagen und monopolistische Bestrebungen im Ausland unter dem Namen "Marshall-Plan" zu foerdern. Martin erklarte, dass die Zusammenarbeit des CIO und seiner Mitglieder es ermoeeglicht habe, engere Bande zwischen den Arbeitern der ganzen Welt zu knuepfen. Er bat um ihre laufende Unterstuetzung auch in Zukunft und sagte:

"Die amerikanische Arbeiterschaft nimmt eine fuehrende Stellung in der Welt ein und muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein, die uns das Schicksal damit auferlegt hat. In staendiger Treue zu unserem eigenen Lande muessen wir lernen, auch ueber seine Grenzen hinaus zu sehen. Wir haben wie noch nie zuvor in internationalen Angelegenheiten eine Stellung inne, die niemals ohne verheerende Folgen fuer die ganze Welt aufgegeben werden kann.

"Die Zusammenarbeit der freien Arbeiter dieser Erde ist unerlaesslich, wenn Freiheit, Ehre und Anstaendigkeit bestehen bleiben sollen. Und gerade von den Gewerkschaftsorganisationen der Vereinigten Staaten erwarten die freien Arbeiter der ganzen Welt Vorbild, Freundschaft und Hilfe. Ich weiss, dass wir sie nicht im Stich lassen duerfen."

ECA Labor Information
9. November 1949

TOBIN BEGLUECKWUENSCHT DAS INTERNATIONALE ARBEITSAMT

Der Sekretaer im Arbeitsministerium, Morris J. Tobin, beglueckwuenschte das Internationale Arbeitsamt (ILO) zu seinem 30. Jahrestag am 29. Oktober 1949 in einem Brief, der an den Generaldirektor des ILO, David A. Morse, gerichtet ist. Es folgen Auszuege aus diesem Brief:

"Dies ist eine grossartige Gelegenheit fuer alle Menschen die guten Willens sind und nach Frieden und Wohlstand durch internationale Zusammenarbeit streben.

"Das Internationale Arbeitsamt hat in der kurzen Zeitspanne seit seiner Gruendung der Welt bewiesen, dass Maenner und Frauen vieler Nationen als Vertreter der Regierung, Unternehmer oder Arbeiter auf gemeinsamer Basis zusammenkommen koennen, um ueber eine Verbesserung des Lebens- und Arbeitsstandards aller Menschen auf dieser Welt zu beraten. Die Erfolge des ILO lassen alle Menschen hoffen, dass viele Weltprobleme durch solche gemeinsamen Bemuehungen geloest werden koennen. Vertreter der Regierung, Arbeitgeber und Arbeiter aus 60 Teilnehmerstaaten haben gemeinsame Abmachungen getroffen, die fuer die ganze Menschheit von Nutzen sind und einheitliche Regelung der Arbeitszeit, der Beschaeftigung von Jugendlichen, der Bezahlung und industriellen Sicherheit der Arbeiter anstreben. Mehr als 1000 solcher Abmachungen sind bereits ratifiziert worden. Dieses Ergebnis hat in bezeichnender Weise den Wert des ILO herausgestellt.

"In vielen Teilen der Welt leben Menschen unter annormal schlechten Lebensbedingungen. Um solche Zustaende zu bekaempfen, hat Praesident Truman ein neuartiges Programm zur Mithilfe an der Entwicklung dieser rueckstaendigen Gebiete vorgeschlagen. Ihr Programm zur gleichmaessigen Verteilung der Arbeitskraefte ist ein Vorkaempfer dieses Programms wirtschaftlicher Entwicklung. Wir werden uns an die Vereinten Nationen und ihre Fachorganisationen wenden mit der Bitte, uns zu helfen, den rueckstaendigen Gebieten der Welt die modernen wissenschaftlichen und technischen Fortschritte nutzbar zu machen. Wir werden uns besonders an das ILO wenden, da es unsere Absicht ist, der ganzen Menschheit durch dieses Programm zu helfen.

"Vielleicht noch wichtiger als diese konkreten Erfolge ist der Geist der Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft, Unternehmertum und Regierung, den das ILO geschaffen hat. Dieser Zusammenarbeit sind die erzielten Erfolge zu verdanken. Sie laesst noch groessere Erfolge fuer die Zukunft erhoffen."

U.S. Arbeitsministerium
Labor Press Service
November 1949

VIZEPRAESIDENT DES AFL, Mr. M. WOLL, ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

Mr. Matthew Woll, Vizepraesident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL und Vorsitzender des Internationalen Komitees im AFL, besuchte Westdeutschland, um sich einen persoenlichen Ueberblick ueber die hiesigen Verhaeltnisse zu verschaffen. Seine Eindruecke und Erfahrungen sollen ihm und seinen Kollegen im Vorstand des AFL helfen, zukuenftige Massnahmen, die sich auf Deutschland beziehen, besser beurteilen zu koennen.

Mr. Woll gab vor seiner Abreise folgende Erklaerung ab:

"Mein Besuch hier in Westdeutschland war sehr lehrreich und anregend. Besonders befriedigend waren die zahlreichen Besprechungen und Zusammenkuenfte, die ich mit Gewerkschaftsfunktionaeren und Regierungsvertretern hatte. Die Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung in den Westzonen hat mich besonders stark beeindruckt. In ganz kurzer Zeit ist es den westdeutschen Gewerkschaften gelungen, ihre Organisationen, die das Naziregime beseitigt hatte, wiederaufzubauen. Mehr als das: die verschiedenen Verbaende, die vor 1933 nach politischen und religioesen Gesichtspunkten getrennt waren, sind vereinigt worden, und man hat eine gemeinsame Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen, die heute mehr als 5 Millionen Mitglieder zaehlt. Es ist der drittgroesste Gewerkschaftsbund der Welt und steht nur knapp hinter den amerikanischen und englischen Verbaenden zurueck. Die Staerke dieser grossen demokratischen Bewegung ist der beste Garant fuer die Zukunft Deutschlands. Ich bin ueberzeugt, dass es die staerkste organisierte Macht darstellt, die bereit und in der Lage ist, ein freies und demokratisches Deutschland aufzubauen und mit der uebrigen Welt zur Sicherung eines dauernden Friedens zusammenzuarbeiten.

"Es freut mich, sagen zu koennen, dass ich im Verlaufe meiner Besprechungen mit fuehrenden deutschen Persoenlichkeiten innerhalb und ausserhalb der Regierung immer wieder die Entschlossenheit und das ehrliche Bestreben feststellen konnte, Deutschland zu einem metzlichen Bestandteil der Weltgemeinschaft zu machen und es nach freien und demokratischen Richtlinien zu organisieren. Es gab natuerlich manche Meinungsverschiedenheit, aber im grossen und ganzen war der Geist der Zusammenarbeit unbedingt positiv und vielversprechend.

"Ich traf mit zahlreichen Beamten der Vereinigten Staaten zusammen, deren Haltung und Arbeit ebenfalls einen guenstigen Eindruck bei mir hinterliessen. Ich bin ueberzeugt, dass sie ihr Bestes tun, um den Geist der Demokratie in Deutschland zu foerdern. Das Demontageproblem war fuer mich von besonderem Interesse und es ist mir eine Genugtuung, dass eine baldige Beendigung der Demontierungen zu erwarten ist. Ich freue mich mit den deutschen Gewerkschaftsfuehrern darueber, dass die Demontagepolitik einer neuen Revision unterzogen wird, denn ich weiss, dass die Einstellung der Demontierungen nicht nur von groesster wirtschaftlicher Tragweite ist, sondern dass den Deutschen damit auch groessere Freiheit in ihrer Selbstbestimmung eingeraeumt wird.

"Ich stellte fest, dass die deutschen Gewerkschaftsfunktionaere eine abwartende und beobachtende Haltung in der Frage der europaeischen Wirtschaftseinheit einnehmen. Sie machen ihre diesbezugliche Einstellung von der weiteren Entwicklung der Dinge abhaengig. Ich habe den Eindruck, sie sind ernsthaft besorgt, dass die ehemaligen Machthaber der deutschen Industrie wieder Einfluss gewinnen koennen. Sie sind sich darueber im Klaren, dass alle Bemuehungen, das neue Deutschland in die Familie der demokratischen Voelker einzugliedern, erfolglos bleiben muessen, wenn man denselben Leuten, die frueher die Industrie und den Grossehandel beherrschten, wieder erlaubt, die deutsche Wirtschaft auf direktem oder indirektem Wege in die Hand zu bekommen. Es darf ihnen weder oeffentlich noch privat ermoeeglicht werden, von neuem die Kontrolle der wirtschaftlichen Kraftquellen des Landes zu uebernehmen.

"Die Gewerkschaftsfuehrer Deutschlands haben nichts gegen den Beitritt Deutschlands zur Ruhrbehoerde einzuwenden, vorausgesetzt, dass bestimmte Satzungsaenderungen vorgenommen werden. Sie bestehen vor allem darauf, dass neben dem Unternehmertum und der Regierung auch die Gewerkschaften darin vertreten sind.

•ferner brachten die deutschen Gewerkschaftsfuehrer mir gegemeber ihre Hoffnung zum Ausdruck, Deutschland so bald wie moeglich im Internationalen Arbeitsamt vertreten zu sehen. Ich versicherte sie der vollen Unterstuetzung des AFL in dieser Hinsicht. Ich freue mich sehr, dass die deutschen Gewerkschaften auf dem bevorstehenden Gruendungskongress des neuen Weltbundes der Freien Gewerkschaften in London vertreten sein werden und bin ueberzeugt, dass mit der Eingliederung von 5 Millionen organisierten deutschen Arbeitern in die uebrige freie Welt die Ideale der Freiheit und Demokratie wesentlich gefoerdert werden.

•Ich war ergriffen, wie dankbar die deutschen Gewerkschaften fuer das Hilfswerk der AFL sind. Es fing mit den CARE Paketen an, als die Ernaehrungslage in Deutschland verzweifelt war, wurde in Form vieler anderer Hilfsmassnahmen fortgesetzt und wurde schliesslich zur politischen Unterstuetzung in einer Reihe von Angelegenheiten. (Als Beispiel sei die Demontagefrage hier angefuehrt).

•Die ideologischen Differenzen zwischen der deutschen und amerikanischen Gewerkschaftsbewegung werden nach und nach geringer. Die amerikanischen Gewerkschaften bekennen sich zur freien Wirtschaft, waehrend die Deutschen oft noch sozialistischen Gedankengaengen huldigen. Ihre jetzigen sozialistischen Vorstellungen weichen jedoch wesentlich von den fruerehen ab. Die deutschen Gewerkschaften sind sich der Gefahren einer Buerokratie in der Regierung bewusst und erkennen, dass die Herrschaft solcher Buerokratie in eine regelrechte Diktatur ausarten kann, falls das Volk seine Kontrolle ueber sie verliert.

•Ueberall konnte ich feststellen, wie sehr die deutschen Gewerkschaftsfuehrer darauf bedacht sind, dem Ausland zu zeigen, dass ihr Land nicht mehr in den alten Gedankengaengen steckt, sondern sich zu einem demokratischen Gebilde entwickeln will, das in Frieden und Harmonie mit der uebrigen Welt leben kann.

•Ein ernstes Problem, mit dem sich das deutsche Volk noch zu befassen haben wird, ist die voellige Umgestaltung seines Beamtensystems. Tiefgehende Veraenderungen muessen hier vorgenommen werden, um eine Wiederholung der Fehler der Weimarer Republik zu vermeiden, und um den deutschen Beamten tatsaechlich zu einem Diener des Volkes zu machen. Im Staatsdienst kann kein Platz fuer Leute sein, die nicht gewillt sind, der neuen demokratischen Republik mit ehrlicher und aufrichtiger Treue zu dienen.

•Ich moechte erklaren, dass ich in voller Uebereinstimmung mit Mr. Paul G. Hoffman, dem Administrator der ECA, fuer die Beseitigung der europaeischen Handelschranken bin, denn das ist eine der ersten Voraussetzungen, wenn man in Europa eine gesunde wirtschaftliche Grundlage schaffen will. Ein freier Warenaustausch waere fuer alle Laender Europas von Vorteil und wuerde ein Weg sein, die deutsche Wirtschaft in einen gesamteuropaeischen Wirtschaftsblock einzugliedern.

•Ich bedaure es ausserordentlich, dass ich infolge Zeitmangels Berlin keinen Besuch abstatten konnte. Eine engere Verbindung der westdeutschen Republik mit Berlin ist von groesster Wichtigkeit, und ich hoffe, dass man Mittel und Wege finden wird, um Berlin zu einem festen Bestandteil des Westens zu machen.

•Bevor ich Frankfurt verlasse, moechte ich meiner Anerkennung fuer die Arbeit der amerikanischen Gewerkschaftsangestellten, die jetzt dem amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland als Ratgeber zur Seite stehen, hiermit Ausdruck verleihen. Noch ein letztes Wort zur Stellungnahme der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zum Marshall Plan: die kommunistische Propaganda versucht immer noch, den Marshall Plan als ein Werkzeug der Wall Street zu verdaechtigen. Ich moechte hiermit feststellen, dass die im Marshall Plan verwirklichteten Ideen bereits vor dem Einsetzen des ERP Hilfsprogramms und vor der beruehmten Rede des General Marshall in der Harvard Universitaet im Programm der AFL ihren Niederschlag gefunden hatten. Der Marshall Plan findet nicht nur die volle Unterstuetzung des AFL, CIO und der uebrigen freien amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, sondern ist tief in dem Herzen und Geist der amerikanischen Arbeiterschaft verankert."

ERFAHRUNGSUSTAUSCH ZUM ZWECKE DER PRODUKTIONSSTEIGERUNG

Einem Bericht der Marshall Plan Verwaltung (ECA) zufolge wird auf 40 verschiedenen Arbeitsgebieten ein technischer Erfahrungsaustausch unter den Marshall Plan Laendern durchgefuehrt, um eine Erhoehung der Arbeits- und Produktionsleistung zu erreichen.

Die Gewerkschaftler dieser Laender, die die Vereinigten Staaten im Rahmen dieses Programms besucht haben, sind an diesen Projekten der ECA beteiligt. Augenblicklich weilen englische und niederlaendische Gewerkschaftler zum Studium amerikanischer Produktionsmethoden in den Vereinigten Staaten. Ihre Aufgabe ist es, festzustellen, welche dieser Methoden in ihren eigenen Industrien zur Anwendung gebracht werden koennen.

In dem ECA Bericht wird betont, dass dieser gegenseitige Erfahrungsaustausch fuer beide Teile von Nutzen ist. Die europaeischen Besucher in den Vereinigten Staaten, die nach Anregungen fuer die Industrien ihres eigenen Landes suchten, haben oft wertvolle Vorschlaege zu Verbesserungen in amerikanischen Betrieben gemacht.

Im Rahmen des "Technical Assistance Program," dessen Durchfuehrung in letzter Zeit intensiviert wurde, befinden sich augenblicklich etwa 200 europaeische Sachverstaendige in den Vereinigten Staaten. Weitere 200 haben ihre Studien dort beendet und sind nach Europa zurueckgekehrt.

Schaetzungen der ECA zufolge sind ausserdem 200 amerikanische Techniker in Europa, um amerikanische Produktionsmethoden ueberall dort anzuwenden, wo sie gebraucht und gewuenscht werden.

Die Marshall Plan Verwaltung hat mehr als 85 Austauschprojekte gebilligt und ueberprueft augenblicklich etwa 200 weitere Gesuche aehnlicher Art aus den Marshall Plan Laendern.

Die im ECA Programm vorgesehene Technische Unterstuetzung umfasst u.a. folgende Gebiete: Industrielle Produktionsleistung, Vertrieb, Forschungsmethoden; Produktionsleistung, Arbeitsverfahren und Vertrieb in der Landwirtschaft; der Arbeitsoekonomie und Arbeitsbedingungen; Verbesserung der oeffentlichen Verwaltung; finanzpolitische Methoden und Wirtschaftsberichte.

Die Besuchergruppen in den Vereinigten Staaten bestanden aus: Oesterreichischen Sachverstaendigen der Holzbearbeitung, deutschen Spezialisten der Treibstoffproduktion und des Maschinenbaus; daenischen Gewerkschaftlern; franzoesischen Technikern fuer schwere elektrische Einrichtungen und Fachleuten der Eisengiesserei; griechischen Sachverstaendigen zum Studium der Bodenverbesserung; italienischen Gewerkschaftlern; hollaendischen Spezialisten der Keramik und des Wasserbetonbaus; Gewerkschaftler; Techniker fuer Grubeninstandsetzung, Huettenwesen, Stahl- und Papierherstellung aus Norwegen; schwedischen Gewerkschaftlern; tuerkischen Ingenieuren fuer Wasserkraft und Vertretern der stromerzeugenden Industrie der Schweiz.

Unter der Schirmherrschaft der ECA und des Anglo-Amerikanischen Produktivitaetsausschusses haben 12 Besuchergruppen, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften, Unternehmer und Techniker, Beobachtungen in den folgenden Industriezweigen angestellt: Stahlgesserei, Kunstbaumwoll-Weberei, Gesenkschmiedung, Metallpressung, Baumwolltextilien, Verbrennungsmotore, Konfektion, elektrische Energie, Herstellung von Kunstduengern und Produktionsmethoden der Industrie und Materialtransport mit mechanischen Hilfsmitteln.

Die landwirtschaftlichen Studien befassen sich mit Saatgutveredelung, Molkereiprodukten, landwirtschaftlichen Maschinen, Bodenbearbeitung, Viehhaltung, Aufforstung und ansteckenden Krankheiten unter Schweinen und Gefluegel.

Ausserdem widmen sich Regierungsvertreter der beteiligten Laender in den Vereinigten Staaten dem Studium der Verwaltungsmethoden, Verwaltung des Budget, der Personalpolitik, des oeffentlichen Gesundheitsdienstes, Statistik und Finanzwesen.

Amerikanische Experten stehen den Marshall Plan Laendern als Berater fuer folgende Fragen zur Seite: Molkereiverfahren in Daenemark, landwirtschaftliche

Produktion in der Bizone Deutschlands und in Italien, Kohleersparung und Ausdehnung der Salzindustrie in der Tuerkei und fuer Krafterzeugung durch Waerme, Versorgung mit Elektrizitaet, Stahlerzeugung, Nachrichtenwesen und moderne Betriebsmethoden in Griechenland.

MARSHALL PLAN UND EUROPAEISCHER WIEDERAUFBAU

Eine Rede des Beraters fuer Arbeit und Gewerkschaftsfragen in der ECA, Clinton S. Golden, vor dem Nationalkongress des CIO in Cleveland, Ohio.

Der Marshall Plan ist nun 18 Monate alt, und viele Probleme in Europa sind durch ihn mit Umsicht und Hingabe geloest worden. Die moderne Welt ist so eng miteinander verbunden, dass man diese Probleme in zunehmendem Masse als unsere eigenen bezeichnen kann.

Ich moechte kurz von den Erfolgen in Europa berichten, die als Folge des Marshall Planes zu werten sind. Man darf nicht vergessen, dass dieser Plan erst seit 1½ Jahren funktioniert und nur noch 2½ Jahre verbleiben, um unter diesem Plan am Wiederaufbau Europas zu arbeiten. Die Berichte zeigen schon jetzt bemerkenswerte Erfolge, aber es bestehen noch gewisse Probleme, die offen besprochen werden muessen.

Was verstehen wir unter dem Begriff "Wiederaufbau"? Es gibt augenblicklich keinen Masstab, mit dem man den Wiederaufbau messen koennte. Eine Reihe verschiedener Faktoren spielen dabei eine Rolle.

Das allererste Problem, das geloest werden musste, war die Lebensmittelversorgung der hungrigen, unterernaehrten Menschen in den vom Kriege betroffenen Marshall Plan Laendern. Die Arbeiter hatten fuer sich und ihre Familien nicht genug Nahrung, und man konnte deshalb auch keine besondere Produktionsleistung erwarten. Und wo nicht produziert wird, kann natuerlich auch nicht aufgebaut werden. Deshalb mussten in der ersten Zeit fast 60% der im Marshall Plan zur Verfuegung gestellten Subventionen fuer Lebensmittel und andere Lebensnotwendigkeiten verwendet werden.

Europa stand vor der Aufgabe, wieder zu produzieren, und darum mussten seine Fabriken wieder in Gang gebracht werden. Heute, drei Jahre nach dem Kriege, hat die Produktion der Marshall-Plan-Laender ihren besten Vorkriegsstand um 15% und mehr uebertroffen. Jeder wird zugeben, dass dies eine hervorragende Leistung ist, besonders wenn man bedenkt, dass die ausgebombten Betriebe wieder aufgebaut und die Einrichtungen modernisiert werden mussten. Ausserdem waren die Arbeiter nach den Anstrengungen und Entbehrungen der langen Kriegsjahre voellig erschoept. Trotz alledem hat die Produktion Europas mit Hilfe des Marshall Planes unsere besten Erwartungen nicht nur bestaetigt, sondern sogar uebertroffen.

Der europaeische Wiederaufbau kann jedoch leider nicht nur nach der Produktion bewertet werden. Fuer die erzeugten Waren muessen Absatzmaerkte zur Verfuegung stehen, die - wenigstens fuer den Augenblick - im Ausland gesucht werden muessen. An Hand eines Beispiels kann ich dies am besten erklaren.

England ist ein kleines Land, ungefaehr so gross wie Indiana. Es muss importieren, um seine 40 Millionen Einwohner ernaehren zu koennen. Die erforderlichen Nahrungsmittel koennen nicht im Lande selbst erzeugt werden; ebensowenig sind die fuer die Industrie unerlaesslichen Rohstoffe vorhanden. England muss also von anderen Laendern importieren. Dazu braucht es Franken, Gulden bzw. Dollars, um die Erzeuger und Bauern in Frankreich, Holland bzw. den Vereinigten Staaten oder anderer Laender, mit denen es Handel treibt, bezahlen zu koennen.

Woher bekommt England Dollars? Die meisten verdient es durch den Verkauf englischer Waren an die Vereinigten Staaten. Damit kann es dann dem amerikanischen Bauern und Erzeuger die Gueter bezahlen, die es von ihnen kaufen muss, um das englische Volk ernaehren und seine Industrie in Gang halten zu koennen. Hierueber muessen wir uns zuerst klar werden, wenn wir eine Reihe weiterer Vorgaenge verstehen wollen.

Wenn nun zum Beispiel die Vereinigten Staaten von England und der uebrigen Welt nichts kaufen, dann koennen diese Laender auch nicht von uns kaufen. Die Einfuhr bestimmter Waren aus den Vereinigten Staaten ist fuer Europa jedoch lebensnotwendig. Wenn wir sie Europa versagen, so wird ein rapides Absinken seines Lebensstandards die unvermeidliche Folge sein. In Anbetracht des augenblicklich schon sehr niedrigen Lebensstandards waere ein weiteres Sinken fuer die Laender Europas kaum tragbar. Andererseits sollten wir nicht vergessen, dass dieses Geld, das die Vereinigten Staaten an andere Laender fuer importierte Waren bezahlen, schliesslich hierher (U.S.) zurueckkommen und unsere inlaendischen Absatzmaerkte beleben wird.

Ungeachtet dieser einleuchtenden Tatsache ist es notwendig, die westeuropaeischen Laender von der Notwendigkeit auslaendischer Absatzmaerkte in gemegendem Umfang zu ueberzeugen. Hier erwaechst dem Europa Hilfsprogramm seine groesste Aufgabe. Bevor sie nicht geloest ist, ist es ausgeschlossen, dass Westeuropa bis 1952 wirtschaftlich selbststaendig werden kann.

Wir haben festgestellt, warum die Marshall Plan Laender im Ausland Absatzmoeglichkeiten fuer ihre gesteigerte Produktion finden muessen. Die Frage ist: Wo sind sie zu finden?

Erstens stellt Westeuropa mit seinen 275 Millionen Bewohnern selbst einen riesigen Absatzmarkt dar. Hier bestehen jedoch noch Handelsschranken, die die europaeische Wirtschaft in etwa 20 verschiedene Teile zerlegen. Deshalb befuerworten wir die Schaffung der Vereinigten Staaten Europas, da das die Beseitigung dieser Schranken bedeuten wuerde. Ich nehme an, dass das amerikanische Volk diese Notwendigkeit wahrscheinlich besser erkennt als die Europaer, da es aus eigener Erfahrung weiss, was es heisst, einen Grossabsatzmarkt zu besitzen, der sich von Maine bis nach Kalifornien erstreckt. Koennen Sie sich vorstellen, was sich in der amerikanischen Wirtschaft mit ihrer Massenproduktion ereignen wuerde, wenn jeder der 48 Staaten seine eigene Waehrung, eigenen Handelsbestimmungen und Zoelle haette? Der gesamte amerikanische Handel wuerde zu einem Bruchteil dessen reduziert, was er heute ist, und das Ergebnis waere ein rapides Absinken des Lebensstandards aller Amerikaner.

So sieht es im heutigen Europa aber tatsaechlich aus. Die Methoden der Massenproduktion koennen nur in geringem Masse angewendet werden, weil der entsprechende Absatzmarkt fehlt. Wenn die bestehenden Handelsschranken beseitigt werden koennten, haette man es nicht mehr mit Tausenden, sondern mit Millionen von Verbrauchern zu tun.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Marshall Plan Verwaltung so grosse Betonung auf die Entwicklung einer europaeischen Wirtschaftseinheit legt.

Die dabei auftauchenden Schwierigkeiten sind keineswegs zu unterschuetzen. Es bedarf uebermenschlicher Anstrengungen der europaeischen Staatsmaenner, um sich ueber geschichtliche Traditionen und das Gewicht der Jahrhunderte hinwegsetzen zu koennen. Gelingt es jedoch nicht, dann wird Europa vor einem Chaos stehen. Ohne wirtschaftliche Zusammenarbeit wuerden die Laender Westeuropas mehr und mehr isoliert werden, und ein bedrohliches Absinken des Lebensstandards nach Beendigung des Marshall Planes waere die unvermeidliche Folge.

Die Regierungen der Marshall Plan Laender sind in dieser Hinsicht schon einen grossen Schritt vorwaerts gekommen. In der OEEC (Organisation fuer Europaeische Wirtschaftliche Zusammenarbeit) beraten Vertreter aller ERP Laender gemeinsam, wie die zur Verfuegung stehenden Marshall Plan Fonds unter ihnen zu verteilen sind. Leider scheint es nicht ganz einfach zu sein, wenn 16 hungrige Personen eine kleine Pastete unter sich bruederlich teilen muessen.

Wenn man sich dennoch einigen koennte, so ist das ein Beweis grosser staatsmaennischer Faehigkeiten. Die Zusammenschaltung der Wirtschaften Europas ist jedoch noch nicht vollzogen, und auf diesem Gebiet bleibt noch vieles zu tun.

In den vergangenen Wochen haben einige europaeische Laender niedrigere Zoelle angekuenndigt. Als interessierte Zuschauer koennen wir diese wichtigen Beschluesse nur begruessen. Aber zur gleichen Zeit muessen wir Westeuropa zu noch groesseren Bemuehungen anspornen, wenn die gesteckten Ziele erreicht werden sollen.

ECA Labor Information
2. November 1949

UNTERNEHMER ZUM GEWERKSCHAFTSWESSEN IN DEN U.S.

Der Direktor des Institutes fuer Arbeitsfragen an der Universitaet in Illinois, Prof. W. Ellison Chalmers, sprach kuerzlich ueber die Rolle, die den Gewerkschaften in der Zukunft zufallen wird. Wir geben einige Auszuege dieses Vortrags wieder, die er vor einer Versammlung des I.A.M. (Internationaler Metallarbeiter Verband) gehalten hat.

Nach dem ersten Weltkrieg stellten sich viele Grossunternehmer auf den Standpunkt, dass ihre Interessen und - so behaupteten sie - auch die des Landes am besten gewahrt wuerden, wenn man das Gewerkschaftswesen bekampfte. Sie griffen teilweise die Gewerkschaften direkt an. Auch versuchten sie, die Arbeiter davon zu ueberzeugen, dass "unabhaengige" Vereinigungen ihre Interessen am besten vertreten koennten. Ich vermute, dass eine solche Wiederholung solcher direkten Angriffe der Unternehmer auf die Gewerkschaften in beabsichtigter oder unbeabsichtigter Form unwahrscheinlich ist.

Meiner Meinung nach haben viele Unternehmer erkannt, dass die Gewerkschaft ein unvermeidlicher Faktor in den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind. Viele haben sich eben ueberzeugt, dass das sowohl vom Standpunkt des Unternehmers als auch des Arbeiters aus ein wuensenswertes Verhaeltnis ist.

Wenn die Gewerkschaften auch nicht mit der Wiederholung des schweren Angriffs von 1920, der auf der ganzen Linie gefuehrt wurde, zu rechnen haben, so muessen sie sich doch auf dauernde und sogar wachsende Bestrebungen gewisser Unternehmerkreise gefasst machen, die darauf zielen, die Treue der Gewerkschaftsmitglieder zu untergraben.

Die Gewerkschaftsbewegung erachtet es demgegenueber nicht nur fuer wuensenswert sondern fuer direkt notwendig, sich nicht mit den Unternehmern herumzuschlagen, sondern mit ihnen zusammenzuarbeiten. Sie muss alles tun, um ihren Einfluss bei Kollektiv-Verhandlungen zu wahren und weiterentwickeln, um sich mit den Unternehmern messen zu koennen. Je naeher die Gewerkschaften diesem Ziele kommen und je groesser ihre Einflussnahme auf wichtige Entscheidungen der Unternehmer wird, um so mehr muessen sie sich vergegenwaertigen, welchen Schlag sie mit ihren Forderungen dem Unternehmer versetzen.

DIE SPANNE ZWISCHEN PREISEN UND LOEHNEN

Das U.S. Arbeitsministerium hat in der Zeit von Oktober 1948 bis April 1949 eine Untersuchung durchgefuehrt, um die Kaufkraft der Arbeiter fuer Lebensmittel in 19 verschiedenen Laendern zu ermitteln.

Das Ergebnis zeigt an erster Stelle Australien mit der durchschnittlich hoechsten Kaufkraft. Ihm folgen die Vereinigten Staaten, Norwegen, Kanada, Daenemark, Grossbritannien, Schweden, Finnland, Schweiz, Israel, Tschechoslowakei, Irland, Chile, Frankreich, Ungarn, Deutschland (Bizone), Italien, Oesterreich und Russland.

Man hat ferner festgestellt, dass die Kaufkraft eines Stundenlohns der Arbeiter in Kanada, England und Skandinavien 70 bis 90% derjenigen amerikanischer Arbeiter betraegt, wogegen der russische Arbeiter vier-bis siebenmal solange wie der amerikanische arbeiten muss, um die gleiche Menge Lebensmittel kaufen zu koennen.

Mitteilungen des U.S. Arbeitsministeriums zufolge ist zu erwarten, dass die Abwertung des britischen Pfund Sterling und anderer Waehrungen Verschiebungen im Lohn-Preisverhaeltnis in diesen 19 Laendern hervorrufen wird, aber grundlegende Umwaelzungen sind in der naechsten Zukunft nicht zu erwarten.

Es war unmoeglich, in allen Faellen genaue Angaben ueber den Durchschnittslohn zu bekommen. Ebenso konnte nicht festgestellt werden, wie sich die Qualitaet der auslaendischen Lebensmittel gleicher Preislage zur Qualitaet der amerikanischen Lebensmittel verhaelt. Man bezeichnete darum die Vergleiche als "annaeherd".

Das Statistische Buero des Arbeitsministeriums setzte 100 als den amerikanischen Index und berechnete die Kaufkraft der Arbeiter in den uebrigen Laendern im Verhaeltnis dazu. Hier sind die Ergebnisse:

Australien 109, Norwegen 88, Kanada 84, Daenemark 80, Grossbritannien 71, Schweden 69, Finnland 52, Schweiz 51, Israel 51, Tschechoslowakei 48, Irland 45, Chile 36, Frankreich 35, Ungarn 33, Deutschland (Bizone) 32, Italien 24, Oesterreich 23 und Russland 18.

In diesen Zahlen sind die Familienunterstuetzungen nicht beruecksichtigt, die in Frankreich, Oesterreich, Italien und Schweden an Arbeiter mit Familien gezahlt werden. Eine entsprechende Berichtigung wuerde eine wesentliche Erhoehung der Kaufkraft in diesen Laendern ergeben, heisst es in dem Bericht.

Tagesbericht des U.S. Informationsdienstes.

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 41

Frankfurt, 16. Dezember 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Englische Studiengruppe in den U.S. - - - - -	1
Neue Internationale zum Marshall Plan - - - - -	2
Das U.S. Arbeitsministerium - - - - -	2
Neue CIO Gewerkschaft bekennt sich zum Marshall Plan - -	7
CIO Fuehrer spricht zur Frage des Wirtschaftsfriedens -	9
Fair Deal fuer ein besseres Leben - - - - -	10
Internationale Verbundenheit - - - - -	11
Grubenholz aus den Tropen? - - - - -	12

ENGLISCHE STUDIENGRUPPE IN DEN U.S.

Bert M. Jewell, Berater fuer Arbeitsfragen des Marshall Plans in Washington, erklarte vor einer Besuchergruppe englischer Gewerkschaftler, dass eine gesteigerte Produktion in Europa "niedrigere Preise und hoehere Einkommen mit sich bringen wuerde. Dies waere eine gesunde Grundlage, auf der sich ein Volk einen hoeheren Lebensstandard aufbauen koenne."

Die britische Delegation konferierte waehrend ihres 6-woechigen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten mit Regierungsbeamten und Gewerkschaftsfunktionaeren, um zu untersuchen, in welchem Masse die amerikanischen Gewerkschaften an der Produktionssteigerung beteiligt sind.

Bei einer Pressekonferenz sagte William Jones, der Wortfuehrer der Gruppe, dass sich diese Reise fuer die Wiederaufrichtung der englischen Wirtschaft als sehr fruchtbringend erweisen werde.

Jones, der Sekretaer der Nationalen Gewerkschaft der Bergleute Englands ist, versicherte, dass seine Begleiter den festen Glauben haetten, "einen grossen Beitrag zum Wiederaufbau der englischen Wirtschaft" als Ergebnis ihrer Untersuchungen in den Staaten leisten zu koennen.

ECA Labor Information
16. November 1949

NEUE INTERNATIONALE ZUM MARSHALL PLAN

Als Moskau den osteuropaeischen Laendern die Teilnahme am Marshall Plan verweigerte, war die endgueltige Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes WFTU besiegelt, und der Schaffung einer neuen, freien Gewerkschaftsinternationale stand nichts mehr im Wege, erklarte Paul Finet (Belgien), vor Delegierten des Londoner Organisations-Kongresses des neuen Weltgewerkschaftsverbandes.

Finet, der Vorsitzende der Konferenz, fuehrte in seiner Botschaft aus:

"Es gab immer noch Leute, die verzweifelte Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Einheit des WFTU machten und deshalb versuchten, fuer die stalinistischen Intrigen in dieser Organisation entschuldigende Erklaeerungen zu finden. Auch bei ihnen duerften durch die Haltung Moskaus zum Marshall Plan die letzten Zweifel beseitigt sein. Nichts anderes als die Stellungnahme Russlands zum Wiederaufbau Programm in den demokratischen Laendern fuehrte die endgueltige Aufspaltung des WFTU herbei.

"Die Kommunisten erkannten, dass die Wiederaufrichtung der europaeischen Wirtschaft ihren Stoerungsversuchen ein Ende machen wuerde und versuchten deshalb auf Befehl Moskaus, den WFTU ins Schlepptau zu nehmen. Diese Tendenz trat deutlich zutage, als unsere Kollaborationsversuche im Oktober 1945 endgueltig scheitern mussten."

Arthur Deakin, Grossbritannien, legte im Namen des Vorbereitungsausschusses dem Kongress einen Bericht vor, in dem an erster Stelle die Bedeutung des Marshall Planes und die finanziellen Zuwendungen amerikanischer Gewerkschaften fuer die vom Kriege betroffenen Laender hervorgehoben wurde. "Es handelt sich dabei nicht um wohlklingende Phrasen," sagte er, "sondern um wirklich fuehlbare Hilfe."

Evert Kupers, ein Veteran der hollaendischen Gewerkschaftsbewegung, sagte in seinem Bericht ueber die vom Vorbereitungsausschuss vorgeschlagene Verfassung unter anderem:

"In der naechsten Zukunft werden wir es zweifellos erleben, dass die Kommunisten versuchen, Streiks vom Zaune zu brechen. Ich sehe darin erstens einen direkten Angriff auf unsere Gewerkschaftsbewegung und zweitens einen Sabotageakt am wirtschaftlichen Wiederaufbau und zwar vornehmlich in den westeuropaeischen Laendern, wo dank der Marshall Hilfe so grosse Fortschritte erzielt werden konnten."

ECA Labor Information
30. November 1949

DAS U.S. ARBEITSMINISTERIUM (Von Maurice J. Tobin, Arbeitsminister)

(Da in Deutschland der Aufbau der Arbeitsministerien in Bund und Laendern von groesster Bedeutung fuer die Arbeiterbewegung ist, veroeffentlichen wir nachstehend einen Artikel des amerikanischen Arbeitsministers in dem er zu Reformen des U.S. Arbeitsministeriums Stellung nimmt.)

Wenn man sich von dem Wesen un der Beschaffenheit des Arbeitsministeriums ein Bild machen will, muss man von den folgenden drei Gesichtspunkten ausgehen: Welche Aufgaben hatte das Ministerium in der Vergangenheit? Welche Stellung nimmt es heute ein? Und welchen Einfluss muesste es heutzutage als eine der bedeutendsten exekutiven Behoerden auf die Gestaltung und Handhabung der Staatspolitik ausueben?

Die exekutiven Funktionen der Bundesregierung auf dem allgemeinen Gebiet der Arbeit wurden im Jahre 1903 zum erstenmal statutmaessig im Kabinett festgelegt. Sie bildeten jedoch nur einen verhaeltnismaessig geringen Bestandteil des Department of Commerce and Labor (Handels-und Arbeitsministerium), und die Taetigkeiten des

neuen Ministeriums beschränkte sich in erster Linie auf die des früheren Bureau of Labor. Dieses Bureau war im Jahre 1884 als Teil des Innenministeriums gegründet worden und wurde 1888 als Department of Labor unabhängig. Es gehörte jedoch nicht zum Kabinett und hatte dementsprechend auch nicht die Exekutivgewalt der übrigen Ministerien.

Die Aufnahme des Arbeitsministeriums ins Kabinett als selbstständiges Mitglied erfolgte im Jahre 1913, was eine natürliche und unvermeidliche Folge der Probleme jener Zeit darstellt. Der rapiden Ausdehnung der Industrie, dem Entstehen grosser Unternehmen, der wachsenden Bedeutung der Klasse der Lohnempfänger und besonders der gesteigerten Einflussnahme der Gewerkschaften wurde damit Rechnung getragen.

Mit der Gründung des Ministeriums für Landwirtschaft (Department of Agriculture) im Jahre 1862 war die Anerkennung der besonderen Interessen und Bedürfnisse der Bauern zum Ausdruck gekommen. Zu jener Zeit bildete die Landwirtschaft den Hauptbestandteil der Wirtschaft des Landes. 1889 erhielt dieses Ministerium Kabinettsstatut.

Den Forderungen der Geschäftswelt schenkte man in der Regierung bereits zu einem frühen Zeitpunkt besondere Beachtung. Lange vor der Gründung des Ministeriums für Handel und Arbeit im Jahre 1903 hatte man eigens zu diesem Zwecke verschiedene bedeutende Organisationen.

Der Jahresbericht jenes Ministeriums (Department of Commerce and Labor) von 1904 berichtet von 12 solchen Ämtern, die zum grossen Teil schon lange bestanden und über ein Kapital von 13,745,000 Dollars verfügten. Der Anteil des Bureau of Labor betrug 184,000 Dollars hiervon. Im Jahre 1912 wurde das Children's Bureau (Jugendamt) dem Ministerium für Handel und Arbeit hinzugefügt. Es hatte ausschliesslich beratende und unterlagensammelnde Funktionen.

Das neue Ministerium

Das Aufgabengebiet des Arbeitsministeriums war zu Anfang nicht sehr umfangreich. Eine Gesetzgebung der Bundesregierung zum Schutze des Arbeiters und zur Wahrung seiner besonderen Interessen gab es fast nicht.

Die statistische Tätigkeit des Bureau of Labor (es wurde später in Bureau of Labor Statistics, Statistisches Bureau des Arbeitsministeriums umbenannt) wurde beibehalten und ständig ausgedehnt.

Das Children's Bureau (Jugendamt) schloss sich dem neuen Ministerium an. Die wichtigsten verwaltungsmässigen Aufgaben des Ministeriums lagen auf dem Gebiete der Zuwanderung, Einbürgerung, Beschäftigung und Löhne.

Die bedeutendste Neuerung war die Errichtung des Conciliation Service (Bureau für Schlichtungswesen) im Jahre 1913. Mr. William B. Wilson, der erste Arbeitsminister, bezeichnete diese neue Funktion als eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums.

Während und nach dem ersten Weltkrieg

Bald nachdem das Ministerium organisiert war, fanden infolge des ersten Weltkrieges Änderungen und Erweiterungen in seinem Arbeitsbereich statt. Eine War Labor Administration (Kriegs-Arbeitsverwaltung) mit verschiedenen Unterabteilungen wurde Teil des neuen Ministeriums. Der Employment Service (Arbeitsvermittlungsbureau) und der Women in Industry Service (Bureau für Frauen in der Industrie) wurden ins Leben gerufen.

Ein neuer Begriff tauchte auf als Ergebnis der Erfordernisse des Krieges und der lebenswichtigen Rolle, die den Arbeitern und ihren Organisationen während des Krieges zufiel. Es war der Begriff von den Rechten und Pflichten des Arbeiters und von der Verpflichtung der Regierung dem Arbeiter gegenüber.

Dieser neue Begriff überlebte den Krieg jedoch nicht lange. Sogar der Employment Service wurde aufgegeben, da der Unternehmer nicht mehr nach Arbeitern, sondern die Arbeiter nach Beschäftigung suchen mussten. Der einzige Gewinn war der Fortbestand des Women in Industry Service als Women's Bureau (Frauenbureau). Die Zwanziger

Jahre waren von dem "neuen Zeitalter" des "vaeterlichen Arbeitgebers" gekennzeichnet, und die Arbeiterbewegung wurde beiseitegedraengt.

Als die "dauerhafte Prosperitaet" des neuen Zeitalters bewiesen hatte, dass sie nichts anderes als Ruhe vorm Sturm bedeutete, richtete man, allerdings sehr spaet, seine Blicke wieder auf die Arbeiterschaft. Die Funktionen des Arbeitsministeriums gingen ueber Statistik, gelegentliche Beratung und Angebot von Schlichtungsdiensten hinaus. Der Employment Service erlebte seine Wiederauferstehung, und der Conciliation Service wurde verstaerkt. Die Social Security Act (Sozialisierungsgesetz), National Labor Relations Act (Nationales Arbeitsgesetz), Fair Labor Standards Act (Gesetz zur Ueberwachung gerechter Arbeitsbedingungen) und viele andere Gesetze wurden verabschiedet.

Im zweiten Weltkrieg

Dann kam der zweite Weltkrieg. Der Bundesregierung erwachsen riesige neue Aufgaben in der Arbeits- Verwaltung und -Gesetzgebung.

Im Verlaufe all dieser Entwicklungen kam jedoch die Notwendigkeit einer Zentralisierung der Arbeitsgesetzgebung und - Verwaltung, im Arbeitsministerium zusammengefasst, nur in unbestaendiger und uneinheitlicher Form zum Ausdruck. Der gesunde Grundsatz einer oeffentlichen Verwaltung, die auf dem Zusammenspiel von Aufgaben und Verantwortlichkeiten beruht, scheiterte, und dafuer gibt es verschiedene Gruende. Mitverantwortlich ist, dass man die Verwaltung in Kriegszeiten der Not gehorchend gestalten und oftmals dementsprechend Einrichtungen improvisieren musste. Die Uneinigkeit in den Reihen der Arbeiterschaft wirkte sich zweifellos ebenfalls unguenstig aus.

Wie dem auch sei, es ist nicht nur nicht gelungen, die erforderliche Zusammenfassung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiet zustande zu bringen, sondern eine weitere Zerstreung der Dienststellen hat sogar um sich gegriffen. Darueberhinaus sind die Hilfsmittel zur Ausfuehrung der noch uebrigen Funktionen stark reduziert worden.

Der erste "Reorganization Plan"

Durch einen Neuordnungsplan, der am 14. Juni 1940 in Kraft trat, ist der Immigration and Naturalization Service (Zuwanderungs- und Einbuengerungsbuero) dem Justizministerium angegliedert worden. Nachdem der Conciliation Service 34 Jahre lang zum Ministerium gehoert hatte, wurde er nach den Bestimmungen des Taft-Hartley Gesetzes zur unabhængigen Behoerde. Im vorigen Jahre wurde auch der Employment Service aus dem Ministerium herausgerissen.

Es verblieben im Arbeitsministerium die Abteilungen fuer: Lehrlingswesen, Ueberwachung der Arbeitsbedingungen, Statistik, Rechtsanspruch aelterer Arbeitnehmer auf Wiedereinstellung, das Frauenbuero und das Amt fuer Lohn-, Arbeitszeitregelung und oeffentliche Vertraege zwischen Behoerde und Betrieben. Die Abteilung fuer Lohn- und Arbeitszeitregelung ist halb-autonom.

Funktionen des Arbeitsministers

Nach Massgabe des Gesetzes zur Gruendung des Ministeriums und besonderer Gesetzgebung hat der Arbeitsminister verschiedene Funktionen, die nicht in dem Bereich der genannten Aemter, aus denen das Ministerium besteht, liegen. Er ist vor allem fuer die Arbeitsgesetzgebung der Regierung verantwortlich. Er beteiligt sich an der Arbeit verschiedener, unabhængiger Behoerden, besonders des National Security Resources Board (Nationaler Verteidigungs-Ausschuss zur Ueberwachung und Sicherung der Hilfsquellen des Landes); zusammen mit dem Assistant Secretary (Staatssekretar) und dem Solicitor of Labor (Juristischer Berater des Arbeitsministers) befasst er sich mit Fragen zur Festsetzung der Lohntarife fuer verschiedene Gruppen von Arbeitern nach den Bestimmungen des Devis-Bacon- oder anderer Gesetze. Es liegen ihm die Funktionen ob, die zur Aufrechterhaltung der Verbindung des Arbeitsministeriums mit der Internationalen Arbeitsorganisation erforderlich sind, und auf dem Wege ueber das Amt fuer Internationale Arbeitsangelegenheiten im Amt des Arbeits-

ministers bearbeitet er internationale Arbeitsfragen.

Diese und zahlreiche andere Aufgaben des Arbeitsministers sind zusammen mit den Funktionen der einzelnen Abteilungen des Arbeitsministeriums nicht nur fuer die Arbeiterschaft, sondern darueberhinaus fuer das ganze Land von grosser Bedeutung. Sie sind jedoch nicht ausreichend, um den Anforderungen eines der wichtigsten exekutiven Ministerien vollauf gerecht werden zu koennen.

Der Zweite "Reorganization Plan"

Der Praesident unterbreitete am 20. Juni in seiner Botschaft an den Kongress den Neuordnungsplan Nr. 2, 1949, (Reorganization Plan No. 2) und nahm zu den Bestrebungen einer Dezentralisierung der Funktionen der Regierung auf dem allgemeinen Gebiet der Arbeit Stellung. Er fuehrte aus:

"Ausserhalb des Arbeitsministeriums befasst man sich mit Arbeitsprogrammen, und einige diesem Ministerium ureigene Funktionen sind anderen Dienststellen uebertragen worden. Meiner Meinung nach ist dieser Vorgang durchaus ungesund und muss abgeaendert werden. Das Arbeitsprogramm der Bundesregierung stellt eine Gruppe von Funktionen dar, die einheitliche berufliche Ausbildung und Erfahrung erfordern, und in denen zahlreiche Probleme ineinandergreifen. Zu ihrer Loesung bedarf es einer straffen, einheitlichen Fuehrung."

Dieser Standpunkt kommt jedoch nicht nur in den Erklarungen des Praesidenten zum Ausdruck. Auch die Commission on Organization of the Executive Branch of the Government (Ausschuss fuer Exekutivgewalt der Regierung) ist derselben Meinung. Dieses Gremium wird von dem ehemaligen Praesidenten Hoover gefuehrt und setzt sich aus einer Gruppe prominenter Persoenlichkeiten beider Parteien zusammen. Der Hoover-Ausschuss befuehwortete bestimmte, allgemeinguetliche Richtlinien in der Handhabung der Exekutivgewalt. In einer Verlautbarung des Ausschusses heisst es:

"Der Praesident und seine Minister sind dem Volke und dem Kongress fuer die wirksame Handhabung der Exekutivgewalt verantwortlich."

Der Ausschuss setzte sich unter anderem dafuer ein, dass die zahlreichen Abteilungen "nach ihren Aufgaben gruppiert und in Ministerien zusammengefasst wuerden, sodass eine einheitliche Richtung der Funktionen in jedem Ministerium gewaehrleistet ist." Dieser Grundsatz sei besonders im Falle des Arbeitsministeriums unbeachtet geblieben. Trotzdem wurden vom Ausschuss keine ungewoehnlichen Vorschlaege zur Neuorganisation des Arbeitsministeriums gemacht. Das Bureau of Employment Security (Buro fuer Beschaeftigungssicherheit), zu dem der Employment Service und der Unemployment Insurance Service (Arbeitslosenversicherungs-Buro) gehoerten, und ebenfalls der Veterans' Employment Service (Buro fuer aeltere Arbeitnehmer) sollten dem Arbeitsministerium angegliedert werden - ein Vorschlag, der schon im 2. Neuordnungsplan des Praesidenten vom 20. Juni enthalten war. Man sprach sich ausserdem noch fuer die Uebernahme verschiedener anderer Agenturen und Funktionen aus.

Auch mit anderen Abteilungen befasste sich der Ausschuss, wie zum Beispiel dem Federal Mediation and Conciliation Service (Bundesstaatliche Abteilung fuer Vermittlungs- und Schlichtungswesen), dem National Mediation Board (Nationale Behoerde fuer Schlichtungswesen) und dem National Labor Relations Board (Nationale Behoerde fuer Wechselbeziehungen der Arbeit). Besondere Vorschlaege hierzu wurden jedoch nicht gemacht. Als der Hoover-Ausschuss gerade dabei war, seinen Bericht auszuarbeiten, wurden im Kongress Verhandlungen ueber Aufhebungen oder Abaenderungen der Bestimmungen des Taft-Hartley Gesetzes gefuehrt. Aus diesem Grunde erklarte der Ausschuss, "keine Vorschlaege zur Organisation jener Behoerden machen zu koennen, bevor man sich im Kongress ueber diese Fragen nicht einig geworden sei."

Die von dem Hoover-Ausschuss ausgearbeiteten Grundsaeetze sind jedoch mehr als blosser Vorschlaege zur Vereinigung einiger Agenturen mit dem Arbeitsministerium. Es ist eine ausnahmsweise schwerwiegende Vergewaltigung der gesunden Grundsaeetze einer exekutiven Organisation, dass manes versaeumt, dem Arbeitsministerium die ihm gebuehrenden Aufgaben auf dem Gebiet des Schlichtungswesens wieder zu uebertragen. Man hatte im Jahre 1947 den Conciliation Service aus dem Ministerium mit dem Vorwand

herausgenommen, dass die Unparteilichkeit seiner Arbeit nicht gewährleistet waere. Tatsache ist jedoch, dass die unparteiische und erfolgreiche Handlungsweise des Conciliation Service waehrend seiner 34-jaehrigen Zugehoerigkeit zum Arbeitsministerium ausser Frage steht.

In der Arbeitnehmer- Arbeitgeberkonferenz unter dem Vorsitz des Praesidenten wurde im November 1945 die Bedeutung des Conciliation Service innerhalb des Arbeitsministeriums besonders hervorgehoben. Auch die Vertreter der National Association of Manufacturers (Nationaler Unternehmer-Verband) und des Committee for Economic Development (Ausschuss zur wirtschaftlichen Entwicklung), die dem 80. Kongress beiwohnten, als das Taft-Hartley Gesetz zur Sprache kam, waren gegen die Errichtung einer Schlichtungsbehoerde ausserhalb des Arbeitsministeriums.

Die Unparteilichkeit steht ueberhaupt nicht zur Eroerterung. Es kommt auf die Wirksamkeit der Verwaltungsmethoden der Regierung an. Und dazu ist notwendig, dass alle Faeden der Verwaltung in dem Kabinett zusammenlaufen, wo ein einzelnes Mitglied als verantwortlicher Beamter fuer - in diesem Falle zum Beispiel - alle Angelegenheiten auf dem Gebiet der Arbeit dem Praesidenten Rechenschaft schuldet.

Fuer das ganze Volk

Die vom Arbeitsministerium geleistete Arbeit ist weder jetzt, noch war sie frueher ausschliesslich dem Wohle der Arbeiterschaft gewidmet. Sie ist vielmehr der Gesamtheit des Volkes zugute gekommen.

Ich moechte, um ein Beispiel zu geben, an dieser Stelle zwei Abteilungen des Ministeriums herausgreifen. Das Bureau of Apprenticeship (Bueru fuer Lehrlingswesen) arbeitet mit einem Federal Committee on Apprenticeship (Bundesstaatlicher Ausschuss fuer Lehrlingswesen) zusammen, der sich aus Vertretern des Unternehmertums, der Gewerkschaften und den daran interessierten Behoerden zusammensetzt. In seinem Bestreben, das Lehrlingswesen zu foerdern, leistet dieses Bueru nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Unternehmer und damit der Gesamtheit des Volkes wertvolle Dienste; es hat deshalb auch nicht nur die Mitarbeit und Unterstuetzung der Gewerkschaften, sondern auch die der Unternehmer und des ganzen Volkes erfahren. Dank dieser Zusammenarbeit sind mehr als 40.000 Lehrvertraege mit etwa 250.000 in der Ausbildung befindlichen Lehrlingen abgeschlossen worden.

Ein anderes Beispiel, womit der vorliegende Zweck erfuellt sein duerfte, ist das Statistische Bueru des Arbeitsministeriums (Bureau of Labor Statistics). Den Lesern des AMERICAN FEDERATIONIST (dieser Gewerkschaftszeitung ist der vorliegende Artikel entnommen) braucht wohl kaum die Bedeutung der Informationen erklart zu werden, die dem Statistischen Bueru des Arbeitsministeriums zu verdanken sind und Einblick in allgemein interessierende Fragen geben, wie Loehne, Preise, Arbeitszeit, Beschaeftigung, Unfaelle, Familienhaushalt u.a.. Eine Veroeffentlichung der Handelskammer der Vereinigten Staaten unter dem Titel "Allgemeininteresse als Wertmass der Sammlung und Verbreitung statistischer Angaben der Regierung" bekundet den Wert der Arbeit des Statistischen Bueros fuer Geschaeftsleute und die Allgemeinheit. In einem Abschnitt mit der Ueberschrift "Bedeutung Fundamentalener Statistik fuer Handel und Industrie" werden zwouf Beispiele angefuehrt. Fuenf davon sind statistische Angaben des Statistischen Bueros im Arbeitsministerium, und ein sechstes Beispiel "Jahresschaetzung der Bedeutung der typisierten Konstruktion" entstammt teilweise derselben Quelle.

Das Arbeitsministerium hat, soweit es im Bereich seiner Moeglichkeiten lag (die im Vergleich zu anderen Ministerien aeusserst beschraenkt sind), zur allgemeinen Aufklaerung wertvolle Beitraege geleistet. Es hat in der Vergangenheit und Gegenwart im Sinne jener Maenner gewirkt, die es geschaffen haben.

Bezugnehmend auf sein neugegruendetes Bueru erklarte Carroll D. Wright, der erste Commissioner of Labor, im Jahre 1885, dass es "durch genaue Untersuchungen und die ruecksichtslose Veroeffentlichung ihrer Ergebnisse dem Volke ermoeeglicht werden koennte und muesste, die Probleme, denen man bisher verstaendnislos gegenueberstand, besser zu verstehen."

Gleichheit fuer Jedermann

In dem ersten Jahresbericht des ersten Arbeitsministers, William B. Wilson, heisst es, dass "der Grundsatz der gleichen Behandlung aller von ausschlaggebender Bedeutung sei, und dass das Ministerium grundsatzlich tatsaechlich keine Unterschiede zwischen Lohnempfaengern und Lohnempfaengern, zwischen Lohnempfaengern und Unternehmern und zwischen jedem und der Allgemeinheit als Ganzes gemacht habe."

Wir im Arbeitsministerium bewegen uns ebensowenig in einem Vakuum wie das in den anderen Ministerien der Fall ist. Wir haben einen bestimmten Taetigkeits- und Dienstbereich, der gesetzmaessig fest umrissen, aus der fruere Arbeit anderer Dienststellen naturgemass hervorgegangen oder eine Folge der allgemeinen Belange ist. Die besonderen Aufgaben, die dem Ministerium zufallen, sind - um die Formulierung seines Grundgesetzes anzuwenden - die Foerderung und Entwicklung der Wohlfahrt der Lohnempfaenger der Vereinigten Staaten, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Moeglichkeiten einer lohnenden Beschaeftigung.

Zur richtigen Durchfuehrung der Aufgaben des Arbeitsministeriums muessen wir ueber die Vorschlaege des Hoover Ausschusses hinausgehen, die sich naturgemass nur auf die schon bestehenden Dienststellen und Funktionen beschaerzten.

Wir muessen die Abteilungen des Ministeriums verstaerken und weitere Moeglichkeiten innerhalb und ausserhalb desselben schaffen. Eine grundlegende, weitverbreitete Forderung ist die Errichtung eines Extension Service (zusaeztliches Amt) innerhalb des Arbeitsministeriums.

Das Landwirtschaftsministerium hat seit langem seinen Extension Service, dem in erster Linie die Betreuung der 6 Millionen Landarbeiter der Vereinigten Staaten obliegt. Das Kapital des Extension Service im Landwirtschaftsministerium belaeuft sich im Jahre 1950 auf 32.557.000 Dollar. Der Kongress hat verstaendigerweise dem Handelsministerium ebenfalls zusaeztliche Gelder zur Verfuegung gestellt, die zur Unterstuetzung der Geschaeftsleute Verwendung finden. Sie koennen zum Beispiel dem Office of Domestic Commerce (Inlaendisches Handelsbuero) und dem Office of Technical Service (Technisches Buero des Handelsministeriums) zugute kommen.

Die Errichtung eines Extension Service innerhalb des Arbeitsministeriums wuerde aehnlichen Einrichtungen in anderen Ministerien, die schon lange bestehen, entsprechen und die Durchfuehrung seiner satzungsgemaessen Aufgaben wesentlich unterstuetzen.

Das Arbeitsministerium leistet der Allgemeinheit in verschiedener Hinsicht wertvolle Dienste. Die Uebertragung von verwandten Funktionen wuerde uns noch groessere Dienstleistungen in den kommenden Jahren ermoeglichen.

Wir begruessen diese Moeglichkeit, weil wir durch sie noch mehr als bisher zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen koennen.

The Federationist
Oktober 1949

NEUE CIC GEWERKSCHAFT BEKENNT SICH ZUM MARSHALL PLAN

Nachdem der unter kommunistischer Fuehrung stehende Elektriker Verband auf der CIC Tagung ausgeschlossen worden war, wurde drei Wochen spaeter in Philadelphia eine neue, demokratische Gewerkschaftsorganisation unter dem Namen International Union of Electrical, Radio and Machine Workers (CIC) gegruendet. Auf der Gruendungskonferenz wurde folgende Entschliessung angenommen, die fuer unsere Leser von Interesse sein wird:

"Es ist offensichtlich, dass die Welt nicht bestehen kann, wenn die eine Haelfte der Menschen Sklaven sind, waehrend die andere Haelfte ein freies Leben fuehren kann. Amerika muss der uebrigen Welt von seinen Reichtuemern abgeben, wenn die Gleichheit aller garantiert werden soll. Denn ohne unsere Hilfe werden Tausende von Arbeitern in anderen Laendern - mit denen wir zum grossen Teil in enger Verbindung stehen, weil viele von uns aus diesen Laendern stammen - zu Armut und Elend und schliesslich zum Verhungern verurteilt sein. Wir, die wir uns nun in der

International Union of Electrical, Radio and Machine Workers (CIO) zusammengeschlossen haben, haben den Marshall Plan von dem Tage an unterstuetzt, an dem Aussenminister Marshall oeffentlich seine Idee kundtat. Ist es nicht Ironie, dass der alte Elektriker Verband (United Electrical, Radio and Machine Workers of America), es trotz unserer Bemuehungen vorzog, den kommunistischen Parteilosungen zu folgen? Es ist eine Ironie, dass die Taetigkeit dieses kommunistischen Verbandes die amerikanischen Arbeiter in ihrer Unterstuetzung des Marshall Planes nur noch bestaerkt hat. Zur Aussenpolitik nehmen wir vom CIO folgende Stellung ein:

1. Wir bekennen uns zum Marshall Plan und all dem, was zu seiner Durchfuehrung erforderlich ist. Wir bekaempfen alle Versuche, die darauf zielen, diese Arbeit zu stoeren. Da die menschenfreundlichen Ziele des Marshall Planes im Spanien Francos nicht verwirklicht werden koennen, muss diesem Land unter allen Umstaenden die Marshall Hilfe versagt werden.

2. Wir begruessen den Entschluss des CIO, aus dem von den Kommunisten beherrschten Weltgewerkschaftsbund auszutreten, und versprechen, den in Europa neu gegruendeten Weltgewerkschaftsverband mit allen uns zur Verfuegung stehenden Mitteln zu unterstuetzen.

3. Wir verlangen, dass der ungerechten Aufspaltung der irischen Republik, die allen demokratischen Grundsuetzen widerspricht, ein Ende gemacht wird.

4. Wir ersuchen unsere Regierung dringend, der neuen Regierung von Israel jedmoegliche Unterstuetzung zuteil werden zu lassen.

5. Wir unterstuetzen die Voelker Latein Amerikas in ihrem Ringen fuer einen besseren Lebensstandard.

6. Wir lehnen das Fluechtlingsgesetz des 80. Gewerkschaftskongresses ab - in diesem Gesetz wandte man sich gegen viele Katholiken und Juden - und fordern, dass der 81. Kongress so schnell wie moeglich diesen Irrtum widerruft, so dass Tausende, die vor dem faschistischen oder kommunistischen Terror und den Massenmoerdern dieser Regimes fliehen mussten, in unserem Lande eine neue Heimat finden koennen.

7. Wir glauben an die Vereinten Nationen und ihre Befaehigung, internationale Streitigkeiten ohne Krieg zu schlichten. Deshalb fordern wir, dass diese Organisation unterstuetzt wird.

8. Wir hoffen, dass der neue Weltgewerkschaftsbund die wirtschaftlichen Probleme Westdeutschlands und Europas loesen wird.

9. Wir setzen uns fuer den Atlantik Pakt als ein Mittel zur Erhaltung des Friedens gegen sowjetische Aggressionspolitik ein.

10. Wir dringen auf die Ratifizierung der Charta der Internationalen Wirtschaftsorganisation und die erweiterte Anwendung gegenseitiger Handelsvereinbarungen.

11. Wir bekennen uns zur Feststellung Praesident Trumans in seinem Punkt-4 Programm: "Wir muessen ein gaenzlich neues Programm entwerfen, um die Fortschritte unserer Wissenschaft und Industrie den unentwickelten Gebieten zu ihrer Entwicklung und Verbesserung zugaenglich zu machen."

12. Der Zusammenbruch Chinas wirkt alarmierend auf uns, und wir haben ernste Bedenken zu der korrupten, reaktionaeren und antidemokratischen Politik der Chiang-Kai-Chek Regierung.

13. Unsere Regierung muss eine neue Politik verfolgen, die die Voelker Asiens auf unsere Seite bringt. Wir muessen die Bewohner der Philippinen in ihren Bemuehungen zur Selbstbestimmung und Unabhaengigkeit unterstuetzen.

14. Wir befürworten die allgemeine Abrüstung; Voraussetzung dafür ist jedoch, dass das Militäarpotential aller Länder nicht verheimlicht, und die Abrüstung überall gleichmässig durchgeführt wird. Ohne diese Voraussetzung kann Amerika nicht abrüsten.

15. Wir widersetzen uns jedem Versuch, die Kontrolle der Atomenergie in militärische Hände zu übergeben.

Als treue amerikanische Bürger stehen wir mit unserem Herzen, unserem Geist und unserer Kraft für diese Ziele."

Unter dem Beifall von 400 Delegierten, die sich begeistert von ihren Sitzen erhoben und "mehr" verlangten, sprach Arbeitsminister Maurice J. Tobin zum Kommunismus.

"In der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung haben wir keinen Platz für Kommunisten," sagte Tobin, "denn wir lehnen nicht nur die kommunistische Ideologie ab, sondern haben auch die Ergebnisse überall da gesehen, wo es dem Kommunismus gelungen ist, sich in der Gewerkschaftsbewegung breit zu machen. Im Ausland haben die Gewerkschaften dadurch ihre Freiheit eingebüsst und sind gezwungen, anti-gewerkschaftlichen Zwecken zu dienen. Ich kann hier offen sagen, dass in unserem eigenen Lande Organisationen aufgetaucht sind, die im Solde einer fremden Macht stehen. Wir wünschen hier in unserer amerikanischen Gewerkschaftsbewegung keine Agenten des Kreml."

Tobin erklärte weiterhin, dass aus diesem Grunde die Gewerkschaftsbewegung Amerikas mit solchem Eifer bestrebt sei, die freien, demokratischen Gewerkschaften Europas vor totalitären Übergriffen zu retten.

"Eine weltumfassende Organisation ist in London im Entstehen begriffen, der sich auch die AFL, der CIO und andere amerikanische Gewerkschaften angeschlossen haben, um gemeinsam den Machenschaften des entlarvten Weltgewerkschaftsbundes (WFTU) entgegenzuarbeiten. Die organisierten Arbeiter der demokratischen Länder müssen in Gemeinschaft oder auch einzeln dabei mithelfen. Solange die freie Gewerkschaftsbewegung zur Hälfte weiss und zur anderen Hälfte rot ist, hat sie nicht die geringste Chance, ihre Rechte wahren zu können. Sie muss sich selbst von jeder inneren Schwäche freimachen, um allen Bestrebungen von aussen her gewachsen zu sein, die sie dem Weltkommunismus und seinen bössartigen Plänen gefügig machen sollen."

CIO FÜHRER SPRICHT ZUR FRAGE DES WIRTSCHAFTSFRIEDENS

Clinton S. Golden, Berater für Arbeit und Gewerkschaftsfragen in der Marshall Plan Verwaltung (ECA), hielt anlässlich der Jahreskonferenz der Gesellschaft für Gesundheitswesen in der Industrie (Industrial Hygiene Foundation) kürzlich in Pittsburgh eine Ansprache und stellte fest, dass durch Unfälle in der Industrie den Gewerkschaften und den Unternehmern im vergangenen Jahre 4 Billionen Dollar verloren gegangen seien.

Golden erklärte, dass sich trotz der ausführlichen und äusserst befriedigenden Berichte vieler Unternehmer, Gewerkschaften und Bundesbehörden die Zahl der Arbeitsunfälle im vorigen Jahr auf 1.950.000 belaufen habe. Davon waren 16.500 tödlich ausgegangen, und 86.000 hätten dauernde Arbeitsunfähigkeit zur Folge gehabt. Immer noch würde alle 4 Minuten ein amerikanischer Arbeiter getötet oder verkrüppelt und alle 15 Sekunden einer verletzt.

Der ECA Berater, der früher Sekretär des Verbandes der Vereinigten Stahlarbeiter von Amerika war, forderte mit aller Eindringlichkeit die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Unternehmer, um diesem Sicherheitsproblem zu Leibe zu gehen. "Es ist bedauerlich," sagte Golden, "dass die Unternehmer bei sehr viel Gelegenheiten nicht nur dem Interesse der Gewerkschaften für diese Fragen, sondern auch der aktiven Anteilnahme ihrer eigenen Vertreter keine Beachtung geschenkt haben."

Der Tatsache, dass man den Gewerkschaften nicht erlaubt habe, sich fuer Sicherheitsprogramme einzusetzen, und ihre diesbezugliche Zustaendigkeit angezweifelt habe, sei zum Teil das enorme Ansteigen der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften zuzuschreiben.

Golden wies auf die Marshall Plan Verwaltung hin und bezeichnete sie als nachzuahmendes Vorbild bezueglich der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Er sagte, dass in dieser Organisation zu Beratungen ueber allgemeine Richtlinien oder Verwaltungsmethoden Vertreter der Gewerkschaften, Unternehmer- und Handwerksverbaende, der Bauernverbaende und freiberuflichen Verbaende hinzugezogen wuerden. Sie beraten als Gleichberechtigte und stellen ihre besonderen Kenntnisse, Faehigkeiten und Talente in den Dienst der gemeinsamen Sache, des Marshall Plans.

Wenn man z.B. der Geschaefswelt im ECA Programm offensichtlich vor der Arbeiterschaft und den Bauern den Vorrang gegeben haette, fuegte Golden hinzu, dann waeren alle moeglichen Bemerkungen ueber "unberechtigte Bevorzugung" laut geworden.

Golden berichtete von den Untersuchungen, die von der National Planning Association (Nationale Gesellschaft fuer Planung) ueber die "Ursachen des Industriellen Friedens" durchgefuehrt wurden. Leute aus allen Schichten des Volkes seien gebeten worden, Firmen und Verbaende zu nennen, in denen nach ihrer Meinung gute Verhaeltnisse herrschten. Tausende von Zuschriften bekundeten das grosse Interesse an diesen Untersuchungen. Zwar koennten noch keine endgueltigen Schlussfolgerungen gezogen werden, fuegte er hinzu, aber trotzdem waeren schon bestimmte Grundsaeetze genau zu erkennen.

"Einer davon," sagte er, "ist, dass sich Unternehmer sowohl wie Gewerkschaften als berechtigte und nuetzliche soziale Einrichtungen gegenseitig anerkennen."

Golden fuehrte ferner aus, dass bei einem solchen Verhaeltnis die Gewerkschaften die Belegschaft ueber das Unternehmen und seine Probleme unterrichteten, und dadurch mehr Arbeitnehmer die Sicherheit und Regelmaessigkeit der Beschaeftigung, gepaart mit dem erfolgreichen Funktionieren des Betriebes, erkennen wuerden. Streitigkeiten sind damit auf ein Mindestmass beschraenkt, wenn nicht sogar gaenzlich ausgeschlossen.

"Sicherheit, Gesundheitswesen in der Industrie und eine Menge anderer Probleme," sagte er, "werden zum gemeinsamen Anliegen aller."

Der ECA Beamte erklaerte vor seiner Zuhoeerschaft, dass aus der gegenwaertigen Lage in Europa viel gelernt werden koenne. Der Konflikt, der aus Differenzen zwischen Gewerkschaft und Unternehmer entstehe, koennte sich auf ganze Bezirke, ja auf die gesamte Nation ausdehnen und schliesslich sogar den Frieden der Welt bedrohen.

Er schloss mit den Worten: "Stellen Sie sich bitte vor, was das Ergebnis sein wuerde, wenn jeder Einzelne, all diese Organisationen und die Unternehmer- und Gewerkschaftsverbaende gemeinsam danach strebten, sichere und gesunde Arbeitsplaetze zu schaffen, die den Arbeitern Zufriedenheit in ihrer Arbeit und innerhalb ihrer Arbeitsgemeinschaft geben koennten."

ECA Mitteilung
18. November 1949

FAIR DEAL FUER EIN BESSERES LEBEN

Praesident Truman erklaerte in der vorigen Woche, dass er ungeachtet der "Reaktionere" der aeussersten Rechten und aeussersten Linken das Land besseren Zeiten entgegenfuehren werde. Mr. Truman sprach in St. Paul anlaesslich des 100. Jahrestages der Verfassung von Minnesota.

Der groesste Teil seiner Rede galt dem Fair-Deal Programm; wir entnehmen folgende Auszuege:

"Die Politik, die wir verfolgen, beruht auf folgenden Erkenntnissen:

"Farmer muessen, ebenso wie die Geschaeftsleute, eine gerechte Bezahlung fuer ihre Erzeugnisse erhalten.

"Arbeiter haben auf angemessene Loehne und Gleichberechtigung bei Tarifverhandlungen Anspruch.

"Kleineren Geschaeften und Genossenschaften muessen gute Erfolgsmoeglichkeiten geboten und sie duerfen von Monopolgebilden nicht erdruickt werden.

"Das ganze Volk muss Anteil an unseren grossen natuerlichen Materialquellen haben, und sie duerfen nicht im Interesse privater Profitgier ausgebeutet werden.

"Die alten Leute und Koerperbehinderten muessen ein sicheres Einkommen haben, um nicht auf die Wohltaetigkeit anderer angewiesen zu sein.

"Familien muessen gegen Lohnausfall infolge Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit geschuetzt sein.

"Alle unsere Buerger muessen anstaendige Wohnungsmoeglichkeiten zu vermuentigten Preisen haben.

"Den jungen Menschen muessen Ausbildungsmoeglichkeiten geboten werden, damit wir eine aufgeklaerte Buergerschaft haben.

"Der Gesundheit und aertzlichen Betreuung eines jeden - und nicht nur einer kleinen Schicht - muss mehr Beachtung geschenkt werden.

"Alle Amerikaner haben nach dem Gesetz gleiche Rechte und Moeglichkeiten, jeder kann sich am nationalen Leben beteiligen, ohne befuerchten zu muessen, aus irgendeinem Grunde benachteiligt zu werden."

U. S. Arbeitsministerium
Weekly Labor News Digest
9. November 1949

INTERNATIONALE VERBUNDENHEIT

William Green, der Praesident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, erklarte, "dass die Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten den Marshall Plan unterstuetze, weil sie den Wunsch habe, den von einem grausamen Kriege betroffenen Voelkern Europas zu helfen."

"Sie bezahlten einen schrecklichen Preis fuer die Freiheit der Welt," sagte Green. "Es ist recht und billig, dass wir ihnen jedmoegliche Hilfe zur Wiederaufrichtung ihrer Wirtschaft und Sicherheit zukommen lassen."

Bei einem Empfang, der der AFL zu Ehren einer Besuchergruppe von 11 englischen Gewerkschaftlern gegeben hat, hielt Mr. Green eine interessante Ansprache. Diese Gruppe haelt sich zum Studium der in der amerikanischen Industrie zur Anwendung gekommenen Produktivitaetsmethoden in den Staaten auf. Mr. Green fuehrte unter anderem aus:

"Der AFL hat den Marshall Plan von Anfang an unterstuetzt. Wir haben uns ohne Vorbehalt entschlossen hinter die Regierung gestellt, um sie in der Ausfuehrung dieses bedeutsamen Programms zu unterstuetzen."

Der amerikanische Arbeiterfuehrer, dessen Eltern aus Wales stammen, brachte der Gruppe gegenueber zum Ausdruck, dass der AFL keine Einmischung in die Ange-

legenheiten der britischen Regierung dulden wuerde.

"Sie und Ihre Freunde haben in der reaktionären Presse von der Kritik gelesen, die in unserem Lande an der Regierung Englands geübt wird. Wir verwerfen diese Kritik und moechten Sie daran erinnern, dass die Reaktionen nicht im Sinne der Arbeiterschaft sprechen. Die wahren Freunde des englischen Volkes in den Vereinigten Staaten sind die Arbeiter und ihre Fuehrer. Die Regierung Grossbritanniens hat das Recht, ihr Programm durchzufuehren und dabei keine fremde Einmischung zu dulden."

ECA Labor Information
11. November 1949

GRUBENHOLZ AUS DEN TROPEN?

Eine kleinere Gruppe von Sachverstaendigen des Timber Committee in der Organisation fuer Europaeische Wirtschaftliche Zusammenarbeit hat Untersuchungen ueber die Verwendungsmoeglichkeiten von Bambus und Palme als Grubenholz angestellt. Die Gruppe besteht aus Deutschen, - die schon einige Versuche auf diesem Gebiet durchgefuehrt haben - Franzosen und Hollaendern, in deren Besitzungen in Uebersee das noetige Holz fuer den Export bereitliegt. Die Versuche werden in den Kohlefeldern des Ruhrgebietes vorgenommen werden. Sollten sie Erfolg haben, dann wuerde tropisches Holz zum erstenmal die gelaueufigen Sorten von Grubenholz in Westeuropa ersetzt haben.

Arbeitsnachrichtenblatt des ERP
1. - 15. November 1949

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 42

Frankfurt, 23. Dezember 1949

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

England baut auf - - - - -	1
Gesundheitszentrale fuer Arbeiter - - - - -	2
Lebensstandard in den U.S.A. - - - - -	2
Belegschaftsmitglieder machen innerbetriebliche Verbesserungsvorschlaege - - - - -	3
Der Marshall Plan erreicht sein erstes Ziel - -	3
Binnenschifffahrtswege Westeuropas - - - - -	5
Hoffman: "Niedrigere Preise u. hoehere Loehne -	6
Europaeische Gewerkschaften zum Wiederaufbau - -	7
Gewerkschaften Deutschlands im Kampf um Demokratie - - - - -	9
Fachausbildung fuer ungelernte Arbeiter in Daenemark - - - - -	10
Punkt-4-Programm - - - - -	11

ENGLAND BAUT AUF.

Zur Erhoehung der Produktionsleistung in der Stahlindustrie hat die Marshall Plan Verwaltung England Maschinen im Werte von 27 Millionen Dollar zur Verfuegung gestellt.

Dies erklarte W. John Kenney, Chef der ERP-Sondermission in England, nach einer Inspektionsreise zur Besichtigung der im Aufbau befindlichen Abbey Works in Port Talbot, Wales.

Zu den in den Vereinigten Staaten hergestellten Maschinen gehoeren ein Walzwerk zum Abflachen von Stahlbloecken und ein Reduzierwalzwerk, das laufend 6 Fuss breite Stahlplatten herstellen kann.

Im Anschluss an seinen Besuch sagte Kenney: "Wir sehen hier in England ein typisches Beispiel fuer die ERP-Hilfe zur Steigerung der Produktionsleistung.

Zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Englands muss, wie in allen uebrigen ERP-Laendern, die Produktionsleistung unverzueglich und erheblich erhoert werden, und jeder einzelne muss sich daran beteiligen. Diese Steigerung kann unter folgenden Bedingungen erzielt werden: Hoechst fortschrittliche und wirksame Arbeitsmethoden, groesstmoeegliche Anwendung mechanischer Hilfsmittel und moderner Maschinen. Wenn das englische Volk die Dollarluecke schliessen und seinen Lebensstandard verbessern will, dann gibt es keinen anderen Weg."

6.000 Arbeiter sind man am Projekt beschaeftigt. Bei Erreichung seiner vollen Produktionskapazitaet koennen jaehrlich etwa 1.250.000 Tonnen Rohstahl erzeugt werden.

ECA Labor Information

23. November 1949

GESUNDHEITSCENTRALE FUER ARBEITER

Gemeinschaftswerk von Unternehmern und Gewerkschaften

Philadelphia, Pennsylvania -- (Amerika Dienst) -- Eine Beratungszentrale fuer vorbeugende Massnahmen gegen Erkrankungen wird zur Zeit in Philadelphia fuer 25 000 Arbeiter der amerikanischen Bekleidungsindustrie eingerichtet. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsleistung der Vereinigten Gewerkschaft der Bekleidungsindustrie Amerikas, die dem Gewerkschaftsverband CIO angeschlossen ist und des Verbandes der BekleidungsHersteller von Philadelphia.

Der zweistöckige Stahlbetonbau soll bis 1950 fertiggestellt sein und eine Fläche von mehr als 4 100 qm einnehmen. Unter anderem sind in dem Gebäude Wart- und Untersuchungsraume und ein Hoersaal fuer Vorlesungen und Filmvorführungen ueber vorbeugende Medizin vorgesehen.

Es gibt in den Vereinigten Staaten bereits eine Anzahl aehnlicher Gesundheitszentralen, die den Gewerkschaftsmitgliedern kostenlose aerztliche Behandlung gewahren. So unterhaelt die der AFL angeschlossene Internationale Gewerkschaft der Arbeiter der Damenbekleidungsindustrie sechs Gesundheitszentren in verschiedenen Teilen des Landes. Die Zentrale in New York hat im Jahre 1948 mehr als 10 000 Arbeiter kostenlos behandelt.

LEBENSSTANDARD IN DEN U.S.A.

Selbstkritik und Fortschritt

New York -- (Amerika Dienst) -- Der letzte Streik der amerikanischen Stahlarbeiter, der fuer die Gewerkschaften so erfolgreich abgeschlossen wurde, hatte eine Erhoehung der sozialen Leistungen bei Alter und Krankheit zur Folge. Immer wieder wird in der amerikanischen Oeffentlichkeit gesprochen, was geschehen muss, um die Lebensbedingungen derjenigen Schicht zu heben, die noch nicht Anteil an dem allgemeinen Wohlstand hat. Das Regierungsprogramm Praesident Trumans, das sogenannte "Fair Deal", und eine ganze Reihe von Massnahmen, die vom Kongress beschlossen wurden, beziehen sich auf diese Gruppe von amerikanischen Buergern, die durch Alter, Arbeitsunfaehigkeit und Krankheit ein nur geringes Einkommen aufweist.

Ein Drittel des amerikanischen Volkes lebt in unzureichenden Wohnungen, hat nicht genug zu essen und anzuziehen." Dieser Ausspruch stammt aus einer beruehmten Programmrede des verstorbenen Praesidenten Franklin D. Roosevelt. Dies war im Jahre 1937. Wenn Ernest Rosee dieses Roosevelt-Zitat kuerzlich in der Sendung "Die Stimme Amerikas" erwaehte, wollte er ein Beispiel dafuer geben, dass gerade die fuehrenden Maenner der U.S.A. immer wieder auf die Unvollkommenheiten des Gemeinwesens hinweisen und mit ihrer Kritik zu weiterem Fortschritt auffordern. Dieser Tage veroeffentlichte ein Kongress-Ausschuss einen Bericht ueber die amerikanischen Einkommensverhaeltnisse. Danach geht es dem Amerikaner von heute in seiner Gesamtheit gut, verglichen mit dem Lebensstandard der Menschen in Europa und Asien. Trotzdem gibt es auch in Amerika noch immer eine Gruppe der Bevoelkerung, die nicht den Anteil am Gesamtwohlstand hat, den sie haben sollte.

Das Drittel des amerikanischen Volkes, das vor 12 Jahren unter dem Standard lebte, ist heute auf ein Achtel gesunken. Aus dem Kongressbericht geht hervor, dass acht Millionen Personen oder Familien ein Jahreseinkommen haben, das 1000 Dollar nicht uebersteigt. Weitere zehn Millionen verdienen unter 2000 Dollar im Jahr. Es sind etwas ueber 9 Millionen, die zwischen 2 und 3000 Dollar verdienen. Die groesste Gruppe, fast 14 Millionen, verdient zwischen 3000 und 5000 Dollar im Jahr. Das ansehnliche Einkommen von 5000 bis 10 000 Dollar haben in Amerika nicht nur die oberen Zehntausend, sondern die stattliche Zahl von 7 Millionen Personen. Selbst in der Spitzengruppe, deren Vertreter mehr als 10 000 Dollar im Jahr verdienen, finden sich 1140 Personen.

Bei der Gruppe von 8 Millionen, die nicht das Minimum erreichen, besteht der ueberwiegende Teil nicht etwa aus Arbeitern. Das Wachstum der Gewerkschaften hat in

den Vereinigten Staaten dazu gefuehrt, dass die meisten Arbeiter heute zu der mittleren Einkommensstufe von 2 bis 4000 Dollar im Jahre gehoeren. Die Haelfte dieser 8 Millionen Kleinstverdiener sind Einzelpersonen. Und wenn sich eine Einzelperson fuer 1000 Dollar im Jahr auch keinen Luxus erlauben kann, so kann ein einzelner Mensch fuer diese Summe doch wohnen, sich kleiden und essen, allerdings in bescheidenem Masse.

Von den Verheirateten 4 Millionen Kleinstverdiener, die dann verbleiben, leben 1½ Millionen auf dem Lande. Diese Farmer oder Landarbeiter haben meistens Wohnung und Essen frei. Ihr Bargeldlohn ist also nur ein Teil ihres Einkommens. Es bleiben die 2½ Millionen Personen, die in den Staedten leben und bei denen Alter oder Krankheit die wesentlichste Ursache ihres geringen Einkommens sind. In aller Offenheit wird zugegeben, dass noch viel zu tun uebrig bleibt, wenn diese so zusammengesetzten 8 Millionen Menschen ihren angemessenen Teil an dem allgemeinen Wohlstand haben sollen.

BELEGSCHAFTSMITGLIEDER MACHEN INNERBETRIEBLICHE VERBESSERUNGSVORSCHLAEGE

Washington -- (Amerika Dienst) -- In amerikanischen Betrieben gehen zahlreiche Verbesserungsvorschlaege und Anregungen zur Rationalisierung der Arbeitsverfahren von den Belegschaftsmitgliedern aus. Eine kuerzlich durchgefuehrte Umfrage der amerikanischen Gesellschaft fuer Betriebs-Vorschlagssysteme (NASS) zeigt, dass 1948 in 312 groesseren Gesellschaften ueber 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellte der Betriebsfuehrung insgesamt 520 452 Verbesserungsvorschlaege eingereicht haben. Gegemeiber einer aehnlichen im Jahre 1946 durchgefuehrten Umfrage ist die Zahl der eingereichten Vorschlaege und Anregungen auf je 1000 Angestellte um 40% gestiegen.

Ueber 134 000 der im Jahre 1948 eingereichten innerbetrieblichen Verbesserungsvorschlaege wurden verwirklicht, und die dafuer ausgezahlten Praemien betragen 2 337 337 Dollar. In 226 der befragten Betriebe ist ihre Hoehe unbegrenzt, zwei Gesellschaften zahlten sogar Sonderpraemien von ueber 10 000 Dollar an ihre Angestellten.

Von dieser Umfrage wurden die verschiedenartigsten Wirtschaftszweige wie Krankenhaeuser, Banken, Zeitungsbetriebe, Warenhaeuser, Annoncenagenturen, staatliche Behoerden, Beherbergungsbetriebe, Versicherungsgesellschaften und auch Betriebe der Produktionsgueterindustrien erfasst. Die meisten Befragten wiesen darauf hin, dass aus Vorschlaegen der Belegschaft auch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Betriebsfuehrung und Arbeiterschaft entstanden ist.

Diese innerbetrieblichen Verbesserungsvorschlaege, erklarte der Praesident der NASS und Leiter des innerbetrieblichen Vorschlagprogramms der amerikanischen "Biscuit Company", Harry Richey, stellen einen engen Kontakt zwischen der Betriebsleitung und dem Mann am Fließband her. Es ist eines der besten Verfahren, um den Nachwuchs zu schulen und auszuwaehlen. Bereits heute greifen viele amerikanische Betriebe bei Befoerderungen auf solche Arbeiter zurueck, die gute Verbesserungsvorschlaege eingereicht haben.

DER MARSHALL PLAN ERREICHT SEIN ERSTES ZIEL

ECA - Dollarzuschuesse haben in 18 Monaten die westlichen Nationen auf den Weg zur Wiedergesundung gebracht. (Von Norman H. Collison).

Norman H. Collison ist kuerzlich aus dem Amt ausgeschieden, nachdem er als ECA-Vertreter und Chef der ECA-Mission in Deutschland nahezu seit Beginn des Marshallplans taetig gewesen war. Sein besonders fuer die "Stars and Stripes" geschriebener Artikel ist sowohl ein Rechenschaftsbericht ueber seine Taetigkeit in Deutschland als auch ein Bericht ueber die Fortschritte des Marshallplanes.

In den ersten 18 Monaten seines Bestehens hat der Marshall Plan seine erste Hauptaufgabe erfuehrt: er hat die europaeische Wirtschaft wieder auf annaehernd normalen Stand gebracht.

Es bedarf keiner besonderen fachmaennischen Kenntniss, um festzustellen, in welchem Ausmass die europaeischen Laender sich seit Beginn des Marshallplanes im April 1948 erholt haben. Man braucht nur um sich zu schauen und, sagen wir, das Deutschland von heute mit dem Deutschland vor einem Jahr zu vergleichen, um festzustellen, welche enormen Fortschritte in der Versorgung des Durchschnittsverbraechers mit den lebenswichtigsten Guetern erzielt worden sind. Die traurigen Ersatzwaren sind nahezu vollkommen aus den Regalen der Geschaefte verschwunden, und an ihre Stelle sind echtes Leder, gutes Leinen, erstklassige Textilien und praktische Verkaufsgueter getreten.

Die Lebensmittellage hat sich enorm gebessert. Ein deutsches Restaurant ist nicht mehr auf den schwarzen Markt angewiesen, um eine Minimalmahlzeit zu hoechsten Preisen anbieten zu koennen. Heute kann ein Deutscher oder ein Amerikaner in deutschen Restaurants ein Diner bestellen, das in Qualitaet und Menge einer Vorkriegsmahlzeit gleichkommt. Die deutsche Hausfrau kann heute so einkaufen, dass sie ihrer Familie taeglich abwechslungsreiche Mahlzeiten von hohem Nachwert vorsetzen kann, die den Vorkriegsverhaeltnissen schon wieder sehr nahe kommen.

Die Probleme, denen sich die deutsche Industrie gegemeubersieht, haben sich seit Anlauf des Marshallplanes radikal geaendert. Das Hauptproblem ist nicht mehr, die Fabriken in Betrieb zu bringen; sie sind in Betrieb und in gewissen Herstellungssektoren schon ueber dem Vorkriegsstand. Auch der Gesamtindex der industriellen Produktion hat sich auf etwa 90% des deutschen Standes von 1936 erhoeht.

Diese umfassenden Veraenderungen haben sich nicht nur in Deutschland, sondern ueberall in Europa abgespielt. Der Wiederaufbau in anderen europaeischen Laendern in den letzten 18 Monaten war sogar noch erstaunlicher. Ausserhalb Deutschlands ist z.B. die Industrieproduktion weit ueber den Stand von 1938 angestiegen, und eine gleiche ausgesprochene Verbesserung der Versorgung des Durchschnittsverbraechers mit Lebensmitteln ist fuer nahezu ganz Europa charakteristisch. Politische Instabilitaet, wie sie die wirtschaftliche Unsicherheit der unmittelbaren Nachkriegszeit hervorgerufen hatte, hat sich zur Zeit gelegt. Auch in Laendern, die noch vor zwei Jahren am Rande des Zusammenbruchs standen, sind stabile Regierungen errichtet worden.

Noch sind schwierige Aufgaben zu bewaeltigen.

So sieht es auf der Habenseite der Rechnung aus, das sind die Erfolge, die erzielt worden sind. Aber in der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit, der amerikanischen Behoerde, die den Marshallplan verwaltet, macht sich niemand vor, dass die Sorgen und Noete Europas schon geloeet oder beendet seien. Die wesentlich schwierigeren und sicherlich groesseren Aufgaben liegen noch vor uns. In den naechsten Monaten wird bestimmt viel von wirtschaftlicher Vereinheitlichung und Produktivitaet gesprochen werden. Das sind die beiden Hauptthemen, auf die besonderes Gewicht gelegt werden muss, damit Europa wirtschaftlich von der amerikanischen Hilfe unabhaeugig wird und so den amerikanischen Steuerzahler von der Buerde befreien kann, die er auf sich genommen hat.

Nach Ansicht der ECA ist die wirtschaftliche Vereinheitlichung Europas das Gebot der Stunde, wenn der europaeische Wiederaufbau-Plan ein wirklicher Erfolg sein soll. Doch die Erreichung dieses Zieles ist eine wirtschaftliche, politische und diplomatische Aufgabe, die historischen europaeischen Traditionen entgegenlaeuft. Es ist paradox aber wahr, dass es fuer den Amerikaner, der an dem ungeheuren freien Markt seiner 48 Staaten geschult ist, viel leichter ist, in europaeischen Begriffen zu denken, als fuer einen Europaer, der seit Jahren, ja, seit Jahrhunderten seinen eigenen Nationalismus gepflegt und kultiviert hat. Zollschrannen, Handelsbeschraenkungen, Unterstuetzungsgelder fuer einheimische Industrien und Ausbeutung des auslaendischen Kaeufers sind lange Zeit in Europa uebliche Praktiken gewesen. All diese unfairen Handelspraktiken miessen aber beseitigt werden, wenn die wirtschaftliche Vereinheitlichung Europas aus einem Schlagwort zur Wirklichkeit werden soll.

Die Organisation fuer europaeische wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine europaeische Koerperschaft mit einer Zentrale in Paris, ist das Organ, mit dessen Hilfe der Vereinheitlichungsplan durchgefuehrt werden soll. Diese Gruppe aus Vertretern der 18 ERP-Laender hat die von den einzelnen europaeischen Laendern vorgelegten Programme aufeinander abzustimmen, sie anzunehmen oder abzulehnen, wobei ihr als Richtschnur eher das gesamteuropaeische Wohl als das der einzelnen Nationen dient.

Es sind bereits Fortschritte gemacht worden auf dem Gebiet der Ausschaltung einiger Einfuhrbeschaenkungen sowie durch Aufnahme technischer Studien mit dem Ziel, den Europaern dabei zu helfen, sich wirtschaftlich lieber gegenseitig zu ergaenzen, als durch halsabschneiderische Preise miteinander zu konkurrieren. Dinge wie der intereuropaeische Zahlungsplan, dessen Ziel es ist, die Frage des freien Umtausches der Waehrungen zu loesen, sind in Angriff genommen worden; und wenn auch ein freier Austausch der Waehrungen noch nicht verwirklicht werden konnte, so ist doch ein beträchtlicher Fortschritt in dieser Richtung erzielt worden.

Das Endziel: Freie Marktwirtschaft.

Die Amerikaner duerfen nicht erwarten, dass diese Dinge ueber Nacht erledigt werden. Das Ziel einer freien europaeischen Marktwirtschaft, in der die Waren ungehindert durch Zoelle und andere kuenstliche Massnahmen von Land zu Land fluessen koennen, liegt noch im Weiten; aber die Bemuehungen der Marshallplan-Verwaltung in Deutschland und in ganz Europa werden darauf gerichtet bleiben, dieses so wuensenswerte Ziel zu erreichen.

Die Erhoehung der Produktivitaet der europaeischen Industrie ist das andere Hauptproblem, dem sich die ECA und die europaeischen Laender selbst gegemebersehen. Wenn Europa nach Beendigung des Marshallplanes im Jahre 1952 von zusaetzlichen Dollarzuschuessen unabhængig werden soll, muessen seine Produkte auf dem Weltmarkt mit den amerikanischen konkurrieren koennen. Sie koennen aber nur dann konkurrenzfaehig werden, wenn die Gestehungskosten gesenkt werden koennen.

Mangel an Investitionskapital, an technischen Kenntnissen und in vielen Faellen auch ein Mangel an echtem Enthusiasmus haben bisher den Produktionsdrang gedaempft und werden ihn vermutlich noch weiterhin daempfen. Aber wenn die physischen und geistigen Hindernisse nicht ueberwunden werden, wenn die Leistungsfahigkeit nicht wesentlich gesteigert wird, sind die Aussichten fuer den wirtschaftlichen Fortbestand Europas ohne amerikanische Hilfe sehr gering.

Der Marshallplan war als Instrument der wirtschaftlichen Genesung in Angriff genommen worden. Irgendwelche politischen Verpflichtungen hatte er nicht uebernommen. Doch ist letzten Endes eine dauernde wirtschaftliche Gesundung nicht in einer Atmosphaere von Eifersucht, Misstrauen und der Errichtung kuenstlicher Schranken zum Nachteil der Nachbarlaender auf einem sonst wahrscheinlich freien Markt zu erreichen.

BINNENSCHIFFFAHRTSWEGE WESTEUROPAS WIEDER VOLL IN BETRIEB

Einem Bericht des ECA Sachverstaendigen fuer Binnenschifffahrtswege zufolge ist die Wiederaufnahme des Verkehrs auf den Fluessen und Kanaelen Westeuropas soweit gediehen, dass "die einzige Beschaenkung im Angebot besteht."

Alle Truemmer der gesprengten oder bombardierten Bruecken und Schluessen sind praktisch beseitigt worden, und es stehen gemuegend Last- und Schleppkaehne zur Verfuegung, um alle Transportauftraege ausfuehren zu koennen. Wie vor dem Kriege bestehen fast keinerlei Schwierigkeiten mehr.

Der ECA Sachvestaendige schaezt, dass sich in diesem Jahr die auf Binnenschiffahrtswegen befoerderte Gesamttonnage in den Marshallplan Laendern auf 175 Millionen Tonnen belaufen wird. Das waeren ungefaehr 25% der gesamten inlaendischen Fracht - d.h. aller auf dem Wasser, mit der Bahn und mit Kraft-

fahrzeugen befoerderten Gueter. Allein auf dem Rhein, dem Herzen des Wasserstrassennetzes Europas, werden in diesem Jahre 50 Millionen Tonnen Fracht befoerdert werden. Die Flotte der deutschen Schleppkaehne, Tanker und Lastkaehne zaehlt augenblicklich ungefaehr 6.000 Einheiten. Das durchschnittliche Ladevermoegen eines Lastkahnes entspricht ungefaehr dem 40 deutscher Lastkraftwagen oder 20 amerikanischer.

Die Wiedererstellung der Schiffahrtsmoeglichkeiten auf dem Rhein ist hauptsaechlich von den alliierten Besatzungsmachten in Deutschland und von der wiederauflebenden deutschen Wirtschaft unterstuetzt worden. Im uebrigen Westeuropa waren es Marshallplan-Gelder - namentlich Gegenwert Fonds - durch die im wesentlichen die Wiederaufnahme des Transportverkehrs auf binnenlaendischen Wasserstrassen ermoeeglicht wurde.

Die Marshallplan-Hilfe oder - in Deutschland - die Unterstuetzung der Militaerregierung, haben sich besonders beim Wiederaufbau der im Kriege beschaedigten Hafenanlagen bemerkbar gemacht, die zum Umladen der Fracht von Hochseedampfern auf Schiffe des Binnenverkehrs und umgekehrt dienen.

Ferner wurde mit Hilfe von ECA-Geldmitteln der Bau eines gaenzlich neuen Rheinkanals mit Kraftwerk- und Bewaesserungsanlagen begonnen, der Basel mit Strassburg verbinden soll.

Die ECA ist ebenfalls am Beginn des gewaltigen Donzere-Mondragon Projektes beteiligt, das man auch die "TVA (Tennessee Valley Authority) Frankreichs" nennt. Diese Anlagen werden nach ihrer Fertigstellung jaehrlich eine Elektrizitaetsmenge von zwei Billionen Kilowattstunden liefern, und entlang einer der schwierigsten Strecken der Rhone wird ein schiffbarer Kanal von 25 Meilen Laenge entstehen. Der Gesamtplan des Rhonetals sieht die Schaffung einer durchgehenden Schiffahrtsstrasse vom Genfer See bis zum Mittellaendischen Meere vor.

Die ECA Abteilung fuer Binnenschiffahrtswege hatte sich nicht nur mit technischen und Ausruestungsproblemen zu befassen, sondern stand auch den beteiligten Laendern beratend zur Seite, wenn es sich um Arbeitsprobleme des Personals der Wasserstrassen handelte. Sie nahm an Beratungen ueber einheitliche Zollbestimmungen teil, die den Schiffen eine moeglichst schnelle Passierung der internationalen Grenzen ermoeeglichen sollen.

Arbeitsnachrichtenblatt des ERP
1.- 15. November 1949

HOFFMAN: "NIEDRIGERE PREISE UND HOEHERE LOEHNE."

In einer Rede, die der Administrator der Marshall Plan Verwaltung, Paul G. Hoffman, in Los Angeles, Kalifornien, vor Mitgliedern des Ponomo Kollegiums hielt, bezeichnete er niedrigere Preise und hoehere Loehne als die beiden Hauptziele im Streben nach wirtschaftlichem Wiederaufbau Europas. Zu diesem Zwecke muessten die Preise fuer landwirtschaftliche und Industrieprodukte gesenkt werden.

"In Europa muessen die Preise herabgesetzt werden, um groessere Absatzmoeglichkeiten schaffen zu koennen," versicherte der Chef der ECA.

"Hoehere Loehne muessen dort gezahlt werden, denn der Lebensstandard ist zu niedrig, um die Immunitaet gegen den Kommunismus oder irgendeinen anderen "-ismus", der sich breit machen koennte, gewaehrleisten zu koennen."

Zur Senkung der Preise forderte Mr. Hoffman groessere Anwendung moderner Maschinen, verbesserte Vertriebsmethoden und bessere Ausnutzung der elektrischen

Energie. Er legte Europa warnend nahe, eine "fundamentale Gleichrichtung" seiner Wirtschaft vorzunehmen, um den "erforderlichen Leistungsstand" erreichen zu koennen.

Er sprach sich fuer die Wiedererrichtung eines einzigen europaeischen Absatzmarktes aus, wie er vor 50 Jahren bestand, als Europa unumstritten den Mittelpunkt im Welthandel bildete.

"Ein einziger Absatzmarkt", sagte er, "fuer den es weder mengenmaessige Beschraenkungen fuer den Warenaustausch, noch Hindernisse fuer den freien Zahlungsverkehr und vielleicht keinerlei Zoelle gaebe," waere die einzige Grundlage, auf der Europa versuchen koennte, "wirtschaftlich vollkommen unabhaengig zu werden und einen hohen und staendig steigenden Lebensstandard zu erreichen."

Hoffman schilderte die Erfolge, die dank des Marshall Plans bis jetzt erzielt wurden und sagte, dass die "freien Nationen Europas mit unserer Unterstuetzung grosse Fortschritte auf dem Wege zum Wiederaufbau und zur Stabilitaet gemacht haetten."

Er erklaerte, dass die Ueberschreitung des Vorkriegsstandes der industriellen Produktion um 20 Prozent eine Antwort an "diejenigen sei, die behaupten, dass die Arbeiter Europas keine wirklichen Anstrengungen machten." "Sie arbeiten und arbeiten sogar schwer," erklaerte Hoffman.

ECA Labor Information
12. Juni 1949

EUROPAEISCHE GEWERKSCHAFTEN ZUM WIEDERAUFBAU.

Die Mitarbeit der europaeischen Gewerkschaftsbewegung am ECA Programm hat in der letzten Zeit positive Formen angenommen.

Vertreter nichtkommunistischer Gewerkschaftsverbaeude aus 14 europaeischen Laendern brachten auf der zweiten Internationalen Gewerkschaftskonferenz des ERP Vorschlaege ein, in denen ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck kommt, ebenso tatkraeftig am Wiederaufbau mitzuhelfen, wie es die amerikanischen Gewerkschaften bereits getan haben.

Auf der Londoner Konferenz trat die feste Entschlossenheit der Gewerkschaften zutage, den Marshall Plan und die Verwirklichung seiner Ziele zu unterstuetzen. Bei Tagungen, die kuerzlich in Skandinavien stattfanden, zeigten die beiden internationalen Verbaende der Transport- und Bergarbeiter eine aehnliche Einstellung.

Sonderbeauftragter W. Averell Harriman hielt eine Rede, in der er seine und Paul Hoffmans (ECA-Administrator in Washington) oft zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung bekraeftigte, dass die Mitarbeit der Gewerkschaften fuer das Gelingen des Marshall Planes von ausschlaggebender Bedeutung sei. Daraufhin wurde die Londoner Deklaration vorgelegt, angenommen und veroeffentlicht.

Mr. Harriman erklaerte, dass es in erster Linie an den Gewerkschaftsorganisationen Europas liege, die wirtschaftliche Stabilitaet auf diesem Kontinent mit Hilfe der ECA wiederherzustellen.

"Wir wuenschen Ihre Unterstuetzung", sagte Mr. Harriman, "und wir brauchen sie. Wir werden Ihre Hilfe annehmen, ganz gleich in welcher Form Sie diese leisten wollen."

In seiner Antwort griff der Gewerkschaftskongress nochmals die Worte Mr. Harrimans auf, mit denen er die "Neuordnung der zerrueteten Wirtschaften Europas als den Grundstein zum wirtschaftlichen Wiederaufbau" bezeichnete; sie nahm offiziell zur "Propaganda der Gegner des Marshall Plans" Stellung und befuerwortete die oft wiederholte Erklaerung, keine Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten der beteiligten Laender zu dulden. Ferner wurde die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, dass "diese Bestimmungen sowohl dem Inhalt als auch dem Wortlaut entsprechend mit Hilfe der Kollegen aus der amerikanischen

Gewerkschaftsbewegung befolgt werden koennen".

Die Konferenz forderte die Beseitigung vieler Schranken, "die einen freien Waren- und Dienstleistungs-Austausch noch verhindern, und den Wiederaufbau und die Zusammenfassung der nationalen Wirtschaften Europas durch stetige, gemeinsame Bemuehungen."

"Nur auf diese Weise", erklaeerten die nichtkommunistischen Gewerkschaftsfuehrer Europas, "koennen die kleinen Laender von dem Druck befreit werden, den man von aussen her auf sie ausuebt."

"Die Deklaration sieht ferner die Errichtung eines Verbindungsstabes vor, dem der Nachrichtenaustausch zwischen den nationalen Zentren und den Gewerkschaftsvertretern bei der ECA auf dem Wege ueber den Sekretaer des Beratungs-Ausschusses (Advisory Committee) obliegt. Zu diesem Zwecke schlagen wir jedem Teilnehmerstaat die Ernennung eines verantwortlichen, dauernd angestellten Beamten vor, der in ERP-Problemen geschult ist. Ausserdem soll der Beratungs-Ausschuss den nationalen Zentren Anleitungen zur Mobilisierung und Koordinierung ihrer Taetigkeiten geben.

"Und schliesslich ruft diese Konferenz alle beteiligten Voelker auf, ihr Bestes fuer die Unterstuetzung der Zusammenarbeit zu tun, fuer die sich selbst unsere nationalen Zentren einsetzen. Wir koennen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Unordnung, die soviel Leid, Not und Unruhe ueber die Voelker Europas gebracht hat, durch grosszuegige und weitgestoekte Zielsetzung im grossen wirtschaftlichen Wiederaufbauplan Herr werden. Wir sind ueberzeugt, dass sich die organisierte Gewerkschaftsbewegung, die wir vertreten, und auf der eine grosse Verantwortung bei dieser Arbeit ruht, dem Aufruf dieses Kongresses zur wirksamen Zusammenarbeit nicht verschliessen wird."

Die Teilnehmer des Kongresses, die diese historische Deklaration einstimmig annahmen, waren nichtkommunistische Gewerkschaftsfuehrer aus Oesterreich, Belgien, Irland, Frankreich, Deutschland, Italien, Griechenland, Holland, Norwegen, Spanien (Exilgewerkschaften), Schweden, Schweiz und England.

Ferner waren die AFL, der CIO, die Vereinigten Bergarbeiter Amerikas und der Verband der Eisenbahngewerkschafts-Sekretaere vertreten. Die beiden amerikanischen Gewerkschaftsfunktionaere, die Berater fuer Arbeitsfragen Mr. Harrimans sein werden, waren ebenfalls zugegen; Boris Shiskin von der AFL soll Leiter der Abteilung fuer Arbeit werden, und Harry Martin, der Praesident des Zeitungsarbeiterverbandes (CIO) hat die Stelle eines Beraters und Sachbearbeiters fuer Arbeitsinformationen uebernommen. Er ist vom Redaktionsstab der Zeitung "Commercial Appeal" in Memphis, Tennessee, voruebergehend beurlaubt worden.

Martin war Mitglied der Delegation, die Amerika auf der Konferenz der Vereinten Nationen fuer Pressefreiheit in Genf kuerzlich vertreten hat. Shiskin ist ein bekannter Arbeitsoekonome Washingtons und war lange Jahre in inner-amerikanischen Angelegenheiten taetig.

Clinton S. Golden, der fruehere Vizepraesident der Vereinigten Stahlarbeiter Amerikas (CIO) und Bert M. Jewell, ehemals Praesident des Verbandes der Eisenbahngewerkschafts-Sekretaere, sind schon lange in Washington als Berater fuer Arbeitsfragen des Administrators der Marshall Plan Verwaltung, Paul Hoffman, taetig. Beide waren schon zweimal in Europa, um fuer die ECA zu arbeiten und werden regelmessig dahin zurueckkehren.

Schon seit den fruehesten Tagen der ECA waren amerikanische Gewerkschaftsfuehrer an der Planung und Programmgestaltung beteiligt. Fuehrende Persoenlichkeiten im Oeffentlichen Beratungsausschuss Mr. Hoffmans (Public Advisory Board), der sich aus 12 Mitgliedern zusammensetzt, sind: James B. Carey, Finanzsekretaer des CIO, Arion Everett Lyon, Sekretaer des Verbandes der Eisenbahngewerkschafts-Sekretaere, und George Meany, Finanzsekretaer der AFL.

Fuer die ECA-Missionen in den einzelnen Laendern hat man ebenfalls Berater fuer Arbeitsfragen ernannt. Man erwartet von ihnen, dass sie gute Beziehungen zu Mr. Martin, Mr. Shiskin und den Mitgliedern der einzelnen Missionen unterhalten, um so die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, ECA und vielen anderen Kraefte, die sich in den Kampf um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Unabhaengigkeit Europas eingeschaltet haben, zu foerdern. Die ERP-Gewerkschaftsvertreter fuer Deutschland sind Mr. Harvey W. Brown, der ehemalige Praesident der Metallarbeiter Gewerkschaft Amerikas und der fruehere Direktor der genossenschaftlichen Rundfunkstation in Washington, Helmuth F. Kern.

GEWERKSCHAFTEN DEUTSCHLANDS IM KAMPF UM DEMOKRATIE.

"LABOR", eine der einflussreichsten Gewerkschaftszeitungen Amerikas, veroeffentlichte den folgenden Bericht ueber den zweimonatigen Studienaufenthalt deutscher Gewerkschaftsfuehrer in den Vereinigten Staaten von Amerika:

Zehn Gewerkschaftler aus oertlichen Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben ihre 60-Tage Reise durch die Vereinigten Staaten unter Anleitung des Arbeitsministeriums beendet. Auf einer Pressekonferenz am Mittwoch erzaehlten sie von ihren Eindruecken und den Hoffnungen, die sie fuer die Zukunft ihres eigenen Laendes hegen.

Besonders beeindruckt waren sie von den Arbeitsmethoden, die sie in den Betrieben sahen, und die die Produktion so enormer Warenmengen ermoeglichen. Sie haben jedoch wenig Hoffnung, dass solche Fortschritte auch in ihrem Land erzielt werden koennen. Und dafuer fuehren sie zwei Gruende an: Erstens mangelt es ihnen an Maschinen und zweitens an ausreichenden Energiequellen. Ausserdem haben sie keine Absatzmoeglichkeiten fuer ihre Produkte.

Als jedoch die Frage der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgeworfen wurde, zeigten die deutschen Gewerkschaftler ein grosses Interesse. Sie betonten, dass die Gewerkschaften einen der maechtigsten Faktoren im Kampf um eine wahre Demokratie Deutschlands darstellten.

Um ein Beispiel zu geben, berichteten sie von Schulungskursen, die die Gewerkschaften fuer ihre juengeren maennlichen und weiblichen Mitglieder eingerichtet haben. Diese jungen Menschen waren unter Hitler gross geworden und kannten bis zum Einzug der alliierten Truppen nur dessen Regierungssystem.

"Wir versuchen, ihnen die Ursachen des schrecklichen Ungluecks klarzumachen, das ueber unser Land hereingebrochen ist", sagte einer von ihnen, "und zeigen ihnen die Uebel des Hitlerismus. Einige Erfolge koennen wir schon fuer uns buchen."

Jugend Deutschlands unpolitisch

Ein anderer schilderte, dass die Jugend Deutschlands heute voellig unpolitisch sei. "Sie empfindet, dass man sie unter Hitler betrogen hat und moechte deshalb nicht denselben Fehler noch einmal begehen."

Was den Kommunismus betraefe, sagten sie, so bestehe in dieser Hinsicht keinerlei Gefahr, vorausgesetzt, dass die wirtschaftlichen Bedingungen sich nicht noch mehr verschlechterten.

Die Besuchergruppe setzte sich aus Anhaengern der Christlich-Demokratischen als auch der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Beide Teile waren ueberrascht zu hoeren und zu lesen, dass man in Amerika den neuen Christlich-Demokratischen Kanzler, Konrad Adenauer, als einen "Nationalisten" und Reaktionsaeren bezeichnet. Sie sind der Ansicht, dass es sich hier um Faelschungen oder Missverstaendnisse handeln muesse, und es ist ihnen sehr daran gelegen, vor ihrer Rueckreise herauszufinden, wcher diese Geruechte kommen.

Einigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung

Die Mitglieder beider Parteien brachten ihre Zuversicht und Ueberzeugung zum Ausdruck, dass in den Reihen der deutschen Gewerkschaften keine Spaltung nach politischen Gesichtspunkten zu befürchten sei. Ein Mitglied der Christlich-Demokratischen Partei erklärte, dass man in Deutschland nicht die Absicht habe, sich einer internationalen Vereinigung Christlicher Parteien, von denen man in Westeuropa spricht, anzuschließen, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung nicht zu untergraben.

Die zehn Gewerkschaftler kommen aus verschiedenen Industriezweigen, und es befinden sich zwei Frauen unter ihnen. Die Unterredungen wurden mit Hilfe von Dolmetschern geführt, und es war eine völlige Uebereinstimmung der Meinungen über die zur Sprache gebrachten Probleme festzustellen.

FACHAUSBILDUNG FÜR UNGELERNTEN ARBEITER IN DÄNEMARK

Der Metallarbeiter-Verband in Dänemark führt augenblicklich ein Programm zur Fachausbildung ungelerner Arbeiter durch, womit dem Mangel der zum Wiederaufbau erforderlichen Facharbeiter begegnet werden soll.

Um den ständig wachsenden Bedarf an Facharbeitern decken zu können, hat dieser 50.000 Mitglieder umfassende Gewerkschafts-Verband ein Fachausbildungs-Programm in Angriff genommen und gleichzeitig die nötigen Massnahmen zur Sicherung der Beschäftigung der Facharbeiter getroffen.

Für ein Schiffsbauunternehmen werden bereits 3.000 Facharbeiter ausgebildet, die man benötigt, um die Produktionsquote erreichen zu können. Hans Rasmussen, der Gewerkschaftspräsident, nimmt in der dänischen Veröffentlichung "Verdens Gang" zu diesem Programm Stellung:

"Oberster Grundsatz, den wir unseren Entschliessungen zugrunde legen müssen, ist, dass ungelernete Arbeiter, die zu Facharbeit herangezogen werden, auch nach den Tarifen der Facharbeiter bezahlt werden müssen. Ferner bestehen wir darauf, dass ein Facharbeiter, der an einen anderen Arbeitsplatz gestellt wird, weil ein ungelerner Arbeiter seine Stelle übernommen hat, den gleichen Lohn erhalten muss, der ihm vorher gezahlt wurde. Man ist sich ausserdem in den meisten Fällen darüber einig geworden, dass bei Arbeitsmangel Facharbeiter das Vorrecht auf Beschäftigung haben.

"Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter den ungelerten Arbeitern halten wir es für angebracht, diejenigen von ihnen, die schon lange Jahre in der Eisenindustrie beschäftigt sind, in kurzfristigen Lehrgängen zu Facharbeitern auszubilden.."

Rasmussen gab zu, dass durch dieses Programm regulären Lehrlingen Nachteile entstehen könnten und sagte: "Unsere Gewerkschaft muss durch Aussprache mit den Unternehmern Massnahmen treffen, die es verhindern, dass sich die Zahl der Lehrlinge in der Industrie verringert."

Rasmussen warnte vor einer Entwicklung, durch die langjährige Facharbeiter ihrer Beschäftigung verlustig gingen, und erklärte, dass es im Falle einer allgemeinen Arbeitslosigkeit in der Industrie Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Prioritätsrechte ihrer Facharbeiter bei der Anweisung der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze geltend zu machen.

In den Sommermonaten waren 25 - 30.000 Mitglieder der Gewerkschaft der Ungelernten Arbeiter arbeitslos. Die Mitgliederzahl dieser Gewerkschaft beläuft sich auf mehr als 200.000. Christian Larsen, ihr Präsident, hob in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Metallarbeiter lobend hervor und führte aus:

"Die Arbeitslosigkeit innerhalb unserer Gewerkschaft kann nicht vollkommen behoben werden, wenn das Ausbildungsprogramm nur auf einen Industriezweig beschränkt bleibt... Es besteht kein Zweifel, dass dieses Vorhaben auch in anderen Industriezweigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose schaffen könnte, wie zum Beispiel im Baugewerbe.

ECA Labor Information
12. 5. 1949

PUNKT-4-PROGRAMM HILFT ARBEITERN UND UNTERNEHMERN.

"Den Gewerkschaften fällt eine Hauptrolle im Punkt-4-Programm Präsident Trumans zu," erklärte der Staatssekretär im Arbeitsministerium, Philipp M. Kaiser, vor Mitgliedern der Associated Unions of Amerika (kleinerer Verband lokaler Gewerkschaften) in Milwaukee, Wisconsin.

"Die Gewerkschaften stehen vor zwei Aufgaben", sagte Staatssekretär Kaiser. "Erstens müssen die Arbeiter in den technischen Fachgebieten ausgebildet werden, um die Produktionsleistung steigern zu können. Unsere Arbeiter und Unternehmer, das Arbeitsministerium und auch die Internationale Arbeitsorganisation sind in der Lage, diese Ausbildung durchzuführen.

"Die zweite und ebenso wichtige Aufgabe besteht darin, den Arbeitern, Unternehmern und Regierungen der unentwickelten Gebiete bei der Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards zu helfen, so dass die Vorteile einer gesteigerten Produktion allen Menschen zugute kommen.

"Wir haben nicht die Absicht, anderen Nationen einen bestimmten Lebensstandard und bestimmte Arbeitsgesetze vorzuschreiben. So wie der Aufbau einer neuen Industrie neue technische Fähigkeiten erfordert, so sind auch zur Ausdehnung einer Wirtschaft neue Methoden der Wechselbeziehungen Arbeiterschaft-Unternehmer und neue soziale Grundsätze notwendig, um den gerechten, industriellen Frieden zu sichern. Präsident Truman möchte sicherstellen, dass wir nicht nur bei der Industrialisierung der unentwickelten Gebiete mithelfen, sondern auch deren Bewohner durch bessere Löhne für ihre Arbeit belohnen.

"Die amerikanische Industrie, die Gewerkschaften und die Sachverständigen in der Regierung können jenen Gebieten helfen, indem sie ihnen ihre technischen Erfahrungen und fachliche Beratung zuteil werden lassen, die sie befähigt, nationale Programme zur Steigerung der Produktionsleistung zu entwerfen und durchzuführen.

"Zunehmende Industrialisierung erfordert neue Fachkräfte. Wir können die Ausbildung der ausländischen Arbeiter an den für sie bestimmten Maschinen vornehmen. Da wir selbst industrielle Ausbildungsprogramme haben, ist es uns möglich, die gemachten Erfahrungen jenen Leuten mitzuteilen.

"Die in der Industrialisierung begriffenen Länder werden Ausbildungsprogramme für Lehrlinge benötigen. Auch hier können wir helfen, indem wir ihnen Einblick in unsere gebräuchlichen Lehrmethoden geben.

"Das Arbeitsvermittlungsbüro im amerikanischen Arbeitsministerium kann für diese Länder Pläne entwerfen, durch die der richtige Arbeiter an den richtigen Arbeitsplatz gestellt wird und Facharbeiter aus dem Ausland für die eigene Industrie geworben werden können.

"Ohne die entsprechenden Arbeitsstatistiken ist es nicht möglich, bedeutende Wirtschaftsprogramme auf gesunder Grundlage aufzubauen. Wir sind in der Lage, auch hiermit den anderen Völkern wertvolle Dienste leisten zu können.

"Technische Unterstuetzung koennen wir auf folgenden Gebieten geben: Verbesserung der industriellen Gesundheit und Sicherheit, Sicherheitspruefungen in Betrieben und Fabriken, Arbeitslosenversicherung und die besonderen Probleme, die die Beschaeftigung von Frauen mit sich bringt. Diese Hilfe kann jedoch nicht nur von der Regierung geleistet werden, sondern alle, die an der Durchfuehrung dieser Gesetze und Projekte beteiligt waren und mit unserem System vertraut sind, muessen mithelfen.

"Das Arbeitsprogramm des Punkt-Vier ist kein leeres Traumgebilde, das niemals verwirklicht werden koennte. In denselben Gebieten, in denen wir das Punkt-Vier-Programm durchzufuehren gedenken, sind wir bereits mit Projekten beschaeftigt, die man als Vorlaeufer bezeichnen kann.

"Die freie, demokratische Gewerkschaftsbewegung, die gegen den Kommunismus kaempft, um seine Plaene zu durchkreuzen, die auf die Zersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung zielen, weiss das Punkt-Vier-Programm und seine Bedeutung zu schaeetzen. Sie weiss, dass Arbeiter, die unter schlechten Bedingungen leben muessen, eher geneigt sind, den kommunistischen Manipulationen zu erliegen.

"Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass in dem Satzungsentwurf der neuen Internationale freier Gewerkschaften, die gegen Ende dieses Monats in London organisiert wird, folgende Entschliessung enthalten ist: 'Die Entwicklung der Hilfsquellen aller Laender zu unterstuetzen, um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt in aller Welt und besonders in den unentwickelten Gebieten zu foerdern!'"

Labor Press Service
U. S. Arbeitsministerium
21. November 1949

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL